VERÖFFENTLICHUNGEN DER
KOMMISSION FÜR GESCHICHTLICHE LANDESKUNDE
IN BADEN-WÜRTTEMBERG

REIHE A

Quellen

43. Band

Das Großherzogtum Baden in der politischen Berichterstattung der preußischen Gesandten 1871–1918

Zweiter Teil: 1900–1918

Bearb. von
Hans-Jürgen Kremer

1992

W. KOHLHAMMER VERLAG STUTTGART

b-Ex.

Z-V 100-43

Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg

Reihe A

Quellen

43. Band

VERÖFFENTLICHUNGEN DER
KOMMISSION FÜR GESCHICHTLICHE LANDESKUNDE
IN BADEN-WÜRTTEMBERG

REIHE A

Quellen

43. Band

Redaktion:
Otto-Heinrich Elias
Joseph Kerkhoff

Das Großherzogtum Baden in der politischen Berichterstattung der preußischen Gesandten 1871–1918

Zweiter Teil: 1900–1918

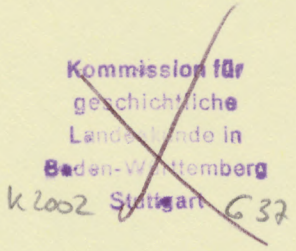
Bearb. von
Hans-Jürgen Kremer

1992
W. KOHLHAMMER VERLAG STUTTGART

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Das *Großherzogtum Baden in der politischen Berichterstattung der preussischen Gesandten:* 1871–1918 / bearb. von Hans-Jürgen Kremer. – Stuttgart: Kohlhammer.
ISBN 3-17-011038-1
NE: Kremer, Hans-Jürgen [Bearb.]

Teil 2. 1900–1918. – 1992
(Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg: Reihe A, Quellen; Bd. 43)
ISBN 3-17-011037-3
NE: Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden Württemberg: Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg / A



Alle Rechte vorbehalten
© 1992 by Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Stuttgart
Kommissionsverlag W. Kohlhammer Stuttgart
Herstellung: Gulde-Druck GmbH Tübingen
Printed in Germany

INHALT

Vorwort VII

Benutzte Archive, gedruckte Quellen und Literatur sowie Abkürzungen siehe Erster Teil S. 3 und 9

I. Edition (Texte Nr. 782 bis 1484) 1

II. Anhang: Nachtrag zum Ersten und Zweiten Teil aus dem ehemaligen Zentralen Staatsarchiv Merseburg 655

Verzeichnis der in den Anmerkungen angeführten ungedruckten Aktenstücke 733

Berichtigungen 737

Vorwort

Dieser zweite, den Zeitraum von 1900 bis 1918 umfassende Band schließt die Edition „Das Großherzogtum Baden in der politischen Berichterstattung der preußischen Gesandten 1871–1918" ab. Im Anhang befinden sich weitere 107 Berichte der preußischen Diplomaten aus den Jahren zwischen 1871 und 1915. Sie stammen aus dem ZStA Merseburg und ergänzen das Gros der aus dem Auswärtigen Amt (Bonn) herangezogenen Aktenbestände, konnten aber umständehalber erst während der Drucklegung gesichtet und daher nicht mehr chronologisch integriert werden. Ihre Einordnung in den zeitlichen und thematischen Gesamtzusammenhang wird dem Benutzer indes durch die paßgerechte Numerierung und die zahlreichen Querverweise erleichtert, so daß die Homogenität der Quelle ebenso wie die Transparenz der Ereignisabläufe insgesamt gewahrt bleiben. Ein separater Registerband enthält das Personen-, Orts- und Sachregister.

Hinsichtlich des preußischen Gesandtschaftswesens in den Bundesstaaten des Kaiserreichs, der Bedeutung und Eigenart der Quelle sowie der hier angewandten Editionsgrundsätze sei an dieser Stelle auf die Einleitung des ersten Bandes verwiesen. Erwähnt werden soll lediglich noch, daß die bislang im ZStA Merseburg aufbewahrten Berichtskonzepte der preußischen Inlandsmissionen künftig mit der gesandtschaftlichen Überlieferung Preußens vor Errichtung des Auswärtigen Amts 1867 im Geheimen Staatsarchiv der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin-Dahlem vereinigt werden und damit an den Ort zurückkehren, an dem sie bereits zwischen 1920 und dem Ende des Zweiten Weltkriegs lagerten.

In den Jahren der Vorbereitung und Ausführung hat diese Dokumentation von vielen Seiten freundliche Unterstützung und tatkräftige Förderung erfahren. Hierfür zu danken, ist mir ein Bedürfnis. In ganz besonderem Maße aber gilt mein Dank der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg und ihrem Vorsitzenden, Herrn Prof. Dr. Schaab, für die Aufnahme der Edition in ihre Publikationsreihe. Zu großem Dank verpflichtet bin ich auch Herrn Prof. Dr. Fenske (Freiburg) für sein unermüdliches Engagement und für die Vielzahl von Hinweisen und Anregungen bei der Überarbeitung des Manuskripts. Herr Dr. Elias und Herr Dr. Kerkhoff (Stuttgart) überwachten im Auftrag der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg die Schlußredaktion und die Drucklegung mit großer Aufmerksamkeit und Sorgfalt. Dafür sei ihnen herzlich gedankt.

Bornheim, im Oktober 1992 Hans-Jürgen Kremer

782. Eisendecher an Hohenlohe-Schillingsfürst

Karlsruhe, 6. Januar 1900

In der Stadt Mannheim sind sogenannte Volkshochschulkurse von Heidelberger Professoren über allgemein wichtige Gegenstände der modernen Wissenschaft und Forschung geplant. Unter anderen waren dabei auch Vorträge über die Lehre Darwins[1] und über die Entstehung der Bibel angekündigt. Gegen diese beiden Vorträge erhob der Vorstand der katholischen Arbeitervereine Bedenken, und als die Heidelberger Fakultäten sich im Interesse der Lehrfreiheit weigerten, dieselben zu streichen, zogen sich die katholischen Vereine ganz von der Beteiligung an den Kursen zurück. Da die Angelegenheit hier einiges Aufsehen erregt und, wie die vielbesprochene Polemik des Freiburger Gelehrten Professor Kraus gegen die Schrift des Freiherrn v. Hertling[2], das Verhältnis der katholischen Kirche zur Wissenschaft betrifft, dürfte sie immerhin ein gewisses Interesse bieten.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 7, Ausf.; Marg.: „v. S. M. 11./1.; 15./1. Kultusmin."

[1] Darwin, Charles (1809–1882), engl. Naturforscher und Begründer der Evolutionslehre.

[2] Hertling, Georg Freiherr v. (1914: Graf) (1843–1919), 1867 Privatdozent, 1880 o. Professor der Philosophie in Bonn, 1876 Mitbegründer der Görres-Gesellschaft, 1912 bayer. Ministerpräsident, 1917/18 Reichskanzler und preuß. Ministerpräsident.

Kraus besprach in der *Deutschen Literaturzeitung* (Jg. 21, 1900 Sp. 12–19) Hertlings Schrift: Das Prinzip des Katholizismus und die Wissenschaft, Freiburg i. Br. 1899 (Vgl. *Kraus*, Tagebücher S. 728).

783. Eisendecher an Hohenlohe-Schillingsfürst

Karlsruhe, 11. Januar 1900

Die Karlsruher Technische Hochschule feierte gestern abend im Beisein der großherzoglichen Herrschaften und zahlreicher geladener Gäste die Jahrhundertwende durch einen feierlichen Akt in der neuen Aula.

Nach einer längeren Festrede des Professors Keller[1] über das Wirken der Anstalt und die Entwicklung der Technik pp. im 19. Jahrhundert verlas der neue Rektor Professor Brauer[2] die Ordre S. K. H. des Großherzogs, nach welcher der Hochschule das Recht zur Verleihung des Titels Diplom-Ingenieur und Doktor-Ingenieur zuerkannt wird, er sprach dafür dem Landesherrn den ehrfurchtsvollsten Dank der Lehrer und Studierenden aus und wies auf die große Bedeutung dieser Neuerung hin.

S. K. H. der Großherzog hielt darauf eine nach Form und Inhalt ausgezeichnete, sehr warm empfundene Ansprache, die in einem Hoch auf S. M. den Kaiser und König ausklang. Ew. D. darf ich den Wortlaut hier gehorsamst beifügen[3] und zugleich berichten, daß die inhaltsreiche Rede unseres Allergnädigsten Herrn bei der ähnlichen Feier in Charlottenburg[4] hier großen Eindruck macht und in ihrer Tendenz in allen patriotischen und reichstreuen Kreisen lebhafte Zustimmung findet.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 7, Ausf.; Marg.: „v. S. M. 14./1."

[1] Keller, Ferdinand Dr. (1842–1922), Maler, zugleich Professor an der Kunstschule (Kunstakademie) Karlsruhe (PA-GLA).

[2] Brauer, Ernst (1851–1934), 1883 Professor für Maschinenbau an der TH Darmstadt, 1892 in Karlsruhe, 1905 Geh. Hofrat (AV; PA-GLA).

[3] Karlsruher Zeitung, Nr. 12 vom 12. Jan. 1900.

[4] Am 9. Jan. 1900 feierte die TH Charlottenburg in Anwesenheit des preuß. Kultusministers Studt und des Kaisers die Jahrhundertwende. Zugleich erhielt sie das Promotionsrecht.

784. Eisendecher an Hohenlohe-Schillingsfürst

Karlsruhe, 24. Januar 1900

Bei der allgemeinen Budgetdebatte in der badischen Zweiten Kammer nahm Staatsminister Dr. Nokk gestern[1] Anlaß, das Verhalten der Regierung in der Wahlrechtsfrage als durchaus berechtigt und den Verhältnissen wie dem Wohle des Landes entsprechend darzulegen.

Gleich darauf ergriff auch Minister v. Brauer das Wort, um mit Bezug auf den Antrag Muser, betreffend die Anweisung der Bundesratsbevollmächtigten[2], zu erklären, daß eine Mitwirkung des Landtags bei der Instruktion für die Bundesratsbevollmächtigten aus staatsrechtlichen und landesgesetzlichen Gründen nicht zugestanden werden könne. Überhaupt würden ganz unhaltbare Zustände geschaffen werden, wenn in den Einzellandtagen auch über alle die Fragen verhandelt würde, welche den Reichstag beschäftigen. Die Würde und das Ansehen des Reichstages wie des Reiches könnten nur darunter leiden. Die Regierung werde stets Rede und Antwort stehen, wenn gegen ihr Verhalten Kritik geübt werde, wozu die Volksvertretung das Recht habe, wenn aber die Regierung es ablehne, an Verhandlungen, welche die Reichspolitik betreffen, teilzunehmen, so sei das keine Unhöflichkeit, sondern ein Gebot der Zurückhaltung und Rücksicht gegenüber dem Reiche.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 6, Ausf.; Marg.: „an R. A. d. Innern, Min. d. Innern".

[1] 20. Sitzung II. Kammer vom 23. Jan. 1900.

[2] Nr. 780.

785. Eisendecher an Hohenlohe-Schillingsfürst

Karlsruhe, 28. Januar 1900

Vertraulich! Der Badische Beobachter[1], das führende Zentrumsorgan im Lande, hatte unlängst in einer dem Abgeordneten Wacker zugeschriebenen Korrespondenz das Faktum erörtert, daß der bekannte Schriftsteller und Pfarrer zu St. Martin in Freiburg, Hansjakob, eine von S. K. H. dem Großherzoge ihm verliehene Ordensauszeichnung abgelehnt habe. Der Schreiber hatte diese Ablehnung vom klerikal-demokratischen Standpunkte gutgeheißen und die Bemerkung hinzugefügt, daß es vielleicht zweckmäßig sein dürfte, dem Klerus das Verhalten als nachahmenswert zu empfehlen.

Die Beobachterkorrespondenz erfuhr bald darauf einen wohl nicht zur Veröffentlichung bestimmten, aber durch indiskrete Behandlung doch bekannt gewordenen scharfen Tadel von seiten des Herrn Erzbischofs, und, wie ich vertraulich höre, hat neuerdings eine Versammlung von sechzig katholischen Geistlichen in Mannheim ebenfalls gegen

den Beobachterartikel und das Verhalten des Herrn Hansjakob ausdrücklich Verwahrung eingelegt.

Der Zentrumsführer Wacker ist auf diese Weise von der Freiburger Kurie wie von zahlreichen Amtsbrüdern desavouiert worden, ein Umstand, der ihn, nach seinem Verhalten in der Kammer zu urteilen, recht unangenehm berührt zu haben scheint.

Gleichzeitig meldet Herr v. Jagemann aus Berlin, daß sich Dr. Lieber gegen ihn sehr ungünstig über Wacker und seine demagogisch-sozialdemokratischen Tendenzen geäußert habe.[2] Auch in der Kammer selbst mehren sich die Anzeichen einer Erschütterung der Wackerschen Alleinherrschaft. Namentlich das bisherige Auftreten des neugewählten Zentrumsabgeordneten Landgerichtsdirektor Zehnter, eines verständigen, tüchtigen Juristen, berechtigt zu dem Schluß, daß der sogenannte Löwe von Zähringen das Heft nicht mehr allein in der Hand hält. Ich glaube diese Dinge berichten zu sollen, da sie möglicherweise eine allgemeine Abschwächung des Einflusses Wackers bedeuten, die von den maßvollen Elementen aller Parteien, auch des Zentrums, wie von der Regierung mit Genugtuung begrüßt werden würde.

Was die Ordensablehnung Hansjakobs betrifft, so ist dieselbe offenbar auf eine durch Erkrankung hervorgerufene momentane üble Laune zurückzuführen. Die Sache scheint den Herrn Pfarrer, der allerorten als Original und in kirchenpolitischer Beziehung als keineswegs extrem bekannt ist, bereits stark zu reuen. Er sucht wieder Anknüpfung mit dem Kultusdepartement, und seine Schwester, die ihm den Haushalt führt, wandte sich entschuldigend und erklärend an den Minister.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 7, Ausf.; Marg.: „mtg. 4./2. Rom G[esandtschaft]".

[1] Nr. 4/5 vom 6./9. Jan. 1900.

[2] Jagemann an Brauer. „Berlin, 22. Januar 1900. [...] Herr Lieber wird zweifellos, je länger er in seiner immerhin nicht unverantwortlichen Stellung als Fraktionschef tätig ist, mehr gouvernemental, als er es ursprünglich war. [...] Über den Abgeordneten Wacker sprach er sehr abfällig; sein Bündnis mit der Sozialdemokratie verwarf er auf das bestimmteste, und zu der Hansjakobschen Ordensangelegenheit sagte er, es sei ein unbegreiflicher Unsinn, solche Dinge zu machen" (GLA 233/34807, masch. Ausf.).

786. Eisendecher an Hohenlohe-Schillingsfürst

Karlsruhe, 29. Januar 1900

Die Verhandlungen der badischen Zweiten Kammer im neuen Jahre zeigten bis jetzt erfreulicherweise im Gegensatz zu früheren Zeiten einen sachlichen und maßvollen Charakter. Trotz der hervortretenden Meinungsverschiedenheiten blieb der Ton der Würde des hohen Hauses durchaus angemessen.

Zunächst erfolgte nach den Ferien eine mehrtägige Beratung[1] über die drei beanstandeten nationalliberalen Wahlen in Konstanz, Rastatt und Eberbach-Buchen. Das Resultat war die einstimmige Gültigkeitserklärung für alle, und zwar wurde dabei vielfach mit Befriedigung vermerkt, daß die Darlegungen des Zentrumsabgeordneten Landgerichtsdirektor Zehnter sehr wesentlich zur Herbeiführung eines solchen Ergebnisses beitrugen. Bei der dann folgenden allgemeinen Budgetdebatte[2], die noch fortdauert, herrschte vorläufig durchweg eine ruhigere Stimmung als sonst. Die Regierung stand bereitwilligst

Rede und Antwort, und alle vier Minister griffen höflich mit Geschick und ohne Schärfe in die Verhandlungen ein. Es handelte sich vornehmlich um die Wahlrechtsfrage sowie um das bereits gesondert behandelte Thema der Instruktion der Bundesratsbevollmächtigten. [...]

Ob in der Wahlrechtsangelegenheit eine Verständigung zu erzielen sein wird, läßt sich noch nicht absehen. Manche glauben, daß das Proportionalsystem vielleicht einen Weg zur Einigung bieten werde. Von der Opposition sprachen als Hauptkämpen der demokratische Abgeordnete Heimburger, der Sozialist Geck und der Zentrumsführer Wakker, der aber im Gegensatz zu seiner sonstigen heftigen Sprache eine gewisse Zurückhaltung beobachtete. Einstweilen ist die Regierung mit dem Gange der Verhandlungen zufrieden, es dürfte indessen im weiteren Verlauf der Session doch wohl noch zu recht kräftigen Auseinandersetzungen kommen. Das von der vereinigten Opposition erstrebte direkte Wahlsystem sowie die Zentrumswünsche möchten dazu vorzugsweise Anlaß bieten.

Wie die Süddeutsche Reichskorrespondenz mit Recht ausführt, hatte bisher die Opposition in der Kammer stets einzelne Minister angegriffen und den Glauben zu erwecken gesucht, als sei die Regierung in manchen wichtigen Fragen nicht einig. Durch die Verhandlungen der letzten Tage ist diese irrige Annahme gründlich beseitigt und die einmütige Geschlossenheit der Regierung vor der Volksvertretung in klarer Weise dargetan worden.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 6, Ausf.

[1] 17./18. Sitzung II. Kammer vom 18./20. Jan. 1900.
[2] 20.–25. Sitzung II. Kammer vom 23. Jan.–1. Febr. 1900.

787. Miquel[1] an das Auswärtige Amt

Karlsruhe, 23. März 1900

Prinz Max von Baden hat sich, wie mir soeben Herr v. Brauer mitteilt, heute mittag mit der Prinzessin Marie Luise von Cumberland[2] verlobt. Diese Nachricht wird hier allgemein die aufrichtigste Freude hervorrufen, da nunmehr die Aussicht besteht, daß die Krone sich einst innerhalb des überaus beliebten Herrscherhauses vererbt. Außerdem wird der protestantische Teil der Bevölkerung die Wahl einer evangelischen Prinzessin mit besonderer Genugtuung begrüßen. Die Freude des Großherzogs von Baden über dieses Ereignis wird um so größer sein, als die etwaigen Bedenken gegen die Verbindung seines Hauses mit einer welfischen Prinzessin durch die hochherzigen privaten Kundgebungen S. M. des Kaisers und Königs schon vor der Verlobung behoben wurden.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 6, dechiffr. Telegramm; Aufgabe: Karlsruhe 20.31 Uhr, Annahme: Berlin 23. März 1900 22.10 Uhr; Marg.: „v. S. M. 24./3."

[1] Miquel, Hans Rudolf Erich v. Dr. (1871–1917), Sohn des preuß. Finanzministers Johannes v. Miquel, 1899 Eintritt in den diplomatischen Dienst, Botschaftsattaché in Paris, März/April 1900 nach Karlsruhe delegiert, Legationssekretär, 1905 Legationsrat in Petersburg, 1908 in Konstantinopel, 1912 in Kairo, 1914 Gesandter (Frdl. Auskunft d. Polit. Archivs im Ausw. Amt Bonn).
[2] Cumberland, Marie Luise Prinzessin (1879–1948), seit 10. Juli 1900 mit dem Prinzen Max von

Baden verheiratet. Zum Einverständnis des Kaisers vgl. die Korrespondenz zwischen Großherzog Friedrich I. und Bülow (28. Dez. 1899, gedr. *Fuchs* IV S. 216f.) sowie zwischen Brauer und Jagemann (13. März 1900, gedr. *Fuchs* IV S. 232f.).

788. Miquel an Hohenlohe-Schillingsfürst

Karlsruhe, 24. März 1900

Die sogenannte Lex Heinze[1] ist nach wie vor der Gegenstand des regesten Interesses bei der hiesigen Bevölkerung. In allen Kreisen wird sie täglich besprochen und von der Presse jeglicher Richtung unausgesetzt Erörterungen unterworfen. Das Gesamturteil über die Stimmung dürfte sich meines gehorsamsten Erachtens dahin zusammenfassen lassen, daß der überwiegende Teil Badens, wenn auch nicht gerade gegen den Gesetzesvorschlag, so doch zum mindesten gegen die Kommissionsbeschlüsse des Reichstags eingenommen ist. Gerade hier, wo der Liberalismus besonders zahlreiche Anhänger besitzt, fühlt man sich durch die Tendenz der Kommissionsbeschlüsse und durch die Reden einiger Reichstagsabgeordneten außerordentlich verletzt. Man dürfte mit der Behauptung nicht fehl gehen, daß es der großen Protestversammlungen in Karlsruhe und Freiburg nicht mehr bedurfte, um eine tiefe Erregung hervorzurufen. Naturgemäß hat aber die Beteiligung der geachtetsten Bürger an den Versammlungen, die Stellungnahme der bekanntesten Künstler und Gelehrten, der Bewegung nachhaltige Stütze verliehen. Die Gegner des Gesetzes verfahren bei dem Kampfe geschickt und gehässig zugleich. Unter anderen hat die größte hiesige Kunsthandlung absichtlich eine Ausstellung von Abbildungen der höchsten Kunstwerke, besonders aus der italienischen Renaissance, veranstaltet, um die Zentrumspresse zu reizen. Die darauf in der letzteren erschienenen Artikel waren nicht geeignet, die Anhängerschaft des Gesetzes in einer so kunstliebenden Stadt wie Karlsruhe zu vermehren.

Ermutigt durch den Beifall der liberalen Elemente von ganz Süddeutschland haben sich die Nationalliberalen, Demokraten und Sozialdemokraten vereinigt, um folgenden Antrag in der Kammer einzubringen:

„Die Zweite Badische Kammer richtet an die Großherzogliche Regierung folgendes Ersuchen: Für den Fall, daß der Deutsche Reichstag die von der Reichstagsmehrheit vorgeschlagenen §§ 184a und 184b der sog[enannten] Lex Heinze annehmen sollte, wird die Großherzogliche Regierung ersucht, den badischen Bundesratsbevollmächtigten die Instruktion zu erteilen, daß diese gegen jene Paragraphen zu stimmen haben".

Der Antrag ist von den Führern der Parteien unterzeichnet, von den Abgeordneten: Muser, Fieser, Wilckens, Heimburger, Pflüger, Dreesbach, Opificius[2], Hoffmann[3], Hagist.

Die Beratung wird das seltene Schauspiel eines kleinen Kampfes zwischen dem Zentrum und den Demokraten bieten.

Daß die Regierung sich gegen den Antrag ablehnend verhalten wird, dürfte keinem Zweifel unterliegen. Sie wird sich das Recht, den Bundesratsbevollmächtigten nach eigenem Gutdünken zu instruieren, wahren. Immerhin ist man gespannt auf die Form, in welcher das Ministerium zu dem Antrag Stellung nehmen wird. Ist es doch kein Geheimnis, daß auch in Regierungskreisen die Angelegenheit der Lex Heinze ungünstige Beurteilung findet.[4]

Vor allem hat sich, wie ich aus zuverlässiger Quelle erfahre, S. K. H. der Großherzog Höchstselbst dahin geäußert, daß das Gesetz vom nationalen Standpunkt aus sehr bedenklich sei. Denn während man bei etwa notwendig werdender Auflösung des Reichstags einen ganz außergewöhnlichen Erfolg zugunsten der Flotte habe erwarten können, sei diese Zuversicht durch die von den übereifrigen Anhängern der Lex Heinze in die Bevölkerung getragene Erbitterung erheblich geschwächt worden.

Als bestes Mittel gilt es, die Lex Heinze allmählich in den Sand verlaufen zu lassen. Nach hiesigen Urteilen genügt dies aber dann nicht, wenn der Reichstag wegen der Flotte aufgelöst werden müßte; in diesem Falle könne nur eine formelle Erklärung der Regierung Wirksamkeit haben[a], wonach die Lex Heinze in der jetzigen Form verworfen wird. Diese Ansicht wurde von mehreren Ministern privatim ausgesprochen. Ist man also ziemlich allgemein aus Interesse für die Flotte kopfscheu geworden, so befürchtet man außerdem von dem Gesetz eine moralische Stärkung der ganz linksstehenden Parteien. Die von dem Prinzen zu Hohenlohe[5] im Reichstag hiervor ausgesprochene Befürchtung wird vielfach geteilt. Diese politischen Erwägungen haben der Lex Heinze eine Gegnerschaft eingetragen, wie sie kaum zu erwarten war. Sachlich ist das Bedenken gegen das Gesetz in Regierungskreisen nicht so groß wie im Volke. Denn nach den Äußerungen eines Mitgliedes des Ministeriums zu schließen, erwartet man von dem richtigen Gefühl der badischen Polizei, der badischen Staatsanwälte und Gerichte, daß die Lex Heinze, mit welchem Wortlaut sie auch erscheine, keine schlechte Anwendung erfahren werde.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 163 Bd. 4, Ausf.; Marg.: „v. S. M. 27./3.; 3./4. mtg. Min. d. Innern, Justizminister, Reichsamt d. Innern".

[a] Randnotiz Hohenlohe-Schillingsfürsts: „Ja".

[1] In 2. Lesung (25./26. Jan. und 6./7. Febr. 1900) nahm der Reichstag die auf Betreiben des Zentrums und der Konservativen verschärfte Strafgesetzgebung gegen Sittlichkeitsdelikte an, insbesondere das Ausstellen von Bildern und das Aufführen von Theaterstücken, die, ohne unzüchtig zu sein, das Schamgefühl verletzten (§ 184 a StGB) (Sten. Ber. RTG Bd. 169 S. 3740 ff., 3777 ff., 3901 ff., 3927 ff.). Vgl. Nr. 793.

[2] Opificius, Wilhelm Peter (1863–1914), Chemiker, 1900/01 SPD-Landesvorsitzender, MdL 1899–1902.

[3] Hoffmann, Karl (geb. 1857), Malermeister in Bruchsal, 1900–1917 Stadtrat, Dem./DDP, MdL 1899–1904, 1919–1921.

[4] Auf Veranlassung des Großherzogs beauftragte Staatsminister Nokk den Gesandten Jagemann am 20. März 1900, beim Reichskanzler auf die Zurückziehung der Vorlage hinzuwirken (Gedr. *Fuchs* IV S. 233).

[5] Hohenlohe-Schillingsfürst, Alexander Prinz zu (1864–1924), 1894 Legationsrat, K, MdR 1893–1903, 1898–1906 Bezirkspräsident im Oberelsaß.

789. Miquel an Hohenlohe-Schillingsfürst

Karlsruhe, 30. März 1900

In der Zweiten Kammer steht noch immer das Budget des Ministeriums des Innern auf der Tagesordnung. Der langsame Gang der Verhandlungen hat schon zu der Vermutung Anlaß gegeben, daß die Abgeordneten die Beratungen so lange hinausziehen möchten, bis es im Interesse der Steuerreform notwendig wird, die Kammern auch im nächsten Winter zu berufen. Die Regierung wird jedoch hierauf kaum eingehen, sondern wie bisher die Berufung nur alle zwei Jahre erfolgen lassen. Wenn die Abgeordneten der

Diäten wegen solange zu tagen bestrebt sind, bis ihre Ersparnisse ausreichen, um sich damit im Sommer die sogenannte Landtagskuh zu kaufen, so drängt sich unwillkürlich der Gedanke auf, daß die von den Reichstagsabgeordneten beantragte Diätengewährung[1] ähnliche Erfolge haben könnte.

Das Verbot einer Feier zum Gedächtnis der Revolution von 1848/49 hat Anlaß zu zahlreichen Reden über die Bewegung dieser Jahre gegeben.[2] Die dabei heftig geführte Polemik zwischen den Abgeordneten Wacker und Fieser setzte sich in einem wenig erquicklichen Streit in der Presse fort. Der Zentrumsführer bemühte sich dabei nachzuweisen, welche verbrecherischen Wünsche sein Gegner gehabt habe oder gehabt haben könne. Aussicht darauf, daß Herr Wacker sich, wie vermutet wurde, als Reichstagskandidat aufstellen läßt und dadurch ein wenig kaltgestellt wird, besteht nicht. Er sieht selbst ein, daß er durch das Mandat nicht gewinnen kann.

Der Etat konnte bei dem durch den Streit entstandenen Zeitverlust nicht fertiggestellt werden. Die Zweite Kammer hat deshalb einstimmig einen Gesetzentwurf angenommen, nach welchem die indirekten und direkten Steuern bis zum 16. Mai nach dem bisherigen Steuerfuße forterhoben werden sollen, soweit keine Änderung beschlossen wird. Zur Zeit wird der Titel „Landwirtschaft" beraten.[3] In den achtundzwanzig bisher darüber gehaltenen Reden wurde allseitig anerkannt, daß es der Landwirtschaft in Baden nicht gut gehe. Es sind deshalb zwei Millionen Mark als Unterstützung bewilligt worden; der Landtag hat seine Bereitwilligkeit zur Hilfe so eifrig gezeigt, daß der Minister des Innern einen Antrag auf Errichtung einer Landwirtschaftskammer mit den Worten ablehnen konnte, eine solche besäße Baden schon in seiner Zweiten Kammer. Bei der Besprechung der großen und der kleinen Mittel zur Erleichterung der Notlage war im allgemeinen ein gemäßigter Ton bemerkbar.

Die Regierung wurde aufgefordert, dafür zu wirken, daß das Fleischbeschaugesetz in seiner jetzigen Form angenommen, ein Gesetz zur weitaus schärferen Kontrolle der Kunstweine und der gemischten Weine vorgelegt und vor allem eine Erhöhung der Getreidezölle bei Abschluß der neuen Handelsverträge[4] erzielt werde. Außerdem wurde eine Maßregel gegen die Entwicklung der großen Mühlenbetriebe verlangt, bestehend in Tarifänderungen oder spezieller Besteuerung. Der letzteren Forderung gegenüber hat sich der Finanzminister schon in der Ersten Kammer ziemlich ablehnend verhalten. Über die Frage, ob die Aufhebung der gemischten Privattransitlager den Landwirten nützlich sei oder nicht, waren die Abgeordneten geteilter Ansicht. Der Minister des Innern befürchtete von der Aufhebung nur eine Schädigung des Mannheimer Handels. Lebhafter wurden die Debatten, als das Verhältnis der Landwirtschaft zur Industrie erörtert wurde. Der ultramontane Abgeordnete Köhler[5] wies dabei in wenig wohlwollender Weise auf die Flottenpläne[6] hin, ohne sich jedoch direkt gegen die Annahme derselben auszusprechen. Dort, so meinte er, könne von „großen Mitteln" gesprochen werden. Diese Mittel würden aber nicht zugunsten der Landwirtschaft, sondern der Industrie verwendet. Wenn man innerhalb weniger Jahre 1–2 Milliarden für den Flottenbau ausgäbe, so habe die Industrie den Vorteil davon, und die Arbeiter würden ihr immer mehr vom Lande zuströmen. Als der sozialdemokratische Abgeordnete Dreesbach auch auf die Landflucht zu sprechen kam, gab er als eine der Ursachen derselben den Umstand an, daß die Soldaten das angenehme Stadtleben kennenlernten und nicht mehr auf dem Felde arbeiten wollten. Er verstieg sich zu dem kaum ernstgemeinten Vorschlag, die Agrarier möchten sich mit den Sozialdemokraten dahin einigen, die einjährige Dienstzeit

allgemein einzuführen. Sodann legte er dem Hause seine Ansicht über den Entwicklungsgang der Industrie dar, den er im Interesse der Arbeiter begrüßte. Seine Ausführungen hätten ihn logischerweise dahin führen müssen, sich als eifriger Flottenanhänger zu bekennen. Er unterließ es jedoch, diese Konsequenz zu ziehen. In den schärfsten Ausdrücken erging er sich gegen das Fleischbeschaugesetz, welches als Ouvertüre zu den Handelsverträgen nur deren Abschluß erschweren werde. Solle durch dieses Gesetz eine Hebung der Fleischpreise herbeigeführt werden, so wolle man mit der Erhöhung des Getreidezolles die Kornpreise und damit das Brot verteuern. Da sich Dreesbach im übrigen als ein Beschützer der kleinen Leute auf dem Lande und in der Stadt aufspielte und in einer sehr überlegten und geschickten Weise sprach, so sahen sich die Nationalliberalen veranlaßt, den Eindruck dieser Rede zu verwischen, indem sie mündliche und schriftliche Äußerungen anderer Sozialdemokraten über ihre Stellungnahme zu den Bauern und Handwerkern vorlasen.

Eine Mahnung zur Versöhnlichkeit wurde an richtiger Stelle von dem kürzlich gewählten Professor Rohrhurst[7] aus Heidelberg in seiner ersten Landtagsrede ausgesprochen. Er warnte die Agrarier und Industriellen vor der Ansicht, daß ihre Interessen auseinandergingen, und sprach die Hoffnung aus, daß bei Beratung der Handelsverträge die Mäßigung auf beiden Seiten zu einem für alle Teile annehmbaren Ergebnis führen werde.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 6, Ausf.; Marg.: „4./4. Staatsminister".

[1] Am 21. Mai 1906 wurde das Diätenverbot für den Reichstag aufgehoben.

[2] 44. Sitzung II. Kammer vom 13. März 1900.

[3] 51.–54. Sitzung II. Kammer vom 26.–30. März 1900.

[4] Die auslaufenden Handelsverträge der Caprivi-Ära wurden durch Bülows Zolltarifreform am 13./14. Dez. 1902 auf eine neue Grundlage gestellt (Einführung von Doppeltarifen, Anhebung der Mindestsätze) und 1904/05 mit Belgien, Rußland, Rumänien, Schweiz, Serbien, Italien und Österreich-Ungarn um 12 Jahre verlängert.

[5] Köhler, Wilhelm (1856–1937), seit 1884 im bad. Schuldienst, 1892 Gymnasialprofessor in Tauberbischofsheim, 1894 in Pforzheim, 1922 Ruhestand, Z, MdL 1895–1904, MdZK (AV; PA-GLA).

[6] Nach dem 1. Flottengesetz (10. April 1898) wurde eine zweite Marinevorlage vorbereitet. Sie trat als 2. Flottengesetz am 14. Juni 1900 in Kraft.

[7] Rohrhurst, Rupert (1860–1952), 1884 ev. Pfarrkandidat, 1893 Wechsel in den bad. Schuldienst als Professor am Gymnasium in Heidelberg, 1908 Stadtschulrat in Heidelberg, 1911 Mitglied des Landesschulrats, 1897–1907 Stadtverordneter, NL, MdL 1900–1918, 1909–1917 Präsident der II. Kammer, 1917/18 1. Vizepräsident (PA-GLA).

790. Miquel an Hohenlohe-Schillingsfürst

Karlsruhe, 5. April 1900

Ew. D. beehre ich mich, unter Bezugnahme auf den hohen Erlaß vom 19. v. Mts. Nr. 93[1] zu berichten, daß die Gründung des katholischen geistlichen Studienhauses „Collegium Sapientiae" in Freiburg i./Br. bereits im Herbste 1895 erfolgt ist.

Dieses private Unternehmen erfreut sich der Unterstützung der geistlichen Behörden und hat eine recht gute Entwicklung gehabt. Daß man auch in Rom Interesse an ihm

nimmt, dürfte aus der mehrfachen Erteilung des apostolischen Segens hervorgehen. Die Leitung befindet sich in den Händen des wegen seiner ultramontanen Gesinnung bekannten Universitätsprofessors Dr. Heiner, welcher unter tatkräftiger Mitwirkung des damaligen erzbischöflichen Hofkaplans Dr. Werthmann die Gründung selbst vollzogen hat. Das Vermögen der Anstalt betrug zunächst 56 000 M[ark]; im Juli 1896 belief es sich auf 100 000 M[ark] und soll sich nicht unerheblich vermehrt haben. Das dreistöckige, in einem großen Garten gelegene neue Kolleghaus befindet sich in der Kartäusestraße in Freiburg. Im vergangenen Herbste wurde außerdem noch eine kleine Filiale im Stühlinger Stadtteile errichtet. Die Priester und, ausnahmsweise, Theologen, welche die Priesterweihe noch nicht erhalten haben, finden dort ein billiges und sehr angenehmes Unterkommen. Sie haben Gelegenheit, sich wissenschaftlichen Studien hinzugeben und die Universitätsvorlesungen über Theologie, Rechtswissenschaft, Philosophie, Philologie, Geschichte und Nationalökonomie zu besuchen. Auf diese Weise sollen die Mängel beseitigt werden, die sich etwa aus einer zu einseitigen Erziehung in den Seminaren ergeben.

Zu Anfang wurden fünfzehn Geistliche aufgenommen: fünf Badener, mehrere andere Süddeutsche sowie je ein Priester aus den Bistümern Fulda, Mainz und Ermland. Wegen der Aufnahme der Norddeutschen wurde Professor Heiner in der kleinlichsten Weise von dem „Freiburger Boten" und dem hiesigen „Badischen Beobachter" angegriffen. Im ganzen sind zwanzig Geistliche durchschnittlich in der Anstalt. Italiener und Schweizer traten ebenfalls ein. Jeder Geistliche hat ein eigenes Zimmer. Die Mahlzeiten werden gemeinschaftlich eingenommen; im übrigen läßt die Hausordnung vollständige Freiheit. Der Preis für Zimmer, Bedienung, Heizung und Beköstigung ist auf 2.50 M[ark] täglich berechnet. Aus diesen Beiträgen der Herren selbst und aus den Schenkungen werden die Kosten des Kollegiums bestritten. – Die Anstalt genießt in Freiburg ein großes Ansehen, zumal sie der Universität neue Hörer zuführt. Ob sie bei weiterer Entwicklung später auf die Universität einen Einfluß auszuüben vermag, dürfte sich nicht bestimmt voraussehen lassen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 7, Ausf.; Marg.: „10./4. Kultusmin."

[1] Am 19. März 1900 ersuchte Hohenlohe-Schillingsfürst Eisendecher unter Bezugnahme auf den Bericht vom 26. Aug. 1895 [Nr. 600] zu berichten, „ob und inwieweit" die Gründung eines katholischen geistlichen Studienhauses durchgeführt worden war (Ebd., Konz.).

791. Miquel an Hohenlohe-Schillingsfürst

Karlsruhe, 20. April 1900

Die Ruhe der Kammerferien wird von der Badischen Landpost dazu benutzt, um die Verhältnisse der im Jahre 1876 gegründeten Konservativen Partei Badens einer Erörterung zu unterziehen. Diese Selbstbetrachtungen schließen sich an zwei in der „Deutschen Zeitung" in Berlin über denselben Gegenstand erschienene Leitartikel an.

In ihrem eigenen Organe wird die Lage der Konservativen Partei mit recht dunklen Farben geschildert; von einer schlechten Gegenwart schließt man auf eine noch traurigere Zukunft. Offenbar befürchten die Konservativen, daß der nationalliberale Musterstaat demnächst ausschließlich zum demokratischen Musterstaat Deutschlands werde. Sie

finden zwar auch an den Nationalliberalen manches auszusetzen, können sich aber erst recht nicht mit einer Vorherrschaft der roten oder der schwarzen Demokratie befreunden. Wenn auch die Behauptung, daß der Großherzog in älteren Jahren ähnlich bittere Erfahrungen durchzumachen haben werde wie in seiner Jugend, reichlich übertrieben erscheint, so ist doch der unaufhaltsame Zug nach links nicht unbedenklich.

Zwei Umstände geben hauptsächlich der Konservativen Partei Anlaß, gerade jetzt über ihre Lage nachzudenken: die Entwicklung des Zentrums und die Wahlrechtsänderung.

Das hiesige Zentrum gleicht unter Führung des Pfarrers Wacker immer mehr einer rein demokratischen Partei. Alle Versuche von gemäßigter Seite, Herrn Wacker in den Hintergrund zu drängen, haben kaum einen dauernden Erfolg, sie mildern höchstens die Form. Die Rückkehr zu anständigen Verkehrsformen wird Herrn Wacker auch selbst geboten erscheinen. Denn seine Ausführungen im Badischen Beobachter, wonach der nationalliberale Führer Fieser in der Kammer peinlich wirken könne, weil bei seinem schlechten Gesundheitszustand eine plötzliche Katastrophe während der Sitzungen nicht ausgeschlossen sei, haben einen recht abstoßenden Eindruck hervorgerufen. Gerade heute feiert Herr Wacker trotzdem den Triumph, daß seine Taktik als die allein richtige gepriesen wird. So hat sich u.a. wieder der Stadtpfarrer Hansjakob dahin vernehmen lassen, daß die Zentrumspartei in Baden nur durch Kampf etwas zustande bringen könne und daß alles bisher Erreichte nur dem System Wacker zu verdanken sei. Aus Zentrumskreisen ist dem nicht widersprochen worden. Die Ermahnungen des „Schwäbischen Merkurs", den Bogen nicht zu straff zu spannen und lieber den Spuren Lenders und Zehnters zu folgen, finden keinen Anklang. Alle Zeitungsbelehrungen werden an der Tatsache nichts ändern, daß im Zentrum die linke Richtung die Oberhand hat. Das Zentrum weiß recht gut, warum es Herrn Wacker folgt. Die Wahlverbrüderung mit der Demokratie und Sozialdemokratie hat für diese Partei ähnliche Vorteile wie das russische Bündnis für Frankreich; ohne glücklich zu machen, gibt sie eine gewisse Beruhigung. Denn die Wahlfreundschaft, gepflegt durch kleine Aufmerksamkeiten in der Kammer, schützt gegen das Gespenst einer etwa wieder auflebenden nationalliberalen Mehrheit in der Kammer.

Diese Entwicklung ist den Konservativen um so unangenehmer, als sie dem Verlangen nach einem neuen Wahlgesetz Nachdruck verleiht. Der Ansturm gegen das bestehende Wahlrechtssystem vollzieht sich in Baden ganz ähnlich wie in anderen Bundesstaaten. Das Zentrum fordert überall eine Änderung zu seinen Gunsten und wirft den Regierungen reaktionäre Bestrebungen vor, wenn sie nicht sofort auf seine Wünsche eingehen. Wenn man in Preußen noch nicht offenkundig mit allen Plänen hervortritt, ist man in den süddeutschen Staaten schon bestrebt, ein dem Reichstagswahlrecht sich näherndes System einzuführen. Ist das Ziel in ganz Süddeutschland erreicht, so würde dies sicherlich gern benutzt werden, um einen moralischen Druck auf Preußen auszuüben. Ganz nach dem Sinne des hiesigen Zentrums ist der Antrag des Referenten des neunten Ausschusses der bayerischen Abgeordnetenkammer, Ruedorffer[1], es möge beschlossen werden: „Die Staatsregierung ist zu ersuchen, dem Landtage möglichst bald einen Gesetzentwurf, betreffend die Einführung direkten Wahlrechts mit geheimer Abstimmung, vorzulegen".

Mit der Änderung des badischen Wahlrechts hat es nun allerdings noch gute Wege. Eine Einigung über das vorgeschlagene gemischte System mit nur teilweiser indirekter Wahl wird sich nicht ganz leicht erzielen lassen. Es ist insbesondere noch fraglich,

inwieweit die Vertreter der Selbstverwaltungskörper, nämlich der Kreise, Bezirke, Städte und der Handelskammer, zugelassen werden sollen. Außerdem dürfte die Umbildung der Ersten Kammer, welche einer Stärkung bedarf, ebenfalls auf Schwierigkeiten stoßen.

Immerhin ist die Verfassungsreform von der Regierung versprochen worden. Ein wenig früher oder später wird sie also, natürlich im liberalen oder demokratischen Sinne, eintreten.

Die Konservativen sehen durch eine solche Neuerung den Weg zur Vermehrung ihrer spärlichen Mandate verschlossen. In dieser Erkenntnis wurde der Vorschlag einer Parteiumbildung gemacht. Durch Aufgabe einiger weitgehender Ziele glaubt man diejenigen Elemente anderer Parteien, welche mit dem allgemeinen Zug nach links unzufrieden sind, an sich ziehen zu können. Die dann neu entstehende Partei, eine Mittelpartei, soll umfassen:

1. die bisherigen Konservativen, 2. den rechten Flügel der Nationalliberalen, 3. die staatsfreundlichen Katholiken, 4. den Bund der Landwirte, 5. die Anhänger des Innungswesens, 6. die zu gemäßigten Sozialreformen geneigten Großindustriellen, 7. die Weiterblickenden unter den evangelisch-christlich- und National-Sozialen, 8. die Deutsch-Soziale Reformpartei und Antisemiten, 9. alle bisher neutral gebliebenen Bürger, welche die bisherige Entwicklung der Politik nicht billigen.

Meines bescheidenen Dafürhaltens dürfte sich die Zusammenfassung so verschiedener Bestandteile kaum bewerkstelligen lassen. Nur eine außergewöhnlich unbefriedigende politische Situation könnte hierzu den Anstoß geben. Eine solche liegt jedoch nicht vor. Ganz ausgeschlossen dürfte die Hoffnung sein, die rechte Seite des Zentrums hinüberzuziehen. Bei dem Versuch würde sich zeigen, daß die religiösen Interessen und die Parteidisziplin stärker sind als wirtschaftliche und Standesinteressen. Der Anschluß einiger Nationalliberaler an die Konservativen steht auch nicht zu erwarten. Eine solche Annäherung dürfte sich eher in der Form vollziehen, daß die Nationalliberalen die Konservativen in sich aufsaugen. Denn sie haben, wie von den letzteren zugegeben wird, durch Milderung ihres Programms, durch freundlichere Haltung der evangelischen Kirche gegenüber und durch wirtschaftliche Weitsichtigkeit den Konservativen fast allen Wind aus den Segeln genommen. Die Vorschläge der Badischen Landpost zeigen, daß es noch Politiker gibt, welche die Demokratisierung Badens nicht einfach als den natürlichen Gang der Dinge anerkennen. Gleichwohl hat die Aufforderung, daß möglichst viele Ansichten über die Parteiänderung kundgegeben werden möchten, bisher geringen Erfolg gehabt. Nur ein „alter badischer Konservativer", welcher nicht ganz auf dem Boden der Wirklichkeit zu stehen scheint, kann ein Bedürfnis zur Modifizierung seiner Partei nicht zugeben, weiß vielmehr von den glänzenden Siegen der konservativen Ideen im Großherzogtum zu berichten. Alle Schuld für etwaige Mißstände schiebt er der Regierung zu, welche es mit den Nationalliberalen und ihrer naturalistischen Weltanschauung halte. Er fordert die Regierung auf, in ein entschieden konservatives Fahrwasser abzuschwenken und zugleich mit dem Zentrum einen Modus vivendi zu finden.

Hier zeigt sich, daß die badischen Konservativen unter sich nicht einig sind, sondern ein Teil der Partei, seinen positiv-christlichen Anschauungen in erster Linie Rechnung tragend, im Zentrum den Freund und in den Nationalliberalen die Feinde erblicken zu müssen glaubt. Zu dieser Richtung bekennt sich auch im allgemeinen der Abgeordnete Freiherr v. Stockhorner. Freilich verträgt sich dieser Standpunkt mit den sonst so sehr bekämpften demokratischen Tendenzen des Zentrums nicht recht. Bei einem Zusam-

mengehen der Konservativen mit dem numerisch weit überlegenen Zentrum würde diesem sicherlich der Löwenanteil zufallen. Dieser Zwiespalt schwächt naturgemäß die Aktionsfreiheit der Konservativen. Die badische Regierung steht daher den jüngsten Bestrebungen, die Partei durch ein neues Programm zu stärken, sehr skeptisch gegenüber.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 6, Ausf.; Marg.: „22./4. Min. d. Inn."

[1] Ruedorffer, Sebastian (1854–1926), Gutsbesitzer in Rosenheim, seit 1884 Stadtverordneter, Z, Mdbayer. II. K. 1887–1918 (Frdl. Auskunft d. bayer. Landtagsamts München und d. StadtA Rosenheim).

792. Eisendecher an Tirpitz

Karlsruhe, 2. Mai 1900

In weiterer Beantwortung Ihres freundlichen vertraulichen Schreibens vom 9. März d.J.[1] darf ich nunmehr mitteilen, daß S. K. H. der Großherzog von Baden von der das Protektorat über die Flottenvereine betreffenden Sachlage Kenntnis erhalten hat. Da der hohe Herr heute nach Berlin reist, wird Höchstderselbe, wie ich annehme, mit Ihnen persönlich die Angelegenheit besprechen und alsdann vielleicht Anlaß finden, in dem gewünschten Sinne auf S. K. H. den Prinzen Heinrich[2] zu wirken. Ob der Großherzog für solche Einwirkung besonders geeignet sein möchte, ist mir nach reiflicher Überlegung etwas zweifelhaft geworden, weil zwischen beiden hohen Herren eine Zeitlang wegen der Palaisfrage in Berlin eine gelinde Verstimmung herrschte. Ich bin mir auch nicht ganz klar darüber, inwieweit der Großherzog jetzt angesichts der Beschlüsse der Budgetkommission[3] in rebus Flottenvorlage noch Ihre Auffassung teilt, daß die Übernahme des Gesamt-Protektorates über die Flottenvereine durch S. M. den Kaiser und König an und für sich besonders opportun und erwünscht sein würde. Sie werden indessen S. K. H. leicht in dieser Richtung überzeugen können. Leider ergab sich für mich während des jüngsten kaiserlichen Besuches hier kein günstiger Moment zu einer Anregung der Sache, ich hätte mir sonst erlaubt, den Inhalt Ihres Briefes an Allerhöchster Stelle vorzutragen, um eine Rücksprache S. M. mit dem Großherzoge womöglich herbeizuführen. Könnten Sie nicht eventuell selbst die Lage der Dinge dem Prinzen vorstellen? Eigentlich verspreche ich mir von einer solchen direkten Demarche Ihrerseits den meisten Erfolg; auch ich als bescheidener Outsider, der sich des gnädigen Wohlwollens des Prinzen wohl rühmen darf, würde gerne bereit sein, eine briefliche Fürsprache zu versuchen.

S. M. waren hier außerordentlich erfreut über Ihre wichtige Meldung bezüglich der geforderten Schlachtschiffe. Einstweilen wird man damit zufrieden sein können, wenigstens finde ich in badischen Kreisen diese Ansicht allgemein verbreitet; mit der Zeit wird auch der weitere Teil der Vorlage sich schon durchbringen lassen.

Zu dem Erfolg gratuliere ich Ihnen, meine sehr verehrte Exzellenz, von ganzem Herzen, Sie haben schwere Arbeit gehabt und durch Ihre tatkräftige, äußerst wirkungsvolle publizistische Tätigkeit sich das allergrößte Verdienst erworben.[4]

Die Drucksachen, welche Sie mir gütigst zusandten, bilden eine ausgezeichnete Belehrung in jeder Hinsicht. Ich sprach gestern mit der Frau Großherzogin über den ersten

Nauticus-Band[5] und befürwortete den Vortrag der wichtigsten Kapitel daraus in den höheren Schulklassen. I. K. H. plant die Organisierung einer Ferienreise älterer Schüler nach Kiel und akzeptierte den Vorschlag als eine gute Vorbereitung der Teilnehmer.

BA-MA Freiburg Nachlaß Tirpitz 253/16 fol. 59f., Privatschreiben.

[1] Gedr. *Fuchs* IV S. 230f.

[2] Heinrich Prinz von Preußen (1862–1929), Bruder Wilhelms II., 1906–1909 Chef der aktiven Schlachtflotte, 1914–1918 Oberbefehlshaber der Streitkräfte in der Ostsee (Großadmiral).

[3] Die offene Finanzierung des Flottenbaus löste die Kommission vom 5.–10. Mai 1900 mit dem Vorschlag, Verbrauchs- und Stempelabgaben zu erhöhen.

[4] Am 3. Dez. 1899 berichtete Eisendecher Tirpitz über die Propagierung des Flottengesetzes: „Wir haben jetzt genügend Vortragende in Aussicht, Schäfer-Heidelberg sprach neulich bereits sehr gut, u[nd] am 8. d. Mts. werden bei einer großartigen Veranstaltung des – leider oft recht taktlosen – Alldeutschen Verbandes nicht weniger als 3 Redner losgelassen, Schäfer, Weyer u[nd] noch einer, dessen Name mir momentan nicht einfällt. Dank Ihrer erfolgreichen Tätigkeit u[nd] Anregung, die ich aufrichtig bewundere, nimmt das Verständnis für unsere maritimen Bedürfnisse im Süden entschieden zu. Die Leute fangen an nachzudenken u[nd] lassen sich mit den Schreien [?] der klerikalen u[nd] radikalen Zeitungen nicht mehr abspeisen. Vieles wird allerdings durch Ungeschick unserer sog[enannten] Freunde wieder verdorben. Wenn z. B. der Alldeutsche Verband den Haß gegen England schürt u[nd] in burenfreundlichen Kundgebungen macht, so kann uns das gar nichts nützen, im Gegenteil nur schaden. Dabei denke ich auch an Schweinburg, Freunde hat der Herr hier wenig, aber die Süddeutsche Reichskorrespondenz ist mehr od[er] minder sein Werk. [...] Der englische Besuch scheint gut verlaufen, *erfreulich sind auch* Samoa u[nd] *die* mesopotamische Eisenbahn. [...] Mit der Zuchthausvorlage dagegen hat man wohl nicht ganz klug operiert, die stürmische Verhandlung u[nd] die Niederlage wäre zu vermeiden gewesen. Der Gr[oßherzog] hatte bei S. M. eindringlich für Schluß des Reichstages plädiert. Bei der Erregung des Gemütes des Reichsboten wird die Flottenvorlage besser noch etwas hinauszuschieben sein, bis die Hitze sich abkühlt. [...]" (Ebd. fol. 55f., Privatschreiben).

[5] *Jahrbuch für Deutschlands Seeinteressen*, Berlin 1899ff. (Nauticus-Schriften 5ff.); vgl. *Altes und Neues zur Flottenfrage*, 2 Bde., Berlin 1898 (Nauticus-Schriften 1, 2); *Beiträge zur Flottennovelle* 1900, Berlin 1900 (Nauticus-Schriften 4).

793. Eisendecher an Hohenlohe-Schillingsfürst

Karlsruhe, 3. Mai 1900

Im Anschluß an die Beratung des Unterrichtsetats, speziell Wissenschaften und Künste, wurde gestern in der badischen Zweiten Kammer[1] über die Paragraphen 184a und b der sogenannten Lex Heinze verhandelt. Das Haus nahm mit 28 gegen 18 Stimmen einen Antrag an, welcher die Regierung ersucht, erforderlichenfalles im Bundesrat gegen die erwähnten Paragraphen zu stimmen. Der Antrag war von den Nationalliberalen, Volksparteilern und Sozialdemokraten gemeinsam gestellt und wurde vom Zentrum bekämpft. Staats- und Unterrichtsminister Nokk erklärte im Laufe der Debatte, daß die Regierung gegen §184a ernste Bedenken hege und daß der §184b in der ersten Fassung zu weitgehend, aber auch in seiner abgeschwächten Form bedenklich und überflüssig erscheine.[2]

Außer dem Zentrum stimmten die Abgeordneten Kirchenbauer (wild, früher konservativ), Burkhard (Bund der Landwirte) und Mampel[3] (Antisemit) gegen den Antrag.

Der vorläufige Bericht der Karlsruher Zeitung[4] über die Verhandlung mit der Erklärung des Ministers ist hier ehrerbietigst beigefügt.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 163 Bd. 5, Ausf.; Marg.: „6./5. R. Justizamt".

[1] 68. Sitzung II. Kammer vom 2. Mai 1900 (Vgl. *Schultheß* 1900 S. 66).

[2] Am 22. Mai 1900 einigte man sich im Reichstag auf der Grundlage des Initiativantrags des Zentrumsführers Graf Hompesch, wonach die allgemeinen Strafandrohungen des § 184a gegen Literatur, Kunst und Theater entfielen und lediglich an Maßnahmen des Jugendschutzes festgehalten wurde (Vgl. Nr. 788).

[3] Mampel, Friedrich (1839–1911), Landwirt in Kirchheim/Heidelberg, DSozial, MdL 1897–1902.

[4] (Beilage) Nr. 121 vom 3. Mai 1900.

794. Eisendecher an Hohenlohe-Schillingsfürst

Karlsruhe, 6. Mai 1900

Gelegentlich der Beratung des Eisenbahnetats in der badischen Zweiten Kammer gab am 4. d. Mts.[1] der Ressortminister Herr v. Brauer auf eine Anfrage des Abgeordneten Hug (Vorsitzenden der Budgetkommission), betreffend die durch die preußisch-hessische Eisenbahngemeinschaft für Baden entstandenen Nachteile, die beifällig aufgenommene Erklärung ab, daß die Vereinbarung mit Preußen dortseits redlich gehalten und der Instradierungsvertrag genau befolgt worden sei. Der Ausfall für Baden stelle sich auch günstiger, als man seinerzeit angenommen habe, anstatt der veranschlagten 650000 M[ark] betrage das Minus nur 380000 M[ark], Preußen werde auch die badische Regierung niemals drängen, seinen Abmachungen mit Hessen beizutreten. Es frage sich indessen, ob das gegenwärtige wenig günstige Verhältnis der Main-Neckar-Bahn auf die Dauer aufrechtzuerhalten sei. Man könne eventuell das kleine Stück badischer Main-Neckar-Bahn an die Gemeinschaft abtreten oder einen gemeinsamen Betrieb einrichten zwischen Heidelberg und Frankfurt.

Der Minister erklärte weiter, die dem württembergischen Minister v. Mittnacht[a] zugeschriebene und namentlich in dem hiesigen Zentrumsblatt hervorgehobene Äußerung, daß Baden eine Einigung der süddeutschen Staaten in Eisenbahnsachen hindere, beruhe jedenfalls auf einem Irrtum. Die Verhandlungen der süddeutschen Regierungen seien keineswegs gescheitert, eine Hauptschwierigkeit bilde das Kilometerheft, von dem Baden nicht abgehen wolle. Ich bemerke schließlich, daß die Redner aller Parteien in der Diskussion der Eisenbahnverwaltung mehr oder minder lebhafte Anerkennung zollten.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 99 Bd. 7, Ausf.; Marg.: „I. 11./5. Min. d. öff. Arb., II. mtg. 31./5. München".

[a] Korrigierte Vorlage: Crailsheim.

[1] 70. Sitzung II. Kammer vom 4. Mai 1900.

795. Eisendecher an Hohenlohe-Schillingsfürst

Karlsruhe, 11. Mai 1900

Vertraulich! Die badische Ständeversammlung hat bis jetzt alle Budgetposten ohne Bedenken bewilligt, und auch gegen den Rest der Regierungsforderungen dürfte sich wesentlicher Widerspruch nicht erheben. Es bestand vor kurzem noch die Hoffnung, mit der Etatberatung bis Mitte des Monats fertig zu werden, dann hätte indessen die Erste Kammer sich ganz außerordentlicher Eile befleißigen müssen, was unerwünscht schien, man hat daher, um diesem hohen Hause mehr Zeit zu lassen, die provisorischen Steuererhebungen noch bis Ende dieses Monats verlängert.

In der gestrigen Sitzung[1] erfolgte ziemlich überraschenderweise bei Beratung des Kultusetats ein heftiger Angriff des Zentrumsführers Wacker gegen den Ressortminister. Nachdem der streitbare geistliche Herr und seine Presse in letzter Zeit eine gewisse Zurückhaltung beobachtet hatten, war vielfach die Meinung verbreitet, daß diese Reserve auf höhere Weisung zurückzuführen sein möchte. Auch S. K. H. der Großherzog sprach mir solche Vermutung aus, die sich indessen angesichts des Wackerschen Auftretens wohl nicht als zutreffend erweist.

Die Debatte wird heute fortgesetzt, ich darf daher nach Schluß Näheres gehorsamst berichten, bemerke nur schon jetzt, daß Herr Minister Nokk seine Haltung gegenüber der katholischen Kirche energisch, sachlich, ruhig und mit gewohnter Klarheit unter dem Beifall der liberalen Seite des Hauses verteidigte.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 6, Ausf.

[1] 75. Sitzung II. Kammer vom 10. Mai 1900.

796. Eisendecher an Hohenlohe-Schillingsfürst

Karlsruhe, 17. Mai 1900

Die kirchenpolitische Debatte der badischen Zweiten Kammer gelegentlich der Beratung des Kultusetats, über welche ich unter dem 12. d. Mts. gehorsamst berichtete, wurde erst am 15. zu Ende geführt, Abstriche am Etat erfolgten nicht. Indem ich das weitere Referat der Karlsruher Zeitung[1] hier ehrerbietigst beifüge, darf ich folgendes bemerken.

Die Großherzogliche Regierung ist mit dem Verlauf der Debatte zufrieden. Es hat sich ergeben, daß die Klagen des Zentrums über Mißstände und schlechte Behandlung der katholischen Kirche durchaus nicht zutreffen. Die liberalen sowohl wie die radikalen Redner standen ausnahmsweise in dieser Beziehung nahezu geschlossen dem Zentrum gegenüber. Wacker redete drei Stunden lang wenig glücklich, zum ersten Male mußte er es erleben, daß seine eigenen Fraktionsgenossen, während er sprach, zum großen Teil den Saal verließen. Er hatte zahlreiches Material zusammengetragen und bemühte sich anderhand desselben mit häufigen längeren Pausen, alle Beschwerden und Wünsche der Kirche äußerst langatmig zur Ermüdung der Kammer vorzutragen.

Auf liberaler Seite sprachen vornehmlich die Abgeordneten Fieser, Obkircher[2] und der neugewählte evangelische Theologe Rohrhurst (Lehrer am Seminar). Die Rede des letzteren war wohl die beste der ganzen Debatte. Mit großer Ruhe und Sachlichkeit

verbreitete er sich über die klerikale Intoleranz und die aggressive Haltung der römischen Kirche, die den Frieden hindere. Von sozialistischer Seite wurde wiederholt der bekannte Satz geäußert, daß Religion Privatsache sei und daß gedeihliche Zustände nur durch eine Trennung von Staat und Kirche herbeigeführt werden könnten. Unter großer Heiterkeit des Hauses wies der Sozialdemokrat Schaier den einzelnen Fraktionen ihre Plätze im Fegefeuer und in Himmel und Hölle an, wobei er selbstverständlich nur die Sozialisten als des besseren Jenseits würdig schilderte.

Man kann aus der viertägigen Diskussion nur wiederum die Überzeugung ihrer absoluten Nutzlosigkeit gewinnen. Alle vorgebrachten Themata sind fast in jeder Session schon hinreichend verarbeitet, die Zeit wäre besser zu verwerten gewesen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 7, Ausf.; Marg.: „21./5. Kultusminist."

[1] 76. Sitzung II. Kammer vom 11. Mai 1900, in: Karlsruher Zeitung (Beilage), Nr. 131 vom 13. Mai 1900; 78. Sitzung II. Kammer vom 14. Mai 1900, in: Karlsruher Zeitung (Beilage), Nr. 134 vom 16. Mai 1900; 79. Sitzung II. Kammer vom 15. Mai 1900, in: Karlsruher Zeitung (Beilage), Nr. 135 vom 17. Mai 1900.

[2] Obkircher, Rudolf Otto Julius Dr. jur. (1859–1916), seit 1882 im bad. Justizdienst, 1890 Amtsrichter in Villingen, 1892 in Ettlingen, 1894 Oberamtsrichter und Landgerichtsrat in Mosbach, 1898 in Freiburg, 1906 Landgerichtsdirektor in Mannheim, 1910 in Karlsruhe, 1907–1910 Landesvorsitzender, 1907/08 Fraktionsvorsitzender der Nationalliberalen, MdL 1897–1908, MdR 1914–1916 (AV; PA-GLA).

797. Eisendecher an Hohenlohe-Schillingsfürst

Karlsruhe, 22. Mai 1900

Der Empfang der Torpedoboote in Maxau und hier verlief gestern unter ganz enormem Andrang des Publikums äußerst glänzend und würdig.[1] Beide Ufer des Rheines waren bei der Ankunft der Division dicht mit Menschen besetzt, und an der abendlichen Feier in der Festhalle und im Stadtgarten beteiligte sich halb Karlsruhe. Ich habe noch bei keiner ähnlichen Veranstaltung hier eine so allgemeine spontane Kundgebung der Bevölkerung erlebt.

S. K. H. Prinz Karl von Baden, sämtliche Minister und zahlreiche Beamte waren der Einladung der Stadt gefolgt. Es wurde ein Begrüßungsschreiben an S. K. H. den Großherzog abgesandt und Höchstdessen Vermittlung erbeten zu einer alleruntertänigsten telegraphischen Huldigung an S. M. den Kaiser und König. Die gnädige Antwort des Landesherrn konnte noch in der Versammlung verlesen werden. Die gehaltenen Reden ließen an patriotischer Begeisterung nichts zu wünschen. Nach Form und Inhalt gleich vollendet erschien mir insbesondere die Ansprache des Oberbürgermeisters Schnetzler. Auch die übrigen Redner, darunter ein Freisinniger und die Anhänger der Zentrumspartei, sprachen taktvoll und mit großer Wärme.

Der Dankestrinkspruch des Kapitänleutnants Funke[2] auf die Stadt fand allgemeinen kräftigen Beifall. Er sowohl wie die übrigen Offiziere der Division haben offenbar ihren bisherigen recht anstrengenden Rheintriumphzug gut überstanden. Die Frau Großherzogin wird die Herren heute mittag empfangen, während S. K. H. der Großherzog zu Höchstseinem lebhaften Bedauern infolge der noch nicht ganz gehobenen Erkältung auf

eine Begrüßung verzichten muß. Für die Offiziere, Deckoffiziere und ältesten Unteroffiziere ist die Verleihung von badischen Dekorationen in Aussicht genommen; von der diesbezüglichen vorherigen Anfrage muß unter den besonderen Umständen abgesehen werden. Der für morgen geplante Ausflug nach Baden wird leider unterbleiben, da die Division auf Allerhöchsten Befehl am 25. d. Mts. in Mainz sein soll und vorher noch der Besuch Straßburgs bevorsteht – sofern der heute gerade genügende Wasserstand anhält.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 138 Bd. 17, Ausf.; Marg.: „v. S. M. 23./5."

[1] Karlsruher Zeitung, Nr. 139 vom 21. Mai 1900; Bad. Presse, Nr. 118 vom 22. Mai 1900 (Vgl. Nr. 798).

[2] Funke, Felix (geb. 1865), seit 1882 Marineoffizier, Kapitänleutnant in der Torpedobootflotte, 1914 Konteradmiral und Kdr. des III., 1915 des II. Geschwaders, 1915 Ruhestand (zuletzt Vizeadmiral).

798. Eisendecher an Hohenlohe-Schillingsfürst

Karlsruhe, 24. Mai 1900

Die Torpedobootdivision ist gestern früh noch durch den Besuch I. K. H. der Frau Großherzogin geehrt worden und dann direkt von Maxau nach Mainz gedampft. Straßburg mußte wegen ungenügenden Wasserstandes aufgegeben werden. Offiziere wie Mannschaften hinterlassen hier das allerbeste Andenken. In langen Berichten über die für die seltenen Gäste veranstalteten Festlichkeiten zollen die Zeitungen zugleich der tadellosen Haltung der Besatzungen lebhafte Anerkennung. Eine ganze Reihe von Extrazügen führte Tausende von Neugierigen nach Maxau, der Andrang auf den Booten war so enorm, daß man den Leuten nur abteilungsweise den Zutritt gestatten konnte.

Die Offiziere wurden vorgestern mittag von I. K. H. der Frau Großherzogin empfangen, demnächst gab die Stadt ihnen ein Festmahl, und abends nach der Oper fand Marschallstafel im Schlosse statt. Im höchsten Auftrage S. K. H. des Großherzogs brachte dabei Herr Minister v. Brauer das Wohl S. M. des Kaisers und Königs aus; ich antwortete als ältester Angehöriger der Marine mit einem Danktoast auf den Landesherrn.

Einzelne stark ironisch gefärbte Artikel demokratischer oder ultramontaner Blätter ändern nichts an der Tatsache, daß der Besuch der Boote hier außerordentliches Interesse erweckte und einen zweifellosen Erfolg bedeutet für die Stimmung in der Bevölkerung zugunsten der Flotte.[1]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 138 Bd. 17, Ausf.; Marg.: „v. S. M. 28./5."

[1] Tirpitz teilte Eisendecher am 9. März 1900 mit, daß „der deutsche Flottenverein in den letzten Monaten ganz hervorragende Fortschritte gemacht" habe, „und besonders in den süddeutschen Bundesstaaten hat sich erfreulicherweise die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer starken deutschen Flotte immer mehr Bahn gebrochen" (Bonn, Archiv Ausw. Amt, Nachlaß Eisendecher 3/1–4 fol. 80 f., Ausf.; gedr. *Fuchs* IV S. 230 f.).

799. Eisendecher an Hohenlohe-Schillingsfürst

Karlsruhe, 27. Mai 1900

[...] Bei der Ersatzwahl für den Reichstag in Offenburg-Kehl[1] siegte der Zentrumskandidat Landwirt und Landtagsabgeordneter Schüler mit nur etwa vierhundert Stimmen Mehrheit.

Die ultramontane Presse feiert dieses Ergebnis als eine schwere Niederlage der Gegner und hebt dabei besonders hervor, daß Nationalliberale und Sozialdemokraten gegen das Zentrum verbündet gewesen seien. Nun erging zwar von seiten der sozialistischen Parteileitung öffentlich die Weisung, den liberalen Bewerber zu unterstützen, im hiesigen Ministerium vermutet man aber einen geheimen Gegenbefehl, demzufolge ein großer Teil der Genossen doch wohl für den jetzt Gewählten eingetreten sei. Im übrigen erscheint das Plus an Stimmen sehr gering; es wird allgemein angenommen, daß ohne die Erkrankung des Geheimen Rates Reinhard[2] dieser die Majorität gewonnen hätte. Er war in einzelnen Bezirken des Wahlkreises wenig bekannt und leider nicht imstande, dort persönlich zu erscheinen. Bei seiner sonstigen Popularität und Liebenswürdigkeit hätte zweifellos sein persönliches Auftreten die Lage wesentlich ändern können.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 3 Bd. 15, Ausf.

[1] Der bisherige Mandatsinhaber Kaufmann Max W. Reichert aus Baden-Baden war am 8. März 1900 verstorben.

[2] Reinhard, Richard Dr. jur. (1846–1920), 1872 Sekretär im bad. Innenministerium, 1874 Amtmann in Heidelberg, 1877 Amtsvorstand in Karlsruhe, 1890 in Baden-Baden, 1893 Vortr. Rat im Ministerium des Innern, 1896 Landeskommissär in Freiburg, 1900 Forst- und Domänendirektor, 1901 Staatsrat, 1909 Ruhestand (AV; PA-GLA).

800. Eisendecher an Hohenlohe-Schillingsfürst

Karlsruhe, 1. Juni 1900

In beiden Häusern des Badischen Landtages wurde in den letzten Tagen am Schlusse der Budgetberatung die Frage erörtert, ob das in dem Bericht der Budgetkommission der Zweiten Kammer zugesprochene Recht der Ausgabe[n]initiative für die Regierung bindend sei; mit anderen Worten, ob die Regierung verpflichtet sei, etwaige von der Kammer beschlossene Ausgabe[n]erhöhungen als Leges perfectae zu akzeptieren.

Der Herr Finanzminister trat dieser Auffassung entgegen. Er führte aus, daß zwar der Kammer das Recht einer solchen Initiative zustehe, daß aber die Regierung eine Verantwortung für wesentlich erhöhte Ausgaben, die bei Aufstellung des Etats nicht reiflich erwogen worden seien, nicht immer übernehmen könne, sie müsse deshalb freie Hand behalten; er, der Minister, könne der Kammer nur größtmögliche Vorsicht in solchen Fällen empfehlen. Die Darlegung des Herrn Buchenberger fand im Hause keinen direkten Widerspruch; einzelne Redner stimmten dem Minister ausdrücklich zu.

Die Erste Kammer stellte sich bei Erörterung des Gegenstandes so energisch auf den Regierungsstandpunkt, daß der Abgeordnete Fieser im anderen Hause in lebhafter Weise Verwahrung einlegte gegen eine Belehrung von dieser Seite.[1] *Vorlage der Kammerverhandlung in der Süddeutschen Reichskorrespondenz.*[2]

Man rechnet etwa Ende Juni oder Anfang Juli auf den Schluß der Session. Bis dahin soll noch ein Teil der neuen Steuergesetze, und zwar wahrscheinlich nur die Vorlage betreffend die Neueinschätzung (Katastergesetz), erledigt werden. Auch die Beratung der Wahlrechtsfrage steht noch bevor.

Da vom Zentrum soeben ein für die Regierung ganz unannehmbarer Gesetzentwurf über die Neueinteilung der Wahlkreise[3] einging, wird darüber zunächst debattiert werden. Man hofft, damit vielleicht die Wahlrechtsfrage einstweilen ganz zu vertagen; ein positives Ergebnis wäre doch ausgeschlossen, solange die nationalliberalen Kompromißvorschläge von der Opposition rundweg abgelehnt werden und Regierung und Erste Kammer für die Wünsche der Opposition nicht zu haben sind.

Die Zentrumsvorschläge, betreffend die Wahlkreise, sind ungerecht, unlogisch und einseitig, vorteilhaft nur für die Ultramontanen; liberale Wahlbezirke werden auseinandergerissen und katholische Bezirke überall in günstigster Weise zusammengehalten. Während die städtische Bevölkerung sehr erheblich zugenommen hat und die Einwohnerzahl auf dem Lande nur wenig gewachsen ist, will das Zentrum das Plus an Abgeordneten weit überwiegend den Landbezirken zuweisen.

Die Regierung hat unterderhand einen Gegenentwurf über die Wahlkreiseinteilung ausarbeiten lassen, welcher von der nationalliberalen Fraktion der Kammer vorgelegt werden wird.[4]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 6, Ausf.

[1] Vgl. Nr. 805.

[2] Nr. 21 vom 1. Juni 1900.

[3] In der 83. Sitzung II. Kammer vom 25. Mai 1900 brachte das Zentrum einen Entwurf ein, der 24 städtische und 52 ländliche Abgeordnete, 25000 Einwohner pro Wahlkreis sowie deren Neueinteilung in Abständen von 25 Jahren vorsah (4. Beilageheft 1899/1900 S. 647 ff.). Vgl. Nr. 631 Anm. 1.

[4] Der am 2. Juni 1900 von den Nationalliberalen vorgelegte Gegenentwurf umfaßte 24 städtische und 44 ländliche Wahlkreise mit je 30000 Einwohnern. Da dieser an 7 Abgeordneten festhielt, die von den Bürgerausschüssen der 5 größten Städte des Landes gewählt werden und zu den übrigen direkt gewählten hinzutreten sollten, scheiterte die Verfassungs- und Wahlrechtsreform am 2. Juli 1900 (106./107. Sitzung II. Kammer). Vgl. *Goldschmit* S. 210 ff.; Nr. 777 Anm. 1.

801. Eisendecher an Hohenlohe-Schillingsfürst

Karlsruhe, 9. Juni 1900

Ew. D. habe ich die Ehre, beifolgend das Referat über die Verhandlungen des hier soeben geschlossenen XI. Evangelisch-Sozialen Kongresses gehorsamst vorzulegen.[1] Die Großherzogliche Regierung ließ den Kongreß durch den Direktor im Ministerium des Innern begrüßen, verhielt sich im übrigen aber ziemlich reserviert; nur der Minister des Innern wohnte eine Stunde etwa den Verhandlungen bei. Er rügte mir gegenüber scharf das Hineinziehen politischer und konfessioneller Momente durch einzelne Mitglieder und tadelte insbesondere die stark aufreizende, sehr wenig evangelisch friedliche Sprache des bekannten Pfarrer[s] Naumann.[2]

Der während der Tagung mitwirkende Gesangverein Konkordia zählt zahlreiche katholische Mitglieder, die von dem einseitig konfessionellen Beigeschmack einzelner Äußerungen recht unangenehm berührt sein sollen, um so mehr, als dem Verein vorher

ausdrücklich die beruhigendsten Zusicherungen in dieser Beziehung gemacht worden waren. Eigentümlicherweise wurde von Baden als einem vorwiegend evangelisch sozialen Lande gesprochen, was doch wohl nicht ganz zutreffen dürfte bei einer zu zwei Dritteilen katholischen Bevölkerung.

Die Bestrebungen des Kongresses erkennt man hier voll an, glaubt aber bis jetzt nicht recht an namhafte praktische Erfolge.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 163 Bd. 5, Ausf.; Marg.: „14./6. d. H. Staatsministern."

[1] Bad. Landeszeitung, Nr. 261 vom 7. Juni 1900.

[2] Naumann, Friedrich (1860–1919), protestantischer Theologe, Helfer und Geistlicher am Rauhen Haus in Hamburg, 1890 bei der Inneren Mission in Frankfurt/M., 1896 Gründer des Nationalsozialen Vereins, Aufgabe der Seelsorge und politische Betätigung in Berlin, FrVg/FVP/DDP, MdR 1907–1919.

802. Eisendecher an Hohenlohe-Schillingsfürst

Karlsruhe, 8. Juli 1900

Die badischen Kammern sind am 5. d. Mts. zunächst nicht geschlossen, sondern nur vertagt worden, damit die Präsidien beider Häuser bei dem bevorstehenden Empfange des Prinzen Max und seiner jungen Gemahlin als Vertreter der Landstände mitwirken können.[1]

Die Großherzogliche Regierung hat allen Grund, von dem Verlauf der Tagung befriedigt zu sein, abgesehen von den praktisch ziemlich nutzlosen Debatten über die Kloster- und die Wahlrechtsfrage haben beide Häuser fleißig und erfolgreich gearbeitet. Das Budget wurde mit ganz unwesentlichen Änderungen den Regierungsvorlagen entsprechend bewilligt, und noch in den Schlußsitzungen erfolgte die nahezu einstimmige Annahme der die Steuerreform betreffenden drei ersten Gesetze.[2]

Zu der von der vereinigten Opposition erstrebten Änderung des Wahlrechtes und der Wahlkreiseinteilung kam es auch in der vergangenen Session nicht. Die verfassungsmäßig erforderliche Zweidrittelmehrheit wurde in der Zweiten Kammer nicht erreicht[3], und die Erste Kammer lehnte die bezüglichen Anträge sämtlich ab.[4] Der Führer des Zentrums hatte mit anerkennenswertem Eifer nicht weniger als drei verschiedene Entwürfe zu einer neuen Einteilung der Wahlkreise vorgelegt, deren einer die gegenwärtige Zahl von 63 Abgeordneten beibehält; die Mehrheit des Hauses war nun der Meinung, daß dieser Entwurf eine Verfassungsänderung nicht bedeute, infolgedessen erfolgte seine Annahme mit einfacher Majorität, die Erste Kammer dagegen, welche der Meinung des anderen Hauses nicht beipflichtete, stimmte für Ablehnung. Über die Frage, ob die Wahlkreiseinteilung überhaupt einen integrierenden Teil der Verfassung bilde, wurde längere Zeit debattiert, die Regierung bejahte die Frage, während das Haus teilweise die entgegengesetzte Ansicht vertrat.

Die Bevölkerung bekundet seither an der Wahlrechtsangelegenheit durchaus kein sonderliches Interesse, und schwerwiegende Übelstände sind bei dem geltenden Wahlsystem nicht hervorgetreten. Die abermalige Vertagung der Sache wird demnach von der Regierung als ganz erwünscht angesehen. [...]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 7, Ausf.; Marg.: „13./7. FinanzMin."

[1] Vgl. Nr. 787, 803.

[2] Im Juni/Juli 1900 berieten die Kammern Teile eines Gesetzentwurfs, der die Ertragssteuern zu einer Vermögensteuer weiterbilden sollte. Soweit sich dieser auf die Aufstellung eines Grundstücks- und Gebäudekatasters bezog, trat er am 9. Aug. 1900 in Kraft (Vgl. 2. Beilageheft 1905/06 S. 28f.).

[3] Vgl. Nr. 800 Anm. 3, 4.

[4] 21. Sitzung I. Kammer vom 5. Juli 1900.

803. Eisendecher an Hohenlohe-Schillingsfürst

Karlsruhe, 16. Juli 1900

Der Einzug des Prinzen Max von Baden mit seiner jungen Gemahlin und die darauffolgenden Hoffeste sind bei schönem, aber ungemein heißem Wetter sehr erfreulich verlaufen. In der Bevölkerung herrschte überall regste Teilnahme. Die Prinzessin hat zweifellos durch ihre liebenswürdige, natürliche Freundlichkeit und kindliche Anmut rasch alle Herzen in der neuen Heimat gewonnen. Namentlich scheinen schon jetzt I. K. H. der Großherzog und die Frau Großherzogin der Prinzessin mit warmer Liebe zugetan, beide höchste Herrschaften werden nicht müde, ihren Empfindungen in diesem Sinne Ausdruck zu verleihen. In scherzhafter Weise wird hier berichtet, daß sich neuerdings nahe der Residenz besonders zahlreiche Störche gezeigt haben, man nimmt das als gute Vorbedeutung für die wichtige Frage der Nachkommenschaft.

Das junge Paar wird sich demnächst mit der Frau Prinzessin Wilhelm[1] nach Salem am Bodensee begeben und dort vorläufig bleiben.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 6, eig. Ausf.; Marg.: „v. S. M. in Berlin 27./7."

[1] Leuchtenberg, Marie Gräfin v. (1841–1914), seit 1863 morganatische Gattin des Prinzen Wilhelm v. Baden.

804. Eisendecher an Hohenlohe-Schillingsfürst

Mainau, 16. September 1900

Der badische Minister des Inneren, Herr Eisenlohr, hatte schon Anfang dieses Jahres wegen mangelhafter Gesundheit zurücktreten wollen, war indessen durch S. K. H. den Großherzog bewogen worden, noch zu bleiben. Nachdem er nunmehr nochmals auf sein Entlassungsgesuch zurückgekommen ist, wird in diesen Tagen die Genehmigung erfolgen; zugleich soll als Nachfolger der Geheimrat Schenkel, langjähriger Direktor im Ministerium des Inneren, ernannt werden. Herr Eisenlohr war ausgesprochen nationalliberaler Parteimann und als solcher bei der klerikal-demokratischen Opposition besonders unbeliebt, im übrigen aber ein vorzüglicher Beamter, energisch, tatkräftig und redegewandt, der Landesherr läßt ihn nur ungerne scheiden.[1] Gegen ihn richtete sich in erster Linie das bekannte Mißtrauensvotum der Zweiten Kammer.[2]

Der zukünftige Minister des Inneren gehört keiner Partei an; er stand zuletzt etwa anderthalb Jahre dem Verwaltungsgerichtshofe vor, gilt als sehr fähig und tüchtig. Als Mitglied der Ersten Kammer hat er sich wiederholt ziemlich scharf gegen den Ultramontanismus geäußert, dürfte also dem Zentrum ebensowenig zusagen wie sein Vorgänger.

Keinenfalls wird man mit der Ernennung Schenkels auf eine Änderung in der inneren Politik schließen dürfen.

S. K. H. der Großherzog teilte mir den bevorstehenden Wechsel heute Höchstselbst mit und berührte dabei in humorvoller Weise die jüngst erschienene Sensationsnachricht der Frankfurter Zeitung, die ihn zum Invaliden machen wolle und die wichtigsten Umwälzungen in der badischen Regierung wittere.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 2 Bd. 1, eig. Ausf.; Marg.: „v. S. M. in Berlin 21./9."

[1] Vgl. Großherzog Friedrich I. an Nokk vom 30. Aug. 1900 (Gedr. *Fuchs* IV S. 258f.). Vgl. Nr. 805.

[2] 717, 718.

805. Eisendecher an Hohenlohe-Schillingsfürst

Karlsruhe, 24. September 1900

Die badischen Parteiblätter erörtern eifrig den Rücktritt des Ministers des Innern sowie die Möglichkeit einer veränderten Haltung seines Nachfolgers. Einzelne Zeitungen meinen, auch der Staats- und Kultusminister Nokk werde sich bald zurückziehen, in welchem Falle Herr v. Brauer als Staatsminister und Herr v. Jagemann als Kultus- und Unterrichtsminister in Aussicht genommen sei[en]. Nach meinen Informationen stehen einstweilen weitere Änderungen im Ministerium nicht bevor, ich vermute aber, daß Herr Nokk nicht mehr allzu lange auf seinem Posten ausharren dürfte und daß alsdann die erwähnte Kombination einige Wahrscheinlichkeit für sich hätte. Dem zurücktretenden Minister Eisenlohr können auch die Oppositionsparteien ihre Anerkennung für seine erfolgreiche Tätigkeit nicht versagen, dagegen erfährt seine politische Haltung, speziell in der Wahlrechtsfrage, lebhafte Kritik. Diese Frage und die vom Zentrum erstrebte Zulassung von Männerorden bilden eigentlich die einzigen wichtigen Differenzpunkte zwischen der Regierung und der Mehrheit der Zweiten Kammer. Daß der neue Präsident des Ministeriums des Inneren bezüglich des direkten Wahlrechtes entgegenkommender als sein Vorgänger sein sollte, ist nicht anzunehmen, er huldigt anscheinend ziemlich konservativen Anschauungen und hat sich wegen gewisser Äußerungen in der Ersten Kammer über die Befugnisse der Volksvertretung sogar den Tadel des nationalliberalen Führers im anderen Hause zugezogen.[1]

Das Schreiben, welches S. K. H. der Großherzog an Herrn Eisenlohr bei dessen Scheiden aus dem Amte richtete, ist sehr warm und anerkennend gehalten, als Grund für die Genehmigung des Rücktrittes wird darin lediglich die geschwächte Gesundheit des Ministers angeführt; man darf indessen wohl vermuten, daß politische Erwägungen nicht ohne Einfluß auf den Wechsel waren. Die ausgesprochen nationalliberale Vergangenheit und Richtung Eisenlohrs und der leider nicht zu leugnende allmählige Niedergang der nationalliberalen Kräfte im Lande und in der Kammer sind in der Sache augenscheinlich mitbestimmend gewesen.[2]

Eine Zeitungsmeldung, daß Herr Eisenlohr nunmehr die Führerschaft der Nationalliberalen Partei übernehmen werde, ist, wie ich höre, durchaus unzutreffend.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 2 Bd. 1, eig. Ausf.

[1] Vgl. Nr. 800.

[2] Pfordten an das Bayerische Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußern. [Stuttgart], „6. Dezember 1900. *Die Forderung nach allgemeinen, direkten Wahlen für die Zweite Kammer bildete den Gegenstand heftiger Preßfehden, auch sprachen sich die Führer der nationalliberalen Kammerfraktion* zunächst dagegen aus, als sie aber sahen, daß die Stimmung der Wähler eher den Vorschlägen günstig sei, setzten auch sie auf dem Parteitag die Forderung auf ihr Programm. Dieses Vorgehen war zum größten Teil Ursache des Rücktritts des Ministers des Innern v. Eisenlohr, welcher sich von den eigenen Parteigenossen im Stich gelassen sah. Die Änderung der Politik der Nationalliberalen hatte aber einen weiteren ausschlaggebenden Grund in der Haltung, welche die Regierung dem Zentrum gegenüber einnimmt. Die Regierung und noch mehr der Großherzog selbst hat mit größtem Unbehagen die Annäherung des Zentrums an die Demokratie beobachtet, welche dazu geführt hat, daß in Karlsruhe selbst die Sozialdemokratie mit Hilfe des Zentrums siegte. Die natürliche Folge war der stetige Rückgang der Nationalliberalen, mit deren Unterstützung seit 30 Jahren regiert worden war. Der Großherzog wünscht, die Folgen des Kulturkampfes, der in Baden leidenschaftlicher als unserer geführt worden war, zu beseitigen, versöhnend zu wirken, und eine konservativ-liberale Mehrheit gegen die Anhänger der Sozialdemokraten zu bilden. Zu diesem Zwecke sind auf persönl[iches] Betreiben des Großherzogs Verhandlungen mit dem Zentrum, dessen Führung zum größten Teil in den Händen des Erzbischofs von Freiburg liegt, gepflogen worden, und zwar über den Chef des Ministeriums des Innern hinweg durch den Landeskommissär (Reg[ierungs]-Präsident) von Freiburg, H[errn] Reinhard, welche zu einer dem Erzbischofe auf der Mainau gewährten Audienz führten. Das Ergebnis war zunächst, daß der Min[ister] d[es] Innern die Entfernung des L[andeskommissärs] R[einhard] von seinem Posten verlangte u[nd] erreichte, der Großherzog ernannte denselben jedoch zum Domänendirektor, berief ihn sohin auf eine besonderes a[ller]h[öchstes] Vertrauen erfordernde Stelle; der Minister trat zurück. Der Erzbischof erließ zunächst, wohl als Ergebnis seiner Audienz, Hirtenbriefe, welche sich gegen die kath[olischen] Arbeitergewerkschaften wendeten und wegen der Gefahr des Zusammenwirkens mit den Soz[ial] demok[raten] die kathol[ischen] Arbeiter vor diesen Vereinigungen warnten. [...]" (BayHStA München Gesandtschaft Karlsruhe Bd. 294, eig. Konz.).

806. Eisendecher an Hohenlohe-Schillingsfürst

Baden, 10. Oktober 1900

Die Parteiverhältnisse in Baden zeigen gegenwärtig eine gewisse Verworrenheit, die wenigstens vorübergehend Beachtung verdient.

Das Zentrum eifert gegen seine sonstige Gewohnheit kräftig gegen den Sozialismus. Die beiden demokratischen Hauptblätter, Badischer Landesbote und Neue Badische Landeszeitung, streiten erbittert über die Möglichkeit einer Annäherung an die Nationalliberalen, welche die letztere Zeitung befürwortet. Man könnte hier noch versucht sein, auf eine Lockerung der geschlossenen ultramontan-radikalen Opposition zu schließen, ich vermute indessen, daß, sobald es sich um Wahlen handelt, Zentrum, Demokraten und Sozialisten doch wieder einmütig zusammenstehen werden.

Die Nationalliberale Partei verliert anscheinend mehr und mehr an Einfluß, sie operiert nicht immer geschickt, leidet an einem Mangel jüngerer tüchtiger Kräfte und beobachtet in der Wahlrechtsfrage keine genügend feste, konsequente Haltung.

Es ist zu hoffen, daß die zur Zeit ziemlich machtlosen Konservativen durch den erfolgten Rücktritt ihres Führers, des Freiherrn v. Stockhorner, an Bedeutung gewinnen werden. Herr v. Stockhorner hat der Partei zweifellos vielfach geschadet und namentlich oft zentrumsfreundliche Tendenzen bekundet.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 7, eig. Ausf.; Marg.: „Kop. mtg. 15./X. Staatssekr. d. Inn."

807. Eisendecher an Hohenlohe-Schillingsfürst

Baden, 17. Oktober 1900

Ew. D. darf ich hierneben den Wortlaut des Begleiterlasses[1] des Erzbischofs von Freiburg ehrerbietigst vorlegen, mit welchem dieser dem Klerus der Erzdiözese von dem Rundschreiben der Fuldaer Bischofskonferenz[2] Kenntnis gibt.

Der Erlaß macht hier einiges Aufsehen und wird in den Zeitungen lebhaft erörtert, weil der Oberhirte darin die Gewerkschaftsbewegung scharf verurteilt. Er bezeichnet das Wort „christlich", welches die Gewerkschaften in Anspruch nehmen, als leeren Schall und Aushängeschild und betont, daß die Bewegung schließlich nur der Sozialdemokratie zugute kommen könne. In der ultraklerikalen Kölnischen Volkszeitung[3] erfährt die Kundgebung des Herrn Nörber heftigen Tadel, der Erzbischof wird ermahnt, dem Erlasse alsbald eine Korrektur folgen zu lassen, damit sein Ruf als treuer Anhänger des Zentrums nicht gefährdet werde.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Nr. 1 Bd. 4, eig. Ausf.; Marg.: „Kultusmin."

[1] Gedr. Anzeigeblatt, Nr. 20 vom 11. Okt. 1900; Bad. Beobachter, Nr. 234 vom 14. Okt. 1900; *Kremer*, Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht S. 245 f.; zur Kundgebung Nörbers gegen die christlichen Gewerkschaften vgl. *Brack* S. 37 ff.; *Bachem* IX S. 138; Nr. 805 Anm. 2.

[2] Auf Betreiben des Breslauer Fürstbischofs Kopp veröffentlichten die deutschen Bischöfe anläßlich ihrer Konferenz in Fulda (21./22. Aug. 1900) als Antwort auf den an Pfingsten 1900 abgehaltenen 2. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands ein Hirtenschreiben („Fuldaer Pastorale"), das mit Berufung auf die päpstliche Enzyklika „Rerum novarum" vom 17. Mai 1891 ausschließlich katholische Arbeiterorganisationen billigte, christliche aber aus Besorgnis vor laizistischen Tendenzen ablehnte (Gedr. Germania, Nr. 227 vom 3. Okt. 1900).

[3] Die Kölnische Volkszeitung (Nr. 922 vom 12. Okt. 1900) bezeichnete Nörbers Erlaß als „bedauerliche Kundgebung", die auf „irriger Information" beruhe.

808. Eisendecher an Hohenlohe-Schillingsfürst

Baden, 19. Oktober 1900

Der Engere Ausschuß der Nationalliberalen Partei Badens hat sich für das kautelenlose direkte Landtagswahlrecht ausgesprochen und damit eine lebhafte Zeitungspolemik hervorgerufen.[1] Die Kölnische Zeitung warnt eindringlich vor solchem Einschwenken in das radikal-klerikale Fahrwasser, während der Schwäbische Merkur den Beschluß der Vertrauensmänner zu rechtfertigen sucht. In den Zentrums- und Demokratenblättern wird die nationalliberale Inkonsequenz und bisherige unsichere Haltung einstweilen nur ziemlich spöttisch erörtert.

Begreiflicherweise ist die Großherzogliche Regierung von dem Ausspruch der liberalen Parteihäupter wenig erbaut, da sie aber unbedingt an ihrem Standpunkt festhält und ebensowenig wie die Erste Kammer das schrankenlose direkte Wahlrecht akzeptieren

wird, so hat praktisch die Stellungnahme der Nationalliberalen keine ausschlaggebende Bedeutung. Immerhin wäre es recht bedauerlich, wenn in der nächsten Landtagssession die Liberalen in der Frage geschlossen mit der Opposition stimmen würden. Das scheint indessen noch keineswegs sicher.

Ein hervorragender und einflußreicher nationalliberaler Führer sagte mir, angesichts der eifrigen Agitation der gesamten Opposition seien für seine Partei, sofern sie in der Frage nicht einlenke, bei den nächsten Wahlen erhebliche Verluste so gut wie sicher.[2] Zwar zeige die Bevölkerung von Hause aus für die Sache kein sonderliches Interesse, aber sie werde stark und erfolgreich bearbeitet und sehe in der indirekten Wahl eine gewisse Bevormundung, die beseitigt werden müsse. Da die schrankenlose Wahl doch an dem Veto der Regierung und der Ersten Kammer scheitern müsse, sei es unter den gegebenen Verhältnissen für die Nationalliberale Partei taktisch notwendig, mit dieser Wahlparole zu operieren, nur dadurch könne die Fraktion im Landtage ihre Stärke behaupten und vielleicht einige Mandate gewinnen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 7, eig. Ausf.; Marg.: „mtg. 25./10. Min. d. Innern, R. A. d. Innern".

[1] Vgl. *Goldschmit* S. 214f.; Nr. 815.
[2] Vgl. Nr. 805 Anm. 2.

809. Eisendecher an Bülow

Baden, 20. Oktober 1900

Der Weisung des Telegrammes Nr. 9[1] gemäß ist Ew. Exz. Ernennung zum Reichskanzler, Präsidenten des Königlichen Staatsministeriums und Minister der auswärtigen Angelegenheiten sofort amtlich der Großherzoglich Badischen Regierung mitgeteilt worden. Ew. Exz. wollen zu dieser Ernennung meine wärmsten und gehorsamsten Glückwünsche geneigtest entgegennehmen.

Mit besonderer Genugtuung kann ich zugleich melden, daß S. K. H. der Großherzog von Baden Ew. Exz. Berufung auf den hohen, verantwortlichen Posten mit aufrichtiger Freude begrüßt. Auch in der badischen öffentlichen Meinung, die in der Presse zum Ausdruck kommt, findet die Ernennung fast allgemein eine durchaus günstige Beurteilung.[2]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 122 Nr. 13 Bd. 1, eig. Ausf.

[1] Telegramm vom 18. Okt. 1900 (*Schultheß* 1900 S. 133). Vgl. Jagemann an Brauer vom 18. Okt. 1900 (Gedr. *Fuchs* IV S. 263f.).
[2] Eisendecher an Bülow. „Baden, 24. Oktober 1900. Das führende badische Zentrumsblatt von gestern [Bad. Beobachter, Nr. 241 vom 23. Okt. 1900] bringt einen Leitartikel über Ew. Exz. *Dieser* ist durchaus freundlich gehalten und *gipfelt* in drei Punkten, dem Jesuitengesetz, der Chinafrage und den Handelsverträgen. Am Schlusse wird hervorgehoben, daß Inland und Ausland Ew. Exz. mit gutem Willen und mit Vertrauen entgegenkommen *mögen*" (Ebd., Ausf.).

810. Eisendecher an Bülow

Baden, 24. Oktober 1900

Die Kundgebung des Erzbischof[s] von Freiburg gegen die christlichen Gewerkschaften und der Tadel, den diese Kundgebung in einem Teil der Zentrumspresse erfahren hat (Bericht Nr. 72 vom 17. d. Mts.)[1], wurde bisher vom leitenden Organ der badischen Ultramontanen mit Stillschweigen übergangen. Der heutige Beobachter bringt endlich unter dem Titel: „Eine bedenkliche Aktion" an leitender Stelle die hier gehorsamst beigefügte Auslassung eines ungenannten Pfarrers[2], die den Oberhirten in Schutz nimmt und in äußerst gewundener, verlegener Sprache nachzuweisen sucht, daß eigentlich der erzbischöfliche Erlaß gar nicht gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung als solche gerichtet sein könne und daß die Kritik der Kölnischen Volkszeitung unter allen Umständen nur zu bedauern sei.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Nr. 1 Bd. 4, Ausf.; Marg.: „29./10. Kult. Min."

[1] Nr. 807.

[2] Als Verfasser des mit „Ein Priester der Diözese" unterzeichneten Artikels gilt vermutlich Zentrumsführer Wacker (Bad. Beobachter, Nr. 242 vom 24. Okt. 1900): Loyalitätsbekundung für Erzbischof Nörber, der auf dem exponiertesten Posten „ganz Deutschlands steht. *Es sei* Pflicht der kirchentreuen Kreise ihrerseits, wenigstens nichts zu tun, was seine Stellung erschweren oder gar kompromittieren könnte, *da* nirgends in Deutschland so weitgehend und so offenkundig wie in Baden dem Bischof die Rolle zugemutet wird, die Wirksamkeit des Zentrums zu lähmen und seinen Erfolg zu brechen, falls es nicht darauf verzichten will, der Regierung irgendwie unbequem zu werden. *Diskussionen in der Zentrumspresse gegen den Erzbischof*, das soll ein Ding der Unmöglichkeit sein. [...] Der badische Klerus ist seinem Erzbischof *in* Treue ergeben *und* peinlich *berührt*, wenn anläßlich eines an den Klerus gerichteten Erlasses [...] Zentrumsblätter in aller Öffentlichkeit gegen ihn zu Felde ziehen, *gleich* ob die erzbischöfliche Kundgebung wirklich über die christlichen Gewerkschaften an sich so den Stab bricht, wie behauptet wird, *oder* ob die tatsächlich bestehenden zutreffend beurteilt sind" (Ebd.).

811. Eisendecher an Bülow

Baden, 27. Oktober 1900

Vertraulich. S. K. H. der Großherzog sprach mir gegenüber gestern nach der Tafel mit lebhafter Anerkennung von Ew. Exz. Reden im Staatsministerium und im Bundesrat. Höchstderselbe knüpfte daran den besonderen Wunsch, daß es Ew. Exz. gelingen möge, auch in den innerpolitischen Angelegenheiten, speziell in der Tariffrage[1], alle Differenzen und Schwierigkeiten zu beseitigen. Der Großherzog warnte vor allzu großer Rücksichtnahme auf die Wünsche der Agrarier, es werde in dieser Richtung von gewisser Seite stark intrigiert, eine wesentliche Erhöhung der Getreidezölle sei aber seines Erachtens zweifellos vom Übel, auch im Hinblick auf Rußland.

Für sehr nützlich und erwünscht halte er, der Großherzog, eine Berufung der Minister der Bundesstaaten nach Berlin zum Zwecke eines eingehenden Meinungsaustausches über die Handelsvertragspolitik. Seines Wissens bestehe gegenwärtig namentlich in München und Dresden einige Verstimmung darüber, daß die Bundesstaaten nicht immer genügend und rechtzeitig über den Gang der reichspolitischen Maßnahmen und Fragen

unterrichtet worden seien. Schließlich äußerte der hohe Herr sein volles Einverständnis mit dem neuesten deutsch-englischen Abkommen[2], das überaus zeitgemäß und opportun sei und auch in der gesamten Presse durchaus günstig beurteilt werde.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 122 Nr. 13 Bd. 2, eig. Ausf.; Marg.: „Hat im Auftr. des H. R. K. den HH. Graf v. Posadowsky u. v. Miquel vorgelegen. W[edell] 30./10."

[1] Vgl. Nr. 789 Anm. 4. Zwischen 1897 und 1901 bereitete unter Staatssekretär Posadowsky ein „Ausschuß zur Vorbereitung und Begutachtung wirtschaftspolitischer Maßnahmen" die Reform des Zolltarifs und die Handelsverträge vor (Vgl. Jagemann an Brauer vom 27. Okt. 1900, gedr. *Fuchs* IV S. 267f.).

[2] Das Yangtse-Abkommen vom 16. Okt. 1900 über den Handel und die Einflußsphären der Großmächte in China.

812. Eisendecher an Bülow

Baden, 28. Oktober 1900

Die scharfe Kritik, welche die Kölnische Volkszeitung[1] dem Erlaß des Erzbischof[s] von Freiburg über die christlichen Gewerkschaften angedeihen ließ, wird nochmals an leitender Stelle im Badischen Beobachter[2] tadelnd erörtert. Der Artikel wendet sich namentlich gegen die zweite Äußerung des kölnischen Blattes und meint, der Freiburger Erlaß und das Fuldaer Hirtenschreiben ständen zueinander nicht im Widerspruch.

An anderer Stelle führt der Verfasser des ersten Abwehrartikels im Beobachter aus, daß dieser nicht, wie die Straßburger Post behaupte[te], aus Kreisen des Freiburger Ordinariates inspiriert worden sei.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Nr. 1 Bd. 4, eig. Ausf.

[1] Vgl. Nr. 807 Anm. 3.

[2] Nr. 245 vom 27. Okt. 1900.

813. Eisendecher an Bülow

Baden, 31. Oktober 1900

Der badische Zentrumsführer Pfarrer und Geistlicher Rat Wacker nimmt persönlich im Badischen Beobachter den Herrn Erzbischof von Freiburg gegen die Kölnische Volkszeitung in Schutz. Unter höflichen Verbeugungen vor den Leitern des rheinischen Blattes und in ziemlich sanftem Tone wird dessen scharfe Kritik des erzbischöflichen Erlasses über die christlichen Gewerkschaften als verfehlt und bedauerlich bezeichnet.[1] Herr Wacker bezieht sich dabei auf eine Erklärung, welche durch die Behauptung der Badischen Landeszeitung, er sei der Verfasser des Beobachterartikels „Eine bedenkliche Aktion", veranlaßt worden war. *Vorlage der Äußerungen Wackers im Bad. Beobachter.*[2]

Daß die Tendenz des badischen Zentrums dahin geht, nichtkatholische Elemente von den christlichen Gewerkschaften womöglich auszuschließen, scheint aus der Kontroverse ziemlich klar ersichtlich.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Nr. 1 Bd. 4, eig. Ausf.

[1] Bad. Beobachter, Nr. 247 vom 30. Okt. 1900.
[2] Bad. Beobachter, Nr. 244 vom 26. Okt. 1900.

814. Eisendecher an Bülow

Baden, 4. November 1900

Der Erzbischof von Freiburg hat bei einer Firmungsreise den christlichen Gewerkschaften Mannheims[1] gegenüber die harten Worte seines vielerörterten Erlasses gewissermaßen zurückgenommen oder doch wesentlich gemildert. [...]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Nr. 1 Bd. 4, eig. Ausf.

[1] (Kölnische Volkszeitung, Nr. 990 vom 2. Nov. 1900): „Den Vorständen der christlichen Gewerkschaften Mannheims wurde am Sonntag die Audienz gewährt, die sie in ihrer Eingabe erbeten hatten. Der hochwürdigste Herr ließ sich überzeugen, daß die Gewerkschaften Badens auf positiv christlichem Boden stehen. Er erklärte, daß er diese Gewerkschaften (trotz seiner Befürchtungen für die Zukunft) nicht verurteilen wolle, und forderte auf, vorwärts zu schreiten auf der betretenen Bahn, aber sich durch niemanden von den christlichen Grundsätzen abbringen zu lassen" (Vgl. Nr. 817).

815. Eisendecher an Bülow

Baden, 4. November 1900

Der Artikel der „Berliner Neuesten Nachrichten", betitelt „Bedenkliche Strömungen in Baden", wird von der „Karlsruher Zeitung"[1] als beachtenswert unverkürzt abgedruckt. Das Blatt macht dabei den Vorbehalt, daß es allen Ausführungen desselben nicht zustimmen könne, sagt aber nicht, in welchen Punkten seine Auffassung abweicht.

Nach meinen Eindrücken trifft der Artikel ziemlich durchweg das Richtige. Sollte die Nationalliberale Partei wirklich geschlossen für das schrankenlose direkte Wahlrecht eintreten, so würde das einen vollständigen Bruch mit der Regierung wahrscheinlich zur Folge haben, was im beiderseitigen Interesse höchst bedauerlich wäre. Es liegt gar kein triftiger Grund vor, das Wahlrecht im radikalen Sinne zu ändern; warum gerade Baden in dieser Richtung vorgehen sollte, ist nicht ersichtlich, zumal schon jetzt fast immer die Wahlmänner auf bestimmte Kandidaten verpflichtet werden. Ein Einlenken der Regierung in der Frage halte ich für ausgeschlossen.

Der demnächst in Aussicht stehende nationalliberale Wahlaufruf wird mit einiger Spannung erwartet, man muß hoffen, daß darin der Beschluß des Engeren Ausschusses nicht als Parteiprogramm zum Ausdruck kommt.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 7, eig. Ausf.

[1] (Nr. 302 vom 3. Nov. 1900): In Baden bestehen Gerüchte um Minister- und Systemwechsel. Gerüchtsweise befürwortet der Engere Ausschuß der Nationalliberalen Partei in einem Wahlaufruf die bedingungslose Einführung des direkten Wahlrechts. Dies würde im Verhältnis zwischen den Nationalliberalen und der Regierung eine tiefgreifende besorgniserregende Veränderung hervorrufen. Das direkte, allgemeine und gleiche Reichstagswahlrecht sei anzuerkennen, seine Aufhebung

hätte Erschütterungen zur Folge. Ferner beruhen die Reichseinnahmen auf indirekten Steuern, die der Länder, in denen das indirekte Wahlrecht gilt, jedoch auf direkter Besteuerung. Eine Abstufung des Wahlrechts nach der Steuerleistung erscheine als Akt der Gerechtigkeit. Auch solle der Grad der Bildung und der dadurch bedingten Fähigkeit, die politischen Angelegenheiten zu beurteilen, bemessen werden. „Man sollte meinen, daß gerade eine gemäßigte liberale Anschauung diese Grundsätze einem egalisierenden demokratischen Radikalismus gegenüber hochhalten und daß sie diesen Grundsätzen entsprechende Einrichtungen, wo solche bestehen, mit Entschiedenheit verteidigen müßte. In Baden gibt es kein abgestuftes Wahlrecht, aber man hat die Widersinnigkeit der absoluten Gleichheit durch das indirekte Wahlverfahren zu korrigieren gesucht, so daß die Wahl der Abgeordneten im allgemeinen tatsächlich von solchen vollzogen wird, denen nach Besitz und Bildung ein größerer Einfluß zukommt. Daß sowohl die Demokratie, die bürgerliche nicht minder als die soziale, wie auch der auf ungebildete Massen sich stützende Klerikalismus von jeher gegen diese Schranke des badischen Wahlrechts angekämpft haben, ist begreiflich. Um so mehr aber hätte man von den Nationalliberalen erwarten sollen, daß sie dieselbe im Verein mit der Regierung entschlossen verteidigen würden. Bedauerlicherweise ist das nur in sehr eingeschränktem Maße geschehen. Man hat dem Drängen der Gegner insoweit nachgegeben, als man das indirekte Wahlverfahren unter gewissen Kautelen preisgeben wollte. Aber diese Nachgiebigkeit erwies sich als nutzlos, die oppositionelle Majorität der Zweiten Kammer besteht auf der bedingungslosen Beseitigung des indirekten Verfahrens. Für die Regierung und die Nationalliberalen bleibt also nur die Wahl, entweder sich diesem Verlangen zu unterwerfen, oder auf die sogenannte Wahlreform überhaupt zu verzichten und es bei dem bestehenden Recht zu belassen. Nachgerade ist niemand mehr darüber im Zweifel, daß die Regierung den letzteren Weg einschlagen will. Die Nationalliberalen aber sollen im Begriffe sein, bedingungslos auf die Seite der Ultramontanen, Demokraten und Sozialdemokraten zu treten. Wie die Dinge in Baden aus Anlaß der Wahlreformfrage sich zugespitzt haben, kann man nur sagen, daß dies dem vollständigen Bruche zwischen den Nationalliberalen und der Regierung gleichkäme. Die den angeblichen Beschluß des Engeren Ausschusses verteidigenden Preßstimmen tragen freilich eine weit harmlosere Anschauung zur Schau. Was verschlägt es, meinen sie, wenn man in einem einzelnen Punkte mit der Regierung auseinandergeht? Schade nur, daß dieser Punkt gerade der Kardinalspunkt der ganzen Situation ist! Nicht weniger naiv, aber doch schon bedenklicher ist die vielfach ausgesprochene Hoffnung, daß die Regierung, wenn sie sich dem einstimmigen Verlangen der Zweiten Kammer nach bedingungsloser Aufhebung der indirekten Wahl gegenübersehe, klein beigeben und damit den Frieden herstellen werde. Die badische Regierung wird sich einer so verhängnisvollen Schwäche schwerlich schuldig machen, wohl aber wird sie durch ein Verfahren der Nationalliberalen, welches einem Verrat ähnlich sieht wie ein Ei dem anderen, mehr und mehr jener Richtung im Zentrum zugedrängt werden, welche des Wackerschen Radikalismus' längst überdrüssig ist und auf einen gemäßigt-konservativen Boden zurücklenken möchte. Das Ende vom Liede könnte dann nach den nächsten Wahlen leicht sein, daß das Zentrum in Baden eine ähnliche Rolle spielte wie jetzt im Reichstage und den Nationalliberalen nur übrig bliebe, in seinem Kielwasser zu schwimmen [...]" (Ebd.; vgl. *Goldschmit* S. 214; vgl. Nr. 818).

816. Eisendecher an Bülow

Baden, 6. November 1900

Vertraulich. S. K. H. der Großherzog von Baden betonte gestern abermals mit großer Eindringlichkeit, wie wichtig und erwünscht eine feste Einigung der Bundesregierungen über verschiedene Fragen vor dem Zusammentritt des Reichstages sein würde, namentlich müsse man sich über die Tarifpolitik und die Haltung gegenüber dem Zentrum nach Möglichkeit verständigen.[1]

Der hohe Herr erzählte weiter, der Erzbischof von Freiburg habe ihm mit Bezug auf seinen Erlaß, betreffend die christlichen Gewerkschaften, geschrieben und dafür gewis-

sermaßen den Beifall und die Zustimmung des Landesherrn und der Regierung in Anspruch genommen. Er, der Großherzog, habe dem Erzbischof auf den Brief recht kühl und mit einem deutlichen Hinweis auf die demagogischen Tendenzen des Zentrums geantwortet.[2] [...]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Frankreich Nr. 73 Bd. 8, Ausf.

[1] Vgl. Nr. 811.

[2] Zum Schreiben des Erzbischofs an den Großherzog vom 11. Okt. 1900 und die Antwort des Großherzogs vom 26. Okt. 1900 vgl. *Fuchs* IV S. 266.

817. Eisendecher an Bülow

Baden, 8. November 1900

Der Erzbischof von Freiburg hat dem dortigen Verein „Arbeiterschutz" gegenüber beruhigende Erklärungen bezüglich seines bekannten Erlasses abgegeben und ausdrücklich betont, er habe die christlichen Gewerkschaften keineswegs verurteilen, nur vor gewissen neutralen Tendenzen warnen wollen.[1] In Pforzheim haben die Gewerkschaften von diesen Erklärungen mit Befriedigung Akt genommen.

Nach Zeitungsmeldungen liegt ein ziemlich scharfer Protest der christlichen Textilarbeiter durch die Delegierten der norddeutschen Zentrale gegen den erzbischöflichen Erlaß vor[2], während im „Badischen Beobachter"[3] ein Handwerker die Äußerung des Erzbischofs zu verteidigen sucht. Sachlich kann man von der vielerörterten Angelegenheit wohl mit einiger Berechtigung sagen: viel Lärm um nichts. Die katholische Kirche wird nach wie vor bestrebt sein, die christlichen Gewerkschaften zu beherrschen und ausschließlich ihren eigenen Zwecken dienstbar zu machen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Nr. 1 Bd. 4, eig. Ausf.

[1] Am 31. Okt. 1900 erläuterte der Erzbischof seinen Erlaß vor drei Vorstandsmitgliedern der Freiburger christlichen Gewerkschaften: „Arbeiten Sie ruhig in der bisherigen Weise fort, es soll Ihnen kein Hindernis in den Weg gelegt werden. Wenn irgendwie Mißverständnisse entstehen sollten, bin ich gern bereit, dieselben zu beseitigen" (Germania, Nr. 254 vom 4. Nov. 1900).

[2] Kölnische Volkszeitung, Nr. 1013 vom 9. Nov. 1900.

[3] Nr. 252 vom 6. Nov. 1900.

818. Eisendecher an Bülow

Baden, 8. November 1900

Fast die gesamte badische Presse fällt über die Karlsruher Zeitung her wegen des von ihr veröffentlichten und als beachtenswert bezeichneten Artikels der Berliner Neuesten Nachrichten über die Wahlrechtsfrage (Bericht Nr. 88 vom 4. d. Mts.).[1] Besonders unwillig äußert sich das nationalliberale Hauptorgan, die Badische Landeszeitung, unter dem Titel: „Ungeschickte Publizistik". Das Blatt weist namentlich den Vorwurf eines Verrats zurück und stellt die Möglichkeit eines Zusammengehens der Regierung mit dem gemäßigten Flügel des Zentrums entschieden in Abrede. Auch der Beobachter ist entrü-

stet, er verbittet sich den Ausdruck Klerikalismus als beleidigend und eifert gegen die Behauptung, daß das Zentrum sich auf die ungebildeten Massen stütze.

Der demokratische Landesbote zieht mit einigem Spott und Hohn gegen die Karlsruher Zeitung zu Felde, und der sozialdemokratische Volksfreund meint, der erwähnte Artikel sei das Reaktionärste, was seit Jahren in dem Regierungsorgan gestanden habe.

Indem ich bemerke, daß die Heidelberger Vertrauensmänner der Nationalliberalen Partei sich nunmehr ebenfalls für das schrankenlose direkte Wahlrecht ausgesprochen haben, darf ich zur Sache eine erneute Auslassung der Karlsruher Zeitung[2] mit beigefügtem längeren Artikel der Kehler Zeitung hier ehrerbietigst vorlegen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 7, eig. Ausf.; Marg.: „15./11. R. A. d. Inn., Min. d. Inn."

[1] Nr. 815.
[2] Nr. 306 vom 7. Nov. 1900.

819. Eisendecher an Bülow

Baden, 9. November 1900

Vertraulich äußerte sich Herr Minister v. Brauer über die Wahlrechtsfrage und die Parteiverhältnisse in Baden zunächst dahin, daß man mit der Aufnahme der dieses Thema behandelnden Artikel in die Karlsruher Zeitung[1] den Standpunkt der Regierung zu kennzeichnen beabsichtigte. Der Landesherr wie alle Minister seien einstimmig gegen die Einführung der unbeschränkten direkten Landtagswahlen.[2] Sollte die Zweite Kammer in der nächsten Session die Einführung ohne erheblichen Widerspruch beschließen, so stehe S. K. H. der Großherzog vor der Alternative eines Ministerwechsels oder einer Kammerauflösung. Der Großherzog werde alsdann zuerst wohl zur Auflösung schreiten und je nach dem Ausfall der Neuwahlen eventuell ein anderes Ministerium bilden, das vielleicht mit dem gemäßigten Flügel des Zentrums mehr Fühlung nehmen müsse. Da die Ständeversammlung indessen erst übers Jahr zusammenkomme, so sei das ein Ausblick in ziemlich weite Ferne, bis dahin könne sich noch manches ereignen und ändern.

Die Zeitungen fahren mittlerweile fort, das Verhalten der Regierung zu kritisieren, und zwar richten sich die Angriffe hauptsächlich gegen den neuen Präsidenten des Ministeriums des Inneren Dr. Schenkel.

Eine Äußerung der konservativen Badischen Landpost läßt erkennen, daß auch ihre Partei in der Wahlfrage keineswegs ganz auf seiten der Regierung steht.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 7, eig. Ausf.; Marg.: „mtg. 14./11. R. A. d. Inn.; Min. d. Inn.; v. S. M. 16./11."

[1] Vgl. Nr. 815 Anm. 1.
[2] Der Großherzog vertrat in einer Aufzeichnung vom 10. Nov. 1900 die Auffassung, „daß eine Regierung die Pflichten staatserhaltender Grundsätze befolgt, wenn sie unser Land vor dem unbegrenzten Massenwahlverfahren zu bewahren sucht" (Gedr. *Fuchs* IV S. 270).

820. Eisendecher an Bülow

Baden, 16. November 1900

Ew. Exz. darf ich hierneben einen Aufruf[1] des Engeren Ausschusses der Nationalliberalen Partei Badens an die Bezirksvereine gehorsamst vorlegen, in welchem diese aufgefordert werden, ihr Urteil in der Wahlrechtsfrage abzugeben, damit der Landesausschuß dementsprechend seine Beschlüsse fassen könne. Der Aufruf befürwortet unter gewissen Voraussetzungen die Einführung der direkten Wahl und sucht nachzuweisen, daß damit ein gefährliches Überwiegen radikaler Strömungen nicht zu besorgen sei. Die Änderung wird mehr als eine Form- und Zweckmäßigkeitsfrage, weniger als prinzipiell bedeutsam aufgefaßt, Anlaß zu einem Konflikt mit der Regierung will man darin nicht erblicken.

Von den fünf Voraussetzungen, unter welchen die Partei im letzten Landtage dem direkten Wahlverfahren zugestimmt hatte, wird eine – die Wahl von 7 Abgeordneten durch die Bürgerausschüsse der 5 größten Städte – nicht festgehalten; ein weiterer Punkt, betreffend die Abschaffung der Stichwahlen, soll zunächst nochmals näher erwogen werden.[2] Die Angelegenheit steht zweifellos jetzt im Vordergrunde des öffentlichen Interesses, und auch außerhalb Badens zollt man ihr verdiente Beachtung, sowohl Berliner Blätter[3] wie die Kölnische Zeitung warnen eindringlich die badischen Nationalliberalen vor einem Einschwenken ins radikale Fahrwasser, ob die Warnungen nützen werden, scheint fraglich. Die Großherzogliche Regierung kann jedenfalls die in dem Aufruf für das Verhalten der Nationalliberalen Partei angeführten Gründe nicht als stichhaltig anerkennen, sie wird unbedingt an ihrer bisherigen Auffassung festhalten; solange nicht etwa in der Zweiten Kammer Budgetverweigerungen erfolgen, braucht sie auch weder an eine Auflösung noch an einen Ministerwechsel ernstlich zu denken.

Bei dem allgemeinen Ruf nach dem Reichstagswahlrecht übersieht die Opposition hier ganz, daß damit dann naturgemäß auch die reichstägliche Diätenlosigkeit verbunden sein sollte, eine billige Konsequenz, die allerlebhaftestem Widerspruch begegnen würde.

Die Konservative Partei stellt sich neuerdings in der Frage ganz auf den Standpunkt der Regierung; anscheinend wird Freiherr E. A. v. Göler wieder die Leitung der Partei übernehmen, einige von ihm geschriebene verständige Artikel der „Landpost" deuten darauf hin, geben zugleich dem demokratischen „Landesboten" zu höhnischen Angriffen Gelegenheit.

Zentrum und Sozialdemokraten wie Volksparteiler agitieren fortgesetzt eifrig für die radikale Wahlreform, was indessen nicht hindert, daß innerhalb dieser Parteien über andere Dinge scharfe Auseinandersetzungen erfolgen. So liegen sich zwei Zentrumsblätter, der „Beobachter" und der „Landsmann" (Ettlingen), wegen der christlichen Gewerkschaften in den Haaren[4], und der auf dem Mainzer sozialdemokratischen Parteitage gemaßregelte Genosse Geck von Offenburg zieht in Flugblättern gegen die Karlsruher und Mannheimer Obergenossen zu Felde.[5]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 7, eig. Ausf.; Marg.: „23./11. R. A. d. Inn., Min. d. Inn."

[1] Gedr. Bad. Landeszeitung, Nr. 533 vom 15. Nov. 1900.
[2] Vgl. Nr. 800 Anm. 4.
[3] Vgl. Nr. 815 Anm. 1.

[4] Der Redakteur des „Badischen Landsmannes" hatte den Erlaß des Erzbischofs [Nr. 807 Anm. 1] attackiert, um „das gute Recht hunderter gut katholischer Arbeiter" zu verteidigen.

[5] Ohne Wissen der übrigen bad. Delegierten verurteilte Geck auf dem Mainzer Parteitag (17.–21. Sept. 1900) das Zusammengehen mit bürgerlichen Wahlmännern bzw. das Eintreten für bürgerliche Landtagskandidaten und wurde von Fendrich und Dreesbach scharf kritisiert. Ein Antrag, Wahlbündnisse mit bürgerlichen Parteien für die Einzellandtage als unzulässig zu erklären, wurde allerdings abgelehnt (*Protokoll SPD-Parteitag* 1900 S. 216–239).

821. Eisendecher an Bülow

Baden, 6. Dezember 1900

Der neue Präsident des Ministeriums des Inneren, Dr. Schenkel, hat sich bei der geselligen Zusammenkunft der Mitglieder des Badischen Handelstages ausführlich über die Wahlrechtsfrage geäußert[1] und dabei nach einem kurzen historischen Rückblick etwa folgendes ausgeführt:

Die indirekte Wahl entspreche vielleicht nicht mehr allseitig und überall den Gesichtspunkten, die der Gesetzgeber dabei im Auge hatte, das sei aber kein Anlaß, sie einfach abzuschaffen, man müsse doch zunächst erwägen, wie in anderer Weise etwa zu helfen wäre, diesen Standpunkt vertrete die Regierung, und sie werde denselben auch angesichts der in Parteiversammlungen und Zeitungen erzeugten Tagesstimmung nicht ändern. Falls die Regierung solcher Tagesstimmung nachgäbe, so stände Baden mit dem radikalen Wahlrecht im Reiche ganz allein da. Auf die Wahlen zum Reichstag dürfe man sich kaum berufen, da die Verhältnisse dort wesentlich anders lägen, im übrigen müsse mit Einführung des Reichstagswahlrechts als natürliche Konsequenz auch die Diätenlosigkeit folgen, was hier gewiß niemand wolle. In England, dem Ursprungslande des konstitutionellen Staatslebens, gelte das unbeschränkte Wahlrecht nicht, und wo es in anderen Ländern bestehe, seien die Erfahrungen durchaus nicht immer glänzend. Die Regierung wolle gern zu einer Reform die Hand bieten, aber sie müsse die Gewähr haben, daß die Volksvertretung auch der sozialen und wirtschaftlichen Zusammensetzung der Bevölkerung entspreche.

Sehr eingehend erörtert sodann Dr. Schenkel in sachlicher, maßvoller Weise, wie das bei Einführung des schrankenlosen Wahlrechts durch gewisse Zusätze und Ergänzungen zu erreichen sein würde, er beleuchtet die Stellungnahme der einzelnen Parteien, erwähnt die in Belgien eingeführten Neuerungen[2] und spricht die Hoffnung aus, daß mit der Zeit eine befriedigende Einigung in der Frage erzielt werden möge.

Indem ich den Wortlaut der Rede hier ehrerbietigst anschließe[3], darf ich bemerken, daß S. K. H. der Großherzog derselben besondere Anerkennung zollt[4]; der hohe Herr meinte mir gegenüber, Dr. Schenkel habe sehr geschickt und in richtigem Empfinden für seine klaren und versöhnlichen Ausführungen ein gewissermaßen neutrales Auditorium gewählt. Vertraulich erwähnte der Großherzog weiter, er werde Dr. Schenkel demnächst nach Darmstadt und Stuttgart schicken, um dort die Anschauungen der badischen Regierung in der Wahlrechtsfrage persönlich zur Kenntnis zu bringen und vor Zugeständnissen im Sinne schrankenloser direkter Wahlen zu warnen, seines Wissens bestehe bei der Darmstädter Regierung jetzt eine gewisse Geneigtheit zu Konzessionen in dieser Richtung.[a]

Ich habe schließlich gehorsamst zu melden, daß die lokalen Ausschüsse der Natio-

nalliberalen Partei fast überall mit erheblichen Mehrheiten für radikale Wahlen ohne Garantien eingetreten sind[5]; ein allgemeiner Parteibeschluß liegt noch nicht vor.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 7, eig. Ausf.; Marg.: „13./12. R. A. d. Inn., Min. d. Inn."

[a] Randnotiz Bülows: „!"

[1] Vgl. Schenkels Mitteilung an Großherzog Friedrich I. vom 5. Dez. 1900 (Gedr. *Fuchs* IV S. 277).

[2] 1893 wurde die Zahl der Wahlberechtigten erhöht und mithilfe eines komplizierten Pluralwahlrechts die Dominanz der katholischen Partei festgeschrieben.

[3] Karlsruher Zeitung, Nr. 335 vom 6. Dez. 1900.

[4] Schenkel stützte seine Ausführungen im wesentlichen auf eine Aufzeichnung des Großherzogs vom 10. Nov. 1900 (Gedr. *Fuchs* IV S. 270).

[5] Nr. 820.

822. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 28. Dezember 1900

Ew. Exz. beehre ich mich, einen Erlaß des badischen Ministers des Innern an die großherzoglichen Bezirksämter, betreffend die Wahlrechtsfrage und die sogenannten Amtsverkündiger, im Abdruck der Karlsruher Zeitung[1] gehorsamst vorzulegen.

Ich bemerke dazu, daß der Erlaß in den Parteiblättern ziemlich lebhaft erörtert und meist ungünstig beurteilt oder scharf kritisiert wird. Bei der gegenwärtig herrschenden heftigen Polemik über das Wahlrecht wäre es meines Erachtens vielleicht nützlich gewesen, die Frage der Amtsverkündiger noch eine Weile ruhen zu lassen oder wenigstens den betreffenden Erlaß einstweilen vertraulich zu behandeln.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 7, Ausf.; Marg.: „Min. d. Inn."

[1] (Nr. 356 vom 28. Dez. 1900): „Karlsruhe, den 8. Dezember 1900. An die Großh[erzoglichen] Herren Amtsvorstände:

Bereits durch die in der Karlsruher Zeitung veröffentlichte Rede [Nr. 821 Anm. 3] *des Ministers des Innern nahm die Regierung* amtlich und öffentlich *Stellung zur Wahlrechtsreform. Sie ist* bereit, zur Einführung des direkten, allgemeinen, geheimen Wahlrechts bei den Wahlen zur Zweiten Kammer mitzuwirken, *falls die* zu erwartenden Gefahren durch geeignete Zusätze verhütet oder doch wesentlich abgeschwächt werden, *etwa wenn den direkt* in die Zweite Kammer zu wählenden Abgeordneten ein kleinerer Bruchteil von Abgeordneten beigegeben wird, welche entweder von den Vertretungen der Kreisverbände und der größeren Städte oder von den Vertretungen der wirtschaftlichen Interessenverbände gewählt werden. *Nach reiflicher Erwägung kann die Regierung einer Reform nur unter diesen Bedingungen zustimmen. Deshalb sollen die Amtsvorstände* überall, wo sich ein Anlaß oder auch nur eine Gelegenheit dazu bietet, zur Aufklärung der öffentlichen Meinung über die Absichten der Regierung beitragen und daher auch namentlich hervorheben, daß die Regierung keineswegs einer Änderung des indirekten Wahlsystems und der Einführung des direkten Wahlrechts abgeneigt sei, sondern nur dem widerstrebe, daß das direkte, gleiche Wahlrecht unter Voraussetzungen eingeführt werde, welche für den Fortgang eines gesunden konstitutionellen Lebens wesentliche Gefahren mit sich bringen.

Ich ersuche die Amtsvorstände, der Haltung der Amtsverkündigungsblätter in der Frage der Wahlrechtsreform dauernd ihre Aufmerksamkeit zu widmen. Selbstverständlich ist nichts dagegen zu erinnern, wenn diese Blätter die für die verschiedenen Möglichkeiten der Wahlrechtsreform sprechenden Gründe erörtern und zu dieser Frage nach freier Überzeugung Stellung nehmen.

Unverkennbar ist aber, daß im Publikum irrige Ansichten über den Ernst und die Festigkeit der Regierung bei Einhaltung des gekennzeichneten Standpunkts erzeugt werden können, wenn ein amtliches Verkündigungsblatt in auffälliger Weise es unterläßt, die Gründe mitzuteilen, die für *jene* zusätzlichen Bestimmungen sprechen, wenn *die offizielle Stellungnahme der Regierung in der Karlsruher Zeitung* mit krittelnde[n] Bemerkungen begleitet oder ganz unterlassen, wenn andauernd in den Blättern versucht wird, auf die öffentliche Stimmung im Sinne der Einführung des unbeschränkten, direkten Wahlrechts einzuwirken. Nach meinen Wahrnehmungen gibt es in allen Landesteilen einzelne amtliche Verkündigungsblätter, welche schon seit längerer Zeit durch eine derartige Haltung die Absichten der Großh[erzoglichen] Regierung kreuzen und die öffentliche Meinung verwirren. *In solchen Fällen kann das Verkündigungswesen in der Weise geregelt werden*, daß die Veröffentlichung der amtlichen Anzeigen dem Unternehmer eines Blattes übertragen wird, welches sich lediglich auf amtliche und sonstige Anzeigen beschränkt und keinerlei politische Mitteilungen bringt. [...]" (Ebd.).

823. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 20. Januar 1901

Der Badische Landesbote[1], Hauptorgan der badischen Volkspartei, bringt in der gestrigen Nummer an leitender Stelle einen äußerst gehässigen, gegen die preußische Verkehrspolitik gerichteten Artikel, betitelt „Die Aushungerung Süddeutschlands".

Der Schreiber erhebt gegen das sogenannte konservative Stockpreußentum den Vorwurf, daß es durch die schäbigsten Konkurrenzmanöver sich auf Kosten der lieben Verbündeten das Leben schön zu machen strebe. Der erste Grundsatz der preußischen Verkehrspolitik sei, den Süden derartig leistungsunfähig zu machen, daß er der Aufsaugung durch Preußen rettungslos verfalle. Leider sei gegen diese Konkurrenzmanöver das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb nicht anwendbar.

Der Artikel erörtert dann die preußische Kanalvorlage[2] in Verbindung mit der Fortführung der Mainkanalisation, die Preußen aus selbstsüchtigen Gründen verhindere. Weiter werden die geplanten neuen preußischen Wasserwege in ihren Wirkungen besprochen, und eine Äußerung der Kreuzzeitung findet wörtlich Wiedergabe, die den Verfasser zu nachstehender höhnischer Kritik veranlaßt. Er sagt: „Es ist wirklich schade, daß die preußischen Junker die Flüsse nicht überhaupt zustopfen und den süddeutschen Staaten den Bau von Eisenbahnen verbieten können. Und dieses konservative Stockpreußentum, das in seiner Anmaßung glaubt, das ganze Deutsche Reich sei nur dazu entstanden, damit die Clique der preußischen Junker den Rahm von unserem wirtschaftlichen Aufschwung abschöpfen könne, wagt es, über süddeutschen Partikularismus zu zetern. Wenn sich der Süden und Westen des Reiches gegen preußisch-partikularistische Anmaßung zur Wehre setzen, so ist das keine politische Rückständigkeit und Verständnislosigkeit dem Reichsgedanken gegenüber, sondern eine vollauf berechtigte Notwehr, denn die wirtschaftliche Unterjochung der übrigen Bundesstaaten durch Preußen wäre auch gleichbedeutend mit der endgültigen politischen Entrechtung".

Für Baden speziell, meint der Verfasser, komme praktisch die preußische Eisenbahnpolitik mehr in Betracht, die hessische Ludwigsbahn bilde den Knüppel, mit dem Preußen auf die süddeutschen Eisenbahnverwaltungen losdresche, und die Reorganisation der Main-Neckarbahn solle die Peitsche abgeben, um die Prügel noch wirksamer zu gestalten. Demgegenüber seien zwei Hauptmittel ins Auge zu fassen, der Abschluß einer

süddeutschen Eisenbahngemeinschaft und die Herstellung eines Großschiffahrtsweges zwischen Donau und Rhein.

Ähnliche preußenfeindliche Auslassungen kehren in dem Demokratenblatte ab und zu wieder, sie richten sich meist selbst durch ihre Übertreibung. Die Herren Preußenhasser der Volkspartei vergessen eben gern, daß Minister v. Brauer in der badischen Kammer die loyale Haltung und das Entgegenkommen Preußens in Eisenbahnfragen ausdrücklich anerkannte.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 168 geheim Bd. 2, Ausf.

[1] Nr. 16 vom 19. Jan. 1901.
[2] Die Vorlage zum Bau des Mittellandkanals.

824. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 21. Januar 1901

Nach dem gehorsamst angeschlossenen Bericht der Badischen Landeszeitung[1] wurde in der gestrigen Landesversammlung der Nationalliberalen Partei Badens die Einführung des direkten Wahlrechtes ohne die von der Großherzoglichen Regierung gewünschten Bedingungen den Vorschlägen des Engeren Ausschusses gemäß (Bericht Nr. 98 vom 16. November v. J.)[2] mit allen gegen vier Stimmen gutgeheißen. Als Referent führte der Abgeordnete Wilckens (Oberbürgermeister von Heidelberg) in längerer Rede aus, daß es der Partei fernliege, einen Konflikt mit der Regierung durch ihre Haltung vom Zaune brechen zu wollen, sie habe nach Lage der Dinge und im eigenen Interesse nicht anders handeln können. Aus reiflichen Erwägungen und Erkundigungen im Lande seien die gegenwärtigen Vorschläge hervorgegangen. Wilckens suchte dann die verschiedenen gegen die Partei erhobenen Vorwürfe zu entkräftigen und hob die vom Engeren Ausschuß beschlossenen Vorbehalte als wichtig hervor. Diese seien die Einteilung der Städte in Bezirke, die Gesamterneuerung der Kammer alle 4 Jahre und die Reorganisation der Ersten Kammer durch eine besondere Vertretung der Interessen von Industrie und Handel, vielleicht auch der Landwirtschaft. Die eventuelle Abschaffung der Stichwahlen bleibe einstweilen weiterer Erörterung vorbehalten. Die Partei sehe in der ganzen Angelegenheit mehr eine Form- als eine Prinzipienfrage, zu einem unheilbaren Riß zwischen der Partei und der Regierung liege deshalb keinerlei Grund vor.

In der folgenden Diskussion erklärte sich die große Mehrzahl der Delegierten mit den Vorschlägen des Engeren Ausschusses einverstanden. Von einzelnen wurde das proportionale System empfohlen, andere legten Wert auf die Beseitigung der Stichwahlen, wieder andere hielten mit gewissen Bedenken nicht zurück und erwarteten von den Vorschlägen keine günstige Wirkung für die Partei. Bemerkenswert erscheinen in dieser Beziehung die Äußerungen des Fabrikanten Feder[3] (Großsachsen bei Weinheim). Auch die Mahnung des Abgeordneten Wittum (Pforzheim), betreffend mangelhafte Unterstützung der Presse, verdient besondere Beachtung.

Nicht zu bezweifeln ist nunmehr, daß die Fraktion in der nächsten Session geschlossen für das direkte Wahlrecht eintreten wird und daß damit die Zweidrittel-

mehrheit in der Zweiten Kammer gesichert sein dürfte. Die Regierung wird sich also auf diese Situation vorbereiten müssen, sie hat dazu noch nahezu ein Jahr Zeit.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 7, Ausf.; Marg.: „25./1. R. Amt d. Innern, Min. d. Innern".

[1] Nr. 33 vom 21. Jan. 1901.

[2] Nr. 820.

[3] Feder, Karl (1853–1927), Fabrikant in Großsachsen/Weinheim, NL, Mitglied des nationalliberalen Parteivorstands, später Rentier in Baden-Baden (Frdl. Auskunft d. StadtA Baden-Baden).

825. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 4. März 1901

Auf dem unlängst abgehaltenen Parteitage[1] der badischen Sozialdemokratie trat die gemäßigte Richtung auffallend in den Vordergrund. Als der bekannte Arbeitersekretär Katzenstein[2] von Mannheim die revolutionäre und gewaltsame Betätigung der sozialistischen Grundsätze predigte, fand er bei den Führern und Sprechern der Partei keine Zustimmung, dieselben befürworteten vielmehr eine ruhige Fortentwicklung innerhalb des Rahmens der bestehenden Gesetze. Es wurde sogar die Erklärung abgegeben, daß im Falle des Eintritts eines Genossen in das Kammerpräsidium dieser seinen dem Hofe gegenüber üblichen Verpflichtungen nachkommen werde. Katzensteins Auftreten sollte offenbar nur dazu dienen, öffentlich die entstandenen Zweifel an seiner Gesinnungstüchtigkeit zu beseitigen. Der Mann gilt sonst keineswegs als rabiater Umstürzler. Im letzten Jahresbericht des Sekretariates Mannheim hatte er die Fehler und Schwächen der Arbeiter mit großem Freimut hervorgehoben und war dieserhalb vielfach hart angegriffen worden.

Erörtert wurden weiter die Taktik bei den Landtagswahlen, die Tätigkeit der Fraktion im Landtage, der Entwurf eines Gemeindeprogramms und die Erhöhung der Getreidezölle[3], gegen die eine geharnischte Resolution einstimmige Annahme fand. In dieser Zollfrage wird von der Partei überhaupt sehr eifrig agitiert, nicht weniger als zehn Versammlungen in allen Teilen des Landes waren auf den gestrigen Sonntag dafür anberaumt.

Im allgemeinen herrschen unter den badischen Genossen, wie verlautet, gegenwärtig recht unerquickliche Zustände, zwar melden die Zeitungsberichte davon wenig, aber unter sich sollen die Herren einander grimmig befehden, insbesondere hat die erbitterte Feindschaft zwischen dem Karlsruher Abgeordneten Fendrich[4] und dem Offenburger Führer Geck einen starken Zwiespalt in die Partei getragen. Hader, Streit und gegenseitige kräftige Beschimpfungen scheinen an der Tagesordnung.

Die Presse erörtert neuerdings mehrfach tadelnd das Verhalten des großherzoglichen Fabrikinspektors Fuchs[5], welcher in einer vornehmlich von Sozialdemokraten besuchten Versammlung der Gewerkschaften zu Pforzheim einen Vortrag mit nachfolgender Diskussion hielt und sich dabei gewissermaßen unter den sozialdemokratischen Vorsitzenden stellte. Da die bezüglichen Annoncen sowohl von der Fabrikinspektion wie seitens des Gewerkschaftsvorstandes erschienen waren, usurpierte letzterer unberechtigterweise die Leitung der Versammlung, was Fuchs sich nicht hätte gefallen lassen dürfen. Der

Minister des Innern hat ihm dafür eine Rüge erteilt. Die konservative Landpost bringt über die Angelegenheit durch zwei Nummern eine längere Auseinandersetzung. Fuchs vertritt, wie mir Dr. Schenkel sagt, einen etwas extrem arbeiterfreundlichen Standpunkt und bedarf zuweilen der Ermahnung, in seinem Amte nicht einseitig zu werden.[a] Der soeben erschienene, von ihm bearbeitete Bericht über die soziale Lage der Pforzheimer Bijouteriearbeiter[6], den ich hier gehorsamst beifüge, zeugt von bedeutender Arbeitskraft und liefert für die behandelten Arbeiterverhältnisse einen meines Erachtens sehr bemerkenswerten wertvollen Beitrag.[b]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Europa Nr. 82 Nr. 1 Bd. 18, Ausf.; Marg.: „v. S. M. 12./3.; 12./3. R. Amt d. Inn., Min. d. Inn."

[a] Randnotiz Bülows: „Ein sehr eifriger Herr; ich kann mir denken, daß er gelegentlich ohne Zügel vertraulich sein kann".

[b] Randnotiz Bülows: „Ja".

[1] Ordentl. Landesparteitag in Offenburg am 23./24. Febr. 1901.

[2] Katzenstein, Simon (1868–1945), Arbeitersekretär in Mannheim, Schriftsteller in Berlin, SPD, MdR 1919/20.

[3] Vgl. Nr. 811 Anm. 1.

[4] Fendrich, Anton (1868–1949), Schriftsteller und Redakteur, SPD, MdL 1899–1902. Zum Konflikt mit Geck vgl. Nr. 820 Anm. 5.

[5] Fuchs, Rudolf Dr.-Ing. (1873–1952), Ingenieur, 1898 Regierungsbaumeister, 1900 Fabrikinspektor, 1903 Zentralinspektor, 1904 Kollegialmitglied der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus, 1919 Ministerialdirektor im Arbeitsministerium, 1924 Präsident der Wasser- und Straßenbaudirektion, 1933 Ruhestand (AV; PA-GLA).

[6] *Fuchs*, Soziale Lage.

826. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 17. März 1901

Eine Münchener Korrespondenz der „Süddeutschen Reichskorrespondenz"[1] tadelt heftig den von der liberalen „Badischen Landeszeitung"[2] anläßlich des achtzigsten Geburtstages S. K. H. des Prinzregenten von Bayern[3] veröffentlichten Leitartikel. Es waren darin unter sonstiger Anerkennung der Verdienste und Eigenschaften des greisen Regenten namentlich die Verschiedenheiten in der Haltung Badens und Bayerns bezüglich der Einheitsfrage sowie gegenüber dem Reiche und dem Ultramontanismus hervorgehoben, so daß die bayerische Politik neben der Badens in einem wenig erfreulichen Lichte erscheinen mußte. Ein solcher Geburtstagsgruß des Organs der badischen Nationalliberalen Partei[a] bekundet allerdings einen erheblichen Mangel an Takt und dürfte die scharfe Entgegnung des Münchener Korrespondenten wohl einigermaßen verdienen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 124 Bd. 2, eig. Ausf.; Marg.: „v. S. M. 20./3.; mtg. Anl. 26./3. München".

[a] Randnotiz Wilhelms II.: „Die scheint überhaupt ganz übergeschnappt zu sein".

[1] Nr. 19 vom 16. März 1901.

[2] Nr. 117 vom 11. März 1901.

[3] Luitpold von Bayern (1821–1912), 1886–1912 Prinzregent für seine geisteskranken Neffen Ludwig II. und Otto. Er beging am 12. März 1901 seinen 80. Geburtstag.

827. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 10. Mai 1901

Vertraulich. Auf Ew. Exz. ganz vertraulichen Erlaß Nr. 70 vom 5. d. Mts.[1] darf ich folgendes gehorsamst berichten. Nach streng vertraulichem Benehmen mit dem Grafen Andlaw habe ich die Überzeugung gewonnen, daß es unter den gegenwärtigen Umständen nicht angezeigt sein würde, zur Erledigung Ew. Exz. Auftrages bei S. K. H. dem Großherzoge eine Audienz zu erbitten. Ich werde aber den hohen Herrn wahrscheinlich morgen aus anderem Anlaß sehen und Höchstdemselben alsdann der mir erteilten Weisung entsprechend Vortrag halten[2], demnächst auch Herrn v. Brauer darüber im Vertrauen Mitteilung machen.

Wie Ew. Exz. bekannt, ist der Wunsch S. K. H. des Großherzogs, Höchstseinen Herrn Sohn hier als Kommandierenden General zu sehen, direkt brieflich bei unserem Allergnädigsten Herrn zum Ausdruck gebracht worden.[3] General v. Plessen[4] hat sodann während seiner Anwesenheit anläßlich des Militärjubiläums des Landesherrn[5] Höchstdemselben im Allerhöchsten Auftrage die Gründe dargelegt, welche einer Erfüllung dieses Wunsches entgegenstehen und die auch Ew. Exz. Erlaß anführt.[6] Die Ablehnung der Bitte scheint schon damals S. K. H. stark verstimmt zu haben, und seitdem nunmehr die Sorge wegen der Erkrankung des Sohnes hinzugetreten, ist eine Berührung des Gegenstandes dem hohen Herrn peinlich und unangenehm.

Angeblich soll indessen das Thema beim Besuche S. M. des Kaisers und Königs doch nochmals zur Sprache gekommen sein, ob auch direkt mit unserem Allergnädigsten Herrn, habe ich nicht in Erfahrung bringen können.

Ad rem kann ich schließlich nur melden, daß man hier ziemlich allgemein die Ernennung des Thronerben zum Kommandierenden General des XIV. Armeekorps keineswegs für zweckmäßig oder erwünscht hält; man ist vielmehr vorwiegend der Ansicht, daß der Erbgroßherzog nunmehr nach vierjähriger Führung eines Korps hier ohne allzu aktive militärische Pflichten residieren und Höchstsich auf das Regieren vorbereiten solle; allenfalls – so meint man – könne S. K. H. die Armeeinspektion übertragen werden, sobald der Landesherr diese Stellung niederlege.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 121 Nr. 18 geheim Bd. 3, eig. Ausf.; Marg. Bülows vom 12. Mai: „Tel. an Eisendecher, daß ich ihn rebus sic stantibus bäte, von einer Demarche beim Großherzog abzusehen und dieselbe jedenfalls nur in der allervorsichtigsten Weise auszuführen".

[1] Bülow an Eisendecher. „Berlin, 5. Mai 1901. Streng vertraulich! *Der Großherzog von Baden wünscht seinen Sohn als Kommandierenden General des badischen Armeekorps zu sehen. S. M. konnten sich aus folgenden prinzipiellen Gründen nicht dazu entschließen*:

Einmal gehörten die Aufgaben, welche dem badischen Armeekorps in einem Kriege voraussichtlich zufallen würden, zu den allerschwierigsten; den damit notwendig verbundenen Wechselfällen könne man einen so hochstehenden Herrn, wie der Erbgroßherzog es wäre, unmöglich aussetzen. Im Mobilmachungsfalle würde mithin der Erbgroßherzog sein Kommando abgeben müssen, was weder ihm selbst lieb noch für die Sache von Vorteil sein könne. Weiter aber würde die Ernennung des Erbgroßherzogs zum Kommandierenden General seines heimatlichen Armeekorps einen Vorgang schaffen, aufgrund dessen demnächst Württemberg für den dortigen Thronfolger ebenso die Stellung des Kommandierenden Generals des württembergischen Armeekorps beanspruchen könnte. Auf diese Weise würde das freie Dispositionsrecht des Allerhöchsten Oberbefehls in einer den allgemeinen vaterländischen Interessen nachteiligen Art beeinträchtigt wer-

den. *Bitte dies mündlich und auf geeignetem Wege zur Kenntnis des Großherzogs zu bringen*" (Ebd., Konz.).

[2] Nr. 828.

[3] Großherzog Friedrich I. an Kaiser Wilhelm II. vom April 1901 (Gedr. *Fuchs* IV S. 302f.).

[4] Plessen, Hans v. (1841–1929), preuß. General d. Infanterie, 1893 Generaladjutant Wilhelms II., 1914–1918 Kdr. d. kaiserlichen Hauptquartiers.

[5] Der Großherzog feierte am 26. April 1901 sein 60jähriges Militärjubiläum.

[6] Der kaiserliche Adjutant General v. Plessen warnte in einem Memorandum vom 29. April 1901 vor der partikularistischen Einstellung des Erbgroßherzogs und anderer süddeutscher Thronfolger, die eine Gefahr für den einheitlichen Geist des Offizierkorps, die straffe Schulung der Truppen nach preußischem System sowie für den absolut festen Zusammenhalt und die Sicherheit der Kommandogewalt in der ganzen Armee darstellten (Gedr. *Fuchs* IV S. 313f.).

828. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 12. Mai 1901

Vertraulich. S. K. H. der Großherzog ließ mich heute nach Schluß des Gottesdienstes in der Schloßkirche, wie das meist geschieht, ins Vorzimmer rufen und las ein Telegramm mit besseren Nachrichten über das Befinden des Erbgroßherzogs vor.

Ich benützte diese Gelegenheit zur Erledigung Ew. Exz. Auftrages vom 5. d.Mts.[1] Der hohe Herr bemerkte darauf, er sei aufrichtig dankbar für Ew. Exz. warme Befürwortung seines Wunsches, wenn die Bemühungen auch leider keinen Erfolg gehabt hätten, er wisse, daß er in solchen, ihn persönlich besonders nahe berührenden Dingen stets auf Ew. Exz. Verständnis und Freundschaft rechnen könne. Die Ablehnung der Bitte betreffend die Rückkehr seines Sohnes als Kommandierender General des heimatlichen Armeekorps habe ihn allerdings tiefschmerzlich berührt[2], dem General v. Plessen habe er diese seine Empfindung auch nicht vorenthalten. Es sei ihm angedeutet worden, daß S. M. der Kaiser das Thema hier nicht berühren werde, demgemäß habe auch er S. M. gegenüber absolut geschwiegen.[3] [...]

Als ich kurz darauf den Prinzen Gustav von Schweden[4] unten im Schloß einer Verabredung entsprechend besuchte, kam I. K. H. die Frau Großherzogin augenscheinlich in starker Erregung zu uns herein, zitierte mich in ein Nebengemach und sagte etwa folgendes:

„Sie wissen ja nun alles, und man kann mit Ihnen sprechen. Sie dürfen jedes Wort, was ich Ihnen sage, dem Grafen Bülow, der wie immer für uns wieder eine treu freundschaftliche Gesinnung bekundet hat, offen schreiben, er wird, wie Sie ja auch nach so langen Jahren, unsere Gefühle verstehen. Die Nichterfüllung unseres gewiß begreiflichen Wunsches bedeutet für den Erbgroßherzog das Ende seiner militärischen Laufbahn, in seinen Jahren wird er das sehr schwer empfinden, wir können es ihm jetzt, während er krank ist, gar nicht mitteilen. Es ist ja möglich, daß er infolge der Erkrankung den Dienst überhaupt wird aufgeben müssen, aber als die Entscheidung fiel, bestanden in dieser Beziehung keinerlei Bedenken, und die von General v. Plessen angeführten Gründe der Ablehnung sind nicht derart, daß sie mich überzeugen. Der Schlag ist für den Großherzog und mich schmerzlicher, als ich es ausdrücken kann, und besonders der Tag des kaiserlichen Besuches, an welchem die traurige Angelegenheit mit keinem Worte berührt wurde, wird mir stets in peinlichster Erinnerung bleiben. Wir fügen uns jetzt ins Unvermeidliche,

anderes bleibt uns nicht übrig, aber das ist nicht leicht. Sie werden wohl begreifen, daß die Militärkonvention an und für sich schon für den Großherzog ihre Härten hat, gerade im Hinblick darauf hätte man den Herzenswunsch des zweifellos reichstreuen und selbstlosen Landesherrn wohl erfüllen können".

Auf meine Bemerkung, daß man im allgemeinen hier anscheinend die Armeeinspektion für S. K. H. den Erbgroßherzog für erwünschter halte als das Generalkommando, daß letzteres dem hohen Herrn neben seinen sonstigen Pflichten als Thronerbe zuviel Arbeit auferlege, ging die Frau Großherzogin nicht näher ein, meinte nur, die Inspektion sei vornehmlich ein Ehrenamt und wenig wichtig.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 121 Nr. 18 geheim Bd. 3, Ausf.; gedr. *Fuchs* IV S. 321 f.

[1] Nr. 827 Anm. 1.

[2] Großherzog Friedrich I. an Bülow vom 18. Mai 1901 (Gedr. *Fuchs* IV S. 323 ff.).

[3] Auf den Vorschlag des Kaisers vom 1. Mai 1901, den Erbgroßherzog mit der Armeeinspektion zu betrauen, antwortete der Großherzog am 3. Mai 1901, daß er nunmehr seinen Sohn auf einem aktiven Kommando wünsche (Gedr. *Fuchs* IV S. 313).

[4] Gustav V. Kronprinz von Schweden (1858–1950), seit 1881 verheiratet mit Prinzessin Victoria von Baden, 1907 König.

829. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 22. Juni 1901

Vertraulich! Man kann die politische Lage in Baden im allgemeinen nur als befriedigend bezeichnen. Landesherr und Minister sind eines Sinnes und letztere zweifellos sehr fähige, tüchtige und reichstreue Männer. Partikularistische Strömungen treten nur im Lager des Zentrums und der Volkspartei bisweilen hervor; die Sozialdemokratie geht, wie anderswo auch, ihre eigenen Wege, lenkt aber augenscheinlich mehr und mehr in die Bahn friedlicher Reformarbeit, umstürzlerische Gewaltpläne braucht man von der Partei nicht zu besorgen.

Die auswärtige Politik des Reiches findet in der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung entschiedene Zustimmung, insbesondere wird Ew. Exz. ziemlich allerseits großes Vertrauen entgegengebracht. Selbst Zentrum und Demokraten können nicht umhin, Ew. Exz. Anerkennung zu zollen. So spendete auch die gesamte Presse der wahrhaft großen und geistreichen Rede Ew. Exz. bei der Bismarckfeier den ungeteiltesten Beifall.[1] Daß die chinesische Angelegenheit[2] einstweilen leidlich erledigt scheint, daß wenigstens Schiffe und Truppen zurückgezogen werden können, begrüßen alle Zeitungen mit Freuden.

Antienglische und burenfreundliche Stimmungen dauern fort, treten aber neuerdings nicht in so unverständiger und krasser Weise hervor wie früher, man hegt immer noch die Hoffnung auf einen für die Buren nicht allzu ungünstigen Friedensschluß und konstatiert mit Vorliebe die in England selbst in dieser Beziehung stattfindenden Demonstrationen.

In der inneren Politik sind wesentliche Änderungen der Parteiverhältnisse nicht zu verzeichnen. Zentrum, Volkspartei und Sozialdemokratie bekämpfen nach wie vor gemeinsam den Nationalliberalismus und bilden vorwiegend die Opposition gegen die Regierung, gehen aber in manchen Fragen dieser gegenüber nicht immer zusammen.

Die für das Allgemeinwohl weitaus gefährlichste Partei ist und bleibt meines Erachtens das Zentrum, welches unter Führung des bekannten streitbaren Pfarrers von Zähringen ganz die demagogische Richtung vertritt und erforderlichenfalles vor Bündnissen mit den Sozialisten keineswegs zurückschreckt, dabei im Grunde aber nur für Rom arbeitet. Bei den im Spätherbst bevorstehenden Neuwahlen der halben Kammer dürfte sich das wiederum bewahrheiten, und angesichts des oft wenig geschickten Verhaltens der liberalen Partei scheinen alsdann weitere nationalliberale Verluste nicht ausgeschlossen.

Der kommende Landtag wird sich in erster Linie mit der weiteren Durchführung der Steuerreform und mit dem Wahlrecht beschäftigen. Auch Eisenbahnfragen werden vielleicht lebhafte Debatten hervorrufen.

Die eventuelle Eisenbahngemeinschaft mit Preußen oder den süddeutschen Staaten sowie die mögliche einheitliche Regelung des Bahnverkehrs im Reiche sind derzeit vielfach Gegenstände der Preßerörterung.[3] Auch eine auf angemessene Schuldentilgung abzielende Reichsfinanzreform findet in politischen Kreisen zahlreiche warme Befürworter.

Immer näher in den Vordergrund des öffentlichen Interesses rückt endlich die Thronfolgefrage. S. K. H. der Großherzog zählt bald 76 Jahre, der Erbgroßherzog liegt krank darnieder, und die Aussicht auf Nachkommenschaft des erbgroßherzoglichen Paares muß nunmehr wohl aufgegeben werden.

Da nun auch in der Ehe des einzigen weiteren Erben der Krone, des Prinzen Max, die Kinder einstweilen ausbleiben, so greift allmählig eine Art von Besorgnis Platz, daß das angestammte Fürstenhaus aussterben und das Land den katholischen Fürsten von Hohenzollern anheimfallen könne; abgesehen von den extrem ultramontanen Elementen würde das im ganzen Großherzogtum tief beklagt werden.[4]

Nach meinen Eindrücken würde man solcher Eventualität eine mögliche Erbfolge des Grafen von Rhena[5], Sohn des Prinzen Karl aus dessen morganatischer Ehe, noch vorziehen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 11, Ausf.

[1] Anläßlich der Enthüllung eines Bismarck-Denkmals auf dem Berliner Königsplatz hielt Bülow am 16. Juni 1901 eine Rede (Vgl. *Schultheß* 1901 S. 110ff.; *Bülow* I S. 526ff.; *Brauer* S. 406).

[2] Niederschlagung des Boxeraufstands durch Truppen der europäischen Großmächte unter der Führung des Generals Graf Waldersee.

[3] Brauer betonte das Interesse der bad. Regierung am Erhalt der Selbständigkeit der bad. Eisenbahnen. Eine Änderung könne nur durch den Anschluß der Bahnen der süddeutschen Königreiche an das preuß. Verkehrsnetz erfolgen (Vgl. *Fuchs* IV S. 308f., 322f.). Zu den Offerten Preußens an Württemberg und Bayern vgl. *Schultheß* 1901 S. 95, 143.

[4] Bülow an Brauer. „Berlin, 3. Juli 1901. *Die mir von Ihnen mündlich geäußerten Wünsche des Großherzogs habe ich S. M. dem Kaiser vorgetragen. Er sieht in der eventuellen Sukzession des jüngsten Sohnes der Kronprinzessin von Schweden eine gute Lösung, doch möchte ich noch auf folgende Gesichtspunkte hinweisen*: Voraussetzung eines glücklichen Ausgangs wie notwendig für das Reich und für Baden wird es sein, so sehr als möglich die Form zu wahren. Was nach Vereinbarung oder Rechtsbeugung aussehen könnte, müßte sorgsam vermieden werden. Nützlich würde es ferner sein, wenn sich beizeiten darauf Bedacht nehmen lasse, die ins Auge gefaßte Lösung auch rechtlich und formell motivieren zu können. Die Auseinandersetzungen mit dem fürstlichen Hause Hohenzollern hätten tunlichst à l'amiable zu erfolgen. Überhaupt wird meines Erachtens ein allmähliches und vorsichtiges Vorgehen ebenso indiziert sein, wie die Erlangung der Zustimmung des Badischen Landtags und der badischen öffentlichen Meinung notwendig ist. Selbstverständli-

ches Axiom ist schließlich, daß der zur Thronfolge ausersehene junge Prinz eine völlig deutsche Erziehung erhält und rechtzeitig als Deutscher naturalisiert wird, so daß er seinerzeit dem Lande wie dem deutschen Volke als ganz deutsch fühlend und denkend hingestellt werden kann. Ich darf hoffen, daß ich von Zeit zu Zeit über die von S. K. H. in der Sache getroffenen und überhaupt über den weiteren Verlauf derselben en courant gehalten werde" (Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 a geheim Bd. 1, eig. Konz.).

Zu Brauers Sondierung vgl. Brauer an Großherzog Friedrich I. vom 7. Juli 1901 (Gedr. *Fuchs* IV S. 334f.).

[5] Rhena, Friedrich Graf v. Dr. jur. (1877–1908), Sohn des Prinzen Karl von Baden, 1896–1899 Militärdienst, Eintritt in den diplomatischen Dienst, 1904 Gesandtschaftsattaché im Ausw. Amt, zuerst in London, 1907 in Bern, 1908 in Lissabon.

830. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 26. Juni 1901

Ganz vertraulich! Ew. Exz. habe ich die Ehre, ganz vertraulich gehorsamst zu melden, daß die nachstehenden Änderungen in der Zusammensetzung des Großherzoglich Badischen Ministeriums nahe bevorstehen.[1]

Staatsminister Dr. Nokk, zugleich Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts, wird dem bereits lange gehegten Wunsche entsprechend aus dem Dienste scheiden, an seiner Stelle soll Herr v. Brauer die Leitung des Ministeriums als Staatsminister unter Beibehaltung seiner gegenwärtigen Ressorts übernehmen.[2]

Oberstaatsanwalt Freiherr v. Dusch[3] wird Präsident des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts. Geheimrat Dr. Reinhard wird Mitglied des Staatsministeriums ohne Portefeuille, bleibt zugleich wie bisher Domänendirektor. Der Finanzminister und der Präsident des Ministeriums des Innern behalten ihre Posten.

Ich darf gehorsamst bemerken, daß die Berufung des Geheimrats Reinhard namentlich in kirchenpolitischen Erwägungen ihren Grund hat. Ohne ihn würde das Staatsministerium nur Protestanten und einen Altkatholiken, Herrn v. Dusch, aufweisen. Dr. Reinhard, welcher der römisch-katholischen Konfession angehört und sich in Zentrumskreisen einer gewissen Beliebtheit erfreut, dabei ein verständiger, maßvoller Mann und tüchtiger Beamter ist, soll daher sozusagen als Minister in catholicis fungieren und der ultramontanen Kritik vorbeugen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 11, Ausf.; Marg.: „mtg. 3./7., Dresden, München, Stuttgart, Darmstadt, Rom, Staatsmin.; v. S. M. in Berlin 7./7."

[1] Am 12. Juni 1901 teilte Brauer dem Großherzog mit, daß die Minister Buchenberger und Schenkel für die Aufnahme eines Katholiken in das Ministerium plädierten, wofür – eventuell als Kultusminister – Ministerialdirektor Hübsch oder Domänendirektor Reinhard in Frage kämen (Gedr. *Fuchs* IV S. 329).

[2] Brauer wollte 1901 die Regierung „in bewährten, gemäßigt liberalen Bahnen, aber ganz unabhängig von jeder Parteischablone und unparteiisch über oder neben den Parteien" führen (*Brauer* S. 375).

[3] Dusch, Alexander Freiherr v. (1851–1923), Jurist, seit 1878 im bad. Justizdienst, 1890 Staatsanwalt in Heidelberg, 1895 erster Staatsanwalt in Karlsruhe, 1899 Oberstaatsanwalt, 1901–1911 Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts, 1905–1917 Staatsminister, seit 1911 zugleich Minister des Großherzoglichen Hauses, der Justiz und des Auswärtigen (AV; PA-GLA).

831. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 15. Juli 1901

Vertraulich. [...] Ich habe gestern S. K. H. den Großherzog länger gesprochen und dabei von dem Befinden des hohen Herrn nach Aussehen und Stimmung einen durchaus günstigen Eindruck gewonnen. Höchstderselbe sprach eingehend über politische und wirtschaftliche Dinge, hob namentlich hervor, daß man S. M. dem Kaiser und Könige nie genug danken könne für die energische Förderung unserer Wehrkraft zu Wasser und zu Lande. Dafür müsse das Reich auch angesichts wirtschaftlicher Rückschläge zu allen Opfern bereit sein, insbesondere bedürfe die Kavallerie gegenüber den Massenansammlungen dieser Waffe bei unseren östlichen und westlichen Nachbarn nahe der Grenze einer erheblichen Verstärkung.[a] – Zwar seien die politischen Beziehungen nach beiden Seiten derzeit leidlich normale, solange aber das unnatürliche Bündnis zwischen Rußland und Frankreich bestehe, bleibe die Lage eine gewissermaßen unsichere.

Der Großherzog beklagte dann die in letzter Zeit mehr und mehr zutage tretende Überproduktion der deutschen Industrie und die infolgedessen auch hierzulande vielfach unvermeidlichen Zusammenbrüche größerer Unternehmungen; hier sowohl wie in Mannheim und Rastatt mache sich die finanzielle und industrielle Krisis sehr fühlbar und führe insbesondere zu namhaften Arbeiterentlassungen, die aus sozialpolitischen Gründen gewiß nicht erwünscht seien.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 6, Ausf.; gedr. *Fuchs* IV S. 338.

[a] Randnotiz Wilhelms II.: „Ja".

832. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 16. Juli 1901

Ganz vertraulich. Herr Minister v. Brauer teilte mir heute vertraulich mit, daß er in einem an Ew. Exz. gerichteten Privatbriefe[1] den dringenden Wunsch S. K. H. des Großherzogs zum Ausdruck gebracht habe, der General v. Bülow möge in seiner Stellung als Führer des XIV. Armeekorps hier noch bis zum nächsten Jahre belassen werden.

Seitdem die Bitte des Großherzogs betreffend die Ernennung höchstseines Herrn Sohnes zum Kommandierenden General hier abgelehnt wurde[2], herrscht bekanntlich dieserhalb am badischen Hofe eine sehr merkliche Verstimmung, die noch ungeschwächt andauert. Die großherzoglichen Herrschaften haben es nun, wie mir die Frau Großherzogin bestätigt, noch nicht für ratsam gehalten, von der erfolgten Ablehnung dem Erbgroßherzog Kenntnis zu geben. In Anbetracht der geschwächten Gesundheit Hochdesselben raten auch die Ärzte von solcher Mitteilung ab, weil sie davon eine zu starke und nachteilige Erregung des Rekonvaleszenten besorgen.

Gerüchtsweise verlautet zwar, daß der Thronerbe das hiesige Kommando selbst eigentlich nicht wünsche, indessen, ob das zutrifft oder nicht, möchte auch ich sicher annehmen, daß die Ablehnung allerdings den hohen Herrn auf das peinlichste berühren würde. Die erlauchten Eltern wollen unter solchen Umständen den Herrn Sohn vorläufig womöglich nicht über die Sachlage aufklären, da das aber nur solange tunlich bleibt, als in

der Besetzung des Karlsruher Postens kein Wechsel eintritt, so legen I. K. H. den allergrößten Wert auf den vorläufigen Verbleib des Herrn v. Bülow. Ich weiß nicht, ob eine demnächstige Neubesetzung der Stelle etwa wirklich beabsichtigt wird, möchte aber mit Rücksicht auf die bereits vorhandene Mißstimmung auf das wärmste befürworten, daß dem Wunsche des Landesherrn Rechnung getragen werde.[3]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 121 Nr. 18 geheim Bd. 3, Ausf.; gedr. *Fuchs* IV S. 338f.

[1] Nicht vorhanden.

[2] Nr. 827, 828.

[3] Am 23. Juli 1901 setzte Bülow Eisendecher von der Antwort des Kaisers in Kenntnis, vorläufig solle „alles beim alten" bleiben. Der Reichskanzler riet, Brauer ganz vertraulich nahezulegen, „von seiten des Karlsruher Hofes die in Rede stehende Angelegenheit gegenüber S. M. dem Kaiser direkt nicht zu berühren" (Ebd., Text für chiffr. Telegramm; gedr. *Fuchs* IV S. 339).

833. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 1. August 1901

Die Veröffentlichung des Zolltarifentwurfes[1] bietet auch den badischen Zeitungen willkommenen Stoff zur Erörterung und Kritik. Man kann nicht behaupten, daß dabei die Auslassungen der Presse von besonderem Verständnis, Mäßigung und Wohlwollen zeugen, ganz im Gegenteil ist der von den meisten Parteiblättern angeschlagene Ton gehässig, einseitig und unerfreulich. Sozialdemokraten und Volkspartei zetern über den vermeintlichen Brotwucher, während die Konservativen die Zollsätze für Getreide als lächerlich niedrig und durchaus ungenügend bezeichnen.

Nur das Haupt-Zentrumsblatt, der Badische Beobachter, der sonst keineswegs zu den maßvollen, versöhnlichen Zeitungen gehört, bringt einen sachlichen, dem vernünftigen gegenseitigen Nachgeben und einem Ausgleich der Sonderinteressen das Wort redenden Artikel. Die Zweckmäßigkeit der Publikation infolge der durch Vertrauensbruch bekanntgegebenen wichtigsten Tarifpositionen wird hier ziemlich allseitig anerkannt.

Ich darf mich auf diese kurzen allgemeinen Bemerkungen vorläufig beschränken. Die derzeitigen Preßkämpfe um den Entwurf haben meines Erachtens im Grunde außerordentlich wenig Zweck.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 172 geheim Bd. 1, Ausf.: Marg.: „6./8. R. Amt d. Innern, R. Schatz-Amt".

[1] Im Zolltarifentwurf war eine Erhöhung der Getreide-, Fleisch-, Vieh-, Holz-, Eisen- und Fertigwarenzölle auf den Stand von 1887 vorgesehen (Vgl. die einzelnen Positionen des Tarifs: *Schultheß* 1901 S. 121ff.).

834. Eisendecher an Bülow

Mainau, 27. August 1901

Bei den im Spätherbst bevorstehenden 31 Erneuerungswahlen für die badische Zweite Kammer dürften voraussichtlich die Nationalliberalen einige weitere Verluste erleiden.

Es fehlt ihnen namentlich an geeigneten Kandidaten, ihre Agitation ist nicht besonders geschickt, und wie bisher stehen ihnen Zentrum, Demokraten und Sozialisten geschlossen als Feinde gegenüber. Die Kreise Donaueschingen, Engen und Meßkirch scheinen besonders gefährdet. Der Zentrumsführer Abgeordnete Geistliche Rat Wacker hat auf dem Parteitage[1] sowohl wie im Badischen Beobachter die frühere Parole „Nieder mit den Nationalliberalen" wiederum proklamiert und der Sozialdemokratie gegen diese die Unterstützung des Zentrums zugesagt.

Die Wahlen in der Residenz werden von den Zeitungen am meisten erörtert. Karlsruhe war bisher durch 2 Sozialisten und einen Demokraten in der Kammer vertreten. Diese nach dem Parteiverhältnis der Einwohner ganz ungerechtfertigte Vertretung hat das schwache Häuflein der Freisinnigen veranlaßt, von dem oppositionellen Bunde abzufallen und mit den Nationalliberalen zu paktieren. Trotzdem muß das so geschlossene Separat-Kartell zweifellos unterliegen, wenn nicht Teile des Zentrums Herrn Wacker abtrünnig werden. Dafür liegen nun einige Anzeichen vor; – in einer Zuschrift an die „Germania" wird erklärt, daß weite Kreise der Katholiken Badens mit der Wackerschen Politik nicht einverstanden seien. Die Münchener Allgemeine Zeitung[2] druckt die Zuschrift auszugsweise ab und knüpft daran ihre Bemerkungen, die meines Erachtens wohl Beachtung verdienen, ich darf deshalb den Artikel hier gehorsamst beifügen.

Von den 31 neu zu besetzenden Kammersitzen gehörten bisher 12 dem Zentrum, 10 den Nationalliberalen, 4 dem Freisinn und der Demokratie, 3 den Sozialdemokraten, einer den Antisemiten und einer einem sogenannten Wilden, der meist liberal stimmte.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 7, Ausf.

[1] Parteitag der bad. Zentrumspartei in Offenburg am 18. Juni 1901 (Bericht Bad. Beobachter, Nr. 138 vom 20. Juni 1901).

[2] (Nr. 138 vom 28. Aug. 1901). Einer Zuschrift an die „Germania" zufolge wird „in weiten Kreisen des katholischen Volkes in Baden" Wackers „Kampfpolitik" „entschieden mißbilligt" und darauf hingewiesen, daß Wacker „zur ‚Besserung der politisch-religiösen Verhältnisse' bisher nichts Greifbares erreicht habe". Deswegen möchte man sich „klar und deutlich vergegenwärtigen, daß wir in Baden nicht unter einem parlamentarischen, sondern unter einem monarchisch-konstitutionellen Regiment stehen, und daß, wenn auch die gesamte Volksvertretung aus Zentrumsleuten bestände, ohne Zustimmung der Regierung auch noch nicht ein Klösterlein sich niederlassen könnte. Wird aber die Regierung, wenn sie mitansehen muß, daß unter Zulassung der Zentrumspartei die Residenz [...] durch drei Anhänger einer absolut republikanischen, umstürzlerischen Partei vertreten ist, hiedurch zugunsten der Zentrumspartei und des von ihr vertretenen katholischen Wesens umgestimmt werden? Die Sache liegt so: mit einem eigenen Kandidaten können wir nicht durchdringen; gleichviel, ob ein liberaler oder sozialdemokratischer Kandidat gewählt wird, können wir für unsre katholische Sache nichts gewinnen und nichts verlieren; wir haben es aber in der Hand, durch die ausnahmsweise Unterstützung des ersteren an den Tag zu legen, daß uns die monarchischen Interessen ebenso nahe gehen wie der Regierung selbst, und wir setzen uns hiedurch mit diesem anderen, der Volksvertretung gleichwertigen gesetzgeberischen Faktor in einen Einklang, der notwendig zugunsten unserer Sache wirken muß" (Ebd.).

835. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 10. September 1901

Der Großherzoglich Badische Finanzminister Dr. Buchenberger äußerte sich jüngst nach seiner Rückkehr vom Urlaub mir gegenüber außerordentlich befriedigt über den Verlauf der in Berlin stattgehabten Ministerkonferenz[1], welche sich mit dem neuen Zolltarifentwurf beschäftigte. Er schreibt das rasche und erfreuliche Ergebnis der Besprechungen in erster Linie Ew. Exz. zu und bekundet insbesondere seinen wärmsten Dank für das Entgegenkommen, das Ew. Exz. in Sachen der Mannheimer Transitlager bewiesen hätten.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 172 geheim Bd. 2, Ausf.

[1] Konferenz der Leitenden Minister der Bundesstaaten im Juni 1901 (Vgl. *Gerloff* S. 383 f.).

836. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 16. September 1901

Die Tatsache, daß bisher die badische Residenz im Landtage durch zwei Sozialdemokraten und einen Demokraten vertreten war, legte den Nationalliberalen und dem Zentrum die Erwägung nahe, ob nicht durch ein gemeinsames Vorgehen bei den bevorstehenden Neuwahlen diesem den Parteiverhältnissen wenig entsprechenden Zustande ein Ende gemacht werden könne. Gemäßigte Elemente auf beiden Seiten befürworteten mehr oder minder eindringlich ein solches Zusammengehen, die vertraulichen, anscheinend vom Oberbürgermeister und dem katholischen Stadtpfarrer geführten Verhandlungen scheiterten indessen an den unannehmbaren Forderungen der Zentrumsleitung, die bekanntlich ziemlich unumschränkt in den Händen des Geistlichen Rates und Pfarrers Wacker liegt. Etwaige nationalliberale Kompromißkandidaten sollten sich verpflichten, nicht gegen die kirchenpolitischen Vorlagen des Zentrums zu stimmen und auch nicht gegen diese rednerisch aufzutreten, so wenigstens berichtet ein ultramontanes Blatt.

Auf derartige Ansprüche vermochte selbstverständlich die Nationalliberale Partei nicht einzugehen. Die Verhandlungen sind unter solchen Umständen, wie ich höre, einstweilen abgebrochen, auch scheint wenig Aussicht auf Wiederanknüpfung vorhanden, eine Änderung in der Vertretung Karlsruhes dürfte daher kaum eintreten.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 7, eig. Ausf.

837. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 22. September 1901

Für die Neuwahlen zum Badischen Landtage sollen die Wahlmänner am 4. Oktober gewählt werden. Die Abgeordnetenwahl wird voraussichtlich am 16. Oktober stattfinden. Seit der letzten Wahl ist eine Änderung der innerpolitischen Lage und der Parteiver-

hältnisse kaum eingetreten; im allgemeinen steht wie bisher die vereinigte Opposition, Zentrum, Demokratie und Sozialdemokratie, den Nationalliberalen feindlich gegenüber. Das konservative Element und der Freisinn sind im Lande ziemlich schwach vertreten, beide Parteien dürften sich in einzelnen Bezirken mit den Nationalliberalen auf bestimmte Kandidaten einigen, in Pforzheim und hier ist das bereits geschehen. Die schroffe und unversöhnliche Haltung der Zentrumsleitung, d. h. des Herrn Wacker, die ein Kompromiß mit den Nationalliberalen für die Residenz vereitelte[1], hat zweifellos in maßvolleren Kreisen der Ultramontanen Widerspruch hervorgerufen, ob aber diese Gemäßigten bei der Wahl den Mut haben werden, dem Gebote des Parteityrannen zu trotzen, bleibt sehr fraglich. Etwaigen Absichten in dieser Richtung tritt sogar der „Osservatore Romano" in einem die badischen Wahlen erörternden Artikel entgegen; Wackers Verdienste wie sein politisches Verhalten zu Nutz und Frommen der römischen Kirche erfahren darin uneingeschränktes Lob.

Die hier gehorsamst angeschlossenen Wahlaufrufe der Nationalliberalen[2] und des Zentrums[3] unterscheiden sich nur wenig von den früher erschienenen Wahlprogrammen dieser Parteien. Einen großen Raum nimmt das Wahlrecht ein, die Steuerreform und die Eisenbahnpolitik, Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen sowie sonst vorliegende altbekannte Fragen des öffentlichen Interesses werden besprochen.

Dazu erwähnen beide Aufrufe den Ministerwechsel und befürworten eine angemessene Erhöhung der Getreidezölle.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 7, eig. Ausf.

[1] Nr. 836. Jagemann schrieb Brauer am 19. Sept. 1901, daraus gehe hervor, daß „Wacker auch nach Abgang des Parteivorstands Fischer noch der tatsächliche Herr der Fraktion ist, aber doch auch, daß die gemäßigte Richtung innerhalb derselben gegen frühere Zeit an Boden gewonnen hat" (Gedr. *Fuchs* IV S. 348f.).

[2] Bad. Presse, Nr. 217 vom 17. Sept. 1901.

[3] Bad. Beobachter, Nr. 216 vom 21. Sept. 1901.

838. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 6. Oktober 1901

Im Großherzogtum Baden sind vorgestern die Wahlmänner für die am 16. d. Mts. bevorstehenden 31 Erneuerungswahlen zum Landtage gewählt worden.

Das Resultat ist nicht ungünstig für die Regierung und das öffentliche Wohl. Namentlich muß es als erfreulich und wichtig bezeichnet werden, daß die Vertretung der Residenz nunmehr wieder auf die Ordnungsparteien übergehen wird. Da die Kandidaten der verschiedenen politischen Färbungen bereits überall feststehen und die Wahlmänner auf diese gewissermaßen verpflichtet werden, ist das endgültige Wahlergebnis schon jetzt mit Sicherheit vorauszusagen.

Demnach gewinnen die Nationalliberalen 3 Mandate, 2 in Karlsruhe-Stadt von den Sozialdemokraten und der Volkspartei, eines in Lörrach-Land vom Freisinn, sie verlieren eines in Pforzheim-Land an die Sozialdemokraten. Das Zentrum behauptet seinen Besitzstand, hat keinen Gewinn, aber auch keinen Verlust. Die Konservativen verlieren den Sitz Durlach-Land an die Volkspartei (Demokraten). Der Freisinn gewinnt ein

Mandat in Karlsruhe von den Sozialdemokraten, verliert eines in Lörrach-Land an die Nationalliberalen. Die Volkspartei gewinnt Durlach-Land von den Konservativen, verliert Karlsruhe-Stadt an die Nationalliberalen. Die Sozialdemokraten endlich verlieren 2 Mandate in Karlsruhe-Stadt an die Nationalliberalen und den Freisinn, gewinnen eines in Pforzheim-Land von den Nationalliberalen.

Die letztgenannte Partei wird somit in der Kammer um zwei Sitze verstärkt vertreten sein, während die Konservativen und Sozialdemokraten je einen Sitz einbüßen. Es wird angenommen und viel bemerkt, daß offenbar die Katholiken Karlsruhes der Wackerschen Zentrumsparole „Nieder mit den Nationalliberalen" nur zum Teile Folge leisteten, anderenfalls hätte die Wahl kaum so ausfallen können. Ein „Viele katholische Wähler" unterzeichneter Aufruf warnte an den Straßenecken und Anschlagssäulen die Glaubensgenossen vor passiver Unterstützung der religionslosen Sozialdemokratie durch Stimmenthaltung und befürwortete ausdrücklich Abstimmung zugunsten der vereinigten bürgerlichen Gegenparteien (Nationalliberale, Konservative und Freisinn). Auch die Großherzogliche Regierung glaubt, daß zahlreiche gemäßigte Zentrumsanhänger dem Befehle Wahlenthaltung nicht nachgekommen sind. Das wäre alsdann eine recht empfindliche Niederlage für den ultramontanen Demagogen und Geistlichen Rat Wacker.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 8, Ausf.

839. Eisendecher an Bülow

Baden, 17. Oktober 1901

Bei den gestern vorgenommenen Abgeordnetenwahlen zur badischen Zweiten Kammer ist in einem Bezirk – Engen-Stockach – das Ergebnis ein anderes, als es die Urwahlen erwarten ließen. Der nationalliberale Kandidat erhielt dort acht Stimmen weniger als der Zentrumsgegner.

Die Kammer wird mithin bestehen aus: 24 Nationalliberalen, 23 Zentrumsabgeordneten, 6 Sozialdemokraten, 5 Demokraten, 2 Freisinnigen, einem Konservativen, einem Antisemiten und einem Anhänger des Bundes der Landwirte.[1]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 8, Ausf.; Marg.: „v. S. M. 22./10."

[1] Landtagswahlergebnisse 1901 vgl. Stat. Jahrbuch 33 (1902) S. 432f.; *Schultheß* 1901 S. 149.

840. Eisendecher an Bülow

Baden, 21. Oktober 1901

Der „Badische Beobachter"[1], Hauptorgan des Zentrums im Großherzogtum, brachte vor einigen Tagen den hier gehorsamst beigeschlossenen Leitartikel: „Ein Jahr Reichskanzler", der Ew. Exz. glänzende Erfolge in der auswärtigen Politik hervorhebt und die Hoffnung ausspricht, daß es Ew. Exz. gelingen möge, auch auf dem schwierigen Gebiete der inneren Politik mit der übernommenen, wenig angenehmen Erbschaft aufzuräumen und das allseitige Vertrauen zu gewinnen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 122 Nr. 13 Bd. 4, eig. Ausf.

[1] Nr. 239 vom 18. Okt. 1901.

841. Eisendecher an Bülow

Baden, 26. Oktober 1901

S. K. H. der Großherzog von Baden erwähnte gestern mir gegenüber den hier gehorsamst beigefügten, die Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten behandelnden Artikel der „Süddeutschen Reichskorrespondenz“[1] und meinte, es sei absolut notwendig, in allen Budgets größtmögliche Sparsamkeit walten zu lassen[2]; alle irgendwie entbehrlichen Ausgaben müßten zurückgestellt werden. Er hoffe, daß die demnächstige Zusammenkunft der Finanzminister in dieser Beziehung einstimmige Beschlüsse ergeben werde. Nur an der Armee und Flotte dürfe man auch jetzt nicht sparen, die deutsche Wehrkraft müsse auf dem höchsten Stande der Leistungsfähigkeit erhalten werden, mehr als je gelte für uns das alte Wort: Si vis pacem, para bellum.

Der Großherzog sprach dann von der Haltung der Truppen während der Manöver, die musterhaft gewesen sei; trotz großer Anstrengungen und meistenteils recht schlechten Wetters habe man fast immer fröhliche Gesichter gesehen, nur bei einem sächsischen Regiment sei ihm eher das Gegenteil aufgefallen. S. K. H. bemerkte schließlich, daß auch in Baden infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Lage die Zahl der Arbeitslosen bedenklich zunehme, namentlich in Mannheim sei das bereits sehr fühlbar, die Stadt sowohl wie die Regierung, speziell die Eisenbahnverwaltung, treffe dagegen Vorsorge durch Inangriffnahme oder Vorbereitung umfangreicher Arbeiten.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 124 Bd. 2, eig. Ausf.

[1] Gedr. Karlsruher Zeitung, Nr. 290 vom 24. Okt. 1901.
[2] Vgl. Nr. 842 Anm. 1.

842. Eisendecher an Bülow

Baden, 10. November 1901

Die Finanzlage des Reiches und der Einzelstaaten gibt den hiesigen Blättern neuerdings verschiedentlich Anlaß zu ernsten Erörterungen. Es wird namentlich darauf hingewiesen, daß angesichts der stets wachsenden finanziellen Inanspruchnahme der Bundesstaaten durch das Reich die rechtzeitige Fertigstellung der Einzelbudgets kaum noch möglich sei. Auch Finanzminister Dr. Buchenberger äußerte mir gegenüber dieserhalb lebhafte Bedenken und meinte, der gegenwärtige Zustand sei auf die Dauer schwerlich haltbar, man müsse tunlichst bald Mittel und Wege finden, die budgetlichen Beziehungen fest zu regeln und das Reich mehr auf eigene Füße zu stellen. Die gegenwärtig erwartete Beisteuer Badens an Matrikularbeiträgen werde für die zweijährige Budgetperiode nahezu neun Millionen betragen, eine so hohe Summe könne man durch Abstriche am Budget mit dem besten Willen nicht erübrigen[1], man stehe also vor der Frage einer Erhöhung der

direkten Steuern, wenn nicht etwa das Reich geneigt sei, wenigstens einen Teil des Beitrages auf Anleihen zu übernehmen; er, der Minister, hege die Hoffnung, daß solches geschehen werde. Seines Erachtens müsse man vornehmlich in den Baubudgets sparen, mancherlei Bauten, selbst Kasernen, könnten ohne wesentlichen Nachteil auf zunächst ein Jahr zurückgestellt werden, auch die Post dürfe sich wohl in dieser Richtung einer größeren Sparsamkeit befleißigen. Allerdings sei eine erhebliche Einstellung der Bautätigkeit der Regierungen derzeit vielleicht nicht durchführbar, weil es in der Privatindustrie überall an Arbeit fehle und die Zahl der Arbeitslosen wachse.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 35 Bd. 1, eig. Ausf.; Marg.: „15./11. R. Schatzamt".

[1] Am 23. Sept. 1901 empfahl die bad. Regierung dem Reichskanzler, einen „mäßigenden Einfluß" auf die Forderungen der Ressorts auszuüben, da sonst bald der Punkt erreicht sei, „bei dem auch die reichsfreundlichsten Regierungen eventuell geneigt sein könnten, ihre Zustimmung zum Etat im Bundesrat zu versagen" (Gedr. *Fuchs* IV S. 350f.).

843. Eisendecher an Bülow

Baden, 13. November 1901

Eine stark besuchte Versammlung des badischen Zentrums in Offenburg hat am 10. d. Mts. die extreme, rücksichtslose Politik des Parteiführers Wacker durchaus gutgeheißen.[1] Niemand wagte es, dem streitbaren Geistlichen Rate gegenüber eine maßvolle, versöhnliche Haltung zu befürworten. Die Hauptvertreter dieser Richtung, die Abgeordneten Zehnter, Hug, Birkenmayer und andere, waren überhaupt nicht zugegen.

Wacker sprach zwei Stunden lang und wiederholte ungefähr dasselbe, was er bereits in zahlreichen sehr langen Artikeln des „Beobachters" seinen Anhängern klarzumachen versucht hatte. Vornehmlich hielt er die Parole „Nieder mit den Nationalliberalen" voll aufrecht, kritisierte scharf die Konservativen und Freisinnigen und spendete nur den Demokraten einiges Lob. Über die Sozialdemokratie äußerte er sich vorsichtiger als bei früheren ähnlichen Gelegenheiten, meinte, man dürfe diese Partei „natürlich" nicht unterstützen und ließ die Befürchtung durchblicken, daß sie unter Umständen eine den Zentrumsbestrebungen feindliche Haltung einnehmen könnte. Besonders bezeichnend waren die Bemerkungen des Redners betreffend die Regierung, er sagte, man werde keine grundsätzliche Opposition treiben; soweit es sich nicht um kirchliche und politische Fragen handle, hege das Zentrum zu den gegenwärtigen Ministern das gleiche Vertrauen wie zu ihren Vorgängern. Wenn demnächst die Regierung, wie gerüchtsweise verlaute, einzelne Ordensniederlassungen genehmigen wolle, so sei damit nur eine berechtigte Forderung der Kirche erfüllt und dem vorhandenen Bedürfnis Rechnung getragen, zu etwaigem Dank liege kein Anlaß vor.

Tatsächlich ist die Großherzogliche Regierung schon seit längerer Zeit nicht abgeneigt, von ihrem Rechte Gebrauch zu machen und einige Männerklöster – zunächst in Walldürn und Reichenau – zuzulassen, um dieses dem Zentrum nützliche Kampfmittel aus der Welt zu schaffen. Minister Nokk knüpfte aber, solange er im Amte war, an eine solche Zulassung stets die Vorbedingung einer Beseitigung der Alleinherrschaft Wackers und einer von dieser unabhängigen versöhnlichen Haltung der Freiburger Kurie.[2] Daß der derzeitige Chef des Kultusdepartements, Freiherr v. Dusch, anderer Ansicht sein

sollte, ist nicht wahrscheinlich; nach der obenerwähnten Äußerung Wackers hat er jedenfalls allen Grund, Konzessionen an das Zentrum reiflich zu erwägen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 8, eig. Ausf.; Marg.: „17./11. Kultus-Minister".

[1] Vgl. Nr. 834 Anm. 1.
[2] Vgl. Nr. 845.

844. Eisendecher an Bülow

Baden, 15. November 1901

Vertraulich. Am 24. April 1902 werden 50 Jahre verflossen sein, seitdem Großherzog Friedrich die Regierung des badischen Landes übernahm. Dieser seltene Tag soll seiner Bedeutung entsprechend angemessen gefeiert werden. Das Programm für die Feier steht noch nicht im einzelnen fest, bis jetzt ist nur beschlossen, eine internationale Gemäldeausstellung[a] und eine Gartenbauausstellung zu veranstalten, eine Jubiläumsmedaille zu schlagen und die nötigen Vorbereitungen für die massenhaft erwarteten Deputationen zu treffen.

S. K. H. der Großherzog höchstselbst möchte die Feier nach Möglichkeit beschränken und insbesondere die etwa beabsichtigten Besuche nicht nahe verwandter Souveräne und Fürstlichkeiten dankend ablehnen. Namentlich widerstrebt es dem hohen Herrn, daß dem Lande und den Beteiligten durch die Feier große Kosten erwachsen.

Eigentümlicherweise ist in der Residenz und sonst hie und da das Gerücht verbreitet, S. M. der Kaiser beabsichtige, im Verein mit den deutschen Bundesfürsten dem greisen Jubilar den Königstitel anzubieten.[b] Ob an eine solche Eventualität wirklich jemals gedacht worden ist[c] oder gedacht wird, weiß ich nicht, glaube aber, daß diese Ehrung des um das Reich hochverdienten, überall beliebten Herrschers hier einen außerordentlich guten Eindruck machen würde.[d] Ich zweifle auch nicht, daß S. K. H. der Großherzog durch eine derartige Anerkennung freudig bewegt den Titel wohl annehmen würde.[e1]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 7, Ausf.; gedr. *Fuchs* IV S. 357.

[a] Randnotiz Wilhelms II.: „Himmel! Alle blauen und violetten sollen da zusammenkommen".
[b] Randnotiz Wilhelms II.: „Ich denke nicht daran! Es ist das erste Mal, daß ich viel von dem Jubiläum überhaupt erfahren".
[c] Randnotiz Wilhelms II.: „Nein".
[d] Randnotiz Wilhelms II.: „Ist Eisendecher übergeschnappt?"
[e] Randnotiz Wilhelms II.: „Das ist ja kolossaler Unfug".
[1] Vgl. Nr. 189, 636, 637.

845. Eisendecher an Bülow

Baden, 17. November 1901

S. K. H. der Großherzog von Baden hält die Zulassung von Klöstern im Lande gegenwärtig nicht für angezeigt. Ebensowenig ist der Staatsminister v. Brauer geneigt, diesen Wunsch des Zentrums zu erfüllen, solange die Politik des Abgeordneten Wacker

für die Partei maßgebend bleibt. Die Zeitungen sind daher falsch berichtet, wenn sie meinen, daß die Genehmigung von Niederlassungen der Kapuziner in Walldürn und Reichenau bereits beschlossen sei. Es wird ganz auf die Haltung des Zentrums ankommen, ob und wann die Regierung den Zeitpunkt einer solchen Genehmigung für gekommen erachtet. Der Landesherr hat sich dem Erzbischof von Freiburg gegenüber sehr bestimmt in diesem Sinne ausgesprochen.[1]

An und für sich sieht die Regierung in der Zulassung einzelner Männerorden keine Gefahr, sie erkennt sogar in gewisser Weise den Wunsch der katholischen Kirche als nicht unberechtigt an, da 62 Prozent der Bevölkerung der römischen Konfession angehören, während im größten Bundesstaat, Preußen, wo Klöster bestehen, der Prozentsatz an Katholiken ein weit geringerer ist. Solange indessen ein großer Teil der Geistlichen vornehmlich Politik treibt und die Seelsorge vernachlässigt, erscheint die vielbehauptete Notwendigkeit einer Aushilfe durch Ordensbrüder keineswegs erwiesen. Wären solche vorhanden, so würden die Herren Pfarrer vielleicht Zeit finden, die politische Agitation noch etwas intensiver zu betreiben.

S. K. H. der Großherzog meint, daß die neuerliche Zunahme von Sittenlosigkeit und Verbrechen in Baden sehr wesentlich auf die mangelhafte seelsorgerische Tätigkeit der Geistlichen zurückzuführen sei.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 7, eig. Ausf.; Marg.: „Kultusminist."

[1] Vgl. Nr. 843, 846.

846. Eisendecher an Bülow

Baden, 23. November 1901

Die „Karlsruher Zeitung"[1] und die „Süddeutsche Reichskorrespondenz"[2] veröffentlichen die hier gehorsamst beigefügten, offenbar amtlich inspirierten Artikel über die Klosterfrage, welche die bisherigen diesseitigen Meldungen in der Sache bestätigen.[3]

Im übrigen fährt die Presse fort, das Thema nach den verschiedenen Parteistandpunkten zu erörtern. Nationalliberale und ultramontane Blätter beschimpfen sich dabei gegenseitig nach Kräften, während die Organe der Sozialdemokraten und Volksparteiler eher sachlich und neutral bleiben. Als einstweiliger Vorläufer der vom Zentrum ersehnten Ordensbrüder hält gegenwärtig ein Jesuitenpater Aschenbrenner[4] populärwissenschaftliche Vorträge über „die brennendsten Fragen unserer Zeit". Er hat bereits in Mannheim großen Zulauf gehabt und wird am nächsten Sonntag und den folgenden Tagen in Karlsruhe sprechen.[5]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 7, eig. Ausf.; Marg.: „26./11. Kultusminist."

[1] Nr. 318 vom 21. Nov. 1901.
[2] Nr. 94 vom 20. Nov. 1901.
[3] Vgl. Nr. 843, 845.
[4] Aschenbrenner, Johann Baptist S J (1843–1921), 1867 kath. Geistlicher, 1870/71 Militärgeistlicher, dann Professor in Maria Laach und Dittonhall, seit 1878 im Missionsdienst, hielt in Deutschland zahlreiche Wandervorträge über religiöse Zeitfragen, zuletzt wirkte er in Vorarlberg.
[5] Vgl. Bad. Beobachter, Nr. 266 vom 20. Nov. 1901.

847. Eisendecher an Bülow

Baden, 30. November 1901

Die derzeitige politische Lage in Baden steht naturgemäß wesentlich unter dem Zeichen des finanziellen und wirtschaftlichen Niedergangs. In der nüchternen Ansprache[1] des Staatsministers bei Eröffnung des Landtages tritt diese Tatsache deutlich hervor.

Sonst erscheint die Situation der Regierung gegenüber der Volksvertretung und das Verhältnis der Parteien zueinander wenig verändert. In der Kammer stellt nach wie vor die Nationalliberale als die stärkste Partei den Präsidenten, das Zentrum, nur um einen Sitz schwächer, den ersten Vizepräsidenten; bezüglich des zweiten Vizepräsidenten wird man sich wohl auf einen Demokraten einigen. Der streitbare Geistliche Rat Wakker gebietet wiederum der Zentrumsfraktion, während bei den Nationalliberalen Oberbürgermeister Dr. Wilckens von Heidelberg den Vorsitz führt. Die Sozialdemokraten werden vermutlich ihren bisherigen Führer Dreesbach (Mannheim) wiederwählen.

Unter den Fragen von allgemeiner politischer Bedeutung nimmt das Wahlrecht den ersten Platz ein, dann können bei der Budgetberatung wichtige politische Gesichtspunkte mit in Betracht kommen, und schließlich dürfte der übliche Kampf um die Anträge des Zentrums, Ordensniederlassungen und geistliche Erziehung, weiteres Interesse gewähren.

Andere Gegenstände der Verhandlung, welche die Eröffnungsrede ankündigt, betreffen die Erhöhung der Wohnungsgelder für Beamte, die Besserstellung der Volksschullehrer, die Fürsorge für die Landwirtschaft und die Errichtung einer Landwirtschaftskammer, die Ausdehnung des Gemeindewahlrechtes sowie die Unfallversicherung der Beamten. Die Regierung glaubt, die meisten dieser Vorlagen in annehmbarer Form durchbringen zu können. Ohne Zweifel wird beim Budget anläßlich des erheblichen Fehlbetrages die Notwendigkeit einer Reichsfinanzreform von allen Parteien als dringlich bezeichnet werden. Namhafte Abstriche am Budget sind nach den seitherigen Erfahrungen kaum zu besorgen. Eine Steuererhöhung zum Ausgleich des Defizits beabsichtigt die Regierung nicht, sie will dieserhalb auf die Amortisationskasse und frühere Überschüsse zurückgreifen und Schatzanweisungen ausgeben.

Sehr hohe Anforderungen stellt die Eisenbahnverwaltung, bei dem empfindlichen Rückgang der Einnahmen kann man auf lebhafte Debatten über die Eisenbahnpolitik rechnen. Wie bekannt, agitieren die demokratischen Tarifreformer eifrig für billigere Fahrpreise und für eine süddeutsche Eisenbahngemeinschaft angesichts der vermeintlichen preußischen Vergewaltigungen. Da sie sich in ihrer Kritik des preußischen Systems vorwiegend auf ihren sachkundigen Berliner Parteifreund Dr. Engel[2] berufen, ist die Lehre, welche ihnen dieser neuerdings in der „Täglichen Rundschau" erteilt, recht nützlich und heilsam. Von einem Anschluß an die preußisch-hessische Gemeinschaft will man vorläufig hier nichts wissen, halten aber die mageren Jahre an, so wird vielleicht ein solcher Anschluß doch Anhänger finden.

Ein nicht unwichtiges Moment für die Beurteilung der politischen Reife oder Unreife jeden Volkes bildet das Verhalten und das Niveau der Presse. In dieser Beziehung läßt Baden leider viel zu wünschen; der Ton fast aller Parteiblätter ist meist wenig würdig, es fehlt ihnen die nötige Achtung des gegnerischen Standpunktes, und Spott und Hohn sind die Hauptwaffen ihrer Polemik. Eine vornehm redigierte, weitverbreitete Zeitung

gibt es im Lande überhaupt nicht. Der Stuttgarter „Schwäbische Merkur" bringt im ganzen noch die sachlichsten, verständigsten Berichte über badische Verhältnisse.

Ich habe mir schon dieses Thema zu behandeln erlaubt und kann nur mit Bedauern heute konstatieren, daß wenig Besserung eingetreten ist.

Die Stellung der Parteien zu- und gegeneinander bleibt seit Jahren ziemlich die gleiche, Nationalliberale und Zentrum kämpfen erbittert zur besonderen Freude der Volksparteiler und Sozialdemokraten, die abwechselnd oder gemeinsam als Tertius gaudens dabei für sich zu profitieren suchen. Wenn neuerdings der Freisinn, der im Lande nur schwach vertreten ist, einige Neigung zeigt, sich von der Demokratie zu trennen, wie bei der Karlsruher Wahl, so darf man daraus auf weitere Folgen noch nicht schließen. Wichtiger erscheint die allmählig mehr und mehr offen hervortretende Feindschaft zwischen Zentrum und Sozialdemokratie; die beiderseitigen Preßorgane sagen sich in letzter Zeit recht kräftig die Wahrheit. Sollte der Streit wirklich andauern und auch während etwaiger Wahlen vorhalten, so wäre das für die innerpolitische Lage bedeutungsvoll, mit einigem Geschick könnte namentlich die Nationalliberale Partei daraus Nutzen ziehen. Bisher hat sie freilich selten solches Geschick gezeigt, auch mangeln ihr immer noch geeignete weitsichtige Führer. Im badischen sozialdemokratischen Lager herrschen momentan Differenzen wegen des Lübecker Programms und der Budgetverweigerungsfrage[3]; die dissentierenden Genossen erfuhren bereits von Herrn Bebel scharfe Zurechtweisungen, einer derselben, Redakteur Kolb[4], hat sich bereits löblich unterworfen, ein anderer, der Abgeordnete Fendrich, beharrt einstweilen auf seinem Widerstand.

Einzelne wohlmeinende Zeitungen hatten unlängst die Ansicht geäußert, daß die Parteien in der Kammer sich im Hinblick auf das bevorstehende 50jährige Regierungsjubiläum S. K. H. des Großherzogs einer besonders maßvollen und versöhnlichen Haltung befleißigen sollten, die Anregung fand aber in der Oppositionspresse keinen Anklang, radikale wie Zentrumsorgane meinten, von einem sogenannten Jubiläumslandtage könne nicht die Rede sein.

An der meines Erachtens törichten und höchst übertriebenen Hetze gegen Herrn Chamberlain[5] und England war Baden stark beteiligt, erst jetzt beruhigen sich die Gemüter einigermaßen, man beginnt einzusehen, daß die unbedachten Worte eines in außerenglischen Dingen offenbar wenig erleuchteten Ministers doch nicht ausreichenden Anlaß boten, die Gefahr einer ernsten Trübung unserer Beziehungen zum Britenreiche heraufzubeschwören.

Was endlich die Großherzogliche Regierung betrifft, so ist sie durch und durch reichstreu und frei von partikularistischen Tendenzen, auch die neuen Minister bilden in dieser Hinsicht eine sichere Gewähr, und die Anschauungen, wie sie in den amtlichen Blättern, der „Karlsruher Zeitung" und der „Süddeutschen Reichskorrespondenz", zum Ausdruck kommen, verdienen meist Anerkennung und Zustimmung. Sie beweisen, daß die Regierung konsequent und zielbewußt das Gesamtwohl im Auge behält und über den Parteien steht.

Ich darf schließlich gehorsamst bemerken, daß nach den soeben eingegangenen Preßmeldungen die definitive Zusammensetzung der neuen badischen Kammer noch unsicher ist; wegen vorgekommener Unregelmäßigkeiten werden wahrscheinlich in mehreren Bezirken Neuwahlen stattzufinden haben.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 11, eig. Ausf.

[1] Thronrede vom 26. Nov. 1901 (Gedr. *Schultheß* 1901 S. 163f.). Vgl. Brauer an Großherzog Friedrich I. vom 17. Nov. 1901 (Gedr. *Fuchs* IV S. 358f.).

[2] Engel, Eduard Dr. (1851–1938), Schriftsteller und Literaturhistoriker, 1871–1919 Beamter im Stenographischen Büro des Reichstags, 1882 Leiter, 1903 Professor, zugleich Befürworter einer allgem. Eisenbahnreform, publizierte 1888 über die Eisenbahnreform, 1890 über Zonentarife.

[3] Auf dem SPD-Parteitag in Lübeck (22.–28. Sept. 1901) wurden die bad. Sozialdemokraten wegen ihrer Zustimmung zum Budget heftig kritisiert und durch eine von Bebel eingebrachte Resolution verurteilt (*Protokoll SPD-Parteitag* 1901 S. 263ff., 284).

[4] Kolb, Wilhelm Rudolf (1870–1918), Maler in Karlsruhe, 1898 Redakteur des „Volksfreunds", seit 1904 Stadtrat, SPD, MdL 1905–1918. Zusammen mit Ludwig Frank führender bad. Revisionist.

[5] Chamberlain, Joseph (1837–1914), Fabrikant in Birmingham, liberal, seit 1886 kons., 1880–1885 engl. Handelsminister, 1895–1903 Staatssekretär für das Kolonialwesen.

848. Eisendecher an Bülow

Baden, 1. Dezember 1901

Ew. Exz. habe ich die Ehre, den Text der Rede[1] des badischen Finanzministers Dr. Buchenberger gehorsamst vorzulegen, in welcher derselbe der Zweiten Kammer die finanzielle Lage und das Budget für die Jahre 1902 und 1903 übersichtlich erläutert.

Infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Krisis und der dementsprechend hohen Anforderungen des Reiches sind die Aussichten für die kommende Budgetperiode wenig günstig. Wenn die vorgeschlagene Besserstellung der Beamten und Volksschullehrer Annahme findet, beziffert der Minister den Fehlbetrag im Gesamtetat auf 17,8 Millionen. Nur ein Teil dieser Summe kann durch frühere Überschüsse und aus der Amortisationskasse gedeckt werden, für den Rest befürwortet Dr. Buchenberger die Aufnahme einer schwebenden Schuld in Höhe von 5 Millionen.

Ebenso wird die Eisenbahnverwaltung zu erneuten Anle[i]hen greifen müssen. Insbesondere belasten unvermeidliche Bauten den Etat erheblich; dafür werden nicht weniger als 49 Millionen gefordert, während die aufrechtzuerhaltenden Kredite 34 Millionen betragen; das ganze Eisenbahnbaubudget erreicht mithin die hohe Summe von 83 Millionen. Dabei stehen den jährlichen Ausgaben für Schuldentilgung, Verwaltung pp. von etwa 22,5 Millionen nur c[a.] 14,7 Millionen als Nettoertrag der Verkehrsverwaltung gegenüber.

Die klaren Ausführungen des Ministers sprechen im übrigen für sich selbst, meinerseits glaube ich mich daher auf die vorstehenden kurzen Bemerkungen beschränken zu dürfen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 35 Bd. 1, eig. Ausf.; Marg.: „8./12. Finanz-Minist., R. Schatzamt".

[1] 4. Sitzung II. Kammer vom 30. Nov. 1901, in: Karlsruher Zeitung (Beilage), Nr. 329 vom 2. Dez. 1901.

849. Eisendecher an Bülow

Baden, 2. Dezember 1901

Von seiten des Zentrums[1], der Nationalliberalen[2] und der vereinigten Volksparteiler[3] und Sozialdemokraten[4] sind in der Zweiten Badischen Kammer sachlich übereinstimmende Anträge eingegangen, welche die Einführung des direkten Wahlrechtes befürworten. Ein weiterer Antrag des Zentrums betrifft die Abänderung der Landtagswahlordnung.[5]

Die Zentrumsfraktion hat außerdem dem Hause nachstehende Resolution zur Annahme empfohlen: „Die Zweite Kammer hält es im Interesse des Friedens für wünschenswert, daß der Streit wegen der Zulassung von Männerklöstern in Baden beseitigt werde, und erklärt, daß sie nichts dagegen zu erinnern findet, wenn die Großherzogliche Regierung in Anwendung des ihr nach § 11 des Gesetzes vom 9. Oktober 1860 zustehenden Rechtes die Genehmigung dazu erteilt, daß einige solche Klöster zugelassen werden".[6]

Der Antrag wurde auf dem letzten Landtage ebenfalls eingebracht und damals mit Stimmenmehrheit angenommen. Auch ein denselben Gegenstand behandelnder Gesetzentwurf des Zentrums fand bereits wiederholt eine Majorität in der Kammer.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 7, eig. Ausf.; Marg.: „8./12. Kultusmin., Min. d. Innern".

[1] Gesetzesvorschlag der Abgg. Wacker und Gen., Abänderung der Landtagswahlordnung betr. (4. Beilageheft 1901/02 S. 27 – Drucksache Nr. 4).

[2] Gesetzentwurf, die Abänderung einiger Bestimmungen der Verfassung betr. (4. Beilageheft zu den Protokollen der Zweiten Kammer 1901/02 S. 1ff. – Drucksache Nr. 1; vgl. *Goldschmit* S. 218ff.).

[3] Gesetzesvorschlag der Abgg. Dr. Heimburger und Gen., Verfassungsänderung betr. (4. Beilageheft 1901/02 S. 23 – Drucksache Nr. 3).

[4] Gesetzesvorschlag der Abgg. Fendrich und Gen., Einführung des Proportionalwahlsystems betr. (4. Beilageheft 1901/02 S. 53 – Drucksache Nr. 8).

[5] Gesetzesvorschlag der Abgg. Wacker und Gen., Abänderung der Landtagswahlordnung betr. (4. Beilageheft 1901/02 S. 27 – Drucksache Nr. 4).

[6] *Schofer*, Klosterfrage S. 31.

850. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 24. Dezember 1901

Die badischen Kammern haben am 21. d. Mts. ihre Sitzungen bis zum 7. Januar geschlossen. Bei den bisherigen Beratungen gewährte zunächst die Wahl des 2. Vizepräsidenten einiges Interesse. Der demokratische Abgeordnete Pflüger, welcher diese Stelle früher einnahm, wollte eine Wiederwahl nicht annehmen, weil bezüglich seiner Person keine Einstimmigkeit herrschte. Gewählt wurde alsdann der ebenfalls demokratische Abgeordnete Professor Heimburger, ein reichlich extremer Agitator, der kürzlich einen überaus gehässigen Wahlaufruf mitunterschrieben hatte und deshalb als Beamter nahezu mit dem Strafgesetze in Konflikt geriet. Die Entschuldigung, er habe den Inhalt nicht genau gekannt, kennzeichnet seinen Charakter einigermaßen, im übrigen gilt er als ein

gescheiter Kopf. S. K. H. der Großherzog war von der Wahl wenig angenehm berührt. Wegen vorgekommener Unregelmäßigkeiten wurden drei Mandate des Zentrums für ungültig erklärt, die Resultate bei den Neuwahlen blieben indessen dieselben. Nach dem Stärkeverhältnis der neuen Wahlmänner im Bezirke Villingen hatte man angenommen, daß dieser Sitz den Nationalliberalen zufallen werde, das dem nicht entsprechende Ergebnis scheint auf eigentümliche Umtriebe und Machinationen der Zentrumsführer und Geistlichen zurückzuführen. Die provisorische Steuerbewilligung für die vier ersten Monate des kommenden Jahres erfolgte einstimmig. Von den weiteren Verhandlungen, die großenteils frühere Rechnungsabschlüsse und Nachweisungen betrafen, verdiente eine mehrtägige Debatte über die Arbeitslosigkeit[1] vielleicht einige Beachtung. *Vorlage der sozialdemokratischen Interpellation, der Stellungnahme der Regierung sowie der Sitzungsberichte.* Insbesondere ist dabei zu bemerken, daß von demokratischer Seite die Beschleunigung unserer Schiffsbauten für die Marine zur Beschäftigung der Arbeitslosen empfohlen wurde.

Die anfängliche Absicht der Kammern, womöglich die Verhandlungen noch vor dem Regierungsjubiläum S. K. H. des Großherzogs ganz zu Ende zu führen, hat sich als undurchführbar herausgestellt, dagegen hofft man, bis dahin wenigstens das Budget sicher zu erledigen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 8, Ausf.; Marg.: „30./12. Staatsmin."

[1] 12.–15. Sitzung II. Kammer vom 17.–21. Dez. 1901, in: Karlsruher Zeitung (Beilage), Nr. 346–351 vom 19.–24. Dez. 1901.

851. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 21. Januar 1902

Vertraulich! In Erledigung des hohen Erlasses Nr. 8 vom 18. d. Mts.[1] darf Ew. Exz. ich nachstehendes gehorsamst melden.

Auf die Nachricht vom Tode[2] des Geheimen Hofrats Professor F. X. Kraus in San Remo ist sofort ein Beamter des Unterrichtsministeriums, der dem Verstorbenen nahestand, nach Freiburg beordert worden und hat dort mit dem Testamentsvollstrecker, Professor Rückert[3] von der theologischen Fakultät, den schriftlichen Nachlaß gesichert. Namentlich die vorgefundenen Schriftstücke[4], welche sich auf die Errichtung einer theologischen Fakultät in Straßburg beziehen, sowie Korrespondenzen, deren Sicherung wichtig schien, hat man einstweilen hier im Ministerium deponiert. Darunter war auch die erste längere gutachtliche Äußerung Kraus' über die Straßburger Angelegenheit sowie ein den Gegenstand behandelndes Promemoria des Kardinals Rampolla. Von dem Gutachten fanden sich drei Abschriften.

Die in San Remo hinterlassenen Papiere haben die dorthin entsandten Professoren an sich genommen und demnächst dem Nachlasse einverleibt. Sofort nach Eintreffen der Todesnachricht erwähnte ich Herrn v. Brauer gegenüber die Notwendigkeit der Sicherung wichtiger Schriftstücke, die, wie der Minister mir sagte, bereits in die Wege geleitet sei.

Nach allem, was ich höre, scheint es ausgeschlossen, daß vielleicht Unberufene in der

Freiburger Wohnung des Verstorbenen irgendwelche Papiere hätten an sich bringen können. Diejenigen als vertraulich zu betrachtenden Korrespondenzen, welche an hervorragende Persönlichkeiten in Berlin gerichtet sind, beabsichtigt man eventuell mir zur Beförderung an Ew. Exz. zu übergeben.[a] Indem ich mir deshalb weiteren Bericht vorbehalte, bemerke ich noch, daß die hiesigen ultramontanen Zeitungen mit Genugtuung Kraus' Widerruf etwaiger kirchenfeindlicher Tendenzen in seinen Veröffentlichungen konstatieren, dagegen den Nachsatz weglassen, in welchem der Verstorbene ausdrücklich an seiner Lebensüberzeugung festhält, daß der politische Ultramontanismus ein Unglück und verderblich für die Kirche sei.

Kraus' Ableben ist unzweifelhaft ein unersetzlicher Verlust, das wird hier speziell für die Freiburger Hochschule schmerzlichst empfunden.

Ich stand zu dem merkwürdigen, hochbegabten Manne seit Jahren in freundschaftlichen Beziehungen. Noch wenige Wochen vor seiner Abreise nach San Remo besuchte ich ihn in Freiburg, wo er mir nach dem gemeinsamen Abendessen aus den Korrekturbogen die Einleitung zu seinem „Cavour" vorlas. Er hatte eigentlich den Winter in Ägypten zubringen wollen, ärztlicherseits war man aber wegen der Seefahrt und möglicher Seekrankheit, die in Anbetracht des bestehenden Magenleidens unbedingt vermieden werden sollte, damit nicht einverstanden. Kraus meinte mir gegenüber: „Die Freude, daß ich auf der Überfahrt sterbe und die Haifische mich fressen, wollte ich doch den Jesuiten nicht bereiten".

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 7, Ausf.; Marg.: „mtg. 29./1. Kultusmin."

[a] Randnotiz Bülows: „Fiat".

[1] Am 18. Jan. 1902 benachrichtigte Reichskanzler Bülow Eisendecher vom Tod des Professors Kraus und bat ihn, „bei der dortigen Regierung mündlich die Frage lediglich zu berühren, ob und welche Vorkehrungen vielleicht zu treffen wären, um politisch wichtige Papiere aus dem Nachlaß, wie z. B. diejenigen über die Straßburger Fakultät, vor Unberufenen zu sichern" (Ebd., Konz.).

[2] Kraus starb am 28. Dez. 1901 (Vgl. *Kraus*, Tagebücher S. 759f.).

[3] Rückert, Karl Dr. (1840–1907), seit 1863 kath. Geistlicher, 1887 Privatdozent, 1895 Professor für Neues Testament in Freiburg.

[4] Vgl. Nr. 854.

852. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 25. Januar 1902

Die generelle Budgetdebatte in der badischen Kammer[1] und damit in Verbindung die Diskussion über den Zolltarif zieht sich sehr in die Länge. Zwar haben eine Anzahl gemeldeter Redner auf das Wort verzichtet, indessen dauern die Verhandlungen nun bereits 12 Tage. Im großen und ganzen herrschte bisher ein erfreulich ruhiger und sachlicher Ton in der Versammlung, selbst der streitbare Zentrumsführer sprach durchaus maßvoll, fand sogar Worte der Anerkennung für das gegenwärtige Ministerium.

Es ist auch gewiß mit Genugtuung zu begrüßen, daß, abgesehen von den Sozialisten und Demokraten, die Erhöhung der Getreidezölle allerseits als notwendig anerkannt wurde. Von allgemeinerem Interesse sind meines Erachtens vornehmlich einzelne Äußerungen der Herren Minister. Da aber in diesen Äußerungen auf die Reden von Abgeord-

neten mehrfach Bezug genommen wird, darf Ew. Exz. ich das ganze Referat über die betreffenden Sitzungen hierneben ehrerbietigst vorlegen und dabei besonders auf die beifällig aufgenommenen letzten Darlegungen des Herrn Buchenberger vom 23. d. Mts. hinweisen, welche unter anderem die dringende Notwendigkeit einer Reichsfinanzreform hervorheben.

Nachtrag. Ich höre soeben, daß heute die Generaldebatte über das Budget und den Zolltarif ihren Abschluß fand.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 172 geheim Bd. 3, Ausf.; Marg.: „7./2. Staatsmin."

[1] 20.–28. Sitzung II. Kammer vom 13.–25. Jan. 1902.

853. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 2. Februar 1902

Vertraulich! Während der gestrigen allgemeinen Budgetdebatte[1] in der badischen Ersten Kammer plädierte auffallenderweise der Oberlandesgerichtspräsident Freiherr v. Neubronn in längerer Rede gegen den Zolltarif, speziell die Getreidezölle. Er führte dabei ziemlich dieselben Argumente ins Feld wie die radikalen Redner im anderen Hause, so daß Minister v. Brauer meinte, der demokratische Abgeordnete Muser hätte ungefähr das gleiche sagen können. Freiherr v. Bodman, Gesandter in München, trat unter allseitiger Zustimmung den Ausführungen wirksam entgegen.

Herr v. Neubronn hatte in der letzten Sitzung gegen den Eintritt in die Budgetdebatte Widerspruch erhoben, da der Gegenstand nicht auf der Tagesordnung stand, ein Vorgehen, das bei den sonstigen Gewohnheiten der Kammer wenig angenehm auffiel. Er fand also inzwischen Zeit, seine Rede zu präparieren. Der Genannte ist zweifellos [ein] sehr tüchtiger Jurist und äußerst gewandter Redner, aber neuerdings stark verbittert und enttäuscht, daß nicht er, sondern Herr v. Dusch ins Ministerium berufen wurde; er hatte auf die Übernahme des Justiz- und Kultusdepartement[s] sicher gerechnet, war auch vielfach in der öffentlichen Meinung als wahrscheinlicher Kandidat dafür bezeichnet worden. Herr v. Brauer glaubte, ihn indessen wegen seines etwas herben, schwierigen Charakter[s] und oft unbequemen Eigensinns nicht in Vorschlag bringen zu sollen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 172 geheim Bd. 3, Ausf.

[1] 4. Sitzung I. Kammer vom 1. Febr. 1902.

854. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 5. Februar 1902

Vertraulich! Bezugnehmend auf den Bericht Nr. 4 vom 21. v. Mts.[1] und den hohen Erlaß Nr. 11 vom 29. v. Mts.[2] habe Ew. Exz. ich die Ehre, hierneben die mir vom hiesigen Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts soeben übersandten sekreten Schriftstücke aus dem Nachlasse des verstorbenen Geheimen Hofrat[s] und Professor[s] Dr. Fr. X. Kraus gehorsamst zu überreichen, und zwar: 1. sechs Exemplare einer kürzeren

„Denkschrift über die Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät an der Universität Straßburg"; 2. das Manuskript einer großen Denkschrift in demselben Betreffe sowie zwei Abzüge dieser Denkschrift, denen das vatikanische „projet pour l'érection d'une faculté catholique de théologie à l'université de Strasbourg" nebst einer „note confidentielle" beigeheftet ist; 3. ein Exemplar des vatikanischen Projekts, das von einer Denkschrift losgelöst zu sein scheint.

In dem Testament des Verstorbenen, das im wesentlichen schon durch die Presse bekannt geworden ist, findet sich wörtlich folgende beachtenswerte Stelle: „Ich sterbe, wie ich gelebt, als meiner Kirche bis in den Tod ergebener Sohn. Habe ich etwas gedacht oder geschrieben, was ihrem und Christo Geist zuwider wäre, so sei es hiermit zurückgenommen, und all mein Tun und Lassen sei dem Urteil der katholischen Christenheit unterstellt. Möge der Herr meine Kirche und mein deutsches Vaterland schützen, meinen Kaiser und meinen Großherzog segnen. Lebend und sterbend erkenne ich für die christliche Gesellschaft kein Heil als in der Rückkehr zu dem religiösen Katholizismus, in dem Bruch mit den irdischen, politischen und pharisäischen Aspirationen des Ultramontanismus – in der Erkenntnis, daß das Reich Gottes nicht von dieser Welt ist und daß der, welcher das Gegenteil predigt, non sapit ea, quae dei sunt, sed ea, quae hominum" (Matth. 16, 23).

Den ungefähren Inhalt des ersten Satzes brachten die meisten Zentrumsblätter, die in dem Nachsatz ausgesprochene Überzeugung dagegen ist meines Wissens von ihnen gänzlich ignoriert worden.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 7, Ausf.; Marg.: „mtg. 9./2. Kultusmin."

[1] Nr. 851.

[2] Am 14. Febr. 1902 wies Kultusminister Studt Eisendecher vertraulich an, „auf diplomatischem Wege vermitteln zu lassen, daß alle Korrespondenzen und sonstige Schriftstücke, welche von Beamten des mir unterstellten Ministeriums herrühren oder an solche gerichtet sind oder welche überhaupt Angelegenheiten des diesseitigen Ressorts, so u. a. die Straßburger Fakultätsfrage, betreffen, entweder hierher abgeliefert oder an Ort und Stelle vernichtet werden" (Ebd., Ausf.). Darauf antwortete Eisendechers interimistischer Stellvertreter v. Buch am 24. Febr. 1902: „Im hiesigen Unterrichtsministerium ist mir mitgeteilt worden, daß der ganze schriftliche Nachlaß des Professors Kraus aufgrund testamentarischer Bestimmung durch den Testamentsvollstrecker Professor Rükkert von der theologischen Fakultät unter Beihilfe eines Beamten des hiesigen Unterrichtsministeriums in Kisten verpackt und versiegelt worden ist. Professor Kraus hat seinen ganzen schriftlichen Nachlaß seiner Vaterstadt Trier vermacht mit der Bestimmung, daß Veröffentlichungen aus demselben erst fünfzig Jahre nach seinem Tode erfolgen dürfen" (Ebd., Ausf.; Marg.: „mtg. im Schrb. 9./3. Kultusmin.").

855. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 27. März 1902

Vertraulich. Am hiesigen Hofe scheint man es andauernd einigermaßen schmerzlich zu empfinden, daß der Wunsch, betreffend Übernahme des Karlsruher Generalkommandos durch den Erbgroßherzog, nicht erfüllt werden konnte. Es macht auch hie und da den Eindruck, als ob die höchsten Herrschaften infolge solcher Enttäuschung gewissen partikularistischen Tendenzen eher zugänglich seien. Der Landesherr ist offenbar

momentan noch etwas gereizt, und ich kann mir wohl denken, daß die vom königlichen Gesandten in München[1] berichteten Äußerungen gegenüber dem Grafen v. Crailsheim wirklich in ähnlichem Sinne gefallen sein mögen. Derartige Stimmungen dürften aber mit der Zeit wieder verschwinden, auf die Reichstreue und den Patriotismus des hohen Herrn kann man meines Erachtens deshalb doch bauen, ich würde es nur im allgemeinen für sehr nützlich und richtig halten, wenn in Zukunft zu größtmöglicher persönlicher Rücksichtnahme keine Gelegenheit versäumt würde. Namentlich in militärischen Dingen sind S. K. H. leicht etwas empfindlich, eine Militärkonvention, wie die jetzt bestehende, würde kaum noch die höchste Zustimmung finden. Bezüglich der Besetzung des Generalkommandos kann ich nur wiederholt gehorsamst berichten, daß alle verständigen Leute, auch solche, die dem Hofe nahestehen, der Entscheidung S. M. des Kaisers und Königs durchaus zustimmen.[2] [...]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 121 Nr. 18 geheim Bd. 3, Ausf.

[1] Graf Monts.

[2] Neuer Kdr. General des XIV. AK wurde Max Friedrich Ernst v. Bock und Polach (1842–1915), Generaloberst, Generalfeldmarschall, 1902–1908 Kdr. General des XIV. AK, 1910 Generalinspekteur der Armee-Inspektion III, MdPrHH.

856. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 10. Juni 1902

Die Karlsruher Zeitung[1] bringt heute die anliegende Mannheimer Korrespondenz über eine am Sonntag dort abgehaltene Versammlung der süddeutschen und südwestdeutschen Gruppen des Bundes der Landwirte, in welcher der Reichstagsabgeordnete Roesicke[2] in höchst extremer und unversöhnlicher Weise den agrarischen Standpunkt darlegte. Er sagte unter anderem angeblich: „Was gehen den deutschen Bauern die Handelsverträge[3] an? Nicht das geringste Interesse hat der deutsche Bauer an den Handelsverträgen. Die Landwirtschaft wird mit schönen Worten abgespeist, nur Großhandel und Großindustrie werden gefördert. Der Bauer ist zu nachgiebig, ich rufe ihm zu: Werde hart in Deinen Forderungen".

Die Redaktion bemerkt dazu, wie S. K. H. der Großherzog soeben noch die Landwirte an die Gemeinsamkeit der Interessen von Industrie, Handel und Ackerbau erinnert und zur Versöhnlichkeit ermahnt habe. Der Bund zähle im Süden, insbesondere in Baden, nur wenige Anhänger, die badischen Landwirte würden sich durch die aufreizenden Worte des Redners nicht zur Unzufriedenheit und Gehässigkeit verleiten lassen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 172 geheim Bd. 4, Ausf.

[1] Nr. 155 vom 10. Juni 1902.

[2] Roesicke, Gustav (1856–1924), Jurist, Rittergutsbesitzer in Görsdorf/Mark Brandenburg, K/DNVP, MdPrAH 1913–1918, MdR 1898–1903, 1907–1912, 1914–1924, 2. Vorsitzender des BdL, 1921–1924 Präsident des Reichslandbundes.

[3] Vgl. Nr. 833 Anm. 1.

857. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 17. Juli 1902

Die nationalliberalen Vereine in Baden und die liberale Presse zeigen einige Erregung, weil angeblich die Großherzogliche Regierung dem Zentrum in der Klosterfrage mehr als bisher entgegenzukommen geneigt sei.

Die badische Kammer hatte am 3. d. Mts.[1] eine Resolution[2] mit 33 gegen 20 liberale Stimmen angenommen, welche dahin ging, daß nichts dagegen zu erinnern sei, wenn die Regierung von dem ihr zustehenden Rechte der Zulassung einiger Männerorden Gebrauch machen wolle.

Dieser Resolution gegenüber hatte die Regierung erklärt, sie stehe der Zulassung einzelner männlicher Orden nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, müsse aber einstweilen noch eingehend erwägen, ob sie die Verantwortung für solche Niederlassungen unter den gegenwärtigen Verhältnissen übernehmen könne, und behalte sich eine Entschließung vor.[3] Es ist nicht recht einzusehen, warum man liberalerseits in dieser zwar versöhnlichen, aber offenbar ausweichenden Erklärung ein allzu großes Entgegenkommen erblicken will. Man hätte meines Erachtens besser getan, die vielumstrittene Angelegenheit jetzt ruhen zu lassen, da die liberale Erregung dem Zentrum nur eine willkommene Handhabe zu weiterer Agitation bietet.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 8, Ausf.

[1] 120. Sitzung II. Kammer vom 3. Juli 1902.
[2] Nr. 849 Anm. 6.
[3] Vgl. *Schofer*, Klosterfrage S. 31.

858. Eisendecher an Bülow

Mainau, 24. September 1902

Bezüglich der Klosterfrage besteht zwischen S. K. H. dem Großherzog und dem badischen Ministerium zur Zeit eine Verschiedenheit der Auffassung.[1] Die Minister sind einstimmig der Ansicht, daß es nunmehr zweckmäßig und billig sei, durch Zulassung zweier Ordensniederlassungen die Frage aus der Welt zu schaffen[a] und damit dem Zentrum ein wirksames Agitationsmittel zu entziehen.[2] Infolge der stark hervortretenden liberalen Protestbewegung[3] gegen solche Zulassung ist der Landesherr bis jetzt nicht geneigt, dem Rate der Minister zu folgen; sollte Höchstderselbe diesen Standpunkt definitiv festhalten, so würden voraussichtlich Herr v. Brauer und der Kultusminister zurücktreten. Des ersteren Abgang wäre auch im Reichsinteresse zweifellos lebhaft zu bedauern, ein gleichwertiger Nachfolger dürfte sich schwerlich finden, man muß daher hoffen, daß S. K. H. doch schließlich die beiden Klöster genehmigt.[b]

Die Argumente des Ministeriums in der Sache sind im wesentlichen folgende: Nach dem geltenden Gesetz ist die Regierung befugt, einzelnen Männerorden den Zutritt und Wohnsitz im Lande zu gestatten, sie hat bisher von dieser Befugnis keinen Gebrauch gemacht, weil die aggressiv-feindliche Haltung des Zentrums ein Entgegenkommen in dieser Richtung nicht rechtfertigte. Neuerdings soll nun die katholische Partei entschieden versöhnlicher auftreten, auch ist der Verkehr mit der erzbischöflichen Kurie ein

freundlicherer als früher.[c] Die Minister meinen also, man dürfe der katholischen Kirche nicht länger vorenthalten, was in fast allen anderen deutschen Staaten zu Recht[d] bestehe, zumal in Baden zwei Dritteile der Bevölkerung katholisch seien. Wiederholt hat außerdem die Mehrheit der Zweiten Kammer der Regierung die Erfüllung dieses Zentrumswunsches empfohlen.

Bis gegen 1820 bestanden in Baden einzelne Klöster, Ordensbrüder sind auch jetzt zur Aushilfe in der Seelsorge zugelassen; als umherziehende Missionsprediger lassen sie sich erheblich schwerer kontrollieren, als wenn sie in Niederlassungen beieinanderwohnen. Gestattet man zwei Klöster, etwa bei dem Wallfahrtsort Walldürn und in einer anderen rein katholischen Umgebung, so könnte man die Missionen einzelner Mönche auf ein Minimum beschränken oder ganz beseitigen. Auch die von liberaler Seite besonders hervorgehobenen Gefahren der sogenannten „toten Hand" ließen sich vermeiden, sofern nur besitzlose Ordensgesellschaften zugelassen würden.[4]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 8, eig. Ausf.; Marg.: „v. S. M. 2./10.; mtg. 6./10. Kultusmin."

[a] Randnotiz Wilhelms II.: „Sehr gefährlich".
[b] Randnotiz Wilhelms II.: „?"
[c] Randnotiz Wilhelms II.: „Dann nicht, ich möchte bloß wissen wodurch! Das genügt nicht."
[d] Randnotiz Wilhelms II.: „!!"

[1] Brauer gegenüber hielt der Großherzog am 12. Aug. 1902 den Zeitpunkt für Verhandlungen über die Zulassung von Männerklöstern mit der Kirchenbehörde wegen der politischen Agitation des Klerus noch nicht für gekommen (Gedr. *Fuchs* IV S. 402 f.).

[2] Zu den Motiven Brauers und der Regierung vgl. Brauers Vortrag vor dem Großherzog vom 20. Aug. 1902 (Gedr. *Fuchs* IV S. 404 f., 407, 410).

[3] Zum „Klostersturm", der vom Geschichtsprofessor der TH Karlsruhe Böhtlingk mit dem antiultramontanen Verein in Karlsruhe und den bad. Nationalliberalen organisierten Protestbewegung, vgl. *Röder v. Diersburg*, passim.

[4] Vgl. den Vortrag des Kultusministers v. Dusch vor dem Großherzog vom 10. Sept. 1902 (Gedr. *Fuchs* IV S. 408 ff.).

859. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 29. September 1902

Vertraulich! Herr v. Brauer hat gestern S. K. H. dem Großherzoge hier über die Klosterfrage Vortrag gehalten und seine und seiner Kollegen Überzeugung nochmals dahin geäußert, daß die Zulassung zweier Männerorden trotz aller Proteste im nationalliberalen Lager nunmehr opportun und ein gerechtfertigter Akt der Billigkeit gegenüber der katholischen Kirche sei. Er hat zugleich keinen Zweifel darüber gelassen, daß er sich mit dem Kultusminister solidarisch betrachte und einen Wechsel im Ministerium empfehle, wenn S. K. H. diese Ansicht nicht teile.[1]

Vertraulich teilt mir der Minister nun mit, sein gnädigster Herr habe daraufhin jetzt keine Entscheidung getroffen, wolle die Sache nochmals gründlich überlegen, sei offenbar von der in der liberalen Presse und in zahlreichen Verhandlungen kundgegebenen antiklösterlichen Stimmung stark beeindruckt, andererseits aber durchaus nicht geneigt, in seinen und des Kultusministers Rücktritt zu willigen. Unter solchen Umständen habe

er, Herr v. Brauer, dem Großherzog gesagt, die Entscheidung könne ohne wesentliche Bedenken noch bis etwa zum Jahresschluß verschoben werden, S. K. H. möge das Für und Wider bis dahin erwägen und seinerzeit Höchstseinen Willen kundtun.[2]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 8, Ausf.; Marg.: „v. S. M. in Berlin 7./10.; mtg. 10./10. Kultusmin."

[1] Nr. 858 Anm. 2.
[2] Nr. 860.

860. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 9. Oktober 1902

Vertraulich! Herr v. Brauer teilt mir, eben von der Mainau zurückgekehrt, vertraulich mit, daß S. K. H. der Großherzog vorläufig eine Entscheidung in der Klosterfrage nicht treffen wolle, der Hohe Herr könne sich jetzt in seinem Alter und gegen das Ende seiner Regierung nicht zu einer Zulassung von Männerorden entschließen, sei aber andererseits auch durchaus abgeneigt, einen Wechsel im Ministerium vorzunehmen, habe daher dringend gebeten, ihn jetzt nicht im Stich zu lassen, sondern einstweilen abzuwarten und die Frage offen zu halten. Er, der Minister, habe es unter solchen Umständen nicht übers Herz bringen können, auf seinem Standpunkt in der Angelegenheit dem Gnädigsten Herren gegenüber hartnäckig zu bestehen. Ein Ministerwechsel sei an und für sich gegenwärtig kaum erwünscht, vielmehr für die allgemeine politische Lage eher nachteilig, er glaube deshalb, mit seinem Gewissen und seiner Überzeugung ein vorläufiges Nachgeben verantworten zu können, und habe dem Großherzog gesagt, daß er bereit sei zu bleiben, wenn die Entscheidung bis 1903, eventuell auch bis zum nächsten Landtage, ausgesetzt werde, dann aber und vor der Kammer müsse er, sofern die Verhältnisse sich nicht ändern sollten, Farbe bekennen und seine auch jetzt nicht erschütterte Ansicht vertreten.[1]

In der Presse wird, wenn nötig, als Grund für die ausbleibende Entscheidung angeführt werden, daß man im Ministerium noch nicht einig sei, auch mit der Kurie noch über allerlei Einzelheiten und gewisse Vorbedingungen verhandeln müsse.

Einigermaßen überrascht und wenig angenehm berührt hat den Minister die Zeitungsnotiz, daß von seiten Preußens hier ein Druck zugunsten der Klosterzulassung ausgeübt worden sei. Er meint, der Glaube an diese Nachricht werde trotz aller Dementis schwer auszurotten sein. Die übertriebene Agitation gegen die Klöster, wie sie in den letzten Monaten hierzulande getrieben wurde, hält Herr v. Brauer für ebenso politisch töricht und unverständig wie seinerzeit die Engländerhetze und Burenschwärmerei.[2]

Es ist seines Erachtens politisch ziemlich gleichgültig und für den Liberalismus oder die evangelische Bevölkerung gänzlich ungefährlich, wenn zwei geistliche Orden in rein katholischen Bezirken Badens ihren Einzug halten. Die liberale Hetze müsse mehr oder minder als ein Armutszeugnis und ein Beweis eigener Schwäche angesehen werden; dem Ultramontanismus komme sie als Handhabe zu erneutem Kampf jedenfalls sehr gelegen.

Die erste Anregung zu solcher Hetze gab der hiesige Geschichtsprofessor Böhtlingk, ein bekannter liberaler Agitator, der als wahres enfant terrible überall gerne seine Hände im Spiel hat und von sich reden macht.[3] Dann folgten die Universitäten mit einer

Massenpetition von Professoren[4] und die evangelischen Geistlichen.[5] In der nationalliberalen Presse sucht man jetzt eifrig das erste Verdienst des Entrüstungssturmes für die Partei als solche in Anspruch zu nehmen und will namentlich Böhtlingks Initiative nicht anerkennen. Die Münchener Neuesten Nachrichten[6] zollen inzwischen diesem streitbaren Herrn besonderes Lob.

Den Artikel der Kölnischen Zeitung „Die Krisis in Baden" glaubt Herr v. Brauer auf die Umgebung S. K. H. des Großherzogs zurückführen zu sollen. Ich meinerseits bin doch zweifelhaft, ob das zutrifft.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 8, Ausf.; Marg.: „16./10. Kultusmin."

[1] Vgl. *Brauer* S. 377.

[2] Nr. 847.

[3] Böhtlingk hielt am 10. Juli 1902 in Karlsruhe eine Protestrede gegen die Zulassung von Männerklöstern in Baden (Vgl. *Röder v. Diersburg* S. 44ff.).

[4] 124 Professoren der Universitäten Heidelberg und Freiburg sowie der TH Karlsruhe petitionierten gegen die Männerklöster (Petition gedr. *Röder v. Diersburg* S. 46).

[5] Der Evangelische Oberkirchenrat verteilte an die evangelischen Pfarrgemeinden Petitionsformulare für die Erhaltung des konfessionellen Friedens und gegen die Zulassung von Männerklöstern in Baden. Am 2. Sept. 1902 wurden dem Großherzog insgesamt 301 Petitionen vorgelegt (GLA 235/206, 207).

[6] Nr. 379 vom 18. Aug. 1902.

861. Eisendecher an Bülow

Baden, 25. Oktober 1902

S. K. H. der Großherzog von Baden sprachen mir gegenüber mehrfach mit größter Anerkennung von Ew. Exz. Reden während der Zolltarifverhandlungen[1] im Reichstage und äußerten lebhaftes Bedauern anläßlich des Verlaufs der zweiten Lesung. Der Großherzog hofft, daß auch die Ausführungen seines Finanzministers Dr. Buchenberger Ew. Exz. willkommen und der Sache nützlich gewesen sein möchten.[2] Eine schließliche Verständigung in der Tariffrage hält der hohe Herr immer noch für wenigstens möglich.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 172 geheim Bd. 4, eig. Ausf.; Marg.: „Abschrift an H. R. K. gesendet. 30./10."

[1] 2. Lesung des Zolltarifentwurfs (16. Okt.–11. Dez. 1902).

[2] Von den süddeutschen Ministern verteidigte namentlich Buchenberger am 18. Okt. 1902 im Reichstag den Regierungsentwurf gegenüber der Kritik des BdL, indem er hohe Landwirtschaftszölle als Gefahr für den industriellen Export bezeichnete (*Schultheß* 1902 S. 155; Sten. Ber. RTG Bd. 185 S. 5756ff.).

862. Eisendecher an Bülow

Baden, 10. November 1902

Vertraulich. In den „Münchener Neuesten Nachrichten" vom 4. d. Mts.[1] erschien ein aus Karlsruhe datierter Leitartikel: „Die reaktionären Einflüsse in Baden", der an-

läßlich der schwebenden Klosterfrage in äußerst gehässiger Weise die badischen Verhältnisse bespricht und in völliger Unkenntnis der Sachlage die abgeschmacktesten Behauptungen aufstellt. Der rabiate Artikelschreiber sagt, der Landesherr sei von den Mächten der Reaktion umgarnt und zeige häufige Symptome von Altersschwäche, bei Hofe herrsche eine fast abergläubische Scheu vor der Hierarchie. Die Großherzogin lasse für ihren verstorbenen Sohn Seelenmessen lesen und habe Kapuziner an den Hof gebracht. Dann folgen sensationelle Darlegungen über den Einfluß des Klosters Beuron und der Benediktinermönche, und schließlich zieht der Schreiber scharf gegen die Minister und die Indolenz der Nationalliberalen Partei zu Felde.

Inhalt und Ton des Artikels bekunden eine so absolute Ignoranz, daß man die Ausführungen kaum ernst nehmen kann. Das ist auch der Eindruck der badischen Zeitungen, die darüber berichten und im übrigen das Machwerk ziemlich einmütig mit mehr oder weniger Entrüstung verurteilen. Der klerikale „Badische Beobachter" vermutet in dem Verfasser den bekannten fanatischen Klostergegner Professor Böhtlingk oder gibt sich wenigstens den Anschein, diesem die Urheberschaft anzuhängen. Im Ministerium nennt man als wahrscheinlichen Autor einen früheren Mitarbeiter der Landeszeitung von zweifelhaftem Rufe.

In der Auffassung und Behandlung der Klosterfrage durch die Regierung hat sich neuerdings nichts geändert. S. K. H. der Großherzog, Höchstwelcher, wie ich beiläufig bemerke, den vorerwähnten Artikel kennt, sprach gestern mit mir über die Zulassung der Männerorden und betonte nachdrücklich, es sei besser, einstweilen noch keine Entscheidung zu treffen, man müsse zunächst mit der Kurie über gewisse Bedingungen verhandeln und womöglich auf dem Wege der Gesetzgebung eine sichere Grundlage schaffen; erst wenn die sehr übertriebene und künstlich hervorgerufene Erregung im liberalen Lager sich einigermaßen gelegt habe, könne man in der Sache vorgehen. Er bedauere besonders, daß die ganze Frage durch massenhafte Petitionen der evangelischen Geistlichen und Gemeinden auf das konfessionelle Gebiet hinübergeleitet werde[2], dazu liege nicht der geringste Anlaß vor, es handle sich nur darum, ob man nach der innerpolitischen Lage der katholischen Kirche in beschränktem Maße das gewähren solle, was sie in anderen Bundesstaaten bereits besitze.

Wenig erbaut war auch S. K. H. von der Kundgebung der 124 Hochschulprofessoren gegen die Zulassung der Klöster[3], die ihn recht unnötigerweise belehren wolle, was er zu tun habe; es sei ein bedenkliches Armutszeugnis diese[r] Herren sowie der protestantischen Geistlichen, wenn ihnen die Etablierung zweier Ordensniederlassungen so gefährlich scheine.

Nachschrift. In der mir soeben zugehenden neuesten Nummer der „Badischen Landeszeitung" erklärt Professor Böhtlingk, daß er dem eingangs besprochenen Artikel der „Münchener Neuesten Nachrichten" vollständig fernstehe.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 8, Abschrift; Marg.: „mtg. 15./11. München".

[1] Nr. 512 vom 4. Nov. 1902.
[2] Vgl. Nr. 860 Anm. 5.
[3] Vgl. Nr. 860 Anm. 4.

863. Eisendecher an Bülow

Baden, 11. November 1902

Mir scheint die am hiesigen Hofe gegen unseren Allergnädigsten Herrn herrschende persönliche Verstimmung, über welche ich berichtete[1], immerhin recht bedauerlich. Als Vertreter glaube ich auch die Verpflichtung zu haben, nach Möglichkeit zur Beseitigung solcher Verstimmung beizutragen, und frage mich deshalb, ob nicht vielleicht eine freundschaftliche Allerhöchst persönliche Kundgebung S. M. des Kaisers und Königs günstige Wirkung üben würde. Ich möchte die Frage bejahen und habe eigentlich die Empfindung, daß S. K. H. der Großherzog mehr oder minder wohl einen die militärische Tätigkeit des Erbgroßherzogs anerkennenden Brief erwartet hat. Wenn in einem derartigen Allerhöchsten Schreiben auch ein Ausdruck des Bedauerns Platz finden könnte, daß die Armee nunmehr auf die Dienste des hohen Herrn zu verzichten habe, so würde das eine Wandlung in der Stimmung hier herbeiführen können. Ich weiß freilich nicht, ob S. M. geneigt sein möchten, einer diesbezüglichen Anregung Folge zu leisten, und muß es auch selbstverständlich Ew. Exz. geneigtem Ermessen anheimstellen, ob solche Anregung an Allerhöchster Stelle opportun erscheint. Jedenfalls habe ich aber nicht versäumen wollen, vertraulich die Möglichkeit einer wesentlichen Beruhigung der hiesigen Herrschaften auf diesem Wege wenigstens zu erwähnen, weil ich weiß, daß Ew. Exz. für Höchstdieselben warme Verehrung hegen und mit mir wünschen werden, daß die trüben Wolken verschwinden.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 121 Nr. 18 geheim Bd. 3, Privatschreiben; gedr. *Fuchs* IV S. 430f.

[1] Eisendecher an Bülow. „Karlsruhe, 25. Oktober 1902. Das Scheiden S. K. H. des Erbgroßherzogs von Baden aus dem aktiven Militärdienst hat am hiesigen Hofe eine schmerzlich resignierte Stimmung hervorgerufen. Namentlich die Frau Großherzogin scheint mit dem Schritt höchstihres Herrn Sohnes wenig einverstanden" (Ebd., Abschrift; Marg.: „v. S. M. 29./10."). Vgl. Nr. 865, 868.

864. Eisendecher an Bülow

Baden, 14. November 1902

Pressestimmen auf den Artikel der „Münchener Neuesten Nachrichten" (Nr. 512 vom 4. Nov. 1902): „Die reaktionären Einflüsse in Baden".[1]

Eigentümlicherweise drängt fast die gesamte liberale Presse mit starker Gereiztheit auf eine baldige Entscheidung in der Klosterfrage, nur die „Heidelberger Zeitung" meinte neulich, solches Drängen habe im Grunde gar keinen Zweck.

Minister v. Brauer hält es politisch für richtiger, die definitive Entscheidung bis nach den Wahlen hinauszuschieben, ist aber sofort bereit, mit der Freiburger Kurie über die Sache zu verhandeln, und erwartet dieserhalb eine Autorisation seines gnädigsten Herrn. [...]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 8, eig. Ausf.; Marg.: „mtg. 19./11. München".

[1] Nr. 862.

865. Eisendecher an Bülow

Baden, 15. November 1902

Ganz vertraulich! Oberhofmarschall Graf Andlaw, mein stets zuverlässiger und vertrauenswürdiger Gewährsmann, meint, im Lande gewinne das Gerücht immer mehr Boden, daß S. K. H. der Erbgroßherzog gewissermaßen in Ungnade aus seiner aktiven Stellung in der Armee geschieden sei; diese Auffassung werde damit motiviert, daß weder der Großherzog noch der Erbgroßherzog nach der erfolgten Verabschiedung ein Allerhöchstes Schreiben S. M. des Kaisers und Königs erhalten habe, welches die militärische Tätigkeit des badischen Thronerben anerkenne.[1] In weiten Kreisen habe man eine solche Allerhöchste Kundgebung und deren alsbaldige Veröffentlichung erwartet. Daß nichts über solche Anerkennung im Hofbericht erschienen sei, gebe Anlaß zu dem erwähnten Gerücht. Ganz im Vertrauen glaube Ew. Exz. ich hiervon Meldung machen zu sollen, möchte auch eine ebenso vertrauliche Mitteilung des Grafen Andlaw noch gehorsamst hinzufügen. Angeblich hat S. K. H. der Großherzog erst jetzt bei Ankunft des Bildes der Versailler Kaiserproklamation durch den Begleitbrief des Herrn Oberhof- und Hausmarschalls Grafen zu Eulenburg[2] davon Kenntnis erhalten, daß dieses Bild als Jubiläumsgeschenk S. M. des Kaisers und Königs für ihn, den Großherzog, bestimmt sei. Der hohe Herr wäre demnach völlig überrascht worden; ich meinerseits möchte indessen eher annehmen, daß eine Ankündigung des Geschenkes seinerzeit doch wohl wenigstens mündlich erfolgt ist und daß S. K. H. vielleicht die diesbezügliche Allerhöchste Äußerung nicht richtig verstanden oder aufgefaßt hat.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 121 Nr. 18 geheim Bd. 3, Privatschreiben; gedr. *Fuchs* IV S. 431.

[1] Am 12. Dez. 1902 unterrichtete Bülow Eisendecher streng vertraulich über eine Rücksprache mit dem Chef des Militärkabinetts Graf Hülsen, welcher von „in besonders gnädigem Tone" gehaltenen Kundgebungen des Kaisers an den Erbgroßherzog vom 18. Okt. 1902 [Gedr. *Fuchs* IV S. 427] und an den Großherzog sowie einem die anerkennenden Worte des Kaisers würdigenden Antwortschreiben des Großherzogs vom 24. Okt. 1902 [Gedr. *Fuchs* IV S. 430] sprach. Der Reichskanzler pflichtete Hülsens Ansicht bei, daß ein neuerliches Schreiben besser unterbleibe, zumal die erhoffte Wirkung „noch zweifelhaft scheint". Auch „besteht hier in militärischen Kreisen die Vermutung, daß S. K. H. der Erbgroßherzog sein Abschiedsgesuch nicht ernstlich gemeint, sondern damit nur eine Vertrauenskundgebung S. M. zu erlangen beabsichtigt habe. Die Annahme des Abschiedsgesuchs habe den hohen Herrn stark enttäuscht und die Verstimmung am Hofe in Karlsruhe wohl noch verschärft. Ist diese Vermutung richtig, so würde auch ein zweiter Brief S. M. nicht von großem Nutzen sein. Unter den obwaltenden Umständen werden wir nur warten können, bis sich eine andere Gelegenheit zu einem Ausgleiche bietet" (Ebd., Konz.; gedr. *Fuchs* IV S. 454).

[2] Eulenburg, August Ludwig Traugott Graf zu (1838–1921), zunächst preuß. Offizier, 1865 Adjutant, 1868 Kammerherr und Hofmarschall des Kronprinzen Friedrich, 1883 Oberzeremonienmeister am königlich preuß. Hof, 1890–1918 Oberhof- und Hausmarschall Kaiser Wilhelms II.

866. Eisendecher an Bülow

Baden, 21. November 1902

Die Nationalliberale Partei der Residenz Karlsruhe veranstaltet heute dort eine Protestversammlung gegen die Zulassung der Klöster in der großen Festhalle. Man muß nach

den bisherigen Erfahrungen befürchten, daß die Reden bei dieser Gelegenheit durch Taktlosigkeiten und Übertreibungen den Gegnern willkommenen Anlaß zu heftigen Antworten geben werden. Auch die liberale Presse versteht nicht, in dieser Frage maßzuhalten, sie agitiert vielfach mit einem Übereifer, der ihrer Sache nur schaden kann und das Zentrum unnötig provozieren muß.[1]

In Kreisen der Großherzoglichen Regierung ist man unterderhand bemüht, die liberalen Klosterstürmer einigermaßen zu beruhigen, hat aber damit einstweilen wenig Erfolg. Eine offiziöse Kundgebung der Regierung mahnt in der „Süddeutschen Reichskorrespondenz" zur Geduld.

Nach dem „Badischen Beobachter" hat am 4. d. Mts. ein zweites bayerisches Blatt, der „Pfälzische Kurier", welcher in Landau als Organ des dortigen Bundes der Landwirte erscheint, anläßlich der Klosterfrage ähnliche Albernheiten über den badischen Hof in die Welt gesetzt wie unlängst der noch unermittelte Karlsruher Korrespondent der „Münchener Neuesten Nachrichten".[2] Ziemlich gerecht und sachlich wird die Frage in einer längeren Zuschrift aus Baden erörtert, welche die Münchener „Allgemeine Zeitung" in den Abendblättern vom 17. und 18. d. Mts. abdruckte.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 8, eig. Ausf.

[1] Die Bad. Landeszeitung (Nr. 546 vom 22. Nov. 1902) forderte die Regierung und die Nationalliberalen zu einer „mutigen, großangelegten Tat" auf (Gedr. *Schofer*, Klosterfrage S. 34).

[2] Nr. 862.

867. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 11. Dezember 1902

Ew. Exz. brauche ich kaum zu melden, daß Presse und Publikum in Baden die Vorgänge im Reichstage mit ebenso lebhaftem Interesse verfolgen, wie das sonst überall geschieht. Die große Mehrheit der Bevölkerung wünscht zweifellos ein Zustandekommen des Tarifgesetzes[1] und verurteilt aufs schärfste das Verhalten der Sozialdemokratie, die hier zwar in den industriereichen größeren Städten zahlreichen Anhang besitzt, aber auf dem Lande noch wenig Boden findet.

Etwa 2000 Arbeiter sprachen kürzlich in einer Mannheimer Versammlung der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages ihren Dank für die Verteidigung der Volksrechte aus und erklärten die Mitglieder der Mehrheit für unwürdig, den Namen Volksvertreter zu führen; an ähnlichen Beweisen sozialistischer Zustimmung wird es auch in anderen Städten vielleicht nicht fehlen. Solche Kundgebungen bleiben indessen vereinzelt, im allgemeinen herrscht bei den bürgerlichen Parteien, abgesehen von der Demokratie, Einigkeit darüber, daß der Tarif Gesetz werden müsse, daß die Reichsregierung in der Handelsvertragspolitik den richtigen Weg verfolge und daß unter allen Umständen die Würde des Parlaments zu wahren sei.

Charakteristisch scheint ein Vorgang in dem kleinen Schwefelbade Langenbrücken (zwischen Bruchsal und Heidelberg), wo die Sozialdemokraten jüngst ein gründliches Fiasko erlebten. Eine Notiz darüber füge ich gehorsamst bei.[2] Die Nationalliberale Partei im Lande steht erfreulicherweise geschlossen auf seiten der Reichstagsmehrheit – Spaltungen, wie im Norden, treten bis jetzt wenigstens nicht hervor. In Baden ist dieses

politische Zusammengehen ad hoc des Nationalliberalismus mit dem Zentrum ein höchst seltenes Ereignis, für die innerbadischen Verhältnisse, wo die beiden Parteien sich stets in heftigster Weise bekämpfen, wird freilich deshalb die alte Feindschaft kaum gemildert werden.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 172 geheim Bd. 4, Ausf.

[1] In der 3. Lesung der Zolltarifvorlage (13./14. Dez. 1902) kam eine Mehrheit im Reichstag zustande (*Schultheß* 1902 S. 178ff.; vgl. Nr. 861).
[2] Bad. Presse, Nr. 289 vom 9. Dez. 1902.

868. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 18. Dezember 1902

Ganz vertraulich. [...] Ich habe ganz beiläufig und gelegentlich dem Oberhofmarschall Grafen Andlaw erzählt, daß meines Wissens von S. M. dem Kaiser und Könige beim Scheiden des Erbgroßherzogs von Baden aus dem aktiven Dienst sowohl an Höchstdiesen eine besonders gnädige Ordre wie auch an S. K. H. den Großherzog ein warm anerkennendes Allerhöchstes Handschreiben ergangen sei.[1] Graf Andlaw schien hiervon einigermaßen überrascht und fand es sehr auffallend, daß diese Allerhöchsten Äußerungen nicht veröffentlicht worden sind. Auch ich finde dafür einstweilen keine Erklärung und werde womöglich unterderhand zu ermitteln suchen, weshalb die Publikation unterblieb.[a] Ew. Exz. Ansicht, daß in Anbetracht dieser Sachlage zunächst nichts weiter geschehen kann, um die leise Verstimmung[b] am hiesigen Hofe zu beseitigen, teile ich vollkommen. Ich möchte auch glauben, daß solche Verstimmung bereits merklich im Schwinden begriffen ist; jedenfalls treten irgendwelche Anzeichen in keiner Weise mehr hervor.[c]

S. K. H. der Erbgroßherzog zeigt nach allen Seiten eine ganz hervorragende Liebenswürdigkeit und wird augenscheinlich hier äußerst beliebt und populär sein. [...]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 121 Nr. 18 geheim Bd. 3, Ausf.; teilw. gedr. *Fuchs* IV S. 455.

[a] Randnotiz Bülows: „!"
[b] Randnotiz Bülows: „!"
[c] Randnotiz Bülows: „?"
[1] Vgl. Nr. 865 Anm. 1.

869. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 22. Dezember 1902

Der durch seinen Streit betreffend den Rastatter Gesandtenmord und als fanatischer Klosterfeind und Eisenbahnreformer bekannte taube Professor Böhtlingk von der hiesigen Technischen Hochschule war wegen seiner Schrift „Auf der Fahrt nach Canossa"[1] vom Erzbischof von Freiburg verklagt worden.

Nachdem die Staatsanwaltschaft in Frankfurt, wo die Schrift erschien, Beleidigungen der katholischen Kirche in dem Inhalte nicht fand, beschritt der Erzbischof den Beschwerdeweg. Darauf antwortet nun Böhtlingk in einem offenen Schreiben an Dr.

Nörber, betitelt „Abwehr und Anklage“[2], in dem er seinerseits den Erzbischof wegen dessen Hirtenbriefes vom 26. Januar d. J. anklagt. Da die beiden nach Ton und Sprache ziemlich brutalen und unvornehmen Schriften in der Presse viel besprochen werden, darf ich sie hierneben gehorsamst vorlegen.

Zugleich habe ich die Ehre, das Zeitungsreferat[3] über eine Kundgebung der Karlsruher Studentenschaft gegen klerikale Äußerungen gehorsamst beizufügen.

Unter dem Titel „Zur badischen Klosterfrage“ ist jüngst auch von dem Freiherrn Heinrich Röder v. Diersburg, Staatsanwalt in Offenburg, eine Broschüre erschienen, die eindringlich und in sachlicher Weise vor der Zulassung von Männerorden warnt. Freiherr v. Rüpplin[4] in Konstanz sucht die Ausführungen Röders vom ultramontanen Standpunkte in einem offenen Briefe zu widerlegen.

Äußerst scharf wird in den badischen liberalen Blättern eine neuerliche Rede des Bischofs von Rottenburg[5] an die Geistlichen seiner Diözese kritisiert, die unter anderem von „Margarine-Katholiken“ und „Reformsimpeln“ spricht.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 8, Ausf.; Marg.: „15./1. Kultus-Min.“

[1] *Böhtlingk*, Canossa.

[2] *Böhtlingk*, Abwehr.

[3] Bad. Presse, Nr. 299 vom 21. Dez. 1902.

[4] Rüpplin v. Kefikon, August Franz Joseph Dr. Freiherr (1851–1908), seit 1874 kath. Geistlicher, zunächst wegen der Kulturkampfgesetze Vikar in den Diözesen Basel und Würzburg, 1880 in Meersburg, 1894 Pfarrer in Überlingen, danach Münsterpfarrer in Konstanz.

[5] Keppler, Paul Wilhelm (1898: v.) (1852–1926), 1876 Repetent am Tübinger Wilhelm-Stift, 1880 Stadtpfarrer in Cannstatt, 1883 Professor für neutestamentliche Exegese in Tübingen, 1889 zugleich für Moral- und Pastoraltheologie, 1894 an der Universität Freiburg, 1898 Bischof von Rottenburg.

870. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 7. Januar 1903

Geheim. Ew. Exz. geheimen und privaten Erlaß vom 3. d. Mts.[1] hatte ich die Ehre zu erhalten. Über die Ausführung des mir darin erteilten Auftrages darf ich nachstehendes gehorsamst berichten.

Herr v. Brauer, mit dem ich amtlich wie persönlich auf allerfreundschaftlichstem Fuße stehe, nahm meine vertraulichen Eröffnungen betreffend den badischen Gesandten in Berlin, Herrn v. Jagemann, in gewohnter liebenswürdigster Weise auf. Er meinte zunächst, meine Mitteilung überrasche ihn eigentlich nicht, der Genannte sei in der Tat nicht immer taktvoll und auch ihm im Verkehr oft keineswegs angenehm, er könne daher wohl verstehen, daß Jagemann am Allerhöchsten Hofe und sonst in Berlin wenig beliebt sei, und habe diese Empfindung, namentlich in neuerer Zeit, selbst schon gehabt.[2]

Ehrgeizig und strebsam, lasse der Gesandte sich anscheinend gern von seinen Kollegen als Sturmbock mißbrauchen; es gelinge diesen oft, ihn glauben zu machen, daß er der geeignete Mann sei, gewisse Ansichten Ew. Exz. und der Reichsregierung gegenüber würdig zu vertreten. Er, der Minister, habe ihn deshalb bereits wiederholt ermahnt, das Wort „trop de zèle“ zu beherzigen, zurückhaltender zu sein und sich von Kollegen nicht zum Sprecher und Referenten breitschlagen zu lassen.

Die gegenwärtige Sachlage, wie ich sie schildere, müsse er selbstverständlich aufrich-

tigst bedauern, er sehe ein, daß je früher desto besser Abhilfe zu schaffen sei, das biete indessen einige Schwierigkeiten. Der Gesandte verdiene immerhin auch Anerkennung für langjährige Dienste, großen Fleiß und viel guten Willen, man könne ihn unmöglich ohne weiteres jetzt abberufen und pensionieren; in Anbetracht seiner ungünstigen Vermögensverhältnisse und der sehr niedrigen Pension sei das doch etwas zu hart. Er frage sich also, wie Jagemann hier im inneren Dienst Verwendung finden möchte, und da gebe es, abgesehen vom Ministerium, nur eine einzige, seinem Range entsprechende Stelle, die Oberrechnungskammer; deren gegenwärtiger Präsident sei hochbetagt und kränklich, eine baldige Vakanz somit nicht unwahrscheinlich. Falls sie einträte, werde er Herrn v. Jagemann sofort vorschlagen. Im übrigen gehöre auch ein Ministerwechsel nicht zu den Unmöglichkeiten, dem Gesandten sei alsdann ein Posten im Kabinett so gut wie sicher. Die einfachste Lösung wäre ein Tausch der Gesandten in Berlin und München, er zweifle nicht, daß Freiherr v. Bodman Ew. Exz. genehm sein würde, dieser habe indessen die Vertretung in München ohne Bezahlung übernommen, für Jagemann sei die Stellung demnach ausgeschlossen. Den Grafen v. Berckheim hält der Minister wie Ew. Exz. für einen durchaus geeigneten Nachfolger Jagemanns, nur meint er, man werde ihm einen weiteren rechtskundigen und geschäftserfahrenen Beirat zur Seite stellen müssen. Im Jahre 1893 war der Graf bereits für Berlin in Aussicht genommen, hatte aber damals gebeten, ihn nicht zu ernennen; jetzt dürfte er anderen Sinnes geworden sein.

An die vom Minister berührte Eventualität eines Wechsels im Ministerium glaube ich vorläufig nicht, von unserem Standpunkte kann man einen solchen Wechsel gewiß nicht wünschen; wir werden meines bescheidenen Erachtens einen so reichstreuen, vertrauenswürdigen Leiter der hiesigen Regierung schwerlich wiederfinden und den mißliebigen Gesandten wohl eher noch eine Weile ertragen wollen als Herrn v. Brauers dauernden Verlust.[3]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 37 geheim Bd. 1, eig. Ausf. – ebd. Nachlaß Eisendecher 1/8 fol. 3 f., eig. Konz.; gedr. *Fuchs* IV S. 462 f.

[1] Bülow an Eisendecher. „Berlin, 3. Januar 1903. *Jagemann hat es nicht verstanden*, sich hier Vertrauen oder Einfluß zu erwerben. *Dem Kaiser war er* nie sympathisch, *mich hat er* wiederholt durch Taktlosigkeit befremdet, *und in* parlamentarischen Kreisen hat der Gesandte wiederholt durch sein geschwätziges Wesen wie durch die Unzuverlässigkeit seiner Mitteilungen Anstoß erregt. Derselbe ist ungeachtet seiner juristischen Kenntnisse weder im Reichstag noch in der Beamtenwelt noch bei Hofe oder in den Salons eine wirklich angesehene und gern gesehene Persönlichkeit. Im Interesse des so wünschenswerten vertrauensvollen Verhältnisses zwischen der Zentralstelle im Reiche und der badischen Regierung läge es zweifellos, *ihn* durch eine Persönlichkeit zu ersetzen, die es besser versteht, zwischen beiden Höfen und Regierungen die so wünschenswerte intime Fühlung aufrechtzuerhalten. *Graf Berckheim* wäre jedenfalls der besten Aufnahme bei allen maßgebenden Stellen sicher" (Ebd., eig. Konz.; ebd. Nachlaß Eisendecher 1/8 fol. 1 f., Ausf.; gedr. *Fuchs* IV S. 461 f.).

[2] Über Jagemanns Bemühen, das Zentrum gegen die Lex Heim einzunehmen, und seine ablehnende Stellungnahme im Bundesrat (12. Dez. 1902) meinte Bülow, „soviel Schwierigkeiten wie Baden habe ihm niemand gemacht, er werde dies nicht vergessen" (*Jagemann* S. 194). Daß Jagemann Vertrauensmann des früheren Reichskanzlers Hohenlohe-Schillingsfürst war, spielte nach Ansicht Lerchenfelds auch „eine gewisse Rolle" (*Lerchenfeld* S. 207 f.).

[3] Staatssekretär v. Richthofen bekräftigte gegenüber Eisendecher am 18. Jan. 1903, daß Brauers Verbleib auf seinem Posten aber „Hauptwunsch" des Reichskanzlers sei und dieser die Wahl Berckheims „besonders freudig begrüßen" würde (Bonn, Archiv Ausw. Amt, Nachlaß Eisendecher 1/8 fol. 7 f., Privatschreiben; gedr. *Fuchs* IV S. 463).

871. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 4. Februar 1903

Für die in diesem Jahre bevorstehenden Wahlen[1] in Baden scheint seit langer Zeit zum ersten Male die Möglichkeit eines wenigstens teilweisen Zusammenhaltens der bürgerlichen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie vorhanden. Während Zentrum und Demokratie bisher meist vereint gegen die Nationalliberalen zu Felde zogen und dabei vielfach auch die Sozialdemokratie als Bundesgenossin sich einfand, herrscht jetzt zwischen Zentrum und den genannten Parteien heftige Fehde. Der bekannte ultramontane geistliche Führer Wacker gab kürzlich in einer zu Stuttgart gehaltenen Rede[2] diesen Zwiespalt zu und erklärte unter gewissen Voraussetzungen eine gemeinsame Bekämpfung der Sozialdemokratie für erwünscht.

Es wird nun sehr wesentlich auf die Haltung der Nationalliberalen ankommen, ob das Zentrum seine bisherige Taktik aufgeben und unter Umständen diese Partei gegen den Radikalismus unterstützen wird. Das würde sicher nur dann geschehen, wenn man auf liberaler Seite Gegenseitigkeit üben und maßvoll, ruhig und ohne gehässige Übertreibung der Gegensätze vorgehen wollte; – es scheint dazu nach den Erfahrungen der letzten Jahre aber wenig Aussicht. Ohne Zweifel wird die Klosterfrage bei den Wahlen eine große Rolle spielen, sie bildet für die klerikale Agitation eine willkommene Handhabe, und ungeschickter- und höchst überflüssigerweise hat die liberale Partei gegen die Zulassung bereits einen fast fanatischen Feldzug ins Werk gesetzt, anstatt einfach abzuwarten und die Angelegenheit wie die Regierung einstweilen dilatorisch zu behandeln.

Wie ich höre, sind dem nationalliberalen Führer Bassermann nicht weniger als neun Kandidaturen angetragen worden, er soll sich indessen ausdrücklich verpflichten, wo er kandidiert, die Wahl auch anzunehmen, unter solchen Umständen wird es für ihn einigermaßen schwierig, unter den neun Bezirken denjenigen herauszufinden, welcher die meisten Chancen bietet.

Im hiesigen Ministerium ist man von der eigensinnigen Haltung der Konservativen Partei recht unangenehm berührt, weil sie in den meisten Bezirken auf eigene Kandidaten nicht verzichten will.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 8, Ausf.; Marg.: „v. S. M. 7./2.; m. Schreiben 13./2. Minister d. Innern".

[1] Reichstagswahl im Juni 1903 (Vgl. Nr. 884).
[2] Stuttgarter Rede vom 25. Jan. 1903.

872. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 13. Februar 1903

Vertraulich. [...] Herr v. Brauer hatte infolge seines Unwohlseins während der letzten Wochen S. K. H. dem Großherzog nur schriftlich die unaufschiebbaren Angelegenheiten vortragen können. Es war seine Absicht, den hohen Herrn über den Gesandten v. Jagemann nicht schriftlich, sondern mündlich zu orientieren. Da indessen der persönliche Vortrag sich immer länger hinauszog, entschloß sich der Minister, nunmehr doch darüber zu schreiben.[1]

Wie er mir gestern vertraulich mitteilte, haben die zweifellos nicht angenehmen Eröffnungen den Großherzog recht peinlich berührt. Höchstderselbe sowohl wie die Frau Großherzogin waren bis jetzt mit der fleißigen Berichterstattung des Gesandten ganz zufrieden, glaubten auch seither, daß seine Position in Berlin eine gute sei. Herr v. Brauer, welcher unter den von Ew. Exz. geschilderten Umständen einen möglichst baldigen Wechsel für unvermeidlich hält, wird die Herrschaften von dieser Notwendigkeit zu überzeugen suchen und nach besten Kräften darauf bedacht sein, Herrn v. Jagemann in geeigneter Weise zu ersetzen. Wenn das in Anbetracht der Schwierigkeit seiner anderweitigen Verwendung nicht sofort geschehen kann, so hofft der Minister auf Ew. Exz. Geduld und Nachsicht. Er hat einstweilen den Gesandten sehr eindringlich ermahnt, in keiner Weise hervorzutreten, sich auch etwaigen Schritten seiner Kollegen in politischen Fragen ohne ausdrücklichen Befehl nicht anzuschließen.[2]

Ich darf hinzufügen, daß der Prinz Max v. Baden aufgrund seiner Eindrücke in Berlin die den Gesandten v. Jagemann betreffenden Klagen als leider wohl berechtigt anerkenne und daß er mit der freimütigen Äußerung seiner Ansichten auch dem erlauchten Onkel gegenüber nicht zurückhält. Gelegentlicher Rücksprache mit Herrn v. Brauer berührte dieser auch das Thema des Jesuitengesetzes und Ew. Exz. Bemerkungen über den § 2. Er meinte, es sei auffallend, daß man die Regierungen der Bundesstaaten nicht vorher zur Sache informiert habe. Deshalb frage er sich, ob Ew. Exz. vielleicht bezüglich der Abstimmung im Bundesrat besondere Wünsche hegen sollten[3], und stelle mir eine ganz vertrauliche Anfrage dieserhalb anheim; die Beseitigung des § 2 werde voraussichtlich hier im Lande starken Widerstand finden, auch S. K. H. der Großherzog zeige vorläufig wenig Neigung, den Paragraphen preiszugeben.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 37 geheim Bd. 1, Abschrift; Marg.: „Org. an Hrn. Reichskanzler zurückgereicht"; gedr. *Fuchs* IV S. 480f.

[1] Brauer an Großherzog Friedrich I. vom 9. Febr. 1903 (Gedr. *Fuchs* IV S. 474f.).

[2] Brauer riet Jagemann am 9. Febr. 1903 zur „größten Vorsicht und Reserve" (Gedr. *Fuchs* IV S. 476). Als dieser nach dem Urheber der Klage fragte, wurde er von Brauer vertraulich unterrichtet (Gedr. *Fuchs* IV S. 477f.).

[3] Brauer an Jagemann vom 10. Febr. 1903 (Gedr. *Fuchs* IV S. 476). Vgl. Jagemanns Antwort vom 12. Febr. 1903 (Gedr. *Fuchs* IV S. 478f.). Als Gegenleistung für die Zustimmung des Zentrums zum Zolltarif und zur Reichsfinanzreform hatte Bülow am 3. Febr. 1903 ohne Rücksprache mit den übrigen Bundesstaaten angekündigt, im Sinne der Initiativanträge des Reichstags die preuß. Bundesratsvertreter für die Aufhebung der Jesuiten-Ausnahmegesetze zu instruieren.

873. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 14. Februar 1903

[...] Herr v. Brauer, der noch nicht ausgehen darf, ließ mich gestern (nach Absendung meines Briefes[1]) bitten, bei ihm vorzusprechen, und sagte mir im Vertrauen folgendes:

Bedauerlicher- und unberechtigterweise seien beide großherzoglichen Herrschaften in sehr gereizter Stimmung anläßlich der Eröffnungen über den badischen Gesandten. Er selbst habe zwar S. K. H. den Großherzog nicht gesprochen, aber der Kabinettschef Herr v. Babo sei zu ihm gekommen und habe mitgeteilt, daß der hohe Herr die Sache gewissermaßen als persönliche Kränkung ansehe und Herrn v. Jagemann sofort zur Nachsuchung

eines längeren Urlaubs veranlassen wolle. Es sei denn auch nicht seine Absicht, einen Vertreter zu ernennen, man werde vorläufig ohne einen solchen sich behelfen müssen. Der Minister beklagt diese Auffassung sehr, hat Herrn v. Babo dringend ersucht, bei S. K. H. beruhigend zu wirken, und wird auch selbst nichts unversucht lassen, um Maßnahmen zu verhindern, die nur geeignet sein würden, weiter Unfrieden zu stiften.[2] Prinz Max schildert die Stimmung bei Hofe genau wie der Kabinettschef, er wird auf meine Bitte ebenfalls bestrebt sein, zur Besänftigung der Gemüter im Schlosse beizutragen. [...]

Prinz Max beauftragt mich, Ew. Exz. zu sagen, daß er die kürzliche Unterredung mit Ew. Exz. als ganz vertraulich betrachte und sich nicht für berechtigt halte, alle Einzelheiten davon hier mitzuteilen. Er glaube nur, seine allgemeinen Eindrücke, als es ihm nützlich erscheine, wiedergeben zu sollen; ebenso werde er die ihm gegenüber gefallenen recht drastischen Ausdrücke S. M. des Kaisers für sich behalten.

Minister v. Brauer hat die Empfindung, daß unter den obwaltenden Umständen Herr v. Jagemann kaum noch als geeigneter Vermittler für streng vertrauliche Aufträge zu betrachten sein möchte. Er läßt daher Ew. Exz. bitten, gestatten zu wollen, daß er sich in gewissen besonderen Fällen an mich wende.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 37 geheim Bd. 1, Abschrift; Marg.: „Org. an Hrn. Reichskanzler zurückgereicht"; gedr. *Fuchs* IV S. 481.

[1] Nr. 872.

[2] Brauer an Großherzog Friedrich I. vom 16. Febr. 1903 (Gedr. *Fuchs* IV S. 482).

874. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 24. Februar 1903

Ew. Exz. privaten Erlaß vom 19. d. Mts.[1] hatte ich die Ehre zu erhalten. Staatsminister v. Brauer, dem ich daraus die mir angezeigt erscheinenden ganz vertraulichen Mitteilungen machte, bittet mich, Ew. Exz. seinen aufrichtigsten Dank zu sagen und nachstehendes ebenso vertraulich zu melden. S. K. H. der Großherzog fasse den Fall Jagemann jetzt etwas ruhiger auf und sehe ein, daß der Gesandte keinesfalls in Berlin bleiben könne. Er wünsche indessen, wenn irgend möglich, noch genauer darüber informiert zu werden, bei welchen besonderen Anlässen die gerügten Taktlosigkeiten oder Unzuverlässigkeiten zutage getreten seien bzw. worin sie bestanden hätten. [...] Solche Gründe könnten dann vielleicht genügen, um Herrn v. Jagemann mit Aussicht auf Anstellung bei geeigneter Vakanz im Lande vorläufig zur Disposition zu stellen. Nach Schluß des Reichstags werde der Gesandte zunächst veranlaßt werden, einen längeren Urlaub anzutreten. [...]

Wie mir Herr v. Brauer weiter im Vertrauen mitteilt, ist S. K. H. der Großherzog ein entschiedener Gegner einer Aufgabe des § 2 des Jesuitengesetzes. Alle Vorstellungen des Ministers zugunsten des Verzichtes auf den Paragraphen sind bisher erfolglos geblieben. Herr v. Brauer bedauert daher, den badischen Vertreter im Bundesrat demgemäß instruieren zu müssen und bittet Ew. Exz., die Abstimmung nicht auf das Schuldkonto des Herrn v. Jagemann zu buchen. In unserer heutigen Unterredung erwähnte der Staatsminister auch das durch die „Tägliche Rundschau" verbreitete Gerücht, nach welchem der

Großherzog von Baden bei S. M. dem Kaiser eine Zurückziehung der Zolltarifvorlage befürwortet hätte. Das Gerücht ist zwar offiziös als falsch bezeichnet worden, indessen scheint Herr v. Brauer eine derartige unmittelbare Demarche S. K. H. doch für nicht ganz unmöglich zu halten; er würde gerne aus sicherer Quelle erfahren, ob die Nachricht tatsächlich absolut erfunden ist.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 37 geheim Bd. 1, Ausf.; gedr. *Fuchs* IV S. 487.

[1] Am 19. Febr. 1903 bedauerte Bülow die „gereizte Stimmung der großherzoglich badischen Herrschaften", hielt sie aber „im Fall Jagemann für ganz unberechtigt" und unbegründet. Dessen schlechte Stellung führte Bülow auf Mangel an „Takt und Verläßlichkeit" zurück und verwies auf das „auf eigener Erfahrung beruhende Urteil des Prinzen Max", der „mit Recht den Nachdruck an den hier in Berlin von ihm gewonnenen allgemeinen Eindruck legt, spezielle Einzelheiten aber für sich behält". Falls „der Großherzog von der Entsendung eines Ersatzes für *Jagemann* absehen" wolle, so würden dadurch die badischen Interessen geschädigt. Der Reichskanzler dränge „nicht auf eine umgehende Erledigung der Sache", sondern „lege dieselbe vielmehr vertrauensvoll in die Hände" Brauers. Auch hätten Zeitungsmeldungen über angebliche Verstimmungen zwischen beiden Höfen nichts mit der erschütterten Stellung Jagemanns zu tun. Da in Berlin „niemand in die Sache eingeweiht" sei, weise der „grobe Vertrauensbruch" „also eher auf Karlsruhe, vielleicht auch auf Herrn v. Jagemann selbst". Wegen der Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes habe er im Reichstag nur für seine Person gesprochen und „die Bundesregierungen in keiner Weise" engagiert. Es liege ihm „ganz fern, die badische Regierung irgendwie vergewaltigen oder auch nur beeinflussen zu wollen". Er stimme Brauer bei, Jagemann nicht mehr als Vermittler für streng vertrauliche Aufträge betrachten zu können, und sei damit einverstanden, wenn dieser sich an den preuß. Gesandten wende (Ebd., Abschrift; Marg.: „Org. an Hrn. Reichskanzler zurückgereicht"; gedr. *Fuchs* IV S. 483 f.).

875. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 25. Februar 1903

Ew. Exz. beehre ich mich, hierneben den vom „Badischen Beobachter"[1] veröffentlichten Text des Fastenhirtenbriefes des Erzbischofs von Freiburg gehorsamst vorzulegen.

Der Oberhirt bespricht in seinen Ermahnungen fast ausschließlich den verderblichen Einfluß der sogenannten schlechten Bücher, Schriften und Zeitungen, welche, wie Herr Nörber meint, eine vergiftete gottes- und religionsfeindliche Atmosphäre verbreiten und aus welchen das Gift langsam aber sicher den Geist der Gläubigen durchdringt.

Auch werden die Diözesanen dringlichst aufgefordert, die gute Presse mit allen Mitteln zu unterstützen. Was der Erzbischof unter schlechter und guter Presse versteht, ist unschwer erkenntlich.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Nr. 1 Bd. 4, Ausf.; Marg.: „5./3. Kultusmin., Min. d. Innern".

[1] Nr. 28 vom 5. Febr. 1903.

876. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 2. März 1903

Vertraulich. Die Vorgänge in Bayern[1] und der Angriff des Trierer Bischofs[2] auf die Staatsschule finden hier in der Presse wie bei der Regierung aufmerksamste Beachtung und erzeugen eine den Machtbestrebungen der katholischen Kirche und der Zentrumspartei immer feindlichere Stimmung. Wenn das badische Ministerium bisher nicht abgeneigt war, in der Klosterfrage den Wünschen der Kirche entgegenzukommen, so scheint die Geneigtheit zu Konzessionen in dieser Richtung jetzt wesentlich geringer.

Bekanntlich war S. K. H. der Großherzog – stark beeinflußt durch öffentliche Protestkundgebungen – mit der Zulassung einzelner Klöster von Anfang an sehr wenig einverstanden, es drohte sogar dieserhalb zeitweilig eine ernste Differenz zwischen der Krone und dem Leitenden Minister.[3] Die Möglichkeit eines solchen Konflikts ist jetzt entschieden ferner gerückt. Herr v. Brauer sagt sich, daß angesichts der ultramontanen Vorstöße gegen die staatliche Autorität alle Vorsicht geboten sei und daß die Regierung ohne sehr bestimmte Garantien und Bedingungen auf die klerikalen Wünsche nicht eingehen könne. Naturgemäß steht in Verbindung mit der eventuellen Bewilligung klösterlicher Niederlassungen im Lande auch die Jesuitenfrage im Vordergrunde des Interesses. Die Blätter aller Parteien beschäftigen sich mit der möglichen Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes, und auf liberaler Seite herrscht die ziemlich einmütige Überzeugung, daß man den genannten Paragraphen nicht preisgeben dürfe. Diese Ansicht vertritt auch der Landesherr, es unterliegt somit keinem Zweifel, daß die badischen Stimmen im Bundesrat dementsprechend verneinend in die Waagschale fallen werden, auch wenn, wie verschiedene Zeitungen vermuten, Baden damit durch sein Votum den Ausschlag gegen die Aufhebung geben sollte.[4]

Ich darf schließlich das Referat über eine hiesige Protestversammlung ehrerbietigst anschließen, in welcher der bekannte antiklerikale Fanatiker Professor Böhtlingk unter starkem Beifall die Gefahren der jesuitischen Lehren äußerst drastisch schildert und unter anderem meint, wenn in dieser Frage jetzt der preußische Staat versage und die Jesuiten mächtig würden in Deutschland, so werde es mit Preußen vorbei sein, und die Lebenskraft des brandenburgisch-preußischen Staates werde erlöschen!

Dem Zentrum sind derartige übertriebene und vorwiegend aufreizende Kundgebungen nur willkommen, der „Beobachter“[5] verfehlt deshalb nicht, Böhtlingks Philippika mit Behagen abzudrucken.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 8, Abschrift.

[1] Die Zentrumsmehrheit im bayer. Landtag kritisierte den liberalen Ministerpräsidenten v. Crailsheim, der eine die Kammermajorität rügende Depesche des Kaisers verteidigt hatte. Nachdem sich auch das Ministerium von ihm distanzierte, trat er am 18. Febr. 1903 zurück.

[2] Als Bischof Korum am 15. Febr. 1903 von den Trierer Kanzeln ein gegen die simultanen städtischen Schulen gerichtetes Publikandum verlesen ließ, erfolgten zahlreiche Proteste. Daraufhin zog Reichskanzler Bülow den zur Aufhebung bestimmten § 2 des Jesuitengesetzes aus dem Bundesrat zurück, revidierte aber seinen Schritt nach Vermittlung des Breslauer Fürstbischofs Kopp und des Zentrumsführers Spahn im März 1903 (Vgl. *Bachem* IX S. 322).

[3] Vgl. Nr. 857–860, 862, 866.

[4] Vgl. Bodman an Brauer vom 26. Febr. 1903 / Brauer an Jagemann vom 28. Febr. 1903 (Gedr. *Fuchs* IV S. 490f.).

[5] Bad. Beobachter, Nr. 45 vom 25. Febr. 1903.

877. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 13. März 1903

Das führende badische Zentrumsorgan, der „Badische Beobachter“[1], reproduziert heute an leitender Stelle einen äußerst gehässigen Artikel des „Baseler Volksblattes“ über den verstorbenen Professor Fr. X. Kraus und seine kirchenpolitische Tätigkeit. Der hochverdiente Gelehrte wird darin als politischer und kirchenpolitischer Schriftsteller, Reisender und Agitator des Preußentums in der Kutte gebrandmarkt. Man wirft ihm vor, daß er von Berlin bezahlt worden sei, immer in Schulden gesteckt und auch von S. K. H. dem Großherzoge von Baden Unterstützungen empfangen habe.

Für seine letzte durch den Tod vereitelte Reise in Italien seien ihm 12000 Mark von Berlin angewiesen, um deren Rückerstattung man die Universität Freiburg als Erbin angegangen habe.

Dann wird seine Eitelkeit scharf gegeißelt, und schließlich sein Verrat an der Kirche, in Wahrheit am Zentrum, in giftigster Weise dargelegt mit dem Bemerken, daß sein religiöser Katholizismus nur den Zwecken der preußischen Politik gedient habe. Der Beobachter meint dazu, er dürfe diese ihm zum Teil schon bekannten beachtenswerten Angaben seinen Lesern nicht vorenthalten, Freunde und Feinde des Verstorbenen hätten ein Interesse daran, die über ihn umlaufenden Gerüchte auf ihre Tatsächlichkeit geprüft zu sehen.[2]

Antworten auf diese hier ehrerbietigst beigeschlossene klerikale Grabesschändung werden vermutlich nicht ausbleiben. Ew. Exz. hochgeneigtem Ermessen ist gehorsamst anheimzustellen, ob vielleicht auch von Berlin aus eine Erwiderung angemessen erscheinen möchte.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 8, Ausf.

[1] Nr. 59 vom 13. März 1903. Dem Zeitungsausschnitt waren Berichte des Deutschen Konsulats vom 18., 19. und 21. März 1903 beigefügt, die sich mit den Meldungen der Schweizer Presse über Kraus befaßten (Ebd.).

[2] Bereits am 12. Mai 1902 hatte Jagemann dem bad. Staatsminister Brauer mitgeteilt, daß Kraus seit Jahren Reisestipendien aus dem Dispositionsfonds des Reichskanzlers bezog, die Bismarck noch aus dem Welfenfonds für Kraus' Missionen im Dienste der Reichsregierung (Straßburger theologische Fakultät etc.) angewiesen hatte (Vgl. *Fuchs* IV S. 394). Vgl. Nr. 851.

878. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 27. März 1903

Professor Arthur Böhtlingk, Historiker der Karlsruher Technischen Hochschule, Eisenbahnreformer, antiklerikaler Fanatiker und Pamphletenschreiber, ist neuerdings hier[1] wie in Offenburg und Pforzheim als Hauptredner in Protestversammlungen gegen die Zulassung der Jesuiten aufgetreten. Er hat es bei diesen Gelegenheiten ebensowenig verstanden, in seinen Äußerungen maßzuhalten wie in seinen Schriften betreffend die Klosterfrage. Durch gehässige Übertreibungen und unvornehme Sprache hat er den Zentrumsgegnern eher geschadet als genützt und dem Klerikalismus willkommenes Material zu höhnischer Kritik geliefert.

Auch die Regierung wurde von Böhtlingk mit Angriffen nicht verschont, er behauptete, die Simultanschule bestehe zwar in Baden im Prinzip, aber nicht in der Praxis. Anläßlich dieser und der weiteren Bemerkung des Professors (in Offenburg), „das badische Schulwesen sei bereits zum größten Teil dem Ultramontanismus ausgeliefert", ist von der Unterrichtsverwaltung die hier gehorsamst angeschlossene Richtigstellung in der „Karlsruher Zeitung"[2] erfolgt. Es wird darin im einzelnen nachgewiesen, daß die Unterrichtsgesetze und -verordnungen stets gewissenhaft gehandhabt werden und daß der ausgesprochene Tadel in keiner Weise berechtigt erscheint.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 8, Ausf.; Marg.: „31./3. Kult. Minist."

[1] Vgl. Nr. 876; *Böhtlingk*, Kapuziner.
[2] Nr. 85 vom 27. März 1903.

879. Eisendecher an Richthofen

Karlsruhe, 13. April 1903

Im Begriff auf sechs Wochen nach Rom zu verschwinden, scheint es mir nützlich, Ihnen einen kurzen Privatbericht über gewisse bisher ganz vertraulich u[nd] außeramtlich behandelte Dinge zu erstatten.

Herr v. Brauer, der mich bittet, seine allerbesten Grüße auszurichten, ist dem Herrn Reichskanzler besonders dankbar für die Mitteilung von Einzelheiten, betreffend Herrn v. Jagemanns Verhalten.[1] Er hat darüber dem Großherzog Meldung gemacht u[nd] Höchstdenselben überzeugt, daß ein Wechsel in der Person des Gesandten unvermeidlich sein wird. Einstweilen soll Jagemann einen längeren Urlaub antreten u[nd] später hier womöglich in geeigneter Stellung Verwendung finden. Unterderhand hat man ihm bereits vorgeschlagen, als Staatsrechtslehrer nach Freiburg zu gehen, das entspricht aber, wie ich höre, nicht seinen Wünschen, selbst scheint er überhaupt nicht die Empfindung zu haben, daß seines Bleibens in Berlin nicht länger sein kann; Herr v. Brauer schildert ihn als in dieser Beziehung recht schwer von Begriff, sozusagen etwas dickfellig.[2] Beispielsweise schrieb Jagemann, daß der Herr Reichskanzler ihn zu einem kleineren Diner geladen u[nd] sehr freundlich behandelt habe, auch sei er von S. M. dem Kaiser kürzlich durch die Worte: „Guten Tag, Jagemann" begrüßt worden.

S. K. H. der Gr[oßher]zog zeigt anläßlich der Beschwerden über den Gesandten immer noch eine gewisse persönliche Gereiztheit. Es hängt das wohl etwas mit der Verstimmung zusammen, die am hiesigen Hofe bei beiden Herrschaften wegen der Verabschiedung u[nd] Nichternennung des Erbgr[oßher]zogs zum Chef des badischen Armeekorps weiter andauert. Mir gegenüber tritt diese Verstimmung in keiner Weise hervor, aber sie besteht, u[nd] ich frage mich bisher vergebens, wie man sie beseitigen könnte, vielleicht durch eine besonders herzliche Kundgebung unseres allergnädigsten Herrn, wenn sich dazu ein Anlaß böte. Erstens ist indessen vorerst keine Aussicht zu solchem Anlaß, u[nd] auch die Geneigtheit S. M. zu freundschaftlichem Entgegenkommen möchte ich bezweifeln, weil man an allerhöchster Stelle wenig angenehm berührt ist von den hier bezüglich der Adjutantur erhobenen Ansprüchen, die das Militärkabinett in einige Verlegenheit setzen – wie auch sonst von der froissierten Haltung der badischen

Herrschaften. Herrn v. Buch glaube ich zunächst von der Angelegenheit Jagemann nichts mitteilen zu sollen, die Sache wird sich ja nun hoffentlich ohne sein Zutun erledigen; aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte Graf Berckheim Nachfolger werden.

Über die bevorstehenden Wahlen kann ich amtlich mit dem besten Willen noch nicht berichten; vorläufig herrscht ein vollständiges Chaos, Kandidaten fast aller Parteien in jedem Bezirk, Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien aussichtslos u[nd] Nörgeleien innerhalb derselben zunehmend. Entscheidung über die Klosterfrage ist bis auf weiteres vertagt, desgleichen anscheinend über § 2 des Jesuitengesetzes.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Nachlaß Eisendecher 1/8 fol. 18 f., Privatschreiben; Marg.: „Nb. Ich reise am 18. ds. Mts."; teilw. gedr. *Fuchs* IV S. 495 f.

[1] Bülow an Eisendecher. „Berlin, 12. März 1903. Geheim! Eigenhändig! *Antwort auf Nr. 874.* Herrn v. Jagemanns grobe Taktlosigkeit hat sich namentlich während der Zolltarifverhandlungen im Reichstage gezeigt, indem er es so weit getrieben hat, daß die Führer der Mehrheitsparteien sich bei mir vertraulich über ihn beschwert haben, weil er gegen die von mir unterstützten Beschlüsse der Mehrheit agitiert und einzelne ihre[r] Mitglieder gegen die Parteileitung aufgehetzt habe. Ich habe damals meinerseits intervenieren müssen, um zu verhindern, daß Führer der Parteien den Vertreter S. K. H. des Großherzogs von Baden öffentlich bloßstellten. Daraus, daß Herr v. Jagemann den Standpunkt seiner Regierung mit Festigkeit vertreten hat, ist ihm hier niemals ein Vorwurf gemacht worden. Aber die Form, in welcher er dies im Bundesrate, namentlich bei der Schlußbesprechung über den Zolltarif, getan hat, war eine so aufgeregte und unartige, daß ich nur durch große Höflichkeit meinerseits einem unliebsamen Konflikt mit ihm aus dem Wege gehen konne. S. M. dem Kaiser hat Herr v. Jagemann bei wiederholten Gelegenheiten durch seine Aufdringlichkeit und Geschwätzigkeit mißfallen, wenn *er ihn* wie seine Amtsvorgänger [Brauer und Marschall] in intimere Konversation zog. Infolge solcher Erfahrungen haben S. M. in letzter Zeit Herrn v. Jagemann überhaupt nicht mehr angeredet, was in weiteren Kreisen in recht wenig angenehmer Weise bemerkt worden ist". *Ich bin damit einverstanden, daß Jagemann nach Schluß des Reichstags in längeren Urlaub geht und nicht wiederkehrt. Von einer Demarche des Großherzogs beim Kaiser wegen Zurückziehung der Zolltarifvorlage ist mir nichts bekannt* (Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 37 geheim Bd. 1, Abschrift; gedr. *Fuchs* IV S. 495).

[2] Brauer informierte Jagemann am 16. April über die gegen ihn erhobenen Vorwürfe (Gedr. *Fuchs* IV S. 500).

880. Buch[1] an Bülow

Karlsruhe, 14. Mai 1903

Streng vertraulich! Der Staatsminister v. Brauer hat mir heute streng vertraulich mitgeteilt, daß S. K. H. der Großherzog sich jetzt entschlossen hat, Herrn v. Jagemann von seinem Posten abzuberufen. Herr v. Jagemann wird in den nächsten Tagen einen Urlaub antreten und dann zum Herbste sein Abschiedsgesuch einreichen mit der Begründung, daß er seiner geschwächten Gesundheit wegen nicht länger im Amte bleiben könne.[a]

Sein Nachfolger soll Graf v. Berckheim werden. Herr v. Brauer sagte lächelnd, daß er in diesem Falle wohl nicht mehr die Frage stellen brauche, ob derselbe genehm sein würde.[b] Der Graf[c] Berckheim, der, wie Ew. Exz. bekannt sein dürfte, nach einer kurzen militärischen Laufbahn auf seinen Besitzungen gelebt hat und daher mit den Geschäften eines Gesandten unbekannt ist, soll neben dem Ministerialdirektor Scherer[2] einen Juristen als Beirat erhalten.[d]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 37 geheim Bd. 1, Ausf.; Marg.: „v. S. M. 19./5."

[a] Randnotiz Wilhelms II.: „Na endlich! Nach 6 Monaten".
[b] Randnotiz Wilhelms II.: „Wichtig! Sehr sogar!"
[c] Vorlage irrtümlich: Dem Grafen.
[d] Randnotiz Wilhelms II.: „Sehr erfreulich".

[1] Buch, Carl v. (1860–1937), seit 1888 im preuß. Justizdienst, seit 1897 im diplomatischen Dienst, 1898 Legationsrat, 1899 an der preuß. Gesandtschaft in Stuttgart, 13. Febr.–25. März 1902 und 18. April–16. Juni 1903 interimist. Geschäftsträger in Karlsruhe, 1904 Legationssekretär in Santiago, 1904/05 vertretungsweise Generalkonsul in Valparaiso, 1906 Erster Sekretär an der Gesandtschaft in Bern, 1908 in Bukarest, 1909 Gesandter in Guatemala, 1913 in Havanna, 1914 in Luxemburg, 1919 einstweiliger, 1925 Ruhestand (Frdl. Auskunft d. Polit. Archivs im Ausw. Amt Bonn).

[2] Scherer, Gustav (1842–1913), seit 1865 in der bad. Finanzverwaltung, 1872 Sekretär in der Zolldirektion, 1874 Mitglied der Zolldirektion (Finanzrat), 1877 Kollegialmitglied im Finanzministerium, 1879 Ministerialrat und stellvertr. Bundesratsbevollmächtigter, 1894 Ministerialdirektor, 1897 Geh. Rat, 1904 Staatsrat, MdL (I. K.) seit 1909 (AV; PA-GLA).

881. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 5. Juni 1903

Streng vertraulich! Der als Nachfolger des Herrn v. Jagemann designierte Graf v. Berckheim sagte mir im Vertrauen, daß er sich nur schwer entschlossen habe, den gewiß für ihn sehr ehrenvollen Posten in Berlin anzunehmen, er fühle sich der schwierigen Aufgabe kaum gewachsen und sei den Geschäften, wie sie dort an ihn herantreten würden, ganz fremd, müsse also zunächst auf große Nachsicht rechnen.[1]

Die hiesige Regierung beabsichtigt, dem Grafen einen geeigneten rechtskundigen und geschäftserfahrenen Sekretär beizugeben.[a] Da die Stelle im Budget nicht vorgesehen ist, wird dem Landtage eine entsprechende Vorlage zu machen sein, die, wie Herr v. Brauer befürchtet, recht unerfreuliche Diskussionen hervorrufen dürfte.

Graf Berckheim denkt demnächst nach Berlin zu kommen, um seine Übersiedlung dorthin vorzubereiten.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 37 geheim Bd. 1, Ausf.

[a] Randnotiz Bülows: „Das ist doch wohl nicht unbedingt geboten?"

[1] Staatsminister Nokk lehnte Berckheim 1893 mit dem Hinweis ab, „er werde es nicht aufkommen lassen, daß unser Posten tatsächlich von Berlin besetzt werde" (*Jagemann* S. 107). 1903 akzeptierte Graf Berckheim seine Ernennung nur unter der Bedingung, binnen Jahresfrist zurücktreten zu können und einen zusätzlichen Ministerialbeamten zur Unterstützung sowie den Titel eines Geheimen Rates I. Klasse mit dem Prädikat Exzellenz zu erhalten.

882. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 5. Juni 1903

Vertraulich! Die Meinungen über die Wahlaussichten[1] in Baden gehen bis jetzt noch ziemlich auseinander. Herr v. Brauer hofft, daß es gelingen werde, in der Residenz den Sozialdemokraten und im Brettener Wahlkreis den Bündler zu beseitigen, die übrigen Minister bezweifeln noch sehr einen solchen Erfolg. –

Bei der elenden Zersplitterung der Parteien hierzulande läßt sich das Wahlergebnis nur in wenigen Wahlkreisen mit einiger Wahrscheinlichkeit vorhersagen, und zwar sind es vornehmlich Zentrumsmandate, die mehr oder minder gesichert erscheinen. Fast zweifellos ist auch der abermalige Sieg der Sozialdemokraten in Mannheim, weniger Siegesgewißheit herrscht bei den Pforzheimer Genossen. In den zu erwartenden zahlreichen Stichwahlen steht zu befürchten, daß das Zentrum die Sozialdemokratie wenigstens indirekt unterstützen wird, sobald es gilt, einen nationalliberalen Gegner zu bekämpfen. Ultramontane Organe verfechten sogar ziemlich unverblümt die Ansicht, daß ein gläubiger Katholik zwar nicht Sozialdemokrat sein, wohl aber sozialdemokratisch wählen dürfe.

Die Großherzogliche Regierung ist in jeder Weise bemüht, zwischen den bürgerlichen Elementen versöhnend zu wirken und gegen die extremen Parteien Koalitionen zu vermitteln, indessen leider scheitern solche Bemühungen meist an der Verbissenheit und dem einseitigen Parteifanatismus heißsporniger Führer.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 3 Bd. 16, Ausf.

[1] Die Hauptwahlen zum Reichstag fanden am 16. Juni 1903 statt.

883. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 6. Juni 1903

Ew. Exz. darf ich vertraulich und privatim auf Wunsch des Herrn v. Brauer nachstehendes gehorsamst vortragen: Nachdem Herr v. Jagemann Berlin verlassen hat, um als Gesandter nicht mehr zurückzukehren, und nachdem die hiesige Regierung der dortseitigen Anregung entsprechend den Grafen v. Berckheim als Nachfolger designiert hat, legt Staatsminister v. Brauer den allergrößten Wert darauf, daß der zu verabschiedende badische Vertreter in herkömmlicher Weise durch eine Ordensverleihung ausgezeichnet werde. Erfolgt eine solche Auszeichnung nicht, so hält der Minister recht unerfreuliche Erörterungen in der Kammer für wahrscheinlich, die seines Erachtens nach Möglichkeit vermieden werden sollten. Wie Exz. bekannt, besteht die Absicht, dem Grafen Berckheim einen rechtskundigen Beamten beizugeben, für welchen die Stände um Bewilligung des Gehaltes angegangen werden müssen. Es ist nun kaum zweifelhaft, daß diese Neuerung in der Zweiten Kammer auf Widerstand stoßen wird, u[nd] zwar dürfte solcher Widerstand leicht in heftige Diskussionen ausarten, wenn der wahre Grund der Verabschiedung Jagemanns bekannt oder vermutet würde. An reichs- und preußenfeindlichen Elementen, die sofort bereit wären, den Fall sensationell zu verwerten, fehlt es in der Kammer nicht, und erhält der abgehende Gesandte nicht den üblichen Abschiedsorden, so wird das sofort auffallen; die mit der Zeit doch wohl hie und da auftauchenden Gerüchte einer ungnädigen Entlassung werden greifbarere Gestalt gewinnen, und der Fall Jagemann ist fertig. Kann hingegen der Minister den Interpellenten antworten, daß der Gesandte dem Herkommen gemäß geehrt worden sei, so scheint damit l'affaire Jagemann ziemlich erledigt und beseitigt.

Wenn ich nicht irre, besteht im allgemeinen der Brauch, nur denjenigen Gesandten bei ihrem Abgange Orden zu verleihen, welche sich persönlich bei dem Souverän verab-

schieden, d.h. ihr Abberufungsschreiben selbst übergeben. Dazu würde Herr v. Jagemann ohne Zweifel zur Verfügung stehen, Herr v. Brauer meint indessen, daß Ew. Exz. eine solche Abschiedsaudienz kaum befürworten würden und daß auch S. M. der Kaiser und König nicht sonderlich geneigt sein möchten, dieselbe zu bewilligen. Sollte diese Annahme zutreffen, so geht die dringende Bitte des badischen Ministers an Ew. Exz. dahin, auch ohne Abschiedsaudienz die Auszeichnung für Herrn v. Jagemann geneigtest erwirken zu wollen. Er würde das mit aufrichtigstem Dank erkennen und läßt sich Ew. Exz. angelegentlichst empfehlen. Im vorliegenden Falle handelt es sich meines Wissens um den Roten Adlerorden erster Klasse. [...]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 37 geheim Bd. 1, Abschrift; teilw. gedr. *Fuchs* IV S. 496.

884. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 9. Juni 1903

Vertraulich! Nach den neusten im hiesigen Ministerium des Innern vorliegenden Berichten scheinen die Wahlaussichten im Großherzogtum immerhin etwas erfolgversprechender, als bisher angenommen wurde.

Baden sandte bekanntlich zuletzt in den Reichstag: 7 Zentrumsmänner, 3 Nationalliberale, 3 Sozialdemokraten und 1 Mitglied des Bundes der Landwirte. Von diesen werden mit ziemlicher Sicherheit bereits in der Hauptwahl wieder siegen: 2 oder 3 der bisherigen Zentrumsanhänger (Lender-Baden, Zehnter-Wertheim, Schuler-Waldshut) und der Mannheimer Sozialdemokrat (Dreesbach). In allen übrigen Kreisen sind Stichwahlen zu erwarten, deren Ergebnisse in Anbetracht der zahlreichen Kandidaten und der unberechenbaren letzten Entschlüsse der Parteien sich schwer schätzen lassen.

Unter einigermaßen glücklichen Umständen glaubt man mindestens 2 Nationalliberale mehr als bei der vorigen Wahl durchzubringen und den Bündler sowie einen Sozialdemokraten zu beseitigen. Optimisten meinen sogar, es werde möglich sein, noch 2 weitere Sitze für die Nationalliberalen vom Zentrum zu erringen und vielleicht auch in der sozialdemokratischen Hochburg Mannheim den „Genossen" aus dem Felde zu schlagen.

Erfüllen sich alle diese wohl etwas hochgespannten Hoffnungen, so würde Baden demnächst im Reichstage vertreten sein durch 5 bis 7 Nationalliberale, 5 Zentrumsmitglieder und 1 oder 2 Sozialdemokraten. Aber auch falls so erhebliche Erfolge ausbleiben, wird man schon dankbar anerkennen müssen, wenn die extremen Parteien, Sozialdemokraten und Bündler, keinen Zuwachs erhalten, und das nimmt die hiesige Regierung ziemlich bestimmt an. Auch eine Stärkung des Zentrums scheint wenig wahrscheinlich. Leider treibt die Konservative Partei ganz in das bündlerische Fahrwasser[a], unter Führung des gräflich Douglasschen Finanzdirektor[s] Hoffmann[1], eines rührigen, aber recht beschränkten Strebers, trägt sie sehr zur Verwirrung in einzelnen Wahlkreisen wesentlich bei.

Eine nach Notizen des Herrn Ministers des Innern zusammengestellte Wahlübersicht ist gehorsamst beigefügt. Ich bemerke dazu, daß in sämtlichen Wahlkreisen sozialdemokratische Bewerber auftreten, die aber nur da ernstlich in Betracht kommen, wo sie genannt sind.

Schließlich darf Ew. Exz. ich den Text eines klerikalen Wahlrundschreibens aus

Konstanz gehorsamst vorlegen, das für die Zentrumswahlarbeit einen recht bezeichnenden Beweis liefert.[2]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 3 Bd. 16, Ausf.

Anlage

Aussichten für die Reichstagswahlen in Baden 1903

1. Konstanz – Überlingen, bisher Zentrum. Aussichten des nationalliberalen Kandidaten Landeskommissär Freiherr v. Bodman[3] nicht ungünstig, aber bisheriger Mandatsinhaber Geheimer Finanzrat Hug vom Zentrum gefährlicher Gegner. Wahrscheinlich Stichwahl. Andere Bewerber kommen kaum in Betracht. Bodman ist gegen die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes, obgleich katholisch.

2. Donaueschingen – Bonndorf, bisher nationalliberal, der jetzige Abgeordnete, Posthalter Faller, wird voraussichtlich gegen den Zentrumskandidaten Goldschmid[4] in der Stichwahl siegen.

3. Waldshut – St. Blasien – Schopfheim, bisher Zentrum. Gegenüber dem derzeitigen Abgeordneten Pfarrer Schuler hat der nationalliberale Bewerber Kommerzienrat Krafft[5] nur geringe Chancen. Er dürfte schon in der Hauptwahl unterliegen.

4. Lörrach – Müllheim – Staufen – Breisach, bisher nationalliberal. Der seitherige Vertreter Dr. Blankenhorn hat gute Aussicht, gegen einen demokratischen[6] und einen Zentrumsbewerber[7] zu siegen, aber Stichwahl wahrscheinlich.

5. Freiburg – Emmendingen – Waldkirch, bisher Zentrum. Stichwahl zwischen dem jetzigen Abgeordneten Anwalt Marbe und dem nationalliberalen Staatsanwalt Junghanns[8] zu erwarten, Sieg des letzteren recht wohl möglich.

6. Lahr – Ettenheim – Wolfach, bisher Zentrum. Stichwahl ziemlich sicher. Ausgang zweifelhaft. Kandidaten: Rechtsanwalt Schneider-nationalliberal, Anwalt Fehrenbach-Zentrum.

7. Offenburg – Kehl – Oberkirch, bisher Zentrum. Der gegen den jetzigen Vertreter Bürgermeister Schüler aufgestellte nationalliberale Schuldirektor Dr. Blum[9] hat einige Aussicht, mit Hilfe der Volksparteiler, vielleicht auch eines Teiles der Sozialdemokraten, in der Stichwahl zu siegen. Ergebnis immerhin zweifelhaft.

8. Achern – Bühl – Baden, bisher Zentrum. Sieg des bisherigen Abgeordneten Dekan Lender im ersten Wahlgange beinahe sicher.

9. Pforzheim – Ettlingen – Durlach, bisher sozialdemokratisch. Wahrscheinlich Stichwahl zwischen dem gegenwärtigen Vertreter Agster und dem nationalliberalen Landtagsabgeordneten Wittum. Ausgang unsicher.

10. Karlsruhe – Bruchsal, bisher sozialdemokratisch. Jedenfalls Stichwahl, Ergebnis ganz unberechenbar. Kandidaten: Reichstagsabgeordneter Bassermann-nationalliberal; Geck-Sozialdemokrat; Landgerichtsrat Schmidt[10]-Zentrum; Direktor Hoffmann (Vermögensverwalter des Grafen Douglas) bündlerisch-konservativ. Vielfach wird befürchtet, daß Bassermann, der beiläufig für die Aufgabe des § 2 des Jesuitengesetzes eintritt, nicht einmal in die Stichwahl kommen möchte. Die Jungliberalen treten zwar offiziell für ihn ein, indessen ein Teil derselben verübelt ihm seine vermeintlich allzu große Liebenswürdigkeit gegenüber dem Zentrum. Die Stimmen der Bündler-Konservativen, die vielleicht den Ausschlag geben könnten, werden ihm nicht zufallen.

11. Mannheim – Schwetzingen – Weinheim, bisher sozialdemokratisch. Sieg des jetzigen Vertreters, Stadtrat Dreesbach, recht wahrscheinlich, und zwar ohne Stichwahl. Nationalliberaler Kandidat, Generalkonsul Reiß, sehr vermögend und beliebt, könnte möglicherweise den „Genossen" aus dem Sattel heben, wenn es doch zur Stichwahl kommen sollte. Weitere Bewerber: Rechtsanwalt Muser-Demokrat; Landtagsabgeordneter Gießler-Zentr[um].

12. Heidelberg – Eberbach – Mosbach, bisher nationalliberal. Der derzeitige Vertreter würde gute Aussichten haben, wenn nicht Bündler und Konservative einen eigenen Kandidaten aufgestellt hätten. Beck muß jetzt gegen 3 Rivalen kämpfen, den Zentrumsmann[11], den Sozialdemokraten[12] und den Bündler (Major Michaely[13]). Stichwahl sicher. Falls Beck in die Stichwahl kommt, ist sein Sieg wahrscheinlich.

13. Sinsheim – Bretten – Eppingen, bisher Bund der Landwirte. Aufgestellt: der jetzige Vertreter Lucke, der Nationalliberale Müller (Ex-Bündler), Freiherr v. Mentzingen vom Zentrum und der Sozialdemokrat Horter.[14] Stichwahl zweifellos. Resultat unsicher.

14. Wertheim – Tauberbischofsheim, bisher Zentrum. Der gegenwärtige Abgeordnete Zehnter wird in der ersten Wahl seinen nationalliberalen[15] wie den sozialdemokratischen[16] Gegner besiegen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 3 Bd. 16, eig. Ausf.

[a] Randnotiz Bülows: „!"

[1] Hoffmann, Peter (geb. 1842), 1893–1909 gräflich Douglasscher Domänendirektor in Karlsruhe, BdL-Funktionär, Mitglied des Konservativen Landesausschusses in Baden (Frdl. Auskunft d. Kreisarchivs Konstanz/Gräfl. Douglassches Rentamt/Langenstein).

[2] Das durch eine Indiskretion an die Öffentlichkeit gelangte streng vertrauliche Rundschreiben des Provinzialausschusses der bad. Zentrumspartei im 1. bad. Reichstagswahlkreis (Konstanz-Überlingen) enthielt detaillierte Anleitungen für die Vertrauensmänner der Partei und die Wahlagitation (Bad. Landesbote, Nr. 122 vom 27. Mai 1903; gedr. *Kremer*, Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht S. 257f.).

[3] Johann Heinrich Freiherr von und zu Bodman.

[4] Goldschmid, Emil (1859–1921), Gastwirt in Immendingen, Z, MdL 1901–1904, MdZK.

[5] Krafft, Karl (1852–1903), Sohn von Ernst Friedrich Krafft, Fabrikant in St. Blasien, Kommerzienrat, NL, MdL (I. K.) 1895–1900.

[6] Vortisch, Friedrich Reinhard (1871–1935), Rechtsanwalt in Lörrach, Stadtrat, Dem., MdL 1903/04 (Frdl. Auskunft d. StadtA Lörrach).

[7] Rechtsanwalt Ferdinand Kopf.

[8] Junghanns, Richard Damian (1861–1908), 1894 Landgerichtsrat in Freiburg, 1902 in Konstanz, 1906 Staatsanwalt in Mannheim (AV; PA-GLA).

[9] Blum, Wilhelm Dr. jur. (1831–1904), Schuldirektor in Heidelberg, NL, MdL 1869–1882, 1889–1892, MdR 1871–1884.

[10] Schmidt, Edmund (1858–1914), seit 1880 im bad. Justizdienst, 1888 Amtsrichter in Boxberg, 1890 in Schwetzingen, 1892 Oberamtsrichter, 1899 Landgerichtsrat in Mosbach, 1901 in Karlsruhe, 1910 Oberlandesgerichtsrat, Z, MdL 1903–1912, MdZK (AV).

[11] Barth, Valentin (1853–1904), Rechtsanwalt in Mosbach, Z (Frdl. Auskunft d. StadtA Mosbach).

[12] Pfeiffle, Georg (1864–1921), Zigarrenmacher, Expedient der „Volksstimme" in Mannheim, seit 1893 Stadtverordneter in Mannheim, seit 1899 im Stadtverordnetenvorstand, 1901–1906, SPD-Landesvorsitzender, MdL 1905–1912.

[13] Michaely, Karl, 1870 Leutnant, später Major, Gutsbesitzer in Mariahof, BdL-Parteigänger.

[14] Horter, Richard (1868–1942), Maurer und Gewerkschaftssekretär in Mannheim, SPD, MdL 1919–1925.

[15] Leiser, Johann Gottfried (1853–1922), Landwirt in Sindolsheim, seit 1892 Ratsschreiber, 1894–1898 Bezirksrat, NL, MdL 1905–1912.

[16] Eckhardt, Philipp Wilhelm, Eisendreher in Mannheim, SPD.

885. Eisendecher an Richthofen[1]

Karlsruhe, 10. Juni 1903

Vertraulich. Ew. Exz. beehre ich mich, auf das soeben erhaltene vertrauliche Privatschreiben von gestern[2] folgendes sehr ergebenst zu erwidern.

Wie mir Herr v. Brauer im Vertrauen mitteilt, beabsichtigt die hiesige Regierung, dem zukünftigen badischen Gesandten in Berlin, Grafen v. Berckheim, nicht einen rechts- und geschäftskundigen Sekretär, sondern einen Ministerialrat vom Ministerium des Innern als weiteren ständig in Berlin wohnenden Bundesratsbevollmächtigten beizugeben; derselbe würde die inneren, namentlich sozialpolitischen Angelegenheiten bearbeiten und eventuell Mitglied des Reichsversicherungsamtes werden. Der Minister meint, die Arbeit sei in Berlin so gewachsen, daß der bisherige einzige ständige Vertreter Badens neben dem Gesandten sie nicht mehr bewältigen könne; die größeren Bundesstaaten seien im Bundesrat alle durch mehrere Beamte vertreten, es werde also wohl nicht besonders auffallen, wenn Baden im Budget des Ministeriums des Inneren den neuen ständigen Bevollmächtigten anfordere. Die Maßregel sei sachlich berechtigt, auch falls Herr v. Jagemann geblieben oder ein anderer Nachfolger als Graf Berckheim designiert worden wäre.

Herr v. Brauer hofft, daß diese Erwägungen geeignet sein möchten, die Bedenken des Herrn Reichskanzlers zu zerstreuen, er bittet mich zugleich, für die zugesagte Mitwirkung in betreff der Ordensverleihung an den abgehenden Gesandten seinen wärmsten Dank auszusprechen und läßt sich Ew. Exz. bestens empfehlen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 37 geheim Bd. 1, Privatschreiben; teilw. gedr. *Fuchs* IV S. 496.

[1] Richthofen, Oswald Freiherr v. (1847–1906), seit 1875 im auswärtigen Dienst, 1881 Vortr. Rat, 1885 deutsches Mitglied der Direktion der ägypt. Staatsschuldenverwaltung, 1896 Direktor der Kolonialabteilung im Auswärtigen Amt, 1898 Unterstaatssekretär, 1900 Staatssekretär des Auswärtigen Amts, seit 1905 zugleich preuß. Staatsminister.

[2] Im Auftrag des Reichskanzlers teilte Richthofen Eisendecher am 9. Juni 1903 vertraulich mit, daß dieser „sein Möglichstes tun wird, um für Herrn v. Jagemann beim Abschied – auch ohne Abschiedsaudienz – die Ordensverleihung an allerhöchster Stelle zu erwirken". Von der Beigabe eines geschäftskundigen Sekretärs glaube Bülow vor allem deswegen abzusehen, weil damit „dem Grafen Berckheim der Stempel der Insuffizienz im Vergleich zu seinem Vorgänger aufgedrückt und dadurch seine hiesige Stellung von vornherein herabgedrückt werden würde". Es wäre „ratsamer", ihm „einen der ständigen Vertreter der badischen Bundesratsbevollmächtigten" oder „einen Beamten ad hoc" zur Seite zu stellen (Ebd., Konz.; teilw. gedr. *Fuchs* IV S. 496).

886. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 17. Juni 1903

Der gestrige Wahlakt hat sich hier sehr ruhig vollzogen. Nur zahlreiche farbige Plakate und massenhafte Flugblätter gemahnten an den wichtigen Tag; soviel ich bis jetzt erfahren konnte, war die Beteiligung eine äußerst rege. Eine gewisse Aufregung herrschte anläßlich eines in letzter Stunde von unbekannter Seite in Szene gesetzten Wahlmanövers verwerflichster Art. Ein Aufruf mit beigefügten Wahlzetteln wurde in die Häuser gesandt, der den bekannten streitbaren Geschichtsprofessor Böhtlingk als geeigneten liberalen Kandidaten pries und die Wähler aufforderte, für ihn zu stimmen. Böhtlingk selbst veröffentlichte daraufhin eine geharnischte Erklärung gegen diesen Mißbrauch seines Namens, und auch von der Nationalliberalen Partei und den Jungliberalen erschien eine solche des Inhalts, daß Bassermann der liberale Kandidat sei und bleibe.

Sichere Nachrichten über die Resultate liegen noch nicht vor, ich höre nur vom Minister des Innern, daß die Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten stark zugenommen haben.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 3 Bd. 16, Ausf.; Marg.: „22./6. Min. d. Innern".

887. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 17. Juni 1903

Ew. Exz. hatte ich bereits die Ehre, gehorsamst zu melden, daß in Baden sechs Zentrumskandidaten gestern in der Hauptwahl siegten, es sind dies: Hug, Schuler, Fehrenbach, Schüler, Lender und Zehnter in den Kreisen Konstanz, Waldshut, Lahr, Offenburg, Baden und Tauberbischofsheim.

Stichwahlen haben stattzufinden zwischen dem nationalliberalen und dem Zentrumsbewerber in 5 Wahlkreisen (Donaueschingen, Lörrach, Freiburg, Heidelberg, Bretten), zwischen dem nationalliberalen und dem sozialdemokratischen Kandidaten in 3 Wahlkreisen (Pforzheim, Karlsruhe, Mannheim).

Erfreulicherweise kommen somit für alle Kreise, in welchen gestern keine Entscheidung erfolgte, die Nationalliberalen in die Stichwahl.[1]

Nachschrift. Eine soeben vom Großherzoglichen Ministerium des Innern eingegangene vergleichende Zusammenstellung ist gehorsamst beigefügt.[2]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 3 Bd. 16, Ausf.; Marg.: „22./6. R. A. d. Innern".

[1] Die bad. Regierung appellierte an die katholischen Wähler des Karlsruher Reichstagswahlkreises, Bassermann zu wählen, obwohl die Zentrumsführung Stimmenthaltung empfohlen hatte (Vgl. die Korrespondenz zwischen Staatsminister Brauer und dem Vortr. Rat der Reichskanzlei Conrad vom 20./22. Juni 1903, gedr. *Fuchs* VI S. 507f.).

[2] Die Zusammenstellung umfaßte die Ergebnisse der Hauptwahlen zum Reichstag in Baden.

888. Wiedemann an Bülow

Karlsruhe, 26. Juni 1903

Ew. Exz. hat die königliche Gesandtschaft die Ehre, beifolgend die ihr vom Minister des Innern soeben zur Verfügung gestellten Ergebnisse[1] der gestrigen Abstimmung bei den Reichstagsstichwahlen gehorsamst zu überreichen. Im ganzen wurden in Baden gewählt: 7 Zentrum[2], 4 Nationalliberale[3] und 3 Sozialdemokraten.[4]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 3 Bd. 16, Ausf.

[1] Vgl. Stat. Mitteilungen Bd. 20 (1903) Sondernummer; Stat. Jahrbuch 34 (1903) S. 466ff.; *Sepaintner* S. 154ff.

[2] Geh. Finanzrat Hug (1. Wahlkreis: Konstanz-Überlingen).
Pfarrer Schuler (3. Wahlkreis: Schopfheim-Waldshut).
Rechtsanwalt Marbe (5. Wahlkreis: Freiburg).
Rechtsanwalt Fehrenbach (6. Wahlkreis: Lahr-Wolfach).
Bürgermeister und Landwirt Schüler (7. Wahlkreis: Kehl-Offenburg).
Prälat Lender (8. Wahlkreis: Bühl-Rastatt).
Landgerichtsdirektor Zehnter (14. Wahlkreis: Adelsheim-Buchen-Tauberbischofsheim).

[3] Posthalter Faller (2. Wahlkreis: Donaueschingen-Villingen).
Weingutsbesitzer Blankenhorn (4. Wahlkreis: Lörrach-Müllheim).
Oberamtmann Beck (12. Wahlkreis: Heidelberg).
Landwirt Müller (13. Wahlkreis: Bretten-Sinsheim).

[4] Redakteur Eichhorn (9. Wahlkreis: Pforzheim).
Buchdruckereibesitzer Geck (10. Wahlkreis: Karlsruhe).
Stadtrat Dreesbach (11. Wahlkreis: Mannheim).

889. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 2. September 1903

Ganz vertraulich. Es scheint noch nicht ganz sicher, ob S. K. H. der Großherzog von Baden den diesjährigen Herbstmanövern beiwohnen wird. Die Absicht besteht jedenfalls, indessen das Reiten wird für den hohen Herrn immer riskanter. Schon seit einigen Jahren hat man von leichten Schwindelanfällen gesprochen, die den Großherzog bisweilen heimsuchen, man besorgt daher mit Recht, daß solche Anfälle S. K. H. auch zu Pferde überraschen und ernste Folgen haben könnten. In Kreisen des Hofes und der Regierung besteht daher allgemein der lebhafte Wunsch, der Großherzog möge auf die Teilnahme an den Manövern verzichten, und auch von militärischer Seite wird ein Aufgeben der Manövertätigkeit schon aus dem Grunde befürwortet, weil notwendigerweise auf den erlauchten Inspekteur besondere Rücksichten zu nehmen sind, die mehr oder minder den Wert der Übungen beeinträchtigen müssen.

Nur I. K. H. die Frau Großherzogin hält, wie ich schon früher meldete, mit eiserner Zähigkeit eine Erfüllung der soldatischen Pflichten durch den hohen Gemahl für unerläßlich, will das damit verbundene Risiko nicht sehen und ist gewissermaßen entrüstet, wenn ein Niederlegen der Armeeinspektion auch nur angedeutet wird.

Dabei wäre es ohne Zweifel in jeder Beziehung erwünscht, jetzt S. K. H. den Erbgroßherzog, der im Lande ist und geflissentlich von irgendwelchen Vertretungsgeschäften für

den Landesherrn meist ferngehalten wird, mit den Aufgaben eines Armee-Inspekteurs zu betrauen. S. K. H. würde dann als solcher am zweckmäßigsten in Freiburg residieren und damit dem elterlichen Hause etwas entrückt werden können, was kein Schaden wäre. Der Erbgroßherzog selbst und besonders die Frau Erbgroßherzogin dürften einen solchen Wechsel mit Freuden begrüßen.

Es erscheint auffallend, daß die Frau Großherzogin als Tochter des großen hochseligen Kaisers so wenig Verständnis für militärische Dinge zeigt. Besäße I. K. H. nur einigen Blick und mehr kompetentes Urteil in dieser Hinsicht, so hätte bei der hohen Frau der Wunsch nach einer Kommandierung höchstihres Herrn Sohnes als Kommandierender General nach Karlsruhe niemals ernste Gestalt gewinnen können[1], denn für jeden mit den Verhältnissen Vertrauten müßte es klar sein, daß diese Versetzung nur Unzuträglichkeiten und Schwierigkeiten mit sich gebracht hätte.

Ich werde bei meinem unmittelbar bevorstehenden Besuche auf Schloß Mainau den Anschauungen, wie sie hier entwickelt sind, in aller Ehrfurcht bei I. K. H. dem Großherzog und der Großherzogin nach Möglichkeit Eingang zu verschaffen suchen, habe aber freilich einstweilen dabei geringe Hoffnung auf Erfolg.[2]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 geheim Bd. 1, Ausf.; gedr. *Fuchs* IV S. 509f.

[1] Vgl. Nr. 827, 828.

[2] Am 24. Sept. 1903 berichtete Eisendecher vertraulich, daß der Großherzog „auf die Teilnahme an den Übungen definitiv verzichtet" habe (Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 8, Ausf.; gedr. *Fuchs* IV S. 518).

890. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 15. September 1903

Vertraulich! Herr v. Brauer wird morgen nach Mainau reisen, um dort S. K. H. dem Großherzog Vortrag zu halten und insbesondere über die Frage der Zulassung zweier Klöster die höchste Entscheidung herbeizuführen.

Der Kultusminister hatte seinerzeit infolge gemeinsamen Beschlusses des Ministeriums mit Zustimmung des Landesherrn in der Kammer erklärt, die Regierung werde bezüglich dieser Frage mit der Kurie in Verhandlungen eintreten.[1]

Die von liberaler Seite gegen irgendwelche Konzessionen in solcher Richtung erhobenen lebhaften Proteste erweckten indessen demnächst bei S. K. H. ernste Bedenken, und die Sache liegt gegenwärtig so, daß der Großherzog sehr wenig geneigt scheint, der Eröffnung von Verhandlungen zuzustimmen.[2] Herr v. Brauer glaubt nun darauf bestehen zu müssen, daß das der Kammer gegebene Versprechen erfüllt werde. Gelingt es ihm nicht, dazu die Genehmigung des Landesherrn zu erlangen, so ist er entschlossen, mit seinen Kollegen zurückzutreten.

Ich würde einen Wechsel des derzeitigen Ministeriums für höchst bedauerlich halten in jeder Beziehung. Bessere Minister dürften sich so leicht nicht finden. Voraussichtlich würden zwar die Herren Dr. Buchenberger und Schenkel wieder in ein neues Ministerium eintreten. Herrn v. Brauers Rücktritt wäre aber nicht nur für Baden, sondern auch für das Reich ein tief zu beklagender Verlust. Man muß also hoffen, daß der Leitende Minister imstande sein werde, seine und seiner Kollegen Auffassung an höchster Stelle

wirksam zur Geltung zu bringen. Ganz zweifellos ist es ja für den Großherzog schwer, von der bisher befolgten liberalen Politik gewissermaßen abzuweichen, und Konzessionen an das badische, sehr demagogisch gefärbte Zentrum bleiben immerhin eine heikle Sache, indessen sind angesichts der allgemeinen Lage zwei Klöster wohl mit in den Kauf zu nehmen, wenn damit das Ministerium sich halten läßt.[a]

Herr v. Brauer meint übrigens, daß es mit der tatsächlichen Zulassung noch gute Wege habe, die Verhandlungen mit der Kurie würden sicher lange Zeit erfordern und während der kommenden Landtagssession nur wenig gefördert werden können, es sei überhaupt fraglich, ob die Kurie auf die von der Regierung zu stellenden Bedingungen eingehen werde; praktisch habe demnach die ganze Frage zunächst gar keine so große Bedeutung; es käme ihm eben nur darauf an, die dem Landtage gegebene Zusage einzulösen, das müsse geschehen, sonst könne er nicht bleiben.[b]

Der Minister sagte mir auch, seines Erachtens bilde das Anwachsen der Sozialdemokratie eine größere Gefahr als die Machtbestrebungen des Zentrums[c], er betrachte es daher als seine Aufgabe, allmählich auf eine Art von Versöhnung zwischen dem Liberalismus und dem Zentrum, wenigstens auf ein Zusammengehen bei den Wahlen, hinzuarbeiten[d], allerdings sei das in Anbetracht des besonders hierzulande bestehenden Hasses der beiden Parteien ein schwieriges Unternehmen.[e]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 8, Ausf.; Marg.: „v. S. M. 20./9.; mtg. m. Schreib. 26./9. Kultusmin."

[a] Randnotiz Wilhelms II.: „Um ein Ministerium zu halten, so etwas zu tun, ist Selbstmord! Es ist eine kolossale Dummheit, wenn Brauer sich darauf stützt. Ich hoffe, der Großherzog bleibt fest".

[b] Randnotiz Wilhelms II.: „Denkt Brauer, die Zusage schadet dem Lande und festige seinen evangelischen Fürsten!"

[c] Randnotiz Wilhelms II.: „Nein!"

[d] Randnotiz Wilhelms II.: „Unsinn".

[e] Randnotiz Wilhelms II.: „Brauer täuscht sich!"

[1] Nr. 857–859.

[2] Kultusminister Dusch an Brauer vom 11. Aug. 1903 (Gedr. *Fuchs* IV S. 508f.).

891. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 18. September 1903

Die Erneuerungswahlen zur Zweiten Badischen Kammer sollen in der ersten Hälfte November stattfinden, nachdem die Wahlmänner Ende nächsten Monats gewählt worden sind. Mit der Festsetzung eines bestimmten Tages für die Urwahlen hält die Regierung noch zurück, um den intensivsten Parteikampf, der erst nach der Veröffentlichung des Datums einzutreten pflegt, möglichst abzukürzen. Der Minister des Innern glaubt und hofft bis jetzt, daß die Nationalliberale Partei ihr Plus von einer Stimme behaupten werde. Am meisten gefährdet erscheinen die Kreise Eberbach-Buchen und Rastatt, auch dort wird aber die liberale Partei bei gehöriger Anstrengung und Energie wahrscheinlich Sieger bleiben. Das wäre um so erwünschter, als sonst der Präsident aus den Reihen des Zentrums zu wählen sein würde.

Der Versuch, in Mannheim, der sozialdemokratischen Hochburg, ein Zusammengehen aller liberalen bürgerlichen Elemente gegen die Genossen zustande zu bringen, ist

leider an der ablehnenden Haltung der Demokraten gescheitert; sowohl in der genannten Handelsstadt wie in Pforzheim wäre bei einem solchen Zusammengehen eine Niederlage der sozialistischen Bewerber wohl zu erreichen. Minister Schenkel teilt im übrigen ganz die Ansicht des Herrn v. Brauer, daß die Sozialdemokratie dauernd und empfindlich und durch ein Wahlbündnis aller übrigen Parteien geschädigt werden könnte. Ohne das Zentrum ist in Baden ein ansehnlicher Erfolg in dieser Richtung so gut wie ausgeschlossen. Das Bestreben der Regierung muß deshalb dahin gehen, womöglich ein solches Bündnis zustande zu bringen und zunächst wenigstens einen Modus vivendi zwischen den Nationalliberalen und dem Zentrum anzubahnen.

Die Aufstellung von Kandidaten hat begonnen, ist aber großenteils noch rückständig, besonderes Interesse gewähren die bis jetzt genannten Namen nicht. Als wichtig kann ich einstweilen nur melden, daß der bekannte ultramontane Führer Wacker nicht mehr kandidieren wird. Nach einer darüber veröffentlichten Erklärung haben ihn Rücksichten auf seine Gesundheit zu dem Verzichte auf ein Mandat bestimmt, er wird indessen die Führung des Zentrums trotzdem behalten und politisch wohl weiter die gleiche Rolle spielen wie bisher.

Die Kammern sollen im Dezember einberufen werden. Alsdann ist zunächst die Vorlage eines von der Regierung ausgearbeiteten Entwurfs, betreffend die Einführung des direkten Wahlrechts, in Aussicht genommen.[a] S. K. H. der Großherzog hat vorläufig die darin enthaltenen Vorschläge noch nicht genehmigt, ich hoffe den Entwurf einreichen zu können, sobald solche Genehmigung erfolgt ist.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 8, Ausf.; Marg.: „v. S. M. 22./9.; 24./9. Min. d. Innern".

[a] Randnotiz: „!"

892. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 22. September 1903

Streng vertraulich! Im Anschluß an den Bericht Nr. 40 vom 15. d. Mts.[1] kann Ew. Exz. ich ganz vertraulich gehorsamst melden, daß S. K. H. der Großherzog nunmehr eingewilligt hat, daß mit der Kurie wegen Zulassung einzelner Männerklöster Verhandlungen eröffnet werden.

Herr v. Brauer hat seinem Gnädigsten Herrn gegenüber keinen Zweifel darüber gelassen, daß das Gesamtministerium entschlossen sei zurückzutreten, wenn dieses dem Landtage gegebene Versprechen unerfüllt bleibe.[2] Er sagte mir, es habe einige Mühe gekostet, die Zustimmung S. K. H. zu erhalten, namentlich sei auch die Frau Großherzogin schwer zu überzeugen gewesen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 8, Ausf.; Marg.: „auszugsw. mtg. m. Schreib. 26./9. Kultusmin."

[1] Nr. 890.

[2] Nachdem sich am 15./16. Aug. 1903 Staatssekretär v. Richthofen für die Zulassung von Orden beim Großherzog eingesetzt hatte, willigte dieser auf Brauers Drängen am 17. Sept. 1903 ein, mit dem Ordinariat auf der Grundlage des § 11 des Gesetzes vom 9. Okt. 1860 (Rechtliche Stellung der

Kirchen und kirchlichen Vereine) Verhandlungen über die Einführung zweier Klöster aufzunehmen (Gedr. *Fuchs* IV S. 511–517).

893. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 13. Oktober 1903

Vertraulich! In der kommenden Session des Badischen Landtages werden die Wahlrechts- und die Klosterfrage sowie die Finanzlage des Landes eine hervorragende Rolle spielen.

Baden ist ohne Zweifel ein gut regierter Staat mit sehr fähigen Ministern und einem tüchtigen Beamtenstand. Wenn man trotzdem die gegenwärtige Lage als recht unerfreulich bezeichnen muß, so liegt das in erster Linie an der Kurzsichtigkeit und dem Mangel an höherem politischen Verständnis der Parteien und zum großen Teil auch an den unsicheren finanziellen Beziehungen zum Reiche.

Die bevorstehende Neuwahl von 31 Abgeordneten wird sich nach den Wahlaufrufen und Parteibeschlüssen fast genau ebenso abspielen wie sonst, das heißt der Haß zwischen Nationalliberalen und Ultramontanen wird überall den so notwendigen Zusammenschluß der sogenannten bürgerlichen Parteien verhindern und den Sozialdemokraten oder Volksparteilern zu einigen Mandaten verhelfen. Alles Bemühen der Regierung, dem entgegenzuwirken, scheint einstweilen erfolglos. Auch das unerquickliche Schauspiel des sozialdemokratischen Parteitages in Dresden[1] hat hier in dieser Richtung die Dinge nicht zu bessern vermocht. Man hat sich in der gegenseitigen Gehässigkeit so verbissen, und die Presse[a] arbeitet so töricht gegen jede Verständigung, daß eine Milderung des Parteihaders vorläufig nicht zu hoffen ist.

Hätte S. K. H. der Großherzog etwas früher, zum Beispiel schon vor den letzten Reichstagswahlen, in Sachen der Klöster die jetzt erfolgte Zustimmung zu einschlägigen Verhandlungen mit der Kurie erteilt, so wäre vielleicht ein Zusammengehen der beiden stärksten Parteien wenigstens in einzelnen Wahlbezirken möglich geworden; alsdann dürfte wohl auch Bassermann in Karlsruhe nicht unterlegen sein.

Wie Ew. Exz. ich bereits meldete[2], ist dieser Entschluß des Landesherrn nur widerwillig und angesichts der vom Ministerium gestellten Kabinettsfrage zu erlangen gewesen, obgleich S. K. H. früher Höchstselbst die Zulassung zweier Klöster fast dringlicher als die Minister befürwortet hatte. Der hohe Herr scheint das, wie der Kultusminister bedauernd andeutet, vollständig vergessen zu haben. Die eigentümliche Umstimmung wird vornehmlich auf die Frau Großherzogin zurückgeführt, Höchstwelche seinerzeit in den Münchener Neuesten Nachrichten[3] wegen angeblich stark katholischer Tendenzen gehässig angegriffen wurde. Dann hat auch der durchaus unnötige und übertriebene Protest der Professoren mit Kuno Fischer an der Spitze entschieden großen Einfluß geübt.[4]

Offenbar wird die praktische Bedeutung der Frage stark überschätzt. Schon seit 1890 sind fortwährend zahlreiche Mönche zugelassen, die sich, als Missionsprediger umherreisend, meist jeder wirksamen Kontrolle entziehen, während man sie in festen Niederlassungen weit sicherer unter Aufsicht halten könnte.

Die der Kurie bereits mitgeteilte Bereitwilligkeit der Regierung zur Eröffnung von Verhandlungen über die Zulassung solcher Niederlassungen[5] ist gegenwärtig noch nicht

im Lande bekannt. Der Zentrumsführer Wacker benutzte daher in der jüngsten Versammlung seiner Partei in Rastatt[6] die Frage zu einer recht unzeitgemäßen Kritik des Landesherrn und der Minister, die ihm von den Gegnern allerseits sehr verübelt wird.

Was die Finanzlage betrifft, so bleibt nach Ansicht des Dr. Buchenberger die größte Sparsamkeit unerläßlich; solange nicht das Reich finanziell mehr auf eigene Füße gestellt wird, erschwert die Unsicherheit der Ausgaben für Reichszwecke jede ordnungsmäßige Budgetaufstellung ungemein. Der Minister wird bei der demnächst in Aussicht stehenden Konferenz in Berlin[7] dringlich hierauf hinweisen und das Branntweinmonopol und eine Reichserbschaftssteuer empfehlen.[b] Er sagt mir, daß eine Erhöhung der Einkommensteuer in Baden nicht mehr hintanzuhalten sei und daß er zu seinem lebhaften Bedauern dem Kollegen vom Unterrichtsressort die sehr erwünschten höheren Mittel für die Volksschulen habe streichen müssen. Auch die Eisenbahneinnahmen seien im Rückgange begriffen[c], zwar mache sich neuerdings ein leichter Aufschwung bemerkbar, aber früher oder später werde man vielleicht doch nicht umhin können, den äußerst unpopulären Anschluß an eine größere Eisenbahngemeinschaft ernstlich ins Auge zu fassen.[d]

Im großen und ganzen hat sich die allgemein wirtschaftliche Lage etwas gehoben, die Ernte ist ziemlich befriedigend, und auch die Weinlese kann man teilweise als nicht schlecht bezeichnen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 11, Ausf.; Marg.: „v. S. M. 19./10.; Finanzminister, Kultusmin., Handelsmin. 22./10.03".

[a] Randnotiz Wilhelms II.: „Hol' der Satan diese verfluchte Einrichtung".

[b] Randnotiz Wilhelms II.: „Bier und Tabak! Das ist die Hauptsache!"

[c] Randnotiz Wilhelms II.: „Bei der törichten Haltung der Badenser in Eisenbahnfragen ist das nicht zu verwundern. Sie müssen sich uns wie Hessen anschließen!"

[d] Randnotiz Wilhelms II.: „Das ist absolut richtig".

[1] Auf dem Dresdener Parteitag (13.–19. Sept. 1903) verurteilte die SPD nach äußerst heftigen Auseinandersetzungen die revisionistischen Bestrebungen (*Schultheß* 1903 S. 136).

[2] Nr. 892.

[3] Nr. 862 Anm. 1.

[4] Nr. 860 Anm. 4.

[5] Vgl. Nr. 892 Anm. 2.

[6] Landesversammlung der bad. Zentrumspartei in Rastatt am 6. Okt. 1903 (Gedr. Bad. Beobachter, Nr. 228 vom 8. Okt. 1903; *Kremer*, Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht S. 199 ff.).

[7] Nr. 895 Anm. 1.

894. Eisendecher an Bülow

Baden, 31. Oktober 1903

Nach dem Ausfall der gestern im Großherzogtum Baden vorgenommenen Wahlmännerwahlen ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß die Nationalliberale Partei in der Kammer ihr bisheriges Plus an einer Stimme gegenüber dem Zentrum behaupten, mithin wieder den Präsidenten stellen wird. Wahrscheinlich dürfte sich sogar dieses Plus um eine weitere Stimme vermehren. In Pforzheim gilt erfreulicher- und überraschenderweise der sozialdemokratische Kandidat Geck als zweifellos unterlegen.[a]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 8, eig. Ausf.; Marg.: „v. S. M."

[a] Randnotiz Wilhelms II.: „Ja".

895. Eisendecher an Bülow

Baden, 8. November 1903

Ganz vertraulich. Finanzminister Dr. Buchenberger ist recht befriedigt und mit guten Eindrücken von seiner Berliner Mission[1] zurückgekehrt. Er hat gestern hier S. K. H. dem Großherzog Vortrag gehalten.

Vertraulich sagte er mir, Ew. Exz. hätten Anlaß genommen, mit ihm über die Haltung Badens betreffend die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes, speziell über die bisher ablehnende Stimmung des Großherzogs, zu sprechen. Er habe diesen Punkt S. K. H. gegenüber erwähnt und auseinandergesetzt, wie ohne eine Aufhebung des § 2 das Zentrum für die unabweisbare Reichsfinanzreform nicht zu haben sein werde. Der Großherzog sei zwar zunächst mit einigem Widerstreben, aber dann doch wohlwollend auf die Sache eingegangen und habe schließlich bemerkt, wenn es nun einmal ohne einen derartigen Handel nicht abgehe, so werde man als geringeres Übel den § 2 opfern müssen. Der Minister hat hiernach die Empfindung, daß Baden im Bundesrat sein Verhalten dementsprechend einrichten, d. h. vielleicht nicht direkt für die Aufhebung stimmen, aber sich wenigstens der Abstimmung enthalten werde. Er zweifelt nicht, daß auch Herr v. Brauer in diesem Sinne Ew. Exz. Wünschen tunlichst entgegenkommen werde und meint weiter, er empfehle dringend, die nunmehr wahrscheinlich gewordene Geneigtheit der Großherzoglichen Regierung zu solchem Entgegenkommen bis zur letzten Stunde absolut geheimzuhalten; das Zentrum müsse womöglich bis zur Entscheidung an die unerbittliche Gegnerschaft Badens glauben.[2]

Ich darf hinzufügen, daß neuerdings das badische Zentrum in seinen Preßorganen eine gewisse Zurückhaltung beobachtet, auch die Auslassungen seines geistlichen Führers Wacker sind milder als sonst. Beispielsweise brachte kürzlich der streng ultramontane „Pfälzer Bote" einen durchaus maßvoll gehaltenen Artikel über die Brettener Melanchthonfeier. Demgegenüber lassen es manche liberale Blätter an der wünschenswerten Sachlichkeit und Ruhe oft fehlen; Wacker hat nicht so unrecht, wenn er im „Beobachter" sagt, man solle doch die ewigen persönlich gefärbten Unarten in der liberalen Presse unterlassen.

Sehr sachlich und wohlinformiert schreibt der badische Berichterstatter[3] des hier vielgelesenen „Schwäbischen Merkur" über die innerpolitischen Verhältnisse im Großherzogtum. Er war früher in seinem Urteil bisweilen allzu einseitig liberal und nicht immer ganz gerecht in der Kritik der Zentrumsbestrebungen, galt überhaupt als einer der eifrigsten Gegner des Ultramontanismus. Ein Freund des Zentrums ist er auch jetzt keineswegs, aber er sieht offenbar weiter als die meisten liberalen Kollegen und sucht in richtiger Erkenntnis der politischen Lage in neuerer Zeit die Gegensätze nach Möglichkeit abzuschwächen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Päpstlicher Stuhl Nr. 13 a Nr. 1 Bd. 4, eig. Ausf.

[1] Am 19.–21. Okt. 1903 berieten die Finanzminister der größeren Bundesstaaten über die Finan-

zierung des Reichshaushalts und die Reichsfinanzreform (*Schultheß* 1903 S. 157; vgl. Nr. 923). Als Ergebnis wurde am 4. Dez. 1903 dem Reichstag ein Gesetzentwurf vorgelegt, der die Zolleinnahmen und die Erträge aus dem Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen nicht mehr den Bundesstaaten, sondern insgesamt dem Reich zuwies (Stengelsche Finanzreform; vgl. *Schultheß* 1903 S. 168).

[2] Vgl. *Furcht*, passim.

[3] Otto Ammon.

896. Eisendecher an Bülow

Baden, 12. November 1903

Gestern erfolgten 30 Erneuerungs- und 3 Ersatzwahlen für die badische Zweite Kammer.[1] In einem Kreise – Eberbach-Buchen – mußte die Wahl wegen anscheinend bei der Urwahl vorgekommener Unregelmäßigkeiten verschoben werden. Karlsruhe-Land brachte eine nach dem Ausfall der Wahlmännerwahlen schwer vorauszusehende unangenehme, Schwetzingen dagegen eine erfreuliche Überraschung; in allen übrigen Bezirken entsprachen die Ergebnisse den gehegten Erwartungen. In Karlsruhe-Land blieben 2 Wahlgänge resultatlos, im ersten stimmten für den Sozialdemokraten Lutz[2] 70, für den Konservativen Mayer[3] 60, für den antisemitischen Bündler Elser[4] 40 Wahlmänner. Im 2. Wahlgange erhielt Lutz 72, Mayer 59, Elser 39 Stimmen; im 3. Lutz 85, Mayer 71; sechs Stimmen waren ungültig und einige leere Zettel wurden abgegeben. Mithin verdankt der Genosse Lutz (Apotheker hier in Baden) zweifellos seine Wahl der antisemitisch-bündlerischen Unterstützung.[5]

In Schwetzingen wählten im 1. Wahlgange den Nationalliberalen Clauß[6] 87, den Demokraten Eder (bisheriger Inhaber des Mandats) 82, den Sozialisten Müller[7] 47 Wahlmänner; im 2. Wahlgange blieb das Stimmverhältnis nahezu das gleiche, im 3. siegte Clauß mit 99, darunter 12 sozialdemokratischen Stimmen.

Gewählt wurden im ganzen, abgesehen von der noch ausstehenden Wahl, 13 Nationalliberale, 12 Zentrumsanhänger, 4 Sozialdemokraten, 3 Demokraten und 1 Freisinniger. Das bedeutet für die Kammer einen nationalliberalen Sitz mehr, einen konservativen weniger; die letztere Partei wird also überhaupt nicht weiter vertreten sein, und da der in Eppingen wiedergewählte frühere b ü n d l e r i s c h e Abgeordnete Burkhard sich der Nationalliberalen Partei angeschlossen hat, wird auch diese Spezialität aus dem Hause verschwinden. Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten erscheinen wieder in ihrer bisherigen Stärke.

Angeblich sind die Aussichten der Nationalliberalen in Eberbach-Buchen recht günstig, möglich bleibt immerhin, daß dem Zentrum dort ein weiteres Mandat zufällt, aber auch dann verfügen die Erstgenannten noch über die relative Majorität im Hause.

Ich darf gehorsamst bemerken, daß die oben gemeldeten Stimmzahlen in Karlsruhe-Land und Schwetzingen nicht auf amtlichen Nachrichten beruhen, sondern den telegraphischen Berichten der „Badischen Landeszeitung" entnommen sind.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 8, eig. Ausf.; Marg.: „mtg. 26./11. Dresden, München, Stuttgart, Darmstadt, Hamburg, Oldenburg".

[1] Vgl. Stat. Jahrbuch 35 (1904/05) S. 606 (Vgl. Nr. 898).

[2] Lutz, Theodor August (1847–1913), Apotheker in Baden-Baden, SPD, MdL 1903/04.

[3] Mayer, Theodor Friedrich Dr. theol. h. c. (1864–1936), seit 1886 ev. Geistlicher, 1887 Pfarrer in

St. Georgen und Dekan in Hornberg, 1907–1924 Oberkirchenrat in Karlsruhe, 1904 Mitglied der Generalsynode, K/DNVP, MdL 1919–1933.

[4] Elser, Emil, Metzger und Posthalter in Rußheim, Antisemit.

[5] Brauer gestand am 11. Nov. 1903 dem Großherzog, daß seine Bemühungen um ein Zusammengehen der Konservativen und der Bündler im Landtagswahlkreis Karlsruhe-Land an der „Kleinlichkeit und Halsstarrigkeit" beider Parteien gescheitert waren (Vgl. *Fuchs* IV S. 519).

[6] Clauß, Ferdinand (1848–1926), seit 1871 im bad. Justizdienst, 1878 Amtsrichter in Meßkirch, 1883 in Schwetzingen, 1885 Oberamtsrichter, 1889 Landgerichtsrat in Mannheim, 1891 in Offenburg, 1904 in Freiburg, NL, MdL 1903/04 (AV; PA-GLA).

[7] Müller, B., Arbeitersekretär in Mannheim, SPD.

897. Eisendecher an Bülow

Baden, 14. November 1903

Die Eröffnung der badischen Kammern wird am 1. Dezember stattfinden, und zwar nicht durch S. K. H. den Großherzog, vielmehr soll Staatsminister v. Brauer Auftrag erhalten, die Thronrede zu verlesen.

Der Landesherr ist sehr wenig erbaut von den Vorkommnissen bei den Wahlen und der eigentümlichen Inkonsequenz einzelner Parteien. Höchstderselbe tadelt namentlich die Konservativen und deren Anhängsel, die Bündler und Antisemiten, welche letztere einem Sozialdemokraten zum Siege verhalfen.[1]

S. K. H. sagten mir vertraulich, daß die Vorlage betreffend Einführung des direkten Wahlrechts den Kammern sofort zugehen werde, darin sei insbesondere eine Erweiterung der Befugnisse der Ersten Kammer vorgesehen; ohne gewisse diesem Hause zu gewährende Budgetrechte könne man das direkte Wahlrecht nicht akzeptieren.

Bezugnehmend auf meinen letzten Bericht über die Wahlresultate darf ich gehorsamst bemerken, daß die badische Zweite Kammer noch einen agrarisch angehauchten Antisemiten, den Abgeordneten Mampel, aufzuweisen hat.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 8, eig. Ausf.; Marg.: „mtg. 26./11. München, Stuttgart, Dresden, Darmstadt, Oldenburg, Weimar, Hamburg".

[1] Nr. 896 Anm. 5.

898. Eisendecher an Bülow

Baden, 1. Dezember 1903

Da die Nachwahl in Eberbach-Buchen zugunsten des nationalliberalen Kandidaten ausfiel, wird die badische Zweite Kammer bestehen – sofern die angefochtenen Wahlresultate in Schwetzingen und Karlsruhe-Land gültig bleiben – aus 26 Nationalliberalen, 23 Zentrumsanhängern, 6 Sozialdemokraten, 5 Demokraten, 2 Freisinnigen und einem Antisemiten. Darunter befinden sich 10 Fabrikanten oder Kaufleute, 9 Richter, 8 Rechtsanwälte[a], 6 Professoren, 6 Landwirte, 5 Bürgermeister, 4 Privatangestellte, 4 Gastwirte, 3 Abgeordnete ohne berufliche Tätigkeit, 2 Oberbürgermeister, 2 Apotheker, 1 Oberschulrat, 1 katholischer Geistlicher, 1 Finanzbeamter und 1 Oberingenieur.

Die Wiederwahl des Oberbürgermeister[s] Gönner zum ersten Präsidenten gilt als

zweifellos. Die zweite Präsidentenstelle gehört wie bisher dem Zentrum, die dritte wird voraussichtlich unter Verzicht der Sozialdemokraten abermals den Demokraten zufallen. Nahezu die Hälfte der Neugewählten entbehrt jeglicher parlamentarischer Erfahrung; auch die vier Genossen sind Neulinge, und zwar zum Teil solche von recht roter Färbung (Lutz, Süßkind[1]). Ihre im ganzen maßvollen und persönlich manierlichen Vorgänger, Dreesbach, Geck, Fendrich, Geiß, sollen in der Kammer nicht unbeliebt gewesen sein. Mit dem Geistlichen Rat Wacker, der eine Wiederwahl ablehnte, verliert das Haus seinen gewandtesten, schlagfertigsten Redner; in der Partei wird indessen der Zähringer Pfarrer nach wie vor als Führer herrschen, und von den ultramontanen Mandatsinhabern ist willige Gefolgschaft zu erwarten. Die Nationalliberalen haben angeblich einige recht gute Kräfte gewonnen, gerühmt werden namentlich Landgerichtsrat Clauß, Bürgermeister Dr. Weiß[2] und Rechtsanwalt Scheider.

Das Verschwinden der Konservativen aus der Kammer muß man an und für sich gewiß bedauern, aber es kann wohl mit Befriedigung begrüßt werden, daß der bisherige höchst unberechenbare Abgeordnete Freiherr v. Stockhorner diese Partei nicht länger vertritt.

Die Zusammensetzung der Ersten Kammer hat wesentliche Änderungen erfahren durch die vom Landesherrn ernannten Mitglieder. Neuberufen wurden: Geheimrat und Oberbaudirektor Honsell[3] (Vater des Rheinkorrekturprojektes), Senatspräsident Schember[4], Geheimrat Professor Bunte[5] von der Technischen Hochschule, die Geheimen Kommerzienräte Sander in Lahr und Kölle[6] in Karlsruhe, die Kommerzienräte Reiß (Mannheim) und Pfeilsticker[7] (Freiburg). Eine Wiederernennung erfolgte nur für den Geheimrat Lewald[8], Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes. Die Übergehung der bisherigen Mitglieder Freiherr v. Bodman (Gesandter in München), Geheimrat Professor Engler und Kommerzienrat Scipio[9] geschah auf ihren Wunsch. Zwei frühere Mitglieder, die Kommerzienräte Diffené (Mannheim) und Krafft (St. Blasien) sind verstorben. Erhebliches Aufsehen erregt die unterbliebene Wiederberufung des Oberlandesgerichtspräsidenten Freiherrn v. Neubronn. Dieser sehr fähige Jurist und erste Richter des Landes hatte in der vorigen Kammersession der Regierung gegenüber oppositionelle Allüren bekundet und einen Ton angeschlagen, der in dem Hohen Hause noch kaum vernommen worden war.[10] Er hatte dabei eine gewisse Bitterkeit verraten, die Eingeweihte darauf zurückführen, daß ihm bei dem letzten Ministerwechsel nicht das Justizministerium übertragen wurde; das soll er sicher erwartet haben und seitdem stark gekränkt etwas an verletztem Ehrgeiz leiden. Radikale badische Blätter wie auch die Frankfurter Zeitung benützen seine Übergehung zu Ausfällen gegen die Regierung, die sie deshalb einer Knebelung des freien Wortes und reaktionärer Tendenzen zeihen.

Die heutige Eröffnung des Landtages wird im höchsten Auftrage der Finanzminister Dr. Buchenberger vornehmen, da leider Staatsminister v. Brauer kürzlich an leichtem Erkältungsfieber erkrankte.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 8, Ausf.; Marg.: „v. S. M. 5./12.; 11./12. Staatsmin."

[a] Randnotiz Bülows: „!"

[1] Süßkind, Albert (1861–1915), Kaufmann in Mannheim, SPD, MdL 1903–1914.

[2] Weiß, John Gustav Dr. (1857–1943), Bürgermeister in Eberbach, NL, MdL 1903/04, MdL (I. K.) seit 1905.

[3] Honsell, Max (1843–1910), Ingenieur, seit 1872 in der bad. Wasser- und Straßenbauverwaltung, 1874 Baurat, 1881 Oberbaurat, 1883 Vorstand des Zentralbüros für Meteorologie und Hydrogra-

phie, 1885 Baudirektor, 1887–1906 Professor an der TH Karlsruhe (Ingenieurwesen), 1899 Direktor des Wasser- und Straßenbaus, Geh. Rat, MdL (I. K.) 1903–1906, 1906 Staatsrat, 1907–1910 bad. Finanzminister und Bevollmächtigter zum Bundesrat (AV).

[4] Schember, Ludwig (1835–1907), seit 1858 im bad. Justizdienst, 1864 Amtsrichter in Pforzheim, 1868 in Karlsruhe, 1869 Kreisgerichtsrat in Waldshut, 1879 Landgerichtsrat, 1881 in Konstanz, 1883 in Freiburg, 1884 Oberlandesgerichtsrat, 1888–1899 auch richterlicher Beamter des Landesversicherungsamts, 1890 Mitglied des Disziplinarhofs, 1892–1899 des Kompetenzgerichtshofs, 1899 Landgerichtspräsident in Heidelberg, 1902 Senatspräsident beim Oberlandesgericht in Karlsruhe, MdL (I. K.) 1903/04 (AV; PA-GLA).

[5] Bunte, Hans Hugo Christian Dr. (1848–1925), 1878 Privatdozent der Chemie an der TH München, 1887 o. Professor an der TH Karlsruhe, Leiter der chem.-techn. Prüf- und Versuchsanstalt Karlsruhe, 1891 Hofrat, 1896/97 Rektor, MdL (I. K.) 1903/04, 1910 Geh. Rat (PA-GLA).

[6] Kölle, Robert (1844–1926), Bankier in Karlsruhe, Kommerzienrat, NL, MdL 1893–1896, MdL (I. K.) 1903–1908.

[7] Pfeilsticker, Arthur (1847–1911), Fabrikant in Freiburg, Kommerzienrat, MdL (I. K.) 1903/04, 1909/10 (Frdl. Auskunft d. StadtA Freiburg).

[8] Lewald, Ferdinand Heinrich Dr. (1846–1928), seit 1868 im bad. Verwaltungsdienst, 1872 Amtmann, 1878 Oberamtmann, 1879 Finanzrat in der Steuerdirektion, 1880–1884 jurist. Beirat der Generalintendanz der Zivilliste, 1884 Ministerialrat im Finanzministerium, 1890 Domänendirektor, 1897 Geh. Rat, 1900 Präsident des Verwaltungs- und des Kompetenzgerichtshofs, MdL (I. K.) 1905–1918 (AV; PA-GLA).

[9] Scipio, Ferdinand (1837–1905), Gutsbesitzer in Mannheim, Kommerzienrat, 1870 Gründer des Landwirtschaftlichen Klubs in Mannheim, 1886 bad. Mitglied der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, NL, MdR 1874–1878, 1884–1893, MdL (I. K.) 1895–1900.

[10] Nr. 853.

899. Eisendecher an Bülow

Baden, 4. Dezember 1903

Die badische Zweite Kammer hat ihre bisherigen Präsidenten wiedergewählt und bis auf eine sämtliche Wahlen für gültig erklärt. Nur im Schwetzinger Bezirk sind weitere Erhebungen angeordnet worden.

Interpellationen liegen bereits vor, von den Nationalliberalen und den Sozialdemokraten über die angeblich geplanten Schiffahrtsabgaben auf dem Rhein[1], vom Zentrum über die Zulassung von Ordensniederlassungen.[2] Gegen die Schiffahrtsabgaben macht sich auch in den Handelskammern und Stadtverwaltungen eine lebhafte Bewegung bemerkbar.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 8, eig. Ausf.

[1] Interpellation Abgg. Wittum u. Gen., die Einführung von Schiffahrtsabgaben auf dem Rhein betr., vom Dez. 1903 (1. Sitzung II. Kammer) (2. Beilageheft 1903/04 S. 1 f. – Drucksache Nr. 1, 2). Vgl. Nr. 1113. Am 9. Dez. 1903 (5. Sitzung II. Kammer) beantwortete Innenminister Schenkel beide Interpellationen (Vgl. Nr. 901).

[2] Interpellation (1. Sitzung II. Kammer vom 2. Dez. 1903) auf Erklärung des bad. Kultusministers v. Dusch vom 3. Juli 1902 (Gedr. *Schofer*, Klosterfrage S. 38).

900. Eisendecher an Bülow

Baden, 7. Dezember 1903

Ew. Exz. können sicher sein, daß Baden nicht gegen die Aufhebung des Artikels 2 des Jesuitengesetzes stimmen wird. Mehr als Stimmenthaltung dürfte ich jetzt in letzter Stunde nicht beim Großherzog erreicht haben, zumal Höchstihm das Projekt der Reichsfinanzreform bisher noch nicht vorliegt und S. K. H. noch zweifelt, ob es seinen Zweck auch erfüllen und den hohen Preis rechtfertigen werde.[1]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Päpstlicher Stuhl Nr. 13a Nr. 1 Bd. 4, dechiffr. Telegramm; Aufgabe: 16.40 Uhr, Annahme: Berlin, 7. Dezember 1903: 19.42 Uhr nachmittags.

[1] Staatssekretär des Auswärtigen Richthofen an Eisendecher. „Berlin, 6. Dezember 1903. Ultrageheim. Die Annahme der Reichsfinanzreform ist die einzige Möglichkeit, ein weiteres Steigen der Matrikularbeiträge zu verhindern, welches schließlich bis zu einer finanziellen und wirtschaftlichen Katastrophe führen würde. Noch viel weniger kann natürlich ohne diese Reform von einer Herabsetzung der Matrikularbeiträge die Rede sein. Leider stehen die Chancen der Reichsfinanzreform, die sonach von vitalster Bedeutung für die einzelnen Bundesstaaten ist, zur Zeit nicht besonders. Die Entscheidung liegt, nachdem Konservative und Nationalliberale dafür sind, ausschließlich beim Zentrum [Berckheim an Marschall vom 29. Dez. 1903, gedr. *Fuchs* IV S. 522; vgl. *Bachem* IX S. 223]. Letzterem ist es wegen seiner Wähler und allen früheren Erklärungen unmöglich, auf die Reichsfinanzreform einzugehen, wenn nicht Artikel 2 des Jesuitengesetzes aufgehoben wird. Wenn die Bundesstaaten sich früher gegen diese Aufhebung ausgesprochen haben, so war dies erklärlich und verständlich im Hinblick auf die damals bevorstehenden Wahlen und weil man allgemein noch unter dem Einfluß der durch den Fall Korum [Nr. 876 Anm. 2] erzeugten Stimmungen stand. Inzwischen ist der Fall Korum in befriedigender Weise erledigt, die Versuche konfessioneller Verhetzung haben bei den Wahlen keinen Eindruck gemacht. Die früheren Umstände, welche es verhinderten, die Reichsfinanzreform als das Hauptziel unter Beiseitelassung aller anderen Rücksichten ins Auge zu fassen, bestehen also nicht mehr. *Wirken Sie sofort bei Staatsminister v. Brauer und Finanzminister Buchenberger darauf hin*, daß die badischen Stimmen im Bundesrat im Sinne der Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes abgegeben werden, *und benachrichtigen Sie über die dortige Entschließung bis Montag abend den Reichskanzler*, da eine solche Nachricht für die gesamte in den allernächsten Tagen zu ergehende Gestaltung der parlamentarischen Lage im Reichstag für ihn von äußerster Wichtigkeit ist. Selbstverständlich darf von Ihren Schritten nicht das geringste in die Öffentlichkeit dringen. Ganz vertraulich: Ist eine Zustimmung Badens wider alles Erwarten durchaus nicht erreichbar, so wird Ihrerseits darauf hinzuwirken sein, daß Baden sich der Abstimmung enthält" (Ebd., Tel.-Konz.).

901. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 11. Dezember 1903

Ew. Exz. darf ich hierneben die Beilage der „Karlsruher Zeitung"[1] gehorsamst vorlegen, welche unter anderem die Gesetzentwürfe betreffend die Verfassungsänderung und die Steuererhöhung in Baden enthält. Zwei weitere der Kammer zugegangene Vorlagen über Wahlkreiseinteilung und Wahlverfahren warten noch der Drucklegung. Am Schluß berichtet die Beilage über die Verhandlung, die aus Anlaß der Interpellation wegen der angeblich geplanten Schiffahrtsabgabe in der badischen Kammer stattfand.[2] Ich möchte aus dem Bericht folgendes hervorheben:

Von dem Mannheimer Sozialdemokraten Lehmann wurde der Regierung vorgewor-

fen, sie zeige gewissen preußischen Rücksichtslosigkeiten gegenüber nicht genügende Energie und sei im Bundesrat stets bereit, den preußischen und Reichswünschen zuzustimmen. Da der Redner dabei stark abschweifte, vermahnte ihn der Präsident zur Sache. Der nationalliberale Begründer der zweiten Interpellation rügte es, daß die preußische Regierung den Zeitungsnachrichten gegenüber nicht klar und rechtzeitig Stellung genommen habe. – In beiden begründeten Ausführungen fand im übrigen ein aus Berlin übernommener Artikel der „Karlsruher Zeitung" besondere Erwähnung, welcher besagte, der Gegenstand werde nicht so bald von der Tagesordnung verschwinden.

Minister Schenkel beantwortete die Interpellationen mit einer bündigen Erklärung im wesentlichen des Inhalts, daß der Regierung über die projektierte Erhebung von Schifffahrtsabgaben amtlich nichts bekannt geworden sei und daß dieselbe den Grundsatz der Abgabe[n]freiheit festzuhalten wünsche. Die Vorwürfe des Abgeordneten Lehmann wies der Minister demnächst kräftig zurück und bemerkte bezüglich der „Karlsruher Zeitung", daß die Regierung ihrem Organ für auswärtige Korrespondenzen stets freien Spielraum gewähre.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 8, Ausf.; Marg.: „19./12. Finanzmin., Min. d. Inn."

[1] 5. Sitzung II. Kammer vom 9. Dez. 1903, in: Karlsruher Zeitung (Beilage), Nr. 340 vom 10. Dez. 1903.

[2] Vgl. Nr. 899 Anm. 1.

902. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 15. Dezember 1903

Ew. Exz. habe ich die Ehre, hierneben die drei Gesetzentwürfe[1], betreffend die Wahlrechtsreform in Baden, nebst Begründung gehorsamst vorzulegen.

Nach allen mir bisher bekannt gewordenen Äußerungen der Presse und politisch kompetenter Personen scheint einige Aussicht vorhanden, daß die Entwürfe in etwas veränderter Form schließlich Gesetze werden. Die Kritik richtet sich insbesondere gegen die der Ersten Kammer einzuräumenden Budgetrechte und gegen die vorgeschlagene gemeinsame Abstimmung bei abweichenden Voten der beiden Häuser. Die Großherzogliche Regierung ist zwar bereit, den Wünschen des Landtages möglichst entgegenzukommen, will aber von der Einwirkung der Ersten Kammer auf die Etatbewilligungen nichts ablassen. In diesem Punkte muß die Volksvertretung nachgeben, anderenfalls würde das Projekt überhaupt scheitern; darüber wird die Regierung keinen Zweifel lassen.

Einstweilen wird angenommen, daß die Zweite Kammer in ihrer Opposition nicht zu weit gehen und klug genug sein werde, die Regierungsentwürfe in ihren wesentlichsten Teilen zu akzeptieren. Die Vorlagen sind vom Minister des Innern, Dr. Schenkel, mit großem Fleiße seit dem Sommer 1902 ausgearbeitet worden; in allen Einzelheiten haben, soweit tunlich, die für den Reichstag geltenden Bestimmungen als Vorbild gedient.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 8, Ausf.; Marg.: „27./12. Minister des Innern".

[1] Gesetzentwürfe der Regierung (5. Sitzung II. Kammer vom 9. Dez. 1903):
a) Abänderung der Verfassung (Nr. 26a), gedr. 2. Beilageheft 1903/04 S. 72ff.; *Goldschmit* S. 227ff.

b) Verfahren bei den Wahlen zur Ständeversammlung (Landtagswahlrecht) (Nr. 26b), gedr. 2. Beilageheft 1903/04 S. 198ff.

c) Wahlkreiseinteilung für die Wahlen zur Zweiten Kammer (Nr. 26c), gedr. 2. Beilageheft 1903/04 S. 228ff.

903. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 18. Dezember 1903

Vertraulich! Ew. Exz. Ausführungen im Reichstage[1] finden hier andauernd die allergrößte Beachtung und, abgesehen von den sozialdemokratischen Organen, auch in der Presse allerseits lebhafte Zustimmung.

Sämtliche Minister haben mir gegenüber mit ihrer aufrichtigen Bewunderung Ew. Exz. offener, eminent nutzbringender Sprache nicht zurückgehalten. Sie sind überzeugt, daß unsere erste und wichtigste Aufgabe in der zielbewußten Bekämpfung der Sozialdemokratie liegt und daß zu diesem Ende aller Streit innerhalb der bürgerlichen Parteien womöglich ruhen sollte.

Solche Einigung bietet in Baden indessen große Schwierigkeiten, weil die einseitige Verfolgung besonderer Parteiinteressen und der lange festgewurzelte Haß zwischen Nationalliberalen und Zentrum eine politische Verworrenheit, Blindheit und Kurzsichtigkeit erzeugte, die schwer zu beseitigen ist.

Das Hauptverschulden liegt meines Erachtens beim Zentrum, und zwar in dessen oft erwiesener und eingestandener Tendenz, die verhaßten Liberalen selbst mit sozialistischer Hilfe à tout prix zu bekämpfen. Noch ganz neuerdings liefern dafür die Gemeindewahlen in der Stadt Konstanz ein unerfreuliches Beispiel. Der eifrigste Verfechter dieser Politik war bekanntlich seit Jahren der Zähringer Pfarrer, Geistliche Rat und Abgeordnete Wacker, welcher bei der letzten Wahl eine Kandidatur ablehnte, aber immer noch als wenig beschränkter Führer das Zentrum vorwiegend im demagogischen Sinne weiterregiert.

Andererseits kann man auch die Nationalliberale Partei von Schuld keineswegs freisprechen, sie hat sich eminent ungeschickt gezeigt und oft einen ganz bedenklichen Unverstand bekundet.

Zwei Punkte sind es in letzter Zeit namentlich, um welche die Gegner sich immer wieder mit größter Erbitterung in die Haare geraten, die Klosterangelegenheit und die Jesuitenfrage. Das Gezänke darüber füllt die Zeitungen und will zum Nachteil aller weiterblickenden ernsten politischen Arbeit nicht aufhören. Dabei ist leider der verbissenste Streithahn und Anstifter der ganz übertriebenen Kloster- und Pfaffenhetze, der liberale Geschichtsprofessor Böhtlingk von der Technischen Hochschule, ein wahres enfant terrible der Partei, der fortwährend in Preßprozessen lebt, stets dem Unfrieden Vorschub leistet und der Regierung Verlegenheiten bereitet. Er ist der erste Urheber des törichten Klostersturmes, seinem Beispiele folgten die Professoren, die evangelische Geistlichkeit und der ganze Schwarm liberaler Preßpolitiker in einer kulturkampfartigen Bewegung, die auf S. K. H. den Großherzog bei Höchstdessen ziemlich ausgesprochen liberaler Vergangenheit starken Eindruck machte. Darauf ist es zurückzuführen, daß der hohe Herr der Klosterzulassung und der Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes so viel Widerstand entgegensetzt. – Ohne solches Widerstreben an höchster Stelle wären die

beiden Klöster wahrscheinlich bereits zugelassen, und die Großherzogliche Regierung würde auch die Zustimmung zur Beseitigung des § 2 gewiß auf sich nehmen. Ein erneuter liberaler Entrüstungssturm verbesserter Auflage dürfte freilich alsdann nicht ausbleiben.

An und für sich haben beide Fragen für Baden im Grunde lange nicht die Bedeutung, welche man ihnen im liberalen Lager beimißt. Die vom Kultusminister angestellten Erhebungen ergeben, daß schon seit Jahren zahlreiche Ordensbrüder zur Aushilfe in der Seelsorge im Lande weilen und daß es auch an Jesuitenmissionen nicht fehlt.

Sowohl Herr v. Brauer wie seine Kollegen sind stets nach Kräften bemüht, S. K. H. den Großherzog entsprechend zu informieren und von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß die eigene Regierung wie die des Reiches zunächst die Zentrumsstimmen in den Parlamenten nicht entbehren kann, daß es deshalb ohne gewisse Konzessionen an diese Partei nicht abgehen wird, wenn praktische Politik getrieben werden soll.

Sehr bedauerlicherweise liegt nun der Staatsminister schon seit drei Wochen krank darnieder. Wäre er gesund geblieben, so hätte sein persönlicher Einfluß gerade jetzt zweifellos viel vermocht.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Päpstlicher Stuhl Nr. 13a Nr. 1 Bd. 4, Ausf.; Marg.: „mtg. 28./12. Dresden, München, Stuttgart, Darmstadt, Weimar, Oldenburg, Hamburg".

[1] Reichskanzler Bülow warf Bebel am 10. Dez. 1903 anläßlich der Etatberatungen des Reichstags Terrorismus und Willkür innerhalb der SPD vor (*Schultheß* 1903 S. 172 ff.).

904. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 19. Dezember 1903

Vertraulich! Die Anforderung einer zweiten Direktor[en]stelle im hiesigen Ministerium des Innern, deren Inhaber als weiterer badischer Bevollmächtigter zum Bundesrat in Berlin wohnen und 9200 Mark Gehalt beziehen soll, hat in der Budgetkommission der Zweiten Kammer den nationalliberalen Führer und Abgeordneten Wilckens veranlaßt vorzuschlagen, daß der Bewilligungsantrag solange ausgesetzt werde, bis der zur Zeit kranke Staatsminister v. Brauer sich darüber äußern könne.

Da von seiten eines Zentrumsmitgliedes der Antrag auf Bewilligung schon gestellt worden war, mußte die Einsprache aus nationalliberalem Munde einigermaßen überraschen. Eine Opposition gegen die Anforderung hatte die Regierung nur vom Zentrum und den Radikalen als wahrscheinlich vorausgesehen, daß eine nationalliberale Stimme in der Kommission Bedenken hegen würde, kam ihr unerwartet.

Sie kann deshalb den Verdacht einer vertraulichen Einwirkung des Herrn v. Jagemann, der in Heidelberg wohnt, auf den dort als Oberbürgermeister fungierenden Abgeordneten Dr. Wilckens nicht ganz abweisen.[a]

Herr v. Brauer sagt mir übrigens, daß der Geheime Oberregierungsrat Braun[1], der ja bereits in Berlin sei, auch bei Nichtgenehmigung der Stelle dem Grafen v. Berckheim im Bundesrat weiter zur Seite stehen werde, man müsse ihn dann eben diätarisch bezahlen; das glaube er der Kammer gegenüber in Anbetracht der starken Vertretung anderer Bundesstaaten immerhin rechtfertigen zu können.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 37 geheim Bd. 1, Ausf.

[a] Randnotiz Bülows: „!!“

[1] Braun, Otto (1852–1906), seit 1873 im bad. Verwaltungsdienst, 1878 Amtmann in Pforzheim, 1884 Oberamtmann in Adelsheim, 1889 in Karlsruhe, 1891 Ministerialrat im Ministerium des Innern, 1892 Vorsitzender des Gewerbeschulrats, 1898 Geh. Oberregierungsrat, 1899 Landeskommissär in Karlsruhe, 1900 zugleich Mitglied des Kompetenzgerichtshofs, stellvertr. Bevollmächtigter zum Bundesrat, 1904 Geh. Rat (AV; PA-GLA).

905. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 12. Januar 1904

Der bekannte hiesige fanatische Kulturkämpfer Professor Böhtlingk ist der Verfasser verschiedener Alarmrufe in der Presse, welche nachzuweisen suchen, daß der ultramontane Einfluß in den badischen Schulen bedenklich zunehme und daß aus den bestehenden katholischen Konvikten eine große Anzahl Schüler nicht den priesterlichen Beruf erwähle, sondern in weltlichen Stellungen den ultramontanen Geist mehr und mehr verbreite. Die Regierung konnte diese Behauptung aufgrund eingehender Erhebungen und unter Anführung statistischer Angaben über die Konviktschüler unschwer widerlegen. Sie stellte unter anderem fest, daß von 70 Konviktschülern nur 3 nicht Theologen geworden seien. Böhtlingk bleibt indessen bei seiner Ansicht; es ist ihm gelungen, ein Komitee zusammenzubringen, das durch Maueranschlag für heute eine öffentliche Protestversammlung anberaumt „gegen die Verbreitung ultramontaner Einflüsse in den badischen Schulen“. Derartige Versammlungen pflegen durch aufreizende Reden und Provokationen nur Unfrieden und keinerlei Nutzen zu stiften, sie sind in der Regel Wasser auf die Zentrumsmühle, die den Kampf braucht, um wirksam arbeiten zu können. Vermutlich wird der Abgeordnete Obkircher, jungliberaler Kulturkämpfer extremster Richtung, dabei neben Böhtlingk eine Hauptrolle spielen. Ein öffentlicher Briefwechsel zwischen ihm und dem Zentrumsführer Wacker, voll gegenseitiger Anschuldigungen, füllt gegenwärtig die Spalten der Presse.

Der Kultusminister sagt mir, Böhtlingk habe ihm einen ziemlich unverschämten Brief gesandt, in dem er sich über mangelhafte Unterstützung seitens der Regierung beklage, es sei ihm darauf eine sehr deutliche Antwort gegeben worden, der Mann leide indessen an so starrsinnigem, fanatischen Eifer, daß die derbe Zurechtweisung wohl wenig fruchten werde.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 8, Ausf.; Marg.: „v. S. M. 18./1.; 25./1. Kultusmin.“

906. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 13. Januar 1904

In der badischen Zweiten Kammer wurde gestern[1] der von Mitgliedern aller Fraktionen gestellte Antrag beraten und einstimmig angenommen, nach welchem die Großherzogliche Regierung ersucht wird, im Bundesrate dahin zu wirken, daß den Reichstagsabgeordneten Anwesenheitsgelder und Freifahrt gewährt werde. Minister Schenkel erklärte, daß die Regierung wohl geneigt sei, vorbehaltlich näherer Prüfung einem dahin

gehenden Gesetze zuzustimmen, einen bestimmten Auftrag für ihre Haltung im Bundesrat könne sie indessen grundsätzlich nicht annehmen.

Von verschiedenen Rednern wurde diese Erklärung als nicht befriedigend bezeichnet. Der Sprecher des Zentrums meinte, die Regierung müsse die Sache im Bundesrat mit voller Entschiedenheit vertreten, sie zeige durch ihre Äußerung wenig Entgegenkommen und wenig Verständnis für die Wichtigkeit des Gegenstandes. Leider habe Süddeutschland im Bundesrat nicht den Einfluß, der ihm nach seiner Bedeutung zukomme. Der Demokrat Heimburger wies darauf hin, daß S. M. der Kaiser gesagt habe, der schlichte Mann in der Werkstatt solle im Reichstage die Wünsche seiner Kameraden vertreten, es gelte also ein Kaiserwort einzulösen, und das könne nur durch Gewährung von Diäten geschehen. Von sozialdemokratischer Seite wurden die nahen Beziehungen der Krone Badens zur Krone Preußens als Grund für eine deutliche Kundgebung der badischen Wünsche hervorgehoben.

Der Minister betonte dann nochmals, daß die Regierung aus staatsrechtlichen Gründen ein bindendes Mandat nicht annehmen könne, auch habe sie keinen Anlaß, die Initiative zu ergreifen, das sei eher Sache des Präsidialstaates, einer größeren Bundesregierung oder des Reichskanzlers.

Demgegenüber bemerkte der Demokrat Venedey unter anderem, man dürfe sich von Preußen, wo der konservative Geist und das Junkertum herrsche, nicht zu sehr beeinflussen lassen, wenn es gelte, liberale Aufgaben zu erfüllen. Man werde hierzulande schon allzuviel vom Norden beeinflußt. Auch der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach warnte vor einer zu großen Bescheidenheit und Rücksicht. Bei aller Hochachtung vor der Präsidialmacht sei eine kraftvolle Initiative Badens immer notwendig, sobald es sich um eine süddeutsche Frage handele. Dr. Schenkel erwiderte schließlich kurz, wo es nötig sei, werde die Regierung stets die Initiative ergreifen, sie halte es aber in dieser wichtigen Frage für zweckmäßig, das dem größten Bundesstaat zu überlassen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Bd. 2, Ausf.; Marg.: „26./1. Staatsmin."

[1] 11. Sitzung II. Kammer vom 12. Januar 1904.

907. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 6. Februar 1904

Die Beratungen der badischen Zweiten Kammer sind bisher im ganzen sachlich und ruhig verlaufen. In 24 Sitzungen wurden nur zwei Ordnungsrufe erteilt, welche sich die neugewählten Mannheimer Sozialdemokraten Lehmann und Süßkind zuzogen, und zwar ersterer durch die Äußerung, es werde in Baden lustig darauf losgeköpft, letzterer durch die[a] gegen die Justizverwaltung erhobene Anschuldigung eines Erpressungsversuches gegenüber der Stadt Mannheim. Abgesehen von Wahlprüfungen, Petitionen, Beschlußfassung über die geschäftliche Behandlung von Anträgen, Wahl von Sonderkommissionen pp., beschäftigte sich die Kammer unter Aufschub der allgemeinen Finanzdebatte vornehmlich mit dem Etat des Ministeriums der Justiz, des Kultus und des Unterrichts, worüber die Beratung auch jetzt noch fortdauert. Wie sonst,

fehlte es nicht an langen und oft überflüssigen Reden, und wenn das bisherige Tempo der Verhandlungen anhält, so dürfte die Session sich erheblich ausdehnen.

Der Justizetat gab den Sozialdemokraten Anlaß, die Beseitigung des Majestätsbeleidigungs- und des Gotteslästerungsparagraphen sowie des religiösen Eides als erwünscht zu bezeichnen. Auch die Erwähnung Allerhöchstpersönliche[r] Äußerungen S. M. des Kaisers und Königs blieb von sozialdemokratischer Seite nicht aus, wurde aber vom Präsidenten sofort gerügt. Man vermißt einigermaßen den früheren sozialistischen Vertreter Mannheims, Dreesbach, der sich stets großer Korrektheit und maßvoller Rede befleißigte. Wie man den anfangs sehr extremen und ungebärdigen Sozialdemokraten Eichhorn[1] jetzt im Hause zu einem ganz verständigen Debatter erzogen hat, hofft man auch, die neu eingetretenen Genossen Süßkind und Lehmann allmählig etwas zu zähmen.

Im großen und ganzen war der Ton der Verhandlungen seither ein erfreulicher, eine Tatsache, die zum Teil wohl mit auf die Erkrankung der beiden Minister zurückzuführen ist; – man scheint unter solchen Umständen vielleicht unwillkürlich eine gewisse Rücksicht zu üben.

Die Wahl des nationalliberalen Abgeordneten Clauß in Schwetzingen wurde vom Hause kassiert, die Neuwahl wird zweifellos einen Sieg des demokratischen Kandidaten, des Lehrers Ihrig[2], ergeben, der die Unterstützung des Zentrums und der Sozialdemokratie besitzt.

Minister v. Dusch hat sich bereit erklärt, die Interpellation in Sachen der Männerklöster[3] zu beantworten. Anscheinend liegt aber dem Zentrum nichts an baldiger Erledigung der Sache. Durch nationalliberalen Übereifer hatte sich über den Zeitpunkt der Beantwortung dieser Frage letzthin eine höchst unnötige und alberne Zeitungspolemik entsponnen.

Die Wahlrechtsreform, wie sie die Regierung vorschlägt[4], bietet nach allem, was ich von unterrichteter Seite höre, keinerlei Aussicht auf Annahme, und selbst bei wesentlichem Entgegenkommen der Regierung in einzelnen streitigen Punkten bleibt eine Verständigung wenig wahrscheinlich. Die Verfassungskommission hat angeblich in der Hauptsache bereits zu dem Entwurfe Stellung genommen, was aber in den Zeitungen darüber verlautet, soll nicht ganz zutreffen. Der Gegenstand dürfte vor Ende April kaum im Plenum beraten werden, dann sicher manche Woche in Anspruch nehmen.

Der Kammerpräsident Dr. Gönner, der als solcher energisch, gerecht und mit Geschick seines Amtes waltet, suchte mich gestern auf und meinte unter anderem, das Budget werde zwar endlose Debatten mit sich bringen, aber schließlich wie sonst ohne wesentliche Abstriche genehmigt werden. Als charakteristisch für das Bildungsniveau gewisser Volksvertreter erwähnte er, der frühere demokratisch-ultramontane Abgeordnete Eder (Schwetzingen) habe vor seinen Wählern als Kandidat nur gesagt: „Ich nehme die K a n d a t u r an, der Herr Pfarrer wird mein Programm entwickeln".

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 8, Ausf.; Marg.: „Urschr. u. R. 24./2. Staatsmin."

[a] Vorlage irrtümlich: den.

[1] Eichhorn, Emil Robert (1863–1925), Mechaniker und Redakteur, SPD/USPD/KPD, MdL 1901–1908, MdR 1903–1912, 1919–1925, Dez. 1918/Jan. 1919 Polizeipräsident in Berlin.

[2] Ihrig, Georg Wilhelm (1865–1928), seit 1889 im bad. Schuldienst, 1896 Hauptlehrer in Hemsbach, 1898 in Mannheim, seit 1902 Stadtverordneter, 1917 Stadtverordnetenvorstand, Schulinspektor, dann Stadtoberschulrat, Dem./FVP/DDP, MdL 1903–1908, 1919–1921.

[3] Nr. 899 Anm. 2.
[4] Nr. 902.

908. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 10. Februar 1904

Ganz vertraulich! [...] Es besteht hier offenbar ein gewisser Gegensatz zwischen dem Landesherrn und dem Ministerium in den das Zentrum betreffenden Fragen. S. K. H. der Großherzog wird sofort empfindlich und gereizt, wenn das Thema § 2 des Jesuitengesetzes oder die Klosterfrage zur Sprache kommt. Ich persönlich habe das noch nicht erfahren, aber der Kultusminister sagt mir im Vertrauen, daß er die größten Schwierigkeiten habe beim Vortrage, der Großherzog höre einfach nicht zu, führe meist heftige Zwischenreden und sei ruhigen und sachlichen Argumenten wenig zugänglich.[a]

Ich weiß nicht, ob Ew. Exz. mit dem hohen Herrn über den § 2 gesprochen haben, nach Graf Berckheims Meldung[1] scheint das so, und zwar soll S. K. H. Ew. Exz. gegenüber zu dem positiven Verzicht auf den vielgenannten Paragraphen geneigt gewesen sein, während er jetzt angeblich höchstens ein passives Verhalten, und auch das nur sehr ungern, konzedieren will.[b] Minister v. Dusch vertritt wie Herr v. Brauer die Ansicht, daß der § 2 bereits längst ein toter Buchstabe sei und ohne Bedenken auch formell beseitigt werden könne, wenn das Zentrum sich in anderen wichtigen Punkten entgegenkommen[d] zeige. Leider muß man wohl mehr und mehr mit wachsender Vergeßlichkeit und schwindendem Gedächtnis S. K. H. rechnen, eine Tatsache, die den verantwortlichen Leitern der Regierung ihre Stellung außerordentlich erschwert.[2]

Genau wie mit dem § 2 stehen die Dinge auch in der Frage betreffend die Zulassung geistlicher Orden; wie bereits berichtet, hatte der Großherzog seinerzeit ausdrücklich die Einleitung von Verhandlungen mit der Kurie genehmigt[3], das scheint ihm entfallen, bei Erwähnung des Gegenstandes bekundet der erlauchte Herr meist ärgerliches Widerstreben.

Man fragt sich, welche Einflüsse etwa unterderhand auf die neuerliche Stimmung des Landesherrn eingewirkt haben können. Eingeweihte meinen, die Frau Großherzogin sei die Ursache, von anderer Seite wird die Vermutung laut, daß in den täglichen Vorträgen des Kabinettschefs Freiherrn v. Babo und seines Adlatus, des Dr. Seyb[4], vielleicht der Grund zu suchen sei. Beide sind indessen verständige Herren, die absichtlich sicher nicht in diesem Sinne wirken würden, aber sie haben möglicherweise gewisse ultramontane Übergriffe und römische Anmaßungen in ein besonders helles Licht gesetzt, über die unerquicklichen Verhältnisse in Bayern aus den Zeitungen referiert und so an höchster Stelle den Eindruck der zunehmenden Gefahr einer Zentrumsherrschaft unwillkürlich verstärkt.

Ich fand S. K. H. seit der Rückkehr von Berlin eigentlich wie sonst wohlwollend, guter Laune und gar nicht etwa besonders mißgestimmt; nur in körperlicher Beziehung ist namentlich beim Gehen eine entschiedene Schwäche und Unsicherheit bemerkbar, der hohe Herr braucht einen Stock zur Stütze und sagt selbst, daß die Füße nicht mehr recht stabil sind und oft ihren Dienst versagen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 geheim Bd. 1, Ausf.; gedr. *Fuchs* IV S. 534 f.

[a] Randnotiz Bülows: „!"

[b] Randnotiz Bülows: „!!"

[1] Berckheim an Brauer vom 1. Febr. 1904 (Gedr. *Fuchs* IV S. 533 f.).

[2] Nachdem Berckheim auf Brauers Anfrage zum Abstimmungsverhältnis im Bundesrat (Gedr. *Fuchs* IV S. 536) am 18. Febr. 1904 gemeldet hatte, daß „nur bei aktiver Hilfe Badens" die Aufhebung des § 2 gesichert sei (Gedr. *Fuchs* IV S. 536 f.), wies der bad. Minister des Auswärtigen Marschall am 24. Febr. 1904 den Gesandten an, dem Antrag zuzustimmen (Gedr. *Fuchs* IV S. 537). Die Bedingung, gegenüber der Öffentlichkeit strengste Vertraulichkeit zu wahren, teilte auch der Reichskanzler, der Eisendecher am 26. Febr. 1904 auftrug, der badischen „Regierung gegenüber Akt zu nehmen von deren endgültig bekundeter Entschließung, im Bundesrat für Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes zu stimmen", und dieser „im beiderseitigen Interesse absolute Verschwiegenheit über diese Entschließung und die ihr vorausgegangenen Verhandlungen zwischen hier und Karlsruhe erneut zur Pflicht zu machen" (Bonn, Archiv Ausw. Amt, Päpstlicher Stuhl Nr. 13 a Nr. 1 Bd. 4, Konz.). Vgl. *Stadelhofer* S. 284 f.

[3] Nr. 892 Anm. 2.

[4] Seyb, Adolf Dr. (geb. 1864), seit 1887 im bad. Verwaltungsdienst, 1893 Legationssekretär im Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, 1896 im Geheimen Kabinett, 1905 Ministerialrat, 1910 Geh. Legationsrat (AV).

909. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 19. Februar 1904

Minister Schenkel hat vor der Verfassungskommission der badischen Zweiten Kammer den Standpunkt der Großherzoglichen Regierung in der Wahlrechtsfrage eingehend dargelegt. Die heutige Karlsruher Zeitung[1] bringt darüber die hier gehorsamst angeschlossene Zusammenfassung, zu welcher ich in Kürze folgendes bemerken darf.

Die Regierung hält unbedingt daran fest, daß die Budgetrechte der Ersten Kammer eine Erweiterung erfahren und daß dieses Haus auf breiterer volkstümlicherer Grundlage zusammengesetzt werde. Bezüglich der Wahlkreiseinteilung will die Regierung eine Vermehrung der Abgeordneten auf etwa 71 (jetzt 63) zugeben und im übrigen mit sich reden lassen; sie legt indessen großen Wert auf die Erhaltung der Städteprivilegien. Der Einführung von Verhältniswahlen steht die Regierung nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, empfiehlt aber diese Neuerung nicht. Ebensowenig hegt sie grundsätzliche Bedenken gegen eine dauernde gesetzliche Festlegung der städtischen Wahlkreise, wenngleich sie aus praktischen Rücksichten eine Abgrenzung durch landesherrliche Verordnung vorzieht. Eine wesentliche Herabminderung der zur Wahlberechtigung vorgeschlagenen Zeitdauer der Staatsangehörigkeit und des Wohnsitzes im Lande kann nicht konzediert werden; höchstens ist die Regierung bereit, eine Änderung dahin zu erwägen, daß die zwei Jahre des Entwurfs als Staatsangehörigkeit o d e r Wohnsitz gefordert werden. Nur auf s c h u l d h a f t e Versäumnis der Steuerpflicht will die Regierung die Vorschrift in § 35 Absatz 4 des Entwurfs bezogen wissen.[2]

Die Regierung lehnt es ab, schon jetzt zu der Frage Stellung zu nehmen, ob etwa einer noch zu schaffenden Berufskörperschaft der Arbeiter eine Vertretung in der Ersten Kammer einzuräumen sei. Die bisherige Verfassungsbestimmung, nach welcher die Verleihung der erblichen Landstandschaft zugleich die Verleihung des hohen Adels voraussetzt, hat die Regierung fallenlassen, weil sie in ihren Wirkungen über die Landesgrenzen hinaus zu Unzuträglichkeiten führen könnte. Das Recht des Landesherrn zur

Verleihung der erblichen Mitgliedschaft der Ersten Kammer soll jedenfalls erhalten werden. Über den Wert des liegenschaftlichen Besitzes solcher Mitglieder wird man sich womöglich einigen. Das Stellvertretungsrecht für die Standesherrn in der Ersten Kammer und für die höchsten Würdenträger der beiden Landeskirchen hält die Regierung für durchaus erwünscht. Mit einer Herabminderung der vom Landesherrn zu ernennenden Mitglieder der Ersten Kammer ist die Regierung nicht einverstanden; der Modus der vorgeschlagenen gemeinsamen Abstimmungen beider Häuser in gewissen Fällen bleibt für sie diskutabel. Bezüglich der Vertretung der kommunalen Gemeinwesen in der Ersten Kammer und der Dauer dieser Vertretung stellt die Regierung ihr Entgegenkommen gegenüber etwaigen Wünschen in Aussicht.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 8, Ausf.; Marg.: „29./2. Min. d. Inn."

[1] Nr. 61 vom 19. Febr. 1904.

[2] Der Regierungsentwurf besagte: „§ 35. Die Befugnis zur Ausübung der Wahlberechtigung ruht: [...] 4. wenn der Wahlberechtigte im letzten der Wahl vorausgegangenen Jahre es versäumt hat, die ihm gegenüber dem Staate oder der Gemeinde obliegende Pflicht zur Entrichtung einer direkten Steuer zu erfüllen" (*Goldschmit* S. 229).

910. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 21. Februar 1904

Ew. Exz. habe ich gestern das traurige Ableben des badischen Finanzministers telegraphisch gemeldet. Der in jeder Beziehung vortreffliche, hochbegabte und hochverdiente Dr. Buchenberger ist nach beinahe achtwöchentlichem schweren Leiden an Herzschwäche und Entkräftung verstorben. Sein Tod wird hier allerseits tief schmerzlich empfunden, alle Zeitungen widmen dem Verewigten ehrende Nachrufe, und der Verlust dieses seltenen Mannes mit seinem reichen Wissen und der unbestrittenen Autorität in agrarpolitischen und Finanzangelegenheiten gilt nicht nur für Baden, sondern auch für das gesamte Reich wohl mit Recht als ein kaum ersetzlicher. Wie jeden Tag fragte ich auch gestern morgen im Krankenhause an und empfing dort eher günstigen Bericht, die Nacht war ganz leidlich gewesen, und die Temperatur betrug nur 37.1°, trotzdem haben Herz und Kräfte schon am Nachmittage plötzlich versagt.

Kurz vor Weihnachten, etwa 36 Stunden bevor der Minister erkrankte, suchte ich ihn in seinem Büro auf und hatte über die Finanzreform des Reiches und die badische wirtschaftliche Lage mit ihm eine längere Unterredung, er schien mir damals schon recht angegriffen und weniger heiter als sonst, klagte indessen nicht über Unwohlbefinden. Seitdem sah ich ihn nicht wieder. S. K. H. der Großherzog, Höchstdessen Gesundheit zur Zeit leider manches zu wünschen läßt, wird durch den Heimgang des treuen Dieners besonders schwer betroffen, um so mehr, als der hohe Herr auch den kranken Staatsminister gerade jetzt entbehren muß.

Ein Termin für die Beisetzung des Verstorbenen ist noch nicht bekannt.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 2 Bd. 1, Ausf.; Marg.: „v. S. M. 25./2.; 2./3. Finanzmin."

911. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 26. Februar 1904

Nach dem bisherigen Verlaufe der Verhandlungen in der badischen Zweiten Kammer wird man auf eine lange Session rechnen müssen. Bis jetzt hat der Justizetat 9 Sitzungen erfordert, und mit dem Budget des Ministeriums des Innern beschäftigt sich das Haus schon während eines ganzen Monats.

Kultus und Unterricht sollen erst später folgen und dürften reichlich soviel Zeit in Anspruch nehmen, weil alsdann die kirchenpolitischen Fragen und die verschiedenen weitgehenden Schulanträge ebenfalls zur Sprache kommen. Die in Rücksicht auf den krankheitshalber beurlaubten Staatsminister verschobene allgemeine Etatdebatte hat die Kammer eigentlich schon vorweggenommen, indem sie einen großen Teil der dahin gehörenden Gegenstände der Beratung bereits sehr eingehend und mit großer Weitschweifigkeit erörterte. Zwischendurch debattierte das Haus vier Stunden lang über eine Schülermißhandlung, und fast dieselbe Zeit stritt man sich über einen durch geeignete Sühne längst erledigten Übergriff eines katholischen Pfarrers. Auch verschiedene wichtige Reichsangelegenheiten, wie namentlich der Zolltarif und dessen § 13, die soziale Gesetzgebung und die sozialdemokratischen Bestrebungen, wurden in großer Breite besprochen. Dabei fehlte es nicht an recht scharfen Angriffen gegen die Großherzogliche Regierung. Die sozialistischen Wortführer, Eichhorn und Lutz, die eine bemerkenswerte Redegewandtheit bekundeten und im ganzen in ihren Darlegungen sachlich blieben, prägten das Wort Klassenministerium, erhoben gegen die Regierung den Vorwurf der Parteilichkeit, der Wahlbeeinflussung und der mangelhaften Fürsorge für das arbeitende Volk. Als Genosse Eichhorn von der „Puppenallee" und dem Sang an Ägir[1] zu sprechen anfing, schritt der Präsident sofort ein. Minister Schenkel verstand es, die erhobenen Beschuldigungen mit Ruhe und Sachkenntnis erfolgreich zu widerlegen, insbesondere hielt er mit der Sozialdemokratie gründliche Abrechnung.

Die gemäßigten Elemente des Hauses zollten ihm dabei sowie auch im allgemeinen für seine Tätigkeit als Minister wohlverdiente Anerkennung. Sehr bedauerlicher- und überflüssigerweise provozierte der redselige nationalliberale Abgeordnete Obkircher in einer der letzten Sitzungen noch eine kulturkämpferische Diskussion, für die nicht der geringste Anlaß vorlag. Überhaupt zeigt leider die Nationalliberale Partei in der Kammer mangels erprobter und erfahrener Führer vielfach wenig Geschick und einen auffallenden Mangel an politischem Takt, sie steht allen anderen Parteien in dieser Beziehung nach und schadet sich dadurch erheblich; das ist um so mehr zu beklagen, als sie auch außerhalb des Hauses in der Presse und von ihrem Anhang nicht immer glücklich bedient wird. Als wahres enfant terrible wirkt in dieser Beziehung der von mir früher schon mehrfach erwähnte antiklerikale Fanatiker und Geschichtsprofessor Böhtlingk. Er besorgt durch seine übertriebene Katholikenhetze die Geschäfte des Ultramontanismus besser als mancher eifrige Zentrumsmann, ein Karnevals-Witzblatt verbreitete daher die Nachricht, der Papst werde ihm den Orden Pro ecclesia et pontifice und den Geheimkämmerertitel verleihen. Angeblich plant Böhtlingk gegenwärtig eine Agitationsreise im Lande, die die Regierung übrigens womöglich verhindern will.

Von einer gemeinsamen Bekämpfung des wachsenden Einflusses der Sozialdemokratie durch die vereinigten Ordnungsparteien ist man hier noch weit entfernt, die betrübende

Tatsache tritt auch in den Kammerverhandlungen wieder deutlich hervor. Sowohl Zentrum wie Demokraten beobachten den Genossen gegenüber sichtlich eine gewisse Schonung – man braucht sie eben gelegentlich bei den Wahlen –, und der bittere Haß zwischen Liberalen und Klerikalen ist so festgewurzelt, daß Erwägungen des allgemeinen Wohls nichts dagegen vermögen und auch alle Bekehrungsversuche der Regierung scheitern.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 8, Ausf.; Marg.: „5./3. Staatsmin."

[1] Eine von dem engen Vertrauten Kaiser Wilhelms II., dem Grafen Philipp Eulenburg, gedichtete Ballade über die Meeresgottheit Ägir aus der nordischen Mythologie.

912. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 1. März 1904

Der Landesausschuß der Nationalliberalen Partei Badens hat in einer Versammlung am 28. v. Mts. die Wahlrechtsfrage erörtert und einstimmig folgende Resolution angenommen: Der Landesausschuß erkennt die von der Regierung vorgelegten Gesetzentwürfe in betreff der Verfassungsreform als eine im allgemeinen geeignete Grundlage für eine Verständigung unter den gesetzgebenden Faktoren über diesen wichtigen Gegenstand an und erklärt eine solche Verständigung für dringend erwünscht, spricht aber seine Meinung zugleich dahin aus, daß die Nationalliberale Partei dem Reformwerke nur dann zustimmen kann, wenn es gelingt, in demselben das verfassungsmäßige Übergewicht, welches die Zweite Kammer der Ersten Kammer gegenüber auf finanziellem und budgetärem Gebiete seither besessen hat, grundsätzlich zu erhalten.

Namens der sogenannten Jungliberalen wurde dazu die Erklärung abgegeben, daß eine Schmälerung des Budgetrechtes der Zweiten Kammer prinzipiell abzulehnen und jede Konzession in dieser Richtung ausgeschlossen sei.

Ob hiernach eine Verständigung noch möglich bleibt, erscheint fraglich.

Der Parteiführer Abgeordnete Wilckens meinte, man könne vielleicht eine Einigung dadurch erzielen, daß, wie in Preußen und Württemberg, der Ersten Kammer die Befugnis eingeräumt werde, auch über einzelne Positionen des Budgets anders zu beschließen als die Zweite Kammer, daß alsdann aber lediglich eine nochmalige Beratung der Zweiten Kammer unter Würdigung der Erwägungen des anderen Hauses stattzufinden habe. Ferner könne man eventuell die speziell in Baden geltende, aber in ihrer Auslegung stets strittige Sonderbestimmung, nach welcher für sämtliche die Finanzen betreffenden Gesetze der Zweiten Kammer ebenfalls ein Übergewicht zustehe, genauer formulieren und in dieser Richtung der Ersten Kammer gewisse weitere Rechte konzedieren. Über die Wahlkreiseinteilung und sonstige weniger wesentliche Fragen werde voraussichtlich bei allseitigem guten Willen die Reform nicht zu Falle kommen.

Einige Beachtung dürften die Äußerungen Bassermanns verdienen. Er beurteilt die Vorlage sehr pessimistisch, tadelte die Regierung, daß sie in dem indirekten Wahlrecht immer noch einen Damm gegen die Sozialdemokratie sehe, was durchaus nicht zutreffe, und warf dem Minister Schenkel vor, er habe den Genossen mit seiner Kammerrede geradezu in die Hände gearbeitet.[1] Bassermann betonte weiter, er als Mannheimer lege besonderen Wert auf das Proportionalsystem in den bedeutenderen Städten, die vorge-

schlagene Distriktseinteilung verrate einen kurzsichtigen Standpunkt. Nach den Vorgängen in Bayern, wo der Minister v. Podewils[2] vor dem Zentrum kapituliere, und nachdem in Preußen die marianischen Kongregationen wieder zugelassen seien, werde man überdies wohl auch in Baden auf ein gemäßigt schwarzes Ministerium einmal rechnen müssen. Jedenfalls sei ein Scheitern der Wahlrechtsreform gewiß schmerzlich zu beklagen, und der Radikalismus in rotem und schwarzem Gewande werde davon profitieren.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 8, Ausf.; Marg.: „Urschr. u. R. 8./3. Min. d. Inn."

[1] Gegenüber Angriffen des SPD-Abgeordneten Eichhorn erwiderte Innenminister Schenkel am 22. Febr. 1904, daß ein Teil der sozialdemokratischen Bestrebungen, soweit sie auf die Hebung der wirtschaftlichen und geistigen Kultur der unteren Bevölkerungsklassen gerichtet seien, ihre innere Berechtigung hätten (Vgl. Schenkel an Großherzog Friedrich I. vom 1. März 1904, gedr. *Fuchs* IV S. 539f.).

[2] Podewils, Klemens Freiherr v. (1850–1922), Jurist, zunächst im bayer. Verwaltungsdienst, seit 1880 im diplomatischen Dienst, 1881 an der bayer. Gesandtschaft in Berlin, 1887 Gesandter in Wien, 1902/03 Kultusminister, 1903–1912 Ministerpräsident.

913. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 3. März 1904

Der badische Minister des Innern, Dr. Schenkel, welcher gegenwärtig als ältester im Staatsministerium den Vorsitz führt, ist vorgestern[1] vor der Kammer in eine peinliche Lage geraten durch ein von sozialdemokratischer Seite verlesenes vertrauliches Schreiben[2], betreffend die politische Gesinnung eines Rekruten. Der Minister hatte auf Befragen in der Sitzung vorher erklärt, daß den politischen Anschauungen der Rekruten nicht nachgeforscht werde. Nun verlangt aber das erwähnte, an den Zivilvorsitzenden der Ersatzkommission gerichtete Schreiben gerade solche Auskunft. Dr. Schenkel suchte sich nach Kräften zu verteidigen, erfuhr indessen von Rednern aller Parteien entschiedenen Tadel. Die Angelegenheit erregt Aufsehen, und der demokratische „Badische Landesbote"[3] führt bereits aus, daß der Minister in einem parlamentarisch regierten Staate unmöglich geworden sein würde.

Sicher hat das Vorkommnis S. K. H. den Großherzog recht unangenehm berührt; die Sache erscheint in der Tat für den Landesherrn besonders unerfreulich, weil der Staatsminister als Kranker abwesend und sein berufener Vertreter Dr. Buchenberger kürzlich verstorben ist.[4]

Schon vor diesem Zwischenfalle hatte Dr. Schenkel einiges Befremden nicht nur bei seinem Gnädigsten Herrn, sondern auch bei den Mehrheitsparteien in und außerhalb der Kammer hervorgerufen durch eine die sozialdemokratische Bewegung teilweise als gerechtfertigt anerkennende Rede.[5] Zuerst war er gegen die Genossen äußerst scharf vorgegangen, hatte aber demnächst in weiteren Ausführungen eine auffallende Milde hervorgekehrt.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 2 Bd. 1, Ausf.; Marg.: „Min. d. Inn., Kriegsmin."

[1] 37. Sitzung II. Kammer vom 1. März 1904.

[2] Der SPD-Abgeordnete Eichhorn verlas einen Erlaß des Innenministers Schenkel, der anschließend in der Presse veröffentlicht wurde (Vgl. Nr. 957 Anm. 1).
[3] Nr. 53 vom 3. März 1904.
[4] Buchenberger starb am 20. Febr. 1904 (Vgl. Nr. 910).
[5] Vgl. Nr. 912, 914.

914. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 6. März 1904

Vertraulich! S. K. H. der Großherzog ließ mich heute früh bitten, mittags zu ihm zu kommen. Ich hatte den hohen Herrn drei Wochen nicht gesehen, fand ihn etwas magerer geworden, aber durchaus nicht unwohl aussehend, dabei lebhaft, gesprächig und eigentlich guter Stimmung. S. K. H. kam mir am Stock gehend entgegen, setzte sich dann an den Schreibtisch und meinte zunächst lächelnd, das Alter melde sich, die körperlichen Funktionen seien nicht mehr ganz verlässig, aber er fühle in den letzten Tagen doch sehr wesentliche Besserung. Im Verlaufe der etwa vierzig Minuten dauernden Unterhaltung bemerkte der Großherzog etwa folgendes:

Er habe mich nur bitten lassen, weil seit unserer letzten Begegnung recht lange Zeit verflossen sei. Inzwischen habe sich mancherlei, und zwar meist wenig Erfreuliches ereignet. Namentlich könne man die Arbeitsleistung in den Parlamenten nicht als befriedigend ansehen. Es werde viel zuviel geredet, und stets trete dabei das Allgemeinwohl gegen das Parteiinteresse in den Hintergrund. Speziell die ganz übertriebenen endlosen Kritiken sozialdemokratischer Redner seien sehr zu beklagen. Ew. Exz. wie dem Kriegsminister gebühre die größte Anerkennung für die erfolgreiche Abfertigung Bebels und der Genossen.[1] Leider habe hier der Minister Schenkel seine Worte über diese Partei nicht glücklich gewählt[2], es seien vielfach daraus falsche Schlüsse gezogen worden; deshalb habe er eine nicht mißzuverstehende öffentliche Klarstellung dahin angeordnet, daß seine Regierung die Bestrebungen und Ziele der Sozialdemokratie nach wie vor überall energisch bekämpfen werde[3], Schenkel sei allzusehr Idealist[a], sonst ein vorzüglicher Beamter. Anläßlich des unangenehmen Zwischenfalles in der Kammer habe er seinen Rücktritt angeboten, davon könne aber jetzt keine Rede sein, jedenfalls müsse er bis zum Ende der Session aushalten, um so mehr, als der Staatsminister nicht zur Stelle und das Finanzministerium nur provisorisch besetzt sei.

Daß man die Hilfe des Zentrums im Reiche so notwendig brauche, betrachte er als höchst bedauerlich, in den Reihen der Schwarzen sehe man immer zuerst nach Rom und handle dementsprechend. Wenn der Fürst Bismarck während und gleich nach dem Konzil von 1870 die deutschen Bischöfe wirksam unterstützt hätte, wäre es nie so weit gekommen. Er erinnere sich, daß damals der Bischof von Mainz[4] wegen solcher Unterstützung bei ihm vorstellig geworden sei und daß er dem Fürsten eindringlich darüber gesprochen habe. Der Kanzler habe sich aber gänzlich ablehnend verhalten, überhaupt die Macht und den Einfluß der römischen Kirche wohl nie ganz richtig eingeschätzt. [...]

Schließlich erwähnte S. K. H. noch in bedauernden Worten das Ungeschick und die politische Kurzsichtigkeit der badischen Nationalliberalen Partei, die, ohne es zu wollen, dem Zentrum in die Hände arbeite. Letzteres sei augenscheinlich jetzt bemüht,

mildere Seiten aufzuziehen, was ihr aber von liberaler Seite oft sehr erschwert werde. Das Fehlen des heilsamen Einflusses des Staatsministers sei auch in dieser Beziehung recht fühlbar; über Herrn v. Brauers Befinden liege zwar günstiger Bericht vor, indessen könne man vor Mitte Mai seine Rückkehr schwerlich erwarten.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 8, Ausf.; Marg.: „v. S. M. 11./3."; gedr. *Fuchs* IV S. 541.

[a] Randnotiz Wilhelms II.: „Auf dem Gebiet nach allem Vorgefallenen allerdings sehr überraschend".

[1] Bülow setzte sich am 29. Febr., Kriegsminister v. Einem am 4./5. März 1904 mit der SPD auseinander (*Schultheß* 1904 S. 34ff., 40ff.).

[2] Nr. 912 Anm. 1.

[3] Nach einem Angriff des nationalliberalen Abgeordneten Wittum gab Innenminister Schenkel am 1. März 1904 in der Zweiten Kammer eine entsprechende Erklärung ab, die er am 4. März 1904 vertraulich an die Amtsvorstände richtete (Gedr. *Fuchs* IV S. 540).

[4] Wilhelm Emanuel Freiherr v. Ketteler.

915. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 8. März 1904

Ew. Exz. darf ich in der Anlage den Bericht des demokratischen „Badischen Landesboten"[1] über den vorgestern in Offenburg stattgehabten sozialdemokratischen Parteitag für Baden gehorsamst vorlegen. Sehr eingehend wurde zunächst über die Parteiorgane beraten, insbesondere über den in Karlsruhe erscheinenden „Volksfreund", dessen revisionistische Tendenzen von radikaler Seite starken Tadel erfuhren. Der Redakteur Kolb wehrte sich kräftig, verurteilte das Einreißen persönlicher Gehässigkeit und predigte Duldsamkeit und das Recht freier Meinungsäußerung. Schließlich gelangte ein Beschluß zur Annahme, daß das Organ sich hinsichtlich der Taktik den Forderungen des Dresdener Parteitages fügen müsse.[2]

Nachdem die bereits im Vorjahre genehmigte Errichtung einer eigenen Druckerei längere Debatten hervorgerufen hatte, nahm der Geschäfts- und Kassenbericht geraume Zeit in Anspruch. Der Berichterstatter stellte fest, daß die Stimmenzahl der Genossen bei der letzten Reichstagswahl von 50000 auf 72000 gestiegen sei und daß man gegenwärtig über 96 Vereine mit 6350 Mitgliedern verfüge. In den Gemeindeverwaltungen habe die Partei Fortschritte gemacht, dagegen hätten die Landtagswahlen den Erwartungen nicht entsprochen. Das Statut, betreffend die Landesorganisation, fand einstimmige Annahme, als Parteiorgane wurden „Volksfreund"-Karlsruhe und „Volksstimme"-Mannheim bezeichnet.

Bei der Verhandlung über die Tätigkeit der Landtagsfraktion erfolgte eine eingehende Erörterung der Wahlrechtsfrage. Dabei nannte der Delegierte und Abgeordnete Eichhorn die vorgeschlagenen neuen Mitglieder der Ersten Kammer „landesherrliche Mumien" und erhob gegen die Nationalliberalen den Vorwurf der Unaufrichtigkeit. Man gelangte im übrigen zu dem Schluß, daß die Partei bis an die äußerste Grenze des Entgegenkommens gehen müsse, um die direkte Wahl durchzusetzen.

Gegen Ende der Versammlung gerieten einzelne Radikale mit dem Revisionisten Kolb noch ziemlich heftig aneinander.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Europa Nr. 82 Nr. 17 Bd. 8, Ausf.; Marg.: „16./3. Min. d. Inn., R. A. d. Inn."

[1] Nr. 57 vom 8. März 1904.
[2] Nr. 893 Anm. 1.

916. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 11. März 1904

Vertraulich! In dem Bericht Nr. 39 vom 6. d. Mts.[1] hatte ich erwähnt, daß S. K. H. der Großherzog eine Kundgebung über die Stellung der Regierung gegenüber der Sozialdemokratie anordnen werde.

Der Anordnung ist seitdem durch das hier in Abschrift gehorsamst beigefügte vertrauliche Schreiben des Ministers des Innern an die Amtsvorstände Folge gegeben worden. Ich darf dazu beiläufig gehorsamst bemerken, daß die wortführenden Sozialdemokraten in der Kammer, welche die Beratungen durch endlose Reden und Beschwerden wesentlich aufhalten, sämtlich keine geborenen Badener sind. Es befinden sich darunter ein Rheinländer, zwei Sachsen und ein Schwabe.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Europa Nr. 82 Nr. 1 Bd. 19, Ausf.; Marg.: „31./3. Min. d. Inn., R. A. d. Inn."

Anlage

Schenkel an die gr[oßherzoglichen] Herren Amtsvorstände

Karlsruhe, 4. März 1904

Vertraulich! Als der Unterzeichnete in der Sitzung der Zweiten Kammer vom 22. v. Mts. die staats- und gesellschaftsgefährlichen Ziele der Sozialdemokratie und die hetzerische Art ihrer Agitation kennzeichnete[2], hat er einleitend anerkannt, daß die sozialdemokratische Bewegung, soweit sie die Hebung der wirtschaftlichen und geistigen Zustände der Arbeiterschaft erstrebt, auch berechtigte, aus gesunden Motiven abzuleitende Ziele verfolge. Diese Äußerung ist neuerdings in der Presse und in Reden tendenziös verwertet worden, obwohl ein Mißverständnis bei richtiger Würdigung des Zusammenhangs nicht möglich ist. In der Sitzung der Zweiten Kammer vom 1. d. Mts. hat der Unterzeichnete eine Gelegenheit ergriffen, um die Bedeutung jener Äußerung und die Stellung der Regierung zu den sozialdemokratischen Bestrebungen klarzustellen, welche immer noch ihrem Kerne nach auf die Untergrabung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung sowie auf die Beseitigung der monarchischen Grundlage unserer Staatsverfassung gerichtet sind und sich zur Einwirkung auf die Massen einer das Ansehen der Behörden erschütternden, gehässigen und aufreizenden Agitation bedienen. Ich habe das Vertrauen, daß die Herren Amtsvorstände, wo sich ihnen dazu Gelegenheit bietet, in diesem Sinne ihre Auffassung über die Stellung der Regierung zu den Bestrebungen der Sozialdemokratischen Partei zum Ausdruck bringen werden.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Europa Nr. 82 Nr. 1 Bd. 19, Abschrift; Marg.: „S. Exz. dem k[öni]gl[ich]

preuß[ischen] Gesandten Wirkl. Herrn Geh. Rat v. Eisendecher zur vertraulichen Kenntnisnahme ganz ergebenst übersandt. Schenkel. 11./3.04".

[1] Nr. 914.
[2] Nr. 912 Anm. 1.

917. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 14. März 1904

Vertraulich! Der Beschluß des Bundesrats in Sachen des Jesuitengesetzes und die Beseitigung des § 2[1] hat auch in Baden eine starke Erregung hervorgerufen.[2] Die nationalliberale Presse sieht darin den Vorboten immer weiterer Konzessionen[a] an das Zentrum und weissagt für das Reich die unheilvollsten Folgen.

Immerhin ist die Kritik hier doch wesentlich milder als im benachbarten Württemberg, wo ein wahrer Sturm der Entrüstung die Zeitungen füllt. In einzelnen Blättern wird aufgrund der bisher bekannt gewordenen Abstimmungen anderer Bundesstaaten herausgerechnet, daß wahrscheinlich das Votum Badens zugunsten der Aufhebung des § 2 den Ausschlag gegeben habe.[3]

Die hiesige Regierung beobachtet sehr zweckmäßigerweise solchen Vermutungen gegenüber vollständiges Schweigen. Sie wird zweifellos in der Kammer über die Angelegenheit interpelliert werden und dann durch den Mund des Kultusministers ihren Standpunkt motivieren.

Herr v. Dusch beabsichtigt im Landtage namentlich die wiederholten Reichstagsbeschlüsse zu betonen und insbesondere auch die zahlreichen evangelischen Stimmen namhaft zu machen, welche für die Beseitigung des § 2 eintraten. Er hat sich zur Beantwortung der übrigens noch nicht angekündigten Anfrage gründlich vorbereitet, ist selbst überzeugter Gegner des vielumstrittenen Paragraphen, weil dieser seines Erachtens längst keine Anwendung fand. Vertraulich darf ich dabei gehorsamst bemerken, daß der Minister bezüglich der staatsrechtlichen Zulässigkeit der Publikation des betreffenden Gesetzes, welches auf einem früheren Reichstagsbeschluß fußt, persönlich noch einige Zweifel hegt.[b]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Päpstlicher Stuhl Nr. 13 a Nr. 1 Bd. 4, Ausf.

[a] Randnotiz Bülows: „!?"
[b] Randnotiz Bülows: „?"

[1] § 2 des Jesuitengesetzes wurde am 8. März 1904 im Bundesrat aufgehoben (Vgl. Berckheim an Marschall vom 8. März 1904, gedr. *Fuchs* IV S. 542).

[2] Bülow an Eisendecher. „Berlin, 12. März 1904. Ganz geheim. *Die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes im Bundesrat hat in Teilen der protestantischen Bevölkerung Deutschlands eine über die politische Bedeutung der Maßnahme hinausgehende Erregung hervorgerufen, um so mehr, als* einzelne Bundesregierungen sofort ihre dissentierenden Abstimmungen im Bundesrat durch die Presse bekanntgegeben haben, ohne zwingende äußere Notwendigkeit und selbst ohne die Nachricht von der erfolgten Vollziehung des Gesetzes durch S. M. den Kaiser und die Publikation abzuwarten. *Diesen verarge ich* einen von der Mehrheit abweichenden Standpunkt *nicht, setze aber voraus, daß sie* in der Presse oder in ihren Landesvertretungen den Gegensatz zwischen ihrer Auffassung und der Stellungnahme der Bundesratsmehrheit nicht akzentuieren und verschärfen *sowie stets betonen*, daß die Majorität des Bundesrats mit ihrer Entscheidung nur auf wiederholte,

mit überwältigender Stimmenmehrheit *auch vieler evangelischer Männer aller Parteischattierungen* gefaßte Reichstagsbeschlüsse eingegangen ist. [...] Eine andere Haltung der dissentierenden Bundesregierungen müßte zu einem bedauerlichen Zwiespalt zwischen ihnen und der Mehrheit mit Preußen und Bayern an der Spitze führen, *wodurch mit der bisher im Bundesrat beobachteten gegenseitigen Rücksicht zwischen Majorität und Minorität gebrochen würde. Außerdem sollten es die bundesstaatlichen Minister reiflich* erwägen, ehe sie eine gar zu antikatholische Note anschlagen. Das Zentrum könnte sonst leicht versucht werden, auf verschiedenen die Einzelstaaten berührenden Gebieten, insbesondere auch in der Frage der Reichsfinanzreform, eine Situation zu schaffen, die für Preußen zwar zu ertragen, für andere Bundesstaaten aber höchst unbequem wäre. Als ganz selbstverständlich nehme ich *an, daß über die vertraulichen Verhandlungen zwischen den Regierungen und im Bundesrat* die absoluteste Diskretion gewahrt werden wird" (ZStA Merseburg 2. 4. 16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 103, dechiffr. Telegramm; frdl. Mitteilung von J. Becker).

[3] Über die Motive der Reichsregierung, die Geheimhaltung der Aufhebung des § 2 vorzeitig aufzugeben und den Eindruck einer „Art von Handelsgeschäft zwischen Regierung und Reichstagsmajorität" zu vermeiden, vgl. Berckheims Berichte an Marschall vom 14./20. März 1904 (Gedr. *Fuchs* IV S. 543 f.).

918. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 24. März 1904

Die badische Zweite Kammer wird sich wahrscheinlich am Sonnabend über die Osterzeit vertagen. Erledigt ist bisher vom Budget nur der Justizetat; mit den Anforderungen für das Ressort des Innern beschäftigt man sich seit sieben Wochen ohne zu Ende zu kommen, die Bewältigung des ganzen Budgets dürfte mithin noch Monate in Anspruch nehmen.

Beim Kultusetat stehen Interpellationen, betreffend die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes sowie die Klosterfrage, bevor. Herr v. Dusch ist zwar bereit, diese zu beantworten, es wäre ihm indessen besonders lieb, wenn der Staatsminister alsdann zurück sein und ebenfalls den Standpunkt der Regierung darlegen könnte. Herr v. Brauer wünscht das auch seinerseits lebhaft, aber vor etwa Anfang Mai soll er auf dringenden ärztlichen Rat keinenfalls an die Heimkehr denken. Sein Leiden bessert sich in Ägypten. Ganz gehoben ist es bis jetzt nicht, vollständige Heilung muß aber womöglich erreicht werden, damit nicht ein chronischer Zustand oder erneute Verschlimmerung durch die Reise eintritt.

Der Minister des Innern hat der Verfassungskommission eine Antwort auf ihre Beschlüsse, betreffend die Wahlrechtsvorlage, nach den Ferien zugesagt. Für ganz aussichtslos halte ich eine Verständigung nicht; wenn die verschiedenen Parteien die Reform ernstlich wünschen, so wäre es höchst unverständig, dieselbe an gewissen Parteigrundsätzen, wie namentlich den geforderten geringen Budgetrechten der Ersten Kammer, scheitern zu lassen.

Die Regierung steht der Sache sehr gleichmütig gegenüber, sie kann mit dem geltenden Wahlrecht noch lange auskommen. Auch S. K. H. der Großherzog, Höchstdessen Befinden wieder nahezu normal scheint, würde ein negatives Ergebnis der Verhandlungen durchaus nicht besonders beklagen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 8, Ausf.; Marg.: „29./3. Staats-Min."

919. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 29. März 1904

In der letzten Sitzung vor den Osterferien hat die badische Zweite Kammer[1] über den sozialdemokratischen Antrag, betreffend die Errichtung von Arbeiterkammern, beraten, dabei kam es infolge verletzender Reden des Genossen Eichhorn zu mehrfachem Einschreiten des Präsidenten.

Der Antrag wurde schließlich abgelehnt, dagegen ein vom Zentrum und den Nationalliberalen formulierter Antrag angenommen, welcher zunächst die Schaffung von Arbeiterorganisationen durch Reichsgesetz empfiehlt und erst in zweiter Linie solche eventuell durch Landesgesetz geschaffen sehen will.

Da über den Gegenstand bereits im Reichstage verhandelt wurde, beehre ich mich, den Sitzungsbericht hierneben gehorsamst beizuschließen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 8, Ausf.; Marg.: „1./4. Min. d. Inn., R. A. d. Inn."

[1] 51. Sitzung II. Kammer vom 26. März 1904. Sitzungsbericht in: Karlsruher Zeitung (Beilage), Nr. 115 vom 27. März 1904.

920. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 31. März 1904

Vertraulich! In der „Osnabrücker Zeitung"[1] vom 29. d. Mts., die der Geheime Hofrat Wiedemann mir zur Verfügung stellte, wird ein längerer Artikel der „Leipziger Neuesten Nachrichten" abgedruckt und kommentiert, betreffend die Haltung Badens gegenüber dem Ultramontanismus und in Sachen der Aufhebung des vielgenannten § 2. Der Verfasser übt scharfe Kritik an den angeblich sehr katholikenfreundlichen Anschauungen der Frau Großherzogin und macht die hohe Frau quasi verantwortlich für die Abstimmung Badens in Sachen des Jesuitengesetzes wie überhaupt für alles vermeintliche Entgegenkommen der Regierung im Sinne der Zentrumswünsche.[2]

Die Ausführungen sind, wie ich versichern kann, durchaus falsch. I. K. H. wurde bereits vor zwei Jahren von den „Münchener Neuesten Nachrichten" in ähnlicher Weise ungerecht angegriffen[3], was hier damals große Entrüstung hervorrief; Höchstdieselbe ist tatsächlich viel eher ausgesprochene Gegnerin von Konzessionen an die römische Kirche, auch weder mit der Aufhebung des § 2 noch mit der Zulassung von Männerorden in Baden einverstanden. Wenn ihr hoher Einfluß in diesen Dingen mitgewirkt hat, so kann das höchstens zu Ungunsten der Zentrumsbestrebungen geschehen sein. Der Frau Großherzogin ganzes Interesse und Höchstihre außerordentlich rege Tätigkeit konzentriert sich vornehmlich auf die Wohltätigkeitsorganisationen im Lande, dabei wendet sie allerdings ihr Wohlwollen und ihre Aufmerksamkeit in gleicher Weise den Konfessionen zu, aber wenn man daraus katholisierende Tendenzen herleiten will, so muß das lediglich als Verleumdung oder Ignoranz bezeichnet werden. Der Kultusminister meint, nach seinen Beobachtungen möchte er die eigentlich erst im letzten Jahre besonders hervorgetretene entschiedene Abneigung S. K. H. des Großherzogs gegen die Aufhebung des § 2 und gegen die Klöster zum großen Teil auf

die Großherzogin zurückführen, früher habe der hohe Herr in diesen Fragen eine weit mildere Auffassung gezeigt.

Der erwähnte Artikel soll auch in den „Hamburger Nachrichten" wiedergegeben worden sein; in Anbetracht seines sensationellen Inhalts dürfte er wohl noch weiter in anderen Blättern besprochen werden, alsdann würde die Frage an die hiesige Regierung herantreten, ob etwa eine Zurückweisung in der „Karlsruher Zeitung" nützlich und opportun wäre. Meines Erachtens sollten womöglich die höchsten Herrschaften von den verleumderischen Ausstreuungen überhaupt keine Kenntnis erhalten, ob das aber durchzuführen ist, bleibt freilich zweifelhaft. Jedenfalls würden die Behauptungen hier an höchster Stelle äußerst peinlich berühren, vielleicht sogar auf die ohnehin schon geschwächte Gesundheit des Landesherrn einen nachteiligen Einfluß üben.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 8, Ausf.

[1] Nr. 9849 [!] vom 29. März 1904.

[2] Eisendecher an Bülow. „Karlsruhe, 8. April 1904. Der gehässige Artikel der ‚Leipziger Neuesten Nachrichten': ‚Weibliche Nebenregierung in Baden' [...] hat jetzt hier in drei verschiedenen Parteiblättern eine je nach ihrem Standpunkte mehr oder minder scharfe Verurteilung erfahren. Zentrum, Demokraten und Nationalliberale zeigen sich in der Verdammung dieses Preßerzeugnisses ausnahmsweise ziemlich einig [...]" (Ebd., Ausf.).

[3] Nr. 862.

921. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 3. Mai 1904

Die politische Lage in Baden steht derzeit vornehmlich unter dem Zeichen langwieriger und zeitvergeudender Kammerdiskussionen. Die Budgetberatung schreitet dabei nur sehr langsam fort, und die sonstigen Gesetzgebungsarbeiten werden in unerwünschtester Weise verzögert oder bleiben wohl überhaupt zum Teil unerledigt. Mit den unwahrscheinlichsten Dingen beschäftigt man sich, interpelliert unter anderem an die Regierung wegen der Russenausweisungen.[1]

Der Nachfolger Dr. Buchenbergers hat sich gelegentlich der Beratung seines Budgets vorteilhaft eingeführt, selbst von gegnerischer Seite werden die klaren und energischen Ausführungen des Präsidenten Becker[2] anerkannt. Leider sitzt in den nationalliberalen Reihen ein Abgeordneter, der bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit kulturkämpferische Allüren zeigt, ihm, dem Freiburger Landgerichtsrat Obkircher, ist es zuzuschreiben, wenn heute schon vier längere Debatten über diesen Gegenstand zu verzeichnen sind, ohne daß die eigentlichen Kulturkampfthemata, Kultusbudget und Ordensfrage, zur Verhandlung gestanden hätten. Herr Obkircher sucht zwar den bekannten antiklerikalen Fanatiker Böhtlingk von seinen Rockschößen abzuschütteln, im Grunde bläst er aber in ein sehr ähnlich gestimmtes Horn und dient damit eher den Zwecken des Zentrums als denen seiner Partei oder dem konfessionellen Frieden. Der Zentrumsführer Zehnter hielt ihm das jüngst nachdrücklich vor und zitierte bezüglich seiner öffentlichen Verleugnung Böhtlingks nicht ohne einige Berechtigung den Heineschen[3] Vers:

„Blamier' mich nicht, mein liebes Kind, und grüß' mich nicht unter den Linden, wenn wir hernach beisammen sind, wird sich schon alles finden".

Die gegenwärtig noch fortdauernden Verhandlungen über den Schuletat bieten stellenweise, wie ich glaube, ein allgemeines Interesse, ich werde mir deshalb vielleicht gestatten, nach Schluß die Kammerberichte darüber vorzulegen. Minister v. Brauer soll nach Mitte des Monats zurückkehren, sein Befinden scheint sehr wesentlich gebessert, wenngleich sich immer noch kleinere Nachwirkungen der Erkrankung bemerkbar machen; er selbst hegt einstweilen einige Zweifel, ob er den hier an ihn herantretenden Aufgaben gewachsen sein werde, die Wahlrechtsfrage namentlich dürfte alsdann sofort auf die Tagesordnung kommen und seine Kräfte stark in Anspruch nehmen.

Für den höchst bedauerlichen Fall eines krankheitshalber immerhin denkbaren Rücktrittes des Staatsministers wäre tatsächlich kein Ersatz vorhanden; ich wüßte nicht eine einzige geeignete Persönlichkeit, die S. K. H. der Großherzog dazu berufen könnte.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 8, Ausf.

[1] Am 25. April 1904 interpellierte die SPD-Fraktion wegen eines an die Bezirksämter gerichteten Regierungserlasses vom 9. Jan. 1902 sowie eines Ministerialerlasses vom 14. April 1904, wonach russ. Staatsangehörige, die aus anderen deutschen Bundesstaaten ausgewiesen worden waren, gleichfalls auszuweisen seien (3. Beilageheft 1903/04 S. 280 – Drucksache Nr. 47).

[2] Becker, Eugen (1848–1914), seit 1869 im bad. Verwaltungsdienst, 1875 Sekretär im Ministerium des Innern, 1876 Amtmann in Lörrach, 1877 Amtsvorstand in Schopfheim, 1880 Oberamtmann, 1884 Domänenrat, 1888 Finanzrat bei der Steuerdirektion, 1897 Ministerialdirektor im Finanzministerium, 1904–1907 Finanzminister (AV; PA-GLA).

[3] Heine, Heinrich (1797–1856), deutscher Dichter und Publizist.

922. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 30. Mai 1904

Vertraulich! *Vorlage des Berichts der Verfassungskommission der Zweiten Kammer zum Wahlrechtsentwurf*[1] *und der Kammerverhandlungen*[2] *mit drei sozialdemokratischen Anträgen.*[3]

Die Kammer nahm am 20. d. Mts. die Vorlage nach den Kommissionsbeschlüssen mit 54 gegen die 6 Stimmen der Sozialdemokraten an; dieselbe geht wohl nun zunächst an die Erste Kammer.

Einstweilen läßt sich das endgültige Schicksal dieser immerhin wichtigen Verfassungsänderung nicht voraussehen, da Volksvertretung und Regierung sich bisher in einem Punkte, den Budgetrechten des Oberhauses, noch nicht einigen konnten. Wenn die Regierung hierin von ihren Forderungen etwas abläßt und die Kammer auch ihrerseits entgegenkommt, ist ein Zustandekommen der Vorlage wahrscheinlich. Es frägt sich namentlich, wie S. K. H. der Großherzog sich zu der Sache, speziell der Budgetrechtsfrage, stellt. Herr v. Brauer hat den Eindruck, daß der hohe Herr ein positives Resultat eigentlich nicht sonderlich wünscht und daher wenig geneigt scheint, den Volksvertretern in diesem Punkte Konzessionen zu machen.[4]

Im großen und ganzen zeigt auch die Stimmung im Lande eher eine gewisse Gleichgültigkeit gegen die Reform des Wahlrechtes, die Agitation zugunsten derselben bleibt mehr

oder minder doch eine künstliche; man hat sich seither bei den indirekten Wahlen ganz wohl befunden, und erfahrene und politisch urteilsfähige Leute sehen im übrigen nicht recht ein, warum gerade Baden im Reiche diesen Schritt zuallererst unternehmen soll, während in anderen Bundesstaaten zur Zeit noch erheblich geringere Aussicht auf baldige Verwirklichung einer solchen Reform besteht.

Sehr mangelhaftes politisches Verständnis und Geschick zeigte bei den Verhandlungen in der Kammer die sozialdemokratische Fraktion, die Frankfurter Zeitung hebt das mit Recht in einem Leitartikel vom 26. d. Mts. besonders hervor.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 8, Ausf.; Marg.: „4./6. Min. d. Inn."

[1] Kommissionsbericht, die Änderung der Verfassung betr. (2. Beilageheft 1903/04 S. 89ff. – Drucksache Nr. 26a[I]).

[2] 77.–79. Sitzung II. Kammer vom 19./20. Mai 1904 (Vgl. *Goldschmit* S. 246ff.).

[3] SPD-Anträge zu den §§ 33–35 des Gesetzentwurfs: Die Zweite Kammer besteht aus 73 Abgeordneten, die in allgemeiner, geheimer und direkter Abstimmung nach dem Verhältniswahlrecht gewählt werden. Bei § 34 sollte die Bestimmung, daß die Staatsangehörigkeit und der Wohnsitz vor der Wahl mindestens ein Jahr dauern müssen, gestrichen, in § 35 Abs. 3,4 die steuerliche Voraussetzung für das Wahlrecht entfallen bzw. auf schuldhaften Rückstand bei der direkten Steuer eingeschränkt werden (Vgl. Nr. 902).

[4] Großherzog Friedrich I. an Brauer vom 5. Mai 1904 (Gedr. *Fuchs* IV S. 547f.).

923. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 5. Juni 1904

Staatsminister v. Brauer ist beim ersten Wiedererscheinen in der Kammer am 3. d. Mts.[1] sehr freundlich begrüßt worden. Die Anforderungen seines Ressorts wurden ohne wesentliche Bedenken fast einstimmig genehmigt. Nur die sozialdemokratische Fraktion gestattete sich, das Gehalt des Gesandten in Berlin abzulehnen.

Während der Beratung kam der Wechsel in der Person des Gesandten sowie die Ernennung eines dritten Bundesratsbevollmächtigten zur Sprache; es gelang dem Minister, sowohl den Wechsel wie die neue Stelle erfolgreich zu motivieren, dem Grafen Berckheim und dessen Vorgänger zollte er warmes Lob.

Herr v. Jagemann, der in Heidelberg Vorträge über die Reichsverfassung pp. hält, erfuhr wegen den dabei entwickelten Anschauungen von sozialistischer Seite scharfen Tadel. Abgeordnete aller Parteien erhoben Beschwerde über die angeblich nicht ganz gerechte Behandlung badischer Staatsangehöriger im Reichspostdienst. Diese Beschwerden sowie die Mängel des gegenwärtigen Ständehauses nahmen in der Verhandlung einen breiten Raum ein.

Auch die Reichsfinanzreform[2] fand Erwähnung und abfällige Beurteilung namentlich von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Eichhorn, welcher eine Reichsvermögens- und Einkommensteuer als einzig wirksames Mittel zur Sanierung der Reichsfinanzen bezeichnete. Das Thema wird bei der bisher verschobenen und noch bevorstehenden allgemeinen Finanzdebatte jedenfalls eingehend erörtert werden.

Vorlage des Sitzungsberichts der Badischen Landeszeitung.[3]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 8, Ausf.; Marg.: „Reichspostamt".

[1] 89. Sitzung II. Kammer vom 3. Juni 1904.
[2] Annahme der Reichsfinanzreform („Lex Stengel") im Reichstag am 7. Mai 1904 (Vgl. Nr. 893, 895 Anm. 1; *Schultheß* 1904 S. 79; *Witt* S. 80ff.).
[3] Nr. 252 vom 3. Juni 1904.

924. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 9. Juni 1904

Verschiedene auch außerbadische Zeitungen behaupten, daß das Ministerium Brauer mit der Wahlrechtsvorlage stehe oder falle. Die Nachricht ist unzutreffend, der Staatsminister hängt durchaus nicht besonders an der geplanten Reform, er wird selbstverständlich nach besten Kräften für ein Zustandekommen der Vorlage eintreten, ist aber andererseits nach dem weiten und überall anerkannten Entgegenkommen der Regierung der Meinung, daß diese damit ihre Pflicht getan und ihren besten Willen gezeigt habe, den Wünschen der Volksvertretung zu entsprechen; werde eine Einigung nicht erzielt, so könne man auch so weiterleben ohne wesentliche Nachteile.

Gegenwärtig liegt der Gesetzentwurf mit den vom Abgeordnetenhause beschlossenen Änderungen der Verfassungskommission der Ersten Kammer vor[1], welche bisher sehr wenig geneigt schien, diese Änderungen zu akzeptieren. Der liberal denkende Geheime Rat Lewald sah sich deshalb veranlaßt, das Amt eines Berichterstatters niederzulegen. An seine Stelle trat der streng konservative Freiherr v. Göler. Ob Herrn v. Brauers Versuche, den letzteren zu Konzessionen und einer versöhnlichen Haltung zu bewegen, erfolgreich sein werden, läßt sich noch nicht sicher sagen, indessen haben die sehr abfälligen Urteile in der Presse über den Widerstand im Oberhause doch bereits angeblich eine gewisse Milderung der Anschauungen bei manchen Mitgliedern zur Folge gehabt. Der Staatsminister hält daher momentan offenbar die Durchführung der Reform noch keineswegs für aussichtslos.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 8, Ausf.

[1] Vgl. *Goldschmit* S. 249ff.

925. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 18. Juni 1904

Vertraulich! Herr v. Brauer sagte mir, als ich mich gestern von ihm auf etwa vier Wochen verabschiedete, er hoffe die geplante Verfassungsreform durch eingehende Besprechungen mit den Parteiführern und namentlich auch mit einflußreichen Mitgliedern der Ersten Kammer in einer Form zustande zu bringen, die der Regierung sowohl wie den beiden Häusern annehmbar sein werde. Unerläßlich sei dabei allerdings die rückhaltlose Zustimmung S. K. H. des Großherzogs, an der er trotz zugesagter Unterstützung von seiten des hohen Herrn doch noch bisweilen leise Zweifel hege.[1]

Über die Lage der Finanzen und die badischen Eisenbahnen äußerte sich der Minister einigermaßen besorgt, er meinte, der gegenwärtige wirtschaftliche Zustand weise zwei-

fellos auf eine Art Betriebsgemeinschaft hin, die bei wechselseitigem Entgegenkommen mit der Zeit wohl zu erreichen sein würde. Seine diesbezüglichen Bemerkungen in der Ersten Kammer[2] seien offenbar in einzelnen norddeutschen Blättern unrichtig verstanden worden. Er habe beispielsweise die vierte Wagenklasse als nützlich verteidigt und einen gemeinsamen Betrieb als wohl möglich hingestellt, nichtsdestoweniger greife man ihn hie und da wegen seiner Rede heftig an. – Besonders müsse er die oft schroff feindselige Haltung der Eisenbahnverwaltung in den Reichslanden Baden gegenüber bedauern, man gebe sich hier alle Mühe, Frieden zu halten, finde dabei indessen drüben durchaus nicht das erhoffte Entgegenkommen, das liege anscheinend hauptsächlich an einer bestimmten Persönlichkeit, die er übrigens lieber nicht nennen wolle.

Herr v. Brauer erwähnte auch die Schulangelegenheiten und die verschiedenen auf diesem Gebiete in der Kammer gestellten Anträge, beklagte dabei aufrichtig, daß [wegen der[a]] derzeitige[n] finanzielle[n] Situation ein Eingehen auf die sehr weitgehenden Forderungen der Volksvertreter, betreffend Besserstellung und Vermehrung der Volksschullehrer, vorläufig nicht tunlich sei.

Das Befinden des Ministers ist bis jetzt recht befriedigend, sein eigentliches Leiden scheint vollständig gehoben. Ob er aber den Anstrengungen seines verantwortlichen Amtes auf die Dauer gewachsen bleiben wird, scheint mir doch fraglich.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 8, Ausf.; Marg.: „Schrb. 22./6. Arbeitsmin."

[a] Vorlage irrtümlich: die.

[1] Vgl. Nr. 926.

[2] Eisendecher an Bülow. „Karlsruhe, 12. Juni 1904. *Beratung der Ersten Kammer über das Eisenbahnbudget am 8. Juni 1904 (11. Sitzung) und Vorlage des Kammerberichts.* Die darin wiedergegebene Rede des Staatsminister[s] v. Brauer, welcher namentlich eine weitere Einigung der deutschen Bahnen durch eine Betriebsmittel-Gemeinschaft befürwortet und den im Süden herrschenden Bedenken gegen die vierte Wagenklasse entgegentritt, scheint mir wichtig und von allgemeinem Interesse" (Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 99 Bd. 9, Ausf.; Marg.: „18./6. Arbeitsminister").

926. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 11. Juli 1904

Vertraulich! Herr v. Brauer war gestern in St. Blasien zum Vortrage bei S. K. H. dem Großherzoge. Er hat seinem Gnädigsten Herrn bestimmt erklärt, daß er nicht bleiben könne, wenn die Wahlrechtsvorlage scheitern sollte; obgleich er persönlich die Reform durchaus nicht als besonders dringend ansieht, ist er mit Zustimmung des Großherzogs doch so warm für sie eingetreten, daß er glaubt, mit der Vorlage stehen oder fallen zu müssen.

S. K. H. scheint nach einigem Widerstreben die Richtigkeit dieser Auffassung einzusehen, während die Frau Großherzogin dringend und mit Zähigkeit ein Verbleiben des Ministers auf seinem Posten verlangt.

Ein Rücktritt des Herrn v. Brauer wäre sicher in jeder Hinsicht sehr zu beklagen; unter den etwa als Nachfolger in Betracht kommenden Staatsmännern Badens ist keiner, der den Minister wirklich ersetzen könnte.

Ob noch eine Verständigung über die Verfassungsfrage in den beiden Kammern erzielt werden wird, läßt sich heute nicht voraussagen, der Staatsminister hofft und glaubt es, aber die jungliberale Partei unter Führung des Abgeordneten Oberkircher steht ihm wegen seiner vermeintlich zu großen Zentrumsfreundlichkeit feindlich gegenüber und sucht angeblich einen Ministerwechsel herbeizuführen oder einen solchen doch nicht zu hindern, sie wird deshalb zu einer Verständigung schwerlich beitragen.

Im wesentlichen handelt es sich darum, ob die Erste Kammer auf einen Teil des Budgetrechtes verzichtet, wenn das andere Haus den beiden Repräsentanten der Kirchen sowie den Standesherren im Oberhause das Recht einer Vertretung zugesteht. Diese Punkte werden das Schicksal der Vorlage in den nächsten Tagen entscheiden. Fällt die Reform, so soll die Ständeversammlung einstweilen vertagt und einige Wochen später durch Erlaß geschlossen werden, kommt es dagegen noch zu einer Einigung[a], so ist beabsichtigt, den Landtag gleich in der üblichen Form zu schließen. S. K. H. der Großherzog würde dazu nicht erscheinen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 8, Ausf.

[a] Randnotiz Bülows: „Ist erfolgt!"

927. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 15. Juli 1904

Es ist in erster Linie das Verdienst des Staatsministers v. Brauer, daß die wichtige Wahlrechtsvorlage nunmehr als vom Landtage angenommen gelten kann. Wesentlich seinem und des Ministers des Innern Geschick wird man es zuschreiben müssen, wenn noch in letzter Stunde durch gegenseitige Konzessionen und Rücksichten in beiden Häusern eine Einigung erzielt wurde.[1]

Zwar hat die Zweite Kammer noch das letzte Wort zu sprechen, und das vorgeschlagene Wahlverfahren sowie die Wahlkreiseinteilung harren noch der Genehmigung, indessen unterliegt die endgültige Annahme der ganzen Vorlage wohl keinem Zweifel mehr.

Baden wird also als erster Bundesstaat im Reiche den neuen Weg beschreiten, ob zum Wohle des Landes, muß die Zeit lehren.

Ew. Exz. darf ich das Gesetz in der genehmigten Fassung nach seiner Fertigstellung demnächst gehorsamst vorlegen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 9, Ausf.

[1] Vgl. *Goldschmit* S. 261 ff.; Eisendecher an das Auswärtige Amt. „Karlsruhe, 14. Juli 1904. Nachdem Erste Kammer gestern in Budgetfrage entgegengekommen ist, nunmehr Annahme der badischen Wahlrechtsvorlage so gut wie sicher" (Ebd. Bd. 8, Telegramm).

928. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 15. Juli 1904

Ew. Exz. habe ich die Ehre, einen Leitartikel der Karlsruher Zeitung[1] über die endgültige Annahme der Wahlrechtsvorlage in der Zweiten Kammer hierneben gehorsamst vorzulegen.

Herr v. Brauer war, als ich ihn bald nach der Sitzung[2] sprach, außerordentlich befriedigt von deren Verlauf. Er sagte, es habe eine allgemein gehobene, fast enthusiastische Stimmung geherrscht, man habe sich untereinander lebhaft beglückwünscht und dem Großherzoge, der Regierung, der Ersten Kammer wie auch ihm persönlich warme Dankesworte gewidmet, schließlich die Aufstellung einer Büste des Landesherrn im Sitzungssaale neben der des Schöpfers der Verfassung beschlossen. Das wichtige Reformwerk werde hoffentlich gute Früchte tragen, namentlich in der Zusammensetzung des Oberhauses[3] glaube er manches erreicht zu haben, das man nur als nützlich und erwünscht bezeichnen könne.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 9, eig. Ausf.

[1] Nr. 259 vom 16. Juli 1904.

[2] 128. Sitzung II. Kammer vom 15. Juli 1904.

[3] Die um zehn auf 40 Mitglieder erweiterte Erste Kammer behielt trotz Aufnahme von Vertretern der Berufskörperschaften und der Kommunalverbände ihren Charakter als Pairskammer. Zur Verfassungsänderung vom 24. Aug. 1904 vgl. *Roth/Thorbecke* S. 10ff.; *Huber* I S. 157ff.; *Goldschmit* S. 267.

929. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 10. August 1904

Vertraulich! Gelegentlich meiner heutigen Unterredung mit Herrn v. Brauer über den Ausbau der Odenwaldbahn brachte der Minister auch eine andere Angelegenheit zur Sprache, die ihn sichtlich verstimmt hat. Sie betrifft die Auslegung des Artikel[s] 3 der Reichsverfassung.[1] Der Minister schilderte mir die Sache nach schriftlicher Notiz vertraulich wie folgt:

„Vor wenigen Tagen erhielten wir ein Schreiben des Reichsamts des Innern[2], in dem auf einen Artikel der ‚Frankfurter Zeitung' Bezug genommen wird, der die unhaltbare Lehre aufstellt, es sei unsere Ihnen bekannte Bestimmung der neuen Verfassung, wonach neue Bewerber der badischen Staatsangehörigkeit erst ein Jahr nach ihrer Aufnahme zur Wahlurne treten dürfen, nicht vereinbar mit Artikel 3 der Reichsverfassung. Das Reichsamt des Innern machte diese Auffassung der demokratischen Frankfurter Zeitung zu ihrer eigenen und erhebt gegen uns also indirekt den Vorwurf, mit unserer Verfassungsnovelle die Reichsverfassung verletzt zu haben. Diese Doktorfrage ist bekanntlich auch auf unserem Landtag verhandelt worden, wovon das Reichsamt des Innern anscheinend nichts weiß. Minister Schenkel hat die falsche Theorie in einer Rede vom 5. Juli in der Ersten Kammer gebührend zurückgewiesen.[a] Es würde ja auch die Ansicht der Frankfurter Zeitung, die allerdings von manchen Theoretikern geteilt wird, zu ganz absonderlichen Konsequenzen führen. Denn wenn das Reichsindigenat des Artikel[s] 3 der Reichs-

verfassung auch die eigentlich politischen Rechte träfe, so müßte folglich z.B. ein Badener, der in Preußen wohnt, auch ohne Preuße zu werden, an den preußischen Landtagswahlen teilnehmen können und umgekehrt.[b] Niemals aber hat man in der Praxis solche Folgerungen gezogen.

Die Sache hat aber noch eine andere Seite. Es liegt meines Erachtens eine Inkompetenz des Reichsamt[s] des Innern vor, solche Fragen mit einer Bundesregierung zu behandeln. Dazu ist das Auswärtige Amt da und der preußische Gesandte.[c] Hätten bei diesen – oder gar bei dem Herrn Reichskanzler in Person – Bedenken gegen unser[e]n Verfassungsentwurf bestanden, so wären solche Bedenken ohne Zweifel rechtzeitig (und nicht nachträglich) vorgebracht worden. Seit 9 Monaten liegen unsere Verfassungsentwürfe gedruckt vor und sind ohne Zweifel von Ihnen eingesendet worden. Ferner sind 6 Wochen vergangen, seit Minister Schenkel die Aufklärung gab. Hätte die Reichsleitung Bedenken gehabt und wären diese vor 9 Monaten (oder auch nur vor 6 Wochen) uns mitgeteilt worden, so hätten wir sehr leicht die Entwürfe ändern können. Wenn wir auch die Bedenken für unrichtig gehalten hätten und wenn wir die einjährige ‚Karenzzeit' für neu Anziehende wegen ihrer konservativen Wirkung (es handelt sich ja überwiegend um Sozialdemokraten, die dadurch ausgeschlossen werden) auch ungerne aufgegeben hätten, so hätten wir die Bestimmung doch aus schuldiger Achtung vor den Reichszentralbehörden gewiß geändert. Aber was soll jetzt die nachträgliche Reklamation, nachdem die neue Verfassung unter Dach gebracht ist? Bloß weil die Frankfurter Zeitung diese Ansicht hat.

Ich wäre dankbar, wenn Sie zur Kenntnis des Herrn Reichskanzlers bringen wollten, daß das Schreiben des Reichsamts des Innern hier wenig angenehm berührt hat und daß wir, wenn wider Erwarten der Herr Reichskanzler die Ansicht des Reichsamts des Innern teilen sollte, vorzögen, weiterhin über die Frage auf diplomatischem Wege zu verhandeln".[d3]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 9, Ausf.; Marg.: „I. 23./8. RK., II. Schrb. Gf. Posadowsky, III. Schrb. 20./8. S. A."

[a] Randnotiz Eisendechers: „Anlage 2 zu Bericht Nr. 84 vom 22. Juli 1904".
[b] Randnotiz Bülows: „Das ist damit noch nicht gesagt!"
[c] Randnotiz Bülows: „?"
[d] Randnotiz Bülows: „?"
[1] Gedr. *Huber* II S. 385f.
[2] Nicht vorhanden.
[3] Unterstaatssekretär Mühlberg trug Reichskanzler Bülow den Fall am 23. Aug. 1904 vor: Art. 3 RV mache „einen Unterschied zwischen ‚sonstigen bürgerlichen Rechten' und dem ‚Staatsbürgerrecht'. Bezüglich der ersteren ist ein Angehöriger eines Bundesstaats zum ‚Genuß' in jedem and[e]ren Bundesstaat ohne weiteres zuzulassen, während er bezüglich des Staatsbürgerrechts nur zur Erlangung dieses Rechts, nicht aber ohne weiteres auch zu dessen ‚Genuß', d.h. zur Ausübung, zugelassen ist. Bezüglich der Regelung der Bedingungen – und Fristen – für die Ausübung des Staatsbürgerrechts würde mithin jeder Einzelstaat freie Hand behalten haben. *Es dürfte* politisch nicht unbedenklich sein, wenn das Reich ohne zwingende Gründe, und noch dazu, wie Herr v. Brauer behauptet, nachträglich, in eine einzelstaatliche Gesetzgebung eingreift und mit Baden eine Streitfrage über die Auslegung der Reichsverfassung provoziert [Randnotiz Bülows: Richtig]. *Entschieden falsch sei freilich Brauers Auffassung, daß in dieser Sache nicht das Reichsamt des Innern, sondern das Auswärtige Amt mit Baden verhandeln solle, da* gerade die Reichsbehörden die eigentlich berufenen Organe sind, nicht aber – in der Regel – die preußischen Gesandtschaften" (Ebd., Ausf.).

Staatssekretär des Innern Posadowsky an Bülow. „Zandvoort, 9. September 1904. *Bei der bad.*

Wahlrechtsreform handelt es sich um eine Frage des inneren Reichsrechts, dessen Vertretung ressortgemäß Sache des Reichsamts des Innern ist. *Entscheidend im vorliegenden Fall* ist die Parität mit den Einheimischen, die jederzeit ohne Bindung an gesetzliche Fristen zu erlangen sein muß. Ich habe im übrigen nach Wahrung des Standpunkts des Reichsrechts an der weiteren Verfolgung der Sache nicht das mindeste Interesse. [...]" (Ebd., eig. Ausf.; Marg.: „Schreiben 28./9. an das R. A. d. Innern").

Am 18. Sept. 1904 teilte Brauer Eisendecher mit, daß sich seine Vermutung, es handele sich um ein Privaturteil des Reichsamts des Innern, bestätigt habe und er Richthofens Rat zufolge auf eine Antwort verzichte (Gedr. *Fuchs* IV S. 558, 567f.).

930. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 19. September 1904

Verschiedene Blätter reproduzieren die Nachricht der Leipziger Neuesten Nachrichten über einen angeblich nahe bevorstehenden Rücktritt des Herrn v. Brauer und die mutmaßliche Ernennung des Grafen v. Berckheim zu seinem Nachfolger sowie des Baron[s] Bodman[1] zum Gesandten in Berlin. Es ist nicht ein Körnchen Wahrheit an diesen Ausstreuungen, bis zum nächsten Sommer wird Herr v. Brauer jedenfalls im Amte bleiben, und an den Grafen Berckheim als Nachfolger oder Baron Bodman als Gesandter denkt niemand.

Herrn v. Bodmans Versetzung nach Berlin erfolgte auf Antrag des Ministers Schenkel; dieser hatte seinerzeit den Konstanzer Landeskommissär bewogen, die Landtagskandidatur im dortigen Bezirk anzunehmen.[2] Nach der von ihm erlittenen Niederlage, die beiläufig wesentlich durch einen ultramontanen Vetter, den Grafen Bodman[3], herbeigeführt wurde, schien ein längerer Verbleib in Konstanz unerwünscht, man gab ihm deshalb den Berliner Posten, der zugleich als Auszeichnung und Beförderung gilt. Bodman ist katholisch, aber durchaus kein Zentrumsfreund, im übrigen als tüchtiger Beamter sehr geschätzt und in Berlin aus seiner Tätigkeit im Reichsversicherungsamt bereits bekannt. Seine etwas kränkliche, liebenswürdige Frau stammt aus New York, spricht aber fertig deutsch.

Herr v. Brauer braucht die Kur in Wildungen[4] und schreibt mir durchaus befriedigt über sein Befinden.[5]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 2 Bd. 1, Ausf.

[1] Johann Heinrich Freiherr von und zu Bodman. Seit 1884 verheiratet mit Anna (geb. Steinway-Oaks, 1862–1906).

[2] Landeskommissär Bodman kandidierte 1903 im 1. bad. Reichstagswahlkreis gegen den Zentrumskandidaten Hug (Nr. 884).

[3] Franz Graf von und zu Bodman.

[4] Eisendecher berichtete Bülow am 8. Sept. 1904 vertraulich, daß Brauer auf Wunsch des Großherzogs einen Erholungsurlaub mit einer Nachkur in Wildungen angetreten habe. Er „glaube nicht, daß Herr v. Brauer noch lange in seiner Stellung verbleiben wird, jedenfalls scheint es seine feste Absicht, vor der nächsten Landtagssession zurückzutreten" (Ebd. Bd. 2, Abschrift).

[5] Brauer an Eisendecher vom 18. Sept. 1904 (Bonn, Archiv Ausw. Amt, Nachlaß Eisendecher 3/5 fol. 287f., eig.; gedr. *Fuchs* IV S. 558).

931. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 20. September 1904

Erzbischof Nörber warnte kürzlich bei seiner Firmungsreise in Pfullendorf öffentlich vor der liberalen Presse, und der Geistliche Rat Wacker kritisiert im „Katholischen Volksboten" die Mahnung S. K. H. des Großherzogs in Mainau zur Einigkeit gegen den Umsturz, indem er dem Landesherrn vorwirft, daß er die Klosterzulassung vereitele und damit die Einigung der Parteien erschwere.

Beide Auslassungen werden in den Zeitungen eifrig erörtert und bieten willkommenen Stoff zu erneutem wenig erfreulichen Streite.

Liberale wie Zentrumsblätter Badens füllen überhaupt vorwiegend und andauernd ihre Spalten mit gegenseitigen höhnischen Anschuldigungen und kleinlichen Hetzartikeln, zu einem gemeinsamen Kampf gegen den Umsturz besteht nicht die geringste Aussicht.

Ein Leitartikel der „Münchener Allgemeinen Zeitung"[1] über die obenerwähnten Äußerungen der Herren Nörber und Wacker ist hier gehorsamst angeschlossen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „mtg. 29./9. Kultusminist."

[1] Nr. 429 vom 21. Sept. 1904.

932. Eisendecher an Bülow

Baden, 27. Oktober 1904

Neuerdings scheint einige Aussicht vorhanden, daß für die nächsten, zum ersten Male direkten badischen Landtagswahlen die liberalen Parteien vereint gegen das Zentrum Front machen werden. Zwischen Demokraten und Zentrum herrscht bereits seit längerer Zeit heftige Fehde, eine Erneuerung des früheren Wahlbündnisses kann daher vorläufig als ausgeschlossen gelten; indessen bleibt bis zu den Wahlen noch über ein Jahr Zeit zu etwaiger Versöhnung, und bei dem wahlpolitischen Geschick der Ultramontanen könnte immerhin die Situation sich wiederum ändern.

Alt- und Jungliberale, Freisinn und Demokraten haben einstweilen die Geneigtheit eines Zusammengehens unter tunlichster Wahrung ihres jeweiligen Parteistandpunktes und mit gegenseitiger Respektierung ihres Besitzstandes kundgegeben, eine Sachlage, die das Zentrum augenscheinlich stark verstimmt.

Die Haltung der Sozialdemokraten muß unter solchen Umständen in manchen Bezirken eine besondere Wichtigkeit gewinnen. Man ist sich dessen im sozialdemokratischen Lager wohlbewußt, wird allerorts eigene Kandidaten aufstellen und vorsichtig wohl erst in letzter Stunde Farbe bekennen, wenn es sich darum handelt, dem Zentrumsmann oder dem liberalen Gegner zum Siege zu verhelfen – je nachdem die Parteiinteressen dabei mehr oder weniger profitieren.

Auch die übrigen Parteien wollen möglichst überall mit eigenen Kandidaten in den Kampf ziehen, die Zahl der kandidierenden Bewerber wird also bei den nunmehr zu wählenden 73 Abgeordneten recht groß werden. Nach allgemein verbreiteter Ansicht würde ohne den Zusammenschluß der Liberalen aller Schattierungen mit dem neuen

Wahlverfahren und der veränderten Wahlkreiseinteilung das Zentrum gute Chancen einer wesentlichen Stärkung haben.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 9, eig. Ausf.

933. Eisendecher an Bülow

Baden, 9. November 1904

Der Zähringer Pfarrer und Geistliche Rat Wacker hat nach einstimmiger Wahl wieder offiziell die Leitung des badischen Zentrums übernommen und kündigt das im „Beobachter" seinen Parteigenossen mit dem Bemerken an, daß er in Anbetracht der veränderten politischen Lage und der Wichtigkeit der nächstjährigen Landtagswahlen trotz geschwächter Gesundheit dem Rufe Folge leiste. Tatsächlich ist der streitbare Herr stets geistiger Führer der Partei geblieben, auch wenn er in letzter Zeit weniger öffentlich hervortrat.

Seine zeitweise reservierte Haltung wird zum Teil mit der Klosterfrage in Verbindung gebracht, von der er anscheinend hoffte, daß die Regierung sie den Wünschen der Kirche gemäß bald entscheiden werde. Das geschah nun seither nicht, und Wacker nahm infolgedessen unlängst öffentlich Anlaß, den Landesherrn für die Nichterledigung verantwortlich zu machen.

Im liberalen Lager wurde ihm diese gegen S. K. H. den Großherzog gerichtete Kritik sehr verübelt, auch die Münchener „Allgemeine Zeitung" ging scharf mit dem Redner ins Gericht. Wacker verteidigte sich dann mit noch größerer Schärfe im „Badischen Beobachter"[1] und suchte nachzuweisen, daß die Nationalliberale Partei in der gleichen Richtung weit mehr gesündigt habe.[a]

Da jetzt wahrscheinlich alle Liberalen bei den Wahlen vereint dem Zentrum entgegentreten wollen, wird Wacker die schwierige Aufgabe zufallen, einerseits womöglich die geheime Unterstützung der Sozialdemokraten zu gewinnen, andererseits aber auch die Konservativen wenigstens teilweise für das Zentrum zu werben. An Geschick für solche Künste fehlt es ihm nicht.

Unter der Ägide des bekannten Agitators Professor Böhtlingk hat sich inzwischen in Karlsruhe eine antiultramontane Vereinigung gebildet, welche zunächst namentlich gegen die im Lande bestehenden Lehr- und Erziehungsanstalten katholischer Schwestern Protest erhebt. Der Stadtrat der Residenz hatte bereits auf die Gesetzwidrigkeit derartiger Anstalten aufmerksam gemacht; von der Regierung waren sie als ihres Erachtens ungefährlich bisher stillschweigend geduldet. An und für sich mag die Protestbewegung vielleicht einige Berechtigung haben, aber es steht zu befürchten, daß Böhtlingks fanatischer Übereifer dabei eher schädlich als nützlich wirken wird.[b]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 9, eig. Ausf.

[a] Randnotiz Bülows: „Das stimmt".
[b] Randnotiz Bülows: „Gewiß".
[1] Nr. 253 vom 6. Nov. 1904.

934. Eisendecher an Bülow

Baden, 12. November 1904

Auf Einladung des Nationalsozialen Vereins und des Volksvereins hielt Pfarrer Naumann vorgestern vor sehr zahlreicher Zuhörerschaft einen Vortrag in Karlsruhe über „Liberalismus, Zentrum und Sozialdemokratie". Er plädierte lebhaft für ein Zusammengehen der Liberalen und Sozialdemokraten gegen den Ultramontanismus und fand anscheinend großen Beifall. Bei der dem Vortrage folgenden Diskussion stimmte besonders Professor Böhtlingk dem Redner zu, indem er namentlich das badische Zentrum als eine ernste Gefahr für das Land schilderte. Der sozialdemokratische Redakteur Kolb verwahrte sich gegen jedes Zusammengehen seiner Partei mit den Nationalliberalen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 9, eig. Ausf.

935. Eisendecher an Bülow

Baden, 21. November 1904

Die nationalliberale „Badische Landeszeitung"[1] veröffentlicht ein Rundschreiben des Zentralkomitees des badischen Zentrums an die katholischen Pfarrer, welches den Hochwürdigen Herren dringlich einschärft, für die Verbreitung der Parteiorgane zu sorgen und die liberale Presse möglichst zu bekämpfen. Sogar von der Kanzel herab sollen die Pfarrer „mit angemessener Zurückhaltung und Vorsicht nach der einen Richtung warnen, nach der anderen mahnen und bitten".

Ew. Exz. darf ich diese charakteristische Kundgebung hierneben gehorsamst vorlegen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 8, eig. Ausf.

[1] (Nr. 539 vom 19. Nov. 1904): „Ew. Hochwürden! Haben wohl die Freundlichkeit, eine Bitte des Zentralkomitees entgegenzunehmen und dieselbe nach Tunlichkeit auf dem Gebiete ihrer Pfarrei zu berücksichtigen. Sie betrifft die Presse. Daß die Presse in den Strömungen und Kämpfen des politischen Lebens eine bedeutsame Rolle spielt und eben deswegen gar nicht außer acht gelassen werden kann, wenn von erfolgreicher Leitung der Zentrumspolitik soll gesprochen werden können, liegt für jedermann auf der Hand. Es kann auch nicht bestritten werden, daß die Haltung der Presse im innigsten Zusammenhang steht mit den kirchlichen Interessen im allgemeinen wie speziell auch mit den Interessen, die jeder Seelsorgegeistliche in seinem Berufe zu wahren und zu fördern hat. So ist es wohl auch zu erklären, daß bei uns in Baden wie auch anderwärts der Klerus in voller Übereinstimmung mit dem Episkopat es sich angelegen sein läßt, nach Maßgabe der in den einzelnen Gemeinden obwaltenden Verhältnisse, die Verbreitung der Presse der einen Richtung möglichst zu hemmen, die der anderen möglichst zu fördern.

Mittel und Wege dazu müssen der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse entsprechen, z. B. durch katholische Männervereine, Abonnementbestellungen nach Versammlungen. In der Regel ist auch davon Erfolg zu erhoffen, wenn der Pfarrer mit der angemessenen Zurückhaltung und Vorsicht von der Kanzel herab nach der einen Richtung hin warnt, nach der anderen mahnt und bittet. Als besonders wirkungsvoll hat es sich in einer Reihe von Fällen gezeigt, wenn die Pfarrämter eines ganzen Kapitels oder wenigstens einer Gegend sich miteinander verständigten, an einem und demselben Sonntage eine zuvor vereinbarte und gleichlautende Erklärung zu verlesen".

Aufforderung, neben dem regionalen bzw. lokalen Zentrumsblatt auch das Zentralorgan, den „Bad. Beobachter", zu verbreiten sowie über den Erfolg der Kampagne Meldung zu erstatten (Gedr. *Kremer*, Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht S. 181 f.).

936. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 12. Dezember 1904

Die Badische Landeszeitung[1], führendes Organ der Nationalliberalen, schreibt im heutigen Mittagsblatt unter der Überschrift „Bülow" was folgt:

„Anstelle der eigentlichen Etatkritik wird die Auseinandersetzung zwischen dem Reichskanzler und der Sozialdemokratie immer mehr zum Charakteristikum der allgemeinen Etatdebatte.[2] Je länger Graf Bülow dieser Aufgabe am Tische des Bundesrats obliegt, um so vollständiger deckt er seine sozialdemokratischen Gegner formell und sachlich zu. Es hilft nichts, daß die sozialdemokratische Presse in giftigem Ärger hierüber den Grafen Bülow als Nichtskönner und Nichtswisser verunglimpft; jedem durch Parteihaß nicht verblendeten Beurteiler zeigt der Reichskanzler, in wie hohem Grade die politisch-staatsmännische Überlegenheit auf seiner Seite ist. ‚Vernichtet' wird die Sozialdemokratie durch solche Reichstagsreden des Kanzlers nicht. Aber der Einfluß dieser Partei am Volke wird durch sie stark gemindert, das Ansehen der Regierung gehoben, das Selbstbewußtsein des Bürgertums gestärkt. Und darum verdient Graf Bülow für seine rednerische Abfertigung der sozialdemokratischen Parlamentarier den wärmsten Dank aller Vaterlandsfreunde".

Die Rede Ew. Exz. findet hier auch in Kreisen der Regierung die allseitigste und lebhafteste Anerkennung. Herr v. Brauer war gestern bei mir und gab seinen Eindrücken und Empfindungen mit Bezug darauf beredten Ausdruck.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 122 Nr. 13 Nr. 1 Bd. 9, Ausf.

[1] Nr. 577 vom 12. Dez. 1904.

[2] Am 9. Dez. 1904 setzte sich der Reichskanzler in einer ironischen Rede während der Verhandlungen über den Reichshaushalt mit dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten v. Vollmar auseinander (Sten.Ber. RTG Bd. 201 S. 3445).

937. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 13. Dezember 1904

Vertraulich! Das mit dem gehorsamsten Berichte Nr. 108 vom 21. v. Mts.[1] vorgelegte Rundschreiben der badischen Zentrumsleitung an die Pfarrer des Landes hat in der gesamten nichtklerikalen Presse eine scharfe Kritik erfahren. Auch die Großherzogliche Regierung verurteilt durchaus diesen Versuch einer Herabwürdigung der Seelsorger zu geistlichen Preßagenten; sie hat an den Erzbischof die ernste und deutliche Anfrage gerichtet, ob die Demarche des Zentrums-Zentralkomitees mit oberhirtlicher Zustimmung erfolgt sei.[2] S. K. H. der Großherzog bemerkte mir gegenüber bei Erwähnung des Rundschreibens, daß angesichts solcher Umtriebe von einem Entgegenkommen der Regierung in der Klosterfrage kaum die Rede sein könne.

Inzwischen sucht Herr Wacker im Badischen Beobachter die Sache in mehreren langen Artikeln unter heftigen Ausfällen gegen die Nationalliberalen als äußerst harmlos darzustellen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 8, Ausf.

[1] Nr. 935.

[2] Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts an Erzbischof Nörber vom 30. Nov. 1904 (Gedr. *Fuchs* IV S. 571). Vgl. die Antwort des Ordinariats vom 5. Dez. 1904 (Gedr. *Fuchs* IV S. 573 ff.).

938. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 19. Dezember 1904

Die Aufforderung des badischen Zentrums-Zentralkomitees an die Pfarrer, auch von der Kanzel für die „gute" und gegen die „schlechte" Presse zu wirken, hat bereits Früchte getragen.

Die Pfarrer in den Bezirken von Donaueschingen und Villingen (73 Gemeinden) verlasen von der Kanzel eine gleichlautende Kundgebung, in welcher feierlich Protest erhoben wird gegen die Verbreitung einer in Freiburg gehaltenen Rede des Grafen Hoensbroech[1] durch zwei liberale Blätter. Der Schluß der Kundgebung lautet: „Darum ermahnen wir Euch, Geliebte, von solchen Irrlehrern Euch nicht betören zu lassen, vielmehr treu und fest zu der h[ei]l[igen] katholischen Kirche und dem Vater der Christenheit, dem Papste in Rom, zu stehen! Auch heute noch hat die Verheißung Christi, daß das Papsttum und die Kirche währen werde[n] bis zum Ende der Zeiten, ihre volle Geltung, jene Verheißung, die da lautet: ‚Du bist Petrus, der Fels, und auf diesen Fels werde ich meine Kirche bauen, und die Pforten der Hölle werden sie nicht überwältigen'. Eure Ehre als Katholiken ist durch das Vorgehen der Blätter angegriffen, welche die Rede des abtrünnigen Priesters Hoensbroech verbreitet haben. Wir haben zu Euch das Vertrauen, daß ihr darauf die gebührende Antwort gebt".

Auch von einem Orte bei Meßkirch wird mitgeteilt, der Pfarrer habe von der Kanzel seiner Gemeinde direkt aufgefordert, die liberale Zeitung abzubestellen und das Zentrumsblatt zu halten.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 8, Ausf.; Marg.: „25./2. KultusMin., Min. d. Inn."

[1] Hoensbroech, Paul Cajus Graf v. (1852–1923), Jesuit, nach seinem Ordensaustritt Kirchenhistoriker und Publizist.

939. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 19. Dezember 1904

Ganz vertraulich! Im strengsten Vertrauen hat mir Herr v. Brauer auf meine Bitte die hier gehorsamst angeschlossenen Abschriften der Korrespondenz der Großherzoglichen Regierung mit dem Freiburger Erzbischof in Sachen des Rundschreibens der badischen Zentrumsleitung an die Pfarrer überlassen.[1]

Der Minister bittet um durchaus vertrauliche Behandlung der Schriftstücke und bemerkt, daß die Klagen des Dr. Nörber über Ausschreitungen der liberalen Presse und die leidenschaftlichen Kritiken katholischer Einrichtungen durch einzelne im Beamtenverhältnis stehende Personen – gemeint sind wohl in erster Linie Professor Böhtlingk und der Abgeordnete Landgerichtsrat Obkircher – nicht ganz unberechtigt seien.

Wie S. K. H. der Großherzog ist auch Herr v. Brauer der Ansicht, die Regierung werde ihre Entschlüsse, betreffend die Klosterfrage, wesentlich von der Haltung des Erzbischofs in der vorliegenden Angelegenheit abhängen lassen müssen.

Die weitere Antwort des Dr. Nörber werde Ew. Exz. ich seinerzeit gehorsamst übermitteln.[2]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 8, Ausf.; Marg.: „Anl. 25./12. Kultus-Minister".

[1] Nr. 937 Anm. 2.

[2] Erzbischof Nörber an das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts vom 20. Dez. 1904 (Gedr. *Fuchs* IV S. 577f.).

940. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 9. Januar 1905

Durch einen am 5. d. Mts. hier gehaltenen öffentlichen Vortrag des Reichstagsmitgliedes Müller-Meiningen[1] hat das Zustandekommen des geplanten Wahlbündnisses der liberalen Parteien gegen das Zentrum bei den nächsten Wahlen sehr an Wahrscheinlichkeit gewonnen. Die Demokratie zeigte sich bisher noch etwas spröde, scheint aber nun doch geneigt, sich den Nationalliberalen und dem Freisinn anzuschließen.[2]

In der für Herrn Müllers Vortrag von der freisinnigen Partei berufenen Versammlung aller liberalen Gruppen erfolgte die einstimmige Annahme folgender Resolution: „Die heutige Versammlung hält es für unbedingt erforderlich im Interesse der liberalen Weltanschauung und der kulturellen Errungenschaften, daß die sämtlichen liberalen und demokratischen Parteigruppen Badens sich alsbald zum gemeinsamen Kampf gegen den Ultramontanismus verbinden, um die Gefahren einer ultramontanen Mehrheit in der Zweiten Kammer von Baden fernzuhalten".

Auf die Konservativen Badens ist als Hilfstruppe gegen das Zentrum wohl nicht zu rechnen. Diese an und für sich schwache Partei gerät mehr und mehr in das bündlerische Fahrwasser, sie leidet an Kurzsichtigkeit, Ungeschick und völligem Mangel einer verständigen Führung.

In der Zentrumspresse wird der Erfolg der gemeinsamen liberalen Bestrebungen noch stark bezweifelt und bespöttelt, offenbar empfindet man aber doch die drohende Gefahr recht peinlich. Ich erlaubte mir schon früher zu bemerken, daß die Wahlagitation hier etwas früh beginnt. Bei der allgemeinen Minderwertigkeit der Parteipresse und der Erregbarkeit einzelner Heißsporne ist zu besorgen, daß die jetzt anscheinend erzielte Einigkeit der Liberalen noch wieder in die Brüche gehen könnte.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 10, Ausf.; Marg.: „12./1. Min. d. Innern".

[1] Müller-Meiningen, Ernst (1866–1944), zunächst Rechtsanwalt in Nürnberg, seit 1894 im bayer.

Justizdienst, 1898 Amtsrichter in Fürth, 1903 Landgerichtsrat in Aschaffenburg, 1911 Oberlandesgerichtsrat in München, FrVP/FVP/DDP, Mdbayer.L. 1919–1924, MdR 1898–1918, 1906–1910 Fraktionsvorsitzender, 1919/20 bayer. Justizminister.

[2] Am 9. Dez. 1904 unterzeichneten die Parteiführer der bad. Freisinnigen, Nationalliberalen und Demokraten ein Blockabkommen für die Landtagswahlen im Herbst 1905 (*Thiel* S. 25ff.). Die definitive Zuweisung der Wahlkreise wurde wegen Einwänden der linksliberalen Parteien jedoch erst im Sommer 1905 abgeschlossen (Landesversammlung der Nationalliberalen Partei in Offenburg am 4. Juni 1905; vgl. *Schofer*, Landtag 1905/06 S. 2). Vgl. Nr. 934.

941. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 6. Februar 1905

Geheim! In Erledigung des hohen Erlasses Nr. 66 vom 24. v. Mts.[1], betreffend die Bestimmungen über Gestellung militärischer Hilfe im Falle von Arbeitseinstellungen der Eisenbahnbediensteten, beehre ich mich, Ew. Exz. hierneben die mir soeben von Herrn Staatsminister v. Brauer in der Angelegenheit zugegangene Antwort vom 3. d. Mts. im Originale gehorsamst vorzulegen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 152 Bd. 4, Ausf.; Marg.: „Kop. der Anl. mit Schrb. v. 11./2. Min. d. öff. Arb."

Anlage

Brauer an Eisendecher

Karlsruhe, 3. Februar 1905

Geheim! *Ew. Exz. erwidere ich ergebenst*, daß ich mit den Bestimmungen über die Gestellung militärischer Hilfe im Falle von Arbeitseinstellungen der Eisenbahnbediensteten einverstanden bin und gern davon Kenntnis genommen habe, daß deren Ausdehnung erforderlichenfalls auch auf die badischen Staatseisenbahnen erfolgen kann. Die großherzogliche Generaldirektion der Staatseisenbahnen ist bereits mit dem königlichen Generalkommando des XIV. Armeekorps dahier im Sinne der vereinbarten Bestimmungen in Verhandlung getreten.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 152 Bd. 4, eig. Ausf.

[1] In einem Geheimerlaß vom 24. Jan. 1905 bat Bülow Eisendecher, der bad. Regierung einen Abdruck der von dem preuß. Kriegsminister und dem Minister der öffentlichen Arbeiten v. Budde eingebrachten Bestimmungen mitzuteilen. Nach Angaben Buddes hatte ihnen der Kaiser zugestimmt und ihre Ausdehnung auf die bad. Staatsbahnen genehmigt (Ebd., Konz.; Marg.: „An die Missionen in München, Dresden, Stuttgart, Oldenburg, Hamburg").

942. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 7. Februar 1905

Der badische Zentrumsführer und Geistliche Rat Wacker sprach unlängst in einer Karlsruher Versammlung von einem zweiten Rundschreiben der Parteileitung an die Pfarrämter[1], welches gewisse mißverstandene Auffassungen des ersten vielerörterten Zirkulars[2] beseitigen sollte. Mit Bezug auf diese Äußerung führte ein Karlsruher Korrespondent der Kölnischen Zeitung[3] aus, das bedeute offenbar einen Rückzug Wackers, der vermutlich auf eine Beschwerde der Regierung und einen demnächstigen Wink der Kurie hin erfolgt sein müsse.

Dagegen wehrt sich nun der streitbare Pfarrer in sehr langen Auseinandersetzungen. Er schreibt im Beobachter[4], von einem Rückzuge könne nicht die Rede sein, das zweite Schreiben – dessen Wortlaut er mitteilt – sei ohne äußere Einwirkung ergangen, lediglich um irrtümlichen Eindrücken der früheren Kundgebung zu begegnen. Er bestreite entschieden die Behauptung der Kölnischen Zeitung, daß ihre Information aus einer dem Freiburger Ordinariat nahestehenden Quelle stamme, es sei viel wahrscheinlicher, daß eine Verletzung des Dienstgeheimnisses in Karlsruhe vorliege.

Sowohl in Wackers Ausführungen wie in dem zweiten Zentrumsschreiben an die Pfarrer wird für diese das Recht in Anspruch genommen, in ihrer Eigenschaft als Staatsbürger auch im politischen und Parteiinteresse ihrer Überzeugung gemäß mitzuwirken, damit sucht man die gegnerischen Angriffe auf den früheren Erlaß abzuweisen. Die Großherzogliche Regierung betrachtet die Angelegenheit zunächst als durch die neuere Kundgebung des Zentrums erledigt, sie erwartet vom Erzbischof keine weitere Antwort. Liberale Stimmen lassen es an ironischen Bemerkungen über den „Staatsbürger" Wacker und seine Theorien nicht fehlen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 9, Ausf.

[1] (Bad. Beobachter, Nr. 26 vom 1. Febr. 1905). Gegenüber „Beanstandungen, welche das Rundschreiben in Sachen der Presse auf gegnerischer Seite erfahren hat", erklärte Wacker – „um jeder Möglichkeit eines Mißverständnisses vorzubeugen" – den Geistlichen in einem zweiten Zirkular „ausdrücklich, daß er weit davon entfernt ist zu meinen oder zu wünschen", sie „sollten in irgendeiner Weise ihr kirchliches Amt, sei es auf der Kanzel, sei es sonst wie, dazu benützen, um politische Interessen und Bestrebungen der Zentrumspartei zu fördern. Das Zentrum ist eine politische Partei, die nach allen Seiten hin frei und unabhängig ausschließlich auf die freie, auf eigener Überzeugung beruhende Mitarbeit ihrer Gesinnungsgenossen rechnet. So großen Wert sie darauf legt, auch Zugehörige des geistlichen Standes wie solche anderer Stände zu ihren Gesinnungsgenossen und Mitarbeitern zählen zu können, so reflektiert sie doch bei ihnen wie bei allen anderen lediglich auf ihre Mitarbeit als Staatsbürger. Diesen Standpunkt hat die Parteileitung jederzeit festgehalten; auch die dermalige Zentralleitung will ihn in keiner Weise verlassen" (Ebd.).

[2] Nr. 935 Anm. 1.

[3] Nr. 85 vom 24. Jan. 1905.

[4] Bad. Beobachter, Nr. 26 vom 1. Febr. 1905; Nr. 27 vom 2. Febr. 1905.

943. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 27. Februar 1905

Ganz vertraulich! Herr v. Brauer teilte mir heute im engsten Vertrauen mit, daß er doch möglicherweise schon vor dem Sommer seinen bereits lange geplanten Rücktritt zur Ausführung bringen müsse. Obgleich es ihm nicht gerade gesundheitlich schlecht gehe, fühle er sich doch dem Dienste nicht mehr ganz gewachsen, und im Hinblick auf die jetzt beginnenden Vorbereitungsarbeiten zum nächsten Landtag halte er es für erwünscht, wenn dafür der Nachfolger bald die Verantwortung übernehmen könnte. S. K. H. der Großherzog sehe das ein, wolle ihn aber offenbar nur sehr ungerne gehen lassen und habe noch keinerlei Entscheidung getroffen, weder über den Zeitpunkt des Wechsels noch über einen passenden Ersatz.

Der Minister selbst dachte bezüglich eines Nachfolgers zunächst an Freiherrn v. Bodman, den Gesandten in München, der aber seiner geschwächten Gesundheit wegen kaum ernstlich in Frage kommen dürfte. Er versprach mir schließlich, mich sofort vertraulich über etwaige Entschließungen seines Gnädigsten Herrn zu informieren. Ganz zweifellos kann man vom Standpunkte der königlichen Regierung und des Reiches das bevorstehende Scheiden des Herrn v. Brauer nur aufrichtig bedauern. Eine gleichwertige Kraft von so eminent reichstreuer Gesinnung und so nach jeder Richtung wohlwollender, geschickter Geschäftsleitung wird sich schwerlich wiederfinden. Unter den in erster Linie möglichen Ersatzkandidaten sind im übrigen die derzeitigen Ressortminister alle als durchaus zuverlässig, fähig und erfahren zu bezeichnen. Keiner unter ihnen würde je eine partikularistische oder von der bisherigen Politik abweichende Haltung Badens gegenüber dem Reiche zu inaugurieren suchen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 2 Bd. 2, Ausf.; Marg.: „v. S. M. 2./3."

944. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 3. März 1905

Ganz vertraulich! Der Rücktritt des Herrn v. Brauer wird nun doch wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen erfolgen, und zwar wegen einer von S. K. H. dem Großherzoge offenbar mißverstandenen Äußerung des Ministers. Letzterer hatte im Herbst gebeten, etwa im März auf sein Abschiedsgesuch zurückkommen zu dürfen, nachdem dasselbe damals in sehr gnädiger Form zunächst abgelehnt worden war; er wollte also jetzt die Sache nochmals zum Vortrag bringen und dann im Juni oder Juli seinem Nachfolger Platz machen.

Der Großherzog war indessen der Meinung, Herr v. Brauer wünsche sehr, jetzt im März womöglich schon zurückzutreten, und gab dazu mit dem Ausdruck lebhaftesten Bedauerns aus eigener Initiative kürzlich Höchstseine Zustimmung, um so der vermeintlichen Bitte des Ministers entgegenzukommen. Herr v. Brauer sagte mir, er habe vorgezogen, das Mißverständnis nicht aufzuklären, und vor einigen Tagen seinem Gnädigsten Herrn den Justiz- und Kultusminister Freiherrn v. Dusch zum Staatsminister und den Ministerialdirektor Freiherrn v. Marschall[1] für das auswärtige Ressort vorgeschlagen. Diese Vorschläge seien genehmigt worden, einen bestimmten Zeitpunkt für die Veröf-

fentlichung des Wechsels habe aber S. K. H. noch nicht bestimmt. Die Entscheidung darüber werde vermutlich morgen fallen. Der Minister des Innern Dr. Schenkel ist im Dienst älter als Herr v. Dusch, paßt aber vielleicht weniger für die leitende Stelle im Staatsministerium und zieht, wie ich höre, selbst vor, seinen jetzigen Posten zu behalten.

Für das auswärtige Departement hatte Herr v. Brauer auch an den Freiherrn Heinrich v. Bodman (jetzt in Berlin) gedacht, der aber anscheinend an höchster Stelle nicht so geeignet erachtet wurde wie Herr v. Marschall.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 2 Bd. 2, Ausf.; Marg.: „v. S. M. 6./3."

[1] Marschall v. Bieberstein, Adolf Ludwig Freiherr (1848–1920), seit 1870 im bad. Justizdienst, 1875 Staatsanwalt in Mosbach, 1877 Legationsrat im diplomatischen Dienst, 1881–1892 Leiter des Statistischen Büros, 1883 Kammerherr, 1903 Ministerialrat im Ministerium des Großherzoglichen Hauses und des Auswärtigen, 1905 Präsident, 1908–1911 Minister des Großherzoglichen Hauses und des Auswärtigen (AV; PA-GLA).

945. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 5. März 1905

Vertraulich! Der Ew. Exz. bereits vertraulich gemeldete Ministerwechsel in Baden wird übermorgen, Mittwoch, den 8. d. Mts. in der „Karlsruher Zeitung" publiziert werden.

Bereits heute, Sonntag, hatte Herr v. Brauer das besonders gnädige Schreiben S. K. H. des Großherzogs erhalten, welches ihm mit Bedauern die erbetene Entlassung gewährt und den aufrichtigen Dank des Landesherrn für seine Dienste ausspricht. Die Veröffentlichung der Änderungen konnte also sofort erfolgen; da indessen der „Mardi gras" unmittelbar bevorsteht, befürwortete Herr v. Brauer einen Aufschub bis nach diesem Tage, weil es sonst seines Erachtens nahelag, daß im Volksmunde die Bezeichnung Fastnachtsministerium aufkam.[a]

Der neue Staatsminister Freiherr Alexander v. Dusch, geboren in Karlsruhe 1851, evangelischer Konfession, ist Jurist, war Amtsrichter in Mannheim, dann Staatsanwalt, wurde 1881 Landgerichtsrat, 1895 erster Staatsanwalt in der Residenz, 1899 Oberstaatsanwalt, Vortragender Rat im Justizministerium und Geheimer Oberregierungsrat. Seine Ernennung zum Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts erfolgte nach dem Tode des Staatsministers Dr. Nokk am 27. Juni 1901. Er besitzt ein Gut, das in Württemberg liegt, hat eine kluge, liebenswürdige Frau, zwei hübsche Töchter und einen sehr musikalischen, bereits im Staatsdienste stehenden Sohn, der eine Zeitlang in Berlin war. Die ganze Familie zeigt große Vorliebe für Musik, erfreut sich im übrigen allgemeiner Beliebtheit.

Politisch gehört der Minister seiner Vergangenheit nach zur Nationalliberalen Partei, hegt aber in keiner Weise extreme Anschauungen, ist nach jeder Richtung wohlwollend und genießt selbst beim Zentrum ein gewisses Vertrauen. Ich habe stets in angenehmster Weise mit ihm verkehrt und seine Eigenschaften sowohl als Staatsmann wie als humorvoller, fein gebildeter Causeur mehr und mehr schätzen gelernt.

Wahrscheinlich wird das Zentrum seine Ernennung sympathisch begrüßen und die Übergehung des im Dienste älteren und im ultramontanen Lager viel angefeindeten

Minister des Innern Dr. Schenkel spöttisch kommentieren. Freiherr v. Marschall, Vetter des Botschafters und Sohn des ehemaligen Gesandten in Berlin, übernimmt, wie gemeldet, das Ressort des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten (mit den Eisenbahnen) zunächst als Präsident ohne den Ministertitel, aber mit dem Prädikat Exzellenz. Er steht im achtundfünfzigsten Jahre, ist also älter als Herr v. Dusch. Ich kenne ihn seit 1884 als einen überaus pflichttreuen, fleißigen, zuvorkommenden Beamten von klarem politischen Blick. Die Konservative Partei zählt ihn zu den ihrigen, er verurteilt indessen scharf deren meist einseitige und kurzsichtige Haltung.

Schon 1877 wurde er Legationsrat im Ressort, dem er jetzt vorstehen soll und das damals eine Abteilung des Staatsministeriums bildete. Seit 1893 arbeitet er dauernd in diesem inzwischen selbständig gewordenen Departement, zuletzt als Ministerialdirektor und Vertreter des Ministers. Herr v. Brauer wünscht dringend, daß vor der Publikation des Ministerwechsels nichts in der Presse darüber verlaute. Bisher scheint die Geheimhaltung völlig gewahrt.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „v. S. M. in Berlin 10./3.; mtg. 15./3. Dresden, München, Stuttgart, Darmstadt, Weimar, Oldenburg, Hamburg".

[a] Randnotiz Wilhelms II.: „!"

946. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 10. März 1905

Vertraulich! Der Ministerwechsel in Baden wird in der Presse eifrig erörtert. Zwar wußte man längst, daß der Rücktritt des Herrn v. Brauer bevorstand und daß dafür lediglich mangelhafte Gesundheit den Anlaß bildete, einzelne Blätter suchen indessen nach weiteren geheimen Motiven. So meint die „Frankfurter Zeitung", es könnten auch Berliner Einflüsse mit im Spiele gewesen sein; da das vom Minister geschaffene Kilometerheft ein Hemmnis für die Eisenbahnbetriebsgemeinschaft bilde, komme der Rücktritt fraglos Berliner Wünschen entgegen (!). In ähnlichem Sinne äußert sich das hiesige Organ der Volkspartei und andeutungsweise auch der sozialdemokratische Volksfreund. Ziemlich alle Blätter loben den Takt, die Liebenswürdigkeit und das staatsmännische Geschick des scheidenden Ministers, tadelnde Bemerkungen fand ich bisher in keiner Zeitung.

Das Zentrum hebt namentlich Herrn v. Brauers Stellung über und neben den Parteien anerkennend hervor; man rechnet es ihm hoch an, daß er mit dem früheren nationalliberalen Parteiregiment gebrochen habe.

Die erste positive Nachricht über den Wechsel brachten gleichzeitig am Dienstag die „Kölnische Zeitung" und die „Straßburger Post", und zwar sind diese Veröffentlichungen ganz gegen den Willen der Regierung durch die Indiskretion eines hohen Beamten (des Präsidenten der Zivilliste[1]) erfolgt.

Daß der Rücktritt des Herrn v. Brauer gerade jetzt ziemlich plötzlich und nicht erst im Sommer stattfand, ist erwiesenermaßen, wie ich bereits gehorsamst meldete, lediglich auf das mangelhafte Gehör S. K. H. des Großherzogs zurückzuführen, Höchstwelcher des Ministers Wünsche mißverstanden hatte.

[1] Nicolai, Edmund (1910: v.) Dr. (1858–1914), seit 1882 in der bad. Verwaltung, 1888 Amtmann in Karlsruhe, 1890 in Freiburg, Oberamtmann, 1894 mit Sitz und Stimme im Kollegium des Ministeriums des Innern, 1896 Ministerialrat, 1897 Präsident der Generalintendanz der Zivilliste, 1906 Wirkl. Geh.Rat (AV; PA-GLA)

947. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 18. März 1905

Vertraulich! Der Rücktritt des Ministers v. Brauer wird hier im Schlosse offenbar sehr schmerzlich empfunden[1], man hatte anscheinend gehofft, Herr v. Brauer werde vielleicht das Hausministerium behalten oder eine der längst vakanten höchsten Hofchargen übernehmen können. Man glaubte auch, er werde dann seine besonders schöne Dienstwohnung nicht aufzugeben brauchen und weiter in der gewohnten sympathischen Weise repräsentieren. Daß solche freilich von vorneherein ziemlich aussichtslosen Ideen sich nicht verwirklichen ließen, hat bei Hofe eine große Enttäuschung hervorgerufen.

Der Ausfall des Hauses Brauer ist in der Tat für Karlsruhe gerade auch in geselliger Beziehung höchst bedauerlich, es gibt unter den badischen Hof- oder Staatsbeamten keinerlei Ersatz. Herr v. Marschall, der die Wohnung seines bisherigen Chefs bezieht, hat eine seit Jahren schwerkranke Frau. Den anderen Mitgliedern des Ministeriums fehlen teils geeignete Wohnungen, teils die Gabe oder Neigung zu geselliger Repräsentation.

Die oberen Hofchargen sind so ziemlich alle in der Person des Grafen Andlaw vereinigt, der infolgedessen mit Arbeit überhäuft, kein Haus machen kann. Es gibt seit dem Tode der Herren v. Gemmingen und v. Edelsheim[2] weder einen Oberstkammerherrn noch einen Obersthofmeister oder eine Obersthofmeisterin. Frau v. Holzing[3] tut als solche seit vielen Jahren niemals Dienst, eine Neuernennung erfolgt aber nicht.

Ich habe in den fast 21 Jahren meines Hierseins außer dem Hause Brauer kein einziges badisches Haus kennengelernt, das in unserem Sinne Gastfreundschaft übte. Bei Leuten in hoher Stellung, die ich alljährlich des öfteren bei mir sah, bin ich überhaupt nie im Hause gewesen. [...]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 2 Bd. 2, Ausf.; am 24./3. an die preuß. Missionen und Gesandtschaften im In- und Ausland mitgeteilt.

[1] Zur Stellungnahme des Reichskanzlers auf Brauers Rücktritt vgl. Berckheim an Marschall vom 9. März 1905 (Gedr. *Fuchs* IV S. 587). Berckheim berichtete am 13. März 1905 vertraulich, daß der Eindruck der Berliner maßgebenden Kreise auf Brauers Rücktritt „der des allgemeinsten Bedauerns und der aufrichtigsten herzlichsten Teilnahme für den scheidenden Minister ist. Von allen Seiten, von Bundesrats-, Minister- und Hofkreisen, gilt dies in gleichem Maße" (GLA 233/34810, masch. Ausf.).

[2] Edelsheim, Wilhelm Freiherr v. (1824–1904), 1861 bad. Kammerherr, 1875 Oberhofmeister, 1881 Obersthofmeister mit dem Titel Exzellenz (PA-GLA).

[3] Holzing-Berstett, Amélie Freifrau v. (1836–1907), 1861–1864 Hofdame der Großherzogin Luise, seit 1872 Oberhofmeisterin (PA-GLA).

948. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 26. März 1905

Die politische Lage in Baden hat im Laufe der letzten zwanzig Jahre eigentlich nur insofern eine wesentliche Veränderung erfahren, als die Regierung seit dem Rücktritt des Ministeriums Turban über den Parteien steht, während vorher in ausgesprochen nationalliberalem Sinne regiert wurde.

Das Verhältnis der Parteien untereinander ist im großen und ganzen nahezu das gleiche geblieben. Insbesondere beherrscht nach wie vor der Kampf zwischen Nationalliberalismus und Zentrum die gesamte innerpolitische Situation. Das Zentrum hat dabei langsam an Terrain gewonnen und der Liberalismus meist durch eigenes Ungeschick entsprechend verloren. Freisinn und Volkspartei bedeuten an und für sich jetzt nicht mehr als früher, und die kleine Gruppe der Konservativen fristet ohne fähige Führer ein kümmerliches Dasein.

Angesichts des andauernden gehässigen Haders der beiden stärksten Parteien war ein allmähliges Anwachsen der Sozialdemokratie vorauszusehen. Rapide Entwicklung der Industrie und erhebliche Vermehrung der Arbeiterbevölkerung in den größeren Städten trugen naturgemäß dazu mit bei.

Bündler und Antisemiten verfügen im Lande nur über schwache Kräfte, indessen gleitet ein Teil der konservativen Elemente leicht ins bündlerische oder antisemitische Fahrwasser.

Es ist nicht zu verkennen, daß mit dem neuerlichen Auftreten des sogenannten Jungliberalismus die Nationalliberale Partei derzeit mehr nach links rückt. Nur durch solche Linksbewegung konnte in den letzten Tagen das Wahlbündnis aller bürgerlich Liberalen gegen das Zentrum endlich zustande kommen.[1] Ob dieser liberale „Block" Herrn Wacker und seiner Gefolgschaft viel Schaden bringen wird, erscheint noch recht fraglich. Im ultramontanen Lager versteht man es meisterlich, einerseits die Konservativen zu ködern, die im übrigen gerne anbeißen, und andererseits unterderhand auch die passive Unterstützung der Genossen gelegentlich zweckentsprechend zu verwerten.

Eine Stärkung des Zentrums bei den im Spätherbst bevorstehenden erstmaligen direkten Wahlen bleibt daher nicht unwahrscheinlich, und zwar könnte alsdann der Präsidentensitz der Zweiten Kammer vielleicht auf die Ultramontanen übergehen. Die Partei zählt wohl unter ihren bisherigen Abgeordneten maßvolle und sehr tüchtige Kräfte, trotzdem wäre es bedauerlich, wenn die langjährige bewährte Präsidentschaft des Herrn Gönner ihr Ende erreichen sollte. Innerpolitische Schwierigkeiten von besonderer Bedeutung liegen zur Zeit, abgesehen von der Klosterangelegenheit, kaum vor, und diese letztere vielumstrittene Frage wird einstweilen vorsichtigerweise von den Zentrumsblättern nicht weitererörtert.

Daß die Simultanschule von klerikaler Seite ernsthaft angegriffen werden sollte, glaubt hier niemand.

Ein großes Hindernis für die verständige Entwicklung der Parteiverhältnisse im Großherzogtum bildet immer noch die höchst minderwertige Presse. Keine Partei verfügt über eine wirklich gut redigierte Zeitung. Sowohl die liberalen wie die Zentrumsblätter leben größtenteils von Hetzartikeln und Übertreibungen, der weitere politische Blick und die sachliche ruhige Achtung gegnerischer Meinungen fehlt in der Regel. Sehr

vorteilhaft unterscheidet sich von den Parteiorganen die amtliche „Karlsruher Zeitung" und die durchaus taktvolle, vornehm geschriebene „Süddeutsche Reichskorrespondenz".

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 12, Ausf.

[1] Vgl. Nr. 940.

949. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 9. Mai 1905

Vertraulich. Ew. Exz. werden den Eindruck empfangen haben, daß der Besuch I. K. K. M. am hiesigen Hofe durchaus befriedigend verlaufen ist.[1] Ich kann das auch aus nachträglichen Äußerungen der großherzoglichen Herrschaften nur bestätigen. Erfreulicherweise scheint die Verstimmung, welche am badischen Hofe anläßlich der Nichternennung S. K. H. des Erbgroßherzogs zum Kommandierenden General des XIV. Armeekorps herrschte, nunmehr geschwunden, und man darf wohl das frühere herzliche Verwandtschaftsverhältnis als vollkommen wiederhergestellt betrachten.

I. M. hatten, wie Ew. Exz. bekannt, die Gnade, am Sonntag in Begleitung des hohen großherzoglichen Paares die neue königliche Gesandtschaft[2] mit einem längeren Besuche zum Nachmittagstee zu beehren. Das Haus und seine Herrichtung fanden dabei zu meiner besonderen Freude den vollen Beifall unseres Allergnädigsten Herrn.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Preußen Nr. 1 Nr. 1 Nr. 4 k Bd. 1, Ausf.; teilw. gedr. *Fuchs* IV S. 589.

[1] Vgl. Nr. 950.

[2] Das im Frühjahr 1905 bezogene geräumige Gesandtschaftsgebäude in der Jahnstraße 4 (Vgl. Einführung).

950. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 13. Mai 1905

In hiesigen Blättern wird verschiedentlich die Frage erörtert, warum S. M. der Kaiser und König bei dem kürzlichen Eintreffen in der badischen Residenz[1] nicht am Rathause vom Oberhaupt der Stadt mit einer Ansprache begrüßt worden sei. Den Grund führen einzelne Zeitungen auf die bekanntlich ungemein taktlose Rede[2] zurück[a], die der Oberbürgermeister bei der Einweihung des Bismarck-Denkmals gehalten hatte. Dabei liegt offenbar die Sache so einfach wie möglich, im Reiseprogramm I. M. war ausdrücklich „kein Empfang" angeordnet. Dementsprechend hatte S. K. H. der Großherzog den Wegfall der von seiten der Stadt geplanten feierlichen Begrüßung veranlaßt.[b]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 122 Nr. 13 Bd. 9, Ausf.

[a] Randnotiz Bülows: „?"

[b] Randnotiz Bülows: „Richtig".

[1] Auf der Rückkehr von einer Mittelmeerreise besuchte der Kaiser am 5. Mai 1905 Karlsruhe (*Schultheß* 1905 S. 82).

[2] Die Rede des Karlsruher Oberbürgermeisters Schnetzler anläßlich der Enthüllung des Bismarckdenkmals in Karlsruhe am 3. Juli 1904 (Gedr. Karlsruher Zeitung, Nr. 246 vom 4. Juli 1904) enthielt unzweideutig auf Bülow bezogene Anspielungen („biegsame Gerte", „Diplomatenlächeln") und betonte den Gegensatz zwischen Bismarck und seinen „Epigonen". Das übliche, ohne vorherige Kenntnis des Textes vom Großherzog an den Redner gerichtete Glückwunschtelegramm wurde in der Presse als Zustimmung aufgefaßt (Vgl. die Korrespondenz zwischen Brauer und dem Großherzog vom 28. Juli–8. Aug. 1904, gedr. *Fuchs* IV S. 554–557).

951. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 23. Mai 1905

Die Badische Landeszeitung[1], offizielles Organ der Nationalliberalen Partei hier, brachte jüngst den geh[orsamst] beigefügten Leitartikel über die geplante Eisenbahnbetriebsmittelgemeinschaft[2], der sich in gehässig partikularistischem Sinne auch über die badisch-preuß[ische] Militärkonvention und über die Reichspost verbreitete.

Ich höre, daß die Äußerungen des Blattes S. K. H. den Großherzog besonders peinlich berührt haben. Der hohe Herr wünschte eine Art offiziöser Entgegnung, Herr v. Marschall riet indessen, wie mir scheint richtigerweise, von einer solchen Notiznahme ab, weil damit für die Zeitung nur Reklame gemacht werden würde. Dr. Bürklin, welcher das Blatt neuerdings mit 12000 Mark unterstützte und dem Verwaltungsrat angehört, zog anläßlich des Artikels diese Subvention zurück und legte sein Amt nieder. Seit Jahren schon zeichnete sich die Landeszeitung durch bedauerliches Ungeschick aus, sie reagierte namentlich auf jede ultramontane Anzapfung in wenig verständiger Weise zur großen Befriedigung des Zentrums. Nur unter dem vormaligen Redakteur Eckardt[3] vermochte das Blatt eine leidlich angesehene Stellung zu erringen.

Gegenwärtig steht dasselbe in seiner vielfach partikularistischen und antipreuß[ischen] Färbung kaum über dem Niveau des kleinen, in Ettlingen erscheinenden Zentrumsblättchens (Badischer Landsmann), das von dem vornehmen Schwäbischen Merkur und der Allgemeinen Zeitung sagt, „Leute solcher Gesinnung würden lieber heute als morgen mit Haut und Haar in den preuß[ischen] Schnappsack springen, es wäre ihnen eine Wonne, wenn sie sich statt Badener, Württemberger, Bayern Vollblutpreußen nennen könnten".

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 33 Bd. 2, masch. Abschrift; Marg.: „2./6. Kultusmin., R. Postamt".

[1] Nr. 229 vom 18. Mai 1905.

[2] Vgl. die Verhandlungen der Bundesstaaten um eine Betriebsmittelgemeinschaft auf der Heidelberger Konferenz vom 29. Sept. 1904 (Gedr. *Fuchs* IV S. 560, 567) sowie die Verbindung mit einer Tarifreform (Gedr. *Fuchs* IV S. 590).

[3] Eckardt, Felix v. (1866–1936), Journalist, Redakteur der Bad. Landeszeitung, 1906 Chefredakteur des Hamburger „Korrespondenten", seit 1915 des „Fremdenblattes". Am 28. Febr. 1903 berichtete Jagemann Brauer, daß Eckardt „bei den Berliner Neuesten Nachrichten eingetreten ist und mich besucht hat. Nach den guten Empfehlungen, die er hat, scheint er mir, falls von Karlsruhe aus hier einmal etwas lanciert werden will, die geeignete Person zu sein" (GLA 233/34809, masch. Ausf.).

952. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 25. Mai 1905

Der nationalliberale Parteivorstand Badens erläßt in der gestrigen Landeszeitung[1] eine Kundgebung, welche feststellt, daß die Leitung der Partei den von mir unter dem 23. d. Mts. Nr. 29[2] vorgelegten Artikeln des Blattes durchaus fernsteht.

Vertraulich sagt mir über dieselbe Angelegenheit Herr v. Marschall, Dr. Binz, einer der Führer der hiesigen Nationalliberalen, sei bei ihm gewesen und habe wegen der erwähnten Artikel sein besonderes Bedauern ausgesprochen, auch hinzugefügt, man werde den Redakteur[3] entlassen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 33 Bd. 2, masch. Abschrift.

[1] Bad. Landeszeitung, Nr. 239 vom 24. Mai 1905.
[2] Nr. 951.
[3] Julius Beeser.

953. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 29. Mai 1905

Der gestern hier anläßlich des 25jährigen Protektorats des Landesherrn vom Badischen Militärvereins-Verband veranstaltete Schluß- und Festakt gewann besondere Bedeutung durch eine ungemein eindrucksvolle Ansprache[1] S. K. H. des Großherzogs. Ich habe den hohen Herrn nie so kraftvoll und zu Herzen mit so starker, weit vernehmlicher Stimme sprechen hören. Bei den nahezu 80 Jahren des erlauchten Redners erscheint solche geistige wie auch körperliche Leistung wahrhaft erstaunlich.

Nach Begrüßung der Krieger, Dank für ihre Huldigung und für die vertretenen nichtbadischen Nachbarvereine ermahnte der hohe Protektor die Erschienenen zu treuem Zusammenhalten und wies namentlich eindringlichst darauf hin, wie wichtig es sei, die Jugend im Geiste der großen Vergangenheit zu erziehen und den Heranwachsenden Gehorsam, Disziplin und Opferfreudigkeit für hohe Ziele zu lehren. Die Rede klang aus in ein Hoch auf S. M. den Kaiser und König, in das die Tausende alter Krieger mit heller Begeisterung einstimmten. Unmittelbar nach der am Schluß der Rede folgenden Nationalhymne schritt S. K. H. auf mich zu und drückte mir und dem Kommandierenden General die Hand.

Ich kann wohl sagen, daß mich selten eine Rede so mächtig gepackt und bewegt hat, wie diese dankenden und mahnenden Worte des greisen Herrn. Der Eindruck war offenbar im ganzen großen Saal ein gewaltiger. Der Großherzog sprach wie immer ganz frei, stand aufrecht in gerader Haltung und zeigte nicht die geringste Ermüdung, obgleich er eben erst an die 16000 Krieger beim Vorbeimarsch stehend begrüßt und tags vorher im Schlosse viele Stunden lang das Präsidium des Verbandes und die Gau-Vorstände bei und nach einer Hoftafel empfangen hatte.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 9, Ausf.; Marg.: „v. S. M. 2./6."

[1] Karlsruher Zeitung, Nr. 147 vom 29. Mai 1905.

954. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 16. Juni 1905

Vertraulich! Die Aussichten für die im Spätherbst vorzunehmenden Neuwahlen zur badischen Kammer, die zum ersten Male direkt erfolgen, sind leider nicht besonders günstig. Trotz der Einigung des Liberalismus mit den Freisinnigen und der Volkspartei wird wahrscheinlich Zentrum und Sozialdemokratie Vorteile erringen durch stillschweigende wechselseitige Unterstützung. Auch die Konservativen und die Bündler dürften eher dem Zentrum als den Liberalen Hilfe gewähren.

Herr v. Marschall äußert sich über die innerpolitische Lage wenig befriedigt, er rügt insbesondere die ungeschickte Haltung der Nationalliberalen, die mehr und mehr in ein radikales oder partikularistisches Fahrwasser geraten und den nationalen Standpunkt ihrer Vergangenheit allmählig einbüßen. Sie arbeiten durch unverständige Übertreibungen dem Zentrum in die Hände und beeinflussen die Klosterangelegenheit lediglich zu dessen Gunsten. Namentlich auch in den wichtigen Eisenbahnfragen vertritt man auf liberaler Seite einen höchst engherzigen Standpunkt, wie ich bereits verschiedentlich zu melden die Ehre hatte. Die Großherzogliche Regierung wird dem seinerzeit fest gegenübertreten und energisch das Wohl des Ganzen im Auge behalten.

Ich kann in dieser Beziehung nur sagen, daß Freiherr v. Marschall in seiner bisherigen Amtsführung und für sein stets ruhiges, jeder partikularistischen Strömung durchaus abholdes Verhalten alle Anerkennung verdient.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 10, Ausf.

955. Wiedemann an Bülow

Karlsruhe, 8. Juli 1905

Ew. D. beehrt die königliche Gesandtschaft sich gehorsamst zu berichten, daß die Reichstagsersatzwahl im 2. badischen Wahlkreise gestern im ersten Wahlgange mit einem Sieg des Zentrumskandidaten Duffner[1] endete, der 10891 Stimmen erhielt gegenüber 8437 Stimmen, die auf den nationalliberalen Kandidaten Rebmann[2], und 1876, die auf den Sozialdemokraten Grahl[3] fielen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 3 Bd. 18, Ausf.

[1] Duffner, Josef (1868–1935), Guts- und Sägewerksbesitzer in Furtwangen, 1896–1909 und seit 1919 Stadtverordneter und Stadtrat, 1906–1918 Kreisabgeordneter, Z, MdL 1903–1933, MdR 1905–1918, MdZK, 1925–1933 Mitglied der Bad. Landwirtschaftskammer, 1930–1933 Landtagspräsident.

[2] Rebmann, Edmund (1853–1938), seit 1878 im bad. Schuldienst, 1880 Gymnasialprofessor in Karlsruhe, 1891 Realschuldirektor in Freiburg, 1893 Oberrealschuldirektor, 1902 Oberschulrat in Karlsruhe, 1911 Direktor der Humboldtschule (Realgymnasium) in Karlsruhe, zugleich Mitglied des Landesschulrats, NL, MdL 1905–1918, 1909–1918 Partei- und Fraktionsvorsitzender (AV).

[3] Grahl, Wilhelm (1871–1942), Schuhmachermeister in Triberg, SPD (Frdl. Auskunft d. Bürgermeisteramts Triberg).

956. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 31. Juli 1905

Vertraulich! Herrn v. Brauers Nachfolger, Freiherr v. Marschall, der gestern einen Tag nach mir (vom Urlaub) wieder hier eintraf, ist außerordentlich beeindruckt von den hochinteressanten vertraulichen Mitteilungen Ew. D. über die Marokkoangelegenheit[1] und die politische Lage in der Sitzung des Bundesratsausschusses, er meint, Ew. D. gebühre der wärmste Dank aller Bundesregierungen für diese Darlegungen.

Demnächst äußerte sich Herr v. Marschall über das von Berlin aus erbetene Verbot der Konstanzer Sozialistenversammlung[2] dahin, daß die badische Regierung dem Wunsche Ew. D. gerne nachgekommen sei, er betrachte die Inhibierung der geplanten Demonstration als eine natürliche Konsequenz der Absage an Herrn Jaurès.[3] Man habe zwar die badische Regierung wegen des Verbotes weidlich beschimpft, indessen das tangiere ihn nicht.

Ich kenne Herrn v. Marschall nunmehr über 20 Jahre und kann nur sagen, daß ich ihn als absolut national gesinnten, zuverlässigen Charakter sowie als persönlichen treuen Freund sehr hochschätze. Immer mehr komme ich zu der Überzeugung, daß eine bessere Wahl nicht hätte getroffen werden können, als die Frage eines Ersatzes für Herrn v. Brauer vorlag.[4] Herr v. Marschall begibt sich heute nach Konstanz, um dem dort tagenden Eisenbahnrat zu präsidieren. Er sprach mit mir eingehend über die ganz übertriebene partikularistische Agitation im Lande gegen die Betriebsmittelgemeinschaft, speziell gegen die 4. Wagenklasse, und zugunsten der Beibehaltung des Kilometerheftes.[5] Diese wesentlich jungliberale und demokratische preußenfeindliche Hetze sei absolut unangebracht, auch sachlich in keiner Weise gerechtfertigt, da der behauptete finanzielle Erfolg des Kilometerheftes als falsch nachgewiesen werden könne. Er werde jetzt in Konstanz das Thema übrigens kaum berühren, sondern erst im Landtage den Hetzern einige unliebsame Überraschungen bereiten. Absichtlich habe er den mannigfachen heftigen Anzapfungen in der Presse gegenüber stets geschwiegen, und die Folge sei bereits jetzt ein Nachlassen der Bewegung; auch habe er den jungliberalen Heißspornen vertraulich sagen lassen, daß sie mit ihrer antinationalen Opposition gegen die Regierung lediglich die Geschäfte des Zentrums besorgten, das sich in der Sache klug zurückhalte.

Von den zum 19. Oktober angesetzten Neuwahlen für die badische Kammer meint Herr v. Marschall, das Zentrum werde merklich anwachsen, aber nicht die absolute Majorität erlangen. Der sogenannte liberale Block habe seither sehr ungeschickt manövriert, namentlich nicht zwischen katholisch und ultramontan unterschieden.

Die von der „Frankfurter Zeitung" gebrachte Nachricht von einer Erkrankung S. K. H. des Großherzogs ist durchaus unzutreffend, der hohe Herr erfreut sich der besten Gesundheit, macht täglich längere Spaziergänge in St. Moritz bis zu fast drei Stunden bergauf und bergab.

Weniger günstig scheint das Befinden der Frau Großherzogin. I. K. H. will zwar nicht krank sein, ignoriert jede Krankheitsanwandlung nach Möglichkeit, indessen sind doch neuerdings wiederholt recht hartnäckige Magen- und Darmaffektionen aufgetreten, die, wie ich fürchte, keineswegs ganz leicht zu nehmen sein dürften. Streng vertraulich wird mir das leider von ärztlicher Seite bestätigt.

Privatim und brieflich geht mir von sonst glaubwürdiger Seite die Nachricht zu, daß im

Hause des Prinzen Max von Baden begründete Aussicht auf weitere Nachkommenschaft vorhanden sei, möchte die Nachricht sich bewahrheiten und dem Großherzoglichen Paare ein Enkel geboren werden.[6]

Fanatisch katholische Damen werden freilich wohl wieder, wie vor der Geburt der kleinen Prinzessin Max behauptet wurde, für ein weibliches Baby beten.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „mtg. 6./8. Botschaften, Missionen".

[1] Die Reichsregierung verlangte in der 1. Marokkokrise 1905 eine internationale Konferenz.

[2] Die Absage der Veranstalter einer am 9. Juli 1905 in Konstanz geplanten internationalen Sozialistenversammlung an Jaurès wegen Differenzen in der Frage des politischen Streiks nahm die bad. Regierung zum Vorwand, ein Verbot zu verhängen.

[3] Jaurès, Jean (1859–1914), 1883 Professor der Philosophie in Toulouse, 1885–1889 Abgeordneter der radikalen Linken, 1893–1898, 1902–1914 der Sozialisten, Pazifist und Befürworter der deutsch-franz. Verständigung.

[4] Brauer zeigte sich von Eisendechers Anerkennung für Marschall „sehr erfreut" (Brauer an Eisendecher vom 8. Aug. 1905, gedr. *Fuchs* IV S. 599).

[5] Vgl. Marschall an Großherzog Friedrich I. vom 10. Juni 1905 (Gedr. *Fuchs* IV S. 590ff.).

[6] Zur bad. Thronfolge vgl. Nr. 829 Anm. 4.

957. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 23. September 1905

Der „Volksfreund", Hauptorgan der badischen Sozialdemokraten, veröffentlichte unlängst einen als „geheim" bezeichneten Erlaß des hiesigen Ministers des Innern an die Zivilvorsitzenden der Ersatzkommissionen[1], betreffend die bei Militärpflichtigen anzustellenden Ermittlungen über deren etwaige Tätigkeit als „Genossen" oder ihre Eigenschaft als Anarchisten.

Ew. D. darf ich einen Leitartikel des demokratischen „Badischen Landesboten"[2] mit dem Text des Erlasses hierneben ehrerbietigst vorlegen und dazu folgendes bemerken.

Entgegen den ergangenen Weisungen war in Bruchsal der Erlaß in die Hände eines Gendarmen gelangt, der denselben radfahrend unterwegs verlor. Arbeiter fanden ihn auf der Straße und sandten ihren Fund an den Volksfreund. Der badische sozialdemokratische Stadtverordnete und Redakteur Kolb erwähnte die Sache auf dem Parteitage in Jena[3] mit durchaus falschen Behauptungen, welche sich auf das hiesige Ministerium des Innern und das königliche Kriegsministerium in Berlin beziehen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „29./9. Min. d. Innern, Kriegsmin."

[1] „Karlsruhe, 12. April 1904. Geheim! *Die Ermittlungen* über die Zugehörigkeit Militärpflichtiger zur Sozialdemokratie bzw. zur anarchistischen Partei [...] haben sich auf die Feststellung zu beschränken, ob und welche Gestellungspflichtigen

1. als Führer oder Agitatoren der Sozialdemokratischen Partei hervorgetreten sind; 2. ohne eine führende Stellung einzunehmen, nach ihrem sich in äußeren Tatsachen kundgebenden Verhalten als entschiedene, der Sozialdemokratischen Partei angehörige und für ihre Ziele wirkende Persönlichkeiten zu betrachten sind; 3. Anarchisten sind.

Der Vollzug der Erhebungen soll ein möglichst unauffälliger sein: *in größeren Städten von einem erfahrenen Polizeibeamten, in den übrigen Orten von Gendarmeriewachtmeistern, und*

ohne Erkundigungen bei Arbeitern, Vermietern oder Bürgermeistern sowie ohne Gebrauch von Formularen" (Ebd.). Vgl. Nr. 913.

[2] Nr. 217 vom 16. Sept. 1905 (Vgl. *Kremer*, Krieger- und Militärvereine S. 328).

[3] Kolb warf dem bad. Innenminister Schenkel vor, er habe sich „in der Frage der Ausspitzelung der zum Militär Einberufenen" dem preuß. Kriegsminister gefügt und drohte, „im Badischen Landtage mit unserer Regierung gründlich ab[zu]rechnen" (*Protokoll SPD-Parteitag* 1905 S. 218).

958. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 30. September 1905

Am 19. Oktober werden zum ersten Male die Wahlen zur badischen Zweiten Kammer nach dem direkten System und aufgrund einer neuen Wahlkreiseinteilung erfolgen. Nationalliberale, Freisinnige und Demokraten haben sich dazu trotz recht verschiedener Programme[1] zu gegenseitiger Unterstützung vereinigt. Sie stehen in einzelnen Fragen geschlossen oder teilweise in Opposition zur Regierung. Namentlich in Sachen der Eisenbahnreformprojekte[2] nehmen sie einen extrem partikularistischen Standpunkt ein.

Konservative und Bündler sind ebenfalls bemüht, möglichst vereint vorzugehen, sie neigen dabei stark auf die Seite des Zentrums. Beide Gruppen verfügen weder über hervorragende Führer noch über eine besonders fähig geleitete Presse. Die ultramontane Agitation richtet sich nach wie vor in erster Linie gegen die Nationalliberale Partei; der gemäßigt, geschickt und vorsichtig abgefaßte Wahlaufruf[3] läßt darüber keinen Zweifel; er hält sich in der Eisenbahn- und Schulfrage sehr reserviert, erwähnt die Sozialdemokratie mit keinem Wort und nimmt das Hauptverdienst an dem Zustandekommen des neuen Wahlrecht[s] für das Zentrum in Anspruch.

Der Aufruf wird ergänzt durch die Rede des Vorsitzenden des Zentralkomitees auf dem Parteitage in Offenburg.[4] Herr Wacker zeigt sich darin nicht minder vorsichtig, behandelt die Regierung glimpflich und verurteilt die Sozialdemokratie, sagt aber, wenn diese Partei in die Lage käme, dem liberalen Block Schläge auszuteilen, so werde das für das Zentrum kein Anlaß zur Trauer sein. Besonders charakteristisch für die geheime und wohlüberlegte Agitation des Zentrums erscheint ein vertrauliches Rundschreiben des Zentralkomitees an die Pfarrer des Wahlbezirks Freiburg-Emmendingen, dessen von der Badischen Landeszeitung[5] veröffentlichten Text ich mir gehorsamst beizufügen gestatte.

Die Wahlkreiseinteilung wird vom Zentrum zwar als ungerecht kritisiert[6], liberalerseits ist man indessen der Ansicht, daß sie dem Zentrum entschiedene Vorteile gewähre. Als bezeichnend für die ultramontanen Kampf- und Strafmittel kann ferner ein Vorgang im Bezirke Eberbach-Buchen gelten, wo zwei Zentrumsanhänger als Kandidaten sich gegenübertreten, ein offizieller[7] und der frühere Abgeordnete Köhler, den die Parteileitung fallen ließ, der aber nicht verzichten will. Der „Pfälzer Bote" fällt nun über diesen Unglücklichen in der gemeinsten Weise und unter den kleinlichsten persönlichen Invektiven her. Einiges Aufsehen machte kürzlich auch ein im volkstümlichen Tone gehaltenes ultramontanes Flugblatt, in dem der sogenannte Waldmichel seine Anschauungen über den badischen Kirchenstreit, die Parteien und die Regierung zum besten gibt.[8] Als Antwort erschien in der Badischen Landeszeitung demnächst eine Reihe berichtigender Artikel unter dem Titel „Der Waldmichel am Pranger".

Nach den der Großherzoglichen Regierung bis jetzt vorliegenden Berichten über die

aufgestellten Kandidaten steht zu erwarten, daß bei der Wahl das Zentrum etwas gewinnen, der liberale Block entsprechend verlieren wird; sehr ins Gewicht fällt dabei die auffallend minderwertige Qualität der liberalen Kandidaten, meist gänzlich unbekannte Leute aus niederen Lebensstellungen. Ein namhaftes Anwachsen der sozialdemokratischen Fraktion ist nicht wahrscheinlich, dagegen dürften die Konservativen mit Hilfe des Zentrums vielleicht einige Sitze erobern. Die Sozialdemokratie kann auf ultramontane Unterstützung nur dann allenfalls rechnen, wenn solche ganz unauffällig und passiv durch vertraulich anheimgestellte Stimmenthaltung zum Schaden der Liberalen sich ermöglichen läßt. Die Zentrumsleitung würde solche gelegentlich insgeheim ausgegebene Parole freilich nie zugeben.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 10, Ausf.; Marg.: „6./10. Kult. Min., Min. d. Inn."

[1] Wahlprogramme der liberalen Parteien (Gedr. *Roth/Thorbecke* S. 129ff.).

[2] Zur Frage der Betriebsmittelgemeinschaft und der Personentarifreform (Abschaffung des in Baden populären Kilometerhefts und Einführung der unpopulären 4. Wagenklasse) vgl. Nr. 956 Anm. 5.

[3] Gedr. *Roth/Thorbecke* S. 142ff.; teilw. gedr. *Kremer*, Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht S. 47ff.; *Schofer*, Landtag 1905/06 S. 33ff.

[4] Parteitag des bad. Zentrums in Offenburg am 25. Sept. 1905 (Bad. Beobachter, Nr. 220 vom 27. Sept. 1905; *Schofer*, Landtag 1905/06 S. 24ff.).

[5] Nr. 450 vom 28. Sept. 1905.

[6] *Wacker*, Neue Wahlkreiseinteilung.

[7] Schofer, Josef Dr. theol. (1866–1930), seit 1892 kath. Geistlicher, zunächst Präfekt am Gymnasialkonvikt Tauberbischofsheim, 1894 Repetitor am Theologischen Konvikt Freiburg, 1905–1918 Diözesanpräses der Kongregationen, Dienstmädchenvereine und Leiter des Volksvereins für das katholische Deutschland in Baden (bis 1920), seit 1905 MdZK, MdL 1905–1929, 1919–1929 Fraktionsvorsitzender, 1919–1930 Parteivorsitzender des bad. Zentrums, zugleich Mitglied des Parteivorstands der Deutschen Zentrumspartei, 1921 päpstl. Hausprälat (Vgl. Nr. 959).

[8] *Schofer*, Waldmichel.

959. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 13. Oktober 1905

In der Münchener Allgemeinen Zeitung vom 12. d. Mts. wird der vertrauliche Zentrumswahlerlaß an die Pfarrer des Bezirks Freiburg-Emmendingen (Bericht Nr. 41 vom 30. v. Mts.[1]) von einem hiesigen Korrespondenten des längeren besprochen und kritisiert in der Annahme, daß der Geistliche Rat Wacker der Verfasser sei. Das trifft nicht zu, wie ich höre, hat das Mitglied des Zentralausschusses der badischen Zentrumspartei Kopf den Erlaß geschrieben. Autor des vielerörterten ultramontanen Wahlflugblattes, des sogenannten „Waldmichel", ist der Benefiziat Dr. Schofer in Freiburg, dessen vertraulicher Brief an den Kaplan Duffner[2] in Bonndorf seinerzeit so unliebsames Aufsehen machte.[3] Der Kaplan wurde darin aufgefordert, über seinen Vorgesetzten, den Pfarrer Honold[4] in Bonndorf, der das Mißfallen des Zentrums erregt hatte, insgeheim zu berichten; der höchst charakteristische, an die Zeiten der Inquisition erinnernde Text des Briefes hat Ew. D. [...] vorgelegen.

Derselbe Schofer sollte jetzt nach dem Wunsche der Kirchenbehörde Konviktsdirek-

tor in Freiburg werden, die Großherzogliche Regierung lehnte indessen mit vollem Recht seine Ernennung ab. Er kandidiert gegenwärtig in Tauberbischofsheim für das Zentrum, nachdem die Parteileitung den bisherigen Abgeordneten Professor Köhler fallen ließ. Ich hatte bereits die Ehre zu melden, daß Köhler trotzdem neben Schofer wieder als Kandidat auftritt.[5]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 10, Ausf.; Marg.: „an Kultus-Min. u. Minister d. Innern gesandt".

[1] Nr. 958 Anm. 5.

[2] Duffner, Mamertus (geb. 1869), seit 1895 kath. Geistlicher, Kaplan in Bonndorf, 1901 Kurat, 1906 in Rauenberg, 1918 Eintritt in den Kartäuserorden.

[3] Eisendecher an Hohenlohe-Schillingsfürst. „Karlsruhe, 20. Dezember 1897. Hiesige liberale Zeitungen [Bad. Landeszeitung, Nr. 297 vom 19. Dez. 1897] veröffentlichen jetzt den Wortlaut des vom Abgeordneten Fieser in der badischen Kammer erwähnten Briefes, betreffend die geheime Beaufsichtigung des Bonndorfer Stadtpfarrers [Honold] durch einen untergebenen Geistlichen [Duffner]. Zugleich bringt die „Badische Presse" [Nr. 298 vom 21. Dez. 1897] eine Erklärung des genannten Stadtpfarrers, die sich namentlich gegen Äußerungen des Zentrumsführers Wacker richtet" (Ebd. Bd. 5, Ausf.). Eisendecher an Hohenlohe-Schillingsfürst. „Karlsruhe, 5. Januar 1898. Die Bonndorfer Briefangelegenheit [...] wird in der hiesigen Presse weitererörtert und macht mehr und mehr Aufsehen. In mehreren langen Artikeln und zwei an den Pfarrer Honold gerichteten, durch den Badischen Beobachter [Nr. 2 vom 4. Jan. 1898; Nr. 3 vom 5. Jan. 1898] veröffentlichten Briefen sucht Herr Wacker diesen ins Unrecht zu setzen, während der Pfarrer sein Verhalten öffentlich erklärt und verteidigt [Bad. Presse, Nr. 304 vom 29. Dez. 1897; Bad. Landeszeitung, Nr. 303 vom 28. Dez. 1897; Nr. 306 vom 31. Dez. 1897; Nr. 3 vom 5. Jan. 1898]" (Ebd. Bd. 6, Ausf.).

[4] Honold, Fridolin (1837–1900), seit 1863 kath. Geistlicher, 1868 Pfarrverweser in Altglashütten, 1881 Pfarrer in Bonndorf.

[5] Eisendecher an Bülow. „Karlsruhe, 14. Oktober 1905. [...] Die Angabe beruht auf einem Versehen; Schofer hat keinen unoffiziellen Zentrumsgegner, Professor Köhler konkurriert vielmehr mit dem Dekan Dieterle in Eberbach-Buchen" (Ebd., Ausf.).

960. Eisendecher an Bülow

Baden, 20. Oktober 1905

Bis 1 Uhr letzte Nacht waren im Großherzoglichen Ministerium des Inneren die Wahlresultate aus 60 von 73 Bezirken bekannt. Definitiv gewählt wurden: 15 Abgeordnete der liberalen Parteien, 19 Zentrumsleute, 1 Konservativer, 5 Sozialdemokraten.

Stichwahlen haben stattzufinden in 20 Bezirken. Dem Zentrum sind weiter sicher 9 Mandate; die Fraktion wird im ganzen auf etwa 32 Sitze anwachsen (bisher 22), die absolute Majorität also wahrscheinlich nicht erlangen. Die Sozialdemokraten dürften in den Stichwahlen noch 4 bis 5, die Konservativen mit Zentrumshilfe 1 bis 2 Mandate erobern.

In Mannheim siegte die Sozialdemokratie nur in 2 von 5 Bezirken, in Karlsruhe werden die Genossen in der Stichwahl vielleicht 2 Sitze gewinnen. Eine der jungliberalen Größen, Obkircher, unterlag in Mosbach dem konservativen Bewerber Banschbach[1], seines Zeichens Müller, der die Stimmen des Zentrums auf sich vereinigte. Zu bedauern ist ferner die Niederlage des liberalen Kandidaten und früheren Abgeordneten Kriechle in Bonndorf.

Die Zentrumsfraktion wird als neue Mitglieder zählen den Grundbesitzer Freiherrn Peter v. Mentzingen, einen witzigen, etwas rüden Ultramontanen mit beschränktem politischem Horizonte, und den berüchtigten Benefiziaten Schofer, welchen die Regierung als Konviktsdirektor kürzlich ablehnte; er hatte, wie bereits gemeldet, seinerzeit unter Anrufung des Heilandes und der Jungfrau den Bonndorfer Kaplan vertraulich instruiert, gegen seinen Pfarrherrn den Angeber zu spielen.[2]

Der Vorsitzende des nationalliberalen Parteiausschusses, Oberbürgermeister Wilckens, ist in Heidelberg mit großer Mehrheit wiedergewählt. Hier in Baden muß sich der seitherige Kammerpräsident Oberbürgermeister Gönner einer Stichwahl unterziehen, und seine Chancen gegenüber dem Zentrum scheinen nicht die besten. Zum ersten Male wird demnächst der neuen badischen Kammer ein Mitglied des Zentrums als Präsident vorsitzen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 10, eig. Ausf.

[1] Banschbach, Johann Georg (1853–1927), Mühlenbesitzer in Auerbach, K, MdL 1905–1918.
[2] Nr. 959 Anm. 3.

961. Eisendecher an Bülow

Baden, 21. Oktober 1905

Ew. D. darf ich hierneben die amtliche Zusammenstellung der Ergebnisse der badischen Abgeordnetenwahlen vom 19. d. Mts. gehorsamst vorlegen.[1] Gewählt wurden 16 Kandidaten der Blockparteien, darunter 2 Demokraten, 28 Zentrumsmänner, 5 Sozialdemokraten und 1 Konservativer.

In 23 Wahlkreisen haben Stichwahlen stattzufinden. Erfreulicherweise sind die sozialdemokratischen Stimmen gegen früher etwas zurückgegangen. Die Wahlbeteiligung war im ganzen sonst sehr lebhaft.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 10, eig. Ausf.; Marg.: „Schrb. 25./10. Min. d. Inn."

[1] Karlsruher Zeitung, Nr. 289 vom 20. Okt. 1905.

962. Eisendecher an Bülow

Baden, 22. Oktober 1905

In einem beachtenswerten Artikel der „Süddeutschen Reichskorrespondenz" Nr. 93 vom 21. d. Mts. wird in sachlicher, ruhiger Weise die badische erstmalige direkte Landtagswahl besprochen und namentlich vor Verschärfung der Gegensätze und Vergröberung der Schlagworte bei den bevorstehenden Stichwahlen gewarnt. Mit Recht bemerkt der Verfasser, man sei in dieser Beziehung schon jetzt vielfach über die Grenze des Zulässigen hinausgegangen, und trotz des überall betonten kirchenpolitischen Friedensbedürfnisses sei es oft zu Erörterungen auf konfessionellem Gebiete gekommen, die besser vermieden worden wären. Der Artikel konstatiert, daß 42.7 Prozent aller abgegebenen Stimmen auf das Zentrum, 35.8 auf die Blockparteien, 17 auf die Sozialdemokra-

ten, 3.7 auf Bündler und Konservative und 0.8 auf parteilose Kandidaten entfielen. Es wird weiter festgestellt, daß die gefürchtete Steigerung sozialdemokratischer Einflüsse mit dem neuen Wahlsystem nicht eingetreten sei, daß sogar Mannheim, „die wirtschaftliche Metropole des deutschen Südens", nicht mehr wie bisher im Landtage ausschließlich durch „Genossen" vertreten sein werde.

Der Artikel schließt mit den an die Landstände gerichteten Worten des Großherzogs vom 20. Juli 1904, welche die Förderung des Gesamtwohles als erstes und vornehmstes Ziel bezeichnen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 10, eig. Ausf.

963. Eisendecher an Bülow

Baden, 26. Oktober 1905

Bei den morgen und übermorgen bevorstehenden badischen Stichwahlen will anscheinend das Zentrum unter allen Umständen den liberalen Block bekämpfen; zwar hat die Parteileitung Wahlenthaltung empfohlen[1], wenn zwischen einem Liberalen und Sozialdemokraten zu entscheiden ist, man erwartet indessen, daß unterderhand hie und da auch andere Weisungen ergehen dürften. Die vereinigten liberalen Parteien haben beschlossen, in 5 Wahlkreisen, wo Zentrum und sozialdemokratische Kandidaten sich gegenüber stehen, für letztere einzutreten, während die „Genossen" in 12 Kreisen den Block gegen den Zentrumsbewerber unterstützen werden. In 6 weiteren Wahlkreisen kämpft der Block gegen die Sozialdemokraten.[2]

Die Situation ist auf diese Weise keine erfreuliche, man wird den Entschluß der Liberalen begreifen, aber nicht billigen können. Seit Jahren herrscht hier zwischen Liberalen und Ultramontanen eine so erbitterte Feindschaft, daß ein Zusammengehen selbst gegen die Partei des Umsturzes ganz ausgeschlossen bleibt. Die Zentrumspresse geht bereits mit den Liberalen scharf ins Gericht, obgleich sie für ihre Zwecke eine ähnliche Taktik schon wiederholt selbst empfohlen hat. Auch die „Germania" richtet, wie ich in der „Kölnischen Zeitung" lese, an die badischen Zentrumswähler jetzt die Aufforderung, das Äußerste daran zu setzen, um die liberalen Unterdrücker gründlich zu vernichten.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 10, eig. Ausf.

[1] Zentrumsaufruf vom 24. Okt. 1905 (Gedr. *Roth/Thorbecke* S. 148f.).

[2] Gemäß einem Beschluß des Landesausschusses der badischen Nationalliberalen handelte Parteiführer Binz am 24. Okt. 1905 unter stillschweigender Duldung der Regierung mit den Linksliberalen Weill und Heimburger sowie dem Sozialdemokraten Dreesbach ein Stichwahlabkommen („Großblock") aus (Vgl. *Binz*, Landeskind S. 41f.; *Thiel* S. 31ff.), um den erwarteten Wahlsieg des Zentrums zu verhindern. Am 25. Okt. 1905 veröffentlichten die liberalen Blätter (Bad. Landeszeitung, Nr. 496) entsprechende Wahlaufrufe (Gedr. *Roth/Thorbecke* S. 140f.).

964. Eisendecher an Bülow

Baden, 29. Oktober 1905

Nach dem Ergebnis der Stichwahlen wird die badische Zweite Kammer nachstehendes Parteiverhältnis aufweisen: die Blockparteien 30, darunter 24 Nationalliberale, 5 Demokraten, ein Freisinniger, das Zentrum 28, die Sozialdemokraten 12, die Konservativen 3.

Hiernach gewannen bei den Stichwahlen die Liberalen 14, die Sozialdemokraten 7, die Konservativen 2 Mandate; das Zentrum ging leer aus. Das Kammerpräsidium wird also nach wie vor den Liberalen zufallen. [...]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 10, eig. Ausf.; Marg.: „4./11. Min. d. Innern".

965. Eisendecher an Bülow

Baden, 30. Oktober 1905

Vorlage der amtlichen Stichwahlergebnisse nach Erhalt durch den badischen Innenminister.[1] Von den beiden in Karlsruhe siegreichen Sozialdemokraten Kolb und Frank[2] verdankt letzterer seine Wahl lediglich der Unterstützung des Zentrums. Als bezeichnend für die dabei in Anwendung gebrachte ultramontane Hetzarbeit darf ich den von der „Badischen Landeszeitung" abgedruckten Text eines Wahlflugblattes des katholischen Oststadtvereins gehorsamst anschließen.[3]

Seit dem Bestehen der badischen Verfassung ist die Wahlbeteiligung noch nie so lebhaft gewesen wie am 19. d. Mts.; nahezu 78 Prozent der Berechtigten gaben ihre Stimme ab, davon kamen c[a]. 42 Prozent auf das Zentrum, etwa 36 auf die vereinigten Liberalen, 17 auf die Sozialdemokratie und c[a]. 4 auf Konservative und Bündler.

Gegenüber der letzten Reichstagswahl ergibt sich ein kleiner Zuwachs an Stimmen für alle bürgerlichen Parteien und eine Abnahme von fast 5 Prozent für die Sozialdemokraten.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 10, eig. Ausf.

[1] Wahlergebnis vgl. *Roth/Thorbecke* S. 162ff.; Stat. Mitteilungen Bd. 22, 37 (1905) Sondernummer; Stat. Jahrbuch 36 (1906/07) S. 530ff.; *Thiel* S. 28ff.; *Schultheß* 1905 S. 124f.

[2] Frank, Ludwig Dr. jur. (1874–1914), Rechtsanwalt in Mannheim, MdL 1905–1914, MdR 1907–1914.

[3] Bad. Landeszeitung, Nr. 502 vom 28. Okt. 1905 (Gedr. *Schofer*, Alte Fahne S. 61).

966. Eisendecher an Bülow

Baden, 1. November 1905

Vertraulich. S. K. H. der Großherzog beehrte mich gestern mit einem längeren Besuch. Der hohe Herr nahm zunächst Anlaß, das Wahlabkommen der liberalen Parteien Badens mit der Sozialdemokratie scharf zu verurteilen[1] und bemerkte weiter etwa folgendes:

Die jüngsten Wahlen bewiesen, wie überall lediglich das enge Parteiinteresse vorwalte und das Gemeinwohl gar nicht in Betracht komme. Dank der kurzsichtigen Wahlpolitik

und des ewigen übertriebenen Parteihaders sei die Sozialdemokratie nun in der Kammer zu einem Faktor angewachsen, der oft bei wichtigen Abstimmungen den Ausschlag geben könne. Wenn das Zentrum in Bayern bedauerlicherweise mit den „Genossen" paktiert habe, so sollten andere bürgerliche Parteien sich erst recht hüten, solchem Beispiele zu folgen. Die angebliche Gefahr einer reaktionär-klerikalen Mehrheit sei als Grund nicht stichhaltig, sie liege absolut nicht vor; die Regierung werde niemals reaktionär oder klerikal sein, sie stehe über den Parteien und vor allen Dingen auf dem Standpunkte der nationalen Interessen. Eine Stärkung des Zentrums sei zwar in Baden wegen seiner ganz demagogischen Tendenzen höchst unerwünscht, immerhin aber einer Zunahme sozialdemokratischer Einflüsse noch vorzuziehen. Besonders beklagenswert erscheine auch die liberale Wahltaktik im Hinblick auf die Militärvereine[2]; bisher sei dieser wohlorganisierte, im Lande weitverbreitete Verband stets eindringlich vor der Sozialdemokratie gewarnt worden, jetzt werde plötzlich den Mitgliedern empfohlen, einen Sozialdemokraten zu wählen; das habe nur Mißstimmung und Verwirrung hervorgerufen.[3]

Der Großherzog sprach dann über die Armee und erwähnte die Rede S. M. des Kaisers bei der Moltkefeier[4], die sehr richtig schildere, was not tue; unsere Wehrkraft müsse intakt erhalten bleiben und allen möglichen Anforderungen unbedingt gewachsen sein, zu Wasser und zu Lande, dafür sei kein Opfer zu groß; er habe aber dabei die Empfindung, daß in diesen Dingen dem Auslande gegenüber tunlichste Zurückhaltung in Wort und Schrift nützlich sein werde.

Erörterung der deutsch-englischen Beziehungen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 9, eig. Ausf.; Marg.: „v. S. M."; gedr. *Fuchs* IV S. 608f.

[1] Am 1. Nov. 1905 forderte der Großherzog von Staatsminister Dusch eine amtliche Stellungnahme der Regierung (Gedr. *Fuchs* IV S. 607), der das Staatsministerium am 2. Nov. 1905 entsprach (Dusch an Großherzog Friedrich I. vom 2. Nov. 1905, gedr. *Fuchs* IV S. 609f.).

[2] Vgl. Nr. 969, 971, 972.

[3] Am 13. Okt. 1905 lehnte die Führung des Bad. Militärvereinsverbands in einem Wahlaufruf (Gedr. *Kremer*, Krieger- und Militärvereine S. 331) die Wahl von Sozialdemokraten kategorisch ab und forderte auf, „für ein friedliches Zusammengehen der Ordnungsparteien einzutreten". Daran hielt ein Teil der Freiburger Militärvereine fest (Aufruf im Freiburger Tageblatt, Nr. 247 vom 28. Okt. 1905), während nationalliberale Vereinsmitglieder in demselben Blatt die Wahl des Sozialdemokraten befürworteten (Gedr. *Kremer*, Krieger- und Militärvereine S. 332).

[4] Trinkspruch Wilhelms II. bei der Festtafel anläßlich der Enthüllung des Moltke-Denkmals in Berlin am 26. Okt. 1905 (*Schultheß* 1905 S. 126f.).

967. Eisendecher an Bülow

Baden, 4. November 1905

Vor den Landtagsstichwahlen hatte die „Karlsruher Zeitung" in zwei offiziösen Äußerungen die Parteiverhältnisse besprochen und vor unerwünschten Bündnissen gewarnt, sich aber dabei etwas vage und unklar ausgedrückt. Jetzt bringt das Blatt einen wohl von hoher Stelle inspirierten Leitartikel[1], der das Wahlabkommen des liberalen Blocks mit den Sozialdemokraten in ruhiger, sachlicher Weise beklagt und als bedenklich bezeich-

net. In ähnlichem Sinne hatte auch der sehr verständige Karlsruher Korrespondent des „Schwäbischen Merkur" seiner Ansicht Ausdruck gegeben. Beide Auslassungen erregen nun den ganzen Zorn der liberalen Presse, man gebärdet sich empört über solche Schulmeisterei und will sich diese Nackenschläge des Ministeriums nicht gefallen lassen, auch der Regierung seine Meinung nicht vorenthalten. Ebenso geht man dem Merkur-Korrespondenten scharf zu Leibe, der seinerseits eine gehässige Polemik ablehnt und um sachliche Erörterung ersucht. Die „Frankfurter Zeitung" nimmt ebenfalls Notiz von der Sache und tadelt die „heftigen Ausfälle" des amtlichen Organs, die gar nicht vorliegen.

Leider verlieren die liberalen badischen Zeitungen bei solchen Anlässen vielfach das richtige Augenmaß und schaden durch Übertreibungen dem Zwecke, dem sie dienen wollen, in der Regel profitiert dadurch das Zentrum. Kurz vor der kommenden Kammersession erscheint die unnötige Erregung im liberalen Lager besonders deplaziert und unzeitgemäß.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 10, eig. Ausf.

[1] Karlsruher Zeitung, Nr. 303 vom 3. Nov. 1905.

968. Eisendecher an Bülow

Baden, 12. November 1905

Die „Badische Landeszeitung"[1], Organ der Nationalliberalen Partei, brachte kürzlich an leitender Stelle in mehreren Nummern stark partikularistisch und preußenfeindlich gefärbte Betrachtungen über die geplanten Eisenbahnreformen unter dem Titel „Verkehrspolitik in Baden und im Reich". Der als Verfasser genannte W. Merkle[2] in Karlsruhe bekleidet die Stelle eines Revisors in der Generaldirektion der badischen Bahnen.

Freiherr v. Marschall hat gegen denselben wegen Veröffentlichung dieser Artikel ein Disziplinarverfahren einleiten lassen. Der Mann wird versetzt werden und eine scharfe Rüge erhalten. Sehr richtig meint Herr v. Marschall, er könne solche Dinge einem Beamten nicht hingehen lassen, er werde zwar deshalb heftig getadelt werden, aber es sei seine Pflicht, die Disziplin streng zu wahren. Nicht nur die durchaus ungehörigen Ausfälle Merkles gegen den größten deutschen Bundesstaat, sondern auch der sonstige Inhalt der Artikel verlange ein Einschreiten, weil darin Angaben gemacht seien, die dem Schreiber nur aus seiner amtlichen Tätigkeit bekannt sein könnten.

Gelegentlich dieser Mitteilungen des Ministers nahm ich Anlaß, mich ihm gegenüber im Sinne Ew. D. hohen Erlasses[3] an den königlichen Gesandten in Stuttgart vom 9. d. Mts. vertraulich zu äußern. Herr v. Marschall erwiderte, er erkenne voll an, daß eine eingehende Erwägung und Beratung der bayerischen Vorschläge in Sachen der Eisenbahnreform geboten sei[4]; die Großherzogliche Regierung werde gern zunächst auch auf dieser Grundlage mit den übrigen Staatsbahnen zusammenwirken zur Förderung eines möglichst einheitlichen Eisenbahnverkehrs im Reiche.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 99 Bd. 9, eig. Ausf.; Marg.: „17./11. Arbeitsmin."

[1] Nr. 509 vom 2. Nov. 1905; Nr. 511 vom 3. Nov. 1905; Nr. 513 vom 4. Nov. 1905.

[2] Merkle, Wilhelm (geb. 1860), seit 1881 in der bad. Eisenbahnverwaltung, 1897 Revisor in der Generaldirektion der bad. Eisenbahnen, 1908 Rechnungsrat (AV).

[3] Nicht vorhanden.

[4] Vgl. Marschall an Großherzog Friedrich I. vom 4. Nov. 1905 (Gedr. *Fuchs* IV S. 610f.) und vom 26. Dez. 1905 (Gedr. *Fuchs* IV S. 615).

969. Eisendecher an Bülow

Baden, 16. November 1905

Das Abkommen des sogenannten liberalen Blocks mit den Sozialdemokraten bei den Stichwahlen zur badischen Zweiten Kammer veranlaßte das Präsidium des Badischen Militärvereins-Verbandes zu der hier gehorsamst angeschlossenen Kundgebung[1], die in der Presse aller Parteien lebhaft und meist recht abfällig besprochen wird. Das Präsidium beruft sich auf die ausdrückliche Gutheißung seines Vorgehens durch S. K. H. den Großherzog als Protektor des Verbandes. Es verkennt nicht die besonderen Umstände der Wahl und will im allgemeinen von weiteren Schritten absehen, behält sich aber in betreff derjenigen Vereinsmitglieder solche vor, die öffentlich in Wahlaufrufen mit ihrer Unterschrift für den sozialdemokratischen Kandidaten eingetreten sind.

Die Angelegenheit macht großes Aufsehen und wird vermutlich zum Austritt zahlreicher Kameraden aus dem Verbande führen, und es handelt sich dabei nicht nur um Liberale, sondern ebensowohl um Anhänger des Zentrums. Der Block gewann für sich 6 Mandate, indem er 3 Sozialdemokraten zum Siege verhalf, das Zentrum profitierte für die eigene Partei gar nichts und brachte lediglich aus Haß gegen die Liberalen auch 3 Sozialdemokraten in die Kammer.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Europa Nr. 82 Nr. 1 Bd. 20, eig. Ausf.; Marg.: „Kriegsmin., Min. d. Inn."

[1] Karlsruher Zeitung, Nr. 314 vom 14. Nov. 1905; vgl. Nr. 966 Anm. 3; *Kremer*, Krieger- und Militärvereine S. 332f.

970. Eisendecher an Bülow

Baden, 21. November 1905

Am letzten Sonntag[1] fand in Karlsruhe eine sozialdemokratische Versammlung statt, in welcher die Genossen „der Revolution in Rußland" ihre warme Sympathie bekundeten und – gegen das preußische „elendeste aller Wahlrechte" Protest erhoben. Der eben in den Landtag gewählte Redakteur Kolb entwickelte seine Ideen über diese Themata, empfahl eine tatkräftige Unterstützung der russischen Brüder und forderte zur Agitation gegen das preußische Wahlrecht auf; er bemerkte dabei, gegenüber den preußischen Nationalliberalen seien die badischen Ultramontanen noch wahre Freiheitsmänner. Eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Redners wurde demnächst einstimmig angenommen[2]; sie enthält Ausdrücke gegen preußische Einrichtungen, die meines Erachtens zu einer Auflösung der Versammlung hätten führen müssen. Anscheinend hat es wohl an der genügenden polizeilichen Aufsicht gefehlt.

Ich hatte noch keine Gelegenheit, mit Herrn v. Marschall über die Sache zu sprechen. Den Bericht der „Badischen Presse" darf ich hier gehorsamst beifügen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Europa Nr. 82 Nr. 17 Bd. 8, eig. Ausf.; Marg.: „24./11. Min. d. Inn., R. A. d. Inn."

[1] 19. Nov. 1905.
[2] Bad. Presse, Nr. 273 vom 21. Nov. 1905.

971. Eisendecher an Bülow

Baden, 25. November 1905

Die Kundgebung des Präsidiums des Verbandes der badischen Militärvereine[1] anläßlich der jüngsten Landtagsstichwahlen hat den Landwehr- und Reservisten-Verein Schopfheim bewogen, aus dem Verbande auszutreten. In der Generalversammlung des Vereins erhoben sich anscheinend nur drei Stimmen gegen den Austritt. Der Verein wird zwar von dem Präsidialerlaß nicht direkt berührt, sieht aber in demselben eine Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte der Mitglieder und fühlt sich mit denjenigen Vereinen solidarisch, gegen welche das Präsidium Maßregelungen in Aussicht stellt.[2]

Weitere Austritte aus dem Verbande dürften folgen. Einzelne Blätter melden gerüchtsweise eine wahrscheinliche Zurückziehung der Präsidialkundgebung.[3] Herr v. Marschall sagt mir, er sei in der Angelegenheit nicht gehört worden, ebensowenig wie seine Kollegen, er würde sonst eine vertrauliche Behandlung angeraten haben; der Fall zeige, daß in solchen die parteipolitische Lage stark berührenden Fragen das Ministerium zweifellos mitreden müsse.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Europa Nr. 82 Nr. 1 Bd. 20, eig. Ausf.; Marg.: „Kriegsmin., Min. d. Inn."

[1] Nr. 969 Anm. 1.
[2] Zur Begründung des Austritts durch den Schopfheimer Verein vgl. *Kremer*, Krieger- und Militärvereine S. 332.
[3] Vgl. Nr. 972.

972. Eisendecher an Bülow

Baden, 2. Dezember 1905

Ew. D. darf ich in der Anlage den Text einer weiteren Kundgebung des Präsidiums des Badischen Militärvereins-Verbandes, betreffend dessen Stellung zur Sozialdemokratie, gehorsamst vorlegen.[1] Es wird darin der Inhalt des ersten, wenig günstig aufgenommenen Erlasses (Berichte Nr. 56 und 59[2]) berichtigt und gemildert.

Die liberale Presse scheint nunmehr leidlich befriedigt; man hofft, daß der Schopfheimer Verein wieder in den Verband eintreten und auch der Austritt weiterer Vereine unterbleiben wird.[3]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Europa Nr. 82 Nr. 1 Bd. 20, eig. Ausf.; Marg.: „Orig. nebst Anl. 21./12. Kriegsmin., Min. d. Innern".

[1] (Karlsruher Zeitung, Nr. 332 vom 2. Dez. 1905): Das Präsidium des Militärvereinsverbands bekräftigt das Festhalten „an seiner naturgemäßen Gegnerschaft gegen die umstürzenden Bestrebungen der Sozialdemokratie", deshalb könne der Verband „seine Mitglieder nur in den Kreisen suchen, die staatserhaltende Gesinnungen bekunden". Der im Wahlaufruf vom 13. Okt. 1905 gebrauchte Ausdruck „Heuchler" wurde auf diejenigen Mitglieder eingeschränkt, die ihre sozialdemokratische Gesinnung verbergen. Der Vorwurf, „es sei eine ‚Maßregelung' gegen diejenigen Kameraden in Aussicht genommen, die zur Wahl eines sozialdemokratischen Kandidaten aufgefordert haben, ist unbegründet. Wir halten ein weiteres Vorgehen nur gegen solche Kameraden für gerechtfertigt, die in Wahlaufrufen die ihnen bekannte Stellung des Verbandspräsidiums öffentlich bekämpft und damit ihre Vereinskameraden zum Widerstand gegen das Präsidium öffentlich aufgefordert haben. Es liegt übrigens nur ein einziger Fall dieser Art vor [...]. Im übrigen achtet selbstredend die Verbandsleitung grundsätzlich die staatsbürgerlichen Rechte der Mitglieder des Verbandes und somit auch die Wahlfreiheit. Der Verband kennt keine Parteipolitik [...]" (Ebd.).

[2] Nr. 969, 971.

[3] *Kremer*, Krieger- und Militärvereine S. 332.

973. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 10. Dezember 1905

Nach dem Stärkeverhältnis der Parteien in der badischen Zweiten Kammer würde den Sozialdemokraten die Stelle des zweiten Vizepräsidenten zukommen. Man wird von dem parlamentarischen Brauch voraussichtlich nicht abweichen, den Genossen aber nur dann die Stelle einräumen, wenn der zu Wählende sich ausdrücklich verpflichtet, den repräsentativen Obliegenheiten in jeder Beziehung gewissenhaft nachzukommen.

Sollte er das, wie man erwartet, ablehnen, so dürfte die Wahl auf den Demokraten Professor Heimburger fallen, der in der letzten Session die Stelle bekleidete.[1]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 10, Ausf.

[1] Vgl. Nr. 975. Die Landtagssession wurde am 12. Dez. 1905 mit einer Thronrede eröffnet.

974. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 12. Dezember 1905

Ew. D. ernste Darlegungen im Reichstage[1] haben hier wie offenbar überall in deutschen Landen einen außerordentlichen Eindruck hervorgerufen. Die Blätter aller bürgerlichen Parteien sind einig in dem Empfinden, daß die offene, klare Aussprache über die politische Lage zeitgemäß und nützlich war und daß eine gute Wirkung auf den Reichstag und die Parteien wohl erwartet werden kann. In gleichem Sinne äußert man sich in Kreisen der hiesigen Regierung.

Die Karlsruher Zeitung[2] bringt einen längeren Leitartikel unter der Überschrift: „Deutsche Auslandspolitik", und das führende Zentrumsorgan[3] zollt Ew. D. an leitender Stelle lebhaften Beifall. Ich bin nicht zweifelhaft, daß die große Mehrheit der politisch urteilsfähigen Bevölkerung Badens die Vermehrung der Flotte[4] wie die absolute Notwendigkeit neuer Steuerquellen[5] für das Reich durchaus einsehen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 122 Nr. 13 Nr. 1 Bd. 10, Ausf.

[1] Rede Bülows vom 6. Dez. 1905 zur Steuerreform, Flottenvorlage, zur auswärtigen und Kolonialpolitik (Gedr. *Schultheß* 1905 S. 138ff.).

[2] Nr. 342 vom 12. Dez. 1905.

[3] Bad. Beobachter, Nr. 283 vom 12. Dez. 1905.

[4] Die am 5. Juni 1906 verabschiedete Flottenvorlage sah den Bau von Schlachtschiffen („Dreadnoughts") vor.

[5] Im Reichsetat vorgesehen war die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer sowie der Zolleinnahmen, die Einführung der Zigarettensteuer, der Stempelsteuern und einer Reichserbschaftssteuer, an deren Ertrag die Bundesstaaten zu einem Drittel beteiligt werden sollten (*Schultheß* 1905 S. 135).

975. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 18. Dezember 1905

Von den 73 Wahlen zur badischen Zweiten Kammer sind 8 angefochten worden. Entscheidung über die Gültigkeit wird in Anbetracht der angeordneten Erhebungen erst im Januar zu erwarten sein.

Für den soeben verstorbenen liberalen Abgeordneten Hauser[1] (Meßkirch-Stockach) hat eine Neuwahl stattzufinden. Oberbürgermeister Gönner (Baden) wurde wie bisher zum Präsidenten, der gemäßigte Zentrumsabgeordnete Lauck wieder zum ersten, der Sozialdemokrat Geck (zugleich Reichstagsmitglied) zum zweiten Vizepräsidenten gewählt.[2] Gönners Wiederwahl erfolgte durch die vereinigten Liberalen und Sozialdemokraten. Zentrum und Konservative gaben leere Zettel ab. Geck hat sich angeblich verpflichtet, den repräsentativen Obliegenheiten als 2. Vizepräsident pünktlich nachzukommen. Das Zentrum beanspruchte als stärkste Partei die erste Stelle und zeigt sich sehr entrüstet, daß die Genossen mit für Gönner eintraten, der im übrigen sonst auch den Ultramontanen genehm gewesen wäre.

Von der sozialdemokratischen Fraktion liegen bereits eine ganze Reihe recht radikaler Anträge vor, sie betreffen namentlich Besserstellung der Arbeiter, Volksschullehrer und Unterbeamten, das Polizeistrafverfahren, Tagegelder für die Geschworenen und Schöffen, Aufhebung der Fleischakzise und die Gemeindewahlen. Ferner sind von den Genossen Interpellationen angekündigt über die Fleischverteuerung, die Errichtung von Arbeiterkammern und die projektierte Tabaksteuer.

Die wichtigsten Vorlagen der Regierung beziehen sich, wie in der Thronrede[3] bemerkt, auf die Steuerreform und die Volksschule. Voraussichtlich werden die Beratungen lange währen und vielfach zu erbitterten Kämpfen Anlaß geben.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 10, Ausf.; Marg.: „Staatsmin."

[1] Hauser, Karl (1843–1905), Bürgermeister in Meßkirch, NL, MdL 1901–1905.

[2] Vgl. *Schofer*, Landtag 1905/06 S. 67; *Thiel* S. 38ff.

[3] (Karlsruher Zeitung, Extrablatt vom 12. Dez. 1905). Im Namen des Großherzogs kündigte Staatsminister v. Dusch die Umwandlung der Ertragssteuern in eine Vermögensteuer an und stellte die Erhöhung der Bezüge des Lehrpersonals sowie die Verbesserung der Unterrichtsverhältnisse an den Volksschulen durch die Änderung des Elementarschulgesetzes in Aussicht.

976. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 20. Dezember 1905

Ew. D. darf ich hierneben den Text der Rede des Präsidenten des badischen Finanzministeriums, gehalten in der Zweiten Kammer bei Vorlage des Budgets für die Jahre 1906 und 1907, gehorsamst überreichen.[1]

Herr Becker konstatiert darin eine allmählige Besserung der wirtschaftlichen Lage, mahnt aber zur Sparsamkeit und hält die von seinem verstorbenen Vorgänger eventuell in Aussicht gestellte Herabminderung der im Jahre 1904 erhöhten Steuern für nicht angängig. Das größte Gewicht legt der Redner auf die Finanzreform im Reiche[2], er wünscht dringend, daß man ganze Arbeit mache und die Einzelstaaten dadurch von der bisherigen Unsicherheit befreie, das sei für einen geordneten Staatshaushalt unabweislich. Wenn erst das finanzielle Verhältnis zum Reich im Sinne der geplanten Reformen feste Regelung erfahren habe, so werde auch die Einführung der Vermögensteuer anstelle der bisherigen Ertragssteuern in Baden zu einer gerechteren Verteilung der Steuerlast führen und die Möglichkeit bieten, ein dem steigenden Staatsaufwand entsprechendes höheres Gesamtsteuererträgnis zu erzielen. Man werde alsdann hoffentlich den dringendsten Mehrforderungen für das Unterrichtswesen und die Beamtengehälter gerecht werden können.

Ich bemerke zu den Äußerungen Herrn Beckers über die Reichsfinanzen, daß hier bereits einige Protestversammlungen gegen die neuen Steuervorlagen stattfanden; Brauer und Brauereiarbeiter protestieren gegen die projektierte Biersteuer, das christlich-soziale Gewerkschaftskartell will nur die Erbschafts- und Automobilsteuer gelten lassen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 35 Bd. 1, Ausf.; Marg.: „R. Schatzamt".

[1] 4. Sitzung II. Kammer vom 19. Dez. 1905, in: Karlsruher Zeitung (Beilage), Nr. 351 vom 19. Dez. 1905.

[2] Vgl. Nr. 974 Anm. 5.

977. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 24. Dezember 1905

Die Weihnachtsferien des Badischen Landtages werden bis zum 15. Januar dauern. Vorläufig herrschte in der Zweiten Kammer der schönste Friede, das dürfte beim Wiederzusammentritt der Herren leider bald anders werden. Der zwischen den Nationalliberalen und Klerikalen seit über fünfzig Jahren bestehende grimmige Haß beeinflußt andauernd das Parteiwesen und eigentlich die ganze innerpolitische Situation in nachteiligster Weise. Kleinlicher Hader macht die Leute blind für große Ziele und Zwecke. Beide Teile sind schuldig, aber die Hauptschuld trägt meines Erachtens der Liberalismus. Das offene Bündnis der Liberalen mit den Sozialdemokraten war zweifellos ein bedenklicher Fehler. Gegenüber der Partei des Umsturzes blieb für das Gemeinwohl das freilich auch wenig erfreuliche Zentrum doch das kleinere Übel. Es war Pflicht des liberalen Blocks, für die Wahlen eine zeitweilige Verständigung mit dem Zentrum zu suchen.

Daß dies nicht geschah, rächt sich schon jetzt. 12 Genossen sitzen in der Kammer, und einer derselben bekleidet das Amt des zweiten Vizepräsidenten. Seine Wahl sollte, wie

ich gehorsamst meldete, nur dann erfolgen, wenn er sich dazu verstand, den repräsentativen Pflichten nachzukommen. Ich höre nunmehr, daß die liberale Behauptung, er habe das zugesagt, gar nicht zutrifft, Herr Geck soll vielmehr entschieden auf dem ablehnenden Standpunkt seiner Partei verharren.

Die hiesigen Liberalen nehmen ihrem Anhänger und Führer im Reichstage, Bassermann, den in Frankfurt a./O. geäußerten Tadel gewaltig übel, man versucht nach Möglichkeit, sich reinzuwaschen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 10, Ausf.; Marg.: „v. S. M. 28./12.; Min. d. Inn."

978. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 4. Januar 1906

Der Präsident der badischen Zweiten Kammer sowohl wie der erste Vizepräsident sind erkrankt und werden beim Wiederzusammentritt des Hauses am 15. d. Mts. kaum ihres Amtes walten können. Mithin dürfte der zweite Vizepräsident, Genosse Geck, die Verhandlungen zu leiten berufen sein, eine höchst unerfreuliche Konsequenz der liberalen Wahltaktik, die man voraussehen und unter allen Umständen vermeiden mußte.

Es soll nunmehr der Versuch gemacht werden, Herrn Gönner zum Rücktritt zu bewegen, er leidet an Blinddarmentzündung und ist auch sonst neuerdings wenig arbeitsfähig wegen eines leichten angeblichen Schlaganfalles. Erfolgt sein Rücktritt, so würde ziemlich sicher der nationalliberale Parteiführer Oberbürgermeister Dr. Wilckens von Heidelberg an seiner Stelle gewählt werden. Er genießt großes allseitiges Vertrauen und wäre durchaus geeignet.

Bei der Regierung herrscht bezüglich der bevorstehenden Tagung eine sehr pessimistische Stimmung. Immer mehr stellt sich das offene liberale Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie als ein bedenklicher Fehler heraus; die Folge ist ein stetiges nach links Gleiten des gesamten Liberalismus und ein Überhandnehmen demokratischer Anschauungen. Man verlangt das Unmögliche von der Regierung in den weitgehendsten Anträgen und nimmt nicht die geringste Rücksicht auf die finanzielle Lage.

Ärgerlich und mit einigem Galgenhumor meinte Staatsminister v. Dusch mir gegenüber, es sei recht nützlich, jetzt ein preußisches Armeekorps im Lande zu haben, dann brauche man es eintretendenfalles nicht erst zu rufen, wie im Jahre 1849. Nun, das scheint einstweilen wohl nicht zu besorgen, so schlimm liegen die Dinge nicht, aber an recht ernsten Kämpfen mit der vorherrschenden radikalen Richtung wird es nicht fehlen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 10, Ausf.; Marg.: „12./1. Min. d. Innern"; Am 12./1. den preuß. Missionen und Gesandtschaften im In- und Ausland mitgeteilt.

979. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 12. Januar 1906

Fast in der gesamten badischen bekanntermaßen vorwiegend recht minderwertigen Presse bildet der erbitterte Kampf zwischen Liberalismus und Zentrum andauernd ein

Hauptthema. Obgleich aller Anlaß vorläge, einmütig zusammenzustehen gegen die Sozialdemokratie und das Kriegsbeil des ewigen Kulturkampfes einstweilen zu begraben, hören die gegenseitigen Vorwürfe und Gehässigkeiten der beiden Hauptparteien zur besonderen Freude der „Genossen" nicht auf.

Wenn die liberalen Blätter verwerfliche Übergriffe einzelner katholischer Pfarrer tadeln und das keineswegs immer einwandfreie Vorgehen des Zentrums und seines Führers Wacker kritisieren, so ist das berechtigt, aber das sollte rein sachlich und kurz in ruhigem Tone geschehen, damit eine Verständigung in den wichtigsten Fragen des Allgemeinwohles möglich bleibe.

Von dem unaufhörlichen erbitterten Streit profitieren nur die Sozialdemokraten. Ihre Organe lassen es denn auch an höhnischen Bemerkungen nicht fehlen. Ein solches Blatt gebrauchte kürzlich für die bürgerlichen Parteien den Ausdruck „das feige Bürgerpack". Die Genossen genieren sich offenbar gar nicht trotz des Wahlbündnisses, während man auf liberaler Seite gegenüber der Sozialdemokratie neuerdings eher eine gewisse Reserve beobachtet. Da sowohl der Kammerpräsident Gönner wie der erste Vizepräsident Lauck noch krank sind und ersterer sich vorläufig weigert zurückzutreten, so steht zu erwarten, daß am 15. d. Mts. zunächst der Sozialdemokrat Geck die Verhandlungen des Hauses zu leiten haben wird, eine Aussicht, die besonders den Liberalen im Bewußtsein ihrer Schuld wenig erfreulich sein dürfte; sie ernten für die Wahl Gecks sowohl vom Zentrum wie von den Sozialistenblättern nichts als im Grunde verdienten Spott.

Daß die ultramontane Partei oft ebenfalls mit den Genossen paktiert hat, ist zweifellos, aber das geschah niemals öffentlich. Auch läßt sich die Verantwortung des Zentrums für drei sozialdemokratische Wahlsiege nicht leugnen – die Verbreiter des berüchtigten Wahlflugblattes[1], welches diese Siege in erster Linie ermöglichte, sind beiläufig vor kurzem zu Geldstrafen verurteilt worden –, indessen auch ohne diese drei Genossen wäre die Sozialdemokratie die drittstärkste Partei in der Kammer geblieben.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 10, Ausf.

[1] Nr. 965 Anm. 3.

980. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 15. Januar 1906

Die soeben ausgegebene Nummer des Organs der hiesigen Demokraten bringt an leitender Stelle den hier gehorsamst angeschlossenen äußerst gehässigen, höhnischen Artikel[1] gegen angebliche preußische Rückwärtsreformen und Expansionsgelüste in der Frage der Eisenbahngemeinschaft.

Unter dem Titel „Sieg auf der ganzen Linie oder ein preußisches Fiasko" frohlockt der Schreiber ganz im Tone und in der Sprache sozialdemokratischer Blätter über die seiner Meinung nach nunmehr erfolgte „schmähliche Niederlage des Gemeinschaftsgedankens, den Sieg des Kilometerheftes und die Verjagung der vierten Klasse". Der Artikel scheint mir bezeichnend sowohl für die Qualität der Zeitung wie für die Maßlosigkeit gewisser partikularistisch-fanatischer Eisenbahn-Demokraten in Baden. Ich darf dabei auf den verständigen, sachlichen Vortrag des Dr. Elben[2] in der Landesversammlung der Deut-

schen Partei Württembergs über den gleichen Gegenstand gehorsamst hinweisen (Schwäbischer Merkur Nr. 21 vom 15. d. Mts. 2. Blatt).

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 99 Bd. 9, Ausf.; Marg.: „23./1. Arbeitsmin."

[1] Bad. Landesbote, Nr. 12 vom 16. Jan. 1906 (Vgl. Nr. 983).
[2] Elben, Karl Dr. (1855–1914), seit 1888 Chefredakteur des Schwäb. Merkur.

981. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 16. Januar 1906

Freiherr v. Marschall besuchte mich heute und sprach mir sein und der Großherzoglichen Regierung aufrichtiges Bedauern aus anläßlich des unqualifizierbaren Eisenbahnleitartikels im „Badischen Landesboten"[1]; er werde dafür sorgen, daß Ton und Inhalt dieses fanatischen, fast lächerlichen Ergusses in der „Karlsruher Zeitung"[2] eine sachlich ernste Entgegnung erfahre. Als Verfasser vermute er den Rechtsanwalt und freisinnigen Abgeordneten Frühauf. Dieser habe jetzt im Verein mit dem demokratischen Parteifreund Heimburger und dem Sozialdemokraten Kolb in der Kammer einen Antrag auf weitere Ausgestaltung des Kilometerheftes und Einführung des Zweipfennigtarifs für die dritte Klasse der Schnellzüge ohne Zuschlag eingebracht[3]; die Großherzogliche Regierung werde dem Antrag keinenfalls stattgeben.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 99 Bd. 9, Ausf.; Marg.: „an Arbeitsmin. 23./1."

[1] Nr. 980 Anm. 1.
[2] Nr. 18 vom 18. Jan. 1906.
[3] Antrag der Abgg. Frühauf und Gen., den Eisenbahntarif: hier Ausgestaltung des Kilometerheftes in der Richtung der Einführung des Zweipfennigtarifs für 3. Klasse Schnellzug ohne Zuschlag betr. (2. Beilageheft 1905/06 S. 384 – Drucksache Nr. 43; vgl. Nr. 983).

982. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 16. Januar 1906

Der Präsident der badischen Zweiten Kammer Oberbürgermeister Gönner legte nunmehr krankheitshalber sein Amt nieder. Die Kammer wählte an seiner Stelle heute den Vorsitzenden der Nationalliberalen Partei Oberbürgermeister Dr. Wilckens (Heidelberg) zum Präsidenten.

Während der gestrigen Verhandlungen des Hauses sowie auch heute bis zur Wahl des Dr. Wilckens präsidierte der sozialdemokratische zweite Vizepräsident Geck und entledigte sich dieser Aufgabe, wie ich höre, in einwandfreier Weise mit Takt und Geschick.

Die Großherzogliche Regierung legte zwei wichtige Gesetzentwürfe vor 1. über den Elementarunterricht, bezweckend die Entwicklung der Volksschulen und die Besserstellung der Lehrkräfte[1], 2. über die Einführung der Vermögensteuer.[2]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 10, Ausf.

[1] Gesetzentwurf, die Änderung des Elementarunterrichtsgesetzes betr., vom 15. Jan. 1906 (8. Sitzung II. Kammer) (2. Beilageheft 1905/06 S. 106 ff. – Drucksache Nr. 41).

[2] Gesetzentwurf, die Vermögensteuer betr. vom 15. Jan. 1906 (8. Sitzung II. Kammer) (2. Beilageheft 1905/06 S. 213 ff. – Drucksache Nr. 42).

983. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 20. Januar 1906

Der Badische Landesbote[1], Hauptorgan der Badischen Volkspartei, bringt in der gestrigen Nummer an leitender Stelle einen äußerst gehässigen, gegen die preußische Verkehrspolitik gerichteten Artikel, betitelt „Die Aushungerung Süddeutschlands".

Der Schreiber erhebt gegen das s[o]g[enannte] konservative Stockpreußentum den Vorwurf, daß es durch die schäbigsten Konkurrenzmanöver sich auf Kosten der lieben Verbündeten das Leben schön zu machen strebe. Der erste Grundsatz der preußischen Verkehrspolitik sei, den Süden derartig leistungsunfähig zu machen, daß er der Aufsaugung durch Preußen rettungslos verfalle. Leider sei gegen diese Konkurrenzmanöver das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb nicht anwendbar.

Der Artikel erörtert dann die preußische Kanalvorlage in Verbindung mit der Fortführung der Mainkanalisation, die Preußen aus selbstsüchtigen Gründen verhindere. Weiter wurden die geplanten neuen preußischen Wasserwege in ihren Wirkungen besprochen, und eine Äußerung der Kreuzzeitung findet wörtliche Wiedergabe, die den Verfasser zu nachstehender höhnischer Kritik veranlaßt. Er sagt: „Es ist wirklich schade, daß die preußischen Junker die Flüsse nicht überhaupt zustopfen und den süddeutschen Staaten den Bau von Eisenbahnen verbieten können. Und dieses konservative Stockpreußentum, das in seiner Anmaßung glaubt, das ganze Deutsche Reich sei nur dazu entstanden, damit die Clique der preußischen Junker den Rahm von unserem wirtschaftlichen Aufschwung abschöpfen könne, wagt es, über süddeutschen Partikularismus zu zetern. Wenn sich der Süden und Westen des Reiches gegen preußisch-partikularistische Anmaßung zur Wehre setzen, so ist das keine politische Rückständigkeit und Verständnislosigkeit dem Reichsgedanken gegenüber, sondern eine vollauf berechtigte Notwehr, denn die wirtschaftliche Unterjochung der übrigen Bundesstaaten durch Preußen wäre auch gleichbedeutend mit der endgültigen politischen Entrechtung".

Für Baden speziell, meint der Verfasser, komme praktisch die preußische Eisenbahnpolitik mehr in Betracht, die hessische Ludwigsbahn bilde den Knüppel, mit dem Preußen auf die süddeutschen Eisenbahnverwaltungen losdresche, und die Reorganisation der Main-Neckarbahn solle die Peitsche abgeben, um die Prügel noch wirksamer zu gestalten. Demgegenüber seien zwei Hauptmittel ins Auge zu fassen, der Abschluß einer süddeutschen Eisenbahngemeinschaft und die Herstellung eines Großschiffahrtsweges zwischen Donau und Rhein.

Ähnliche preußenfeindliche Auslassungen kehren in dem Demokratenblatte ab und zu wieder, sie richten sich meist selbst durch ihre Übertreibung. Die Herren Preußenhasser der Volkspartei vergessen eben gern, daß Minister v. Brauer in der badischen Kammer die loyale Haltung und das Entgegenkommen Preußens in Eisenbahnfragen ausdrücklich anerkannte.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 99 Bd. 9, Abschrift.

[1] Nr. 15 vom 19. Jan. 1906. Beilage: Schwäb. Merkur, Nr. 33 vom 22. Jan. 1906 (Vgl. Nr. 968, 980, 981).

984. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 22. Januar 1906

Gestern fanden auch im Großherzogtum Baden zahlreiche sozialdemokratische Versammlungen statt, in welchen vornehmlich die russische Revolution gefeiert wurde.[1] Meldungen über Störungen der Ruhe und öffentlichen Ordnung liegen nicht vor. Eine sehr zahlreich besuchte Versammlung in Mannheim wurde frühzeitig polizeilich geschlossen, weil gewisse Drohungen von Gewalttätigkeiten zum Ausdruck kamen, sonst ließ man die Leute reden, was auch in Mannheim vielleicht zweckmäßiger gewesen wäre.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Europa Nr. 82 Nr. 1 Bd. 20, Ausf.; Marg.: „27./1. Min. d. Inn."

[1] Vgl. Nr. 970.

985. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 23. Januar 1906

Der Erlaß des Präsidiums des Badischen Militärvereins-Verbandes, betreffend das Eintreten von Vereinsmitgliedern für sozialdemokratische Kandidaten bei den Kammerwahlen, scheint leider weitere Folgen nach sich zu ziehen. Zuerst erklärte, wie seinerzeit gemeldet, der Landwehr- und Reservistenverein Schopfheim seinen Austritt.[1] Das Präsidium schloß dann den Militärverein Schopfheim aus, weil dieser die Zurücknahme des erwähnten Erlasses forderte. Nun verlangt der Militärverein Wies eine Änderung der Verbandsstatuten und die bedingungslose Wiederaufnahme der beiden Schopfheimer Vereine, widrigenfalls er ebenfalls austreten werde. Mir scheinen diese Vorgänge außerordentlich bedauerlich, sie hätten zweifellos bei einiger Vorsicht des Präsidiums vermieden[a] werden können.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Europa Nr. 82 Nr. 1 Bd. 20, Ausf.; Marg.: „1./2. Kriegsmin., Min. d. Inn."

[a] Randnotiz: „?"
[1] Nr. 971.

986. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 25. Januar 1906

Vertraulich! Eine von 5 stark kulturkämpferischen Nationalliberalen, einem Demokraten und 2 Sozialdemokraten unterzeichnete Interpellation folgenden Wortlautes liegt der badischen Kammer vor: „Mit welchen Maßregeln gedenkt die Großherzogliche Regierung der unter Mißbrauch des geistlichen Amtes erfolgten politischen Beeinflus-

sung der Wähler, insbesondere in bezug auf die Ausübung des politischen Wahlrechtes und auf das Lesen politischer Zeitungen, entgegenzutreten? Sind gegenüber den Vorgängen vor und bei den letzten Landtagswahlen solche Maßregeln ergriffen worden und mit welchem Erfolg?"[1]

Ich darf dazu gehorsamst bemerken, daß neuerdings in der Tat einige sehr eklatante Fälle der hier bezeichneten Art öffentlich bekannt und auch in der Kammer schon sehr eingehend erörtert wurden. Gegen einen Geistlichen schritt die Freiburger Kurie bereits ein; ein anderer ist verhaftet und steht unter dem Verdacht der Verleitung zum Meineid. Im ganzen hat die Großherzogliche Regierung gegen sechs Geistliche wegen Vergehens gegen § 16 des badischen Gesetzes vom 19. Februar 1874 Untersuchung eingeleitet. 24 weiter gemeldete ähnliche Vorgänge scheinen eine Handhabe zur Verfolgung nicht zu bieten.

Freiherr v. Dusch wird die Interpellation baldigst beantworten und namentlich betonen, daß die Regierung im Februar 1904, dann abermals im November desselben Jahres bei der Kurie vorstellig geworden sei[2], und zwar insbesondere aus Anlaß der berüchtigten vertraulichen Wahlerlasse des Zentrums an die Geistlichen.[3] Nach ausweichenden und über Verfolgung der Kirche klagenden Antworten der Kurie sei jetzt zum dritten Male eine Warnung an dieselbe ergangen mit der gleichzeitigen Anzeige des in den neuerlichen Fällen erfolgten Einschreitens[4], darauf stehe eine Antwort noch aus.[5] Der Minister meint, durch die Maßlosigkeiten des Zentrums und diese zahlreichen Verfehlungen geistlicher Herren müsse ein Entgegenkommen der Regierung in der Klosterfrage fürs erste gänzlich ausgeschlossen bleiben. Erzbischof Nörber sei eine absolute Null und mehr wie je vollständig in den Händen des Weihbischofs Dr. Knecht und des im Ordinariat einflußreichen Justitiars Kreuzer.[6]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 10, Ausf.; Marg.: „2./2. Kult. Min., Min. d. Inn."

[1] Vgl. Dusch an Großherzog Friedrich I. vom 24. Jan. 1906 (Gedr. *Fuchs* IV S. 618f.).

[2] Nr. 937 Anm. 2.

[3] Nr. 935 Anm. 1; 958 Anm. 5.

[4] Die bad. Regierung richtete am 16. Jan. 1906 eine Beschwerde über die Wahlkampfaktivitäten der kath. Geistlichen nach Freiburg.

[5] Nr. 989.

[6] Kreuzer, Emil (1862–1915), zunächst in der bad. Justizverwaltung, dann Assistent, 1895 Nachfolger des erzbischöflichen Justitiars und Kanzleidirektors Maas im Freiburger Ordinariat.

987. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 27. Januar 1906

Vertraulich. Über die von Ew. D. im Herrenhause in Beantwortung der Interpellation des Grafen zu Eulenburg[1] gehaltene Rede[2] bringt das erste nationalliberale parteioffizielle Blatt Badens die hier gehorsamst angeschlossene höhnisch-gehässige Kritik[3], die vorwiegend lächerlich wirken würde, wenn eine sozialistische Zeitung sie produzierte, die aber in dem liberalen Organ die Tendenzen gewisser jungliberaler Kreise doch in bedenklicher Weise kennzeichnet und den Einfluß des sozialdemokratischen Wahlbündnisses deutlich hervortreten läßt.[a] Ich glaube deshalb, den Artikel nicht mit Schweigen übergehen zu dürfen, was er im Grunde verdiente und was ich sonst vorgezogen hätte.

Zu dem Inhalte darf ich folgendes gehorsamst bemerken: Die badische Sozialdemokratie nimmt meines Wissens keinerlei Sonderstellung in der Gesamtpartei ein, sie vertritt genau dieselben Prinzipien und verfolgt die gleichen Ziele wie diese. Einen besonderen Unterschied zwischen dem preußischen und badischen Regierungssystem bezüglich der Sozialdemokratie vermag ich nicht zu erkennen, und das direkte badische Wahlrecht ist bekanntlich im Herbst zum ersten Male in Anwendung gekommen. Zwingende Gründe für das Stichwahlbündnis der badischen Liberalen mit den „Genossen" lagen unbedingt nicht vor, der Führer der Nationalliberalen (Wilckens) hat dasselbe stets bekämpft, ist aber mit manchen Gesinnungsgenossen gegen den extremen jungliberalen Flügel und den demokratischen Anhang des Blocks nicht durchgedrungen. Der Haß gegen das Zentrum ließ bei der Mehrheit alle Bedenken schwinden. Dieser Haß hat offenbar auch dem Artikelschreiber das Augenmaß vollständig getrübt. Was die Vorsichtsmaßregeln der Behörden am sogenannten roten Sonntag betrifft, so bestätigt mir Staatsminister v. Dusch heute wieder, daß ein bewaffnetes Einschreiten zur Aufrechterhaltung der Ordnung, wo nötig, auch in badischen Städten vorbereitet gewesen sei. – Jeder unbefangene Hörer oder Leser Ew. D. Rede wird das Bedauern bürgerlich-sozialdemokratischer Wahlabmachungen nicht nur auf Baden, sondern auch auf ganz ähnliche Vorgänge in Bayern und in verschiedenen norddeutschen Wahlbezirken beziehen, der Verfasser des Artikels scheint durchaus unberechtigterweise anzunehmen, nur Baden sei gemeint.

Die Mitglieder der Regierung, welche ich bis jetzt zu sprechen Gelegenheit hatte, sind empört über Ton und Inhalt des Machwerks, Herr v. Dusch wollte dem[b] Vorsitzenden der Nationalliberalen Partei dieserhalb sehr ernste Vorhaltungen machen[c], er meinte, S. K. H. der Großherzog werde auf das peinlichste berührt sein. Die „Karlsruher Zeitung"[4] druckt Ew. D. Äußerungen ohne Bemerkungen wörtlich ab. Weitere Preßstimmen liegen mir noch nicht vor. Ich vermute, daß die „Karlsruher Zeitung" sich kurz und deutlich mit dem Ton des Artikels beschäftigen wird[d], eine Widerlegung von dessen gänzlich minderwertigen Inhalt scheint mir nicht der Mühe wert.

Nachschrift: In der mir eben zugehenden Nummer des hiesigen Zentrumsorgans[5] wird ein Korrespondent aus Preußen angeführt, der schreibt, Ew. D. Worte von der Pflicht der Regierungen seien, wie man dort annehme, speziell hierher und gegen den Minister Schenkel gerichtet. Der „Beobachter" druckt dann den Artikel der „Landeszeitung" ab und wendet sich gegen dessen Behauptungen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Europa Nr. 82 Nr. 1 Bd. 20, eig. Ausf.; Marg.: „v. S. M. 31./1.; Or. u. Anl. Min. d. Inn."

[a] Randnotiz Wilhelms II.: „In vielem festzustellen, Baden geht die Autorität zum Teufel!"

[b] Vorlage irrtümlich: den.

[c] Randnotiz Wilhelms II.: „Kommt nichts bei heraus!"

[d] Randnotiz Wilhelms II.: „Genügt nicht!"

[1] Eulenburg-Prassen, Karl Wend Botho Richard Graf v. (1838–1909), preuß. Major, Gutsbesitzer, MdPrHH.

[2] Auf eine Interpellation des Grafen Eulenburg-Prassen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie im Preuß. Herrenhaus beklagte der Reichskanzler am 25. Jan. 1906 die Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien und bemerkte mit Blick auf das bad. Großblockbündnis, daß diese sogar Wahlbündnisse mit der SPD schlössen (Vgl. *Schultheß* 1906 S. 15f.).

[3] Bad. Landeszeitung, Nr. 44 vom 26. Jan. 1906. Redakteur Dr. Auer erhielt auf Veranlassung

von Staatsminister Dusch durch die nationalliberale Parteileitung eine Rüge, nachdem er Bülow Unkenntnis der süddeutschen Verhältnisse und Sozialdemokraten vorgehalten hatte: „So eine Sozialdemokratie, wie sie Bülow in seinem Berlin hat, haben wir in Baden nicht. Und warum nicht? Weil wir in Baden kein preußisches Regierungssystem und kein preußisches Wahlrecht besitzen. Weil wir in Baden nicht Büchsen und Kanonen spannen, wenn die Sozialdemokraten Reden halten, und überhaupt, weil wir in Baden die Unvernunft nicht mit Unvernunft bekämpfen" (*Schultheß* 1906 S. 15f.).

[4] Nr. 28 vom 25. Jan. 1906.

[5] Bad. Beobachter, Nr. 22 vom 27. Jan. 1906.

988. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 29. Januar 1906

Nach längeren Erörterungen in der badischen Zweiten Kammer wurde kürzlich die Wahl des Zentrumsabgeordneten Oberamtsrichter Wittemann[1] im Kreise Bonndorf-Waldshut gegen die Stimmen des Zentrums für ungültig erklärt. Es handelte sich in dem Wahlproteste neben geringfügigen Verstößen gegen die bestehenden Vorschriften namentlich um die gesetzwidrige Agitation eines katholischen Geistlichen, des Pfarrers Gaisert[2] in Gündelwangen. Der Pfarrer war von Haus zu Haus gegangen, um die Wähler zu beeinflussen, hatte diese auch bei ihrer Arbeit auf dem Felde aufgesucht, die Frauen bearbeitet und schließlich in einem Briefe versucht, einen Wähler zu falscher Aussage zu verleiten, ein Vergehen, das zu seiner strafrechtlichen Verfolgung und Verhaftung führte.

Anläßlich des Verhaltens Gaiserts entspann sich im Hause eine ziemlich lebhafte Kulturkampfdebatte, deren Einzelheiten im Hinblick auf die Verhandlungen des Reichstages über den sogenannten Toleranzantrag[3] vielleicht Interesse bieten. Ew. D. darf ich deshalb den Bericht der „Karlsruher Zeitung" über die beiden Sitzungen der badischen Zweiten Kammer vom 24. und 25. d. Mts.[4] hier gehorsamst überreichen und dabei bemerken, daß das Zentrum über einen neuen streitbaren geistlichen Redner verfügt, den Benefiziaten Dr. Schofer (zur Zeit Dompfarrer in Freiburg, gewählt in Tauberbischofsheim), der seinen Amtsbruder Gaisert mit großer Unverfrorenheit zu verteidigen suchte (Seite 137ff. der Anlage). Er bekannte sich als Verfasser des unter dem Namen „Waldmichel" anonym erschienenen berüchtigten Wahlflugblattes[5], steht außerdem in üblem Andenken wegen eines salbungsvollen Briefes, in dem er einen Kaplan aufforderte, gegen seinen vorgesetzten Pfarrer den Angeber zu spielen.[6]

Ich berichtete darüber an anderer Stelle, meldete auch, daß die Großherzogliche Regierung den Vorschlag der Freiburger Kurie, Schofer zum Konviktsdirektor zu ernennen, mit Rücksicht auf dessen hinlängliche moralische Gewähr abgelehnt habe.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 10, Ausf.

[1] Wittemann, Josef (1866–1931), seit 1891 im bad. Justizdienst, 1897 Amtsrichter in Boxberg, 1900 in Donaueschingen, 1903 Oberamtsrichter, 1908 Landgerichtsrat in Offenburg, dann Freiburg, Z, MdL 1905–1925, MdZK, 1919 Ministerialrat, 1921–1923 Präsident des Bad. Landtags 1923–1929 Präsident des Rechnungshofs, 1929–1931 bad. Innen- und Justizminister, 1930/31 zugleich Staatspräsident (AV; PA-GLA).

[2] Gaisert, Michael (1864–1942), kath. Geistlicher in Gündelwangen.

[3] Der im Reichstag vorbereitete, am 2. Mai 1906 vom Zentrum eingebrachte Antrag auf reichsgesetzlich verbürgte Glaubens- und Gewissensfreiheit, insbesondere „der Freiheit des religiösen

Bekenntnisses" und „der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsausübung" (*Schultheß* 1906 S. 100).

[4] 13./14. Sitzung II. Kammer vom 24./25. Jan. 1906, in: Karlsruher Zeitung (Beilage), Nr. 28/29 vom 25./26. Jan. 1906.

[5] Vgl. Nr. 958 Anm. 8.

[6] Nr. 959 Anm. 3.

989. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 30. Januar 1906

Vertraulich! Wie ich vertraulich höre, hat Weihbischof Dr. Knecht im Auftrage des Erzbischofs soeben in einem acht Seiten langen Schreiben die Beschwerden der Großherzoglichen Regierung über die gesetzwidrige politische Wahlagitation verschiedener katholischer Pfarrer beantwortet.[1] Die Kurie lehnt darin einfach jedes Einschreiten ab, leugnet die Beschwerdegründe und bemerkt nur bezüglich des Liptinger Falles, daß der betreffende Geistliche gemaßregelt worden sei. Er hatte beiläufig einer Frau die Kommunion verweigert, weil deren Mann für ein liberales Blatt als Austräger fungierte.

Die Regierung beabsichtigt dem Dr. Knecht zu antworten, daß nunmehr eine weitere Korrespondenz behufs freundschaftlichen Einvernehmens über die politische Tätigkeit des Klerus gänzlich aussichtslos erscheine, die Regierung werde daher in Zukunft ihren Pflichten ohne Benehmen mit der Kurie nachkommen.[2]

Ich darf bei diesem Anlaß gehorsamst melden, daß die Strafkammer die Beschwerde des Pfarrers Gaisert behufs Haftentlassung verworfen hat, mithin dessen Verurteilung als ziemlich sicher gilt.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 10, Ausf.; Marg.: „Kult. Min., Min. d. Inn."

[1] Erzbischöfliches Ordinariat Freiburg an das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts vom 29. Jan. 1906 (Gedr. *Fuchs* IV S. 620ff.).

[2] Staatsminister Dusch bemerkte am 4. Febr. 1906 gegenüber dem Großherzog, daß es der Kirchenbehörde „an der Einsicht in die Sachlage fehlt", er aber hoffe, daß die Strafverfolgung mehrerer Geistlicher und die parlamentarische Behandlung der geistlichen Wahlagitation dem „Ordinariat die Augen darüber öffnen wird, daß es im eigensten Interesse der Kirche liegt, in Zukunft den Geistlichen bestimmte Schranken in der Betätigung ihrer politischen Rechte aufzuerlegen und namentlich die Politik aus der Kirche zu verbannen" (Gedr. *Fuchs* IV S. 625).

990. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 1. Februar 1906

Anläßlich zweier Wahlprüfungen entstand abermals gestern in der badischen Kammer[1] ein Stück Kulturkampf. Gegen den katholischen Pfarrer Fröhlich[2] in Mörsch (Kreis Ettlingen-Rastatt) lagen ähnliche Klagen vor wie gegen seinen Amtsbruder in Gündelwangen. Er hatte in einer Predigt auf der Kanzel eine Art Wahlrede gehalten und unter anderem dabei gesagt, wie der heilige Michael mit dem flammenden Schwerte vor dem Paradiese, müsse der Katholik mit dem Stimmzettel die Kirche verteidigen.

Im Laufe der Debatte fand auch Ew. D. gegen die Sozialdemokratie im Herrenhause

gehaltene Rede Erwähnung.[3] Der jungliberale Abgeordnete Obkircher meinte, sie sei vornehmlich nach Bayern gerichtet gewesen, im übrigen nehme man in Baden bezüglich der Stellungnahme zu anderen Parteien keine Belehrung von Berlin an, auch wenn sie aus hohem Munde komme; man werde stets die als zweckmäßig erkannte Taktik zu verantworten wissen.

Dem Zentrum gegenüber erklärte der sozialdemokratische Führer Eichhorn, auch ohne das Abkommen mit den Liberalen würde seine Partei in den Stichwahlen wie geschehen gestimmt haben.

Der Minister des Innern bemerkte, selbstverständlich könne die Regierung nichts dagegen einwenden, wenn ein Pfarrer auch auf der Kanzel vor umstürzlerischen Bestrebungen warne und zur Treue gegen den Landesfürsten ermahne. – Angeblich sei die erwähnte Rede Ew. D. gegen Baden und auch gegen ihn gerichtet gewesen, er habe sich aber nicht getroffen gefühlt, die Ansichten der Großherzoglichen Regierung seien bekannt, und gegen die Andeutung, als ob die Regierung oder ein Mitglied derselben die auf den Umsturz gerichteten Bestrebungen fördere, müsse er entschieden Verwahrung einlegen. Der Herr Reichskanzler würde sich ohne Zweifel sehr wundern, wenn er in einem badischen Zeitungsartikel die Überschrift „Bülow contra Schenkel" fände (Anlage Bericht Nr. 17 vom 27. v. Mts.[4]). Die Wahl des Zentrumsabgeordneten Belzer[5] wurde schließlich mit 33 gegen 23 für ungültig erklärt. Die Konservativen enthielten sich der Abstimmung. Die zweite, ebenfalls angefochtene Wahl des konservativen Abgeordneten Reiff[6] in Bruchsal-Durlach blieb entsprechend dem Kommissionsantrag als gültig bestehen, weil die auch dort gegen einen Geistlichen erhobenen Beschwerden anscheinend zu spät zur Meldung gelangt waren.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 10, Ausf.; Marg.: „Kult. Min., Min. d. Inn."

[1] 17. Sitzung II. Kammer vom 31. Jan. 1906.

[2] Fröhlich, Franz Josef Erhard (1875–1942), seit 1898 kath. Geistlicher, 1904 Pfarrverweser, 1906 Pfarrer in Mörsch.

[3] Nr. 987 Anm. 2.

[4] Nr. 987 Anm. 3.

[5] Belzer, Franz (1867–1936), Maschinenarbeiter, später Arbeitersekretär und Bürgermeister in Malsch, seit 1899 Gemeinderat, Z, MdL 1905–1908, 1913–1921, MdZK.

[6] Reiff, Franz (1855–1928), Sparkassenrechner und Landwirt in Söllingen, seit 1903 Gemeinde- und Bezirksrat, 1904 Generalsynodalabgeordneter, 1905 Kreisabgeordneter, K, MdL 1905–1908.

991. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 2. Februar 1906

Der der Zentrumsfraktion angehörige erste Vizepräsident der badischen Zweiten Kammer Landgerichtsdirektor Lauck ist gestern in Waldshut nach längerer Krankheit verstorben. Die Kammer wird in corpore morgen der Beisetzungsfeier beiwohnen.

Der Führer der Zentrumsfraktion Rechtsanwalt Fehrenbach (Freiburg) dürfte anstelle des Verstorbenen zum ersten Vizepräsident gewählt werden.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 10, Ausf.

992. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 22. Februar 1906

Vertraulich! In der „Münchener Allgemeinen Zeitung“[1] berichtet ihr hiesiger Korrespondent, wie mir scheint, besonders sachlich und zutreffend über die allgemeine Budgetdebatte[2] in der badischen Zweiten Kammer. *Vorlage des Artikels.*

Alle bisherigen Landtagsverhandlungen sowie eigene Wahrnehmungen in der Presse und im Verkehr mit maßgebenden Persönlichkeiten bestätigen bei mir die Überzeugung, daß das Reich an der gegenwärtigen badischen Regierung stets eine feste, sichere Stütze haben wird. Die Regierung ist frei von partikularistischen Regungen und verliert bei pflichtgemäßer Förderung der speziellen Landesinteressen nie das Gesamtwohl des Reiches aus den Augen. Auch Preußen, dem größten Bundesstaat, gegenüber wird die Regierung stets Rücksicht und Entgegenkommen beobachten.

Anders steht es bei den politischen Parteien, dort herrschen fast durchweg entschieden partikularistische Tendenzen sowie gewisse antipreußische Stimmungen, die treten vornehmlich bei den am meisten linksstehenden Parteien hervor, finden sich aber auch im jungliberalen Lager, wo der fanatische Haß gegen das Zentrum leicht den gesunden Blick trübt. Das früher entschieden partikularistische und ausgesprochen preußenfeindliche Zentrum verliert zwar auch jetzt noch bisweilen das politische Augenmaß im Kampfe gegen die vermeintlich kulturkämpferisch-aggressiven Liberalen, ist aber doch im ganzen vorsichtig geworden. Seine sonstigen ganz demagogischen Allüren verschwinden mehr und mehr, man eifert gegen die Sozialdemokratie, nimmt mehr Rücksicht gegenüber der Regierung und bemüht sich, regierungsfähig zu erscheinen.

Bei S. K. H. dem Großherzog bleibt andauernd die altgewohnte intensive Abneigung gegen das Zentrum nicht zu verkennen. Der hohe Herr hat im Laufe seiner langen Regierung allerdings mit dem Ultramontanismus im Lande übele Erfahrungen gemacht, die ausgesprochen liberale Regierung und Kammer war gewissermaßen zur Norm geworden, eine mildere Beurteilung des Zentrums findet daher nur langsam und schwer bei S. K. H. Eingang.

Ich erinnere mich in dieser Beziehung eines Wortes des hochseligen Kaiser[s] Wilhelm des Großen. Als ich bald nach meinem Eintreffen hier im Jahre 1884 die Ehre hatte, mit S. M. und der Kaiserin Augusta nach Baden zu fahren, bezeichnete I. M. den Durchlauchtigen Herrn Schwiegersohn als eine Perle unter den deutschen Fürsten, der Kaiser sagte darauf lächelnd: „Ja, ein vortrefflicher Fürst, aber doch wohl ein bißchen sehr liberal“.[3]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „Auszug m. Anl. 2./3. Finanzmin., Reichsschatzamt, Reichsbank“.

[1] Nr. 81 vom 20. Febr. 1906.
[2] 18.–26. Sitzung II. Kammer vom 1.–13. Febr. 1906.
[3] Eisendecher an Bismarck vom 3. Aug. 1884 (Gedr. *Fuchs* II S. 270).

993. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 17. März 1906

Vertraulich! Die bisherigen Verhandlungen der badischen Zweiten Kammer zeugen zwar von einem eifrigen Redefleiß der Volksvertreter, aber ersprießliche Leistungen sind kaum zu verzeichnen. Man tagt seit dem 13. Dezember v. J. und ist nach 44 Sitzungen noch bei der Budgetberatung, die auch manche weitere Woche in Anspruch nehmen dürfte.

Zu besonders turbulenten Szenen kam es bisher nicht, und im allgemeinen herrschte leidliche Sachlichkeit, aber ein steter kleinlicher Parteihader trat doch sehr hervor. Über die nichtigsten Dinge wird endlos debattiert, man fordert Unmögliches, hat für die großen neuzeitlichen Aufgaben im Staate wenig Verständnis und steht in Fragen, die das Gemeinwohl des Reiches berühren, meist auf einem eng partikularistischen Standpunkt.

Die Regierung empfindet peinlich die offenbar stark gesunkene Durchschnittsqualität der heutigen Abgeordneten, wirkliche Kapazitäten von weiterem Blick und großen Auffassungen gibt es kaum, dagegen fehlt es nicht an sehr gewandten Rednern, namentlich einzelne Sozialdemokraten zeichnen sich in dieser Beziehung aus. Das gegen frühere Zeiten minderwertige geistige Niveau der Volksvertreter wird teilweise auf das jetzt erstmals erprobte direkte Wahlrecht zurückzuführen sein. Dessen Einführung war zwar dem allseitigen Drängen gegenüber schwer zu umgehen, allein ich habe doch den Eindruck, daß die Regierung ihr Nachgeben jetzt bedauert. Der Finanzminister meinte zu mir noch gestern, Preußen solle sich ja nicht zu einer Änderung des Wahlrechts bestimmen lassen, und auch Sachsen müsse unbedingt fest bleiben, dort sei sonst zweifellos eine große sozialdemokratische Mehrheit in der Kammer zu erwarten.

Die Signatur der bisherigen Debatten läßt sich in Kürze dahin zusammenfassen, daß ganz gegen die Tradition vergangener Zeiten der Liberalismus meist mit den Sozialdemokraten die Opposition bildet, während das Zentrum im allgemeinen eher die Regierung unterstützt. Die wenigen konservativ-bündlerischen Abgeordneten stehen dabei auf seiten des Zentrums. Ausnahmen von solcher Parteikonstellation kommen natürlich vor, so verfolgt das Zentrum neuerdings den Minister des Innern mit heftigen Angriffen, seinem Verhalten wird es wohl sehr mit Unrecht zugeschrieben, daß die erhoffte ultramontane Majorität nicht zustande kam. Einer der Zentrumsführer sagte in einer Rede geradezu, der Minister müsse beseitigt werden. Nun, das hat noch gute Wege, einstweilen steht Dr. Schenkel durchaus fest und verteidigt sich mit großem Geschick und sachlicher Ruhe, wenn auch nicht ohne gelegentliche scharfe Gegenhiebe.

Den Hauptstreitpunkt in den Budgetverhandlungen bildet die Frage, ob die seitherige verständige Finanzpolitik beibehalten werden soll oder ob zur Befriedigung weitgehender Wünsche eine Anlehenspolitik, also mehr oder minder Schuldenwirtschaft, angezeigt sei. Letzteres befürwortet der Liberalismus mit der Sozialdemokratie. Das Zentrum hält in der Frage zur Regierung, die energisch jede Verantwortung für eine Schuldenpolitik ablehnt. Der Liberalismus bricht durch diese Haltung gewissermaßen mit seiner ganzen Vergangenheit, man muß annehmen, daß die Herren Blockkandidaten ihren Wählern Dinge versprochen haben, die nur durch übertriebene Mehrforderungen im Etat durchzuführen sind. Es handelt sich dabei namentlich um Zuwendungen an Lehrer und Unterbeamte, die über die Vorschläge der Regierung erheblich hinausgehen.

Nachdem sämtliche Nachwahlen dem Zentrum Siege brachten[1], bekundet diese Partei eine sehr gehobene Stimmung, es herrscht auch große Freude im ultramontanen Lager anläßlich der Freisprechung des Pfarrers Gaisert, welcher sich vor dem Landgericht Waldshut wegen versuchter Verleitung zum Meineid zu verantworten hatte.[2] Der Freispruch macht Aufsehen und wird auch in außerbadischen Zeitungen besprochen (Kölnische und Münchener Allgemeine Zeitung bringen z. B. Artikel darüber). Man hatte nicht erwartet, daß der geistliche Wahlagitator der Strafe entgehen würde. Der Fall wird, wie ich höre, das Reichsgericht noch beschäftigen und auch während der Besprechung des Kultusetats in der Kammer abermals erörtert werden. Bei der Gerichtsverhandlung in Waldshut kamen Briefe des Zentrumsabgeordneten und Oberamtsrichters Wittemann zur Verlesung, die diesen in recht bedenklichem Lichte erscheinen lassen.

Ich erlaubte mir schon wiederholt, gehorsamst zu melden, daß das Stichwahlbündnis des liberalen Blocks mit der Sozialdemokratie sich als ein schwer gutzumachender Fehler erweist, die Kammerdebatten bestätigen das vollauf. Trotz aller augenscheinlichen Rücksicht der Liberalen, die vielfach gegenüber den roten Bundesbrüdern eine merkliche Schonung walten lassen, erweisen sich diese als keineswegs dankbar, im Gegenteil erfährt der Block von ihnen sehr derbe Anrempelungen. Ein Genosse betonte ausdrücklich, daß seiner Partei das Zentrum genauso lieb sei wie die Liberalen.

Wenn die liberal-radikale Gesellschaft auf ihren übertriebenen finanziellen Forderungen eigensinnig beharrt, so scheint leider ein ernster Konflikt mit der Regierung nicht ausgeschlossen. Man darf indessen hoffen, daß doch noch eine vernünftige Einigung zustande kommt.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 10, Ausf.; Marg.: „Kult. Min., Min. d. Inn."

[1] Die Wahl der Zentrumsabgeordneten Belzer und Wittemann war ungültig erklärt worden (Vgl. Nr. 988, 990).

[2] Eisendecher an Bülow. „Karlsruhe, 9. Oktober 1906. Die am 6. d. Mts. zu Freiburg erfolgte Verurteilung des katholischen Pfarrers Gaisert in Gündelwangen zu einem Jahre Zuchthaus wegen versuchter Verleitung zum Meineid gelegentlich der letzten badischen Landtagswahlen wird hier lebhaft besprochen. Die Strafkammer in Waldshut hatte am 13. März d. J. den Angeklagten freigesprochen, auf die Beschwerde des Staatsanwalts war aber vom Reichsgericht das Urteil aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Strafkammer Freiburg verwiesen worden" (Ebd. Bd. 11, Ausf.; Marg.: „12./10. Kult. Min.").

994. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 18. März 1906

Nachdem Ew. D. ich soeben melden konnte, daß in der badischen Kammer bisher besonders stürmische Auftritte nicht vorgekommen seien, ist ein solcher in der gestrigen Sitzung[1] durch äußerst heftige leidenschaftliche sozialdemokratische Zwischenrufe während einer Rede des Ministers Schenkel herbeigeführt worden. Der Minister bezeichnete es als unstatthaft, wenn Beschwerden von Schutzleuten bei sozialdemokratischen Abgeordneten angebracht würden, er sagte, diesen Weg der Beschwerde werde er den Schutzleuten verbieten.

Der sozialdemokratische Führer Geck erklärte das in wiederholten Zwischenrufen als unerhört, als Beleidigung seiner Partei und Frivolität. Er wurde wegen seiner fortwäh-

renden Störungen sowie wegen des Ausdrucks Frivolität zweimal vom Präsidenten zur Ordnung gerufen.

Das Einschreiten des Präsidenten erfuhr von allen bürgerlichen Parteien im Hause Zustimmung, während Geck namens der Sozialdemokraten heftig protestierte und geeignete Schritte in Aussicht stellte.

Den ersten Anlaß zu dem bedauerlichen Zwischenfalle gab eine Rede des Mannheimer sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Frank, der in erregter Weise die für den heutigen Sonntag getroffenen Maßnahmen des dortigen Polizeidirektors Schäfer[2] scharf kritisierte. Die Maßnahmen richteten sich gegen die mögliche Veranstaltung einer größeren sozialdemokratischen Feier auf dem Friedhofe zur Verherrlichung der Revolution von 1848 und ihrer Opfer. Der Minister verteidigte den Polizeidirektor und erklärte dessen Vorkehrungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung für gerechtfertigt; er wurde in seiner Rede mehrfach lärmend von den Sozialdemokraten unterbrochen, so daß der jungliberale Führer Dr. Binz dazwischenrief: „Wir sind hier doch nicht in einer sozialdemokratischen Versammlung".

Dann folgten längere Äußerungen eines Regierungsvertreters und eines Sozialdemokraten und schließlich die ziemlich scharfe Antwort Dr. Schenkels, welche die leidenschaftliche Entrüstung des Genossen Geck und seiner Anhänger entfesselte.

Ich darf den Sitzungsbericht in der Anlage gehorsamst beifügen[3] und dazu bemerken, daß meines Erachtens die Absicht des Ministers, den Schutzleuten zu verbieten, Beschwerden durch sozialdemokratische Abgeordnete anzubringen, besser ungesagt geblieben wäre, er hätte einfach erklären können, er werde das Nötige veranlassen. Vertraulich füge ich hinzu, daß S. K. H. der Großherzog den Vorgang heute mir gegenüber bedauernd erwähnte und dieser meiner bescheidenen Ansicht beipflichtete.[4]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 10, Ausf.; Marg.: „28./3. Min. d. Innern".

[1] 46. Sitzung II. Kammer vom 17. März 1906.

[2] Schäfer, Oskar (1867–1916), seit 1890 im bad. Verwaltungsdienst, 1896 Amtmann in Tauberbischofsheim, 1897 in Mannheim, 1900 Oberamtmann, 1902 Leiter der Polizeiabteilung des Bezirksamts Mannheim, 1906 Regierungsrat und Kollegialmitglied im Ministerium des Innern, 1907 Ministerialrat (AV; PA-GLA). Vgl. Nr. 995.

[3] 46. Sitzung II. Kammer vom 17. März 1906, in: Karlsruher Zeitung (Beilage), Nr. 94 vom 18. März 1906 (Vgl. *Schultheß* 1906 S. 64).

[4] Vgl. Nr. 996.

995. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 19. März 1906

Die von sozialdemokratischer Seite veranstalteten Märzfeiern sind in Baden, wie die Zeitungen melden, ruhig und ohne Zwischenfälle verlaufen. Hier fand in einer außerhalb der Stadt gelegenen Wirtschaft eine öffentliche Versammlung mit Liedervorträgen statt, in welcher der Reichs- und Landtagsabgeordnete Eichhorn vor 1200 Zuhörern über die Revolution von 1848 sprach. In Mannheim sollen etwa 10000 Personen zum Denkmal der Märzgefallenen gezogen sein. Die Polizei fand keinen Anlaß zum Einschreiten.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Europa Nr. 82 Nr. 1 Bd. 21, Ausf.; Marg.: „mtg. 1./4. Min. d. Innern".

996. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 20. März 1906

Vertraulich. *Einladung zur Abendtafel.* S. K. H. der Großherzog sprach nach dem Essen länger über politische Dinge, berührte aber auswärtige Angelegenheiten kaum. Höchstseine Äußerungen betrafen zunächst den sehr zu beklagenden Vorgang in der hiesigen Kammer[1], der seines Erachtens wesentlich eine Folge der unheilvollen Taktik der Liberalen sei, diese kurzsichtige Wahlpolitik und der Eigensinn, mit dem man sie festzuhalten [und] zu rechtfertigen suche, räche sich und werde weiter schädlich wirken. Der Minister Schenkel sei in der betreffenden Sitzung in höhnischer Weise von den Sozialdemokraten provoziert worden, er habe dann etwas die Geduld verloren und in der Erregung mehr gesagt als nützlich. Schweigen sei unter solchen Umständen Gold, man könne Ruhe und Geduld den verantwortlichen Ressortchefs nie genug empfehlen. Das habe er, der Großherzog, in einer heute berufenen Sitzung des Staatsministeriums den Herren dringlichst ans Herz gelegt, gegenüber der Sozialdemokratie bleibe sachlicher Gleichmut die beste Waffe. Kurze kühle abweisende Haltung wirke mehr als jede heftige Gegenrede, er habe in seinem langen Leben diese Erfahrung immer wieder bestätigt gefunden.

Auch die politische Gesinnung der Rekruten habe man in der Kammer wieder berührt und von sozialdemokratischer Seite Feststellungen in solcher Richtung als ungehörig getadelt. Zweifellos müsse man aber darüber aufgeklärt sein, wenn man den jugendlichen und unreifen Soldaten richtig erziehen und belehren wolle. In den Militärvereinen seien Sozialdemokraten ausgeschlossen, man dürfe also einem solchen Verein nicht vorschreiben oder empfehlen, sozialdemokratisch zu wählen, das sei hier geschehen, und der dadurch entstandene Konflikt habe nur mit Mühe wieder beigelegt werden können.

Die gesamte Linke der Kammer mit den Liberalen[a] stelle gegenwärtig ganz übertriebene Forderungen an die Regierung. Man befürworte eine Schuldenpolitik, auf die er sich nicht einlassen könne, jedenfalls müsse nach Möglichkeit gespart werden, solange man das Ergebnis der Finanzreform im Reiche noch gar nicht übersehe. Über den Betrag der in der Kammer angeregten Mehrforderungen werde er jetzt eine Zusammenstellung veranlassen, es handle sich anscheinend um über acht Millionen, die Herren Volksvertreter würden also neue Steuern bewilligen müssen, um ihre Wünsche durchzusetzen.

Der Großherzog sprach mir dann sein lebhaftes Bedauern aus, daß sowohl in der Kammer wie in der Presse vielfach eine offenkundige Animosität gegen Preußen hervortrete, das beruhe meist auf Unwissenheit[b], bei richtiger Kenntnis der Geschichte und der Vergangenheit könne man Preußen nur aufrichtig dankbar sein.[c] Schon lange hege er die Überzeugung, daß in den Universitäten[d] nicht genügend Wert gelegt werde auf die systematische und gründliche Weiterbildung der Studierenden in der neuzeitigen Geschichte, da könne und müsse noch viel gebessert werden. [...]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 9, Ausf.; gedr. *Fuchs* IV S. 629.

[a] Randnotiz Wilhelms II.: „Der Großherzog im Kampf gegen die Liberalen! Welche Tragödie?!"
[b] Randnotiz Wilhelms II.: „Das ist ja eine ganz rührende Erklärung, ändert aber an der Tatsache gar nichts".
[c] Randnotiz Wilhelms II.: „So?!!"
[d] Randnotiz Wilhelms II.: „Und Schulen".
[1] Vgl. Nr. 994.

997. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 21. März 1906

Wie zu erwarten, wurde die gestrige Sitzung[1] der badischen Kammer nach dem Vorgange vom Sonnabend wieder in brutaler Weise von sozialdemokratischer Seite gestört. Der Abgeordnete Eichhorn brauchte einen Ausdruck, der an Gemeinheit in den Annalen der deutschen Parlamente wohl einzig bleiben wird, er sprach bei Verteidigung der Ereignisse von 1848/49 vom „Kartätschenprinzen und seiner Soldateska", schleuderte die heftigsten Angriffe gegen den Minister Schenkel und wurde mehrfach zur Ordnung gerufen.

Schließlich erklärte er, seine Partei werde die Konsequenzen ziehen und das Budget ablehnen. Der jungliberale Führer Dr. Binz sowie der Demokrat Venedey hatten dem roten Kollegen gegenüber nur ziemlich sanfte Worte des Tadels, ersterer wies aber doch jenen verächtlichen Ausdruck Eichhorns aufs schärfste zurück. Etwas deutlicher äußerte sich der Chef der Zentrumsfraktion, der gleichzeitig für seine Partei Kapital aus der Debatte zu schlagen suchte.

Der Minister verteidigte seinen Standpunkt energisch und geschickt mit Ruhe und Sachlichkeit. Wenn das so fortgeht, kommt man hier dank des liberalen Unverstandes zu Zuständen, wie man sie im österreichischen Parlament leider oft zu sehen gewohnt ist. Die Sache hat allenfalls das Gute, daß die Sozialdemokratie durch ihre Maßlosigkeiten sich selbst richtet und den Liberalen die Torheit des Wahlbündnisses doch allmählig zu Gemüte führt. Ohne dieses Bündnis säßen sechs Genossen weniger im Hause, gerade die Hälfte ihrer derzeitigen Stärke, denn die drei von Zentrums Gnaden gewählten Umstürzler wären dann auch nicht zu ihren Mandaten gekommen. Statt dessen gäbe es alsdann allerdings eine Zentrumsmajorität, die auch nicht erfreulich, aber immerhin sehr viel annehmbarer sein dürfte als das bedenkliche Anwachsen der Sozialdemokratie.

Zu wilder Empörung lag für die Genossen weder gestern noch am Sonnabend irgendwelcher Anlaß vor, der Minister war durch sie in höhnischer Weise gereizt worden und antwortete wohl scharf, aber von Beleidigung lag in seinen Worten nichts, man konnte das, was er sagte, vernünftigerweise nur ruhig kritisieren und bestreiten, dann wären die beschämenden Szenen vermieden worden. Dem Zentrum sind solche Auftritte natürlich für die eigenen Zwecke nicht ganz unwillkommen, die ultramontanen Blätter frohlocken denn auch und lassen ihren Hohn an dem Block aus, der nach ihrer Ansicht die Hauptverantwortung trägt.

Das parlamentarische System, wenn es einen Sinn haben soll, fordert von den Volksvertretern vor allem Selbstbeherrschung und Sachlichkeit, wo diese Eigenschaften fehlen, hören positive Leistungen so gut wie auf, und die gesetzgeberische Arbeit wird zur Farce; die Sozialdemokratie scheint hier bestrebt, es dahin zu bringen.

Herr v. Marschall suchte mich heute auf, um mir seine tiefste Entrüstung anläßlich der gestrigen Debatte, insbesondere wegen der erbärmlichen Verunglimpfung des Namens unseres allverehrten Hochseligen Herrn, zu bekunden. Den Bericht über die Sitzung darf ich gehorsamst anschließen.[2]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 10, Ausf.; Marg.: „28./3. Min. d. Innern".

[1] 47. Sitzung II. Kammer vom 20. März 1906.

[2] Karlsruher Zeitung (Beilage), Nr. 97 vom 21. März 1906.

998. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 7. April 1906

Die badischen Kammern werden heute ihre Sitzungen bis nach dem Osterfest aussetzen. Abgesehen von dem kürzlichen Ausbruch sozialdemokratischer Leidenschaft sind die Verhandlungen bisher leidlich ruhig verlaufen; man hat aber viel mehr geredet als nötig und in 57 Sitzungen nur einen Teil des Budgets beraten; beinahe die wichtigsten Verhandlungen über die Vermögensteuer, das Elementarunterrichtsgesetz und den Kultusetat stehen noch bevor; auch die Eisenbahnreformangelegenheiten bleiben zu erledigen. Alle diese heiklen Themata werden voraussichtlich heftige Kämpfe kosten.

Bei dem schroffen Gegensatz der Hauptparteien und dem Gleiten der Liberalen nach links hat die Regierung keinen leichten Stand, sie sieht sich entgegen der langjährigen Tradition vornehmlich auf das Zentrum angewiesen, das allein mit den wenigen Konservativen die extremen Tendenzen des linken Flügels energisch bekämpft; dabei hat sie aber auch den vielfach ganz unberechtigten Ansprüchen und der Herrschsucht der Klerikalen gelegentlich scharf entgegenzutreten. Ich habe schon früher gehorsamst bemerkt, daß hier weiter die ersprießliche parlamentarische Arbeit durch die übertriebenen Versprechungen der meisten Kandidaten an ihre Wähler sehr empfindlich erschwert wird; aufgrund solcher unberechtigter Zusagen verlangen die Herren in der Kammer dann Unmögliches.

Die von der Regierung vorgeschlagenen Änderungen des Gesetzes über den Elementarunterricht bezwecken namentlich eine Besserstellung der Lehrer und eine größere Heranziehung der Gemeinden zu den Schullasten. Der liberale Block mit den Sozialdemokraten sowie ein Teil des Zentrums wünscht höhere Normierung der Lehrerbezüge, als die Regierung vorsieht, will die Gemeinden weniger belastet wissen, und die Linke fordert eigensinnig die Einreihung der gesamten Lehrerschaft in den allgemeinen Beamtengehaltstarif. Diese letztere Forderung lehnt die Regierung unbedingt ab, weil im nächsten Landtage eine Revision dieses Tarifs bevorsteht; wegen der Höhe der Lehrergehälter und den Schulbeiträgen der Gemeinden ist die Regierung zu Konzessionen bereit. Ob die höchst wünschenswerte Einigung in der Frage zustande kommt, bleibt einstweilen unsicher.

Auch der Gesetzentwurf betreffend die Vermögensteuer, im wesentlichen auf den Vorarbeiten des verstorbenen hervorragenden Finanzministers Buchenberger beruhend, findet in einzelnen Punkten bei den Parteien lebhaften Widerspruch. Insbesondere wird an dem Entwurf eine vermeintlich zu weit gehende Begünstigung der Landwirtschaft getadelt. Die Mannheimer Handelskammer ist dieserhalb beim Landtage bereits vorstellig geworden.

In den vorliegenden Eisenbahnfragen sieht Freiherr v. Marschall ebenfalls erbitterte Debatten voraus, die Volksvertreter verlangen mehr als die Finanzen vertragen, und in ultraliberalen Kreisen herrscht dabei der engherzigste Partikularismus.

Wie seither wird der sogenannte Kulturkampf bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit auch weiter wieder entbrennen, man wird sich die unangenehmsten Dinge sagen und – alles beim alten lassen. Noch in den letzten Tagen ist in der Kammer heftig über die Konvikte und die angeblichen Geheimberichte katholischer Lehrer an die Kurie gestritten worden. Die aus Linksliberalen bestehende antiultramontane Vereinigung, in welcher der bekannte Agitator Professor Böhtlingk die Hauptrolle spielte, ließ sich

kürzlich den Grafen Paul Hoensbroech kommen, um behufs Bekämpfung der Übergriffe des Zentrums seinen Rat einzuholen.

Leider scheint die liberale Partei immer noch nicht von dem Unverstand ihres Bündnisses mit den Sozialdemokraten überzeugt, der neuliche Auftritt in der Kammer hat in dieser Richtung kaum eine Wirkung geübt. Wenn badische liberale Redner auch jetzt noch behaupten, das Bündnis werde von den norddeutschen Parteigenossen gebilligt, so ist das durchaus unzutreffend. Der hiesige sehr verständige Korrespondent des „Schwäbischen Merkur" führte das verschiedentlich aus und wird deshalb von der liberalen „Badischen Landeszeitung" gewaltig schlechtgemacht.

Freiherr v. Marschall veranstaltete vorgestern in den Räumen des Ministeriums einen parlamentarischen Abend, in dem Vertreter aller Fraktionen, auch sechs Sozialdemokraten, erschienen, letztere sollen sich durchaus manierlich und passend benommen haben, sie sind darum aber nicht besser als ihre Kollegen im Norden, das stellte der badische Genosse Lehmann (gegenüber der berüchtigten Äußerung des Dr. Auer[1] in der Landeszeitung) unlängst ausdrücklich fest.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 10, Ausf.; Marg.: „Staatsmin."

[1] Auer, Fritz Dr. jur. et rer. pol. (geb. 1878), Redakteur und Schriftsteller, Chefredakteur der Bad. Landeszeitung, seit 1907 Chefredakteur des Büros für Berliner Berichterstattung in Berlin, Berliner Korrespondent verschiedener Zeitungen, Herausgeber des „Aktuellen Leitartikels" (Vgl. Nr. 987 Anm. 3).

999. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 16. April 1906

Unter den zahlreichen von der sozialdemokratischen Fraktion in der badischen Kammer gestellten Anträgen sind folgende Wünsche als besonders charakteristisch hervorzuheben: Schutz des Wahlgeheimnisses bei den Gemeindewahlen entsprechend den Vorschriften für die Kammerwahlen. Vornahme der Gemeindewahlen an einem gesetzlichen Ruhetag. Direkte Wahl der Bürgermeister und Gemeinderäte. Beseitigung der Klasseneinteilung bei Wahl der Bürgerausschüsse. Aktives und passives Gemeindewahlrecht für alle 21 Jahre alten deutschen Ortseinwohner. Beseitigung des Stimmrechts der Gemeinderäte in den Bürgerausschußsitzungen. Recht der Initiative für den Bürgerausschuß. Leitung des Bürgerausschusses durch einen von ihm zu wählenden Vorstand. Erweiterte Selbständigkeit der Gemeinden. Einführung des achtstündigen Arbeitstages für alle in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter. Gesetzliche Festsetzung der Personen- und Gütertarife auf den Staatsbahnen. Weitere Ausgestaltung des Kilometerheftes und Einführung des Zweipfennigtarifs für die 3. Klasse der Schnellzüge ohne Zuschlag. Gewährung von Tagegeldern für Geschworene und Schöffen. Verstaatlichung der Mobiliar- sowie der Hagel- und Viehversicherung. Völlige Trennung von Staat und Kirche.

Aussicht auf Erfüllung hat wohl keiner dieser Wünsche.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „19./4. Min. d. Inn."

1000. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 19. April 1906

Der Gemeinderat der badischen Stadt Waldshut hat den dortigen Bismarckplatz, wie die Zeitungen berichten, in Sankt Johannisplatz umgetauft. Diesen eigentümlichen Vorgang verherrlicht das kleine Ettlinger Zentrumsblatt „der Badische Landsmann" mit folgenden Worten:

„Bravo! Es ist an sich ein Zeichen großer Charakterschwäche, daß bei uns im Badnerlande Bismarck solche Verehrung genießt. Wir Badener sollten uns doch etwas mehr auf uns selbst besinnen und bedenken, daß Bismarck es war, der ad mayoram (!) gloriam Borussiam (!) uns anno 66 den blutigen Krieg aufhalste und nachher verschiedene Silberlinge abknöpfte. Mögen All- und Stalldeutsche Bismarcksäulen bauen und alljährlich am 1. April, an dem man nichts ernst nimmt, darauf ihrem „Götzen" Bismarck ein Rauchopfer darbringen – wenn sie einen Stier oder besser einen (aber vierbeinigen) Esel darauf brieten, wäre das Ganze noch natürlicher –, das badische Volk als solches hat keinen Teil daran".

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 33 Bd. 2, Ausf.; Marg.: „Im Preßreferat zgk".

1001. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 6. Mai 1906

Die Zentrumsfraktion der badischen Kammer hat die Beseitigung der in Baden noch geltenden sogenannten Kulturkampfparagraphen des Gesetzes vom 9. Oktober 1860 beantragt.[1]

Die §§ 16 b und 16 c bedrohen mit Strafe Geistliche, welche ihr seelsorgerisches Amt zu politischen Zwecken mißbrauchen. Die Antragsteller meinen, daß das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich in §§ 105 bis 109 und 130 a genügende Bestimmungen enthalte und daß das badische Gesetz dem § 2 Absatz 1 des Reichsstrafgesetzbuches widerspreche, auch schon als Ausnahmegesetz aufgehoben werden müsse.

Vorlage des Gesetzvorschlags.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 9, Ausf.; Marg.: „12./5. Kult. Min., Min. d. Inn."

[1] Den sozialdemokratischen Antrag vom 6. April 1906 (58. Sitzung II. Kammer), es solle eine vollständige Trennung von Staat und Kirche herbeigeführt werden, beantwortete das Zentrum am folgenden Tag mit der Forderung, die §§ 16 b und c des Gesetzes vom 18. Febr. 1874 aufzuheben (2. Beilageheft 1905/06 S. 517 – Drucksache Nr. 56, 57).

1002. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 15. Juni 1906

Die Verhandlungen des Badischen Landtages nehmen fortgesetzt einen recht langsamen Verlauf, so daß eine Erledigung des Budgets und der wichtigsten Vorlagen über Schule und Steuerreform noch geraume Zeit in Anspruch nehmen dürfte. Gegenwärtig

ist man in der Zweiten Kammer mit dem Kultusbudget beschäftigt, das meist zu lebhaften Debatten Anlaß zu geben pflegt. Von seiten des Zentrums wird dabei die Beseitigung der in Baden noch geltenden Strafbestimmungen gegen Geistliche wegen Mißbrauch ihres Amtes im politischen Sinne eifrig betrieben[1], und wie sonst bildet auch die Klosterfrage einen stets wiederkehrenden Streitpunkt. Was die Strafbestimmungen gegen Geistliche betrifft, so ist die Regierung selbst zweifelhaft, ob die Paragraphen 16b und 16c des badischen Gesetzes vom 9. Oktober 1860 neben dem Reichsstrafgesetz noch zu Recht bestehen. Gutachtliche Äußerung des Reichsgerichtes wird erwartet.[2]

Über den gleichen Gegenstand kam eine liberale Interpellation zur Erörterung, und endlich wurde über den sozialdemokratischen Gesetzesvorschlag, betreffend die Trennung von Staat und Kirche, verhandelt. Die Erklärungen des Herrn Kultusministers waren bei aller Deutlichkeit so geschickt und maßvoll gehalten, daß beide große Parteien leidlich befriedigt schienen.[3]

Wegen Dotierung des evangelischen und katholischen Kultus herrschten gewisse Differenzen, über die man sich indessen wohl noch einigen wird. Unter anderem wurde auch die schon früher angeregte Frage wieder erwähnt, ob und inwieweit Preußen als durch die Hohenzollernsche[n] Lande zur Erzdiözese gehörig finanziell zum Kultusbudget beizusteuern habe. *Vorlage der Kammerberichte nach Schluß der Debatte.*

Ob die Gesetze über Schule und Vermögensteuer zur Annahme gelangen, bleibt noch einigermaßen zweifelhaft. Bei dem erstgenannten Gesetz hat die Erste Kammer mit der Mehrheit von einer einzigen Stimme die Herabsetzung der Gemeindebeiträge beschlossen, der einstweilen die Regierung durchaus ablehnend gegenübersteht. – Zum Vermögensteuergesetz begegnet namentlich die von der Zweiten Kammer eingefügte Besteuerung der sogenannten Fahrnisse, das heißt des beweglichen Eigentums, lebhaftem Widerspruch.

Im allgemeinen trugen die Debatten seit dem sozialdemokratischen Sturm im März einen sachlichen, ruhigen Charakter, man darf daher wohl hoffen, daß auch die demnächst bevorstehende Beratung des Eisenbahnbudgets nicht zu den von Herrn v. Marschall befürchteten erregten Szenen führen werde.[4]

Gewisse radikale Volksvertreter gefallen sich gelegentlich in höchst ungerechtfertigten Äußerungen gegen Preußen, gegen die sogenannte Junkerwirtschaft und das preußische Wahlsystem oder die Eisenbahnpolitik. Die Großherzogliche Regierung tritt solchen Äußerungen stets energisch entgegen, und man kann es nur begrüßen, daß kürzlich auch der liberale Führer Obkircher in einer Versammlung preußenfreundliche Worte fand. [...]

Ich darf schließlich an dieser Stelle meine Ansicht gehorsamst dahin aussprechen, daß die Einführung des direkten Wahlrechtes sich als durchaus kein Segen für das Land herausstellt. Für die Zweite Kammer wären die Wahlen unter dem früheren System zwar wohl nicht wesentlich anders ausgefallen, sie sind nur durch die unheilvolle Stichwahltaktik der Liberalen jetzt schlechter geworden, leider zeigt es sich aber, daß jetzt auch in der Ersten Kammer eine Interessenpolitik vorherrscht, die man früher in diesem hohen Hause nicht kannte.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 10, Ausf.; Marg.: „mtg. 18./6. Staatsmin."

[1] 93.–97. Sitzung II. Kammer vom 11.–15. Juni 1906 (Vgl. Nr. 1001).

[2] Vgl. Nr. 1004.

[3] Kultusminister Dusch bekräftigte die Staatskirchenhoheit und lehnte entschieden die Trennung von Kirche und Staat ab (*Schultheß* 1906 S. 127).

[4] Vgl. 99.–102. Sitzung II. Kammer vom 18.–20. Juni 1906.

1003. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 10. Juli 1906

Der Badische Landtag hat das Budget noch immer nicht bewältigt und befindet sich auch mit den sonstigen wichtigeren Vorlagen noch sehr im Rückstande. Es ist außerordentlich viel geredet, aber wenig Positives geleistet worden. Im allgemeinen herrscht in der Volksvertretung ein stark partikularistischer Geist und ein ausgesprochenes Mißtrauen gegen den führenden deutschen Staat, auch machen sich die Folgen des unheilvollen Wahlbündnisses der Liberalen mit der Sozialdemokratie dauernd bemerkbar. Die Regierung steht einmütig ganz auf dem nationalen Standpunkt und sucht die partikularistischen wie die preußenfeindlichen Tendenzen stets loyal und energisch zu bekämpfen. Von den größeren Gesetzesvorlagen hat bis jetzt nach langen Verhandlungen und wechselseitigen Kompromissen nur das Schulgesetz Annahme gefunden.[1] Ob die Vermögensteuer und die damit zusammenhängende Änderung der Gemeindebesteuerung zur Durchführung gelangt, bleibt einstweilen fraglich.

Erst nächste Woche wird die Erste Kammer im Plenum darüber beraten, und da dort erhebliche Änderungen in Aussicht stehen, dürften beide Häuser sich später nochmals mit dem wichtigen Gegenstand zu beschäftigen haben. Die Vorlagen von geringerer Bedeutung (z.B. Ärzteordnung, Landwirtschaftskammer pp.) können kaum noch ihre Erledigung finden.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 10, Ausf.

[1] Das Elementarunterrichtsgesetz wurde nach dem Kommissionsvorschlag am 2. Juli einstimmig angenommen (113. Sitzung II. Kammer). Es verringerte die auf einen Lehrer entfallende Schülerzahl von 100–130 auf 70–100, begrenzte die wöchentliche Unterrichtszeit auf 36 Stunden und sah für Überschreitungen eine besondere Vergütung vor. Über die beträchtliche Gehaltsaufbesserung und 938 zusätzlich vorgesehene Lehrkräfte hinaus lehnte die Regierung erneut die Aufnahme der Lehrer in den Beamtentarif ab (Vgl. *Schofer*, Landtag 1905/06 S. 175 ff.).

1004. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 10. Juli 1906

Die Anwendung des § 16 b und c des badischen Kirchengesetzes vom 9. Oktober 1860 beziehungsweise vom 19. Februar 1874 gegen Geistliche, welche ihr Amt bei den Wahlen zu politischen Zwecken mißbrauchen, wurde kürzlich vom Reichsgericht für zulässig erklärt. Die von badischen Gerichten gegen solche Geistliche ergangenen Urteile sind damit rechtskräftig.

Das badische Zentrum wünscht die Beseitigung dieses Paragraphen, während man auf liberaler Seite deren Fortbestand für notwendig erachtet.[1] Die Angelegenheit hat

die Kammer bereits beschäftigt, über den bezüglichen Zentrumsantrag ist indessen noch nicht entschieden.[2]

Ich darf einen Bericht der nationalliberalen Badischen Landeszeitung[3], betreffend die Entscheidung des Reichsgerichts pp., hier gehorsamst anschließen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 9, Ausf.; Marg.: „13./7. Kult. Min."

[1] Vgl. Nr. 1001, 1002.
[2] Vgl. Nr. 1007.
[3] Nr. 134 vom 10. Juli 1906.

1005. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 22. Juli 1906

Für den in Mannheim bevorstehenden sozialdemokratischen Parteitag war ungefähr dieselbe Zeit in Aussicht genommen, in welcher hier die Feste bei Hofe gefeiert werden. Geeignete Schritte der Regierung und Stadtverwaltung haben nunmehr dazu geführt, daß die Genossen erst gegen Ende Oktober zusammenkommen; sie legen Wert darauf, in den Lokalitäten des sogenannten Rosengartens zu tagen, zu deren Erbauung ihre Vertreter im Stadtrate unter der Bedingung zustimmten, wenn allen Parteien die Benützung gewährt werde. Diese Zusage erfolgte, weil anscheinend der sehr schöne und kostspielige Bau sonst nicht zustande gekommen wäre. Es handelte sich um die Bewilligung von etwa vier Millionen. Die Stadt kann nun in Anbetracht der allgemeinen Festfeier Ende September den Rosengartenbau erst später für den Parteitag zur Verfügung stellen, was man sozialdemokratischerseits wohl eingesehen hat. Zwar soll der „Vorwärts" behaupten, man werde ein anderes Lokal benutzen und den ursprünglichen Termin festhalten, indessen sagte mir gestern der Minister des Inneren, die Verschiebung sei beschlossen; Ende September dürfe die sozialdemokratische Heerschau in der Hauptstadt Mannheim keinenfalls stattfinden.[1]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Europa Nr. 82 Nr. 17 Bd. 8, eig. Ausf.; Marg.: „Min. d. Inn., St. S. d. Innern".

[1] Der SPD-Parteitag in Mannheim fand vom 22.–28. Sept. 1906 statt (Vgl. Nr. 1008).

1006. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 27. Juli 1906

Mit der Annahme des ganzen Finanzgesetzes haben nunmehr die badischen Kammern die Budgetberatung endlich erledigt. Die sozialdemokratische Fraktion der Zweiten Kammer stimmte wie in früheren Jahren gegen das Gesetz, nachdem sie Budgetpositionen im einzelnen bereits zum allergrößten Teile genehmigt hatte. Wesentliche Abstriche sind nicht erfolgt, abgesehen von den 100000 Mark für die Rekonstruktion des Otto Heinrichsbaues in Heidelberg, welche Forderung beide Häuser ablehnten.

Angenommen wurde das Schulgesetz[1] sowie die Reform der Eisenbahnpersonentarife ohne die 4. Wagenklasse und mit dem Zweipfennigsatz für die 3. Klasse der Personenzü-

ge.[2] Die vierte Klasse kommt also von allen Seiten ins Land, ohne daß sie dort zu Recht besteht, ein ziemlich unhaltbarer und wenig praktischer Zustand, der mit der Zeit wohl zur Annahme dieser hier mit einem unverständigen Vorurteil belasteten Einrichtung führen dürfte; sie fand beiläufig in der Ersten Kammer einzelne warme Fürsprecher.

Über die besonders wichtige Vermögensteuer[3] ist eine Verständigung erzielt worden, und für die damit zusammenhängenden Änderungen der Gemeindebesteuerung wie der Kirchensteuer werden die noch ausstehenden Beratungen Schwierigkeiten kaum ergeben. Auch über die Ärzteordnung[4] und die Landwirtschaftskammer[5] hat man sich so gut wie geeinigt, die Session kann daher trotz vieler zweckloser Reden und unverhältnismäßig langer Dauer doch einige positive Erfolge aufweisen. Jedenfalls muß man die geleistete Arbeit erheblich höher einschätzen als zum Beispiel in Bayern.

Während der letzten Tage haben die zahlreichen Petitionen der Eisenbahnarbeiter und Unterbeamten eine ganze Reihe von Sitzungen in Anspruch genommen. Obgleich anderthalb Millionen von der Regierung zur Besserstellung der Eisenbahner Verwendung finden sollen, suchten alle Parteien sich in ihrer zur Schau getragenen Arbeiterfürsorge gegenseitig zu überbieten, man verlangte das Unmögliche ohne Rücksicht auf die Finanzlage. Die Regierung konnte demgegenüber nur ihren guten Willen kundgeben und die Volksvertreter auf bessere Zeiten vertrösten. Die Verhandlung über den Gegenstand wird voraussichtlich heute beendigt werden.

Sehr bedauerlich ist und bleibt für die Regierung das Fehlen einer sicheren Mehrheit in der Zweiten Kammer, die beiden größten Parteien sind dauernd vornehmlich mit dem permanenten Kriegszustand unter sich beschäftigt, dieser bestimmt ihre Taktik und trübt ihr Augenmaß für das Staatswohl und die allgemeinen Interessen.

Ich erlaubte mir bereits gehorsamst zu melden, daß die Kultusdebatte mit der dabei erörterten Klosterfrage diesmal leidlich ruhig verlief, im ultraschwarzen Lager ist das offenbar übel vermerkt worden. Der Beobachter bringt neuerdings wahrhaft wutschnaubende Artikel gegen die Regierung, welche die Katholiken als „Staatsbürger zweiter Klasse" behandle, die badischen Katholiken seien keine Hurra-Patrioten, aber ihr Patriotismus sei viel wahrer, echter und tiefer, das Blatt sagt geradezu, der Katholik könne unter solchen Umständen, das heißt ohne Klöster, die im September am großherzoglichen Hofe bevorstehenden Feste[6] nur mit sehr gemischten Gefühlen feiern helfen. Natürlich entfesselte diese Äußerung dann einen nicht minder törichten Entrüstungssturm in nationalliberalen Zeitungen.

Die Frage der Schiffahrtsabgaben hat, wie Ew. D. schon bekannt, die badischen Kammern auch in der jetzigen Tagung wieder beschäftigt und eine abfällige Beurteilung erfahren, nur in der Ersten Kammer suchten einige Mitglieder deren gerechtfertigte Erhebung darzulegen. Aus vertraulicher Quelle höre ich nun, daß S. K. H. der Großherzog Höchstpersönlich ein sehr entschiedener Gegner solcher Abgaben sein soll; der hohe Herr meint, seinerzeit bei Abschaffung derselben wesentlich mitgewirkt zu haben und will von ihrer Wiedereinführung durchaus nichts wissen.

Erwähnenswert scheint mir schließlich, daß in den von Freiherrn v. Marschall veranstalteten parlamentarischen Abenden die Sozialdemokraten in ziemlicher Zahl anwesend waren und in Haltung und Manieren nichts zu wünschen ließen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 10, Ausf.; Marg.: „31./7. Staats-Min."

[1] Nr. 1003 Anm. 1.

[2] Vgl. *Schofer*, Landtag 1905/06 S. 217ff.

[3] Das Vermögensteuergesetz wurde in der Zweiten Kammer am 30. Juli 1906 (139. Sitzung), in der Ersten Kammer am 1. Aug. (38. Sitzung) angenommen. Es vereinheitlichte die Ertrags- und Einkommensteuern sowie die Besteuerung des ländlichen und städtischen Grundbesitzes. Nationalliberale und Zentrum setzten gegen SPD und Demokraten eine agrarfreundliche Ausgestaltung durch, so z.B. die erhöhte Abschreibungsquote für ländliche Vermögenswerte und die degressiv gestaffelten Freibeträge für das bäuerliche Betriebskapital (Vgl. *Schofer*, Landtag 1905/06 S. 148ff.).

[4] Vgl. *Schofer*, Landtag 1905/06 S. 179ff.

[5] Vgl. *Schofer*, Landtag 1905/06 S. 190ff.

[6] Der Großherzog beging am 7. Sept. 1906 seinen 80. Geburtstag.

1007. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 30. Juli 1906

Ew. D. habe ich die Ehre, hierneben den Bericht über die Verhandlung der badischen Zweiten Kammer, betreffend die Beseitigung der Paragraphen 16b und c des Kirchengesetzes vom 9. Oktober 1860 beziehungsweise vom 19. Februar 1874, gehorsamst vorzulegen.[1]

Wie schon gemeldet, wurden aufgrund dieser Paragraphen einige katholische Geistliche wegen Mißbrauch ihres Amtes bei den Wahlen verurteilt, und das Reichsgericht erklärte die Bestimmungen als zu Recht bestehend.[2]

Die Annahme des vom Zentrum eingebrachten Gesetzesentwurfs, welcher die Bestimmungen aufhebt, erfolgte mit nur einer Stimme Mehrheit gegen die Liberalen, Demokraten, Freisinnigen, Konservativen; über die Hälfte der Sozialdemokraten enthielt sich der Abstimmung.[3]

Die Erste Kammer wird zweifellos diesem Beschlusse nicht beitreten. Nachdem die Freiburger Kurie sich neuerdings höchst widerhaarig und in keiner Weise entgegenkommend zeigt, hat die Großherzogliche Regierung ihrerseits nicht den geringsten Anlaß, auf irgendwelche Zentrumswünsche einzugehen.[4]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 9, Ausf.; Marg.: „7./8. Kult.Min."

[1] 138. Sitzung II. Kammer vom 28. Juli 1906, in: Karlsruher Zeitung (Beilage), Nr. 258 vom 31. Juli 1906 (Vgl. Nr. 1001).

[2] Vgl. Nr. 1004.

[3] *Schultheß* 1906 S. 149.

[4] Dusch an Großherzog Friedrich I. vom 3. Aug. 1906 (Gedr. *Fuchs* IV S. 640).

1008. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 10. September 1906

Der sozialdemokratische Parteitag wird vom 23. d. Mts. ab in Mannheim abgehalten werden. Die Großherzogliche Regierung hat von einem anfangs in Aussicht genommenen Verbot abgesehen, da die Festlichkeiten am hiesigen Hofe am 23. beendet sind und ein solches Verbot den Genossen nur willkommenen Agitationsstoff bieten würde. Die Stadt Mannheim stellte für die Tagung ihre prachtvollen Lokalitäten des sogenannten

Rosengartens nicht zur Verfügung, dagegen ist von seiten Heidelbergs für einen Besuch der Delegierten dort die Benutzung der städtischen Festhalle bewilligt worden.[1]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Europa Nr. 82 Nr. 17 Bd. 8, Ausf.; Marg.: „14./9. Min. d. Inn."

[1] Vgl. Nr. 1010.

1009. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 10. September 1906

Zur Vollendung des 80. Lebensjahres S. K. H. des Großherzogs[1] bekundet die gesamte Presse hier allgemeinste Verehrung, Dankbarkeit und Liebe für den greisen Herrn. Selbst der sozialdemokratische Volksfreund bringt einen Leitartikel, in welchem die Verdienste des Landesherrn, allerdings einigermaßen wider Willen, anerkannt werden. Die höchsten Herrschaften verlebten den Tag, wie bereits gemeldet, in Badenweiler, da S. K. H. der Erbgroßherzog wegen des kranken Auges nicht nach Schloß Mainau kommen durfte.

Das Befinden des Großherzogs soll wieder leidlich befriedigend sein, auch lauten die letzten Nachrichten über den Zustand des Thronerben[a] günstiger. Eine große Zahl von Rangerhöhungen und Ordensverleihungen sind zum gestrigen Tage erfolgt.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 9, Ausf.; Marg.: „v. S. M. 15./9."

[a] Randnotiz Wilhelms II.: „Erbgroßherzogs!"

[1] 7. Sept. 1906.

1010. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 14. September 1906

Minister Schenkel sagt mir, was die Zeitungen bestätigen, daß die Stadt Mannheim nun doch ihre städtische Festhalle zum Empfange der Delegierten des sozialdemokratischen Parteitages hergegeben habe und daß nur die Verhandlungen in einem andern Lokale stattfinden würden.

Zu dem geplanten Besuch der Genossen in Heidelberg wird ebenfalls die dortige Festhalle von ihnen benutzt werden. Der Minister hätte lieber die Hergabe dieser Lokalitäten ganz vermieden gesehen und hat seine Ansicht den städtischen Behörden nicht vorenthalten, indessen, ein direkter Einspruch stand ihm nicht zu, und ein Verbot der Versammlung überhaupt erschien nicht opportun; auch S. K. H. der Großherzog hat solches Verbot nicht für angezeigt erachtet.

Man wird also die Herren vom 23. ab in Mannheim ruhig tagen lassen, aber angesichts des der Regierung und auch dem Landesherrn wenig erwünschten Entgegenkommens der Stadtverwaltungen Mannheims und Heidelbergs gegenüber der Sozialdemokratie ist es wahrscheinlich, daß der[a] bald nach den Festen in der Residenz beabsichtigte Besuch der großherzoglichen Herrschaften in diesen Städten vorläufig unterbleiben wird. Die sozialdemokratische Parteileitung soll auch die Stadt Heidelberg ersucht

haben, eine Schloßbeleuchtung für die Genossen zu veranstalten.[b] Das kann und wird die Großherzogliche Regierung selbstverständlich keinenfalls zulassen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Europa Nr. 82 Nr. 17 Bd. 8, Ausf.; Marg.: „18./9. Min. d. Innern".

[a] Vorlage irrtümlich: die.
[b] Randnotiz: „!"

1011. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 24. September 1906

Unter dem Vorsitz von Frau Clara Zetkin[1] tagte in Mannheim vorgestern die vierte sozialdemokratische Frauenkonferenz. Etwa 150 Genossinnen sollen anwesend gewesen sein. Außer dem Reichstagsabgeordneten Molkenbuhr[2] sprachen der badische Parteiführer Eichhorn, einige deutsche weibliche Delegierte, eine Wienerin, eine Russin und eine Holländerin. Näheres über die gehaltenen Reden finde ich noch nicht in den Zeitungen. Die Eröffnung des allgemeinen Parteitages der Sozialdemokratie sollte gestern stattfinden, auch darüber ist wegen des Sonntags einstweilen nichts öffentlich bekannt geworden.

Nachschrift. Die soeben nach Schluß des Berichtes ausgegebene „Badische Landeszeitung"[3] bringt über die Frauenkonferenz und die Eröffnung des Parteitages die hier gehorsamst beigefügte Korrespondenz.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Europa Nr. 82 Nr. 17 Bd. 8, eig.Ausf.; Marg.: „Im Preßreferat zgk."

[1] Zetkin, Clara (1857–1933), geb. Eißner, Lehrerin in Sachsen, Gründerin und Redakteurin der sozialdemokrat. Frauenzeitschrift „Die Gleichheit", seit 1900 mit Luise Zietz Leiterin der sozialdemokratischen Reichsfrauenkonferenzen, seit 1907 Sekretärin der internationalen sozialistischen Frauenbewegung, im Ersten Weltkrieg Mitbegründerin des Spartakus-Bundes und der USPD, 1919 KPD, Mdwürtt.L. 1910–1920, MdR 1920–1933, 1933 Emigration in die Sowjetunion.

[2] Molkenbuhr, Hermann (1851–1927), Zigarrenmacher in Hamburg, seit 1871 Sozialist, 1881–1884 in den USA, MdR 1890–1924, 1891–1894 Redakteur in Hamburg, 1894 Parteisekretär, 1904–1924 Mitglied des Parteiausschusses.

[3] Nr. 441 vom 24. Sept. 1906.

1012. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 30. September 1906

Die in Mannheim versammelten Genossen tagten nun doch in der städtischen Festhalle. Nachdem das zuerst benutzte Lokal sich als gänzlich unzureichend erwies, hatte der zu einem Drittel sozialdemokratische Stadtrat den Nibelungensaal schließlich hergegeben. In den Zeitungen wird eingehend über die nunmehr beendeten Verhandlungen berichtet.[1] Man gewinnt aus dem Verlaufe den Eindruck, daß die Parteileitung vor allem bestrebt war, versöhnlich zu wirken und die bestehenden Differenzen auszugleichen.

Zu stürmischen Auftritten wie in Jena ist es daher nicht gekommen, wenn auch der Vorstand und sein Organ, der „Vorwärts", zu ziemlich scharfen Kritiken Anlaß gaben.

Fast alle Parteigrößen waren zur Stelle, darunter die weiblichen Genossen Rosa Luxemburg[2], Clara Zetkin und Lilly Braun[3], deren Gatte beiläufig wegen seiner Haltung in der Presse heftig befehdet wurde. Die beiden erstgenannten Damen nahmen an den Beratungen sehr tätigen Anteil. Frau Rosa sprach über ihre Erfahrungen in Rußland, predigte mehr oder minder die Revolution und erntete als Märtyrerin einigen Beifall. Frau Zetkin verbreitete sich des längeren über sozialdemokratische Kindererziehung. Vom Auslande erfolgten Begrüßungen durch Delegierte aus England, Paris, Wien, Holland, Belgien, Schweden und Rußland; der Vortrag eines Warschauer Genossen über die dortigen Zustände erregte besonderes Interesse.

Gleich zu Anfang der Tagung schilderte Bebel die Zustände im Reich und namentlich in Preußen in den schwärzesten Farben, wetterte gegen die vermeintliche Reaktion, speziell gegen die Minister v. Studt[4] und v. Podbielsky[5], sowie gegen die „Auslieferung der Schule an die Pfaffen". Er deutete dabei an, daß der erste Reichskanzler aus seinen Holzpapierfabriken unerlaubten Vorteil gezogen habe.

In dem Geschäftsbericht des Vorstandes wird die Zahl der organisierten Genossen auf 384327, also auf nur etwa 12.7 Prozent der bei der letzten Reichstagswahl verzeichneten sozialdemokratischen Stimmen angegeben, ein eigentümliches Mißverhältnis zu den vielgerühmten drei Millionen. Die Presse soll 830790 Abonnenten zählen und über eine Million Mark mehr eingenommen haben als im Vorjahre. Die Beziehungen der Partei zu den Gewerkschaften bildeten den wichtigsten Punkt der Beratungen, und zwar kam dabei in erster Linie die Anwendung des Massenstreiks in Frage. Der Parteibeschluß in Jena und die Auffassung der Gewerkschaften galten bisher als unüberbrückbare Gegensätze. Es gelang nun dennoch eine quasi Einigung in der Frage herzustellen, welche wenigstens nach außen hin die Meinungsverschiedenheiten als beseitigt erscheinen läßt. Der alte Parteiführer Bebel zeigte ganz ungewohnte Milde gegenüber den Gewerkschaften, die nach seinem Auftreten in Jena ein so maßvolles Entgegenkommen kaum erwarten konnten.

Die Resolution in der Massenstreikfrage[6] fand mit dem Amendement des Gewerkschaftsführers Legien[7] mit großer Stimmenmehrheit Annahme, und am Schluß der Tagung wurde von Singer[8] dieses Ergebnis in phrasenreicher Rede als Haupterfolg gepriesen; in der bürgerlichen Presse dagegen wird die Sache meist sehr ironisch besprochen und als „Komödie" bezeichnet; manche Blätter gehen darin, wie mir scheint, vielleicht zu weit.

Über das Verhalten der Reichstagsfraktion bei der Borussia-Interpellation sprach der Parteitag sein Bedauern aus, ein Mißtrauensvotum wurde abgelehnt. Verschiedene Anträge zur Alkoholfrage sowie zur Behandlung des Wahlrechts in den Einzelstaaten wurden dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen. Recht scharf zogen Bebel und seine Freunde gegen die freien und lokal organisierten Gewerkschaften zu Felde, ebenso erfuhren die sogenannten Anarcho-Sozialisten und der Anarchismus überhaupt eine entschiedene Abweisung.

Ich glaube mich auf vorstehende kurze Übersicht beschränken zu sollen, da fast die gesamte Presse ausführliche Berichte bringt.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Europa Nr. 82 Nr. 17 Bd. 8, Ausf.; Marg.: „6./10. Minister d. Innern".

[1] Vgl. *Protokoll* über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei

Deutschlands. Abgehalten zu Mannheim vom 23. bis 29. September 1906, Berlin 1906, Nachdruck 1982.

[2] Luxemburg, Rosa Dr. phil. (1870–1919), Schriftstellerin, Redakteurin an sozialistischen Tageszeitungen, 1905 Teilnehmerin an der russ. Revolution, führende Theoretikerin des linken Flügels der SPD, Lehrerin der Nationalökonomie an der Berliner Parteischule, 1917 Gründerin des Spartakus-Bundes, 1918/19 der KPD, im Jan. 1919 von Regierungstruppen ermordet.

[3] Braun, Lily (1865–1916), Schriftstellerin, Tochter des Generals v. Kretschmann, verheiratet mit dem Sozialdemokraten Heinrich Braun.

[4] Studt, Konrad (v.) (1838–1921), 1868 Landrat in Obornik/Posen, 1875 Hilfsarbeiter im Innenministerium, 1880 Vortr. Rat, 1882 Regierungspräsident in Königsberg, 1887 Unterstaatssekretär im Ministerium für Elsaß-Lothringen, 1889 Oberpräsident von Westfalen, 1899–1907 preuß. Kultusminister.

[5] Podbielsky, Victor v. (1844–1916), preuß. Offizier, 1896 Generalleutnant, K, MdR 1893–1897, 1897–1901 Staatssekretär des Reichspostamts, 1901–1906 preuß. Landwirtschaftsminister, seit 1909 Präsident des deutschen olympischen Ausschusses.

[6] In einer von Bebel beantragten Resolution wurden die Beschlüsse des vorjährigen Jenaer Parteitags bestätigt, wonach die Generalkommission der Gewerkschaften die Parteiführung im Falle eines politisch motivierten Massenstreiks bedingungslos unterstützen solle (Gedr. *Schultheß* 1906 S. 165).

[7] Legien, Karl (1861–1920), Drechsler in Marienburg/Westpreußen, seit 1886 in der soz. Gewerkschaftsbewegung, 1890–1918 Vorsitzender der „Generalkommission", 1919/20 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, SPD, MdR 1893–1898, 1903–1920.

[8] Singer, Paul (1844–1911), bis 1886 Textilfabrikant in Berlin, seit 1862 Anhänger Lassalles, seit 1878 öffentliches Eintreten für die SPD, seit 1884 Stadtverordneter, SPD, MdR 1884–1911, 1885–1911 Fraktionsvorsitzender, seit 1890 im Parteivorstand.

1013. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 5. Oktober 1906

Geheim! Die Mannheimer sozialdemokratische „Volksstimme" veröffentlicht einen geheimen Erlaß des hiesigen Ministeriums des Innern an die Amtsvorstände[1], welcher die nach Ew. D. hohem geheimen Erlaß vom 16. v. Mts.[2] – Nr. 587 – vom königlichen Kriegsministerium erbetenen Mitteilungen betrifft. Mein darauf bezügliches, an die Großherzogliche Regierung gerichtetes, als geheim bezeichnetes Ersuchen wurde am 21. v. Mts. persönlich durch den Geheimen Hofrat Wiedemann im hiesigen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten abgegeben, eine Antwort ist seitdem noch nicht erfolgt.

Der „Badische Beobachter" erörtert den Fall und meint, es sei vielleicht besser, bei derartigen Erkundigungen die Bezeichnung „geheim" zu vermeiden. Im Ministerium des Innern hat man sich bis jetzt vergebens bemüht zu ermitteln, durch wen und auf welche Weise die „Volksstimme" in den Besitz der ergangenen Verfügung gelangt ist.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 121 Bd. 7, Ausf.; Marg.: „mtg. 13./10. Kriegsmin., Min. d. Inn."

[1] (Bad. Beobachter, Nr. 227 vom 5. Okt. 1906). Das am 22. Sept. 1906 an die Amtsvorstände gerichtete Rundschreiben bat für das preuß. Kriegsministerium um Auskunft „über die Maßnahmen, welche in Ausführung des Beschlusses des in Jena abgehaltenen sozialdemokratischen Parteitages, ‚in öffentlichen Versammlungen und durch Flugblätter die Militärpflichtigen über ihre *Rechte* aufzuklären', veranlaßt worden sind und bis zur diesjährigen Rekruteneinstellung noch erfolgen

werden". Der Geheimerlaß wies insbesondere auf Rekrutenabschiedsfeste hin und bezeichnete es als wertvoll, „wenn die dort sowie bei sonstigen Versammlungen gehaltenen Ansprachen möglichst genau festgestellt werden". Nachdrücklich wurde strengste Vertraulichkeit gefordert und schriftliche Auftragserteilung untersagt.

[2] Am 16. Sept. 1906 fragte Reichskanzler Bülow Eisendecher in einem geheimen Erlaß im Auftrag des preuß. Kriegsministers nach den Maßnahmen, die die bad. Regierung auf die Beschlüsse des Jenaer Parteitags ergriffen habe. Bülow wies darauf hin, daß der „Kriegsminister bereits in dem Besitz des an die Militärpflichtigen gerichteten Flugblatts der Sozialdemokratischen Partei ist" (Ebd., Konz.; Marg.: „An die Gesandtschaften in Darmstadt, München, Stuttgart, Dresden, Hamburg, Oldenburg, Weimar; Eilt"). Vgl. Nr. 1022, 1023.

1014. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 10. Oktober 1906

Am 6. d. Mts. tagte in Mannheim der dritte Badisch-Pfälzische Katholikentag. Der Frankfurter Reichstagsabgeordnete Itschert[1] sprach über die politischen und sozialen Aufgaben der Katholiken im modernen Staatsleben, Professor Meyenberg[2] (Luzern) über die Stellung der Kirche zur modernen Kultur; Kindererziehung, Schule, Zusammenschluß aller Gläubigen gegen den Unglauben bildeten in phrasenreicher Sprache die Hauptthemata der Redner. Einige Beachtung verdienen wohl nur die äußerst intransigenten Äußerungen des Schwetzinger Landtagsabgeordneten Neuhaus[3], der die badische Regierung heftig angriff, insbesondere die Minister v. Dusch und Schenkel für das Abkommen der Liberalen mit den Sozialdemokraten verantwortlich machte.

Zu Neuhaus' Rede bemerkt das Mannheimer Zentrumsblatt[4] ausdrücklich, daß sie zwar einen Niederschlag der Stimmung weiter Zentrumskreise darstelle, aber nicht als eine Kundgebung der Fraktion oder Parteileitung anzusehen sei.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 9, Ausf.; Marg.: „12./10. Kult. Min."

[1] Itschert, Peter Marzellin (1860–1939), Senatspräsident in Frankfurt/M., Z, MdR 1903–1907.

[2] Meyenberg, Albert (1861–1934), kath. Theologe und Kanzelredner, seit 1891 o. Professor an der Universität Luzern.

[3] Neuhaus, Caspar August (1860–1925), Tabakfabrikant in Schwetzingen, seit 1898 Gemeinderat, Z, MdL 1901–1918, MdR 1913–1918, MdZK.

[4] Mannheimer Neues Volksblatt. Das Protokoll des Bad.-Pfälz. Katholikentags enthält die beigelegte Bad. Presse, Nr. 468 vom 9. Okt. 1906.

1015. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 13. Oktober 1906

Der badische Finanzminister Becker hatte mit Rücksicht auf seine mangelhafte Gesundheit schon im Juli ein Entlassungsgesuch eingereicht, das nunmehr von S. K. H. dem Großherzog genehmigt wurde.

Becker stand als Nachfolger des verstorbenen Ministers Buchenberger 2 ½ Jahre an der Spitze der Finanzverwaltung und erwarb sich allgemeinste Anerkennung. Seinem Geschick ist es zuzuschreiben, daß die von Buchenberger in die Wege geleitete Einführung der Vermögensteuer im Landtage schließlich zur Annahme gelangte.[1] Er war ausgespro-

chener Gegner einer Anleihepolitik und trat den stark übertriebenen Forderungen namentlich der linksliberalen Volksvertreter stets energisch entgegen.

Der Rücktritt des arbeitsamen, pflichttreuen, fähigen und persönlich liebenswürdigen Mannes wird in den Kreisen der Regierung wie bei den Parteien lebhaft bedauert. Über den Nachfolger verlautet noch nichts, verschiedene Namen werden genannt, aber die Entscheidung steht einstweilen noch aus.[2]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 2 Bd. 2, Ausf.; Marg.: „17./10. Fin. Min."

[1] Vgl. Nr. 1006 Anm. 3.
[2] Nr. 1018.

1016. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 14. Oktober 1906

Die katholische Geistlichkeit der Landkapitel Klettgau und Waldshut hat an den Erzbischof von Freiburg eine Beschwerde gerichtet, welche über die von der Regierung veranlaßten Erhebungen, betreffend die politische Tätigkeit des Klerus, Klage führt.[1]

Die Anregung zu solchen Erhebungen erfolgte während der Kammerverhandlungen, nachdem sich bei den Wahlprüfungen eine gesetzwidrige politische Agitation verschiedener katholischer Pfarrer herausgestellt hatte.

Ich darf die Beschwerdeschrift Ew. D. in der Anlage gehorsamst vorlegen[2] und dazu bemerken, daß die Sache wohl zweifellos von gewissen Führern des Zentrums in die Wege geleitet wurde.

Die Erzdiözese zählt beiläufig, abgesehen von Hohenzollern, 3 Stadtdekanate und 36 Landkapitel, von denen vorläufig also nur zwei vorstellig geworden sind.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 9, Ausf.; Marg.: „Kult. Min. 19./10."

[1] Vgl. Nr. 986.
[2] Bad. Beobachter, Nr. 234 vom 13. Okt. 1906.

1017. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 16. Oktober 1906

Der sozialdemokratische Abgeordnete und zweiter Vizepräsident der badischen Zweiten Kammer Geck hatte als solcher unlängst eine Einladung S. G. H. des Prinzen Karl von Baden angenommen und war dieserhalb von der Parteipresse getadelt worden.

Bei einer Wählerversammlung in Pforzheim, in der er über die Landtagsverhandlungen berichtete und sein Erscheinen am prinzlichen Tische zu rechtfertigen suchte, hat ihm nunmehr für diese Sünde die Wählerschaft Absolution erteilt.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 11, Ausf.

1018. Eisendecher an Bülow

Baden, 22. Oktober 1906

S. K. H. der Großherzog teilte mir vertraulich mit, daß der Wasserbaudirektor Geheimrat Honsell zum Nachfolger des Finanzministers Becker ausersehen sei, nachdem Geheimrat Reinhard sowie der Ministerialdirektor im Finanzministerium[1] wegen mangelhafter Gesundheit die Stelle nicht hätten übernehmen wollen.

Herr Honsell ist, wie bekannt, eine hervorragende Autorität auf wasserbautechnischem Gebiete, hat das große Projekt der Korrektion des Oberrheins ausgearbeitet und auch als Mitglied der Ersten Kammer für politische Dinge volles Verständnis gezeigt. Er gilt als guter Redner, der unter Umständen eine recht scharfe Sprache führen kann.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 2 Bd. 2, eig. Ausf.

[1] Ministerialdirektor Ludwig Göller.

1019. Eisendecher an Bülow

Baden, 25. Oktober 1906

Die meisten badischen Zeitungen bringen Leitartikel über den neuen Präsidenten des Finanzministeriums[1], dessen Ernennung allgemein überrascht und offenbar bei keiner Partei besonderen Anklang findet. Man hat es namentlich übel vermerkt, daß Staatsrat Honsell in der Ersten Kammer sehr entschieden gegen die übertriebenen Ansprüche der Beamten auftrat, Gehaltsaufbesserungen nur bedingt anerkennen wollte und dringend zur Sparsamkeit mahnte. Auch seine bemerkenswerten Berichte über das Eisenbahnbudget warnten eindringlich vor zu großen Ausgaben.

Ganz zweifellos haben solche Mahnungen volle Berechtigung; der bisherige Chef der Finanzverwaltung vertrat im Landtage ziemlich den gleichen Standpunkt gegenüber den wenig rationellen Forderungen der Herren Volksvertreter. In Baden ist während meiner Amtsführung noch kaum eine wesentliche Budgetposition von der Kammer gestrichen worden, die Regierung hat im Gegenteil vielfach Mühe gehabt, beantragte Mehrausgaben zu verhindern. Sie konnte es indessen doch nicht vermeiden, in manchen Fällen nachzugeben, die außerordentlichen Budgets sind daher im Laufe der Jahre gewaltig gewachsen, und die allgemeine Finanzlage führte allmählig zu einem erheblichen Anziehen der Steuerschraube, so daß Baden gegenwärtig unter den deutschen Staaten fast obenan steht mit der der Bevölkerung auferlegten Steuerlast.

Wie ich höre, soll neuerdings häufig aus diesem Grunde die Niederlassung von Fremden im Großherzogtum unterbleiben. Herrn Honsells Aufgabe wird unter solchen Umständen keine leichte sein, aber er ist gesund, ein fester, energischer Charakter und wohl fähig, der mannigfachen Schwierigkeiten Herr zu werden, wenn er das Suaviter in modo genügend zu beherzigen versteht, gerade das dürfte ihm einigermaßen schwer werden.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 35 Bd. 1, eig. Ausf.; Marg.: „31./10. Fin. Min."

[1] Nr. 1018.

1020. Eisendecher an Bülow

Baden, 23. November 1906

Der offenbar gut informierte Korrespondent der „Münchener Neuesten Nachrichten“[1] berichtet unter dem 19. d. Mts. aus Karlsruhe zutreffend über „die badische Regierung und die Freiburger Kurie“. *Vorlage des Artikels.*

Es ist richtig, daß die Beziehungen der Regierung zum Erzbischof gewissermaßen auf dem toten Punkt angelangt sind und daß dieser und die Kurie ganz unter dem Einflusse des extremen Zentrumsdemagogen und Geistlichen Rates Wacker stehen. Der streitbare Pfarrer beherrscht die ultramontane Politik und übt sie rücksichtslos im regierungsfeindlichen Sinne. Nachdem zuerst der Minister des Inneren für die angeblich kirchenfeindlichen Tendenzen der Regierung besonders verantwortlich gemacht wurde, richten sich die Angriffe Wackers jetzt namentlich gegen den Kultusminister Freiherrn v. Dusch, der, versöhnlich und gerecht, nur die Staatsgesetze zu wahren bestrebt ist. An Entgegenkommen in der Klosterfrage wie gegenüber Dotationswünschen der Kurie hat er es nie fehlen lassen, auch dafür gesorgt, daß die von der Kammer angeregten Erhebungen über die politische Tätigkeit der Geistlichen mit aller Schonung ausgeführt wurden.[2]

Gegen diese Erhebungen protestiert bekanntlich auf höheren Wink der gesamte katholische Klerus[3]; wie angebracht sie waren, beweisen aber die Vorgänge bei den letzten Landtagswahlen, auf die kürzlich auch im Reichstage hingewiesen wurde. Namentlich der Fall Gaisert[4] beschäftigt immer noch die Presse, und im Zusammenhange damit erheben sich anscheinend nicht unbegründete Anklagen gegen den Zentrumsabgeordneten Oberamtsrichter Wittemann. Wacker sucht in sehr langen bissigen Artikeln den Gesinnungsgenossen reinzuwaschen, und die ultramontanen Blätter fallen wütend über den Kultusminister her, weil er ein Disziplinarverfahren gegen Wittemann einleiten will, was unter den obwaltenden Umständen lediglich seine Pflicht ist und den Verteidigern des Beschuldigten eigentlich nur willkommen sein sollte; letzterer selbst müßte die Untersuchung beantragen, wenn er sich schuldlos glaubte.

Gerüchtweise verlautet, Herr v. Dusch wolle gegen Wacker wegen Beleidigung klagen[5], wie ich den Minister kenne, glaube ich das nicht, das Ergebnis wäre sehr zweifelhaft, und das klerikale Intransigententum würde die Sache als erwünschte Reklame verwerten. Bei den Liberalen findet die Regierung in der Abwehr der maßlosen und gehässigen Angriffe des Zentrums leider wenig zweckentsprechende Unterstützung; im liberalen Lager mangelt es bedenklich an zielbewußter Einigkeit, an journalistischem Geschick und kühler Sachlichkeit.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 9, eig. Ausf.; Marg.: „30./11. Kult. Min.“

[1] Nr. 543 vom 21. Nov. 1906.
[2] Nr. 986.
[3] Nr. 1016.
[4] Nr. 993 Anm. 2.
[5] Nr. 1021.

1021. Eisendecher an Bülow

Baden, 25. November 1906

Staatsminister v. Dusch sagte mir gestern, daß vom Justizministerium gegen den geistigen und geistlichen Führer des badischen Zentrums, Wacker, Strafantrag gestellt worden sei wegen dessen beleidigenden Äußerungen über den mit der Untersuchung in Sachen des Pfarrers Gaisert betrauten richterlichen Beamten[1], der, wie ich beiläufig bemerke, der katholischen Konfession angehört. Der Minister hält eine Verurteilung Wackers, welcher bereits vernommen ist, für ziemlich wahrscheinlich[2]; die Gerüchte von einer eigenen Beleidigungsklage gegen den Zähringer Pfarrer bezeichnet er als falsch. Herr v. Dusch erwähnte, Wacker habe bisher für seine sogenannten Kilometerartikel im „Badischen Beobachter" jährlich sehr namhafte Summen, zuweilen über 7000 Mark, bezogen, das scheine der Aktiengesellschaft Badenia, Eignerin der Zeitung, auf die Dauer offenbar eine etwas reichliche Bezahlung, sie bewillige fortab dem streitbaren Vielschreiber nur ein Fixum von 2500 Mark im Jahre.

Der Minister beklagte sich bitter über die Minderwertigkeit der gesamten badischen Presse, vornehme, verständig redigierte Zeitungen von Bedeutung gebe es überhaupt nicht im Lande, das empfinde die Regierung schmerzlich. Gute, sachliche Informationen über badische Dinge müsse man meist in nichtbadischen Blättern suchen, der „Schwäbische Merkur" stehe in dieser Beziehung obenan. Den Verfasser der neuerlichen kirchenpolitischen Artikel der „Münchener Neuesten Nachrichten" kenne er nicht, der Mann sei im ganzen gut orientiert, sitze wahrscheinlich in der Kammer oder stehe zu Abgeordneten in nahen Beziehungen.[3]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 9, eig. Ausf.; Marg.: „30./11. Kult. Min."

[1] Fleuchaus, Martin (1845–1921), seit 1871 im bad. Justizdienst, 1875 Amtsrichter in Meßkirch, 1878 in Adelsheim, 1881 Oberamtsrichter, 1882 Landgerichtsrat in Mosbach, 1888 in Freiburg, 1895 Oberlandesgerichtsrat, 1899–1903 Mitglied des Kompetenzgerichtshofs, 1903 Landgerichtsdirektor in Freiburg, 1910 Landgerichtspräsident in Mosbach (AV; PA-GLA).

[2] Vgl. Nr. 1053 Anm. 3.

[3] Vgl. Nr. 1020 Anm. 1.

1022. Eisendecher an Bülow

Baden, 26. November 1906

Geheim! In Erledigung des hohen geheimen Erlasses Nr. 587 vom 16. September v. J.[1], betreffend die vom königlichen Kriegsministerium erbetenen Mitteilungen über die sozialdemokratische Agitation, beehre ich mich, Ew. D. hierneben die mir soeben vom Herrn Präsidenten Freiherrn v. Marschall in der Sache zugegangene Antwort vom 23. d. Mts. nebst Anlagen im Originale gehorsamst vorzulegen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 121 Bd. 8, Ausf.; Marg.: „U. R. Kriegsmin. 29./11.06."

Anlage

Marschall an Eisendecher

Karlsruhe, 23. November 1906

Geheim! In Beantwortung der gefälligen Note vom 20. September d. J. beehre ich mich, Ew. Exz. ergebenst mitzuteilen, daß ungeachtet eingehender Erhebungen bei sämtlichen Bezirksämtern nennenswertes Material der von dem königlich preußischen Herrn Kriegsminister bezeichneten Art nicht zu ermitteln gewesen ist.

In Mannheim bestehen mehrere nach Stadtteilen getrennte sozialdemokratische Jugendorganisationen, die zwar nicht regelmäßig, wohl aber zeitweilig Versammlungen abhalten. Daß in letzteren oder in Flugblättern die Militärpflichtigen über ihre „Rechte" aufgeklärt oder zu diesem Zwecke besondere Rekrutenabschiedsfeste veranstaltet worden seien oder in Flugblättern die Militärpflichtigen über ihre Rechte aufgeklärt wurden, konnte nicht festgestellt werden. Dagegen wurde bei der Tagung des „Verbands junger Arbeiter Deutschlands" in Mannheim am 30. September d. J. über Jugend und Militarismus gesprochen, worüber Ausschnitt aus Nr. 267 der „Volksstimme"[2] und Nr. 457 des „Generalanzeigers"[3] beiliegt. In Lörrach ist ein Fall vorgekommen, in welchem sozialdemokratischerseits die Militärpflichtigen zu dem beregten Zweck versammelt wurden. Es geschah dies am 29. September d. J. seitens der sozialdemokratischen „Freien Turnerschaft" im „Markgräflerhof" in Lörrach, wozu 20 junge Männer und zwei Basler Agitatoren erschienen waren. Bezeichnenderweise bedienten sich indessen die Gäste selbst, und es konnte deshalb der Inhalt der Reden nicht festgestellt werden, da jedesmal, wenn die patriotisch gesinnte und zuverlässige Wirtin das Lokal betrat, der Redner in Gemeinplätzen sich erging. Endlich ist in der „Arbeiterzeitung für Lörrach Stadt und Land" vom 6. v. Mts. Nr. 41 der abschriftlich angeschlossene Artikel enthalten gewesen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 121 Bd. 8, Ausf.

[1] Nr. 1013 Anm. 2; vgl. Nr. 1023.
[2] Nr. 267 vom 1. Okt. 1906.
[3] Mannheimer Generalanzeiger, Nr. 457 vom 2. Okt. 1906.

1023. Eisendecher an Bülow

Baden, 30. November 1906

Geheim! In Erledigung des hohen geheimen Erlasses Nr. 629 vom 13. d. Mts.[1], betreffend das vom königlichen Herrn Kriegsminister gewünschte Material über die sozialdemokratische Agitation, beehre ich mich, Ew. D. hierneben die mir soeben vom Herrn Präsidenten Freiherrn v. Marschall in der Angelegenheit zugegangene Rückäußerung vom 29. d. Mts. nebst Anlage im Originale gehorsamst vorzulegen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 121 Bd. 8, Ausf.; Marg.: „Kriegs. Min. 3./12.06."

Anlage

Marschall an Eisendecher

Karlsruhe, 29. November 1906

Geheim! Mein Kollege Minister Dr. Schenkel teilt mir mit, daß er der angestellten Erhebungen ungeachtet nicht in der Lage sei, Materialien der in Rede stehenden Art zur Verfügung zu stellen, die dem Königlich Preußischen Kriegsministerium nicht schon bekannt geworden sein dürften. Ein Anlaß zu strafendem Einschreiten ist seines Wissens nur in einem Falle genommen worden, in welchem durch die sozialdemokratische Presse Klage über angebliche Mißstände auf dem Hagenauer Exerzierplatz geführt und auf Antrag des königlichen Generalkommandos hier Strafverfolgung mit dem Ergebnis einer Verurteilung des Redakteurs zu Gefängnisstrafe eingetreten ist. Das Nähere bitte ich Ew. Exz. aus der angeschlossenen Nr. 284 der Mannheimer Volksstimme vom 18. Oktober 1906 gefälligst zu entnehmen. Im übrigen aber sind öffentliche Klagen aus Anlaß von einschlägigen Veröffentlichungen der sozialdemokratischen Presse in den letzten Jahren nicht erhoben worden, wie auch hierzu der Verlauf der überwachten Versammlungen keinen Anlaß gab. Insbesondere hat sich, soweit dem Herrn Minister des Innern bekannt, gegen das königliche Generalkommando des XIV. Armeekorps und die ihm unterstellten Kommandobehörden keine in der Tonart ungewöhnlich scharfe Polemik gerichtet, die nicht von dieser Behörde zum Gegenstand von Erörterungen gemacht worden wäre. In Mannheim erscheint seit einigen Wochen eine periodische Wochenzeitung für den neu dort gegründeten sozialdemokratischen Jugendverein, welche bisher in einigen Nummern erst erschienen und dem Ministerium des Innern noch nicht vorgelegt worden ist; sollte die noch ausstehende Vorlage einen Anlaß hierzu ergeben, so werde ich nicht verfehlen, Ew. Exz. weitere Mitteilungen zugehen zu lassen.[2]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 121 Bd. 8, Ausf.; Marg. Marschalls: „Auf die gefällige Note vom 15. d. Mts. Nr. 652".

[1] In seinem Erlaß bat Bülow, das gewünschte Material „mit tunlichster Beschleunigung beschaffen und einreichen zu wollen" (Ebd., Konz.; Marg.: „An die Gesandtschaften in Darmstadt, München, Stuttgart, Dresden, Hamburg, Oldenburg, Weimar. Eilt!"). Vgl. Nr. 1022.

[2] Eisendecher an Marschall. „Karlsruhe, 24. April 1907. Geheim! *Der preuß. Kriegsminister wünscht*, in solchen Einzelfällen, in denen das Heer oder seine Einrichtungen oder militärische Maßnahmen in der Presse oder in öffentlichen Versammlungen in besonders aufsehenerregender oder ungewöhnlich gehässiger Weise verunglimpft oder durch Behauptung unwahrer Tatsachen verdächtigt worden sind, oder in denen zum Ungehorsam gegen Militärgesetze, Verordnungen oder Anordnungen von Militärbehörden angeregt worden ist, die betreffenden Artikel bzw. Berichte *zu erhalten. Von Wert sind auch Mitteilungen darüber*, ob die fragliche Handlung zum Gegenstand einer Strafverfolgung gemacht worden ist und welches Ergebnis dies gehabt hat. *Ich bin beauftragt, die* mir zugehenden Materialien und Nachrichten an das Auswärtige Amt weiterzuleiten" (GLA 236/17068 fol. 334, Abschrift).

1024. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 14. Dezember 1906

Die Auflösung des Reichstages[1] wird von S. K. H. dem Großherzog, von der Großherzoglichen Regierung und der Beamtenschaft – soweit sie nicht dem extremen Zentrum angehört – wie auch in bürgerlichen Kreisen als eine Notwendigkeit erkannt. Ew. D. ernste, eindringliche Mahnung und energische Sprache findet lebhafte Zustimmung überall, wo noch Verständnis herrscht für große nationale Ziele und die Ehre des Reiches. Man möchte deshalb auf einen günstigen Ausfall der kommenden Wahlen im Lande schließen. Indessen, die badischen Parteiverhältnisse sind derart unerfreulich und verworren, und namentlich die Presse steht auf einem so niedrigen Niveau, daß allzu große Hoffnungen auf das Wahlergebnis kaum gesetzt werden dürfen.[a]

Alt- und Jungliberale lassen die dringend erwünschte Einigkeit vermissen, die Demokratie zeigt nicht selten sozialistische Anwandlungen, und die kleine, merkwürdige bornierte konservative Partei ist offenbar stark versucht, von den Lockungen des Zentrums sich umgarnen zu lassen zur vermeintlichen Wahrung der Religiosität und des Christentums[b]; jetzt allerdings, nach den letzten Vorgängen im Reichstage, werden die frommen konservativen Herren doch wohl Bedenken tragen, der Wackerschen Partei zu folgen, denn an Patriotismus und Ehrgefühl mangelt es ihnen nicht.

Leider bekunden die einst fast allmächtigen Nationalliberalen seit Jahren schon ein ungewöhnliches Ungeschick; kleinliche Kritiksucht, leidenschaftlich gehässige Bekämpfung des Ultramontanismus und starke Überhebung sind die Ursachen des allmählichen Niederganges dieser Partei. Ihre Presse strotzt von unvornehmen Übertreibungen, und an Disziplin bleiben Zentrum und Sozialdemokratie ihr sehr überlegen. Als charakteristisch darf ich z.B. anführen, daß nach der neulichen erregten Kolonialdebatte im Reichstage das offizielle nationalliberale Parteiorgan an leitender Stelle einen fulminanten Artikel mit der Überschrift „Die Eiterbeule aufgestochen" veröffentlichte und daß von der Landesversammlung in Villingen ein enthusiastisches Glückwunsch- und Zustimmungstelegramm an den Herrn Kolonialdirektor[2] abgesandt wurde. Mehr sachliche Kühle bei derartigen Anlässen wäre zweckdienlicher. Die Tendenzen des badischen Ultramontanismus kennen Ew. D. zur Genüge, sie sind absolut demagogisch und skrupellos, maßvollere Elemente kommen nicht zu Worte, und an Gift und Galle leisten die klerikalen Preßorgane Unglaubliches. Das Verhalten des Zentrums im Reichstage, speziell des Herrn Roeren[3], findet in den Wackerblättern bisher nur fanatisch bissige Verteidiger. Die Sozialdemokratie Badens neigt mehr oder minder zum sogenannten Revisionismus, „Volksfreund" und „Volksstimme" sind mit dem „Vorwärts" nicht immer einverstanden, aber trotzdem wird man sich hier nie ernsthaft gegen die Gesamtleitung der Partei auflehnen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 3 Bd. 18, Ausf.

[a] Randnotiz Bülows: „!!"

[b] Randnotiz Bülows: „!"

[1] Die vor allem mit den Stimmen des Zentrums erfolgte Ablehnung eines Nachtragshaushalts für Südwestafrika führte am 13. Dez. 1906 zur Auflösung des Reichstags (*Schultheß* 1906 S. 223 f.; *Bülow* II S. 271 f.; vgl. die Berichterstattung des bad. Gesandten Berckheim an Marschall vom 12./14. Dez. 1906, gedr. *Fuchs* IV S. 671 f.; 673 f.). Zu Bülows Motiven – Verdrängung des Zentrums aus

seiner parlamentarischen Schlüsselstellung und Schaffung eines liberal-konservativen („Bülow"-) Blocks – vgl. *Bachem* VI S. 372ff. sowie den Eisendechers Bericht beiliegenden Aufruf der bad. Regierung (Karlsruher Zeitung, Nr. 400 vom 14. Dez. 1906).

[2] Dernburg, Bernhard Jakob Ludwig (1865–1937), 1889 Direktor der Deutschen Freihandelsgesellschaft, 1906 Direktor der Kolonialabteilung im Auswärtigen Amt, 1907–1910 Staatssekretär des neugegründeten Reichskolonialamts, April-Juni 1919 Reichsfinanzminister, DDP, MdR 1918–1930.

[3] Roeren, Hermann (1844–1920), Oberlandesgerichtsrat und Geh. Justizrat in Köln, Z, MdPrAH 1882–1885, 1891–1912, MdR 1893–1912.

1025. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 24. Dezember 1906

Die Wahlaussichten in Baden sind meines Erachtens wenig günstig.[1] Nach den bisherigen Parteiberatungen scheint es noch nicht einmal ganz sicher, ob Nationalliberale, Demokraten und Freisinnige überall gemeinsam vorgehen werden. Ebenso zweifelhaft bleibt vorläufig die Haltung der Konservativen, zu denen auch bündlerische und antisemitische Elemente zählen. Der konservative Wahlaufruf nennt als Gegner nur die Sozialdemokratie, vom Zentrum ist nicht die Rede; erst nach längerem Zögern brachte das konservative Organ auf der dritten Seite einen das Verhalten des Zentrums äußerst sanft und milde tadelnden Artikel.

Die ultramontane Presse führt eine höhnisch-brutale Sprache und sucht nachzuweisen, daß der Kampf vornehmlich der katholischen Kirche gelte; wenngleich die Parteileitung in Fällen, wo Sozialdemokraten und Liberale sich gegenüberstehen, Stimmenthaltung proklamiert, so wird man doch auf eine heimliche Unterstützung des Genossen durch die extremen Wackeranhänger rechnen müssen. In gleicher Weise dürften umgekehrt die Genossen insgeheim eher dem Zentrum als den Liberalen helfen.

Im liberalen Lager fehlt es wie bisher vielfach an Geschick und erfolgreicher Führung, man macht Fehler, die vom Zentrum eifrig benützt werden. So tragen Versammlungen der antiultramontanen Vereinigung und Reden des bekannten Fanatikers Professor Böhtlingk fast immer eine kulturkämpferische Färbung und reizen die Klerikalen unnötig. Großen Mangel an Takt zeigt beispielsweise auch die nationalliberale „Breisgauer Zeitung", wenn sie jetzt den preußischen Kultusminister wegen vermeintlicher Bevorzugung der Katholiken angreift. Das Haupt-Wackerblatt, der „Beobachter", gibt darauf eine Antwort, die an Grobheit nichts zu wünschen läßt.[2]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 3 Bd. 18, eig. Ausf.

[1] Die Hauptwahlen zum Reichstag in Baden fanden am 25. Jan. 1907 statt. Zur Parteienkonstellation vgl. *Thiel* S. 52ff.

[2] Bad. Beobachter, Nr. 289 vom 19. Dez. 1906.

1026. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 30. Dezember 1906

Geheim. Den Inhalt Ew. D. hohen geheimen Erlasses Nr. 683 vom 22. d. Mts.[1] habe ich eingehend mit dem Großherzoglichen Staatsminister Freiherrn v. Dusch sowohl wie auf dessen Wunsch auch mit dem Minister des Innern streng vertraulich besprochen und bei beiden Herren volles Einverständnis mit den Ausführungen Ew. D. konstatiert. Die Großherzogliche Regierung wird es während der Wahlbewegung an geeigneter Aufklärung der Wähler und Zurückweisung falscher Behauptungen und Schlagworte nicht fehlen lassen.[2]

Wie ich mir schon zu melden erlaubte, ist die Situation in Baden nicht günstig[3]; immerhin bleibt eine kleine Schwächung des Zentrums wie der Sozialdemokratie möglich, wenn es in letzter Stunde gelingt, für die voraussichtlich sehr zahlreichen Stichwahlen die drei liberalen Parteien und namentlich die konservative Gruppe mit den Bündlern zur richtigen Einsicht zu bringen.

Schon vor dem Eingange des obenerwähnten hohen Erlasses erging an die großherzoglichen Landeskommissäre die hier gehorsamst angeschlossene streng vertrauliche Verfügung zur mündlichen Mitteilung an die Amtsvorstände. Der Minister des Innern stellte mir dieselbe mit der Bitte um strikte Geheimhaltung zur Verfügung.

Vorlage einer Übersicht über die Stimmverteilung bei der Reichstagswahl 1903 und der Landtagswahl 1905 in Baden.

Die Dinge liegen gegenwärtig in den einzelnen Wahlkreisen wie folgt:

1. Konstanz. Wiederwahl des bisherigen Zentrumsmitgliedes Hug aussichtsvoll. Wenn Stichwahl, und falls, wie nicht ausgeschlossen, dabei die Sozialdemokraten für den Blockkandidaten eintreten, so könnte dieser eventuell siegen.[a]

2. Donaueschingen, ganz ähnliche Lage; Blockkandidat (Weißhaar[4]) könnte den jetzigen Zentrumsvertreter (Duffner) nur in der Stichwahl mit Hilfe der „Genossen" schlagen.

3. Schopfheim-Waldshut, bisher und wahrscheinlich wieder Sieg des Zentrumskandidaten Birkenmayer, früher Schuler (kürzlich gestorben).

4. Lörrach-Müllheim, fast zweifellos Stichwahl. Wiederwahl des bisherigen liberalen Vertreters Blankenhorn ziemlich sicher.

5. Freiburg. Zentrumskandidat noch unbestimmt, bisheriges Mitglied Marbe lehnte ab. Liberaler Kandidat Obkircher nicht günstig, weil beim Zentrum besonders verhaßt.[b] Stichwahl wahrscheinlich, liberaler Sieg nur möglich, wenn Sozialdemokraten für Obkircher eintreten.

6. Lahr-Wolfach. Kandidaten: Zentrum wie bisher Fehrenbach, liberal: Heimburger (freisinnig). Letzterer kann siegen, wenn Sozialisten in Stichwahl für ihn stimmen und Konservative nicht für Fehrenbach eintreten.

7. Kehl-Offenburg. Wahrscheinlich Stichwahl zwischen bisherigem Zentrumsabgeordneten Schüler und dem liberalen Kandidaten Sänger[5] (Landwirt), sehr gute Kraft, dessen Sieg aber ohne sozialdemokratische Hilfe kaum zu hoffen.

8. Bühl-Rastatt. Wiederwahl Lenders (Zentrum) zweifellos.

9. Pforzheim. Konservativer Kandidat Katz, für den das Zentrum stimmen wird. Liberaler Kandidat Wittum (gute Wahl). Bisheriger Vertreter Genosse Eichhorn, der in

Stichwahl geschlagen werden kann, wenn der liberale Block Katz hilft.[c] Vermutlich wird aber der Genosse siegen durch einen Teil der linksliberalen und Zentrumsstimmen.

10. Karlsruhe. Bürgerliche Kandidaten noch nicht sicher; eventuell Stadtrat Weill[6] (freisinnig), der nicht populär.[d] Bisheriger Abgeordneter Genosse Geck große Chancen, weil bürgerliche Parteien ganz uneinig.[e]

11. Mannheim. Block Sickinger[7], Sozialdemokrat Dr. Frank (bisher der verstorbene Dreesbach). Aussichten noch schlechter als in Karlsruhe wegen Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien.[f]

12. Heidelberg. Stichwahl wahrscheinlich zwischen bisherigem liberalen Vertreter Beck und dem eventuell vom Zentrum unterstützten, noch unbestimmten konservativen Kandidaten.

13. Bretten-Sinsheim, seither Müller (nationalliberal). Wiederwahl zweifelhaft, wenn Zentrum für konservativen Bewerber Rupp[8] eintritt.

14. Tauberbischofsheim. Sieg des bisherigen Zentrumsabgeordneten Zehnter sicher.

Ich bemerke schließlich, daß die Sozialdemokratie in allen Wahlkreisen Kandidaten aufstellt. Von Bebels neuerlicher Rede in der hiesigen Festhalle sollen die sehr zahlreichen Zuhörer etwas enttäuscht sein.

Die Haltung der Bündler und Konservativen in Lande ist leider ganz unsicher, Anerbieten der Liberalen wurden abgelehnt, und die Führer gestehen offen, daß ihnen das Zentrum und dessen christliche Weltanschauung näherstehe als der Liberalismus.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 3 Bd. 19, Ausf.

Anlage

1) Vor allem ist ins Auge zu fassen, daß es sich bei der jetzigen Wahlbewegung um große nationale Interessen handelt. Es ist dahin zu streben, daß die Mehrheit des Reichstags dauernd in einer Weise zusammengesetzt ist, die eine Gewähr dafür gibt, daß die deutsche Fahnenehre durch siegreiche Überwindung der Aufstände in den afrikanischen Kolonien im alten Glanze gewahrt und daß das Ansehen und die wirtschaftliche Bedeutung Deutschlands als einer in die kolonialen Interessen verflochtenen Weltmacht erhalten und gestärkt werde.

Wenn infolge der Reichstagsauflösung die wahlberechtigten Männer des deutschen Volks aufgerufen werden, im allgemeinen, gleichen, unmittelbaren Wahlgang zur Entscheidung dieser alle vaterländisch gesinnten Herzen tief bewegenden nationalen Frage ihre Stimme abzugeben, so kann selbstverständlich von einer Schmälerung der Volksrechte nicht die Rede sein und muß alles beiseite gelassen werden, was sonst als Gegensatz der Konfessionen und der Klassen die Einigkeit des deutschen Volks stört. Es muß immer und immer wieder hervorgehoben werden, daß es sich bei dieser Wahlbewegung um nationale Fragen handelt, welche jedem guten Deutschen in gleicher Weise am Herzen liegen, einerlei welcher sozialen Schicht und welcher Konfession er angehört. Es muß tunlichst alles vermieden werden, was den Wahlkampf auf das Gebiet des die sozialen Klassen und die Konfessionen trennenden Gegensätze hinüberzuziehen geeignet ist.

2) Im Hinblick auf diese durch die nationalen Interessen bedingten Ausgangspunkte

und Ziele der Wahlbewegung ist das Augenmerk dahin zu richten, daß die Zahl derjenigen Reichstagsmitglieder möglichst verringert werde, deren Parteien die Verwirklichung jener nationalen Gedanken seither gehemmt oder wesentlich erschwert haben. Es sind dies einerseits die Sozialdemokraten, welche grundsätzlich der Reichsleitung die zur Aufrechterhaltung der deutschen Weltmachtstellung erforderlichen Mittel versagen und durch ihre die Autorität der Regierungen und ihrer Behörden untergrabende Tätigkeit eine schwere Gefahr für Bestand und ruhige Fortentwicklung des Staatswesens darstellen. Andererseits ist aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen auch das Zentrum hierher zu rechnen, dessen große Mehrheit in neuerer Zeit die zur Erfüllung jener nationalen Aufgaben erforderlichen Mittel nicht in dem durch die Staatsbedürfnisse gebotenen Umfang oder nur unter hemmenden, außerhalb des Staatsgedankens liegenden Bedingungen zu bewilligen bereit war.

3) In einem solchen Augenblick, wo es sich um die nationale Ehre und die nationale Macht handelt, ist es Pflicht aller vaterländisch Gesinnten, sich rege an der Wahlbewegung zu beteiligen. Ganz besonders gilt dies von den Männern, die durch ihren Beruf mit den Strömungen des öffentlichen Lebens in naher Fühlung sind und denen infolge ihrer Tätigkeit für die Allgemeininteressen das Vertrauen weiter Kreise der Bevölkerung entgegengebracht wird. Zu diesen Männern gehören namentlich die staatlichen Bezirksbeamten; gestützt auf ihre reichen Erfahrungen über die Verhältnisse ihres Bezirks und auf ihre Kenntnis der Personen, namentlich derjenigen, welche in der kommunalen und körperschaftlichen Verwaltung im gemeinnützigen Sinne tätig sind, werden sich die Bezirksbeamten, jeder nach Art seiner individuellen Begabung und Neigung, gedrungen fühlen, von ihrer Bürgerpflicht Gebrauch zu machen und dazu mitzuwirken, daß die Wahlentscheidung im Sinne der nationalen Interessen ausfällt.

4) In welcher Weise und in welchem Umfang sich der Bezirksbeamte an der Wahlbewegung beteiligen will, zu welchem Zeitpunkt und unter welchen besonderen Umständen Anlaß zum Eingreifen gegeben ist, muß dem pflichtgemäßen Ermessen der einzelnen anheimgegeben werden. Je nach der Sachlage kann sogar vollständige Zurückhaltung während der Wahlbewegung das angemessenste sein, namentlich dann, wenn ein der nationalen Sache günstiger Erfolg schon von vornherein gesichert oder die Aussicht auf einen solchen Erfolg mit großer Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen ist.

Vor allem wird der Bezirksbeamte den Gang der Wahlbewegung beobachten und sich zu diesem Zwecke mit vertrauenswürdigen Personen in den betreffenden Gemeinden, namentlich mit solchen, die durch Bekleidung von Stellungen im kommunalen und körperschaftlichen Leben ihre gemeinnützige und vaterländische Gesinnung betätigt haben, ins Benehmen setzen. Wenn irrige Anschauungen über die vaterländischen Ziele der Wahlbewegung oder über die auf freiheitliche Fortentwicklung, auf Stärkung der nationalen Macht, auf Milderung der Klassen- und konfessionellen Gegensätze gerichteten Absichten der Regierung verbreitet werden, wird es je nach Sachlage Aufgabe des Bezirksbeamten sein, für Berichtigung und Aufklärung zu sorgen, damit den Schwankenden der Weg gewiesen und die Gleichgültigen aufgerüttelt werden. Zu diesem Zwecke wird unter Umständen auch die örtliche Presse in Anspruch zu nehmen und insbesondere unter Benützung der Artikel, welche in nationalgesinnten Zeitungen (namentlich der Karlsruher Zeitung) erscheinen, auf die Bezirksangehörigen einzuwirken sein.

Je nach den obwaltenden Verhältnissen wird es angezeigt sein, daß der Bezirksbeamte sich an den die Wahlbewegung vorbereitenden und leitenden Ausschüssen (Wahlkomitees) beteiligt, auch bei Wahlaufrufen mitwirkt und an Wählerversammlungen teilnimmt.

5) Bei seinem Eingreifen in die Wahlbewegung darf der Bezirksbeamte nur in seiner Eigenschaft als wahlberechtigter Staatsbürger auftreten. Er hat alles zu vermeiden, was den Anschein erwecken könnte, als werde von der Amtsgewalt zum Zwecke der Einwirkung auf das Wahlergebnis Gebrauch gemacht. Mit Rücksicht hierauf wird unter Umständen eine gewisse Zurückhaltung geboten sein. Insbesondere ist zu vermeiden, daß der Bezirksbeamte bei Wahlaufrufen an der Spitze steht oder von seiner Amtsbezeichnung Gebrauch macht, daß er die Leitung von Wahlausschüssen oder von Wahlversammlungen übernimmt. Überhaupt wird es der Sache förderlich sein, wenn der Bezirksbeamte nicht unnötig in den Vordergrund tritt und jedenfalls den Zeitpunkt abwartet, wo von seinem persönlichen Eingreifen ein wirksamer Erfolg erwartet werden darf.

6) Es ist wünschenswert, daß im Wahlkampf gehässige und verletzende Angriffe gegen die Person des Gegners unterbleiben, daß die Anwendung von Mitteln vermieden wird, die, wie z. B. die Abtreibung von Versammlungslokalen, als kleinliche Schikanen erscheinen, daß überhaupt die Agitation gegen die Angehörigen der andern Parteien nicht Formen annehmen, welche das nach Ablauf des Wahlkampfs mit dem ehrenhaften Gegner in manchen Angelegenheiten des öffentlichen Lebens stets wieder erforderliche Zusammenarbeiten dauernd beeinträchtigen. Auch in dieser Hinsicht wird der Bezirksbeamte unter Umständen zur Beschwichtigung mitwirken können.

7) Der Bezirksbeamte hat namentlich seine Aufmerksamkeit während der Wahlbewegung auch darauf zu richten, ob nicht von Personen, die sich in öffentlicher Stellung befinden, die sich hieraus ergebende dienstliche Gewalt in unzulässiger Weise zur Einwirkung auf das Ergebnis der Wahl gebraucht wird. Sollten sich in dieser Hinsicht auffällige Tatsachen ergeben, so wird der Bezirksbeamte dafür sorgen, daß der betreffende Tatbestand, übrigens ohne weiteres Aufsehen hervorzurufen oder Einschreiten zu veranlassen, einstweilen festgestellt werde.

8) Die Bezirksbeamten werden durch briefliche Mitteilung dafür sorgen, daß die Herren Landeskommissäre über die für die Beurteilung der Wahlbewegung nötigen Tatsachen und über einzelne Tatbestände, die von besonderem Interesse sind, rechtzeitig Kenntnis erhalten.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 3 Bd. 19, Abschrift.

[a] Randnotiz: „Würden sie gewiß nicht tun".
[b] Randnotiz Bülows: „!!"
[c] Randnotiz Bülows: „!"
[d] Randnotiz Bülows: „!"
[e] Randnotiz Bülows: „!!!"
[f] Randnotiz Bülows: „!!!"

[1] In einem an Eisendecher gerichteten Geheimerlaß bezeichnete Bülow am 22. Dez. 1906 ein „enges Handinhandarbeiten" zwischen ihm und den Bundesregierungen bei den Reichstagswahlen ungeachtet der verschiedenen Verhältnisse und der taktischen Haltung als äußerst wichtig. Das „Zusammengehen der Regierungsparteien vom 13. Dezember" 1906 solle möglichst schon für die

Hauptwahlen herbeigeführt, zumindest aber Rücksicht auf gemeinsam zu bestreitende Stichwahlen genommen werden: „Wo nur eine der beiden großen feindlichen Parteien, Sozialdemokratie und Zentrum, zu bekämpfen ist, ergibt sich *die Parole* von selbst". Wo beide „im Felde stehen", ist „ein Zusammengehen dieser beiden Parteien zu verhindern. Wo die Frage so steht, daß nur entweder ein Wahlbündnis zwischen Sozialdemokratie und Zentrum oder ein Wahlbündnis zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus die Entscheidung bringt, wird zu erwägen sein, ob man die letztere Möglichkeit als das kleinere Übel zu betrachten hat". Ferner soll „die Aufrollung der grundsätzlichen Fragen, wo die Gegensätze aufeinanderstoßen", vermieden, der Gegenstand der Reichstagsauflösung „nach Kräften isoliert" und „immer wieder auf das nationale Moment" zurückgeführt werden. Zurückzuweisen seien folgende Schlagworte: 1. Persönliches Regiment, 2. gefährdete Budgetrechte des Reichstags, 3. Wahlrechtsänderung und Staatsstreich, 4. Kulturkampf: „Der Kampf richtet sich keineswegs gegen die Katholiken". Deshalb wird der regierungsunabhängigen Presse „anheimzustellen sein, sich jeden kulturkämpferischen Gehabens zu enthalten. Der Kulturkampf als Wahlparole würde alle Katholiken zu einer festen Masse zusammenschweißen und außerdem die Konservativen von der Richtung der Kreuzzeitung stutzig machen. Es kommt aber darauf an, die nationalen Elemente vom Zentrum loszutrennen. Letzteres ist besonders für die Wahlen im Großherzogtum Baden wichtig. Hier kann nur die Parole sein: gegen das Zentrum", das seine „Herrschsucht über jede nationale Rücksicht gestellt hat". Eisendecher solle für die Verbreitung der regelmäßig erscheinenden Wahlartikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung sorgen, das „starke ideelle Interesse des Südens an den Kolonien" betonen und darauf hinweisen, daß im Falle eines Sieges von SPD und Zentrum der Bestand des Friedens „stark reduziert" wäre. In diesem Sinne möge der Leitende bad. Minister „seinen Einfluß auf die öffentliche Meinung" ausüben (Ebd. Bd. 18, masch. Reinkonz.; masch. Zusatz: „An Gesandten in München, Stuttgart, Dresden, Darmstadt, Weimar, Hamburg, Braunschweig"). Vgl. Berckheim an Marschall vom 17. Dez. 1906 (Gedr. *Fuchs* IV S. 677ff.).

[2] Vgl. Nr. 1027.

[3] Vgl. Nr. 1024, 1025.

[4] Weißhaar, Heinrich (1850–1920), Mühlenbesitzer in Bräunlingen, 1906 Hotelbesitzer in Bonndorf, NL (Frdl. Auskunft d. Stadtverwaltung Bonndorf).

[5] Sänger, Friedrich (1867–1921), Landwirt in Diersheim, 1903 Bürgermeister, seit 1905 Präsident des Genossenschaftsverbands bad. landwirtschaftlicher Vereinigungen, NL/DDP, MdL 1905–1910, 1919–1921, MdL (I. K.) 1911–1918, 1919 Vorsitzender des bad. Bauernrats, stellvertr. Vorsitzender der Landwirtschaftskammer.

[6] Weill, Friedrich Dr. jur. (1859–1926), seit 1881 Rechtsanwalt in Karlsruhe, Stadtrat, FVP/DDP.

[7] Sickinger, Anton Josef Dr. (1858–1930), seit 1883 im bad. Schuldienst, 1890 Gymnasialprofessor in Bruchsal, 1895 Rektor der erweiterten Volksschule in Mannheim (Stadtschulrat), 1911 Mitglied des Landesschulrats (Abt. Volksschulen), NL-Parteigänger (AV; PA-GLA).

[8] Rupp, Johannes (1864–1943), Landwirt und Bürgermeister in Reihen, BdL, MdR 1907–1918.

1027. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 4. Januar 1907

Ew. D. offenes Schreiben an den Vorsitzenden des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie wird von allen größeren Parteiblättern hier abgedruckt und besprochen.[1] Ultramontane[2] und sozialdemokratische Organe fallen natürlich mit Hohn und Gehässigkeit darüber her, und auch der demokratische Landesbote[3], der stark nach der sozialistischen Seite neigt, macht spöttische Bemerkungen. Die Presse in Baden bedeutet bekanntermaßen wenig, die Urteile der Blätter sind daher nicht von Belang, bedauerlich scheint aber doch, daß auch das offizielle nationalliberale Parteiorgan[4] Ew. D. Darlegun-

gen teilweise recht kritisch beleuchtet. Nur die Karlsruher Zeitung[5] findet durchaus verständige einleitende Worte zu dem wichtigen Schreiben.

S. K. H. der Großherzog meinte mir gegenüber, leider werde man sich von der offenen, ehrlichen Darlegung der Lage eine ersprießliche Wirkung kaum versprechen können, bei dem überall herrschenden einseitigen Parteigeist werde die Wahrheit keiner Partei besonders gefallen, man müsse befürchten, daß Ew. D. gute Absicht nur sehr teilweise erreicht werde.

Der hohe Herr nimmt den lebhaftesten Anteil an Ew. D. zur Zeit gewiß nicht leichten Situation; er hat in den letzten Tagen Höchstselbst das von der Süddeutschen Reichskorrespondenz[6] veröffentlichte „Wort der Mahnung vor den Wahlen" verfaßt, das die Münchener Allgemeine Zeitung an leitender Stelle sehr anerkennend bespricht. Auch die am 18. d. Mts. in den Volksschulen Badens zur Verlesung und Erläuterung bestimmte Kundgebung ist von S. K. H. geschrieben und wohlgeeignet, hie und da Einfluß zu üben bei dem bevorstehenden Wahlkampf.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 3 Bd. 19, Ausf.

[1] Bülows Schreiben vom 31. Dez. 1906 (Gedr. *Schultheß* 1906 S. 232ff.).
[2] Bad. Beobachter, Nr. 2 vom 3. Jan. 1907; Nr. 3 vom 4. Jan. 1907.
[3] Bad. Landesbote, Nr. 3 vom 4. Jan. 1907.
[4] Bad. Landeszeitung, Nr. 4 vom 3. Jan. 1907.
[5] Karlsruher Zeitung, Nr. 2 vom 3. Jan. 1907.
[6] Nr. 133/134 vom 29. Dez. 1906 (Entwurf gedr. *Fuchs* IV S. 682ff.).

1028. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 10. Januar 1907

Nicht weniger als 44 Kandidaten werden sich in den 14 badischen Wahlkreisen am 25. Januar gegenüberstehen. Die vereinigten liberalen Parteien und die Sozialdemokraten sind in allen Kreisen durch Bewerber vertreten; das Zentrum hat nur in zwei Kreisen von der Aufstellung eines seiner Anhänger abgesehen und will in Heidelberg und Bretten den Konservativen direkt unterstützen.

Mit Ausnahme eines Kreises (Lörrach), wo ein Freisinniger gegen den Nationalliberalen auftritt, ist überall eine Einigung der Nationalliberalen, Freisinnigen und Demokraten zustande gekommen.

Die Konservativen bewerben sich außer in Heidelberg und Bretten auch hier in Karlsruhe um das Mandat; durch Aufstellung einer gänzlich aussichtslosen Kandidatur werden sie wahrscheinlich dem Sozialdemokraten zum abermaligen Siege verhelfen.[a]

Wieder aufgestellt sind von den bisherigen Abgeordneten die drei Nationalliberalen Dr. Blankenhorn, Beck und Müller; fünf vom Zentrum, Duffner, Fehrenbach, Schüler, Dr. Lender, Dr. Zehnter, und die beiden Sozialdemokraten Eichhorn und Geck.

Ein bisheriges Zentrumsmitglied, Pfarrer Schuler, sowie der seitherige sozialdemokratische Vertreter Mannheims, Dreesbach, sind verstorben. Ein Zentrumsmitglied, Marbe, lehnte eine erneute Kandidatur ab.

Ungefähr die Hälfte der Kandidaten sitzen in der badischen Kammer. Als Redner und Männer von einigem Ansehen und beruflicher Tüchtigkeit sind unter den neuen Bewer-

bern zu nennen: die nationalliberalen Landtagsabgeordneten Sänger und Wittum, der nationalliberale Stadtschulrat Dr. Sickinger von Mannheim, der demokratische Schulprofessor Dr. Heimburger und der noch junge sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Rechtsanwalt Dr. Frank.

Eine Übersicht der Kandidaten darf ich gehorsamst beifügen.[1]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 3 Bd. 19, Ausf.

[a] Randnotiz Bülows: „Läßt sich nichts dagegen machen? Eisendecher sollte an den Großherzog appellieren!"

[1] Kandidatenübersicht in: *Sepaintner* S. 374; Karlsruher Zeitung, Nr. 8 vom 9. Jan. 1907.

1029. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 20. Januar 1907

Nach den im Großherzoglichen Ministerium des Innern eingegangenen Berichten ist die Lage in den badischen Wahlkreisen jetzt etwa wie folgt:

1. Konstanz-Überlingen. Der gemäßigte und fähige Zentrumskandidat Stiftungsverwalter Hug wird ziemlich sicher schon im ersten Wahlgange den liberalen Kandidaten Lohr[1] (ebenfalls Stiftungsverwalter) schlagen.

2. Donaueschingen-Villingen. Wahrscheinlich Stichwahl zwischen dem liberalen Gutsbesitzer Weißhaar und dem Gutsbesitzer Duffner (Zentrum). Haltung der Sozialdemokraten wird entscheiden. Aussichten Weißhaar[s] nicht ganz ungünstig.

3. Schopfheim-Waldshut. Sieg des Zentrumsbewerbers Landgerichtsdirektor Birkenmayer in der Hauptwahl zu erwarten. Liberaler Gegner Landwirtschaftsinspektor Ries[2] hat wenig Chancen.

4. Lörrach-Müllheim. Für die Freisinnigen kandidiert gegen den Liberalen Blankenhorn ein Sonderbewerber[3], der keinerlei Aussichten hat. Sieg Blankenhorns über Zentrum in Stichwahl wahrscheinlich.[a]

5. Freiburg. Die Mehrzahl der konservativen Wähler wird anscheinend entgegen den Beschlüssen der Zentralleitung schon in der Hauptwahl für den liberalen Landgerichtsdirektor Obkircher eintreten, dieser könnte nur mit solcher Unterstützung in die Stichwahl kommen. Die Sozialdemokraten werden alsdann dem Zentrumskandidaten Handwerksmeister Hauser[4] wohl den Sieg verschaffen. Als Gegenleistung will angeblich das Zentrum in Karlsruhe unterderhand dem „Genossen" Geck Hilfe gewähren.[b]

6. Lahr-Wolfach. Das örtliche Komitee der ziemlich zahlreichen Konservativen wird diese auffordern, für den Blockkandidaten Professor Heimburger (Demokrat) zu stimmen; kommt es zur Stichwahl, so dürfte die Sozialdemokratie den Ausschlag geben. Resultat unsicher. Chancen zwischen Fehrenbach (Zentrum) und Heimburger ziemlich gleich.

7. Kehl-Offenburg. Zentrum-Schüler, Block-Sänger. Konservative hier ohne Bedeutung, aber große katholische Wählermehrheit und Bauernverein[e], die alle dem Zentrum anhängen, daher Sieg Schülers in der Hauptwahl zu vermuten. Wenn Stichwahl, könnten die Sozialdemokraten eventuell doch für Sänger entscheiden.

8. Bühl-Rastatt. Sieg des Prälaten Lender vom Zentrum zweifellos.

9. Pforzheim. Konservative wollen in der Hauptwahl für den Liberalen Wittum

eintreten. Zentrumskandidat Arbeitersekretär Belzer. Voraussichtlich Stichwahl zwischen Wittum und dem Sozialdemokraten Eichhorn, dessen Sieg durch teils aktive, teils passive Unterstützung vom Zentrum wahrscheinlich.[c]

10. Karlsruhe. Gemeinsame Kandidatur Leutweins[5] für Block, Zentrum und Konservative scheiterte, weil sowohl Block wie Zentrum ein Zusammengehen [ver]weigerten. Daher jetzt 4 Kandidaten. Möglicherweise kommt der liberale Stadtrat Weill (früher Jude) in die Stichwahl, wenn ein Teil der Konservativen für ihn stimmt; seine Aussichten sind aber auch dann gering, da der Sozialdemokrat Geck, wie schon bemerkt, in der Stichwahl direkt oder indirekt die Unterstützung des Zentrums erhalten dürfte.[d] Die Kandidatur des durchaus unpopulären Domänendirektors Hoffmann zeugt von merkwürdigem Unverstand der konservativen Parteileitung; leider vergebens ist von den Ministern alles versucht worden, die Herren zur Raison zu bringen.

11. Mannheim. Sieg des Sozialdemokraten Dr. Frank in der Hauptwahl wahrscheinlich, immerhin Stichwahl nicht ausgeschlossen, Erfolg des liberalen Kandidaten (Sickinger) aber noch zweifelhafter als in Karlsruhe.

12. Heidelberg. Zentrum tritt in der Hauptwahl für den Konservativen Winter[6] ein, entweder er oder der liberale Kandidat Beck wird in Stichwahl siegen.

13. Bretten-Sinsheim. Ähnliche Verhältnisse wie in Heidelberg. Zentrum wählt gleich den Konservativen oder eigentlich Bündler (Rupp). Stichwahl entscheidet für ihn oder den Liberalen Müller.

14. [Tauberbischofsheim-Wertheim] Wiederwahl Zehnters vom Zentrum sicher.

Der Minister des Innern beurteilt die Lage neuerdings etwas günstiger und meint, auf die Schwächung des Zentrums um ein oder zwei Mandate dürfe man schon hoffen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 3 Bd. 20, Ausf.

[a] Randnotiz Bülows: „Stelle Rücksprache mit freisinniger Parteileitung anheim".

[b] Randnotiz Bülows: „Sollte in Presse als neuer Beweis für die Hinneigung des Zentrums zur Sozialdem[okratie] beleuchtet werden".

[c] Randnotiz Bülows: „In Presse!"

[d] Randnotiz Bülows: „!!"

[1] Lohr, Hermann (1865–1939), seit 1885 im bad. Schuldienst, 1891 Gewerbelehrer in Baden-Baden, 1902 in Mosbach, 1905 Bibliothekar am Landesgewerbeamt, 1911 Obergewerbelehrer, NL (AV; PA-GLA).

[2] Ries, Heinrich (geb. 1869), seit 1893 Landwirtschaftslehrer, 1894 Vorstand der landwirtschaftlichen Winterschule in Bühl und Wanderlehrer für den Kreis Baden, 1899 in Waldshut, 1902 Landwirtschaftsinspektor, NL, MdL 1907/08 (AV; PA-GLA).

[3] Mörgelin, Johann Konrad (1861–1937), Gast- und Landwirt in Binzen, FrVP (Frdl. Auskunft d. Bürgermeisteramts Binzen).

[4] Hauser, Karl (geb. 1865), Bäckermeister in Freiburg, Stadtverordneter, Z, MdR 1907–1912.

[5] Leutwein, Theodor (1849–1921), 1894 Kommandeur der Schutztruppe in Deutsch-Südwestafrika, 1895 Landeshauptmann, 1898–1905 Gouverneur.

[6] Winter, Otto (1874–1941), Verlagsbuchhändler und Stadtrat in Heidelberg, Mitglied des konservativen Landesausschusses in Baden (Frdl. Auskunft d. StadtA Heidelberg).

1030. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 26. Januar 1907

Vorlage der Hauptwahlergebnisse[1] *in Baden sowie eine Übersicht der Reichstagswahlen von 1903 und der Landtagswahlen von 1905.*

Bei den sechs am 5. Februar vorzunehmenden Stichwahlen ist in zwei Kreisen, Lörrach und Heidelberg, der Sieg des liberalen Kandidaten ziemlich sicher. In Villingen und Freiburg entscheiden die Sozialdemokraten zwischen Liberalen und Zentrum, in Pforzheim und Karlsruhe gibt das Zentrum zwischen Liberalen und Sozialdemokraten im wesentlichen den Ausschlag. Hier in der Residenz genügen die vereinigten konservativen Stimmen noch nicht, um das Mandat dem Liberalen zu retten, siegt der Genosse Geck, so trägt lediglich das Zentrum die Verantwortung.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 3 Bd. 20, eig. Ausf.

[1] Bei den Hauptwahlen wurden gewählt:
1. Reichstagswahlkreis Konstanz-Überlingen: Geh. Finanzrat Hug (Z).
3. Reichstagswahlkreis Schopfheim-Waldshut: Landgerichtsdirektor Birkenmayer (Z).
6. Reichstagswahlkreis Lahr-Wolfach: Rechtsanwalt Fehrenbach (Z).
7. Reichstagswahlkreis Kehl-Offenburg: Landwirt Schüler (Z).
8. Reichstagswahlkreis Bühl-Rastatt: Prälat Lender (Z).
11. Reichstagswahlkreis Mannheim: Rechtsanwalt Frank (SPD).
13. Reichstagswahlkreis Bretten-Sinsheim: Bürgermeister und Landwirt Rupp (BdL).
14. Reichstagswahlkreis Adelsheim-Buchen-Tauberbischofsheim: Landgerichtspräsident Zehnter (Z).

1031. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 30. Januar 1907

Leider liegen die Verhältnisse für die Stichwahlen in Baden sehr wenig günstig. Namens des Geschäftsleitenden Ausschusses der Zentrumspartei proklamiert der Geistliche Rat Wacker für die Kreise Pforzheim und Karlsruhe strengste Wahlenthaltung[1], das bedeutet ziemlich sichere Siege der sozialdemokratischen Kandidaten, sofern die Zentrumswähler geschlossen dieser Parole folgen, denn die Stimmen der vereinigten Konservativen, Bündler pp. reichen nicht aus, den liberalen Bewerbern die Mehrheit zu verschaffen.[2]

In gleicher Weise empfiehlt die sozialdemokratische Parteileitung den Genossen Wahlenthaltung, wo Liberale und Zentrum sich gegenüberstehen; es besteht somit die Wahrscheinlichkeit zweier Zentrumssiege in Freiburg und Donaueschingen, wenn die sozialdemokratischen Wähler nicht doch teilweise für den Liberalen eintreten, man darf indessen darauf kaum rechnen, da die Parteileitung als unbedingt zu bekämpfende Gegner nur die Liberalen und die vereinigten konservativen Gruppen, nicht aber das Zentrum nennt.

Heidelberg wird den Liberalen verbleiben, dagegen sind deren gute Aussichten in Lörrach wieder fraglich geworden, weil es keineswegs ausgeschlossen scheint, daß die Genossen dort nicht nur durch Wahlenthaltung, sondern zum Teil auch aktiv dem Zentrum Unterstützung gewähren.

Das konservative Organ, die „Badische Post", meint, Liberale und Zentrum sollten sich dahin einigen, daß erstere dem Zentrum Freiburg und Donaueschingen überlassen und daß dieses in Pforzheim und Karlsruhe für den Liberalen eintritt. Bei dem erbitterten gegenseitigen Haß der beiden Parteien halte ich ein solches an und für sich angesichts der Lage der Dinge immerhin nützliches Abkommen kaum für ausführbar.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 3 Bd. 20, Ausf.

[1] Bad. Beobachter, Nr. 24 vom 29. Jan. 1907. Wahlaufruf des bad. Zentrums gedr. *Kremer*, Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht S. 60f.

[2] Vgl. Berckheims Bericht über seine Unterredung mit Bülow am 28. Jan. 1907 (Gedr. *Fuchs* VI S. 691).

1032. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 6. Februar 1907

Ew. D. habe ich die Ehre, die im Großherzoglichen Ministerium des Innern vorläufig zusammengestellten Ergebnisse der Reichstagsstichwahlen in Baden hierneben gehorsamst vorzulegen.[1] Sie sind leider, wie zu erwarten, durch die passive gegenseitige Hilfe von Zentrum und Sozialdemokratie nicht erfreulich.[2] Baden wird fast genau wie bisher vertreten sein, nur anstatt eines Nationalliberalen in Sinsheim erscheint ein Konservativer, der Bürgermeister Rupp.

Nach ziemlich allseitiger Ansicht ist das ungünstige Resultat namentlich dem offenen Bündnis zuzuschreiben, das die Liberalen bei den letzten Landtagsstichwahlen mit den Sozialdemokraten eingingen.[a]

In Pforzheim haben offenbar die Zentrumswähler teilweise dem Wink des Herrn Wacker entsprochen, indem dort 782 ungültige Wahlzettel abgegeben wurden. Daß ein Geistlicher namens der Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht den Wählern empfehlen konnte, in dieser Weise zu verfahren, kennzeichnet die Gewissenlosigkeit der badischen Zentrumsleitung.

Wenn der Erzbischof nicht eine vollständige Null wäre, hätte er unbedingt den Stichwahlerlaß Wackers energisch rügen müssen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 3 Bd. 21, Ausf.

[a] Randnotiz Bülows: „!"

[1] Vgl. Stat. Mitteilungen Bd. 24 (1907) Sondernummer; Stat. Jahrbuch 36 (1906/07) S. 526ff.; *Sepaintner* S. 160ff.; *Thiel* S. 52ff.

In den Stichwahlen vom 5. Febr. 1907 wurden gewählt:

2. Reichstagswahlkreis Donaueschingen-Villingen: Gutsbesitzer Duffner (Z).
4. Reichstagswahlkreis Lörrach-Müllheim: Weingutsbesitzer Blankenhorn (NL).
5. Reichstagswahlkreis Freiburg: Bäckermeister Hauser (Z).
9. Reichstagswahlkreis Pforzheim: Redakteur Eichhorn (SPD).
10. Reichstagswahlkreis Karlsruhe: Buchdruckereibesitzer Geck (SPD).
12. Reichstagswahlkreis Heidelberg: Amtsvorstand Beck (NL).

[2] Vgl. Dusch an Großherzog Friedrich I. vom 10. Febr. 1907 (Gedr. *Fuchs* IV S. 699).

1033. Eisendecher an Bülow

Baden, 28. Februar 1907

Ew. D. meisterhafte Darlegungen im Reichstage[1] werden hier in der nationalen Presse wie in Kreisen der Regierung mit lebhaftester Zustimmung besprochen, während, wie zu erwarten, die Organe des Zentrums und der Sozialdemokratie in der bei ihnen üblichen kommunen Sprache mehr oder minder höhnische Kritik üben.

Schwarze oder rote Blätter unterscheiden sich in ihrer Schreibweise nur wenig, beide stehen, was Ton und Bildung betrifft, auf einem ungemein niedrigen Niveau. „Beobachter", „Pfälzer Bote", „Freiburger Bote", „Ettlinger Landsmann" pp. schaden in ihrer giftigen, demagogischen Hetze vielleicht mehr als die ehrlich groben Preßerzeugnisse der Genossen, die beiläufig zuweilen revisionistische Allüren verraten und dem Parteityrann[en] Bebel gegenüber eine eigene Meinung vertreten.

Herr[n] Wackers Hauptsprachrohr, der „Beobachter", sucht neuerdings nach Kräften den Abgeordneten Erzberger[2] reinzuwaschen und den Kolonialdirektor[3] wie Ew. D. in den schwärzesten Farben zu schildern. Nebenbei wird gegen die badischen Minister v. Dusch und Schenkel gehässig agitiert und die flachse Nachricht eines Züricher Blattes von einer bevorstehenden Beseitigung dieser Minister mit Behagen kolportiert.

Weiterer Verbreitung und Bedeutung erfreut sich keine der Zeitungen der beiden reichsfeindlichen Parteien, ich glaube deshalb von der Vorlage ihrer Äußerungen in der Regel absehen zu sollen.

Ew. D. wissen, daß Ton und Wort auch der übrigen Presse im Lande im allgemeinen sehr zu wünschen lassen. So erschwert z. B. das demokratische Hauptorgan, der „Landesbote", die Einigung des Liberalismus in empfindlicher Weise durch seine stark sozialistischen Regungen; er behandelt die „Genossen" mit äußerster Milde und wittert überall die Reaktion als größte Gefahr. Der Leitartikel der „Karlsruher Zeitung", „Nationale Pflicht", dessen hoher Autor allerdings nur Eingeweihten bekannt sein dürfte[4], wird vom „Landesboten" recht spöttisch behandelt, und Ew. D. Reden ernten kritisch abfällige Bemerkungen, die erste unter dem Titel „Der Koch am Ordnungsbrei".

Eine ähnlich nachsichtige Haltung wie der „Landesbote" in Beurteilung der „Genossen" nimmt die Konservative Partei ein gegenüber dem Zentrum, nur anläßlich der gestohlenen Briefe des Generals Keim[5] richtet die Landpost väterlich christliche Ermahnungen an das Zentrum, im übrigen gefällt sich das konservative Blatt vielfach in ziemlich scharfen Angriffen gegen den Liberalismus.[a]

Das unheilvolle Stichwahlabkommen der badischen Liberalen mit der Sozialdemokratie bei den letzten Landtagswahlen bildete auch im Reichstage wiederum eine willkommene Waffe für die Feinde des Liberalismus; diese verschweigen nur bei Erwähnung des Bündnisses stets die Tatsache, daß damals gleichzeitig das Zentrum lediglich aus Haß und Rachsucht, zwar ohne offenes Abkommen, aber durch geheime Paroleausgabe, in letzter Stunde den Sozialdemokraten 2, wenn nicht 3 Mandate verschaffte.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 122 Nr. 13 Nr. 1 Bd. 12, eig. Ausf.

[a] Randnotiz Bülows: „!"

[1] Bülow setzte sich in der Debatte über den Haushaltsetat für die Schutzgebiete mit dem Zentrum und der SPD auseinander (Sten. Ber. RTG Bd. 227 3./4. Sitzung vom 25./26. Febr. 1907 S. 33ff., 63ff.).

[2] Erzberger, Matthias (1875–1921), Volksschullehrer in Württemberg, seit 1896 in der Landesgeschäftsführung Stuttgart des „Volksvereins für das katholische Deutschland", Redakteur des Stuttgarter „Deutschen Volksblatts", Z, MdR 1903–1921, Okt./Nov. 1918 Staatssekretär ohne Geschäftsbereich im Kabinett des Prinzen Max von Baden, 1919/20 Reichsfinanzminister.

[3] Bernhard Dernburg.

[4] Am 23. Febr. 1907 druckte die Süddeutsche Reichskorrespondenz, am 24. Febr. auch die Karlsruher Zeitung (Nr. 55), einen „Nationale Pflicht" betitelten Artikel des Großherzogs, der nach Eisendechers Bericht vom 23. Febr. 1907 „zunächst von der Karlsruher Reichstagswahl ausgeht, dann einen Überblick der Entwicklung unserer deutschen politischen Verhältnisse gibt und in ernsten Mahnungen zur Erfüllung nationaler Pflichten ausklingt". Eisendecher nannte es „erstaunlich, daß der greise Landesherr mit seinen 80 Jahren noch in so lebhafter patriotischer Weise am politischen Leben teilzunehmen und aktiv mitzuwirken vermag" (Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 10, eig. Ausf.; Marg.: „v. S. M. 26./2.").

[5] Keim, August (1845–1926), preuß. Generalleutnant und Militärschriftsteller, bereitete 1892/93 die Militärvorlage publizistisch vor, Mitbegründer des Flotten- und Wehrvereins, Führer des Alldeutschen Verbands, später in der kriegsgeschichtlichen Abteilung des Großen Generalstabs tätig, 1914–1918 Militärbefehlshaber der Provinz Limburg (Vgl. Nr. 1059).

1034. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 2. März 1907

Leider hat die Behauptung des Abgeordneten Bebel im Reichstage[1] von einem Versuch der Freiburger Nationalliberalen, in der Stichwahl die Unterstützung der Sozialdemokraten zu erhalten, einen tatsächlichen Hintergrund. Ohne Vorwissen der hiesigen Parteileitung reiste ein Freiburger Nationalliberaler vor den Stichwahlen nach dem Rheinland, wo angeblich in Köln und Mainz die Liberalen teilweise gegen das Zentrum und für den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen beabsichtigten; angesichts dieser Sachlage stellte er an die Sozialdemokratie das Ansuchen, in Freiburg für Obkircher zu stimmen, was anscheinend abgelehnt wurde.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 3 Bd. 23, eig. Ausf.

[1] Am 26. Febr. 1907 behauptete Bebel im Reichstag, das Angebot des nationalliberalen Parteichefs in Freiburg Stadtrat Glockner an den dortigen SPD-Führer Engler beweisen zu können, wonach die Nationalliberalen für die Hilfe der SPD in Freiburg ihre Unterstützung in Mainz und Köln signalisiert hätten (Sten. Ber. RTG Bd. 227 S. 45 B).

1035. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 3. März 1907

Schon mehrfach wurden in den letzten Jahren hier Stimmen laut, welche mit Besorgnis auf den wachsenden ultramontanen Einfluß in den badischen Schulen hinwiesen.[1]

Auch jetzt ertönt wieder eine solche Stimme in dem gehorsamst angeschlossenen Artikel der „Badischen Landeszeitung".[2] Es wird darin ausgeführt, wie die klerikale Partei unterderhand mit Erfolg bemüht sei, das System der Simultanschule allmählig zu untergraben. Im Kultusministerium hält man die Darstellung für stark übertrieben, gibt aber zu, daß die in den zahlreichen Privatschulen als Lehrer fungierenden ehemaligen

Konviktschüler eine gewisse Gefahr für den Geist der Jugend bedeuten könnten. Bei dem herrschenden Mangel an Lehrern wird es für die Regierung schwierig, auch in den öffentlichen Schulen die Lehrtätigkeit solcher Kräfte auszuschließen oder wirksam zu beschränken. Selbst eine nicht unerhebliche Zahl von katholischen Theologen, welche den staatlichen Bedingungen genügt haben, findet in öffentlichen wie privaten Anstalten Stellung. Die Befürchtung, daß diese streng katholisch erzogenen jungen Leute in ihrem Wirkungskreise die Verbreitung einseitig ultramontaner Anschauungen als ihre wesentliche Aufgabe betrachten, liegt da allerdings nahe. Namentlich in den Mädchenschulen sollen Anzeichen einer erfolgreichen Tätigkeit gewisser Lehrer in diesem Sinne neuerdings mehr und mehr hervortreten.

Die Anlage enthält zwei Zeitungsausschnitte[3], welche über die konfessionelle Intoleranz eines Kaplans in der Mannheimer höheren Töchterschule berichten.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 9, eig. Ausf.; Marg.: „8./3. Kult. Min."

[1] Vgl. Nr. 878; Oskar *Muser*, Der Kampf um die Schule. Vortrag, gehalten auf dem 29. Parteitag der Deutschen Volkspartei am 26. September 1904 in Aschaffenburg, Frankfurt a. M. 1904.
[2] Nr. 101 vom 1. März 1907.
[3] Kölnische Zeitung, Nr. 122 vom 1. März 1907; Schwäb. Merkur, Nr. 102 vom 1. März 1907.

1036. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 18. März 1907

S. K. H. der Großherzog hat die Strafe des katholischen Pfarrer[s] Gaisert in Gündelwangen, welcher wegen versuchter Verleitung zum Meineid bei den letzten Landtagswahlen zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt worden war, auf dem Gnadenwege in sechs Monate Gefängnis umgewandelt.[1]

Der Zentrumsabgeordnete Oberamtsrichter Wittemann wurde damals bei den Wahlen wegen eines an Gaisert gerichteten Briefes von der gesamten nichtultramontanen Presse scharf verurteilt und als Mitschuldiger betrachtet, während die Zentrumsblätter unter wüsten Angriffen gegen die Minister v. Dusch und Schenkel ihn als schuldlos hinzustellen suchten. Gegen Wittemann ist nunmehr vom Disziplinarhof, bestehend aus dem Präsidenten des Oberlandesgerichts und acht Mitgliedern dieses Gerichts, auf einen Verweis und 150 M[ark] Geldstrafe erkannt worden.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 11, Ausf.; Marg.: „22./3. Kult. Min., Just. Min."

[1] Vgl. Nr. 993 Anm. 2.

1037. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 22. März 1907

Vertraulich. Herr Julius Katz, Chefredakteur der „Karlsruher Zeitung" und Leiter der „Süddeutschen Reichskorrespondenz", hat mir im strengsten Vertrauen auseinandergesetzt, daß seines Erachtens diese seine Doppeltätigkeit auf die Dauer nicht durchzuführen sein werde. Ich bin geneigt, ihm darin beizustimmen. Bis jetzt gelang es Katz mit

Geschick und, man kann sagen, vollem Erfolg, zehn Jahre lang beiden Aufgaben gerecht zu werden; sein Verhältnis zur badischen Regierung ist ununterbrochen gut geblieben, und solange S. K. H. der Großherzog lebt, werden etwaige Schwierigkeiten sich wohl weiter überwinden lassen, ob das aber auch in Zukunft und nach einem Thronwechsel immer noch möglich sein wird, erscheint in der Tat fraglich.

Man darf sich nicht verhehlen, daß S. K. H. des Erbgroßherzogs Auffassungen und Ansichten in mancher Beziehung von denen seines erlauchten Herrn Vaters abweichen. Gewisse partikularistische Regungen des hohen Herrn sind kein Geheimnis, und in Fragen, die Preußen und das Reich betreffen, wird man unter Umständen mit einer dementsprechenden Haltung rechnen müssen, sofern S. K. H. nicht vielleicht als Landesherr wesentlich anders denkt und urteilt als gegenwärtig.[1]

Katz äußerte vertraulich, schon jetzt hätten zwischen dem Amtsblatt der badischen Regierung und der „Süddeutschen Reichskorrespondenz" bisweilen kleine Konflikte gedroht, die abzuwenden ihm nur mit einiger Mühe gelungen sei; als Beispiele nannte er dafür die Frage der braunschweigischen Thronfolge[2] und der Schiffahrtsabgaben[3]; gerade in neuerer Zeit habe er einzelnen badischerseits gewünschten, und zwar gelegentlich auch von S. K. H. dem Erbgroßherzog angeregten Veröffentlichungen in der „Karlsruher Zeitung" nach Möglichkeit ausweichen müssen, um nicht mit der ungleich wichtigeren „Korrespondenz" in Widerspruch zu geraten. Wenn er hiernach über kurz oder lang gezwungen sein werde, die eine Stellung aufzugeben, so würde er vorziehen, die Leitung der „Süddeutschen Reichskorrespondenz" zu behalten.

Herr Katz tritt nun demnächst einen Erholungsurlaub nach Italien an und fragte mich, ob ich glaube, daß Ew. D. ihm eventuell in Rapallo – wenn die Nachricht von Ew. D. bevorstehenden Aufenthalt dort zutreffend sei – eine kurze Audienz gewähren würden[a] behufs direkter Berichterstattung über die Sachlage. Eine bestimmte Antwort auf diese Frage konnte ich natürlich nicht geben, versprach aber Katz, seinen Wunsch Ew. D. vorzutragen.[4] Ich glaube das hiermit um so eher tun zu dürfen, als Katz mir ein kürzlich erhaltenes sehr anerkennendes Schreiben Ew. D. vorzeigte.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 126 Nr. 3 a Bd. 1, eig. Ausf.

[a] Randnotiz Bülows: „Nein, besser er kommt nach Berlin".

[1] Bereits am 18. Juli 1890 berichtete Eisendecher dem Vortr. Rat Holstein, der bad. Erbgroßherzog werde sich „dereinst als etwas unbequemer Bundesfürst entpuppen; allgemein gilt er als sehr partikularistisch angehaucht" (Gedr. Holstein III S. 309 f.).

[2] Anstelle des im englischen Exil befindlichen Herzogs von Cumberland erhielt Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin 1906 die Regentschaft in Braunschweig (Vgl. die Korrespondenz des Großherzogs in *Fuchs* IV, passim).

[3] Vgl. Nr. 1113. Am 16. Febr. 1907 hatten in Mannheim 400 Delegierte aus Industrie-, Schiffahrts- und Verwaltungskreisen gegen die geplante Erhebung von Schiffahrtsabgaben protestiert (*Schultheß* 1907 S. 36).

[4] Am 25. März 1907 benachrichtigte das Auswärtige Amt Eisendecher vertraulich, daß Bülow „den Besuch des Chefredakteurs Dr. Katz auf italienischem Boden nicht entgegennehmen" könne und darum bitte, „daß er gelegentlich in Berlin vorspricht" (Ebd., Konz.).

1038. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 6. April 1907

Vertraulich! Regierung, Presse und öffentliche Meinung in Baden sehen mit wachsender Besorgnis einer wenig günstigen finanziellen Entwicklung des Staatshaushaltes entgegen. Besonderen Anlaß dazu bilden die Mindereinnahmen und großen außerordentlichen Ausgaben der Eisenbahnverwaltung, die ungenügende Reform der Reichsfinanzen und die kaum zu vermeidenden weiteren Aufbesserungen der Beamtengehälter. Der Badener zahlt bereits höhere Steuern als die meisten anderen Deutschen, man wird daher die Steuerschraube kaum weiter anziehen können, und wie der neue Finanzminister der zu erwartenden Schwierigkeiten Herr werden kann, ist einstweilen nicht recht abzusehen.

Angesichts dieser Lage der Dinge mehren sich auch die Anzeichen partikularistischer Regungen. Namentlich Preußen sucht man neben der Wirtschaftspolitik im Reiche für die bevorstehende Finanznot im Großherzogtum als verantwortlich darzustellen. Fast täglich erscheinen Artikel gegen die preußische Eisenbahnpolitik, und auch die Frage der Schiffahrtsabgaben wird eifrig zu scharfer Kritik gegen Preußen benutzt.

Was die badischen Staatsbahnen betrifft, so ist schon jetzt in Kreisen der hiesigen Regierung die Überzeugung vorherrschend, daß man mit den Konzessionen an die partikularistischen Reformfanatiker und Preußenfeinde einen bedenklichen Fehler beging. Die Regierung hätte die preußischen Vorschläge und die 4. Klasse, die sich in Württemberg durchaus bewährt, einfach akzeptieren sollen. Die jetzt gegen die preußische Eisenbahnpolitik gerichteten Angriffe haben jedenfalls keinerlei Berechtigung.

Der neue Chef der badischen Finanzverwaltung sieht unter den hier erwähnten Umständen recht trübe in die Zukunft, er meint, die Mitteilung von den für die Besserstellung der Reichsbeamten bewilligten 20 Millionen habe hier besonders peinlich berührt, und noch weit unerfreulicher sei die Aussicht eines weiteren Bedarfs von 60 bis 80 Millionen für den gleichen Zweck im kommenden Finanzjahre; das Reich müsse unbedingt einigermaßen auf eigenen Füßen stehen[a], er seinerseits glaube, daß die anscheinend geplante Banderol[en]steuer auf Zigarren einen wirksamen Schritt vorwärts in dieser Richtung darstellen werde. Bezüglich der Schiffahrtsabgaben bemerkte Herr Honsell beiläufig, die Schrift des Geheimrat[s] Peters[1] werde im ganzen Süden recht abfällig beurteilt, sie wäre seines Erachtens besser ungeschrieben geblieben.[b]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 35 Bd. 2, Ausf.; Marg.: „15./4. R. Schatz-Amt, Finanz Min., Arb. Min."

[a] Randnotiz Bülows: „Bisher sind die Einzelstaaten durch die Reichsfinanzpolitik tatsächlich noch nicht sehr beschwert worden. Sie haben 1905 noch 6¼ Mill. M[ark] Matrikularbeiträge herausbezahlt bekommen und in keinem der vorausgegangenen Jahre mehr als annähernd 24 Mill. M[ark] zu entrichten gehabt!"

[b] Randnotiz Bülows: „Interessenstandsgezänke!"

[1] Vgl. Max *Peters*, Schiffahrtsabgaben, Bd. 1–3, im Auftrag des Vereins für Sozialpolitik hrsg. Leipzig 1906–1908. Die Schrift plädierte entschieden für Schiffahrtsabgaben, die bad. Regierung lehnte diese am 12. April 1907 ab (*Schultheß* 1907 S. 92).

1039. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 16. April 1907

Die grundunvornehme Abhandlung der „Leipziger Neuesten Nachrichten" über eine angebliche Ministerkrisis in Baden wird hier von den meisten Zeitungen als sensationelle Erfindung eines Unzufriedenen kurz abgetan. Das Organ des Geistlichen Rates Wacker enthält längere Auszüge und Bemerkungen, die zwischen den Zeilen erkennen lassen, daß dem Zentrum der als bevorstehend berichtete Ministerwechsel ganz recht sein würde. Den wesentlichen Inhalt des Artikels bringt die sozialdemokratische Mannheimer „Volksstimme", aus welcher der „Beobachter" seine Auszüge übernimmt.

Das Machwerk stammt wohl zweifellos aus Baden und nicht, wie die „Volksstimme" meint, aus Berlin. Offenbar verfügt der Verfasser über gute Personenkenntnis. Daß im übrigen die höchst minderwertigen, mit boshaften Bemerkungen durchsetzten Ausführungen jedes tatsächlichen Hintergrundes entbehren, brauche Ew. D. ich kaum zu melden. S. K. H. der Großherzog denkt schwerlich daran, andere Minister zu berufen, es liegt auch dazu gegenwärtig keinerlei Anlaß vor. Eingeweihte glauben zwar zu wissen, daß Dr. Schenkel dem hohen Herrn nicht sonderlich sympathisch sei, Höchstderselbe wird indessen kaum dem Zentrum und den Sozialdemokraten den Gefallen tun, diesen energischen und tüchtigen Mann zu verabschieden.[1]

Staatsminister Freiherr v. Dusch leidet seit längerer Zeit an leichten Herzaffektionen, die sich aber während seines kürzlichen längeren Urlaubs wesentlich gebessert haben.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „im Preßreferat zgk."

[1] Vgl. Nr. 1040.

1040. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 22. April 1907

Ew. D. muß ich leider bekennen, daß meine bisherige Annahme, es stehe in Baden vorläufig kein Ministerwechsel bevor, nicht zutrifft.

S. K. H. der Großherzog sagte mir gestern abend, der Minister Schenkel wünsche selbst wegen mangelnder Gesundheit zurückzutreten, er habe das kürzlich bei einem Vortrage zum Ausdruck gebracht, aber dabei gleichzeitig gebeten, noch im Dienste verbleiben und vielleicht die Präsidentschaft der Oberrechnungskammer übernehmen zu dürfen. Er, der Großherzog, habe unter besonderer Anerkennung der Verdienste Herrn Schenkels dessen Bitte entsprochen, und zwar werde der Minister im Hinblick auf die Vorbereitungsarbeiten für die kommende Landtagssession schon jetzt seinem Nachfolger Platz machen.[1]

Den Nachfolger nannte der Großherzog nicht, ich höre indessen, daß der in Berlin lange bekannte Geheimrat Freiherr Heinrich v. Bodman für den Posten ausersehen ist und in den nächsten Tagen ernannt werden wird. In Frage kam neben Herrn v. Bodman der Ministerialdirektor Kühn[2] vom Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, der aber als jüngerer Beamter und der Verwaltungskarriere seit vielen Jahren entzogen, nicht so geeignet erschien.

Sowohl S. K. H. der Großherzog wie Staatsminister v. Dusch bedauern bei dem Wechsel namentlich, daß der boshafte Artikelschreiber der „Leipziger Neuesten Nachrichten" mit seinen sensationellen Nachrichten nun doch teilweise Recht behält; nach dem Autor des Artikels forscht man bisher vergeblich. Ich darf schließlich gehorsamst bemerken, daß meine Beziehungen zu dem scheidenden Minister stets die besten waren und daß ich zu seinem Nachfolger in einem langjährigen Freundschaftsverhältnis stehe.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 2 Bd. 2, Ausf.

[1] Zum Ministerwechsel vgl. Dusch an Großherzog Friedrich I. vom 17. April 1907 (Gedr. *Fuchs* IV S. 711 f.).

[2] Kühn, Adolf Dr. (1856–1925), seit 1880 im bad. Verwaltungs- und Regierungsdienst, 1884 Sekretär im Ministerium des Innern, 1887 Amtmann in Baden-Baden, 1889 in Heidelberg, 1891 Amtsvorstand (Oberamtmann) in Achern, 1893 Legationsrat im Ministerium des Großherzoglichen Hauses, der Justiz und der Auswärtigen Angelegenheiten, 1905 Ministerialdirektor, 1906 Geh. Rat, 1919 zur Disposition gestellt (AV; PA-GLA).

1041. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 24. April 1907

Vertraulich! Die „Karlsruher Zeitung" bringt heute die vom 22. d. Mts. datierte Verleihung der Kette zum Berthold-Orden an den Staatsminister Dr. Freiherrn v. Dusch und den Minister des Innern Dr. Schenkel sowie der Kette zum Orden vom Zähringer Löwen an den Präsidenten der Oberrechnungskammer Geheimrat Joos. Gleichzeitig wird die Versetzung des letzteren in den Ruhestand, die Enthebung des Dr. Schenkel von seinem Amte unter Ernennung zum Präsidenten der Oberrechnungskammer und endlich die Ernennung des Geheimrat[s] Freiherrn Heinrich v. Bodman zum Präsidenten des Ministeriums des Innern und zum Wirklichen Geheimen Rat verfügt. Die Blätter aller Parteien widmen dem scheidenden Minister ehrende Nachrufe. Seine außerordentliche Tüchtigkeit und Arbeitskraft wird allerseits anerkannt. Während sieben Jahren stand er an der Spitze des Ministeriums des Innern und vertrat sein Ressort auf drei Sessionen des Landtages. In dieser Zeit wurden das Landesgewerbeamt, die Landwirtschaftskammer, die Ärztekammer, das Fürsorgegesetz für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte, die Reform der Gemeindeordnung und der Gebäudeversicherung geschaffen. Weiter hatte Dr. Schenkel hervorragenden Anteil an der Einführung des direkten Wahlrechts. Er war ein liberaler Minister, energisch und redegewandt, dabei geneigt, den Gegnern mit scharfer Ironie zu Leibe zu gehen, vom Zentrum und der Sozialdemokratie deshalb besonders gefürchtet und gehaßt.

In dem Dekret erscheinen vorgerücktes Alter und leidende Gesundheit als Entlassungsgründe. Dr. Schenkel hat in dem Rücktrittsgesuch diese Motive zwar selbst angeführt, indessen die vornehmlichen Ursachen seines Abgangs liegen doch auf anderem Gebiete. Er hatte, wie er mir jetzt vertraulich erklärt, längere Zeit schon die Empfindung, persönlich nicht das rechte Wohlwollen und Vertrauen des Landesherrn zu besitzen; S. K. H. der Großherzog habe zum Beispiel ohne sein Vorwissen das innere Ressort berührende Veröffentlichungen in der „Karlsruher Zeitung" veranlaßt. Es scheine ihm auch, als ob sein hoher Herr ihn teilweise für das bekannte Stichwahlbündnis der

Liberalen mit den Sozialdemokraten im Jahre 1905 verantwortlich mache. Dann habe er es als eine auffällige Zurücksetzung ansehen müssen, daß bei der Hoftafel im hiesigen Schlosse zu Ehren des Kolonialdirektors Dernburg zwei jüngere Minister zugegen gewesen seien, während er als der älteste und als Vertreter des beurlaubten Staatsministers keine Einladung erhalten habe. Eine Reihe solcher an und für sich vielleicht geringfügiger Vorkommnisse habe ihn doch überzeugt, daß es besser sei zu gehen.

Wenn einzelne demokratische Stimmen die Entlassung Dr. Schenkels mit seiner Haltung in der Angelegenheit der Schiffahrtsabgaben in Verbindung bringen und sogar andeuten, es sei preußischerseits dieserhalb ein Druck ausgeübt worden, so darf man das wohl nicht ernst nehmen. Was des Ministers angebliche Begünstigung des obenerwähnten Wahlabkommens zwischen Liberalen und „Genossen" betrifft, so beschuldigt ihn besonders das Zentrum solcher geheimen Einwirkung, aber auch in anderen Kreisen will man ihn dieserhalb nicht ganz freisprechen.

Der neue katholische, aber keineswegs ultramontane Chef des Departements des Innern, Freiherr v. Bodman, ist in Berlin lange bekannt. Ich halte ihn für einen durchaus vornehmen, geraden, energischen Charakter, fleißig, kenntnisreich, vielleicht etwas pedantisch und im Verkehr mit Vorgesetzten und Untergebenen bisweilen ein wenig rauh und hartköpfig. Es erregte seinerzeit einiges Aufsehen, daß er 1903 dem Zentrum in Konstanz als liberaler Kandidat für den Reichstag gegenübertrat.[1]

Bei Hofe war man ihm früher nicht besonderlich gewogen, weil er als Amtmann in Baden einmal gegen die Herzogin von Hamilton[2] ein Strafmandat erlassen hatte. Tatsächlich gab es hier kaum einen anderen geeigneten Ersatz für den zu besetzenden schwierigen Posten, abgesehen von Ministerialdirektor Dr. Kühn, der aber der Verwaltungskarriere schon lange entzogen war.

Baden besitzt also nunmehr drei katholische Minister, Honsell, Reinhard und v. Bodman. Die Herren v. Dusch und v. Marschall sind Protestanten.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 2 Bd. 2, Ausf.

[1] Nr. 884 Anlage.

[2] Hamilton, Marie Herzogin von (1817–1888), Tochter des Großherzogs Karl von Baden, 1843 verheiratet mit William Herzog von Hamilton (1811–1863).

1042. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 1. Juni 1907

Durch einen feierlichen Festakt wurde gestern im Beisein der großherzoglichen und erbgroßherzoglichen Herrschaften sowie des Prinzen und der Prinzessin Max von Baden das dreihundertjährige Jubiläum der Stadt Mannheim in schöner, würdiger Weise offiziell eingeleitet. Der Oberbürgermeister Beck[1] hielt eine vortreffliche Rede, und der städtische Archivdirektor gab eine nach Form und Inhalt wohlgelungene Übersicht der Stadtgeschichte. Dem verdienten Oberbürgermeister wurde alsdann mit einer Ansprache des Dekans der philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg das Diplom als Ehrendoktor überreicht. Am Nachmittage folgte die Enthüllung der von S. K. H. dem Großherzoge der Stadt geschenkten Standbilder des Kurfürsten Karl Ludwig[2] und des Großherzogs Karl Friedrich.[3] Der greise Landesherr verweilte dabei stehend stunden-

lang in recht heißer Sonne, ließ circa 10000 Schulkinder, Knaben und Mädchen, an sich vorbeiziehen und nahm nachher Anlaß, in längerer Rede auf die Verdienste der beiden Fürsten um die Entwicklung Mannheims hinzuweisen.

Auf Einladung der Stadt wohnte ich dem Festakt und der Enthüllungsfeier bei. Von Nichtbadenern waren weiter zugegen der Regierungspräsident der benachbarten bayerischen Pfalz und der Oberbürgermeister von München; diplomatische Vertreter des Auslandes erschienen nicht.

Mannheim birgt bekanntlich neben reichen Handelsherren und Industriellen eine zahlreiche sozialdemokratische Arbeiterbevölkerung, die ihre Führer in den Reichstag und Landtag sendet, trotzdem herrscht auch bei den Arbeitern ein gut Teil gesunder Patriotismus; so soll unter den vor den großherzoglichen Herrschaften defilierenden Schülern und Schülerinnen ein erheblicher Prozentsatz von Kindern sozialdemokratischer Eltern gewesen sein.

Die reiche Stadt zeigt in ihren Jubiläumsveranstaltungen und in der Anlage der Ausstellungen bemerkenswerten Geschmack und Kunstsinn. Die Mannheimer sind stolz auf den Reichtum und die in der Tat außergewöhnliche kommerzielle Entwicklung ihrer Stadt, sie haben, wie mir von verschiedenen Seiten immer wieder gesagt wurde, jetzt namentlich den einen Wunsch: daß S. M. der Kaiser und König Allerhöchst [sich] bewogen finden möchte, den wichtigsten süddeutschen Handelsplatz[a] durch einen Besuch auszuzeichnen. Unserem Allergnädigsten Herrn würde nach allseitigem Urteil ein selten glänzender begeisterter Empfang bereitet werden.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „v. S. M. 4./6."

[a] Randnotiz Wilhelms II.: „Das ist Frankfurt, und nicht Mannheim!"

[1] Beck, Otto (1846–1908), seit 1871 im bad. Justizdienst, 1875 Amtmann in Baden-Baden, 1878 in Bonndorf, 1880 Oberamtmann in Waldkirch, Wolfach und Achern, 1891–1908 Oberbürgermeister in Mannheim (AV).

[2] Karl Ludwig von Baden (1755–1801), bad.-durlach. Erbprinz, Sohn Karl Friedrichs.

[3] Karl Friedrich von Baden (1728–1811), seit 1746 Markgraf von Baden-Durlach, seit 1806 Großherzog.

1043. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 4. Juni 1907

Die größeren badischen Parteiblätter befehden sich seit Wochen mit einem großen Aufwand von Druckerschwärze wegen des Stichwahlabkommens der Liberalen und Sozialdemokraten bei den letzten Landtagswahlen (Herbst 1905). Auf liberaler Seite sucht man das bedauerliche Abkommen als notwendig und nützlich zu verteidigen, während Zentrum und Konservative dasselbe mehr oder minder heftig verdammen und für ihre Sonderzwecke zu verwerten sich bemühen. Das Zentrum ist dabei namentlich bestrebt, die Regierung mit für diese Stichwahltaktik des Liberalismus verantwortlich zu machen, ein Vorwurf, den die „Karlsruher Zeitung", in halbamtlicher Weise bezugnehmend auf die Erklärungen des Ministers Dr. Schenkel in der Kammer, energisch zurückweist. Der wieder auflebende Streit über das unerfreuliche

Thema hat gar keinen Zweck und schürt nur weiter die übertriebene Gehässigkeit zwischen den Liberalen und Zentrumsfanatikern. [...]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 11, Ausf.; Marg.: „Im Preßreferat zgk."

1044. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 11. Juni 1907

Vertraulich! Mit dem Ausscheiden des Ministers Dr. Schenkel und dem Eintritt der Herren Honsell und Freiherrn v. Bodman hat das badische Ministerium wohl eine im ganzen homogenere Gestalt und eine etwas mehr nach rechts neigende Tendenz gewonnen. Anfangs war es mir zweifelhaft, ob Herr v. Bodman es verstehen werde, das volle Vertrauen und die persönlichen Sympathien des Landesherrn zu gewinnen. S. K. H. der Großherzog hat sich indessen jetzt so günstig über den neuen Ressortchef ausgesprochen, daß man in dieser Hinsicht beruhigt sein kann. Ob mit den Änderungen im Ministerium eine Besserung der äußerst verworrenen Parteiverhältnisse allmählig eintreten wird, muß die Zeit lehren, viel Hoffnung kann man eigentlich nicht hegen, der Haß der Parteien untereinander ist derartig fest eingewurzelt, daß gesunde Kompromisse in politischen Dingen außerordentlich erschwert werden.

Zentrum und Sozialdemokraten eifern gegen alles, was nicht auf ihre Fahne schwört, namentlich die klerikalen Blätter führen eine hetzerisch gehässige Sprache, die schädlicher wirkt als die Grobheiten der Volksstimme und des Volksfreund. Im liberalen Lager herrschen Uneinigkeit und Mangel an Geschick, und in der Presse sieht es auch nicht viel besser aus als bei den Gegnern. Man beschimpft sich gegenseitig, und Augenmaß wie sachliches Erkennen der Lage und praktischen Bedürfnisse finden sich selten. Für ein erfolgreiches Zusammengehen liberaler und konservativer Elemente gegen die „Genossen" und das klerikale Intransigententum besteht unter solchen Umständen leider zunächst keinerlei Aussicht. Das führende ultramontane Organ greift gegenwärtig den Staatsminister v. Dusch auf das heftigste an, als besonders tätiger Mithelfer des Herrn Wacker gilt dabei der geistliche Abgeordnete Dr. Schofer, ein jesuitischer Fanatiker reinsten Wassers. Erfreulicherweise verteidigt die konservative „Badische Post" den Minister, was angesichts deren sonstigen Zentrumsneigungen Aufsehen erregt.

Die Frage der Schiffahrtsabgaben wird in den Zeitungen noch vielfach erörtert, Mannheim steht an der Spitze des Widerstandes gegen die preußischen Wünsche, und offenbar hat man kürzlich in dieser Stadt auch die großherzoglichen Herrschaften weiter in diesem Sinne beeinflußt, denn nicht nur S. K. H. der Großherzog, sondern auch die Großherzogin nahm jüngst mir gegenüber sehr energisch gegen die geplanten Abgaben Stellung.

Andererseits werden neuerdings auch Stimmen laut, welche die Zukunft, das heißt die Schiffbarmachung des ganzen Oberrheins bis zum Bodensee, ernsthaft ins Auge fassen und die Notwendigkeit einsehen, daß ohne Abgaben die großen Rheinprojekte oberhalb Straßburgs wohl überhaupt nicht zur Ausführung kommen können.

Was schließlich die Eisenbahnpolitik der Großherzoglichen Regierung betrifft, so erweist sich diese immer mehr als ein entschiedener Fehler, die sogenannte Tarifreform hat hier bei geringeren Einnahmen lediglich komplizierte, unpraktische Verhältnisse geschaffen, die man leicht hätte vermeiden können.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 12, Ausf.; Marg. Bülows: „Zu unauffälliger Verwertung".

1045. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 6. Juli 1907

Das hier erscheinende sozialdemokratische Organ „Volksfreund"[1] brachte am 3. d. Mts. einen das Verhalten der Großherzoglichen Regierung heftig tadelnden Artikel unter der Überschrift „Politische Vergewaltigung der badischen Staatsarbeiter".

Es handelte sich darin um einen Gießer der staatlichen Eisenbahnwerkstätte, dessen Wahl zum Stadtverordneten in der sozialdemokratischen Presse empfohlen wurde. Nachdem der Mann namens Schäufele[2] öffentlich als Sozialdemokrat bezeichnet worden war, wurde ihm von seiner vorgesetzten Behörde eröffnet, daß er entweder aus der Partei auszutreten oder eine Kündigung zu gewärtigen habe. Er wählte die erstere Alternative und blieb im Dienst.

Freiherr v. Marschall, welcher als Eisenbahnminister die volle Verantwortung für das Vorgehen der Großherzoglichen Regierung übernimmt und dabei die Zustimmung des gesamten Staatsministeriums findet, hat nunmehr über den Fall in der „Karlsruher Zeitung"[3] die hier gehorsamst angeschlossene Darlegung[a] veranlaßt. Da die Sache voraussichtlich weiter in den Zeitungen für und gegen die Regierung erörtert werden wird, will Herr v. Marschall den Antritt seines bereits genehmigten Urlaubes noch aufschieben.

Bedauerlicherweise ist bis jetzt die liberale Presse wenig geneigt, für die Regierung einzutreten, sie scheint im Gegenteil eher die sozialdemokratische Auffassung zu teilen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „mtg. 9./7. Minister des Innern, 9./7. Arbeits-Min."

[a] eig. korrigierte Fassung: „eine Darlegung veranlaßt".

[1] Nr. 151 vom 3. Juli 1907.

[2] Schäufele, Max, Eisenbahnarbeiter in Karlsruhe-Rintheim.

[3] (Nr. 182 vom 6. Juli 1907): „[...] Die Staatsverwaltung kann selbstverständlich Arbeiter, die öffentlich für eine solche Partei tätig sind, in ihrem Dienst nicht dulden, *ferner*, wenn ein Arbeiter als Kandidat jener Partei für eine öffentliche Körperschaft sich aufstellen läßt, doch nur zu dem Zwecke, um in dieser nach erfolgter Wahl im Sinne der Sozialdemokratischen Partei zu wirken. Das Eisenbahnministerium hat daher mit Erlaß vom 27. Juni d. J. Auftrag gegeben, dem Eisenbahnarbeiter Schäufele durch seine vorgesetzte Dienststelle zu eröffnen, daß ihm sein Dienst gekündigt werde, wenn er nicht alsbald jede Tätigkeit im Interesse der Sozialdemokratischen Partei einstelle und aus dieser austrete. Es ist ihm also keineswegs, wie behauptet wurde, die Niederlegung des Mandats zum Bürgerausschuß zur Auflage gemacht worden. Schäufele hat daraufhin erklärt, daß er im Dienst der Eisenbahnverwaltung bleiben wolle und den ihm hierfür gestellten Bedingungen nachkommen werde. Die sozialdemokratische Presse versucht dieses Vorgehen als einen Verstoß gegen die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte der Arbeiter darzustellen. Gegen welche Verfassungsbestimmung verstoßen worden sein soll, vermag sie allerdings nicht anzugeben. Es ist auch nicht erfindlich, inwiefern staatsbürgerliche Rechte der Eisenbahnarbeiter beeinträchtigt sein sollen, wenn der Staat von dem vertragsmäßigen Recht der Entfernung von Arbeitern aus dem staatlichen Dienst Gebrauch macht, und zwar gerade auch in Fällen, in denen Arbeiter eine gegen die staatliche Ordnung gerichtete Tätigkeit entfalten [...]" (Ebd.).

1046. Eisendecher an Bülow

Konstanz, 23. September 1907

Vertraulich. S. K. H. der Großherzog wird zusehends schwächer, ist aber geistig ganz klar, hat wiederholt auch über die politische Lage gesprochen und dringlichst zur Einigkeit und Versöhnlichkeit ermahnt. Die Dinge, welche dem hohen Herrn sein Leben lang besonders am Herzen lagen, das gemeinsame nationale Bewußtsein und die Verwerflichkeit kleinlichen Parteihaders, beschäftigen seinen Geist auch jetzt nahe dem Ende. Weiter tritt das tiefreligiöse Empfinden in den letzten Tagen mehr und mehr hervor. Dr. Fleiner[1] sagt mir, der feste Glaube des kranken Herrn und die Zwiesprache Hochdesselben mit der Frau Großherzogin über das Christentum und die ewigen Wahrheiten haben ihn mächtig ergriffen. Der Präsident des Oberkirchenrates Helbing[2], früherer Hofprediger, weilt täglich lange am Krankenbett, hält auch jeden Abend in der Schloßkirche eine kurze Andacht, der die Herrschaften mit der ganzen Umgebung beider Konfessionen beiwohnen. Gestern spendete er dort der Frau Großherzogin, dem erbgroßherzoglichen Paare und der Frau Kronprinzessin von Schweden das Heilige Abendmahl.

Das Wiedersehen mit der erlauchten Tochter gestern hat den kranken hohen Herrn gar nicht besonders erregt. Er hat nur lächelnd gesagt: Wie schön, daß Du kommen konntest, und sich offenbar sehr gefreut.

Die Zuziehung einer dritten ärztlichen Autorität ist reiflich erwogen worden, man nahm davon indessen Abstand, weil nochmalige Untersuchungen den greisen Patienten nur quälen würden und sowohl Professor Fleiner wie Dr. Dressler[3] das vollste Vertrauen genießen und verdienen.

Für den Eintritt des schmerzlichen Ereignisses, das wohl nur durch ein Wunder noch abgewendet werden könnte, wird unter Einholung der Genehmigung S. K. H. des Erbgroßherzogs von seiten des Hofes und der Regierung alles Nötige vorbereitet.

Nach Dr. Fleiners Ansicht dürfte es sich nur noch um wenige Tage handeln, der äußerst geschwächte Körper wird dem schweren Leiden nicht lange mehr widerstehen können. Die Teilnahme von In- und Ausland ist allgemein und offenbar tief empfunden.

Ich sprach heute nochmals S. K. H. den Erbgroßherzog, er sieht dem Unvermeidlichen mit großer Fassung fest und tapfer entgegen. Man kann seine und der Frau Großherzogin Haltung in dieser traurigen Prüfungszeit nur aufs höchste anerkennen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 10, Ausf.; gedr. *Fuchs* IV S. 722f.

[1] Fleiner, Wilhelm Dr. med. (1857–1926), 1892 ao. Professor der Medizin in Heidelberg, 1905 Honorarprofessor, 1907 o. Professor, 1906–1924 Leiter der medizinischen Poliklinik (AV; PA-GLA).

[2] Helbing, Albert (1837–1914), seit 1860 ev. Geistlicher, Stadtvikar und Lehrer an der Friedrichs-Schule in Karlsruhe, 1874 Titular-Hofprediger, 1877–1900 Hofprediger, 1894 Dekan, 1900 Prälat, 1903 Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats in Karlsruhe (AV; PA-GLA).

[3] Dressler, Max Dr. med. (1863–1936), Arzt in Karlsruhe, seit 1897 Hofarzt.

1047. Eisendecher an Bülow

Konstanz, 27. September 1907

Vertraulich. S. K. H. der Großherzog wird dem nächsten Anfall von Herzschwäche kaum noch widerstehen können, nachdem zwei solcher Anfälle in der Nacht seine Kräfte sehr erschöpft haben. Die Frau Großherzogin meinte gestern abend schon, es gehe zu Ende, aber Professor Fleiner sah in dem hohen Kranken noch keinen Sterbenden; er hält jetzt den Zustand für absolut hoffnungslos, kann indessen die bevorstehende Auflösung nicht zeitlich bestimmen.

Die letzten ganz klaren Worte sprach der hohe Herr gestern abend, als die Frau Großherzogin mit dem Erbgroßherzog ans Krankenbett trat. I. K. H. sagte: „Hier ist unser lieber Fritz", und die deutliche Antwort des Leidenden lautete: „Gott segne dich". Seitdem hat der hohe Herr nicht mehr vernehmlich gesprochen. Man griff bei den Anfällen während der Nacht wieder zu den stärksten belebenden Mitteln, gab auch gegen Morgen Morphium, das längeren Schlaf und Halbschlummer brachte.

Alles im Schlosse ist tief erschüttert, niemand erwartete eine plötzliche Verschlimmerung, nachdem der gestrige Tag beinahe wieder zu leisen Hoffnungen Anlaß gegeben hatte. Noch nach der Andacht in der Schloßkirche, als sich die bedenklichen Symptome schon vorbereiteten, schien die Frau Großherzogin ziemlich zuversichtlich und sprach mit jedem der Anwesenden. Staatsminister Freiherr v. Dusch kam heute früh an, morgen soll der Kronprinz von Schweden eintreffen. Prinzessin Wilhelm und Prinz und Prinzessin Max wohnen in Salem und kommen täglich herüber nach Mainau.

Es hält schwer, S. K. H. den Erbgroßherzog zu bewegen, die nötigen Bestimmungen beim Heimgange des Vaters schon jetzt im voraus zu treffen, das muß aber unbedingt geschehen. Vorläufig wird eine kurze Aufbahrung in der Mainauer Schloßkirche und demnächstige Überführung während der Nacht nach Karlsruhe, und zwar bis nach Konstanz auf dem Dampfer „Kaiser Wilhelm", beabsichtigt. Ich vermute, daß vom Eintritt der Katastrophe bis zur Überführung etwa drei Tage vergehen werden und daß die feierliche Beisetzung in Karlsruhe nicht vor sechs bis sieben Tagen erfolgen kann.[1] Die Feier in der Residenz soll vormittags beginnen und womöglich so zeitig enden, daß die Mehrzahl der dabei anwesenden Fürstlichkeiten am Morgen eintreffen und abends wieder abreisen kann. Ich bleibe hier, solange der Großherzog lebt, werde auch der Trauerfeier in der Mainauer Kirche noch beiwohnen und dann nach Karlsruhe zurückkehren.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 10, eig. Ausf.; Marg.: „v. S. M. 2./10."

[1] Vgl. Nr. 1049.

1048. Eisendecher an das Auswärtige Amt

Mainau, 28. September 1907

S. K. H. der Großherzog soeben 9 Uhr sanft entschlafen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 10, Telegramm.

1049. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 8. Oktober 1907

Ew. D. haben gestern hier dem feierlichen Leichenbegängnis des hochseligen Großherzogs beigewohnt[1] und wohl auch den Eindruck gewonnen, daß die selten großartige Beteiligung von nah und fern den Beweis liefert, wie der entschlafene Herr im höchsten Maße die Verehrung des In- und Auslandes genoß.

Man kann mit der Frau Großherzogin Luise sagen, der Tod des Verewigten hat einen großen Zeitabschnitt abgeschlossen. Von jeher war er es, der stets den nationalen Standpunkt vertrat und zur Einigkeit mahnte. In Opferwilligkeit und Selbstverleugnung wirkte er für den Reichsgedanken und trug in hervorragender Weise zur Neugestaltung der deutschen Verhältnisse bei. Noch während seiner letzten Krankheit beschäftigte ihn lebhaft die politische Lage im Reiche und die Sorge um den törichten Hader der Parteien. Über 80 Jahre alt, brachte der hohe Herr in schönster, klarer Schrift vielfach Höchstselbst seine Ansichten zum Ausdruck, die dann ohne Nennung des Autors in der Süddeutschen Reichskorrespondenz erschienen.[2]

Die erhebende Feier im Beisein unseres Allergnädigsten Herrn, S. K. K. H. des Kronprinzen und der jungen Prinzen des Kaiserhauses sowie zahlreicher Bundesfürsten verlief, wie Ew. D. bezeugen werden, dem Programm gemäß unter enormem Andrang der Bevölkerung; die Haltung der massenhaft herbeigeströmten Menschen war musterhaft; auch an den Tagen vorher während der öffentlichen Aufbahrung der Leiche, als in ununterbrochener Reihe Einheimische und Fremde am Sarge vorbeizogen, herrschte tadellose Ruhe und Ordnung, obgleich manche viele Stunden lang ausharren mußten, bis sie die Kirche erreichten.

I. K. H. die Großherzogin Luise und der Großherzog haben den traurigen Tag gut überstanden. Man kann es nur aufrichtig bewundern, wie Höchstdieselben mit festem Willen und ruhiger Fassung den mannigfachen Pflichten nachkamen und noch Zeit und Kraft fanden, die zahlreichen Abordnungen und Abgesandten einzeln zu empfangen. Im ganzen Lande ist die Beteiligung S. M. des Kaisers und Königs, des Kronprinzen und der jüngeren Prinzensöhne ganz besonders dankbar begrüßt worden, und ebenso wird die Ernennung S. K. H. des Großherzogs zum Generalinspekteur allerorten mit aufrichtigster Freude vernommen werden. Ich glaube namentlich, daß der regierende Herr selbst und Höchstdessen schwergeprüfte Frau Mutter die ehrende Aufmerksamkeit des obersten Kriegsherrn gerade an diesem Tage mit wärmsten Dankgefühl anerkennen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 11, Ausf.; Marg.: „v. S. M. in Berlin 12./10."

[1] Vgl. *Schultheß* 1907 S. 147f.
[2] Vgl. Nr. 1033 Anm. 4.

1050. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 11. Oktober 1907

Vertraulich! Im badischen Ministerium werden unter der Regierung S. K. H. des Großherzogs Friedrich II. zunächst keinerlei Änderungen eintreten, und der neue Herr

wird anscheinend durchaus im Sinne seines hochseligen Herrn Vaters die Geschicke des Landes weiterleiten.

Vielleicht stehen in den oberen Hofchargen einige Wechsel bevor, entschieden ist einstweilen darüber noch nicht. Großhofmeister v. Brauer hat ein Abschiedsgesuch eingereicht, wird indessen der dringenden Bitte I. K. H. der Großherzogin Luise wohl nachkommen und vorläufig im Dienst bleiben. Sowohl Staatsminister v. Dusch wie Freiherr v. Marschall sprachen mir gegenüber mit großer Befriedigung von der klaren politischen Einsicht ihres neuen Gnädigsten Herrn und von Höchstdessen ruhiger, sicherer Haltung und rascher Entschlußfähigkeit. Herr v. Marschall erwähnte auch, S. K. H. habe sich über die Ernennung zum Generalinspekteur ganz besonders erfreut geäußert und mit herzlichen Dankesworten der Teilnahme S. M. des Kaisers und Königs und der Prinzensöhne an der Trauerfeier gedacht.

Als Erbgroßherzog stand der hohe Herr bekanntlich im Rufe stark partikularistischer Neigungen[1], ich glaube aber nicht, daß sich solche Neigungen bei dem nunmehrigen Großherzog irgendwie unliebsam bemerkbar machen werden, habe im Gegenteil vorläufig nur Grund zu der Annahme, daß Höchstderselbe ehrlich und fest zu Kaiser und Reich halten und dem Beispiele seines unvergeßlichen Herrn Vaters folgen wird.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 11, Ausf.; Marg.: „v. S. M. 14./10."

[1] Vgl. Nr. 1037 Anm. 1.

1051. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 18. Oktober 1907

Die Beteiligung der beiden sozialdemokratischen badischen Landtagsabgeordneten Dr. Frank und Kolb an der Beisetzungsfeier für den verewigten Großherzog[1] findet nach der brutalen Kritik des „Vorwärts" eine Beachtung in vielen Zeitungen, die an und für sich der Vorgang gewiß nicht verdient. Die beiden Genossen gingen ohne Zweifel lediglich aus parteitaktischen Gründen im Trauerzuge mit, nachdem der sozialdemokratische bisherige zweite Vizepräsident der Kammer, Geck, eine Teilnahme abgelehnt hatte. Von irgendwelchem pietätvollen Gefühl des Taktes und Anstandes war dabei in Wirklichkeit nicht die Rede, man dachte wohl vornehmlich an die bevorstehende Präsidentenwahl und wollte öffentlich zeigen, daß man bereit sei, gewissen repräsentativen Pflichten zu genügen.

Solange die Parteileitung derartige Dinge als wichtig behandelt, sogar eine grobe Rüge für notwendig hält, wird der friedliche Staatsbürger die Gefahren des Sozialismus nicht allzusehr zu fürchten brauchen. Es kann allen nationalen nichtsozialdemokratischen Elementen nur willkommen sein, wenn die Genossen und ihre Organe sich anläßlich solcher Geringfügigkeiten ernstlich untereinander in den Haaren liegen. Manche Blätter sprechen von einem möglichen Ausschluß der beiden Übeltäter aus der Partei, das wäre allerdings die Krone der Lächerlichkeit, aber ich glaube einstweilen daran nicht.

Zu bemerken ist, daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten der Residenz bei der Beileidskundgebung der Stadt sich nicht ausschlossen. Auch in Konstanz haben angeblich die sozialdemokratischen Mitglieder des Bürgerausschusses am feierlichen Empfang der sterblichen Hülle des hochseligen Großherzogs teilgenommen.

Kolb ist einflußreich bei den Genossen, sehr tätig, zielbewußt und gewandt in Rede und Schrift. Nach der scharfen Verurteilung seines und Dr. Franks Verhaltens durch den „Vorwärts" und Herrn Bebel wird die badische Parteileitung nunmehr zur Sache Stellung nehmen müssen, insofern beansprucht der Vorgang in seinen Folgen weiteres Interesse.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Europa Nr. 82 Nr. 1 Bd. 21, Ausf.; Marg.: „mitget. 8./11." an sämtliche preuß. Missionen und Gesandtschaften im In- und Ausland.

[1] Nr. 1049.

1052. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 28. Oktober 1907

Vertraulich! Über den Inhalt des Testamentes des hochseligen Großherzogs verlautet einstweilen wenig Sicheres. Von dem hinterlassenen Vermögen, das auf 8 Millionen geschätzt wird, sollen angeblich je ⅜ I. K. H. dem Großherzog und der Frau Kronprinzessin von Schweden, ⅛ der Großherzogin Luise zufallen. Der hohe Testator hat letztwillig den Wunsch ausgesprochen, daß I. K. H. der Großherzogin Luise das Wohnungsrecht in den Schlössern zu Karlsruhe, Baden und Mainau verbleibe, und der Großherzog haben dementsprechend Bestimmung getroffen.

Privateigentum sind nur Mainau und Zwingenberg, abgesehen von kleinerem Besitz, die sonstigen Schlösser gehören zum Domänengut. Zwingenberg am Neckar bringt etwa 50000 M[ark], während Mainau mindestens ebensoviel jährlich kostet. Für das Hoftheater zahlte der verewigte Herr neuerdings alle Jahre fast eine halbe Million, auch sind in jedem Jahre ganz erhebliche Summen für die Frau Kronprinzessin von Schweden zur Verwendung gelangt. In der Presse war davon die Rede, daß eine Erhöhung der Zivilliste in Erwägung genommen werde, nach meinen Informationen scheint das vorläufig unzutreffend.

Bis Ende des Jahres sollen in den Hofchargen und Hofhaltungen keinerlei Änderungen eintreten, alsdann erst wollen S. K. H. der Großherzog über die nötigen Wechsel und Ernennungen Entscheidung treffen.[a]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 11, Ausf.; Marg.: „v. S. M. 30./10.; mtg. 31./10. Stockholm".

[a] Randnotiz Wilhelms II.: „Er sollte die große Zahl ordentlich herabsetzen".

1053. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 13. November 1907

Vertraulich! Leider läßt sich die Tatsache nicht leugnen, daß unter der im ganzen gewiß segensreichen Regierung des hochseligen Großherzogs die Parteiverhältnisse in Baden allmählig ein gänzlich verändertes und wenig erfreuliches Bild zeigten. Noch in den achtziger Jahren waren die Nationalliberalen weitaus die ausschlaggebende Partei,

und auch die Regierung konnte man bis zum Rücktritt des Ministers Turban wohl als mehr oder minder nationalliberal bezeichnen. Mangel an Geschick, Uneinigkeit und Überhebung der Liberalen führten dann langsam zu einem Anwachsen des Zentrums und der Sozialdemokratie, für das auch die früheren Ministerien vielleicht einen Teil der Schuld mittragen. Gegenwärtig bildet das Zentrum die stärkste Partei, an zweiter Stelle kommen die Nationalliberalen und demnächst die Sozialdemokraten, welche in der letzten Kammertagung den 2. Vizepräsidentensitz für sich beanspruchten und erhielten.

Man kann, wie gesagt, die Nationalliberalen von der Hauptverantwortung für diese Entwicklung der Dinge nicht freisprechen. Sie verloren das richtige Augenmaß durch den übereifrigen, leidenschaftlichen Kampf gegen das fester gefügte und klüger geleitete Zentrum und begingen den bedenklichsten Fehler, als sie im Oktober 1905 das Stichwahlabkommen mit den Sozialdemokraten schlossen.

Die Kammern sollen am 26. d. Mts. zusammentreten, und S. K. H. der Großherzog wird wahrscheinlich die Session Höchstselbst eröffnen. Nach dem Budget dürfte der neue Gehaltstarif den Landtag am längsten beschäftigen. Weiter sind Vorlagen zu erwarten über die Wertzuwachssteuer der Gemeinden, über das Enteignungsverfahren, die Benutzung der Wasserkräfte, vielleicht auch über Änderung des Gemeindewahlrechts. Die Regierung plant außerdem eine sehr bedeutende Stauanlage im Murgtal oberhalb Forbach.

Heftige politische Debatten werden voraussichtlich beim Eisenbahnetat und bei Beratung des Gemeindewahlrechts entbrennen. Die Regierung steht jetzt durchaus über den Parteien, und ein so homogenes, völlig einiges, reichstreues Ministerium hat es hier lange nicht gegeben, dasselbe bietet gegenüber der Verworrenheit der Parteiverhältnisse wohl die Gewähr für eine gesunde Politik.

Die Presse liegt nach wie vor sehr im argen, es fehlt den Parteiblättern namentlich an strenger Sachlichkeit, politischem Anstand und der nötigen Achtung vor gegnerischen Meinungen. Auch außerbadische größere Blätter haben sich neuerdings mehrfach mit hiesigen Angelegenheiten befaßt. Ein Karlsruher Mitarbeiter der Münchener Allgemeinen Zeitung berichtete kritisch über den Zentrumsführer und Geistlichen Rat Wacker, was diesen veranlaßte, im „Beobachter" eine sehr lange Artikelserie zu veröffentlichen und dabei anzudeuten, daß hinter dem Mitarbeiter der Allgemeinen Zeitung die Großherzogliche Regierung stehe, ein Verdacht, den diese ausdrücklich zurückwies.

Ein anderer Karlsruher Korrespondent entwickelte im „Berliner Tageblatt" über den sogenannten Großblock in Baden seine Ansichten, die dann in der „Münchener Allgemeinen Zeitung" als unzutreffend scharf kritisiert wurden. Weiter äußerte sich die „Kölnische Zeitung" verschiedentlich über badische Zustände, sie machte unter anderem auf einen Leitartikel des „Badischen Beobachters" aufmerksam, in dem das führende ultramontane Organ das Verhalten des Kardinalerzbischofs von Köln im Falle Schrörs[1] nicht billigte. Der Artikel richtete sich vornehmlich gegen eine das Vorgehen des Kirchenfürsten enthusiastisch begrüßende Auslassung des „Pfälzer Boten", dem Leibblatt des fanatisch einseitigen Zentrumsabgeordneten und Kammerherrn Freiherrn Peter v. Mentzingen (Bruder des Diplomaten[2]).

Die Themata Großblock und Kammerpräsidentenwahl werden in den badischen Zeitungen zur Zeit mit besonderer Vorliebe erörtert. Obgleich die liberale Partei auch jetzt noch ihr Bündnis mit den Genossen, das heißt den Großblock, zu rechtfertigen sich bemüht, scheint die Wiederholung eines ähnlichen Abkommens doch ausgeschlossen.

Man wird auch im liberalen Lager keinenfalls den Genossen Geck wieder zum 2. Vizepräsidenten der Kammer wählen, womöglich überhaupt die Wahl eines Sozialdemokraten in das Präsidium zu verhüten suchen und, wenn man verständig ist, dem Zentrum den ihm zukommenden ersten Präsidentensitz einräumen. Dazu wäre alsdann der Abgeordnete und bisherige Vorsitzende der Budgetkommission, Amtsgerichtsdirektor Gießler, ausersehen, ein gemäßigter, fähiger Mann, dessen Wahl zu keinerlei Bedenken Anlaß geben könnte. Die in erster Linie in Betracht kommenden Zentrumsführer Fehrenbach und Zehnter sitzen auch im Reichstag, sind daher kaum in der Lage, der Kammer zu präsidieren.

In der Ersten Kammer ist S. G. H. Prinz Max bereit, den Vorsitz zu übernehmen, Dr. Bürklin wird wahrscheinlich erster, Landgerichtsdirektor Freiherr Rüdt v. Collenberg zweiter Präsident.

Das auf 300 Mark Geldstrafe lautende Urteil gegen den Geistlichen Rat Wacker wegen Beleidigung des katholischen Landgerichtsdirektor[s] Fleuchaus hat, nachdem das Reichsgericht die Revision verworfen, nunmehr Rechtskraft erlangt. Es handelte sich um eine beleidigende Äußerung Wackers über das Verhalten des Vorsitzenden im Prozeß gegen den Pfarrer Gaisert.[3]

Die Affäre Moltke-Harden[4] ist natürlich auch in den badischen Blättern lebhaft besprochen worden und wird immer noch erörtert; insbesondere bemühen sich die sozialistischen Organe, daraus für ihre Zwecke Kapital zu schlagen. Der sozialdemokratische Mannheimer Abgeordnete Dr. Frank behandelte den Gegenstand kürzlich hier in öffentlicher Versammlung, in der nachher der Genosse Kolb scharf gegen die Verderbtheit der oberen Klassen und die sogenannte Kamarilla zu Felde zog.

Ew. D. darf ich schließlich einen Leitartikel des demokratischen „Badischen Landesboten“[5] über Ew. D. Aussage in der Klagesache gegen den Schriftsteller Brand[6] ehrerbietigst anschließen. Die Zeitung vertritt den linken Flügel der Demokraten, zeigt starke Hinneigung zur Sozialdemokratie und ist ausgesprochen partikularistisch und preußenfeindlich; sie war bis jetzt offizielles Parteiorgan, welche Eigenschaft in den letzten Tagen infolge von Differenzen mit dem Verleger auf die in Mannheim erscheinende „Neue Badische Landeszeitung“ überging.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 11, Ausf.; Marg.: „Im Preßreferat zgK.“

[1] Schrörs, Heinrich Dr. theol. (1852–1928), kath. Kirchenhistoriker, seit 1886 Professor für Kirchengeschichte in Bonn, Vertreter eines kritischen Standpunkts gegenüber der Kirchenhierarchie. Im Okt. 1907 untersagte der Kölner Kardinal Fischer den katholischen Studenten der Universität Bonn, Schrörs' Vorlesungen zu besuchen. Nach Protesten des Senats der Universität drängte das preuß. Kultusministerium den Kardinal, sein Verbot zurückzunehmen (*Schultheß* 1907 S. 156).

[2] Mentzingen, Maria Heinrich Friedrich Freiherr von und zu (1856–1922), seit 1879 im bad. Justizdienst, dann Wechsel in den auswärtigen Dienst des Reichs, 1887 Legationssekretär, 1892 Legationsrat, 1894 Kammerherr, 1896 Gesandter, 1906 als Wirkl. Geh. Rat und Gesandter in Tanger während der 1. Marokko-Krise abgelöst, 1909 im bad. Hofdienst als Oberzeremonienmeister (Exzellenz), 1910 Oberstkammerherr (PA-GLA).

[3] Wacker hatte Richter Fleuchaus vorgeworfen, den als Zeugen vernommenen Zentrumsabgeordneten Wittemann „moralisch mißhandelt“ zu haben (Vgl. *Schofer*, Wacker S. 103; Nr. 1021).

[4] Im Nov. 1906 bezichtigte der Publizist Maximilian Harden verschiedene Vertraute des Kaisers – darunter den Diplomaten Philipp Eulenburg und den Berliner Stadtkommandanten Kuno Graf Moltke – spiritistischer Neigungen und homosexueller Handlungen. Moltkes Privatklage (23.–29.

Okt. 1907) endete mit Hardens Freispruch und führte zu weiteren Prozessen, die das Prestige der traditionellen Eliten schwer erschütterten.

[5] Nr. 263 vom 9. Nov. 1907.

[6] Im Sept. 1907 beschuldigte der Schriftsteller Adolf Brand Reichskanzler Bülow, die gleichen Vergehen wie Graf Eulenburg begangen zu haben. Da sich aber Brands Behauptung als haltlos herausstellte, wurde er am 6. Nov. 1907 zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.

1054. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 26. November 1907

Vertraulich! Die feierliche Eröffnung der badischen Ständeversammlung erfolgte heute in der üblichen zeremoniellen Weise durch S. K. H. den Großherzog, nachdem am Vorabend eine vorbereitende Sitzung der Zweiten Kammer im Beisein des Staatsministers v. Dusch stattgefunden hatte. In dieser Sitzung wurden durch Auslosen acht Abgeordnete dazu bestimmt, den Landesherrn im Ständehaus zu empfangen; es erregte einige Heiterkeit, als dabei das Los auch zwei Sozialdemokraten traf, die mit ihren Fraktionsgenossen sowohl gestern wie heute gar nicht erschienen.

S. K. H. der Großherzog verlas die Thronrede[1] mit ungemein wohltönender, deutlicher, überall vernehmlicher Stimme. Der erste Teil galt dem Andenken seines hochseligen Herrn Vaters und den eigenen feierlichen Willenskundgebungen, er wurde stehend verlesen und von den Versammelten stehend angehört. Bei dem zweiten geschäftlichen Teil der Rede nahm S. K. H. auf dem Throne Platz, und auch die Anwesenden setzten sich auf ein Zeichen des Staatsministers.

Am Nachmittage waren die Mitglieder beider Kammern zu einem Essen ins Schloß geladen, an welchem auch I. K. H. die Großherzogin Hilda teilnahm. Solche Schloßempfänge vor und nach der Kammertagung bildeten in früheren Jahren die Regel, während der späteren Regierung des verewigten Großherzogs unterblieben sie; es sind auch bereits fünf Jahre verflossen, seitdem der Landesherr die Session zuletzt Höchstselbst schloß.

Von einer Adresse in Beantwortung der Thronrede wird die Zweite Kammer wahrscheinlich absehen, weil bei der Zusammensetzung des Hauses eine Einigung der Parteien schwerlich zu erzielen sein würde.

Ich darf an dieser Stelle vertraulich gehorsamst berichten, daß das Nichterscheinen des Fürsten zu Fürstenberg[2] bei der Eröffnungsfeier hier recht abfällig beurteilt und kommentiert wird. S. D. hatte sich mit der an ihn ergangenen Einladung S. M. des Kaisers und Königs entschuldigt, man ist aber am hiesigen Hofe allgemein der Ansicht, daß der Fürst wohl vor der Abreise nach England heute hätte hier anwesend sein können.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 11, Ausf.; Marg.: „Im Preßreferat zgK."

[1] Gedr. Karlsruher Zeitung (Extra-Blatt) vom 26. Nov. 1907.

[2] Fürstenberg, Max Egon Fürst zu (1863–1941), Grundbesitzer, MdL (I. K.), Mdwürtt. I. K., MdPrHH, Mdösterr. HH., 1904 preuß. Oberstmarschall.

1055. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 27. November 1907

Die heutige Präsidentenwahl in der badischen Zweiten Kammer hatte folgendes Ergebnis: Präsident wurde der Vorsitzende der Zentrumsfraktion Rechtsanwalt Fehrenbach, welcher den 6. badischen Wahlkreis im Reichstage vertritt. Er erhielt 30 von 59 abgegebenen Stimmen, die Sozialdemokraten enthielten sich der Abstimmung.[1]

Zum ersten Vizepräsidenten wurde der nationalliberale Führer Oberbürgermeister Dr. Wilckens von Heidelberg mit 59 von 71 Stimmen gewählt. Er präsidierte während der längeren Krankheit des Dr. Gönner in der letzten Session. Die Wahl des zweiten Vizepräsidenten fiel auf den Demokraten Professor Dr. Heimburger, Direktor der hiesigen Realschule. Der bisherige sozialdemokratische zweite Vizepräsident Geck erhielt 16 Stimmen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 11, Ausf.

[1] Aufgrund der Weigerung des bisherigen sozialdemokratischen 2. Vizepräsidenten Geck, anläßlich des Todes des Großherzogs sein Einverständnis zu einem Beileidsschreiben der Kammer zu geben, kündigten die Nationalliberalen an, für die Session 1907/08 nur dann einen Sozialdemokraten zu wählen, wenn sich dieser verpflichte, an allen repräsentativen Veranstaltungen seines Amtes teilzunehmen. Die SPD wies daraufhin diese Forderung zurück und übte bei der Wahl des Kammerpräsidiums Stimmenthaltung (*Thiel* S. 57ff.; *Schofer*, Alte Fahne S. 67ff.).

1056. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 28. November 1907

Wie man erwarten durfte, ist S. G. H. der Prinz Max von Baden zum Präsidenten der Ersten Kammer ernannt worden. Der Prinz hat gestern bereits der ersten Sitzung präsidiert und sich mit einer sympathischen, beifällig aufgenommenen Ansprache eingeführt.

Er setzte mir schon vor einiger Zeit auseinander, daß er die Übernahme dieser Aufgabe gegenüber S. K. H. dem Großherzog und dem Lande nicht abweisen könne, seinen militärischen Pflichten werde er darum doch gewissenhaft nachkommen. In den beiden Vizepräsidenten Dr. Bürklin und Freiherrn Rüdt v. Collenberg findet der Prinz im übrigen vortreffliche Vertreter, falls ihn seine Stellung als Brigadekommandeur von einigen Sitzungen fernhalten sollte.

Der Zweiten Kammer liegen bereits eine lange Reihe von Anträgen und Interpellationen vor, die Mehrzahl, vom Zentrum und der Sozialdemokratie gestellt, trägt einen stark radikalen, oppositionellen Charakter. So wird von den Sozialdemokraten gefragt: „Welche Schritte gedenkt die Regierung zu tun, um die durch das Reichsvereinsgesetz eintretende Verschlechterung des badischen Vereinsgesetzes hintanzuhalten?“ [...]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 11, Ausf.; Marg.: „v. S. M. in Berlin 4./12.; R. A. d. Inn., Min. d. Inn. 6./12.“

1057. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 28. November 1907

In der Presse wird die Präsidentenwahl in der badischen Zweiten Kammer[1] immer noch eifrig erörtert. Die liberalen Blätter bedauern die Wahl eines Zentrumsmannes zum ersten Präsidenten, die nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen indessen gerecht und kaum zu umgehen war, wenn man einen sozialdemokratischen Vizepräsidenten vermeiden wollte, und das lag zweifellos im allseitigen Interesse. Ich darf erwähnen, daß die vier Konservativen mit dem Zentrum stimmten und daß der einzige freisinnige, nur mit nationalliberaler Hilfe gewählte Abgeordnete, obgleich anwesend, gar nicht wählte. Höchst auffallenderweise gaben die Demokraten bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten ihre Stimmen dem Sozialdemokraten Geck und bekämpften damit ihren eigenen Parteiführer Heimburger, welcher seine Wahl also lediglich dem Zentrum und den Liberalen verdankt. Ebenso wählte der Freisinnige nicht Heimburger, sondern Geck. Die Vorgänge kennzeichnen einigermaßen die hier in den Parteien herrschenden Zustände.

Wie ich höre, ist der Empfang der Kammermitglieder im Schloß sehr befriedigend verlaufen, außer den Sozialdemokraten und Kranken waren sämtliche Vertreter beider Häuser erschienen. Sowohl die großherzoglichen Herrschaften wie Prinz und Prinzessin Max nahmen Anlaß, jeden einzelnen der Geladenen freundlich anzureden.

In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer[2] gedachte Präsident Fehrenbach in längerer geschickter und beifällig aufgenommener Rede des hochseligen Großherzogs und begrüßte den neuen regierenden Herrn mit ehrfurchtsvollen Worten, das Haus einschließlich der Sozialdemokraten hörte die Rede stehend an. Der Präsident fand allgemeine Zustimmung, als er vorschlug, für den Kammervorstand eine Audienz beim Großherzog nachzusuchen, um S. K. H. „der treuesten Ergebenheit seines Volkes und der Ständekammer zu versichern". Demnächst erfolgte die Vorlage des Budgets für die Jahre 1908 und 1909, das der Finanzminister Honsell eingehend erläuterte.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 11, Ausf.; Marg.: „v. S. M. in Berlin 4./12.; 6./12. Min. d. Inn."

[1] Nr. 1055.

[2] 3. Sitzung II. Kammer vom 28. Nov. 1907.

1058. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 29. November 1907

Ew. D. habe ich die Ehre, hierneben den amtlichen Bericht über den Vortrag des Präsidenten des badischen Finanzministeriums in der Zweiten Kammer, betreffend den Staatsvoranschlag für die Jahre 1908 und 1909, gehorsamst vorzulegen.[1]

Der klare und übersichtliche Vortrag des Herrn Honsell, welcher erst vor Jahresfrist das Finanzressort übernahm, findet allgemeinste Anerkennung. Die finanzielle Lage des Landes erscheint im ganzen noch leidlich günstig; im ordentlichen Etat ist ein mäßiger Überschuß zu verzeichnen, der indessen zur Begleichung der außerordentlichen Ausgaben nicht hinreicht. Die geplante Besserstellung der Staatsbeamten stellt hohe Anforde-

rungen, die noch nicht genau zu übersehen sind, und große Bahnhofsbauten nehmen das Eisenbahnbudget sehr stark in Anspruch.

Mit Beginn des kommenden Jahres wird die neue Vermögensteuer[2] an die Stelle der bisherigen Ertragssteuern treten; um ein gleichwertiges Ergebnis zu liefern, schlägt Herr Honsell vor, den schon jetzt zu bestimmenden Steuersatz auf 12 Pfennig für hundert Mark Steuerkapital zu erhöhen, dieser Satz soll zugleich eine Abschaffung der Fleischsteuer ermöglichen, welche außer in Baden zur Zeit nur noch im Königreich Sachsen und in Sachsen-Altenburg besteht.

Bei dem offenbar zu erwartenden und schon jetzt sehr bemerkbaren Nachlassen der wirtschaftlichen Hochkonjunktur hält der Minister die Aussichten in der nahen Zukunft für wenig erfreulich. Ganz besonders hebt er die finanziellen Beziehungen zum Reiche als ungemein erschwerend und nachteilig hervor; die Reichsfinanzreform[3] des vorigen Jahres habe sich als gänzlich unzureichend erwiesen und lege dennoch den Einzelstaaten schwere Opfer auf. Der Fehlbetrag im Reichshaushaltsetat scheine zum chronischen Übel zu werden; es sei unbedingt nötig, dem Reiche weitere Einnahmequellen zu erschließen und die Matrikularbeiträge der Einzelstaaten in eine Norm zu bringen, mit der man rechnen könne.

Ich darf bemerken, daß namentlich diese Darlegungen des Herrn Honsell in der hiesigen Presse Beachtung finden.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 35 Bd. 2, Ausf.; Marg.: „3./12. Fin. Min."

[1] 2. Sitzung II. Kammer vom 28. Nov. 1907, in: Karlsruher Zeitung (Beilage), Nr. 328 vom 29. Nov. 1907.

[2] Nr. 1006 Anm. 3.

[3] Das Gesetz zur Reichsfinanzreform (3. Juni 1906) erhöhte die Brau- und die Stempelsteuer und führte die Zigarettensteuer ein. Die Erbschaftssteuer wurde als Gemeinschaftssteuer zwischen dem Reich (2/3) und den Bundesstaaten (1/3) aufgeteilt (Vgl. *Witt* S. 94 ff.).

1059. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 1. Januar 1908

Der badische Landesausschuß des Flottenvereins hat in einer schon Mitte Dezember beschlossenen Erklärung[1] sehr entschieden gegen die Wahl des General[s] Keim zum geschäftsführenden Vorsitzenden Stellung genommen.[2] Anfangs wurde vermutet, daß die Erklärung die Billigung S. K. H. des Großherzogs erfahren habe, was indessen die „Karlsruher Zeitung" autoritativ dementierte. Der „Schwäbische Merkur" nahm demnächst Anlaß, die badische Kundgebung sehr scharf zu kritisieren und den Standpunkt der Zentralleitung energisch zu vertreten.

Nach meinen Eindrücken ist hier sowohl bei Hofe wie im Flottenverein die Stimmung eine ziemlich unnötig erregte. Im Interesse der Sache wäre eine kühlere Auffassung erwünscht. Die veröffentlichte Erklärung hatte jedenfalls keine Eile, und es war meines Erachtens kaum nützlich, hier gleich mit solcher Schärfe hervorzutreten.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 138 Nr. 5 Bd. 2, Ausf.; Marg.: „v. S. M. 5./1.; I. mitget. mit Schr. 8./1. Hofmarschall d. Prinzen Heinrich v. Preußen, II. mitget. mit Schr. 8./1. R. Mar. Amt".

[1] Süddeutsche Reichskorrespondenz (Sonderausgabe) vom 14. Jan. 1908 (Vgl. 1060).

[2] Ein im Febr. 1907 veröffentlichter Briefwechsel zwischen der Reichsregierung und General Keim bewies dessen erbitterte Feindschaft gegenüber dem Zentrum, worauf vor allem im bayer. Landesverband des Deutschen Flottenvereins Massenaustritte von katholischen Mitgliedern erfolgten. Als dieser am 29. Nov. 1907 zum Geschäftsführenden Vorsitzenden gewählt wurde, legte Prinz Rupprecht von Bayern das Protektorat über den Landesverband nieder und trat aus dem Flottenverein aus. Da Bayern vom elsässischen, badischen und dem Berliner Landesverband unterstützt wurde, forderte der um die Einheit des Gesamtvereins besorgte Kaiser General Keim zum Rücktritt auf.

1060. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 14. Januar 1908

Der badische Landesverband des Deutschen Flottenvereins hat in einer gestern hier abgehaltenen Versammlung einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: „Der badische Landesverband des Deutschen Flottenvereins ist mit dem weiteren Verbleiben des Herrn General[s] z. D. Keim in der Stellung eines geschäftsführenden Vorsitzenden des Flottenvereins nicht einverstanden und beauftragt seine Delegierten, zur Hauptverhandlung in Kassel in diesem Sinne tätig zu sein".[1]

Der verdiente Vorsitzende des badischen Verbandes Schloßhauptmann v. Stabel[2] richtete an die Versammelten eine warm empfundene Ansprache, in welcher er namentlich des verewigten Großherzogs gedachte.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 138 Nr. 5 Bd. 2, Ausf.; Marg.: „v. S. M. 16./1.; U. R. 21./1. Ziv. Kab., Mar. Kab., R. Mar. Amt".

[1] Vgl. Nr. 1059. Auf Veranlassung des Kaisers erklärte Keim auf der ao. Hauptversammlung des Flottenvereins in Kassel am 19. Jan. 1908 seinen Amtsverzicht.

[2] Stabel, Julius v. (1839–1915), 1859 Leutnant im Leibgrenadier-Rgt., 1864 Ordonnanzoffizier beim Großherzog, 1871 Hauptmann und Kompagniechef eines preuß. Infanterieregiments, 1873 Verabschiedung, 1880 Major, 1883 Kommandant des 3. Gendarmeriedistrikts, 1889 Oberstleutnant, 1893 Ruhestand, 1895 Kammerherr, 1902 Schloßhauptmann, 1908 Oberhofmeister der Großherzogin Luise (Exzellenz), zugleich Vorsitzender des bad. Landesverbands des Deutschen Flottenvereins (AV; PA-GLA).

1061. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 24. Januar 1908

Vorlage des Amtlichen Berichts über die Verhandlungen der Zweiten Kammer vom 22. d. Mts.[1] Bei der allgemeinen Etatdebatte richtete der Zentrumsführer Landgerichtspräsident Zehnter ziemlich überraschenderweise scharfe Angriffe gegen den Staatsminister v. Dusch und den gegenwärtigen wie den früheren Minister des Innern.[2] Er behauptete, Dr. Schenkel und mit ihm der Staatsminister trage einen Teil der Verantwortung für das Stichwahlabkommen der Liberalen mit den Sozialdemokraten, beide Herren hätten auch die Inquisition gegen die katholische Geistlichkeit in Szene gesetzt, und endlich habe Herr v. Dusch bei der letzten Reichstagswahl durch einen Wahlerlaß[3] an die

Beamten Wahlmache getrieben. Herr v. Bodman wurde getadelt, weil er anläßlich der Präsidentenwahl in der Kammer die konservative Parteileitung zu bestimmen versucht habe, den nationalliberalen Kandidaten zu wählen.[4] Dem Finanzminister sprach Herr Zehnter das volle Vertrauen des Zentrums aus. Im Hinblick auf die Wünsche nach Besserstellung der katholischen Geistlichen scheint solche Vertrauenskundgabe verständlich, ob sie dem zwar katholischen, aber sehr charakterfesten Dr. Honsell gegenüber besonders wirken wird, bleibt allerdings mehr als fraglich. Der Zentrumsführer spendete weiter den Konservativen dankbare Anerkennung für ihre zentrumsfreundliche Haltung, während er die liberalen Parteien sämtlich recht abfällig kritisierte.

Sowohl der nationalliberale wie der Zentrumssprecher erklärten sich im allgemeinen mit der im Budget vertretenen Finanzpolitik der Regierung einverstanden, was Herr v. Dusch mit Befriedigung konstatierte. Auf die spöttische Bemerkung Zehnters, daß der Block die Reichsfinanzreform ja leicht erledigen werde, erwiderte der Staatsminister sehr richtig, was denn bezüglich dieser Reform erledigt worden sei in der Zeit, als das Zentrum eine ausschlaggebende Stellung im Reichstage eingenommen habe. Darauf Heiterkeit, Widerspruch, Lärm und Glocke des Präsidenten, welcher bittet, den Redner nicht zu unterbrechen. Der Staatsminister ging dann auf einzelne Punkte des Finanzgesetzentwurfes näher ein und wies in sehr maßvoller, eindrucksvoller Weise die verschiedenen Vorwürfe Zehnters zurück, indem er sein und seiner Kollegen Verhalten als durchaus begründet rechtfertigte.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 11, Ausf.; Marg.: „Im Preßreferat zgK."

[1] 16. Sitzung II. Kammer vom 22. Jan. 1908, in: Karlsruher Zeitung (Beilage), Nr. 26 vom 24. Jan. 1908.

[2] Teilw. gedr. *Kremer*, Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht S. 67ff.

[3] Nr. 1026 Anlage.

[4] Vgl. *Thiel* S. 59.

1062. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 27. Januar 1908

Die Fortsetzung der allgemeinen Etatdebatte in der badischen Zweiten Kammer am 24. d. Mts. wurde durch zwei Reden vollständig ausgefüllt. Der nationalliberale Führer Dr. Binz sprach fast drei Stunden, der Sozialist Kolb, Redakteur des Volksfreund, circa zwei Stunden.

Binz ermüdete die Kammer sichtlich, während man nachher Kolb allgemeine Aufmerksamkeit schenkte. Der frühere Malergeselle spricht besser als die meisten Redner des Hauses und ist sachlich auffallend gut orientiert. Er stellte sich ganz auf den Standpunkt des Revisionismus und erklärte Gewaltmaßregeln zur Erreichung der sozialdemokratischen Ziele für verkehrt. Vom Präsidenten unterbrochen wegen kritischer Bemerkungen über das preußische Wahlrecht, meinte er, zwar teile er die Ansicht des Herrn Präsidenten nicht, füge sich aber. Der Staatsminister lehnte es nachher ausdrücklich ab, auf die Erörterung der Frage des preußischen Wahlrechtes irgendwie einzugehen.

Vorgestern verdiente der längere Vortrag des Finanzministers besondere Beachtung.

Herr Honsell gab einen historischen Überblick über die badischen Finanzen, der kaum klarer und eindrucksvoller hätte sein können.

Demnächst kam der neue Minister des Innern zum ersten Male zu Wort und wehrte sich gegen die Angriffe des Zentrums und der Sozialdemokraten in Ruhe und Sachlichkeit mit stellenweise feinem, vornehmen Humor, er besitzt ein ungemein wohlklingendes Organ und eine sehr nützliche Kaltblütigkeit.

Vorlage der Amtlichen Berichte über die beiden Verhandlungen.[1]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 11, Ausf.; Marg.: „31./1. Finanzmin., Min. d. Inn."

[1] 17./18. Sitzung II. Kammer vom 24./25. Jan. 1908, in: Karlsruher Zeitung (Beilage), Nr. 28/30 vom 26./28. Jan. 1908.

1063. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 7. Februar 1908

Im Anschluß an die allgemeine Finanzdebatte ist am 3. d. Mts. in der badischen Zweiten Kammer[1] die sozialdemokratische Interpellation, betreffend das Verhalten der Großherzoglichen Regierung gegenüber dem Genossen Schäufele[2], beantwortet und besprochen worden.

Der Genannte, Former in der Eisenbahnwerkstätte, war hier als Stadtverordneter gewählt worden, verzichtete aber auf das Mandat, als ihm die Eisenbahndirektion eröffnete, es stehe ihm zwar frei, die Wahl anzunehmen, aber er habe Kündigung zu gewärtigen, wenn er nicht seinen Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei erkläre oder falls er im Dienste dieser Partei sich ferner öffentlich betätige; er zog es vor, aus der Partei auszutreten und im staatlichen Dienste zu verbleiben.

Der Vorgang wurde dann in der Presse lebhaft erörtert und von den sozialdemokratischen Blättern zu heftiger Anklage gegen die Regierung benutzt. Namens der Regierung verlas der Chef des Eisenbahnressorts Freiherr v. Marschall in Beantwortung der von dem sozialdemokratischen Führer Geck begründeten Interpellation eine rechtfertigende Erklärung in der Kammer mit weiteren erläuternden Ausführungen. In der darauffolgenden Besprechung traten nur die Konservativen entschieden auf die Seite der Regierung; das Zentrum erklärte seinen Standpunkt in einigermaßen zweideutiger gewundener Sprache, während Demokraten, Freisinnige und Nationalliberale das Verhalten der Regierung als ungerecht und als schweren politischen Mißgriff oder Fehler tadelten. Charakteristischerweise behauptete der Abgeordnete Geck, dieses Verhalten sei auf preußische Einwirkung zurückzuführen, eine Unterstellung, die Herr v. Marschall sowohl wie der Staatsminister energisch zurückwiesen.

Die ziemlich unerwartete Parteinahme der nationalliberalen Fraktion für die Interpellanten hatte anscheinend besondere Gründe; im Wahlkreise Schopfheim steht eine Ersatzstichwahl für den verstorbenen nationalliberalen Abgeordneten unmittelbar bevor[3], dazu braucht man gegen das Zentrum die wenigstens passive Unterstützung der Sozialdemokraten, wollte wohl deshalb diesen in der Schäufele-Angelegenheit nicht entgegentreten.

Ew. D. darf ich den Amtlichen Bericht über die den Fall Schäufele betreffende

Kammerverhandlung hier gehorsamst anschließen[4] und dazu bemerken, daß Staatsminister v. Dusch in der Sitzung vom 5. d. Mts.[5] nochmals die Behauptung Gecks von einer preußischen Einwirkung für absolut unzutreffend erklärte.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 11, Ausf.; Marg.: „11./2. Min. d. Inn."

[1] 24. Sitzung II. Kammer vom 3. Febr. 1908.

[2] Die Interpellation verlangte von der Regierung Auskunft darüber, weshalb sie unterlassen hatte, die staatsbürgerlichen Rechte Schäufeles – entsprechend seiner politischen Überzeugung das Stadtverordnetenmandat ungehindert annehmen zu können – zu schützen (Gedr. *Kolb*, Landtag 1907/08 S. 34). Vgl. Nr. 1045.

[3] Nr. 1064.

[4] Karlsruher Zeitung (Beilage), Nr. 41 vom 5. Febr. 1908.

[5] 26. Sitzung II. Kammer vom 5. Febr. 1909.

1064. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 11. Februar 1908

Im badischen Landtagswahlkreise Schopfheim-Schönau ist in der Stichwahl der jungliberale Landwirtschaftsinspektor Ries als Nachfolger des verstorbenen nationalliberalen Oberschulrats Weygoldt[1] gegen den bündlerisch-ultramontanen Kandidaten Oswald[2] Sieger geblieben. Die Ersatzwahl erregte namentlich deshalb allseitig großes Interesse, weil der Zentrumsführer Wacker selbst an Ort und Stelle alle Hebel in Bewegung setzte, um den bündlerischen Bürgermeister Oswald durchzubringen, dessen Vergangenheit und Persönlichkeit ihn beiläufig als durchaus ungeeignet erscheinen lassen; er war früher liberal und hatte dann als Kandidat geäußert, er werde der freien Vereinigung beitreten, eine Fraktion, die in der badischen Kammer überhaupt nicht existiert.

Leider ist nun der liberale Sieg nur mit Hilfe der Sozialdemokratie ermöglicht worden, die nach vertraulichem Benehmen mit der liberalen Parteileitung in der Stichwahl die eigene Kandidatur aufgaben und ihren Wählern Stimmenthaltung empfahlen, aber sie gleichzeitig instruierten, keinenfalls Oswald zu wählen. Die Liberalen verfolgten also die gleiche verwerfliche Taktik wie bei den Stichwahlen im Oktober 1905. Angeblich hat aber auch das Zentrum unter Wackers und Schofers Ägide sich die größte Mühe gegeben, unterderhand bei den „Genossen" für Oswald zu werben.[3]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 11, Ausf.; Marg.: „Im Preßreferat zgK."

[1] Weygoldt, Georg Peter Dr. (1844–1907), seit 1863 im bad. Schuldienst, seit 1870 ev. Geistlicher, 1872 Diakonatsverweser, dann Leiter der Höheren Bürgerschule in Weinheim, 1875 Kreisschulrat in Lörrach, 1889 in Karlsruhe, 1894 Oberschulrat, Geh. Rat, NL, MdL 1889–1907 (AV; PA-GLA).

[2] Oswald, Ernst Friedrich (1865–1938), Landwirt in Raitbach, 1904–1913, 1922–1933 Bürgermeister, BdL-Parteigänger (Frdl. Auskunft d. Ortsverwaltung Raitbach). Die Hauptwahl fand am 31. Jan., die Stichwahl am 8. Febr. 1908 statt.

[3] Bad. Landeszeitung, Nr. 66 vom 10. Febr. 1908.

1065. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 20. Februar 1908

Bei der Debatte über den Etat des Ministeriums des Innern in der badischen Zweiten Kammer, die noch fortdauert, hat vor einigen Tagen der Minister Freiherr v. Bodman sehr sachlich und wirkungsvoll den Sozialdemokraten die Wahrheit gesagt. Er vertrat den Standpunkt, daß ein Sozialdemokrat nicht Staatsbeamter sein könne und wies erfolgreich den beleidigenden Vorwurf zurück, daß die „Genossen" als Bürger zweiter Klasse und anders behandelt würden als die Mitglieder der übrigen Parteien.

Vorlage des Berichts über die beiden Sitzungen vom 17. und 18. d. Mts.[1] *und Kennzeichnung der betreffenden Stellen von Bodmans Rede sowie Äußerungen über die Schiffahrtsabgaben und die preußische Unbeliebtheit.*

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 11, Ausf.; Marg.: „24./2. Staatsmin."

[1] 32./33. Sitzung II. Kammer vom 17./18. Febr. 1908, in: Karlsruher Zeitung (Beilage), Nr. 57/58 vom 19./20. Febr. 1908.

1066. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 28. Februar 1908

Die Generaldebatte zum Budget des Ministeriums des Innern in der badischen Zweiten Kammer wurde am 25. d. Mts. zu Ende geführt. Die Verhandlungen verdienen und finden namentlich deshalb besondere Beachtung, weil der Minister Freiherr v. Bodman die Stellung der Regierung gegenüber den Parteien sehr geschickt sachlich und ruhig darlegte und damit auf allen Seiten des Hauses offenbar einen günstigen Eindruck erzielte.

Das nationalliberale Hauptorgan erklärt sich in einem „Klärung" überschriebenen Leitartikel mit der vom Minister eingenommenen Haltung einverstanden, und selbst von sozialdemokratischer Seite wird Herr v. Bodman als gerecht und vertrauenswürdig anerkannt, obgleich er die Genossen keineswegs schonte. Ich glaube, daß die Verhandlungen in der Tat eine gewisse Klärung herbeigeführt haben. Die Regierung wahrte fest, vornehm und höflich ihren Standpunkt über den Parteien und akzeptierte die ehrliche Mitarbeit zum Wohle des Landes von allen Parteien. Diese letzteren hätten zwar mit kürzeren Reden dem Lande wie ihren Zwecken wohl besser dienen können, indessen blieb der Ton in den sieben Sitzungen fast immer anständig und maßvoll, nur ganz vereinzelt rügte der Präsident einen allzu deutlichen Ausdruck. Es erregte einiges Aufsehen, als er gegen einen der Hauptredner seiner Partei (des Zentrums) energisch einschritt.

Nach meinem Empfinden hat vornehmlich das Zentrum in der Debatte wenig rühmlich abgeschnitten. Der Sozialdemokrat Kolb sagte den ultramontanen Herren sehr heilsame Wahrheiten und erregte ihren ganzen Zorn, als er die heimlichen Werbungen um sozialdemokratische Stimmen schlagend nachzuweisen sich erlaubte.[1] Er warf der gesamten Partei innere Unwahrhaftigkeit vor, ein Ausdruck, der große Entrüstung erregte, aber für das badische Zentrum wohl eine gewisse Berechtigung haben dürfte, es gelang den Fraktionsrednern auch nur sehr unvollkommen, die Partei reinzuwaschen.

Die Sozialdemokraten erklärten eindringlich alle Gewaltmittel zur Erreichung ihrer Ziele für ausgeschlossen und stellten sich ganz auf den revisionistischen Standpunkt. Im liberalen Lager beobachtete man den Genossen gegenüber große Zurückhaltung, die liberalen Angriffe galten fast ausschließlich dem Zentrum. Herr v. Bodman sagte mir am Schlusse der Debatte, er habe es als seine Pflicht betrachtet, einerseits das Verhältnis der Regierung zu den Parteien klar festzustellen, andererseits aber diesen möglichste Rücksicht und Höflichkeit entgegenzubringen, die Regierung verfüge eben derzeit über keine Mehrheit und müsse Unterstützung annehmen, wo sie solche finde.

Vorlage der Amtlichen Berichte über die drei letzten Verhandlungstage.[2]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 11, Ausf.; Marg.: „Im Preßreferat zgK."

[1] Vgl. Nr. 1064.

[2] 35.–37. Sitzung II. Kammer vom 22.–25. Febr. 1908, in: Karlsruher Zeitung (Beilage), Nr. 63, 65, 66 vom 25.–27. Febr. 1908.

1067. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 10. März 1908

Auf dem Parteitag der badischen Sozialdemokraten in Offenburg hielt am 8. d. Mts. der Mannheimer Abgeordnete Dr. Frank eine Rede über die politische Lage, in welcher er die Regierung und die Minister ziemlich scharf kritisierte. Er meinte, Herr v. Dusch habe kein Verständnis für die politischen und wirtschaftlichen Interessen, sei lediglich ein Geschäftsminister, Freiherr v. Bodman wolle vornehmlich ohne und gegen die Sozialdemokratie regieren, und Herr Honsell eigne sich ganz und gar nicht zum Finanzminister.

Der Redner protestierte dann gegen den preußischen Einfluß, das preußische Wahlrecht und jede Verschlechterung des Vereins- und Versammlungsrechtes. Es wurde beschlossen, einen Antrag in der Kammer einzubringen, nach welchem die politische Gesinnung kein Grund sein darf zur Entlassung oder Benachteiligung eines Beamten oder Arbeiters. Eine andere Resolution besagt, daß die Politik der Einzelstaaten im reaktionären Sinne durch Preußen beeinflußt werde, wo ein Klassenparlament regiere. In weiteren Beschlüssen befürwortete die Versammlung die Einführung des direkten, allgemeinen und geheimen Wahlrechtes für die Kreistags- und Gemeindewahlen.

Der Sitz des Landesvorstandes der Partei wird am 1. April d. J. von Offenburg nach Mannheim verlegt. Für das Oberland soll ein Parteisekretär in Freiburg in Funktion treten.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Europa Nr. 82 Nr. 1 Bd. 21, Ausf.; Marg.: „Im Preßreferat zgK."

1068. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 18. März 1908

Vertraulich! Ew. D. habe ich über die Parteiverhältnisse in Baden leider fast immer nur Unerfreuliches melden können. Auch jetzt scheint keinerlei Aussicht auf Besserung.

Die Nationalliberale Partei sieht andauernd mit fanatischem Eigensinn ihre Hauptauf-

gabe in der Bekämpfung des Zentrums, dieses Ziel macht sie vollständig blind für ein richtiges Verständnis der politischen Gesamtlage, sie gleitet immer mehr nach links, akzeptiert die Hilfe der Sozialdemokratie, wenn sie dem Zentrum damit momentan schaden kann wie im Herbst 1905 und bei der Schopfheimer Ersatzwahl, und scheint auf dem besten Wege, die sogenannte Großblockpolitik auch bei den nächsten Wahlen fortzusetzen. Es fehlt zwar im nationalliberalen Lager nicht an warnenden Stimmen gegenüber diesen zweifellos unheilvollen Tendenzen, so hat bereits längere Zeit der hiesige Korrespondent des „Schwäbischen Merkur" die Haltung der Nationalliberalen scharf verurteilt, und neuerdings sucht auch die „Konstanzer Zeitung" den Zug der Partei nach links zu bremsen, indessen ich fürchte, solche Warnungen werden wenig nützen. Jungliberale, Freisinn und Demokraten behalten im liberalen Block einstweilen Oberwasser, und in den altliberalen gemäßigten Kreisen fehlt die nötige Einsicht und Energie. Naturgemäß werden die schwachen konservativen und bündlerischen Elemente des Landes unter solchen Umständen dem Zentrum in die Arme getrieben, und eine Blockpolitik gegen dieses, wie das Reich sie braucht, ist für Baden zur Zeit gänzlich ausgeschlossen.

Man muß freilich zugeben, daß die hiesige klerikale Partei durch ihre innere Unwahrhaftigkeit, wie der „Genosse" Kolb in der Kammer zutreffend sagte, durch ihre gemeine Presse und die raffinierte Gewissenlosigkeit ihrer Politik den Haß des Liberalismus reichlich verdient, aber die Liberalen sollten begreifen, daß vornehme Kühle gegenüber den Gehässigkeiten und dem Kampfbedürfnis des Zentrums mehr nützt als ein fortwährender Sturm der Entrüstung. Die Sozialdemokratie profitiert durch die herrschenden Zustände gewissermaßen als Tertius gaudens, ist rücksichtslos und brutal nach beiden Seiten und hilft gelegentlich offen oder insgeheim, aktiv oder passiv, dem Meistbietenden, was ihren Zwecken dienlich erscheint.

Nichtbadische größere Blätter, wie die Kölnische, die Münchener Allgemeine und die Frankfurter Zeitung, bringen ab und zu je nach ihrem Standpunkte Korrespondenzen über die Lage hier, die sich oft in etwas langatmigen Betrachtungen ergehen und meines Erachtens nicht immer ganz zutreffen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 11, Ausf.; Marg.: „Im Preßreferat zgK."

1069. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 27. März 1908

Ganz vertraulich! Der bisherige Ordonnanzoffizier S. K. H. des Großherzogs Oberleutnant Freiherr Sigmund Göler v. Ravensburg[1] ist unter Verleihung des Charakters als Hauptmann a. D. nunmehr zum diensttuenden Kammerherrn I. K. H. der Großherzogin Hilda ernannt worden. Zugleich wurde der Schloßhauptmann Oberstleutnant a. D. v. Stabel Oberhofmeister I. K. H. mit dem Titel Exzellenz. Die erstere Ernennung wird fast allgemein scharf getadelt, da der Betreffende wenig Takt und kaum die für eine so wichtige Stellung nötigen Eigenschaften besitzen soll; er sieht außerordentlich jung aus, zählt indessen, wie ich höre, 38 Jahre, ist seit 15 Jahren Offizier. Der hochselige Großherzog hat sich mehrfach recht ungünstig über ihn geäußert und den Wunsch ausgesprochen, daß er nicht in den Hofdienst übernommen werden möge. Ebenso war

I. K. H. die Großherzogin Luise stets durchaus gegen seine Ernennung, und der Oberhofmarschall Freiherr v. Freystedt[2] soll seinetwegen zweimal erfolglos den Abschied erbeten haben. Unter solchen Umständen ist leider eine gewisse Verstimmung zwischen dem jungen Hof und der Großherzogin Luise eingetreten, I. M. die Königin von Schweden meint sogar, daß das neuerliche Unwohlsein Höchstihrer Frau Mutter teilweise durch diese und andere ähnliche Differenzen hervorgerufen sei. Offenbar haben die jungen Herrschaften bisher gegenüber der Großherzogin Luise wohl nicht immer die wünschenswerte Rücksicht gezeigt, einen Rat anscheinend überhaupt noch nie erbeten.

Man wird diese nicht gerade erfreuliche Lage vornehmlich auf den eigentümlich kühlen, zähen Charakter der regierenden Großherzogin zurückführen müssen, Höchstdieselbe weiß ihren Willen dem hohen Gemahl gegenüber stets durchzusetzen, damit wird in der Folge zu rechnen sein. Für politische Dinge interessiert sich I. K. H. bis jetzt wenig, in dieser Richtung glaube ich zunächst nicht an eine Geltendmachung ihres sonst maßgebenden Einflusses, obgleich vielfach behauptet wird, daß die immer noch etwas reichs- und preußenfeindliche Großherzogin Mutter von Luxemburg[3] eine starke Einwirkung auf die Tochter ausübe.

Herrn v. Stabels Ernennung findet allseitige Zustimmung, er ist ein grundvornehmer, gewissenhafter und liebenswürdiger Mann, von dem sich I. K. H. die Großherzogin Luise nur ungern getrennt hat. Auch als Vorsitzender des Flottenvereins in Baden verdient er alle Anerkennung.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 11, Ausf.

[1] Göler v. Ravensburg, Sigmund Anton Ferdinand Ravan Freiherr (1870–1951), 1893 Leutnant beim 1. bad. Leibgrenadier-Regiment Nr. 109, 1902 Oberleutnant und Ordonnanzoffizier des Erbgroßherzogs, 1908 Hauptmann und diensttuender Kammerherr der Großherzogin Hilda, dann Präsident der großherzoglich bad. Vermögensverwaltung (Frdl. Auskunft von Dr. Körner/NDB).

[2] Freystedt, Leopold Johann Karl Freiherr v. (1840–1917), 1859 Leutnant, 1866 Oberleutnant, 1871 Rittmeister, 1881 persönl. Adjutant des Fürsten zu Schwarzburg-Sonderhausen, 1885 Major und zur Disposition gestellt, Kammerherr und Hofmarschall des Erbgroßherzogs, 1902 Exzellenz, 1907 Oberhofmarschall (PA-GLA).

[3] Adelheid Prinzessin von Anhalt-Dessau (1833–1916), seit 1851 verheiratet mit Adolf von Nassau, seit 1890 Großherzogin von Luxemburg.

1070. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 9. Mai 1908

Heute werden in Konstanz die Delegierten der Jungliberalen Partei Badens über den vielerörterten und hier stark bekämpften Anschluß an den Reichsverband zu entscheiden haben.

Die Badische Landeszeitung[1], das offizielle Organ der Nationalliberalen Partei des Landes, bringt dazu den in der Anlage gehorsamst beigefügten mahnenden Leitartikel, der im wesentlichen die Situation wohl richtig kennzeichnet. Seit Jahren schon hatte ich zu berichten die Ehre, wie die Nationalliberale Partei des Landes durch mannigfaches Ungeschick, Uneinigkeit und Mangel an verständiger Führung an Einfluß und Bedeu-

tung immer mehr verlor. Trotz aller üblen Erfahrungen scheint man wenig gelernt zu haben, das verhängnisvolle offene Bündnis mit der Sozialdemokratie wird immer noch hartnäckig als taktische Notwendigkeit verteidigt, und der radikale Flügel, namentlich der Jungliberalen, wäre wohl nur allzu bereit, das Experiment zu wiederholen. Man gründet in verschiedenen Orten sogenannte liberale Volksvereine – ein Vorgang, der nur die Wirkung haben kann, Spaltungen und Verwirrung anzurichten. Alle einsichtsvollen liberalen Elemente bedauern ohne Zweifel diese Zustände und suchen die irregeleiteten Gesinnungsgenossen im Sinne einer zur Zeit einzig nützlichen Blockpolitik zu beeinflussen; daher die gewiß zeitgemäße und berechtigte Mahnung der Landeszeitung, man muß hoffen, daß sie Erfolg hat.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „Im Preßreferat zgK."

[1] Nr. 214 vom 8. Mai 1908 (Vgl. Nr. 1071).

1071. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 12. Mai 1908

Die Tagung der jungliberalen Vereine Badens in Konstanz hat eine Einigung über die Frage des Anschlusses an den Reichsverband nicht herbeigeführt. Die Ansichten waren geteilt, eine entscheidende Abstimmung soll auf schriftlichem Wege erfolgen und dürfte allem Anscheine nach zugunsten des Anschlusses ausfallen.[1]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „Im Preßreferat zgK."

[1] Bad. Landesbote, Nr. 108 vom 11. Mai 1908 (Vgl. Nr. 1070, 1087).

1072. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 1. Juni 1908

Bisher saßen 16 Sozialdemokraten unter den Stadtverordneten der badischen Residenz. Bei den soeben stattgehabten Neuwahlen der dritten Wählerklasse ist die Zahl auf 32 gewachsen.

Die Gründe für dieses bedauerliche Ergebnis liegen vornehmlich in der lauen Wahlbeteiligung der übrigen Parteien und in der neuerlichen Eingemeindung mehrerer meist von Arbeitern bewohnten Vororte. Die bürgerlichen Parteien hatten sich mit Not und Mühe auf eine gemeinsame Kandidatenliste geeinigt, sind aber dann offenbar großenteils der Urne ferngeblieben, weil infolge der hohen Umlagen überall starke Unzufriedenheit herrscht.

Die liberal-bürgerliche Mehrheit im Stadtregiment wird voraussichtlich bestehen bleiben, immerhin muß man auf ein bedeutendes Anwachsen des sozialdemokratischen Einflusses rechnen.

Im ganzen besteht das Kollegium aus einigen 90 Verordneten; die Wahlen in der zweiten Klasse ergaben einen Sieg der bürgerlichen Kandidaten, die erste Wählerklasse wird erst morgen wählen.

Ich darf hierbei gehorsamst bemerken, daß die Großherzogliche Regierung die Einführung des Proportionalsystems für die Gemeindewahlen in den größeren Städten in die Wege zu leiten beabsichtigt.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „5./6. Min. d. Inn."

1073. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 6. Juni 1908

Die seit sieben Tagen andauernde und noch nicht beendete Eisenbahndebatte in der Zweiten Badischen Kammer zeigt meines Erachtens namentlich, daß die Einführung des billigen Kilometerheftes und demnächst des Zweipfennigtarifs für die dritte Klasse der Personenzüge wenig opportun waren. Diese Konzessionen an die sogenannten Eisenbahnreformer gingen zu weit, und es fehlte die wünschenswerte Rücksicht auf andere Bahnen. Wenn man bei der hier ziemlich allgemein herrschenden, im Grunde höchst unberechtigten Abneigung gegen die vierte Klasse sich nicht zu deren Einführung entschließen konnte, so scheint der Zweipfennigtarif für eine neue IIIb Klasse doch ein etwas bedenklicher Ersatz. Der neuerliche Ausfall in den Einnahmen aus dem Personenverkehr ist lediglich darauf zurückzuführen. Da Württemberg, Hessen und die Reichslande die vierte Klasse führen, so ergaben sich allerdings für den Durchgangsverkehr naturgemäß große Unzuträglichkeiten, die ohne die vierte Klasse schwer anders zu beseitigen waren. Auf die Dauer dürfte aber der gegenwärtige Zustand kaum haltbar bleiben; das badische Eisenbahnnetz ist nicht groß genug und zu sehr vom Verkehr über die Grenzen abhängig, als daß man hier ganz selbständig und einseitig vorgehen könnte, das sieht wohl auch die Regierung mehr und mehr ein, aber sie kann gegen den engherzigen Partikularismus der Eisenbahnfanatiker schwer ankämpfen.

Abgesehen von zahlreichen Lokalwünschen nahmen in den bisherigen Verhandlungen die Tariffragen, die Fahrkartensteuer, die vierte Wagenklasse und die Arbeiterfürsorge einen sehr breiten Raum ein. Die Themata wurden namentlich von der radikalen Seite des Hauses in ungemein langen Reden erörtert; es scheint den meisten Herren Volksvertretern nicht gegeben, sich kurz zu fassen. Einige 50 Redner waren gemeldet, nicht ganz die Hälfte sind bis jetzt zu Worte gekommen, und doch möchte man das Verkehrsbudget vor Pfingsten erledigen.

Mehrfach erfolgten unliebsame Äußerungen in der badischen Z[weiten] Kammer über einen angeblichen Druck und vermeintliche Unfreundlichkeiten Preußens, Insinuationen, welche Freiherr v. Marschall gebührend zurückwies. Auch das Verbot des „Simplizissimus" auf den Bahnhöfen erfuhr durch den demokratischen Abgeordneten Venedey (Konstanz) scharfe Kritik, er trat eifrig für das boshafte Witzblatt ein und nahm dabei Anlaß, unter anderem von der Parole im China-Feldzug[1], der Tweedmouth-Affäre[2], der Hill-Angelegenheit[3] und „der lächerlichen Maskerade auf der Hohkönigsburg" (sic!) zu sprechen.

Der hier gehorsamst angeschlossene Leitartikel des offiziellen nationalliberalen Organs[4], überschrieben „Preußische Toleranz in Baden", sekundiert auffälligerweise dem Abgeordneten Venedey in der Simplizissimussache und tadelt die Großherzogliche Regierung wegen ihrer Nachgiebigkeit gegenüber Preußen.

Vorlage der Sitzungsberichte nach Schluß der Debatte.

Unter den der Kammer vorliegenden Anträgen fordert einer die gesetzliche Festlegung der Tarife, ein anderer die Beschränkung der Arbeitszeit, ein dritter Kündigung der Tarifreformverträge und allgemeine Einführung des Zweipfennigsatzes für die dritte Klasse.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 11, Ausf.; Marg.: „10./6. Arbeitsmin."

[1] Kaiser Wilhelms II. „Hunnenrede" (vgl. Nr. 1099 Anm. 2).

[2] Der Brief des Kaisers an den engl. Marineminister Lord Tweedmouth, der im Frühjahr 1908 in der Presse scharf kritisiert wurde (Schultheß 1908 S. 67f., 310f.).

[3] Vgl. Nr. 1099 Anm. 3.

[4] Bad. Landeszeitung, Nr. 259 vom 5. Juni 1908.

1074. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 15. Juni 1908

Die im Lande vielgelesene badische Zentrumspresse, voran der Beobachter, macht es sich neuerdings zur Aufgabe, unsere auswärtige Politik[1] sehr scharf zu kritisieren. Wenn die eigenen Mitarbeiter keine Artikel liefern, werden Äußerungen fremder Zentrumsorgane übernommen. *Vorlage eines Artikels.*[2]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 137 geheim Bd. 5, Ausf.; Marg.: „Im Preßreferat zgK."

[1] Das Auftreten des Deutschen Reichs auf der Zweiten Haager Konferenz und die gescheiterten deutsch-englischen Verhandlungen zur Flottenbegrenzung.

[2] Bad. Beobachter, Nr. 133 vom 12. Juni 1908. In einem Runderlaß an die preußischen und deutschen Gesandtschaften vom 25. Juni 1908 führte Bülow „ein gutes Teil der Mißstimmung" des Auslandes „auf Manifestationen unserer Presse und öffentlichen Meinung" zurück (Gedr. *Große Politik* Bd. 25 Nr. 8820; *Behnen* S. 401 ff.).

1075. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 15. Juli 1908

Die badische Zweite Kammer nahm gestern einstimmig einen Gesetzentwurf an, welcher eine Milderung der bestehenden früheren Gesetze über die rechtliche Stellung der Kirchen pp. im Staate enthält.[1]

Ew. D. darf ich den Antrag der Zentrumsfraktion auf Aufhebung der §§ 16b und 16c des Gesetzes vom 19. Februar 1874 sowie den vom Zentrumsabgeordneten Büchner[2] erstatteten Bericht der Sonderkommission hierneben gehorsamst vorlegen.[3] An der Zustimmung der Ersten Kammer ist anscheinend nicht zu zweifeln, die Änderung des Gesetzes vom 19. Februar 1874 dürfte also in der dem Kommissionsantrage entsprechenden Form in Kraft treten.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 9, Ausf.; Marg.: „21./7. Kultusmin."

[1] In der 104. Sitzung II. Kammer vom 14. Juli 1908 wurden die §§ 16a, c ersatzlos gestrichen, § 16b dagegen weitgehend beibehalten (Gedr. *Schofer*, Landtag 1907/08 S. 94ff.; vgl. Nr. 1001).

[2] Büchner, August Karl Anton (1868–1953), seit 1890 in der bad. Justizverwaltung, 1897 Sekretär am Landgericht Waldshut, 1898 Amtsrichter in Meßkirch, 1899 in Emmendingen, 1902 Oberamtsrichter, 1902 in Gengenbach, 1911 in Villingen, Z, MdL 1903–1912, 1917 Amtsgerichtsrat in Konstanz, zuletzt Oberamtsrichter, 1933 Ruhestand (AV; Frdl. Auskunft von Herrn Büchner/Konstanz).

[3] Beilage zum Protokoll der 102. öffentlichen Sitzung II. Kammer vom 11. Juli 1908, 2. Beilageheft 1907/08 S. 191ff.

1076. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 19. Juli 1908

Vertraulich. Die Redseligkeit der badischen Herren Volksvertreter wird kaum vor Mitte August einen Schluß des Landtages ermöglichen, und auch dann dürften verschiedene Vorlagen kaum ihre Erledigung finden. Die Regierung wollte am 8. August schließen, aber der Termin bleibt vorläufig unentschieden. In sehr verständiger Weise ermahnte vor einigen Tagen der Zentrumsabgeordnete Zehnter das Haus unter Hinweis auf den Reichstag und auf Preußen, die Arbeiten zu beschleunigen, namentlich das Budget zeitiger durchberaten. Die Dauer der Tagung ist von Session zu Session stetig gewachsen, früher wurde das Budget oft schon bis Ende März fertiggestellt, das kommt seit Jahren nicht mehr vor. In Abgeordnetenkreisen wünschte man, jetzt eine Pause zu machen und im Herbst nochmals zusammenzutreten, die Regierung lehnte indessen diesen Vorschlag entschieden ab. Die nunmehr acht Monate währenden Verhandlungen zeigen meines Erachtens, daß die Fraktionen und Redner vorwiegend unter dem Einfluß der im November 1909 vorzunehmenden Neuwahlen stehen. Bei der vierjährigen Mandatsdauer mit zwei Sessionen wirkt in der ersten der vergangene Wahlkampf noch nach, in der zweiten treten Rücksichten auf die kommenden Wahlen deutlich zutage. Viele Reden gelten mehr den Wählern als der sachlichen Erledigung der Tagesordnungen. Demgegenüber verdient die Arbeit der Kommissionen und Berichterstatter vollste Anerkennung, auch ist mit Befriedigung zu konstatieren, daß der Ton der Debatten im ganzen ruhiger und besser war als sonst.

Die Erste Kammer bewältigte ihre Aufgaben rasch und sachgemäß in verhältnismäßig wenigen Sitzungen. Das gesamte Budget kann man jetzt als genehmigt betrachten, in der Zweiten Kammer herrschte eher die Tendenz, mehr zu verlangen als Abstriche vorzunehmen, auch einzelne Nachtragsforderungen der Regierung werden ohne Zweifel bewilligt werden. Ebenso steht die endgültige Erledigung der umfangreichen, wichtigen Beamtenvorlage mit dem neuen Gehaltstarif in naher Aussicht. Die Regierung hat nur noch der von beiden Häusern beantragten Erhöhung des Anfangsgehaltes einer Beamtenkategorie zuzustimmen, was sie voraussichtlich ohne Bedenken tun wird.

Die Frage der Besserstellung der Geistlichen und der eventuellen Erhöhung der Kirchensteuer veranlaßte kürzlich noch eine kleine kulturkampfartige Diskussion. Regierung und Liberale vertreten im Prinzip den Standpunkt, daß die Kirchensteuer die nötigen Mittel zur Aufbesserung der Pfarrer liefern müsse, gewähren aber den Kirchen auf fünf weitere Jahre die bisherige Staatsdotation. Zentrum und Konservative befürworten Erhöhung des Staatszuschusses, darum handelte es sich. Die Zweite Kammer nahm

nun sowohl die Hinaufsetzung der Höchstgrenze der Kirchensteuer wie auch die Staatsbeiträge in der bisherigen, von der Regierung vorgeschlagenen Höhe an, während die Erste Kammer in ihrem Kommissionsantrage für jede der beiden Hauptkirchen 150000 Mark mehr fordert; die Entscheidung steht also noch aus. Der Kultusminister tadelt in der Sache das inkorrekte Verfahren des Berichterstatters der Ersten Kammerkommission, Freiherr v. LaRoche[1], der sich ohne sein Vorwissen vom Evangelischen Oberkirchenrate direkte Informationen erbat, auch ein unberechtigter Angriff des Freiherrn v. Stotzingen in derselben Kammer berührte ihn wenig angenehm. Er bedauert sehr mit allen einsichtsvollen Herren der Regierung die unverständige Haltung der Konservativen und Bündler, die ohne fähige Führer lediglich nach der Pfeife des Zentrums tanzen; bei dem Eigensinn und Ungeschick des Liberalismus scheint ihm eine demnächstige ultramontan-konservative Mehrheit in der Kammer durchaus wahrscheinlich. Nicht minder beklagt der Minister, wie alle seine Kollegen, die törichte Preußenhetze einiger demokratischer Heißsporne und ihrer Preßorgane.

Folgende wichtigere Gesetzentwürfe harren noch der Erledigung, sie betreffen: das Enteignungsverfahren, die Irrenfürsorge, das Ortsstraßenregulativ, die Kosten der freiwilligen Gerichtsbarkeit pp., das Polizeistrafgesetz, das Forstgesetz, die Hagelschäden, den Waffengebrauch der Gefängnisbeamten, die Dienstreisen der Beamten, das Hinterlegungswesen, die Verkehrssteuer und das Wasserrecht.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 12, eig. Ausf.; Marg.: „23./7. R. M. d. Innern, Min. d. Innern, Kult. Min."

[1] LaRoche-Starkenfels, Udo Karl Wilhelm Johannes Freiherr v. Dr. jur. (1859–1942), Grundbesitzer in Wieblingen/Heidelberg, seit 1882 im bad. Justizdienst, 1891 Amtsrichter in St. Blasien, 1894 Kammerjunker, 1896 Oberamtsrichter in Oberkirch, 1898 in Heidelberg, 1898 Kammerherr, MdL (I. K.) 1903–1918, Mitglied des konservativen Landesausschusses in Baden und 1913 geschäftsführender Vorsitzender der Konservativen Partei Badens, dann Amtsgerichtsdirektor (AV; frdl. Auskunft von Dr. Körner/NDB).

1077. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 25. Juli 1908

Voraussichtlich wird der Badische Landtag am 14. August durch den Staatsminister geschlossen werden. Der Minister hofft, daß bis auf etwa sechs oder sieben die Gesetzesvorlagen der Regierung noch ihre Erledigung finden. Die Volksvertreter müssen zunächst als wichtigste Aufgabe die Mittel für die Durchführung des neuen Beamtengesetzes bereitstellen, und zwar kann das nach Ansicht der Regierung verständigerweise nur durch eine Erhöhung der Steuern geschehen. Die Kammer zeigt nun wenig Neigung zu einer solchen naturgemäß unpopulären Maßregel, sie würde eine Heranziehung der Betriebsüberschüsse und Amortisationskasse vorziehen, darauf wird indessen die Regierung keinenfalls eingehen. Mit Recht sagt mir Herr v. Dusch, er könne unmöglich das neue Beamtengesetz seinem Gnädigsten Herrn zur Unterschrift vorlegen, solange die zur Durchführung nötigen Mittel nicht auf gesunder finanzieller Basis zur Verfügung stehen. In runder Summe handelt es sich um etwa zwei Millionen.

Die Regierung hat die Beantwortung einer Interpellation der Sozialdemokraten abgelehnt, welche sich auf die angeblich im Reiche in Aussicht genommene Elektrizitätssteuer bezieht und diese als eine Gefährdung wichtiger Volks- und Staatsinteressen hinstellt. Die Interpellanten wollen angeblich nochmals auf eine Antwort dringen, sie glauben in Übereinstimmung mit mehrfachen Preßäußerungen, der Süden werde von dieser Steuer weit mehr betroffen als die nördlichen Bundesstaaten.[1]

Die Anträge, betreffend eine Änderung der Gemeinde- und Städteordnung im liberalen und radikalen Sinne, standen gestern in der Kammer zur Erörterung.[2] Die Kommission beantragte für die nächste Session Vorlegung eines Gesetzentwurfes, welcher im wesentlichen eine Erweiterung der Befugnisse der Stadtverordneten und die Einführung des Proportionalverfahrens für die Wahlen der Stadträte und Stadtverordneten vorsieht; weitergehende sozialdemokratische Anträge fanden in der Kommission keine Mehrheit. Der Minister Freiherr v. Bodman äußerte sich im allgemeinen entgegenkommend, widerlegte aber in sachlicher Weise die übertriebenen Forderungen der extremen Linken. Die Süddeutsche Reichskorrespondenz gibt seine Darlegungen ziemlich ausführlich wieder. Die gestern verschobene Abstimmung im Hause dürfte eine Annahme des Kommissionsantrages ergeben.

Für die Wasserkraftanlage im Murgtal liegt der Zweiten Kammer eine Nachtragsforderung von 50000 M[ark] als erste Rate vor.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 12, Ausf.

[1] Vgl. Nr. 1078.
[2] 111. Sitzung II. Kammer vom 24. Juli 1908.

1078. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 31. Juli 1908

Nachdem die Großherzogliche Regierung es abgelehnt hatte, die Interpellation der Sozialdemokraten in der Zweiten Kammer, betreffend die angeblich geplante Elektrizitätssteuer, zu beantworten, entstanden im Hause Zweifel darüber, ob unter solchen Umständen eine Besprechung der Interpellation noch zulässig sei. Der Präsident verneinte diese Frage und verwies die Interpellanten auf den Weg des Antrages, der seitdem unter Zurückziehung der Interpellation eingebracht, gestern besprochen und gegen die Stimmen der Nationalliberalen angenommen wurde. Die Kammer ersucht darin die Regierung, im Bundesrate gegen jede Besteuerung von Elektrizität und Gas zu stimmen. Das Zentrum trat teilweise für den Antrag ein, 15 Zentrumsmitglieder mit den 3 Konservativen enthielten sich der Abstimmung.

Finanzminister Dr. Honsell erklärte energisch, die Regierung sei verpflichtet, über die neuen Steuerprojekte strenges Stillschweigen zu beobachten, sie werde sonst gerne der Kammer über ihre Stellung im Bundesrate Mitteilung machen soweit es die bundesrechtlichen und staatlichen Interessen zulassen.

Der Minister wies auch eine Behauptung des sozialdemokratischen Abgeordneten Kolb zurück, nach welcher ein gemeinsames Vorgehen der süddeutschen Staaten gegen die Steuer eingeleitet sei. Ich darf einen Bericht der „Kölnischen Zeitung“[1] über die den

gleichen Gegenstand behandelnde Eingabe der Mannheimer Handelskammer hier gehorsamst anschließen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 103 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „6./8. R. Schatz-Amt".

[1] Nr. 807 vom 30. Juli 1908.

1079. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 3. August 1908

S. K. H. der Großherzog sprach mir gestern mit besonderer Befriedigung von dem überaus freundlichen Empfange, der ihm und der Großherzogin kürzlich in München zuteil wurde; die beiden Tage seien zwar etwas anstrengend gewesen, namentlich wegen der herrschenden großen Hitze, indessen habe man alle Veranstaltungen vortrefflich arrangiert. Das Befinden des greisen Prinzregenten lasse augenscheinlich nichts zu wünschen, der hohe Herr zeige eine erstaunliche Rüstigkeit.

Der Großherzog erwähnte sodann die Reichsfinanzen und betonte mit Nachdruck, daß deren gesunde Reform unbedingt durchgesetzt werden müsse[1], so gut wie unsere Nachbarn sollte auch das Reich imstande sein, aus der Besteuerung wichtiger Verbrauchsprodukte wie Tabak und Alkohol den größten Teil seiner Ausgaben zu decken, das erfordere zweifellos Opferwilligkeit von allen Seiten, aber ohne solche sei überhaupt eine verständige Reform nicht möglich.[a] Als ich auf die eventuelle Einführung einer Quittungssteuer hinwies, die mir eminent praktisch und wenig drückend erscheine, auch offenbar alle Bundesstaaten gleichmäßig treffe, stimmte S. K. H. dem zu.[b]

Die großherzoglichen Herrschaften werden von heute ab für längere Zeit in Badenweiler Aufenthalt nehmen, im September denkt dann der Großherzog an den Manövern teilzunehmen, und die Großherzogin geht nach Hohenburg. I. K. H. die Großherzogin Luise empfing mich ebenfalls vorgestern mit meiner Frau vor ihrer Abreise nach Stockholm, Höchstdieselbe war aufrichtig erfreut, dort noch mit I. K. K. M. zusammenzutreffen. Leider sah die hohe Frau etwas elend aus, Höchstihr Befinden soll auch, wie ich höre, in letzter Zeit manchmal recht wenig gut gewesen sein.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 11, Ausf.; Marg.: „v. S. M. in Berlin 7./8.; mtg. 12./8. R. Schatzamt".

[a] Randnotiz Wilhelms II.: „Ja".

[b] Randnotiz Wilhelms II.: „Ja".

[1] Am 17. Juli 1908 sandte das Reichsschatzamt den Regierungen der Bundesstaaten die vorläufigen Entwürfe der Reichsfinanzreform. Baden stimmte am 3. Aug. 1908 zu (Vgl. *Witt* S. 243 ff.).

1080. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 7. August 1908

Die badischen Kammern arbeiten jetzt mit Hochdruck, um möglichst viele Gesetzesvorlagen noch zu erledigen und wenn irgend tunlich am 14. d. Mts. zu schließen. Prinz Max sagte mir gestern, S. K. H. der Großherzog werde den Schluß des Landtages nun doch wahrscheinlich Höchstselbst vornehmen. In der vielumstrittenen Frage der Bereitstellung der Mittel für den neuen Gehaltstarif der Beamten[1] steht eine für die Regierung annehmbare Entscheidung beider Häuser erfreulicherweise nunmehr in Aussicht. Eine unglaubliche Anzahl von Petitionen hat die Zeit der Volksvertreter neuerlich stark in Anspruch genommen, insbesondere bezogen sie sich auf Eisenbahnwünsche. Man hat berechnet, daß eine Berücksichtigung aller Bitten eine Ausgabe von ca. 250 Millionen Mark bedeuten würde.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „Im Peßreferat zgk."

[1] Am 12. Aug. 1908 trat die neue Gehaltsordnung der Beamten in Kraft, die wie die Tarife der Jahre 1888 und 1894 die höheren Gehaltsgruppen in stärkerem Maße aufstockte und die Anträge der Lehrerschaft um Aufnahme in den Gehaltstarif nicht berücksichtigte.

1081. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 8. August 1908

Die beiden traurigen Ereignisse, der verheerende Brand in Donaueschingen und die fast gleichzeitig erfolgte Vernichtung des Zeppelinschen Luftschiffes[1], füllen hier die Spalten aller Zeitungen. Anläßlich beider Unglücksfälle zeigt sich eine hocherfreuliche Hilfsbereitschaft und Opferwilligkeit der Bevölkerung. In den Kammern wiesen die Präsidenten in warmen Worten auf die Verluste hin, Freiherr v. Bodman stellte namens der Großherzoglichen Regierung schleunige Hilfe für Donaueschingen in Aussicht, und ein Beileidsantrag für die schwer heimgesuchte Stadt fand in der Zweiten Kammer einstimmige Annahme. Es macht einen ausgezeichneten Eindruck, daß der Fürst zu Fürstenberg sofort 40000 M[ark] zur Linderung der Not spendete und selbst mit der Fürstin für die Unterkunft der Abgebrannten sorgte. Die teilnehmenden Kundgebungen S. M. des Kaisers und Königs und Ew. D. sind überall dankbar empfunden worden. Über den Ausbruch des Feuers wird sich wahrscheinlich kaum Sicheres ermitteln lassen, man nimmt an, daß Selbstentzündung feuchter Futterstoffe die Ursache gewesen sei. Verluste an Menschenleben sind außer einem erstickten kleinen Kinde nicht zu beklagen, aber 120 Wohnhäuser und 168 sonstige Gebäude wurden vernichtet, was einem direkten Schaden von etwa anderthalb Millionen Mark entspricht. Im Rathause und den staatlichen Gebäuden konnte anscheinend ein namhafter Teil der Akten und Archive nicht gerettet werden. Ich habe mir erlaubt, Herrn v. Marschall neben meinem persönlichen Beileid auch die aufrichtige Anteilnahme der königlichen Regierung auszusprechen.

Für den Grafen Zeppelin werden in einem öffentlichen Aufruf eines Komitees aller Parteien und Bevölkerungsschichten Beiträge erbeten. Die Fernfahrt des Luftschiffes rief hier eine ganz außergewöhnliche, fast etwas überschwengliche Begeisterung hervor, halb Karlsruhe eilte nach Maxau, es passieren zu sehen. In Mannheim sollen einige Engländer

wegen spöttelnder Bemerkungen von der enthusiastisch erregten Menge beinahe gelyncht worden sein.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „Im Preßreferat".

[1] Während einer Fahrt von Friedrichshafen nach Mainz wurde Graf Zeppelins Luftschiff in Echterdingen am 5. Aug. 1908 von einem Gewittersturm zerstört (*Schultheß* 1908 S. 116).

1082. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 9. August 1908

Geheim! Unter Bezugnahme auf die hohen Erlasse Nr. 675 vom 18. Dezember 1906[1] und Nr. 43 vom 15. Februar v. J.[2] sowie auf den Bericht Nr. 9 vom 23. Januar v. J.[3], betreffend die in Berlin bestehende Polizeistelle zur Verfolgung von Verbrechen gegen das Gesetz wider den Verrat militärischer Geheimnisse, beehre ich mich, Ew. D. hierneben ein mir soeben vom Herrn Präsidenten Freiherrn v. Marschall in der Angelegenheit zugegangenes weiteres Schreiben vom 8. d. Mts. im Originale gehorsamst vorzulegen. Einer hochgeneigten Weisung zur Beantwortung des Schreibens des Herrn Ministers darf ich wohl ehrerbietigst entgegensehen.[4]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 121 Nr. 22b geheim Bd. 14, Ausf.; Marg.: „18./8. Kriegsminist."

Anlage

Marschall an Eisendecher

Karlsruhe, 8. August 1908

Geheim! Der Königlich Bayerische Gesandte[5] am Großherzoglichen Hofe hat namens seiner Regierung angeregt, daß wie in Bayern, Sachsen und Württemberg, so auch im Großherzogtum Baden ein zentralisierter Nachrichtendienst für Überwachung der Spionage eingerichtet werden möchte.[6] Zur Begründung dieser Anregung wies der Herr Gesandte darauf hin, daß bei einer am 1. Juni d. J. in Leipzig abgehaltenen Konferenz der Leiter der Zentralpolizeistellen für Überwachung der Spionage das Fehlen einer analogen Einrichtung im Großherzogtum wiederholt als empfindliche Lücke in der Organisation zur Bekämpfung der Spionage beklagt worden sei.

Bisher ist der Großherzoglichen Regierung nichts davon bekannt, daß das Fehlen einer Zentralpolizeistelle im Großherzogtum als ein Mangel der Organisation sich darstelle. Vielmehr entsprach es einem in dem gefälligen Schreiben Ew. Exz. vom 19. Dez. 1906 B 723[7] mir kundgegebenen Wunsche des Königlich Preußischen Herrn Kriegsministers, daß der beim Berliner Polizeipräsidium inzwischen errichteten Polizeidienststelle zur Verfolgung der Verbrechen gegen das Reichsgesetz wider den Verrat militärischer Geheimnisse nicht nur in Preußen, sondern auch in den mit Preußen in Militärkonvention stehenden Bundesstaaten die Verfolgung aller Spuren übertragen werde, die auf Verbrechen gegen das Gesetz vom 3. Juli 1893 schließen lassen.

Während damals eine unmittelbare Verbindung dieser Zentralpolizeistelle mit dem

Großen Generalstab, dem Admiralstab der Marine und eventuell den in München und Straßburg bestehenden sowie den für die Königreiche Sachsen und Württemberg geplanten entsprechenden Polizeistellen in Aussicht genommen war, wurde von der Großherzoglichen Regierung lediglich die Zustimmung zu den bezeichneten Maßnahmen erbeten, und es ist deshalb von dem Ministerium des Innern die mit allerhöchster Staatsministerialentschließung vom 19. Januar 1907 Nr. 46[8] erteilte Ermächtigung nachgesucht worden zu erklären, daß der in Berlin neu zu errichtenden Polizeidienststelle zur Verfolgung der Verbrechen gegen das Gesetz wider den Verrat militärischer Geheimnisse gestattet werde, ihren Wirkungskreis auch auf das badische Staatsgebiet auszudehnen.

Bei dieser Sachlage legt die Großherzogliche Regierung Wert darauf, bevor sie der bayerischen Anregung näher tritt, darüber unterrichtet zu werden, ob die Königlich Preußische Regierung diese Anregung unterstützt. Ew. Exz. gestatte ich mir daher, um gefällige Vermittlung einer Auskunft hierüber ergebenst zu ersuchen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 121 Nr. 22b geheim Bd. 14, eig. Ausf.

[1] Das Auswärtige Amt wies Eisendecher auf die wachsende Zahl der Fälle von Militärspionage und Landesverrat hin und verlangte eine weitergehende Mitwirkung der Polizeibehörden bei der Bekämpfung dieser Aktivitäten, da vom Militär geleitete Gegenmaßnahmen vielfach an dem „örtlich abgegrenzten Wirkungskreis" der einzelnen Polizeibehörden gescheitert seien. Um den schnell verwischten Spuren ausländischer Spionagedienste nachzugehen, „sei gerade das rasche Zusammenwirken mit den benachbarten oder entfernteren Sicherheitsorganen meist eine unerläßliche Vorbedingung für den Erfolg". Auf Antrag des preuß. Kriegsministers habe man eine für diesen Sicherheitsbereich allein zuständige Polizeidienststelle errichtet, die dem Berliner Polizeipräsidium unterstellt sein würde und in Verbindung mit dem Großen Generalstab, dem Admiralstab und den in Straßburg und München bereits vorhandenen Zentralpolizeistellen stände. Ihre Zuständigkeit erstrecke sich auf Preußen und die ihm durch Militärkonvention verbundenen Staaten, deren Polizeibehörden angehalten sein würden, „ihr von allen auf Verbrechen gegen das Gesetz wider den Verrat militärischer Geheimnisse hindeutenden Vorfällen auf dem schnellsten Wege Kenntnis zu geben und sie in ihrer Tätigkeit wirksam zu unterstützen". Eisendecher war beauftragt, die Zustimmung der bad. Regierung einzuholen (GLA 233/13 832, Ausf.).

[2] Das Auswärtige Amt beauftragte Eisendecher, der bad. Regierung die Einrichtung einer „Staatspolizei-Zentralstelle" beim Berliner Polizeipräsidium anzuzeigen, und bat die „in Betracht kommenden staatlichen (nichtkommunalen) Dienststellen", ihr alle entsprechenden Vorfälle unverzüglich zu melden und sie zu unterstützen (GLA 233/13 832, masch. Abschrift). Innenminister Schenkel teilte diesen Erlaß am 23. Febr. 1907 den bad. Amtsvorständen mit.

[3] Marschall unterrichtete Eisendecher am 22. Jan. 1907, daß der in Berlin neu zu errichtenden Polizeistelle „gestattet werde, ihren Wirkungskreis auch auf das badische Staatsgebiet auszudehnen" (Ebd. Bd. 10, eig. Ausf.).

[4] In einem Erlaß des preuß. Kriegsministers v. Einem an das Auswärtige Amt vom 28. Okt. 1908, den Eisendecher am 16. Nov. 1908 der bad. Regierung vorlegte, wurde die bayer. Anregung, in Baden ebenso wie in Bayern, Württemberg, Sachsen und Hamburg eine Zentralpolizeistelle mit Sitz in Karlsruhe „gegenüber der gerade hier sehr ausgedehnten französischen Spionage" einzurichten, unterstützt: „Ihr müßten geschulte Beamte in Mannheim, Freiburg und Konstanz unterstellt, sie selbst aber müßte angewiesen werden, im engen Zusammenhange und Nachrichtenaustausch mit den übrigen Zentralstellen zu arbeiten. Das bei der Zentralpolizeistelle in Straßburg reichlich vorhandene Material über französische Spionage wird zweckmäßig dem Leiter der neu zu errichtenden Stelle zur Orientierung dienen, da die Verhältnisse im Reichsland denen in Baden durchaus gleichen" (Ebd., masch. Ausf.; GLA 233/13 832 Abschrift). Am 29. Jan. 1909 berichtete Eisendecher, daß ihm die bad. Regierung am Vortag von der Errichtung einer Zentralpolizeistelle in Karlsruhe Kenntnis gegeben habe (Ebd.).

[5] Grünstein, Otto Hans Joseph Wilhelm Berthold Freiherr Ritter zu (1864–1940), seit 1887 im bayer. ausw. Dienst, 1889 Attaché in Berlin, 1892 Legationssekretär, 1898 in Rom, 1899 Legationsrat, 1903 Ministerresident in Bern, 1907 ao. Gesandter in Stuttgart (zugleich für Baden und Hessen-Darmstadt), 1909 am Vatikan, 1934 Ruhestand.

[6] Ritter zu Grünstein an Marschall vom 6. Juli 1908 (GLA 233/13 832).

[7] Anm. 1.

[8] Anm. 3.

1083. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 9. August 1908

Vertraulich! Die gestrige Beratung der badischen Zweiten Kammer[1] über die Steuervorlagen endete mit einem scheinbar ernsten Konflikt zwischen der Mehrheit und der Regierung. Der Antrag der Budgetkommission auf Abschaffung der Fleischsteuer und auf Erhöhung der Einkommensteuer um nur 8 ⅓ Prozent statt 16 ⅔ Prozent, wie die Regierung verlangte, fand Annahme; die Erhöhung der Vermögensteuer wurde abgelehnt. Staatsminister v. Dusch erklärte, die Regierung könne diese Lösung der Deckungsfrage nicht akzeptieren, müsse vielmehr auf eine annähernd ausreichende Steuerbewilligung, das heißt auf Erhaltung der Fleischsteuer (ca. 800 000 M[ark]) oder Erhöhung der Vermögensteuer, unbedingt bestehen. Von sozialdemokratischer Seite fiel darauf die Bemerkung, das Ministerium werde einfach weggefegt werden, wenn die Regierung die Beamtenvorlagen jetzt zurückziehe.

Das klingt sehr gefährlich, aber die Herren Volksvertreter waren schon vor der gestrigen Verhandlung auf einen Ausweg verfallen, wollten zwar das Odium der ganzen geforderten Steuererhöhung und der Beibehaltung der Fleischakzise mit Rücksicht auf die nächstjährigen Wahlen nicht direkt auf sich nehmen, waren aber bereit, einem abweichenden Votum des anderen Hauses nachträglich zuzustimmen. Das wurde der Ersten Kammer unterderhand insinuiert, diese wird also morgen die Fleischsteuer wieder herstellen und eventuell die Einkommensteuer etwas erhöhen. Die Mehrheit der Zweiten Kammer will das akzeptieren, und damit wäre alsdann eine für die Regierung annehmbare Lösung der Frage erreicht.[2]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 35 Bd. 2, Ausf.; Marg.: „14./8. Fin. Min."

[1] 121. Sitzung II. Kammer vom 8. Aug. 1908.

[2] Vgl. Nr. 1084.

1084. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 11. August 1908

Die Beilegung des vor einigen Tagen zwischen der badischen Regierung und dem Landtage drohenden Konfliktes ist in der von mir als bevorstehend bezeichneten Weise nunmehr erfolgt (Bericht Nr. 81 vom 9. d. Mts.[1]). Die Erste Kammer beschloß die Beibehaltung der Fleischakzise und die Erhöhung der Einkommensteuer um 10 Prozent. Diesen von der Regierung für annehmbar erklärten Beschlüssen trat heute die Zweite Kammer bei.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 35 Bd. 2, eig. Ausf.; Marg.: „19./8. Finanzmin."

[1] Nr. 1083.

1085. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 12. September 1908

Vertraulich! Seit dem Schluß des Badischen Landtages und der Bewilligung des Budgets durch die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion nimmt der Streit über diese Eigenmächtigkeit der süddeutschen Genossen in den Zeitungen einen breiten Raum ein. Die sozialistischen Blätter der einen und der anderen Richtung befehden sich kräftig, aber mit Ausnahme von Offenburg, wo der Abgeordnete Geck regiert, scheint die große Masse der Genossen im Lande den Schritt ihrer Führer Frank und Kolb gutzuheißen. Ob diese sich schließlich dem Mahnspruch der Gesamtpartei in Nürnberg unterwerfen werden, bleibt zweifelhaft.

Für die im nächsten Jahre bevorstehenden Landtagswahlen würde eine dauernde Spaltung wahrscheinlich die radikalen Elemente des Liberalismus wieder wie im Jahre 1905 den Sozialdemokraten in die Arme führen, die Demokratie tritt bereits eifrig dafür ein, und auch die Jungliberalen zeigen einstweilen wenig Neigung, die Warnungen der maßvollen Parteiführer zu beherzigen.

Leider läßt sich nicht leugnen, daß die kleine Konservative Partei im Lande und die Anhänger des Bundes der Landwirte ganz unter dem Einflusse des Zentrums stehen, eine Tatsache, die ein Zusammengehen der Liberalen mit den Konservativen vollständig ausschließt und geeignet ist, die radikalen Tendenzen im Liberalismus zu verstärken.

Man wird unter solchen Umständen mit einer zukünftigen Zentrumsherrschaft in der Kammer rechnen müssen. Das wäre auch im Grunde kein allzu großes Unglück, sofern dessen demagogisch intransigente Hetzer ausgeschlossen blieben. Staatsminister Freiherr v. Dusch meint, die Regierung werde nötigenfalls auch mit einer Zentrumsmehrheit auszukommen suchen, wenn verständige Führer das Heft in der Hand behalten.

Herr v. Dusch will in Gemäßheit des von Ew. D. geäußerten Wunsches demnächst den Finanzminister nach Berlin begleiten und bei den Beratungen des Bundesrates in Sachen der Reichsfinanzen zugegen sein.[1] Darüber, daß diese wichtigste Aufgabe durchaus der schleunigen und gründlichen Erledigung bedarf, herrscht hier nur eine Stimme, aber über das Wie gehen die Ansichten weit auseinander; an opferfreudiger Stimmung fehlt es einigermaßen.

Die Minister befinden sich zur Zeit bis auf einen, den Dr. Reinhard, sämtlich im Urlaub. Freiherr v. Marschall war nur zur Begrüßung des Philosophenkongresses in Heidelberg[2] zitiert worden, und Herr v. Dusch unterbrach seinen Urlaub, um den Deutschen Juristentag[3] in der Residenz willkommen zu heißen. Auch S. K. H. der Großherzog kam gestern aus dem Manövergelände kurz hierher, nur um sehr gnädigerweise eine Abordnung der Herren Juristen zu empfangen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 12, Ausf.; am 16./9. den preuß. Missionen und Gesandtschaften im In- und Ausland mitgeteilt.

[1] Am 18. Sept. 1908 trat der Bundesrat zusammen und erörterte anhand des nun vorliegenden

Gesetzentwurfs die Reichsfinanzreform, die unter dem Staatssekretär des Reichsschatzamts Sydow ausgearbeitet wurde und eine Erhöhung der Reichseinnahmen um 512 Mill. Mark durch die Anhebung bzw. Neueinführung von Verbrauchsabgaben und der Erbschaftssteuer vorsah (Vgl. *Witt* S. 211, 244f.).

[2] Eröffnung des 3. internationalen Philosophenkongresses in Heidelberg am 5. Sept. 1908.

[3] Eröffnung des 29. Deutschen Juristentags in Karlsruhe am 10. Sept. 1908.

1086. Eisendecher an Bülow

Mainau, 15. September 1908

Ew. D. hatte ich die Ehre, vor einiger Zeit vertraulich zu melden, daß Geheimrat Dr. Bürklin zum badischen Gesandten in München ausersehen sei. Der Posten war damals im Etat nicht enthalten, und Dr. Bürklin würde ihn, wie bisher Freiherr v. Bodman, ohne Gehalt übernommen haben. Nachdem die Dotierung der Gesandtschaft nunmehr im neuen Beamtengesetz Aufnahme gefunden hat, ist der jetzt im Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten beschäftigte Legationsrat und Kammerherr Freiherr Ludwig v. Reck[1] bestimmt, Herrn v. Bodman zu ersetzen. 1866 zu Bruchsal geboren, trat er 1889 als Rechtspraktikant in den badischen Staatsdienst, war später Sekretär im Justizministerium, Amtsrichter in Emmendingen, dann Staatsanwalt in Mosbach und Karlsruhe. Er gilt als guter Jurist und tüchtiger Beamter, hat vornehme, angenehme Manieren, eine liebenswürdige, kluge Frau (geborene v. Preen[2]) und zwei noch junge Söhne.

Das Einverständnis der bayerischen Regierung soll schon vorliegen und die amtliche Bekanntgabe der Ernennung demnächst erfolgen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 12, eig. Ausf.; Marg.: „mtg. 3./10. München".

[1] Reck, Ludwig Hans Karl Freiherr v. (1866–1925), 1889 Rechtspraktikant, 1893 Referendar, 1894 Sekretär im bad. Justizministerium, 1896 Amtsrichter in Emmendingen, 1898 Staatsanwalt in Mosbach, 1901 in Karlsruhe, 1904 Kammerherr, 1905 Legationsrat im Ministerium des Großherzoglichen Hauses und des Auswärtigen, 1908 Gesandter in München, 1919 Ruhestand (AV; PA-GLA).

[2] Reck, Elisabeth Franziska, geb. v. Preen (1865–1933), seit 1897 verheiratet mit Ludwig Freiherr v. Reck.

1087. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 26. September 1908

Die Parteiblätter erörtern noch eifrig den Ausgang des Nürnberger sozialdemokratischen Budgethaders.[1] Die amtliche „Karlsruher Zeitung" warnt vor der Annahme einer ernstlichen Spaltung der Genossen und vor zu optimistischer Einschätzung des Revisionismus, sie hält die Partei mit oder ohne Revisionismus für den Hauptfeind des heutigen Staates und der Gesellschaft, der unbedingt bekämpft werden müsse. Das führende nationalliberale Organ äußert sich mit einiger Reserve und will offenbar die Möglichkeit taktischer Wahlvereinbarungen angesichts der in Baden vorherrschenden revisionistischen Stimmung der Genossen nicht ganz von der Hand weisen. Der demokratische „Landesbote" erhofft eine allmählige Erstarkung der Revisionisten und sieht bereits ein

Zusammenarbeiten der linksliberalen und Sozialdemokratischen Partei als möglich und erwünscht voraus. Die Zentrumsblätter sind in ihrer Kritik der Nürnberger Vorgänge zwar deutlich und verurteilen mit Emphase die gesamte Sozialdemokratie, aber man hat den Eindruck, daß die Partei geheime Wahlhilfen der Genossen noch nicht verschmähen würde. Im Hinblick auf die Verhältnisse in Bayern[2] und eigene Erfahrungen hält man sich augenscheinlich gerne eine versteckte Tür offen.

„Volksfreund" und „Volksstimme" treten energisch für die süddeutsche Auffassung ein, ebenso verschiedene sozialdemokratische Einzelvereine. Hier, in Mannheim und Freiburg stimmt man dem Verhalten der Nürnberger Delegierten mit überwiegender Mehrheit zu. Nur Offenburg, die Domäne des Herrn Geck, stellt sich bis jetzt entschieden auf die Seite der Berliner Parteileitung.

Rechtsanwalt Dr. Binz, bisher Vorsitzender der Nationalliberalen Partei und seit 25 Jahren in dieser Partei politisch tätig, hat soeben seinen Rücktritt als Vorsitzender erklärt.[3] Ebenso legt der Vorsitzende des Landesverbandes der badischen jungliberalen Vereine, Oberamtsrichter Dr. Koch[4], sein Amt nieder, nachdem der von ihm dringend befürwortete Anschluß des Verbandes an den Reichsverband nicht die nötige Unterstützung fand.[5] Für den Anschluß waren 12 Vereine mit 50 Stimmen, dagegen 9 Vereine mit 33 Stimmen, während 6 Vereine mit 8 Stimmen nicht abstimmten. Weiter ist der Abgeordnete Oberschulrat Rebmann von der Leitung des Karlsruher nationalliberalen Vereins zurückgetreten, er behält indessen den Vorsitz im Geschäftsführenden Ausschuß der Landespartei.

Die Rücktritte bedeuten immerhin für die Partei einen Verlust, obgleich alle drei Herren nicht als besonders geschickte und erfolgreiche Führer gelten können, an solchen fehlt es leider den Liberalen überhaupt.

Als Ersatz für Dr. Binz kommt in erster Linie der stellvertretende Vorsitzende des Engeren Parteiausschusses, Landgerichtsdirektor Dr. Obkircher, in Betracht. Er ist gewandt, gescheit, redegewandt und eifrig, aber von allzu heftiger Feindschaft gegen das Zentrum beseelt, die bisweilen seinen klaren Blick trübt.

Im Lager des hiesigen Freisinns regen sich neuerdings hie und da Stimmen gegen die Blockpartei im Reiche, es wird nicht ganz leicht sein, den badischen Freisinn bei der Stange zu halten.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „Im Preßreferat zgK."

[1] Auf dem Nürnberger Parteitag (14.–20. Sept. 1908) verurteilte eine Resolution des Parteivorstands die Annahme des Budgets durch die bayerische, württembergische und badische Landtagsfraktion (*Schultheß* 1908 S. 234 ff.).

[2] Durch Wahlabsprachen mit der SPD schwächte das Zentrum die Liberalen entscheidend und verstärkte den Druck auf die Regierung zur Einführung des direkten Wahlrechts.

[3] Binz begründete seinen Rücktritt mit Arbeitsüberlastung (*Binz*, Landeskind S. 42 ff.).

[4] Koch, Friedrich Dr. (1870–1938), seit 1893 im bad. Justizdienst, 1899 Amtsrichter, 1905 Oberamtsrichter in Heidelberg, zugleich Stadtverordneter in Mannheim, Vorsitzender des jungliberalen Landesverbands, NL, MdL 1909–1918, danach Amtsgerichtsrat in Heidelberg, 1922–1925 Stadtverordneter (DVP) (AV; frdl. Auskunft d. StadtA Heidelberg).

[5] Vgl. Nr. 1070, 1071.

1088. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 8. Oktober 1908

Vertraulich! Staatsminister v. Dusch, der soeben vom Urlaub zurückkehrte, sagte mir, die badische Regierung werde die Finanzreformpläne des Reiches energisch und ehrlich überall unterstützen und etwaige hier obwaltende Bedenken gegen einzelne Steuerprojekte zurücktreten lassen, um zu dem Gelingen des ganzen Werkes nach Möglichkeit beizutragen. Er hatte in Berlin den Eindruck, daß auch die übrigen Regierungen in der Sache ernste Schwierigkeiten nicht bereiten werden, aber im Reichstage sieht er erbitterte Kämpfe voraus, die vielleicht einen Erfolg in Frage stellen könnten.

Im Hinblick auf die bevorstehenden wichtigen Verhandlungen ist Herr v. Dusch von den badischen Parteiverhältnissen keineswegs erbaut. Den neuerwählten Führer der Nationalliberalen, Dr. Obkircher, hält er zwar für begabt und fleißig, aber für einen allzu ausgesprochenen Kulturkämpfer von schroffen Formen und geringem praktischen parlamentarischen Geschick, dem im Kampfe gegen das Zentrum alle Mittel recht sind, auch sozialdemokratische Gelegenheitsbündnisse. Er scheint ihm ebensowenig ein weitblickender Politiker wie die kürzlich aus ihren leitenden Stellungen zurückgetretenen Herren Rebmann und Koch, deren Wiederwahl man erwartet.

Dem gesamten Liberalismus hier fehlt eben das Verständnis, daß der Kampf im Interesse des Gemeinwohls nach zwei Fronten, gegen Zentrum und Sozialdemokratie, zu führen ist. Die andauernden Großblocktendenzen namentlich der Jungliberalen stören die Einigkeit und können der Partei nur schaden.

Der Minister beklagte besonders auch die politische Blindheit der Konservativen, die seit 1905 hier lediglich als gehorsame Diener des Zentrums gelten müssen. Von der Niederlage der hiesigen doktrinären Volksparteiler auf dem Tübinger Parteitage[1] meinte er, sie zeige klar die staatsmännisch-politische Überlegenheit der schwäbischen Führer wie Payer[2] und Haußmann.[3] Die hiesigen Demokraten, Muser, Venedey, Heimburger pp., seien Idealisten, aber keine Politiker. Schließlich erzählte Herr v. Dusch, daß kürzlich, während einer sozialdemokratischen Versammlung im nahegelegenen Orte Daxlanden, die Diskussion über die Budgetbewilligungsfrage in eine regelrechte Prügelei zwischen den führenden Genossen Kolb und Geck ausgeartet sei, man habe die Streitenden nur mit Mühe trennen können. „Volksfreund" und „Volksstimme" verschweigen aus guten Gründen diese Episode, ich finde überhaupt darüber keinerlei Notiz in der Tagespresse.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „Im Preßreferat zgK."

[1] Der Parteitag der Deutschen Volkspartei fand am 4. Okt. 1908 in Tübingen statt (*Schultheß* 1908 S. 143).

[2] Payer, Friedrich (v.) (1847–1931), seit 1871 Rechtsanwalt und Notar in Stuttgart, Dem./FVP/DDP, Mdwürtt.II.K. 1894–1912, MdR 1877/78, 1880–1887, 1890–1917, 1919/20, führendes Mitglied der FVP-Fraktion im Ersten Weltkrieg, 1917/18 Vizekanzler.

[3] Haußmann, Conrad Dr. jur. (1857–1922), Rechtsanwalt und Notar in Stuttgart, Dem./FVP/DDP, Mdwürtt. II. K. seit 1889, MdR 1890–1922.

1089. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 15. Oktober 1908

Liberale Zeitungen hatten neuerdings hier die Frage aufgeworfen, welche Politik der neue Landesherr verfolgen werde; eine Äußerung Höchstdesselben in dieser Beziehung wurde als erwünscht bezeichnet. Das demokratische Hauptorgan erklärte sich demgegenüber mit dem Schweigen des hohen Herrn ganz einverstanden, weil „seiner konstitutionellen Stellung" gemäß eine neutrale Haltung geboten erscheine.

S. K. H. hat nun neulich im Mannheimer Rathause, anknüpfend an begrüßende Worte des Oberbürgermeisters, gesagt: „Ich möchte Ihnen immer nur zurufen: Ausgleich, Friede auf nationaler Grundlage, Selbstlosigkeit, treue Arbeit, glühende Vaterlandsliebe für unser engeres und großes Heimatland".

Gegen diese patriotische Mahnung, welche man wohl auch als eine Art politischen Bekenntnisses ansehen darf, werden selbst die radikalsten Demokraten nichts einwenden können.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 11, eig. Ausf.; Marg.: „Im Preßreferat zgK."

1090. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 21. Oktober 1908

In einer Konferenz der Sozialdemokratischen Partei Badens wurde am letzten Sonntag[1] die Haltung der süddeutschen Genossen auf dem Nürnberger Parteitage von allen Delegierten mit alleiniger Ausnahme der Vertreter von Offenburg, dem Hauptquartier des streitbaren Abgeordneten Geck, gutgeheißen und ein Aufruf an die Wähler in diesem Sinne beschlossen. Nachher soll eine längere erregte Debatte über die Parteipresse stattgefunden haben, über die nur bekannt wurde, daß man übereinkam, persönliche Invektiven in den Zeitungen zu vermeiden.

Das badische Zentrum wirbt um die Gunst des Bundes der Landwirte und befürwortet für einzelne Wahlkreise eine gemeinsame Bekämpfung der Sozialdemokratie durch möglichst alle bürgerlichen Parteien. Bei den im liberalen Lager immer noch vielfach herrschenden Großblocktendenzen erscheint das Zustandekommen einer solchen Einigung fürs erste noch recht zweifelhaft.

Den badischen Antisemiten wird in dem Organ des Herrn Liebermann v. Sonnenberg ein Zusammengehen mit dem Zentrum angelegentlich empfohlen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „Im Preßreferat zgK."

[1] 18. Okt. 1908.

1091. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 28. Oktober 1908

Auf der in Mannheim kürzlich tagenden Jahresversammlung des Verbandes süddeutscher Industrieller wurden die projektierten Steuern auf Gas, Elektrizität, Tabak und Bier kritisch besprochen.[1] Nachdem schon vorher die Brauer und die Tabakinteressenten in Sonderversammlungen gegen die Mehrbelastung von Bier und Tabak Stellung genommen hatten, schloß man sich in Mannheim der Auffassung dieser Interessenten im allgemeinen an, behielt sich aber in Sachen der Tabaksteuer ein endgültiges Urteil noch vor. Die Gas- und Elektrizitätssteuer erfuhr von allen Seiten übereinstimmende Verurteilung.

Offenbar glaubt der Süden des Reiches mit seinen Wasserkräften sich durch solche Steuer dem Norden gegenüber stark benachteiligt. Die badischen Parteiblätter polemisieren sämtlich gegen die Steuer. Das demokratische Organ nennt den Entwurf ein Monstrum, erhebt scharfen Protest und sagt, man dürfe sich nicht von Preußen in allen Dingen das Fell über die Ohren ziehen lassen. Auch die geplante Weinsteuer wird hier als ungerecht gegen Süddeutschland scharf getadelt.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 103 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „1./11. R. Schatz-A."

[1] Vgl. Nr. 1085, 1088, 1093.

1092. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 31. Oktober 1908

Anläßlich der Verletzung eines Mädchens durch einen französischen Jäger in der Nähe des Fort[s] Bose gegenüber Straßburg auf badischem Gebiet wird die Frage der Jagderlaubnis für Ausländer, speziell Franzosen, hier wieder in der Presse erörtert. Wie mir General v. Huene[1] sagt, haben S. M. der Kaiser und König Bericht über die Frage befohlen. In diesem wird der General den Sachverhalt eingehend melden und strengere Maßregeln gegen die französischen Jäger dringend befürworten.[2]

Der obenerwähnte Fall betrifft den aktiven französischen Artillerie-Obersten Baron Berckheim[3], der als Gast des Grafen Pourtalès[4] auf dessen gepachteter Jagd ohne Jagdschein der Jagd oblag und dabei ein badisches Bauernmädchen anschoß. Baron Berckheim hatte einen Jagdschein verlangt, aber als aktiver Offizier keinen erhalten. Die Jagdpachtung des Grafen Pourtalès und seiner Mitpächter, angeblich zweier weiterer Franzosen, liegt in der Umgebung des Fort[s] Bose.

Man war hier zuerst geneigt gewesen, den französischen Herren die Pachtung der Jagd in der Nähe der Befestigung zu verweigern, es scheint aber, daß dann auf die Fürsprache des Hochseligen Großherzogs hin den Wünschen der Pächter entsprochen wurde. General v. Huene will nunmehr die Auflösung dieses Pachtvertrages beantragen.[a]

Ich bemerke hierzu, daß die badischen Gemeinden aus der Verpachtung ihrer Jagdgebiete sehr erhebliche Einnahmen erzielen und deshalb die gut zahlenden französischen Jäger ungern ausgeschlossen sehen. Unbedingt rechtfertigt aber der vorliegende Fall ein strengeres Vorgehen seitens der badischen Regierung. Da Deutsche auf französi-

schem Gebiet überhaupt nicht jagen dürfen, wäre es nur angemessen und natürlich, wenn den Franzosen dieses Vergnügen bei uns ebenfalls versagt bliebe.[5]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 12, Ausf.

[a] Randnotiz: „Kann man das?"

[1] Hoiningen, Ernst Wilhelm Karl Maria Freiherr v., gen. Huene (1849–1924), preuß. Offizier, 1886 Militärattaché in Paris, 1891 Generalstabschef der 29. Division in Freiburg i. Br., 1903 Generalleutnant, 1908–1914 Kdr. General (der Infanterie) des XIV. AK in Karlsruhe.

[2] General Huene beschrieb dem Kaiser am 31. Okt. 1908 den Vorfall und hob hervor, daß der französische Artillerie-Oberst Baron Berckheim ohne einen bad. Jagdpaß, der ihm als aktiver ausländischer Militärperson verweigert worden sei, in dem bis 1914 an seine Schwäger, die Grafen Pourtalès, verpachteten Jagdbezirk Neumühl in unmittelbarer Nähe der Straßburger Festungswerke gejagt habe. Da Ausländern die Jagd in der Nähe von Festungen im Großherzogtum erst seit 1906 untersagt sei, bestehe keine Möglichkeit, das laufende Pachtverhältnis aufzuheben, weil „auf dem rechtsrheinischen Ufer bei Straßburg ein Zustand vorlag, der Jahrzehnte hindurch und insbesondere zur Zeit der Erbauung des Forts unbeanstandet" geblieben war, und außerdem speziell diese Jagdpächter von dem Gouvernement Straßburg als „ausreichend Gewähr bietende Persönlichkeiten" bezeichnet wurden. Huene kündigte nunmehr an, bei der bad. Regierung „die sofortige Entziehung des Jagdpasses von den drei Jagdpächtern beantragen" sowie „aus Gründen der Landesverteidigung [...] das Jagdpachtverhältnis mit den drei Herren schon jetzt" lösen zu wollen, wobei er auf das Entgegenkommen der Landesregierung rechne (Ebd. Abschrift; Marg.: „21./11. Kriegsminister").

[3] Berckheim, Christian Graf v., franz. Brigade-General, Schwager der Grafen Pourtalès (Anm. 4).

[4] Pourtalès, Paul Karl Edmund Graf v. (geb. 1859), franz. Rittmeister a. D.; Pourtalès, Jacques Alfred Edmund Graf v. (geb. 1858), franz. Botschaftssekretär a. D.; die Schwester der beiden Grafen, Melanie Agnes, war seit 1890 mit dem dritten Jagdpächter, Henry Marquis de Loys-Chandieu, verheiratet.

[5] Vgl. Nr. 1095.

1093. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 9. November 1908

Die badischen größeren Städte haben sich nunmehr dem Protest gegen die Gas- und Elektrizitätssteuer angeschlossen, und zwar, wie mir scheint, durchaus mit Unrecht, denn die Budgets der Städte werden mit dieser Steuer kaum eine Mehrbelastung erfahren, sie könnten sogar bei runder, sehr geringer Erhöhung des Abgabepreises noch einen kleinen Profit machen. Für Karlsruhe würde die Steuer etwa 90000 Mark betragen, für Mannheim etwa 140000 M[ark], das sind gewiß mäßige Zahlen.

Finanzminister Honsell hält das Projekt, wie es vorliegt, für durchaus annehmbar, wohldurchdacht und keineswegs zu hoch in seinen Sätzen; er ist auch der Meinung, daß der Süden gegenüber dem Norden dabei durchaus nicht benachteiligt werde und findet die Opposition gegen die Steuer, die in Bayern zum Beispiel schon in beiden Kammern zum Ausdruck gekommen sei, durch nichts eigentlich begründet. Sie verspreche im übrigen in Zukunft steigende Erträge, was man von den meisten sonstigen Projekten nicht sagen könne. Die Branntweinsteuer werde eher allmählig weniger abwerfen, während die Erträge vom Tabak und der Nachlaßsteuer, wenn überhaupt, nur langsam ein Mehr erzielen dürften. Der Minister erklärt sich mit dem Gesamtentwurf[1] des Herrn

Reichsschatzsekretärs im allgemeinen ganz einverstanden; bezüglich der Nachlaßsteuer meint er, man könne vielleicht noch einige Erleichterungen eintreten lassen, und bei der Weinsteuer gestalte sich die Kellerkontrolle wohl einigermaßen schwierig. Als Reserve empfiehlt er die Quittungssteuer, die niemand besonders schädige und dem Reiche nur minimale Kosten verursache.

Dr. Honsell zweifelt nicht, daß es diesmal gelingen werde, ganz[e] Arbeit zu machen und ein Gesetz zustande zu bringen, welches den absolut notwendigen Anforderungen zur Sanierung der Reichsfinanzen genüge. Der in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" wiedergegebene Artikel der „Badischen Landeszeitung" erschien auf seine Anregung, er hat auch sonst wesentlich zu der verständigen Haltung der Nationalliberalen Partei in der Finanzreformfrage hier beigetragen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 103 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „13./11. R. Schatz Amt".

[1] Der Finanzreformentwurf wurde am 3. Nov. 1908 dem Reichstag zugeleitet (Vgl. Nr. 1085).

1094. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 10. November 1908

Ew. D. darf ich den Bericht der „Badischen Landeszeitung"[1] über die Landesversammlung der Nationalliberalen Partei Badens, welche am 7. und 8. d. Mts. in Mosbach stattfand und auch den vom Engeren Ausschuß beschlossenen Aufruf enthält, hierneben gehorsamst vorlegen. Hauptredner in den Verhandlungen waren der neue Parteichef Dr. Obkircher, der Oberschulrat Rebmann und der Reichstagsabgeordnete Beck-Heidelberg. Dr. Obkircher sprach über das Parteiprogramm und die kommenden Wahlen, Rebmann über die letzte Landtagssession und Beck über die Partei im Reichstage und die Reichsfinanzreform.

Die Ausführungen der Herren waren im ganzen ruhig, sachlich und patriotisch, namentlich wurde der Grundsatz betont, daß das Vaterland über der Partei stehen müsse. Dr. Beck erwähnte die Kaisergespräche im Daily Telegraph[2] in übertrieben schwülstigen Worten, er sagte: „Eine ungeheure Entrüstung zitterte durch das deutsche Volk über die Nachlässigkeit der Reichsämter, über die Unvorsichtigkeit an leitender Stelle und über die Blamage vor dem Ausland". Dann ging er auf die Reichsfinanzen ein und empfahl die gewissenhafte, eingehende Prüfung der Steuerentwürfe[3], rügte dabei besonders die „Franckensteinsche Klausel", die an allem Unheil wesentlich Schuld sei.

Rebmann erörterte unter anderem das Verhältnis zur Sozialdemokratie und bezeichnete den Revisionismus als einen Vorgang von größter Bedeutung. Schon in einer früheren Rede zu Freiburg hatte er in dieser Beziehung von einer „ungeheuren Wandlung" in den Reihen der Sozialdemokratie gesprochen.

Dr. Obkircher behandelte dieses Thema weiter ziemlich eingehend, verteidigte die Taktik vom Jahre 1905, ließ aber keinen Zweifel darüber, daß die Partei die Sozialdemokratie ebenso bekämpfen müsse wie das Zentrum. Das Anerbieten des Zentrumsführers Wacker, betreffend die gemeinsame Bekämpfung der Sozialdemokraten durch Aufstellung neutraler Kandidaten in gewissen Wahlkreisen, wies Obkircher als eine dem Liberalismus gelegte Falle zurück.

Bei dem abends stattfindenden Bankett brachte der wiedergewählte jungliberale Führer Dr. Koch anläßlich des Trinkspruches auf S. M. den Kaiser und S. K. H. den Großherzog die Veröffentlichung der kaiserlichen Äußerungen nochmals zur Sprache.

Die schließlich von der Versammlung angenommenen drei Resolutionen finden sich in dem Schlußbericht der genannten Zeitung (zweite Anlage). Die erste Resolution betrifft die Reichsfinanzreform, die zweite die Kaisergespräche, die dritte einen Protest gegen die Gas- und Elektrizitätssteuer.

Die beiden letzten Beschlüsse hätte sich die Partei verständigerweise sparen sollen, sie sind meines Erachtens bei diesem Anlaß wenig am Platze, und überdies liegt zwischen der ersten und dritten Resolution ein offenbarer Widerspruch.[4]

In der Zentrumspresse erfahren die Verhandlungen eine hämische Kritik, namentlich weil keine deutliche Absage an die Sozialdemokratie erfolgte.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „mtg. 16./11. RM. d. Innern, Min. d. Innern, Reichsschatzamt".

[1] Nr. 522 vom 9. Nov. 1908.

[2] Daily-Telegraph-Affäre im Okt./Nov. 1908.

[3] Vgl. Nr. 1085 Anm. 1.

[4] In der zweiten Resolution kritisierte die nationalliberale Landesversammlung die Veröffentlichung im Daily Telegraph und hoffte, „von der Reichsregierung Garantien dafür zu erhalten, daß derartige das Ansehen des deutschen Volkes schädigende Vorkommnisse künftig vermieden werden". In der ersten Resolution gab sich die Landesversammlung überzeugt, daß die nationalliberale Reichstagsfraktion „ihr äußerstes tun wird, um das Zustandekommen der Reichsfinanzreform zu sichern", wollte aber „nicht zu den einzelnen Steuern Stellung nehmen", während sie in der dritten die Angehörigen der Reichstagsfraktion ersuchte, „einer Gesetzesvorlage, die eine Besteuerung von Gas oder elektrischer Energie oder von irgendwelchen Glühkörpern (Glühlampen, Stifte, Glühstrümpfe u[nd] dergl[eichen]) bezweckt, ihre Zustimmung zu versagen" (Ebd.).

1095. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 12. November 1908

Erledigung und Beantwortung des allerhöchsten Erlasses Nr. 823 vom 8. d. Mts.

Die Zulassung französischer Jäger in Baden bildete wegen möglicher Schädigung militärischer Interessen seit Jahren einen Gegenstand eingehender Verhandlungen zwischen dem hiesigen Ministerium des Innern und dem Generalkommando. Beide Behörden zeigten dabei wechselseitig das freundschaftlichste Entgegenkommen. Eine gesetzliche Handhabe zur Ausschließung der Ausländer von der Jagd besteht hier nicht, es kann aber der Jagdschein jedem Jäger verweigert oder entzogen werden, wenn dafür Gründe vorliegen.

Von Zeit zu Zeit pflegen in der Presse, vornehmlich im „Schwäbischen Merkur", Nachrichten aufzutauchen, die auf eine Gefährdung der Interessen der Landesverteidigung durch französische Jäger hinweisen. Neuerdings ist in dem genannten Blatte sogar behauptet worden, daß diese Jäger unter der Landbevölkerung eine wenn auch nicht antideutsche, so doch preußenfeindliche Stimmung zu verbreiten suchten.[1] Derartige Alarmrufe stammen offenbar aus badischen Jägerkreisen, weil diese die fremde Kon-

kurrenz zu beseitigen wünschen. Die reicheren Ausländer zahlen höhere Pachten und erfreuen sich deshalb bei den Gemeinden einer gewissen Beliebtheit.

Nun führt das Ministerium des Innern genaue Kontrolle über die fremden, insbesondere die französischen Jagdpächter und Jäger; Jagdpässe werden nur solchen Ausländern bewilligt, die nach Einvernehmen mit der Militärbehörde die erforderliche Gewähr bieten. Einzelnen Personen sind hie und da Jagdpässe verweigert oder entzogen worden, aber ein weitergehendes Einschreiten ist seither nicht erfolgt.

Ich habe zuerst im Jahre 1890, dann 1893 und wiederum in den Jahren 1904[2] und 1906[3] sowie auch kürzlich nochmals anläßlich eines Spezialfalles[4] über die Angelegenheit berichtet.

Der neueste Alarmruf des „Schwäbischen Merkur", der demnächst gekürzt auch in andere Blätter überging, bezieht sich auf diesen Spezialfall. In der Umgebung des Fort[s] Bose, Amt Kehl, wurde ein Mädchen durch Schrotkörner leicht verletzt. Der Schuß war abgegeben von dem französischen aktiven Artillerie-Obersten Baron Berckheim (Vetter des Gesandten[5]), er jagte als Gast seines Schwagers, des bei Straßburg wohnenden Grafen Pourtalès, ohne badischen Jagdpaß. Das sehr fasanenreiche Jagdgelände wurde seinerzeit an den genannten Grafen Pourtalès, einen in Paris wohnenden Marquis, und den Straßburger Kommerzienrat Huber[6] verpachtet[a], nachdem das Gouvernement Straßburg für die Pächter die Gewähr übernommen und auch der Hochselige Großherzog sich zugunsten der Herren verwandt hatte.

Infolge des erwähnten Vorkommnisses erging jetzt an das Bezirksamt Kehl von dem Minister v. Bodman die Weisung, den drei Pächtern die Jagdscheine zu entziehen, eine Maßnahme, durch welche der Pachtvertrag nach den gesetzlichen Bestimmungen seine Gültigkeit verliert. Herr v. Bodman sieht dabei voraus, daß die Mitpächter des Grafen Pourtalès sich wahrscheinlich beschweren werden, da im Grunde nur dieser als schuldig betrachtet werden kann, seinem Schwager die Jagd ohne Paß gestattet zu haben. Baron Berckheim war zwar um einen solchen eingekommen, hatte ihn aber als aktiver Offizier nicht erhalten. *Ablehnung eines Jagdpasses für Graf Castellane.*[7]

Wegen des verletzten Mädchens hat nachträglich deren Vater noch Entschädigungsansprüche geltend gemacht[b]; er gibt an, daß die Tochter infolge der Verletzung (die ganz unbedeutend sein soll) an nervösen Zuständen leide.

Ich darf schließlich gehorsamst bemerken, daß ein Immediatbericht[8] des General[s] v. Huene über das hier behandelte Thema an allerhöchster Stelle vorliegt.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „mitgeteilt 22./11. bzw. 5./12.08 Mil. Kab.; v. S. M. 29./12."

[a] Randnotiz: „Das ist neu".

[b] Randnotiz Wilhelms II.: „Er ist von Pourtalès mehrfach an die Luft gesetzt worden!!"

[1] Eisendecher an Bülow. „Karlsruhe, 9. November 1908. Im ‚Schwäbischen Merkur' behauptet ein hiesiger Korrespondent von den in Baden der Jagd obliegenden Franzosen und Elsässern, daß gerade in elsässischen Jägerkreisen die verbissensten und unversöhnlichsten Deutschenfresser zu finden seien. Die deutsche Sache hätte in den reichsländischen Städten schon viel größere Fortschritte zu verzeichnen, wenn sich diese Herren jenseits der Vogesen befänden. Sie kehrten in Baden klugerweise ihren Haß zwar nicht gegen das Deutschtum, aber gegen ‚Preußen'. Wer die Verhältnisse in diesen Jagdgebieten kenne, müsse staunen über die Abneigung gegen alles ‚Preußische', die durch den langjährigen Einfluß dieser Herren in der Landbevölkerung großgezogen worden sei" (Ebd., Ausf.).

[2] Eisendecher an Bülow. „Baden, 21. Oktober 1904. Von Zeit zu Zeit pflegen einzelne Blätter aus Jägerkreisen besorgniserregende Mitteilungen zu bringen über die Spionengefahr bei französischen Jagdpachtungen und Jägern in Baden, *so kürzlich die ‚Straßburger Post' und die Karlsruher Zeitung (Nr. 356 vom 21. Okt. 1904). Nach meinen* Erkundigungen handelt es sich bei derartigen alarmierenden Nachrichten weniger um das etwaige Spionieren der Franzosen als um deren oft erfolgreiche Konkurrenz bei den Jagdpachtungen; die Herren zahlen gut zur lebhaften Befriedigung der Gemeinden. Infolgedessen herrscht Verstimmung bei den einheimischen Jägern. Wie die ‚Karlsruher Zeitung' wohl richtig ausführt, dürften gegen die Zulassung der französischen Jäger nur dann wirkliche Bedenken vorliegen, wenn die kompetente Militärbehörde solche erhebt. Deutsche Jäger auf französischem Gebiet wird es kaum geben, sonst wäre festzustellen, ob sie drüben das gleiche Entgegenkommen finden wie die Franzosen diesseits der Grenze. Die Frage der Zulassung würde alsdann demgemäß vielleicht allgemein zu erwägen und zu regeln sein" (Ebd., eig. Ausf.).

[3] Eisendecher an Bülow. „Karlsruhe, 10. Jan. 1906. Schweizerische Blätter berichten in ziemlich heftiger Sprache über die angeblich unberechtigte Verhaftung und ungebührliche Behandlung zweier Schweizer Touristen am sogenannten Isteiner Klotz in der Nähe der dortigen Befestigungen. [...]" (Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 121 Nr. 22b geheim Bd. 8; Marg.: „I. mtg. mit Schreiben 12./1. Gen. Stab; II. mtg. 12./1. Bern 55").

[4] Nr. 1092.

[5] Der bad. Gesandte in Berlin Graf Berckheim.

[6] Huber, Karl, Geh. Kommerzienrat in Straßburg.

[7] Castellane, Marie Eugène Philippe Antoine Boniface de (1844–1917), seit 1871 Mitglied der franz. Nationalversammlung, Schriftsteller.

[8] Nr. 1092 Anm. 2.

1096. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 21. November 1908

Die Blockparteien in Freiburg, mit Ausnahme der dem Zentrum dienstbaren Konservativen, veranstalteten am 18. d. Mts. eine Versammlung, die sich in anscheinend gemäßigter Weise mit dem Thema „Kaiser und Volk" beschäftigte. Nach einem Vortrage des Universitätsprofessors Schmidt[1], welcher der Ersten Kammer angehört, fand eine maßvolle patriotische Resolution einstimmig Annahme; sie ist Ew. D. direkt übersandt worden u[nd], wie ich eben in der Landeszeitung sehe, auch mit freundlichem Dank beantwortet worden.

Von verschiedenen anderen Versammlungen muß man wünschen, daß sie unterblieben wären oder unterbleiben möchten[2]; die Herren Volkstribunen verlangen von S. M. dem Kaiser stets größte Zurückhaltung, sie selbst aber wollen möglichst viel reden u[nd] gehört werden.

Die fortgesetzten öffentlichen Debatten über das sogenannte „persönliche Regiment" werden mit Recht von der Großherzoglichen Regierung lebhaft beklagt. Sie sind zwecklos u[nd] schädlich auch dem Auslande gegenüber, aber ein Mittel, sie zu verhindern, gibt es leider nicht.

Nachdem Ew. D. die so eminent kluge u[nd] glückliche Lösung der kritischen Lage herbeigeführt haben, sollten die Parteien das dankbar anerkennen u[nd] vor allen Dingen auch der großherzigen Willenskundgebung unseres Allergnädigsten Herrn Vertrauen schenken.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 12, Abschrift.

[1] Schmidt, Richard Dr. jur. (1862–1944), 1891 ao. Professor der Rechte in Leipzig, o. Professor für Zivil-, Staats- und Völkerrecht in Freiburg, 1902 Geh. Hofrat, MdL (I. K.) 1907–1912, 1907 Mitbegründer der „Zeitschrift für Politik", 1926 des Instituts für Politik, öffentliches Recht und Völkerrecht.

[2] Nr. 1094.

1097. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 21. November 1908

Ew. D. großzügige, ernste Rede über die Reichsfinanzen[1] findet hier lebhafte Zustimmung. Man staunt mit Recht, daß Ew. D. imstande waren, nach den vorhergegangenen kritischen Tagen und mannigfachen Aufregungen so kräftig und mit solcher Frische dem Reichstage seine verantwortungsvolle Aufgabe ans Herz zu legen. Von allen Seiten beglückwünscht man Ew. D. und spricht die Hoffnung aus, daß die hochwichtigen Darlegungen wesentlich zu einer zweckentsprechenden Erledigung der Steuervorlagen beitragen werden. Nur gewisse Zentrumsorgane und sozialdemokratische Stimmen suchen an der Rede Kritik zu üben und ihren Wert herabzusetzen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 122 Nr. 13 Nr. 1 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „Im Preßreferat z. gfl. Kenntnisnahme".

[1] Bülows Reichstagsrede zur 1. Lesung der Reichsfinanzreform am 19. Nov. 1908 (Sten. Ber. RTG Bd. 233 163. Sitzung S. 5540ff.).

1098. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 24. November 1908

Die Ortsgruppe Freiburg der Deutschen Volkspartei veröffentlicht im „Badischen Landesboten" folgende Erklärung, die sich auf Ew. D. Danktelegramm für die übersandte Resolution der Freiburger Blockparteien bezieht (Ber. Nr. 118 v. 21. d. Mts.[1]): „Um Mißdeutungen entgegenzutreten, die aus dem an Geh[eimen] Hofrat Dr. v. Below[2] gerichteten Telegramm des Reichskanzlers entstehen könnten, erklären wir hiermit, daß die Nationalliberale Partei, Reichspartei u[nd] Deutsche Volkspartei lediglich beschlossen hatten, die in der Versammlung vom 18. November kundgegebene Resolution zur Kenntnis des Reichskanzlers zu bringen. H[err] Geh[eimer] Hofrat Dr. v. Below, der mit dieser Übermittlung beauftragt wurde, erklärt, daß er sich auf diese Übermittlung beschränkt habe. Eine Veranlassung zu einer patriotischen Begrüßung des Reichskanzlers lag für uns nicht vor. Das Antworttelegramm des Reichskanzlers ist uns nicht verständlich. Deutsche Volkspartei. Ortsgruppe Freiburg i. Br."

Die Herren Demokraten sind hiernach bemüht, sich von dem Verdachte zu reinigen, als hätten sie Ew. D. eine patriotische Begrüßung zugedacht.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 12, Abschrift.

[1] Vgl. Nr. 1096.

[2] Below, Georg v. Dr. (1858–1927), 1886 Privatdozent für Geschichte in Marburg, 1888 in

Königsberg, 1891 o. Professor in Münster, 1897 in Marburg, 1901 in Tübingen, 1905 in Freiburg (Geh. Hofrat), Mitglied der Bad. Historischen Kommission, 1924 emeritiert, DRP-Parteigänger.

1099. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 24. November 1908

Am Buß- und Bettage, während des Morgengottesdienstes in den Kirchen, waren die hiesigen Demokraten im Kolosseumssaale versammelt, um den Abgeordneten Venedey von Konstanz über „das persönliche Regiment des Kaisers und das deutsche Volk" sprechen zu hören.

Die stark agitatorischen Darlegungen des Redners gipfelten in der Forderung einer parlamentarischen Regierung und gesetzlicher Garantien gegen persönliche Einflüsse. Eine dementsprechende, hier im Wortlaute gehorsamst beigefügte Resolution[1] fand einstimmige Annahme.

Herr Venedey führte nach dem „Badischen Landesboten" ungefähr folgendes aus: Die Frage, ob es nach dem Einlenken des Kaisers und dem scheinbaren Siege Ew. D. über das persönliche Regiment noch nötig sei weiterzuprotestieren, sei zu bejahen, geschähe das nicht, so werde das Volk wieder in seine bisherige Vertrauensseligkeit zurücksinken. Der Kaiser sei in veraltete und abgetragene Ideen des Gottesgnadentums verstrickt, schon Bismarck und Hohenlohe hätten das als den dunklen Punkt für unsere Zukunft bezeichnet; Aussprüche wie „suprema lex regis voluntas" oder „wer mir entgegentritt, den zerschmettere ich" könne man nicht mißverstehen. Der Kaiser herrsche unbeschränkt auf den Gebieten des Heeres, der Marine und der auswärtigen Politik, deren Vielseitigkeit, wie jetzt klar ersichtlich, uns sehr geschadet habe. Auch das Übergewicht Preußens mache sich geltend, es betrachte die übrigen Bundesstaaten gewissermaßen als Vasallen.

Redner zitiert dann die kaiserliche Anrede an die abfahrenden Chinakrieger[2], spricht von den Vorschußlorbeeren des Grafen Waldersee, der Entsendung des Prinzen Heinrich nach Amerika, von dem Botschafter Hill[3] und den Ordensverleihungen[4] an die Generäle Nogi und Stössel sowie von den Eingriffen in die Domäne von Kunst und Wissenschaft. Er meint, jetzt sei durch das[a] „Daily Telegraph"-Interview dem Faß der Boden ausgestoßen, dabei habe der Reichstag versagt, trotz manchem scharfen Hiebe. Vergebens erwarte man nun vom Kaiser noch ein weiteres entscheidendes Wort. Wahrscheinlich werde Ew. D. nicht lange mehr im Amte bleiben können, dann solle angeblich ein General kommen, der die Befehle S. M. einfach ausführen müsse. Das Volk verlange aber eine wahrhaft parlamentarische Regierung. Es sei Sache der Presse, auf dieses Ziel hinzuwirken und nicht den Geist der Unterwürfigkeit und des Byzantinismus großzuziehen. Änderung der gegenwärtigen Zustände sei nur möglich, wenn das Volk sich auf seine Würde und Rechte besinne und zu der Überzeugung komme, daß das persönliche Regiment in die Rumpelkammer gehöre.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 12, Ausf.

[a] Vorlage irrtümlich: die.

[1] (Bad. Landesbote, Nr. 273 vom 23. Nov. 1908). Die Resolution wandte sich „mit Entschiedenheit gegen das persönliche Regiment in Deutschland" und „erblickt in ihm eine ständige Gefährdung unseres Ansehens und unserer Stellung gegenüber dem Auslande und einen Widerspruch mit der

geschichtlichen Entwicklung des Deutschen Reiches und dem Geiste seiner Verfassung". Die Reichstagssitzungen vom 10./11. Nov. 1908 böten „keinerlei Gewähr" gegen künftige „kaiserliche Überraschungen" (Daily Telegraph-Interview), vielmehr sei es „die Pflicht jedes Deutschen, mit allen gesetzlichen Mitteln auf Herstellung wahrhaft verfassungsmäßiger konstitutioneller Zustände in unserem Vaterlande hinzuwirken" (Ebd.).

[2] Die „Hunnenrede" des Kaisers bei der Verabschiedung des deutschen Expeditionskorps in Bremerhaven am 27. Juli 1900 („Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht, führt Eure Waffen so, daß auf Tausend Jahre hinaus kein Chinese es mehr wagt, einen Deutschen scheel anzusehen").

[3] Hill, David (geb. 1850), Professor für Völkerrecht, 1898 Unterstaatssekretär, 1903 US-Gesandter in Bern, 1905 in Den Haag, 1908–1911 in Berlin. Hill wurde für den Berliner Posten vorgeschlagen und erhielt das Agrément der Reichsregierung. Inoffiziell erhob diese jedoch beim amerikan. Präsidenten Bedenken gegen ihn, weil er wegen seines angeblich zu geringen Einkommens den erforderlichen Repräsentationspflichten nicht genügen könne. Angesichts der amerikan. Verstimmung mußte das Auswärtige Amt versichern, daß gegenüber Hill keine Änderung in der Einstellung des Kaisers eingetreten sei.

[4] Verleihung des Ordens pour le mérite an den russ. General Stössel und den jap. General Nogi (*Schultheß* 1905 S. 1).

1100. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 25. November 1908

Nationalliberale und Jungliberale der Residenz ließen sich gestern von dem neuen Parteiführer Landgerichtsdirektor Dr. Obkircher über die politische Lage Vortrag halten.

Der Redner behandelte zunächst badische Verhältnisse, wies die gegnerischen Behauptungen von einer Neigung des Liberalismus zur Sozialdemokratie zurück, erklärte die Stellung der Parteien zueinander und konstatierte, daß man mit den Demokraten wohl zu einem Wahlabkommen gelangen werde, während der Freisinn mit allzu großen Ansprüchen noch abseits stehe und Konservative und Bündler leider ganz zum Zentrum übergegangen seien.

Er kritisierte gewisse wirtschaftliche Gruppen in den Städten, die sich als Mittelpartei bezeichneten und vornehmlich dem Zentrum Vorteile brächten, verteidigte die Haltung seiner Partei im Landtage und ging dann auf die Reichspolitik über.

Das Thema wurde von ihm durchaus maßvoll in gerechter Anerkennung der seltenen Eigenschaften und guten Absichten S. M. des Kaisers sowie der Art der Lösung der jüngsten ernsten Krisis besprochen.[1] Obkircher sagte, der Reichstag habe seine Pflicht getan, und der Kaiser habe den höchsten Sieg, den Sieg über sich selbst, errungen, das sei auch kürzlich im Berliner Rathause klar bestätigt worden; so dürfe man hoffen, daß das Verhältnis zwischen Kaiser und Volk wieder ein gutes werde. Die Bundesstaaten müßten mehr Einfluß auf die Reichsregierung gewinnen, nur Preußen habe bisher solchen Einfluß; eine parlamentarische Regierung halte er nicht für angebracht, bei den vielen sich gegenseitig bekämpfenden Parteien lasse sich dieses System überhaupt nicht anwenden.

Die Finanzreform im Reiche bezeichnete der Redner zur Zeit als die wichtigste Aufgabe; es liege im Interesse namentlich auch des Reichstages, sie möglichst schnell zu lösen, ein jeder müsse dazu mitwirken. Wenn die mittleren Klassen des Volkes ebenso eifrig an der Politik teilnehmen wollten wie die unteren Schichten, ließe sich manches

bessern. Im Reichstage sollten große geschlossene Parteigruppen mit weiten politischen Gesichtspunkten bestehen, als solche Gruppe könnten die liberalen Parteien gelten.

Der Vorsitzende der Versammlung Oberschulrat und Abgeordneter Rebmann erwähnte in seinem Schlußwort die Umstände bei der Annexion Bosniens und der Herzegowina als ein Zeichen des Sinkens unseres Ansehens unter den Völkern.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „2./12. R.A.d. Inn."

[1] Daily-Telegraph-Affäre (Vgl. Nr. 1094).

1101. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 8. Dezember 1908

Vertraulich! Der Mannheimer Oberlehrer Rödel[1], Hauptleiter der Lehrerbewegung in Baden, zweiter Vorsitzender des Lehrervereins und Redakteur der stark radikal gefärbten „Neuen Badischen Schulzeitung", hatte am 10. Juni d. J. zu Dortmund in der Versammlung des Deutschen Lehrervereins sehr gehässige, höhnische Angriffe gegen die Unterrichtsverwaltung und die Schulzustände in Baden gerichtet.[2]

Unter eingehender Begründung[3] erteilte ihm der Oberschulrat dafür unter dem 16. v. Mts. einen ernsten Verweis, gegen welchen er beim Ministerium Beschwerde einlegte. Das Vorgehen des Oberschulrats veranlaßte demnächst den heftigen Protest einer stark besuchten Lehrerversammlung in Neckarelz. Während die Beschwerde Rödels noch unerledigt war, nahm man dort eine gegen die Unterrichtsverwaltung gerichtete äußerst scharfe Resolution an.[4] Der Oberschulrat erließ infolgedessen eine Verfügung an die Kreisschulvisitatoren, welche die Lehrerschaft vor einer Nachahmung der unstatthaften Kundgebung von Neckarelz eindringlich warnte. Die Verfügung war nicht für die Öffentlichkeit bestimmt und erschien zuerst in der Mannheimer sozialdemokratischen „Volksstimme".

Das ist in Kürze der Hergang des Falles Rödel, der gegenwärtig in der Presse ziemlich leidenschaftlich erörtert wird; dabei treten Zentrum und Konservative für die Unterrichtsverwaltung ein, sozialdemokratische und linksliberale Blätter verteidigen Rödel; im nationalliberalen Lager scheinen die Ansichten noch geteilt, sehr verständigerweise nahm aber der Parteichef Dr. Obkircher in einer soeben in Lahr gehaltenen Rede die Schulbehörde energisch in Schutz.[5]

Die Sache wird vermutlich die öffentliche Meinung noch lange beschäftigen, sie erscheint bezeichnend für die radikal-oppositionellen Tendenzen eines großen Teiles der Lehrer. Die erfolgten Gehaltsaufbesserungen genügen ihnen nicht, sie verlangen anstelle des Oberschulrats ein besonderes Unterrichtsministerium und namentlich die Einreihung in den allgemeinen Gehaltstarif. Sie glauben auch, daß im Oberschulrat der Zentrumseinfluß überwiege, dem die Maßregelung Rödels besonders zugeschrieben werden müsse, weil dieser den Katholischen Lehrerverein stets eifrig bekämpft habe.

Minister v. Dusch sagt mir, Rödel sei als recht übles Element der Behörde lange bekannt[6], man habe ihm absichtlich lange Zeit gelassen, sein Unrecht einzusehen und

sich wenigstens zu entschuldigen, der Verweis sei durchaus verdient, und Proteste wie in Neckarelz dürfe die Regierung nicht stillschweigend hinnehmen. Vielleicht werde man schließlich Rödel gegenüber zur Strafe der Dienstentlassung greifen müssen.[7]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 9, Ausf.; Marg.: „11./12. Kult. Min."

[1] Rödel, Michael (1861–1921), seit 1879 im bad. Schuldienst, 1888 Hauptlehrer in Mannheim, 1892–1902 Redakteur der Neuen Bad. Schulzeitung, 1912 Oberlehrer, 1914–1919 Obmann des Bad. Lehrervereins, 1919 Vortr. Rat im Kultus- und Unterrichtsministerium, 1920 Ministerialrat (AV; PA-GLA).

[2] Rödel kritisierte die Organisation des bad. Volksschulwesens, die Überlastung sowie die Unterbezahlung der Lehrer (Gedr. *Kimmelmann* S. 249).

[3] Der Oberschulrat erblickte in der Rede eine „Verletzung der Beamtendisziplin". Sie sei „eines Beamten unwürdig" und geeignet, „den Staat zu schädigen", da Rödel „vieles verschwiegen, anderes unvollständig ausgeführt" habe, „so daß ein falscher Eindruck entstehen mußte" (*Kimmelmann* S. 249).

[4] Die am 28. Nov. 1908 in Neckarelz für den Schulkreis Mosbach abgehaltene, von 250 Teilnehmern besuchte Lehrerversammlung kritisierte Rödels „ungerechtfertigte Maßregelung" und sah darin nicht nur „eine Gefährdung des staatsbürgerlichen Rechts der freien Meinungsäußerung", sondern auch eine große Gefahr „für die Entwicklung der Verhältnisse der badischen Volksschule und des Lehrerstandes im besonderen, der staatlichen Einrichtungen im allgemeinen". Sie erklärte „sich mit dem Gemaßregelten solidarisch" (*Kimmelmann* S. 250).

[5] Vgl. *Kimmelmann* S. 251.

[6] Bereits 1901 wurde gegen den damaligen Schriftleiter der „Neuen Badischen Schulzeitung" Rödel wegen eines Artikels gegen die körperliche Züchtigung von Schülern aus Lehrerkreisen ein Beleidigungsprozeß angestrengt und daraufhin vom Oberschulrat gegen ihn eine dienstpolizeiliche Untersuchung durchgeführt, die mit einem Verweis und der Niederlegung der Redaktion endete. In letztere trat er jedoch später erneut ein (*Kimmelmann* S. 215 ff.).

[7] Vgl. Nr. 1102–1105, 1107.

1102. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 12. Dezember 1908

Die Angelegenheit des Mannheimer Hauptlehrers Rödel beschäftigt in steigendem Maße die Presse und die Parteien zum offenbaren Schaden der innerpolitischen Verhältnisse. Freisinn, Jungliberale, Demokraten und Sozialisten verteidigen den gemaßregelten Agitator in äußerst heftiger Sprache, und auch der Vorstand des Badischen Lehrervereins tritt in einer öffentlichen Erklärung für ihn ein, während das nationalliberale Hauptorgan mit dem neuen Parteichef und das Zentrum das Verfahren der Schulbehörde gutheißen und zur Ruhe und Besonnenheit mahnen.

Die natürliche Folge ist eine heillose Verwirrung im sogenannten liberalen Block, nur einzelne wenige nationalliberale Blätter sekundieren dem Führer, der sonstige gesamte Liberalismus verficht mit Leidenschaft den radikalen Standpunkt der angeblich bedrohten Freiheit des Wortes.

Man muß hoffen, daß die besonnenen Elemente im liberalen Lager, namentlich auch in den Landtagsfraktionen, mit der Zeit doch noch die Oberhand gewinnen, anderenfalls würde zunächst das Zentrum aus dem herrschenden liberalen Zwiespalt den größten Nutzen ziehen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 9, Ausf.; Marg.: „I. mtg. 22./12. Kultusmin.; II. mtg. 22./12. RAmt d. Innern".

1103. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 17. Dezember 1908

Leider wird der Fall „Rödel"[1] hier weiter in ganz übertriebener Weise als hochpolitischer Vorgang erörtert. Der Gesamtvorstand des Badischen Lehrervereins nahm für den Gemaßregelten Stellung, und eine Anzahl lokaler Lehrerkonferenzen trat ebenfalls auf dessen Seite. Bis jetzt scheint nur in Bonndorf, wo klerikale Einflüsse vorherrschen, der Standpunkt der Regierung bedingte Billigung zu erfahren, wenigstens will man dort zunächst die Entscheidung des Ministeriums auf Rödels Beschwerde abwarten.

Der Engere Ausschuß der Nationalliberalen Partei akzeptierte einmütig die von ihrem Führer Dr. Obkircher entwickelte Auffassung, welche das Vorgehen der Schulbehörde billigt.[2] Die freisinnige, demokratische und sozialdemokratische Presse geht nach wie vor für Rödel ins Zeug und kritisiert ziemlich scharf die Haltung der Nationalliberalen, nur einzelne radikale Blätter äußern neuerdings doch einige Zweifel bezüglich der Nützlichkeit der Rödelschen Agitation.

Die Parteien besprechen bereits, eine jede in ihrem Sinne, die Wirkung des Falles Rödel auf die im Herbst 1909 bevorstehenden Landtagswahlen, und zwar stehen sich vorläufig die verschiedenen Färbungen des Liberalismus wenig freundlich gegenüber.

Das Zentrum benutzt mit nicht zu verkennendem Geschick die Situation, um für sich zu profitieren. Der Geistliche Rat und Pfarrer von Zähringen setzt in längeren politischen Vorträgen seinen begeisterten Anhängern auseinander, wie verderblich der Nationalliberalismus als Bundesgenosse der Sozialdemokratie sich erweisen werde, und wie Konservative und Bündler nur im Zentrum ihren wahren Freund finden könnten. Radikale Parteiführer fahren demgegenüber fort, in zahlreichen Versammlungen nicht nur die Lage in Baden, sondern auch im Reich kritisch zu besprechen und dabei immer wieder das persönliche Regiment und die angeblich von neuem drohende Wühlarbeit einer reaktionären Kamarilla an die Wand zu malen. Zugleich wird sowohl in politischen wie in fachlichen Vereinigungen lebhaft gegen die verschiedenen Steuerprojekte polemisiert.

Auch Herr Maximilian Harden[3] will am nächsten Sonnabend in der hiesigen Festhalle einen Vortrag über die politische Lage halten; trotz der hohen Eintrittspreise erwartet man einen großen Zudrang.[4]

Einiges Aufsehen erregt das Flugblatt eines früher nationalliberalen evangelischen Pfarrers namens Karl[5], früher in Sulzburg, jetzt am Diakonissenhaus in Freiburg; die Schrift richtet sich namentlich gegen die vermeintlich irreligiösen Tendenzen im Nationalliberalismus und verlangt die Einigung aller rechtsliberalen Elemente unter spezieller Anerkennung des hohen Wertes der religiösen und kirchlichen Interessen im politischen Leben.

Im „Schwäbischen Merkur" finden diese Darlegungen besondere Beachtung; der in der Regel sehr verständige wohlinformierte hiesige Korrespondent der Zeitung empfiehlt demgemäß in Zukunft eine bessere Sicherung der rechten Flanke der Nationalliberalen

und die eventuelle Aufstellung einiger evangelischer Pfarrer als Kandidaten für den Landtag.

In ähnlichem Sinne wie Karl hatten sich unlängst schon der jungliberale ehemalige Pfarrer Frey[6] und der Lizentiat Wielandt[7] in Heidelberg öffentlich geäußert.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 9, Ausf.; Marg.: „I. mtg. 22./12. Kultusmin., II. mtg. 22./12. R. Amt d. Innern".

[1] Vgl. Nr. 1101.

[2] Der Engere Ausschuß billigte am 13. Dez. 1908 die Haltung des Vorsitzenden Obkircher.

[3] Harden,Maximilian (=Felix Witkowski) (1861–1927), Schauspieler, 1892–1922 Herausgeber der Zeitschrift „Zukunft".

[4] Am 21. Dez. 1908 berichtete Eisendecher über Hardens Karlsruher Vortrag: Die Badische Presse [Nr. 593 vom 21. Dez. 1908] spreche sich „günstig darüber wie auch sonst über die Verdienste des Vortragenden aus. Die Parteiorgane dagegen üben fast alle an Hardens vergangener u[nd] gegenwärtiger politischer Tätigkeit mehr oder weniger Kritik. Die Rede richtete sich in erster Linie auch hier wie an anderen Orten gegen S. M. d[en] K[aiser] u[nd] K[önig]. Sie war mit boshaften, satirischen Pointen stark durchsetzt, aber doch so vorsichtig gehalten, daß sie zu einem etwaigen Einschreiten keine Handhabe bot. Beifällige Unterbrechungen gab es angeblich kaum, nur am Schluß wurde ziemlich lebhaft von den neugierigen, sensationsbedürftigen Zuhörern applaudiert. Das Publikum bestand anscheinend in der Mehrzahl aus wohlhabenden Privatleuten, darunter mehr Damen als Herren. Das Beamtentum fehlte fast ganz. Nach Schätzung sollen etwa 1500 Menschen zugegen gewesen sein, die Eintrittspreise betrugen 4, 3 u[nd] 1 Mark. [...] In meinen Bekannten- wie in Regierungskreisen klagt man allgemein außerordentlich, daß der streitbare Herausgeber der Zukunft nun auch als politischer Wanderredner auftritt u[nd] gewisse Themata weiter kritisch erörtert, die man endlich ruhen lassen sollte. Namentlich wird es als unheilvoll u[nd] verwerflich scharf verurteilt, wenn er fortgesetzt das Reichsoberhaupt tadelnd in den Kreis seiner Betrachtungen zieht. Mit vollem Recht rügen besonders die Zentrumsblätter die oft sehr giftigen Pfeile, die Harden gegen unseren allergn[ädigsten] Herrn entsendet. Man merkt diesen Blättern freilich dabei an, daß sie es minder tadelnswert finden würden, wenn Harden mit E[w.] D. recht scharf ins Gericht ginge, das könnte den Herren Wacker u[nd] Genossen für ihre Zwecke besser passen" (ZStA Merseburg, 2. 4. 16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 109 fol. 488f., eig. Konz.; Marg.: „abges. 22./12. 08").

[5] Karl, Wilhelm Adam (1864–1938), seit 1886 ev. Geistlicher, 1906 Hausgeistlicher an der Diakonissenanstalt in Freiburg, 1909 in Tauberbischofsheim, 1914/1919 Mitglied der Generalsynode, 1920 in Bötzingen, K/DNVP, MdL 1919–1921.

[6] Frey, Ernst Jakob Dr. theol. h. c. (1867–1932), seit 1890 ev. Geistlicher, 1897 Stenograph im Bad. Landtag, 1900 Austritt aus dem Kirchendienst, 1904 Reallehrer am Lehrerseminar in Karlsruhe, 1914 Oberreallehrer, Mitglied des Engeren Ausschusses der Nationalliberalen Partei Badens, 1924 Religionslehrer am Gymnasium in Karlsruhe, 1919–1932 Mitglied der Landessynode, 1932 Ruhestand (AV; PA-GLA).

[7] Wielandt, Rudolf August (geb. 1875), seit 1899 ev. Geistlicher, 1903 Lizentiat in Heidelberg, 1909 in Niedereggenen, 1914 in Berlin.

1104. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 24. Dezember 1908

Zahlreiche Lehrerkonferenzen im ganzen Lande erklärten sich seit meinem letzten Bericht[1] für den Hauptlehrer Rödel und gegen dessen Maßregelung durch den Oberschulrat. Ebenso trat nach der beifolgenden Zeitungsmeldung[2] der Geschäftsführende Ausschuß des Deutschen Lehrervereins für den Genannten ein.

Zustimmende Beschlüsse zu dem Vorgehen der Schulbehörde sind anscheinend nur ganz vereinzelt erfolgt. Die Leiter der ersten Konferenz in Neckarelz wurden wegen der dort angenommenen sehr scharfen Resolution zur Verantwortung gezogen, das Resultat der Einvernahme kennt man indessen noch nicht.[3]

Aus dem bisherigen Verlauf des Falles Rödel geht unzweifelhaft hervor, daß die große Mehrheit der badischen Volksschullehrer stark demokratischen Tendenzen huldigt und eine Disziplinlosigkeit an den Tag legt, die die Großherzogliche Regierung kaum ohne weiteres hinnehmen kann.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 9, Ausf.; Marg.: „31./12. Kult. Min., R. Amt d. Innern".

[1] Nr. 1103.
[2] Bad. Presse, Nr. 598 vom 23. Dez. 1908.
[3] Nr. 1101 Anm. 4; vgl. Nr. 1107.

1105. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 25. Dezember 1908

Die „Karlsruher Zeitung"[1] veröffentlicht den hier anliegenden Erlaß des Oberschulrates an den Obmann des Vorstandes des Badischen Lehrervereins; die öffentliche Erklärung des Vorstandes zugunsten des Hauptlehrers Rödel wird darin als unerlaubte Bemängelung einer Entschließung der vorgesetzten Behörde gerügt.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 9, Ausf.; Marg.: „31./12. Kult. Min., R. Amt d. Innern".

[1] Nr. 397 vom 25. Dez. 1908 (Erlaß des Oberschulrats vom 14. Dez. 1908).

1106. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 7. Januar 1909

Der von der „Kölnischen Zeitung" übernommene Artikel des thüringischen Blattes „Deutschland" zur Reichsfinanzreform hat hier ebenso wie die Darlegungen des Abgeordneten Bassermann in der Beilage der „Münchener Allgemeinen Zeitung" verdiente Beachtung gefunden.

Alle einsichtsvollen Politiker sind mit der Regierung überzeugt, daß eine ausreichende Sanierung der Reichsfinanzen ohne die Nachlaßsteuer nicht durchzuführen sein wird, oder wenigstens müßte anstelle der Nachlaßsteuer die Erbschaftssteuer auf die direkte Deszendenz ausgedehnt werden. Hier stehen nun nicht nur die wenigen Konservativen, sondern auch die Mehrheit des Zentrums und ein Teil der Nationalliberalen der Nachlaßsteuer einstweilen ablehnend gegenüber. Das Zentrum verfolgt dabei mit seiner Haltung lediglich Parteizwecke, sein Bestreben ist, wie überall, auf die Sprengung des Blockes und auf die Beseitigung Ew. D. gerichtet. Rache für den 13. Dezember[1] bestimmt die Zen-

trumspolitik, ob das Reich dadurch Schaden erleidet, kommt für die Herren weniger in Betracht.

Die Regierung, speziell der Finanzminister, ist eifrig bemüht, namentlich die liberalen und konservativen Parteiführer zur Einigkeit zu ermahnen und sie im Sinne der absolut notwendigen Steuerprojekte zu beeinflussen; dem Zentrum gegenüber scheint bis jetzt solches Bemühen gänzlich aussichtslos.

Leider herrscht im liberalen Block vorläufig wenig Übereinstimmung. Man beschäftigt sich mehr mit den im nächsten Herbst bevorstehenden Landtagswahlen als mit der Finanzreform.[a] Nationalliberale und Freisinn streiten über aufzustellende Kandidaturen, und Demokraten halten Reden oder schreiben Artikel über das persönliche Regiment und preußische Anmaßung[b], erklären auch, daß sie an der üblichen gemeinsamen Kaiserfeier der hiesigen Bürgerschaft am 27. d. Mts. nicht teilnehmen werden (!).

Minister Dr. Honsell brachte von Wiesbaden recht ernste Eindrücke zurück.[2] Er meint, daß gegen die von dem Herrn Reichsschatzsekretär als möglicher Ausweg erwähnte Reichsvermögensteuer für die Einzelstaaten die schwersten Bedenken beständen. Besser noch sei es seines Erachtens, im äußersten Notfalle die Matrikularbeiträge so zu erhöhen, daß damit unmögliche Zustände geschaffen würden.[c] Alsdann würde vielleicht der neu zu wählende Reichstag die unhaltbare Situation endlich erkennen und die unabweislichen Steuern bewilligen. Allerdings bleibe das immerhin ein gefährliches Vabanquespiel.[d] Er gebe übrigens die Hoffnung noch nicht ganz auf, daß auch der gegenwärtige Reichstag in letzter Stunde doch ein Einsehen haben und eine Mehrheit für die Reformprojekte aufbringen werde. Ein Artikel des führenden badischen Zentrumsorgans[3] zur Äußerung des Abgeordneten Bassermann und der Zeitung „Deutschland" sowie einen Bericht[4] über die Stellungnahme der hiesigen Handelskammer zu den Steuerentwürfen darf ich gehorsamst beifügen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 103 Bd. 15, Ausf.; Marg.: „I. mtg. 13./1. Darmstadt, Dresden, München, Stuttgart, Weimar, Oldenburg, Hamburg; II. mtg. 13./1. R. A. d. Innern, Fin. Min., R. Schatzamt".

[a] Randnotiz Bülows: „!"
[b] Randnotiz Bülows: „!!"
[c] Randnotiz Bülows: „?!!"
[d] Randnotiz Bülows: „Ja".
[1] Vgl. Nr. 1024 Anm. 1.
[2] Konferenz der bundesstaatlichen Finanzminister zur Beratung der Reichsfinanzreform.
[3] Bad. Beobachter, Nr. 2 vom 4. Jan. 1909.
[4] Bad. Landeszeitung, Nr. 7 vom 6. Jan. 1909.

1107. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 9. Januar 1909

Der Vorsitzende der Lehrerkonferenz in Neckarelz[1], welche die Maßregelung des Mannheimer Hauptlehrers Rödel in unangemessener Weise kritisierte, erhielt vom Oberschulrat einen ernsten Verweis und 50 Mark Geldstrafe.[2] Der Bestrafte, Hauptlehrer Bähr[3] in Epfenbach, erhob dagegen Beschwerde beim Ministerium.

Die Beschwerde Rödels wegen der ihm erteilten Rüge ist unter näherer Begründung

vom Unterrichtsministerium zurückgewiesen worden. Der Minister sprach sich mir gegenüber sehr ungünstig über die von dem bekannten freisinnigen Abgeordneten und Rechtsanwalt Frühauf verfaßte Beschwerdeschrift aus.

Vorlage der Badischen Presse zum Fall Rödel.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 9, Ausf.; Marg.: „14./1. Kultusmin."

[1] Vgl. Nr. 1101. Nachdem es der Schulbehörde nicht gelungen war, den Verfasser der Resolution zu ermitteln, erhob sie gegen den Konferenzvorsitzenden Bähr Anklage (*Kimmelmann* S. 250).

[2] Bericht und Begründung des Oberschulrats gedr. Bad. Presse, Nr. 13 vom 9. Jan. 1909.

[3] Bähr, Karl (gest. 1953), Hauptlehrer in Epfenbach (Frdl. Auskunft d. Gemeindearchivs Epfenbach).

1108. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 16. Januar 1909

Am 10. d. Mts. tagte in Emmendingen eine große Volksversammlung der badischen Demokraten, in welcher der Direktor des hiesigen Realgymnasiums und Abgeordnete Professor Heimburger und der Karlsruher Rechtsanwalt Dr. Ludwig Haas[1] in längeren Reden vornehmlich gegen das „preußische Junkertum", das Wahlrecht in Preußen und die gegenwärtigen vermeintlich freiheit[s]feindlichen Zustände zu Felde zogen. Sie forderten die wahre demokratische Freiheit des deutschen Volkes mit einer parlamentarischen Regierung und plädierten für eine Verständigung mit der Sozialdemokratie. Der Führer der Freiburger Sozialdemokraten[2] erklärte nach kritischen Bemerkungen über die Nationalliberalen die Bereitschaft der Genossen, mit einer wirklich liberalen Partei zusammenzuarbeiten.[3]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 13, Ausf.; Marg.: „20./1. R. Amt d. Innern, Min. d. Innern".

[1] Haas, Ludwig Leo Dr. jur. (1875–1930), seit 1901 Rechtsanwalt in Karlsruhe, seit 1910 Stadtrat, FVP/DDP, MdR 1912–1930, 1914 Kriegsfreiwilliger, 1915–1918 Verwaltungschef im Gouvernement Warschau, 1918/19 bad. Innenminister, dann Staatsrat, 1928–1930 Fraktionsvorsitzender der DDP im Reichstag.

[2] Engler, Friedrich Wilhelm (1873–1938), Zimmermann, Gewerkschaftssekretär, 1908–1913 Parteisekretär in Freiburg, 1908–1921 Stadtverordneter und -rat, 1919 Staatsrat, 1921 Arbeitsminister, 1924 Präsident des Gewerbeaufsichtsamts Karlsruhe, 1928 des hess. Landesarbeitsamts, SPD, MdL 1921–1928.

[3] Bad. Landesbote, Nr. 11 vom 14. Jan. 1909.

1109. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 19. Januar 1909

Parteistreitigkeiten beschäftigen hier die Politiker immer noch weit mehr als die dringend nötige Reform der Reichsfinanzen. Der gesamte Liberalismus arbeitet durch seine Uneinigkeit dem Zentrum in die Hände, das einig und zielbewußt mit Geschick die Sprengung des Blocks im Reichstag erstrebt und zugleich nach Möglichkeit die hiesigen

Nationalliberalen ärgert, um wiederum deren Bündnis mit den Sozialdemokraten bei den Stichwahlen herbeizuführen. Trotz neuerlicher nach rechts neigender Tendenzen des Nationalliberalismus scheint an eine Abwendung erheblicher konservativer Elemente vom Zentrum nicht zu denken.

Gegenüber der Finanzreform bewahrt das Zentrum eine gewisse Zurückhaltung, es hofft dabei, nach einem Mißerfolg des Blocks selbst die Reform durchzuführen und dabei Ew. D. vielleicht zu stürzen.

Da das ganze Reformwerk mit der Nachlaßsteuer vermutlich stehen oder fallen dürfte, ist die Großherzogliche Regierung nach Kräften bemüht, die Gegner dieser Steuer umzustimmen. Der Minister Freiherr v. Bodman hat den hier unlängst versammelten Grundherren dieserhalb eindringlich ins Gewissen geredet; bei der politischen Kurzsichtigkeit der Herren bleibt ein Ergebnis solchen Bemühens freilich recht zweifelhaft. Führer und Hauptsprecher in der Versammlung war der fleißige und kluge Zentrumsmann der Ersten Kammer, Freiherr v. Stotzingen[1], welcher die Nachlaßsteuer vornehmlich wohl deshalb eifrig bekämpfte, weil ihre Annahme einen Sieg des Blocks in der Reformfrage in Aussicht stellt.

Bezüglich der gegen die Nachlaßsteuer in konservativen Kreisen meist angeführten Bedenken, wie vermeintliche Beeinträchtigung des Familiensinns und der verwandtschaftlichen Gefühle, bemerkte mir gegenüber der Finanzminister Dr. Honsell mit Recht, daß in Frankreich und im Elsaß eine sehr ähnliche Steuer ohne solche nachteiligen Wirkungen längst erhoben würde.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 1 geheim Bd. 4, masch. Abschrift; Marg.: „mtg. 25./1. R. A. d. Innern; R. Schatzamt; Finanzministerium".

[1] Stotzingen, Albrecht Freiherr v. (1864–1938), Gutsbesitzer in Steißlingen, Z, MdZK, MdL (I. K.).

1110. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 20. Januar 1909

Die Großherzogliche Regierung wird neuerdings in der Presse ziemlich scharf angegriffen, weil sie angeblich aus der Konzession für das erste größere Kraftwerk bei Rheinfelden am Oberrhein ungenügende finanzielle Vorteile sich gesichert habe. Dieselben Kritiker, welche die Regierung dieserhalb tadeln, eifern dabei heftig gegen die geplante Elektrizitätssteuer.

Sehr richtig weist der Finanzminister darauf hin, daß darin ein direkter Widerspruch liege; wenn man der Regierung vorwerfe, aus dem Vertrage über die Benutzung der der Erzeugung von elektrischer Energie dienenden Wasserkräfte keinen oder ungenügenden Gewinn erzielt zu haben, so müsse man logischerweise auch die für das Reich schwer entbehrliche Elektrizitätssteuer gutheißen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 13, masch. Abschrift; Marg.: „mitget. 24./1. R. Schatzamt, Finanzmin."

1111. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 20. Januar 1909

Unter Führung des Hornberger Stadtpfarrers Dr. Lehmann[1] ist in Baden eine national-soziale Parteigruppe entstanden, die anscheinend einigen Anhang findet. Der hiesige Verein dieser Gruppe veranstaltete vorgestern eine Versammlung, in welcher der geistliche Parteichef eine regierungs- und preußenfeindliche Rede hielt über das Thema: „Die staatsbürgerliche Freiheit und die jüngsten Beamten- und Lehrermaßregelungen".

Er entwickelte dabei ungefähr die gleichen Anschauungen, wie sie in den Reden und Zeitungen der Demokraten zum Ausdruck kommen.

Auch der revisionistische Sozialdemokrat Kolb, Stadtrat und Abgeordneter, nahm in der Diskussion das Wort. *Vorlage eines Berichts in der Badischen Presse.*[2]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 13, Ausf.; Marg.: „24./1. R. Amt d. Innern, Min. d. Innern".

[1] Lehmann, Ernst Josef Dr. (1861–1948), seit 1889 ev. Geistlicher, 1892 in Mannheim, 1895 Stadtpfarrer in Hornberg, 1911–1931 in Mannheim, Nationalsozial (Frdl. Auskunft d. Landeskirchlichen Archivs Karlsruhe).

[2] Nr. 29 vom 19. Jan. 1909.

1112. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 5. Februar 1909

Der Krieg zwischen Nationalliberalen und Zentrum beherrscht hier nach wie vor die innerpolitische Lage, und leider muß man sagen, daß der klerikale Generalstab geschickter manövriert. Zugleich bestehen zwischen den Nationalliberalen und dem Freisinn erhebliche Differenzen, die ein Zustandekommen des liberalen Blocks recht zweifelhaft erscheinen lassen. Der Bund der Landwirte weist jedes gemeinsame Vorgehen mit den Nationalliberalen weit von sich, und die Haltung des Häufleins der Nationalsozialen bleibt noch fraglich und unentschieden. Den Nationalliberalen wird namentlich Mangel an Religiosität vorgeworfen, eine Anzahl evangelischer Geistlicher hat sich dieserhalb mißbilligend geäußert, und das erste nationalliberale Parteiblatt sucht die Beschuldigung zurückzuweisen.

Im sozialdemokratischen Lager bekriegen sich Revisionisten und Unentwegte unter Führung der Genossen Kolb und Geck.

Alles dreht sich dabei um die noch acht Monate fernen Landtagswahlen und die von den Parteien aufzustellenden Kandidaten. Endlose Artikel in den Tagesblättern behandeln dieses Thema, und die ungleich wichtigeren Dinge, von denen des Reiches Wohl und Wehe abhängt, treten ganz in den Hintergrund. Über die unerläßliche Ordnung der Reichsfinanzen spricht man gelegentlich in Versammlungen und lehnt ziemlich alle Steuerprojekte womöglich ab mit Rücksicht auf die Wähler, die natürlich jede Steuererhöhung vermieden sehen wollen. Es ist tief bedauerlich, wie unter den hiesigen Volksvertretern oder Parteiführern kaum irgendwelche Leute sich finden, die etwas weiter sehen als über die Kirchtürme ihrer Heimat.

Wie die Verhältnisse jetzt und schon seit längerer Zeit liegen, wird man auf eine

klerikal-konservative Mehrheit in der badischen Kammer gefaßt sein müssen. Das wäre auch am Ende kein allzu großes Unglück, wenn nicht gerade das Zentrum Ew. D. und dem Reichsblock mit allen Kräften entgegenarbeitete. In der gesamten klerikalen Presse tritt dieses Ziel mehr oder minder deutlich hervor. Man nimmt hier im Zentrum ohne weiteres an, daß der Liberalismus wiederum mit den Sozialdemokraten wegen einzelner Mandate paktieren werde und benützt das als wirksames Agitationsmittel, mit einigem Recht, denn eine deutliche Absage der Nationalliberalen an die Genossen ist bis jetzt nicht erfolgt, während die Demokratie ein taktisches Zusammengehen mit diesen ausdrücklich befürwortet.

Die Regierung sucht nach Möglichkeit auf die Parteigrößen einzuwirken, aber die Herren sind so verrannt in ihren kleinlichen Parteihader und in eine blinde Mandatsjagd, daß ihnen jedes Augenmaß für das Gesamtwohl und die Bedürfnisse des Reiches verloren geht.

Ich hatte schon öfter zu berichten die Ehre, daß die hiesigen Sozialdemokraten und Demokraten eine besondere Feindschaft gegen Preußen an den Tag legen, die Tendenz zeigt sich neuerdings wieder in der Behauptung, Baden sei von dem führenden Bundesstaat bei der Abmachung über den Staatsbahnwagenverband schwer benachteiligt worden. Ein anscheinend offiziöser Artikel der Landeszeitung tritt dieser Behauptung entgegen. Beiläufig ist dazu zu bemerken, daß die gegenwärtige finanzielle Situation der badischen Bahnen wegen der sehr namhaften Mindereinnahmen und den umfangreichen Bahnhofsbauten wohl einige Besorgnis erwecken kann.

Über die Beratungen der Badischen Landwirtschaftskammer bringt die Kölnische Zeitung einen kurzen zutreffenden Bericht. Dasselbe Blatt gibt eine beachtenswerte Übersicht der Arbeiterorganisationen im Lande aus dem Jahresberichte der Fabrikinspektion.

Beinahe alle Zeitungen weihen dem soeben an einem Krebsleiden verstorbenen hochverdienten früheren Minister des Innern Dr. Schenkel ehrende Nachrufe. Er starb als Präsident der Oberrechnungskammer und beschäftigte sich nebenbei mit einer größeren Arbeit über das Verwaltungsrecht.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „7./II. Geh. Kab. 6./2.; mitg. 9./2. R. Schatzamt, R. A. des Inn., Min. d. Inn., Min. d. öff. Arb."

1113. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 3. März 1909

Vertraulich! Die Erneuerung des liberalen Blockabkommens für die im Herbst bevorstehenden badischen Landtagswahlen ist vorläufig als gescheitert anzusehen, nachdem eine Verständigung zwischen Nationalliberalen und Freisinnigen nicht erzielt werden konnte[1], dagegen steht ein gemeinsames Vorgehen der Freisinnigen, Demokraten und Nationalsozialen anscheinend in Aussicht. Die Vereinigung der Konservativen und Bündler mit dem Zentrum beruht bereits auf ziemlich festen Abmachungen. Die Sozialdemokratie operiert selbständig, stellt überall eigene Kandidaten auf und behält sich für etwaige Stichwahlen die Entschließung vor. Auf dem jüngst in Offenburg stattgehabten sozialdemokratischen Parteitage[2] wurde jede Vereinbarung mit den Liberalen abgelehnt,

dabei auch ausdrücklich der demokratisch-revolutionäre Charakter der Partei hervorgehoben.

Man wird bei solcher Sachlage mit einem Anwachsen des Zentrums und einer Schwächung der Nationalliberalen in der neuen Kammer rechnen müssen. Ein erheblicher Gewinn der Sozialdemokratie ist wohl nicht zu befürchten. Was die Stimmung im Lande und die Stellung der Parteien zu den wesentlichen Tagesfragen betrifft, so herrscht, wie ich schon des öfteren zu melden die Ehre hatte, andauernd allgemein ein kleinlicher Geist von Sonderinteressen und Parteigezänk. Abgesehen von der gesamten Regierung und einer Minorität von verständigen Politikern tritt die Rücksicht auf des Reiches Wohl stark in den Hintergrund. Über die absolute Notwendigkeit der Gesundung der Reichsfinanzen ist alle Welt einig, aber die unabweislichen Opfer will keiner bringen. Die Kompromißanträge zur Nachlaßsteuer finden nur ganz vereinzelte Billigung, auch das führende Zentrumsorgan leitartikelt dagegen; ich habe eher die Empfindung, daß im Grunde die Mehrheit der öffentlichen Meinung doch noch auf die Annahme des Projektes der Reichsregierung hofft, wenn auch in etwas veränderter oder weiter gemilderter Form. Finanzminister Dr. Honsell, der zwar mit wenig hoffnungsvollen Eindrücken von Berlin zurückkehrte, scheint heute nach den neuesten Meldungen aus Berlin wieder an die Möglichkeit der Durchführung der Nachlaßsteuer zu glauben, sofern die Reichsregierung energisch daran festhält. Dr. Honsell begrüßt die diesen Gegenstand behandelnden Artikel der „Kölnischen Zeitung" und des „Schwäbischen Merkur" als besonders nützlich und zeitgemäß und bedauert nur, daß es in Baden gar keine bedeutendere Zeitung gibt, die in gleicher Weise ohne Voreingenommenheit für die Steuer eintritt. Die Hetze des Bundes der Landwirte gegen dieselbe hält er für durchaus unberechtigt, noch nicht ein Fünftel der Bauern werde seines Erachtens von der Nachlaßsteuer, wie sie geplant sei, überhaupt getroffen. Auch in anderen Ländern sei die Opposition gegen die dort eingeführte ähnliche Steuer längst verstummt; jeder vorgeschlagene Ersatz verursache größere Kosten und jahrelange Vorbereitung.

Die Frage der Schiffahrtsabgaben wird in Verbindung mit der Rheinregulierung neuerdings in der Presse wiederum mehrfach in abweisendem Sinne erörtert[3], man kann sich in Baden offenbar nur schwer zu der preußischen Auffassung bekehren, weil man wie in den Eisenbahnfragen darin stets eine Vergewaltigung durch den führenden Bundesstaat wittert und mit diesem Verdacht leicht ungerecht urteilt. Die sehr erheblichen Mindereinnahmen der badischen Eisenbahnen verursachen bei der Regierung derzeit ernste Besorgnis. Dem Einnahmeausfall stehen große Mehrausgaben gegenüber; es tritt eben immer mehr zutage, daß die Einführung des beliebten Kilometerheftes und die Nichtannahme der vierten Klasse in dem verhältnismäßig kleinen Verwaltungsgebiet Fehler waren, die schwer wieder gutzumachen sind. Jedenfalls wird das nächste Budget der Regierung auch angesicht[s] der drohenden Mehrbelastung durch das Reich noch manche Schwierigkeiten bereiten.

Fast alle Parteiblätter kritisieren schon jetzt die Regierung heftig, weil sie im Sommerfahrplan der Eisenbahnen aus Gründen der Sparsamkeit wesentliche Beschränkungen in den Zügen eintreten läßt. [...]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „6./3. R. Kzlei".

[1] Die viermonatigen Verhandlungen über die Verteilung der Wahlkreise zwischen den libera-

len Parteien scheiterten am 7. Febr. 1909 an den Forderungen der Freisinnigen (Vgl. *Thiel* S. 382ff.).

[2] Ordentl. Landesparteitag in Offenburg am 7./8. März 1909.

[3] § 19 des preuß. Gesetzes über die Herstellung und den Ausbau von Wasserstraßen vom 1. April 1905 sah Schiffahrtsabgaben für bereits regulierte Flüsse vor, um den Ausbau weiterer Flüsse zu finanzieren. Dagegen hielt die bad. Regierung an Art. 54 RV und Art. 3 der revidierten Rheinschiffahrtsakte vom 17. Okt. 1868 fest, wonach Abgaben nur für die Schiffahrt als solche, nicht aber für besondere Zwecke zulässig seien. Da die bisherige Abgabenfreiheit auf dem Rhein einen lebhaften Schiffsverkehr begünstigte, fürchtete man für die am Ende der Bergschiffahrt liegende Oberrheinregion und bei den bad. Staatsbahnen beträchtliche finanzielle Einbußen und verwies auf die Konkurrenz der dann von den Niederlanden bevorzugten kostengünstigeren französischen und belgischen Bahnfrachttarife. Am 17. Febr. 1909 brachte Preußen im Bundesrat einen Gesetzentwurf ein, durch Abänderung von § 54 RV Schiffahrtsabgaben einzuführen und Zweckverbände zum Ausbau gemeinsamer Binnenwasserstraßen und zur Erhebung von Abgaben zu schaffen. Auch sollten widerstrebende Bundesstaaten zum Eintritt in die Verbände bestimmt und dieser Regelung entgegenstehende Verträge zwischen einzelnen Bundesstaaten außer Kraft gesetzt werden können (Vgl. Nr. 899, 1141, 1153).

1114. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 11. März 1909

Die Großherzogliche Regierung wie alle Parteiblätter und die öffentliche Meinung in Baden halten den Kompromißbeschluß der Finanzkommission des Reichstages, betreffend die Besteuerung des Besitzes, nicht für annehmbar.[1] Vom Finanzminister wird festgestellt, daß die Mehrleistung für Baden dabei ca. 4½ Millionen betragen würde. Das entspräche einer Erhöhung der Vermögensteuer um 43 Prozent, eventuell um 66 Prozent, wenn Vermögen unter 20000 M[ark] frei bleiben. Soll die Einkommensteuer das Mehr aufbringen, so müßte diese um 24 Prozent, und bei Freilassung der Einkommen unter 3000 M[ark] um 34 Prozent erhöht werden.

Angesichts der wenig günstigen wirtschaftlichen Lage im Lande und des bedauerlichen Rückgangs der Einnahmen im Eisenbahnbudget wäre eine derartige Mehrbelastung nicht durchzuführen. Die Art der Erhebung der Steuern würde zudem einen außerordentlich fühlbaren Eingriff in die Finanzhoheit der Einzelstaaten bedeuten, den man hier keinenfalls gutheißen könnte. Das führende nationalliberale Organ bespricht unter der Überschrift „Unannehmbar" das Finanzkompromiß in ganz verständiger, sachlich kritischer Weise, die Zentrumspresse dagegen benutzt das Thema vornehmlich, um gegen Ew. D. Stimmung zu machen. Der „Beobachter" meint höhnisch, Ew. D. hätten à tout prix den Block halten wollen und daher alles aufgeboten zur Herbeiführung dieses absolut aussichtslosen Beschlusses. Dabei erscheint für einsichtsvollere und billige Beurteiler der Vorgang lediglich als ein geschickter vorläufiger Ausweg zur Vermeidung eines vorzeitigen totalen Zusammenbruches des ganzen Reformplanes.

In fast allen Kreisen hier gewinnt die Überzeugung an Boden, daß die Heranziehung des Besitzes doch in gerechtester, ausreichendster und für die Einzelstaaten erträglichster Form durch eine Nachlaß- oder Erbschaftssteuer zu erreichen sein werde. Man hält deshalb immer noch an der Hoffnung auf die schließliche Annahme solcher Steuer fest.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 103 Bd. 15, Ausf.; Marg.: „mtg. 17./3. R. Schatz-Amt".

[1] Am 4. März 1909 beantragten die konservativ-liberalen Blockparteien, den durch Ablehnung der Erbschaftssteuer entstandenen Fehlbetrag durch Matrikularbeiträge von den Bundesstaaten – nötigenfalls in Gestalt von Einkommen-, Vermögen- oder Erbschaftssteuern – zu erheben (Vgl. *Witt* S. 267). Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Hessen lehnten diesen Besitzsteuerkompromiß am 13. März 1909 mit Verweis auf ihre Finanz- und Budgethoheit ab und befürworteten die Nachlaßsteuer.

1115. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 12. März 1909

Ew. D. habe ich die Ehre, hierneben die von der „Karlsruher Zeitung“[1] veröffentlichten Ausführungen des Ministers Freiherrn v. Marschall im badischen Eisenbahnrat über die wirtschaftliche Lage der Staatsbahnen gehorsamst vorzulegen.

Angesichts der hiernach bestehenden sehr ungünstigen finanziellen Ergebnisse des letzten Jahres nimmt der Minister den Wegfall einiger Züge im Sommerfahrplan in Aussicht, wodurch etwa 250000 Mark zu ersparen sein würden.

Fast die gesamte Presse kritisiert diesen vom Ministerrate gebilligten Vorschlag heftig, insbesondere sind es die Demokraten, welche die Regierung deshalb und überhaupt wegen ihrer vermeintlich viel zu preußenfreundlichen Eisenbahnpolitik scharf angreifen; sie plädieren für Kündigung der Tarifverträge und für die absolute Selbständigkeit der badischen Bahnen, berufen sich auch dabei auf die angeblich schlechten Erfahrungen Hessens in Sachen der Gemeinschaft mit Preußen.

Das demokratische Organ der Residenz bringt einen heftigen Artikel unter dem Titel: „Der Schwabenstreich der Eisenbahnbürokraten“, in welchem die Rücksichten auf Preußen als der Kern allen Übels hingestellt werden. Solchen schon lange gegen die Bahnverwaltung erhobenen Vorwürfen gegenüber hat der hiesige Berichterstatter des „Schwäbischen Merkur“ stets in verständiger Weise einem ehrlichen und gründlichen Einvernehmen mit Preußen das Wort geredet, die Nichtannahme der vierten Klasse als töricht bezeichnet und auf die finanziellen Nachteile des eingeführten Zweipfennigtarifs für die dritte Klasse hingewiesen.

In hiesigen radikalen Kreisen will man eben nicht begreifen, daß Preußen an einer näheren Gemeinschaft mit Baden gar kein Interesse hat, daß aber Baden dadurch wahrscheinlich seine Lage verbessern könnte.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 13, Ausf.; Marg.: „22./3. Arbeitsmin.“

[1] Nr. 67 vom 9. März 1909.

1116. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 16. März 1909

Vertraulich! Das hiesige Hauptorgan des Zentrums vom 13. d. Mts. enthält an leitender Stelle den gehorsamst beigefügten Bericht[1] seines Berliner Mitarbeiters, überschrieben „Kaiser und Kanzler“, der in tendenziösem, Ew. D. feindlichen Sinne das Martinsche Pamphlet[2] des längeren bespricht und die ganze Angelegenheit des soge-

nannten Kaiserinterviews wieder aufrührt.[3] Vielleicht erschien dieser für die Zentrumsauffassungen sehr bezeichnende Hetzartikel auch in anderen Blättern der Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht und ist Ew. D. bereits bekannt, immerhin glaube ich, ihn gehorsamst vorlegen zu sollen.

Ich darf hinzufügen, daß sowohl die Steinsche[4] wie die Martinsche Schrift hier ziemlich allerseits als höchst minderwertige Geldspekulanten eingeschätzt werden, die zugleich den Zweck verfolgen, Ew. D. zu schaden und womöglich auf unseren Allergnädigsten Herrn einen gewissen Eindruck zu machen. S. M. der Kaiser und König werden indessen zweifellos zu unterscheiden wissen zwischen wahrhaft ergebenen treuen Dienern und zweifelhaften Elementen vom Schlage des Stein und Martin.

Hie und da wird in meinem Bekanntenkreise die Vermutung laut, daß diese Herren wohl nicht ganz selbständig gearbeitet hätten, daß vielmehr eine Gruppe geheimer Feinde Ew. D. wahrscheinlich hinter ihnen stehe.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 1 geheim Bd. 4, Ausf.; Marg.: „Alles schon vielfach dagewesen".

[1] Bad. Beobachter, Nr. 59 vom 13. März 1909.

[2] Martin, Rudolf (1864–1925), zunächst Jurist im sächs. Justizdienst, seit 1897 im Reichsamt d. Innern, 1901 Regierungsrat, 1908 durch Disziplinarverfahren aus dem Dienst entlassen, seither politischer Publizist; Verfasser der Kampfschriften „Fürst Bülow und der Kaiser" (1909), „Unter dem Scheinwerfer" (1910), „Deutsche Machthaber" (1910).

[3] Daily-Telegraph-Affäre (Vgl. Nr. 1094).

[4] Stein, Adolf (1870–1948), Offizier, politischer Publizist (Pseudonym „Rumpelstilzchen"); Verfasser der Kampfschrift „Wilhelm II." (1909).

1117. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 23. April 1909

Vertraulich! Geheimrat Professor Engler und Oberschulrat Rebmann, die badischen Mitglieder der Deputation, welche Ew. D. kürzlich aus allen Teilen des Reiches Adressen zur Reichsfinanzreform überreichen durfte[1], sind schon am nächsten Tage hierher zurückgekehrt. Sie haben Ew. D. überaus wichtige und klärende Darlegungen, die auch in der Presse wie in den hiesigen Ministerien und Beamtenkreisen lebhafte Zustimmung finden, dankbarst begrüßt. Das führende Zentrumsorgan teilt, wie zu erwarten, solche Anerkennung nicht und nennt in spöttischem Tone die Veranstaltung einen effektvollen Theatercoup.

Leider scheinen, wie ich vertraulich höre, die Arrangements für den Empfang der Deputation in Berlin nicht ganz glücklich gewesen zu sein. Vom Geheimrat Professor v. Halle[2] um 12½ bestellt, sollen die Herren zu dieser Zeit im Kanzlerpalais erschienen, aber dort bedeutet worden sein, daß von einem Empfange nichts bekannt sei[a]; dann haben sie angeblich persönlich bei Herrn v. Halle angefragt und Bescheid erhalten, daß der Empfang erst um 6 Uhr stattfinde.

Oberschulrat Rebmann, der vorstehendes an den Minister des Innern berichtete, hat sich auch über eine überaus genaue Anzugsvorschrift einigermaßen belustigt ge-

äußert, er erzählte unter anderem, es seien Klapphüte verpönt und dunkle Hosen ausdrücklich darin vorgeschrieben gewesen.[b]

Ich glaube diese nebensächlichen, aber doch wohl nicht ganz erwünschten Eindrücke der hiesigen Delegierten Ew. D. wenigstens beiläufig und vertraulich melden zu sollen. Erfreulicherweise war an einer gestern hier stattgehabten Versammlung der liberalen Parteien, in welcher Dr. Sevin[3] über die Finanzreform redete, auch der Karlsruher konservative Verein beteiligt. Man sieht hier jetzt allgemein einer erfolgreichen Ordnung der Finanzen des Reiches mit wesentlich größerer Zuversicht entgegen als bisher.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 103 Bd. 16, Ausf.; Marg. Bülows: „Hn. Geh. St. Sek. Wahnschaffe. Ich bitte um nähere Feststellung und Anzeige. St. M. hat sich Baden erst in letzter Minute gemeldet. B[ülow]. 24.[4.]"

[a] Randnotiz Bülows: „!"

[b] Randnotiz Bülows: „!"

[1] Am 22. März 1909 meldete Berckheim der bad. Regierung aus Berlin, es solle „morgen, Dienstag, der Block in die Brüche gehen durch eine von den Konservativen in der Budgetkommission abzugebende schroffe Absage an die Linksliberalen", auch „trage sich der Kanzler ernstlich mit der Idee einer Reichstagsauflösung" (GLA 233/34814, masch. Ausf.; Marg.: „von S. K. H. zurück 24./3.; vom Zirkel im St M zurück 27./3.").

Am 24. März 1909 kündigten die Konservativen den Block mit den Liberalen und verständigten sich mit dem Zentrum auf 400 Mill. Mark an Verbrauchssteuern, auf die Ablehnung der Nachlaß- und Erbanfallsteuer für Kinder und Ehegatten sowie auf die Sicherung der bundesstaatlichen Finanzhoheit (Ablehnung des Kompromisses vom 4. März 1909, vgl. Nr. 1114). Bis zum Wiederzusammentritt der Reichstagskommissionen (23. April 1909) versuchten der Reichskanzler und das Reichsschatzamt durch den Empfang von Deputationen eine günstige Stimmungslage herbeizuführen (Vgl. *Witt* S. 272 ff.).

[2] Halle, Ernst Levy v. Dr. (1868–1909), 1897 Hilfsarbeiter im Reichsmarineamt, 1906 Vortr. und Wirkl. Geh. Admiralitätsrat, zugleich Chef der Propagandaabteilung im Reichsmarineamt, 1908 Leiter des Volkswirtschaftlichen Büros im Reichsschatzamt (betraut mit der Propagierung der Reichsfinanzreform).

[3] Sevin Dr., Privatdozent. Rede gedr. Bad. Landeszeitung, Nr. 185 vom 23. April 1909.

1118. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 26. April 1909

Vertraulich! In der hiesigen Presse nehmen andauernd die kommenden Landtagswahlen einen sehr breiten Raum ein, daneben wird die schlechte Finanzlage der Eisenbahnen überall kritisch erörtert.

Da eigentlich keiner badischen Zeitung eine wirkliche Bedeutung zuzusprechen ist, scheinen mir die Äußerungen der verschiedenen Blätter kaum von weiterem Interesse, ich vermeide es daher in der Regel, über ihre politischen Auffassungen zu berichten.

Der Ton der Parteiorgane bleibt nach wie vor recht kleinlich und wenig vornehm, namentlich das Zentrum hat nur Spott und Hohn für seine Gegner, arbeitet aber zielbewußt, wohldiszipliniert und nicht ohne Geschick, während der Liberalismus an bedauerlicher Uneinigkeit, die Sozialdemokratie an Grobheit und Übertreibung krankt.

Die Regierung geht dem ewigen Parteigezänke gegenüber unbekümmert in gewissenhaftester Weise, reichstreu, national und patriotisch gesinnt, ihren Weg, sie ist durchaus

frei von partikularistischen Anwandlungen und hat den besten Willen, Ew. D. Politik nach Kräften zu unterstützen. S. K. H. der Großherzog läßt sich aufs genaueste von allen Vorgängen informieren, zeigt lebhaftes Interesse und erfreut sich eines vorzüglichen Gedächtnisses wie eines sehr gesunden, klaren politischen Blickes.

Für die im September bevorstehenden Kammerwahlen haben die liberalen Parteien mit vieler Mühe und nach langen Verhandlungen für eine Reihe von Wahlkreisen ein Teilabkommen vereinbart, das sich auch auf die etwa nötigen Stichwahlen bezieht. Ein allgemeiner liberaler Block scheiterte an dem Eigensinn der Nationalliberalen und Freisinnigen.[1] Von einer Erneuerung des verhängnisvollen Stichwahl-Großblocks vom Jahre 1905 ist nicht mehr die Rede, wenngleich das Zentrum ein solches taktisches Bündnis des Liberalismus mit der Sozialdemokratie immer noch als wahrscheinlich bezeichnet.

Die „Genossen" stellten bereits in sämtlichen 73 Wahlkreisen eigene Kandidaten auf, da es aber bei ihnen an geeigneten Persönlichkeiten mangelt, erscheinen dieselben Bewerber mehrfach in verschiedenen Kreisen. Konservative und Bündler folgen ziemlich blindlings den Lockungen des Zentrums.

Viel besprochen werden die eigentümlichen Wahlverhältnisse in Schwetzingen. Die vereinigten Liberalen erkoren dort den evangelischen Pfarrer Klein[2] zu ihrem Kandidaten, diesem tritt ein anderer evangelischer Geistlicher, Pfarrer Karl vom Diakonissenhaus in Freiburg, als Kandidat des Zentrums und der Konservativen gegenüber. Letzterer gehört der positiven kirchlichen Richtung an und ist in diesem Sinne auch schriftstellerisch tätig.

Über die Eisenbahnmisere und die daraus folgende Finanznot wird eifrig gestritten. Demokraten und Sozialdemokraten schieben die ganze Not auf das Tarifabkommen und die vermeintlich schlechte Behandlung seitens der preußisch-hessischen Gemeinschaft. Sie verlangen Kündigung der Tarifverträge, Wiedereinführung des Kilometerheftes und absolute Selbständigkeit als einzige Heilmittel. Auch ein erheblicher Teil der Nationalliberalen huldigt solchen Anschauungen, die offenbar einen großen Mangel an Einsicht und Sachkenntnis verraten und insbesondere von dem hiesigen Korrespondenten des „Schwäbischen Merkur" lange schon erfolgreich bekämpft werden. Tatsächlich deckten die Preise des Kilometerheftes, 2.4 Pfennig für das Kilometer, nicht die Selbstkosten der Verwaltung, und noch weniger kam diese später mit dem 2-Pfennigtarif für die dritte Klasse auf ihre Kosten. Der Verkehrsminister Freiherr v. Marschall wird in der Kammer seinerzeit harten Angriffen ausgesetzt sein, schon jetzt gehen die Zeitungskritiker äußerst scharf mit ihm ins Gericht.

Die durch den Simplizissimus-Prozeß bekannt gewordene und einiges Aufsehen erregende Tatsache, daß die badische Staatsbahnverwaltung eine Zeitlang Besitzerin eines übel beleumundeten Hauses in Heidelberg war, soll dem Ungeschick eines dortigen Unterbeamten zuzuschreiben sein, der nicht auf den Zweck, dem jenes Haus diente, aufmerksam machte, als es in den Besitz der Bahn überging.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 13, Ausf.; Marg.: „mtg. 29./4. Staatss. d. Innern".

[1] Vgl. *Thiel* S. 85 ff.; Nr. 1113 Anm. 1.

[2] Klein, Johann Jakob Paul Dr. theol. h. c. (1871–1957), zunächst ev. Geistlicher im böhmischen Kirchendienst, 1904 Übertritt zur bad. Landeskirche, 1905 Stadtpfarrer in Mannheim, 1919/1921/1932 Mitglied der Landessynode, 1920–1927 synodales Mitglied der Kirchenregierung, NL-Parteigänger (Frdl. Auskunft d. Landeskirchlichen Archivs Karlsruhe).

1119. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 5. Mai 1909

Die Finanznot des Reiches steht endlich jetzt im Vordergrunde der Betrachtungen der hiesigen Presse. Abgesehen vom Zentrum sind die Parteien einig in der scharfen Verurteilung der Konservativen, die durch ihre Haltung ein Zustandekommen der Steuerprojekte schwer gefährden und lediglich den Machtbestrebungen des Zentrums Vorschub leisten.

Auch in Kreisen der Großherzoglichen Regierung herrscht allgemeine Entrüstung über die konservative Politik, niemand begreift, daß Männer von gesundem Menschenverstand eine Zuwachssteuer auf mobile Werte vorschlagen und daran festhalten können, nachdem von kompetentester Seite die Undurchführbarkeit einer solchen Steuer klar nachgewiesen wurde.[1] Der konservative Antrag wird überhaupt für gänzlich unüberlegt, schlecht begründet und aussichtslos gehalten, man glaubt und hofft immer noch, daß er zu einem schließlichen Einlenken vielleicht nur eine Art Brücke bilden solle und daß eine Verständigung über die Besteuerung des Besitzes im Plenum des Reichstages doch zustande kommen werde.

Die gesamte Regierung wie alle treu national gesinnten Elemente würden es aufs schmerzlichste bedauern, wenn die innerpolitische Lage zu einem Rücktritt Ew. D. führen sollte[2], nichts wäre nach allgemein verbreiteter Auffassung zur Zeit unerwünschter als eine Kanzlerkrisis, eher noch erscheint hier nach endgültigem Scheitern der Finanzreform eine Auflösung des Reichstages als das geringere Übel, wenngleich freilich damit ein großer Zeitverlust nicht zu vermeiden sein würde. Diese Ansicht vertritt auch der badische Finanzminister Honsell. Seines bescheidenen Erachtens hätte man den Antrag Herold[3] zunächst nicht gleich schroff abweisen, aber die energische Erklärung betreffend die absolute Unentbehrlichkeit eines Ausbaues der Erbschaftssteuer schon früher abgeben sollen; er meint auch, ein eisernes Festhalten an der Elektrizitäts- und Gassteuer seitens der Regierung sei dringend zu empfehlen gewesen, sie bleibe die einzige sehr entwicklungsfähige Steuer und wäre von den Interessenten trotz des anfänglich überall kundgegebenen Widerstandes leicht zu tragen, eine Tatsache, die auch von vielen Beteiligten hier allmählig eingesehen werde.

In ähnlicher Weise fangen die badischen Tabakbauern jetzt an zu erkennen, daß die von gewissenlosen Agitatoren gegen das Regierungsprojekt in Szene gesetzte Protestbewegung keineswegs ihrem Interesse diente, die Pflanzer begreifen im Gegenteil neuerdings mehr und mehr, daß die Banderole[n]steuer sie am allerwenigsten schädigen würde.

Mit Recht wird von Dr. Honsell wie auch in einzelnen Blättern darauf hingewiesen, in wie großzügiger, beneidenswerter Opferwilligkeit das britische Parlament dem Bedarfe der Nation an Mitteln fast einmütig in einer einzigen Sitzung wenigstens in den Grundzügen kürzlich sicherstellte.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 103 Bd. 16, Ausf.; Marg.: „mtg. 10./5. Darmstadt, Weimar, Dresden, Oldenburg, München, Stuttgart, Hamburg".

[1] Vgl. *Witt* S. 281 ff.; Nr. 1117 Anm. 1. Ende April 1909 beantragten die Konservativen die Besteuerung des Wertzuwachses auf Wertpapiere und Immobilien.

[2] Am 28. April 1909 drohte Bülow den Konservativen erstmals offiziell mit Demission.

[3] Herold, Karl (1848–1931), Landesökonomierat und Gutsbesitzer in Loeveklinkloe b. Amelsbüren/Westfalen, Z, MdPrAH 1889–1918, MdPrL 1919–1929, MdR 1898–1931.

1120. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 17. Juni 1909

S. K. H. der Großherzog von Baden hat sich heute gegenüber dem Minister Freiherrn v. Bodman besonders anerkennend über Ew. D. Rede im Reichstage anläßlich der Steuerfragen[1] geäußert. Auch die Minister, die Presse und die Mehrheit der öffentlichen Meinung scheinen mit Ew. D. gerechten, schonenden und doch festen Darlegungen durchaus einverstanden. Bis jetzt liegen zwar nur kurze Urteile in den Zeitungen vor, aber man hat die Empfindung von einem weitverbreiteten günstigen Eindruck, die Ew. D. mahnende und sehr beherzigenswerte Worte hierzulande hervorgerufen haben. Höhnische Kritiken der Zentrumsblätter und drastische Kommentare der sozialdemokratischen Organe werden freilich nicht ausbleiben.

Ganz zweifellos wünscht die große Mehrheit der badischen halbwege politisch vorurteilsfreien und politisch zurechnungsfähigen Bevölkerung die Erledigung der Finanzreform in dem von der Reichsregierung vorgeschlagenen Sinne und unter Zugrundelegung der neuen Vorlagen, obschon in manchen Detailfragen die Ansichten noch auseinandergehen mögen.

Der Landesherr wie die Großherzogliche Regierung würden es ganz außerordentlich bedauern, wenn Ew. D. durch die weitere Entwicklung der Dinge sich gezwungen sehen sollten, die Verantwortung für eine Weiterführung des hohen Amtes abzulehnen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 122 Nr. 13 Nr. 1 Bd. 15, Ausf.; am 22./6. den preuß. Missionen im In- und Ausland mitgeteilt.

[1] Bülow betonte am 16. Juni 1909 (Sten. Ber. RTG Bd. 237 S. 8585 ff.) seine Stellung über den Parteien, gab sich als konsequenter und erfolgreicher Vertreter der konservativen und agrarischen Interessen zu erkennen und wertete die rigorose Ablehnung der Erbschaftssteuer durch die Konservativen als politischen Fehler und als Verkennung ihrer langfristigen Interessen.

1121. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 9. Juli 1909

Von allen Seiten höre ich hier seit meiner Rückkehr Stimmen schmerzlichen Bedauerns, daß Ew. D. angesichts der innerpolitischen Lage gezwungen und entschlossen sind, das hohe Amt des ersten Beamten im Reiche einem Nachfolger zu überlassen.[1] Die Empörung über den Undank und die verblendete Selbstsucht gerade derjenigen Parteien, die Ew. D. nur Dank schulden und solchen Entschluß in erster Linie veranlaßt haben, ist allgemein; man begreift auch nicht, wie konservative Abgeordnete mit Hilfe des deutschfeindlichen Polentums sich nicht scheuten, dem Zentrum zu neuer Machtstellung die Wege zu ebnen und zugleich gewissermaßen dem parlamentarischen Regierungssystem in die Hände zu arbeiten. Sie mußten die Konsequenz ihrer Haltung sicher voraussehen, darüber können die neuerlichen Beteuerungen der Presse nicht hinwegtäuschen; ihre Schuld bleibt bestehen und wird sich in der Folge noch bitter rächen, nachdem schon jetzt in dem Hansabund[2] und dem Bauernbund[3] ihnen nicht zu verachtende Gegner erstanden sind. Die Mehrheit der öffentlichen Meinung hier hätte nach meinen Eindrükken eine Auflösung des Reichstages dem Rücktritte Ew. D. entschieden vorgezogen,

selbst auf die Gefahr hin, damit eine Stärkung der Sozialdemokratie herbeizuführen. Immer mehr gewinnt man die Überzeugung, daß Ew. D. dem Reiche ganz hervorragende Dienste geleistet haben, daß Ew. D. aufrichtigster Dank gebührt und es schwerhalten wird, geeigneten Ersatz zu finden. Alle verständigen Leute verstehen durchaus, warum Ew. D. ohne Auflösung nicht die hohe Verantwortung weiter übernehmen wollen, aber sie sehen mit einiger Besorgnis in die Zukunft im gewiß nicht unberechtigten Zweifel, ob der neue Kanzler mögliche Schwierigkeiten und Konflikte in derselben vornehm ruhigen, erfolgreichen Weise zu lösen imstande sein werde, wie das Ew. D. nicht selten gelungen ist. Dabei ahnen sicher die wenigsten, welche Widerstände außerhalb des Bereiches der Öffentlichkeit oft zu überwinden waren und was an politischer Schädigung durch Ew. D. Einsicht im stillen verhindert werden konnte.

Die Finanzweisheit der Reichstagsmehrheit wird hier im ganzen sehr gering bewertet, man hält die neuen Steuerprojekte[4] für zu kompliziert, zu kostspielig in der Verwaltung und nachteilig für die wirtschaftliche Entwicklung; allgemein beginnt die urteilsfähige Bevölkerung einzusehen, daß die ursprünglichen Vorlagen der Regierung als gerechter, billiger und weniger schädlich bei weitem den Vorzug verdient hätten. Über die angebliche Einigung der Bundesregierungen auf der Basis der Mehrheitsbeschlüsse des Reichstages herrscht daher hier keine allzu freudige Empfindung.

I. K. H. die Großherzogin Luise und Staatsminister v. Dusch beklagten mir gegenüber besonders lebhaft Ew. D. bevorstehendes Scheiden aus dem Amte; auch S. K. H. der Großherzog, Höchstwelchen ich noch nicht sprach, hat sich, wie ich höre, in gleichem Sinne geäußert, und die gesamte Großherzogliche Regierung hegt ohne Zweifel dasselbe Gefühl aufrichtigsten Bedauerns. Herr v. Dusch bat mich, Ew. D. zu melden, daß er unbedingt jetzt nach Berlin gekommen wäre, wenn nicht ein mißverstandener Bericht des Geheimen Rats Scherer zu späte Aufklärung erfahren hätte. Es ist dem Minister sehr leid, daß er infolge dieses Mißverständnisses sich seinem Kollegen Dr. Honsell nicht angeschlossen hatte.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 122 Nr. 13 Bd. 15, Ausf.

[1] Als Konservative und Zentrum am 24. Juni 1909 wegen der Erbschaftssteuer die Regierungsvorlage, mit der Bülow sein politisches Schicksal verbunden hatte, ablehnten, bat Bülow um seine Entlassung (26. Juni). Diese wurde aber bis zur Annahme der übrigen Finanzgesetze aufgeschoben und schließlich am 14. Juli 1909 gewährt.

[2] Unter dem Eindruck der Reichsfinanzreform formierte sich am 12. Juni 1909 eine nationalliberal geführte Vereinigung für Gewerbe, Industrie und Handel („Hansabund").

[3] Als Folge der Aktivitäten des BdL bei der Vorbereitung der Reichsfinanzreform entstand unter der Führung des Nationalliberalen Wachhorst de Wente ein Deutscher Bauernbund.

[4] Am 15. Juli 1909 wurden folgende Verbrauchssteuern beträchtlich erhöht: die Branntwein-, Brau-, Tabak-, Schaumweinsteuer sowie die Reichsstempel- und die Wechselstempelsteuer (Vgl. *Witt* S. 311 ff.).

1122. Eisendecher an Bethmann Hollweg[1]

Karlsruhe, 18. Juli 1909

Ew. Exz. Ernennung zum Nachfolger S. D. des Fürsten v. Bülow wird von der hiesigen Regierung wie fast von der gesamten politischen Presse sympathisch begrüßt

und günstig beurteilt, man bringt ziemlich allgemein Ew. Exz. Vertrauen entgegen, bedauert aber zugleich lebhaft den Rücktritt des Fürsten, dessen hohe Verdienste mehr und mehr allseitige Anerkennung finden.[2] Eine Ausnahme bildet in dieser Beziehung das Zentrum; klerikale Blätter fahren fort, in höhnischer, wenig vornehmer Weise an dem gestürzten Kanzler Kritik zu üben und sich der Herbeiführung seines Abgangs zu rühmen.

In Kürze läßt sich die politische Lage hier beim Amtsantritt Ew. Exz. dahin kennzeichnen, daß die Regierung mit dem Landesherrn an der Spitze durchaus reichstreu und national, frei von partikularistischen Regungen zum Wohle des Gesamtvaterlandes nach Kräften mitzuwirken bereit ist, das wird auch wohl in absehbarer Zeit so bleiben.

Dagegen liegen die Parteiverhältnisse sehr im argen. Durch Überhebung und eigenes Ungeschick und mangels geeigneter Führer haben die einst allmächtigen Nationalliberalen schwere Verluste erlitten, sie werden wahrscheinlich bei den im Herbst bevorstehenden Landtagswahlen noch weiter geschwächt werden, während ein Anwachsen des Zentrums kaum zu vermeiden und damit eine klerikal-konservativ-bündlerische Majorität in der Kammer ziemlich sicher scheint. An und für sich bedeuten im Lande die konservativen Elemente zwar wenig, aber als gefügige Gefolgschaft und Anhänger des Zentrums muß man mit ihnen rechnen. Das vorwiegend demagogisch durchsetzte badische Zentrum besitzt im Geistlichen Rat Wacker einen bedeutenden Leiter von weitem Gewissen. Er verfolgt mit allen Mitteln seine Sonderziele ohne viel Rücksicht auf die Reichsinteressen und verfügt über eine hämisch brutale Presse, die namentlich den Nationalliberalismus mit Spott und Hohn überschüttet; es gibt kaum unvornehmere, giftigere Blätter als die hiesigen Zentrumsorgane. Dabei kann man der Parteileitung ein, ich möchte fast sagen, niederträchtiges Geschick nicht absprechen.

Eigentlich beherrscht und schädigt seit Jahren der Haß und Kampf zwischen Zentrum und Nationalliberalen hier die ganze politische Situation. Die Folge ist eine wesentliche Stärkung der Sozialdemokratie und des linken halbsozialistischen Flügels der Demokraten.

Diese bekunden als Spezialität eine höchst unangebrachte grobe Feindschaft gegen Preußen, sie protestieren heftig gegen das preußische Wahlrecht, gegen die vermeintliche dortige Junkerwirtschaft und die angeblichen Unterdrückungsgelüste gegenüber den kleinen Bundesstaaten. Namentlich in Eisenbahnfragen tritt neuerdings diese Tendenz zutage; angesichts der geminderten Einnahmen und der vermehrten Anforderungen, besonders in allzu kostspieligen Bahnhofsbauten, befindet sich die badische Bahnverwaltung in einer schwierigen finanziellen Lage, die man im radikalen Lager mit Unrecht auf preußische Vergewaltigung zurückzuführen sucht, während zunächst die Sondereinrichtungen Badens, das früher eingeführte Kilometerheft und der Zweipfennigtarif in der dritten Klasse, für die finanzielle Krise wohl die mittelbare Hauptursache bilden. Mit den neuen Steuern ist, abgesehen vom Zentrum, im Grunde niemand zufrieden, allgemeinster scharfer Tadel richtet sich dabei in erster Linie gegen die agrarisch-konservativen Parteien im Reichstage.

Wirtschaftlich stehen die Dinge im Lande trotz mancher Rückschläge nicht schlecht, die Städte wachsen, die Industrie entwickelt sich erfolgreich, und die Ernten der letzten Jahre ergeben mittlere leidliche Resultate.

Was die große Politik betrifft, so zeigt der Durchschnitt der politisch denkenden Bevölkerung dafür nur recht mäßiges Verständnis, man sieht wenig über die ewigen

kleinlichen Parteifehden und die eigenen Kirchtürme hinaus. Der Grund für diese Erscheinung liegt meines Erachtens besonders in der höchst minderwertigen Presse, ganz Baden besitzt leider kein einziges politisches, geistig hochstehendes Blatt von einiger Bedeutung.

Ew. Exz. wollen bei diesem Anlaß meine bescheidenen aufrichtigsten Wünsche für erfolgreiches Wirken und wachsende Befriedigung im neuen hohen Amte geneigtest annehmen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 122 Nr. 16 Bd. 1, Ausf.; Marg. Bethmann Hollwegs: „Für den Glückwunsch am Schluß habe ich mit einem Privatschreiben gedankt".

[1] Bethmann Hollweg, Theobald v. (1856–1921), seit 1884 im preuß. Verwaltungsdienst, 1886 Landrat im Kreis Oberbarnim, DRP, 1890–1896 Oberpräsidialrat in Potsdam, 1899 Regierungspräsident in Bromberg, Okt. 1899 Oberpräsident von Brandenburg, 1905 preuß. Innenminister, 1907 Staatssekretär des Reichsamts des Innern, 1909–1917 Reichskanzler und preuß. Ministerpräsident, 1918/19 Oberpräsident von Pommern.

[2] Eisendecher an Bethmann Hollweg. „Karlsruhe, 14. September 1909. [...] Schon beim letzten Besuch im Frühjahr [16. Mai 1909, *Schultheß* 1909 S. 173] hatte sich der Kaiser mir gegenüber sehr scharf und kritisch über den Fürsten Bülow ausgesprochen, auch einzelnen badischen Ministern seine wenig günstige Meinung über das Verhalten des Fürsten nicht vorenthalten. Diese offenherzigen, stellenweise höchst lebhaften Äußerungen berührten mich etwas peinlich, [...] ich suchte deshalb zu beschwichtigen und abzulenken *und* bei den Ministern die Eindrücke etwas zu mildern. [...] Ähnlich haben sich nun [11. Sept. 1909, *Schultheß* 1909 S. 315ff.] diese Vorgänge hier jetzt wiederholt. S. M. sagte mir selber, er hätte den badischen Herren Staatsmännern reinen Wein eingeschenkt und seinem Unwillen über den früheren Kanzler gehörig Luft gemacht. Herr v. Marschall schien wahrhaft erschrocken anläßlich der drastischen Allerhöchsten Kritik, die er mit seinen Kollegen streng geheimzuhalten beschloß. [...]" (Bonn, Archiv Ausw. Amt, Nachlaß Eisendecher 1/2 fol. 62f., eig. Konz.).

1123. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 4. Oktober 1909

Vertraulich! Die badischen Landtagswahlen sollen am 21. d. Mts. stattfinden. Seit Monaten schon gewährt die gehässige, unvornehme Wahlagitation der Parteien ein wenig erfreuliches Bild der innerpolitischen Zustände. Nach den bis jetzt der Regierung vorliegenden Berichten aus den verschiedenen Bezirken erwartet man eine geringe klerikal-konservative Mehrheit vielleicht von nur einer Stimme. Das Zentrum hat Aussicht auf 31 Mandate, mit seiner Hilfe werden die Konservativen und Bündler voraussichtlich 6 Sitze erhalten, bei 73 Abgeordneten wäre das gerade die Majorität. Ein Zuwachs zu den seitherigen 12 sozialdemokratischen Stimmen scheint einstweilen nicht wahrscheinlich. Die Nationalliberalen dürften schwerlich mehr als 22 Sitze erobern, sie zeigen wie immer in den letzten Jahren geringes Geschick und ziehen dem festgefügten Zentrum und dessen geriebenen geistlichen Führern gegenüber meist den kürzeren. Von einer allgemeinen liberalen Einigung ist nicht mehr die Rede; nur Demokratie und Freisinn scheinen sich zu verständigen, vereinzelt und bei den Stichwahlen werden wohl auch beide hie und da für den nationalliberalen Kandidaten eintreten. Die Volksparteiler gravitieren aber nach wie vor stark auf die sozialdemokratische Seite und gebärden sich andauernd lächerlich preußenfeindlich. Das Zentrum arbeitet mit höhnischer Nichtach-

tung gegnerischer Meinungen und Persönlichkeiten; es verfügt über eine gewissenlose, brutale Presse, die an dem Fürsten Bülow kein gutes Haar läßt, die Novembervorgänge[1] mit Behagen wieder aufrührt und jetzt namentlich dem Liberalismus die Schuld für die neuen indirekten Steuern und die Schonung des Besitzes aufzubürden sucht. Es entfaltet dabei einen solchen Eifer, daß es den Anschein hat, als ob die Partei doch eine Schwächung ihres Anhangs in den Wählermassen als Folge der Finanzreform befürchte.[2] Zuerst glaubte auch die hiesige Regierung an eine solche Schwächung, man meint aber jetzt, bis zum Wahltage werde es den geistlichen Herren gelingen, etwaige Abtrünnige zur Raison zu bringen.

Der katholische Pfarrer hat eben auch hierzulande einen gewaltigen Einfluß, er operiert nötigenfalls mit Hölle und Fegefeuer für das Zentrum, insbesondere bei der Weiblichkeit, und ist bei einiger Vorsicht gar nicht zu kontrollieren. Zölibat und Beichte geben ihm reichlich Zeit und Gelegenheit zu politischer Betätigung. Der Beamte ist dagegen ziemlich machtlos, sucht er im Wahlkampfe in mäßigendem, dem Gemeinwohl entsprechenden Sinne einzuwirken, so erheben sicher die klerikalen Blätter sofort heftigen Protest.

Staatsverfassung und Syllabus[3] enthalten ja leider unausgleichbare Gegensätze, die Durchführung der staatlich gewährleisteten Rechte und Freiheiten bleibt deshalb gegenüber den Ansprüchen der römischen Kirche auch in Baden eine der wichtigsten und schwierigsten Aufgaben der Gegenwart.

Nach meinen bescheidenen Wahrnehmungen hier inmitten einer Bevölkerung von zwei Dritteln Katholiken bilden kühle Zurückhaltung und möglichste Ignorierung klerikaler Provokationen stets die wirksamsten Mittel zur Bekämpfung des Zentrums, das eigentlich nur eine wohlgeschulte Kampfesorganisation gegen staatliche Rechte darstellt. Hätte der große erste Kanzler seinerzeit in Versailles dem Bischof v. Ketteler energisch seine Unterstützung geliehen, anstatt ihn quasi abzuweisen, so wäre vielleicht eine günstigere Entwicklung des Verhältnisses von Kirche und Staat im Reiche zu hoffen gewesen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 12, Ausf.

[1] Daily-Telegraph-Affäre (Vgl. Nr. 1094 Anm. 2).

[2] Vgl. Nr. 1121.

[3] Der von Papst Pius IX. 1864 mit scharf antiliberaler Grundausrichtung herausgegebene Syllabus, der 80 „Zeitirrtümer" auflistete.

1124. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 13. Oktober 1909

Mit gehorsamstem Dank für Ew. Exz. geneigtes vertrauliches Schreiben vom 9. d. Mts.[1] darf ich ebenso vertraulich nachstehendes melden.

Ich bin sehr zweifelhaft, ob der Präsident des Großherzoglich Badischen Staatsministeriums Freiherr v. Dusch geneigt sein würde, den Posten als Staatssekretär des Reichsjustizamtes zu übernehmen, wenn diese Frage an ihn herantreten sollte. Seine Gesundheit ist leider nicht die beste, unregelmäßige Herztätigkeit stört ihn oft bei der Arbeit u[nd] legte ihm den Gedanken eines Rücktritts aus dem Dienst schon mehrfach nahe.

Daß dieser hervorragende Jurist den schwierigen Aufgaben, die ihn in der neuen Stellung erwarten würden, voll gewachsen sein dürfte, glaube ich bestimmt, er würde auch die Ehre eines solchen Rufes u[nd] das ihm damit bekundete Vertrauen S. M. des Kaisers dankbarst anerkennen, aber, soweit ich ihn kenne, schwerlich die neue Arbeit auf sich nehmen.

Politisch möchte seiner Berufung vornehmlich eine ausgesprochene Feindschaft des Zentrums entgegenstehen, die gesamte klerikale Presse Badens befehdet den Minister seit Jahren nach Kräften, weil er höflich u[nd] maßvoll, aber konsequent den unberechtigten Ansprüchen u[nd] Übergriffen dieser Partei sowie der Kurie u[nd] der Geistlichen energisch entgegentritt. Er steht sonst durchaus über den Parteien u[nd] genießt die Achtung u[nd] Wertschätzung aller verständigen Politiker in hohem Maße. Im liberalen Lager hier würde man seinen Verlust zwar lebhaft bedauern, aber zugleich die Wahl in das Reichsamt wohl nur günstig beurteilen. Für S. K. H. den Gr[oßherzog] wäre sein Abgang unbedingt im gegenwärtigen Augenblick eine ernste Verlegenheit. Ich wüßte zur Zeit eigentlich niemanden, der sein Nachfolger werden könnte.

Herr v. Dusch ist ein grundvornehmer Charakter, eminent fleißig u[nd] erfahren, tüchtig. Ich bin lange mit ihm nahe befreundet u[nd] schätze ihn als Mensch wie in seinem Berufe sehr hoch ein. Redegewandt, vielseitig hochgebildet, witzig, schlagfertig u[nd] lebhaft, besitzt er zugleich ein seltenes, nachahmenswertes Talent u[nd] eine große Gabe der Unterhaltung. S. M. der Kaiser hat nach m[einen] Wahrnehmungen hier während der letzten Besuche von ihm nur vorteilhafte Eindrücke empfangen; bei öfteren Begegnungen würden unseren Allerg[nädigsten] Herrn seine scherzhaften Geschichten u[nd] die Art, wie er sie vorträgt, sicher amüsieren. Was seine Berufsfähigkeiten, Charakter u[nd] auch seine allerseits beliebte Familie, Frau (geb. Bassermann aus Schwetzingen), 2 Töchter u[nd] ein Sohn, betrifft, könnte ich persönlich die Berufung nach Berlin nur pflichtgemäß befürworten, indessen die Feindschaft des Zentrums u[nd] die Schwierigkeit für den Landesherrn, ihn hier zu ersetzen, scheinen mir Gründe, sie nicht zu empfehlen.

Sollten E[w.] E[xz.] trotz dieser mir persönlich erheblich scheinenden Bedenken dennoch an einer möglichen Berufung festhalten, so wäre vornehmlich wohl festzustellen, wie H[er]r v. Dusch selbst über die Frage denkt. Meine freundschaftlichen Beziehungen zu ihm würden es mir leicht machen, ihm ganz privatim u[nd] vertraulich zu erzählen, daß Exz. Nieberding[2] an einen Rücktritt denke, ob er vielleicht einen geeigneten Nachfolger in einem der süddeutschen Staaten nennen könne. Dabei ließe sich dann unschwer herausfinden, ob er selbst eine solche Stellung akzeptieren würde. Ich glaube E[w.] E[xz.] vorschlagen zu sollen, mich eventuell zu einer solchen allgem[einen] privaten u[nd] vertr[aulichen] Sondierung zu ermächtigen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Nachlaß Eisendecher 1/8 fol. 28f., eig. Konz.; Marg.: „Etwas geändert eingesetzt abg. 14./10.09. Eigenhändig".

[1] Bethmann Hollweg teilte Eisendecher mit, daß der Staatssekretär des Reichsjustizamts Nieberding aus Altersgründen in den Ruhestand tritt und ihm v. Dusch als Nachfolger empfohlen worden sei: „Mir persönlich wäre die Berufung eines hervorragenden süddeutschen Juristen aus föderativen Rücksichten durchaus sympathisch", da mit der Reform der Strafprozeßordnung und des Strafgesetzbuchs „gerade jetzt besonders wichtige und schwierige Aufgaben zu lösen" wären. Der Reichskanzler bat um Auskunft über Duschs fachliche Eignung, sein Verhältnis zu den

Parteien des Reichstags, über seine Bereitschaft zur Übernahme des Amts sowie über die Haltung der bad. Liberalen und des Großherzogs gegenüber einer etwaigen Berufung (Ebd. fol. 26f., Ausf.).

[2] Nieberding, Rudolf Arnold (1838–1912), Jurist, seit 1872 im Reichskanzleramt, 1875 Vortr. Rat, 1889 Ministerialdirektor, 1893–1909 Staatssekretär des Reichsjustizamts.

1125. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 22. Oktober 1909

Das Ergebnis der gestrigen Hauptwahl[1] von Abgeordneten für die Zweite Badische Kammer ist wenig erfreulich. Vom Minister des Inneren ging mir heute in aller Frühe folgendes Telegramm zu:

„Zentrum 23, Sozialdemokraten 10, Nationalliberale 4, Demokrat 1, Stichwahlen 35".

Bei der vorigen Hauptwahl von 1905 wurden gewählt: Zentrumsleute 19, liberale Blockkandidaten 15, Sozialdemokraten 5, Konservative 1; Stichwahlen 20. Die Kammer zählte seitdem 28 Zentrumsanhänger, 24 Nationalliberale, 12 Sozialdemokraten, 5 Demokraten, 3 Konservative und einen Freisinnigen. Wie jetzt die Stichwahlen ausfallen werden, scheint völlig unsicher. Bei der Uneinigkeit der Liberalen und der gänzlichen Aussichtslosigkeit eines Zusammengehens der bürgerlichen Parteien bleibt eine erhebliche Stärkung der Sozialdemokraten wahrscheinlich, Herr v. Bodman rechnet auf 20. Auch dem Zentrum dürfte noch eine Anzahl Mandate zufallen, diese Fraktion wird ohne Zweifel wiederum die stärkste sein und den ersten Präsidenten stellen, während vielleicht den Sozialdemokraten nach ihrer Zahl die zweite Präsidentenstelle zustehen würde.

Die Stichwahlen sollen am 30. d. Mts. stattfinden.[2]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 12, eig. Ausf.; Marg.: „25./10. Min. d. Inn."

[1] Vgl. *Thiel* S. 92ff.

[2] Nr. 1130.

1126. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 23. Oktober 1909

Aufgrund einer vorläufigen Feststellung des Ergebnisses der badischen Landtagswahlen bringt die „Karlsruher Zeitung"[1] nachstehendes Stimmverhältnis der Parteien. Von 306352 abgegebenen Stimmen entfielen auf: Zentrumskandidaten 90840, Sozialdemokraten 86835, Nationalliberale 75184, Konservative 17865, Demokraten 15556, Mitglieder des Bundes der Landwirte 9166, Freisinnige 4810, Kandidaten der Mittelstandsvereinigung 4242, sonstige Kandidaten 68. Zersplittert und ungültig waren 1092 Wahlzettel.

Nach dieser vorläufigen Feststellung haben ziemlich alle Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten starke Verluste an Stimmen zu beklagen, während letztere ganz zweifellos ihren bedeutenden Zuwachs vorwiegend unzufriedenen Elementen anderer Parteien verdanken. Die unmittelbare Ursache solcher Unzufriedenheit liegt ebenso zweifellos in den neuen Steuern auf tägliche Lebensbedürfnisse wie Tee, Kaffee, Zündhölzer pp.

und in der Ablehnung wirksamer Besitzsteuern. Die Verantwortung für den höchst bedauerlichen Wahlausfall tragen daher in erster Linie die Konservativen im Reichstage.[2]

In meinem Berichte Nr. 64 vom 4. d. Mts.[3] war die Ansicht ausgesprochen, daß es wahrscheinlich dem Zentrum noch gelingen werde, die meisten Abtrünnigen zu bekehren, das ist indessen offenbar nicht gelungen, weil den geistlichen Agitatoren nicht genügend Zeit blieb. Der Leiter des Zentrums, Wacker, traf wohl das Richtige, wenn er sagte, mit weiteren drei Wochen eifriger Arbeit hätte man die ansehnlichen Verluste der Partei vermeiden können.

Jetzt wird es namentlich auf das Verhalten der Liberalen aller Färbungen bei den 35 oder 36 Stichwahlen ankommen. Ich muß leider eine Erneuerung des Großblocks von 1905 als wahrscheinlich bezeichnen, Freiherr v. Marschall meint, ein ähnliches Abkommen mit den Sozialdemokraten sei nach seinen Informationen ziemlich sicher. Die Leute lernen hier eben gar nichts und opfern stets das Gemeinwohl ihren kleinlichen Parteiinteressen.

Die Regierung hat bei dieser Sachlage in der „Karlsruher Zeitung" die hier gehorsamst angeschlossene Warnung[4] veröffentlicht, die aber kaum viel helfen wird. Sie ist meines Erachtens zu lang und geht zu sehr ins Detail, und dann hat die giftige Feindschaft zwischen Zentrum und Nationalliberalen hier mit der Zeit einen solchen Grad erreicht, daß ein Zusammengehen fast unmöglich scheint.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „29./10. R. A. d. Inn., Min. d. Inn."

[1] Nr. 291 vom 24. Okt. 1909.
[2] Vgl. Nr. 1119, 1121.
[3] Nr. 1123.
[4] Anm. 1.

1127. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 25. Oktober 1909

Vertraulich! Die liberalen und radikalen Tagesblätter kritisieren scharf die Warnung der Großherzoglichen Regierung[1], welche die Bekämpfung der Sozialdemokratie bei den Stichwahlen befürwortet; sie vertreten die Ansicht, daß eine klerikal-konservative Mehrheit und damit die vermeintlich drohende Reaktion vor allen Dingen vermieden werden müsse und suchen mit großem Phrasenschwall ihren Großblockstandpunkt zu verteidigen. Die Folge wird sein, daß nach den Stichwahlen 18 bis 20 Sozialdemokraten in der Kammer Sitz und Stimme haben, das heißt ebenso viele Gegner der Monarchie, der geltenden Verfassung und der bestehenden staatlichen und sozialen Ordnung. Zentrum und Sozialdemokratie werden im trauten Verein der Kammer präsidieren. Die Großherzogliche Regierung ist der höchst bedauerlichen Haltung des gesamten Liberalismus gegenüber in einer sehr wenig angenehmen Lage, reaktionäre Tendenzen liegen ihr völlig fern, und gar von klerikalen Meinungen kann bei ihr in keiner Weise die Rede sein; das Zentrum freilich wäre jetzt sehr bereit, als Regierungspartei aufzutreten. Der badische Ultramontanismus ist aber im Grunde nichts weniger als regierungsfreundlich oder konservativ, viel eher stark demagogisch und mit demokratischem Öle gesalbt, nur angesichts einer Lage wie der gegenwärtigen geriert man sich gern als Beschützer von Thron und Altar.

Vorläufig kann die Regierung wohl nichts tun, als die Stichwahlen abwarten und den radikalen Kritiken inzwischen weiter maßvoll, aber mit allem Ernst entgegentreten. Umstimmen wird man die Großblockpolitiker nicht mehr. Wie sich die Dinge später entwickeln werden, ist nicht vorherzusehen.[2]

Ich höre soeben, daß S. K. H. der Großherzog angesichts der innerpolitischen Lage von Badenweiler hier eingetroffen ist, um den Vortrag der Minister entgegenzunehmen. Die in der „Karlsruher Zeitung" veröffentlichte, an die liberalen Parteien gerichtete Warnung hat dem Landesherrn nicht vorher vorgelegen, sie wurde von Herrn v. Bodman entworfen und, da keine Zeit zu verlieren war, mit Zustimmung der übrigen Minister sofort publiziert. Freiherr v. Marschall hatte Kürzung vorgeschlagen und im wesentlichen nur eine Kennzeichnung der sozialdemokratischen politischen Ziele empfohlen, war aber mit seiner Meinung nicht durchgedrungen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „I. mtg. 29./10. Min. d. Inn., R. Amt d. Inn.; II. Mtg. 29./10. Darmstadt, Dresden, München, Stuttgart, Weimar, Oldenburg, Hamburg".

[1] Nr. 1126 Anm. 4.

[2] Nieser berichtete Marschall am 24. Okt. 1909, daß man in Berlin das Ergebnis der bad. Hauptwahlen „dahin beurteilt, daß es durch die Vorgänge beim Zustandekommen der Reichsfinanzreform beeinflußt wurde und daß nicht nur der einseitige Bewilligungseifer der schwarzblauen Mehrheit des Reichstags, sondern auch das bei diesem Anlaß beobachtete taktisch wenig geschickte Verhalten der Liberalen bei den Wählern zum Landtag Anstoß erregt und in einem Ergebnis zugunsten des Tertius gaudens, der solchen Umfang des Erfolgs selbst nicht zu erwarten schien, Ausdruck gefunden". Die Stichwahlen dürften „die Resultate der Hauptwahl wohl noch unterstreichen" (GLA 233/34 813, masch. Ausf.; Marg.: „Im Staatsministerium unmittelbar nach Erhalt des Berichts (26./10.) vorgetragen. M[arschall]; von S. K. H. zurück 31./10.").

1128. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Baden, 27. Oktober 1909

Das Stichwahlabkommen der liberalen Parteien mit den Sozialdemokraten ist auf folgender Basis zustande gekommen. Die „Genossen" werden in 6 Bezirken von den Liberalen unterstützt, während die Sozialdemokraten in 19 Bezirken den vereinigten Liberalismus unterstützen wollen. In 10 weiteren Bezirken soll der Kampf zwischen den Liberalen und der Sozialdemokratie seinen Lauf nehmen, weil das Zentrum und dessen Anhang dort keine Chancen haben.[1]

Vielleicht wird nach diesen Abmachungen der vereinigte Liberalismus in der Kammer eine numerisch stärkere Gruppe bilden als die Sozialdemokraten, die es auf etwa 16 Mandate bringen dürften.

Gegenüber den heftigen Kritiken, welche die gesamte liberale Presse der regierungsseitigen Warnung angedeihen ließ, schreibt die „Karlsruher Zeitung", sie beabsichtige nicht, diese weiter zu erörtern, aber wenn das nationalliberale Hauptorgan, die „Badische Landeszeitung", bei Empfehlung sozialdemokratischer Wahlen die herrlichen Worte des verewigten Großherzogs vom 30. August 1860 anführe, so müsse auf das entschiedenste Verwahrung dagegen eingelegt werden, daß man diese Worte dazu benutze, das badische Volk aufzurufen zur Wahl von Sozialdemokraten, Vertretern einer Partei, welche die Monarchie und damit die Grundlage unserer „in Wort und Tat geheiligten Verfassung"

bekämpfe. Die von der Landeszeitung zitierten Worte lauteten: „Ich konnte nicht finden, daß ein feindlicher Gegensatz sei zwischen Fürstenrecht und Volksrecht. Ich wollte nicht trennen, was zusammengehört und sich wechselseitig ergänzt – Fürst und Volk, unauflöslich vereint unter dem gemeinsamen schützenden Banner einer in Wort und Tat geheiligten Verfassung".

Eine Bemerkung der „Münchener Neuesten Nachrichten", welche den gegenwärtigen Landesherrn Badens im Gegensatz zu seinem heimgegangenen Vater als dem Großblockgedanken abhold bezeichnete, brandmarkt die „Karlsruher Zeitung" als geradezu freventlich. Sie sagt, in Baden wisse jedermann, daß der Großblock von 1905 dem verewigten Großherzog tiefen Schmerz bereitet habe.

Die hiesigen Zeitungen gewähren zur Zeit ein besonders trauriges Bild der Übertreibung und Unvornehmheit. Zentrumsblätter suchen zum Teil die Regierung wegen ihrer neuerlichen Sparpolitik für den Wahlausfall verantwortlich zu machen und den Großblock als für ihre Partei günstig darzustellen. Die ganze liberale Presse verwechselt die Möglichkeit einer vorübergehenden klerikal-konservativen Kammermehrheit mit einem vermeintlich drohenden reaktionären Regime „à la Prusse", wie die „Badische Landeszeitung" sich geschmackvoll ausdrückt. Die Demokratie benutzt auch diese Gelegenheit gern zu bissigen Angriffen gegen Preußen, das ist man gewohnt; ihre Preßergüsse gemahnen bisweilen fast an die Zeiten von 1848 und 49. Momentan haben sie nicht ganz Unrecht, wenn sie die „preußischen Junker" der Schuld für die verunglückte Finanzreform anklagen, aber man sollte hier die Verdienste Preußens nicht vergessen. Was wäre wohl ohne Preußen aus Deutschland anno 1870 geworden, und aus dem Grenzlande Baden? Vielleicht eine französische Provinz?

Immer mehr gewinnt man in den Kreisen der Großherzoglichen Regierung angesichts der gegenwärtigen Wahlvorgänge die Überzeugung, daß die Einführung des direkten Wahlsystems ein bedenklicher Fehler war und daß Preußen alle Ursache hat, an seinem System festzuhalten, wenn auch mit gewissen wünschenswerten Änderungen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 12, eig. Ausf.

[1] Bad. Presse, Nr. 494 vom 25. Okt. 1909.

1129. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Baden, 29. Oktober 1909

Man kann zweifelhaft sein, ob die beiden Kundgebungen[1] der badischen Regierung anläßlich des Stichwahlabkommens der Liberalen mit der Sozialdemokratie zweckentsprechend abgefaßt oder überhaupt opportun waren, aber die deshalb nicht nur in der radikalen, sondern auch in der rechtsliberalen Presse geübte scharfe Kritik scheint mir unberechtigt und bedauerlich. Niemand wird der Regierung das Recht bestreiten können, sich zu äußern, sie tat das sachlich und maßvoll, wenn auch vielleicht nicht sonderlich geschickt und jedenfalls reichlich spät, zu gereizten Entgegnungen der liberalen Organe lag keinerlei Anlaß vor, sie verschärften lediglich die bestehenden Gegensätze und kennzeichnen diese Blätter als politisch minderwertig. Ew. Exz. glaube ich eine kleine Auslese solcher Preßkritiken hierneben gehorsamst vorlegen zu sollen.[2]

Zu der Karlsruher Korrespondenz der „Münchener Neuesten Nachrichten" vom 26. d. Mts. (Seite 4 der Anlage[3]) darf ich dabei bemerken, daß die Haltung der Großherzoglichen Regierung, speziell des verstorbenen Ministers des Inneren Dr. Schenkel, gegenüber dem Großblockabkommen von 1905 allerdings nicht glücklich war und zum bitteren Kummer des Landesherrn eine Zeitlang Zweifel erwecken konnte. Der Schlußpassus bezieht sich auf den Abgeordneten Freiherrn v. Mentzingen, dessen Wiederwahl jüngst vom Zentrum eifrig empfohlen wurde wegen seinen vermeintlich intimen Beziehungen zum Hofmarschall Grafen Andlaw. Baron Mentzingen ist, wie ich beiläufig hinzufüge, ein politisch höchst einseitiger, taktloser Zentrumsfanatiker agrarischer Färbung, der nur mit Hochdruck der Parteileitung gegen einen anderen Zentrumskandidaten jetzt wiedergewählt wurde. Der „Pfälzer Bote", mit das gemeinste ultramontane Blatt Badens, erfreut sich seiner besonderen Protektion. Der Bruder, zuletzt als Diplomat Gesandter in Tanger, bekleidet seit kurzem hier das Amt eines Oberzeremonienmeisters. Die Regierung muß sich sehr gegen ihren Willen einstweilen das Lob und die Verteidigung von seiten der geistlichen Presse gefallen lassen, obgleich ihr die Zentrumspartei im Grunde nach wie vor durchaus feindlich gesinnt bleibt und nur ad hoc die Situation ausnützt. Vom „Pfälzer Boten" wird zum Beispiel ganz neuerdings wieder der Rücktritt der Minister v. Dusch und v. Marschall als längst durch die Verhältnisse geboten bezeichnet (Seite 3 der Anlage). Von den vorwiegend revisionistisch geleiteten sozialdemokratischen Zeitungen im Lande wird die „Einmischung" der Regierung mit der üblichen Deutlichkeit getadelt, aber zugleich die Bereitwilligkeit der „Genossen" zur positiven Mitarbeit in der Kammer erklärt, eine löbliche Absicht, die die liberale Presse gehörig unterstreicht.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 12, eig. Ausf.; Marg.: „mtg. 2./11. I. R. A. d. Inn., Min. d. Inn.; II. Stuttgart, München".

[1] Nr. 1126, 1127.
[2] Bad. Presse, Nr. 496 vom 26. Okt. 1909.
[3] Vgl. Nr. 1128.

1130. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 31. Oktober 1909

Minister Freiherr v. Bodman teilt mir soeben folgendes Ergebnis der gestrigen Stichwahlen mit.[1] Gewählt wurden in die Zweite Kammer:

13 Nationalliberale, 10 Sozialdemokraten, 5 Demokraten, 3 Zentrumskandidaten, 2 Konservative, 1 Bündler, 1 Freisinniger.

Wenn diese Wahlen alle als gültig anerkannt werden, zählt die Kammer in Zukunft 26 Zentrumsanhänger, 20 Sozialdemokraten, 17 Nationalliberale, 6 Demokraten, 2 Konservative, 1 Bündler, 1 Freisinnigen. Die Residenz wird alsdann durch 3 Sozialdemokraten und einen Nationalliberalen vertreten sein, und zwar verdankt der gestern gewählte dritte „Genosse" seinen Sieg anscheinend dem Zentrum, das namentlich in den letzten Tagen den freisinnigen Gegner, Rechtsanwalt Frühauf, als vermeintlichen Kirchenfeind bei den Wählern zu diskreditieren suchte.

Über die Stimmverhältnisse bei den Stichwahlen sowie der Hauptwahl darf ich eine Zusammenstellung des „Karlsruher Tageblatts"[2] gehorsamst beifügen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 12, eig. Ausf.; Marg.: „4./11. R. Amt d. Innern, Min. d. Innern".

[1] Über die Ergebnisse der bad. Landtagswahl: Stat. Mitteilungen N. F. 2 (1909) 2. Sondernummer; Stat. Jahrbuch 38 (1910/11) S. 392ff.; *Thiel* S. 98ff.

[2] Karlsruher Tageblatt (Sonderausgabe) vom 31. Okt. 1909.

1131. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Baden, 3. November 1909

Bei Erörterung der badischen Landtagswahlen nehmen liberale und radikale Blätter an, daß die warnenden Äußerungen der „Karlsruher Zeitung" auf klerikale oder höfische Einflüsse zurückzuführen seien. Die Annahme ist falsch. Die Regierung glaubte einfach, eine Pflicht zu erfüllen, wenn sie vor einer Partei warnte, welche die Beseitigung der geltenden Staatsform und Gesellschaftsordnung anstrebt, und zwar geschah dies ohne vorherige Zustimmung des Landesherrn.

Meines bescheidenen Erachtens stand die Großherzogliche Regierung, solange ich hier amtiere, noch in keiner Landtagsperiode vor so schwierigen Aufgaben, wie sie jetzt vorliegen. Man wird mit ganz unmöglichen Forderungen der Sozialdemokraten und Linksliberalen zu rechnen haben, und stark partikularistische Tendenzen werden wahrscheinlich in der Kammer hervortreten. Dabei ist die Finanzlage recht unerfreulich und äußerste Sparsamkeit unbedingt geboten. Das führende demokratische Organ bezeichnet als Hauptaufgaben die Sicherung und den Ausbau der Simultanschulen, eine gründliche Gemeindereform, die Restituierung der bewährten alten Eisenbahnpolitik, überhaupt die Abwehr der Verpreußung und Berolinisierung der Verwaltung; das dürfte so ziemlich auch den sozialdemokratischen Anschauungen entsprechen. Inwieweit die Regierung auf das Zentrum und auf die Nationalliberalen sich wird stützen können, bleibt vorläufig völlig unsicher, der intensive gegenseitige Haß dieser beiden Parteien wird deren Zusammengehen meist sehr erschweren; gemeinsam erreichen sie mit 46 Stimmen überdies noch nicht ganz die Zweidrittel-Mehrheit, wenn man die 3 konservativen Stimmen hinzurechnet. Der vereinigte Großblock verfügt über 44, der Linksliberalismus mit den Sozialdemokraten über 27 Stimmen.

Je nach ihrem Parteistandpunkt suchen sich die Zeitungen mit dem Wahlergebnis abzufinden, sie sind einig, daß die Wahlen zunächst eine starke Bewegung der Volksstimmung nach links bedeuten und daß im wesentlichen die Nationalliberalen die Zeche bezahlen, die zugleich den Verlust ihres Parteichefs (Obkircher) beklagen und nicht weniger als 8 Neulinge aufweisen. Das Zentrum rettete, trotz seines namhaften Stimmenrückganges in der Hauptwahl, im zweiten Wahlgang 3 eigene sowie die 3 konservativen Mandate, darunter das des Parteichefs und letzten Kammerpräsidenten (Fehrenbach), dagegen unterlag ein weiteres führendes Mitglied der Zentrumsfraktion, der bisherige Vorsitzende der Budgetkommission (Gießler). Die bewährteste und tüchtigste Kraft der Nationalliberalen, der Pforzheimer Abgeordnete Wittum, der 16 Jahre der Kammer angehörte, lehnte infolge des Abkommens seiner Partei mit der Sozialdemokratie eine Wiederwahl ab.

Daß unter den gegebenen Verhältnissen der Hauptgewinn den Sozialdemokraten

zufallen mußte, war vorauszusehen, ihre wie der Demokraten namhaftere Führer werden wieder in die Kammer einziehen, dazu 8 neue „Genossen". Einer derselben (Willi[1]) schlug in Karlsruhe bei der Stichwahl infolge eines zur Zeit vielbesprochenen angeblichen Zentrumsplakats den freisinnigen Kandidaten (Frühauf), der bisher in der Kammer als fanatischer Eisenbahn- und Schulreformer wie als partikularistischer Preußenfeind besonders unliebsam hervortrat, seine Niederlage ist also vielleicht zu verschmerzen. Von den Demokraten zeichnet sich der neugewählte Professor Hummel[2] in ähnlicher Weise aus durch fulminante Artikel im „Landesboten" gegen Junkerwirtschaft und Reaktion, seine demokratische Gesinnung hinderte ihn aber nicht, gelegentlich der Casablanca-Affäre[3] lebhaft ein kriegerisches Einschreiten gegen Frankreich zu befürworten. Voraussichtlich wird dem neuen Hause wiederum der Zentrumsführer Fehrenbach präsidieren. Die erste Vizepräsidentenstelle stände den Sozialdemokraten, die zweite den Nationalliberalen zu. Kolb und Oberschulrat Rebmann kämen dafür anscheinend zunächst in Betracht, aber es bleibt einstweilen fraglich, wie das Zentrum sich zur Wahl des Sozialdemokraten stellen wird. Zeitungsnachrichten bezeichnen Rebmann als den neuen nationalliberalen Fraktionschef, der Regierung ist er nicht sonderlich sympathisch, indessen immerhin genehmer als Obkircher, dem bei anerkannter Rednergabe richtiges politisches Augenmaß und ruhige Sachlichkeit oft fehlen. Als bestgehaßter Gegner der Klerikalen und unversöhnlicher Feind des allmächtigen Zentrumsleiters Wacker stand Obkircher nicht selten möglichen Kompromissen der beiden großen Parteien im Wege.

Die Großherzogliche Regierung wird auf schwere Kämpfe gefaßt sein müssen, und keiner der Ressortminister wird davon verschont bleiben, zahlreicher Gegnerschaft können sich alle rühmen bei der neuen Zusammensetzung der Kammer.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 13, masch. Abschrift; Marg.: „mtg. 7./11. R. A. d. Inn., Min. d. Inn."

[1] Willi, Albert (geb. 1865), Buchdrucker, Arbeitersekretär in Karlsruhe, 1899 Stadtverordneter, 1908 Stadtverordnetenvorstand, SPD, MdL 1909–1912.

[2] Hummel, Hermann (1876–1952), Chemiker, seit 1902 Oberlehrer in Karlsruhe, 1906 Professor an der TH Karlsruhe, 1903 2. Vorsitzender der Süddeutschen Volkspartei (Demokraten), MdL 1909–1925, Nov. 1918 stellvertr. bad. Kriegsminister, 1919–1921 Kultusminister, 1921/22 Staatspräsident, seit 1922 Vorstandsmitglied der BASF, DDP, MdR 1924–1930 (AV; PA-GLA).

[3] 1. Marokko-Krise 1905.

1132. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Baden, 6. November 1909

Die maßvollen, höflichen und, wie ich meine, berechtigten Kritiken norddeutscher nationalliberaler Organe an dem Stichwahlabkommen der Parteileitung in Baden geben jetzt der „Badischen Landeszeitung"[1] Anlaß zu einer hochtrabenden, wenig höflichen Entgegnung. Unter dem Titel „Die Antwort nach Norden" verteidigt ein Leitartikel das Abkommen mit der Sozialdemokratie und zeiht die norddeutschen Kritiker der gänzlichen Unkenntnis badischer Verhältnisse.

Die hier gehorsamst angeschlossene Auseinandersetzung scheint mir besonders be-

zeichnend für den Ton und Wert der hiesigen nationalliberalen Presse, die meist einen bedauerlichen eigensinnigen Unfehlbarkeitsdünkel verrät und durch hämische, gereizte Polemik schon viel Unheil stiftete.

Als weiteres Beispiel dafür darf Ew. Exz. ich einen gegen das Zentrum und dessen geistlichen Führer gerichteten Artikel desselben nationalliberalen Hauptorgans[2] hier gehorsamst beifügen.

Sehr ruhig, sachlich und zutreffend beurteilt seit Jahren der Karlsruher – gut nationalliberale, aber vorurteilsfreie – Korrespondent des „Schwäbischen Merkur" die bedenklichen Schwächen seiner Partei und Presse in Baden. Dr. Ammons[3] Berichterstattung über die Wahlen und überhaupt seine Auffassung der politischen Lage im Lande trifft meines Erachtens fast immer das Richtige, insbesondere tadelt er den wachsenden demokratischen Antagonismus gegen Preußen als absurd, schädlich und unberechtigt. Demokratische wie auch sonst liberale Blätter nehmen ihm das schwer übel und greifen ihn heftig an. Ich hätte den verständigen, klar blickenden, echt national gesinnten, schon bejahrten Mann längst zu einer Auszeichnung vorgeschlagen, wenn ich nicht fürchten müßte, daß ihm eine solche hier eher schaden würde. Persönlich bin ich ihm nur zufällig und selten begegnet. Könnten ihm seine Gegner nähere Beziehungen zur preußischen Gesandtschaft nachweisen, so würden sie leicht seine Unabhängigkeit zu verdächtigen suchen.

Das am Tage der Stichwahl in Karlsruhe angeschlagene Plakat, dem der sozialdemokratische Kandidat Willi wahrscheinlich seinen Sieg verdankt, stellt sich als Fälschung des aus Österreich stammenden „Genossen" Nitschky[4] heraus. Er ist Inhaber einer sozialdemokratischen Kolportagebuchhandlung und Vorsitzender des sozialdemokratischen Ladearbeiter-Verbandes. Man wird ihn wegen groben Unfugs und Urkundenfälschung belangen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 12, eig. Ausf.; Marg.: „12./11. R. Amt d. Innern, Min. d. Innern".

[1] Nr. 512 vom 4. Nov. 1909.

[2] Bad. Landeszeitung, Nr. 511 vom 4. Nov. 1909.

[3] Ammon, Otto Georg Dr. (1842–1916), zunächst Ingenieur, dann liberaler Publizist, Redakteur und Eigentümer der Konstanzer Zeitung, danach Privatgelehrter auf dem Gebiet der Anthropologie, zugleich Karlsruher Korrespondent des Schwäb. Merkurs, 1885–1899 führendes Mitglied der anthropologischen Kommission des Karlsruher Altertumsvereins.

[4] Nitschky, Friedrich, Buchhändler in Karlsruhe, Vorsitzender des Ladearbeiter-Verbands. Nitschky hatte die Zentrumswähler im Namen des Karlsruher Zentrumskomitees aufgefordert, in der Stichwahl gegen den Freisinnigen Frühauf und für den Sozialdemokraten Willi zu stimmen (Vgl. Nr. 1131).

1133. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Baden, 10. November 1909

Die Kritik des Stichwahlabkommens der Nationalliberalen Partei Badens mit der Sozialdemokratie in der „Kölnischen Zeitung" veranlaßte von seiten des Generalsekretariats dieser Partei eine Entgegnung, welche nachzuweisen sucht, daß ohne solches Abkommen eine absolute klerikal-konservative Mehrheit in der Kammer nicht hätte vermieden werden können. Die „Kölnische Zeitung" bestreitet das und stellt eine, wie

mir scheint, richtigere Berechnung an, nach der die Wahlergebnisse für die vereinigten Liberalen auch ohne Großblock ziemlich die gleichen gewesen wären. Dagegen wehrt sich der Generalsekretär in einer weiteren Zuschrift an das Kölner Blatt, und dieses schließt die Erörterung gestern, indem es seine Auffassung nochmals eingehend vertritt. – Sehr kritisch und deutlich spricht sich auch der bekannte Karlsruher Korrespondent des „Schwäbischen Merkur" über die nationalliberale Motivierung des Stichwahlabkommens aus; von ihm stammen wohl auch die an leitender Stelle der genannten Zeitung veröffentlichten Bemerkungen über die „Kultur-"Partei. Die Großherzogliche Regierung hat sich seit den beiden in der Presse so scharf angegriffenen Kundgebungen der „Karlsruher Zeitung" nicht mehr zur Sache geäußert; sie verurteilt indessen das Abkommen unbedingt als nachteilig für die Nationalliberale Partei sowohl wie für die innerpolitische Gesamtlage. Selbst wenn ohne dasselbe wirklich eine sogenannte reaktionäre Kammermehrheit zustande gekommen wäre, hätte das die Regierung für weit weniger schädlich gehalten als das Bündnis mit der Sozialdemokratie; sie wäre einer solchen geringen Mehrheit gegenüber eher in einer besseren Lage gewesen als bei einer Parteikonstellation, wie sie gegenwärtig vorliegt. Von einer Reaktion im Sinne der liberalen Befürchtungen konnte auch dann in keiner Weise die Rede sein.

Die tonangebenden Organe der „Genossen" fahren inzwischen fort, den Nationalliberalen wohlwollende Anerkennung zu zollen und sie zu fernerem Wohlverhalten zu ermahnen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 12, eig. Ausf.; Marg.: „19./11. mtg. I. Darmstadt, Dresden, München, Stuttgart, Weimar, Oldenburg, Hamburg; II. 19./11. R. A. d. Inn., Min. d. Inn."

1134. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 21. November 1909

Mit einzelnen wenigen Ausnahmen wurden die bisherigen Mitglieder der badischen Ersten Kammer wiedergewählt; die Zusammensetzung bleibt also praktisch die gleiche wie in der vorigen Session und bildet ein erwünschtes Gegengewicht zu den in der Mehrheit radikal gefärbten Volksvertretern. S. G. H. der Prinz Max wird wiederum mit Dr. Bürklin und Freiherrn v. Rüdt präsidieren. Zur Zeit schwerkrank, dürfte der Letztgenannte aber vorläufig kaum instande sein, an den Beratungen teilzunehmen.

Die feierliche Eröffnung der Ständeversammlung durch S. K. H. den Großherzog soll übermorgen erfolgen. Das Ministerium hat einstimmig zu solcher Eröffnung durch den Landesherrn geraten und wohl mit Recht die Frage verneint, ob etwa in Anbetracht des starken Anwachsens der Sozialdemokratie besser der Staatsminister die Vertretung zu übernehmen habe. Mit dieser nunmehr zur zweiten Stelle in der Kammer aufgerückten Fraktion, die einen erheblichen Prozentsatz von Wählern repräsentiert, muß die Regierung wohl oder übel rechnen, sie wird die Genossen ruhig-sachlich bekämpfen, ohne unangebrachte Schärfe und ohne Ängstlichkeit vor dem sogenannten roten Schrecken, den das Zentrum jetzt gern an die Wand malt.

Wie bekannt herrscht hier vorwiegend der Revisionismus. Der frühere Malergeselle und begabte Führer Kolb entwickelt in den „Sozialistischen Monatsheften" bereits seine

dementsprechenden Ansichten, und auch Dr. Frank trat mit seiner Meinung über die Landtagsarbeit hervor, indem er unter anderem die Heranziehung der Bundesfürsten zu den Steuern forderte. Was die Zentralleitung der Partei dazu sagt und wie die unentwegteren Genossen hier sich Kolb gegenüber stellen, bleibt abzuwarten.

In nationalliberalen und demokratischen Blättern erfahren Kolbs Äußerungen im allgemeinen Zustimmung, man erklärt sich bereit, mit den Stichwahlverbündeten zusammenzuarbeiten und sucht sich mit allerlei Phrasen über die bestehenden Gegensätze hinwegzutäuschen.

Eigentlich erhält nach wie vor die gesamte innerpolitische Lage durch die Minderwertigkeit und Maßlosigkeit der Presse ihren höchst unerfreulichen charakteristischen Stempel. Die Zeitungen führen eine Sprache nicht nur gegeneinander, sondern auch gegen die Regierung, daß man sich bisweilen in die Zeit von 1848 zurückversetzt glaubt. Fast alle Minister werden aufs heftigste angegriffen, vornehmlich die vielleicht etwas kleinlichen Sparsamkeitsmaßnahmen des Herrn Honsell geben den radikalen Blättern Anlaß zu persönlichen Invektiven gehässigster Art, Herr v. Marschall ist das bête noire der partikularistischen Eisenbahnfanatiker, und der Staatsminister wird als Erzreaktionär hingestellt, weil er Disziplin und Ordnung in seinem Ressort zu erhalten sucht. Manche dieser Angriffe stammen offenbar aus jüngeren Beamten- und Lehrerkreisen, in denen vielfach bedenklich radikale und disziplinwidrige Tendenzen hervortreten. Die ersten Führer der Demokraten wie Heimburger, Hummel pp. sind Lehrer und tragen mit die Hauptschuld an diesen Zuständen.

Dr. Honsell hat der maßlosen Kritik gegenüber ernstlich seinen Rücktritt erwogen, wird indessen auf dringende Bitte der Ministerkollegen vorläufig im Amte bleiben. Freiherr v. Dusch sprach mir sehr empört über die Presse, insbesondere hat ihn eine ungerechte, auch persönlich kränkende Preßäußerung des demokratischen Abgeordneten Venedey tief verletzt. Seine Gesundheit läßt leider zu wünschen, er macht sich auf acht Monate Kammertagung gefaßt und zweifelt, ob er der damit verbundenen Arbeit gewachsen sein werde. Jedenfalls hat er die Absicht, den Volksvertretern gründlich und energisch die Wahrheit zu sagen, daran werden es auch die anderen Minister nicht fehlen lassen, denn die gegen sie erhobenen Anschuldigungen entbehren jeglicher Berechtigung, namentlich der Vorwurf der Reaktion ist geradezu absurd.

Zunächst stehen in der Zweiten Kammer unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten (Morgenthaler[1] vom Zentrum) die Wahlprüfungen bevor. Da eine Anzahl von Protesten vorliegen, u[nter] a[nderem] auch die Wahl des Zentrumsführers Fehrenbach angefochten wird, dürfte die Präsidentenwahl erst im Dezember stattfinden.

Freiherr v. Dusch glaubt, daß die parlamentarischen Arbeiten diesmal einige Verzögerung erfahren werden wegen des großen Mangels an erfahrenen Abgeordneten. Unter den zahlreichen Neulingen sind anscheinend nur wenige, die als Berichterstatter oder als Vorsitzende von Kommissionen fungieren können, von den 17 Nationalliberalen werden nur 6 oder 7 als dafür geeignet bezeichnet. Der Staatsminister bemerkte zugleich vertraulich, daß er den meisten nunmehr zu Abgeordneten gewählten Beamten seines Ressorts, Rebmann, Koch, Heimburger, Hummel, schon mehrfach ernstlich habe den Text lesen müssen, das vermehre natürlich ihre Zuneigung nicht; er fügte hinzu, daß der Jungliberalismus im Lande diesen Namen kaum verdiene, man müsse vielmehr die meisten seiner Anhänger eher zu den Demokraten rechnen, ebenso wie der linke Flügel der Demokraten stark sozialdemokratische Neigungen verrate; der demokratische „Landesbote" habe

kürzlich zum Beispiel einen wüsten Artikel des sozialistischen Hauptorgans (Volksfreund) gegen den Finanzminister voll abgedruckt und mit seinem Placet versehen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 13, Abschrift; Marg.: „mtg. 26./11. R. A. d. Inn., Min. d. Inn.; mtg. 26./11. Darmstadt, Dresden, München, Stuttgart, Weimar, Oldenburg, Hamburg".

[1] Morgenthaler, Joseph (1845–1922), Landwirt in Fautenbach, seit 1895 Gemeinderat, Z, MdL 1903–1918, 1892–1904 Präsident des bad. Bauernvereins, dann Ehrenpräsident.

1135. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 24. November 1909

Zur gestrigen feierlichen Eröffnung der badischen Ständeversammlung und zu dem späteren Empfang der Abgeordneten im Schloß erschienen die Sozialdemokraten nicht. Ebenso fehlte der Genosse Schwall[1] unter den acht durch das Los bestimmten Volksvertreter[n], die S. K. H. den Großherzog im Ständehaus zu empfangen hatten.

Nach den Auseinandersetzungen Kolbs in den Sozialistischen Monatsheften war hier vielfach erwartet worden, daß die Sozialdemokraten wie in Sachsen an der Eröffnungsfeier teilnehmen würden.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „27./11. R. A. d. Inn., Min. d. Inn."

[1] Schwall, August (geb. 1861), Schreiner, SPD, MdL 1909–1912.

1136. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 27. November 1909

Die gestrige Präsidentenwahl in der badischen Zweiten Kammer[1] hatte folgendes Ergebnis. Die gesamte Linke mit den Nationalliberalen wählte mit 41 Stimmen den nationalliberalen Abgeordneten Rohrhurst (Heidelberg) zum 1. Präsidenten. 28 Stimmen fielen auf den bisherigen Präsidenten, den Zentrumsabgeordneten Fehrenbach. Bei der Wahl des 1. Vizepräsidenten erhielt Fehrenbach 42 Stimmen, nahm indessen die Wahl nicht an. Im zweiten Wahlgange erfolgte mit 40 Stimmen die Wahl des Abgeordneten Geiß (Mannheim), Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion. Zentrum und Konservative gaben in beiden Wahlgängen weiße Zettel ab. Zum 2. Vizepräsidenten wurde der demokratische Führer und Schuldirektor Professor Heimburger (Lahr-Offenburg) mit 42 Stimmen gewählt. Zentrum und Konservative enthielten sich wiederum der Abstimmung. Das Zentrum ist somit vom Präsidium ganz ausgeschlossen.

Rupert Rohrhurst, 49 Jahre alt, geboren in Wittnau (Amt Freiburg), war ursprünglich protestantischer Theologe, trat 1893 als Professor am Gymnasium und am Theologischen Seminar Heidelberg in den Schuldienst, fungiert seit einem Jahre als Rektor der erweiterten Volksschule und als technischer Leiter des gesamten Volksschulwesens in Heidelberg. Fein gebildet, maßvoll und abgeklärt, vertritt er den rechten Flügel der Nationalliberalen; obgleich Gegner des Abkommens mit der Sozialdemokratie, erhielt er

dennoch jetzt die Stimmen der Genossen bei der Präsidentenwahl. Seit 1900 gehört er der Kammer an. Anton Geiß, Chef der sozialdemokratischen Landesorganisation, 51 Jahre alt, früher Schreinermeister, jetzt seit Jahren Wirt in Mannheim, macht dort der Polizei bisweilen ziemliche Schwierigkeiten, gilt aber als Revisionist und wird angeblich den Repräsentationspflichten gegenüber der Krone genügen oder sich ihnen „taktvoll" entziehen. Er vertrat einen Mannheimer Bezirk im Landtage von 1895 bis 1902. Dr. Karl Heimburger, 50 Jahre alt, Sohn eines Bauern in Ottenheim (Amt Lahr), jetzt Direktor des neuen Realgymnasiums (Humboldtschule) in Karlsruhe, ist namhafter Demokrat gemäßigter Observanz, sehr intelligent und ein begabter, ruhig-klarer Redner. Mit zweijähriger Unterbrechung saß er seit 1891 in der Kammer.

Ich darf zugleich den sehr zu beklagenden Tod des 2. Vizepräsidenten der Ersten Kammer, Freiherr[n] Rüdt v. Collenberg, gehorsamst melden.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „2./12. R. Amt d. Innern, Min. d. Innern".

[1] 2. Sitzung II. Kammer vom 26. Nov. 1909.

1137. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 28. November 1909

Die badische Zweite Kammer hat von den elf durch Proteste angefochtenen Wahlen sechs für gültig und fünf für vorläufig zu beanstanden erklärt. Über diese fünf wird erst nach Eingang weiterer Erhebungen definitiv entschieden werden. Die Verhandlung[en] über die Wahlprüfung verliefen im ganzen sachlich und ruhig unter ziemlich reger Beteiligung der Sozialdemokraten.

In der gestrigen Sitzung erfolgte die Vorlage des Budgets durch den Finanzminister Dr. Honsell, über dessen Vortrag ich den Amtlichen Bericht hier gehorsamst beifüge.[1] Angesichts des kaum überraschenden Fehlbetrages im Etat wird darin die finanzielle Lage als ernst, aber nicht als besorgniserregend geschildert; insbesondere gibt der große Aufwand der Eisenbahnverwaltung bei minderen Einnahmen Anlaß zur Vorsicht und Sparsamkeit. Die Notwendigkeit einer Steuererhöhung erachtet der Minister für unabweisbar. Er spricht sich auch über die sogenannte Reichsfinanzreform aus, indem er namentlich eine Erleichterung infolge der Übernahme der früher gestundeten Matrikularbeiträge durch das Reich anerkennt, aber andererseits die Erhöhung dieser Beiträge ohne deren Bindung sowie die höhere Biersteuer als den badischen Staatshaushalt schwer belastend bezeichnet.

Die Ablehnung der Erbschaftssteuer hält der Minister für sehr bedauerlich, eine solche Steuer wäre seines Erachtens geeignet gewesen, einen Ausgleich für die erhöhten Matrikularbeiträge herbeizuführen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 35 Bd. 2, Ausf.; Marg.: „3./12. R. Amt d. Innern, R. Schatz-Amt, Min. d. Innern".

[1] 3. Sitzung II. Kammer vom 27. Nov. 1909, in: Karlsruher Zeitung (Beilage), Nr. 325 vom 27. Nov. 1909.

1138. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 30. November 1909

In Kreisen der Großherzoglichen Regierung betrachtet man die Haltung der Nationalliberalen bei der Wahl des Kammerpräsidiums als einen schwerwiegenden Fehler.[1] Nach altem Brauch hätte dem Zentrum als stärkster Fraktion die erste Stelle im Präsidium überlassen werden sollen, und weiter durfte man einen Sozialdemokraten nur wählen, wenn er sich bereit erklärte, gewissen repräsentativen Verpflichtungen nachzukommen. Von dem Vizepräsidenten Geiß sind Zusicherungen in dieser Beziehung weder verlangt noch gegeben worden. Die nationalliberale Fraktion konnte beides durchsetzen, hat nun aber durch ihre Taktik das Zentrum aufs neue gründlich erbittert und damit das vielfach dringend erwünschte und wichtige Zusammengehen der beiden großen bürgerlichen Parteien in der Kammer wesentlich erschwert. Die Zentrumspresse gibt ihrer Empörung unverhohlen Ausdruck, Wacker bespricht das Verhalten der Nationalliberalen im Beobachter unter dem Titel „Der schlimmste und brutalste Gewaltstreich". Momentan hat diese Entrüstung wohl einige Berechtigung, aber wenn man die Zentrumsstrategie der letzten Dezennien betrachtet, so kann man die Partei von schwerster Schuld gegenüber den Nationalliberalen nicht freisprechen, sie hat selbst durch ihre gehässige Feindschaft gegen die Nationalliberalen stets den Sozialdemokraten in die Hände gearbeitet.

Daß der frühere Zentrumspräsident der Kammer die ihm vom Großblock zugedachte zweite Stelle im Präsidium ablehnte, als seine eigene Fraktion sich der Abstimmung enthielt, war im Grunde selbstverständlich. Nun will aber das verärgerte Zentrum auch dem Großblock die Hauptarbeit und Verantwortung überlassen, es hat sich geweigert, den Vorsitz in der Budgetkommission zu übernehmen, und nur in den beiden Kommissionen für Petitionen und für Eisenbahnen und Straßen stellt es den Vorsitzenden. In der Kommission für Justiz und Verwaltung führt der Sozialdemokrat Dr. Frank den Vorsitz, in drei anderen Kommissionen – Budget, Petitionen, Eisenbahnen – sind die Genossen Kolb, Kramer[2] und Pfeiffle stellvertretende Vorsitzende.

Von einer Adresse an S. K. H. den Großherzog hat die Kammer sehr vernünftigerweise abgesehen. Ebenso wird wahrscheinlich der sonst übliche besondere Empfang des Kammerpräsidiums durch den Landesherrn unterbleiben. Die Behauptung einzelner Blätter, daß Herr Geiß sich an solchem möglichen Empfange beteiligen werde, scheint nicht zutreffend.

Der „Badische Beobachter" geht scharf mit dem Minister v. Bodman ins Gericht, weil er bei der Beglückwünschung des neugewählten Präsidiums auch den sozialdemokratischen ersten Vizepräsidenten begrüßt habe, der Artikelschreiber meint, dieser Gratulationsgang zeige der Zentrumsfraktion, wes Geistes Kind der Herr Baron und die von ihm betriebene Politik sei. Auch gegen die Regierung überhaupt gibt die ultramontane Presse ihrem Unwillen Ausdruck, indem sie sagt, man werde die Regierung merken lassen, daß das Zentrum nicht mehr lediglich das „Lasttier" machen wolle.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „I. mtg. 4./12. R. A. d. Inn., Min. d. Inn.; II. mtg. 4./12. Darmstadt, Dresden, München, Stuttgart, Weimar, Oldenburg, Hamburg".

[1] Vgl. Nr. 1136.

[2] Kramer, Robert Ferdinand (1856–1946), Schuhmacher, Geschäftsführer, SPD, MdL 1897–1918.

1139. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 6. Dezember 1909

Ew. Exz. bitte ich, in einer mir politisch wichtig scheinenden Angelegenheit kurz privatim Vortrag halten zu dürfen. Ew. Exz. wissen, daß S. K. H. der Großherzog von Baden dringend wünscht, anstelle der angekündigten Verlegung des Hohenzollernschen Infanterieregiments Nr. 40 von Aachen nach Rastatt das badische Regiment Nr. 112 von Mülhausen dort wieder einziehen zu sehen. Es wäre meines Erachtens außerordentlich nützlich, wenn dieser Wunsch Erfüllung finden könnte, eine Rücksicht, die dem hohen Herrn wie hier überhaupt den denkbar besten Eindruck machen würde. Ich halte, wie gesagt, die Sache für eminent wichtig und möchte eine Fürsprache Ew. Exz. in diesem Sinne lebhaft befürworten. Bei der vielfach herrschenden preußenfeindlichen Stimmung, welche die Regierung stets in loyalster Weise bekämpft, würde Freiherr v. Marschall besonders glücklich sein, wenn er in der Kammer und in den Kommissionen des Landtages auf solches rücksichtsvolle Entgegenkommen Preußens hinweisen könnte. Im Grunde ist es ja nicht meines Amtes, badische Wünsche zu vertreten, aber die preußisch-badische Militärkonvention[1], um die es sich hier handelt, bildete für unsere Beziehungen hier stets ein etwas heikles Thema, ich mußte den damit zusammenhängenden Vorgängen Beachtung schenken, weil ich sah, daß man in diesem Punkte hier sehr empfindlich war. Ich meine sogar, daß der hochselige Großherzog die Konvention kaum abgeschlossen hätte, wenn er hätte ahnen können, daß sie so wenige Nachahmung finden werde. Der jetzige regierende Herr denkt offenbar ähnlich darüber wie sein Vater, ich halte deshalb eine möglichst rücksichtsvolle, die badischen Rechte in weitester Weise achtende Anwendung der Bestimmungen der Konvention für dringend erwünscht.

Im vorliegenden Falle wurde S. K. H. der bevorstehende Garnisonwechsel vom Herrn Kriegsminister ohne vorherige Anfrage angezeigt, das hat den Großherzog anscheinend schon recht peinlich berührt, er glaubte aber auch, nach Artikel 4 der Militärkonvention die Verlegung eines badischen Regiments nach Rastatt erwarten zu dürfen, nachdem Rastatt nicht mehr Festung ist, mithin die Ausnahmebestimmung des Artikel 4 als hinfällig betrachtet werden kann. Ew. Exz. wollen diese private Behelligung verzeihen, ich bin schließlich dazu da, um nach Möglichkeit Verstimmungen zu verhüten und Trübungen der guten Beziehungen vorzubeugen. Die Angelegenheit scheint mir auch beinahe wichtiger als alle früheren kleinen Differenzen, zu deren Glättung ich im Laufe meiner langen Amtstätigkeit beitragen konnte.

Nachschrift. Soeben erhalte ich den hohen Erlaß Nr. 1016[2], glaube aber, diesen Brief dennoch absenden zu sollen, auch wenn er kaum noch nützen kann. Den mir erteilten Weisungen werde ich mich bemühen nachzukommen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 41 Bd. 1, eig. Ausf.

[1] Militärkonvention zwischen dem Norddeutschen Bund und dem Großherzogtum Baden vom 25. Nov. 1870 (Gedr. *Huber* II Nr. 226).

[2] Staatssekretär Schoen teilte Eisendecher am 4. Dez. 1909 vertraulich mit, daß Kriegsminister v. Heeringen die Nichtbenachrichtigung der bad. Regierung „von dem geplanten Garnisonwechsel ferner als ein unter seinem Amtsvorgänger untergelaufenes Versehen bedauert, es aber als ausgeschlossen ansieht, die Zustimmung S. M. des Kaisers zu einer nachträglichen Änderung der Ordre zu erlangen". Auch erkenne v. Heeringen „eine Verpflichtung der preußischen Heeresverwal-

tung" zur Benachrichtigung der bad. Regierung über beabsichtigte „Veränderungen in der Dislozierung preußischer Regimenter" ebensowenig an wie den Anspruch der bad. Regierung „auf Verlegung eines badischen Regiments nach Rastatt anstelle des dort zur Zeit garnisonierten preußischen Regiments". Nachforschungen in den Akten der Militärkonvention von 1870 konnten die Auffassung nicht bestätigen, „daß der in dem Schlußsatz des Art. 4 enthaltene Vorbehalt nicht die Festung, sondern ganz allgemein die Garnison Rastatt im Auge hatte". Daher „empfiehlt es sich, auf eine weitere Behandlung der Angelegenheit [...] zu verzichten" und sie durch gütliches Einvernehmen zu lösen. Überdies fehle zur „formellen Austragung der Rechtsfrage" eine kompetente Instanz, „da die Zuständigkeit des Bundesrechts in Gewißheit der Reichsverfassung aus verschiedenen Gründen zweifelhaft erscheinen muß. Schließlich" würde es im In- und Ausland einen „unerwünschten und den allgemeinen politischen Interessen des Reichs abträglichen Eindruck" hervorrufen, „wenn es nicht gelingen sollte, die zwischen den beiden Bundesstaaten schwebenden Streitfragen einem freundschaftlichen Ausgleich zuzuführen". Der Reichskanzler beauftragt Sie, „durch Einwirkung auf die in Betracht kommenden Stellen die Großherzogliche Regierung zum Aufgeben ihres bisherigen Standpunktes zu bewegen" (Ebd., masch. Konz.).

1140. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 8. Dezember 1909

Vertraulich! Daß der ohne vorherige Benachrichtigung angeordnete Garnisontausch der Infanterieregimenter Nr. 25 und 40 – Aachen-Rastatt –, welchen der hohe Erlaß des Herrn Staatssekretärs Nr. 1016 vom 4. d. Mts.[1] behandelt, hier sowohl bei S. K. H. dem Großherzoge wie bei der badischen Regierung ernste Bedenken erregte, habe ich erst kürzlich durch eine vertrauliche Mitteilung des Freiherrn v. Marschall erfahren.[2] Die dieserhalb erfolgten Demarchen der Großherzoglichen Regierung sind streng sekretiert worden. Ich bedauere das, denn bei früherer Kenntnis des Vorganges hätte ich zeitig und amtlich über die Sachlage berichten können, wenngleich es sich dabei um badische Wünsche handelte, die zu vertreten kaum meines Amtes war. Immerhin glaubte ich, Ew. Exz. wenigstens in privater Form sofort meine Eindrücke melden zu sollen, nachdem der Minister mich orientiert hatte.[3]

Der mir erteilten Weisung[4] gemäß habe ich gestern Herrn v. Marschall während einer ersten vertraulichen Rücksprache Ew. Exz. Aufzeichnung[5] übergeben und den dringenden Wunsch ausgesprochen, daß es möglich sein werde, die entstandene Meinungsverschiedenheit in gütlicher, befriedigender Weise beizulegen. Der Minister bekundete in lebhaftestem Tone den gleichen Wunsch, meinte aber, es werde nicht leicht sein, den gnädigsten Landesherrn, der sich tatsächlich verletzt fühle, mit der angeordneten Dislokation auszusöhnen. Die Herbeiführung einer rechtlichen Entscheidung erklärte Herr v. Marschall in Übereinstimmung mit meinen Ausführungen für schwierig und wenn irgend tunlich zu vermeiden, namentlich hielt er unbedingt einen Appell an den Bundesrat für durchaus unerwünscht, auch schon deshalb für ausgeschlossen, weil dessen Zuständigkeit bezweifelt werden müsse.

Ew. Exz. Memorandum ist gleich gestern S. K. H. dem Großherzoge von Herrn v. Marschall vorgetragen und auch zur Kenntnis des Staatsministeriums gebracht worden; über die Aufnahme, die diese Darlegungen bei S. K. H. gefunden haben, hörte ich noch nichts, der Minister schreibt mir aber privatim soeben wörtlich folgendes:

„Heute wurde der Minister Freiherr v. Bodman in einer Kommissionssitzung der Zweiten Kammer von dem Abgeordneten für Rastatt, Herrn Vogel[6], privatim befragt, ob

ihm bekannt sei, daß das 25. Regiment durch das Hohenzollernsche Füsilierregiment Nr. 40 werde ersetzt werden. In Rastatt selbst lege man den größten Wert darauf, daß anstelle des 25. Regiments das 112. badische Regiment, das aus unmittelbarer Nähe sich rekrutiere, nach Rastatt verlegt werde. Es scheint eine Petition an die Kammer beabsichtigt zu sein. Darnach ist die Angelegenheit, so sekret sie auch bei uns behandelt wurde, doch transpiriert. Es ist das nicht zu verwundern, da die Offiziere und Militärbeamten des 25. Regiments beauftragt worden sind, ihre Wohnungen auf 1. April k. J. zu kündigen. Auch wird wohl ein gleicher Befehl an das 40. Regiment nach Aachen ergangen sein. Auch der Redakteur des „Rastatter Tageblatts" hat heute schriftlich bei meinem Ministerium angefragt, wie sich die Sache verhalte. Ich werde natürlich antworten, daß ich nicht in der Lage sei, bestimmte Auskunft zu geben. Immerhin muß ich besorgen, daß die Angelegenheit in der Kammer zu unliebsamen Erörterungen Anlaß geben wird, die ich für alle Teile gern erspart gesehen hätte. Die Stellung der Regierung wird dabei keine leichte sein. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn noch ein Ausweg gefunden würde, denn wir müssen unter diesen Umständen die Sache weiterverfolgen".

Ich habe jetzt die Empfindung, daß es gut sein wird, mit weiteren Einwirkungen von meiner Seite einige Tage zu warten, auch nur dann vielleicht die Sache direkt bei S. K. H. dem Großherzoge zu erwähnen, wenn sich sonstwie die Gelegenheit einer Begegnung bietet. Fragen, welche wie im vorliegenden Falle die Militärkonvention betreffen, erwekken hier nach meiner Erfahrung stets peinliche Gefühle, man ist in diesem Punkte äußerst empfindlich, nicht nur an höchster Stelle. Es scheint mir deshalb politisch in hohem Grade erwünscht, unsererseits größtmögliche Rücksicht walten zu lassen bei Anwendung der vereinbarten Bestimmungen.

Es läßt sich nicht leugnen, daß auf der ganzen linken Seite der Kammer, teilweise wohl auch im Zentrum, Preußen sich geringer Zuneigung erfreut, vermeintliche Eisenbahnübergriffe, die Schiffahrtsabgaben, das preußische Wahlrecht und das sogenannte Junkertum reizen dauernd die radikalen Partikularisten zu unberechtigten Angriffen, ihnen würde eine öffentliche Erörterung des Rastatter Falles sehr gelegen kommen zur Inszenierung eines erneuten Entrüstungssturmes gegen preußische „Vergewaltigung".[a]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 41 Bd. 1, Ausf.; Marg.: „Immediatbericht 12./12."

[a] Randnotiz Schoens: „10./12. Gen. v. Heeringen hat mich vertraulich einen Brief des Generaladjutanten des Großherzogs von Baden, Gen. Dürr, lesen lassen, aus dem hervorgeht, daß der Großherzog sich in der Sache inzwischen brieflich an S. M. den Kaiser gewandt hat. Gen. Dürr spricht im übrigen die persönliche Meinung aus, daß man in Baden die Sache nicht auf die Spitze zu treiben wünsche".

[1] Nr. 1139 Anm. 2.

[2] Bethmann Hollweg berichtete Schoen am 1. Dez. 1909: Marschall „tat ziemlich erregt und meinte, daß S. K. H. der Großherzog sich persönlich verletzt fühle u[nd] einen sehr entschiedenen Standpunkt in der Sache einnehme" (Ebd., Abschrift).

[3] Nr. 1139.

[4] Am 7. Dez. 1909 telegraphierte Bethmann Hollweg an Eisendecher, er glaube „kaum, daß S. M. zu anderer Entscheidung zu bestimmen sein wird. Bitte indessen Verhandlungen sehr vorsichtig und so zu führen, daß nicht etwa ein negatives Resultat zum fait accompli gemacht wird. Vielmehr würde ich, wenn Scheitern der Verhandlungen nach dem Ergebnis Ihrer Vorbesprechungen dringend zu befürchten ist, zuvor um Ihren erneuten Bericht bitten" (Ebd., Abschrift; Marg.: „Tel. Amt 7./12. Berlin 9.35 nachmittags").

[5] In einer Aufzeichnung, die Schoen am 4. Dez. 1909 gleichzeitig Eisendecher und dem bad.

Gesandtschaftsattaché Nieser zustellte, wurde die Ansicht des preuß. Kriegsministers wiederholt, „daß der in Artikel 4 der Militärkonvention vom 25. November 1870 gemachte Vorbehalt nicht die Festung Rastatt im Auge hatte". Mit Rücksicht auf die politische Zweckmäßigkeit und die Sicherheit der bestehenden Staatsverträge solle die bad. Regierung ihren Standpunkt aufgeben, zumal sie in Zukunft „von etwa beabsichtigten Wechseln in den innerhalb des Großherzogtums gelegenen Garnisonen" durch den Kriegsminister unterrichtet werde. Auch sei „eine Änderung in der Zusammensetzung der nahe der Grenzen stehenden und mit den dortigen Verhältnissen vertrauten Truppen aus militärischen Gründen unerwünscht", da „in dem aus politischen und militärischen Gründen in erster Linie einer überraschenden französischen Offensive ausgesetzen Oberelsaß möglichst zahlreiche Truppenteile sich befänden, die ihre Ergänzungsmannschaften im Mobilmachungsfalle aus nahe gelegenen Bezirken bekommen. Dies könne bei den preußischen Truppen in den Reichslanden [...] niemals der Fall sein" (Ebd., masch. Konz.).

[6] Vogel, Karl Dr. (1863–1931), Rechtsanwalt in Rastatt, 1894–1922 Stadtrat, seit 1898 Kreisabgeordneter, Dem./FVP, MdL 1909–1912, 1918–1922 Vorsitzender des Mieteinigungsamts (Frdl. Auskunft d. StadtA Rastatt).

1141. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 12. Dezember 1909

Ganz vertraulich. S. G. H. der Prinz Max von Baden hat gestern, I. K. H. die Großherzogin Luise heute hier in der Gesandtschaft eingehend mit mir über die Stromabgabenfrage[1] und die Garnisonangelegenheit[2] in Rastatt ganz vertraulich gesprochen. Tante und Neffe stehen naturgemäß in beiden Fragen sachlich auf dem badischen Standpunkt, bedauern aber aufs schmerzlichste die namentlich durch die Art der Übergabe und die Veröffentlichung der sächsisch-badischen Denkschrift[3] hervorgerufene Verschärfung der Gegensätze. Die Herrschaften halten beide den Schlußsatz dieser Schrift für zu scharf und wohl geeignet, Ew. Exz. wie in Preußen überhaupt peinlich zu berühren. Mit solchen Anklagen, auch wenn sie nur konditionell als mögliche Folgen der vom Gegner angestrebten Ziele zum Ausdruck gebracht werden, überschreite man ihres Erachtens in der Tat wohl die Grenzen erlaubter sachlicher Kritik. Die fast feierliche Übergabe an Ew. Exz. und die unmittelbare Veröffentlichung der Schrift, des Schlußpassus sogar durch den Telegraphen, hätte nach übereinstimmender Ansicht der Großherzogin und des Prinzen unbedingt unterbleiben sollen. Schon die Rücksicht auf die Ew. Exz. gerade bevorstehenden ungemein schwierigen Reichstagsaufgaben hätte ein solches Verfahren ausschließen müssen. Ging die Denkschrift an den Bundesrat, so konnte eine Publikation in diesem Wortlaut vielleicht noch verhindert, zunächst wenigstens der durchaus schädlichen Preßkampagnen vorgebeugt werden.

Prinz Max meinte noch, daß die Wahl des Geheimrat[s] Peters als Anwalt der preußischen Wünsche nicht glücklich gewesen sei, er solle sich unter anderem einem Vertreter der thüringischen Staaten gegenüber wenig freundlich und fast drohend ausgesprochen haben.

In höchst unverdienten gnädigen Worten bekundete die Großherzogin mir höchstihr besonderes Vertrauen bei diesem Anlaß und hob hervor, daß ich die Verhältnisse lange genau kenne und gewiß dazu beitragen werde, den unheilvollen Zwiespalt in friedlichere Bahnen zu lenken. Die hohe Frau erinnerte daran, daß, wie ich wisse, die Abgabenfrage den hochseligen Großherzog stets lebhaft beschäftigt habe, es sei immer sein Wunsch gewesen, auch noch beim letzten kaiserlichen Besuch mit S. M. dem Kaiser darüber zu

sprechen, eine solche Aussprache hätte sich aber leider nicht mehr herbeiführen lassen. Für ihren verewigten Gemahl sei auch die Militärkonvention immer ein Thema sorglicher Erwägung gewesen. Unzweifelhaft habe er unter manchem Opfer dem Gesamtwohl des neuen Reiches mit dem Abschluß der Konvention dienen wollen und dabei erwartet, daß man ihm gegenüber bei Anwendung der Abmachungen alle Rücksicht walten lasse und erfüllungsmöglichen Wünschen entgegenkomme. Gegenwärtig biete sich nun eine Gelegenheit, einem badischen Wunsche, der auch ihrem Herrn Sohne sehr am Herzen liege, Rechnung zu tragen, sie, die Großherzogin, hoffe immer noch, daß es tunlich sein werde, das alte Rastatter Regiment wieder dort einziehen zu lassen, ganz abgesehen von der Rechtsfrage, die sich in bezug auf den Artikel 4 der Konvention ergeben habe. Sie sehe freilich ein, wie der unglückliche Abgabenzwist auch hierbei vielleicht ungünstigen Einfluß üben werde.

Ew. Exz. bitte ich, diesen Bericht geneigtest streng vertraulich behandeln zu wollen; ich habe eigentlich die Empfindung, daß ich ihn nur in privater Form hätte erstatten sollen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 41 Bd. 1, Ausf.

[1] Gegen den am 17. Febr. 1909 im Bundesrat eingebrachten preuß. Gesetzentwurf zur Erhebung von Schiffahrtsabgaben für die Benutzung regulierter Flüsse (Gedr. Reichsanzeiger, Nr. 62 vom 13. März 1909) wandten sich die bad. (22. April 1909) und die sächs. Regierung (30. April) und beantragten, „die Beratung des Entwurfs auszusetzen, bis von Preußen eine wirtschaftlich-finanzielle Begründung vorgelegt und von den einzelnen Regierungen geprüft sein werde" (Denkschrift Sachsens und Badens zur Bundesratsdrucksache Nr. 27, betr. die Einführung von Schiffahrtsabgaben S. 1). Eine im Nov. 1909 an die Bundesstaaten gerichtete preuß. Denkschrift (Gedr. Reichsanzeiger, Nr. 281 vom 29. Nov. 1909) wurde nicht als befriedigend angesehen.

Am 9. Dez. 1909 teilte Bethmann Hollweg Eisendecher mit, daß er am Vortag von dem sächs. und bad. Gesandten eine gegen den preuß. Bundesratsantrag auf Einführung von Schiffahrtsgebühren gerichtete Denkschrift erhalten habe. Diese schloß mit der ernsten Sorge der Regierungen Sachsens und Badens, „daß die Bestimmungen der Vorlage weite Kreise Deutschlands wirtschaftlich schädigen, den föderativen Charakter des Reiches antasten, die Eintracht unter den deutschen Bundesstaaten stören und das Vertrauen in die Unverbrüchlichkeit der Verfassung erschüttern würden". Der Reichskanzler nannte dies „Angriffe der allerschärfsten Art", die „das Maß sachlicher Kritik überschreiten". Wenn er solche Vorwürfe hätte vermuten können, hätte er „Bedenken tragen müssen, die Denkschrift persönlich entgegenzunehmen". Auch durch die unmittelbare Veröffentlichung seien die preuß. Regierung und er „peinlich berührt worden", dies bitte er der bad. Regierung sofort zur Kenntnis zu geben (GLA 60/1225, masch. Abschrift).

[2] Nr. 1139, 1140.

[3] Gedr. Beilage zur Karlsruher Zeitung, Nr. 337 vom 9. Dez. 1909.

1142. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 16. Dezember 1909

Der ehemalige badische Eisenbahnbeamte, zuletzt als solcher Delegierter bei der preußisch-hessischen Eisenbahndirektion in Mainz, Regierungsrat a. D. Endres[1], agitiert seit einiger Zeit in Wort und Schrift für eine deutsche Eisenbahngemeinschaft auf föderativer Grundlage.

Nachdem schon verschiedene Blätter seine Tätigkeit ab und zu erwähnten, bringt

nunmehr das hiesige Hauptorgan der Demokraten einen P. A. Stanger unterzeichneten Leitartikel, der sich gegen die Endresschen Vorschläge ausspricht und die Gelegenheit zu den gehässigsten Angriffen gegen Preußen benützt. Gleich in den ersten Sätzen beschuldigt er Preußen eines versuchten Bruches der Reichsverfassung, spricht von der Auslieferung der badischen Bahnen an das preußische reaktionäre Junkertum und nennt die aus dem preußischen Dreiklassenwahlrecht hervorgegangene Regierung (sic) in ihrer Grundtendenz verkehrsfeindlich. Am Schlusse wird gesagt, es würde besser um Baden stehen, wenn die Regierung schon vor dreißig Jahren eine so geharnischte Denkschrift wie in Sachen der Stromabgaben[2] gegen die illoyale Verkehrspolitik Preußens gerichtet hätte.

Ich beehre mich, den Artikel[3] hierneben gehorsamst vorzulegen und dabei zu bemerken, daß es vielleicht ganz nützlich sein möchte, gelegentlich dem Unfehlbarkeitsdünkel solcher Preußenhasser unsererseits einen kleinen Dämpfer aufzusetzen.

Gerade die badische Eisenbahnpolitik der letzten Jahre kann man nicht gerade als besonders liebenswürdig gegenüber Preußen bezeichnen, und leider trifft, wenn gewiß auch ohne Absicht seinerseits, meinen Freund Herrn v. Brauer dabei die Hauptschuld, er war und ist deshalb der populäre Mann der preußenfeindlichen Eisenbahnpolitiker. Das vielgepriesene und jetzt wieder geforderte Kilometerheft und der Zweipfennigtarif für die dritte Klasse bildeten Mittel zu einer recht erfolgreichen badischen Konkurrenz mit unseren oder den reichsländischen Bahnen. Auch die vielen großen Bahnhofsbauten, die wesentlich das hohe Defizit im Eisenbahnbudget herbeiführen, sind zum großen Teil noch Herrn v. Brauers Werk, insbesondere die ganz verkehrte und unverständliche Verlegung des hiesigen zentralen Bahnhofs an die alleräußerste Grenze der Stadt, sie war auf 16 Millionen Mark veranschlagt und soll sich jetzt auf 35 Millionen stellen. Das mag übertrieben sein, aber jedenfalls wird der Voranschlag enorm überschritten. Dazu kommen die ebenfalls sehr kostspieligen Bahnhofsanlagen in Basel, Offenburg, Mannheim und demnächst Heidelberg. Wenn Fanatiker, wie der Artikelschreiber, Preußens vermeintlich illoyale Haltung für Mindereinnahmen und Defizit verantwortlich machen, so sollten sie zunächst einmal gründlich an der eigenen Türe kehren.

Freiherr v. Marschall ist als Nachfolger Herrn v. Brauers in einer schwierigen Lage, er sieht sehr klar in diesen Dingen und verurteilt aufs schärfste die Maßlosigkeit derartiger Kritik. Den Herren Volksvertretern in der Kammer wird der Minister darüber keinen Zweifel lassen. Beiläufig beantragen Zentrum und Konservative in der Kammer jetzt ein Tadelsvotum gegen die Regierung, da sie nicht den Wünschen des Hauses bezüglich neuer Bahnlinien entsprochen habe.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 99 Bd. 9, Ausf.; Marg.: „24./12. R. A. d. Innern, Arbeitsmin."

[1] Endres, Johann (1857–1929), seit 1883 im bad. Eisenbahndienst, 1898 Oberbuchhalter, 1908 Rechnungsrat, zugleich bad. Delegierter bei der preuß.-hess. Eisenbahndirektion in Mainz (AV; PA-GLA).

[2] Vgl. Nr. 1141 Anm. 3.

[3] Bad. Landesbote, Nr. 194 vom 16. Dez. 1909.

1143. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 17. Dezember 1909

Zentrum und Nationalliberale fahren fort, sich hier heftig zu befehden; kaum ein Tag vergeht ohne gegenseitige gehässige Anklagen in der Presse, sie bilden den Hauptstoff für die Parteiorgane zur hämischen Freude der Sozialistenblätter. In der Kammer traten die Gegensätze bisher nicht besonders hervor, weil meist über unverfängliche Dinge verhandelt wurde. Nur in der Budgetkommission geriet man wegen des Biersteuergesetzentwurfes[1] ziemlich ernst aneinander. Die Regierung wünschte mit den Liberalen dringend, dieses Gesetz – eine Folge der Finanzreform – mit Beginn des nächsten Jahres in Kraft zu setzen, fand aber beim Zentrum Widerstand, das weitere Erhebungen verlangte und eine Vertagung der Abstimmung bis nach dem Fest durchsetzte. Herr v. Bodman bezeichnet das Verhalten des Zentrums als verärgerte Obstruktion. Die Verschleppung bedeutet angeblich einen Einnahmeausfall von etwa einer Million. Ein Teil der Sozialdemokraten war bereit, für das Gesetz zu stimmen; die Mehrheit der Genossen ging indessen mit dem Zentrum aus prinzipieller Gegnerschaft gegen jede indirekte Besteuerung.

Im Plenum der Kammer wurde am 13. d. Mts.[2] unter lebhafter Beteiligung der Sozialdemokraten, aber im ganzen rein sachlich und ruhig, über die Entschädigung der Tabakarbeiter verhandelt. Ein einstimmig angenommener Beschluß fordert die Regierung auf, beim Bundesrat eine Erhöhung des vom Reiche überwiesenen Unterstützungsfonds zu beantragen, falls dieser nicht ausreichen sollte. Laut Beschluß des Seniorenkonvents soll die Budgetdebatte am 11. Januar beginnen; womöglich will man dabei den größeren Fraktionen nur zwei, den kleineren nur einen Redner zubilligen. Wegen Besetzung der Kommissionen und Referate herrscht einiger Zwist, namentlich das Zentrum ist unzufrieden und wirft den Nationalliberalen ungerechte Großblockbegünstigung vor. Der sozialdemokratische Vizepräsident des Hauses, Herr Geiß, hat die Dienstwohnung im Ständegebäude bezogen. Er gehört wie Kolb und Dr. Frank der Gruppe der Revisionisten an, die etwa 7 bis 8 entschiedene Anhänger zählt. Einzelne weitere Mitglieder der Fraktion stehen auf einem ähnlichen Standpunkt, verraten aber mehr Respekt vor der Zentralleitung in Berlin. Angeblich haben 7 Genossen von den 20 für Teilnahme an der Eröffnungsfeier des Landtages und an dem Empfange im Schloß gestimmt. Der Mannheimer Dr. Frank – jüdischen Ursprungs – gilt als eminent gewandter Redner und Hauptstütze der Fraktion. Kolb findet als ehrlicher Charakter und fleißiger Selfmademan auch bei den Gegnern Anerkennung. Gelegentlich eines Vortrages des Professor[s] v. Schulze-Gaevernitz[3] im hiesigen Arbeiterdiskussionsklub über Marx und Kant soll er neulich das bekannte Wort des Faustschülers zitiert haben „Mir wird von alledem so dumm etc." Auch der in der Residenz gewählte Arbeitersekretär Willi genießt den Ruf eines klugen, praktischen Mannes. Die Wahlniederlage seines Vorgängers im Hause, des fanatischen Eisenbahnreformers und preußenfeindlichen Rechtsanwalt[s] Frühauf, wird man daher vielleicht verschmerzen können.

Die gesamte liberale Presse macht gegenwärtig stark in Preußenhaß, wozu die Stromabgabenfrage erneuten willkommenen Anlaß bietet. Zentrum und Konservative bleiben dieser Hetze gegenüber vorläufig vorsichtig und reserviert. Der einzige herzhafte Verteidiger Preußens hier, Dr. Ammon, nationalliberaler Korrespondent des „Schwäbischen Merkur", wird natürlich auf das heftigste angegriffen, er nimmt das mit großer Gelassen-

heit hin und sagt den Schreiern witzig und fein die Wahrheit. Nur in seiner Kritik der badischen Regierung ist er meines Erachtens oft erheblich zu scharf, sie hat zur Zeit keinen leichten Stand und verdient alle Rücksicht. Jüngst wurde der Redakteur der Mannheimer sozialdemokratischen „Volksstimme" zu einer Strafe von 25 Mark verurteilt, weil er einen Artikel gegen Dr. Ammon „Der Schuhputzer Preußens" überschrieben hatte.

Heute und eventuell morgen soll in der Kammer die Interpellation betreffend die Schiffahrtsabgaben zur Besprechung kommen.[4] Freiherr v. Bodman wird als Ressortminister namens der Regierung eine Erklärung abgeben, die, wie ich vertraulich höre, auf ausdrücklichen Wunsch des Landesherrn so sachlich und maßvoll als möglich gehalten sein soll. Herr v. Marschall will der Beratung fernbleiben, bei der es ohne einige Erregung kaum abgehen dürfte.

Der Minister meint, nach seinen bisherigen Eindrücken werde mit der neuen Kammer sehr schwer vernünftige Arbeit zu leisten sein, das danke man dem direkten Wahlrecht und dem Hader und der politischen Unreife der bürgerlichen Parteien, insbesondere der Haltung der Nationalliberalen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 12, eig. Ausf.; Marg.: „mtg. 22./12. R. A. d. Inn., R. Justizamt, Arbeitsmin., Min. d. Inn."

[1] Gesetzentwurf, die Abänderung des Biersteuergesetzes betr. (2. Beilageheft 1909/10 S. 389ff. – Drucksache Nr. 37).

[2] 9. Sitzung II. Kammer vom 13. Dez. 1909.

[3] Schulze-Gaevernitz, Gerhart v. (1864–1943), Nationalökonom, 1893 Privatdozent in Leipzig, 1893 o. Professor in Freiburg, seit 1896 im Nationalsozialen Verein Naumanns, FVP/DDP, MdR 1912–1918, 1920–1922.

[4] Am 17. Dez. 1909 (11. Sitzung II. Kammer, in: Amtliche Berichte, Nr. 14 vom 18. Dez. 1909) erwiderte Bodman auf die nationalliberale Interpellation: „Für uns in Baden als Oberlieger am Rheinstrom würde die Einführung der Abgaben eine ungleiche und unbillige Vorbelastung unseres Erwerbslebens zugunsten der Unterlieger bewirken. Die Bestimmungen über die Zweckverbände aber und insbesondere über die Zwangsbefugnisse des Bundesrats gefährden die verfassungsrechtliche Selbständigkeit und die Finanzhoheit der Bundesstaaten. Die Großh[erzogliche] Regierung ist deshalb zu ihrem Bedauern nicht in der Lage, dem Antrag der ihr befreundeten Königlich Preußischen Regierung zuzustimmen" (GLA 60/1225, masch. Konz.).

1144. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 28. Dezember 1909

Vertraulich! Ew. Exz. beehre ich mich, für die vertrauliche Mitteilung der Antwort S. M. des Kaisers und Königs an S. K. H. den Großherzog in Sachen des Rastatter Regimentswechsels gehorsamst zu danken.[1]

Wie ich vom Generaladjutanten General Dürr schon vor einigen Tagen hörte, hat das Allerhöchste Schreiben dem erlauchten Empfänger einen durchaus günstigen Eindruck gemacht, der Großherzog bedauert zwar, daß seinen Wünschen nicht entsprochen werden konnte, ist aber genug Soldat, um die von S. M. sehr gütigerweise eingehend dargelegten militärischen Rücksichten als berechtigt anzuerkennen. S. K. H. scheint in rein sachlicher Beziehung nach wie vor die Ansicht zu hegen, daß man in diesem Falle

eine Anfrage oder wenigstens frühzeitige Anzeige hier doch hätte erwarten dürfen, auch wenn der Artikel 4 der Militärkonvention vielleicht dieserhalb einen Zweifel lasse; jedenfalls betrachtet der hohe Herr wie auch die Großherzogliche Regierung die Angelegenheit nunmehr als abgeschlossen und erledigt und, sofern in der Kammer noch eine Interpellation bevorstehen sollte, wird von seiten der Regierung der Standpunkt vertreten werden, daß die früher schon von dem Herrn Kriegsminister für den Wechsel der beiden Regimenter geltend gemachten Gründe als zutreffend gelten müssen. Man wird selbstverständlich dabei die größte Vorsicht und Reserve beobachten und vornehmlich auf den erleichterten Ersatz hinweisen.

Zu meiner Überraschung sagt mir der Kommandierende General[2], daß er von dem beabsichtigten Tausch der beiden Regimenter erst sehr spät in Kenntnis gesetzt worden sei, daß er sonst eine Berücksichtigung der badischen Wünsche dringlichst befürwortet haben würde. Freiherr v. Huene hält überhaupt größtmögliches Entgegenkommen bei Maßnahmen, welche die Militärkonvention betreffen, für besonders erwünscht, eine Auffassung, die ich teile, wie Ew. Exz. wissen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 41 Bd. 1, Ausf.; Marg.: „mtg. 4./1. Kriegsmin."

[1] Am 25. Dez. 1909 erhielt Eisendecher die Abschrift der Mitteilung des Kaisers an den Großherzog vom 21. Dez. 1909. Darin begründete der Kaiser seinen Entschluß mit „wichtige[n] vaterländische[n] Interessen auf dem Gebiete der Politik und der Kriegsbereitschaft" [Vgl. Nr. 1140 Anm. 5] (Ebd., masch. Abschrift).

[2] Ernst Wilhelm Karl Maria Freiherr v. Hoiningen, gen. Huene.

1145. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 30. Dezember 1909

Die badischen Volksvertreter sind am 20. d. Mts. in die Ferien gegangen und werden am 10. Januar wieder zusammenkommen, um alsdann sofort in die allgemeine Budgetdebatte einzutreten. Der Finanzminister hofft sehr, den Etat vor der Kammer vertreten zu können, einstweilen ist er infolge seines schmerzhaften Armleidens noch fast arbeitsunfähig, zeitweise sogar gezwungen, im Bett zu bleiben. Ab und zu tauchen in den Zeitungen Gerüchte über seinen wie auch Freiherrn v. Marschalls demnächstigen Rücktritt auf, die aber nach meinen Informationen vorläufig nicht zutreffen.

Bisher wurden in der Kammer erregte Zusammenstöße der gegnerischen Parteien oder ernste Angriffe auf die Regierung vermieden, ausbleiben werden sie nicht, aber einstweilen waren die verhandelten Themata dem Frieden noch günstig. Im weiteren Sinne beachtenswerte Gesetzentwürfe fanden noch keine Erledigung. Die Verschleppung der zu erhöhenden Biersteuer durch das verärgerte Zentrum erlaubte ich mir schon zu melden.[1] Die Änderung des Gemeindewahlrechts wird vermutlich zu erbitterten Kämpfen führen. Ebenso dürfte die schwer zu vermeidende Revision des neuen Gehaltstarifs starke Erregung hervorrufen.

Die größten Schwierigkeiten wird Freiherr v. Marschall beim Eisenbahnetat zu überwinden haben, es handelt sich dabei wesentlich um Maßnahmen, für die sein Vorgänger im Amte die Verantwortung trägt und deren Vertretung ihm nun obliegt.

Die Budgetkommission arbeitete fleißig und bewältigte in erster Lesung das gesamte

Budget mit Ausnahme der Badeanstalten und der Eisenbahnen. Da im Hause Mangel ist an geeigneten Berichterstattern, will man die schriftlichen Kommissionsberichte möglichst einschränken. Anstelle der Tagesdiäten soll für die Abgeordneten ein Pauschalbetrag eingeführt werden, von dem Abzüge gemacht werden können, wenn das betreffende Kammermitglied ohne Entschuldigung in der Sitzung fehlt.

Im ganzen bieten die Parteiverhältnisse wenig Aussicht auf gedeihliche gesetzgeberische Tätigkeit. Das Land krankt förmlich an dem fanatischen Krieg zwischen Nationalliberalen und Zentrum, der eine wirksame Bekämpfung der Sozialdemokratie um so mehr hindert, als eigentlich der ganze[a] Liberalismus den Großblockideen huldigt. Besonders die Jungliberalen neigen dieser Richtung zu, und entschieden rechtsstehende prominente Nationalliberale gibt es überhaupt kaum. Freisinn, Nationalsoziale und Demokraten verhandeln über eine Fusion, wie sie auch anderweit geplant ist, die tatsächliche Einigung dürfte indessen noch etwas auf sich warten lassen.[2]

Die Regierung wird der verworrenen Lage gegenüber suchen müssen, von Fall zu Fall eine Mehrheit zu gewinnen, auf das Zentrum kann sie wohl meist rechnen, aber das genügt nicht, und alle übrigen Stimmen bleiben unsicher. Man kann hier jetzt beinahe sagen, was nicht zum Zentrum und seinem bündlerisch-konservativen Anhange gehört, ist demokratisch und – nebenbei preußenfeindlich. Es gab Zeiten, wo auch Herr Wacker durchaus demagogische Tendenzen hervorkehrte, die geheime sozialdemokratische Hilfe gegen die Nationalliberalen nicht verschmähte und gelegentlich scharf gegen die deutsche Vormacht zu Felde zog, aber neuerdings ist der ultramontane Führer vorsichtig und wie gewöhnlich, dank seines wohldisziplinierten Stabes von Geistlichen, geschickter als die Gegner. Mit der Furcht vor dem Jenseits hält der Klerikalismus die Glaubensgenossen auch politisch fest zusammen und bildet so zur Zeit hier das einzige sichere Bollwerk gegen die Sozialdemokratie, ein Zustand, der im Grunde zu beklagen ist, denn die Partei verfolgt zunächst stets eigene Ziele ohne allzuviel Rücksicht auf die Landes- und Reichsinteressen, sie erfreut sich dabei eines sehr weiten Gewissens, ist brutal, tyrannisch und wenig wählerisch in ihren Agitationsmitteln. In der Stromabgabenfrage, die fast die gesamte Presse noch im feindlichen Sinne gegen Preußen beschäftigt, verhält sich das Zentrum nach wie vor abwartend und reserviert.

Große Hoffnungen kann man unter den hier geschilderten Umständen am Schlusse des Jahres auf die zukünftige ersprießliche Entwicklung der Dinge in Baden nicht hegen. Übertreibung, Maßlosigkeit und Leidenschaft bilden betrübende charakteristische Zeichen der Zeit. Der bekannte hiesige Korrespondent des „Schwäbischen Merkur" fährt fort, seinen Landsleuten dieserhalb und wegen ihrer Preußenfeindschaft[b] deutlich die Wahrheit zu sagen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „v. S. M. 3./1., v. S. K. H. 21./2.; mtg. 7./1. Min. d. Inn., R. A. d. Inn."

[a] Randnotiz Wilhelms II.: „!"

[b] Randnotiz Wilhelms II.: „Etwas antiquiert".

[1] Vgl. Nr. 1143.

[2] Entgegen Eisendechers Prognose kam 1910 doch die Einigung der linksliberalen Parteien unter der Bezeichnung „Fortschrittliche Volkspartei" (FVP) zustande (Vgl. Nr. 1165, 1175, 1176).

1146. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 4. Januar 1910

S. K. H. der Großherzog erschien am zweiten Weihnachtsfeiertage mit der Großherzogin zum Tee in der Gesandtschaft. I. K. H. die Großherzogin Luise kommt oft um dieselbe Zeit und spricht dann mit Vorliebe lange und eingehend über politische Dinge maßvoll und mit großem Verständnis. Die hohe Frau war sehr erfreut durch Ew. Exz. Glückwunsch-Telegramm, das ich lesen durfte. Sie nimmt regsten Anteil an allen Vorgängen auf politischem Gebiet und bedauert schmerzlich die durch den Schluß der Stromabgabendenkschrift[1] hervorgerufene Verstimmung Ew. Exz. und der königlichen Regierung. Besonders nachdrücklich tritt sie für eine schleunige Beseitigung des Ärgernisses ein.

Zu heute nachmittag sagten sich die regierenden großherzoglichen Herrschaften wiederum zum Tee an. Der Landesherr pflegt bei diesen Besuchen näherliegende innerpolitische Themata in der Regel zu vermeiden, er hat mit mir bis jetzt weder über die Abgabenfrage noch über den Rastatter Regimentswechsel[2] gesprochen. Von absolut zuverlässiger Seite wird meine früher gemeldete Annahme bestätigt, daß S. K. H. den Inhalt der sächsisch-badischen Denkschrift nicht kannte, als die Veröffentlichung erfolgte, und daß er nunmehr den Schlußpassus und dessen Publikation unbedingt verurteilt.[3]

Am Neujahrstage empfingen mich beide großherzoglichen Herrschaften sowie die Großherzogin Luise in der hier üblichen feierlichen Weise. Der Großherzog brachte dabei mit großer Wärme und Herzlichkeit Höchstseine treueste Gesinnung für Kaiser und Reich und seine innigsten Wünsche für unseren Allergnädigsten Herrn zum Ausdruck. Schließlich setzte der hohe Herr mich einigermaßen in Verlegenheit durch besonders gnädige an mich gerichtete Worte.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 12, Ausf.

[1] Vgl. Nr. 1141 Anm. 1.

[2] Vgl. Nr. 1139, 1140.

[3] Der bayer. Gesandte Moy berichtete am 19. Jan. 1910: „Das seinerzeitige nationalliberale Musterländle Baden zeigt ausgesprochene antipreußische Velleitäten". So „hat doch das Ministerium nur dann die Kammermajorität hinter sich gehabt, als es sich gegen die Schiffahrtsabgaben aussprach. Was den Anschluß Badens an die sächsische Denkschrift anlangt, so ist derselbe ganz auf das Konto des Ministers des Innern Freiherrn v. Bodman zu setzen, indem die Frage als eine Ressortsache betrachtet wurde, so daß weder der Staatsminister noch der Minister des Äußern noch der Großherzog die Denkschrift gelesen hatten" (BayHStA München MA 3068, masch. Ausf.; Marg. Prinz Luitpolds von Bayern: „Gelesen. Berchtesgaden, den 24. Januar 1910").

1147. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 6. Januar 1910

Eine Karlsruher Korrespondenz der Kölnischen Zeitung berichtet zutreffend, daß der hiesige evangelische „Gemeindebote", den der liberale Pfarrer Rohde[1] leitet, freimütig die Trennung von Kirche und Staat befürworte. In dem Organ des evangelischen Gemeinderates wird ausgeführt, daß eine solche Trennung mit der Zeit kommen müsse und daß auch die Stellung des Landesherrn als Summus Episcopus sich nicht halten lasse.

Bisher bewilligte der Landtag für die Besserstellung der Geistlichen beider Kirchen einen erheblichen Staatszuschuß. Auch in der vergangenen Session erfolgte nach längerer Debatte diese Bewilligung bis zum Jahre 1914 gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Linksliberalen, welche für Ablehnung des Zuschusses und für die Trennung von Kirche und Staat eintraten. Es ereignete sich damals der seltene Fall einer Übereinstimmung des Zentrums mit den Nationalliberalen, die zusammen die Staatsdotation durchsetzten.[2]

Das Thema wird voraussichtlich in der gegenwärtigen Tagung anläßlich der unvermeidlichen kirchenpolitischen Erörterungen wieder zur Sprache kommen. Die Großherzogliche Regierung wollte beiläufig schon während des letzten Landtages die Dotation in Wegfall kommen lassen und die notwendige Besserstellung der Geistlichen durch eine erhöhte Kirchensteuer erreichen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 9, Ausf.; Marg.: „mtg. 10./1. R. A. d. Inn., Min. d. Inn., Kultusmin."

[1] Rohde, Franz August Friedrich Adolf (1863–1937), seit 1886 ev. Geistlicher, 1897 Pfarrer in Karlsruhe, 1925 Kirchenrat, 1932 Ruhestand (Frdl. Auskunft d. Landeskirchlichen Archivs Karlsruhe).

[2] Vgl. Nr. 1076; *Thiel* S. 48f.

1148. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 12. Januar 1910

In der gestern begonnenen allgemeinen Budgetdebatte[1] der badischen Zweiten Kammer begrüßte zunächst der Vorsitzende der Budgetkommission das Erscheinen des kranken Finanzministers mit anerkennenden Worten. Er erörterte sodann die ungünstige Finanzlage namentlich der Eisenbahnen, erwähnte die Arbeiten der vorigen Session, mahnte zur Sparsamkeit und empfahl eine Beseitigung gewisser Härten des neuen Gehaltstarifs. Weiter befürwortete er schleunige Bewilligung der Biersteuer, wünschte eine womöglich feste Regelung der finanziellen Beziehungen des Reiches zu den Einzelstaaten und meinte, die abgelehnte Erbschaftssteuer werde mit der Zeit doch kommen müssen. Für Unternehmungen wie die Rheinregulierung trat er für eine Anleihepolitik ein. Dr. Honsell, der gegen ärztlichen Rat und trotz heftiger Schmerzen demnächst die Lage und sein Budget in längerer Rede eingehend besprach, fand im Hause lebhaften Beifall, obgleich er nicht verhehlte, daß die Finanzen sich schlimmer als anfangs erwartet gestaltet hätten und daß die Aussichten für die nahe Zukunft trübe seien. Seines Erachtens müßten unbedingt die Ausgaben und Einnahmen in Einklang gebracht und deshalb größere Opfer gebracht, das heißt mehr Steuern bis zu etwa 14 Millionen erhoben werden. Eine Anlehenspolitik könne er nicht gutheißen. 41.7 Millionen oder 55.3 Prozent des gesamten Staatsaufwandes fordern das Beamtenpersonal, während an direkten Steuern nur 28.3 Millionen eingenommen würden. Der Minister tadelte dann die Unzufriedenheit gewisser Beamtenkategorien, die namentlich von den linkspolitischen Parteien geschürt werde. Wenn ein Beamter, der auf den Landesherrn und die Verfassung seinen Eid geleistet habe, einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgebe, so sei das Gewissenssache. Er stehe auf dem Standpunkt, daß das allgemeine Staatsinteresse maßge-

bend sei, daß gespart werden müsse, auch wenn mancher Beamter damit nicht einverstanden sei.

Nach dem Minister bezeichnete der Zentrumsführer Zehnter unter allseitigem Beifall dessen Rede als hochbedeutsam, indem er zugleich für seine Wiederherstellung wärmste Wünsche zum Ausdruck brachte. Redner befürwortete Sparsamkeit und Vereinfachung der Verwaltung, rügte die Eisenbahnpolitik, das übergroße Baubudget auch bei anderen Bauten, den Personentarif wie die vielfach hervortretende Verärgerung. Er verteidigte die Finanzreform, warnte vor einer süddeutschen Eisenbahngemeinschaft und verbreitete sich dann über die Landtagswahlen, indem er gegen die Nationalliberalen wegen des Großblockbündnisses scharfe Vorwürfe richtete.

Fortsetzung der Beratung soll heute nachmittag erfolgen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „mitg. 17./1. R. A. d. Inn., R. Schatzamt, Fin. Min., Min. d. Inn."

[1] 14.–17. Sitzung II. Kammer vom 11.–14. Jan. 1910.

1149. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 13. Januar 1910

Die bedeutsame Rede des Herrn Finanzministers[1] beim Beginn der allgemeinen Finanzdebatte in der badischen Zweiten Kammer wird hier in der Presse meist sehr anerkennend besprochen, nur das demokratische Organ, der Landesbote, ist weniger befriedigt.

Ich besuchte Herrn Honsell gestern und fand ihn recht ermüdet und angegriffen, aber sehr erfreut über die freundliche Aufnahme, die seine Darlegungen gefunden. Es war seine Absicht gewesen, gegen die Sozialdemokratie noch etwas deutlicher Kritik zu üben, indessen, das hätte seines Erachtens vielleicht aufreizend wirken und wenig nützen können.

In der gestrigen Fortsetzung der Debatte kam zunächst der sozialdemokratische Führer Kolb zu Wort. Er sprach ruhig und sachlich und führte etwa folgendes aus: Die Lage sei nicht so trübe, wie der Minister sie auffasse, Baden habe außer der Eisenbahnschuld keine Staatsschulden, eine Anlehenspolitik könne nur nützlich sein. Freilich müsse gespart werden, aber die Regierung sei zu bürokratisch und reaktionär gefärbt, die gesamte Finanzverwaltung bedürfe einer gründlichen Reorganisation, man müsse praktische Leute, nicht Bürokraten, zu Ministern machen und ein wirklich parlamentarisches System einführen. Baden sei in kultureller Beziehung rückständig, namentlich in betreff der Volksschule. Mehr Bildung sei wertvoller als fortgesetzte Rüstungen. Die enormen Bahnhofsbauten könne man nicht gutheißen, überhaupt habe die Eisenbahnverwaltung schwere Fehler gemacht. Das Reserveleutnantswesen sei verwerflich wie auch die Bevorzugung des Adels in der Diplomatie. Baden brauche keine Gesandtschaften in Berlin und München. Wie habe sich die badische Regierung zur Novemberkrisis[2] gestellt? In der Frage der Finanzreform hätte man nicht nachgeben sollen. Die Erbschaftssteuer müsse kommen.

Redner berührte dann die Arbeitslosenfrage, die Bedeutung der Gewerkschaften, die

badischen Wahlen und das Christentum. Das Zentrum verfolge mit der Religion nur realpolitische Ziele, es habe manchen Sozialdemokraten ins Parlament gebracht lediglich aus Haß gegen die Nationalliberalen. Die Sozialdemokratie wolle einen wirklichen, von feudalen Fesseln befreiten bürgerlichen Rechtsstaat, eine parlamentarische Regierung und Vertrauensmänner des Volkes als Minister.

Nach Kolb sprach der nationalliberale Abgeordnete König[3] und am Schluß der Sitzung der Staatsminister v. Dusch. Ich werde darüber Weiteres berichten.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „mtg. 17./1. R. A. d. Inn., Min. d. Inn., Fin. Min."

[1] Vgl. Nr. 1148. Am 19. Jan. 1910 berichtete der bayer. Gesandte Moy dem bayer. Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußern: „Das bedeutendste Ereignis der bisherigen Plenarversammlungen war eine zweistündige Rede des Finanzministers Dr. Honsell, die wie das politische Testament des Schwererkrankten klang und eine besorgte Warnung vor leichtsinniger Anleihepolitik enthielt" (BayHStA München MA 3068, masch. Ausf.; Marg. Prinz Luitpolds von Bayern: „Gelesen. Berchtesgaden, den 24. Januar 1910").

[2] Daily-Telegraph-Affäre.

[3] König, Friedrich Dr. (1857–1935), Rechtsanwalt in Mannheim, 1896 Vorsitzender des Kreisausschusses, 1898 Stadtverordneter, NL/DDP, MdL 1909–1912, 1919.

1150. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 14. Januar 1910

In vier Sitzungen wurde die allgemeine Finanzdebatte in der badischen Zweiten Kammer heute zu Ende geführt. Das ist erheblich rascher als in den letzten Tagungen. Der Ton blieb sachlich und ruhig, die einzigen Schärfen brachte der Sozialdemokrat Dr. Frank in die Verhandlung. Freiherr v. Marschall sagt mir, die Regierung sei zufrieden, sie habe eine so maßvolle Stimmung kaum erwartet. Nach dem Sozialdemokraten Kolb kam der nationalliberale Mannheimer Rechtsanwalt Dr. König zum Wort. Er sprach verständig und versöhnlich nach allen Seiten, verteidigte seine Partei und die Großblocktaktik, ohne das Zentrum und dessen Anhang zu verletzen, hoffte im Gegenteil auf ein Zusammengehen mit diesen politischen Gegnern in manchen wichtigen Fragen. Gegenüber der Sozialdemokratie waren seine Äußerungen milde und wohlwollend, er rechnete auf ihre positive Mitarbeit zum Wohle des Landes.

Staatsminister Freiherr v. Dusch rechtfertigte demnächst die Haltung der Regierung und besprach das Verhältnis der Parteien untereinander ziemlich eingehend. Insbesondere begründete er als zeitgemäß und opportun die in der „Karlsruher Zeitung" vor den letzten Stichwahlen erschienene offiziöse Kundgebung zugunsten einer Einigung der bürgerlichen Parteien.[1] Er wies dabei auf die sozialdemokratischen Parteitage und Beschlüsse in Leipzig und Nürnberg hin, die die Ziele dieser Partei genugsam klarlegten. Die Regierung sei berechtigt, angesichts solcher Vorgänge an der nützlichen Mitarbeit der Genossen doch einigermaßen zu zweifeln, sie begrüße indessen jede dem Gemeinwohl geltende Unterstützung und verfolge ihre altbewährte liberale und fortschrittliche Politik, von reaktionären Neigungen könne bei ihr keine Rede sein. Die von radikaler Seite geforderte Trennung von Kirche und Staat lehne sie ebenso ab wie die gefürchtete geistliche Schulaufsicht.

Nach dem Minister sprach der Demokrat Muser, der sich namentlich gegen das Zentrum wandte und die Großblockpolitik als notwendig bezeichnete zur Vermeidung einer klerikal-konservativen Mehrheit.

Dann folgte der Minister des Innern, Freiherr v. Bodman, mit beachtenswerten Ausführungen über das Verhalten der Regierung, ihre Stellung zur Sozialdemokratie und zur Reichsfinanzreform. Er sagte unter anderem, ein Beamter, der sozialdemokratische Überzeugungen hege, müsse seinen Abschied nehmen, wer den Eid auf den Großherzog und die Verfassung geleistet habe, könne nicht zugleich Sozialdemokrat sein.

Der konservative Abgeordnete Schmidt (Bretten)[2] sprach über den Nutzen der Schutzzollpolitik, über die Finanzreform, die nötige Sparsamkeit und die Wahlen in ziemlich phrasenhafter, geringes Interesse bietender Rede. Nach ihm verteidigte der Zentrumsführer Fehrenbach die Finanzreform, befürwortete Vorsicht in den Staatsausgaben und warnte vor neuen Schulden. Mit dem Verhalten der „ehrlichen" Regierung erklärte er sich ganz einverstanden, sie sei liberal in gutem Sinne, dagegen sei nichts einzuwenden. Wer auf dem Boden der gegenwärtigen Staatsordnung, der Monarchie und des Christentums stehe, sei willkommen im Rechtsblock. Man könne aber auch mit den Sozialdemokraten zusammenarbeiten, denn seine Partei erkenne diese als gleichberechtigt durchaus an. Die Angriffe des Abgeordneten Muser wies Redner energisch zurück.

Freiherr v. Marschall nahm nur kurz das Wort zur Berichtigung einzelner irrtümlicher Behauptungen der Abgeordneten Kolb und Muser betreffend die Eisenbahnverwaltung, im übrigen behielt er sich vor, bei Beratung des Eisenbahnbudgets näher auf die Wünsche des Hauses einzugehen. Vom Regierungstische erläuterte der Vertreter des Finanzministers, Geheimrat Göller[3], die Finanzlage und den Stand der Eisenbahnschuld mit einigen Zahlen. Nach ihm ergriff der Sozialdemokrat Dr. Frank das Wort zu scharf abfälliger Kritik der Regierung, die den Staatsminister zu kurzer Entgegnung veranlaßte. Am Schluß sprachen noch der Jungliberale Dr. Koch und der Demokrat Dr. Heimburger.

Erfreulicherweise kann man, wie gesagt, mit dem Verlauf der Debatte wohl zufrieden sein; wenn sich das Haus auf dieser Höhe hält, so sind die auch von mir gehegten Befürchtungen einer besonders stürmischen Tagung grundlos. Indessen, es kann schon noch anders kommen. Die Verhandlung gewährt meines Erachtens doch so allgemeines Interesse, daß ich nicht verfehlen werde, den amtlichen Bericht in extenso vorzulegen, sobald er ganz im Druck erscheint; insbesondere scheinen mir die Ausführungen Dr. Honsells von Bedeutung, sie erfahren auch in der gesamten Presse eine durchweg günstige Beurteilung, während die Äußerungen des Staatsministers von den liberalen Blättern stark angefochten werden, nur bei den Zentrumsorganen hat Herr v. Dusch „eine gute Presse".

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „20./1. Staatss. d. Innern, Min. d. Innern".

[1] Vgl. Nr. 1126, 1127.

[2] Schmidt, Otto Heinrich (1873–1950), Rechtsanwalt in Bretten, BdL/DNVP/ Wirtschafts- und Bauernpartei /NSDAP, MdL 1905–1913, 1921–1925, 1929–1933.

[3] Göller, Ludwig (1853–1937), seit 1876 in der bad. Finanzverwaltung, 1885 Finanzrat, 1890 Ministerialrat im Finanzministerium, 1898 Geh. Oberfinanzrat, 1899 Direktor der Amortisationskasse (Staatsschuldenverwaltung), Ministerialdirigent, 1912–1923 Präsident der Oberrechnungskammer (AV; PA-GLA).

1151. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 19. Januar 1910

In der gestrigen Sitzung der badischen Zweiten Kammer[1] wurde entsprechend dem Antrage der Budgetkommission das Spezialbudget des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten nach kurzer Diskussion genehmigt.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Willi beantragte Streichung der Positionen für Orden und Medaillen sowie für die Gesandtschaften in Berlin und München. Der Demokrat Vogel wollte nur die Münchener Gesandtschaft aufgehoben wissen, dagegen die in Berlin wegen der Frage der Stromabgaben noch beibehalten. Freiherr v. Marschall trat den Anträgen entgegen. Für den Antrag Willi stimmten nur die Sozialdemokraten. Die Ablehnung des Antrages Vogel – Streichung der Gesandtschaft in München – erfolgte mit 33 gegen 29 Stimmen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 35 Bd. 2, Ausf.; Marg.: „I. 25./1. R. Schatz-Amt, Finanzmin., II. mtg. 24./1. Darmstadt, Dresden, München, Stuttgart, Weimar, Oldenburg, Hamburg".

[1] 19. Sitzung II. Kammer vom 18. Jan. 1910.

1152. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 19. Januar 1910

Im „Badischen Landesboten"[1], Hauptorgan der badischen Demokraten, ist heute folgende Notiz zu lesen:

„Wie der preußische Junker über den Widerstand Sachsens und Badens in der Stromzollfrage denkt, hat der freikonservative Junker v. Zedlitz[2] in der Montagssitzung des Preußischen Abgeordnetenhauses mit erfrischender Offenheit verraten. Herr v. Zedlitz führte unter dem lebhaften Beifall der Rechten aus: ‚Auf Sachsens und Badens Widerspruch sollte man nicht so viel Gewicht legen. Die beiden Staaten haben bisher auf Preußens Kosten ihre Interessen befriedigt (!!), warum sollen wir sie auch künftig aus preußischem Leder ihre Riemen schneiden lassen!!'

Der Präsident des Preußischen Abgeordnetenhauses, der Junker Jordan v. Kröcher[3], hat die Frechheit nicht gerügt."

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 168 geheim Bd. 3, eig. Ausf.; Marg.: „mtg. 23./1. R. A. d. Innern, Arbeitsmin., Finanzmin."

[1] Nr. 15 vom 19. Jan. 1910.

[2] Zedlitz und Neukirch, Oktavio Freiherr v. (1840–1919), Jurist, 1868 Landrat im Kreis Sagan, 1870/71 Unterpräfekt in St. Quentin, 1874 Hilfsarbeiter im Reichskanzleramt, 1876 im preuß. Handelsministerium, 1881 Vortr. Rat im Ministerium der öffentl. Arbeiten, 1899 Präsident der Seehandlung, im selben Jahr verabschiedet wegen seines Auftretens gegen die Kanalvorlage, DRP, MdPrAH 1877–1918, MdR 1871–1874.

[3] Kröcher, Jordan v. (1846–1918), Hauptritterschaftsdirektor in Vinzelberg, K, MdPrAH 1879–1882, 1888, 1898–1912 (Präsident 1898–1912), MdR 1898–1913.

1153. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 20. Januar 1910

Dr. Munzinger[1], Chefredakteur der nationalliberalen „Badischen Landeszeitung", hielt am 18. d. Mts. hier im jungliberalen Verein einen Vortrag über die Frage der Schiffahrtsabgaben, in welchem er zunächst das Vorgehen Preußens tadelte, aber die wirtschaftliche und politische Seite der Frage getrennt wissen wollte und davor warnte, das Gebührenprinzip schlechthin zu verwerfen. Seines Erachtens müsse man damit rechnen, daß Preußen Sieger bleiben und auch mit Österreich und Holland sich verständigen werde. Baden hätte sich rechtzeitig wehren und Bundesgenossen werben müssen, es habe den Zusammenhang der Abgabenfrage mit der Neckarkanalisation offenbar nicht früh genug erkannt und wohl auch angenommen, daß Preußen gegen Baden, dessen Landesherr freiwillig so viel für das Reich geopfert habe, nicht vorgehen werde. Man müsse jetzt versuchen, einen Weg zu finden, auf dem Preußens berechtigte Interessen gleichzeitig mit den Interessen der übrigen Bundesstaaten und denen des Reiches gedient werde. Die Nationalliberale Partei als Partei der Reichsgründung könne für solchen Ausgleich wirksam eintreten, vielleicht einen Delegiertentag in Berlin anregen und einen Appell an das deutsche Volk richten.

Nach angeregter Diskussion fand folgender Beschluß einstimmige Annahme: Die vom jungliberalen Verein Karlsruhe einberufene öffentliche Versammlung ist der Überzeugung, daß die preußische Abgabenpolitik die Interessen Badens ohne Vorteil für das Reich schwer schädigt, ebenso aber den Reichsgedanken infolge der Erschütterung des Vertrauens in die Unantastbarkeit der Reichsverfassung. Sie hält eine gleichzeitige Befriedigung der Interessen Preußens, der ihm heute widerstrebenden Bundesstaaten und vor allem des Reiches nur für möglich, wenn die Reichsregierung einen Plan zur Vereinheitlichung und zum Ausbau des gesamten Verkehrswesens im Reich, der Eisenbahnen und des Wasserstraßennetzes auf föderativer Grundlage entwirft und zur Durchführung bringt.

Ich möchte hier zu der vielerörterten Frage auch auf einen Artikel in Nr. 28 des „Schwäbischen Merkur"[2] aufmerksam machen, der über die frühere Haltung Österreichs und Sachsens berichtet und namentlich konstatiert, daß die sächsische Regierung durch den Leitenden Minister v. Metzsch[3] im Jahre 1900 ihre Sympathie für Schiffahrtsabgaben kundgegeben habe.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 168 geheim Bd. 3, Ausf.; Marg.: „mtg. 23./1. R. A. d. Innern, Arbeitsmin., Finanzmin."

[1] Munzinger, Ludwig Dr. jur. (1877–1957), Journalist, 1903 Redakteur an der Münchener Allgemeinen Zeitung, 1907 Chefredakteur der Badischen Landeszeitung in Karlsruhe, 1910/11 Londoner Vertreter des Dresdener Anzeigers, 1911/12 Teilhaber des Drammert-Verlags in Berlin, 1913 Begründer und Herausgeber des „Archivs für publizistische Arbeiten" in Dresden, 1914 Kriegsteilnehmer (zuletzt als Hauptmann), 1915–1918 Herausgeber der Feldzeitung der 3. Armee „Der Champagnekamerad", danach Publizist in Ravensburg (Frdl. Auskunft von Dr. Körner/NDB).

[2] Nr. 28 vom 19. Jan. 1910.

[3] Metzsch-Reichenbach, Karl Georg Levin v. (1916: Graf) (1836–1927), zunächst im sächs. Justizdienst, seit 1870 in der Landesverwaltung, 1891–1900 sächs. Minister des Innern, daneben 1892–1906 Minister des Auswärtigen, 1901–1906 zugleich Ministerpräsident, 1901–1918 Minister des königlichen Hauses.

1154. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 22. Januar 1910

Der heutige „Badische Beobachter“[1], Hauptorgan des hiesigen Zentrums, bringt an leitender Stelle den hier angeschlossenen äußerst gemeinen, höhnischen Artikel gegen Ew. Exz., aus dessen Inhalt nicht klar hervorgeht, inwieweit er eigenes Fabrikat ist oder vom „Berliner Tageblatt“ übernommen wurde. An und für sich würde der Ton ganz der giftigen Sprache des Beobachters entsprechen, überhaupt in den Rahmen der badischen Zentrumspresse wohl passen. Nur muß es einigermaßen auffallen, daß das leitende ultramontane Blatt einen so fanatischen Haß gegen Ew. Exz. bekundet, während das Zentrum hier sich neuerdings als Regierungspartei gebärdet und dem gesamten Radikalismus feindlich gegenübersteht.

Jeder halbwege verständige Politiker wird die weise Zurückhaltung Ew. Exz. in öffentlichen Äußerungen nur durchaus billigen können. Von allen Seiten höre ich nur lebhaft zustimmende Urteile über Ew. Exz. bisheriges Auftreten in den Parlamenten.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 33 Bd. 2, Ausf.; Marg.: „27./1. Staatss. d. Innern, Min. d. Innern“.

[1] Nr. 17 vom 29. Jan. 1910. Mit Bezug auf die Enteignungsklauseln des Ansiedlungsgesetzes gegenüber polnischem Grundbesitz und die Einschränkung der polnischen Sprache durch das Reichsvereinsgesetz von 1908 bezeichnete der Artikel die Polenpolitik der preuß. Regierung und des Reichskanzlers als Kulturkampf.

1155. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 24. Januar 1910

Die badische Zweite Kammer hat nunmehr das Biersteuergesetz mit einzelnen etwas geminderten Steuersätzen des Regierungsentwurfs gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Das Gesetz soll am 1. Februar in Kraft treten.[1]

In derselben Sitzung votierte die Kammer einstimmig ohne Debatte [für] die von der Regierung vorgeschlagene Umwandlung der Diäten der Abgeordneten in eine pauschale Aufwandsentschädigung. Der bekannte hiesige Mitarbeiter des „Schwäbischen Merkur“ bemerkt dazu in scherzendem Tone, es liege also jetzt der seltene Fall vor, daß die Sozialdemokraten für einen Übergang vom Tagelohn zur Akkordarbeit eingetreten seien. Einstweilen nehmen die Verhandlungen des Hauses einen ruhigen Verlauf. Von seiten der „Genossen“ soll offenbar bewiesen werden, daß sie sachlich mitzuarbeiten gewillt sind.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 12, eig. Ausf.; Marg.: „29./1. R. A. d. Innern, R. SchatzA., Min. d. Innern, Fin. Min.“

[1] Die Annahme erfolgte am 22. Jan. 1910 (22. Sitzung). Der Steuersatz der Brauereien richtete sich nach dem Malzverbrauch. Von der Staffelung ausgenommen blieb eine Eigenverbrauchsquote (Kleinstbrauer). Den Schutz der bestehenden Brauereien gewährleistete ein für die Zeit vom 1. Febr. 1910 bis 31. Dez. 1912 eingeführter Steueraufschlag für Neugründungen von 25%.

1156. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 26. Januar 1910

Auf besondere Einladung des Oberbürgermeisters der Residenz wohnte ich gestern der Kaisergeburtstagsfeier der Bürgerschaft bei. Die Festhalle war dicht besetzt; die Reden auf S. M. den Kaiser und S. K. H. den Großherzog wurden von dem Zentrumsmanne Rechtsanwalt Trunk[1] und vom jungliberalen Kammerstenographen Frey gehalten. Letzterer beging dabei leider eine grobe Taktlosigkeit, indem er folgendes sagte:

Als gut deutscher Fürst habe Friedrich I. groß und objektiv gedacht, auch in dem Augenblick, wo es den Menschen am schwersten fällt, nämlich wenn es sich um die eigene Person handelt. Hinter die Interessen des Vaterlandes habe er die seinigen gerne zurückgestellt. Als Erzieher, dessen Beispiel und Wort in allen Schichten der Bevölkerung viel galt, habe Friedrich der Deutsche mitgeholfen, uns den Reichsgedanken einzuprägen, unauslöschlich einzuimpfen, so daß wir nicht wankend und nicht irre werden, auch nicht in trüben Zeiten wie der gegenwärtigen, wo wir mit banger Sorge in die Zukunft unseres badischen Volkes blicken müssen, weil größere, mächtigere deutsche Bundesstaaten auf eigenen Vorteil bedacht sind, unbekümmert darum, daß uns dadurch tief einschneidender, bleibender Schaden zugefügt würde. Es sei mit ein Verdienst Großherzog Friedrich[s] des Deutschen, daß wir keine Partikularisten sind, daß, wenn wir Wilhelm II. leiblich oder im Geiste vor uns sehen, in unserem Empfinden der Preußenkönig so sehr verblaßt vor dem Deutschen Kaiser[a], daß wir auch in einer solch trüben, sorgenvollen Zeit voll herzlicher germanischer Treue, voll aufrichtiger Anhänglichkeit an seinem Jahresfeste ihm jubelnden Heilruf entgegenschallen lassen, wie vorhin getan.

Als das Hoch auf den Landesherrn verklungen und die badische Hymne von den Anwesenden stehend gesungen worden war, bemerkte ich meinen Nachbarn, dem Oberbürgermeister und dem Minister des Innern, daß ich nach den meines Erachtens sehr ungehörigen Worten des Herrn Frey eigentlich berechtigt gewesen wäre, den Saal sofort zu verlassen, daß ich unnötiges Aufsehen indessen vermeiden wollte, nun aber mich zurückziehen werde. Herr Siegrist[2] sowohl wie Freiherr v. Bodman sprachen mir sofort ihr lebhaftes Bedauern aus anläßlich der Taktlosigkeit des Redners, ersterer mit dem Hinzufügen, daß er nicht geahnt habe[b], was dieser sagen werde.

Auf meine Veranlassung hat der Oberbürgermeister Herrn Frey seine Entgleisung ernstlich vorgehalten.

Der ungefähre Wortlaut der Rede mit dem obigen Passus steht heute in der „Badischen Presse".[3] Auch die letzte Rede des Reallehrer[s] Fink[4] auf das Vaterland, die ich nicht mehr hörte, soll angeblich eine leise Anspielung auf die Abgabenfrage enthalten haben, in den Zeitungen finde ich aber davon nichts.

Die Minister v. Marschall und v. Bodman suchten mich heute beide auf, um ihrem Bedauern und ihrem Unwillen über den taktlosen Redner Ausdruck zu geben.[5] Herr v. Marschall äußerte sich geradezu empört und meinte, er werde dem Oberbürgermeister seine Ansicht nicht verhehlen und darauf dringen, daß bei der Kaiserfeier zukünftig taktvolle Redner ausgewählt werden möchten.[c] Damit muß man den unerfreulichen Zwischenfall wohl als erledigt betrachten.

Der Vorgang zeigt, wie übertrieben und erregt die öffentliche Meinung hier, durch die einseitige Maßlosigkeit der Presse beeinflußt, den Abgabenstreit auffaßt.[d]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 13, Ausf.; Marg.: „v. S. M. 30./1."

[a] Randnotiz Wilhelms II.: „Unverschämtheit!"

[b] Randnotiz Wilhelms II.: „Seine Schuld".

[c] Randnotiz Wilhelms II.: „Eigentlich selbstverständlich!!"

[d] Randnotiz Wilhelms II.: „Der liberale Musterstaat! Wo die Liberalen das Wort haben, treten sie geradeso auf wie unter Bülow seit dem Verrat im Reichstag! Bloß etwas mehr od[er] weniger partikularistisch gefärbt, aber immer gegen die andern".

[1] Trunk, Gustav (1871–1936), Rechtsanwalt in Karlsruhe, Stadtverordneter, 1918/19 bad. Ernährungsminister, 1919–1929 Justizminister, 1920/21, 1925/26, 1927 zugleich Staatspräsident, Z, MdL 1919–1933.

[2] Siegrist, Karl (1862–1944), 1906–1919 Oberbürgermeister in Karlsruhe, MdL (I. K.) 1907/08 (Frdl. Auskunft d. StadtA Karlsruhe).

[3] Freys Rede wurde am 27. Jan. von der Frankfurter Zeitung und am 28. Jan. vom Bad. Landesboten veröffentlicht.

[4] Fink, Simon (1865–1930), seit 1898 Hauptlehrer, 1904 Real- bzw. Handelslehrer in Karlsruhe (AV; PA-GLA).

[5] Bethmann Hollweg unterrichtete Eisendecher am 28. Jan. 1910, daß der anläßlich des Geburtstags des Kaisers in Berlin anwesende Großherzog von dem Vorfall bei der Karlsruher Kaisergeburtstagsfeier noch nichts wußte. Nachdem ihm der Reichskanzler den Inhalt des Berichts [Nr. 1156] mitgeteilt hatte, äußerte dieser „seinen ernsten Unwillen über die Rede Freys und freute sich über die Erklärungen, die Ihnen Marschall und Bodman gegeben haben. Die preußenfeindliche Stimmung, die sich auch in Baden breitmacht, verursacht mir ernste Sorgen. [...] Ich kann im Reichstage keine großen Vorlagen bringen, an denen auch Süddeutschland in freudigem Herzen mitarbeitet. Die preußische Wahlrechtsvorlage wird die Sympathien auch nicht mehren" (Bonn, Archiv Ausw. Amt, Nachlaß Eisendecher 1/2 fol. 18f., eig. Privatschreiben).

1157. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 28. Januar 1910

Wie ich vertraulich höre, begeben sich morgen Delegierte der badischen Großblockparteien nach Stuttgart, um womöglich dort ihre Gesinnungsgenossen zu einer Änderung ihrer Haltung in Sachen der Schiffahrtsabgaben zu bewegen.[1] Die Frage der Neckarkanalisation soll dabei ebenfalls besonders zur Sprache gebracht werden. Angeblich wurde die Zusammenkunft von der Stuttgarter Sozialdemokratie angeregt; während die Beteiligung der württembergischen Volkspartei zuerst fraglich schien, soll diese nunmehr ihr Erscheinen zugesagt haben.

Eingeweihte glauben hier nicht an einen Erfolg der badischen Demarche. Freiherr v. Bodman wird heute abend in der Zweiten Kammer die beiden auf die Stromabgaben und die Neckarkanalisation bezüglichen Interpellationen beantworten.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 168 geheim Bd. 3, eig. Ausf.; Marg.: „mtg. 2./2. R. A. d. Inn., Reichskanzlei, Fin. Min., Arbeitsmin."

[1] Vgl. Nr. 1161 (*Schultheß* 1910 S. 84).

1158. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 30. Januar 1910

Die durch den Oberbürgermeister Siegrist veranlaßte loyale und ehrliche Veröffentlichung, daß ihm und dem Redner Herrn Frey die peinliche Empfindung leid sei, welche die Äußerung über Preußen während der Kaiserfeier bei mir hervorrufen mußte, hat dem Stadtoberhaupte äußerst scharfe Angriffe der Großblockblätter zugezogen, sie verurteilen seitdem nicht nur mein Verhalten, sondern fallen heftig über Herrn Siegrist her, der schmählich zu Kreuze gekrochen sei. Dabei hat der Genannte in der für ihn gewiß nicht angenehmen Lage von Anfang an eine tadellos korrekte Haltung gezeigt. Nur einzelne liberale badische Blätter, wie die „Konstanzer Zeitung" und ein Heidelberger Blatt, stehen mit dem „Schwäbischen Merkur" und der klerikalen Presse auf seiner und meiner Seite.

S. K. H. der Großherzog ist empört über die Taktlosigkeit des Redners und beauftragte den Minister des Innern, das in schärfster Form dem Oberbürgermeister mitzuteilen. Ich habe dem hohen Herrn, als er gestern die Gesandtschaft besuchte und seine lebhafte Entrüstung anläßlich des Vorfalles ausdrückte, gesagt, daß ich Herrn Siegrists Verhalten nur dankbar anerkennen könne. Letzterer wird wahrscheinlich noch heute von S. K. H. empfangen werden.

Auch das Bedauern der Großherzoglichen Regierung ist mir durch Freiherrn v. Marschall noch besonders ausgesprochen worden. Morgen wird in der „Karlsruher Zeitung" eine offiziöse Notiz erscheinen, die den Standpunkt der Regierung klarstellt und vor einseitiger sensationeller Übertreibung des Vorganges warnt.

Unsererseits[a] sollte meines Erachtens offiziös nur möglichst kurz gesagt werden, daß die Äußerung des Herrn Frey in der Rede auf den Landesherrn entschieden ungehörig und mein Verhalten durchaus berechtigt war, daß für die Erregung in der Presse keinerlei Anlaß vorliege und der Oberbürgermeister nur loyal und vornehm gehandelt habe, als er auch öffentlich sein und des Redners Bedauern aussprach.

Nachschrift vom 31. Januar. Die erwähnte heute in der „Karlsruher Zeitung"[1] erscheinende Notiz ist gehorsamst angeschlossen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 13, Ausf.

[a] Randnotiz Bethmann Hollwegs: „Richtig".

[1] Nr. 30 vom 31. Jan. 1910: „Wider Erwarten erfolgten während der Feier, bei deren Charakter politische und Parteigegensätze naturgemäß zu schweigen hatten, in einer Rede Angriffe gegen die Königlich Preußische Regierung, die der Gesandte nicht ganz ignorieren konnte. Er sah sich deshalb veranlaßt, nach Schluß der Rede in unauffälliger Weise sich zurückzuziehen, indem er dem Oberbürgermeister bemerkte, daß ihn die Äußerungen der Rede peinlich berührt hätten. Da dem Oberbürgermeister dieser für den Gesandten peinliche Eindruck leid war, hat er sich deshalb entschuldigt" (Gedr. *Schultheß* 1910 S. 91).

1159. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 31. Januar 1910

Ew. Exz. darf ich die Frage vorlegen, ob es nicht vielleicht angebracht wäre, den[a] Chefredakteur der verbreiteten und einflußreichen „Frankfurter Zeitung" von Berlin aus in irgendeiner Form wissen zu lassen, daß lediglich sein hiesiger Vertreter die Verantwortung trägt, wenn der Vorgang bei der Karlsruher städtischen Kaiserfeier[1], insbesondere mein Verhalten, falsch in die gesamte Presse überging und dort dementsprechend sensationell erörtert wurde. Ohne die Falschmeldung des Herrn Haas[2] von hier, daß ich die Versammlung bei den für mich verletzenden Worten des Redners demonstrativ verlassen hätte, wäre der Fall überhaupt kaum zur öffentlichen Kenntnis gelangt oder wenigstens nicht verkehrt verbreitet worden. Die Vermeidung inkorrekter, übertriebener Darstellung war aber zweifellos im allgemeinen Interesse dringend erwünscht.

Herr Haas wohnte der Feier nicht bei, suchte sich auch erst bei mir zu informieren, als er seine Alarmnachricht schon abgesandt hatte. Wäre mir das bei seinem Besuche klar geworden, so hätte ich ihm gleich gehörig meine Meinung gesagt. Als Vertreter eines Weltblattes handelte er leichtsinnig und ungehörig, er verdient deshalb reichlich eine ernste Rüge, die, wie ich glaube, am besten von seinem Chef ausgehen sollte. Ein Eingreifen meinerseits scheint mir weniger opportun, da ich ihm nicht die Ehre eines Besuches erweisen möchte und nicht weiß, ob er einer Aufforderung, zu mir zu kommen, Folge leisten würde.

Ew. Exz. stelle ich hiernach gehorsamst anheim, geneigtest zu erwägen, inwieweit dieser meiner Anregung von dort aus Folge gegeben werden könnte.

Nachschrift vom 1. Februar 1910. Abends.

Ich schob die Absendung des Berichtes noch auf, um abzuwarten, was etwa die „Frankfurter Zeitung" über die hiesige Regierungsnotiz bringen würde.

Herr Haas, den ich auf seinen Wunsch am 27. v. Mts. freundlich empfing und dringend aufforderte, die Angelegenheit ruhen zu lassen, berichtete seinem Blatte nun in denkbar gehässigster, gemeinster Weise mit boshaftester Kritik gegen mich. Leider bin ich diesem hier angeschlossenen Schmähartikel[3] gegenüber machtlos, möchte aber um so mehr jetzt empfehlen, daß der Verfasser in schärfster Weise womöglich von seinem Chef zurechtgewiesen werde. Persönlich muß ich solche Niederträchtigkeiten schon auf mich nehmen, aber im allgemeinen Interesse sind sie tief zu beklagen. Man versteht auch schwer, wie ein großes politisches Blatt die Korrespondenz aufnehmen konnte.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 13, eig. Ausf.

[a] Vorlage irrtümlich: dem.

[1] Vgl. Nr. 1156.

[2] Haas, Karl, Karlsruher Korrespondent der Frankfurter Zeitung um 1910.

[3] Frankfurter Zeitung, Nr. 31 vom 1. Febr. 1910.

1160. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 1. Februar 1910

Die offiziöse Notiz in der „Karlsruher Zeitung“[1], betreffend den Vorfall bei der hiesigen Kaiserfeier, hat, wie ich befürchtete, einen neuen Sturm in der Presse hervorgerufen, man möchte wirklich an dem gesunden Menschenverstande der Zeitungsleute verzweifeln, wenn man die Kommentare der Blätter liest, die ich, soweit sie mir jetzt vorliegen, gehorsamst anschließen darf.[2] Niemand kann aufrichtiger als ich dieses feindselige Breittreten des an und für sich unwichtigen Zwischenfalles bedauern, für das im Grunde zunächst den[a] hiesige[n] Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ die schwerste Schuld trifft.

Die Haltung der liberalen Presse gegenüber der Regierung kennzeichnet die Großblockära und die preußenfeindliche Stimmung in unerfreulichster Weise. Selbstverständlich stehe ich keineswegs hinter der Regierungskundgabe, riet im Gegenteil eher zum Schweigen, ebenso wie ich auch den öffentlichen Ausdruck des Bedauerns des Oberbürgermeisters in keiner Weise verlangt oder veranlaßt habe. Wäre beides unterblieben, so hätte die Preßmeute sich vermutlich gleich beruhigt.

Ich habe nun diese beiden Kundgebungen gewissermaßen auszubaden, obgleich ich gar nichts tat, als in mildester, unauffälligster Weise meine Pflicht zu erfüllen, das heißt öffentliche Vorwürfe gegen meine Regierung nicht einfach zu ignorieren.

Das ist der Dank, den man hier für fünfundzwanzigjähriges wahrhaftig konziliantes Wirken bei angeblich anständigen Blättern erntet. Ich muß gestehen, daß ich doch einigermaßen empört bin und daß mir die frevelhafte Übertreibung hiesiger Zeitungen als Zeichen starker Degenerierung ernste Sorgen macht.

Nun, es liegen wichtigere Dinge vor in der Welt, man muß hoffen, daß der „Fall Eisendecher“ bald wieder vergessen sein wird.

Selbst etwa eine öffentliche Erklärung abzugeben, scheint mir unangebracht. In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ könnte man höchstens sagen: „Der Gesandte hat in korrektester, konziliantester Form nur gezeigt, daß er eine unberechtigte schwere Anklage gegen seine Regierung nicht ohne weiteres hinnehmen kann, und das war seine Pflicht“.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 13, Ausf.

[a] Vorlage irrtümlich: der.

[1] Nr. 1158 Anm. 1.

[2] Bad. Landeszeitung, Nr. 50 vom 1. Febr. 1910; Bad. Presse, Nr. 50 vom 1. Febr. 1910; Bad. Landesbote, Nr. 26 vom 1. Febr. 1910; Schwäb. Merkur, Nr. 48 vom 31. Jan. 1910.

1161. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 2. Februar 1910

Die etwas ungewöhnliche Konferenz badischer und württembergischer Großblock-Parlamentarier in Stuttgart zur Beratung der Frage der Neckarkanalisation und damit im Zusammenhang der Stromabgaben hat anscheinend zu einem irgendwie beachtenswerten Resultat nicht geführt.[1] Der demokratische „Badische Landesbote“ meldet in seinem

Bericht, der Zweck, die württembergische Regierung für einen Vertagungsantrag im Bundesrat und eine Zurückstellung der Entscheidung über den Antrag Preußens zu gewinnen, sei nicht erreicht worden.

Dem Drängen gewisser Abgeordnetenkreise nachgebend, hatte die Großherzogliche Regierung unter dem 24. v. Mts. Württemberg neue Anerbietungen bezüglich Badens finanzieller Beteiligung an der Neckarkanalisation gemacht, die aber in Stuttgart nicht akzeptiert wurden. Minister v. Bodman erklärte deswegen in der Kammer, daß weitere Verhandlungen dieserhalb mit Württemberg einen praktischen Erfolg nicht versprächen.

Im „Schwäbischen Merkur" äußert sich der bekannte Dr. Ammon von hier fortgesetzt energisch im Sinne der preußischen Anträge und gegen das Liebeswerben bei den Schwaben, indem er die badische Politik und die Haltung der Großblockpresse als kurzsichtig, einseitig und nicht den Interessen des Landes entsprechend verurteilt.

Vorlage eines Leitartikels des Badischen Beobachters[2] *mit einem Kommentar zu den Ausführungen Ammons und dem Amtlichen Bericht über die Kammerverhandlung*[3]*, betreffend die Neckar- und Abgabenfrage. Die diesbezüglichen Interpellationen gelten durch die Darlegungen des Ministers v. Bodman als erledigt.*[4]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 168 geheim Bd. 3, Ausf.; Marg.: „9./2. R. Amt d. Innern, Finanzmin., Arbeitsmin."

[1] Nr. 1157.

[2] Nr. 25 vom 1. Febr. 1910.

[3] 25. Sitzung II. Kammer vom 28. Jan. 1910, in: Karlsruher Zeitung (Beilage), Nr. 30 vom 29. Jan. 1910.

[4] Nr. 1143 Anm. 4; vgl. Nr. 1163 Anm. 3.

1162. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 3. Februar 1910

Ew. Exz. glaube ich noch einen, wie ich hoffe, letzten rekapitulierenden Bericht über den „Fall Eisendecher" erstatten zu sollen.[1]

Der Vorgang verdient meines Erachtens besonders deshalb weiter einige Beachtung, weil er zeigt, wie durch einen einzigen gewissenlosen Zeitungskorrespondenten eine an und für sich wenig wichtige Angelegenheit zu einer Art von cause célèbre werden kann zum Schaden des allgemeinen öffentlichen Interesses. Mich mußten die Worte des Herrn Frey bei der Kaiserfeier unbedingt peinlich berühren, hätte ich gar keine Notiz davon genommen, so konnte man mit Recht sagen „da sitzt der preußische Gesandte und läßt ernste Anklagen gegen seine Regierung ruhig über sich ergehen". Darauf durfte ich es nicht ankommen lassen, aber ich überlegte mir gleich, daß ein irgendwie demonstratives Vorgehen meinerseits nicht angebracht sei, wartete also die Pause ab, teilte dem Oberbürgermeister mein Empfinden mit und zog mich unauffällig zurück. Niemand am Journalistentische bemerkte, wie ich nachträglich feststellte, mein Fortgehen, kein einziges Blatt hätte darüber berichtet; wenn also der nicht einmal anwesende Vertreter der „Frankfurter Zeitung" seine falsche Information, die vielleicht von Herrn Frey stammte, nicht weitergab, so wurde die Sache überhaupt nicht weiter bekannt. Das sofort vom Oberbürgermeister an Ort und Stelle ausgesprochene Bedauern erledigte den Fall eigent-

lich schon, indessen eine öffentliche Entschuldigung mußte wohl auch erfolgen, weil die Tatsache meiner berechtigten Verstimmung als preußischer Gesandter im Hinblick auf etwaige Bemerkungen der oben erwähnten Art der Öffentlichkeit nicht ganz verborgen bleiben durfte. Herr Siegrist fühlte das selbst und handelte demgemäß aus eigener Initiative.

Über diese bekanntgegebene Entschuldigung des Stadtoberhauptes geriet dann die Presse in eine gänzlich unmotivierte Erregung, so daß die Großherzogliche Regierung schließlich sich verpflichtet glaubte, auch ihrerseits einzugreifen. Dem folgte natürlich wiederum erneutes Toben in den Blättern, und der Fall drohte in der Tat lawinenhaft zu einer ganz unverdienten Wichtigkeit anzuwachsen.

Nicht in meinem, sondern im allseitigen öffentlichen Interesse war das womöglich zu verhindern. Ich nahm daher Anlaß, durch Vermittlung des mir als grundverständig bekannten Vertreters des Wolffschen Büros, Herrn Bratke[2], den Preßleuten Schweigen dringend zu empfehlen und dem Redakteur des führenden nationalliberalen Organs, das sich ebenfalls sehr wild gebärdet hatte, persönlich mit Nachdruck meine Meinung zu sagen; er kam bald zu richtigerer Einsicht und trug mit Bratke dazu bei, daß die Hauptkrakeeler schwiegen, auch den Schmähartikel in der „Frankfurter Zeitung" vom 1. d. Mts. nicht abdruckten. Ich erfuhr bei dieser Gelegenheit, daß dessen Verfasser, Haas, der Falschmelder und Anstifter allen Unheils, bei seinen Kollegen als unzuverlässig, unverträglich und reizbar sehr wenig beliebt sei.

Abschrift eines Briefes des Oberbürgermeisters ist gehorsamst angeschlossen[3], in welchem dieser sich bei Herrn v. Marschall für die Kundgebung der Regierung bedankt. Herr Siegrist hat dem Festkomitee der Kaiserfeier den Hergang nochmals eingehend vorgetragen und glaubt, die Herren von der Richtigkeit seines Verhaltens und von der ungehörigen Kritik der Presse überzeugt zu haben. Vorgestern wurde er von S. K. H. dem Großherzoge empfangen, Höchstwelcher ihm ziemlich deutlich die Wahrheit sagte, ihn auch beauftragte, Herrn Frey sein ernstestes Mißfallen zu bekunden.[4] Der hohe Herr erzählte mir das gestern Höchstselbst.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 13, Ausf.

[1] Vgl. Nr. 1156, 1158–1160.

[2] Bratke, Georg, Redakteur und Leiter des Wolffschen Telegraphenbüros in Karlsruhe.

[3] Siegrist an Marschall. „Karlsruhe, 31. Januar 1910. Ew. Exz. beehre ich mich, für die gütige Mitteilung der von der Großherzoglichen Regierung angeordneten Zeitungsnotiz den verbindlichsten Dank auszusprechen. Ganz besonders aber danke ich für die entschiedene Billigung, welche auch meine Handlungsweise darin findet. Ich bin übrigens überzeugt, daß auch die weitesten Kreise der hiesigen Bürgerschaft und insbesondere die große Mehrheit sowohl des Stadtrats als des Bürgerausschusses die in der Kundgebung der Großherzoglichen Regierung ausgesprochenen Anschauungen vollständig teilt. Daß Ew. Exz. von der gestrigen Besprechung des Herrn Ministers v. Bodman mit mir und von ihrem Anlaß Kenntnis haben, darf ich wohl voraussetzen" (Ebd., Abschrift).

[4] Am 7. Febr. 1910 richtete der Kammerstenograph Frey ein Schreiben an den Großherzog. Bei der Kaiserfeier habe er die „drohenden Schiffahrtsabgaben als einen Gegenstand der Sorge für uns Badener gestreift, um festzustellen, daß unsere Reichstreue auch eine derartige Belastungsprobe besteht". Beanstandet worden sei nicht der Inhalt seiner Rede, sondern der Vortrag beim Festbankett. Er wisse aber, „daß Kaiser- und Großherzogstoaste lediglich vom idealistischen und kritiklosen Standpunkte aus eindruckslos verhallen, daß dagegen eine Rede, die dem Hörer die Empfindung gibt, daß hier ein aufrichtiger, freier Mann seiner ehrlichen Überzeugung in nationaler und monarchischer Gesinnung Ausdruck gibt, ein starkes Echo findet" (GLA 60/975, eig. Ausf.).

1163. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 5. Februar 1910

Die Beratungen in der badischen Zweiten Kammer nahmen bis jetzt einen sachlich ruhigen Verlauf. Offenbar sind die Sozialdemokraten bestrebt, auch ihrerseits maßzuhalten und unter Wahrung ihrer Grundsätze positive Arbeit zu leisten. Wie zu erwarten, finden sich bei den Verhandlungen die bürgerlichen Parteien vielfach zusammen trotz der sonst unter ihnen herrschenden erbitterten Feindschaft. Biersteuer und Kultusetat zum Beispiel wurden mit allen gegen die Stimmen der „Genossen" angenommen, auch ein Beweis, daß die Großblockpolitik gründlich verfehlt war. Ohne den blinden Haß zwischen Zentrum und Nationalliberalen, der, wie ich seit Jahren meldete, die ganze innerpolitische Situation beherrscht, wäre längst die so wünschenswerte Einigung aller bürgerlichen Elemente gegen die Sozialdemokratie möglich geworden.

Das Großblockabkommen wirkt bedenklich auf alle Verhältnisse, besonders auf die liberale Presse, die einen wachsend radikalen Ton anschlägt; auch bei den Lehrern, niederen Beamten und Eisenbahnangestellten treten als Folge der Annäherung des Liberalismus an die Sozialdemokratie Anzeichen bedauerlicher Disziplinlosigkeit hervor.

Die Minister empfinden das schmerzlich, auch der arme, leider wohl hoffnungslos kranke Dr. Honsell, den ich wiederholt besuchte, klagte bitter darüber. Die finanzielle Lage sieht er sehr ernst an, namentlich die Eisenbahnen machen ihm Sorge. Durch die großen Bahnhofsbauten und die niedrigen Personentarife – Kilometerheft, Zweipfennigtarif für die 3. Klasse der Personenzüge – ist seines Erachtens die Eisenbahnschuld zu einer beängstigenden Höhe angewachsen. Seine Vorgänger haben gegenüber den exorbitanten Wünschen der Volksvertreter und Tariffanatiker nicht die nötige Widerstandskraft gezeigt und zu verschwenderisch gewirtschaftet. Das fühlt man auch im Publikum, denn der Volkswitz sagt, das Holzpflaster vor dem Ständehaus sei gelegt worden, damit das Hinauswerfen der Gelder aus den Fenstern weniger hörbar werde. Herr Honsell meint auch, die glänzende Dotierung der drei Hochschulen erfordere für das kleine Land unverhältnismäßige Opfer, eine Wahrheit, die in der Kammer ebenfalls zur Sprache kam. Die Regierung erklärte sich deshalb außerstande, die neue Handelshochschule in Mannheim aus Staatsmitteln zu unterstützen.

Das Volksschulwesen dagegen ist entschieden rückständig, zur allseitig als notwendig erkannten gründlichen Besserung fehlen aber gegenwärtig die Mittel. Auch dieser wichtige Punkt fand bereits in der Kammer Erwähnung und wird bei Beratung des Volksschulwesens das Haus noch weiter beschäftigen. Dabei wie anläßlich der Debatten über die Änderung der Städteordnung und Gemeindewahlen dürften die Gegensätze der Parteien besonders hervortreten und damit den abermaligen Beweis liefern für die Torheit der Großblocktaktik.

Als Nachfolger Honsells, dessen Verbleiben im Dienst leider gänzlich ausgeschlossen scheint, ist der sehr fähige, kluge Ministerialdirektor Göller ausersehen. Er hat sein Ressort schon mit Geschick vor der Kammer vertreten.

Die Regierung muß und wird in aller Ruhe und Sachlichkeit versuchen, sich von Fall zu Fall in der Volksvertretung eine Mehrheit zu verschaffen, gelingt ihr das in wichtigen Fällen nicht und zeigen die liberalen Fraktionen weiter extrem radikale Tendenzen, so ist die Regierung angewiesen, sich mehr und mehr auf das Zentrum und die konservativen

Elemente zu stützen, denn eine Auflösung könnte unter solchen Umständen die Lage schwerlich bessern.

Zu meinem Bedauern höre ich, daß man in politischen und Journalistenkreisen die von der Großblockpresse scharf getadelten Kundgaben der Regierung vor den Stichwahlen[1] und anläßlich der Freyschen Entgleisung bei der Kaiserfeier[2] speziell auf die Initiative S. K. H. des Großherzogs zurückführt, was nicht zutrifft, der hohe Herr stimmte lediglich der Anregung der Minister zu.

Naturgemäß herrscht hier zur Zeit wegen des Ergebnisses der Abstimmung im Bundesrat über die Stromabgabenfrage einige Erregung[3], das führende Demokratenblatt meint, man müsse nunmehr auf den Widerstand des Auslandes gegen die preußischen Pläne hoffen.

Auch an den Änderungen des Wahlrechts in Preußen[4], wie die Zeitungen sie jetzt melden, übt die Großblockpresse meist scharfe, höhnische Kritik.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 13, Ausf.; Marg.: „mtg. 10./2. R. A. d. Inn., R. Schatzamt, Arbeitsmin., Min. d. Inn."

[1] Vgl. Nr. 1126, 1127.

[2] Nr. 1156.

[3] Nieser an Marschall. „ Berlin, 5. Februar 1910. Die abgelaufene Woche hat die prinzipielle Entscheidung in der Frage der Schiffahrtsabgaben, und zwar, wie zu erwarten war, im Sinne der preußischen Vorlage gebracht. Der abweichende Standpunkt wurde nur von Sachsen, Baden, Hessen und den beiden Reuß vertreten, so daß bei der Feststellung des Stimmenverhältnisses für eine Plenarabstimmung nur 12 dissentierende Stimmen sich ergaben [...]" (GLA 233/34 814, masch. Ausf.). Am 29. Juni 1910 wurde der modifizierte Entwurf über den Ausbau der deutschen Wasserstraßen und die Einführung von Schiffahrtsgebühren im Bundesrat einstimmig angenommen (*Schultheß* 1910 S. 94, 330).

[4] Am 10. Febr. 1910 brachte Bethmann Hollweg einen Gesetzentwurf zur Reform des Dreiklassenwahlrechts im Preuß. Abgeordnetenhaus ein, worin der Bildung und den Besitzverhältnissen der Wähler ein größeres Gewicht eingeräumt wurde.

1164. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 14. Februar 1910

Die Mannheimer sozialdemokratische „Volksstimme" (Redakteur Geck) enthält einen angeblich so gemeinen Artikel gegen Ew. Exz., daß die Frage der eventuellen Beleidigungsklage vorliegt. Der Staatsminister v. Dusch veranlaßte deshalb die badische Gesandtschaft in Berlin, Ew. Exz. von dem Artikel Kenntnis zu geben.

Ich weiß nicht, was darin steht, werde mir aber das Blatt verschaffen. Ew. Exz. sollen unter anderem als Bedienter des „Januschauers" bezeichnet sein. Im allgemeinen gilt hier die Erfahrung, daß Beleidigungen durch die Presse vor den Geschworenengerichten selten gesühnt werden. In den meisten Fällen erfolgt Freispruch, wenn also eine Verurteilung nicht ziemlich sicher scheint, würde ich eher von einer Beleidigungsklage abraten. Die Presse bessert man doch kaum, auch wenn Strafe verfügt wird, weil diese viel zu gering zu sein pflegt. Das verstehen die Engländer besser, dort muß der Beleidiger meist ganz gehörig büßen.

In einer öffentlichen Versammlung[1] will hier heute, wie ich erwähnen darf, der

sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Eichhorn über die Äußerungen des Herrn v. Oldenburg[2] im Reichstage sprechen. In großen Plakaten wird die Sache angekündigt.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 33 Bd. 2, Ausf.

[1] Eisendecher berichtete Bethmann Hollweg am 15. Febr. 1910, daß „Eichhorn die Gefahren des Junkertums in Preußen schilderte. [...] Auf den Straßenplakaten war gesagt, daß diese Äußerung nicht unerwidert bleiben dürfe" (Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Bd. 5, eig. Ausf.).

[2] Oldenburg-Januschau, Elard v. (1855–1937), Rittergutsbesitzer in Januschau (Krs. Rosenberg, Westpreußen), Mitglied im BdL, K, MdPrAH 1898–1910, MdPrHH 1915–1918, MdR 1902–1912, 1930–1933 (DNVP).

Oldenburg-Januschau verteidigte am 29. Jan. 1910 (Sten. Ber. RTG Bd. 259 S. 898) in der Etatdebatte des Reichstags die preuß. Traditionen der Armee und den Offiziersstand: „Der König von Preußen und der Deutsche Kaiser muß jeden Moment imstande sein, zu einem Leutnant zu sagen: Nehmen Sie zehn Mann und schließen Sie den Reichstag!"

1165. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 15. Februar 1910

Der hiesige demokratische „Badische Landesbote" erscheint von heute ab als gemeinsames Organ der Demokraten, Freisinnigen und Nationalsozialen. Die Fusion dieser drei Parteien soll angeblich in Bälde perfekt werden. Bisher zeigte das Blatt ultraradikale, oft fast sozialistische Tendenzen, führte eine brutale, höhnische Sprache gegen Andersdenkende und benutzte speziell jede Gelegenheit zu bitter feindseligen Angriffen gegen Preußen. Das dürfte sich auch in Zukunft kaum ändern.

Die Großherzogliche Regierung bedauert lebhaft den maßlosen Ton des Landesboten, der in trauriger Weise die Preßverhältnisse hier kennzeichnet. Vor einigen Tagen brachte er an leitender Stelle die Kritik der „Demokratischen Korrespondenz" über Ew. Exz. Rede zur preußischen Wahlrechtsvorlage.[1] Gegenüber manchen eigenen Äußerungen des Blattes scheint diese Kritik noch einigermaßen milde.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 33 Bd. 2, eig. Ausf.; Marg.: „mtg. 19./2. R. A. d. Innern, Min. d. Innern".

[1] Vgl. Nr. 1166. Bethmann Hollwegs Rede bei der 1. Lesung der preuß. Wahlrechtsvorlage vom 10.–12. Febr. 1910 (Verhandlungen d. PrAH 1910 Bd. 2 S. 1403 ff.).

1166. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 15. Februar 1910

Die ungerechten Kritiken Ew. Exz. Rede zur preußischen Wahlrechtsreform in süddeutschen Blättern, insbesondere die vielfache Entstellung Ew. Exz. bundesfreundlicher Äußerungen, gaben mir Anlaß, mit dem hiesigen Mitarbeiter des „Schwäbischen Merkur", Dr. Ammon, vertraulich Rücksprache zu nehmen und ihn zu bitten, in diesem vornehmen Blatte dem Gebaren der radikalen Presse womöglich etwas entgegenzutreten. Er sagte das bereitwilligst zu und beklagte lebhaft, daß Ew. Exz. nach allen Seiten rücksichtsvolle Ausführungen kaum irgendwo in verdienter Weise gewürdigt würden.

Mit anderen Journalisten kann ich hier kaum persönlich in Verbindung treten, da sie schwerlich für derartige Anregungen zu haben sein möchten und fast alle wenig Wohlwollen für Preußen zeigen.[1]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 33 Bd. 2, masch. Abschrift; Marg.: „mtg. 19./2. Stuttgart".

[1] Bethmann Hollweg an Eisendecher. „Berlin, 13. Februar 1910. Ich ersehe aus der Tagespresse, daß die süddeutsche Demokratie meine Rede in bundesfeindlichem Sinne auszuschlachten versucht. *Diese* erkennt nicht nur die Eigenarten aller Bundesstaaten ausdrücklich als vollberechtigt an, sondern betont auch scharf Preußens Verpflichtung, seine Stärke in den Dienst des Reiches zu stellen. *Wirken Sie diesen Treibereien in geeigneter Weise – vielleicht in Fühlung mit der bad. Regierung – entgegen*" (Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 124 Bd. 4, masch. Abschrift; Marg.: „An die Gesandten in München, Stuttgart, Darmstadt").

1167. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 20. Februar 1910

Die Presse in Baden fährt fort, ein Übelwollen gegen Preußen zu bekunden, das kaum drastischer zutage treten könnte, wenn es sich um einen auswärtigen Feind am Vorabend eines Krieges handelte. Glücklicherweise sind die einheimischen Zeitungen jenseits der eigenen Grenze wenig verbreitet, aber manches geht doch in andere größere Blätter über und wirkt dann auch in weiteren Kreisen, namentlich dem Auslande gegenüber, als Beweis für unsere innere Zerfahrenheit.

Ich könnte fast täglich längere oder kürzere Hetzartikel gegen Preußen vorlegen, und zwar nicht nur aus den ultraradikalen, sondern auch aus den sogenannten liberalen Organen; alle sind ziemlich maßlos, viele fanatisch gehässig, und fast kein einziges Blatt denkt gerecht genug, sich der hohen Verdienste dieses Preußen und seiner Junker zu erinnern. Innerhalb der badischen Grenzpfähle sucht man vergebens nach einem Blatt, das Preußen ernstlich verteidigt und den Preßtreibereien entgegentritt. Die Zentrumsorgane machen zwar die Hetze nicht direkt mit, aber Worte entschiedenen Tadels finden sie nicht, zeigen eher bisweilen eine gewisse stillschweigende Schadenfreude und verraten gegen Ew. Exz. eine ausgesprochen unfreundliche Tendenz, weil hier das Zentrum in der Wahlrechtsfrage vorwiegend radikale Anschauungen hegt.

Meines Erachtens hätte das Regierungsblatt, die Karlsruher Zeitung, längst, schon ehe die Frage der Stromabgaben akut wurde, warnend einschreiten und deutlich Farbe bekennen müssen gegenüber der preußenfeindlichen Stimmung. Das geschah aber überhaupt nicht. Abgesehen von der kürzlichen Verteidigung Ew. Exz. Reden und der Notiz über den Vorgang bei der hiesigen Kaiserfeier[1] schwieg das Blatt und ließ die Dinge laufen. Ängstliche Rücksicht auf die herrschende öffentliche Meinung verleitete die Regierung sogar, in der mit Sachsen vereint übergebenen Denkschrift in den Ton der Presse gewissermaßen einzustimmen, ein Fehler, der ihr jetzt eine energische Stellungnahme erheblich erschwert; sie hätte rechtzeitig früher ihre mahnende Stimme erheben sollen, versuchte sie's heute, so würde die Preßmeute erst recht über sie herfallen. Leider ist der geschickte Chefredakteur[2] der „Karlsruher Zeitung" bereits länger krank, auch das mag zur völligen Passivität des Blattes beigetragen haben. Mit den Ministern besprach ich bisweilen das unerquickliche Thema, sie sind sämtlich empört über die

Presse und gestehen mehr oder minder zu, daß ein zeitiges Eingreifen vielleicht Eindruck gemacht hätte. Einstweilen muß man hoffen, daß die Zeitungen allmählig wieder etwas zur Besinnung kommen.

Im „Schwäbischen Merkur", dem einzigen mir vorliegenden Blatte, welches den hiesigen Schreiern konsequent und scharf die Wahrheit sagt, fragt dessen bekannter Karlsruher Mitarbeiter mit Recht, wohin diese Agitation gegen den größten deutschen Bundesstaat schließlich führen soll.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 33 Bd. 2, eig. Ausf.

[1] Vgl. Nr. 1158 Anm. 1.

[2] Julius Katz. Seine Vertretung hatte Adolf Kersting übernommen (Vgl. Nr. 1037). Auf die Frage nach der Zukunft der Süddeutschen Reichskorrespondenz antwortete Eisendecher dem Reichskanzler am 20. April 1911 vertraulich, er würde ihr Eingehen „für bedauerlich halten. Das Blatt ist anständig, maßvoll u[nd] sachlich redigiert, hat gute Mitarbeiter u[nd] wirkte seit seinem Bestehen immer im nationalen Sinne, im Gegensatz zu der Mehrzahl der im Land erscheinenden Zeitungen. Die Gr[oßherzogliche] Reg[ierung] teilt diese m[eine] Ansicht u[nd] glaubt wie ich, die Fortdauer der dem Organ bisher v[on] Berlin aus gewährten materiellen Unterstützung warm befürworten zu sollen. Mit dem Fortfall solcher Unterstützung könnte die Korrespondenz zweifellos nicht weitergeführt werden. Auch S.K.H. der Gr[oßherzog] bekundet für das Unternehmen, das sich der Protektion u[nd] des besonderen Vertrauens seines hochseligen Herrn Vaters erfreute, ein wohlwollendes Interesse. [...] Mitbestimmend" für ihn sei „die Rücksicht auf den langjährigen verdienten Chefredakteur Katz, der, jetzt fast ein Jahr nervenleidend u[nd] arbeitsunfähig, nur noch den Namen für die Herausgabe hergibt u[nd] bei Einstellung der Berliner Unterstützung mit seiner Familie in eine sehr üble Lage kommen würde. Er hat s[einer]z[ei]t durch diskretes Verhalten, großen Takt u[nd] stete Vertrauenswürdigkeit entschieden viel Gutes gewirkt. Man kann ihm nur Dank wissen u[nd] sollte m[eines] E[rachtens] auch aus diesem Grunde, womöglich zunächst wenigstens, den Beitrag des A[uswärtigen] Amtes nicht zurückziehen. Als Leiter fungiert seit Katz' Erkrankung der zweite Redakteur Kersting, ein allgemein geachteter fleißiger Mann tadellosen Charakters. Für die K[orrespondenz] wäre es natürlich von höchstem Wert, wenn, wie früher, auch jetzt noch bisweilen Mitteilungen des A[uswärtigen] Amtes an dieselbe gelangen könnten, obwohl seit dem Tode des Gr[oßherzogs] Friedrich I. die eigentlichen Voraussetzungen dafür nicht mehr als gegeben zu erachten sind. [...] Angeblich sollen Mitarbeiter u[nd] Druckkosten pp. eine jährliche Aufwendung von c[a]. 10000 M[ark] erfordern" (ZStA Merseburg, 2.4. 16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 114, eig. Konz.; Marg.: „abges. eod.").

1168. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 22. Februar 1910

Während der gestrigen Beratung[1] des Budgets des Ministeriums des Innern in der badischen Zweiten Kammer hatte unter anderem der sozialdemokratische Abgeordnete Süßkind den in die „Karlsruher Zeitung" übernommenen Artikel der „Süddeutschen Reichskorrespondenz" erwähnt, welcher Ew. Exz. Rede[2] verteidigte, und dabei diese Kundgebung als Redaktionsarbeit bezeichnet. Auch die Frage der Schiffahrtsabgaben war im Laufe der Debatte zur Sprache gebracht worden. Minister Freiherr v. Bodman antwortete heute darauf folgendermaßen:

„Der Abgeordnete Süßkind hat gestern von einem Artikel gesprochen, der aus der ‚Süddeutschen Reichskorrespondenz' in die ‚Karlsruher Zeitung' übernommen wurde und die Angriffe gegen den Reichskanzler bezüglich dessen Stellungnahme zur preußi-

schen Wahlrechtsfrage zurückwies, und gemeint, daß dieser Artikel eine Redaktionsarbeit sei und die Meinung der Regierung nicht zum Ausdruck bringe. Ich muß diese Illusion des Abgeordneten Süßkind zerstören. Der Artikel vermittelte meine Ansicht. Was der Reichskanzler in der Rede, die die Angriffe gegen ihn veranlaßte, sagte, hat mich sympathisch berührt, denn er hat in seinen Ausführungen die Eigenart und Selbständigkeit der süddeutschen Staaten anerkannt und auch das Einigende zwischen den deutschen Bundesstaaten betont. Ich hielt es für geboten, das in der ‚Karlsruher Zeitung' festzustellen, denn auch ich lege auf das Einigende in Deutschland das Hauptgewicht. Das hat mich aber nicht abgehalten, die Interessen unseres Landes in der Frage der Schiffahrtsabgaben energisch zu vertreten. Ich habe den Ausgang dieser Angelegenheit bedauert. Ich glaube aber, daß wir keinen weiteren Anlaß zum Bedauern haben werden; darin werde ich bestärkt durch den weiteren Verlauf der Verhandlungen über die Schiffahrtsabgaben.[3] Die Verhandlungen sind vertraulich, so daß ich mich über dieselben nicht des näheren äußern kann. Soviel darf ich aber sagen, daß wir in staatsrechtlicher wie in wirtschaftlicher Beziehung auf eine befriedigende Gestaltung der Vorlage rechnen dürfen, soweit hier von einer Befriedigung gesprochen werden kann, nachdem die Einführung von Schiffahrtsabgaben beschlossen wurde. Sagen darf ich auch noch, daß die Rheinregulierung von Straßburg bis Konstanz ziemlich gesichert scheint".

Das Haus spendete dem Minister nach diesen Worten lebhaften Beifall. Ich halte die Äußerung für sehr nützlich. Die Abendblätter bringen sie wörtlich, und man darf wohl hoffen, daß sie auf die Stimmung und die halbwege anständige Presse einigen Eindruck machen werden.

Herr v. Bodman ist der beliebteste Minister, er redet stets ruhig, sachlich und energisch, oft mit gutartigem, ironischen Humor, hat dabei ein ungemein sympathisches Organ.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 168 geheim Bd. 3, Ausf.

[1] 39. Sitzung II. Kammer vom 21. Febr. 1910.
[2] Vgl. Nr. 1165 Anm. 1.
[3] Vgl. Nr. 1163 Anm. 3.

1169. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 23. Februar 1910

Ew. Exz. Beantwortung der Interpellation Frank und Genossen[1] im Reichstage hat hier bei allen verständigen Leuten den denkbar besten Eindruck gemacht. Sowohl S. K. H. der Großherzog wie die Minister und zahlreiche sonstige Bekannte gaben mir gegenüber ihrer Zustimmung zu den grundvornehmen, überzeugenden Darlegungen Ew. Exz. lebhaften Ausdruck. Ziemlich allgemein wird die Interpellation als ein bei den Haaren herbeigezogenes Agitationsmittel scharf verurteilt; man bedauert, daß der Begründer Badener ist, der in so maßlosem, ungerechten Tone seine übertriebenen Ansichten vertrat.

Abgesehen von den sozialdemokratischen Zeitungen scheint sonst die Presse leidlich einig in ihrer tadelnden Kritik des Vorgehens der Interpellanten und in dem günstigen Urteil über Ew. Exz. Worte. Einzelne liberale Blätter[2] können es sich leider nicht

versagen, dem Dr. Frank einiges Lob zu spenden und Ew. Exz. das Adjektivum von dem „verrohenden" Einfluß demokratischer Wahlrechtssysteme als nicht glücklich vorzuwerfen, obgleich sie immerhin wohl auch die Wahrheit solchen Einflusses fühlen müssen.

Die Rede hat hier zweifellos gut und heilsam gewirkt. Es wird meines Erachtens sicher die Zeit kommen, in der man Ew. Exz. besser kennen und schätzen lernt. Eine derartige ruhige Sachlichkeit, feste Überzeugungstreue und gerechte Würdigung der Verhältnisse muß allmählich Anerkennung finden.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 3 Bd. 24, eig. Ausf.

[1] Frank (SPD) interpellierte am 19. Febr. 1910, ob Bethmann Hollwegs Rede zur Wahlrechtsfrage (Nr. 1165 Anm. 1) in Preußen das Reichstagswahlrecht bedrohe (Vgl. *Schultheß* 1910 S. 142ff.).
[2] Bad. Landesbote, Nr. 84 vom 21. Febr. 1910; Bad. Beobachter, Nr. 42 vom 22. Febr. 1910.

1170. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 27. Februar 1910

Auf den hohen Erlaß Nr. 121[1] beehre ich mich gehorsamst zu berichten, daß die in der hiesigen bürgerlichen Presse erschienenen gröbsten Hetzartikel gegen Preußen schon von mir eingereicht worden sind, und zwar *seit dem 9. Dezember v.J.* Sie stammen zumeist aus dem demokratischen „Badischen Landesboten" oder auch aus dem nationalliberalen Parteiorgan. Sozialdemokratische Blätter hält die Gesandtschaft nicht, sie bieten meines Erachtens in ihren Angriffen gegen Preußen weniger Interesse, weil ihre extrem feindliche Haltung eigentlich gegeben ist. Ich will versuchen, noch eine kleine Sammlung der boshaftesten Ergüsse wieder aufzutreiben, meine aber, daß gegenwärtig eine auszügliche Zusammenstellung in der „Süddeutschen Reichskorrespondenz" besser unterbleiben sollte. Die Hetze hat hier in der letzten Woche entschieden fast ganz nachgelassen; seit dem gehorsamsten Berichte vom 20. d. Mts. Nr. 43[2] und nach den inzwischen erfolgten Erklärungen des Ministers v. Bodman in der Kammer fand ich nur ganz vereinzelte übelwollende Notizen. Man fängt doch wohl an einzusehen, daß die antipreußische Erregung töricht und ungerecht ist und nur schaden kann.

Vorlage der Amtlichen Berichte über die Beratung des Budgets des Ministeriums des Innern in der Zweiten Kammer, darin auch die demokratischen und sozialdemokratischen Stellungnahmen gegen den Reichskanzler sowie die Erklärung v. Bodmans.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 33 Bd. 2, Ausf.

[1] Am 22. Febr. 1910 bat das Auswärtige Amt Eisendecher, „möglichst bald eine Zusammenstellung der größten Hetzereien badischer Blätter gegen Preußen aus der letzten Zeit einreichen zu wollen" und „zu berichten, ob man sich [...] eine abschreckende Wirkung davon versprechen könnte, wenn ein Extrakt solcher Hetzereien in der Süddeutschen Reichskorrespondenz, sei es aus Berlin, sei es aus Karlsruhe, an den Pranger geschlagen würde" (Ebd., Konz.).
[2] Nr. 1167.

1171. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 2. März 1910

Die Budgetberatung im Badischen Landtage zeigt andauernd ein schnelleres Tempo als in früheren Sessionen. Den Etat der Volksschulen erledigte die Zweite Kammer in vier Tagen; man wird aber auf den Gegenstand noch zurückkommen, da dem Hause eine Vorlage über Veränderungen des Elementarunterrichtsgesetzes[1] zuging, die zunächst in einer besonders gewählten Kommission beraten werden soll und einstweilen in Lehrerkreisen stark bemängelt wird. In der Debatte wurde ziemlich allgemein eine gewisse Rückständigkeit in der Entwicklung der Volksschulen beklagt. Es fehlt noch an genügenden Lehrkräften und an Schulräumen. Auch geht die Schülerzahl in den Klassen noch vielfach über die angenommene Maximalgrenze von 70 Schülern hinaus. Sehr eingehend wurde über den Religionsunterricht verhandelt, was zu lebhaften Auseinandersetzungen auch über die Trennung von Kirche und Staat führte.

Die Großherzogliche Regierung zeigte sich durchweg entgegenkommend, sah sich aber genötigt, in Anbetracht der Finanzlage größtmögliche Sparsamkeit zu empfehlen. Die sozialdemokratischen Redner, insbesondere der Berichterstatter Kolb, bekundeten maßvolle Sachlichkeit, während einzelne Abgeordnete der Demokraten und des Zentrums ziemlich erregt sprachen. In der folgenden Beratung des Budgets des Ministeriums des Innern zeichneten sich die Sozialdemokraten durch sehr lange kritische Bemerkungen aus, die vom Minister v. Bodman mit großer Aufmerksamkeit und Geduld angehört und geschickt beantwortet wurden. [...] In der „Spezialberatung" hielten die Sozialdemokraten Stockinger[2] und Maier[3] etwas weniger Maß, so daß der Minister ihnen deutlich seine Meinung sagte. Es handelte sich namentlich um das Verhalten der Polizeiorgane bei Streiks, Straßendemonstrationen und Versammlungen.

Freiherr v. Bodman hat eine besonders glückliche humorvolle Art, den Herren Volksvertretern seine Ansichten auszudrücken, eine gewisse überlegene höfliche Ruhe verläßt ihn nie, dabei ist er energisch, schlagfertig und gründlich beschlagen in seinem Ressort. Er erfreut sich in der Kammer allgemeiner Beliebtheit, auch bei den Sozialdemokraten, die ja derzeit im Hause eine große Rolle spielen und bis jetzt offenbar bemüht sind, den parlamentarischen Anstand zu wahren.

Die alte fanatische Feindschaft zwischen den Nationalliberalen und dem Zentrum tritt bei den Verhandlungen meist in erster Linie hervor, daneben machen sich die schroffen Gegensätze zwischen Schwarz und Rot stets bemerkbar, während man zugleich bald erkennt, daß der gesamte Liberalismus den Sozialdemokraten gegenüber milde Rücksicht übt und daß der linke Flügel der nunmehr vereinigten Volksparteiler den „Genossen" recht nahesteht. Nach dem seitherigen Verlauf der Kammertagung erscheinen manche sozialdemokratische Redner eigentlich sympathischer als die extremen Demokraten wie Venedey oder Hummel. Von ersteren ist Dr. Frank entschieden der fähigste und zugleich gefährlichste, obgleich er angeblich revisionistischen Prinzipien huldigt. Vorläufig verlegt er seine Haupttätigkeit in den Reichstag, ist aber doch wohl, wie der hiesige „Schwäbische Merkur"-Korrespondent meint, anerkannter Führer des Großblocks in der badischen Kammer. Vor dem Bismarck-Denkmal in Frankfurt soll er vor der Masse der Demonstranten „Nieder mit Bismarck" ausgerufen haben.[4]

Der Konstanzer Demokrat Venedey hielt hier kürzlich einen charakteristischen Vortrag im Arbeiter-Diskussionsklub über das Jahr 1848.[5]

Finanzminister Dr. Honsell wird demnächst einen längeren Krankenurlaub antreten und wahrscheinlich nachher gezwungen sein, den Dienst zu verlassen. Sein Scheiden aus dem Amte bedeutet für die Regierung und das Land einen schweren Verlust.[6]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „7./3. R. A. d. Innern".

[1] Die Novelle legte die achtjährige Schuldauer fest, regelte die Zusammensetzung des Ortsschulbeirats und der Schulverwaltung, befreite konfessionslose Schüler vom obligatorischen Religionsunterricht und bestimmte die Wochenunterrichtszeit auf 16 bzw. 20 Stunden (*Kolb*, Landtag 1909/10 S. 112ff.). Gesetzentwurf, Änderungen des Gesetzes über den Elementarunterricht betr. (2. Beilageheft 1909/10 S. 144ff. – Drucksache Nr. 33a).

[2] Stockinger, Friedrich Wilhelm Leopold (1878–1937), Beamter der Ortskrankenkasse in Pforzheim, seit 1911 Stadtverordneter, SPD, MdL 1909–1921, 1918/19 bad. Kultusminister, 1920/21 Bürgermeister in Pforzheim, 1921–1933 in St. Georgen.

[3] Maier, Emil (1876–1932), Buchdrucker, seit 1904 Redakteur in Mannheim („Volksstimme"), 1908 Parteisekretär, SPD, MdL 1909–1912, 1919–1932, 1912–1931 Stadtrat in Heidelberg, 1929–1931 Staatsrat, 1931/32 bad. Innenminister.

[4] *Below* S. 27.

[5] Bad. Landesbote, Nr. 51 vom 2. März 1910; Bad. Presse, Nr. 100 vom 2. März 1910.

[6] Vgl. Nr. 1183.

1172. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 9. März 1910

In der badischen Zweiten Kammer wurde vom 4. bis 8. d. Mts. in vier Sitzungen bei Beratung des Titels Gewerbeaufsicht und soziale Gesetzgebung der letztsommerliche Streik in der Aluminiumfabrik zu Badisch-Rheinfelden[1] und das Eingreifen des Fabrikinspektors Dr. Bittmann[2] eingehend erörtert. Die Ausschreitungen der Arbeiter waren damals so ernster Natur, daß militärische Hilfe requiriert, die Ordnung aber durch das bloße Erscheinen der Truppen wiederhergestellt wurde.

Der Streik verdient insofern meines Erachtens weiteres Interesse, als nach den Verhandlungen der Kammer einem einzelnen Manne fast die ganze Schuld für die bedauerlichen Vorgänge beizumessen sein dürfte und als eigentlich zum ersten Male Großblock und Zentrum in der Kammer sich geschlossen feindlich gegenüberstanden. Die Streikenden gehörten in der Mehrzahl den christlichen Gewerkschaften an, und der Gewerkschaftssekretär Engel[3] war wohl als Anstifter und Leiter des Streiks derjenige, der durch sein Verhalten rechtzeitige Beruhigung und Einigung vereitelte. Die gesamte Linke – der Großblock – verurteilte aufs schärfste Engels unheilvollen Einfluß, während das Zentrum ihn in Schutz zu nehmen suchte, auch mehr oder minder für die christlichen Streiker eintrat und das Eingreifen des Fabrikinspektors Dr. Bittmann tadelte. Letzterer rechtfertigte seine Haltung in sehr langen Reden, aus denen Engels Verschulden ziemlich zweifellos hervorging.

Minister v. Bodman nahm sich in seiner geschickten, ruhigen Art der Beamten und des Fabrikinspektors an, rügte nur beiläufig dessen bisweilen vielleicht allzu scharfes Vorgehen und stimmte dem Urteil der Linken über den Gewerkschaftssekretär Engel durchaus bei.

In der Presse wird über die Verhandlung reichlich viel geschrieben; sie bedeutet für das Zentrum eine entschiedene Niederlage, und wenn jetzt in klerikalen Blättern behauptet wird, Dr. Bittmann sei vom Minister desavouiert worden und werde nicht bleiben, so scheint das keineswegs zutreffend. Bedauern muß man, daß die Verhandlung so viel Zeit in Anspruch nahm, die man besser hätte verwenden können.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 13, Ausf.; Marg.: „mtg. 15./3. R. Amt d. Innern".

[1] *Differenzen*, passim; *Bocks* S. 538ff.

[2] Bittmann, Karl Dr. (1851–1936), zunächst als Chemiker und Betriebsleiter in der Industrie, 1894 Hilfsarbeiter im preuß. Gewerbeaufsichtsdienst, 1895 Regierungs- und Gewerberat, 1902–1914, 1917/18 Vorstand der bad. Fabrikinspektion (Oberregierungsrat), 1911 Direktor, 1914–1917 Referent für Sozialpolitik und Arbeiterfragen der deutschen Zivilverwaltung in Belgien (AV; PA-GLA). Vgl. *Bittmann*, passim.

[3] Engel, Emil, 1909 Bezirksleiter des christlichen Metallarbeiterverbands in Straßburg, seit Mai 1909 in Rheinfelden (Frdl. Auskunft d. Bürgermeisteramts Rheinfelden).

1173. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 12. März 1910

Die intensive Preußenhetze in der Presse, wie sie hier namentlich während des akuten Stadiums der Stromabgabenfrage hervortrat, ist jetzt wesentlich geschwunden, aber die feindliche Stimmung zeigt sich noch anläßlich der preußischen Wahlrechtsvorlage, der Berliner Straßendemonstrationen[1] und gelegentlich der Ostmarkenpolitik.[2] Besonders die ersteren Themata werden in den meisten Blättern jetzt in spöttisch abfälliger Weise erörtert. Demokratie und Sozialdemokraten verlangen das Reichstagswahlrecht oder gehen noch weiter in ihren Forderungen. Der sonstige Liberalismus und gewisse Zentrumsstimmen wollen sich mit der direkten und geheimen Wahl allenfalls abfinden, während die Vorlage selbst und die Beschlüsse der Kommission fast allerseits in Grund und Boden verurteilt und verworfen werden. In den einer direkten und geheimen Wahl entgegenstehenden Kompromissen sieht man nur die dauernde Herrschaft des Junkertums und der Reaktion.

Im ganzen übt das Zentrum in der Wahlrechtsfrage mehr Zurückhaltung, seine Organe bringen aber über die Straßendemonstrationen in Berlin wenig freundliche Berichte und tadeln wie die liberalen und radikalen Zeitungen das Verhalten der Berliner Polizei als roh und ungerechtfertigt. Die führenden Blätter der Demokratie und der Nationalliberalen, Landesbote und Landeszeitung, bringen an leitender Stelle die im Berliner Tageblatt veröffentlichte Äußerung eines Londoner Polizeibeamten und empfehlen der preußischen Polizei die Annahme des englischen Systems bei solchen Demonstrationen. Der Landesbote spricht dabei den Verdacht aus, daß man in Berlin die Straßenkundgebungen gern absichtlich zu staatsgefährlichen Akten stempele. Der Polizeipräsident und die Rechtfertigung in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung werden deshalb stark verhöhnt.

Mit der preußischen Ostmarkenpolitik ist weder der hiesige Radikalismus noch das Zentrum einverstanden; letzteres meint immer noch in Verkennung der Sachlage für die vermeintlich unterdrückten polnischen Glaubensgenossen eintreten zu müssen. Nur

widerwillig nahm unlängst der demokratische Landesbote eine Zuschrift des hier neubegründeten Ostmarkenvereins auf, in welcher dessen Ziele und die Verhältnisse im nationalen Sinne dargelegt wurden.

Allen diesen zum Teil recht übelwollenden antipreußischen Regungen gegenüber kann ich als hocherfreulich feststellen, daß Ew. Exz. jüngste Bemerkungen über unsere Beziehungen zu England hier überall lebhafteste Zustimmung finden.[3] Eine so klare, würdige und versöhnliche Kundgebung des ersten Beamten des Reiches hätte schon vor Jahren außerordentlich günstig wirken können.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 13, Ausf.; Marg.: „mtg. 16./3. R. A. d. Innern, Min. d. Innern".

[1] Demonstration der SPD in Berlin (6. März 1910) gegen das Dreiklassenwahlrecht in Preußen.
[2] Vgl. Nr. 1154 Anm. 1.
[3] Verhandlungen zwischen dem Reich und England über die englische Neutralität und den deutschen Flottenbau.

1174. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 13. März 1910

Baden besitzt sechs volle und vier Vorseminare, die mit Ausnahme von dreien auf simultaner Grundlage eingerichtet sind. Schon in früheren Jahren wurde im Landtage die Frage der Simultanisierung dieser drei Ausnahmeanstalten erörtert, sie kam auch bei der kürzlichen Schulberatung in der Zweiten Kammer wieder zur Sprache[1] und führte zu einem von den Großblockparteien gegen die Stimmen des Zentrums und der Konservativen und ohne Rücksicht auf die Regierungswünsche angenommenen Antrag, der die Umwandlung der drei Seminare in simultanem Sinne befürwortet.

Es handelt sich dabei um die beiden katholischen Seminare in Meersburg und Ettlingen und um das vorwiegend evangelische Seminar I in Karlsruhe, das auch von altkatholischen und israelitischen Schülern besucht wird. Die Großherzogliche Regierung wünscht diese Schulen in ihrer konfessionellen Gestalt aus praktischen Gründen zu erhalten, weil sie sich durchaus bewährt haben. Ihre Simultanisierung würde Kosten verursachen und für Meersburg, das in einer fast ganz katholischen Gegend liegt, einen erheblich verminderten Besuch zur Folge haben.

Freiherr v. Dusch nahm daher Anlaß, in der Ersten Kammer den Standpunkt der Regierung demgemäß eingehend darzulegen und zu erklären, daß die Regierung nicht in der Lage sei, dem Antrage des anderen Hauses zu entsprechen.

Die Blätter der Linken tadeln nun unberechtigterweise die Haltung der Regierung als zentrumsparteilich. Meines Erachtens verdient der Vorgang einige Beachtung, weil er wiederum zeigt, wie die Zentrumsfeindschaft den Liberalismus, speziell die Nationalliberalen, beherrscht und ihr politisches Augenmaß trübt, denn offenbar nur aus Haß gegen das Zentrum stimmten diese ausschlaggebend für den Simultanisierungsantrag, also gegen die Regierung, obgleich sie in der vorigen Session einen ähnlichen Antrag abgelehnt hatten.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 9, Ausf.; Marg.: „mtg. 19./3. R. A. d. Inn., Kult. Min."

[1] 32.–34. Sitzung II. Kammer vom 10.–12. Febr. 1910. Zur Begründung der ablehnenden Haltung des Zentrums vgl. *Kremer*, Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht S. 139f.

1175. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 18. März 1910

Über die gemeine, dünkelhafte Sprache des hiesigen demokratischen Hauptblattes und seine Preußenhetze ist diesseits des öfteren, zuletzt noch gestern, berichtet worden. Nachdem nun die Verschmelzung der drei linksliberalen Parteien auch in Baden zur Durchführung gelangte, glaubt das Blatt, sich seinen Lesern als Organ der neuen geeinigten Volkspartei nochmals in der gehorsamst angeschlossenen Kundgebung empfehlen zu sollen.[1]

Hohn und Haß gegen Ew. Exz. treten darin besonders kraß hervor, und Ton wie Inhalt scheinen mir so jeden politischen Anstandsgefühles bar, daß man die Verbreitung einer solchen Zeitung im Lande im nationalen Interesse immer wieder lebhaft bedauern muß. Man fragt sich unwillkürlich, welche Erfolge denn die Demokraten Badens mit ihren Anschauungen eigentlich aufzuweisen haben, daß sie so den freiheitlichen Zielen und dem Volkswohle zu dienen vermeinen und sich das Recht anmaßen, auf Andersdenkende mit höhnischer Verachtung herabzusehen. Höchstens kann ihnen das „Verdienst" der Entfesselung revolutionärer Zustände in den Jahren 1848 und 1849 zugebilligt werden. Damals hetzten Presse und Agitatoren ähnlich wie jetzt, und die Folgen waren für Baden nicht eben rühmlich, Preußen mußte kommen und Ordnung schaffen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 33 Bd. 3, Ausf.; Marg.: „mtg. 24./3. Min. d. Inn., R. A. d. Inn."

[1] Bad. Landesbote, Nr. 64 vom 17. März 1910.

1176. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 12. April 1910

Am Vorabend des soeben hier veranstalteten ersten Parteitages der vereinigten Linksliberalen Badens hielt der Reichstagsabgeordnete Haußmann eine anderthalbstündige maßvolle Rede, die gegen die üblichen Kraftäußerungen hiesiger Demokraten sehr vorteilhaft absticht.[1] Er sprach unter anderem von Elsaß-Lothringen, das selbständig werden müsse – natürlich auf möglichst demokratischer Grundlage, Preußen dürfe dem nicht widerstreben, es verlange mit Recht die Führung im Reiche, aber dann solle es auch wirklich führen und nicht hemmen. Die Stellung des Reichskanzlers ohne Partei und „ohne Parteigrundsätze" erschwere unsere Politik ungemein, allmählich sei ein wirklich konstitutionelles System einzuführen mit zwei großen Parteien. Das Zentrum zerstöre gewissermaßen die politische Moral durch sein fortwährendes „Hinüber und Herüber". Die Sozialdemokratie versage in der praktischen Lösung mancher Fragen, weil sie prinzipiell nicht mit anderen verwandten Parteien zusammengehen wolle. Stärkung des Gerechtigkeitssinnes, Milderung der Gegensätze namentlich zwischen Arbeitgebern und

Arbeitnehmern, Entwicklung der Schulen und der politischen Bildung des Bürgertums seien die Hauptaufgaben der Volkspartei.

Die Rede fand in der gedrängt vollen Festhalle lebhaften Beifall.

Zum Parteitage waren 342 Delegierte anwesend. Professor Heimburger (Demokrat) wurde zum 1. Vorsitzenden, Stadtrat Dr. Weill (freisinnig) zum 2. und Pfarrer Lehmann (christlich-sozial) zum 3. Vorsitzenden gewählt. Zuerst referierte der Demokrat Rechtsanwalt Dr. Haas (Karlsruhe) über die Einigung und das Parteiprogramm. Dann sprach Buchhändler Dr. Knittel[2] über die Parteipresse und Landtagsabgeordneter Professor Hummel über den Landtag und die politische Lage. Diese letzte Rede ist wiederum besonders bezeichnend für den badischen Demokratendünkel, man muß sie ganz lesen, um den richtigen Eindruck zu erhalten. Scharfen Tadel richtete er gegen die Zentrumspresse ohne zu bedenken, daß hiesige demokratische Organe an Maßlosigkeiten und persönlichen Verunglimpfungen fast alle Blätter übertreffen. Auf eine Anfrage betreffend das Heidelberger Schloß antwortete Hummel am Schluß, man werde nicht dulden, neue Hohkönigsburgen und Saalburgen erstehen zu sehen.

Das Referat des „Landesboten"[3] über den Parteitag ist gehorsamst angeschlossen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 13, Ausf.; Marg.: „mtg. 16./4. R. A. d. Inn."

[1] Am 2. Mai 1910 berichtete Eisendecher dem Reichskanzler „über die preußenfeindliche dünkelhafte Überhebung hiesiger Demokraten" und nannte hierfür einen „Zurück zur Studierstube" überschriebenen Leitartikel [Bad. Landesbote, Nr. 99 vom 30. April 1910] des früheren evangelischen Pfarrkandidaten und jetzigen Lehrers an der Karlsruher Oberrealschule Professor Helbing. Dieser „flicht dabei kritisch hämische Bemerkungen gegen Ew. Exz. ein. Er und sein vier Jahre jüngerer Schulkollege, der Abgeordnete Professor Hummel, bekunden eine besonders intensive Preußenfeindschaft, die sich vielfach auch gegen Ew. Exz. richtet. Beide sind Staatsbeamte und Jugenderzieher, dabei aber charakteristische Typen demagogischer Hetzer, ungefähr wie ihre Gesinnungsgenossen vom Jahre 48. Mit dem Parteichef, Realschuldirektor Heimburger, und einigen jüngeren Rechtsanwälten führen sie in Presse und Versammlungen das große Wort. Auf irgendwelche Verdienste in politischem Sinne können sie meines Wissens nicht zurückblicken, selbst halten sie sich aber für die unfehlbaren wahren Apostel der Freiheit und betrachten es in solcher Eigenschaft als ihre Hauptaufgabe, Junkertum und Reaktion in Preußen zu bekämpfen. [...] Kein badisches Blatt tritt dem Treiben dieser Agitatoren entgegen, nur im „Schwäbischen Merkur" sagt dessen bekannter hiesiger Mitarbeiter ihnen nach wie vor bisweilen seine Meinung [...]" (Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 13, Ausf.; Marg.: „mtg. 7./5. Min. d. Innern").

[2] Knittel, Richard Dr., Verlagsbuchhändler in Karlsruhe, FVP-Parteigänger.

[3] Bad. Landesbote, Nr. 83 vom 12. April 1910.

1177. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 20. April 1910

Karlsruhe erlebte am vergangenen Sonntag vormittag[1] eine vorwiegend sozialdemokratische Volksdemonstration unter freiem Himmel. Es handelte sich um die erhebliche Verteuerung des Bieres und aus diesem Anlaß um eine Boykottierung hiesiger Wirte und Brauereien.[2]

Etwa 4000 Menschen, nach dem „Volksfreund" sogar 10000, versammelten sich auf dem leeren Meßplatze außerhalb der Stadt und lauschten den eindringlichen Reden

des Arbeitersekretärs und Abgeordneten Willi und des Gewerkschaftsführers Philipp[3], die ein zeitweises Vermeiden jeden Biergenusses empfahlen.

Die Versammelten nahmen einstimmig eine Resolution[4] an, in welcher nicht nur gegen den Bierpreis, sondern auch gegen die fortschreitende Verteuerung aller Lebens- und Genußmittel durch die Zoll- und Steuergesetzgebung protestiert und den geschädigten Brauereiarbeitern Unterstützung zugesagt wird; auch Landtag und Regierung sollen diesen Arbeitern Entschädigungen gewähren.

Die Demonstration verlief durchaus ruhig, irgendwelche Ausschreitungen kamen nicht vor, und von polizeilichen Maßnahmen bemerkte man kaum etwas. Die Erhöhung des Bierpreises um 25 Prozent infolge des neuen Biersteuergesetzes erscheint in der Tat einigermaßen ungerechtfertigt. Brauereien sowohl wie Wirte hätten sich billigerweise mit einem geringeren Preisaufschlage wohl begnügen können, sie verteidigen indessen hartnäckig die neuen Preise als notwendig.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 13, Ausf.; Marg.: „mtg. 23./4. R. A. d. Inn., R. Schatzamt".

[1] 17. April 1910.

[2] Vgl. Nr. 1155.

[3] Philipp, August, Maurer, Vorsitzender der Kartellkommission der freien Gewerkschaften in Karlsruhe.

[4] Bad. Presse, Nr. 175 vom 18. April 1910.

1178. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 26. April 1910

Vertraulich. S. G. H. der Prinz Max von Baden hat sich kürzlich während eines vom Minister Freiherrn v. Marschall veranstalteten parlamentarischen Abends mit verschiedenen dort anwesenden sozialdemokratischen Abgeordneten unterhalten, ein Vorgang, der in der Presse als beachtenswert vermerkt wurde.[1]

Der Prinz sagte mir darüber etwa folgendes: Die sozialdemokratischen Mitglieder der Kammer hätten bei den bisherigen Beratungen fleißig mitgearbeitet, sie seien maßvoll aufgetreten, und im Gegensatz zu den meisten norddeutschen Genossen könne man ihr Verhalten vorläufig nur als passend und korrekt bezeichnen. Es habe deshalb für ihn in dieser Beziehung kein Grund vorgelegen, die Herren bei dem geselligen Zusammentreffen zu schneiden oder wesentlich anders zu behandeln als ihre Kollegen von den bürgerlichen Parteien. Ganz allgemein hege er im übrigen die Überzeugung, daß eine persönliche und private Fühlung und Aussprache mit politischen Gegnern nützlich sei. Das habe man namentlich in England längst erkannt. Als Präsident der Ersten Kammer sei es ihm zudem sehr erwünscht gewesen, von den Persönlichkeiten der sozialdemokratischen Volksvertreter einen direkten Eindruck zu gewinnen. Er habe also keinen Anstand genommen, mit mehreren von ihnen zu sprechen. Von dem früheren Malergesellen Kolb könne er nur sagen, daß seine Art und seine Äußerungen ihn sympathisch berührt hätten, er sei offenbar ein ehrlicher, honetter Charakter, der ohne ursprüngliche Bildung viel gelernt habe und das Bestreben zeige, wenigstens zunächst in dem Kampfe um die sozialen Ziele Maß zu halten. Bei Dr. Frank dagegen habe er die Empfindung, daß er,

obwohl äußerlich manierlich und glatt, anscheinend alle Eigenschaften eines zähen, kampfbereiten und gefährlichen Agitators besitze. Der Jude trete in ihm unverkennbar hervor. Hohe Intelligenz, Ehrgeiz, schlagfertige Beredsamkeit und kühle, zielbewußte Rücksichtslosigkeit seien geeignet, ihm allmählig großen Einfluß in der Partei zu sichern. Wahrscheinlich werde er auch außerhalb Badens noch eine hervorragende Rolle spielen, schon sein Auftreten im Reichstage lasse darauf schließen.

Der erste Vizepräsident der Kammer, Geiß, scheine ein einfacher, ruhiger Mann ohne Leidenschaft oder merklichen Ehrgeiz, mit seinen Fähigkeiten stehe er ohne Zweifel gegenüber den beiden genannten Genossen weit zurück.

An dem Abend sei sonst die ganze sozialdemokratische Fraktion zugegen gewesen, und alle hätten sich durchaus passend und höflich benommen. Geck, den er, der Prinz, bereits kenne als Mitglied des ständischen Ausschusses, habe gefehlt, ebenso Süßkind, ein Mannheimer Jude, der in der Kammer viel rede. – Der Prinz bemerkte noch, sein Herr Vetter, der Großherzog, habe gegen die Unterhaltung mit den Genossen keine Einwendungen erhoben, die Großherzogin Luise äußere aber anläßlich solcher persönlichen Annäherung einige Bedenken.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 12, eig. Ausf.

[1] Vgl. Nr. 1180.

1179. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 1. Mai 1910

Bei Beratung der neuen Gesetzesvorlage, betreffend den Elementarunterricht, in der Schulkommission der badischen Zweiten Kammer protestierte das Zentrum heftig gegen den § 114, nach welchem die Errichtung kirchlicher Lehr- und Erziehungsanstalten nur aufgrund eines besonderen Gesetzes gestattet sein soll.

Die fast gleichlautende Bestimmung besteht schon seit dem Jahre 1868 zu Recht, ist später durch die Kammer noch etwas verschärft worden, also eine wesentliche Neuerung bildet der § 114 nicht, das Zentrum erblickt aber darin einen Rest der Kulturkampfgesetze, beantragt Streichung und will die ganze Vorlage ablehnen, wenn der ihm anstößige Paragraph nicht verschwindet. Die Abstimmung darüber wurde verschoben.

In der neuen Vorlage heißt es wörtlich: „Kirchlichen Korporationen und Stiftungen ist die Errichtung von Lehr- und Erziehungsanstalten nur aufgrund eines besonderen Gesetzes gestattet. Mitglieder eines religiösen Ordens oder einer ordensähnlichen religiösen Kongregation ist jede Lehrwirksamkeit an Lehranstalten im Großherzogtum untersagt. Die Staatsregierung ist jedoch ermächtigt, für einzelne Personen Nachsicht in widerruflicher Weise von diesem Verbote zu erteilen".

Das jetzt geltende Gesetz enthält in § 116 vor den gleichlautenden Sätzen noch die Worte: „Korporationen und Stiftungen können Lehr- und Erziehungsanstalten nur mit Staatsgenehmigung errichten. Auf solche Anstalten sind die Vorschriften der §§ 110–114 anwendbar".

Für und wider wird in der Presse heftig gestritten, der „Badische Beobachter" wid-

met dem Gegenstande eine eingehende klagende Betrachtung über die Entstehung des Gesetzes und seine kulturkämpferische Ungerechtigkeit gegen die Kirche.[1]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 9, Ausf.; Marg.: „mtg. 7./5. R. A. d. Inn., Kult. Min."

[1] Vgl. Nr. 1181; *Thiel* S. 120ff.

1180. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 2. Juni 1910

Wie ich höre, soll sich der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Frank hier dahin ausgesprochen haben, daß seines Erachtens die Partei bisher falsche Wege zur Besserung des Loses der arbeitenden Klassen eingeschlagen habe. Die Revolution u[nd] der gewaltsame Umsturz der bestehenden Ordnung seien verfehlte Ideen; auch die Anschauungen über die monarchische Staatsform bedürften einer Revision. Die sozialdemokratischen Ziele könnten ebensogut in einer Monarchie verfolgt werden wie in der Republik, u[nd] es sei nicht nötig, die hergebrachten Formen der Ehrerbietung gegenüber dem Souverän u[nd] dem Hofe außer acht zu lassen. Er, Frank, hege diese Anschauungen u[nd] finde bei einem Teil seiner hiesigen Kollegen Zustimmung, während namentlich die Zentralleitung der Partei einen gegensätzlichen Standpunkt vertrete.[1]

Die sozialdemokratischen Abgeordneten waren in der vorigen Session zu parlamentarischen Abenden nicht eingeladen worden, weil sie keine Karten abgegeben hatten. Nachdem sie sich jetzt dazu verstanden haben, fühlten sie sich zurückgesetzt, daß der Minister v. Bodman ihnen keine Einladung zu einem für die Mitglieder der Kammer gegebenen Diner zugehen ließ. H[err] v. Bodman erklärte darauf, daß seines Erachtens eine persönliche Einladung durch einen Minister solange nicht erfolgen könne, als die Herren den verfassungsmäßigen Träger der Staatsgewalt ignorierten; anders liege die Sache für parlamentarische Abende, wo nicht persönlich eingeladen werde.

Über den vom Minister v. Marschall veranstalteten parlamentarischen Abend, bei welchem verschiedene Genossen erschienen, erlaubte ich mir schon zu berichten.[2] Auch auf einem weiteren solchen Abend beim Minister des Innern waren 7 Sozialdemokraten meist revisionistischer Färbung anwesend, mit denen sich der Prinz Max wiederholt unterhielt u[nd] die es an der schuldigen achtungsvollen Haltung nicht fehlen ließen. Dr. Frank hatte sich entschuldigt. Fr[ei]h[err] v. Bodman sagt mir, S. K. H. der Großherzog billige den gesellschaftlichen Empfang der Genossen anscheinend überhaupt nicht u[nd] habe auch anläßlich eines demnächst bevorstehenden parlamentarischen Abends bei Dr. Bürklin, dem er beiwohnen wolle, die Erwartung ausgesprochen, dort keinen Genossen zu begegnen. Da nun eine Anzahl Sozialdemokraten Karten bei ihm abgegeben haben, wird Dr. Bürklin wohl nichts übrigbleiben, als sie wissen lassen, daß der Landesherr kommen wolle u[nd] daß er ihnen unter solchen Umständen anheimstellen müsse, lieber wegzubleiben. Ich bemerke beiläufig, daß kein Zentrumsmitglied bei Dr. Bürklin Karten abgab, diese Partei dürfte also an dem Abend gar nicht vertreten sein.[3]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 12, Abschrift.

[1] Ministerialdirektor Rheinboldt teilte Ministerialdirektor Kühn am 12. Aug. 1910 mit, der

Staatssekretär des Auswärtigen Kiderlen-Waechter habe ihm nach einem Vortrag Eisendechers über die politischen Verhältnisse in Baden bemerkt, „daß wir schlimme Reichstagswahlen zu befürchten hätten. Ich suchte ihn hinsichtlich der Verhältnisse der badischen Sozialdemokraten zu beruhigen, indem ich auf den von diesen erfolgreich betätigten Willen zur positiven Mitarbeit im politischen Leben hinwies. Er widersprach nicht und bemerkte, daß abzuwarten sei, wie die Gesamtpartei sich zu dem Verhalten der badischen Revisionisten stelle. [...]" (GLA 233/34814, masch. Ausf.).

[2] Nr. 1178.

[3] Der konservative Parteiführer La Roche-Starkenfels berichtete am 7. Okt. 1910 Unterstaatssekretär Wahnschaffe, „daß der angeblich aus taktischen Erwägungen entstandene Großblock zu einer soliden Arbeitsgemeinschaft zwischen den liberalen Parteien des Landes und den Sozialdemokraten sich ausgewachsen hat". Der Großherzog wolle vom Großblock nichts wissen. „Ausgangs April d. J. gab Minister Freiherr v. Bodman in seiner Privatwohnung ein Diner, zu dem Mitglieder beider Kammern aus allen bürgerlichen Fraktionen, ferner aber auch andere Persönlichkeiten eingeladen waren. [...] Sozialdemokraten waren keine eingeladen, selbstverständlich, sollte man meinen". Die sozialdemokratische Fraktion „gebärdete sich ob der ihr widerfahrenen Zurücksetzung sehr erbost. Die Regierung, d. h. die Herren Minister und die liberalen Parteien, befürchteten einen Bruch des Großblocks", und „das Resultat war, daß Minister v. Bodman, der sonst keinerlei Repräsentationspflichten hat, an sämtliche Abgeordneten der beiden Kammern Einladungen zu einem Glase Bier – also auch an die Sozialdemokraten der 2. Kammer – ergehen ließ. [...] Diesem ‚Sühnbier-Abend', wie er von der rechtsstehenden Presse genannt wurde und auf dem leider Prinz Max mit den Sozialdemokraten besonders liebenswürdig gewesen sein soll, folgte dann aber Anfang August ein parlamentarischer Abend bei dem 1. Vizepräsidenten der 1. Kammer" Bürklin, zu dem die Sozialdemokraten trotz abgegebener Karten nicht eingeladen waren, weil „der Großherzog sein Erscheinen zugesagt hatte, aber nicht mit den Sozialdemokraten zusammentreffen wollte" (BA Koblenz R 43 F Reichskanzleiakten Nr. 1391 fol. 80ff.; frdl. Mitteilung von J. Retallack).

1181. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 8. Juni 1910

Volksvertretung und Presse in Baden stehen andauernd unter dem Zeichen des Großblocks und demzufolge auch des noch verschärften Hasses zwischen Nationalliberalen und Zentrum, der ja leider schon lange die Politik hier vorwiegend beherrscht. Die nationalliberale Wahltaktik von 1905 und 1909 bewirkte einmal den Anschluß der Konservativen an das Zentrum und weiter einen erheblich vermehrten Einfluß der Sozialdemokratie, vielleicht auch deren anscheinend wachsende revisionistische Tendenzen. Die Genossen waren bei den Wahlen die tertii gaudentes und suchen jetzt durch anständige Mitarbeit in der Kammer wenigstens ihrerseits das Großblockbündnis einigermaßen zu rechtfertigen. Die Regierung erkennt ihre Haltung in der Kammer an, zweifelt aber sehr an der Echtheit einer Wandlung im revisionistischen Sinne, weil in der Tat der Ton ihrer Organe mit ihrem Auftreten als Abgeordnete oft sehr wenig übereinstimmt. Der geistige und geistliche Führer des Zentrums (Wacker) beschwerte sich kürzlich in einer Mannheimer Festversammlung der Windhorstbunde bitter über die Liebenswürdigkeit der Regierung, speziell der Minister, gegenüber der Sozialdemokratie[1], die nun gewissermaßen hoffähig geworden sei.

In der „Karlsruher Zeitung" hat man offiziöse Äußerungen über die heimische Politik seit der unglücklichen Stromabgabendenkschrift[2] gänzlich vermieden; soweit irgend tunlich, hält sich die Regierung streng über den Parteien und sucht Unterstützung, wo sie solche findet, um zunächst ihr Budget und die wichtigsten Gesetzesvorlagen unter Dach

zu bringen. Das ist ihr bisher ohne große Schwierigkeiten gelungen, aber die Erledigung des Eisenbahnbauetats wie der Gesetzentwürfe über Änderungen der Gemeinde- und Städteordnung, der Gemeindebesteuerung und der Kreisverwaltung steht noch bevor und dürfte teilweise zu lebhaften Kämpfen führen. Auch die endgültige Annahme des Schulgesetzes bleibt bisher fraglich, weil die Zustimmung der Ersten Kammer zum § 114, der die geistliche Lehrtätigkeit regelt, zweifelhaft scheint. Das Schicksal der Vorlage in diesem Hause wird eifrig erörtert. Die Regierung befürchtet, daß die Konservativen dort den Ausschlag zugunsten des Zentrums geben und durch Ablehnung des § 114 das ganze Gesetz zu Fall bringen könnten.[3]

Selbst die neueste vatikanische Kundgebung[4] soll angeblich die Liebe der badischen Herren Konservativen zum Zentrum nicht erschüttern. Die Nationalliberale Partei veröffentlichte zugunsten des § 114 ein besonderes Flugblatt, das die Ablehnungsgründe des Zentrums entkräften soll. Die Presse des Landes kann man nur nach wie vor als minderwertig bezeichnen, kleinlicher Parteihader bildet den Hauptinhalt der meisten Blätter.

Die anläßlich der Schiffahrtsabgaben sehr verbreitete Feindschaft gegen Preußen schwindet jetzt allmählig, obgleich Eisenbahnschmerzen und die preußische Wahlrechtsfrage den Größenwahn der Demokraten gegenüber der deutschen Vormacht noch ab und zu unliebsam hervortreten ließen. Beim Heimgange König Edwards[5] benahmen sich im ganzen die badischen Zeitungen würdig und verständig. An politischem Stoff fehlt es ihnen nicht, aber das Gemeinwohl und die höheren nationalen Ziele kommen bei seiner Verwertung in der Regel zu kurz. Man ist grob, einseitig und parteibefangen und zeigt selten die schuldige Achtung für andere Meinungen. In der Presse sowohl wie in politischen Verhandlungen spielt die giftige Polemik zwischen Liberalen und Zentrum fast immer die Hauptrolle. So wird neuerdings das von liberaler Seite schon in der Kammer angefochtene Verhalten eines katholischen Theologen, der in Baden als Lehrer fungiert, unnötig breitgetreten; auch über eine Klagesache der katholischen Geistlichen des Bezirks Überlingen gegen den liberalen „Seeboten" wird berichtet, und in den letzten Tagen bildet natürlich die päpstliche Borromäusenzyklika das ergiebigste Thema.

Kammerdebatten, Finanzen, Eisenbahnwünsche, die Stromabgabenfrage in Verbindung mit der Kanalisation des Neckars und des Oberrheins, die Donauversickerung und Arbeiterfragen beschäftigen im übrigen die Parteiblätter zur Genüge, aber rein sachliche, verständige, vorurteilsfreie Urteile über alle diese Gegenstände sind rar.

Die Regierung hofft, den Landtag in diesem Monat schließen zu können, es scheint mir indessen noch unsicher, ob das möglich sein wird. Jedenfalls würde dann das wichtige Wassergesetz nicht mehr zur Beratung kommen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 13, Ausf.; Marg.: „mtg. 12./6. R. M. d. Innern, Min. d. Innern".

[1] Vgl. Nr. 1178, 1180.

[2] Nr. 1141 Anm. 1.

[3] Am 16. Juni 1910 stimmte die Erste Kammer dem Beschluß der Zweiten vom 13. Mai zu (Gedr. GVOBl. 1910 Nr. 18, 19; vgl. *Thiel* S. 120; *Schultheß* 1910 S. 272).

[4] Die am 29. Mai 1910 erlassene Enzyklika „Editae Saepe" („Borromäus-Enzyklika") wandte sich gegen „falsche Reformer" und verstimmte die protestantische Bevölkerung (*Bachem* VII

S. 330ff.; vgl. Nr. 1204, 1215). Dagegen legten die sächsische, bayerische und preußische Regierung beim Vatikan Verwahrung ein.

[5] Edward VII. Prince of Wales (1841–1910), Sohn der Queen Victoria, seit 1901 König von England. Er starb am 6. Mai 1910.

1182. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 13. Juni 1910

Der Minister des Innern sagt mir, die Großherzogliche Regierung werde die Gesetzesvorlage betreffend die Änderung der Gemeinde- und Städteordnung[1] zurückziehen, sofern die Zweite Kammer die Anträge auf direkte Wahl der Bürgermeister und Gemeinderäte in den Landgemeinden annehmen und der von der Kommission beschlossenen Bestimmung zustimmen sollte, daß der Stadtrat die mit Zweidrittelmehrheit im Bürgerausschusse gefaßten Beschlüsse auszuführen habe.

Anläßlich der Verlegung der geologischen Landesanstalt von hier nach Freiburg wurde in beiden Kammern die Frage erörtert, ob diese Verlegung nach der Verfassung der Genehmigung des Landtages bedürfe. Die Regierung verneint das, legte indessen wegen der Kosten – circa 2800 M[ark] – die Sache in der Zweiten Kammer vor, wo im Plenum schließlich Annahme erfolgte.

Das andere Haus dagegen lehnte infolge der vom Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes Wirklichen Geheimen Rat Dr. Lewald geäußerten Bedenken gegen die Auffassung der Regierung die Bewilligung der geforderten Summe mit 16 gegen 15 Stimmen ab.

Unter dem Titel „Ein Miniaturverfassungskonflikt" bringt die „Badische Landeszeitung"[2] über das Thema einen Leitartikel.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 13, Ausf.

[1] Gesetzentwurf, die Abänderung der Gemeinde- und Städteordnung betr. (2. Beilageheft 1909/10 S. 623ff. – Drucksache Nr. 58).

[2] Nr. 99 vom 30. April 1910.

1183. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 11. Juli 1910

Minister Freiherr v. Marschall und die Eisenbahnverwaltung wurde[n] in der Zweiten Kammer bei Beratung des Eisenbahnbaubudgets unberechtigterweise sehr heftig angegriffen wegen gewisser Maßnahmen bei den Bahnhofsbauten.[1] Worte wie Korruption und völlige Desorganisation fielen, die der Minister meines Erachtens nicht scharf und schlagfertig genug zurückwies. Die Vorwürfe kamen vornehmlich von demokratischer Seite, aber auch ein Zentrumsführer sprach von mangelnder Reinlichkeit im Eisenbahnressort. Tatsächlich hatte dabei die verärgerte Stimmung im Hause ihren Hauptgrund in der regierungsseitigen Ablehnung neuer unrentabler Bahnen, speziell des Projektes Titisee-St. Blasien. Die radikale Presse verlangte in verächtlichem Tone den Rücktritt des Herrn v. Marschall. Demnächst besannen sich die Volksvertreter eines besseren, ließen

die schweren Vorwürfe fallen und gaben der Verwaltung und dem Minister eine Art von Ehrenerklärung, hielten aber bezüglich des Baseler Bahnhofsbaues ernsten Tadel aufrecht. Staatsminister v. Dusch trat sehr energisch für seinen Kollegen ein und tadelte insbesondere die Presse, was bei dieser und in der Kammer scharfe Entgegnungen veranlaßte. Die Erste Kammer erkannte die Verdienste der Eisenbahnverwaltung und ihres Chefs ausdrücklich an.

Infolge dieser Vorgänge wird in den Blättern eine Rekonstruktion des Ministeriums eifrig erörtert, der Rücktritt der Herren v. Dusch und v. Marschall als wahrscheinlich bezeichnet und Freiherr v. Bodman als zukünftiger Staatsminister genannt. Als dessen Nachfolger im Ressort des Innern soll angeblich der Kabinettschef Freiherr v. Babo in Frage kommen. Ich halte alle derartigen Gerüchte vorläufig für unbegründet, glaube aber, daß Herr v. Marschall vielleicht im Herbst oder Winter die Enthebung von seinem Posten erbitten dürfte. Er ist ein grundvornehmer, tadelloser Charakter von größter Gewissenhaftigkeit und ungemein fleißig. Die Erbschaft, die ihm Herr v. Brauer zurückließ, war keine leichte, dieser war der populäre Mann, der das Kilometerheft einführte, den großen Bahnhofsbauten zustimmte und damit die Eisenbahnfinanzen doch wohl in recht bedenklicher Weise gefährden half. Niemals hat Herr v. Marschall auch nur mit einem Wort erwähnt, wie eigentlich sein Vorgänger für die jetzige Lage die Hauptverantwortung trage. In vornehmster Gesinnung nahm er die Last der Verantwortung allein auf sich.

Die Kammern wollen womöglich bis Ende dieser Woche das Gemeindeordnungsgesetz und das Finanzgesetz mit der Steuererhöhung noch erledigen und dann schließen. Ohne ein erhebliches Defizit, im ganzen von anscheinend etwa 19 Millionen für die Jahre 1910 und 1911, wird es kaum abgehen, denn die von der Regierung beantragten Steuererhöhungen sind, wie ich soeben höre, in der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer abgelehnt worden.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 13, Ausf.; Marg.: „19./7. R. A. d. Innern, Arb. Min."

[1] Am 30. Juni 1910 berichtete Moy dem bayer. Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußern von „erregten Auseinandersetzungen" in der Zweiten Kammer „über den Neubau des Baseler Bahnhofes", weil „dem bautechnischen Referenten im Eisenbahnministerium gleichzeitig die Bauleitung über den Bahnhofsbau unter Bewilligung des üblichen Honorars für Architekten übertragen worden ist. Die Teilforderung für den Bahnhofsbau Basel ist genehmigt worden, aber die obige Angelegenheit ist der Budgetkommission zur Besprechung überwiesen worden". Am 7. Juli 1910 ergänzte Moy, der Kommissionsbericht stelle „die Integrität der Staatsverwaltung sowie der einzelnen Beamten fest und spricht nur das Bedauern darüber aus, daß der Eisenbahnminister nicht in der Sitzung vom 28. Juni sofort die richtigen Aufschlüsse über die Einzelheiten des Baseler Bahnhofsbaues gegeben habe". Hieran schloß Staatsminister v. Dusch „einige kräftige Worte der Abwehr namentlich gegenüber den seitens der Presse erfolgten Angriffen an", doch erscheine es wahrscheinlich, „daß Fr[ei]h[er]r v. Marschall nach dem Schlusse der Session abgeht" (BayHStA München Gesandtschaft Karlsruhe Bd. 296, eig. Konz.).

1184. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 15. Juli 1910

Der Badische Landtag wird morgen am 16. d. Mts. durch den Staatsminister geschlossen werden, nachdem heute das Finanzgesetz[1] und die veränderte Gemeindeordnung[2] noch ihre endgültige Erledigung finden sollen.

Vorläufig stimmen die beiden Häuser in einem wichtigen Punkte, betreffend die Gemeinde- und Städteordnung, noch nicht ganz überein. Anstatt der bestehenden Zwölftelung der Wahlberechtigten wurde von der Regierung mit der Einführung der Proportionalwahl die Sechstelung vorgeschlagen und von der Zweiten Kammer angenommen, das andere Haus dagegen votierte mit 16 gegen 15 Stimmen für die Beibehaltung der Zwölftelung. Man nimmt nun an, da die Zweite Kammer an ihrem Votum festhält, daß die Erste Kammer der Sechstelung doch zustimmen werde. Anderenfalls würde das Gesetz nicht zustande kommen. Es bedeutet immerhin eine Art von Sprung ins Dunkle mit seinem proportionalen System, ist entschieden recht freiheitlich und hat manche Gegner, trotzdem trat der Prinz Max, Präsident der Ersten Kammer, gegenüber den namentlich von dem streng katholischen Freiherrn v. Stotzingen geäußerten Bedenken entschieden für das Gesetz ein, was viel bemerkt wird. Der von dem Oberbürgermeister Winterer (Freiburg) namens der Kommission der Ersten Kammer erstattete vortreffliche Bericht[3], der hier beiliegt, enthält am Schluß eine Gegenüberstellung der geltenden Bestimmungen und der in beiden Häusern vorgenommenen Änderungen (bis auf die Zwölftelung, welche erst vorgestern im Plenum der Ersten Kammer beschlossen wurde).

Erledigt ist die Änderung des Jagdgesetzes dahin, daß Reichsausländern die Jagdbefugnis für einzelne Gebiete oder das ganze Land versagt werden kann. Der neue Entwurf eines Wassergesetzes kam nicht mehr zur Beratung, man verlängerte deshalb die Fortdauer des 1908 beschlossenen Gesetzes bis zum Schluß des Jahres 1912. Ebenso blieb die Vorlage betreffend die Ausnützung der Wasserkräfte der Murg unerledigt.

Beim Finanzgesetz strich die Zweite Kammer die Steuererhöhung sowie die von der Regierung beantragte Mehrüberweisung von 2 Millionen Mark aus allgemeinen Staatsmitteln an die Eisenbahnverwaltung. Das andere Haus beriet darüber heute und dürfte in gleichem Sinne entscheiden[4]; obgleich dort bezüglich der Finanzlage nicht die optimistische Stimmung herrscht wie in der Zweiten Kammer, sieht man allerseits ein, daß angesichts der sehr erheblichen Hochwasserschäden auf weitere Steuerlasten verzichtet werden muß. Die Regierung wird im Gegenteil nicht umhin können, in zahlreichen Gemeinden helfend einzugreifen und Erleichterungen eintreten zu lassen. Als beachtenswert darf ich hervorheben, daß die Sozialdemokraten für das Budget stimmten, welches damit einstimmige Annahme fand; drei der Genossen (Geck, Monsch[5] und Stockinger) fehlten bei der Abstimmung.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 13, Ausf.; Marg.: „23./7. Fin. Min., Min. d. Inn."

[1] Das Doppelsteuergesetz im Reich von 1909 zog die Änderung des bad. Einkommensteuergesetzes nach sich. Die Novelle sah für Jahreseinkommen unter 20000 Mark Steueranschläge, für Einkommen über 25000 Mark progressiv gestaffelte Zuschläge vor. Durchschnittlich erhöhte sich die Einkommensteuer um 12.9% (2265000 Mark). GVOBl. 1910 Nr. 20; vgl. *Kolb*, Landtag 1909/10 S. 101 ff.; *Thiel* S. 117 ff.; *Schultheß* 1910 S. 234.

[2] Die neue Gemeindeordnung (GVOBl. 1910 Nr. 37) behielt das auf der Steuerleistung beruhen-

de kommunale Dreiklassenwahlrecht bei, senkte aber das Wahlalter auf 25 Jahre und führte eine allgemeine Sechstelung ein (Vgl. Nr. 604 Anm. 3). Die Zulassung von Personen mit „unselbständiger Lebensstellung" (jährliches Mindeststeueraufkommen 20 Mark) verringerte die plutokratischen Kautelen des Kommunalwahlrechts und ermöglichte eine stärkere sozialdemokratische Repräsentation (Vgl. *Thiel* S. 123 ff.; *Elfner*, passim; Nr. 631 Anm. 2).

[3] Kommissionsbericht über den Gesetzentwurf, betr. die Abänderung der Gemeinde- und Städteordnung (Protokollheft 1909/10 S. 826 ff., 23. Sitzung I. Kammer vom 13. Juli 1910); Bad. Landeszeitung, Nr. 319 vom 14. Juli 1910.

[4] Vgl. Nr. 1185.

[5] Monsch, Georg (1847–1934), seit 1876 Hotelier in Offenburg, 1888 Privatier, Stadtrat.

1185. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 16. Juli 1910

Die badischen Kammern gehen also heute wirklich auseinander. Beide Präsidenten gaben in der Schlußsitzung eine Übersicht der geleisteten Arbeit; die betreffenden amtlichen Berichte werden Ew. Exz. vorgelegt werden. Besonders beachtenswert für die Session scheint mir die fleißige, positive Mitarbeit der Sozialdemokraten, die im allgemeinen gewahrte Sachlichkeit der Verhandlungen und die Vermeidung unwürdiger Kampfszenen. Charakteristisch ist ferner der Optimismus der gesamten Linken in Sachen der unerfreulichen Finanzlage, die Unmenge der an die Kammern gelangten Petitionen, der bedauerliche Größenwahn der Demokraten und die Führerlosigkeit der Nationalliberalen. Die Herren Präsidenten walteten mit Takt ihres Amtes. Auch S. G. H. der Prinz Max findet deswegen allgemeinste Anerkennung, er hielt eine vortreffliche Schlußansprache, und wohl lediglich seinem Eintreten für die neue Gemeinde- und Städteordnung ist die Annahme dieser wichtigen Vorlage im Oberhause gegen eine Minderheit von nur 10 Stimmen zu verdanken. Seine persönliche Unterhaltung mit einzelnen Sozialdemokraten hat ihm im Volksmunde mit Unrecht den Beinamen „der rote Prinz" eingetragen. Sehr bemerkt wird das von dem Minister v. Bodman wiederholt den Sozialdemokraten gespendete Lob für ihre Mitarbeit. Der Minister ließ dabei aber keinen Zweifel über seine unbedingte Verurteilung ihrer antimonarchischen und revolutionären Bestrebungen. Seine und des Prinzen Max Haltung führte in erster Linie zu dem Entschluß der „Genossen", für das Budget zu stimmen, ein Ereignis, das im „Vorwärts" schärfsten Tadel erfährt. Das führende Berliner Sozialistenorgan wird demnächst noch mehr zu tadeln haben, denn, wie ich höre, werden sich zwei Sozialdemokraten, der Vizepräsident Geiß und ein sozialdemokratischer Sekretär der Kammer, der Deputation des Hauses anschließen, die dem großherzoglichen Paare zur silbernen Hochzeit Glückwünsche überbringen soll.[1] – Die Tatsache, daß die Genossen in der Kammer sich anläßlich der vom Präsidenten angeregten Kundgebung zum Geburtstage des Landesherrn erhoben, suchen einzelne Parteiblätter als ein Versehen darzustellen. Freiherr v. Bodman meint, daß der redegewandte, fähige sozialdemokratische Führer Dr. Frank nicht nur in seiner Fraktion, sondern überhaupt in der Kammer mehr und mehr Einfluß gewinne und wahrscheinlich auch der Zentralleitung der Partei gegenüber keineswegs zu Kreuze kriechen werde.

Die gehässige Feindschaft zwischen dem Zentrum und den Nationalliberalen, die seit langen Jahren die so erwünschte Einigung der bürgerlichen Elemente im Lande hindert,

dauert leider ungeschwächt fort, sie führte zu der bedauerlichen verblendeten Großblocktaktik und dem allmähligen Niedergang des Nationalliberalismus. Gegenwärtig verraten die Nationalliberalen und Demokraten hier lebhafte Besorgnis, daß die norddeutschen Nationalliberalen zu einer Anlehnung nach rechts den Weg finden möchten.

Von einem Ministerwechsel ist in Baden vorläufig nicht die Rede, die Herren reisen alle demnächst auf Urlaub. In der Presse werden die Leistungen des Landtages je nach dem Parteistandpunkt in recht wenig vornehmem Tone erörtert, jede Partei rühmt sich ihrer Verdienste und beschimpft die Gegner nach Kräften. Besonders das offizielle Organ der Nationalliberalen verherrlicht den Großblock und läßt an dem vermeintlich total geschlagenen Zentrum kein gutes Haar.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 13, Ausf.; Marg.: „20./7. R. A. d. Inn., Min. d. Inn."

[1] Am 17. Sept. 1910 begannen mehrtägige Feiern.

1186. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 11. September 1910

Man kann leider nicht sagen, daß die innerpolitischen Zustände in Baden sich seit dem Landtagsschluß gebessert haben. Presse und Parteien fahren in gewohnter höhnischer Weise fort, sich nach Kräften gegenseitig zu beschimpfen, und die Regierung erntet im Grunde von allen Seiten nur Tadel. Nach wie vor beherrscht der unversöhnliche Haß zwischen Zentrum und Liberalismus die Situation und bewirkt ein stetiges Erstarken der ultraradikalen Elemente. Solange die beiden größten bürgerlichen Parteien keinen Weg finden zu gemeinsamer nationaler Arbeit, bleibt wenig Hoffnung auf eine für das Land wie auch für das Reich dringend erwünschte einheitliche Politik gegenüber der Sozialdemokratie.

Die sachliche Mitarbeit der Genossen in der Kammer, die Budgetbewilligung und die vorwiegend revisionistischen Allüren der Partei werden hier im liberalen Lager doch wohl gewaltig überschätzt. Die Partei bleibt eine revolutionäre, antimonarchische, und ihre Presse in Baden kennzeichnet sie als solche. Der allgemeine Parteitag wird die Taktik der Herren Frank und Kolb schwerlich billigen, und der erste Vizepräsident der Kammer hier, Genosse Geiß, wird es kaum wagen, seiner Pflicht nachzukommen und anläßlich der silbernen Hochzeitsfeier des großherzoglichen Paares mit zur Gratulation zu erscheinen. Die bekannte unentwegte Frau Rosa Luxemburg hat unter der Ägide des ebenso unentwegten badischen Genossen Geck kürzlich in Durlach heftig gegen den Revisionismus ihre Stimme erhoben und unter anderem die Beseitigung aller regierenden deutschen Fürsten als Ziel der Partei hingestellt; in Karlsruhe wurde ihr Auftreten angeblich durch die führenden Revisionisten verhindert. Der lediglich aus blinder Angst vor einer Zentrumsmajorität wiederholt geschlossene Wahlbund der Nationalliberalen mit diesen Umstürzlern war ein schwerer Fehler, der sich zum Schaden des Liberalismus und des Gemeinwohls bitter rächt.

Viel und leidenschaftlich erörtern die Parteiblätter die verhältnismäßig wohlwollende Haltung des Ministers des Inneren, Freiherrn v. Bodman, gegenüber der Sozialdemokratie; seine Äußerung in der Ersten Kammer[1], wo er von einer „großartigen Bewegung zur

Hebung[a] des vierten Standes" sprach, ruft immer noch eine lebhafte Polemik hervor. Wie ich höre, tadelt S. K. H. der Großherzog diese Worte unbedingt, und auch die Ministerkollegen bedauern sie als entschieden inopportun. In einer konservativen Versammlung zu Linkenheim wurde sogar eine lange, phrasenreiche Resolution gegen den Minister mit großem Beifall einstimmig angenommen.[2]

Wahrscheinlich hat dabei das Zentrum stark mitgeholfen, dessen Organe grimmig über Herrn v. Bodman herfallen. Die liberalen und radikalen Zeitungen dagegen spenden ihm hohes Lob und gebärden sich teilweise fast regierungsfreundlich, weil sie in ihm die nötige Garantie gegen eine vermeintlich drohende Reaktion oder schwarzblaue Ära erblicken. Überall in der Presse herrscht Kampfesstimmung und Gereiztheit, die boshafteste Sprache führen die Zentrumsblätter, sie ist fast noch unsympathischer als die Grobheit der Gegner, bei denen Schlagworte wie Reaktion, Pfaffen- und Junkerwirtschaft mit den üblichen Ausfällen gegen Preußen immer noch herhalten müssen. Namentlich in Eisenbahnfragen hetzt man gerne gegen die deutsche Vormacht. Freiherr v. Marschall beklagt das aufrichtig, er ist dankbar für Preußens Entgegenkommen und redet energisch einem engeren Einvernehmen unter Wahrung der Selbständigkeit der badischen Bahnen das Wort.

Daß die in Königsberg kürzlich gehaltene Rede S. M. des Kaisers und Königs[3] den hiesigen radikalen Parteien besonders willkommenen Anlaß bieten würde zu hetzerischer Kritik, war zu erwarten. Am letzten Sonntag[4] nahm eine sozialdemokratische Versammlung hier folgende Resolution an: „Die Versammlung protestiert mit aller Schärfe gegen die absolutistische, die Verfassung verletzende und das Ansehen der deutschen Nation im Auslande so schwer schädigende Rede des Königs von Preußen. Sie fordert vom deutschen Reichstag, daß nun endlich gesetzliche Mittel geschaffen werden, die es unmöglich machen, daß durch derartige cäsaristische Äußerungen die Verfassung gebrochen und so der Umsturz von oben herbeigeführt wird. Von der badischen Regierung verlangt die Versammlung, daß sie im Bundesrat für Schaffung von Garantien eintritt, welche die konstitutionellen Rechte des deutschen Volkes schützen und achten".

Auch die Demokraten ließen sich natürlich die Gelegenheit zu maßloser Kritik nicht entgehen. Alle diese Leute fordern für sich das freie Wort, aber für den Kaiser soll's nicht gelten. Ihre Urteile sind falsch und ungerecht. Ew. Exz. haben das in vornehmster, würdigster Weise sofort öffentlich festgestellt, aber auch dieses Eintreten für unseren Allergnädigsten Herrn findet vor den hiesigen Freiheitsschwärmern keine Gnade. Mit Rücksicht auf die innerpolitische Lage wären meines bescheidenen Erachtens gewisse Worte S. M. vielleicht besser unterblieben, diese Empfindung ist auch hier in Regierungskreisen vorherrschend, sie bedeuteten gerade hier im Süden allzuviel Öl ins radikalsozialistische Feuer, auch wenn ohne Zweifel S. M. voll berechtigt waren, so zu sprechen. Der kaiserliche Herr genoß kaum je vorher in der Südmark des Reiches eine so allgemeine Verehrung und Popularität, wenn ich so sagen darf, wie seit der betrübenden Novemberkrisis[5], man erkannte die inzwischen geübte Zurückhaltung dankbarst an und sucht jetzt vergebens nach Gründen, die S. M. bewogen haben mögen, plötzlich in der geschehenen Weise hervorzutreten.

Die schon früher diesseits gemeldeten Gerüchte von dem möglichen Rücktritt einzelner badischer Minister kursieren auch heute noch. Zunächst glaube ich indessen nicht an einen Wechsel, die Herren erfreuen sich anscheinend noch alle des Vertrauens S. K. H. des Großherzogs, auch Herr v. Bodman, trotz seiner mißfälligen, aufsehenerregenden

Äußerung über die sozialdemokratische Bewegung, die sein hoher Herr zwar ernstlich rügen, aber verzeihen dürfte. Bei der hervorragenden Fähigkeit dieses Ministers und seiner Beliebtheit in allen liberalen Kreisen kann man ihn schwer entbehren, sein Rücktritt würde überdies als ein Sieg des Zentrums erscheinen. Freiherr v. Marschall hat als Eisenbahnminister im Landtage nicht sehr glücklich abgeschnitten, aber das lag eigentlich an Zufälligkeiten und an der Erbschaft, die er von seinem Vorgänger im Amte übernommen hatte. Der Landesherr schätzt ihn mit Recht sehr, einen triftigen Grund zu seinem Abgange bilden die Vorgänge in der Kammer nach meiner Auffassung nicht. Mit dem Staatsminister Freiherrn v. Dusch sind alle Parteien nicht recht zufrieden, er hat keine gute Presse, man wirft ihm Mangel an Energie und, zweifellos unberechtigt, reaktionäre Neigungen vor. Ein Herzleiden wird ihm kaum gestatten, noch während der nächsten Landtagssession (1911/12) im Amte zu bleiben, bis dahin aber halte ich einen Wechsel nicht für wahrscheinlich, auch keineswegs für erwünscht. Hohe geistige Begabung, eminente Arbeitskraft und ein vortrefflicher Charakter zeichnen ihn aus.

Ich darf an dieser Stelle zum Schluß einen kürzlich in der „Frankfurter Zeitung" veröffentlichten Artikel über die Lage in Baden und die Minister erwähnen, der angeblich einen hiesigen Nationalliberalen zum Verfasser hat und hier einige Beachtung findet. Der Regierung wird darin im wesentlichen vorgehalten, daß keine Einheitlichkeit im Ministerium bestehe, daß der Rücktritt der Herren v. Dusch und v. Marschall geboten sei und nur Herr v. Bodman die Situation richtig erfaßt habe. Auch die Eisenbahnpolitik wird als zu preußenfreundlich erörtert und die Nichternennung eines neuen Finanzministers gerügt. Den Altliberalismus, zu dem sich der Staatsminister in der Kammer bekannt habe, läßt der Artikelschreiber nicht als echt gelten.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 13, eig. Ausf.; Marg.: „mtg. 21./9. Min. d. Innern, Reichsamt d. Innern".

[a] Randnotiz Eisendechers: „Nach anderer Version ‚Befreiung'".

[1] 23. Sitzung I. Kammer vom 13. Juli 1910.

[2] Die Resolution forderte am 4. Sept. 1910 die Regierung auf, „endlich mit aller Entschiedenheit der Verdemokratisierung unseres Staatswesens entgegenzutreten und den Zusammenschluß aller streng monarchisch gesinnten Ordnungsparteien behufs Eindämmung der auf den Umsturz zielenden Bestrebungen zu fördern" (Tägliche Rundschau, Nr. 515 vom 3. Nov. 1910).

[3] In einem Trinkspruch für die Provinz Ostpreußen erklärte Wilhelm II. am 25. Aug. 1910, daß wie seinem Großvater, Kaiser Wilhelm I., die preuß. Königskrone „von Gottes Gnaden allein ihm verliehen sei, und nicht von Parlamenten, Volksversammlungen und Volksbeschlüssen, und daß er sich so als auserwähltes Instrument des Himmels ansehe und als solches seine Regenten- und Herrscherpflichten versehe" (Gedr. *Schultheß* 1910 S. 338 f.).

[4] 4. Sept. 1910.

[5] Daily-Telegraph-Affäre Okt./Nov. 1908.

1187. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 30. September 1910

Der neue Finanzminister Rheinboldt[1] hat eine auffallend gute Presse. Man lobt seine Fähigkeiten, seine Erfahrung und persönliche Liebenswürdigkeit, hebt auch beson-

ders hervor, daß er sechs Jahre im Reichsschatzamt gearbeitet habe und, anno 1860 geboren, noch im besten Mannesalter stehe.

Die Haltung der Presse gegenüber den Ministern v. Dusch und v. Marschall ist andauernd wenig freundlich, Gerüchte von ihrem zu erwartenden Rücktritt wollen nicht verstummen, ich höre indessen aus sicherer, vertraulicher Quelle, daß bis zum nächsten Jahre ein Wechsel nicht bevorsteht, es sei denn, daß besondere unerwartete Umstände eintreten. Beide Herren erfreuen sich unzweifelhaft noch des vollen Vertrauens des Landesherrn. Dieses Vertrauen hat auch Freiherr v. Bodman durch seine vielerörterte Äußerung über die Sozialdemokratie nicht eingebüßt. Das Thema beschäftigt immer noch die Zeitungen, seitdem die Regierung gegen die einseitigen Ausbeuter der Worte des Ministers ihre mahnende Stimme erhob.[2] Das Zentrum ruft „endlich", als ob es eine offiziöse Kundgebung längst erwartet hätte, auf liberaler Seite lautet das vorwiegende Urteil „überflüssig".

Die meisten Blätter meinen, Herr v. Bodman selbst habe den Artikel in der „Karlsruher Zeitung" veranlaßt, was nicht zutrifft, die Initiative lag beim Staatsminister, der beiläufig in den letzten Wochen wieder recht empfindlich an sein Herzleiden erinnert wird.

Nach wie vor finde ich bei der Regierung wie bei allen Ministern stets das größte Entgegenkommen, nichts beklagen die Herren aufrichtiger als die hier im Süden vielfach herrschende feindliche Stimmung gegen Preußen. Daß diese Feindschaft oft in der ungerechtesten Weise in der Presse auch gegen Ew. Exz. zum Ausdruck kommt, wird von der gesamten Regierung wie von S. K. H. dem Großherzog auf's lebhafteste bedauert.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 2 Bd. 2, eig. Ausf.; Marg.: „6./10. mtg. R. A. d. Inn., Min. d. Inn., R. Schatzamt, Fin. Min."

[1] Rheinboldt, Josef Dr. (1860–1931), seit 1884 in der bad. Finanzverwaltung, 1887 Hauptamtskontrolleur in Mannheim, 1888 Zollinspektor, 1889 Finanzinspektor, 1892 Finanzrat, 1900 Reichsbevollmächtigter für Zölle und Steuern in Magdeburg, zugleich Geh. Finanzrat, 1906 Übertritt in den Reichsdienst, 1909 Ministerialdirektor im (bad.) Finanzministerium und stellvertr. Bevollmächtigter im Bundesrat (Wohnsitz Berlin), 1910–1918 Finanzminister (AV; PA-GLA).

[2] Karlsruher Zeitung, Nr. 265 vom 27. Sept. 1910.

1188. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 30. September 1910

Ew. Exz. darf ich hierneben das Referat der „Badischen Presse"[1] über zwei hier vorgestern veranstaltete sozialdemokratische Versammlungen gehorsamst vorlegen, in welchen die Abgeordneten Kolb und Willi über den Magdeburger Parteitag[2] berichteten.

Kolb fand bei seinen hiesigen Gesinnungsgenossen Zustimmung, während sich in der anderen Versammlung nach der Rede Willis starker Widerspruch bemerkbar machte. Der Verlauf und die Ergebnisse der Magdeburger Tagung werden hier in den Parteiblättern eifrig erörtert. Das Zentrum rühmt sich seiner Voraussicht und verspottet den Revisionismus. In den liberalen und fortschrittlichen Organen tritt naturgemäß eine gewisse Verlegenheit hervor. Vielleicht führt die Niederlage der Revisionisten hier doch

noch zu der Erkenntnis, daß die Großblocktaktik gründlich verfehlt war; die jüngsten Berliner Straßenmeuten sollten zu solcher Erkenntnis beitragen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Europa Nr. 82 Nr. 17 Bd. 9, eig. Ausf.; Marg.: „6./10. R. Amt d. Inn., Min. d. Inn."

[1] (Nr. 451 vom 29. Sept. 1910). Kolb berichtete: „In Magdeburg wurde nicht nur über die Budgetfrage verhandelt, sondern über alle die Differenzen, welche seit Jahren die internationale Sozialdemokratie durchziehen". Bebels Aufgabe war, eine Basis zur Verständigung zu schaffen, doch forderten einige seiner Bemerkungen Widerspruch heraus, „so die, daß der Minister v. Bodman ganz recht getan habe, uns die Gleichberechtigung zu versagen". Der Minister könne sich in Zukunft auf Bebel berufen. „Das ist kein Mittel, uns in Baden diese Gleichberechtigung zu erobern. Die Gründe der Budgetbewilliger habe man nicht gewürdigt", und „die Worte des Ministers v. Bodman von der großartigen Bewegung hat man einesteils als nichtssagend, ander[er]seits aber in sozialdemokratischen Wahlaufrufen für unsere Zwecke recht gut ausgenützt. Ebenso falsch war die Beurteilung der Nationalliberalen durch Bebel. Man muß unterscheiden zwischen den norddeutschen und süddeutschen Nationalliberalen; die letzteren nach links zu drängen, ist uns gelungen. Nicht wir haben durch das Bündnis verloren; die gegenteiligen Behauptungen Bebels sind unzutreffend". Was er „über das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Parlamentariern sagte, war für Baden überflüssig. Bis jetzt haben die Gewerkschaften in Baden keine Veranlassung gehabt, mit der Tätigkeit der badischen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten unzufrieden zu sein. Bebel hat die Massen gegen die Führer aufgerufen; nun, dann soll man dies nicht nur in Baden tun, sondern auch in Norddeutschland. Den Vorwurf Bebels, die Süddeutschen seien zu verweichlicht, kann man nachprüfen an dem Umstande, daß in Süddeutschland die Streiks nicht minder energisch geführt werden wie im Norden. [...] Der von Bebel verspottete Block der Linken muß für das übrige Deutschland doch kommen, wenn auch noch nicht in den nächsten fünf Jahren. Für das Heraushauen der Liberalen haben wir in Baden wenigstens Gegendienste erhalten, während sie im Reich" ausgeblieben seien. „Mit den Erklärungen Dr. Franks, die er zur Parteivorstands-Resolution abgegeben, mußte die Mehrheit sich zufriedengeben", wenn wir auch nicht zugeben konnten, den Nürnberger Beschluß gebrochen zu haben, was die Mehrheit gern gehört hätte. „Die Karlsruher Resolution auf Aufhebung des Nürnberger Beschlusses zogen wir zurück, weil wir zugleich verlangten, daß eine Studienkommission eingesetzt werden soll". Wäre das geschehen, „wäre auf einige Jahre Ruhe, und die Budgetfrage konnte geklärt werden". Das Vorgehen der Mehrheit aber hat „die gesamte Partei schwer geschädigt". Hätte „Dr. Frank die verlangte Erklärung, die badischen Budgetbewilliger fügten sich, abgegeben", so wären sie „als Politiker unmöglich geworden. Man hätte sie in ihren süddeutschen Parlamenten einfach ausgelacht. In solche Situation darf man keinen Parteigenossen bringen. Die Mehrheit hat auf alle diese Gründe gepfiffen und ihre bekannte Ausschlußdrohung zum Beschluß erhoben". Aber „der Revisionismus ist eine geistige Bewegung, die man nicht durch Beschlüsse totmachen kann. [...]" (Ebd.).

[2] Auf dem SPD-Parteitag in Magdeburg (18.–24. Sept. 1910) verurteilte Bebel die im Rahmen der Großblockpolitik erfolgte Budgetbewilligung der bad. Sozialdemokraten und drohte mit Parteiausschluß. Für die Revisionisten rechtfertigte Frank die Budgetbewilligung der süddeutschen Landtagsfraktionen und empfahl mit Unterstützung von 113 Delegierten, die budgetrechtlichen Verhältnisse im Reich und den Bundesstaaten durch eine Parteikommission studieren zu lassen, um künftige Konflikte zu vermeiden. Franks Vorschlag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, Bebels Resolution hingegen angenommen (*Schultheß* 1910 S. 346ff.).

1189. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 3. Oktober 1910

Das hiesige Organ der Fortschrittlichen Volkspartei[1] meint zum sozialdemokratischen Parteitag[2] und zum Wahlsieg der Genossen in Frankfurt a. O.-Lebus[3], jede Anlehnung nach rechts müsse für den Liberalismus zum Verderben ausschlagen, immer links fahren sei die Parole.

Zur Tagung der Nationalliberalen in Kassel[4] wird bemerkt, daß die deutsche Linke an dieser Versammlung wahrscheinlich keine Freude erleben werde. Über die Straßentumulte in Moabit sagt das Blatt, bedauerlicherweise scheine die organisierte Arbeiterschaft mitverantwortlich, die Polizei habe sich anscheinend überraschend verständig benommen; der Schreiber fügt hinzu, es wäre ihm lieber gewesen, die organisierten Arbeiterkreise zu loben als die Berliner Polizei.

In der gleichen Nummer des „Landesboten" wird der hier beigefügte Aufruf der badischen Sozialdemokratie abgedruckt, wie er in dem von Kolb redigierten „Volksfreund" vorgestern erschien. Vom Revisionismus ist darin wenig zu spüren. Das fortschrittliche Organ sagt zu dem Aufruf, er biete nichts Neues, aber man müsse sich ein Beispiel nehmen an der Arbeiterfreundlichkeit und Opferwilligkeit der Sozialdemokratie.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Europa Nr. 82 Nr. 17 Bd. 9, eig. Ausf.; Marg.: „8./10. R. Amt d. Inn., Min. d. Inn."

[1] Bad. Landesbote, Nr. 229 vom 2. Okt. 1910.

[2] Nr. 1188.

[3] Am 26. Sept. 1910 siegte Faber (SPD) im Stichentscheid der Reichstagsnachwahl knapp gegen Winter (NL) (*Schultheß* 1910 S. 352).

[4] Nr. 1190.

1190. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 5. Oktober 1910

Der nationalliberale Parteitag[1] wird in den badischen Zeitungen lebhaft besprochen. Nur die Zentrumsblätter üben noch eine gewisse Zurückhaltung. Im fortschrittlichen Lager ist man wenig zufrieden, und die nationalliberalen Organe suchen nach Möglichkeit einen Erfolg der Herren Obkircher und Rebmann in ihrer Verteidigung der Großblocktaktik nachzuweisen.

Im Grunde erging es den liberalen badischen Großblockanhängern in Kassel ähnlich, wenn auch etwas besser, wie den Revisionisten in Magdeburg, man tadelte sie scharf, übte aber einige Nachsicht.

Die Genossenblätter urteilen geringschätzig und selbstgefällig. Der „Volksfreund" meint, Rebmann sei gründlich im Irrtum, wenn er meine, noch nie sei ein stärkerer Keil in die Sozialdemokratie getrieben worden als durch das Verhalten der badischen Liberalen, diese seien einfach in einer Zwangslage gewesen und hätten der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, den Ruck nach links machen müssen.

Vorlage einer Übersicht von Pressestimmen in der Karlsruher Zeitung.[2]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 6 Bd. 1, Ausf.; Marg.: „12./10. R. Amt d. Inn., Min. d. Inn."

[1] Protokoll 12. Vertretertag Nationalliberale Partei.
[2] Nr. 273 vom 5. Okt. 1910.

1191. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 18. Oktober 1910

Die Partei- und Preßverhältnisse in Baden sind andauernd recht unerfreulich. Man kann eigentlich in dieser Richtung immer nur Gleiches berichten. Nationalliberale und Fortschrittler geben sich die größte Mühe, ihre Großblocktaktik zu rechtfertigen, hegen dabei aber angesichts der Vorgänge in Moabit[1] und des französischen Eisenbahnerstreiks[2] doch wohl stellenweise das Gefühl einigen Zweifels an der Zweckmäßigkeit solcher Taktik. Unwillkürlich drängt sich die alte Wahrheit auf: Qui s'excuse, s'accuse. Dr. Obkirchers Rücktritt von der Leitung der Nationalliberalen Partei hat keine besondere politische Bedeutung. Als Nachfolger gilt der Fraktionschef Oberschulrat Rebmann, mit Obkircher der Hauptverteidiger des Großblocks in Kassel[3]; in Kreisen der Regierung schätzt man ihn wenig.

Wenn die badischen Liberalen trotz Kassel noch an den Sieg des Revisionismus glauben, so scheint das recht wenig motiviert, denn die sozialistischen Blätter hier sind so rücksichtslos wie möglich und in ihrem Tone keineswegs revisionistisch. Der „Volksfreund" schrieb jüngst zur feierlichen Eröffnung des neuen Freiburger Theaters: Die Herren in Uniform nehmen lediglich die Stellung im bürgerlichen Leben ein, die ihnen ein feiges und unterwürfiges Bürgertum freiwillig einräumt ... Wer sich der Uniform gegenüber so benimmt wie unser Bürgertum, dem gehört unbedingt ein Tritt auf die vier Buchstaben.

Für Elsaß-Lothringen verlangt dasselbe Genossenblatt einen selbständigen Bundesstaat mit republikanischer Verfassung, und anläßlich der Maßnahmen der Regierung in Frankreich gegen die streikenden Eisenbahner wird Herr Briand[4] einfach als „Schuft" bezeichnet.

Beide sozialdemokratische Hauptorgane, Volksfreund und Volksstimme, lassen an blutrünstiger, maßloser Sprache nichts zu wünschen; ihre Haltung in Sachen des französischen Streiks sollte die liberalen Großblockfreunde doch einigermaßen zur Besinnung bringen.

Ein Lichtblick in dem Grau des politischen Himmels ist die fast allseitige lebhafte Anerkennung der Rede S. M. des Kaisers und Königs bei der Berliner Universitätsfeier[5] und die Zustimmung, die auch Ew. Exz. Ausführungen bei dem gleichen Anlaß erfahren. Ew. Exz. werden hier im Süden vielfach so ungerecht und so absolut falsch beurteilt, daß man hocherfreut ist, endlich einmal die leisen Anzeichen einer richtigeren Auffassung zu begrüßen. Staatsminister Freiherr v. Dusch und Herr v. Marschall gaben diesem Empfinden mir gegenüber warmen Ausdruck, und beide erwähnten mit besonderer Genugtuung die beherzigenswerten Worte des Dekans der juristischen Fakultät bei der Verleihung der philosophischen Doktorwürde an Ew. Exz. – Auch die Karlsruher Zeitung trug solcher Stimmung Rechnung, indem sie auf das Urteil der Historiker Karl Lamprecht[6] und Kurt

Breysig[7] über Ew. Exz. und deren Politik hinwies. Ein neuerer Artikel des letztgenannten im „Tag" vom 9. d. Mts. scheint mir besonders beachtenswert, weil er die ungemein schwierige Erbschaft, die Ew. Exz. übernommen haben, gerecht würdigt und in erster Linie die Parteien für die geschaffene Lage verantwortlich macht.

Daß das hiesige Regierungsblatt sich wieder politisch betätigt und verschiedene Preßstimmen wie gelegentlich auch offiziöse Meinungen in seinen Spalten aufnimmt, wird ihm bereits hie und da sehr verübelt.

Zur Veröffentlichung des bekannten Artikel[s] der „Perseveranza" über die sogenannte „Verseuchung des Westens" pp. in der „Karlsruher Zeitung" schreibt der „Beobachter", das Regierungsorgan sei damit zu einem ganz gewöhnlichen nationalliberalen Blatt herabgesunken, der Artikel hätte als verletzend für die Katholiken überhaupt nicht aufgenommen werden dürfen.

Schon mehrfach wurde diesseits gemeldet, wie gerade die klerikale Presse hier an Übelwollen und Gehässigkeit Erstaunliches leistet. Als neuestes Beispiel politischer Zentrumsweisheit darf ich einen Artikel des „Beobachters", betitelt „Der nationalliberale Reichskanzler", hier gehorsamst beifügen.[8]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 13, Ausf.; Marg.: „mtg. 24./10. R. Amt d. Inn., 12./11. Min. d. Inn."

[1] Auseinandersetzungen zwischen streikenden Kohlearbeitern und Arbeitswilligen sowie der Polizei in Berlin-Moabit (24.–28. Sept. 1910).

[2] Landesweiter Streik der franz. Eisenbahner (10.–18. Okt. 1910).

[3] Nr. 1190.

[4] Briand, Aristide (1862–1932), Rechtsanwalt und Journalist, seit 1902 Abgeordneter der franz. Nationalversammlung, seit 1906 mehrfach Minister, 1909–1911, 1915–1917, 1921/22 Ministerpräsident, 1925/26, 1929 Ministerpräsident und Außenminister, bis 1932 Außenminister.

Um den Streik einzudämmen, ordnete Briand an, daß alle wehrpflichtigen Eisenbahner auf 21 Tage zu Militärübungen eingezogen werden könnten.

[5] Bei der Hundertjahrfeier der Berliner Universität (10.–12. Okt. 1910) gab der Kaiser bekannt, daß unter seinem Protektorat eine „Gesellschaft zur Gründung und Unterhaltung von Forschungsinstituten" entstanden sei (*Schultheß* 1910 S. 358).

[6] Lamprecht, Karl (1856–1915), Historiker, 1881 Mitbegründer der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde, 1885 Professor an der Universität Bonn, 1890 in Marburg, dann Gießen und Leipzig.

[7] Breysig, Kurt (1866–1940), Kulturhistoriker, 1892 Privatdozent, 1896 ao. 1923 o. Professor der Geschichte in Berlin.

[8] Der Bad. Beobachter (Nr. 235 vom 15. Okt. 1910) publizierte Bethmann Hollwegs Äußerung: „Ich gehöre meiner Weltanschauung und meiner Ausbildung nach viel eher noch zu den Nationalliberalen als zu den Freikonservativen".

1192. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 19. Oktober 1910

S. K. H. der Großherzog von Baden besuchte kürzlich die Städte Waldshut, Stockach und Breisach im südlichen Baden, die letztgenannte Stadt in Begleitung I. K. H. der Großherzogin. Das sind vorwiegend katholische Gegenden, namentlich um Waldshut, wo nur wenige Andersgläubige wohnen. Der Landesherr wurde dort von der Bevölke-

rung mit einer Herzlichkeit und einem Enthusiasmus begrüßt, wie das bei ähnlichen Besuchen noch kaum der Fall gewesen sein soll. Der Minister Freiherr v. Bodman, der in Waldshut und Stockach zugegen war und im Wagen an der Seite seines gnädigsten Herrn saß, sagt mir, daß er einen so warmen Empfang noch nicht erlebt habe.

Bei der fanatischen Hetze der Zentrumspresse gegen Herrn v. Bodman scheint solcher Empfang und das öffentlich dabei dem Minister bekundete Vertrauen des Großherzogs immerhin recht erfreulich.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „v. S. M. 24./10."

1193. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 25. Oktober 1910

Die Großherzogliche Regierung hat einen Vortragenden Rat im Ministerium des Innern, den Oberamtmann Dr. Arnsperger[1], der in einer Versammlung des nationalliberalen und jungliberalen Vereins am 6. d. Mts. den Großblock verteidigte, nach Staufen versetzt.

Die Maßregel wird in der gesamten Presse kritisch erörtert und in den liberalen Blättern scharf verurteilt.

Der jungliberale Verein hier nahm gestern die im Wortlaut angeschlossene, von dem Kammerstenographen Frey vorgeschlagene Protestresolution[2] gegen eine Stimme an. Frey ist beiläufig der Redner, welcher bei der städtischen Feier des letzten kaiserlichen Geburtstages von einer Vergewaltigung Badens durch die größeren Bundesstaaten sprach, Worte, die mich zum früheren Weggehen veranlaßten.[3]

Leider benützen einige Zeitungen diese Strafversetzung Arnspergers wieder ohne jede Berechtigung zu feindlichen Äußerungen gegen Preußen, sie führen die Maßregel auf preußische Einflüsse zurück und sprechen von einem Wind von Norden, der dabei geweht habe.

Beilage des Artikels der Badischen Nationalliberalen Korrespondenz.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 13, Ausf.; Marg.: „mtg. 31./10. R. Amt d. Inn., Min. d. Inn."

[1] Arnsperger, Karl Dr. (1870–1930), seit 1894 im bad. Verwaltungsdienst, 1902 Amtmann in Bruchsal, 1906 in Karlsruhe, 1907 Oberamtmann, 1910 Amtsvorstand in Staufen, dann Ministerialrat im Ministerium des Innern (AV; PA-GLA).

[2] (Bad. Presse, Nr. 494 vom 25. Okt. 1910): In der Versetzung „des als nationalliberal bekannten Oberamtmann[s]" erblickten die Jungliberalen eine „Maßregelung" des Innenministers v. Bodman auf die Ausführungen Arnspergers, „daß in absehbarer Zeit eine Änderung der Stellung unserer Partei gegenüber Zentrum und Konservativen in Baden nicht möglich sei. Der Herr Minister scheint darin den Versuch einer Durchkreuzung seiner neuerdings in der ‚Karlsruher Zeitung' eingeleiteten Sammlungspolitik erblickt zu haben. Wir anerkennen zwar, daß die Verwaltungsbeamten nicht dieselbe politische Bewegungsfreiheit genießen können wie andere Staatsbeamte. Wenn ihnen jedoch auch die Möglichkeit genommen würde, in geschlossenen Mitgliederversammlungen ihre politische Anschauung auszusprechen, so würde ihnen die einzige Möglichkeit, ihre persönliche politische Überzeugung zum Ausdruck zu bringen, und damit

der letzte Rest staatsbürgerlicher Freiheit entzogen. Wir protestieren daher gegen diese mit liberalen Anschauungen nicht verträglichen Maßnahmen des Herrn Ministers" (Ebd.).

[3] Nr. 1156.

1194. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 27. Oktober 1910

Die Strafversetzung des Oberamtmanns Dr. Arnsperger nach Staufen wird in der gesamten Presse weitererörtert und meist sehr scharf getadelt.[1] Zweifellos war die Großherzogliche Regierung durchaus befugt, in dieser Weise einzuschreiten, aber einen solchen mit Sicherheit zu erwartenden allgemeinen Zeitungssturm hätte man vielleicht doch nicht heraufbeschwören sollen. Ein strenger Verweis hätte wohl auch genügt, denn Arnsperger ist keineswegs ein streitbarer Oppositionsmann. Seine Äußerung als Nationalliberaler gegen eine Sammlungspolitik mit Zentrum und Konservativen entsprach dem leider herrschenden Standpunkte der Partei und ihrer Führer Obkircher und Rebmann, welche, obgleich Staatsbeamte wie Arnsperger, stets ungestraft die gleiche bedauerliche Ansicht vertraten.

Die heutige „Karlsruher Zeitung"[2] bringt den hier angeschlossenen offiziösen Artikel zur Rechtfertigung der Regierung.

Bei dem Aufsehen, das die Sache erregt, glaube ich auch noch einige weitere Zeitungsstimmen gehorsamst vorlegen zu sollen.[3]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 13, Ausf.; Marg.: „mtg. 3./11. R. A. d. Inn., Min. d. Inn."

[1] Nr. 1193.

[2] (Nr. 295 vom 27. Okt. 1910). Die bad. Regierung bekräftigte, „daß bei den nächsten Reichstagswahlen zur Verhütung eines weiteren Anwachsens der sozialdemokratischen Vertretung ein Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien dringend erwünscht ist". Arnsperger hat in einer durch die Tagespresse veröffentlichten politischen Versammlung dagegen Stellung genommen, „indem er ein Zusammengehen der Nationalliberalen mit den Konservativen für absehbare Zeit als ausgeschlossen bezeichnete und nach Hinweis auf die Tätigkeit einiger (evangelischer) Geistlicher im Landbezirk Karlsruhe mit der Aufforderung schloß, keinesfalls ‚mit Geistlichen und Junkern' zusammenzugehen". Diese sind dort aber „zahlreich und bilden ein staatserhaltendes Element von besonderer Bedeutung". Deshalb hat die Regierung Arnspergers „Versetzung in einen anderen Bezirk herbeigeführt. Dienstliche Nachteile sind damit für Oberamtmann Arnsperger nicht verbunden. [...] Eine Strafversetzung liegt somit weder im beamtenrechtlichen Sinne noch in tatsächlicher Beziehung vor. Die Entschließung der Regierung beruht auch weder auf einem Wechsel ihrer Anschauungen noch auf Berliner Einflüssen" (Ebd.).

[3] Kölnische Zeitung, Nr. 1151 vom 27. Okt. 1910; Bad. Presse, Nr. 497 vom 26. Okt. 1910; Bad. Beobachter, Nr. 243 vom 25. Okt. 1910; Bad. Landeszeitung, Nr. 494 vom 25. Okt. 1910.

1195. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 31. Oktober 1910

Die Mannheimer sozialdemokratische „Volksstimme" reproduziert einen Artikel der „Braunschweigischen Landeszeitung", in welchem gegen die Großherzogin Luise der

von gänzlicher Unkenntnis der Verhältnisse zeugende Vorwurf erhoben wird, daß I. K. H. hier preußische Interessen zum Schaden Badens vertrete und damit Erfolg habe. Das Sozialistenblatt hält die fast lächerlichen Behauptungen für zutreffend. Ich werde suchen, ein Exemplar der betreffenden Nummer zu verschaffen und es Ew. Exz. alsdann vorlegen.

Die Herren Minister sind empört über die Veröffentlichung dieser sogenannten Enthüllungen, die ihres Erachtens aus einer welfischen Quelle stammen. In einer heute ad hoc berufenen kurzen Sitzung des Staatsministeriums wurde eine Abwehr für die „Karlsruher Zeitung" vereinbart, die aber noch der Genehmigung des Großherzogs bedarf und, da S. K. H. in Hohenburg weilt, leider erst in einigen Tagen erscheinen kann. Nichts ist sinnloser, als gegen die Großherzogin Luise derartige Anklagen zu erheben und ihr politischen Einfluß und Erfolg in solcher Richtung nachzusagen. Die hohe Frau ist durch und durch Badnerin geworden bei aller Anhänglichkeit an die alte Heimat. Beispielsweise stand I. K. H. in der Frage der Schiffahrtsabgaben durchaus auf dem badischen Standpunkt und verurteilte sehr energisch das Verhalten der preußischen Konservativen bei der Finanzreform. Ew. Exz. wissen das. Sonderbarerweise bringt die „Nationalzeitung" vom 29. d. Mts. einen „Boudoirpolitik" überschriebenen Leitartikel[a], der sich, wenn auch in milder Form, in ähnlichem Sinne wie die „Braunschweigische Landeszeitung" über die vermeintlichen Einflüsse der Großherzogin Luise äußert.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 12, Ausf.

[a] Randnotiz Bethmann Hollwegs: „Preß-Büro durch Hatten, Schiffer oder Hahn auf National-Zeitung einzuwirken versuchen, daß sie nicht so törichtes Zeug bringt".

1196. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 3. November 1910

Der Fall Arnsperger will in der Presse immer noch nicht ganz zur Ruhe kommen.[1] Erfreulicherweise stellt sich neuerdings das offizielle nationalliberale Hauptorgan, die „Badische Landeszeitung", ziemlich entschieden auf die Seite der Regierung, während sie sonst eine starke Neigung nach links zeigte. Sie erregt deshalb den Zorn des fortschrittlichen „Landesboten"; beide Blätter sagen sich nach längerer Freundschaft kräftige Grobheiten.

Der „Landesbote"[2] beleuchtete kürzlich den Fall unter dem Titel „Kabinettsjustiz" mit heftigen Ausfällen gegen Preußen, dessen Einfluß er die Maßregelung Arnspergers zuschreibt.

Im radikalen Lager wird Herr v. Bodman natürlich als gänzlich dem schwarzblauen Block zu Willen hingestellt. [...]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 13, eig. Ausf.; Marg.: „mtg. 8./11. R. Amt d. Inn., Min. d. Inn."

[1] Nr. 1193, 1194.

[2] Bad. Landesbote, Nr. 253 vom 30. Okt. 1910.

1197. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 4. November 1910

Die offiziellen Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" über die Lage und die Politik der Sammlung werden vom hiesigen Regierungsorgan stets abgedruckt. Sie erfahren in den linksliberalen Blättern leider eine meist sehr übelwollende Kritik.

Der erweiterte Landesausschuß der Konservativen Partei Badens nahm jüngst eine längere Resolution an[1], die einen Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien als dringend notwendig bezeichnet. Demgegenüber erfolgte von nationalliberaler Seite sofort eine des näheren motivierte prompte Ablehnung.[2]

Beide der „Karlsruher Zeitung" entnommene Kundgebungen sowie eine demokratische[3] und eine Zentrumsäußerung[4] darf Ew. Exz. ich hierneben gehorsamst vorlegen. Als ich gestern Gelegenheit hatte, mit I. K. H. der Großherzogin Luise zu sprechen, trat die hohe Frau besonders warm für die von Ew. Exz. empfohlene Politik der Sammlung ein, die aber ihres Erachtens in Baden schwerlich durchzuführen sein wird.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 13, Ausf.; Marg.: „8./11. R. A. d. Innern, Min. d. Innern".

[1] Herbsttagung des erweiterten Landesausschusses der Konservativen Partei Badens am 25. Okt. 1910 in Karlsruhe (Karlsruher Zeitung, Nr. 302 vom 3. Nov. 1910).

[2] Ablehnung durch den Parteivorsitzenden Bassermann auf dem Delegiertentag der Nationalliberalen Partei in Kassel am 20. Okt. 1910 (Karlsruher Zeitung, Nr. 303 vom 4. Nov. 1910).

[3] Bad. Landesbote, Nr. 255 vom 2. Nov. 1910.

[4] Bad. Beobachter, Nr. 250 vom 3. Nov. 1910.

1198. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 9. November 1910

Die übers Jahr bevorstehenden Reichstagswahlen beschäftigen bereits ziemlich intensiv die badische Parteipresse. Im Regierungsorgan wurden dieser Tage die Ausführungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" über dieses Thema an leitender Stelle abgedruckt und die bisher stattgehabten Gewinne und Verluste der Parteien bei den Ersatzwahlen zusammengestellt. Die sehr erwünschte Politik der Sammlung aller bürgerlichen Elemente findet hier keinen guten Boden, weil die Feindschaft der Parteien untereinander verständige Kompromisse nahezu ausschließt. Ganz neuerdings ist indessen eine gewisse Mäßigung in der Sprache der bisherigen Hauptgegner, der Nationalliberalen und des Zentrums, zu verzeichnen, die, wenn sie anhält, doch zu einer Art von Einigung führen könnte, viel Hoffnung kann man trotzdem in dieser Richtung kaum haben.

Die Konservative Partei hat wenig Anhang, keine Führer und keine Presse; als ihr Organ fungiert ein in Stuttgart recht minderwertig redigiertes Blatt.[1] In der bisherigen vollständigen Abhängigkeit der Konservativen vom Zentrum wird kaum eine Änderung eintreten, es sei denn, daß Zentrum und Rechtsliberale wirklich zu einer Art von Wahleinigung kommen, die sich dann auf die Konservativen ausdehnen würde. Als ganz radikal und unverbesserlich sehe ich die Volkspartei an, sie ist für einen Kampf gegen die Sozialdemokratie keinenfalls zu haben, da sie im Zentrum, der Reaktion und dem

sogenannten Junkertum die schlimmsten Zukunftsgefahren sieht. Ihre Hauptführer sind, wie schon früher berichtet, vornehmlich Schulmänner. Von einem derselben, dem jungen Professor Hermann Hummel von der hiesigen Realschule, darf ich einen charakteristischen Artikel aus dem „Badischen Landesboten“[2] als Beispiel für die Anschauungen dieser Leute hier gehorsamst beifügen.

Bezeichnend für die politische Lage und die Stellung der Parteien zur Regierung scheint mir auch die Beurteilung der offiziösen Erklärung der „Karlsruher Zeitung“[3], betreffend den aus Braunschweig stammenden Artikel über I. K. H. die Großherzogin Luise. Fast die ganze Presse findet an dieser freilich sehr verspäteten Erklärung etwas auszusetzen.[4] Am deutlichsten schreiben der „Volksfreund“ und das Mannheimer volksparteiliche Blatt. Im Zentrum benutzt man die Gelegenheit zu höhnischen Bemerkungen gegen den Minister v. Bodman, der fortschrittliche Landesbote meint, er sei keineswegs einverstanden, und die nationalliberale Landeszeitung bringt ebenfalls kritische Glossen.

In einem „Hohe und allerhöchste Politik“ überschriebenen Leitartikel aus Berlin wird in der angeblich unabhängigen liberalen „Badischen Presse“[5] in wenig anständigem Tone der Besuch S. M. des Zaren in Potsdam[6] besprochen.

Die Fortschrittliche Volkspartei veranstaltet morgen hier eine öffentliche Versammlung, in welcher der Pfarrer Korell[7] (Hesse) über die politische Lage sprechen wird, freie Aussprache ist dabei vorgesehen. Die Landesversammlung der Nationalliberalen Partei soll am 12. und 13. d. Mts. hier stattfinden.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 13, Ausf.; Marg.: „mtg. 14./11. R. Amt d. Inn., Min. d. Inn.“

[1] Seit Juli 1907 ersetzte die Stuttgarter „Süddeutsche Reichspost“ die bis dahin in Karlsruhe erschienene „Bad. Post“ (vor 1900 Bad. Landpost).

[2] Der Bad. Landesbote (Nr. 261 vom 9. Nov. 1910) beschuldigte das Zentrum, aus agrarischem Klassenegoismus systematisch gegen die Verständigung der liberalen Gruppen zu arbeiten: „Es ist eine Forderung der Vernunft und Gerechtigkeit, dem Liberalismus, und zwar nicht durch unsichere Kantonisten, wie sie dem Zentrum genehm wären, sondern durch die seiner Vertreter, die die gesündesten Nerven haben, die Stellung zu sichern, die er nach seiner zahlenmäßigen Stärke verdient“. Bei ruhiger Überlegung „wird es nicht schwer sein, den schlauen Plan des Zentrums zu durchkreuzen, das auf dem Weg über die Erzeugung von Verstimmung hofft, später im Trüben fischen zu können“ (Ebd.).

[3] Nr. 305 vom 6. Nov. 1910.

[4] Das Karlsruher Tageblatt (Nr. 310 vom 9. Nov. 1910) zitierte den sozialdemokratischen „Volksfreund“: „Daß sich die Großherzogin zu Lebzeiten Großherzog Friedrichs I. stark um Politik kümmerte und dabei in enger Verbindung mit Preußen stand, pfiffen in Karlsruhe und anderswo die Spatzen von den Dächern. Dieses Geschäft gewöhnt man sich von heute auf morgen nicht ab, und so mag es zu erklären sein, daß die vielen preußischen Einflüsse, die man auch jetzt noch am badischen Hof wahrnimmt, direkt und indirekt auf die Großherzogin Luise zurückgeführt werden. Die Regierung sollte also nicht so stark in Entrüstung machen und von verwerflicher Handlungsweise der betr. badischen Blätter reden, welche den Artikel der ‚Braunschweigischen Landesz[ei]t[un]g‘ übernommen haben“. Die ebenfalls zitierte freisinnige „Neue Bad. Landeszeitung“ meinte, es würde „nicht weit von der Wahrheit abliegen, wenn man annimmt, daß die engen verwandtschaftlichen Beziehungen und die daraus sich ergebende rege Korrespondenz nicht ganz ohne Bedeutung für die Geschicke des Landes sind“, während die nationalliberale „Bad. Landeszeitung“ (Nr. 514 vom 7. Nov. 1910) den Braunschweiger Artikel als „Sensationsmache“ und „törichtes Biertischgeschwätz“ bezeichnete.

[5] Nr. 515 vom 7. Nov. 1910.

[6] Der Zar besuchte Berlin vom 4.–16. Nov. 1910.

[7] Korell, Adolf (1872–1941), ev. Geistlicher, FVP/DDP, Mdhess. II. K. 1911–1918, MdR 1920–1928.

1199. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 14. November 1910

Minister Freiherr v. Marschall wird am nächsten Freitag nach Berlin reisen, um an der Sitzung des Bundesratsausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten teilzunehmen. Ich möchte bei diesem Anlaß in Bestätigung früherer Meldungen nochmals auf das unausgesetzte freundliche Entgegenkommen und die vortrefflichen Eigenschaften des Ministers hinweisen. Als Charakter und pflichttreuen, grundzuverlässigen Beamten stelle ich ihn sehr hoch und würde es schmerzlich bedauern, wenn die Gerüchte von seinem baldigen Rücktritt sich bewahrheiten sollten.

Leider übernahm er mit den Eisenbahnen eine recht unerfreuliche Erbschaft. Während sein Vorgänger im Grunde die Schuld trug an den teilweise gewiß nicht zu leugnenden Fehlern der Eisenbahnpolitik, schonte er diesen, seinen früheren Chef Herrn v. Brauer, stets in vornehmster Zurückhaltung und hatte namentlich deshalb vor der Kammer einen schweren Stand.

Die öffentliche Meinung neigt nun zu der Ansicht, daß es besser sein werde, in Zukunft die Eisenbahnen wieder, wie zur Zeit des Finanzministers Ellstätter, dem Ressort der Finanzen anzugliedern. Wenn die Regierung sich zu solcher Änderung entschließen sollte, was vorläufig sehr zweifelhaft ist, würde Herr v. Marschall nicht bleiben, und man könnte ihm den Rücktritt alsdann auch kaum verdenken. Jedenfalls dürfte S. K. H. der Großherzog nur sehr ungern in die Entlassung willigen.

Von meinem Standpunkte könnte ich mir keinen liebenswürdigeren, um gute Beziehungen ehrlicher bemühten reichstreueren Minister denken.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 2 Bd. 2, Ausf.

1200. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 14. November 1910

Ew. Exz. darf ich das ganze zweite Blatt der „Badischen Landeszeitung“[1] von heute gehorsamst vorlegen, welches den Bericht über die Landesversammlung der Nationalliberalen Partei Badens enthält. Als wesentliches Ergebnis geht aus den Reden und Verhandlungen hervor, daß die Partei die allgemeine Politik der Sammlung gegen die Sozialdemokratie ablehnt. Man will zwar die Sozialdemokraten auch bekämpfen, erblickt aber doch den Hauptfeind im Zentrum und weist das Anerbieten der Konservativen als einer vom Zentrum abhängigen Partei zurück. Mit den Demokraten schweben die Verhandlungen behufs einer Verständigung, die nach Möglichkeit erstrebt wird.

Die Reden scheinen mir recht lang und phrasenhaft und die empfohlene doppelte Front gegen Zentrum und Sozialdemokratie ebensowenig erfolgversprechend wie die frühere Großblockpolitik. Die Partei muß meines Erachtens hierzulande weiter verlie-

ren, wenn sie nicht einen Weg zu gemeinsamer nationaler Wahlarbeit mit dem freilich grundantipathischen, aber mächtigen Zentrum findet.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 13, Ausf.; Marg.: „26./11. R. A. d. Innern, Min. d. Innern".

[1] Nr. 526 vom 14. Nov. 1910. Vgl. dazu Protokoll der Landesversammlung der Nationalliberalen Partei Badens am 12. Nov. 1910 in Karlsruhe (GLA 69/Hinterlegung Nationalliberale Partei Badens/162).

1201. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 17. November 1910

Über die gestern in Offenburg stattgehabte Landesversammlung der badischen Zentrumspartei veröffentlichen die hiesigen Blätter vorläufig nur die hier gehorsamst angeschlossenen Resolutionen[1], die angeblich einstimmige Annahme fanden.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 13, Ausf.; Marg.: „24./11. R. A. d. Innern, Min. d. Innern".

[1] (Bad. Presse, Nr. 533 vom 17. Nov. 1910). In fünf Resolutionen stellte sich die Landesversammlung hinter „ihre parlamentarischen Vertreter im Reichstag und Landtag", bezeichnete sich als eine von der kirchlichen Autorität unabhängige politische Partei, „welche ihre Aufgaben als Vertreterin des ganzen Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, auf dem politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kirchenpolitischen, nach Maßgabe der Verfassung zu erfüllen sucht", und erhob die Bekämpfung der SPD „zu den wichtigsten und dringlichsten Aufgaben der Regierungen und der Parteien". „Verwerflich und tief beklagenswert" sei das Großblockbündnis, mit dem die Nationalliberalen den Kampf erschwerten, sowie die Äußerungen des Innenministers, die „der weiteren Verbreitung der Sozialdemokratie" Vorschub leisteten. Das Zentrum begrüßte die „Sammlung aller bürgerlichen Parteien", sofern man ihm nicht zumute, „die Geschäfte einer gegnerischen Partei zu fördern, statt den Interessen der Allgemeinheit einen Dienst zu erweisen" (Gedr. *Kremer*, Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht S. 206ff.).

1202. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 23. November 1910

Das badische Zentrum mit seinem konservativen Anhang gebärdet sich gegenwärtig als die einzige zuverlässige Stütze von Thron und Altar. Die in einem Extrablatt des „Beobachters" veröffentlichte Beuroner Kaiserrede[1] wird in diesem Sinne kräftig verwertet, und der geistliche Führer der Partei sucht neuerdings in Versammlungen wie in der Presse eifrig dementsprechend zu wirken. Nun läßt sich aber nicht leugnen, daß die Partei und speziell ihr Leiter, der Geistliche Rat Wacker, bei früheren Wahlen nicht selten sowohl die Demokraten wie die Sozialdemokraten auf Kosten der verhaßten Nationalliberalen unterstützte. Hauptbestreben des Zentrums war in den letzten Jahrzehnten stets die Schwächung der Nationalliberalen, weil man damit der Kirche und ihren Zielen am besten zu nützen hoffte. Erfüllung der kirchenpolitischen Wünsche blieb immer der erste Zweck aller Agitation, und was in dieser Beziehung von Rom kommt,

wird gutgeheißen und mit Heftigkeit verteidigt. Borromäusenzyklika[2], Motu proprio, Antimodernisteneid und selbst des Baron de Mathies' elende Schrift.[3] Nationale Erwägungen, das Wohl des Reiches und des Heimatlandes, fallen für die Partei offenbar weniger ins Gewicht. Man hat eher andauernd das Gefühl eines bei ihr vorherrschenden Übelwollens und Mißtrauens gegen das Reich, das protestantische Kaisertum und die eigene Regierung. Dabei bildet leider das Zentrum hierzulande eine wohldisziplinierte, geschickt geleitete Macht von weitem Gewissen, mit der sehr zu rechnen ist und die der Regierung viel nützen könnte, wenn sie deutscher und badischer wäre. Wacker richtete in seinen kürzlichen Reden unter anderem ziemlich grobe Angriffe gegen die Regierung, besonders gegen den Minister v. Bodman. Zutreffend und eingehend berichtet der „Schwäbische Merkur" darüber, auch die „Karlsruher Zeitung" bringt ihren Lesern Auszüge, vermeidet aber die Wiedergabe der Angriffe und lehnt eine Polemik mit dem geistlichen Agitator ab. – Infolge von dessen Äußerungen in Offenburg, Karlsruhe und Freiburg ist, wie zu erwarten, der zeitweise ein wenig gemilderte Kampf zwischen Liberalen und Zentrum wieder in aller Schärfe entbrannt. Den besonderen Zorn der klerikalen Presse erregen dabei gewisse Artikel der liberalen „Landeszeitung", in der ein angeblich katholischer Geistlicher seine warnende Stimme gegen die römische Unduldsamkeit erhebt.

Der „Pfälzer Bote", ein sensationsbedürftiges, höchst minderwertiges klerikales Blatt, das dem Abgeordneten Freiherrn v. Mentzingen nahesteht, bezeichnet bei Besprechung einer Schrift des katholischen Pfarrers Dor[4] über den bekannten klerikal-feudalen Fanatiker Heinrich v. Andlaw[5] die gegenwärtigen Zustände in Baden als ähnlich wie im Jahre 1848 und bemerkt, schließlich würden die Preußen wieder helfen müssen, ein Wort, das natürlich bei den Gegnern gewaltige Entrüstung erregt.

Durchaus berechtigt erscheint die derzeit wenigstens in der ultramontanen Presse hervortretende unbedingte Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie, die aber früher bei den Wahlen, wie schon erwähnt, manchmal gänzlich versagte und auch wieder versagen kann. Der „Beobachter" berichtete neulich mit Recht empört über ein Offenburger Genossenblatt, das den Fahneneid einen Zwirnsfaden nannte, über den niemand mehr zu stolpern brauche.

Die hiesige Regierung hat unter den dargelegten Umständen leider wohl alle Ursache, dem Zentrum nicht zu trauen, sie hält deshalb auch die ganz besondere Huld, die S. M. der Kaiser den Benediktinern und dem Erzabt in Beuron[6] zu bekunden die Gnade hatten, nicht für ganz erwünscht, weil das Zentrum solche kaiserliche Huld für seine Zwecke politisch ausbeutet. – Daß die liberale und radikale Presse an der Beuroner Rede unseres Allergnädigsten Herrn zum Teil recht scharfe Kritik übt, brauche ich als selbstverständlich kaum zu melden. Der demokratische „Landesbote" fragt geradezu: Will Wilhelm II. ein Zentrumskaiser werden? Ein mir befreundeter strenger Katholik in hoher Stellung schildert mir vertraulich den Erzabt als einen weltgewandten, klugen, aber reichlich „geriebenen" Mönch, dem gegenüber einige Vorsicht geboten sei.[a] Mein Gewährsmann meint auch, der Benediktinerorden nehme keineswegs mehr die Sonderstellung ein wie in früheren Zeiten, er werde jetzt ganz von Rom aus geleitet und habe seinen einstigen kulturellen Einfluß fast verloren.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 13, Ausf.; Marg.: „v. S. M. 28./11."

[a] Randnotiz Wilhelms II.: „Dafür halte ich ihn auch, vor allem den Salis, dieser dirigiert! Fürstenberg ist derselben Meinung!"

[1] In seiner Rede betonte der Kaiser die Zusammengehörigkeit von Thron und Altar und meinte, daß die Bekämpfung gewisser gefährlicher Bestrebungen des 20. Jahrhunderts nur mit Hilfe der Religion erfolgreich durchgeführt werden könnte (*Schultheß* 1910 S. 368).

[2] Vgl. Nr. 1181 Anm. 4.

[3] Paul Baron *de Mathies*, Wir Katholiken und die anderen. Apologetische Randglossen zur Borromäus-Enzyklika-Entrüstung, Freiburg i. Br. 1910.

[4] Dor, Franz Sales (1866–1941), kath. Geistlicher, Pfarrer in Langenbrücken. Vgl. *Dor*, Andlaw.

[5] Andlaw-Birseck, Heinrich Bernhard Reichsfreiherr v. (1802–1871), kath. Politiker, MdL (I. K.) 1833–1839, 1842–1850, 1865/66.

[6] Salis-Soglio, Paul Freiherr v. (geb. 1853), Historiker, konvertierte 1873 zum Katholizismus, Eintritt in das Benediktinerkloster Beuron (Ordensname Nikolaus).

1203. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 24. November 1910

Die Großherzoglich Badische Regierung beabsichtigt zum Zweck einer größeren Verbreitung der „Karlsruher Zeitung" diese mit dem Staatsanzeiger gewissermaßen zu verbinden und die Abnehmer des letzteren – die Gemeinden – zu verpflichten, gleichzeitig das amtliche Blatt mitzubeziehen, und zwar ohne Preiserhöhung.

Vielleicht ist das eine ganz nützliche Maßregel, nachdem die „Karlsruher Zeitung" unter ihrem neuen Redakteur[1] eine entschiedene Bedeutung erlangt hat und die Ansichten der Regierung über politische Dinge in maßvollen und sachlichen Artikeln ihren Lesern zur Kenntnis bringt.

Die Neuerung wird aber ohne Zweifel in der gesamten übrigen Presse scharfe Kritik erfahren und heftigen Widerstand finden, weil darin für die Parteiblätter immerhin eine Konkurrenz erblickt werden kann.

Rechtlich dürfte gegen den übrigens noch nicht endgültig beschlossenen Plan wohl nichts einzuwenden sein, solange keine besondere Bezahlung von den Abonnenten verlangt wird, sonst hätte der Landtag mitzusprechen, was man wegen des dort zu erwartenden Widerspruchs vermeiden möchte.

In anderen Bundesstaaten wie Preußen, Hessen, Sachsen pp. besteht bekanntlich eine ähnliche Einrichtung, die meist schon in vorkonstitutioneller Zeit getroffen wurde.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 33 Bd. 3, Ausf.

[1] Amend, Kurt (geb. 1880), seit 1910 Redakteur der Karlsruher Zeitung.

1204. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 30. November 1910

Vertraulich! Fr[ei]h[err] v. Dusch sagt mir, der Erzbischof von Freiburg habe sich kürzlich dahin geäußert, daß der Modernisteneid von den Theologieprofessoren der Universitäten nicht verlangt werde[1], römischerseits wolle man die Nichtleistung wenigstens stillschweigend dulden. Vertraulich fügte der Minister hinzu, zwischen dem enge-

ren Senat der Freiburger Hochschule u[nd] der dortigen theologischen Fakultät befehde man sich z[ur] Z[ei]t heftig wegen dieses Eides, der engere Senat sei bei der Regierung in der Eidesangelegenheit vorstellig geworden u[nd] habe angefragt, was man zu tun gedenke, darob herrsche bei der theologischen Fakultät große Entrüstung.

Die Regierung verhalte sich dieser Fehde gegenüber lediglich abwartend, werde den Senat auch nach einiger Zeit in solchem Sinne bescheiden. Von dem bekannten nahezu achtzigjährigen katholischen Pfarrer zu St. Martin in Freiburg, Hansjakob, dessen volkstümliche Schriften sich großer Beliebtheit erfreuen, soll demnächst ein neues Buch erscheinen, in welchem u[nter] a[nderem] schwere Bedenken gegen die neueren päpstl[ichen] Kundgebungen, auch gegen den Modernisteneid, erhoben werden. Der alte Herr spricht sich angeblich darin mit einem bewundernswerten Freimut aus u[nd] schließt, wie uns erzählt wird, mit der demütigen Bitte, der Herr möge ihn aus diesem Leben nun bald abberufen, damit er die traurigen Mißgriffe Roms u[nd] den Niedergang der Kirche nicht mehr mit anzusehen brauche.

Ich darf hier zugleich vertraulich erwähnen, daß die Freiburger Kurie sich jetzt bei der Regierung über gewisse scharfe Bemerkungen des nationalliberalen Parteichefs u[nd] Oberschulrats Rebmann in dessen Rede bei der Landesversammlung[2] beschwerte. Anscheinend hat der geistliche Zentrumsführer Wacker diesen verspäteten Schritt durchgesetzt; seinem Einfluß ist auch wesentlich wohl die andauernde wüste Beschimpfung Rebmanns u[nd] des H[errn] v. Bodman in der ultramontanen Presse zuzuschreiben. Die Regierung wird ein Einschreiten gegen Rebmann ablehnen, wenngleich sie sein Verhalten durchaus nicht immer billigt.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 9, Abschrift; Marg.: „mtg. 3./12. Kultusmin."

[1] Vgl. *Modernisteneid* S. 552ff.; Nr. 1215, 1217.
[2] Vgl. Nr. 1200.

1205. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 30. November 1910

Ew. Exz. darf ich hierneben den Bericht des „Badischen Landesboten"[1] über die Vertrauensmännerversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei Badens in Offenburg gehorsamst vorlegen.

Nach diesem Bericht gelangte entsprechend den eindringlichen Mahnungen des Parteichefs Heimburger und des Abgeordneten Muser die ganze Versammlung einmütig zu der Überzeugung, daß für die Reichstagsstichwahlen selbstverständlich der Großblock in Aktion zu treten habe; mit den Nationalliberalen werde dieserhalb verhandelt.

Die schließlich nach längerer Diskussion angenommene Resolution bezeichnet deshalb die Bekämpfung der Konservativen und des Zentrums als Haupterfordernis für die kommenden Reichstagswahlen.

Das bisherige Verhalten der Partei ließ einen solchen Großblockbeschluß voraussehen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 3 Bd. 24, eig. Ausf.; Marg.: „13./12. R. A. d. Inn., Min. d. Inn."

[1] Nr. 278 vom 29. Nov. 1910.

1206. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 2. Dezember 1910

In der Stadt der Juweliere, Pforzheim, hat die Agitation des Deutschen Metallarbeiterverbandes eine Arbeitseinstellung und demnächst die Aussperrung von circa 10000 Arbeitern herbeigeführt, der zufolge wahrscheinlich etwa 20000 weitere Arbeiter die Arbeit niederlegen werden.[a]

Der Verband der Arbeitgeber beschloß, sämtliche Betriebe vorläufig von morgen ab bis zum 3. Januar ruhen zu lassen, damit werden dann also circa 30000 Arbeiter beiderlei Geschlechts beschäftigungslos.

Auch der größte Teil der Arbeiter der Waggonfabrik in Rastatt ist in den Streik getreten. *Vorlage von Zeitungsberichten zur Streikbewegung.*[1]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „v. S. M. 5./12.; mtg. 8./12. R. A. d. Inn., Handelsmin."

[a] Randnotiz Wilhelms II.: „Wozu? Machtfrage! Kampfansage!"

[1] Schwäb. Merkur, Nr. 560 vom 1. Dez. 1910; Karlsruher Zeitung, Nr. 531 vom 2. Dez. 1910 (Vgl. Nr. 1208, 1209).

1207. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 9. Dezember 1910

Im „Schwäbischen Merkur"[1] gibt dessen hiesiger Mitarbeiter (Dr. Ammon) die wie mir scheint beachtenswerte hier angeschlossene Darstellung der voraussichtlichen Wirkung des neuen Gesetzes, betreffend die Gemeindewahlen in Baden.

Aufgrund dieses Gesetzes erfolgt mit dem 1. Juni k[ommenden] J[ahres] die Klasseneinteilung der Urwähler nicht wie bisher nach Zwölfteln, sondern nach Sechsteln, und zwar kommt in jeder Klasse die Verhältniswahl zur Anwendung.

Die Korrespondenz führt aus, daß damit der Einfluß der Sozialdemokratie in den Gemeindekollegien wachsen werde und daß in Zukunft namentlich die Arbeitersekretäre und die Gewerkschaftsführer in den Kollegien als Hauptträger solchen Einflusses hervortreten dürften.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „mtg. 13./12. R. A. d. Inn., Min. d. Inn."

[1] Nr. 571 vom 8. Dez. 1910; vgl. Nr. 1184 Anm. 2.

1208. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 23. Dezember 1910

Die „Karlsruher Zeitung" schreibt in der heutigen Nummer, daß voraussichtlich die Wiederaufnahme der Arbeit in der Edelmetallindustrie Pforzheims am 2. Januar erfolgen werde, die Mehrzahl der Arbeiter habe sich dafür entschieden.

In der Waggonfabrik Rastatt scheint die Streikbewegung einen ernsteren Charakter anzunehmen. Berichte der „Badischen Presse"[1] über beide Ausstände sind hier gehorsamst angeschlossen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „v. S. 27./12.; 2./1. mtg. R. A. d. Inn., Min. d. Inn., Handelsmin."

[1] Nr. 594 vom 22. Dez. 1910; vgl. Nr. 1209, 1210.

1209. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 26. Dezember 1910

Zum Weihnachtsfest richtet die „Karlsruher Zeitung"[1] an leitender Stelle die hier angeschlossene, wie mir scheint, sehr zeitgemäße und verständige Mahnung an die Parteien, Toleranz zu üben, gegnerische Meinungen zu achten und maßzuhalten. Eine Berücksichtigung solcher Mahnung wäre dringend zu wünschen, aber viel Aussicht dazu besteht leider nicht.

Nationalliberale und Zentrum bekämpfen sich nach wie vor in der gehässigsten Weise. Seit Wochen streiten die beiden Hauptorgane unter gegenseitigen heftigen Invektiven um die Frage, wer die Sozialdemokratie mehr unterstützt habe.

Dann ist neuerdings auch zwischen den Liberalen und Demokraten ein scharfer Zwist ausgebrochen, man sagt sich die schönsten Grobheiten, findet sich aber wieder in gemeinsamer Zentrumsfeindschaft und in einer bitteren Kritik des Greifswalder Urteils[2] im Prozeß Maltzahn[3]-Becker[4], das hier in der gesamten linksstehenden Presse scharf getadelt wird. *Beilage des demokratischen „Bad. Landesboten"[5] zum Prozeß.*

Ein Artikel des sozialdemokratischen „Volksfreund" führt aus, daß ein wirklich soziales Königtum für die Partei keineswegs als ausgeschlossen zu gelten brauche.

Kurz vor dem Fest tagte die Badische Landwirtschaftskammer, deren Verschmelzung mit dem Landwirtschaftlichen Verein zur Zeit in die Wege geleitet wird. Zur Sprache kommen namentlich die Fleischnot, Hebung der Viehzucht, Ausgestaltung der landwirtschaftlichen Lehranstalten und die üble Lage der Rebbauer[n]. Einzelne Mitglieder befürworteten die Zulassung von Amerikanerreben, andere wandten sich gegen die Vieheinfuhr vom Auslande. Die Regierung nahm in allen Fragen einen wohlwollenden, vermittelnden Standpunkt ein, betonte aber, daß angesichts der Finanzlage und der schon reichlichen Dotierung des landwirtschaftlichen Budgets weitere Aufwendungen nicht zugestanden werden könnten.

Im Pforzheimer Lohnkampf kam noch keine Einigung zustande. Die große Mehrzahl der Arbeiter soll aber gegen die Fortsetzung des Streiks gestimmt haben, nur gewisse Führer scheinen für weiteren Widerstand zu agitieren.

Die Großherzogliche Regierung hofft, daß bis zum 2. Januar, dem vom Verbande der Arbeitgeber festgesetzten Termin, doch die Arbeit in den meisten Geschäften wieder aufgenommen werden kann. Zum Schutze der Arbeitswilligen meint man mit der Polizei und Gendarmerie auszukommen, auch in Rastatt, wo in der Waggonfabrik die Lohnbewegung ebenfalls noch andauert.[6]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „2./1. R. A. d. Inn., Min. d. Inn."

[1] Nr. 354 vom 25. Dez. 1910.

[2] Becker beschuldigte den Oberpräsidenten von Pommern Maltzahn-Gültz, entgegen seinem der Überparteilichkeit verpflichteten Amt einem BdL-Blatt die Amtsverkündigerpflicht verschafft zu haben. Der Prozeß gestaltete sich zu einer Auseinandersetzung mit dem preuß. Großagrariertum wegen Begünstigung durch die Verwaltung. Am 20. Dez. 1910 wurde Becker in Greifswald zu einem Jahr Gefängnis verurteilt (*Schultheß* 1910 S. 449).

[3] Maltzahn-Gültz, Helmuth Freiherr v. (1840–1923), zunächst im preuß. Staatsdienst, 1867 Abschied als Regierungsassessor wegen Bewirtschaftung seines Gutsbesitzes, K, MdR 1871–1888, Vorsitzender der Budgetkommission, 1888–1893 Staatssekretär des Reichsschatzamts, 1899–1911 Oberpräsident in Pommern.

[4] Becker, Arthur, Rittergutsbesitzer in Bartmannshagen/Pommern, FVP-Parteigänger.

[5] Nr. 299 vom 23. Dez. 1910.

[6] Vgl. Nr. 1210.

1210. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 9. Januar 1911

Anläßlich der Maßnahmen der Großherzoglichen Regierung zum Schutze der Arbeitswilligen bei dem Streik in Rastatt richtete der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete und Redakteur Kolb im „Volksfreund"[1] einen offenen Brief an den Minister v. Bodman. Der demokratische „Landesbote"[2] druckt den Brief in dem hier gehorsamst beigefügten Artikel teilweise ab.

Der Minister sagt mir, er werde eine Klarstellung der Lage an der Waggonfabrik in Rastatt durch die „Karlsruher Zeitung"[3] veranlassen. Der Leiter der Fabrik sei anscheinend zu schroff vorgegangen; er habe gleich unter Ablehnung von Verhandlungen von auswärts Arbeiter kommen lassen und dadurch die Einheimischen sehr erbittert.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 14, Ausf.

[1] Nr. 6 vom 7. Jan. 1911.

[2] (Bad. Landesbote, Nr. 7 vom 8. Jan. 1911): Kolb klagte, „daß die Polizei und Gendarmerie in Rastatt sich als ein politisches Organ zur Unterdrückung der den Arbeitern gesetzlich gewährleisteten Rechte und zur Unterstützung eines sozial durch und durch rückständigen Unternehmertums betätigt". Minister v. Bodman habe dies wie auch die Maßnahmen in Pforzheim angeordnet und dadurch die Sozialdemokratie „bitter enttäuscht", weil „seit langen Jahren keinem Minister seitens der Arbeiterschaft ein solches Maß von Vertrauen entgegengebracht wurde als wie gerade Ihnen". Die Streikbrecher in Rastatt – z. T. Vorbestrafte und notorische Störenfriede „aus der untersten Schicht der Arbeiter" – werden von der Polizei geschützt, während „die ehrlichen Arbeiter fortgesetzt in der Gefahr schweben, ihre Freiheit zu verlieren, wenn sie von ihrem Recht Gebrauch machen", diejenigen „Arbeiter, die nichts mit diesem Gesindel der professionellen Streikbrecher zu tun haben, [...] aufzuklären und an die Pflicht der Solidarität zu erinnern". Denn

„der bewußte Streikbrecher steht moralisch auf derselben tiefen Stufe wie der Landesverräter". Die disziplinierte Haltung der Arbeiterschaft habe Exzessen vorgebeugt, daher besteht für die Polizei kein Anlaß, gegen die Streikenden vorzugehen. „Noch sind die Arbeiter nur enttäuscht und verbittert über diese einseitige Parteinahme zugunsten des Kapitals, noch haben sie die Hoffnung, daß [...] schleunigst Abhilfe geschaffen wird. Ihre politische Ehre, Herr Minister, ist hier engagiert. Sie haben feierlich Objektivität und Gerechtigkeit" versprochen. „Sorgen Sie bitte dafür, daß in Rastatt die Ruhe und die öffentliche Sicherheit durch die Ihrer Verantwortung unterstellten Organe nicht gefährdet wird. Es liegt weit mehr in Ihrem Interesse, Herr Minister, als in dem der streikenden Arbeiter" (Ebd.).

[3] (Nr. 12 vom 12. Jan. 1911): Das Ministerium des Innern „wird wie bisher unter Wahrung [...] strengster Neutralität bei Lohnkämpfen sowohl den Arbeitswilligen als den Streikenden gegenüber die geltenden Gesetze zur Durchführung bringen". Wenn diese in Rastatt vor allem gegen die Streikenden angewendet wurden, „so lag dies daran, daß die Streikenden durch eine Reihe unzulässiger und namentlich durch § 153 der Gewerbeordnung mit Strafe bedrohter Handlungen die Arbeitswilligen von der Arbeit abzuhalten suchten". Es ist Aufgabe der Streikleitung, „die Streikenden über ihre gesetzlichen Rechte und Pflichten aufzuklären und zu vermeiden, daß die Streikenden sich weitere Zuwiderhandlungen gegen die Strafgesetze zuschulden kommen lassen und dadurch ein pflichtmäßiges Einschreiten der Polizeiorgane gegen sich herbeiführen" (Ebd.).

1211. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 9. Januar 1911

Die Karlsruher Demokraten verschrieben sich kürzlich dem ostelbischen Gesinnungsgenossen Rittergutsbesitzer Becker-Bartmannshagen, der gestern hier in einer von etwa 1200 Personen besuchten Versammlung über „politische und wirtschaftliche Zustände in Ostelbien" sprach und natürlich außerordentlichen Beifall erntete.

Riesige grüne Plakate an den Litfaßsäulen hatten die Versammlung und den Redner bereits 3 oder 4 Tage lang angekündigt, und in der Presse war der Prozeß Becker seit dem Greifswalder Urteil im junkerfeindlichen Sinne schon gehörig breitgetreten worden.[1]

Sowohl das fortschrittliche wie das nationalliberale Blatt der Residenz berichten eingehend und lobend über Beckers Rede und die nachfolgende Diskussion, in der auch ein ostelbischer Arbeiter und der bekannte Revisionistenführer Kolb zu Worte kamen. Das Organ des Zentrums begnügt sich mit kurzen Bemerkungen, die aber ebenfalls die vermeintliche preußische Rückständigkeit verurteilen.

Über die Preußenhetze speziell der hiesigen Volksparteiler habe ich leider seit längerer Zeit schon oft Meldung erstatten müssen. Der Greifswalder Prozeß gab dieser Hetze wieder neue Nahrung, und jetzt bieten Beckers allerdings anscheinend im ganzen leidlich maßvolle und sachliche Ausführungen und die weiteren feindlichen Reden in der Versammlung nochmals willkommenen Anlaß zu schärfster Polemik gegen die deutsche Vormacht.

Das ist tief bedauerlich, ich sehe aber kein Mittel, das geeignet wäre, dieser Gereiztheit und Irreführung der öffentlichen Meinung zu steuern. Gegen vernünftige, ruhige Kritik wird sich nichts einwenden lassen, aber die hier hervortretende Gehässigkeit muß unheilvoll wirken; gegen das Ausland sind diese Preußenfresser in der Regel weit toleranter. Die beiden obenerwähnten Zeitungsberichte darf ich gehorsamst anschließen.[2]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „mtg. 15./1. R. A. d. Innern, Min. d. Innern, Landwirtschafts-Min."

[1] Vgl. Nr. 1209 Anm. 2, 1213.

[2] Bad. Landeszeitung, Nr. 13 vom 9. Jan. 1911; Bad. Landesbote, Nr. 8 vom 10. Jan. 1911.

1212. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 16. Januar 1911

Die vierzigjährige Wiederkehr der Schlachttage an der Lisaine bot gestern hier dem 1. Badischen Artillerieregiment Großherzog Nr. 14 Anlaß zu einer schönen Erinnerungsfeier. Nach dem Kirchgang fand im Beisein S. K. H. des Großherzogs ein Regimentsappell und demnächst ein Festessen statt, bei dem der Landesherr eine vortreffliche Ansprache hielt und ein dreifaches Hoch auf S. M. den Kaiser und König ausbrachte.

Zu heute haben S. K. H. der Großherzog Einladungen an alle im Lande noch lebenden Offiziere ergehen lassen, die am Kriege teilnahmen; 150 alte Herren folgten der Einladung.

Die Residenzstadt Karlsruhe veranstaltet am 19. d. Mts. ein Festbankett zu Ehren der Teilnehmer an den drei Kriegen von 1864, 1866 und 1870/71. – Nicht gerade geschickt hat man zum Festredner den nationalliberalen Parteichef Rebmann ausgesucht, eine Wahl, die zahlreiche Zentrumsleute fernhalten wird. Rebmann erfreut sich des ganzen Hasses der Klerikalen, die Freiburger Kurie hat sogar, wie ich vertraulich höre, bei der Regierung Beschwerde gegen ihn erhoben wegen angeblich beleidigender Äußerungen über die katholische Kirche.

Die Erinnerungsfeier des Artillerieregiments wurde in der Presse vollkommen ignoriert, weil kein Zeitungsmann eingeladen war; auch die Ansprache des Landesherrn fehlte in den Blättern.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „v. S. M. 20./1.; mtg. 21./1. Militärkabinett".

1213. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 24. Januar 1911

Gelegentlich des öffentlichen Vortrages des durch den Greifswalder Prozeß bekannten fortschrittlichen Rittergutsbesitzer[s] Becker hier (Bericht Nr. 2 vom 9. d. Mts.[1]) erlaubte sich während der Diskussion der demokratische Rechtsanwalt Dr. Gönner[2] preußenfeindliche Äußerungen. Er sagte angeblich, Preußen sei rückständig und bedürfe einer gründlichen Umwandlung. Der Justizminister hat erwogen, den Redner wegen dieser Äußerungen zur Verantwortung zu ziehen und die Sache an die Anwaltskammer zu bringen. Nach Rücksprache des Herrn v. Dusch mit mir sowie mit dem Oberstaatsanwalt waren wir indessen alle drei der Ansicht, es werde besser sein, die Entgleisung zu ignorieren, um weiteren Erörterungen in der Presse vorzubeugen.

Da Gönner nicht Staatsbeamter ist, kann die Regierung nicht disziplinarisch gegen ihn

vorgehen; auch ein Einschreiten der Staatsanwaltschaft würde schwerlich zu einer Verurteilung führen.

Ich darf beiläufig gehorsamst bemerken, daß die vom Greifswalder Gericht gegen Becker erkannte Strafe auch in vorurteilsfreien und durchaus wohlgesinnten Kreisen hier als zu hart scharf kritisiert wird.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „mtg. 2./2. R. A. d. Innern, Min. d. Innern".

[1] Nr. 1211.

[2] Gönner, Richard Dr. (geb. 1879), Rechtsanwalt in Karlsruhe, dem. Parteigänger.

1214. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 28. Januar 1911

Die hiesige Regierung bedauert sehr, daß die norddeutsche konservative Presse, voran die „Kreuzzeitung", falsche Nachrichten über badische politische Verhältnisse verbreitet, namentlich den Minister v. Bodman angreift und ihm wie der Regierung überhaupt sozialdemokratische Neigungen vorwirft. Ich lese die „Kreuzzeitung" nicht, aber der Minister v. Dusch sagt mir, daß sogar der Artikel von Friedrich Meinecke[1] zum 18. Januar in der „Karlsruher Zeitung"[2] von dem konservativen Organ in diesem Sinne gedeutet werde. Das zeuge von Übelwollen und verleumderischer Hetze, nichts liege der Regierung ferner als solches vermeintliche Liebäugeln mit den Genossen, sie bekämpfe nach Kräften die unheilvolle Großblocktaktik, und Herrn v. Bodman tue man bitter Unrecht, wenn man seine vielerörterte, freilich unbedachte Äußerung[3] immer wieder gegen ihn verwerte. Er sei ein hervorragender Arbeiter von echt reichstreuer, patriotischer Gesinnung, dabei wohlwollend und gerecht und sehr geeignet, in Zukunft die Leitung des Staatsministeriums zu übernehmen, wenn er selbst, Herr v. Dusch, wegen seiner Herzbeschwerden dem Dienste sich nicht länger gewachsen fühlen sollte.[a]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 126 Nr. 2e Bd. 2, Ausf.

[a] Marg.: „Mit Hermes besprochen. Der Korrespondent der Kreuzzeitung, Landgerichtsrat a. D. Freiherr v. Stockhorner, hat der Kreuzzeitung schon vor sechs Wochen mitgeteilt, daß Angriffe auf Herrn v. Bodman jetzt besser unterblieben. Solche seien auch nicht mehr erfolgt. Hermes gab zu, daß sein Korrespondent, dessen Schwester Hofdame der Großherzogin ist, wenn ich nicht irre, ein konservativer Heißsporn sei, dessen Berichte häufig abgeschwächt würden. Übrigens habe die Kreuzzeitung auch andere Mitarbeiter in der kleinen, aber treuen Konservativen Partei Badens. Zu einer besonders schonenden Behandlung der liberalen badischen Regierung schien Hermes nicht geneigt. Erl. 16./2. n. Karlsruhe" [Vgl. Nr. 1221].

[1] Meinecke, Friedrich (1862–1954), Historiker, Professor in Straßburg, Freiburg, 1914–1928 in Berlin, 1894–1935 Herausgeber der Historischen Zeitschrift, 1948 erster Rektor der Freien Universität Berlin.

[2] Nr. 11 vom 18. Jan. 1911.

[3] Vgl. Nr. 1186 Anm. 1.

1215. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 5. Februar 1911

Fr[ei]h[err] v. Dusch beklagt sich bitter über die Haltung der Freiburger theologischen Fakultät u[nd] der ultramontanen Presse in Sachen des sogen[annten] Modernisteneides.[1]

In Abwesenheit des maßvollsten u[nd] vernünftigsten Mitgliedes der Fakultät ist diese wegen des Eides bei der Regierung vorstellig geworden u[nd] hat dessen Ableistung als völlig harmlos u[nd] das staatliche Recht nicht berührend hingestellt. Der Senat der Universität trat dem energisch entgegen und ersuchte die Regierung einzugreifen. Letztere steht auf dem Standpunkt, daß die Kirche kein Recht habe, von den staatlich angestellten Professoren den Eid zu verlangen, daß gegen solche Beamte ohne staatliche Genehmigung kein einseitiger Zwang von der Kirche ausgeübt werden dürfe und daß man zum mindesten, wenn der Eid gefordert werde, von der Kurie eine Mitteilung erwarten müsse. Das hat die Regierung den Herren in Freiburg sehr deutlich auseinandergesetzt. Sie ist der Ansicht, daß die neueste Kundgebung des Papstes, betr[effend] den Eid, nicht die nötige Rücksicht auf den Staat u[nd] seine Rechte nehme, daß man sich dagegen wehren und die Beamten vor Zwang schützen müsse; sie befürwortet daher eine allgemeine, möglichst übereinstimmende Abwehr im Reiche gegen derartige Übergriffe der römischen Kirche u[nd] hat zunächst von neuem direkt in Berlin angefragt, wie die k[öni]gl[iche] Reg[ierung] sich zu der Frage stelle u[nd] welche Maßregeln sie event[uell] ergreifen werde.

Die Hetze der Zentrumsblätter gegen die Reg[ierung], namentlich gegen H[errn] v. Bodman, hört nicht auf u[nd] findet leider bei den Konservativen auch im Norden eifrige Helfer. Man sucht der Reg[ierung] u[nd] dem Liberalismus neue kulturkämpferische Absichten anzudichten, die Kirche als beleidigt darzustellen u[nd] die römischen Erlasse als wie innerkirchliche heilsame Kundgebungen zu schildern, die den Staat nichts angehen. Anläßlich des bevorstehenden Rücktritts des Ministers Freiherrn v. Marschall wird dieser als ein Opfer des Großblocks bezeichnet.[2]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 9, Abschrift; Marg.: „mtg. m. Schrb. v. 10./2. an Kultusminister".

[1] Vgl. Nr. 1204, 1217, 1218.
[2] Vgl. Nr. 1227.

1216. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 7. Februar 1911

Obgleich die Nationalliberalen von den Demokraten hier eine recht schlechte Behandlung erfahren, ist zwischen beiden Parteien nach vielen Schwierigkeiten endlich eine Einigung für die nächsten Reichstagswahlen zustande gekommen. Man will überall gemeinsam vorgehen gegen den sogenannten schwarzblauen Block und hat eine allgemeine Verteilung der Kandidaturen vorgenommen, die aber in einzelnen Bezirken bei den mehr rechtsstehenden Liberalen und in der ländlichen Bevölkerung starken Widerspruch findet. Seit Monaten gingen die Verhandlungen hin und her, man sagte sich

erhebliche Grobheiten, und ohne weitere Differenzen werden die Abmachungen schwerlich durchgeführt werden können. Sie bedeuten eine Art Vorspiel für den Großblock, an dem die Nationalliberalen wenigstens für den Landtag eigensinnig festhalten. Wie die Dinge jetzt liegen, muß man annehmen, daß die von den beiden vereinten Parteien erhoffte Schwächung des Zentrums und seines konservativen Anhangs kaum eintreten wird, daß aber die Sozialdemokraten von dem Abkommen profitieren werden, denn der liberale Bund dürfte bei dem Übergewicht der halbsozialistischen Demokraten stets nach dem Großblockprinzip verfahren und, wenn eigene Aussichten schwinden, eher einem Genossen zum Siege verhelfen als einem schwarzblauen Kandidaten.

Der bekannte, erfahrene hiesige Korrespondent des „Schwäbischen Merkur" sagt in diesem Blatte den Nationalliberalen fast alltäglich heilsame Wahrheiten wegen ihres Anschlusses an die Demokratie, er wird deshalb von der fortschrittlichen Presse nach Kräften beschimpft.

Der Versuch des Zentrums, durch Aufstellung einer neutralen Kandidatur Leutwein zunächst wenigstens in einem Bezirk alle bürgerlichen Parteien zu vereinigen, scheiterte an des Generals Ablehnung, angeblich aus Gesundheitsrücksichten; er wird sich wohl überzeugt haben, daß die üblen Parteiverhältnisse in Baden keinen Erfolg versprechen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 13, Ausf.; Marg.: „11./2. R. A. d. Inn., Min. d. Inn."

1217. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 7. Februar 1911

In dem neuesten kleinen Buche des greisen kathol[ischen] Pfarrers Hansjakob in Freiburg erfahren, wie ich schon früher (Ber[icht] 147 vom 30.11.10[1]) andeutete, der sog[enannte] Modernisteneid u[nd] die derzeitige vatikanische Politik eine milde, aber entschiedene Kritik. Die gestrige Köln[ische] Z[ei]t[un]g berichtet darüber, u[nd] hiesige Blätter erwähnten hie u[nd] da den Fall als beachtenswert.

Hansjakob hat inzwischen den Eid geleistet, das hindert indessen seine Glaubensgenossen in der Presse nicht, wütend über ihn herzufallen. Besonders kennzeichnend scheint mir in dieser Beziehung ein überaus gehässiger Artikel der klerikalen „Konstanzer Nachrichten", den die „Badische Landeszeit[un]g"[2] im Auszuge mitteilt u[nd] nach Gebühr brandmarkt.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 9, Abschrift; Marg.: „11./2. Kultusmin."

[1] Nr. 1204.

[2] Nr. 59 vom 4. Febr. 1911; vgl. Nr. 38 vom 23. Jan. 1911.

1218. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 9. Februar 1911

Die „Straßburger Post" veröffentlichte vor einigen Tagen einen längeren Artikel über die Auffassung und Haltung der badischen Regierung in Sachen des Antimodernisten-

eides. Zu Unrecht werden diese Ausführungen von einzelnen Blättern als offiziös bezeichnet, sie sind es nicht und enthalten neben Richtigem auch Unzutreffendes.

Die Großherzogliche Regierung gestattet solchen katholischen Geistlichen, die an öffentlichen Schulen als staatliche Lehrer fungieren und den Eid geleistet haben, fortab nur den Religionsunterricht, in anderen Fächern dürfen sie ihr Lehramt nicht mehr ausüben. Die mehrfache Anstellung solcher Priester als Lehrer erfolgte seinerzeit namentlich auf Wunsch des hochseligen Großherzogs und der Großherzogin Luise, Höchstwelche darin eine Minderung der konfessionellen Gegensätze erhofften.[1]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 9, Ausf.; Marg.: „mtg. 14./2. Kultusmin."

[1] Der bad. Gesandte Berckheim erläuterte dem Staatssekretär des Auswärtigen Kiderlen-Waechter am 20. März 1911: „Die in Baden im Lehramt an höheren Schulen verwendeten Geistlichen zerfallen in 2 Gruppen, nämlich einerseits solche, welche die volle Staatsprüfung für dieses Lehramt abgelegt haben, andererseits solche, die in erster Reihe für den Religionsunterricht bestimmt sind u[nd] ihre Befähigung, daneben in einigen anderen Fächern zu unterrichten, durch eine Prüfung dargetan haben, die in ihren Anforderungen hinter der ordentlichen Staatsprüfung wesentlich zurücksteht [Erziehungsprüfung]. An der Stellung u[nd] der Lehrtätigkeit der bereits im Schuldienst befindl[ichen] Geistlichen [...] hat die großherzogl[iche] Unterrichtsverwaltung", auch nachdem die Mehrheit den Modernisteneid geleistet hatte, ebensowenig geändert wie am „künftigen Zugang von Geistlichen zum Lehramt, soweit dieser im Wege der ordentl[ichen] Staatsprüfung erfolgt". Es sei „lediglich 2 kathol[ischen] Geistlichen, die sich kürzlich nach Ableistung des sog[enannten] Antimodernisteneides zur Ablegung der Erziehungsprüfung gemeldet haben, eröffnet worden, daß sie zwar zur Prüfung würden zugelassen werden, daß aber beabsichtigt sei, Geistliche, die den Eid geleistet haben, nach Ablegung des Erziehungsexamens nur noch als Religionslehrer zu verwenden" (Ebd., Abschrift; Marg.: „mtg. 26./3. Kultusmin.").

1219. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 10. Februar 1911

Vertraulich. Der Herr Staatssekretär des Reichsschatzamtes[1] erwähnte bei der Beratung der Wertzuwachssteuer[2] im Reichstage und des Antrages betreffend die Besteuerung der Bundesfürsten[3] die Schwierigkeiten, welche sich für Baden mit einer solchen Heranziehung ergeben würden. Dasselbe Thema berührte kürzlich der Reichstagsabgeordnete Beck in Heidelberg vor den Vertrauensmännern der Nationalliberalen Partei, indem er besonders auf die noch ungeklärte Domänenfrage hinwies. Nach § 59 der Verfassung sind die Domänen Patrimonialeigentum des Regenten und seiner Familie, aber ihre Erträge sollen für Staatszwecke und für die Zivilliste verwendet werden. Die Verhältnisse liegen seit dem Gebietszuwachs Badens zu Anfang des 19. Jahrhunderts ziemlich verworren, man wünscht lange eine definitive Regelung, hat dazu auch verschiedene Anläufe genommen, aber vorläufig ist alles beim alten geblieben. Als Privateigentum des Landesherrn können eigentlich nur die Schlösser und Güter Mainau, Zwingenberg und Eberstein sowie einige wertvolle Jagdgebiete und Waldungen gelten. Für diesen Besitz zahlt der Eigentümer, wenn ich nicht irre, die Gemeindesteuern und Umlagen. Aus den Domäneneinkünften verwendet der Staat in letzter Zeit jährlich etwa 11 Millionen.

Es wird nun hier, wie ich aus ganz vertraulicher Quelle höre, die Frage ernstlich

erörtert, ob der Landesherr nicht die Wertzuwachssteuer freiwillig übernehmen und einem Landesgesetz[a] darüber zustimmen solle. Die Minister, abgesehen von dem erkrankten Herrn v. Marschall, scheinen das zu befürworten und S. K. H. dementsprechend zu raten. Vermutlich wird aber zunächst Graf Berckheim beauftragt werden zu erkunden, wie man in Berlin über einen eventuellen derartigen Schritt Badens denkt und ob dort oder in anderen Bundesstaaten ähnliche Absichten bestehen. Meines bescheidenen Erachtens wäre ein einseitiges Vorgehen Badens in dieser Richtung nach Lage der Dinge wenig erwünscht.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 12, eig. Ausf.; Marg.: „15./2. R. Schatzamt".

[a] Randnotiz Bethmann Hollwegs: „?"

[1] Wermuth, Adolf (v.) (1855–1927), Jurist, seit 1882 im preuß. Verwaltungsdienst, 1889 Vortr. Rat, 1904 Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern, 1909–1912 Staatssekretär des Reichsschatzamtes, 1912–1920 Oberbürgermeister in Berlin.

[2] Am 14. Febr. 1911 trat das Wertzuwachssteuergesetz in Kraft, das den Veräußerungsgewinn von Grundstücken mit einer Steuer von 10 bis 30% belegte. Dieser Steuerertrag wurde zwischen dem Reich (50%), den Ländern (10%) und den Gemeinden (40%) aufgeteilt (*Schultheß* 1911 S. 10, 18ff.).

[3] Am 31. Jan. 1911 stellten die Konservativen, das Zentrum und einige Nationalliberale – darunter auch der Abg. Beck-Heidelberg – in 3. Lesung die Steuerfreiheit der Landesherren wieder her (*Schultheß* 1911 S. 18ff.).

1220. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 16. Februar 1911

Die Agitation für die noch fernen Reichstagswahlen wird hier bereits so eifrig betrieben, als ob diese nahe bevorständen. Man befehdet sich heftig, und eigentlich wird dabei auch die Regierung von allen Seiten mehr oder minder angefeindet, sehr mit Unrecht, denn sie ist maßvoll und versöhnlich, sucht ausgleichend zu wirken und die Gegensätze zu mildern. Besonders gehässig gebärden sich die Zentrumsblätter sowohl der Regierung wie der gesamten Linken gegenüber; das kleine Häuflein der Konservativen folgt dabei willig seinen klerikalen Beschützern, die die andauernden Angriffe der Kreuzzeitung gegen die badische Regierung eifrig verwerten.[1] Wie mir Herr v. Dusch mit lebhaftem Bedauern sagt, soll dieses führende konservative Organ im Norden den hier zum zukünftigen Unterrichtsminister ausersehenen Geheimrat Böhm[2] als Großblockmann und Kirchenfeind bezeichnet haben. Das ist zwar grundfalsch, aber Wasser auf die Zentrumsmühle und ihre konservativen Filialmühlen. Von einer konservativen Partei in Baden kann man unter den gegenwärtigen Verhältnissen kaum noch sprechen, einflußreiche, verständige Führer fehlen gänzlich; wollte man beim bevorstehenden Rücktritt des als konservativ geltenden Freiherrn v. Marschall einen Gleichgesinnten ins Ministerium berufen, so wäre nicht eine einzige geeignete Persönlichkeit vorhanden.

Die Nationalliberale Partei geriet seit ihrer Großblocktaktik und dem Wahlabkommen mit den Demokraten allmählich in ein bedenklich radikales Fahrwasser, Vertreter des Rechtsanschlusses und der Sammelpolitik gibt es immer weniger, sie kommen nicht mehr zu Worte. Das Zentrum gilt als Hauptfeind, wird aber meist nicht mit besonderem Geschick bekämpft. Trotz recht rücksichtsloser Behandlung von seiten der Sozialdemo-

kratie herrscht den Genossen gegenüber eher Milde und Nachsicht. Der Parteichef, Oberschulrat Rebmann, ist schon längere Zeit ziemlich ernstlich krank.

Die Demokratie leidet andauernd an Größenwahn und Unfehlbarkeitsdünkel, sie eifert namentlich gegen Reaktion und Junkertum und hetzt nach wie vor gegen Preußen als den von Junkern und Landräten regierten Staat des Rückschritts; mit den Sozialdemokraten steht die Volkspartei auf freundschaftlichem Fuße, verrät sogar bisweilen stark republikanische Anschauungen.

Der Sozialistenführer Kolb gibt sich alle Mühe, den Revisionismus zu verteidigen, die Partei und ihre Presse scheint aber seinen Ideen wenig zuzustimmen. Eine ungemein aufreizende Kampfrede des Mülhauser sozialdemokratischen Reichstagsmitgliedes Emmel[3] fand hier neulich bei den Genossen großen Beifall. Kolb war zugegen, suchte zu mäßigen, bekannte sich indessen schließlich doch als Anhänger des Klassenkampfes.

Dem demokratisch-liberalen Block kommt dieser Vorgang offenbar etwas ungelegen, die Blockpresse schweigt nach Möglichkeit darüber. Leider treten zu dem allgemeinen bedauerlichen Parteihader noch Differenzen in den kirchlich-protestantischen Kreisen. Die positive Richtung beschwert sich bei der Regierung über vermeintliche Zurücksetzung, und anläßlich eines neuen Katechismusentwurfs scheinen auch die Liberalen nicht zufrieden. Der verdiente liberale Präsident des Oberkirchenrates[4] wollte zurücktreten, hat sich aber nach besonderer Anerkennung seiner Tätigkeit durch den Landesherrn bewegen lassen zu bleiben. Die Regierung beklagt diesen Zwist ebenso aufrichtig wie den Streit um den Pfarrer Jatho[5] in Köln, wo Positive und Liberale sich gleichfalls in den Haaren liegen – zur hämischen Freude des Zentrums.

Mit den geplanten Änderungen im Ministerium soll auf Wunsch S. K. H. des Großherzogs bis zur Genesung des Herrn v. Marschall gewartet werden. Das kann noch einige Zeit dauern, denn der Kranke, dem es langsam besser geht, darf vorläufig noch nicht aufstehen. Das Befinden des Großherzogs ist wieder nahezu normal; der schon zweimal verschobene Hofball soll nun am 24. d. Mts. stattfinden, man fürchtet etwas, daß der hohe Herr sich dabei aufs neue verderben könnte.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 14, eig. Ausf.

[1] Vgl. Nr. 1214, 1221.

[2] Böhm, Franz Dr. jur. (1861–1915), seit 1885 im bad. Justizdienst, 1890 Sekretär im Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts, 1891 Amtsrichter in Mannheim, 1892 Staatsanwalt in Mosbach, 1894 in Konstanz, 1895 Landgerichtsrat, 1899 Ministerialrat, 1905 Geh. Oberregierungsrat, 1911–1915 Kultusminister (AV; PA-GLA).

[3] Emmel, Joseph Leopold (1863–1919), Geschäftsführer in Mülhausen, SPD, MdR 1907–1918.

[4] Albert Helbing.

[5] Jatho, Karl (1851–1913), seit 1876 ev. Geistlicher, zunächst in Bukarest, 1884 in Boppard, 1891 in Köln, 1911 Amtsenthebung wegen Vergehens gegen das Irrlehregesetz, danach freier Redner und Schriftsteller.

1221. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 19. Februar 1911

Ew. Exz. darf ich für die vertrauliche Mitteilung vom 16. d. Mts. Nr. 28[1] gehorsamsten Dank sagen.

Staatsminister v. Dusch sowohl wie Freiherr v. Bodman äußerten mir gegenüber in den letzten Monaten mehrfach die Vermutung, daß der Verfasser der gegen die badische Regierung und einzelne ihrer Beamten gerichteten Angriffe der „Kreuzzeitung" sehr wahrscheinlich der Landgerichtsrat a.D. Freiherr v. Stockhorner in Freiburg sei. Man kennt ihn hier lange als einseitig ultrakonservativen Mann von recht mangelhafter politischer Einsicht, der seit Jahren in Parteiblättern schreibt und meist eine ziemlich übelwollende Sprache führt.

Die harmlose, hübsche Hofdame der Frau Großherzogin ist beiläufig seine Tochter[2], nicht Schwester.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 126 Nr. 2 e Bd. 2, Ausf.

[1] (Botho Graf) Wedell an Eisendecher. „Berlin, 16. Februar 1911. Es ist Gelegenheit genommen worden, auf die ‚Kreuzzeitung' mäßigend einzuwirken. Der Chefredakteur des Blattes teilte dabei mit, daß der Verfasser der Korrespondenzen aus Baden bereits vor sechs Wochen bemerkt habe, daß Angriffe auf den Minister v. Bodman jetzt besser unterbleiben. Tatsächlich habe die ‚Kreuzzeitung' den Minister seitdem auch nicht mehr angegriffen. Zu Ihrer persönlichen und streng vertraulichen Information bemerke ich noch, daß der Korrespondent der Kreuzzeitung der Landgerichtsrat a.D. Freiherr v. Stockhorner ist. Eine Schwester von ihm ist Hofdame der Frau Großherzogin" (Ebd., Konz.). Vgl. Nr. 1214.

[2] Stockhorner v. Starein, Gisela Anna Karoline Amalie Ida Pauline (1884–1965), Tochter Otto v. Stockhorns, seit 1909 Hofdame der Großherzogin (Frdl. Auskunft von Dr. Körner/NDB).

1222. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 24. März 1911

Vertraulich! S. G. H. der Prinz Max von Baden teilte mir vertraulich mit, er werde im kommenden Sommer, vielleicht auch erst nach dem Herbstmanöver, sein militärisches Abschiedsgesuch einreichen. Sowohl der Kommandierende General wie ich rieten dem Prinzen, damit einstweilen noch zu warten und dem aktiven Dienst wenigstens bis zum Divisionskommandeur treu zu bleiben. S. G. H. meinte indessen, die Pflichten als Präsident der Ersten Kammer und die Verwaltung seines Grundbesitzes beanspruchten so viel Zeit und Arbeit, daß er nicht mehr imstande sei, zugleich den Aufgaben seiner militärischen Stellung gerecht zu werden, er halte es eben in erster Linie für geboten, seine Kräfte dem engeren Heimatlande zu widmen.[a]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 12, Ausf.; Marg.: „v. S. M. 7./4."

[a] Randnotiz Wilhelms II.: „Sehr schade!"

1223. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 7. April 1911

Die Kritik, welche Graf Mirbach[1] im Herrenhause an gewissen Äußerungen des volksparteilichen Freiburger Reichstagskandidaten übte, hat hier wiederum eine klei-

ne Preußenhetze hervorgerufen. Landesbote[2] und Landeszeitung[3], die führenden Organe des liberalen Blocks, machen zunächst ihrem Ärger Luft; andere Blätter dürften folgen.

Der authentische Text der vom Grafen Mirbach getadelten Rede des Herrn v. Schulze-Gaevernitz scheint nicht veröffentlicht, ich konnte ihn nirgends finden; die angeblich darin enthaltenen antipreußischen Bemerkungen brachte die „Germania".

Die Blockkandidatur des genannten Großherzoglich Badischen Geheimen Hofrats und Volkswirtschaftsprofessor[s] an der Universität Freiburg kam erst nach manchen Schwierigkeiten zustande. Nach dem Wahlabkommen der Nationalliberalen und Demokraten sollten diese den Kandidaten für Freiburg stellen, wogegen sich die mehr rechtsstehenden Liberalen des Wahlkreises zunächst lebhaft wehrten, nach längerem Widerstande akzeptierte man schließlich den freisinnigen Professor.

Politisch ist der Mann ein Freund und Gesinnungsgenosse D[r]. Fr. Naumanns. Als Gelehrter hat er seine Verdienste, soll auch im allgemeinen einen vernünftig nationalen Standpunkt vertreten, aber sein Liberalismus neigt stark nach links, und man hält ihn für reichlich eitel und ehrgeizig.

Beilage der obenerwähnten Presseartikel.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 9, Ausf.

[1] Mirbach-Sorquitten, Julius Graf v. (1839–1921), Jurist, dann Offizier, verwaltete seine Herrschaft Sorquitten/Ostpreußen, K, MdPrHH seit 1874, MdR 1878–1881, 1886–1898.

[2] Bad. Landesbote, Nr. 47 vom 24. Febr. 1911; Nr. 83 vom 7. April 1911.

[3] Bad. Landeszeitung, Nr. 162 vom 6. April 1911.

1224. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 25. April 1911

Vertraulich! Die Großherzogliche Regierung beklagt aufrichtig die andauernd höchst unerfreulichen Parteiverhältnisse und das Fehlen einer verständigen, maßvollen Presse im Lande. Staatsminister v. Dusch sagt mir, er wie Herr v. Bodman hätten sich redlich bemüht, den nationalliberalen Führern die Großblockpolitik auszutreiben und die Partei von dem Wahlabkommen mit der Demokratie abzuhalten. Es sei indessen alles vergebens gewesen, die Leute seien nicht zu überzeugen, und namentlich der Parteichef Rebmann scheine durchaus ungeeignet, unselbständig und viel zu abhängig von den streitbaren Leitern des Fortschritts. Eigentliche Freunde habe die Regierung in keiner Partei, sie werde auf allen Seiten getadelt. Namentlich vom Zentrum, das gerade jetzt sich als Stütze von Thron und Altar zu gebärden suche, erfahre die Regierung unerhörte Angriffe; das gewissenloseste klerikale Blatt, der „Pfälzer Bote", bezeichne sie als Großblockregierung und erwidere die energische Zurückweisung in der „Karlsruher Zeitung" mit erneuten Schmähungen, obgleich man in der Modernisteneidangelegenheit und auch sonst dem Zentrum gegenüber alle Nachsicht übe.

Der Minister sprach mir auch wiederholt sein lebhaftes Bedauern aus über die Preußenhetze der Demokraten, die als Zeichen politischen Unverstandes und Größenwahns immer wieder hervortrete und die leider der linksstehende Liberalismus oft mitmache. Nichts sei törichter als diese ungerechten Angriffe auf die deutsche Vormacht, der man

schließlich doch im neuen Reiche fast alles verdanke. Es habe jetzt übrigens den Anschein, als ob man sich in den gemäßigt liberalen Kreisen doch aufzulehnen beginne gegen diese Hetze und die radikalen Tendenzen der Parteileitung. Der Plan eines Zusammenschlusses dieser Elemente mit den vom Zentrum weniger abhängigen Konservativen zu einer Art von Reichspartei werde erwogen, man müsse hoffen, daß diese neue Organisation zustande komme und Einfluß gewinne.

Bekanntlich hatte bisher eine verständige Sammelpolitik zur gemeinsamen Bekämpfung der Sozialdemokratie in Baden keinerlei Aussicht auf Verwirklichung, indessen deuten einzelne neu aufgestellte Reichstagskandidaturen doch auf die Möglichkeit einer wenigstens teilweisen solchen Einigung hin, die vielleicht den Genossen hier und in Pforzheim eine Niederlage bereiten könnte. Die Anregung der Kandidatur des Straßburger Kreisdirektors Freiherrn v. Gemmingen[1] im Karlsruher Wahlkreis ging vom Zentrum und dessen konservativem Anhang aus, während der frühere Gouverneur Leutwein wahrscheinlich den Nationalliberalen in Pforzheim seine Aufstellung verdankt. Er hatte vorher eine Nominierung für die Residenz nicht angenommen, will auch in Pforzheim als „wild", nicht nationalliberal, gelten, was vorläufig die Unterstützung durch die Demokraten sehr zweifelhaft erscheinen läßt; sofern Herr v. Gemmingen hier mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl kommt, dürfte die Volkspartei ziemlich geschlossen für den „unentwegten" Genossen Geck eintreten.

Der gemeinsame Kandidat der Nationalliberalen und Fortschrittler in Freiburg, Geheimer Hofrat Professor Dr. v. Schulze-Gaevernitz, beantwortete im „Berliner Tageblatt" die nach hiesiger Auffassung durchaus inopportunen Bemerkungen des Grafen Mirbach im Herrenhause durch eine Abhandlung über Marx und Kant, die vom Kolbschen „Volksfreund" stark verhöhnt wird und den Gelehrten nicht eben als praktischen Politiker kennzeichnet.[2]

Ich darf noch gehorsamst bemerken, daß der einflußreichste und anständigste demokratische Führer Professor Heimburger anscheinend unheilbar erkrankte und daß die Streikenden in Pforzheim und Rastatt gründliche Niederlagen erlitten.[3] Über den neuerlichen Ausstand der Hafenarbeiter in Mannheim wird gegenwärtig unter Vermittlung des Fabrikinspektors anscheinend mit Aussicht auf Erfolg verhandelt.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 13, Ausf.; Marg.: „28./4. R. A. d. Inn., Min. d. Inn."

[1] Gemmingen, Karl Freiherr von und zu (1857–1935), Bezirkspräsident in Lothringen, DRP.
[2] Vgl. Nr. 1223.
[3] Vgl. Nr. 1206, 1208, 1209, 1210.

1225. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 2. Mai 1911

Am vergangenen Sonntag[1] veranstaltete der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hier zum ersten Male eine Versammlung, in welcher unter großem Beifall und starkem Andrang der Reichstagsabgeordnete Generalleutnant v. Liebert[2] Zwecke und Ziele des Verbandes in längerer, maßvoller und geschickter Rede auseinandersetzte. Die Veranstaltung führte zur Gründung eines badischen Zweigverbandes und verlief

durchaus sachlich und ruhig; eine Gruppe Sozialdemokraten, die anwesend war, versuchte keinerlei Störung, auch nahm kein Genosse das Wort. *Beilage von Presseartikeln.*[3]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Europa Nr. 82 Nr. 1 Bd. 23 fol. 13, Ausf.

[1] 30. April 1911.

[2] Liebert, Eduard Wilhelm Hans v. (1850–1934), Generalleutnant in Berlin, 1904–1918 Vorsitzender des Reichsverbands zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, DRP, MdR 1907–1914.

[3] Karlsruher Zeitung, Nr. 119 vom 1. Mai 1911; Bad. Landeszeitung, Nr. 199 vom 1. Mai 1911; Bad. Landesbote, Nr. 102 vom 2. Mai 1911.

1226. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 16. Mai 1911

Ew. Exz. Erscheinen beim Jubiläum des Deutschen Handelstages[1] sowie die in der Festsitzung und beim nachherigen Mahle gehaltenen Reden finden hier allseitig wärmste Anerkennung. Man ist aufrichtig dankbar, und selbst die radikale Presse übt nicht ihre sonst oft höchst ungerechte Kritik. Fast alle Blätter bringen die Reden wörtlich, abfällige Urteile habe ich nirgends gefunden.

Überhaupt kann nach meinen Eindrücken diese aktive Teilnahme Ew. Exz. an dem in Heidelberg veranstalteten Feste der Vertreter des Deutschen Handelsstandes nur in jeder Beziehung günstig wirken. Mit besonderer Genugtuung wird auch in den Zeitungen der versöhnliche Ton in den sonstigen zahlreichen Ansprachen der einheimischen wie fremden Redner hervorgehoben. S. K. H. den Großherzog sprach ich noch nicht, höre aber von Herrn v. Bodman, daß der hohe Herr sich sehr befriedigt über die freilich etwas lange Festsitzung geäußert habe und Ew. Exz. für den Besuch Heidelbergs bei diesem Anlaß besonders herzlichen Dank zolle.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 163 Bd. 9, Ausf.

[1] Die 37. Vollversammlung des Deutschen Handelstags wurde am 12. Mai 1911 in Heidelberg eröffnet. Am 13. Mai hielt Reichskanzler Bethmann Hollweg eine Ansprache (Gedr. Bad. Landeszeitung, Nr. 222 vom 13. Mai 1911).

1227. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 16. Mai 1911

Vertraulich! S. K. H. der Großherzog haben nunmehr den vorgeschlagenen Änderungen in der Organisation der Ministerien Höchstseine Zustimmung erteilt. Die Verordnung darüber soll in den allernächsten Tagen veröffentlicht werden.[1]

Der Staatsminister behält die Justiz und übernimmt dazu das Ressort des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten mit der Repräsentation. Kultus und Unterricht bilden ein besonderes Ministerium unter dem bisherigen Ministerialdirektor Geheimrat Böhm, den die Zentrumspresse andauernd als vermeintlichen Kulturkämpfer und Großblockmann in heftigster Weise angreift.[2] Freiherr v. Marschall tritt zurück, und die seinem Ressort seither unterstellten Eisenbahnen werden dem Finanzministerium

angegliedert. Herr v. Marschall weilt zu seiner Erholung in Rapallo. Leider sucht er, wie ich vertraulich bemerke, seinen Rücktritt neuerdings so darzustellen, als ob es ihm unmöglich sei, mit Herrn v. Bodman als Kollegen weiterzuarbeiten. Das scheint indessen doch eine etwas krankhafte Idee, denn ernste politische Differenzen zwischen den beiden Ministern lagen früher nie vor, die beiden von Herrn v. Marschall eingereichten Rücktrittsgesuche sagen davon nichts. Auch mir hat er mehrfach lediglich versichert, wenn die Eisenbahnen ihm genommen würden, werde er um seinen Abschied bitten. Der wahre Grund seines Ausscheidens liegt eben in seiner wenig glücklichen Vertretung der Eisenbahnverwaltung in der Kammer, nur deshalb wurde sein Ausscheiden von der Regierung wie von den Parteien als ziemlich unvermeidlich angesehen. Wenn ultramontane Blätter – in besonders gehässiger Weise die „Kölnische Volkszeitung" – ihn jetzt als ein Opfer des Großblocks bezeichnen, so trifft das absolut nicht zu; die schärfste Kritik als Eisenbahnminister erfuhr er seinerzeit in der Kammer vom Zentrumsführer Fehrenbach.

Mehr oder minder scheint der Minister, wie schon oben angedeutet, sich selbst als ein solches Opfer zu betrachten, er hat privatim anscheinend in diesem Sinne an den Grafen Berckheim eingehend geschrieben. Ich schätze Herrn v. Marschall sehr und bedauere seinen Rücktritt aufrichtig, kann nach seinem vortrefflichen, ehrlichen Charakter auch schwer begreifen, wie er jetzt plötzlich politische Gründe für sein Ausscheiden ins Feld führt und frage mich, welche äußere[n] Einflüsse ihn etwa dazu gebracht haben können oder wieweit dabei Folgeerscheinungen der ernsten Krankheit mitspielen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 2 Bd. 2, Ausf.; Marg.: „19./5. R. Amt d. Inn."

[1] Nr. 1228.

[2] Der bayer. Gesandte Moy berichtete am 2. April 1911: „Gegen den in Aussicht genommenen neuen Kultusminister wird von klerikaler Seite bereits Sturm gelaufen". Auch sei „die Ausschließung der Geistlichen, welche den Antimodernisteneid geleistet haben, von dem Lehrberuf an den Gymnasien nirgends in dem gleichen Umfange verfügt worden wie in Baden" (BayHStA München Gesandtschaft Karlsruhe Bd. 296, masch. Konz.). Vgl. Nr. 1218 Anm. 1.

Am 24. Mai 1911 ergänzte Moy, die liberalen Zeitungen seien mit der Neuorganisation der Ministerien ganz „einverstanden, die klerikale Presse aber sieht sich dadurch in ihrer Oppositionsstellung bestärkt". Besonders der neue Kultusminister Böhm sei „dem Zentrum unsympathisch". „Es werden zwar keine einzelnen Fakta aus seiner bisherigen amtlichen Tätigkeit angeführt, aber er gilt als ein liberaler Mann" (BayHStA München MA 3069, Ausf.; Marg. des Prinzregenten Luitpold von Bayern: „Gelesen. Berchtesgaden, 27. Mai 1911").

1228. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 20. Mai 1911

Vertraulich! In der gestern abend ausgegebenen Nummer der „Karlsruher Zeitung" werden die Veränderungen im badischen Ministerium bekanntgegeben[1], die mit einer Ausnahme – Aufhebung des Oberschulrates – am 1. Juni in Kraft treten sollen. Zugleich bringt das Blatt den Text des Handschreibens S. K. H. des Großherzogs an Freiherrn v. Marschall, betreffend sein Ausscheiden aus dem Dienst. Gewisse weitere Personalwechsel in der Eisenbahndirektion und wegen des zum 1. Oktober eingehenden Oberschulrates stehen noch bevor.

Die Neuerungen bedeuten nicht etwa eine Kursänderung der Regierung, wie ein

großer Teil der Presse anzunehmen scheint, man kann weder von verstärkten liberalen noch von verminderten konservativen Anschauungen im neuen Ministerium sprechen. Die Regierung wird wie bisher suchen, über den Parteien zu stehen und Unterstützung annehmen, wo sie sie findet.

Ganz vertraulich darf ich dabei bemerken, daß Freiherr v. Dusch nur sehr ungern noch im Dienste bleibt, ein Herzleiden erschwert ihm seine Tätigkeit außerordentlich, er würde sicher jetzt um Enthebung von seinem Posten gebeten haben, wenn ein geeigneter Nachfolger vorhanden gewesen wäre. Hätte Herr v. Bodman die unglückliche Äußerung über die Sozialdemokratie[2] unterlassen, so wäre er wahrscheinlich Leitender Minister geworden. Angesichts dieser Entgleisung und ihrer Folgen konnte S. K. H. der Großherzog zu seiner Ernennung sich indessen nicht entschließen, und Herr v. Dusch durfte sie nach Lage der Parteiverhältnisse auch kaum vorschlagen; vom mächtigen Zentrum wäre ein Sturm der Entrüstung durchs Land gegangen bei solcher Ernennung. Man ist im klerikalen Lager, wie ich bereits früher meldete, schon sehr unzufrieden mit dem zukünftigen Kultusminister Geheimen Rat Böhm, dem fälschlich ultraliberale und kulturkämpferische Neigungen nachgesagt werden.[3]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 2 Bd. 2, Ausf.; Marg.: „27./5. R. A. d. Innern".

[1] Karlsruher Zeitung, Nr. 139 vom 20. Mai 1911.
[2] Vgl. Nr. 1186 Anm. 1.
[3] Nr. 1220, 1227.

1229. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 7. Juni 1911

Die seit dem 1. d. Mts. in Kraft getretenen organisatorischen Änderungen im badischen Ministerium[1] werden im allgemeinen von der Presse günstig beurteilt, wenn auch die wichtigste Maßnahme, Angliederung der Eisenbahnen an das Finanzministerium, hie und da die Befürchtung einer allzu fiskalischen Eisenbahnpolitik laut werden läßt. Die Besorgnis ist meines Erachtens unbegründet, denn der Finanzminister Rheinboldt bietet die Gewähr für einen verständigen Ausgleich der finanziellen- und Verkehrsinteressen. Als die Bahnen seinerzeit dem Finanzminister Ellstätter unterstellt waren, wurde gegen diesen vielleicht mit einiger Berechtigung der Vorwurf stark einseitig fiskalischer Politik erhoben, namentlich deshalb erwartet man ähnliche Tendenzen unter dessen jetzigem Nachfolger.

Herr Rheinboldt verkennt nicht die wenig günstige Lage des Eisenbahnbudgets und hält namentlich die enormen, noch vom Minister v. Brauer sanktionierten Bahnhofsbauten für einen bedenklichen Fehler, er meint, mit den mehr als 50 Millionen der Baseler Bahnhofsanlagen allein hätte man alle Wünsche des Landes für neue Bahnen erfüllen können. Die Eisenbahnschuld sei in wenigen Jahren von ca. 300 auf 500 Millionen gestiegen und werde wahrscheinlich auf 700 Millionen anwachsen. Das halte er aber für die alleräußerste noch zulässige Grenze, mehr könne Baden unbedingt nicht tragen.

Bekanntlich wurde der Rücktritt des Ministers v. Marschall lediglich durch dessen wenig glückliche Vertretung der Eisenbahnpolitik in der Kammer herbeigeführt, eine Politik, für welche nicht er, sondern sein Vorgänger der eigentlich Verantwortliche war.

Wenn die Kreuzzeitung und andere konservative Organe jetzt immer noch behaupten, der Minister sei dem Großblock zum Opfer gefallen, man habe ein homogen liberales Ministerium schaffen wollen, so ist das ebenso falsch wie die Angriffe auf den neuen Unterrichts- und Kultusminister als Kulturkämpfer und Kirchenfeind in den Zentrumsblättern. Dr. jur. Böhm, h. c. auch Dr. med., gehört beiläufig der katholischen Konfession an, seine Frau ist evangelisch, Tochter des hervorragenden verstorbenen nationalliberalen Führers Fieser. Geboren in Mannheim 1861, trat er 1885 in den Staatsdienst, war als Richter oder Staatsanwalt in Mannheim, Mosbach und Konstanz tätig und leitete zuletzt das Unterrichtsressort im Ministerium.

Die Einrichtung des neuen Ministeriums und die damit zusammenhängende demnächstige Auflösung des Oberschulrates hat zwischen der nationalliberalen „Badischen Landeszeitung" und dem volksparteilichen „Badischen Landesboten" eine lebhafte Kontroverse hervorgerufen; die Demokraten nehmen für sich das ganze Verdienst für die Neuerung in Anspruch, während zweifellos ein gleiches Verdienst den Nationalliberalen zukommt. Man führt deshalb, trotz Wahlbündnis, eine ziemlich heftige Sprache von beiden Seiten.

Die „Badische Schulzeitung" widmet dem als Unterrichtsminister ausscheidenden Herrn v. Dusch für sein verdienstvolles Wirken sehr warme Worte der Anerkennung.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 14, masch. Abschrift; Marg.: „mtg. R. A. d.Inn., Min. d. Inn., Finanz-Min., Arbeits-Min."

[1] Nr. 1227, 1228.

1230. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 8. Juni 1911

Im „Badischen Beobachter", dem führenden Organ des badischen Zentrums, wurde kürzlich berichtet, Ew. Exz. hätten während der letzten Reichstagsverhandlungen längere Zeit mit dem sozialdemokratischen Mannheimer Abgeordneten Dr. Frank persönlich verhandelt.[1]

Einzelne Blätter hier scheinen anzunehmen, daß die Nachricht auf Wahrheit beruht. Die Mannheimer sozialdemokratische „Volksstimme" spricht sich befriedigt darüber aus, während die rabiate „Leipziger Volkszeitung" entrüstet ist und von der Fraktion Aufklärung verlangt. Unter der Überschrift „Lächerlich" läßt sich der demokratische „Badische Landesbote"[2] in der anliegenden Notiz kritisch über die Angelegenheit aus.

Der gütigen privaten Mitteilung[3] Ew. Exz. entsprechend, habe ich hier nach Möglichkeit verbreitet, daß die Beobachternotiz absolut falsch ist.

Nachschrift. Zwei weitere Notizen aus soeben ausgegebenen heutigen Zeitungen darf ich auf der Anlage gehorsamst beifügen.[4]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 122 Nr. 16 Bd. 4, Ausf.

[1] Vgl. Nr. 1232.
[2] Nr. 132 vom 8. Juni 1911.
[3] Nicht vorhanden.
[4] Bad. Presse, Nr. 261 vom 8. Juni 1911; Bad. Landeszeitung, Nr. 261 vom 8. Juni 1911.

1231. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 9. Juni 1911

Der revisionistische Landtagsabgeordnete und Redakteur des hiesigen sozialdemokratischen „Volksfreund" Kolb hatte kürzlich unter dem Titel „Politische Pfingstgedanken" seinen Anschauungen in dem Blatte Ausdruck gegeben und unter anderen Frau Rosa Luxemburg ziemlich scharf kritisiert wegen ihrer heftigen Auseinandersetzungen in der „Leipziger Volkszeitung". Das gab dem ultraradikalen badischen Reichstagsabgeordneten und Genossen Geck Anlaß zu einer geharnischten, „Pfingstwahrheiten" überschriebenen Antwort, die der „Volksfreund" abdruckt. Kolb verteidigt seine Grundsätze dazu in ruhiger Weise, gibt aber zu, daß über die Ziele der Sozialdemokratie kein Unterschied bestehe, nur auf die Form des Klassenkampfes bezögen sich die Differenzen.

Der hiesige Mitarbeiter des „Schwäbischen Merkur"[1] berichtet über diese Vorgänge in der gehorsamst angeschlossenen Korrespondenz vom 8. d. Mts.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Europa Nr. 82 Nr. 1 Bd. 23 fol. 18, Ausf.

[1] Nr. 260 vom 8. Juni 1911.

1232. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 10. Juni 1911

Im badischen führenden Zentrumsorgan, das meines Wissens zuerst die Nachricht von einer angeblichen Verhandlung Ew. Exz. mit dem Sozialdemokraten Dr. Frank verbreitete, findet sich heute die hier gehorsamst angeschlossene Notiz.[1] Ich darf dazu bemerken, daß der „Badische Beobachter" an Intoleranz, jesuitischer Verdrehungskunst und gehässiger, höhnischer Sprache das Menschenmögliche leistet. Was irgendwie den extremen Zentrumszielen nützen kann, wird von dem Blatte eifrig verwertet. Es verfügt vorwiegend über geistliche Mitarbeiter, darunter in erster Linie den Geistlichen Rat und Pfarrer von Zähringen Wacker, der das badische Zentrum tatsächlich beherrscht, und den Landtagsabgeordneten Benefiziaten Dr. Schofer, einen ultramontanen Fanatiker reinsten Wassers.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 122 Nr. 16 Bd. 4, Ausf.

[1] (Bad. Beobachter, Nr. 131 vom 10. Juni 1911): Das Zentrumsorgan bleibt bei seiner „Behauptung stehen, da wir sie aus bester Quelle wissen. Nicht nur der Unterstaatssekretär Wahnschaffe und der Staatssekretär Delbrück haben mit dem Abg. Frank vertraulich verhandelt, sondern auch der Reichskanzler" (Ebd.). Am 17. Juni 1911 teilte das Auswärtige Amt Eisendecher mit, „daß die Zeitungsnotizen über angebliche Verhandlungen des" Reichskanzlers mit Dr. Frank „von dem ‚Badischen Beobachter' aus Mitteilungen des dem Zentrumsabgeordneten Erzberger nahestehenden Preßbüros übernommen und gleichzeitig auch in anderen Zentrumsblättern veröffentlicht worden sind" (Ebd., Konz.). Vgl. Nr. 1230.

1233. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 30. September 1911

Ganz vertraulich! Während des Sommers hat sich hier die politische Lage wenig verändert, der gehässige Kampf zwischen Zentrum und Liberalismus sowie die Hetze gegen die vermeintlich großblockfreundliche Regierung wurden eifrig fortgesetzt. Parteien und Presse sind weder maßvoller noch versöhnlicher geworden. Staatsminister v. Dusch bedauert lebhaft die leidenschaftliche Verblendung der Parteien, die Ungerechtigkeiten gegen die Regierung und die gereizte Sprache der Zeitungen.

Die ultramontanen Organe bemühen sich andauernd, den Minister v. Bodman zu stürzen und werden dabei von gewissen konservativen Zeitungen im Norden kräftig unterstützt. Namentlich die „Kreuzzeitung" eifert gegen den Minister und die badische Regierung in wenig vornehmer Weise. Eine offiziöse Entgegnung in der „Karlsruher Zeitung" machte die Sache nicht besser, „Beobachter", „Pfälzer Bote" pp. fielen nun erst recht über die Regierung her.

Wie ich Ew. Exz. schon früher meldete, stammen die meisten bezüglichen Berichte des führenden konservativen Blattes wahrscheinlich vom Herrn v. Stockhorner in Freiburg. Unter anderem wurde ich als angeblicher „Schutzengel" des Ministers bezeichnet; der Regierung warf man vor, daß sie meine Hilfe gegen diese Korrespondenzen in Anspruch genommen habe, um der „Kreuzzeitung" einen Maulkorb anzulegen, und mit Behagen wird solcher Vorwurf nicht nur vom hiesigen Zentrum, sondern auch von der „Kölnischen Volkszeitung" breitgetreten. Richtig ist daran nur, daß der Staatsminister mir wiederholt mit Bedauern von der aggressiven Haltung der Berliner konservativen Blätter sprach und daß ich dementsprechend berichtete. Im übrigen kann ich nach wie vor die Hetze gegen den Minister des Innern und die badische Regierung stets nur als ungerecht verurteilen. Die Regierung wie der Minister sind unbedingte Gegner des Großblocks. Herr v. Bodman verdient als ungemein tüchtig und patriotisch alle Anerkennung trotz seiner vielgerügten Äußerung über die Sozialdemokratie, die er zweifellos selbst bedauert. Er wäre schwer zu ersetzen. Dabei scheint es, als ob man auch in katholischen Hofkreisen stark gegen ihn agitiere – bis jetzt freilich ohne Erfolg.

Der Staatsminister sprach mir auch über die maßlos heftige, unlängst hier gehaltene Rede des Abgeordneten Liebknecht[1] und einen wilden Leitartikel des sozialdemokratischen „Volksfreund", der an Ew. Exz. und dem Herrn Staatssekretär kein gutes Haar läßt; er habe in Berlin eventuellen Strafantrag wegen Beleidigung anheimgestellt, aber eine verneinende Antwort erhalten. Auch von den Manövern war die Rede.

Ganz im Vertrauen deutete Herr v. Dusch dabei an, daß sein Gnädigster Herr einige Verstimmung zeige, weil Herr v. Huene ihm gegenüber nicht so rücksichtsvoll und zuvorkommend gewesen sei wie die Generäle v. Prittwitz[2] und v. Fabeck.[3] Ich darf das an dieser Stelle ganz vertraulich wenigstens erwähnen, obgleich ich mir kaum denken kann, daß der hiesige, sonst so höfliche Kommandierende General es in dieser Beziehung irgendwie versehen haben sollte. Bei der[a] in demokratischen Kreisen stets vorhandenen Animosität gegen Preußen und der an höchster Stelle herrschenden Empfindlichkeit im Punkte der Militärkonvention wäre es jedenfalls zu beklagen, wenn S. K. H. der Großherzog wirklich auf diesem Gebiete Grund zur Beschwerde hätte und wenn das weiter bekannt würde.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „mtg. 19./10. R. Amt d. Inn."

[a] Vorlage irrtümlich: dem.

[1] Liebknecht, Karl (1871–1919), Rechtsanwalt und Redakteur („Vorwärts"), SPD, MdR 1912–1918, begründete mit Rosa Luxemburg den Spartakusbund. Eisendecher an Bethmann Hollweg. „Karlsruhe, 5. Juni 1912. In der letzten Sitzung der badischen Ersten Kammer rügte der Freiherr v. LaRoche, daß die hier Ende Juli v. J. abgehaltene sozialdemokratische Versammlung, in welcher Dr. Liebknecht eine äußerst heftige, beleidigende Rede hielt, nicht polizeilich überwacht und aufgrund der gefallenen unstatthaften Worte geschlossen wurde" (Bonn, Archiv Ausw. Amt, Europa Nr. 82 Nr. 1 Bd. 23 fol. 49, Ausf.).

[2] Prittwitz und Gaffron, Ernst Ferdinand Freiherr v. (1833–1904), seit 1853 preuß. Offizier, 1865 Hauptmann, 1872 Major, 1883 Oberst, 1886 Kdr. der 7. Feld-Artillerie-Brigade, 1888 Generalmajor, 1890 Ruhestand.

[3] Fabeck, Hermann Gustav Karl Max v. (1854–1916), preuß. General der Infanterie.

1234. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 8. Oktober 1911

Staatsminister Freiherr v. Dusch wird morgen abend in Berlin eintreffen und wahrscheinlich bis Ende der Woche dort bleiben, um zunächst an der Sitzung des Ausschusses des Bundesrats für auswärtige Angelegenheiten teilzunehmen und auch die Herren Chefs der Justizressorts in Sachen der Strafprozeßreform[1] zu sprechen. Der Minister verdient meines Erachtens als Charakter wie als Beamter vollste Anerkennung; es ist durchaus falsch und ungerecht, wenn Zentrum und konservative Blätter ihm Großblocktendenzen nachsagen. Seine Gesundheit scheint leider nicht die beste, er klagt oft über Herzbeschwerden und äußert Rücktrittsgedanken, indessen S. K. H. der Großherzog würde ihn nur sehr ungern gehen lassen, da sich schwer ein geeigneter Nachfolger findet. Nach Begabung, Tüchtigkeit und loyal vornehmer Gesinnung käme wohl in erster Linie Freiherr v. Bodman in Frage, aber der Landesherr könnte sich angesichts der Machtstellung des Zentrums im Lande nicht entschließen, ihn zum Staatsminister zu ernennen. Obgleich katholisch, ist er bekanntlich der bestgehaßte Mann im ultramontan-konservativen Lager, weil man ihm seine freilich sehr anfechtbare Äußerung über die Sozialdemokratie nicht vergessen kann.[2]

Ich bin mit Herrn v. Dusch seit Jahren nahe befreundet und schulde ihm aufrichtigen Dank für sein Vertrauen und stetes liebenswürdiges Entgegenkommen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 2 Bd. 2, eig. Ausf.

[1] Verschärfung der Beleidigungs- und Kinderschutzbestimmungen sowie die Neuregelung der Zuständigkeit der Schwurgerichte und der Zusammensetzung der Strafkammern (*Schultheß* 1911 S. 6, 28).

[2] Vgl. Nr. 1186 Anm. 1.

1235. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 14. Oktober 1911

Wie in der inneren Politik hier bei den Parteien die schärfsten Gegensätze bestehen, so erfahren auch unsere Beziehungen zum Auslande eine sehr verschiedene Beurteilung.

Die öffentliche Meinung neigt im allgemeinen mehr zu etwas voreiliger Kritik als zu vorurteilsfreier Erwägung. An der Fähigkeit unserer Diplomaten werden vielfach Zweifel laut, und radikale Blätter behaupten gern, daß solche Zweifel deshalb berechtigt seien, weil die Diplomatie sich fast ganz aus „Junkertum und Adel" rekrutiere.

In der Marokkofrage[1] zeigt ein Teil der Presse eine gewisse Ungeduld, die meisten Blätter fürchten ein zu weites Entgegenkommen von unserer Seite, das als Schwäche ausgelegt werden könne. In diesem Sinne übt die alldeutsche Richtung die herbste Kritik, sie beansprucht entschieden einen Teil Marokkos und hält mit kriegerischen Phrasen nicht zurück. Selbst der hier vielgelesene, meist vornehm maßvolle „Schwäbische Merkur" leitartikelt scharf gegen das vermeintliche Zurückweichen der Reichsregierung und sieht in dem Nichteinschreiten des Fregattenkapitän[s] Löhlein[2] bei Hissung der französischen Flagge in Agadir ein neues bedenkliches Zeichen solcher Schwäche. Demgegenüber nimmt die liberale „Badische Landeszeitung" den Kommandanten und engeren Landsmann in Schutz. Dieses führende nationalliberale Blatt führt wie andere Organe der Partei im ganzen eine maßvolle Sprache, aber ganz frei von Mißtrauen in bezug auf die Berliner Verhandlungen scheinen die Großblockfreunde doch nicht, und zwar befürworten sie vorzugsweise eine energischere Wahrnehmung unserer Interessen, während ihre radikalen und sozialdemokratischen Wahlbrüder von Marokko eigentlich überhaupt nichts wissen wollen.

Zwei Redner haben neuerdings hier über Marokko stark besuchte öffentliche Vorträge gehalten. Der liberal-demokratische Reichstagskandidat, Geheimer Hofrat und Freiburger Professor Dr. v. Schulze-Gaevernitz, berufen von der Volkspartei, sprach gemäßigt hauptsächlich über Weltpolitik, internationale Lage und Zukunft, aber doch auch gegen die politische Preisgabe Marokkos.

Der andere Redner, Dr. Max [!] Wirth[3], hier schon bekannt als Marokkoreisender und Berichterstatter für die „Badische Presse", hielt seinen Vortrag auf Veranlassung des Alldeutschen Verbandes und vertrat dessen chauvinistische Tendenzen mit entsprechenden heftigen Angriffen auf die Leitung unserer auswärtigen Politik. Gegen seine Ausführungen erhob der demokratische „Badische Landesbote" sofort ausdrücklichen Protest.

Die Zentrumspresse, soweit ich sie übersehe, beschäftigt sich zur Zeit weniger mit Marokko und der internationalen Lage als andere Zeitungen, wohl weil sie für die eigenen Parteiinteressen reichlich zu tun findet; sie ist auch vorsichtiger in der Kritik, will keine ernsten Komplikationen und verspottet die alldeutschen Heißsporne. Der „Badische Beobachter" vermahnt die Reichsregierung unter der Überschrift „Eine Neuorientierung unserer Auslandspolitik" zum engeren Anschluß an Rußland, Türken und Rumänen und zu kühler Abwehr gegen England.

Italiens plötzliche Aktion[4] erfährt überall im Lande und bei allen Parteien ziemlich uneingeschränkten Tadel, man zweifelt nicht, daß Rom die Westmächte hinter sich habe, während leider die Dreibund-Alliierten völlig überrascht worden seien. Die Schwierigkeit unserer Stellung, gewissermaßen „zwischen zwei Stühlen", wird allgemein anerkannt.

Die gesamte öffentliche Meinung verurteilt insbesondere die englische Politik als feindlich, ungerecht und in erster Linie verantwortlich für den seit Jahren mehr oder minder bedrohten Frieden. Man geht darin indessen meines Erachtens vielfach zu weit, denn auch wir haben den Briten gegenüber ein erhebliches Schuldkonto, das sich unschwer näher nachweisen ließe. Ein verständiger Ausgleich wäre dringlichst zu wün-

schen; schließlich wird uns die Entwicklung der Machtverhältnisse jenseits der Meere doch zwingen zusammenzuhalten, und die Zeit dürfte kommen, wo England sich zu solcher Einsicht bekehrt. Man muß es wenigstens hoffen. Als Feinde werden wir den wirtschaftlichen und politischen Niedergang des alten Europa beschleunigen, im Verein aber ihm wirksam begegnen können.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 14, eig. Ausf.

[1] 2. Marokkokrise 1911, in der das Reich zur Wahrung seiner Interessen das Kanonenboot „Panther" am 1. Juli 1911 nach Agadir sandte (Vgl. Eisendechers Korrespondenz mit Bethmann Hollweg zwischen 1909 und 1914 in: Nachlaß Eisendecher (Bonn, Archiv Ausw. Amt) Nr. 1/1–7, teilw. gedr. *Behnen* S. 501 f.).

[2] Löhlein, Heinrich (1871–1960), seit 1891 Marineoffizier, 1906 im Reichsmarineamt, 1910 im Nachrichtenbüro daselbst, 1914/15 Chef des Nachrichtenbüros, 1915/16 Chef der Zentralabteilung des Reichsmarineamts, 1916 Direktor des Etat-Departements des Reichsmarineamts, Aug. 1918 Chef des U-Boot-Amts, 1921 Abschied als Vizeadmiral.

[3] Wirth, Albrecht Dr. (1866–1936), Journalist und alldeutscher Publizist (Frdl. Auskunft von Dr. Körner/NDB).

[4] Die Landung italienischer Truppen im Okt. 1911 in dem formell zum Osmanischen Reich gehörenden nordafrikanischen Tripolis.

1236. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 17. Oktober 1911

In Erledigung der hohen Weisung vom 29. v. Mts. Nr. 179[1], betreffend den Maler Andersen[2] und antimilitaristische Schriften, beehre ich mich, gehorsamst zu berichten, daß nach soeben eingegangener Mitteilung die Großherzoglich Badische Regierung auf meine Vorstellung ihre Zollbehörden an der Grenze und auch die Polizeibehörden auf die mögliche Masseneinführung eines revolutionären antimilitaristischen Flugblattes aufmerksam gemacht und mit erforderlichen Weisungen versehen hat.[3]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 121 Bd. 15, eig. Ausf.; Marg.: „31./10. Min. d. Innern".

[1] Bethmann Hollweg unterrichtete Eisendecher am 29. Sept. 1911 von einem durch den preuß. Kriegsminister erhaltenen Brief eines „damals in Tallanza am Lago di Maggiore wohnhaften Malers Andersen", der „Beziehungen zu gewissen anarchistischen Führern wie Erich Mühsam, Landsberger und Kropotkin zu haben behauptete und von einem angeblich in Genf gefaßten geheimen Beschluß Kenntnis hat, wonach in allen Garnisonen Deutschlands Propagandaschriften antimilitaristischen Inhalts verbreitet werden sollten". Davon wurden das bayer., sächs. und württ. Kriegsministerium sowie die bad. Regierung benachrichtigt. Letztere solle Eisendecher bitten, „den Zollbehörden an der Grenze die erforderlichen Anweisungen" zu erteilen (Ebd., Konz.).

[2] Andersen, Cilius Johannes Konrad, dän. Landschaftsmaler und Darsteller von Genrebildern aus dem Arbeiter- und Unterschichtenmilieu.

[3] Eisendecher an Bethmann Hollweg. „Karlsruhe, 4. Januar 1911. Ein gewisser Dunkelmann namens Pfeil ist hier kürzlich wegen Verteilung revolutionärer Flugblätter verhaftet worden, in denen die Soldaten aufgefordert werden, am 27. d. J. zu meutern und ‚Rache zu nehmen für 1849 und 1865'. Die sozialdemokratische Presse weist die Urheberschaft des Flugblattes entrüstet von sich. Es handelt sich anscheinend entweder um eine anarchistische Hetze oder um die Verirrung

eines geistig anormalen Fanatikers. Die Andeutung des ‚Volksfreund', als sei das Flugblatt bestellte Scharfmacherarbeit, ist offenbar absurd. Nach beendeter Voruntersuchung wird das Reichsgericht sich mit der Sache zu befassen haben" (Ebd., Ausf.; Marg.: „mtg. 11./1. Kr. Min.").

1237. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 20. Oktober 1911

Das vorläufige Ergebnis der gestrigen Ersatzwahl[1] im 1. badischen Reichstagswahlkreise ist nach Mitteilung des Ministers des Inneren wie folgt: Zentrum und Konservative 13470; Nationalliberale und Demokraten 11239; Sozialdemokraten 3026; sonstige Stimmen 65.

Somit wird Stichwahl erfolgen[2] und, da die Sozialdemokraten dabei für den Blockkandidaten eintreten, scheint die Wahl des im Kreise sehr angesehenen, angeblich redegewandten Kunst- und Handelsgärtners Schmid[3] von Singen ziemlich gesichert.

Die Wahlagitation war ungemein erbittert, insbesondere tat sich das Zentrum unter Leitung der Geistlichen in gehässigster Weise mit persönlichen Invektiven gegen den liberalen Kandidaten hervor.

Von dem Zentrumsbewerber melden die Zeitungen ganz unglaubliche Redewendungen, Freiherr v. Rüpplin[4], Landgerichtsdirektor in Konstanz, soll unter anderem gesagt haben, der Satan sei als eigentlicher Führer der Liberalen und ihres Anhangs zu betrachten.

Bei der letzten Reichstagswahl im Jahre 1907 verfügte das Zentrum über 14327, der Block über 8596, die Sozialdemokratie über 2565 Stimmen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 3 Bd. 25, eig. Ausf.; Marg.: „mtg. 24./10. R. A. d. Inn., Min. d. Inn."

[1] Durch den Tod des Zentrumsabgeordneten Hug war eine Nachwahl im Reichstagswahlkreis Konstanz-Überlingen erforderlich geworden, die von allen Parteien als Test für die im Jan. 1912 anstehenden allgemeinen Reichstagswahlen betrachtet und entsprechend erbittert geführt wurde.

[2] Vgl. Nr. 1238, 1239.

[3] Schmid, Hermann (1872–1915), Gärtner in Singen, seit 1898 Gemeinderat, NL, MdL 1909–1912, MdR 1911/12.

[4] Rüpplin v. Kefikon, Karl Xaver Johann Friedrich Freiherr Dr. (1853–1938), seit 1875 im bad. Justizdienst, 1879 Amtsrichter in Walldürn, 1884 in Donaueschingen, 1888 Oberamtsrichter in Radolfzell, 1894 Kammerherr, 1896 Landgerichtsrat, 1906 Oberlandesgerichtsrat, 1909 Landgerichtsdirektor in Konstanz (AV; PA-GLA).

1238. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 23. Oktober 1911

Der Blockkandidat im ersten badischen Reichstagswahlkreise, Handelsgärtner Schmid von Singen, ist nationalliberaler Landtagsabgeordneter und soll ziemlich ungebildet und wenig sympatisch sein. Wenn die Sozialdemokraten bei der Stichwahl am 27. d. Mts.[1] für ihn eintreten, was man erwartet, so scheint seine Wahl kaum zweifelhaft. Wie ich mir schon zu melden erlaubte, kann er angeblich reden und genießt im Kreise Ansehen als

anständiger Charakter. Berufskollegen wird er im hohen Hause nicht finden, und sehr bedauerlich bleibt, daß er dort auf sozialdemokratischen Krücken einzieht.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 3 Bd. 25, eig. Ausf.; Marg.: „28./10. mtg. R. A. d. Inn., Min. d. Inn."

[1] Nr. 1239.

1239. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 29. Oktober 1911

Der Sieg des Großblocks im 1. badischen Reichstagswahlkreis[1] wird in den liberalen und radikalen Zeitungen mit starker Übertreibung verherrlicht und als Beweis für die Richtigkeit des Zusammengehens von Liberalismus und Sozialdemokratie gegen den sogenannten schwarzblauen Bund angeführt. Auch die Ergebnisse der jüngsten Wahlen in den Reichslanden[2] und in Oldenburg[3] verwertet man zugunsten der Großblocktaktik. Man sucht der öffentlichen Meinung klarzumachen, daß die Genossen gegenüber einer Zentrumsherrschaft immer noch das mindere Übel seien. Die Zentrumsblätter andererseits ergehen sich in höchster Entrüstung über die Art der Wahlagitation der Gegner ohne einzusehen, daß ihre Partei in dieser Beziehung zum mindesten den gleichen Tadel verdient.

In dem Ton der beiderseitigen Presse tritt deren unvornehme Minderwertigkeit leider wieder oft bedauerlich hervor. *Vorlage des Schwäbischen Merkurs.*[4]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 3 Bd. 25, eig. Ausf.; Marg.: „2./11. R. A. d. Inn., Min. d. Inn."

[1] Stat. Mitteilungen N. F. 2 1912, 1. Sondernummer S. 88; vgl. Nr. 1238.

[2] Bei den Wahlen zur Zweiten Kammer in Elsaß-Lothringen erhielten von 60 Sitzen das Zentrum 24, die SPD 11, die Liberalen („Mittelpartei") 7, der Lothringer Block 10 und die Unabhängigen 8.

[3] Die Landtagswahlen in Oldenburg ergaben ein starkes Anwachsen der Linken: 14 Fortschrittler, 12 SPD, 6 Nationalliberale, 4 BdL, 9 Zentrumsabgeordnete (*Schultheß* 1911 S. 165).

[4] Nr. 503 vom 28. Okt. 1911.

1240. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 8. November 1911

Über den jüngst hier abgehaltenen Vertretertag des Reichsverbandes der nationalliberalen Jugend[1] haben die Zeitungen eingehend berichtet, ich darf mich daher auf kurze Bemerkungen beschränken.

Die Versammlungen waren gut besucht, und im allgemeinen herrschte leidliche Einigkeit über Zwecke und Ziele des Liberalismus. Vor allem wurde energische Bekämpfung des Zentrums und der Reaktion empfohlen und die Sozialdemokratie zwar auch als Gegner, aber mehr als das kleinere Übel angesehen. Besonders der Führer der badischen Nationalliberalen, Rebmann, verteidigte die Großblocktaktik und bekundete bezüglich der positiven Mitarbeit der Genossen an der liberalen Sache starken Optimismus. Eine

gewisse Verstimmung über und ein Mißtrauen gegen unsere auswärtige Politik trat in fast allen Reden hervor. Der schon genannte Großherzoglich Badische Geheime Hofrat, Parteiführer und Fraktionschef verstieg sich dabei zu ganz ungehörigen Äußerungen, er sprach von Zorn und Scham als von Gefühlen, die jeder echte deutsche Mann empfinden müsse angesichts dieser Politik. Auch Herr Bassermann ließ sich hören und fand allerlei zu tadeln an der Reichsregierung wie ungenügende Berücksichtigung der Teuerung, mangelhafte Handhabung des Vereinsgesetzes. Die sogenannte Sammlungsparole wies er zurück, verlangte aber die entschiedene Bekämpfung der Sozialdemokratie, eine Mahnung, welche nachher der zum ersten Vorsitzenden erwählte Dr. Kauffmann[2]-Stuttgart noch schärfer als unabweisbar betonte. Seine Rede war meines Erachtens noch die beste; er sprach im ganzen sachlich und maßvoll, kritisierte allerdings die innere wie die äußere Politik mit einiger Deutlichkeit, hielt sich aber in anständigen Grenzen und befürwortete die kräftige Entwicklung der Wehrmacht zu Wasser und zu Lande.

In den beiden einstimmig angenommenen Resolutionen werden eine Anzahl weitgehender Wünsche laut: verantwortliche Reichsministerien, Staatsgerichtshof, Neueinteilung der Wahlkreise, Proportionalwahlen, energischere Abwehr gegen Übergriffe der römischen Kirche; ferner einheitliche Gesetze betreffend die Privatangestellten, die Sonntagsruhe, das Lehrlingswesen und die Pflichtfortbildungsschule. Über die Auslandspolitik enthält die erste Resolution wörtlich folgende Stelle: „Die ungenügende Wahrnehmung der Lebensinteressen und der Ehre der Nation durch die Reichsregierung bei der Behandlung der Marokkofrage[3] hat im deutschen Volke tiefgehende Unzufriedenheit erregt. Angesichts der ernsten politischen Lage hält der Reichsverband der Vereine der nationalliberalen Jugend neben der Kritik an der schwachen Haltung der Regierung für notwendig: eine energische Kolonialpolitik und die weitere Vermehrung unserer Flotte unter Bereitstellung der erforderlichen Mittel durch die sozial gerechte Reichserbschaftssteuer".

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 6 Bd. 1, eig. Ausf.; Marg.: „13./11. R. Amt d. Innern, Min. d. Innern".

[1] Am 4./5. Nov. 1911 fand der 13. ordentliche Vertretertag des Reichsverbands der nationalliberalen Jugendvereine in Karlsruhe statt.

[2] Kauffmann, Robert Dr. jur., Rechtsanwalt in Stuttgart, NL, 1911 1. Vorsitzender des Reichsverbands der nationalliberalen Jugendvereine Deutschlands (Frdl. Auskunft d. StadtA Stuttgart).

[3] Vgl. Nr. 1235.

1241. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 30. November 1911

Bei der feierlichen Eröffnung der badischen Ständeversammlung waren die sozialdemokratischen Mitglieder der Zweiten Kammer ihrer bisherigen kindischen Gewohnheit gemäß nicht zugegen. Diese Abgeordneten haben ebenso die monarchische Verfassung beschworen wie alle anderen, es erscheint mithin immer wieder lächerlich, wenn sie wegen des ausgebrachten Hochs auf den Landesherrn der Eröffnungsfeier fernbleiben.

In beiden Kammern erfolgte die Ernennung beziehungsweise Wiederwahl der bisherigen Präsidenten bis auf den unheilbar erkrankten Volksparteiler Professor Dr. Heimburger, dessen Funktion als zweiter Vizepräsident Muser (Offenburg), sein Nachfolger als

Fraktionsvorsitzender, übernahm. In der Ersten Kammer präsidieren also S. G. H. der Prinz Max, Wirklicher Geheime[r] Rat Dr. Bürklin und Kammerherr Graf v. Helmstatt, im anderen Hause der nationalliberale Abgeordnete für Heidelberg, Stadtschulrat Rohrhurst, der Sozialdemokrat Geiß, früher Stadtrat in Mannheim und der Führer der Fortschrittlichen Volkspartei, Muser, Rechtsanwalt in Offenburg.

Das Zentrum gab bei dieser Großblockpräsidentenwahl weiße Zettel ab. Zu Vorsitzenden der Fraktionen wurden gewählt: vom Zentrum Rechtsanwalt und Reichstagsabgeordneter Fehrenbach (Freiburg), Rechtsanwalt Kopf und Geistlicher Rat Dieterle[1]; von der Volkspartei Muser und Venedey; von den Sozialdemokraten Kolb und Frank; von den Nationalliberalen steht anscheinend die Wahl erst bevor.

Die Erste Kammer verlor drei Mitglieder durch den Tod: Ökonomierat Frank, Geheimen Kommerzienrat Pfeilsticker und Wirklichen Geheimen Rat Dr. Schneider. Ferner erfolgte der Austritt des greisen Freiherrn E. A. v. Göler, welcher dem Hause vierzig Jahre lang angehörte. Als Ersatz wurden vorläufig gewählt Geheimer Kommerzienrat Stromeyer[2] (Konstanz), Bürgermeister Sänger (Diersheim) und ein Neffe des Freiherrn v. Göler.[3]

Der Ersten Kammer ging der in der vorigen Session noch unerledigte Entwurf zum Wassergesetz und Berggesetz bereits zu. Die Zweite Kammer wird sich wohl zunächst mit kleinen Vorlagen sowie mit dem Budget beschäftigen. Letzteres dürfte einen Fehlbetrag von circa 5–6 Millionen aufweisen[4], selbst wenn die Anforderungen möglichst beschränkt würden. Im großen ganzen hat sich aber die Finanzlage durch erhebliche Mehreinnahmen der Eisenbahnen gebessert. Infolge des trockenen Sommers und der gehemmten Schiffahrt profitierten die Bahnen sehr erheblich an Gütertransporten.

Die zu erwartenden wichtigsten Vorlagen, wie Einführung der Staatslotterie, Erhebung eines Zuschlags zur Reichserbschaftssteuer, Neuabgrenzung der Wahlbezirke der fünf größeren Städte, fanden bereits Erwähnung in der Thronrede.[5] Mannheim soll in Zukunft einen Abgeordneten mehr erhalten. Gegenwärtig besteht das Haus aus 73 Abgeordneten, davon gehören an: dem Zentrum 26, den Nationalliberalen 17, den Sozialdemokraten 20, der Volkspartei 7, den Konservativen 2, den Bündlern einer. Für den erkrankten Abgeordneten Heimburger und für den in die Erste Kammer berufenen Bürgermeister Sänger haben noch Ersatzwahlen stattzufinden.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 13, Ausf.; Marg.: „mtg. 17./12. R. A. d. Inn., R. Schatzamt, Min. d. Inn., Finanz-Min."

[1] Dieterle, Jonas (1845–1925), seit 1870 kath. Geistlicher, 1873 Vikar in Mannheim, 1881 Pfarrer in Dogern, Dekan, 1904 Geistlicher Rat, 1908 Stadtpfarrer in Waldkirch, Z, MdL 1899–1902, 1905–1912, MdZK.

[2] Stromeyer, Ludwig (1852–1931), seit 1873 Textilfabrikant in Konstanz und Kreuzlingen, 1896–1918 Präsident der Konstanzer Handelskammer, Gründer des Rheinschiffahrtsverbands Konstanz (Vorsitzender 1907–1918), MdL (I. K.) 1911–1918, 1911 Geh. Kommerzienrat, NL, Stadtverordneter (Frdl. Auskunft d. StadtA Konstanz).

[3] Göler v. Ravensburg, Albrecht August Ludwig Freiherr (1878–1966), seit 1902 im bad. Forstdienst, MdL (I. K.) 1911–1918, seit 1914 Mitglied der ev. Landessynode, 1920 Forstmeister in Neckarbischofsheim, 1924 in Eberbach, 1943 Ruhestand (Oberforstrat) (Frdl. Auskunft von Dr. Körner/NDB; PA-GLA).

[4] Tatsächlicher Fehlbetrag: 2,6 Mill. Mark.

[5] Thronrede vom 28. Nov. 1911 (Gedr. Bad. Landeszeitung, Nr. 555 vom 28. Nov. 1911).

1242. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 6. Dezember 1911

Die Agitation für die kommenden Reichstagswahlen[1] wird in Baden bereits sehr eifrig betrieben, man beschimpft sich gegenseitig kräftig, läßt an den politischen Gegnern kein gutes Haar und macht in Versammlungen wie in der Presse die üblichen hetzerischen, übertriebenen Phrasen. Ein erfreuliches Bild bieten weder die Redner noch die Zeitungen oder die Wahlaufrufe. Dabei ist es recht bezeichnend für die leider von den Nationalliberalen wiederum eingegangene Großblockverbrüderung, daß diese Großblockfreunde sich untereinander heftig befehden. Namentlich die Sozialdemokratie übt keinerlei Schonung sowohl gegenüber dem Liberalismus wie der Volkspartei.

Von der Vorlage der verschiedenen Wahlaufrufe[2] glaube ich absehen zu sollen, darf aber das hier durch Boten in der Residenz verteilte und im ganzen Lande verbreitete sozialdemokratische Flugblatt als charakteristische Blüte des Wahlkampfes hier gehorsamst beifügen.

Von den bisher aufgestellten Kandidaten bringt die „Karlsruher Zeitung"[3] die angeschlossene Liste.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 3 Bd. 25, Ausf.; Marg.: „11./12. R. A. d. Innern, Min. d. Innern".

[1] Die Hauptwahlen fanden in Baden am 12. Jan. 1912 statt.

[2] SPD-Wahlaufruf ebd.; Wahlaufruf des Zentrums vom 10. Jan. 1912 für den konservativen Kandidaten im 10. bad. Reichstagswahlkreis Karlsruhe-Bruchsal (Gedr. *Kremer*, Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht S. 61 f.).

[3] Nr. 333 vom 4. Dez. 1911; vgl. *Sepaintner* S. 375.

1243. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 12. Dezember 1911

Die badische Zweite Kammer hat gestern die beiden Anträge der Sozialdemokraten und Nationalliberalen, betreffend die Einführung der Verhältniswahl für die Abgeordneten[1], einstimmig angenommen und sich dann in die Ferien begeben. Der Minister des Innern Freiherr v. Bodman erklärte namens der Regierung, diese könne erst dann zu den Anträgen Stellung nehmen, wenn beide Kammern sich darüber ausgesprochen hätten. Er äußerte im übrigen verschiedene Bedenken gegen die Einführung des im Reiche noch unerprobten Systems und hob namentlich hervor, daß eine so wichtige Neuerung kaum ratsam erscheine, nachdem erst im Jahre 1904 die Verfassung eine grundlegende Änderung erfahren habe.

Die nächste Sitzung wird voraussichtlich am 23. Januar stattfinden.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 13, Ausf.; Marg.: „mtg. 17./12. R. A. d. Inn., Min. d. Inn."

[1] Anträge der Abgg. Kolb u. Gen. sowie Rebmann u. Gen., die Wahlen zur Zweiten Kammer, hier die Einführung des Proportionalwahlsystems betr. (2. Beilageheft 1911/12 S. 56 f. – Drucksache Nr. 20, 20a; vgl. *Kolb*, Landtag 1911/12 S. 128 f.).

1244. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 19. Dezember 1911

Politische Lage in Baden. Die gesamte Presse steht naturgemäß im Zeichen der kommenden Reichstagswahlen und des heftigen Kampfes zwischen Großblock und den sogenannten „Schwarzblauen". In diesem Kampfe sucht das Zentrum mit großem Geschick und nicht ohne Erfolg das Mißtrauen der Sozialdemokraten gegen den Liberalismus zu erregen. Es handelt sich dabei vornehmlich um die Kandidatur des hochverdienten nationalliberalen Veteranen Wittum in Pforzheim, für den das Zentrum schon im ersten Wahlgange eintreten will.[1] Die Mannheimer sozialdemokratische „Volksstimme" verlangt deshalb die Zurückziehung der Kandidatur und droht im Weigerungsfalle mit der Kündigung des ganzen Großblockabkommens. Da nun die Nationalliberalen Wittum schwerlich fallenlassen können, scheint in der Tat der Großblock gefährdet.

Eine kürzliche Warnung der „Karlsruher Zeitung" gegen dieses Wahlabkommen erfuhr in der liberalen und demokratischen Presse sofort höhnischen Widerspruch, das führende Organ der Nationalliberalen Partei nannte den warnenden Artikel des Regierungsblattes „Kindliche Stilübung eines politischen A B C– Schützen" und überschrieb ihre Kritik „Offiziöse Quertreibereien".

Den Rückblick der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" auf die Reichstagsverhandlungen brachte die „Karlsruher Zeitung" an leitender Stelle, sie verurteilte auch scharf die verständnislosen Beschlüsse des Alldeutschen Verbandes, tritt überhaupt jederzeit warm für Ew. Exz. und die Reichsregierung ein.

Das sonst sehr demagogisch gefärbte badische Zentrum kehrt jetzt ebenfalls immer eifriger seine Regierungsfreundlichkeit hervor und rühmt sich namentlich der erfolgreichen Finanzreform. Es veranlaßte unter dem Titel „Demokratenspiegel" eine Wahlagitationsschrift, deren Inhalt in einer Artikelserie des „Landesboten" eingehend widerlegt wird.

Die kurzen Kammerverhandlungen vor den Ferien verliefen friedlich und ohne Zwischenfälle. In der Ersten Kammer erfolgte wie im anderen Hause zum Schluß noch die Annahme der Gesetzentwürfe betreffend die Staatslotterie und den Zuschlag zur Reichserbschaftssteuer, erstere Vorlage nicht ohne einige Bedenken.

Über das klare und leidlich günstige Finanzexposé des Herrn Rheinboldt herrscht überall Befriedigung, der neue Finanzminister erfreut sich daher trotz seiner Mahnung zur Sparsamkeit einer wohlwollenden Presse und hat sich in der Kammer sowohl wie im ganzen Lande entschieden gut eingeführt.

Der bekannte revisionistische Genosse Bernstein[2] sprach vor kurzem unter großem Zulauf zum ersten Male in einer hiesigen sozialdemokratischen Versammlung. Seine Darstellung der Lage war im ganzen maßvoll; er rühmte besonders England und seine freiheitlichen Einrichtungen.

Sozialdemokratie und Volkspartei sind uneinig in Sachen der deutschen Wehrmacht. Kolbs „Volksfreund" wirft der Volkspartei mit Heftigkeit vor, daß sie dem Militarismus huldige, eine Anklage, gegen die sich der „Landesbote" verteidigt.

Die Parteitage des Zentrums und der Nationalliberalen in Freiburg und Offenburg ergaben wiederum den gegenseitigen unversöhnlichen Haß dieser langjährigen erbitterten Feinde; man gewinnt den Eindruck von den Versammlungen, daß das Zentrum geschickter geleitet wird als seine Gegner. In der großen Politik zeigt die Mehrheit der

öffentlichen Meinung andauernd eine starke Erregtheit gegen England. An die Möglichkeit der Herstellung besserer Beziehungen scheinen nur wenige zu glauben, zahlreiche Beamte und Offiziere halten immer noch eine schließliche kriegerische Auseinandersetzung für unvermeidlich.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „mtg. 25./12. R. Amt d. Innern, Min. d. Innern".

[1] Vgl. die Korrespondenz zwischen Wittum und dem Zentralkomitee der bad. Zentrumspartei im Nov. 1911 (Bad. Beobachter, Nr. 26 vom 1. Febr. 1912, gedr. *Kremer*, Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht S. 62 ff.).

[2] Bernstein, Eduard (1850–1932), Bankangestellter, 1881–1887 Redakteur des „Sozialdemokrat" in Zürich, 1887–1900 in London als Schriftsteller und Korrespondent des „Vorwärts", durch Bekanntschaft mit den engl. Fabiern dann Führer der Revisionisten in der deutschen Sozialdemokratie, MdR 1900–1906, 1912–1918, 1920–1928.

1245. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 4. Januar 1912

Die mahnende Äußerung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" zu den Wahlen erschien in der „Karlsruher Zeitung" an leitender Stelle ohne Kommentar; auch der klerikale „Beobachter" bringt sie ohne Bemerkungen, während die Großblockblätter mit mehr oder weniger Hohn ablehnende Kritik üben.

Wie ich mir schon oft zu berichten erlaubte, beherrscht hier der Haß zwischen Zentrum und Liberalen seit Jahren die ganze parteipolitische Lage. Das führte zum Großblock. Der Durchschnittsliberale sieht in der Sozialdemokratie das kleinere Übel, und auch das Zentrum verschaffte unterderhand den Genossen früher manches Mandat, wenn es galt, dem Liberalismus eine Niederlage zu bereiten. Solchen Hauptzweck verfolgt auch jetzt noch die geheime Taktik des geistlichen Zentrumsführers, wenn dieser auch öffentlich als Beschützer von Thron, Verfassung und Altar die Genossen eifrig bekämpft. Wacker sucht rücksichtslos und geschickt den Großblock wie den liberalen Block zu sprengen, ob dabei die Sozialdemokratie hie und da gewinnt, kümmert ihn weniger, wenn nur der Liberalismus nicht siegt. Die Unterstützung des bewährten Altliberalen Wittum in Pforzheim[1] beweist dagegen nichts, weil damit in anderen Bezirken den Liberalen wahrscheinlich die sozialdemokratische Hilfe versagt wird.

Unlängst bezweifelte Wacker in einer Rede die geistige Zurechnungsfähigkeit des fortschrittlich-liberalen Freiburger Kandidaten, Professor v. Schulze-Gaevernitz, ein Zeichen, wie er den Kampf mit allen Mitteln führt. Im Zentrum fehlt eben hierzulande der maßvolle aristokratische Einschlag, und die wenigen Persönlichkeiten, welche man dieser norddeutschen und rheinischen Abart etwa hinzurechnen könnte, wie Zehnter, Fehrenbach pp., haben Wacker gegenüber geringen Einfluß. Vom katholischen Adel treten eigentlich nur zwei Mitglieder politisch hervor, die Freiherren v. Mentzingen und v. Stotzingen, der eine in der Ersten, der andere in der Zweiten Kammer, beide sind fanatische Zentrumsmänner à la Wacker.

Auch im Großblocklager wird vielfach mit einer widerlichen Gehässigkeit agitiert. Unter anderen sagte der bekannte demokratische Gutsbesitzer Becker in einer hiesigen

Versammlung, Ew. Exz. hätten stets in einer Hand Kants Kritik der reinen Vernunft, in der anderen das A.B.C. des Bundes der Landwirte; solche elenden Schlagworte wirken leider auf manche Wähler. Über das mutmaßliche Ergebnis der Wahlen läßt sich zur Zeit noch nichts sagen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 3 Bd. 25, Ausf.

[1] Vgl. Nr. 1244 Anm. 1.

1246. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 7. Januar 1912

Die heutigen Wochenrückblicke der „Karlsruher Zeitung“[1] enthalten eingehende zustimmende Äußerungen über die Mahnungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ betreffend die Wahlen und die Haltung unserer Presse gegenüber Italien.[2] Auch auf einige bezeichnende Veröffentlichungen sozialdemokratischer Blätter und ihre Zurückweisung in der bürgerlichen Presse wird besonders hingewiesen und die Schrift eines Arbeiters[3] (Hans Felsen) gegen die Sozialdemokratie als bemerkenswert empfohlen.

Vorlage der Karlsruher Zeitung.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 3 Bd. 25, Ausf.

[1] Nr. 6 vom 7. Jan. 1912.

[2] Vgl. Nr. 1235 Anm. 4.

[3] Hans *Felsen*, Um des Arbeiters Wohl. Grundlagen – Grundirrtümer der Sozialdemokratie. Wort zur Verständigung und Abwehr, Altenburg 1911.

1247. Eisendecher an das Auswärtige Amt

Karlsruhe, 13. Januar 1912

In Baden gewählt:[1] vier Zentrum, Birkenmayer, Fehrenbach, Lender, Zehnter; ein Liberaler, Wittum-Pforzheim; ein Bündler, Rupp-Wahlkreis 13; ein Sozialdemokrat, Frank-Mannheim; fünf Stichwahlen zwischen liberalem Block und Zentrum, zwei Stichwahlen zwischen Liberalen und Sozialdemokraten in Karlsruhe und Heidelberg.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 3 Bd. 25, Telegramm.

[1] Stat. Mitteilungen N. F. 2 1912, 1. Sondernummer; Stat. Jahrbuch 40 (1913) S. 377 f.; 41 (1914/15) S. 461 f.; *Bertram* S. 167 ff.; *Sepaintner* S. 167 ff.; *Thiel* S. 158 ff.

1248. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 18. Januar 1912

Das „Hauptorgan der badischen Zentrumspartei“ enthält nunmehr in den Nummern vom 15. und 17. d. Mts. zwei längere Artikel über die Gewerkschaftsfrage. Der erste trägt den Titel „Über das Vorgehen der B e r l i n e r“[1] und bringt Darlegungen der „Augsburger

Postzeitung", der „Kölnischen Volkszeitung" und der christlichen Arbeiterverbände mit vorsichtig kritischen Bemerkungen. Die zweite Äußerung, an leitender Stelle des Blattes überschrieben „Papst und Papsttum", *ist ebenfalls angeschlossen*[2] *und* vertritt den Standpunkt, daß die päpstliche Unfehlbarkeit und Lehrgewalt mit dem Vorgehen in der Gewerkschaftsfrage gar nichts zu tun habe, und sagt unter anderem, der Papst sei nicht unfehlbar in seinen persönlichen, privaten Ansichten; in der Beurteilung der vorliegenden Tatsachen sei er ein Mensch und auf menschliche Zeugnisse und Aussagen angewiesen. Seien diese falsch, so könne sich darauf ein gefahrvolles Fehlurteil aufbauen, das aber weniger auf die Richter als auf die falschen Zeugen zurückfalle.

Den Versuch einer solchen Irreführung des Papstes müsse der wahrhaft ehrfürchtige Katholik als einen Faustschlag ins Gesicht der Kirche empfinden und auf der eigenen Wange brennen fühlen. Schließlich folgen Beteuerungen der Treue zum Papsttum und Betrachtungen über die innerliche Verarmung und sittliche Verwahrlosung unserer Zeit.

Der Kultusminister Dr. Böhm begrüßt die deutliche Sprache des führenden Zentrumsblattes als erfreulich, denn er fürchtet wohl durchaus mit Recht, daß ein Niedergang der christlichen Gewerkschaften lediglich der Sozialdemokratie zugute kommen würde.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Päpstlicher Stuhl Nr. 26 geheim Bd. 1, Ausf.; Marg.: „23./1. Kult. Min."

[1] In den Auseinandersetzungen um Charakter und politische Stellung der christlichen Gewerkschaften standen sich im deutschen Katholizismus seit 1900 eine Berlin-Trierer Richtung, die für eine Organisation in den Fachabteilungen der katholischen Arbeitervereine unter geistlicher Führung eintrat, und eine von interkonfessionellem und vom Episkopat unabhängigem Gewerkschaftsverständnis geprägte Köln-Mönchengladbacher Richtung gegenüber.

[2] Bad. Beobachter, Nr. 14 vom 17. Jan. 1912.

1249. Eisendecher an das Auswärtige Amt

Karlsruhe, 21. Januar 1912

Gestern gewählt in Baden: drei Nationalliberale, Beck, Blankenhorn, Kölsch[1]; zwei Zentrum: Duffner, Diez[2]; zwei Fortschrittliche Volkspartei: v. Schulze-Gaevernitz, Dr. Haas.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 3 Bd. 25, Telegramm.

[1] Kölsch, Leopold (1870–1923), Handelsrichter, Kaufmann in Karlsruhe, NL, MdR 1912/13.

[2] Diez, Carl (1877–1969), Landwirt in Radolfzell, Z, MdR 1912–1933, 1946 Landwirtschaftsminister in (Süd-)Baden.

1250. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 1. Februar 1912

Im Laufe der noch fortdauernden, bisher ruhig verlaufenen allgemeinen Finanzdebatte[1] in der badischen Zweiten Kammer äußerte sich vorgestern der Staatsminister Freiherr v. Dusch ziemlich scharf über den Großblock und gegen die Sozialdemokratie, indem er zugleich eine Sammlungspolitik der bürgerlichen Parteien befürwortete. Die Groß-

blockpresse nimmt ihm das sehr übel, und auch außerhalb Badens wird die Rede von den linksstehenden Blättern streng getadelt, während zum Beispiel die Berliner „Post" und „Deutsche Tageszeitung" dem Minister volles Lob spenden. In der gestrigen Sitzung erklärte der Minister des Innern Freiherr v. Bodman seine Zustimmung zu den Anschauungen des Staatsministers und verteidigte dann in längeren humorvollen Ausführungen sein Verhalten gegenüber der Sozialdemokratie, erläuterte seinen bekannten Ausspruch von der „großartigen Bewegung zur Hebung des vierten Standes" und bezeichnete die fortgesetzten persönlichen Angriffe des Zentrums als falsch und ungerecht. Mit den Sozialdemokraten ging er ziemlich milde um. Die Linke spendete ihm mehrfach Beifall.

Wahrscheinlich wird die Rede einiges Aufsehen erregen und bei den Parteien der Rechten manchen Widerspruch hervorzurufen. [...]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 2 Bd. 2, Ausf.

[1] 9.–12. Sitzung II. Kammer vom 29. Jan.–1. Febr. 1912.

1251. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 5. Februar 1912

Ew. Exz. darf ich die Amtlichen Berichte über die viertägige Finanzdebatte in der badischen Zweiten Kammer hierneben gehorsamst vorlegen[1] und eine Korrespondenz der „Kölnischen Zeitung"[2] und des „Schwäbischen Merkur"[3] beifügen. Wie gewöhnlich wurde reichlich viel geredet, aber man muß anerkennen, daß im Gegensatz zu manchen früheren Verhandlungen ein durchaus sachlicher, maßvoller Ton herrschte. Die Ausführungen der Ressortminister verdienen besondere Beachtung und finden in der Presse einen sehr günstigen Widerhall. Nur mit dem Herrn Staatsminister v. Dusch sind die Großblockblätter wenig zufrieden, weil er dieses Gebilde wie die Sozialdemokratie scharf verurteilte und die Sammlung der bürgerlichen Parteien dringend befürwortete.

Als Ergebnisse von allgemeinerem Interesse sind folgende Punkte vielleicht hervorzuheben: Die Regierung ist einig in ihrer Gegnerschaft gegen den Großblock und die Sozialdemokratie, aber bereit, mit allen Parteien positive Arbeit zu leisten zum Wohle des Landes. Die Sozialdemokratie verkündet die Absicht, an der Gesetzgebung ihren Überzeugungen gemäß positiv mitzuarbeiten und stellt solche Mitarbeit auch für das Reich in Aussicht.

Ziemlich einstimmig wird von der Regierung und der Kammer die Ansicht vertreten, daß die direkten Steuern den Einzelstaaten zu verbleiben haben und daß eine Anlehenspolitik im Interesse geordneter Finanzen zu vermeiden sein wird. Das Zentrum spricht sich gegen die Erbschaftssteuer aus.

Der Staatsminister bezeichnet die auswärtige Politik des Reiches als erfolgreich und zollt deren Leitern volle Anerkennung. Dr. Frank als Sprecher der Sozialdemokratie tadelt diese Politik und ihre Träger, namentlich die Entsendung des Schiffes nach Agadir.[4] [...]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „18./2. R. A. d. Inn., Min. d. Inn."

[1] 9.–12. Sitzung II. Kammer vom 29. Jan.–1. Febr. 1912, in: Amtliche Berichte, Nr. 12–15 vom 31. Jan.–3. Febr. 1912.

[2] Nr. 130 vom 4. Febr. 1912.
[3] Nr. 56 vom 3. Febr. 1912.
[4] Vgl. Nr. 1235 Anm. 1.

1252. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 6. Februar 1912

Auf Einladung des hiesigen Flottenvereins hielt gestern hier der Kapitän zur See a. D. v. Meerscheidt-Hüllessem[1] einen Vortrag über das moderne Schlachtschiff pp., der in so unglaublicher Weise mit politischen Invektiven gegen England und Frankreich durchsetzt war, daß meines Erachtens dieser Redner eine sehr ernste Verwarnung erhalten sollte. Ich bedauere lebhaft, daß ich zugegen war, ohne Aufsehen zu erregen, konnte ich indessen das Lokal nicht verlassen, und das war besser zu vermeiden. Ebenso dachte der neben mir sitzende Minister v. Bodman.

Der Vortrag dauerte nahezu drei Stunden, gegen den sachlichen Teil ist nichts zu erinnern, aber die politischen Entgleisungen des Redners würden, wenn sie die Presse wiedergäbe, bedenkliche Konsequenzen haben können. Ich habe mich deshalb zusammen mit Herrn v. Bodman und dem Vorstande des Flottenvereins, die ganz mit mir einverstanden sind, sofort bemüht, eine entsprechende Kürzung der Preßberichte zu veranlassen.[2] Sollten Engländer oder Franzosen anwesend gewesen sein und die Äußerungen des Vortragenden in ihre heimischen Zeitungen bringen, so wäre wahrscheinlich eine erneute denkbar gehässige Preßfehde die Folge.

Der Kapitän sprach sehr laut, mit großem Pathos und verächtlicher gegen Engländer und Franzosen, als irgendein deutschfeindliches Blatt in diesen Ländern, soweit ich solche kenne. Er redete stellenweise wie in einer Volksversammlung bei unmittelbar bevorstehendem Kriege. Unter anderem nannte er mindestens ein Dutzend Mal in höhnischem Tone den französischen Marineminister Delcassé.[3] Man wurde unwillkürlich bei einzelnen Tiraden an die Pariser Zustände im Juli 1870 erinnert.

Vom Hofe war glücklicherweise niemand erschienen. Das sehr zahlreiche Publikum bestand aus Damen und Herren der ersten Gesellschafts- und Beamtenkreise, vielen Offizieren und einer großen Menge von Schülern, welche letztere an den übelsten Stellen der Rede frenetisch Beifall spendeten. Ich empfinde es besonders schmerzlich, daß ein älterer Seeoffizier und Kamerad so wenig politischen Takt und richtiges Gefühl zeigte. Er soll noch in Offenburg und Heidelberg sprechen, ich habe daher dem hiesigen Vorsitzenden des badischen Landesverbandes des Flottenvereins auf das allerdringendste empfohlen, ihn von weiteren politischen Äußerungen abzuhalten.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 138 Nr. 5 Bd. 3, Ausf.; Marg.: „mtg. 16./2. R. Mar. Amt, Marinekab."

[1] Meerscheidt-Hüllessem, Friedrich Wilhelm Tassilo Emil Freiherr v. (1868–1934), Kapitän zur See a. D. (Frdl. Auskunft von Dr. Körner/NDB).

[2] Eisendecher an Bethmann Hollweg. „Karlsruhe, 11. Februar 1912. Ich bemerke noch, daß die politischen Ausfälle des Kapitäns zur See Freiherrn v. Meerscheidt-Hüllessem gegen England und Frankreich im hiesigen Flottenverein zum Glück in der Presse gänzlich totgeschwiegen wurden" (Ebd., Abschrift).

[3] Delcassé, Théophile (1852–1923), seit 1889 Mitglied der franz. Nationalversammlung, 1894/95

Kolonialminister, 1898–1905 Außenminister, 1911–1913 Marineminister, 1913/14 Botschafter in St. Petersburg, dann bis 1915 erneut Außenminister.

1253. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 10. Februar 1912

Die badische Großblockpolitik zeitigt eine bedauerliche Verwirrung der Parteiverhältnisse. Die Pforzheimer Wahl des hochangesehenen altnationalliberalen Parteiveteranen Wittum mit Hilfe des Zentrums gegen den sozialdemokratischen Rivalen wird in der gesamten Presse in sehr erregtem Tone fortgesetzt erörtert. Natürlich sind die sozialdemokratischen Blätter empört, daß ihnen der Sitz entgangen ist, sie überschütten daher die Großblockfreunde mit Vorwürfen, daß sie Wittum unterstützten, als das Zentrum für ihn eintrat. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Frank produzierte in der Kammer eine Korrespondenz[1], nach welcher Wittum die Unterstützung des Zentrums selbst erbat, worüber dann dieser eine sehr verständige öffentliche Erklärung abgab.

Darauf erklärte die nationalliberale Parteileitung in gehorsamer Rücksicht auf die verbündeten „Genossen" ihr Bedauern, und die Freisinnige Volkspartei stellte fest, daß sie bei rechtzeitiger Kenntnis von den die Zentrumshilfe betreffenden Vorgängen nicht für Wittum gestimmt haben würde. Zugleich eifert das demokratische Hauptorgan heftig gegen die Nationalliberalen, die sich sanft zu verteidigen suchen. Diese früher so mächtige und nützliche Partei gerät leider hier wie im Reiche durch ihr Ungeschick und ihr eigensinniges Festhalten an der Verbrüderung nach links immer mehr in Verfall. Ihr jetziger Führer Rebmann trägt neuerdings wohl dafür einen großen Teil der Schuld. Er gilt als etwas eitel und ehrgeizig und ähnelt mit seinem Rednertalent und Phrasenreichtum dem Reichstagsabgeordneten Ernst Bassermann.

Als charakteristisch darf ich erwähnen, daß der badische Großblock, der von seinen Anhängern der Regierung als verlässigste Stütze stets empfohlen wird, bei der ersten Gelegenheit, sich als solche zu zeigen, neulich in der Kammer kläglich zusammenbrach, und zwar, wie der hiesige „Merkur"-Korrespondent treffend sagt, gleich in drei Stücke. Bei der Beratung und Beschlußfassung über das Kultusbudget[2] stimmten Zentrum, Konservative und Nationalliberale für Genehmigung, die Sozialdemokraten lehnten ab, und die Volkspartei enthielt sich der Abstimmung.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „15./2. R. A. d. Inn., Min. d. Inn."

[1] Vgl. Nr. 1244 Anm. 1.
[2] 17. Sitzung II. Kammer vom 8. Febr. 1912.

1254. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 15. Februar 1912

Das Verhalten der badischen Nationalliberalen anläßlich der Präsidentenwahl im Reichstage[1] wird hier in allen nationalen Kreisen scharf verurteilt. Die nationalliberale Fraktion des Badischen Landtages richtete an den Vorsitzenden der Fraktion im Reichs-

tage sowie an den Reichstagsabgeordneten Beck (Heidelberg) Telegramme ähnlicher Tendenz, in welchen dringend um Festhalten am Zusammengehen der Linken ersucht wird.

Vorlage des Schwäbischen Merkurs.[2]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Bd. 5, Ausf.

[1] Gegen die am 9. Febr. 1912 erfolgte Wahl des Sozialdemokraten Scheidemann zum Vizepräsidenten des Reichstags erhoben sich Proteste, obwohl die SPD stärkste Partei geworden war. Daraufhin traten die bürgerlichen Präsidiumsmitglieder zurück, während die FVP an dem Zusammengehen mit den Sozialdemokraten festhielt und am 14. Febr. 1912 die Präsidenten- und eine Vizepräsidentenstelle besetzte.

[2] Nr. 73 vom 14. Febr. 1912.

1255. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 15. Februar 1912

Die Budgetkommission der badischen 2. Kammer lehnte mit 11 gegen 5 Stimmen die im Budget angeforderten Mittel für die Gesandtschaft in München vom nächsten Jahre an ab, obgleich der Staatsminister lebhaft für die Bewilligung eintrat.

Der Posten bildete bereits früher einen Streitpunkt zwischen den Großblockparteien und der Regierung. Es scheint fraglich, ob diese ihre Wünsche im Plenum des Hauses doch noch erfüllt sehen wird.[1]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 14, Abschrift; Marg.: „mtg. 19./2. München".

[1] Vgl. *Thiel* S. 125 ff.; *Kremer*, Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht S. 89 ff.; Nr. 1270.

1256. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 15. Februar 1912

S. G. H. der Prinz Max von Baden hat als erster mit zahlreichen namhaften Persönlichkeiten den angeschlossenen[a] Aufruf[1] zur Gründung eines „Jungdeutschland-Bundes Baden" unterzeichnet, der die körperliche, geistige und sittliche Weiterbildung der schulentlassenen Jugend bezweckt.

Die Anregung findet im Lande anscheinend lebhaften Beifall, und der Bund dürfte auf sehr zahlreiche Mitglieder rechnen können. In der Tat kann die zielbewußte Fürsorge für die schulentlassene Jugend ein außerordentlich wirksames Mittel werden zur Bekämpfung sozialdemokratischer Anschauungen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „v. S. M. 19./2.; mtg. 21./2. Kultus-Min., Min. d. Inn., Kriegsmin."

[a] Korrigierte Fassung des Ausw. Amts: einen.

[1] Karlsruher Zeitung, Nr. 46 vom 16. Febr. 1912.

1257. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 16. Februar 1912

Die badische Zweite Kammer beschäftigte sich am 5. und 6. d. Mts.[1] mit Interpellationen der Sozialdemokraten und Nationalliberalen betreffend die Verteuerung des Fleisches und der Lebensmittel. Die Regierung fand dabei im allgemeinen Anerkennung für ihre Maßnahmen, und die große Mehrheit erklärte sich mit der im Reiche durchgeführten Wirtschafts- und Zollpolitik einverstanden. Nur die Sozialdemokratie verlangte Herabsetzung der Zölle auf Lebensmittel, Öffnung der Grenzen und Zulassung ausländischen Fleisches. Minister v. Bodman stellte demgegenüber fest, daß 95% des im Reiche konsumierten Fleisches im Inlande erzeugt werde und nur 5% von auswärts zur Einführung gelangten, daß wohl eine Teuerung, aber kein Notstand herrsche. Sorgfältige Überwachung der Einfuhr und Schutz gegen Seuchengefahr seien unerläßlich. Mit den Preissteigerungen habe auch eine erhebliche Steigerung der Arbeitslöhne stattgefunden.

Ich bemerke dazu, daß für diesen Punkt I. K. H. die Großherzogin Luise besonderes Interesse zeigte und meinte, ein Arbeiter mit vielen Kindern sei trotz der Lohnerhöhungen kaum imstande, die ganze Familie ausreichend zu ernähren. Vielleicht müsse man die Einfuhr gefrorenen Fleisches doch befürworten.

In der Kammerverhandlung erlaubte sich der Sozialdemokrat Geck nach dem Amtlichen Bericht folgendes zu sagen: „Die Arbeiter sind nicht in der Lage, wie der erste Beamte des preußischen Staates, der König von Preußen, die Notlage zum Gegenstand einer Gehaltserhöhung zu machen, die mehrere Millionen betrug und den Erfolg gehabt hat, daß das tägliche Einkommen des Königs von Preußen von 52000 M[ark] auf 64000 M[ark] erhöht wurde. Das macht, den Normalarbeitstag von zehn Stunden angenommen, ein Stundeneinkommen von 6400 M[ark] aus".

Der Präsident fand gegen diese Äußerung nichts[a] zu erinnern, und als der Minister v. Bodman sein Bedauern darüber ausdrückte und hinzufügte, daß die Zivilliste des Königs von Preußen, nicht Gehalt, hier niemand etwas anginge und die Kosten für die gesamte Hofhaltung wie das zahlreiche Dienstpersonal zu bestreiten habe, beschwerte sich schließlich Geck über diese „Zensur" des Ministers, und der Präsident ermahnte zwar die Kammer, die Rechte der Monarchen nicht in die Debatte zu ziehen, erklärte aber zugleich, daß er in den Worten Gecks keinen Anlaß zum Einschreiten gesehen habe.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „mtg. 22./2. R. Amt d. Innern, Min. d. Innern".

[a] Randnotiz Bethmann Hollwegs: „!"

[1] 14./15. Sitzung II. Kammer vom 5./6. Febr. 1912.

1258. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 29. Februar 1912

Der berühmte Heidelberger Chirurg Wirkliche Geheime Rat Professor Dr. Czerny[1], der seither noch dem Sanitätskorps der Armee angehörte, ist, wie er selbst zugibt,

veranlaßt worden, diese Zugehörigkeit aufzugeben, und zwar anscheinend, weil er anläßlich der Wahlen öffentlich im „Berliner Tageblatt" zugunsten der Sozialdemokraten seine Stimme erhob.

Der Fall macht einiges Aufsehen und wird von der Großblockpresse kritisch erörtert.[a]

Ew. Exz. darf ich zwei Zeitungsartikel darüber hierneben gehorsamst vorlegen, von denen der eine den Großblockstandpunkt[2], der andere die Ansicht des Zentrums[3] vertritt.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „mtg. 11./3. Anl. u. R. m. Schr. Kriegs-Min."

[a] Randnotiz Bethmann Hollwegs: „Bitte Sachverhalt bei den zuständigen Ressorts zu meiner Information für die Reichstagsverhandlungen feststellen".

[1] Czerny, Vincenz Dr. med. (1842–1916), 1871 o. Professor der Chirurgie in Freiburg, 1876 in Heidelberg, 1879 Geh. Hofrat, 1903 Wirkl. Geh. Rat, 1906 Ruhestand, zugleich Direktor des Krebsinstituts (AV; PA-GLA).

[2] Bad. Landeszeitung, Nr. 99 vom 28. Febr. 1912; Bad. Presse, Nr. 97 vom 27. Febr. 1912; Bad. Landesbote, Nr. 48 vom 27. Febr. 1912.

[3] Bad. Beobachter, Nr. 47 vom 27. Febr. 1912.

1259. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 19. März 1912

Die noch fortdauernden Budgetberatungen der badischen Zweiten Kammer verliefen bis jetzt durchaus sachlich und ruhig. Besondere Zwischenfälle sind kaum zu melden, und Streichungen erfolgten nicht. Wie sonst redete man mehr als nötig, äußerte zahlreiche unerfüllbare Wünsche und debattierte bisweilen mit einiger Schärfe, aber der Ton blieb angemessen, auch bei den Sozialdemokraten. Gegenüber der Regierung zeigten sich die Parteien im allgemeinen rücksichtsvoll und anerkennend, trotz mancher Differenzen. Ich führe das in erster Linie auf die versöhnlich-liebenswürdige Haltung der neuen Minister zurück, die allen Wünschen der Parteien nach Möglichkeit entgegenzukommen suchten und jede Schärfe vermieden, dabei aber den Standpunkt der Regierung stets fest vertraten. Die maßlosen Angriffe der konservativen und klerikalen Presse gegen Herrn v. Bodman und Dr. Böhm hörten in letzter Zeit fast ganz auf; nur in den Berliner ultrakonservativen Organen erschienen auch neuerdings bisweilen kritische Bemerkungen über die badischen Minister, sie werden größtenteils dem frommen Freiherrn v. Stockhorner – Vater der Hofdame – zugeschrieben, der in Freiburg lebt.

Ob die bisherige Sachlichkeit und Ruhe in der Kammer auch weiter anhalten wird, ist mir etwas zweifelhaft. An Zündstoff, leidenschaftlichem Parteihaß und rauflustigen Elementen fehlt es nicht im hohen Hause.

Der Staatsminister Freiherr v. Dusch veranstaltet in diesen Tagen einen parlamentarischen Abend für die Mitglieder der Kammern, die Sozialdemokraten werden dazu nicht erscheinen, weil unlängst der Minister ihrer Partei während der Etatdebatte[1] sehr deutlich die Wahrheit sagte. Wie ich höre, soll der revisionistische Führer Kolb mit diesem Beschluß nicht einverstanden sein.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 14, eig. Ausf.; Marg.: „26./3. R. A. d. Inn., Min. d. Inn."

[1] Vgl. Nr. 1250, 1251.

1260. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 20. März 1912

Die badischen liberalen und weiter linksstehenden Zeitungen fallen leider unbarmherzig über Ew. Exz. her und behaupten, die Reichsregierung sei in der Frage der Deckung der Wehrvorlagen auf der ganzen Linie vor dem Zentrum zurückgewichen.[1]

Der Rücktritt des Herrn Reichsschatzsekretärs Wermuth wird ziemlich allgemein lebhaft bedauert; man streitet über die wirklichen inneren Gründe, die solchen Rücktritt veranlaßten, und meint, daß die Aufgabe der Erbschaftssteuer nicht der eigentliche Anlaß gewesen sei.

Nachdem man sich hier im Süden bisher unausgesetzt über die sogenannte Liebesgabe beschwerte, wird jetzt plötzlich heftig gegen deren Beseitigung polemisiert, weil ohne sie die Kleinbrenner hier in der Tat schwer bestehen können. Das hätte man längst einsehen sollen. Der Finanzminister Rheinboldt machte bereits früher wiederholt darauf aufmerksam.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 103 Bd. 17, Ausf.

[1] Der Zentrumsabgeordnete Erzberger vertrat in einer Denkschrift die Auffassung, daß Wermuths Finanzpolitik immer mehr auf eine Überschußwirtschaft des Reichs hinsteuere (Vgl. *Witt* S. 348ff.).

Am 31. Jan. 1912 berichtete Berckheim Dusch, daß der Reichskanzler den Bundesratsbevollmächtigten vertraulich die Verzögerung der Heeres-, Marine- und Deckungsvorlage mitgeteilt habe. Es erscheine ihm politisch richtig, „daß in der Thronrede ein allgemein gehaltener Hinweis auf diese Vorlagen" und ihre „Deckung aufgenommen werde". Er hoffe auf Zustimmung des Bundesrats und werde „baldmöglichst in vertrauliche, aber unverbindliche Verhandlungen ad hoc mit den Parteiführern" eintreten, da „die Deckung nicht ohne Einführung einer Besitzsteuer werde erfolgen können, während andererseits die Frage einer Reichseinkommen- oder Vermögensteuer außer jeder Diskussion zu stehen habe. Der bayerische und sächsische Vertreter erklärten sodann im Prinzip ihre Zustimmung zu diesem Vorgehen, betonten aber beide ganz entschieden, daß die Frage der Reichseinkommen- oder Vermögensteuer für ihre Regierungen unannehmbar sei" (GLA 233/34 815, masch. Ausf.; Marg.: „S. K. H. dem Großherzog untertänigst vorgelegen 1. 2. 12.; von S. K. H. zurück 3. 2. 12; nach Umlauf im Staatsmin. zurück 6. 2. 12.").

Am 11. Febr. 1912 meldete Berckheim, daß Wermuth „hartnäckig an dem Prinzip ‚keine Vorlage ohne gleichzeitige Deckung' festhält und sein Verbleiben im Amte davon abhängig macht, während der Staatssekretär des Innern" Delbrück vorschlägt, „zunächst sich von den bürgerlichen Parteien im Reichstag die Heeresverstärkung aufgrund der vorhandenen sicheren Überschüsse des diesjährigen Etats bewilligen zu lassen und erst im kommenden Herbst mit neuen Steuerforderungen hervorzutreten, wenn sich die absolute Notwendigkeit dafür ergebe; dies ist auch die Ansicht der Konservativen und des Zentrums. Der Kanzler ist offenbar noch schwankend. [...] Der Geldbedarf wurde mir von anderer gut unterrichteter Seite mit 75 + 40 Millionen (für Heer bzw. Marine) beziffert", auch werde „das badische Korps (abgesehen vielleicht von einer veränderten Kavalleriezuteilung) von den Neuformationen kaum berührt" (GLA 233/34 815, masch. Ausf.; Marg.: „S. K. H. dem Großherzog untertänigst vorgelegt, 12. 2. 12").

Als Bethmann Hollweg in der Bundesratssitzung vom 14. März 1912 die von Wermuth geforderte Verknüpfung von Wehr- und Deckungsvorlage (letztere als Reichserbschaftssteuer) ablehnte und zur Deckung die Aufhebung der Branntweinsteuerkontingente („Liebesgabe") empfahl, demissionierte der Staatssekretär am folgenden Tag.

1261. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 24. März 1912

Vertraulich! Die Wehrvorlagen[1] und deren Deckung werden in der gesamten badischen Presse fortgesetzt erörtert, und bedauerlicherweise scheint eigentlich keine Partei recht zufrieden. Rechtsstehende und gemäßigt liberale Blätter meinen, es sei viel zu wenig verlangt worden, insbesondere sollten weit mehr Dienstpflichtige zur Einstellung gelangen oder doch zu Übungen herangezogen und halbwege ausgebildet werden. Auf der anderen Seite bemängeln die demokratischen Organe die Höhe der Forderungen, denen man aber nach eingehender Prüfung und Klärung der Deckungsfrage allenfalls zustimmen will; nur im sozialistischen Lager wird von vorneherein jede Bewilligung abgelehnt.

Zwischen der Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" und den Äußerungen der Minister in München und Dresden sucht man einen gewissen Gegensatz zu konstruieren bezüglich der eventuellen Deckung durch die Erbschaftssteuer. Auch der Staatsminister v. Dusch ist der Ansicht, daß der Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" zu Mißverständnissen Anlaß geben könne, weil darin bei Konstatierung der schließlichen Einstimmigkeit die anfangs abweichende Meinung der Minorität im Bundesrat nicht berücksichtigt werde. Er selbst wie verschiedene Kollegen aus anderen Bundesstaaten hätten sich ausdrücklich für die Erbschaftssteuer ausgesprochen, und erst nach den vortrefflichen, klaren Darlegungen Ew. Exz. habe man sich zuletzt auf die Beseitigung der sogenannten Liebesgabe geeinigt, und zwar unter der Voraussetzung einer Entschädigung für die Kleinbrenner. Herr v. Dusch sagt mir auch, daß die erste Publikation in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" nach dem unerwarteten Rücktritt des Herrn Reichsschatzsekretärs ihn und manche Vertreter einigermaßen überrascht habe wegen der beschlossenen völligen einstweiligen Geheimhaltung der Besprechungen. Aus diesem Grunde dürfe er strenggenommen Weiteres nicht mitteilen, immerhin könne er aber erklären, daß Herr Wermuth offenbar infolge der allgemeinen Ablehnung seiner neuesten, ungemein komplizierten und für die Einzelstaaten ganz unannehmbaren Deckungsvorschläge zurückgetreten sei. Über diese Vorschläge sei seines Wissens bisher nichts an das Tageslicht gedrungen, daher habe die öffentliche Meinung den Rücktritt lediglich auf die Ablehnung der Erbschaftssteuer zurückgeführt und den Schatzsekretär, wie seinerzeit Herrn v. Lindequist[2], auf Kosten Ew. Exz. zu einer Art populären Märtyrer gestempelt.

Der Staatsminister faßte mir gegenüber am Ende unserer Unterhaltung seine jüngsten Eindrücke in Berlin dahin zusammen, daß er Ew. Exz. Politik unter den gegenwärtigen überaus schwierigen Verhältnissen nur die größte Anerkennung zollen müsse, daß diese Politik aber in ihrer ehrlichen Vornehmheit bei dem herrschenden Partei- und Presseunverstand leider nur von wenigen begriffen und gewürdigt werde, er könne das nur lebhaft beklagen. Ein gar nicht hoch genug zu bewertendes Verdienst Ew. Exz. liege auch in der Überwindung gewisser Voreingenommenheiten und Widerstände, die anscheinend vielfach „en hautlieu" hervorträten, von denen aber die Öffentlichkeit so gut wie nichts wisse. So habe man ihm zum Beispiel in Berlin erzählt, daß S. M. der Kaiser und König unbedingter Gegner der Erbschaftssteuer sei. – Relata refero –.

An ähnlichen Gegenströmungen und Mangel an Augenmaß für unsere Gesamtpolitik scheint es wohl auch in den Ressortministerien der Wehrvorlagen bisweilen etwas zu

fehlen. Wenigstens komme ich nach den Zeitungsmeldungen, die mir privatim bestätigt werden, zu solchem Schluß.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 103 Bd. 17, eig. Ausf.

[1] Heeresvermehrung um 29000 Mann, Bildung zweier Armeekorps in Saarbrücken und Allenstein sowie Erweiterung des Flottenbauplans von 1906 um drei Großkampfschiffe und zwei kleine Kreuzer (bis 1920). Vgl. Nr. 1260 Anm. 1.

[2] Lindequist, Friedrich v. (1862–1945), Jurist, seit 1892 im auswärtigen und kolonialen Dienst, 1894 Richter, 1895 Oberrichter in Deutsch-Südwest-Afrika, 1900 Generalkonsul in Kapstadt, 1907–1910 Unterstaatssekretär, 1910/11 Staatssekretär des Reichskolonialamts. Wegen Mißbilligung des Marokko-Abkommens trat er am 3. Nov. 1911 zurück.

1262. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 26. März 1912

Die badischen Großblock-Nationalliberalen sind einigermaßen betroffen von dem Ergebnis der Sonntagssitzung des Zentralvorstandes der Partei.[1]

Sie hoffen, daß in dem innerhalb sechs Wochen einzuberufenden Vertretertag[2] die linke Gruppe den Sieg davontragen und die jetzt drohende Spaltung vermieden werden möchte. Man schwört hier nach wie vor auf den vielberedten Herrn Bassermann, der den Riß mit zündenden Worten wieder flicken soll.

Wenn ich [mich] recht erinnere, wurde beiläufig von ihm während der Marokkoverhandlungen[3] die Mobilisierung zweier Armeekorps am Rhein befürwortet; ein besonders reifes politisches Urteil wird man dem redebegabten Parteiführer nach dieser Leistung kaum zubilligen können.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 6 Bd. 1, Ausf.; Marg.: „31./3. R. A. d. Inn., Min. d. Inn."

[1] Aus Verärgerung über den Ausfall der Reichstagswahlen und die für eine Öffnung nach links eintretenden Jungliberalen verweigerten am 24. März 1912 zahlreiche nationalliberale Delegierte bei der Wahl des Zentralvorstands der Partei dem bisherigen Vorsitzenden Bassermann die Bestätigung im Amt und beantragten die Trennung der jungliberalen Vereine von den Landesverbänden. Daraufhin wurde die Einberufung eines Vertretertags beschlossen (*Thiel* S. 171 ff.).

[2] Auf dem Vertretertag am 12. Mai 1912 gelang es der Parteileitung, durch ein Vertrauensvotum für Bassermann die Flügelkämpfe einstweilen einzudämmen und die Beseitigung der jungliberalen Organisation zu verhindern. Elf Delegierte gründeten den „Altnationalliberalen Reichsverband (ANRV)" und festigten den rechten Parteiflügel (Vgl. *Thiel* S. 175 ff.).

[3] Vgl. Nr. 1235 Anm. 1.

1263. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 27. März 1912

In der Sitzung der badischen Zweiten Kammer vom 22. d. Mts. gingen die beiden anliegenden Interpellationen des Zentrums[1] und der Volksparteiler[2] ein, betreffend die Stellung der Großherzoglichen Regierung zu der vorgeschlagenen Beseitigung der soge-

nannten Liebesgabe und zur Deckung der Kosten für die Wehrvorlagen. Die Interpellationen werden erst nach Ostern beantwortet werden, ich darf mir weiteren Bericht darüber gehorsamst vorbehalten.[3]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 103 Bd. 17, Ausf.; Marg.: „31./3. R. Schatz A."

[1] Interpellation der Abgg. Kopf u. Gen., die Erbschafts- und die Branntweinsteuer, insbesondere die sog. Liebesgabe betr. (2. Beilageheft 1911/12 S. 533 – Drucksache Nr. 50a).

[2] Interpellation der Abgg. Venedey u. Gen., die Erbschafts- und die Branntweinsteuer, insbesondere die sog. Liebesgabe betr. (2. Beilageheft 1911/12 S. 532 – Drucksache Nr. 50): „Welche Stellung hat die Großh[erzogliche] Regierung im Bundesrat zur Erbschaftssteuer als Deckung für die Wehrvorlagen eingenommen und was gedenkt sie zu tun, um bei der geplanten Aufhebung der sogenannten Liebesgabe die Interessen der kleinen und mittleren Brenner zu wahren?" (42. Sitzung II. Kammer vom 22. März 1912).

[3] Vgl. Nr. 1268.

1264. Eisendecher an das Auswärtige Amt

Karlsruhe, 28. März 1912

Badische Regierung wünscht sehr, möglichst entgegenzukommen, kann aber der Branntweinvorlage[1] nicht einfach zustimmen wegen des gemeinsam mit Bayern und Württemberg gestellten Antrags; sie legt größten Wert auf Erhaltung des Satzes von 84 Pfennig beim Qualitätsbranntwein der Kleinbrenner. Falls das erreicht würde, wäre Baden, wie ich streng vertraulich erfahre, bereit, einer Herabsetzung der gemeinsam von den süddeutschen Regierungen beantragten Spannung von 8 und 12 Pfennig auf 7 und 10 Pfennig zuzustimmen.

Im Landtag hier 2 Interpellationen und ein Antrag.[2]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 103 Bd. 17, dechiffr. Telegramm; Aufgabe: Karlsruhe 6.00 Uhr, Annahme: Berlin 6.58 Uhr. Marg.: „Reichskanzlei (ein Exemplar dorthin gegeben) 29./3."

[1] Am 20. Mai 1912 wurde die Branntweinsteuervorlage in zweiter Lesung angenommen. Vgl. Nr. 1260, 1261, 1263.

[2] Vgl. Nr. 1263.

1265. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 16. April 1912

Die geplante Beseitigung der sogenannten Liebesgabe[1] veranlaßte kürzlich den Verband badischer und württembergischer Interessenten, die Frage hier zu besprechen und dazu Stellung zu nehmen. Man war einstimmig der Ansicht, daß die Beseitigung die süddeutschen Brenner schwer schädigen würde, daß es besser sei, den gegenwärtigen Zustand bestehen zu lassen oder aber, wenn das nicht möglich sei, ein Monopol einzuführen und die Brenner im Süden zu entschädigen. *Vorlage des Schwäb. Merkurs.*[2]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 103 Bd. 18, Ausf.; Marg.: „23./4. R. Schatz A., R. A. d. Innern, Min. d. Innern, Landw. Min."

[1] Nr. 1263.
[2] Nr. 172 vom 15. April 1912.

1266. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 27. April 1912

Die Wehrvorlagen[1] und ihre Behandlung im Reichstage finden im allgemeinen bei den bürgerlichen Parteien Badens eine kühl zustimmende Beurteilung. Man beklagt die Kosten, sieht aber die Notwendigkeit einer stärkeren Rüstung ein und hält die vorgeschlagene Ausgestaltung der Armee für besonders wichtig. Nur wenige Stimmen bemängeln die geplanten Änderungen als nicht ausreichend. Die sozialdemokratische Presse zeigt, wie anderswo auch, eine durchweg ablehnende Haltung. Über die Deckungsfrage herrscht in den nationalen Parteien nicht die gleiche Übereinstimmung, das Zentrum wie sein konservativer Anhang ist mit den Regierungsvorschlägen einverstanden, während Demokraten und die Mehrheit der Nationalliberalen sich gegen die Verwendung der Einnahmeüberschüsse als hauptsächliche Deckung wenden und eher die Ansichten des früheren Reichsschatzsekretärs[2] teilen.

Von der Vorlage von Preßäußerungen glaube ich absehen zu sollen, da die hiesigen Zeitungen außerhalb Badens kaum Bedeutung haben und bei ihrer durchschnittlichen Minderwertigkeit besondere Beachtung nicht verdienen. Das Regierungsblatt, die „Karlsruher Zeitung", bringt gewissenhaft alle Kundgebungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" zu den Vorlagen in der Regel an leitender Stelle; mit eigenem Urteil ist sie meist zurückhaltend, was ich für ganz zweckmäßig halte, denn die Parteiblätter pflegen über offiziöse politische Auslassungen der Regierung sofort absprechend herzufallen.

Die Zentrumsorgane arbeiten nach wie vor in erster Linie für ihre lokalen Parteizwekke, im wesentlichen sind ihre Spalten gefüllt mit scharfen Abwehr- und Angriffsartikeln gegen den Liberalismus und die radikale Linke, große Fragen im Reiche, wie die Wehrvorlagen, werden mehr nebenher behandelt. In dem führenden Zentrumsorgan erschien bis jetzt nicht ein einziger Leitartikel über diesen wichtigen Gegenstand.

Preßäußerungen, welche den Chauvinismus des Auslandes reizen könnten, sind erfreulicherweise hier in letzter Zeit unterblieben, wenigstens habe ich in den mir vorliegenden Zeitungen nichts derartiges gefunden. Die liberalen Hauptblätter „Badische Landeszeitung" und „Badische Presse" lassen sich vielfach von ihren „Berliner Redaktionen" berichten, und diese Berichte üben – anscheinend beeinflußt von linksradikaler Seite – bisweilen eine recht gehässige Kritik an der Reichsregierung und Ew. Exz.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 103 Bd. 18, Ausf.

[1] Die Heeres- und Flottenvorlagen (Nr. 1261 Anm. 1) wurden seit dem 22. April 1912 in 1. Lesung verhandelt.
[2] Adolf v. Wermuth (Vgl. Nr. 1260).

1267. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 1. Mai 1912

Vertraulich! I. K. H. die Großherzogin Luise ist, wie immer, trotz der 74 Jahre außerordentlich tätig, im ganzen erfreulicherweise wohl und von erstaunlicher geistiger Frische. Die hohe Frau sagt sich oft in der Gesandtschaft zum Tee an und spricht dann gerne über die politische Lage mit großer Mäßigung, Sachkenntnis und weitem Blick. Das Thema unseres Verhältnisses zu England wird dabei vorzugsweise behandelt und eine für beide Teile dringend erwünschte Verständigung lebhaft befürwortet.

I. K H. bedauert besonders, daß übertriebene Forderungen der Alldeutschen, die fortgesetzte Agitation des Flottenvereins und die Gereiztheit unserer Presse solche Verständigung offenbar sehr erschweren müsse. Der Deutsche sei leider allzu geneigt, immer Lärm zu machen, Erregung und Entrüstung zu bekunden, es fehle ihm Sachlichkeit, Ruhe und die nötige Achtung vor abweichenden Auffassungen.

Nach Ansicht der Großherzogin tragen die norddeutschen Konservativen fast allein die Schuld für die Verworrenheit unserer innerpolitischen Zustände. Hätte diese Partei vor zwei Jahren des Opfer der Erbschaftssteuer gebracht[1], so wäre jetzt die ganze Situation sehr wesentlich günstiger. Wahrscheinlich säßen nicht die Hälfte der Genossen im Reichstag, und eine leidliche Einigung der bürgerlichen Parteien wäre möglich geworden.

I. K H. klagt neuerdings bisweilen über langsam wachsende Beschwerden beim Treppensteigen und Müdigkeit in den Gliedern, aber das hindert die hohe Frau nicht, fortwährend Anstalten zu besuchen, mehrstündigen Sitzungen beizuwohnen, zahlreiche Audienzen zu erteilen und abends spät die Minister und andere Leute abwechselnd zum Tee zu laden.

Ende Mai wird die Königin von Schweden hier eintreffen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 12, Ausf.

[1] Nr. 1119, 1121.

1268. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 4. Mai 1912

Ew. Exz. darf ich den Bericht der „Badischen Landeszeitung“[1] über die gestrige Beratung der Zweiten Kammer, betreffend die Branntweinsteuer und die Erbschaftssteuer, hierneben gehorsamst vorlegen, indem ich mir vorbehalte, den Amtlichen Bericht über die Sitzung nachzuliefern. Es handelte sich um zwei Interpellationen der Fortschrittlichen Volkspartei und des Zentrums[2], in welchen Auskunft verlangt wurde über die Stellung der Großherzoglichen Regierung im Bundesrat in Sachen der geplanten Änderung der Branntweinsteuer und bezüglich der Erbschaftssteuer. Der Staatsminister und der Finanzminister beantworteten die Interpellationen.

Demnächst begründete der Abgeordnete Koger[3] einen nationalliberalen Antrag, betreffend die Beibehaltung des Satzes von 84 [Pfg.] pro Liter Alkohol und die Erhaltung der bisherigen Vergünstigungen für die badischen sogenannten Zwergbrenner. Dann

berichtete der Abgeordnete König namens der Budgetkommission über die Petitionen der bekannten hiesigen Brennerei- und Brauereigesellschaft Sinner und des Vereins badischer und württembergischer Brenner mit dem Antrag einer motivierten empfehlenden Überweisung an die Regierung.[4]

Der Antrag fand einstimmige Annahme, und der Präsident Rohrhurst sprach schließlich den Wunsch aus, daß die Reichsregierung und der Reichstag den gefaßten Beschlüssen der Kammer die richtige Aufmerksamkeit und Nachachtung schenken möge.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 103 Bd. 18, Ausf.; Marg.: „10./5. R. A. d. Innern, Min. d. Innern".

[1] Nr. 207 vom 3. Mai 1912 (59. Sitzung II. Kammer vom 3. Mai 1912).
[2] Vgl. Nr. 1263.
[3] Koger, Ernst (1858–1914), Weinhändler, Landwirt und Bürgermeister in Tannenkirch, NL, MdL 1909–1914.
[4] Vgl. Nr. 1265.

1269. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 8. Mai 1912

Die Budgetverhandlungen in der badischen Zweiten Kammer schreiten zwar etwas langsam fort und es wird nach wie vor reichlich geredet, indessen, man kann dauernd bis jetzt nur anerkennen, daß ein anständiger Ton herrscht. Alle Parteien bekunden im ganzen eine maßvolle, sachliche Haltung, Ordnungsrufe kamen überhaupt nicht vor, und die Regierung wie die Minister erfreuen sich meist einer rücksichtsvollen Behandlung. Man kann sagen, daß die Herren Ressortchefs eine gewisse Popularität genießen, insbesondere Freiherr v. Bodman, der auch dem Radikalismus gegenüber eine kühle, streng gerechte Haltung bewahrt, was freilich dem Zentrum nicht immer gefällt.

Das trat namentlich bei Besprechung der Streikbewegungen in Rastatt[1], Pforzheim und Mannheim hervor. Weniger beliebt ist der Leiter des Ministeriums, der zugleich dem Justizdepartement vorsteht. Er sagte schon zu Anfang der Tagung den Sozialdemokraten ziemlich deutlich die Wahrheit, und vermutlich deshalb wurde während der Budgetdebatte das Justizressort vom Abgeordneten Dr. Frank heftig angegriffen.

Abstriche am Etat erfolgten vorläufig nicht, aber der Staatsminister fürchtet, daß die Zweite Kammer dem Beschlusse der Budgetkommission entsprechend den Gesandtenposten in München nicht bewilligen wird.[2]

Das wichtige neue Wassergesetz fand in der Ersten Kammer Annahme. Im anderen Hause dürften darüber noch scharfe Kämpfe entbrennen, weil Landwirtschaft und Industrie sich bezüglich der Ausnutzung der Wasserkräfte feindlich gegenüberstehen. Vertreter der Landwirtschaft beklagen sich über allzugroße Begünstigung der Industrie in dem Gesetzentwurf.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „13./5. R. A. d. Innern, Min. d. Innern".

[1] Nr. 1210.
[2] Nr. 1270.

1270. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 13. Mai 1912

Nach längerer, bisweilen etwas erregter Verhandlung wurde in der Sitzung der Zweiten Badischen Kammer vom 9. d. Mts.[1] der im Budget angeforderte Posten für die Gesandtschaft in München für 1913 entsprechend dem Antrage der Budgetkommission abgelehnt. Die Minorität bildeten Zentrum und Konservative mit 24 gegen 40 Stimmen. Ew. Exz. darf ich den Amtlichen Bericht über die Sitzung[2], in welcher der Staatsminister den Fortbestand dringend befürwortete, hierneben gehorsamst vorlegen.

In der Ersten Kammer wird die Position ohne Zweifel angenommen werden, aber das andere Haus dürfte deshalb sein Votum nicht ändern.[3]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 14, masch. Abschrift; Marg.: „mtg. 19./5. München".

[1] 63. Sitzung II. Kammer vom 9. Mai 1912. Vgl. Nr. 1255.
[2] Amtliche Berichte, Nr. 73 vom 10. Mai 1912.
[3] Vgl. Nr. 1274, 1275, 1278, 1279.

1271. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 20. Mai 1912

In der gestern hier abgehaltenen 14. Vollversammlung des Badischen Handelstages wurde nach einem Vortrage des Industriellen Feder-Großsachsen über die Deckungsvorlagen und die Branntweinbesteuerung die in der Anlage abgedruckte Resolution[1] angenommen.

Ich darf dazu gehorsamst bemerken, daß Staatsminister v. Dusch gegen den Beschluß der Budgetkommission des Reichstages, betreffend die Durchführung einer allgemeinen Besitzsteuer im Reiche, erhebliche Bedenken hegt. Er meint, daß damit große finanzielle Schwierigkeiten für die Einzelstaaten verbunden sein würden.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 103 Bd. 18, Ausf.

[1] (Bad. Presse, Nr. 232 vom 20. Mai 1912): Die Denkschrift über die Kostendeckung der Wehrvorlage „ist geeignet, in weiten Kreisen, insbesondere des Handels und der Industrie, lebhafte Beunruhigung hervorzurufen", da weder „die Reichsfinanzen endlich auf eine solide Grundlage gestellt" noch „mit einer auf Anleihen begründeten, eine Schuldentilgung ausschließenden Finanzwirtschaft gebrochen worden war, welche – trotz gesunder Wirtschaftsverhältnisse – jahrelang das Ansehen und den Kredit Deutschlands geschädigt und den Kapitalmarkt schwer belastet hatte". Diese Hoffnung ist durch die Regierungsvorlage „schwer getäuscht worden". Zudem weckt „der einzige, eine neue Steuerquelle erschließende Gesetzentwurf über die Beseitigung des Branntweinsteuerkontingents" die „schwersten Bedenken", da er „in der geplanten Form [...] einer Neubelastung des Konsums gleichkommen wird, was nach allen Kundgebungen von Regierung wie Volksvertretung vermieden werden sollte". Die Reform „befriedigt niemanden", und ihr „finanzieller Effekt für die Staatskasse" beschränkt „sich auf einen verhältnismäßig geringen Betrag". Deshalb „sollte man erst recht davon absehen, hierwegen sowohl das produzierende als die verbrauchenden Gewerbe aufs neue schädigend zu beunruhigen". Es ist ein „Erfordernis vorausschauender Finanzgebarung, für die neuen Wehrvorlagen von vornherein genügende, von" Konjunkturschwankungen „möglichst unabhängige Mittel bereitzustellen", etwa durch „die Nachlaßbesteuerung, gegen" die „sich in den Kreisen von Handel, Industrie und Gewerbe kein Widerstand geltend machen wird" (Ebd.).

1272. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 21. Mai 1912

In der zu Baden-Baden soeben stattgehabten Landesversammlung der badischen Fortschrittlichen Volkspartei hielt der Reichstagsabgeordnete Dr. Haas-Karlsruhe über „den neuen Reichstag" eine längere, vielfach von stürmischem Beifall unterbrochene Rede, in welcher er den Großblock verherrlichte, scharf gegen die Reichsregierung polemisierte und an den zu Straßburg gefallenen kaiserlichen Worten heftige Kritik übte.[1]

Er sagte unter anderem, die Fehler der Sozialdemokratie seien schädlich, aber eine Herrschaft der Reaktion wäre viel schädlicher. Die ganze Rede hatte eine radikale, ziemlich aufreizende, offenbar auch auf die anwesenden Genossen berechnete Färbung im Gegensatz zu den leidlich maßvollen Kandidatenreden vor der Wahl.

Ew. Exz. darf ich den Wortlaut, wie ihn der „Badische Landesbote"[2] veröffentlicht, hierneben gehorsamst vorlegen und den Text zweier einstimmig angenommener Resolutionen[3], betreffend die Kundgebungen eines „persönlichen Regiments" und die geplante Branntweinbesteuerung, beifügen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 14, Ausf.

[1] Am 13. Mai 1912 drohte der Kaiser dem Straßburger Bürgermeister Schwander: „Wenn die Dinge so weitergehen, dann schlage ich Ihre Verfassung in Scherben, und wir verleiben Sie Preußen ein" (*Schultheß* 1912 S. 148).

[2] Nr. 117 vom 21. Mai 1912.

[3] Der Parteitag protestierte „gegen die wiederholten Kundgebungen eines persönlichen Regimentes" und forderte die Reichstagsfraktion der Partei auf, mit allen Mitteln „ähnliche Kundgebungen für die Zukunft unmöglich zu machen" (Ebd.).

1273. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 23. Mai 1912

Die Sozialdemokratie scheint durch ihre Maßlosigkeiten selbst dafür zu sorgen, daß in den bürgerlichen Parteien mehr und mehr die Erkenntnis der Notwendigkeit gemeinsamer Arbeit reift. Man kann sich der Einsicht in weiten Kreisen auch hier im Lande des Großblocks nicht mehr verschließen, daß die von Ew. Exz. so lange und nachdrücklich ergangene Mahnung zur Sammlung der staatserhaltenden Elemente den einzig gangbaren Weg zeigt zur Besserung der innerpolitischen Wirren und bedauerlichen Zustände im Reiche.

Die badischen Nationalliberalen halten zwar meist noch eigensinnig an den Großblockideen fest, weil sich im ganzen die Genossen im Landtage passend benahmen und vernünftig mitarbeiteten, aber die Haltung der sozialdemokratischen Presse und die neuerlichen Vorgänge in der Reichshauptstadt öffnen doch manchem bisherigen Großblockfreunde die Augen. Bezeichnend ist meines Erachtens für diese Stimmungswandlung der gehorsamst angeschlossene Artikel des führenden nationalliberalen Organs.[1] So deutlich wurde den Genossen hier von liberaler Seite lange nicht die Wahrheit gesagt.

Auch in der Volkspartei mehren sich leise Anzeichen einer antisozialdemokratischen

Strömung, die Vorwürfe und Angriffe des „Volksfreundes" und der „Volksstimme" werden in der volksparteilichen Presse recht kräftig zurückgewiesen. Man steckt die Rücksichtslosigkeiten der sozialistischen Presse nicht mehr wie früher unterwürfig ein.

Alle bürgerlichen Blätter rühmen die einmütige Annahme der Wehrvorlage und der Deckungsvorschläge.[2] Der Erfolg, den Ew. Exz. damit wie mit den letzten Ausführungen im Reichstage erzielt haben, findet hier allgemeinste Anerkennung und wird selbstverständlich auch von der Großherzoglichen Regierung aufs freudigste begrüßt.

Ich darf noch erwähnen, daß ein hervorragender Finanzmann und Leiter einer großen Bank mir unlängst in sehr warmen Ausdrücken davon sprach, wie jeder ehrliche deutsche Geschäftsmann Ew. Exz. nie dankbar genug sein könne für unsere feste, vornehme und friedlich-maßvolle Politik. Dieses Gefühl der Dankbarkeit müsse in Zukunft gerechterweise allmählig überall durchdringen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „mtg. 28./5. R. Amt d. Innern, Min. d. Innern".

[1] Bad. Landeszeitung, Nr. 237 vom 22. Mai 1912: „[...] Der soz.-dem. Abg. Lebedour hat sich in einer Weise über den Kaiser geäußert, die jeden anständig denkenden Menschen in tiefster Seele empören muß. Der Ton, den die Sozialdemokraten in der letzten Zeit in verschiedenen Parlamenten anschlagen, ist derart, daß er nicht scharf genug gebrandmarkt und zurückgewiesen werden kann. Die Partei begibt sich, wenn sie in diesem unqualifizierbaren Benehmen fortfährt, selbst des Anspruches auf parlamentarische Achtung. [...]" (Ebd.).

[2] Am 14. Mai wurde die Flottenvorlage, am 21. Mai 1912 die Heeresvorlage im Reichstag verabschiedet (Sten. Ber. RTG Bd. 284 S. 1300ff., Bd. 285 S. 1830ff., 2207). Zentrum und Nationalliberale stimmten der Aufhebung des Branntweinsteuerkontingents („Liebesgabe") zu. Im Gegenzug verbürgte sich die Reichsregierung, bis zum 30. April 1913 ein spätestens zum 1. Okt. 1913 in Kraft tretendes allgemeines Besitzsteuergesetz vorzulegen (Lex Bassermann-Erzberger).

1274. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 11. Juni 1912

Ew. Exz. darf ich nachstehend über die Lage und einige Fragen kurz gehorsamst berichten, welche die Presse und öffentliche Meinung hier beschäftigen und mehr oder minder das politische Gebiet berühren.

Im allgemeinen dauert der Kampf zwischen dem sogenannten schwarzblauen und dem Großblock fort, in den meisten vorliegenden Fragen stehen sich diese beiden Gruppen übertrieben feindlich und kritisch gegenüber. Liberale und Fortschrittler halten hartnäkkig am Großblock fest und glauben trotz aller warnenden Anzeichen an die sachliche Mitarbeit und Mäßigung der Sozialdemokratie; namentlich die Jungliberalen suchen eifrig in solcher Richtung auf ihre älteren Parteifreunde einzuwirken, sie bilden diesen gegenüber die Mehrheit, und Großblockgegner gibt es unter den Nationalliberalen nicht viele. Es ist durchaus falsch, wenn man im Norden in der Deutschen Tageszeitung und der Kreuzzeitung die badische Regierung, speziell den Minister v. Bodman, für die Großblockpolitik verantwortlich macht. Ebensowenig verdient die Sensationsnachricht eines Mannheimer fortschrittlichen Organs irgendwelche Beachtung, welche ein Zentrumsministerium in Aussicht stellt und den Freiherrn v. Stotzingen, das führende Zentrumsmitglied der Ersten Kammer, als Nachfolger des Herrn v. Bodman nennt. Die

angebliche Ministerkrisis wurde dabei besonders auf gewisse Differenzen zwischen Regierung und Landtag wegen Erweiterung der Befugnisse der Landwirtschaftskammer zurückgeführt.[1] Solche Differenzen bestanden allerdings, man hat sich aber, wie mir Herr v. Bodman sagt, inzwischen leidlich geeinigt.

Der in der Zweiten Kammer angenommene Antrag auf Einführung der Verhältniswahlen[2] wurde soeben in der Budgetkommission des anderen Hauses abgelehnt. Auch die angeregte Anwendung dieses Systems nur für die größeren Städte findet starken Widerspruch. Die Großherzogliche Regierung will vorläufig an dem noch nicht lange bestehenden Wahlverfahren womöglich nichts ändern.

Eine rationelle Verwertung der reichen Wasserkräfte Badens wird in der Presse neuerdings eingehend erörtert und in längeren Artikeln die Übernahme der Wasserkraftanlagen durch den Staat befürwortet – eine Eventualität, der die Regierung einstweilen noch etwas zweifelnd gegenübersteht.

In der Jesuitenfrage suchen die klerikalen Blätter die Verdienste und die politische Harmlosigkeit der Ordensleute nachzuweisen, während man im gegnerischen Lager aus den Schriften der Patres S. J. selbst ihre Staatsgefährlichkeit mit Recht ableitet.

Nachdem die badischen Zentrumsorgane bisher stets kräftig für die christlichen Gewerkschaften eintraten, herrscht jetzt angesichts der vatikanischen Kundgebungen einige Verlegenheit in der Zentrumspresse, man vermeidet zunächst Meinungsäußerungen.[3]

Auf Wunsch der Kammer hat die Regierung dem Landtage eine Denkschrift betreffend die Vereinfachung der Staatsverwaltung und die Erzielung von Ersparnissen im Budget vorgelegt, nach welcher etwa eine halbe Million erübrigt werden könnte. [...]

Aus der kürzlichen Tagung des Badischen Handelstages[4] ist hervorzuheben, daß langfristige Handelsverträge mit der Meistbegünstigungsklausel als erwünscht bezeichnet werden.

Die Parteiblätter befehden sich vielfach mit mehr als nötigem Eifer über allerlei unwichtige Vorgänge. So wurde eine ungehörige Verlesung persönlicher Dienstakten durch den Eisenbahnbeamten und Zentrumsabgeordneten Seubert[5] in der Zweiten Kammer Anlaß zu heftiger Preßpolemik, und ebenso liegen sich die Parteien noch in den Haaren wegen der vom Zentrum behaupteten Versäumnisse eines Offenburger Schuldirektors in der sittlichen Überwachung der Schüler und Schülerinnen.

In der Budgetkommission der Ersten Kammer wurde die im anderen Hause abgelehnte Budgetforderung für die badische Gesandtschaft in München mit großer Mehrheit angenommen. Wahrscheinlich werden indessen die Volksvertreter auf ihrer Ablehnung beharren, der Posten dürfte also dann vom nächsten Jahre ab eingehen.[6]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „mtg. 16./6. R. A. d. Inn., Min. d. Inn."

[1] Ein am 5. Juni 1912 eingebrachter FVP/SPD-Antrag auf Erweiterung der Kompetenzen der seit 1906 bestehenden Landwirtschaftskammer über beratende und gutachterliche Aufgaben hinaus wurde am 16. Juli 1912 Gesetz. Zentrum und Konservative wandten sich vor allem gegen die in § 3 vorgesehene Verschmelzung der Vorstände des liberal ausgerichteten landwirtschaftlichen Vereins und der Landwirtschaftskammer (*Kolb*, Landtag 1911/12 S. 107ff.; *Landwirtschaftskammer*, passim).

[2] Vgl. *Frey*, passim.

[3] Im Gewerkschaftsstreit des deutschen Katholizismus entschied 1912 die päpstliche Enzyklika

„Singulari Quadam", daß katholische Arbeiter zwar in den katholischen Arbeitervereinen organisiert sein sollten, die Zugehörigkeit zu den christlichen Gewerkschaften aber gleichwohl zu tolerieren sei (Vgl. Nr. 1248).

[4] Nr. 1271.

[5] Seubert, Rudolf (1873–1946), seit 1894 im bad. Eisenbahndienst (Assistent), 1908 Betriebssekretär in Gengenbach, 1909/10 Stadtverordneter, 1910 Stationsvorstand in Kippenheim, dann Oberstationskontrolleur, Z, MdL 1909–1933, MdZK (AV; PA-GLA).

[6] Vgl. Nr. 1275, 1278, 1279.

1275. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 6. Juli 1912

Die badischen Kammern wollen entgegen dem Wunsche der Regierung die Vorlage über die projektierte Wasserkraftanlage im Murgtale jetzt nicht mehr beraten, sondern sich demnächst – etwa am 20. d. Mts. – bis zum Herbst vertagen. Der Zweiten Kammer ging der Gesetzentwurf erst kürzlich zu, und bei der großen Wichtigkeit des Gegenstandes fürchtet man, kurz vor der Vertagung eine gründliche Erörterung nicht mehr zu ermöglichen. Vorläufig herrschen verschiedene Ansichten besonders über den staatlichen Anteil am Bau und der Unterhaltung des Werkes, von der Nützlichkeit der Anlage ist man allerseits überzeugt. Es handelt sich zunächst um eine Ausgabe von circa 10 Millionen Mark, während die Ausführung des ganzen Projekts etwas mehr als die doppelte Summe kosten wird.

Das neue Wassergesetz hat nach Annahme in der Ersten Kammer im anderen Hause einige Änderungen erfahren, die Erste Kammer wird daher nochmals darüber zu beraten haben und wahrscheinlich den Änderungen zustimmen.

In den letzten Tagen erfolgten in der Zweiten Kammer ziemlich lebhafte Debatten über den Vorschlag der Großherzoglichen Regierung, für die fünf größeren Städte die Verhältniswahl einzuführen und der Stadt Mannheim einen weiteren sechsten Abgeordneten zuzubilligen.[1] Beide Vorlagen erzielten im Hause nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Die Großblockpresse greift das Zentrum heftig an, weil es gegen die stärkere Vertretung Mannheims stimmte und erinnert daran, daß diese Partei bereits früher eine Resolution zugunsten solcher Änderung mitunterzeichnet habe. Die ultramontane Presse macht dagegen geltend, daß die damalige Zustimmung nur unter der Voraussetzung der Einführung des Proporzes erfolgt sei.

Besondere Beachtung verdient eine erregte Auseinandersetzung in der Budgetkommission über eine nachträgliche Etatforderung von 15000 M[ark] für Jugendpflege und 1500 M[ark] für Turnlehrer. Die Sozialdemokraten beanspruchten einen Teil dieser Staatsgelder für ihre Jugend- und Turnvereine, was der Minister Dr. Böhm für unzulässig erklärte, da die Sozialdemokratie, wie er aus ihren Schriften nachwies, die Jugend zum Klassenhaß und zur Herrschaft des Proletariats zu erziehen strebe, dazu könne der Staat unmöglich beitragen. Zentrum und Konservative unterstützten den Minister, die Volkspartei stellte sich auf die Seite der Sozialdemokraten, und die Großblocknationalliberalen gerieten in einige Verlegenheit, ohne eigentlich klar Stellung zu nehmen. Die Sache wird heute im Plenum beraten, man ist gespannt auf das Ergebnis, namentlich auf die Haltung der Nationalliberalen, die gerne den Beweis für die Richtigkeit ihrer Großblocktaktik führen möchten durch Vermeidung ernster Differenzen mit den Genossen, andererseits

aber deren Wünschen in diesem Falle kaum zustimmen können. Sie befinden sich sozusagen in einer fatalen Sackgasse und besorgen, daß die Sozialdemokraten infolge einer Ablehnung ihrer Forderung die Nichtbewilligung des ganzen Budgets beschließen könnten, eine Eventualität, die eine starke Blamage für die Großblocktaktiker sein würde.[2]

Die Regierung könnte unter solchen Umständen in die Lage kommen, für das Budget nicht die verfassungsmäßig notwendige Mehrheit im Hause zu finden, wenn es den Genossen gefallen sollte, der Abstimmung fernzubleiben.

Die Aussichten für die Bewilligung der Mittel betreffend die Gesandtschaft in München scheinen vorläufig noch recht zweifelhaft, der Staatsminister hofft indessen doch auf eine geringe Mehrheit für den Posten.[3]

Die Zweite Kammer beriet und genehmigte eine Vorlage zur gesetzlichen Regelung der Feuerbestattung.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „mtg. 17./7. R. A. d. Innern".

[1] 92./93. Sitzung II. Kammer vom 2./3. Juli 1912 (Vgl. *Kolb*, Landtag 1911/12 S. 128ff.).
[2] Vgl. Nr. 1276, 1277.
[3] Vgl. Nr. 1279.

1276. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 7. Juli 1912

Die im Budgetnachtrage geforderten 1500 Mark für die mehr einheitliche Ausbildung der Turnlehrer wurden in der gestrigen Sitzung der badischen Zweiten Kammer[1] gegen die Stimmen des Zentrums und der Konservativen abgelehnt. Die Nationalliberalen stimmten geschlossen mit der Volkspartei und den Sozialdemokraten für die Streichung, weil der Unterrichtsminister die Zulassung der Turnwarte der sozialdemokratischen Turnvereine zu den gemeinsamen Kursen und Übungen der Turnlehrer verweigerte.

Der weiter geforderte Posten von 15000 Mark für Jugendpflege fand unter Stimmenthaltung der Sozialdemokraten Annahme bei allen bürgerlichen Parteien.

Vorlage einer Korrespondenz der Kölnischen Zeitung.[2]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „16./7. Reichsamt des Innern".

[1] 97. Sitzung II. Kammer vom 6. Juli 1912.
[2] Nr. 767 vom 7. Juli 1912.

1277. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 9. Juli 1912

Im Anschluß an den Bericht Nr. 80[1] von vorgestern beehre ich mich, den Amtlichen Bericht über die Sitzung der Zweiten Badischen Kammer vom 6. d. Mts.[2] gehorsamst vorzulegen, welcher die Verhandlung betreffend die Positionen des Nachtragsetats von 1500 Mark für Turnlehrer und 15000 Mark für Jugendpflege enthält. Die bedenklichen Wirkungen der Großblocktaktik und die Abhängigkeit der Nationalliberalen von der

Sozialdemokratie treten darin deutlich hervor. Wie schon die sozialdemokratischen Blätter ankündigen, bildet die Haltung der Regierung gegenüber den Turn- und sonstigen Vereinen der Genossen für die Fraktion einen Anlaß, das gesamte Budget abzulehnen, und zweifellos benutzen die Herren Dr. Frank und Kolb diesen Vorwand mit Freuden zu solcher Ablehnung in Rücksicht auf die Zentralleitung der Partei, die jede Budgetbewilligung aufs schärfste zu rügen pflegt.

Den nationalliberalen Politikern ist die Aussicht einer Budgetverweigerung durch die angeblich revisionistischen und traitablen Großblockfreunde höchst unbequem, sie hätten gerne am Schluß der Session durch deren Verhalten den Beweis für die Richtigkeit ihrer Politik erbracht.

Es läßt sich dabei nicht verkennen, daß die Regierung allmählig durch derartige Vorgänge in der Kammer in eine schwierige Lage gerät, sie verfügt in vielen Fällen nicht über eine Mehrheit, kann aber andererseits weder eine Auflösung befürworten noch einen Ministerwechsel vorschlagen, denn wer sollte Minister werden? Geeignete rechtsliberale oder konservative Anwärter fehlen gänzlich, und ein klerikales Ministerium wäre ebenso unmöglich wie ein radikales. Man wird nie fähigere und bessere Minister finden als die gegenwärtigen, daß sie nicht die verdiente Anerkennung finden und fortwährend ihre gewissenhafte Arbeit erschwert sehen, daran tragen die einseitig verblendeten Nationalliberalen ziemlich allein die Schuld.

Möglicherweise wird infolge des Konflikts in der Kammer die Verständigung wegen der Münchener Gesandtschaft nun doch nicht erfolgen; Herr v. Dusch befürchtet das. Morgen soll in einer Besprechung von Mitgliedern beider Häuser darüber entschieden werden.[3]

Als bezeichnend für den Ton der Sozialdemokraten darf ich auf eine Äußerung des Abgeordneten Kolb hinweisen, die sich in der Anlage findet. Er sagte, seine Partei werde alles tun, um solche Minister wie den Dr. Böhm zu beseitigen, wenn man in Baden preußische Zustände haben wolle, dann solle man nur auf dem Wege fortfahren, den man jetzt beschritten habe.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „16./7. Reichsamt des Innern".

[1] Nr. 1276.
[2] 97. Sitzung II. Kammer vom 6. Juli 1912, in: Amtliche Berichte, Nr. 114 vom 8. Juli 1912.
[3] Vgl. Nr. 1278, 1279.

1278. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 11. Juli 1912

Vertraulich! Wie der Staatsminister fürchtete, ist in der gestrigen Beratung der Kommissionen beider Kammern über die badische Gesandtschaft in München für deren Fortbestand keine Mehrheit erzielt worden, obgleich der Führer der Nationalliberalen Rebmann, der liberale Kammerpräsident Rohrhurst und andere Mitglieder der Partei die Annahme der Budgetforderung befürworteten.

Die Ablehnung erfolgte vornehmlich durch den Einfluß des liberalen Rechtsanwalts König; sie ist nach Ansicht des Herrn v. Dusch lediglich eine kleinliche Rache der Großblockanhänger, die dem Minister seine scharfe Verurteilung der Sozialdemokratie

nicht verzeihen und auch die neuerliche Stellungnahme des Dr. Böhm gegenüber den Turnvereinen der „Genossen" ärgerlich empfinden.[1]

Zu einer Vertrauensfrage wollte die Regierung die Angelegenheit nicht machen, aber das Ergebnis der gestrigen Konferenz ist doch für die Regierung eine unerfreuliche Niederlage, besonders soll S. K. H. der Großherzog die Ablehnung als eine direkte, beinahe persönliche Kränkung auffassen.

Bekanntlich hatte der erste badische Gesandte in München, Freiherr v. Bodman, Bruder des Ministers, den Posten ohne Bezahlung übernommen; auch jetzt wären angeblich einige reiche Streber wohl geneigt, die Würde eines Gesandten ohne Gehalt zu erwerben, indessen wirklich geeignete Bewerber scheinen zu fehlen, und die Großherzogliche Regierung würde überhaupt ein derartiges Anerbieten ungern und jedenfalls nur unter der Voraussetzung einer durchaus fähigen Persönlichkeit annehmen. In der Zweiten Kammer steht heute die endgültige Entscheidung über den Budgetposten bevor.[2]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „v. S. M. in Berlin 19./7.; mtg. 24./7. Darmstadt, Dresden, München, Stuttgart, Weimar, Oldenburg, Hamburg."

[1] Nr. 1276, 1277.
[2] Nr. 1279.

1279. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 12. Juli 1912

In der gestrigen Sitzung der badischen Zweiten Kammer[1] wurde die Budgetforderung für die Gesandtschaft in München (und Stuttgart) abermals und endgültig von den drei Großblockparteien gegen die Stimmen des Zentrums und der Konservativen abgelehnt.

Vorlage des Berichts der Badischen Presse.[2]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „v. S. M. in Berlin 19./7.; mtg. 24./7. Darmstadt, Dresden, München, Stuttgart, Weimar, Oldenburg, Hamburg".

[1] 99. Sitzung II. Kammer vom 11. Juli 1912.
[2] Nr. 318 vom 11. Juli 1912 (Vgl. Nr. 1295).

1280. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 13. Juli 1912

Das badische Finanzgesetz (Budget) für die Jahre 1912/13 fand gestern in der Zweiten Kammer mit 53 gegen 19 Stimmen der Sozialdemokraten Annahme[1], nachdem kurz vorher die Erste Kammer ihre Zustimmung erteilt hatte.

Zum Votum der Sozialdemokraten erklärte der Abgeordnete Kolb namens seiner Partei, die Regierung habe sowohl bei der allgemeinen Finanzdebatte wie auch sonst zu erkennen gegeben, daß sie die Sozialdemokratie nicht auf allen Gebieten als gleichberechtigt anerkenne. Es sei somit ein Gebot der Selbstachtung, daß die Fraktion das Finanzgesetz ablehne. Der fortschrittliche Abgeordnete Muser schob darauf der Regierung die

Verantwortung für solche Ablehnung zu und meinte, die Sozialdemokraten hätten stets mitgearbeitet, guten Willen gezeigt und zur Annahme verschiedener Gesetzesvorlagen der Regierung mitgewirkt, die Haltung der Regierung gegenüber der Sozialdemokratie sei daher nicht zu billigen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „18./VII. Staatssekr. des Innern, Minister des Innern".

[1] 100. Sitzung II. Kammer vom 12. Juli 1912.

1281. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 17. Juli 1912

Die Streichung der Gesandtschaft in München[1] durch die Mehrheit der badischen Zweiten Kammer und die Ablehnung des Finanzgesetzes[2] durch die Sozialdemokraten werden in der hiesigen Parteipresse ziemlich lebhaft erörtert. Auch andere Blätter, wie der „Schwäbische Merkur" und die „Kölnische Zeitung", äußern sich darüber und berichten namentlich über die Schlußberatung des Budgets in der Ersten Kammer, die dem klerikalen Mitgliede Freiherrn v. Stotzingen Anlaß bot zu erneuter scharf kritischer Beleuchtung des Mehrheitsbeschlusses im anderen Hause. Dieser begabte und fähige Zentrumsmann riet der Regierung, die Münchener Gesandtschaft einfach bestehen zu lassen, also einen Konflikt herbeizuführen. Er meinte, das Oberhaus hätte unter solchen Umständen eigentlich Grund gehabt, gegen das Budget zu stimmen, die Ablehnung der Forderung für die Vertretung in München sei sachlich unbegründet und staatsrechtlich unzulässig, sie bedeute eine Schädigung des Ansehens des badischen Staates und eine Brüskierung Bayerns und Württembergs wie auch eine Mißachtung der Souveränität. Nur der sehr einseitig konservative Freiherr v. LaRoche nahm in ähnlichem Sinne das Wort, während der Staatsminister dem klerikalen Redner energisch entgegentrat und vom Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes Wirklichen Geheimen Rat Dr. Lewald, vom Heidelberger Oberbürgermeister Dr. Wilckens und Professor Troeltsch[3] unterstützt wurde. Den Bericht des „Badischen Beobachters"[4] über die Debatte erlaube ich mir hier beizufügen. Die Budgetverweigerung durch die Sozialdemokraten wird in der fortschrittlichen Presse als berechtigt verteidigt und die ganze Verantwortung dafür der Regierung zugeschoben. Die nationalliberalen Blätter dagegen verhehlen ihren Unmut nicht und sind in einiger Verlegenheit, weil sie gehofft hatten, ihre eigensinnige Großblocktaktik durch die sozialdemokratische Budgetbewilligung gewissermaßen zu rechtfertigen. Zwischen den beiden liberalen Parteien herrscht infolgedessen einige Verstimmung.

Bezüglich der Münchener Gesandtschaft behauptete kürzlich das offizielle nationalliberale Organ, man würde in der Sache eingelenkt haben, wenn die Regierung die Vertrauensfrage gestellt hätte. Jetzt aber zollt trotzdem das Blatt dem Staatsminister Dank und Lob, daß er dem Herrn v. Stotzingen fest entgegengetreten sei und einen ernsten Konflikt vermieden habe.

Die sozialdemokratischen Zeitungen eifern inzwischen gegen die Regierung, die „Schwarzblauen" wie die Nationalliberalen in einem Tone, der der sachlichen Mitarbeit und dem allgemeinen Verhalten der Vertreter in der Kammer wenig entspricht.

Voraussichtlich wird die Vertagung der Landstände bis zum Oktober heute erfolgen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „mtg. 23./7. R. Amt d. Inn., Min. d. Inn."

[1] Nr. 1279.
[2] Nr. 1280.
[3] Troeltsch, Ernst Dr. phil. (1865–1923), 1892 ao. Professor der ev. Theologie in Bonn, 1894 o. Professor in Heidelberg, 1915 in Berlin, 1906 Geh. Kirchenrat, 1919–1921 nebenamtl. Unterstaatssekretär im preuß. Kultusministerium, MdL (I. K.) seit 1909.
[4] Nr. 176 vom 16. Juli 1912.

1282. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 18. Juli 1912

Die sensationellen Nachrichten des „Berliner Tageblatts" von einer in Baden bevorstehenden Ministerkrisis sind nach meinen Informationen durchaus unzutreffend. Man hat im Gegenteil hier jetzt den Eindruck völlig stabiler Verhältnisse innerhalb der Regierung; dem geben auch die meisten hiesigen Zeitungen Ausdruck, indem sie die vom „Berliner Tageblatt" verbreiteten Gerüchte in das Reich der Fabel verweisen. Wahr ist nur, daß gewisse ultrakonservative und klerikale Kreise dauernd vergebens gegen Herrn v. Bodman agitieren und daß diese Agitation wohl auch sobald nicht aufhören wird.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „mtg. 23./7. R. A. d. Inn., Min. d. Inn.; mtg. m. Schrb. 5./8. an sächs. Gesandtschaft".

1283. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 18. Juli 1912

Die badischen Kammern wurden gestern vertagt, um im Oktober nochmals zur Beratung des noch unerledigten wichtigen Gesetzesentwurfes betreffend die Wasserkraftanlage im Murgtale zusammenzutreten.

Die Verhandlungen sind entschieden ruhiger und friedlicher verlaufen als in den meisten früheren Sessionen. Man hat wie immer reichlich viel geredet, aber doch sehr fleißig gearbeitet, und trotz des Großblocks kann die Regierung im allgemeinen zufrieden sein, auch mit der sachlichen Mitwirkung der Sozialdemokraten. Hätten die Nationalliberalen nicht die Dummheit begangen, gegen die Münchener Gesandtschaft zu stimmen[1], so wäre der Großblock überhaupt kaum merklich in die Erscheinung getreten. Jetzt mehren sich in der Partei doch Anzeichen einer gewissen Wandlung, die „Heidelberger Zeitung" zum Beispiel erklärt sich mit der Haltung des Herrn Rebmann und seiner Anhänger nicht einverstanden, und auch in Freiburg und Konstanz beginnt man leise Kritik zu üben. Die Gegner der Großblocktaktik gewinnen Boden, und deren Anhänger sind bitter enttäuscht durch die Budgetverweigerung der „Genossen"[2], welche in der Nichtzulassung ihrer Turnwarte zu den allgemeinen Kursen[3] einen höchst willkommenen Vorwand für solche Ablehnung fanden.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „mtg. 23./7. R. A. d. Inn., Min. d. Inn."

[1] Nr. 1279.
[2] Nr. 1280.
[3] Nr. 1275, 1276.

1284. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 19. Juli 1912

[...] Ich habe heute einen be[sonderen], leider unerfreulichen Grund, vertr[aulich] u[nd] priv[at] zu schreiben. Es handelt sich um folgendes: Der Min[ister] Fr[ei]h[err] v. Bodman war soeben bei mir u[nd] sagte, in versch[iedenen] Zeitungen sei schon wiederholt angedeutet worden, daß sowohl S. M. d[er] K[aiser] u[nd] K[önig] wie auch S. K. H. der Prinz Heinrich in sehr abfälliger Weise über ihn gesprochen hätten. Man erzähle sich jetzt hier, S. M. habe in Karlsruhe od[er] Donaueschingen gefragt: „Wo ist das Schwein, der Bodm[an]?"

Das sei gewiß unzutreffend, aber anscheinend urteile doch S. M. in einer Weise über ihn, die es ihm nahelegen müsse, s[einem] gnäd[igen] k[öniglichen] Herrn Vortrag z[u] halten u[nd] seinen Rücktritt anzubieten. Er könne nicht Minister bleiben, wenn der Kaiser, dem er ja auch diene, an ihm scharfe Kritik übe. Das widerspräche seinem Ehrgefühl.

H[er]r v. B[odman] sagte hierzu, S. K. H. der Gr[oßherzog] bewahre ihm volles Vertrauen u[nd] habe ihm noch kürzlich in sehr warmen Worten für seine erfolgreiche Tätigkeit gedankt, aber seit Jahren schon arbeite die ultramontane u[nd] konservative Presse daran, ihn immer wieder zu verdächtigen als halben Sozialdemokraten. Er habe aus seiner Gegnerschaft geg[en] die „Genossen" nie ein Hehl gemacht, diese nur sachlich, ruhig u[nd] friedlich behandelt, solange sie ihrerseits den Anstand wahrten.

Ich antwortete d[em] Min[ister] auf diese vertr[aulichen] Mitteilungen, daß ich an seiner Stelle die Insinuationen einer boshaften Presse so weit als irgend möglich ignorieren, auch auf Gerüchte v[on] angebl[ich] übelwollenden Ausdrücken an Allerh[öchster] u[nd] hoher Stelle nicht reagieren würde. Als ich H[er]r[n] v. B[odman] fragte, ob er meine, daß ich zur Aufklärung des verbreiteten „Klatsches" beitragen könne, sprach er den Wunsch aus, ich möchte E[w.] E[xz.] schreiben u[nd] um gütigen Rat u[nd] Äußerung bitten.

Ich glaube das m[einem] langjährigen Freunde, dessen Fähigkeiten u[nd] hervorragende Eigenschaften ich sehr hochschätze, nicht abschlagen zu sollen. E[w.] E[xz.] wollen deshalb diese m[eine] private Behelligung nachsichtig an- u[nd] aufnehmen.

B[odman] hofft offenbar noch auf den Erfolg des „Revisionismus"; nach den Kammerverhandlungen hier scheint das nicht ganz unberechtigt, aber Vorgänge außerhalb Badens u[nd] der Ton der sozialdemo[kratischen] Presse dürften doch wohl s[eine] Hoffnungen zu Schanden machen.

Mit ehrerb[ietigstem] Dank für etwaige kurze private Antw[ort][1], die vielleicht den Min[ister] veranlassen könnte, v[on] weiteren Schritten abzusehen, bleibe ich in aufrichtiger Verehrung.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Nachlaß Eisendecher 1/8 fol. 47, eig. Abschrift.

[1] Am 26. Juli 1912 dankte Eisendecher dem Reichskanzler für seinen Brief vom 22. d. Mts., von dem er Bodman Kenntnis gegeben habe. Bodman danke und versichere, „daß er entsprechend Ew. Exz. Rat in Sachen der angebl[ichen] kaiserl[ichen] Äußerung nichts weiter unternehmen werde, solange er das Vertr[auen] seines gnädigsten Herrn besitze, und d[ie] Vers[icherung], daß solches Vertr[auen] ungemindert fortbestehe, habe er unlängst in sehr gnädiger Weise erhalten, als er anläßlich der Preßandeutungen seinen Rücktritt angeboten habe. Er erzählte mir, daß namentlich die sozialdem[okratischen] Zeitungen bemüht seien zu erfahren, wer das Gerücht des vermeintlich an Allerh[öchster] Stelle gefallenen Wortes zuerst hatte laut werden lassen. Als verdächtig erscheint da der höchst minderwertige konserv[ative] Abg[eordnete] u[nd] Rechtsanwalt Schmidt-Bretten, der dem Bund der L[andwirte] angehört; sein Name ist indessen in der Presse bis jetzt nicht genannt worden. In d[en] anständigeren Tagesblättern werden die bedauerlichen Insinuationen der Hetzer als grundlos u[nd] als Klatsch bezeichnet. [...]" (Ebd. 1/2 fol. 67, eig. Privatschreiben).

Bodman an Eisendecher. „Bonchurch, 17. August 1912. [...] Leider ist diese Sache noch keineswegs zur Ruhe gekommen. Soviel ich der Badischen Landeszeitung entnehme, streiten sich die beiderseitigen Blätter jetzt darüber, wer das Gerücht zuerst aufgebracht hat. Vor meinem Weggang von Karlsruhe sprach ich in anderer Sache den Oberamtmann Strauß von Donaueschingen, der mir erzählte, daß im vorigen Herbst der Kaiser in Donaueschingen mit ihm über meine Rede vom Juli 1910 gesprochen hat. Nachdem er vorher beim Kirchgang zum Oberamtmann gesagt hatte, er wolle nach der Kirche eine Rundfahrt durch die Stadt machen, ‚es wird Ihren Sozialdemokraten hoffentlich nicht unangenehm sein', und auf des Oberamtmanns Bemerkung, ‚unsere Sozialdemokraten sind nicht so aggressiv', gutmütig polternd: ‚Es sind doch keine Ministerkandidaten darunter', kam der Kaiser später im Schloßhof von der Leichenverbrennung auf die Sozialdemokraten zu sprechen, indem er etwa sagte: ‚Bei Ihnen stellt sich ja die Regierung auffallend freundlich zu der Sozialdemokratie, Ihr Minister hat sie sogar in der Kammer hier eine großartige Bewegung genannt'. Nun will Strauß in längerer Ausführung Wortlaut und Bedeutung meiner Rede in meinem Sinn dem Kaiser dargelegt haben. Der Kaiser habe ruhig zugehört. Ehe er etwas sagen konnte, sei der Fürst hinzugetreten und habe gemeldet, daß das Essen serviert sei, worauf der Kaiser dem Strauß die Hand gegeben und gesagt habe: ‚Ich danke Ihnen'. Das würde nun einerseits dagegen sprechen, daß der Kaiser das Wort gebraucht hat, andererseits gibt es vielleicht den Schlüssel zu dem Gerücht. Sollte nämlich Strauß, der allerdings selbst mir diese Mitteilung nur im tiefsten Vertrauen machte, weil er der Ansicht ist, daß derartige Gespräche sich nicht zur Weitergabe eignen, gleichwohl irgendwo etwas darüber haben fallen lassen, daß der Kaiser sich erstaunt oder mißliebig über meine Rede geäußert habe, so könnte daraus beim Weitererzählen die jetzt kursierende Fassung entstanden sein. [...]" (Ebd. 3/5.1 fol. 153–156, Privatschreiben).

1285. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 14. Oktober 1912

Die kürzliche Mannheimer Tagung der Fortschrittlichen Volkspartei beschäftigt noch immer einen Teil der Presse. Ich habe von einer Berichterstattung abgesehen, weil die Verhandlungen in fast allen größeren Zeitungen eingehend erörtert werden.

Hier, im Lande des Großblocks, üben namentlich die Sozialdemokraten scharfe Kritik an dem Verhalten der fortschrittlichen Freunde, sie empfehlen ihnen höhnisch den Anschluß an die Nationalliberalen und drohen mit Vergeltung bei den Wahlen. Da nun in Baden die radikalen Elemente bei den Demokraten vorherrschen und die Partei hier unentwegt in der Großblocktaktik alles Heil erblickt, kommt ihr der herbe Tadel der Genossen sehr ungelegen, der „Landesbote" und gleichgesinnte Blätter suchen deshalb

nach Möglichkeit die Vorgänge in Mannheim zu beschönigen, den Vorwurf einer Wendung nach rechts zu widerlegen und sich nach wie vor als Freunde der Genossen und des Großblocks zu bekennen. Einzelne lokale fortschrittliche Vereine befürworten sogar eine Ausdehnung des Wahlbündnisses mit der Sozialdemokratie auf die Hauptwahlen. Am Schlusse des Parteitags bei dem Ausfluge nach Heidelberg sagte der Reichstagsabgeordnete Rechtsanwalt Haas-Karlsruhe über das Verhältnis zur Sozialdemokratie, man könne sich nur freuen, wenn Nationalliberale, Fortschrittler und Sozialdemokraten eine breite Basis gemeinsamer Arbeit fänden. Er streifte dabei auch die auswärtige Politik und tadelte unsere „einseitig aristokratischen" Diplomaten. *Vorlage der Karlsruher Zeitung.*[1]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 5 Bd. 1, Ausf.; Marg.: „18./10. Staatss. d. Innern, Min. d. Innern".

[1] Nr. 278 vom 10. Okt. 1912.

1286. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 20. Oktober 1912

Ew. Exz. darf ich einen Artikel der Karlsruher Zeitung[1] hierneben gehorsamst vorlegen, der die in sozialdemokratischen Blättern, auch im hiesigen „Volksfreund", veröffentlichten Ansichten über den Krieg und die Weltlage scharf zurückweist.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Europa Nr. 82 Nr. 1 Bd. 23 fol. 72, Ausf.; Marg.: „Preßreferat".

[1] (Nr. 287 vom 19. Okt. 1912). Das Regierungsorgan verurteilte folgenden im Volksfreund unter dem Titel „Die Sozialdemokratie und der Krieg" erschienenen Artikel, weil er im Kriegsfall „mit Revolution im Rücken" der bewaffneten Macht drohte, und kündigte für diesen Fall „unerbittliche Strenge" an, gab sich aber zugleich überzeugt, „daß in der Stunde der Gefahr kein deutscher Mann, auch der Sozialdemokrat nicht, einen anderen Gedanken haben wird, als den voller Pflichterfüllung durch Verteidigung des Vaterlandes":

„Die Sozialdemokratie betrachtet es als ihre Aufgabe, die allgemeine Volksstimmung so zu beeinflussen, daß alle Versuche internationaler Brandstiftung vergeblich bleiben und daß die Regierungen nicht nur instand gesetzt, sondern genötigt werden, die Probleme, die der Balkankrieg eröffnet, auf dem Wege friedlicher Verständigung zu lösen. Kein Interesse an der Machtverteilung im Nahen Osten kann groß genug sein, um die Entfesselung einer Katastrophe zu rechtfertigen, die ganz Europa in den Abgrund führt. Gelingt es aber der Sozialdemokratie nicht, diese Katastrophe aufzuhalten, dann wird sie nur noch darauf bedacht sein können, den Gang der Ereignisse zu einer vollständigen Umwälzung aller staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrem Sinne auszunützen. Der eigentliche Sieger im großen Krieg der Zukunft würde das internationale Proletariat sein. Die Sozialdemokratie will den Krieg nicht, weil er entsetzliche Leiden für die Massen des Volkes im Gefolge hat. Aber nicht sie ist's, sondern die herrschenden Klassen sind's, die sein letztes Ergebnis zu fürchten haben. Und so wirkt die Sozialdemokratie, friedliebend bis zum äußersten, aber wenn es sein muß, in ihrer Weise auch kriegsbereit, in doppeltem Sinne für die Erhaltung des europäischen Friedens" (Ebd.).

Eisendecher berichtete Bethmann Hollweg am 24. Okt. 1912, daß die Karlsruher Zeitung [Nr. 292 vom 24. Okt. 1912] einen Artikel des linksliberalen „Bad. Landesboten" abdrucke, „der die Äußerung des sozialdemokratischen ‚Volksfreund' über den Krieg aufs schärfste verurteilt. Das letztere Blatt bemüht sich jetzt, diese seine von allen Seiten mit Entrüstung zurückgewiesene Äußerung abzuschwächen [...]" (Ebd. fol. 75, Ausf.).

1287. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 22. Oktober 1912

Auf dem in den letzten Tagen abgehaltenen Parteitag der badischen Zentrumspartei[1], bei welcher deren Führer, der Geistliche Rat Wacker, den Vorsitz führte, wurde über die Fleischteuerungsfrage, die Arbeit des letzten Landtages und die Zukunftsarbeit für die nächsten Kammerwahlen geredet. Am Schlusse fanden vier Resolutionen einstimmige Annahme.

1. Ausdruck des Dankes an die Mithelfer zur erfolgreichen Entwicklung der Parteiorganisation.
2. Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes.
3. Verwahrung gegen Unterstellungen betreffend das Wahlsystem und die Verhältniswahl.
4. Aufforderung zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Den Wortlaut der Beschlüsse nach dem Bericht der „Badischen Presse"[2] darf ich gehorsamst anschließen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „mtg. 27./10. St. S. d. Innern".

[1] Zentrumsparteitag in Offenburg vom 20./21. Okt. 1912.
[2] Nr. 492 vom 21. Okt. 1912.

1288. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 24. November 1912

Die Session des Badischen Landtages ist ohne die in der Regel übliche feierliche Schlußsitzung auf dem Wege einfacher Verordnung geschlossen worden.[1] Eine Korrespondenz der Kölnischen Zeitung führte das darauf zurück, daß die Regierung durch dieses Verfahren ihre Unzufriedenheit mit der Ablehnung der Münchener Gesandtschaft und mit der Großblocktaktik dokumentieren wolle. Freiherr v. Dusch bestreitet das durchaus, er sagt, die Regierung habe im Gegenteil lediglich aus Rücksicht für die Mitglieder der Häuser den feierlichen Schluß wegfallen lassen, auch sei S. K. H. der Großherzog noch schonungsbedürftig und hätte Höchstselbst den Landtag doch nicht verabschieden können.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 14, Ausf.

[1] Die kurze Herbsttagung des Landtags war wegen des Gesetzes über die Wasserkraftanlagen im Murgtal erforderlich geworden (Vgl. Süddeutsche Reichskorrespondenz, Nr. 113/114 vom 24. Nov. 1912).

1289. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 25. November 1912

Fast die gesamte badische Presse erörtert eifrig eine Äußerung des früheren nationalliberalen Führers, des Landgerichtspräsidenten Dr. Obkircher, die in der Zeitschrift „Pan-

ther“[1] erschien und sich mehr oder minder gegen den Großblock richtet. Obkircher verteidigt zwar die Stichwahltaktik vom Jahre 1905 als durch die Verhältnisse gerechtfertigt, erhebt aber Bedenken gegen einen weiteren Ausbau solcher Taktik, insbesondere gegen deren Ausdehnung auf die Hauptwahl, die in der Volkspartei stellenweise schon befürwortet wird. Die sozialdemokratischen und fortschrittlichen Organe finden natürlich die Ausführungen des ehemaligen liberalen Parteichefs wenig nach ihrem Geschmack. Ew. Exz. darf ich einen Bericht der Karlsruher Zeitung[2] über Obkirchers Artikel pp. hierneben gehorsamst vorlegen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „mtg. 29./11. R. Amt d. Inn.“

[1] Vgl. *Schofer*, Großblockbilanz S. 86; *Thiel* S. 205ff.
[2] Nr. 322 vom 23. Nov. 1912.

1290. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 6. Dezember 1912

Die „Badische Landeszeitung“[1], Hauptorgan der Nationalliberalen Partei, bringt unter dem Titel „Schwarze Revolutionäre“ die [beiliegende] Kritik eines Artikels des klerikalen „Pfälzer Boten“, der anläßlich der Entscheidung betreffend das Jesuitengesetz[2] direkt zum Ungehorsam auffordert. Zugleich druckt die Landeszeitung eine Antwort der sozialdemokratischen „Volksstimme“ auf die Auslassung des „Pfälzer Boten“ ab.

Dieses Heidelberger Zentrumsblatt, das dem Abgeordneten Freiherrn v. Mentzingen nahesteht, gilt als das brutalste der gesamten ultramontanen Presse im Lande, die im übrigen durchweg in heftigster Weise die Entscheidung des Bundesrats angreift. Ich darf dabei erwähnen, daß der bekannte Jesuitenpater Cohausz[3] seit dem 2. d. Mts. in Freiburg religionswissenschaftliche Vorträge hält, die offenbar gegen das Gesetz verstoßen. Die Großherzogliche Regierung hat daher weitere Vorträge dieser Art untersagt.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Päpstlicher Stuhl Nr. 13a Nr. 1 Bd. 7, Ausf.; Marg.: „St. S. d. Innern, Kult. Min.“

[1] Nr. 570 vom 6. Dez. 1912 (Vgl. Nr. 1291).
[2] Nach wiederholten Anträgen des Zentrums, die Niederlassung der Jesuiten zuzulassen, entschied am 28. Nov. 1912 der Bundesrat, daß „jede priesterliche oder sonstige religiöse Tätigkeit gegenüber anderen sowie die Erteilung von Unterricht“ durch Jesuiten und verwandte Orden eine verbotene Ordenstätigkeit darstelle. Am 4. Dez. 1912 erklärte der Zentrumsführer Spahn im Reichstag: „Unter diesen Umständen können wir zu Reichskanzler und Bundesrat das Vertrauen nicht haben, daß die Bedürfnisse der Katholiken im Deutschen Reiche bei Ihnen eine gerechte Behandlung finden. Wir werden unser Verhalten demgemäß entsprechend einrichten“ (*Bachem* VII S. 395).
[3] Cohausz, Otto S. J. (geb. 1872), seit 1894 Jesuit, Redner und Apologet, Publizist, Domprediger in Breslau, später Prediger in Berlin.

1291. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 10. Dezember 1912

Das vom badischen Kultusminister erlassene Verbot gegen die Vorträge des Jesuitenpaters Cohausz hat, wie ich sehe, zu einer Anfrage des Abgeordneten Fehrenbach im Reichstage[1] geführt. Die hiesige Zentrumspresse kritisiert das Verbot heftig und meint namentlich, es stehe nicht im Einklang mit Ew. Exz. Rede[2] über die Auslegung des Jesuitengesetzes.

Richtig ist, daß Pater Cohausz vom 2. bis 6. d. Mts. in Freiburg seine religionswissenschaftlichen Vorträge unbeanstandet hielt und daß dann erst das Verbot erfolgte. Man fragt sich, warum die Vorträge nicht von vornherein untersagt wurden, da ja in der authentischen Auslegung des Gesetzes keine Verschärfung seiner bisherigen Handhabung liegen sollte.[3] Auch der bekannte hiesige Mitarbeiter des „Schwäbischen Merkur" stellt diese Frage. Der Pater wurde inzwischen von zahlreichen begeisterten Anhängern an die Bahn begleitet und reiste unter lebhaften Kundgebungen von angeblich etwa 1000 Personen von Freiburg ab.

Der Fall gibt natürlich dem Zentrum hier willkommenen Anlaß zu heftigen Angriffen gegen die Regierung. Überhaupt bildet das Jesuitengesetz in der badischen klerikalen Presse jetzt das Hauptthema für staatsfeindliche Erörterungen.[4]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Päpstlicher Stuhl Nr. 13a Nr. 1 Bd. 7, Ausf.; Marg.: „12./12. St. S. d. Innern".

[1] Am 10. Dez. 1912 richtete Fehrenbach eine Anfrage an den Reichskanzler, ob ihm das Verbot, das der bad. Innenminister über einen auf den 11. Dez. in Pforzheim anberaumten Jesuitenvortrag verhängt hatte, bekannt sei und wie er dieses Vorgehen mit seiner Erklärung vom 4. Dez. und dem Bundesratsbeschluß vom 28. Nov. 1912 vereinbare (Gedr. *Bachem* IX S. 354 f.).

[2] Rede vom 4. Dez. 1912 (Sten. Ber. RTG Bd. 286 S. 2560 ff.; *Schultheß* 1912 S. 266 ff.).

[3] Auf Eisendechers Anfrage antwortete Kultusminister Böhm am 11. Dez. 1912: „Bei den Vorträgen des Jesuitenpaters Cohausz handelt es sich zweifellos darum, die Regierung vor die Frage zu stellen, wie weit sie nach den authentischen Interpretationen des Bundesrats vom 28. November in der Zulassung religionswissenschaftlicher Vorträge gehen will und kann. Werden ähnliche Versuche auch in den anderen Bundesstaaten gemacht, so läßt sich leicht feststellen, ob und inwieweit durch die bundesrätlichen authentischen Interpretationen eine Verschärfung in der Anwendung des Jesuitengesetzes eingetreten ist. [...] Für uns in Baden liegt die Sache so: bis zur authentischen Interpretation vom 28. November haben wir den Jesuiten die Abhaltung wissenschaftlicher Vorträge aller Art, auch soweit sie das religiöse Gebiet berührten, erlaubt, sofern diese Vorträge in profanen Lokalen abgehalten wurden. Dagegen haben wir die Abhaltung auch der profan-wissenschaftlichen Vorträge in den Kirchen nicht gestattet. Die authentische Interpretation hat für Baden also zum Teil eine Verschärfung (hinsichtlich des Gegenstands), zum Teil eine Milderung (hinsichtlich des Orts) gebracht" (Ebd., Abschrift).

[4] Eisendecher an Bethmann Hollweg. „Karlsruhe, 12. Dezember 1912. Das nunmehr auch für Pforzheim erlassene Verbot der Vorträge des Jesuitenpaters Cohausz wird von der ultramontanen Presse weiter, wie zu erwarten war, in heftigster Weise angegriffen und als der Beginn eines neuen Kulturkampfes verwertet" (Ebd., Ausf.; Marg.: „16./12. R. A. d. Innern, Kult. Min."). Vgl. *Bachem* VIII S. 193 ff.

1292. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 12. Dezember 1912

Auf dem badischen nationalliberalen Parteitag in Offenburg am 7. und 8. d. Mts. war die große Mehrheit mit der Parteileitung und deren Großblocktaktik einverstanden; nur wenige Stimmen erhoben sich gegen diese Orientierung nach links. Der frühere Parteichef Dr. Obkircher, der kürzlich Bedenken gegen den Großblock erhoben hatte[1], fand nur geringen Anhang. Eine Änderung in der nationalliberalen Politik ist daher nicht zu erwarten, man wird wie bisher als fast einziges Ziel die Bekämpfung des Zentrums und seiner Freunde im Auge haben und auf die weitere Erziehung der Sozialdemokratie zum Revisionismus und zur Mitarbeit rechnen.

Ew. Exz. glaube ich den Bericht der Badischen Nationalliberalen Korrespondenz[2] über die Tagung, wie ihn das offizielle Parteiorgan bringt, hierneben gehorsamst vorlegen zu sollen.

Der redegewandte Parteiführer Geheimer Hofrat Rebmann erntete mit seinen zweistündigen Darlegungen über die innere und äußere Politik starken Beifall und fand kaum Widerspruch. Fast alle irgendwie wichtigen und aktuellen Fragen wurden von ihm berührt. Er betonte namentlich die Einigkeit der Partei nach manchen Stürmen, begrüßte die Jungliberalen und die Frauen als willkommene Helfer und erklärte trotz des Großblocks, daß man durchaus unabhängig und selbständig sei.

Bei Besprechung der auswärtigen Politik verurteilte Rebmann scharf die Haltung der Sozialdemokraten gegenüber der eventuellen Kriegsgefahr[3] und fand patriotische Worte für die deutsche Einigkeit und das Zusammenstehen mit Österreich-Ungarn. Über England sagte er, der dortige Haß gegen Deutschland habe wahre Orgien gefeiert, und England sei und bleibe auf absehbare Zeit unser politischer und wirtschaftlicher Gegner. Sehr ähnlich äußerte sich ja leider auch jüngst Bassermann in Celle. Die Auffassung ist meines Erachtens einseitig, falsch und kurzsichtig, sie beruht auf mangelhafter Beurteilung der Weltlage und ungenügender Kenntnis der Vorgänge, die das gespannte Verhältnis herbeiführten.[4] Gerade jetzt sollten populäre Redner wie Bassermann, Rebmann pp. klarer sehen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „mtg. 17./12. R. Amt. d. Inn."

[1] Nr. 1289.
[2] Bad. Landeszeitung, Nr. 574 vom 9. Dez. 1912.
[3] Nr. 1286.
[4] Vgl. Eisendecher an Bethmann Hollweg vom 20. Dez. 1912 (Gedr. *Hölzle* S. 117).

1293. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 16. Dezember 1912

Die badische liberale Presse verlangt dringend, daß die Regierung sich über das Verbot des Vortrages des Pater Cohausz in Pforzheim aussprechen möge.[1] Der Kultusminister ist diesem Wunsche bisher nicht nachgekommen, weil er die bevorstehende Erklärung Ew. Exz. im Reichstage[2] lieber zuerst abwarten wollte. Da indessen Ew. Exz. Antwort auf die Anfrage des badischen Reichstagsabgeordneten erst nach den Ferien erfolgen

kann, wird vielleicht die hiesige Regierung sich doch schon vorher äußern müssen. Für diesen Fall wäre es erwünscht, wenn man hier bald durch eine ganz vertrauliche Mitteilung ungefähr ersehen könnte, was Ew. Exz. etwa sagen wollen.

Indem ich einen Leitartikel des führenden nationalliberalen Blattes[3] zur Sache gehorsamst anschließe, darf ich noch melden, daß am 18. d. Mts. in Freiburg der Fall in einer großen Protestversammlung erörtert werden soll.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Päpstlicher Stuhl Nr. 13a Nr. 1 Bd. 7, Ausf.; Marg.: „mtg. mit Anl. Orig. 18./12. R. A. d. Innern".

[1] Nr. 1291.
[2] Vgl. Nr. 1299.
[3] Bad. Landeszeitung, Nr. 586 vom 16. Dez. 1912.

1294. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 18. Dezember 1912

Vertraulich! Staatsminister v. Dusch bittet mich, den hier gehorsamst angeschlossenen Leitartikel des führenden badischen Zentrumsorgans[1], betreffend den Fall Cohausz, zu Ew. Exz. Kenntnis zu bringen. Er strotzt förmlich von Haß und Hohn gegen die Regierung, enthält die boshaftesten Verleumdungen und übertrifft in seinem Ton die feindlichsten sozialdemokratischen Hetzblätter. Er kennzeichnet zugleich die Erbärmlichkeit der klerikalen Wühlarbeit gerade jetzt in einer Zeit, wo vielleicht das Reich und Europa vor der drohenden Gefahr eines großen Krieges stehen.

In der hiesigen Presse wird vielfach ein in der „Täglichen Rundschau" erschienener Bericht über den Fall abgedruckt, der den Hergang und die Gründe für das Vorgehen der Großherzoglichen Regierung richtig darstellt. Man kennt hier den Autor nicht. Ferner bringt die „Badische Landeszeitung"[2] einen Hinweis auf die jesuitischen Lehren, betreffend das Heer und die Dienstpflicht, unter Bezugnahme auf die darüber in der „Täglichen Rundschau" vom 31. August 1909 erschienenen Auszüge. Diesen Artikel sowie ein Urteil des hiesigen Merkur-Korrespondenten in der Cohausz-Angelegenheit darf ich ebenfalls gehorsamst beifügen.[3]

Über die Motivierung des gegen den Pater in Pforzheim ergangenen Redeverbots[4] sprach ich mit dem Kultusminister und Herrn v. Bodman und bemerkte ihnen, daß mir die Begründung nicht ganz glücklich scheine. Sie gaben das mehr oder minder zu, hofften aber, daß Ew. Exz. das Verhalten der badischen Regierung in der Antwort auf Fehrenbachs Anfrage im Reichstage[5] als korrekt anerkennen werde. Geschehe das nicht, so komme die Regierung dem Zentrum gegenüber in eine fast unhaltbare Lage. Ew. Exz. seien ja über die Sache schon vollständig informiert, aber auch ein weiterer eingehender Bericht werde vorbereitet und solle demnächst abgehen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Päpstlicher Stuhl Nr. 13a Nr. 1 Bd. 7, Ausf.; Marg.: „20./12. R. A. d. Innern".

[1] Bad. Beobachter, Nr. 330 vom 17. Dez. 1912.
[2] Nr. 589 vom 17. Dez. 1912.
[3] Schwäb. Merkur, Nr. 590 vom 17. Dez. 1912.

[4] Vgl. Nr. 1291.
[5] Nr. 1291 Anm. 1.

1295. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 26. Dezember 1912

Die „Karlsruher Zeitung“[1] von gestern gibt bekannt, daß die Großherzoglich Badische Gesandtschaft in München nach Ablehnung der Mittel im Staatshaushalt mit Beginn des kommenden Jahres als eine auf Staatskosten unterhaltene Einrichtung nicht mehr fortbestehen kann, daß aber S. K. H. der Großherzog vorläufig den gesamten Aufwand für die Gesandtschaft auf Höchstseine Privatschatulle übernehmen und den Freiherrn v. Reck auf seinem Posten belassen will.[2]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 14, eig. Ausf.; Marg.: „v. S. M. 30./12.“

[1] Nr. 354 vom 25. Dez. 1912.
[2] Nr. 1279.

1296. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 29. Dezember 1912

Wiederholt habe ich im Laufe der Unterhaltung hier mit dem Staatsminister v. Dusch die Besitzsteuerfrage besprochen[1] u[nd] diesen Gegenstand auch dem Landesherrn gegenüber berührt. Der Finanzminister ist seit dem 23. d. Mts. oben im Schwarzwald u[nd] wird morgen erst zurückerwartet. Mit ihm erörterte ich schon früher verschiedentlich das gleiche Thema. Wie zu erwarten, herrscht im allgemeinen Abneigung gegen jede Reichsvermögensteuer, man hofft immer noch auf die Möglichkeit des Ausbaus der Erbschaftssteuer, sieht aber dabei doch ein, daß eine solche Steuer nur mit Hilfe der Sozialdemokraten vielleicht eine geringe Mehrheit finden würde u[nd] daß es durchaus unerwünscht ist, diesen Weg zu beschreiten. Die allgemeine ernste politische Bedeutung der Frage wird sowohl von Herrn v. Dusch wie von S. K. H. dem Gr[oßherzog] voll anerkannt, u[nd] man verhehlt sich auch nicht, daß bedenkliche innere Krisen die Folge sein können, wenn die Einzelstaaten nicht das Opfer bringen u[nd] dem Reiche den Vermögenszuwachs zur Besteuerung überlassen.

Mein Bestreben geht dahin, dies hier eindringlich bei sich bietender Gelegenheit immer wieder zu betonen u[nd] die Gr[oßherzogliche] Reg[ierung] zu bestimmen, daß sie wenigstens zu Unterhandlungen in der Frage sich bereit zeigt u[nd] nicht von vornherein einen direkt ablehnenden Standpunkt einnimmt. Daß dies nicht geschehen wird, darf ich nach m[einen] bisherigen Eindrücken ziemlich sicher annehmen.

Fr[ei]h[err] v. Dusch wird den Finanzminister demnächst zur bevorstehenden Konferenz nach Berlin begleiten.[2]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Nachlaß Eisendecher 1/8 fol. 48, Abschrift; Marg.: „P. S. Bitte bescheidentlich um gen. Rückgabe der Abschrift des Londoner Berichts an B. H.“

[1] Bethmann Hollweg unterrichtete Eisendecher am 23. Dez. 1912, daß am 4. Jan. 1913 in Berlin

eine Konferenz der bundesstaatlichen Finanzminister stattfände, die „über die dem Reichstage zu machende Besitzsteuervorlage zu beraten" habe. Er legte eine Aufzeichnung mit den politischen Motiven bei, die es ihm als unumgänglich erscheinen ließen, „sich für die Vermögenszuwachssteuer zu entscheiden. Diesen Erwägungen, die infolge der durch die Jesuitenfrage herbeigeführten Oppositionsstellung des Zentrums eine noch erhöhte Bedeutung gewonnen haben, hat sich das preußische Staatsministerium nicht verschlossen, und ebenso scheinen wenigstens die kleineren nord- und mitteldeutschen Bundesstaaten derselben Ansicht zuzuneigen. Auch Freiherr v. Hertling und Herr v. Weizsäcker haben mir das Projekt der Vermögenszuwachssteuer zum mindesten für diskutabel erklärt. Sachsen dagegen verhält sich einstweilen streng ablehnend und soll nach vertraulich mir zugegangenen Mitteilungen bei den Königreichen und Großherzogtümern eine scharfe Agitation gegen die Vermögenszuwachssteuer entfalten. So volles Verständnis ich für die bundesstaatliche Besorgnis habe, den Vermögenszuwachs der Reichsbesteuerung auszuliefern, so bin ich doch der Überzeugung, daß die Besitzsteuerfrage in einer für die Reichspolitik ersprießlichen Weise nur durch Einbringung der Vermögenszuwachssteuer gelöst werden kann. [...]" (Ebd. fol. 50f., Ausf.; eig. Zusatz Bethmann Hollwegs: „Nochmals herzliche Weihnachtswünsche und vielen Dank für Ihren freundlichen Brief von gestern").

Anlage: Aufzeichnung für S. Exz. den Herrn Reichskanzler betr. die dem Reichstag vorzulegende Besitzsteuer.

Nach Annahme des Antrags Bassermann-Erzberger [Nr. 1273 Anm. 2] ist eine Einigung zwischen Bundesrat und Reichstag über die Besitzsteuer „dringend notwendig". Ohne sie „wird es nicht gelingen, den verbitterten Kampf unter den bürgerlichen Parteien, der sich aus der Ablehnung der Erbschaftssteuer entsponnen hat, auf die natürlichen Parteigegensätze zurückzuführen. Die äußeren und die inneren Verhältnisse Deutschlands aber können es jeden Augenblick erfordern, die Stoßkraft des gesamten Bürgertums einheitlich zu konzentrieren". Als Besitzsteuer, „welche mit dem alten Streit um die Erbschaftssteuer endgültig aufräumt", diene „am besten die vom Reichsschatzamt vorgeschlagene Vermögenszuwachssteuer", während die Erbzuwachssteuer „den bestehenden Streit nur vertiefen und die verbündeten Regierungen in eine Politik der Abhängigkeit von den radikal-demokratischen Elementen des Reichstags treiben würde", da für Zentrum und Konservative „der Kampf gegen die Erbschaftssteuer weit über die materielle Bedeutung der gegen sie sprechenden Bedenken hinaus dermaßen zu einer Forderung der politischen Ehre geworden" ist. „Die Sache mag gewendet werden wie sie wolle: die Einbringung der Erbzuwachssteuer verspricht keinerlei Sicherheit für ihre Verabschiedung. Mit Sicherheit aber vertieft und verlängert sie neuerdings die Verbitterung unter den bürgerlichen Parteien, schwächt die konservativen Elemente des Landes in bedrohlicher Weise und bringt die Regierung in scharfen Gegensatz zu diesen Parteien, ohne ihr, selbst wenn sie sich zu einer entschieden liberalen Politik entschlösse, als Äquivalent eine auch nur einigermaßen zuverlässige und arbeitsfähige liberale Parlamentsmehrheit zu bieten". Dagegen ist die Reichsvermögenszuwachssteuer „nicht nur in höherem Grade eine ‚allgemeine Besitzsteuer' als die Erbzuwachssteuer, sondern sie verwirklicht vor allem auch die Besteuerung des Deszendenten- und Gattenerbes in einer Form, die den Konservativen und dem Zentrum die Zustimmung ermöglicht, ohne sie unter ein kaudinisches Joch zu beugen. Allerdings birgt auch diese Steuer die Gefahr in sich, daß der Reichstag die erstmalig festgesetzten Steuersätze im Laufe der Zeit konfiskatorisch erhöht". Das könne aber „bei keiner Besitzsteuer ganz ausgeschaltet werden". Dennoch wäre die Vermögenszuwachssteuer ein Projekt, „das, ohne einzelne Parteien von vornherein vor den Kopf zu stoßen, mit dem ganzen Reichstag verhandelt" und „von Rechts und von Links angenommen" werden könne, „ohne daß die Regierung die Führung verliert. [...] Die Schwierigkeiten werden bei dieser Steuer nicht sowohl beim Reichstag als bei den verbündeten Regierungen liegen", die sie zunächst „als einen unerträglichen Eingriff in die einzelstaatliche Finanzhoheit zurückzuweisen" suchen. „Für die praktische Politik war mit der Einräumung der Erbschaftssteuer an das Reich der erste Schritt geschehen, um die bis dahin reinliche Grenze zwischen dem Steuersystem des Reichs und der Einzelstaaten zu verwischen. Dem demokratischen Appetit auf Ersetzung der Massenkonsumbesteuerung durch Steuern auf die Einzelvermögen war das erste Futter gegeben". Es handelt sich nicht darum, „ob die Reichsvermögenszuwachssteuer einen Einbruch in das einzelstaatliche Steuersystem bedeutet", was ebenso unbestreitbar ist wie die Sanktionierung „der in

der Vermögenszuwachssteuer steckenden Erbschaftssteuer" durch die Bundesstaaten, sondern ob es für diese „gefährlicher ist, dem Reich die Besteuerung auch desjenigen Vermögenszuwachses zu konzedieren, der nicht aus Erbschaften herrührt, oder der Reichs- und damit auch der einzelstaatlichen Politik eine Wendung zu geben, die den Zwist unter den bürgerlichen Parteien verschärft und verewigt und zu einem positiven Abschlusse nur führen kann, wenn den radikalsten Elementen ein Einfluß auf die Regierung und auf die Politik eingeräumt wird, der mit der gesamten Vergangenheit der Politik im Reich und in allen Einzelstaaten bricht" und „womit für die Erkaufung einer Erbschafts- oder Erbzuwachssteuer ein Preis gezahlt werden würde, gegen den die Konzession der noch von keinem Bundesstaat praktisch verwirklichten Vermögenszuwachssteuer federleicht wiegen würde" (Ebd. fol. 52–58, masch. Abschrift). Anlage: 28-seitige Denkschrift über die Einführung einer allgemeinen Besitzsteuer im Reiche. 3. Korrekturfassung vom 14. 10. 1912 (Mit Vermerk „Streng geheim!").

[2] Nr. 1297.

1297. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 3. Januar 1913

Der badische Finanzminister Rheinboldt reiste gestern abend nach Berlin. Staatsminister Freiherr v. Dusch wird heute dahin folgen; er besuchte mich gestern und betonte sehr eindringlich, wie die geplante Vermögenszuwachssteuer kaum durchzuführen sei und speziell für Baden eine schwere Schädigung bedeuten würde. Man sei ja hier gewiß bereit, alles für das Reich zu tun und große Opfer zu bringen, werde ja auch in Berlin die Besitzsteuerfrage eingehend erörtern, aber er glaube nicht, daß man der in Aussicht genommenen Vermögensteuer zustimmen könne.[1]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 103 Bd. 18, Ausf.

[1] Am 4. Jan. 1913 favorisierten die meisten Bundesstaaten die Erbschafts- bzw. Erbschaftszuwachssteuer, so auch der preuß. Finanzminister Lentze (Vgl. *Witt* S. 360ff.).

1298. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 8. Januar 1913

Das Hauptorgan der badischen Volkspartei bringt in der gestern abend erschienenen Nummer die gehorsamst angeschlossenen Artikel[1], betreffend Ew. Exz. Stellung gegenüber dem Zentrum. Der erste – eine Zuschrift – behandelt die angebliche Äußerung Ew. Exz. über die eventuelle Aufhebung der Gesandtschaft am Vatikan und gewisse Gerüchte von Vorsprachen der Kurie. Der andere Artikel berichtet über Äußerungen des streitbaren badischen Zentrumsführers Geistlichen Rat[s] Wacker in einer Essener Protestversammlung gegen das Jesuitengesetz. Die Notiz findet sich auch in anderen Zeitungen abgedruckt und kennzeichnet leider in bedauerlicher Weise das Machtbewußtsein und die Unverschämtheit eines geistlichen Demagogen und Agitators.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 1 geheim Bd. 4, Ausf.; Marg.: „mtg. 12./1. R. A. d. Innern".

[1] Bad. Landesbote, Nr. 5 vom 7. Jan. 1913.

1299. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 14. Januar 1913

Zwei Jesuiten badischer Herkunft hielten am letzten Sonntag Vorträge, Pater Lauck[1] in Oos und Pater Merk[2] in Offenburg. Die Regierung hatte sie vorher gewarnt, das religiöse Gebiet zu vermeiden. Das scheinen beide beherzigt zu haben, denn ein Einschreiten erfolgte nicht.

Die Zentrumspresse fährt inzwischen fort, die Regierung scharf zu kritisieren und die Beseitigung des Jesuitengesetzes zu fordern. Sie wird darin zunächst von den Sozialdemokraten, aber auch von dem führenden Blatt der Volkspartei unterstützt, das die Erklärung des Herrn Staatssekretärs des Innern im Reichstag[3] einen Eiertanz nennt. Zentrum und Demokraten erblicken in der Erklärung doch eine Art Desavouierung der badischen Regierung, eine Auffassung, die die liberale Presse nicht teilt und auch die Regierung nicht empfindet; diese ist im Gegenteil dankbar für die darin Baden gegenüber beobachtete Rücksicht.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Päpstlicher Stuhl Nr. 13a Nr. 1 Bd. 8, Ausf.; Marg.: „17./1. R. Amt d. Innern, Kultusmin."

[1] Lauck, Willibald S. J. (1880–1957), seit 1902 Jesuit, dann Studien, 1911 kath. Geistlicher, 1914 Feldgeistlicher, 1919 Studentenseelsorger in Münster und München, 1929 säkularisiert und inkardiniert in der Erzdiözese Freiburg, 1930–1940 Religionslehrer in Baden-Baden.

[2] Merk, August S. J. (1869–1945), Zögling des Germanicums in Rom, seit 1888 Jesuit, danach Studienaufenthalt in Holland, 1899 kath. Geistlicher, 1907 Professor für Exegese und Orientalistik in Valkenburg, seit 1928 päpstl. Bibelinstitut in Rom.

[3] Staatssekretär Delbrück bezeichnete das über Pater Cohausz verhängte Verbot angesichts der bislang in Baden geübten Praxis als Verschärfung (Reichstagssitzung vom 10. Jan. 1913, vgl. *Bachem* IX S. 355), verteidigte jedoch diese Maßnahme als Angleichung an die in den meisten Bundesstaaten vorhandene Rechtspraxis nach der authentischen Interpretation des Bundesrats vom 28. Nov. 1912.

Der bayer. Gesandte Moy berichtete Hertling am 14. Jan. 1913, daß nach Ansicht des Staatsministers v. Dusch „in letzter Zeit in Baden allzu häufige Jesuitenvorträge" erfolgten, „bei denen die schwer zu ziehende Grenze zwischen wissenschaftlichen und religiösen Themen überschritten würde; das Resultat davon sei eine Verhetzung" und „Angriffe auf die badischen Minister". „Eine versöhnlichere Stimmung werde in Deutschland aber nur aufkommen, wenn die Jesuiten jetzt einige Zeit sich ruhig verhalten würden". Dusch bittet Sie „um eine Intervention bei dem Jesuitenorden in diesem Sinne" und machte eine Andeutung, „als ob der Reichskanzler den gleichen Wunsch" hege. Er hat mir aber „auf meine diesbezügliche Frage ausweichend geantwortet" (BayHStA München Gesandtschaft Karlsruhe Bd. 296, masch. Konz.). Am 17. Febr. 1913 teilte Ministerpräsident Hertling Moy mit, er habe „durch einen Mittelsmann eine Einwirkung auf den Jesuitenorden dahin versucht, daß er seinen Mitgliedern, speziell in Baden, Zurückhaltung empfehle. Der Mittelsmann hat die Anregung an die maßgebende Stelle gebracht" (BayHStA München Gesandtschaft Karlsruhe Bd. 296, masch. Ausf.; Marg. Moys: „Mündlich Herrn v. Dusch mitgeteilt in Karlsruhe, den 13. März").

1300. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 15. Januar 1913

Staatsminister v. Dusch äußerte sich mir gegenüber sehr bekümmert über die schwierige Frage der Besitzsteuer. Er bedauert außerordentlich, daß die badische Regierung bei

den kürzlichen Besprechungen in Berlin mit dem besten Willen nicht sofort für die von Ew. Exz. vorgeschlagene Vermögenszuwachssteuer hätte eintreten können, weil eine solche Reichssteuer speziell für Baden ohne ernste Schädigung kaum durchführbar sein werde.

Namentlich die große Verschiedenheit in den Steuersystemen der Bundesstaaten mache es einzelnen derselben fast unmöglich, einen Teil der Vermögensteuer dem Reiche zu opfern. Er habe das Ew. Exz. darzulegen versucht und sei besonders dankbar für die ihm dazu gewährte Gelegenheit, auch hoffe er immer noch auf eine für Reich und Bundesstaaten annehmbare Lösung der Frage.[1]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 103 Bd. 18, eig. Ausf.

[1] Der bayer. Gesandte Moy berichtete Ministerpräsident Hertling am 14. Jan. 1913, Dusch habe in Berlin erklärt, „daß eine solche Steuer für Baden unannehmbar ist, da das ganze Steuersystem des Großherzogtums auf der Vermögensteuer aufgebaut sei; er würde einen Eingriff des Reiches in die direkten Steuern der Einzelstaaten prinzipiell bedauern, könne aber der angekündigten Besitzzuwachssteuer nie" zustimmen, weil der Reichstag „eine reine Besitzsteuer daraus machen werde; ähnlich auch bei einer Erbzuwachssteuer". Beste Lösung sei die Erbanfallsteuer. Dusch „bittet nun dringend, daß Bayern die Besitzzuwachssteuer ablehnen möge und stellt für den Fall der Annahme dieses Entwurfes im Bundesrate eine energische Aktion Badens im Vereine mit Sachsen in Aussicht" (BayHStA München Gesandtschaft Karlsruhe Bd. 296, masch. Konz.). Am 17. Febr. 1913 antwortete Hertling: „Die Zweifel an der Möglichkeit einer für die Einzelstaaten annehmbaren Gestaltung des" Steuerprojekts hätten sich seit der Berliner Konferenz vom 4. Jan. 1913, wo der bayer. Finanzminister seinen „schweren Bedenken unverhohlenen Ausdruck gegeben" hatte, „eher verstärkt", doch könne die bayer. Regierung „einem in seinen Einzelheiten noch nicht bekannten Projekt von vornherein" nicht definitiv ablehnend gegenüberstehen – „trotz mehrfachen Drängens" der sächs. Regierung (BayHStA München Gesandtschaft Karlsruhe Bd. 296, masch. Ausf.; Marg. Moys: „Mündlich Herrn v. Dusch mitgeteilt in Karlsruhe, den 13. März").

1301. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 17. Januar 1913

Das führende Blatt der badischen Nationalliberalen Partei sagt gegen seine sonstige Gewohnheit den Sozialdemokraten, speziell dem hiesigen „Volksfreund", einige heilsame Wahrheiten. Bei den unter den Nationalliberalen hier vorherrschenden Großblocktendenzen kann man den anliegenden, „Wer im Glashause sitzt ..." überschriebenen Artikel[1] vielleicht als den Anfang einer Bekehrung zu besserer Einsicht ansehen. Eine solche Bekehrung wäre sehr zu wünschen; indessen leider ist bis jetzt die Mehrheit der Partei noch von so blindem Haß gegen das Zentrum befangen, daß man einstweilen den Ultramontanismus als die größere Gefahr betrachtet.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Nr. 6 Bd. 1, Ausf.

[1] Bad. Landeszeitung, Nr. 22 vom 14. Jan. 1913.

1302. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 22. Januar 1913

Ew. Exz. darf ich hierneben den Bericht der „Badischen Presse“[1] über die gestern hier gegen das Jesuitengesetz veranstaltete Protestversammlung gehorsamst vorlegen. Da vorher bekanntgegeben war, daß der Pater Cohausz und der Zentrumsführer Wacker sprechen würden, mußte wegen des enormen Andranges von Zuhörern auch der kleine Saal der Festhalle mitbenutzt werden. Oberlandesgerichtsrat Schmidt leitete die Versammlung; zunächst sprach der Zentrumsabgeordnete Neuhaus (Schwetzingen), demnächst der Pater und schließlich der Geistliche Rat und Pfarrer von Zähringen. Zu einem Einschreiten der Regierung bot sich kein Anlaß. Die Redner forderten unter lebhaftem Beifall die Aufhebung des Jesuitengesetzes[2] und wandten sich ziemlich scharf gegen die Auslegung des Gesetzes im Bundesrat und besonders gegen das Verhalten der badischen Regierung. Die übliche in diesem Sinne vorgeschlagene längere Resolution fand einstimmige Annahme. Augenscheinlich waren die Redner bemüht, auch auf die im Spätherbst bevorstehenden Landtagswahlen zu wirken, das hebt auch das führende nationalliberale Organ heute hervor und meint, nicht nur Zentrumsanhänger, sondern Neugierige anderer Parteien seien zahlreich vertreten gewesen.

Speziell im Hinblick auf die kommenden Wahlen verdient eine Äußerung Wackers in einer kürzlich stattgehabten Versammlung zu Lörrach vielleicht Beachtung; er sagte dort, bisher habe das Zentrum in erster Linie die Nationalliberalen bekämpfen müssen, jetzt seien die Sozialdemokraten die Hauptfeinde und neben ihnen ihr Anhang, die Volksparteiler.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Päpstlicher Stuhl Nr. 13 a Nr. 1 Bd. 8, eig. Ausf.; Marg.: „25./1. Staatss. d. Innern, Kultusminister“.

[1] Nr. 35 vom 22. Jan. 1913.

[2] Ein am 19. Febr. 1913 im Reichstag angenommener Antrag des Zentrums wurde vom Bundesrat unbeantwortet gelassen (Vgl. *Bachem* IX S. 356 ff.).

1303. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 29. Januar 1913

Die im Spätherbst bevorstehenden badischen Landtagswahlen werden bereits ziemlich lebhaft erörtert. Es handelt sich namentlich darum, ob der linke nationalliberale Flügel, der die Mehrheit der Partei repräsentiert und welcher auch der Führer Geheimer Hofrat Rebmann angehört, wiederum die sogenannte Großblockpolitik durchsetzen kann. Rebmann scheint womöglich diese Politik sogar auf den ersten Wahlgang ausdehnen zu wollen, findet aber in einzelnen Wahlbezirken wie Schopfheim und Eberbach heftigen Widerstand. In einer zu Leipzig unlängst gehaltenen Rede sprach der Parteiführer von „grauenhafter Unfähigkeit“ der Sozialdemokraten, meinte aber damit nur die norddeutschen Genossen und suchte für Baden nach wie vor den Großblock zu rechtfertigen. Der demnächst einzuberufende Engere Ausschuß soll sich mit der Frage befassen und darüber entscheiden.[1]

Leider muß man befürchten, daß trotz der neueren scharfen Auseinandersetzungen

zwischen der liberalen und sozialdemokratischen Presse doch die Großblockanhänger den Sieg erringen werden. Der Haß gegen das Zentrum und die Angst vor einer klerikal-konservativen Reaktion beherrscht die Nationalliberalen seit Jahren dermaßen, daß sie ihr politisches Augenmaß völlig verlieren.

Nun hat auf der anderen Seite das Zentrum durch den Mund seines allmächtigen Führers, des Geistlichen Rates Wacker, den Liberalen seine Unterstützung ohne Gegenleistung zugesagt, ein Anerbieten, das gewiß ernste Erwägung verdiente und den Anfang einer verständigen Sammelpolitik gegen den Umsturz inaugurieren könnte; indessen, im liberalen Lager ist man so einseitig blind und so verärgert durch die vom Zentrum bisher erlittenen Niederlagen, daß ein Zusammengehen wenig aussichtsvoll erscheint.

Nach dem Prinzip divide et impera gelang es Wacker mit eiserner Konsequenz und großem Geschick, zuerst mit Hilfe der Sozialdemokraten und der ihnen in Baden recht nahestehenden Volkspartei die Nationalliberalen gründlich zu schwächen, und jetzt hält der geistliche Herr die Zeit für gekommen, womöglich vereint mit dem gemäßigten Liberalismus die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Einst saßen 53 nationalliberale Volksvertreter in der badischen Kammer, gegenwärtig zählt die Fraktion nur noch 17 Mitglieder, während das Zentrum aus fast allen Wahlen ungeschwächt oder verstärkt hervorging.

Die Großherzogliche Regierung bemüht sich bis jetzt vergebens, Herrn Rebmann und seinen Anhang umzustimmen und einen Modus vivendi zwischen den bürgerlichen Parteien herbeizuführen. Sie wird wegen der Cohausz-Angelegenheit[2] von der Zentrumspresse noch immer heftig angegriffen und verteidigt sich in der Karlsruher Zeitung gegen Anschuldigungen und Vorwürfe Wackers, die dieser in einer Broschüre[3] über den Fall Cohausz namentlich gegen den Minister v. Bodman richtet.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „mtg. 4./2. R. A. d. Innern".

[1] Da der Offenburger Parteitag (7./8. Dez. 1912) [Nr. 1292] noch keine definitive Klarheit erbracht hatte, wurde der Engere Ausschuß der Nationalliberalen Partei auf den 23. Febr. 1913 einberufen (Vgl. *Thiel* S. 211 ff.).

[2] Vgl. Nr. 1290, 1291.

[3] *Wacker*, Pforzheimer Verbot.

1304. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 10. Februar 1913

Die abfälligen Bemerkungen des Herrn v. Kardorff[1] im Preußischen Abgeordnetenhause über badische Verhältnisse beschäftigen noch weiter die hiesige Presse.

Auf eine scharfe Kritik des führenden Zentrumsorgans, die sich gegen die mit Bericht Nr. 18 vom 4. d. Mts.[2] überreichte Zurückweisung der Kardorffschen Äußerungen im Regierungsblatt richtete, erwiderte dieses in einem nochmaligen offiziösen Artikel[3] unter dem Titel „In eigener Sache". Dann erschien im Beobachter[4] eine grobe Antwort darauf, und vorgestern folgte in der „Süddeutschen Reichskorrespondenz"[5] eine wohl amtlich inspirierte erneute Abweisung der andauernden konservativen und klerikalen Preßhetze. Insbesondere wurden darin die seit Jahren fortgesetzten Angriffe der „Kreuzzeitung" scharf verurteilt. Auch die „Karlsruher Zeitung"[6] wehrte sich in ihrer gestrigen Nummer energisch gegen gewisse Behauptungen dieses konservativen Hauptorgans.

Ich durfte in den letzten Jahren wiederholt die Angriffe der Berliner konservativen Zeitungen auf die hiesige Regierung melden. Herr v. Dusch sowohl wie der Minister v. Bodman beklagten sich mehrfach bitter über deren ungerechte Vorwürfe. Die beiden erwähnten Auslassungen des Regierungsblattes sowie die Artikel des Beobachters und der Süddeutschen Reichskorrespondenz glaube ich in der Anlage gehorsamst vorlegen zu sollen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 14, Ausf.; Marg. Bethmann Hollwegs: „Ich habe den Unterstaatssekretär v. Eisenhart beauftragt, die Kreuzzeitung zu ermahnen. 14./2."

[1] Kardorff, Siegfried v. (1875–1945), Landrat, DRP/DNVP/DVP, MdPrAH 1909–1924, MdR 1912–1933, 1923–1930 Vizepräsident des Reichstags.

[2] Eisendecher sandte Bethmann Hollweg einen Artikel der Karlsruher Zeitung (Nr. 34 vom 4. Febr. 1913), wonach sich Kardorff am 31. Jan. 1913 im Preuß. Abgeordnetenhaus folgendermaßen über die Bekämpfung der SPD durch die Liberalen geäußert hatte: „Baden hat sich auf die schiefe Ebene einer demokratischen Wahlreform begeben, und während seit 1903 im ganzen Reich die sozialdemokratischen Stimmen um rund 30 Proz. wuchsen, wuchsen sie in Baden mit seiner volkstümlichen Politik um 65 Prozent. Dazu kommt, daß die Sozialdemokratie in Baden zur ausschlaggebenden Partei geworden ist und daß ihr von einem badischen Minister Lorbeerkränze gewunden wurden". Die nationalliberale Bad. Landeszeitung bezeichnete Kardorffs Äußerung als „direkt unanständig" und als eine „durch nichts gerechtfertigte Anrempelung des Ministers v. Bodman" (Ebd., Ausf.; Marg.: „mitget. 10./2. Min. d. Inn., R. A. d. Inn.").

[3] Karlsruher Zeitung, Nr. 36 vom 6. Febr. 1913.

[4] Bad. Beobachter, Nr. 37 vom 7. Febr. 1913.

[5] Nr. 13/14 vom 8. Febr. 1913.

[6] Nr. 39 vom 9. Febr. 1913.

1305. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 19. März 1913

Vertraulich! Die Minister Freiherr v. Dusch und Rheinboldt kehrten leider wenig befriedigt von Berlin zurück, weil sie nach dem Gang der dortigen Verhandlungen[1] noch ernste Schwierigkeiten wegen Aufbringung der laufenden Heeresausgaben[2] voraussehen.

Über die geplante Deckung der einmaligen hohen Forderung für militärische Zwecke herrschen hier bei der Regierung wie in der öffentlichen Meinung im allgemeinen zustimmende Ansichten, sofern die vermehrte Rüstung unerläßlich ist. Der Gedanke einer einmal zu erhebenden Art Wehrsteuer der Besitzenden findet ziemlich überall Anklang; er wird vielfach auf die Initiative S. M. des Kaisers und Königs zurückgeführt und namentlich im Regierungsorgan, aber auch sonst in der Presse sympathisch begrüßt.

Der plötzliche Milliardenbedarf kommt freilich etwas überraschend. Man hatte bisher nur mit einer jährlichen Mehrausgabe von 100 bis 200 Millionen gerechnet, und mancher meint daher jetzt, die Lage müsse wohl viel bedrohlicher sein als öffentlich zugegeben werde, denn sonst sei diese unerwartete Inanspruchnahme der Opferwilligkeit kaum zu erklären. Auch ist weiter die Auffassung vertreten, daß man solchen außerordentlichen Appell an die Besitzenden unter Hinweis auf die ruhmreichen Vorgänge vor 100 Jahren vielleicht etwas früh und reichlich laut in Anwendung bringe. Mit damals sei die Situation ja sicher nicht zu vergleichen, und eine derartig einschneidende Maßnahme solle lieber

für Fälle äußerster Not und Bedrängnis aufgespart bleiben. Sehr maßvoll und nur andeutungsweise sprach sich I. K. H. die Großherzogin Luise, wie ich vertraulich erwähne, mir gegenüber in diesem Sinne aus. Jedenfalls ist man auch hier im Süden bereit zu zahlen, was die Sicherheit des Reiches erfordert.[3]

Die Säkularfeier des denkwürdigen Beginns der Freiheitskriege erfährt in der bürgerlichen Presse im ganzen eine würdige Beachtung[4], die Verdienste Preußens werden anerkannt trotz der gegen die deutsche Vormacht insbesondere in demokratischen Kreisen noch oft hervortretenden Animosität. Ein liberales Blatt konnte es sich nicht versagen, ausdrücklich hervorzuheben, daß der Freiherr vom Stein[5] kein Preuße gewesen sei. Wenn die sozialdemokratischen Organe fast nur Hohn und Spott haben für Preußens Erhebung, so kann das kaum überraschen; ihr Verhalten wird aber allerseits, auch von den Großblockfreunden, aufs allerschärfste zurückgewiesen.

Gegen England bekunden die meisten Zeitungen immer noch ein gewisses Mißtrauen, sie verzeichnen zwar mit Befriedigung das offenbar wesentlich gebesserte Einvernehmen und die neuerlichen Äußerungen im britischen Parlament wie in der Presse, meinen aber, England wünsche lediglich im eigenen Interesse momentan eine Annäherung, während zur Zeit doch mehr wie je auch unsere Interessen, zunächst angesichts der Entwicklung des Slawentums, denselben Weg weisen.

An tieferem Verständnis für die Weltlage und die möglichen Zukunftsgefahren, die ein großer europäischer Krieg zur Folge haben könnte, fehlt es hier bedenklich.

Private Nachrichten aus England von einem Kabinettsmitgliede und einem dem Unterhause angehörigen Freunde bekräftigen meinen Glauben an die Bona fides der britischen Regierung und an ihr ehrliches Bestreben, im Verein mit uns für den Frieden zu wirken.

Den französischen Chauvinismus nimmt man hier nicht allzu tragisch. Heilsame nach Paris gerichtete englische Winke haben wohl auch die erhitzten Gemüter dort etwas abgekühlt.

Der gegen die Revanchehetzer in der „Kölnischen Zeitung" veröffentlichte scharfe Abwehrartikel findet im führenden nationalliberalen Organ Badens volle Billigung, während das Hauptdemokratenblatt den Artikel tadelt und mit der offiziösen Entgegnung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" übereinstimmt.

Die innere Lage ist unverändert und leider so verworren wie nur möglich, alle Parteien befehden sich gegenseitig in bitterster Weise. Dabei bildet nach wie vor der Großblock den wesentlichsten Streitpunkt. Volkspartei und Linksliberale mit dem liberalen Parteichef Rebmann an der Spitze verlangen den Großblock im ersten Wahlgang.[6] Solchem Verlangen steht die Sozialdemokratie selbst einstweilen sehr kühl, fast ablehnend gegenüber. Zentrum, Konservative und Rechtsliberale wie auch selbstverständlich die Regierung verwerfen die Taktik durchaus. In mehreren vorwiegend liberalen Wahlkreisen wird eifrig dagegen agitiert. Herr v. Bodman sagte mir, er werde von den Gegnern des Großblocks stark gedrängt, die Beamtenschaft in einem Erlaß vor irgendwelcher Wahlunterstützung der „Genossen" zu warnen, die Großherzogliche Regierung könne sich indessen zu einer derartigen direkten Einmischung in die Parteiverhältnisse nicht verstehen, unterderhand geschehe aber alles Nötige zur dementsprechenden Aufklärung. Der genannte Minister bemerkte auch, daß Freiherr v. Stockhorner in Freiburg, der Verfasser zahlreicher gegen ihn und die

Regierung gerichteter Artikel in den führenden Berliner konservativen Blättern, krank sei und daß neuerdings der Leiter des Badischen Konservativen Wochenblattes die „Kreuzzeitung" und „Die Tageszeitung" pp. bediene.

Der bekannte hiesige Großblockgegner und Mitarbeiter des „Schwäbischen Merkur" wies kürzlich ohne Namensnennung, aber mit unverkennbarer Deutlichkeit, scharf tadelnd auf die bedauerliche journalistische Tätigkeit des Herrn v. Stockhorner hin.

Trotz allen bisherigen trüben Erfahrungen leidet die Nationalliberale Partei im Lande an einem höchst unberechtigten Unfehlbarkeitswahn, verbunden mit seltenem Ungeschick und Eigensinn. Die Fraktion in der Kammer zählte seinerzeit über 50 Mitglieder, jetzt 17, eine Tatsache, die ihre verfehlte Politik genügsam kennzeichnet. Dabei haben in dieser Zeit 20 Sozialdemokraten im Hause ihren Einzug gehalten, und das Zentrum bewahrte stets ungefähr die gleiche Stärke.

Staatsminister v. Dusch beklagt bitter die unerfreulichen Parteiwirren und meint, vielleicht sei von der vielfach befürworteten Einführung des Proportionalsystems, das er gegenwärtig eingehend studiert, Besserung zu erwarten. Er ist Ew. Exz. aufrichtig dankbar für den ihm zuteil gewordenen liebenswürdigen Empfang in Berlin und bedauert ebenso aufrichtig, daß er den Intentionen der Reichsregierung nur teilweise habe zustimmen können.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 15, Ausf.

[1] Am 10./11. März 1913 beriet unter dem Vorsitz des Reichskanzlers der Bundesrat mit sämtlichen Ministerpräsidenten und den meisten Finanzministern die Finanzierung des „einmaligen Wehrbeitrags" in Höhe von einer Milliarde Mark (Vgl. *Witt* S. 363 ff.).

[2] Berckheim berichtete Dusch am 30. Jan. 1913, die bevorstehende Militärvorlage werde nicht wie ursprünglich beabsichtigt im Herbst, „sondern schon jetzt im Frühjahr im Reichstag eingebracht werden, wird also in Bälde den Bundesrat beschäftigen. Alle Forderungen für Marinezwecke unterbleiben, nur das Landheer soll auf einen möglichst hohen Kriegsbereitschaftsstand gebracht werden". Die Kosten werden „auf einen jährlichen Mehraufwand von ca. 100 Millionen geschätzt, deren Deckung zunächst durch Ausgabe von Schatzscheinen erfolgen soll, da eine Bewilligung neuer Steuern durch den Reichstag sehr zweifelhaft sei. Der Reichskanzler hofft, durch einen Appell an den Patriotismus diese für die Sicherheit des Reiches unbedingt notwendige Maßnahme auf die so in großen Zügen gekennzeichnete Weise durchzubringen" (GLA 233/34 815, masch. Ausf.; Marg. Kühns: „S. K. H. dem Großherzog untertänigst vorgelegt. Karlsruhe 31. I. 13"). Am 13. Febr. 1913 ergänzte Berckheim, daß über die Deckung der Militärvorlage „noch immer kein definitiver Beschluß gefaßt" sei. „Das Reichsschatzamt hüllt sich daher in undurchdringliches Schweigen" (GLA 233/34 815, masch. Ausf.; Marg. Duschs: „S. K. H. dem Großherzog untertänigst vorgelegt. Karlsruhe 14. 2. 13; zurück 18. 2. 13 aus Umlauf"). Am 28. März 1913 brachte die Reichsregierung im Reichstag eine Militärvorlage ein, die bis zum 1. Okt. 1915 eine Heeresvermehrung um 117 000 Soldaten, 15 000 Unteroffiziere und 4000 Offiziere vorsah.

[3] Nr. 1306, 1309.

[4] Vgl. Nr. 1315.

[5] Stein, Heinrich Friedrich Karl Reichsfreiherr vom und zum (1757–1831), seit 1780 im preuß. Staatsdienst, 1782 Oberbergrat, 1793 Präsident der Kriegs- und Domänenkammer, 1804–1807 preuß. Wirtschafts- und Finanzminister, 1807/08 Staats- und Verwaltungsreformer, 1812 Berater des Zaren, 1819 Begründer der „Gesellschaft für Deutschlands ältere Geschichtskunde".

[6] Nr. 1303 Anm. 1.

1306. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe 14. April 1913

Mit größter Anerkennung und unter lebhaftester Zustimmung werden hier die Reden Ew. Exz. im Reichstage zur Wehrsteuervorlage besprochen.[1] Man bezeichnet sie als zweifellos außerordentlich wirkungsvoll und als einen hochwichtigen Erfolg.

Namentlich der Finanzminister äußerte mir gegenüber seinen wärmsten Dank für die letzte Rede, welche die für die Einzelstaaten drohenden großen Gefahren so eindringlich hervorgehoben habe. Auch der ganze Verlauf der Verhandlungen wird mit Recht als ein sehr wesentlicher Fortschritt gegen frühere Finanzdebatten mit großer Genugtuung begrüßt. Überhaupt herrscht in Kreisen der Regierung und bei allen urteilsfähigen Leuten aufrichtige Freude darüber, daß die öffentliche Meinung endlich nach langer, herber Kritik Ew. Exz. vornehme, ehrliche und gewissenhafte Politik richtiger einzuschätzen beginnt.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 103 Bd. 19, Ausf.

[1] Sten. Ber. RTG Bd. 289 S. 4512 (Rede Bethmann Hollwegs vom 7. April 1913).

1307. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 15. April 1913

In Mannheim haben kürzlich auf Veranlassung des Stadtpfarrers Knebel[1], der zugleich Landtagsabgeordneter ist, fünf Jesuiten aus Holland während 14 Tagen täglich 2 Predigten abgehalten und Beichte gehört. Die Sache kam erst nachträglich zur Kenntnis der Regierung. Als man den Stadtpfarrer wegen Unterlassung der vorgeschriebenen Anzeige zur Verantwortung zog, gab dieser eine ausweichende Antwort und behauptete, derartige Missionen hätte bisher oft ohne Anzeige stattgefunden. Der Kultusminister beschwerte sich dann beim Ordinariat in Freiburg und bat um Zurechtweisung des Knebel. Die Antwort lautete einfach ablehnend.

Die Regierung möchte nun einerseits den Jesuitenlärm nicht wieder provozieren, andererseits aber auch ungern solche Gesetzwidrigkeiten dulden. Über etwaige weitere Maßnahmen ist noch nicht entschieden.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Päpstlicher Stuhl Nr. 13 a Nr. 1 Bd. 8, Ausf.; Marg.: „mtg. 23./4. St. S. d. Innern, Kultusmin."

[1] Knebel, Baptist Dr. theol. h. c. (1871–1944), seit 1894 kath. Geistlicher, Vikar in Furtwangen und Ettlingen, 1899 Kurat in Mannheim, 1903 Pfarrer, 1916 in Freiburg, Z, MdL 1909–1912, MdZK.

1308. Thiemann[1] an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 5. Mai 1913

Ew. Exz. beehrt sich die königliche Gesandtschaft von einem Attentatsversuch auf S. K. H. den Großherzog von Baden folgendes gehorsamst zu melden: I. K. H. der

Großherzog und die Großherzogin wollten dem gestrigen Rennen in Mannheim beiwohnen. Die hohen Herrschaften trafen nachmittags mit der Bahn in Mannheim ein und bestiegen dort einen Wagen, um nach dem Rennplatz zu fahren. Plötzlich sprang ein Mann, der ein offenes Messer in der Hand gehabt haben soll, in drohender Haltung auf das Trittbrett des schon in Bewegung befindlichen Wagens. Der Großherzog stieß sofort den Mann zurück, so daß er vom Wagen fiel, und ohne von dem Angreifer verletzt worden zu sein, setzten Hochdieselben den Weg zum Rennen fort. Der Angreifer wurde verhaftet. Dieser soll sich zum Anarchismus bekennen, geistig aber nicht ganz normal sein. Letzteres wurde dem Unterzeichneten von dem hiesigen Oberhofmarschallamte, wo er sich namens der königlichen Gesandtschaft erkundigte, mitgeteilt. Auch auf dem großherzoglichen auswärtigen Ministerium, wo amtliche Nachrichten in der Sache noch nicht vorliegen, wurde ihm der Vorgang wie berichtet geschildert. Sobald ein amtlicher Bericht oder Zeitungsmeldungen über den Vorfall erfolgen, wird die Gesandtschaft nicht verfehlen, dieselben Ew. Exz. sofort vorzulegen. Ein hier soeben erschienenes diesbezügliches Extrablatt der „Badischen Presse“[2] ist gehorsamst angeschlossen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 12, Ausf.

[1] Thiemann, Wilhelm (1873–1922), seit 1891 Militärdienst im 2. Garde-Rgt. zu Fuß, 1904 Bürohilfsarbeiter am Aeronautischen Observatorium, 1906 in der Geh. Kanzlei des Auswärtigen Amts, 1912 Geh. Kanzleisekretär, 1912 aushilfsweise, 1914 etatmäßiger Legationskanzlist in Karlsruhe, 1917 Geh. expedierender Sekretär, 1919 (Aug.) Geh. Sekretariatsassistent im Auswärtigen Amt, 1921 Regierungsoberinspektor (Frdl. Auskunft d. Polit. Archivs im Ausw. Amt Bonn).

[2] Extra-Blatt vom 5. Mai 1913.

1309. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 13. Juni 1913

Ew. Exz. Ausführungen im Reichstage über die Wehr- und Deckungsvorlagen[1] werden in der hiesigen bürgerlichen Presse im allgemeinen anerkennend und teilweise lebhaft zustimmend besprochen, aber man ist sich meist nicht ganz klar darüber, ob Ew. Exz. energisches Eintreten für die unerläßliche Ergänzung unserer Rüstung sich auch auf die gleichzeitige und schleunige Erledigung der Kostenfrage beziehe und ob die verbündeten Regierungen im Falle des Scheiterns einer baldigen Einigung über diese Frage die Auflösung des Reichstages ins Auge fassen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 121 Nr. 10 Bd. 24, Ausf.

[1] Die 2. Lesung der Heeres- und Deckungsvorlagen fand vom 10.–24. Juni 1913 statt.

1310. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 13. Juni 1913

Der „Badische Beobachter“[1], führendes Organ des Zentrums im Lande, stellt in dem gehorsamst angeschlossenen Artikel die Worte des Mannheimer Reichstagsabgeordneten Dr. Frank in der Berliner sozialdemokratischen Massenversammlung vom 10. d. Mts.

einer Äußerung des badischen revisionistischen Genossen Kolb im hiesigen „Volksfreund" vom 11. d. Mts. gegenüber. Mit Recht weist das klerikale Blatt auf den Gegensatz in den Ausführungen der beiden badischen sozialdemokratischen Führer hin.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Europa Nr. 82 Nr. 1 Bd. 23 fol. 89, Ausf.

[1] (Nr. 159 vom 12. Juni 1913): „[...] Der Referent der Versammlung, Rechtsanwalt Dr. Frank (Mannheim), trat in seinen Ausführungen energisch für die Proklamation des Massenstreiks ein. Der Wille des Volkes sei, daß endlich die Forderungen des geheimen, gleichen und direkten Wahlrechtes erfüllt würden. [...] Da alle Mittel versagt hätten, sei die Proklamation des Massenstreikes geboten. [...] Rosa Luxemburg unterzog die Ausführungen Dr. Franks einer scharfen Kritik. Seine Stellung zu politischen badischen Fragen sei gerade das Gegenteil zu dem heute proklamierten Massenstreik (Tumult). Nicht aus Opposition, sondern aus Freude darüber, daß aus dem Großblock-Saulus ein Massenstreik-Paulus geworden sei, spreche sie, sie wende sich gegen die badische Sozialdemokratie und fordere die gesamte Sozialdemokratie zum Kampf gegen die Reaktion auf. In seinem Schlußwort wandte sich Dr. Frank gegen Rosa Luxemburg. Die Führer der badischen Sozialdemokratie hätten den Kampf durchgeführt; die politischen Verhältnisse im Süden seien anders als in Preußen. Die Haltung der badischen Sozialdemokratie sei nötig gewesen, um die Mehrheit des Zentrums und der Konservativen niederzuringen. Es gebe keinen Kampf zwischen Nord und Süd, sondern einen Kampf der gesamten Sozialdemokratie um die Wahlreform". Dagegen lehnt Kolb im Volksfreund (Nr. 133 vom 11. Juni 1913) den Massenstreik in der Wahlrechtsfrage ab, weil die Sympathie weiter bürgerlicher Kreise fehle: „Ganz abgesehen davon, daß ein solcher Massenstreik nicht künstlich inszeniert werden kann und daß in Preußen weder heute noch morgen die Stimmung für eine solche Aktion vorhanden ist, würde der politische Massenstreik in Preußen die ohnehin schon großen Gegensätze zwischen dem ‚liberalen' Bürgertum und dem Proletariat geradezu auf die Spitze treiben. Der Reaktion könnte in der Tat keine größere Freude und kein billigerer Triumph bereitet werden, als wenn die Sozialdemokratie sich auf das Experiment des Massenstreiks werfen würde. So packend und groß der Gedanke des politischen Massenstreiks an sich ist, in Preußen wäre er das untauglichste Mittel im Kampfe um die Wahlreform. Es ist kein Zufall, daß die Massenstreik-Debatte in Deutschland im Sande verlaufen ist" (Ebd.).

1311. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 18. Juni 1913

Für die im Spätherbst bevorstehenden badischen Landtagswahlen kamen die von der nationalliberalen Parteileitung gewünschten allgemeinen Großblockabmachungen für die Hauptwahlen wegen des Widerspruchs in der Partei selbst nicht zustande.[1] Nur in 5 oder 6 Wahlbezirken wurden von den beiden liberalen Parteien Verabredungen mit den Sozialdemokraten für den ersten Wahlgang getroffen[2], welche das Mannheimer Genossenblatt trotz des Übereinkommens vorläufiger Geheimhaltung kürzlich veröffentlichte.

Darob herrscht im liberalen Lager große Entrüstung. In einiger Verlegenheit bemüht man sich, diese teilweise Großblocktaktik zu rechtfertigen und der äußerst scharfen Kritik des Zentrums und der Konservativen entgegenzutreten.

Die früher hier so einflußreichen Nationalliberalen haben sich leider durch ihre übergroße Angst vor Reaktion und Zentrum mit der Annäherung an die Sozialdemokratie ungemein geschadet. Seit dem ersten Stichwahl-Großblock im Jahre 1905 ist die

Fraktion in der Kammer von 23 auf 17 Mitglieder heruntergegangen, während die Sozialdemokraten von 6 auf 20 Sitze kamen, vornehmlich infolge des nationalliberalen Eigensinnes und Ungeschicks.

Auch die jetzt bekannt gewordenen Abmachungen werden meines Erachtens in erster Linie der Sozialdemokratie Vorteil bringen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „mtg. 23./6. R. Amt d. Inn., Min. d. Inn."

[1] Vgl. Nr. 1303 Anm. 1.
[2] *Thiel* S. 214ff.; Nr. 1313.

1312. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 22. Juni 1913

Die „Badische Landeszeitung"[1] veröffentlicht die anliegende, von der Mannheimer Handelskammer an den Reichstag gerichtete Erklärung, in welcher energischer Widerspruch erhoben wird gegen die Handel und Industrie vermeintlich schwer schädigende Einführung der Vermögenszuwachssteuer.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 103 Bd. 19, Ausf.

[1] (Nr. 281 vom 21. Juni 1913): Handel und Industrie sind bereit, die zur Deckung der Wehrvorlage nötigen Mittel in Form des einmaligen Wehrbeitrags und einer Besitzsteuer, diese als Erbanfallsteuer, zu leisten. Dagegen beabsichtigen die Beschlüsse der Budgetkommission des Reichstags eine „gewaltige progressive Belastung der Vermögen und Einkommen beim Wehrbeitrag in Verbindung mit einer alle 3 Jahre wiederkehrenden Vermögenszuwachssteuer", die die volkswirtschaftlich „so notwendige Kapitalbildung schwer" gefährdet. „Würde doch insbesondere die Vermögenszuwachssteuer eine Doppelbesteuerung des Vermögenszuwachses in allen Bundesstaaten bedeuten, die schon eine scharf progressive Vermögensteuer besitzen, wie Baden, wo alljährlich der Vermögenszuwachs bei der Vermögensteuer erfaßt wird. Die Einführung besonderer Reichsvermögens- und Einkommensteuern neben den einzelstaatlichen hätte in Bundesstaaten, in welchen Vermögen und Einkommen bereits bis zur Grenze des Erträglichen steuerlich herangezogen sind, ohne Zweifel eine Kapitalabwanderung und damit mangels weiterer einzelstaatlicher Einnahmequellen eine Einschränkung der Kulturaufgaben notwendig im Gefolge". Der Wehrbeitrag müsse ein allgemeines Opfer des gesamten Volkes sein, als direkte Reichssteuer komme nur die in längeren Zwischenräumen wiederkehrende, die Kapitalbildung am wenigsten hemmende Erbanfallsteuer in Betracht. Industrie und Handel sollten nicht schlechter als die Landwirtschaft gestellt werden, und der Wehrbeitrag dürfe eine Milliarde Mark nicht überschreiten.

Am 30. Juni wurde die Heeres- und Deckungsvorlage (Vermögenszuwachssteuer und den auf vier Fünftel erhöhten Anteil des Reichs an der Erbschaftssteuer) im Reichstag angenommen, sie trat am 3. Juli 1913 in Kraft (Vgl. *Witt* S. 366ff.).

1313. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 23. Juni 1913

Nationalliberale[1], Volkspartei und Sozialdemokraten[2] hielten gestern Landesversammlungen ab, um über die Taktik bei den kommenden Landtagswahlen zu beschlie-

ßen. Die Vereinbarungen der engeren Parteiausschüsse fanden bei den beiden letztgenannten Parteien ohne Debatte einstimmige Annahme, während eine geringe Minorität der Nationalliberalen gegen die Vorschläge stimmte.

Die nunmehr allerseits akzeptierten Abmachungen bestehen darin, daß bei der Hauptwahl Nationalliberale und Fortschrittler als sogenannter Kleinblock zusammengehen, aber in 6 Wahlbezirken eigene Kandidaten aufstellen, und daß bei den Stichwahlen die beiden bürgerlichen Linksparteien gehalten sind, als Großblock die Sozialdemokraten gegen Zentrum und Konservative zu unterstützen. In langer Rede suchte der nationalliberale Parteichef Rebmann die Sache seinen Zuhörern als notwendig zur Verhinderung einer klerikal-konservativen Herrschaft darzustellen und die in der Partei zweifellos vorhandenen ernsten Bedenken zu zerstreuen. Über den Widerspruch der Minderheit, angeblich nur 7 Stimmen, enthalten die bisherigen Berichte nichts Näheres.

Die fortschrittliche Versammlung zu Offenburg nahm vor dem Beschluß, betreffend die Wahltaktik, auf Anregung des Abgeordneten Muser eine Resolution an, in der gegen die Sistierung des Hauptmannschen Festspiels[3] in Breslau als reaktionäre höfische Mache entschiedene Einsprache erhoben wurde (!).

Im Zentrum sieht man den Abmachungen ziemlich kühl und mit offenbarer Schadenfreude zu; man hatte dortseits bekanntlich den Nationalliberalen Hilfe gegen die Sozialdemokraten ohne Gegenleistung angeboten, die aber abgelehnt wurde.

Einige Preßstimmen[4], betreffend die Großblocktaktik und die Beschlüsse der drei Parteien, darf ich gehorsamst anschließen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 14, Ausf.; Marg.: „29./6. R. A. d. Innern, Min. d. Innern".

[1] Protokoll der Landesversammlung der Nationalliberalen Partei Badens am 22. Juni 1913 in Karlsruhe (GLA 69/Archiv der Nationalliberalen Partei Badens/217; vgl. *Thiel* S. 215 ff.).

[2] Vgl. *Frank*, passim.

[3] Hauptmann, Gerhart (1862–1946), Dichter und Dramatiker, Schriftsteller, 1912 Nobelpreis für Literatur. Die Sistierung betraf Hauptmanns „Festspiel in deutschen Reimen".

[4] Bad. Landeszeitung, Nr. 284 vom 23. Juni 1913; Schwäb. Merkur, Nr. 282 vom 21. Juni 1913.

1314. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 28. September 1913

Am 21. Oktober werden die Wahlen zum Badischen Landtag stattfinden, und zwar leider wiederum wie 1905 und 1909 unter dem Zeichen des sogenannten Großblocks, der bisher lediglich der Sozialdemokratie Nutzen brachte.

Der schon lange heftig entbrannte Wahlkampf der Parteien zeigt ziemlich das gleiche verworrene, unerfreuliche Bild wie damals. Der blinde nationalliberale Haß gegen das Zentrum beherrscht nach wie vor noch die Situation. In steter Angst vor einer klerikalen Mehrheit in der Kammer arbeitet man den Sozialdemokraten in die Hände und betrachtet diese als das kleinere Übel. Staatsminister v. Dusch beklagt sich bitter über den Eigensinn und den Unverstand des nationalliberalen Parteichef[s] Rebmann und seiner Anhänger, die die maßvollen Elemente überstimmen. An solchen fehlt es in der Partei nicht, sie gewinnen in einzelnen Wahlbezirken erheblich an Boden, dringen aber einst-

weilen mit ihren Bedenken gegen die Großblocktaktik nicht durch. Rastatt ist vorläufig der einzige Bezirk, in dem gegen die Parteileitung tatsächlich Front gemacht wird, indessen, auch anderswo kandidieren Rechtsliberale, die wenigstens in der Stichwahl auf Unterstützung durch Zentrum und dessen konservativen Anhang rechnen können.

Die Konservativen hatten sich für ihren Parteitag[1] Herrn v. Heydebrand[2] verschrieben, der im ganzen maßvoll und, wie der Minister v. Bodman meint, ziemlich matt redete.

Irgendwelche Schlüsse auf das wahrscheinliche Wahlergebnis sind nach Ansicht des genannten Ministers noch nicht zu ziehen, er glaubt aber, daß die Sozialdemokraten, sofern die rechtsliberale Bewegung anhält, einige Mandate verlieren werden. Die Besorgnis vor solchen Verlusten tritt auch in der sozialdemokratischen Presse deutlich hervor, man behandelt dort die Großblockfreunde recht wenig liebevoll anläßlich deren teilweiser Rechtsschwenkung.

Fast alle Parteien befürworten die Einführung des proportionalen Wahlverfahrens, dem die Regierung aber zunächst noch ablehnend gegenübersteht. Ew. Exz. darf ich hierneben einen leidlich zutreffenden Leitartikel der „Dresdener Nachrichten"[3], betitelt „Das Großblockexperiment (in Baden)", gehorsamst vorlegen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 14, eig. Ausf.; Marg.: „5./10. R. A. d. Inn., Min. d. Inn."

[1] 2. Parteitag der Deutsch-Konservativen Partei Badens in Karlsruhe am 21. Sept. 1913.

[2] Heydebrand und der Lasa, Ernst v. (1851–1924), 1882 Landrat in Kosel, 1895 in Militsch, bewirtschaftete danach seine schlesischen Rittergüter, K, MdPrAH 1888–1918 (seit 1905 Fraktionsvorsitzender), MdR 1903–1918, 1912–1918 Parteivorsitzender.

[3] Nr. 266 vom 26. Sept. 1913.

1315. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 10. Oktober 1913

S. K. H. der Großherzog wird an der bevorstehenden Erinnerungsfeier in Leipzig[1] teilnehmen, wenn nicht in letzter Stunde mangelhaftes Befinden die Reise dahin doch noch verhindern sollte. Der hohe Herr war entschieden in letzter Zeit recht schonungsbedürftig und litt an wiederholten leichten Anfällen von Gelenkrheumatismus, die zeitweise die Herztätigkeit beeinflußten. Man wünscht deshalb hier, daß der Landesherr lieber auf die Teilnahme in Leipzig verzichte.

In der Residenz wird am 18. eine militärische Feier mit Gottesdienst und Parade stattfinden; am nächsten Tage folgt die Stadt mit einer festlichen Veranstaltung. Beide Großherzoginnen wollen alsdann hier sein. Prinz Max ist beauftragt, die Parade abzunehmen. Baden hat im Grunde kaum Anlaß, die Erinnerung an die Leipziger Schlacht besonders zu feiern, da es damals in den Reihen des Feindes kämpfte. Indessen, man vergißt das gern und hat hier auch vor fünfzig Jahren großen Eifer für die Feiern des 18. Oktober bekundet.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 163 Bd. 11, eig. Ausf.; Marg.: „v. S. M. 13./10.; mtg. 14./10. Dresden, Luxemburg".

[1] Im Rahmen der Jahrhundertfeier der Leipziger Völkerschlacht nahmen am 18. Oktober 1913 die bedeutendsten deutschen Fürsten an der Einweihung eines Denkmals teil (*Schultheß* 1913 S. 330ff.).

1316. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 22. Oktober 1913

Ew. Exz. darf ich hierneben eine mir vom Minister des Innern soeben zugegangene vorläufige Zusammenstellung der Ergebnisse der gestrigen badischen Landtagswahlen gehorsamst vorlegen.[1]

Nach diesen vorläufigen Ermittlungen bedeuten die Hauptwahlen eine Verschiebung nach rechts. Gewählt wurden im ersten Wahlgange 51 Abgeordnete, darunter 29 Zentrum, 9 Nationalliberale und 4 Konservative oder Bündler, während im Jahre 1909 nur 23 Zentrumsleute, 4 Nationalliberale und kein einziger konservativer Kandidat in der Hauptwahl eine Mehrheit erlangten. Die Sozialdemokraten siegten gestern in 9 Bezirken gegen 10 bei der letzten Wahl. In der Residenz sind die Genossen Dr. Frank und Kolb wiedergewählt.

In einem Wahlbezirk ist das Resultat noch unsicher, aber nach der Anlage hat dort wahrscheinlich der konservative Bewerber die nötige Mehrheit der Stimmen. 1909 waren 35 Stichwahlen notwendig, jetzt nur 21. Voraussichtlich werden als Endergebnis Zentrum, Nationalliberale und Konservative etwas verstärkt, die Sozialdemokraten um einige Mandate geschwächt in der Kammer erscheinen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 14, masch. Ausf.; Marg.: „26./10. R. A. d. Inn., Min. d. Inn."

[1] Vgl. *Thiel* S. 219ff.; Nr. 1317, 1318.

1317. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 29. Oktober 1913

Morgen, am 30. d. Mts., sollen die 20 (nicht 21) Stichwahlen zum Badischen Landtag vorgenommen werden[1]; sie bringen die Entscheidung über die im Großblocklager so gefürchtete klerikalreaktionäre Mehrheit in der Kammer und vollziehen sich meist im Zeichen des Großblocks. Mit Ausnahme von 3, vielleicht 4 Wahlbezirken unterstützen sich die 3 Linksparteien gegenseitig; der Kandidat dieser Parteien, der in der Hauptwahl die meisten Stimmen erhielt, wird von den beiden anderen Parteien unter Zurückziehung des eigenen Kandidaten unterstützt, und zwar erhalten die Nationalliberalen und Fortschrittler in 9, wahrscheinlich in 11, die Sozialdemokraten in 6 Bezirken die Hilfe der Großblockfreunde.

Ob das Zentrum mit seinem konservativen und bündlerischen Anhang dagegen aufkommen kann, bleibt sehr zweifelhaft, indessen pflegt es über zahlreiche Reserven zu verfügen. In Weinheim, Mannheim III und Karlsruhe-Land kämpfen die Großblockparteien gegeneinander, und anscheinend wollen in Lahr die Nationalliberalen auf den

eigenen Kandidaten nicht zugunsten des Volksparteilers verzichten, wie es der Abmachung der Parteileitung entsprechen würde.

Die ganze Linke hofft zuversichtlich, in allen Stichwahlen zu siegen, dann wäre das Verhältnis in der Kammer: Linke 39, Rechte 34 Sitze. Sollte die absolute Mehrheit doch der Rechten zufallen, so möchte ich das nicht als besonders bedeutungsvoll oder gefährlich ansehen. Freiherr v. Dusch befürchtet allerdings, das Zentrum werde in diesem Falle immer unverschämter gegen die Regierung auftreten.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 14, masch. Ausf.

[1] Nr. 1318.

1318. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 31. Oktober 1913

In den gestrigen Nachwahlen zur badischen Zweiten Kammer siegten 11 Nationalliberale, 4 Volksparteiler, 4 Sozialdemokraten und 1 Zentrumskandidat.[1] Wenn keine Ungültigkeitserklärungen erfolgen, wird die Kammer nunmehr bestehen aus 30 Zentrumsleuten, 20 Nationalliberalen, 13 Sozialdemokraten, 4 Konservativen, 5 Volksparteilern und einem Bündler. Demgegenüber zählte das Haus in der vorigen Legislaturperiode 26 Zentrumsmänner, 20 Sozialdemokraten, 17 Nationalliberale, 7 Freisinnige oder Demokraten und 3 Konservative oder Bündler.

Die gesamte Linke – der Großblock – hat somit nur noch eine Mehrheit von 3 Stimmen. Bisher war das Verhältnis: Linke 44, Rechte 29 Stimmen; von einem Erfolge des Großblocks kann also wohl nicht die Rede sein, denn die sehr bemerkenswerte Schwächung der Sozialdemokratie lag kaum in der Absicht der verbündeten Linksparteien.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 15, masch. Ausf.

[1] Vgl. Stat. Jahrbuch 41 (1914/15) S. 463 ff.; *Thiel* S. 225 ff.

1319. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 4. November 1913

Beide Parteigruppen, die Rechte wie die Linke, betrachten sich hier als Sieger bei den jüngsten Landtagswahlen. Links feiert man die Abwehr einer klerikal-konservativen Mehrheit, und rechts sagt man mit mehr Berechtigung, der Großblock habe gründlich versagt. Tatsache ist, daß die Sozialdemokraten etwa 20000 Stimmen und 7 Mandate verloren und daß drei nationalliberale Gegner des Großblocks mit Hilfe der Rechtsparteien gewählt wurden. Zählt man diese drei zur Rechten, so ergibt das eine Mehrheit in der Kammer, 38 von 73 Stimmen.

Die Großherzogliche Regierung kann mit dem Ausfall der Wahlen ganz zufrieden sein, sie wird mit der neuen Kammer weniger Schwierigkeiten haben als in der letzten Session. Anscheinend nimmt die rechtsliberale Bewegung zu, die Großblockgegner

mehren sich, und dieser Dreibund der Linken dürfte in Zukunft kaum wieder zur Anwendung kommen.

Einen halbamtlichen Artikel des Regierungsblattes[1] über das Wahlergebnis beehre ich mich, hier gehorsamst anzuschließen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 15, masch. Ausf.

[1] Karlsruher Zeitung, Nr. 302 vom 4. Nov. 1913.

1320. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 13. November 1913

Vertraulich. Ew. Exz. wissen aus verschiedenen früheren Meldungen, daß die anscheinend nicht immer glückliche Auslegung und Handhabung der Bestimmungen der preußisch-badischen Militärkonvention in Berlin hier bisweilen Verstimmung erregte und besonders S. K. H. den Großherzog peinlich berührte.

Ich höre jetzt, daß wiederum einige derartige Fälle vorliegen; so war hier mitgeteilt und in Aussicht genommen, eine Schwadron des Bruchsaler Dragonerregiments bei der Formierung eines der neuen Kavallerieregimenter heranzuziehen. Das geschah indessen nicht, sondern eine Schwadron des badischen Dragonerregiments in Mülhausen Nr. 22 wurde nachträglich ohne Vorwissen des Großherzogs dazu bestimmt. Der hohe Herr erfuhr dies erst durch einen Offizier des Regiments, der sich bei Höchstihm abmeldete. Ferner wurde ohne weiteres angeordnet, daß das Infanteriebataillon in Heidelberg zukünftig keine Einjährig-Freiwilligen[a] mehr einzustellen habe. Beides wird von S. K. H. offenbar als Mangel an Rücksicht empfunden, es heißt sogar, daß der Landesherr infolge solcher Vorkommnisse eine Änderung oder doch präzisere Fassung der Konvention beantragen wolle.

Es wäre nun meines Erachtens erwünscht, unsererseits die Konvention stets so rücksichtsvoll als möglich zu handhaben und hier keinen Anlaß zu Verstimmungen zu geben. Beiläufig darf ich dabei erwähnen, daß Freiherr v. Dusch wegen Teilnahme an einer Ausschußsitzung des Bundesrats am 25. d. Mts. nach Berlin kommen wird und dort im Kriegsministerium oder im Militärkabinett die Angelegenheit vertraulich zur Sprache bringen möchte.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 41 Bd. 1, Ausf.; Marg.: „mündlich erledigt". Marg. Bethmann Hollwegs vom 16./11.: „Das Verfahren erscheint mir allerdings sehr rücksichtslos, mag nun die Kavallerie verlegt sein oder nicht. Nach allem Vorausgegangenen hätte just um so peinlicher verfahren werden müssen. Übrigens habe ich in diesem Sommer den gegenwärtigen Kriegsminister generell auf die obwaltenden Verhältnisse aufmerksam gemacht. Es ist vielleicht empfehlenswert, daß wir mit dem Kriegsminister in Verbindung treten, noch bevor Herr v. Dusch kommt".

[a] Randnotiz Bethmann Hollwegs: „!"

1321. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 18. November 1913

In den badischen Parteiblättern wird immer noch der Ausfall der Landtagswahlen erörtert. Der jetzige nationalliberale Führer Geheimer Hofrat Rebmann sowie sein Vorgänger Landgerichtsdirektor Dr. Obkircher suchen in längeren Artikeln die Notwendigkeit und den Erfolg der Großblocktaktik zu begründen, während der Geistliche Rat Wacker, Leiter des Zentrums, bestrebt ist, das Gegenteil zu beweisen; er bezeichnete dabei in einer zu Freiburg gehaltenen Rede gewisse Minister als Großblockfreunde, die nunmehr eigentlich zurückzutreten hätten. Das gab weiteren Anlaß zu heftiger Preßfehde. Zweifellos ist die Beschuldigung Wackers durchaus unberechtigt.

Von einer Besprechung des Wahlergebnisses im sozialdemokratischen Lager gewinnt man überwiegend den Eindruck, daß die Mehrzahl der Genossen angesichts der erlittenen erheblichen Verluste den Großblock als deren Ursache und als nachteilig für die Partei ansieht. Der bekannte revisionistische Abgeordnete Kolb tritt dieser Auffassung entgegen und befürwortet auch für die Zukunft ein Zusammengehen mit den beiden liberalen Parteien, womöglich schon im ersten Wahlgang.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 15, Ausf.

1322. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 29. November 1913

Die Kurzsichtigkeit der nationalliberalen Parteileitung trat leider gestern anläßlich der Präsidentenwahl[1] in der Zweiten Kammer wiederum in bedauerlicher Weise hervor. Zweifellos war das Zentrum als bei weitem die stärkste Fraktion berechtigt, die Präsidentenstelle zu beanspruchen. Die gesamte Linke, also der sogenannte Großblock, stimmte aber für den bisherigen Präsidenten, den nationalliberalen Heidelberger Stadtschulrat Rohrhurst; er siegte mit 37 gegen 35 Stimmen, die auf den Zentrumsabgeordneten Dr. Zehnter fielen. Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten erhielt Zehnter dann 42 Stimmen, und fast die ganze Rechte gab weiße Zettel ab; als er die Wahl ablehnte, wurde der Sozialdemokrat Geiß mit 38 Stimmen bei 35 Stimmenthaltungen gewählt. Die Wahl des zweiten Vizepräsidenten, des stark sozialistisch gefärbten Volksparteilers Venedey, erfolgte mit nur 37 Stimmen ebenfalls bei zahlreichen Stimmenthaltungen.

Das scheinen mir doch Vorgänge, die recht ungesunde Zustände bekunden. Verantwortlich dafür ist unbedingt die nationalliberale Fraktion, speziell ihr eigensinniger Chef und Großblockverteidiger Rebmann; er setzte seinen Willen durch, obgleich von 20 Fraktionsmitgliedern 9 widersprachen.

Naturgemäß fühlt sich das Zentrum durch die Nationalliberalen, deren mehrere nur mit Zentrumshilfe ihre Mandate erlangten, bitter gekränkt. Die schon immer übertriebene Feindschaft zwischen Zentrum und Nationalliberalen wird dadurch noch verschärft, letztere können auf die zukünftige Unterstützung des Zentrums sicher nicht mehr rechnen, und schließlich hat man glücklich einen Sozialdemokraten als ersten

Vizepräsidenten – alles Folgen des nationalliberalen Unverstandes, den die Großherzogliche Regierung mit Recht als erschwerend für die kommenden Verhandlungen der Kammer lebhaft beklagt.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 15, Ausf.; Marg.: „mtg. 4./12. R. A. d. Innern".

[1] Vgl. *Thiel* S. 229f.; Nr. 1323.

1323. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 30. November 1913

Die gesamte linksstehende Presse bespricht mit Genugtuung die Präsidentenwahl in der badischen Kammer[1] und feiert das Ergebnis als einen glorreichen Sieg des Liberalismus und des Großblocks über Zentrum und Reaktion. Berechtigt sind solche Siegesfanfaren in keiner Weise, denn der Wahlausfall bringt nur Nachteile mit sich und verschärft die Gegensätze. Man hätte dem Zentrum die Präsidentenstelle nicht versagen dürfen. Dr. Zehnter verdiente das Vertrauen des ganzen Hauses und wäre als Leiter der Verhandlungen durchaus am Platze gewesen. Den Nationalliberalen stand dann die erste Vizepräsidentenstelle zu, und für den zweiten Vizepräsidenten konnte man sich auf einen Sozialdemokraten oder vielleicht auf einen extremen Fortschrittler einigen, wie er jetzt tatsächlich gewählt wurde. Die Wiederwahl des Sozialdemokraten Geiß zum ersten Vizepräsidenten erscheint um so weniger erwünscht, als er wegen Kränklichkeit des Herrn Rohrhurst voraussichtlich häufig den Präsidentenstuhl einnehmen wird. Rohrhurst leidet seit Jahren an einem äußerst störenden schmerzhaften Ekzema und war schon in der vorigen Session kaum imstande, auf seinem verantwortlichen Posten auszuharren.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 15, Ausf.; Marg.: „mtg. 4./12. R. A. d. Innern".

[1] Nr. 1322.

1324. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 12. Dezember 1913

Die „Badische Presse"[1], ein sehr verbreitetes liberales Blatt der Residenz, das sich unabhängig nennt, bringt an leitender Stelle im heutigen Abendblatt einen Brief Ew. Exz. an den Historiker Dr. Karl Lamprecht in Leipzig. Angesichts der abfälligen, ungerechten Kritik[2], die Ew. Exz. in letzter Zeit vielfach erfahren mußten, bemerkt die Zeitung – wohl der Chefredakteur Herzog[3] – zu dem Brief: „Ist dies das Bild, welches sich die Nation vom Kanzler macht? Ist es wirklich notwendig, daß das Volk der Dichter und Denker noch länger als ein Jahrfünft scharfes Denken mit Philosophie – und welche Philosophie meint man! – und erfahrungsreiches Maßhalten mit Schwäche verwechsele?"

Ich darf den Artikel gehorsamst anschließen und melden, daß die Ausführungen Ew. Exz. im Reichstage bei der Etatberatung hier in Kreisen der Regierung voll verstanden und gerecht gewürdigt werden. Auch die liberale Presse urteilt im allgemeinen günstig, aber Fortschrittler und Sozialdemokraten sowie ein Teil des Zentrums sind nicht zufrie-

den, sie finden die Darlegungen, betreffend unsere Beziehungen zum Auslande, reichlich optimistisch, legen auf das sogenannte Mißtrauensvotum[4] mehr Gewicht, als es verdient, und der gesamte Radikalismus befürwortet das parlamentarische System nach dem Muster Englands.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 122 Nr. 16 Bd. 5, Ausf.

[1] Nr. 579 vom 12. Dez. 1913.

[2] Die Kritik in der Presse und im Reichstag am Reichskanzler wegen seiner Haltung in der Zabern-Affäre.

[3] Herzog, Albert (1867–1955), Journalist, Chefredakteur der Bad. Presse in Karlsruhe.

[4] Mißtrauensvotum der Reichstagsmehrheit (Zentrum, Nationalliberale, FVP, SPD, Polen, Welfen, Elsaß-Lothringer) gegen den Reichskanzler am 4. Dez. 1913.

1325. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 23. Januar 1914

Im neuen Jahre habe ich noch kaum politisch berichtet, da die Lage und die Parteiverhältnisse dazu keinen Anlaß boten. Mit dem Verlauf und Ergebnis der allgemeinen Budgetberatung[1] in der Zweiten Kammer kann die Regierung im allgemeinen zufrieden sein; die „Karlsruher Zeitung" äußerte sich in diesem Sinne und hob namentlich mit Recht hervor, daß eine wesentlich maßvollere Stimmung im Hause herrschte als in früheren Sessionen. Die leidlich günstige Lage der Finanzen und der wirtschaftlichen Entwicklung im Lande fand Anerkennung. Abgesehen von den Sozialdemokraten war man auch mit der Wirtschaftspolitik des Reiches einverstanden, warnte aber mit der Regierung eindringlich vor weiterer Inanspruchnahme direkter Steuern durch das Reich. Im einzelnen darf ich aus der Debatte folgendes hervorheben:

Von seiten des Zentrums wurde die Beseitigung des Jesuitengesetzes und die Zulassung von Männerklöstern verlangt.[2] Der Minister bemerkte dazu, daß die Kurie die Klosterfrage kürzlich wieder angeregt habe[3], die Regierung sei bereit entgegenzukommen, wenn die Kurie ihre früheren unannehmbaren Ansprüche aufgebe. Die Klagen des Zentrums über das gegen den Jesuitenpater Cohausz erlassene Redeverbot führten zu einer eingehenden Zurückweisung durch Herrn v. Dusch und die beteiligten Ressortchefs. Dabei kam auch die Schwierigkeit der Entscheidung über religiöse und nichtreligiöse Vorträge zur Sprache.

Die Geschlossenheit der Regierung sowohl in dieser Frage wie in der Finanzpolitik und gegenüber den sozialdemokratischen und Großblocktendenzen trat bei den Verhandlungen besonders hervor. Die zum Teil recht scharfen Angriffe der Sozialdemokraten Kolb und Dr. Frank, des Demokraten Venedey und des extremen Zentrumsabgeordneten Dr. Schofer fanden wirksamen Widerspruch bei den Ministern. Herr v. Dusch hielt den Sozialdemokraten vor, daß ihre schließliche Ablehnung des Budgets doch die sonstige positive Mitarbeit am Zustandekommen einzelner Gesetze illusorisch mache, und ebenso sagte Freiherr v. Bodman, der bekanntlich beim Zentrum als eine Art „Genosse" gilt, den Rednern Kolb und Dr. Frank deutlich seine Meinung. Mit Bezug auf Zabern sprach Kolb von frivoler Säbelherrschaft und der Parodie einer Gerichtsverhandlung[4]; auch die konservativen Vorstöße im Preußischen Landtage und die leider nicht

abzuweisenden Sünden der sogenannten Junkerpartei im Norden wurden scharf kritisiert. Kolb griff auch die Fürsten an und nannte sie eine internationale Sippe, die die Religion wechsele wie das Hemd. Dr. Frank geißelte namentlich die Politik des Zentrums, sprach dann abfällig von der Jahrhundertfeier[5], dem Rheinbund und der Napoleonschwärmerei hervorragender Deutscher; sachlich und in gewohnter ruhiger Überlegenheit antworteten darauf der Minister v. Bodman und der Staatsminister.

Die von den Sozialdemokraten und Volksparteilern empfohlene Anlehenspolitik wurde von der Regierung energisch bekämpft unter Zustimmung des Zentrums und der Liberalen. Weiter erklärte sich die Regierung entschieden gegen die Einführung des proportionalen Wahlsystems.

Zweifellos geht aus der ziemlich langen Verhandlung hervor, daß die Großherzogliche Regierung wie die gemäßigten Elemente der bürgerlichen Parteien treu zum Reiche stehen und Ew. Exz. Politik billigen, das tritt auch in der Presse neuerdings mehr zutage, nur die extremen Zentrumsblätter und die Sozialdemokraten fahren fort, Ew. Exz. heftig anzugreifen wegen vermeintlich zu milder Behandlung der sogenannten Militärpartei und der Ultrakonservativen. Die Herren dieser Farbe scheinen es in der Tat darauf anzulegen, die Gegensätze zwischen Nord und Süd zu verschärfen und einen preußischen Partikularismus herauszukehren, der sicher nicht gerechtfertigt ist und hier im Süden gründlich verstimmen muß. Dazu hat dann in den letzten Tagen der Preußenbund mit der Entgleisung des alten Generals noch in unerwünschtester Weise beigetragen.[6] Der Großherzogin Luise kann man gewiß eine gut preußische Gesinnung nicht absprechen, aber I. K. H. beklagte mir gegenüber aufs tiefste solche Sonderbündelei und die gänzlich unmotivierten Vorstöße der Konservativen gegen die Reichspolitik. Die hohe Frau gedachte dabei besonders Höchstihres seligen Gemahls, der die neuerlichen Vorgänge bitter schmerzlich empfunden hätte.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 15, eig. Ausf.; Marg.: „mtg. 29./1. R. A. d. Innern".

[1] 11.–13. Sitzung II. Kammer vom 14.–16. Jan. 1914.

[2] *Schofer*, Klosterfrage S. 43 f.

[3] Erzbischöfliches Ordinariat an das Ministerium des Kultus und Unterrichts vom 27. Dez. 1913 (GLA 235/203).

Der bayer. Gesandte Moy berichtete am 5. Febr. 1914, der bad. Staatsminister v. Dusch „habe den Eindruck, daß die Kurie gar keine Änderung des bestehenden Zustandes wolle, da sie jetzt wieder Forderungen aufgestellt habe, welche die badische Regierung immer als unannehmbar bezeichnet hat, wie z. B. die, daß die Ordensniederlassungen nur ihren eigenen Vorgesetzten, nicht aber dem Erzbischof unterstehen sollen". Außerdem habe „Jesuitenpater Cohausz wieder eine Serie von Vorträgen ausgesprochen kirchlichen Inhalts in Baden angekündigt", wobei die Regierung „ihn ruhig gewähren lassen" werde, „wenn keine öffentliche Beanstandung erfolge; sie wolle Spitzeldienste gegen Jesuiten nicht leisten, aber der Bundesratsbeschluß könne nicht auf die Länge aufrechterhalten werden; am besten" solle „die ganze Jesuitenangelegenheit wieder in die Kompetenz der Einzelstaaten zurückgegeben" werden; „dazu sei allerdings nicht viel Aussicht" (BayHStA München MA 3072, Ausf.).

[4] Gegen die in die Auseinandersetzungen zwischen Militär und Zivilbevölkerung verwickelten Offiziere wurden Arreststrafen und Versetzungen verhängt, die aber bei der Opposition als geringfügig empfunden wurden.

[5] Nr. 1315.

[6] Die bayer. Staatszeitung kritisierte Generalleutnant v. Kracht, der auf dem Preußentag das Verhältnis Preußens zu den süddeutschen Staaten als Hegemonie bezeichnet hatte.

1326. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 9. Februar 1914

Wenn man dem Durchschnittsdeutschen doch etwas mehr politisches Augenmaß, mehr Liebenswürdigkeit und weniger Unfehlbarkeitshochmut für seine Meinung beibringen könnte, dann ließe sich leichter regieren. De haut en bas fehlt es an der gerechten, vornehmen Achtung abweichender Anschauungen, an der kühlen Erwägung des Nützlichen u[nd] des Möglichen. Schade, wir würden viel größer dastehen und zahllose unnötige Schwierigkeiten vermeiden bei mehr Beherzigung der alten Wahrheit, daß die Welt und die Politik schließlich immer auf Kompromissen aufgebaut ist. Das mußten namentlich unsere einseitigen Konservativen bei der Erbschaftssteuervorlage[1] einsehen, sie tragen durch ihren starren Eigensinn die Hauptverantwortung für die unerwünschte Entwicklung der innenpolitischen Lage; auch ihre neuerliche Haltung zeugt leider von einem sehr geringen Verständnis für die immerhin einigermaßen ernste Situation. Man empfindet ihren üblen Einfluß besonders hier im Süden, wo Konservative ähnlicher Richtung überhaupt kaum vorhanden sind. Seit der Schiffahrtsabgabenfrage[2] war die Animosität gegen Preußen hier ziemlich geschwunden, zumal im vergangenen Jahre, das die unvergleichlichen Verdienste Preußens[3] wieder in Erinnerung brachte. Man zollte diesen Verdiensten wie der glorreichen Führung bei Einigung des Reiches allseitige ehrliche Anerkennung, nun aber sorgen die nordischen Konservativen dafür, daß wieder ein gewisses Mißtrauen hervortritt. Kreuzzeitung, Post, Tageszeitung bringen oft Artikel, die hier sehr schädlich wirken, auch der durchaus loyalen, reichstreuen badischen Regierung sehr zu Unrecht ultraliberale Tendenzen andichten. Wem kann es nützen, wenn z.B. jetzt die Kreuzzeitung den Minister v. Bodman wegen seiner neulichen Kammerrede heftig angreift? Damit sät das Blatt nur Mißtrauen und erfreut höchstens die extremen Zentrumsleute hierzulande, die den katholisch-liberalen Minister seit Jahren mit grimmigem Haß verfolgen.

Herr v. Bodman wird demnächst die Interpellation der Sozialdemokraten[4], betreffend den Waffengebrauch des Militärs und die vielerörterte Order von 1820[5], in der Kammer zu beantworten haben. Er ist nun mit der gesamten Regierung der Ansicht, daß die Militärkonvention die Frage für Baden vollständig regelt, während das Kriegsministerium anscheinend die alte Order als maßgebend für Baden bezeichnet. Besteht man darauf in Berlin, so kann das zu einem höchst unerfreulichen Konflikt und zu einer erregten Zabern-Debatte in der Kammer führen; beides sollte m[eines] E[rachtens] unbedingt verhindert werden. Ich rate dringend zu einer Verständigung in der Sache.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Nachlaß Eisendecher 1/8 fol. 63f., eig. Konz.; Marg. Eisendechers: „Anders abgesandt".

[1] Vgl. Nr. 1121 Anm. 1.

[2] Vgl. Nr. 1141.

[3] Vgl. Nr. 1305, 1315.

[4] Interpellation der Abgg. Dr. Frank u. Gen., die Militärgerichtsbarkeit (eigentlich Waffengebrauch und Polizeigewalt des Militärs) betr. (3. Beilageheft 1913/14 S. 97 – Drucksache Nr. 56 a): „In Urteilen der Straßburger Militärgerichte vom 10. Januar d.J. wird behauptet, daß die preußische Kabinettsorder vom 17. Oktober 1820 noch in Geltung sei und daß die Offiziere sich bei der Anwendung dieser Vorschrift nicht darum zu kümmern brauchten, ob die Order mit den Gesetzen

in Einklang stehe. Da auch die in Baden liegenden Truppenteile zum preußischen Kontingent gehören", fragen wir die bad. Regierung, welche Schritte sie getan hat oder zu tun gedenkt, „um die persönliche Freiheit der badischen Staatsbürger und das Ansehen der badischen Zivilverwaltung zu schützen?" (Vgl. Nr. 1327–1329).

[5] Die preuß. Kabinettsordre vom 17. Okt. 1820 erlaubte dem Militär im Falle der Untätigkeit der Zivilbehörde bei inneren Unruhen das requisitionslose Einschreiten. Nach der Zabern-Affäre wurde das problematische Verhältnis von Zivil- und Militärgewalt in verschiedenen Landtagen erörtert.

1327. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 20. Februar 1914

Ew. Exz. darf ich einen halbamtlichen Artikel der „Karlsruher Zeitung"[1], betreffend die einheitliche Regelung der Vorschriften über das Durchqueren geschlossen marschierender Truppenkörper, hierneben gehorsamst vorlegen. Die Äußerung erfolgte wegen kürzlich hier vorgekommener Spezialfälle, bei denen Zivilpersonen festgenommen und der Polizei übergeben wurden.

Der „Volksfreund", das sozialdemokratische Hauptorgan, brachte darauf eine höhnisch bittere Kritik, welche die „Badische Landeszeitung"[2] in dem angeschlossenen Artikel teilweise abdruckt und zurückweist.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 121 Bd. 17, Ausf.; Marg.: „26./2. Kriegsminister".

[1] (Nr. 50 vom 20. Febr. 1914): „Es ist in letzter Zeit mehrfach vorgekommen, daß Radfahrer und Fußgänger – teilweise trotz Verwarnung – geschlossen marschierende Bataillone des Leib-Grenadier-Regiments in den durch das Reglement vorgeschriebenen nur geringen Abständen zwischen den Kompagnien durchquerten". Bei den Polizeibehörden „entschuldigten sich nahezu alle Angezeigten mit Unkenntnis der Unzulässigkeit ihres Verhaltens". Ob § 34 der Straßenverkehrsordnung für Karlsruhe neben Reitern und Fuhrwerken auch Fußgängern und Radfahrern das Überqueren von Straßen beim Vorbeimarsch geschlossener Truppenverbände verbietet, sei dahingestellt. „Das Militär ist aber auch ohne eine solche ausdrückliche Vorschrift berechtigt, bei Übungen und sonstigen dienstlichen Anlässen in geschlossenen Abteilungen durch Ortschaften zu marschieren und kann deshalb Personen, die den Marsch stören, eventuell mit Gewalt zurückweisen", zumal bei größeren Verbänden zwischen den Bataillonen große Abstände eingelegt werden. Im Interesse einer einheitlichen und eindeutigen Regelung wird den Verkehrsteilnehmern das Durchqueren von Batterie-, Eskadron- oder Bataillonkolonnen durch Ergänzung der Straßenpolizeiordnung vom 12. Mai 1882 für das ganze Großherzogtum untersagt.

[2] Nr. 85 vom 20. Febr. 1914.

1328. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 24. Februar 1914

Herr v. Bodman hat sich bereit erklärt, die Interpellation[1] der Sozialdemokraten in der Kammer über den militärischen Waffengebrauch nunmehr zu beantworten. Nachdem die vom königlichen Kriegsministerium erwarteten Mitteilungen vorliegen und die zu Anfang befürchteten Differenzen in der Sache tatsächlich nicht bestehen[2], hofft der Minister, daß eine erregte Zabern-Debatte in der Kammer vermieden werden wird.[3] Der Präsident des Hauses sucht in dieser Richtung nach Kräften zu wirken.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 121 Bd. 17, masch. Ausf.

[1] Nr. 1326 Anm. 4.
[2] Nr. 1325 Anm. 4.
[3] Nr. 1329.

1329. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 3. März 1914

Ew. Exz. darf ich hierneben den vorläufigen Bericht der „Badischen Presse“[1] über die gestern[2] erfolgte Beantwortung der sozialdemokratischen Interpellation[3] in der badischen 2. Kammer, betreffend den Waffengebrauch des Militärs, gehorsamst vorlegen.

Die Sache ist erfreulicherweise sehr ruhig und sachlich verlaufen. Sämtliche Parteien waren von der Erklärung des Ministers des Innern befriedigt. [...]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 121 Bd. 17, masch. Ausf.; Marg.: „U. R. nebst Anl. 6./3. R. A. d. Inn., Min. d. Inn., Kriegsmin.“

[1] (Nr. 101 vom 2. März 1914): Der Minister des Innern v. Bodman erklärte, „daß die Kabinettsorder vom 17. Oktober 1820 für Baden nicht gilt“ und das Kriegsministerium auf Anfrage seines Ministeriums „ausdrücklich erklärt hat, daß die im Großherzogtum Baden stehenden Truppen über die Rechtslage belehrt sind“ (Ebd.).
[2] 38. Sitzung II. Kammer vom 2. März 1914.
[3] Nr. 1326 Anm. 4.

1330. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 4. März 1914

Nach der in der vorigen Session erfolgten Ablehnung der Etatposition für die badische Gesandtschaft in München durch die Mehrheit der Zweiten Kammer[1] ist dieser von neuem in das Budget eingesetzte Posten gestern[2] vom Hause gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittler bewilligt worden.

Entgegen ihrer damaligen Haltung stimmten die Nationalliberalen jetzt für die Beibehaltung der Gesandtschaft. Ihr Führer Rebmann motivierte das mit einem Hinweis auf den Thronwechsel in Bayern und auf den wachsenden preußischen „nach rückwärts gerichteten Partikularismus“.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 15, masch. Ausf.; Marg.: „mtg. 12./3. R. A. d. Inn., Min. d. Inn.“

[1] Nr. 1279.
[2] 39. Sitzung II. Kammer vom 3. März 1914.

1331. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 13. März 1914

Der nationalliberale Parteichef, Geheimer Hofrat Rebmann, hatte kürzlich in der badischen Kammer die Bewilligung der Mittel für die Gesandtschaft in München durch seine Fraktion unter ander[e]m mit der Befürwortung eines süddeutschen Partikularismus gegenüber dem „Preußenbund" pp. motiviert.[1] Dagegen erhoben sich namhafte Stimmen auch in seiner eigenen Partei, und das führende nationalliberale Blatt brachte dann eine lange abschwächende Erklärung zu Rebmanns Äußerungen. Im „Schwäbischen Merkur"[2] vom 11. d. Mts. wendet sich dessen bekannter hiesiger Mitarbeiter Dr. Ammon in dem gehorsamst angeschlossenen Artikel gegen die Preußenfeindschaft, die auch neuerdings wieder in Eisenbahnsachen gänzlich unberechtigten Ausdruck finde.

Der Finanzminister Rheinboldt nahm ebenfalls unlängst Anlaß, derartige Angriffe gegen Preußen kräftig zurückzuweisen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 15, masch. Ausf.; Marg.: „mtg. Anl. in R. 19./3. R. Amt d. Inn., Min. d. Inn."

[1] Vgl. Nr. 1330.
[2] Nr. 114 vom 10. März 1914.

1332. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 12. Mai 1914

Sechs Tage lang hat die badische Zweite Kammer jüngst über das Budget für die Volksschulen verhandelt. Die Frage des Religionsunterrichtes führte dabei zu recht lebhaften Debatten. Die Sozialdemokratie wollte die Religion womöglich ganz aus der Volksschule verbannen und wurde darin von den Fortschrittlern in gewissen Grenzen unterstützt, während Zentrum und Nationalliberale, letztere zum Teil nicht ohne Bedenken, dem Kultusminister zustimmten, als er energisch und mit Wärme die bestehenden Bestimmungen betreffend den religiösen Unterricht verteidigte. Ein volksparteilicher Antrag[1], welcher die Erteilung dieses Unterrichts dem Empfinden und Belieben der Lehrer zu überlassen verlangte, wurde abgelehnt. Der nationalliberale Fraktionschef Rebmann, selbst Schuldirektor, trat als Anhänger des Großblocks mit seinen linksstehenden Freunden der Auffassung des Ministers nur etwas widerwillig bei, aber 9 Mitglieder der Fraktion unterstützten entschieden die Regierung und behielten die Oberhand.

Auch die Frage der Dissidentenkinder veranlaßte längere Auseinandersetzungen, weil infolge von Spezialfällen die erzbischöfliche Kurie bei der Regierung Beschwerde erhoben hatte. Eine Denkschrift des Freiburger Ordinariates über die rechtliche Stellung der Freireligiösen in Baden darf ich gehorsamst anschließen.[2]

Im vergangenen Jahre erfolgten in Baden beiläufig zwischen 800 und 900 Austritte aus der Kirche; in den Volksschulen Mannheims z. B. sind ca. 2000 Kinder, die keiner Kirche angehören. Ich erwähne noch, daß im Großherzogtum der Religionsunterricht bekanntlich durch die Kirche geleitet wird, während er in Preußen in den Händen des Staates liegt.

Dr. Böhm wird von der radikalen Presse wegen seiner vermeintlich reaktionären

Haltung heftig angegriffen; nur seine bisherigen Gegner, das Zentrum und sein Anhang, spenden ihm Lob. Eine Korrespondenz der „Kreuzzeitung" konstruiert törichterweise aus der Volksschulverhandlung einen Gegensatz zwischen Dr. Böhm und dem Minister des Innern. Ich habe den Artikel nicht gelesen, aber ersterer sprach mir davon als bedauerliche Verirrung.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 9, masch. Ausf.; Marg.: „mtg. 16./5. Kult.Min."

[1] In der 64. Sitzung II. Kammer vom 30. April 1914 stellte Muser (FVP) einen Antrag, der die Aufhebung des Religionsunterrichtszwangs für Lehrer vorsah, jedoch in gleicher Sitzung durch das Zentrum, die Rechtsstehende Vereinigung (Konservative, BdL) und die Nationalliberalen abgelehnt wurde.

[2] Nicht vorhanden.

1333. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 14. Mai 1914

Die badische Zweite Kammer beriet in den beiden letzten Tagen das Kultusbudget in bemerkenswerter Ruhe und Sachlichkeit. Die Etatpositionen wurden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Das sogenannte Dotationsgesetz, betreffend den staatlichen Zuschuß für die Kirchen, fand Annahme gegen die Voten der Sozialdemokraten und Fortschrittler.[1]

Im Laufe der Verhandlungen kamen auch die Klöster und die Jesuitenfrage sowie die Trennung von Staat und Kirche zur Sprache.

Die mit Bericht vom 12. d. Mts. Nr. 28[2] überreichte Denkschrift des Freiburger Erzbischöflichen Ordinariates über die rechtliche Stellung der Freireligiösen bezeichnete der volksparteiliche Abgeordnete Muser als „geradezu an den Grundpfeilern des Staates rüttelnd".

Vorlage der Amtlichen Berichte über beide Sitzungen.[3]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 9, masch. Ausf.; Marg.: „St. S. d. Innern, Min. d. geistl. Angel. 19./5."

[1] 73. Sitzung II. Kammer vom 14. Mai 1914.

[2] Nr. 1332.

[3] 71./72. Sitzung II. Kammer vom 11./12. Mai 1914, in: Karlsruher Zeitung (Beilage), Nr. 130 vom 13. Mai 1914.

1334. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 20. Mai 1914

Die badische Zweite Kammer beriet gestern[1] die beiden Anträge der Nationalliberalen[2] und Volkspartei[3] auf Einführung der Verhältniswahl. Die Kommission für Justiz und Verwaltung empfahl die Annahme beider Anträge sowie einer Resolution, die weitere Wünsche des Hauses betreffend das Wahlsystem zum Ausdruck bringt.

Staatsminister Freiherr v. Dusch bezog sich in seiner Erklärung auf die ablehnende

Denkschrift der Regierung[4] (Bericht vom 8. Januar d. J.) und bezeichnete die Einführung des neuen Wahlverfahrens als einen Sprung ins Dunkle. Ähnlich und in eingehenderer Weise erläuterte der Minister des Innern die Bedenken der Regierung. Trotz dieser Erklärung der Minister erfolgte die Annahme beider Anträge sowie der Resolution mit 34 Stimmen der Linken gegen 29 der Rechtsparteien.

Vorlage der Resolution und Anträge mit dem Bemerken, daß deren Ablehnung in der Ersten Kammer wohl mit Sicherheit zu erwarten ist.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 15, masch. Ausf.; Marg.: „I. mtg. Anl. u. R. 20./5. R. Amt d. Innern, II. Anl. 10./6. R. Amt d. Innern".

[1] 77. Sitzung II. Kammer vom 19. Mai 1914.

[2] Antrag Abgg. Rebmann u. Gen., die Einführung der Verhältniswahl für die Wahlen zur Zweiten Kammer betr. (2. Beilageheft 1913/14 S. 9 – Drucksache Nr. 20a).

[3] Antrag Abgg. Venedey u. Gen., die Einführung der Verhältniswahl für die Wahlen zur Zweiten Kammer betr. (2. Beilageheft 1913/14 S. 8 – Drucksache Nr. 20).

[4] *Denkschrift Verhältniswahl*; vgl. *Schofer*, Wacker S. 95ff.

1335. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 8. Juni 1914

Nach einer von Wolffs Telegraphenbüro verbreiteten Nachricht des „Osservatore Romano" wurde eine Broschüre[1] des bekannten badischen Zentrumsführers, Stadtpfarrers und Geistlichen Rats Wacker auf den Index gesetzt. Die Schrift bildet zum Teil den ungefähren Inhalt einer in Essen gehaltenen Rede des Verfassers, tritt für die christlichen Gewerkschaften gegen die sogenannte Berliner Richtung ein und erklärt das Zentrum für eine politische, nichtkonfessionelle Partei, die von den kirchlichen Autoritäten unabhängig sei.[2] Das Verbot macht hier großes Aufsehen, alle Zeitungen erörtern den Fall. Die gesamte liberale und radikale Presse zeigt lebhafte Schadenfreude[3] während Herr Wackers Hauptorgan, der „Badische Beobachter"[4], dessen Standpunkt zu beschönigen sucht und das Verbot als nur auf einzelne, vielleicht mißverstandene Stellen der Schrift bezogen wissen will. Bemerkenswert scheint, daß bisher sowohl der Erzbischof Nörber und der Weihbischof Dr. Knecht, wie die „Kölnische Zeitung"[5] schreibt, ihren Schild über den von den Integralen[6] hart angegriffenen Zentrumsführer hielten. Dasselbe Blatt meldet auch einen Besuch des von Rom zurückkehrenden neuen Kardinals und Erzbischofs von Köln[7] in Freiburg.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Päpstlicher Stuhl Nr. 26 geheim Bd. 4, masch. Ausf.; Marg.: „mtg. 12./6. n. Rom Gesandtschaft, Kult. Min."; teilw. gedr. *Rivinus* S. 232.

[1] *Wacker*, Zentrum und kirchliche Autorität (Teilw. gedr. *Kremer*, Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht S. 247ff.).

[2] Vgl. Nr. 807, 810, 812–814, 1248.

[3] Bad. Landesbote, Nr. 130 vom 6. Juni 1914.

[4] Nr. 155 vom 7. Juni 1914.

[5] Nr. 658 vom 7. Juni 1914.

[6] Mühlberg an Bethmann Hollweg. „Rom, 6. Juni 1914. Unter den durch Dekret vom 3. d. Mts. von der Indexkongregation auf den Index gesetzten Büchern befindet sich die Broschüre von

Theodor Wacker ‚Zentrum und kirchliche Autorität. Gegen die Quertreiber. Essen 1914'. Frohlockend bemerkt dazu die Benignische AIR (Agence Internationale Rome): ‚Abbé Wacker ist einer der arrogantesten Führer der Gladbachisten. Daß seine Broschüre auf den Index gesetzt ist, ist eine nützliche Lektion für alle'" (Ebd., masch. Ausf.).

[7] Hartmann, Felix v. (1851–1919), seit 1874 kath. Geistlicher, 1890 Geheimsekretär des Bischofs Dingelstad (Münster), 1903 Domkapitular, 1905 Generalvikar, 1910 Domdechant, 1911/12 Bischof von Münster, 1912–1919 Erzbischof von Köln, 1914 Kardinal, MdPrHH 1916–1918.

1336. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 11. Juni 1914

Das Verbot der kleinen Schrift des badischen Zentrumsführers und Geistlichen Rates Wacker wird in der Presse andauernd weitererörtert.[1] Der Verfasser selbst hat sich noch nicht geäußert. Liberale Blätter[2] zeigen mit gewohntem Ungeschick vornehmlich Schadenfreude, während die Zentrumsorgane nach dem Vorgange der „Germania" die Sache als belanglos und nicht gegen die Person Wackers gerichtet darstellen. Der „Schwäbische Merkur"[3] bringt eine meines Erachtens sehr richtige Beurteilung seines hiesigen Mitarbeiters. *Vorlage des Schwäbischen Merkurs und der Badischen Landeszeitung.*

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Päpstlicher Stuhl Nr. 26 geheim Bd. 4, masch. Ausf.; Marg.: „nebst Anl. Kultusmin."

[1] Vgl. Nr. 1335.
[2] Bad. Landeszeitung, Nr. 262 vom 10. Juni 1914.
[3] Nr. 262 vom 10. Juni 1914.

1337. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 14. Juni 1914

Der beiliegende „Badische Beobachter"[1], Hauptorgan des Zentrums im Lande, sucht nachzuweisen, daß die politische Unabhängigkeit des Zentrums in Rom stets ausdrücklich anerkannt worden sei. Ziemlich allgemein beschäftigt sich die Presse hier weiter mit der meines Erachtens in der Tat bemerkenswerten Angelegenheit. Bei den liberalen Blättern tritt dabei die übliche bittere Feindschaft gegen das Zentrum und dessen Führer in unvornehmer Weise hervor. Nur der „Schwäbische Merkur" ist gerechter und betont Wackers Geschick und große Verdienste um seine Partei; der hiesige Mitarbeiter des angesehenen Blattes überschreibt einen Artikel: „Roms Dank für seine Getreuesten".

Kultusminister Dr. Böhm meint mit Recht, es komme sehr darauf an, welche Botschaft der Kardinal Dr. Hartmann beim Besuche in Freiburg von Rom mitgebracht habe.[2] Sei von ihm dem Erzbischof Nörber Tadel und Mißbilligung des Papstes für seine Haltung ausgesprochen worden, so könne das vielleicht zu einer weiteren ernsten Spaltung im badischen Zentrum führen, denn vorläufig stehe hier fast die gesamte ultramontane Presse auf seiten Wackers. Vielleicht habe aber der Kardinal in der Indexsache nur beruhigende, mildernde Erklärungen mit dem „Apostolischen Segen"

mitgebracht, das sei eigentlich wahrscheinlicher. Die Affäre werde dann allmählich im Sande verlaufen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Päpstlicher Stuhl Nr. 26 geheim Bd. 4, masch. Ausf.; Marg.: „18./6. Kultusmin."

[1] Nr. 161 vom 13. Juni 1914.
[2] Vgl. Nr. 1335.

1338. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Baden, 8. Juli 1914

Ew. Exz. darf ich hierneben eine Übersicht der „Karlsruher Zeitung"[1], betreffend die Verhandlungen des Badischen Landtages, gehorsamst vorlegen, die mir beachtenswert erscheint, weil darin in durchaus gerechter Weise die geleistete Arbeit der Kammern anerkannt und der Standpunkt der Regierung gegenüber den Parteien zutreffend geschildert wird.

Die Session verlief im ganzen ruhig und sachlich ohne ernste Konflikte, bei den Ministern herrschte völlige Übereinstimmung, und mit Recht hebt das Regierungsblatt hervor, daß zwischen gemeinsamer Großblocktaktik bei den Wahlen und entsprechender politischer Arbeit ein erheblicher Unterschied besteht. Das ganz zum Schlusse mit nur einer Stimme Mehrheit dem Kultus- und Unterrichtsminister erteilte Mißtrauensvotum[2] hat keinerlei Bedeutung, es war lediglich ein kleinlicher Racheakt des sozialdemokratischen Führers Dr. Frank gegen den Minister.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 15, eig. Ausf.

[1] Nr. 180 vom 5. Juli 1914.
[2] Frank warf am 26. Juni 1914 (99. Sitzung II. Kammer) der Regierung vor, sozialpolitische Maßnahmen insbesondere im Kleinwohnungsbauwesen unterlassen zu haben.

1339. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Baden, 13. Juli 1914

Der Führer des badischen Zentrums, Geistlicher Rat Wacker, veröffentlicht eine längere Erklärung in der „Kölnischen Volkszeitung"[1] über das von der Indexkongregation verfügte Verbot seiner Schrift gegen die Integralen und Quertreiber.

Vorlage des Karlsruher Tagblatts und Wackers indizierter Schrift.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Päpstlicher Stuhl Nr. 26 geheim Bd. 4, eig. Ausf.; Marg.: „Kult. Min. 20./7."

[1] (Gedr. Karlsruher Tagblatt, Nr. 190 vom 11. Juli 1914). Nachdem der Erzbischof und sämtliche 29 Landtagsabgeordnete des Zentrums Wacker das Vertrauen ausgesprochen hatten, nahm dieser auf der Landesversammlung der bad. Windthorstbunde am 10. Juni 1914 und erneut am 27. Juni zu seiner Indizierung Stellung: Er kenne weder die Betreiber noch die einzelnen Beanstandungen, habe auch keine Gelegenheit zu einer Stellungnahme erhalten und werde Vermutungen unterlassen. Seine Kirchenbehörde sei an der Indizierung unbeteiligt, die Parteiarbeit bleibe ebenso wie seine Grund-

sätze davon unberührt, doch betrachte er es „als selbstverständliche Pflicht des Gehorsams", sich „einer vom Heiligen Vater genehmigten Entscheidung der Indexkongregation" zu unterwerfen (Bad. Beobachter, Nr. 177 vom 30. Juni 1914, gedr. *Kremer*, Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht S. 255f.; *Bachem* VII S. 274).

1340. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 27. Juli 1914

Angesichts der bedrohlichen politischen Lage[1] erlaubte ich mir telegraphisch den vorläufigen Verzicht auf meinen Urlaub nach Cowes zu melden. Sollten Ew. Exz. meine Anwesenheit in England indessen für erwünscht halten, weil ich dort durch viele einflußreiche Freunde vielleicht nützlich wirken könnte, so wäre ich jederzeit bereit abzureisen. Von der Haltung Englands hängt es jetzt zweifellos vornehmlich ab, ob der Krieg lokalisiert bleibt. Ergeht von London eine entschiedene Warnung nach Petersburg und Paris, so wird man sich dort kaum in das Abenteuer eines großen Krieges stürzen.[2]

Es rächt sich bitter, daß unsere Politik in der Vergangenheit die guten Beziehungen zum britischen Reiche nicht zu wahren wußte und seit dem Frieden von Simonoseki[3] das englische Mißtrauen oft geradezu hervorgerufen hat. Das war unbedingt zu vermeiden, unsere früheren verantwortlichen Staatsmänner tragen eine schwere Verantwortung in dieser Beziehung. Wir hatten es meines Erachtens in der Hand, die Entente mit den Zweibundmächten zu verhüten und uns und dem Dreibund die Freundschaft, zum mindesten die wohlwollende Neutralität der Briten zu erhalten.

Straßendemonstrationen provokatorischer Art sind hier bis jetzt nicht vorgekommen. Vor einigen Zeitungsredaktionen und Kaffeehäusern haben radaulustige Leute die Wacht am Rhein und Deutschland über alles gesungen, aber von einer gerüchtweise aus Mannheim gemeldeten feindlichen Kundgebung vor dem dortigen russischen Konsulat ist dem Minister des Innern nichts bekannt. Die Großherzogliche Regierung wird solche aufreizenden Kundgebungen mit aller Energie verhindern. Fast die gesamte Presse und öffentliche Meinung tritt dafür ein, daß wir gegebenenfalls verpflichtet sind, Österreich unsere Hilfe zu gewähren, aber ehrliche Begeisterung für einen Krieg zum Schutze des beinahe halb slawischen Bundesgenossen besteht nach meinen Wahrnehmungen nicht. Auf Italiens tatkräftige Unterstützung rechnet im Grunde hier niemand.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Weltkrieg Bd. 7 fol. 50a, b, masch. Ausf.; gedr. *Deutsche Dokumente* II S. 22f.

[1] Ermordung des österr. Thronfolgerpaares am 28. Juni 1914, das österr. Ultimatum an Serbien vom 23. Juli und der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien am 25. Juli 1914 (Vgl. *Geiss* S. 188ff.).

[2] Am 20. Juli 1914 meldete der Vertreter des bad. Gesandten in Berlin, Köster: „[...] Die Stellung Frankreichs wird natürlich in erster Linie davon abhängen, was Rußland wünscht. Wieweit es auf die warnende Stimme Englands hören wird, und überhaupt, ob England auch in diesem Falle zur Vorsicht mahnt, ist nicht abzusehen. [...] Es wird wohl seiner alten Gewohnheit entsprechend eine abwartende Stellung einnehmen. [...]" (GLA 233/34816, masch. Ausf.; gedr. *Gesandtschaftsberichte* S. 66ff.).

[3] Präliminarfrieden von Shimonoseki vom 17. April 1895 zwischen Japan und China.

1341. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 30. Juli 1914

Ew. Exz. wichtiger Erlaß Nr. 162 vom 28. d. Mts.[1] ging gestern abend hier ein, sein Inhalt war eine Stunde später in den Händen des Staatsministers Freiherrn v. Dusch.

Zur möglichen Kriegsgefahr darf ich gehorsamst berichten, daß nach dem Bekanntwerden der serbischen Ungeheuerlichkeiten[2], wie sie die österreichisch-ungarische Regierung veröffentlicht, hier das energische Vorgehen des Bundesgenossen ganz allgemein als unvermeidlich empfunden und lebhaft begrüßt wird. Man verhehlt sich aber dabei nicht, daß ein europäischer Krieg wegen des königsmörderischen Serbien dennoch im Grunde tief zu beklagen sein würde. Manche meinen deshalb, die serbische Antwortnote hätte weitere Verhandlungen vielleicht unter wohlwollender Mitwirkung Deutschlands nicht ausschließen sollen, die Kriegserklärung[3] sei zu rasch erfolgt.

Erneute patriotische Kundgebungen vor dem österreichischen Konsulat und den Zeitungsredaktionen sind ruhig verlaufen, und eine geplante Demonstration vor der russischen Ministerresidentur wurde rechtzeitig verhindert.

Offenbar herrscht in bürgerlichen Kreisen jetzt eine warm patriotische Stimmung, selbst die Proteste der Sozialdemokratie gegen den Krieg, die im „Volksfreund" besonders zum Ausdruck kommen, finden neuerdings keinen rechten Widerhall in dem Mannheimer Organ der Genossen.

Der Reichstagsabgeordnete und sozialdemokratische Führer Dr. Frank sagte in einer Protestversammlung zu Mannheim gestern, die sozialdemokratischen Soldaten würden im Kriegsfalle ihre Pflicht tun; der Vorsitzende ermahnte auch die Zuhörer, ohne Demonstrationen nach Hause zu gehen. Morgen wird Dr. Frank wohl in Freiburg in ähnlichem Sinne sich ausdrücken.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Weltkrieg Bd. 10 fol. 88, masch. Ausf.; Marg.: „v. S. M. 2./8."

[1] Bethmann Hollwegs Runderlaß an die preuß. Gesandten (Gedr. *Deutsche Dokumente* II S. 25ff.) rechtfertigte das österr. Vorgehen, machte für die Balkankrise großserbische und russisch-panslawische Kräfte verantwortlich und betonte für den Fall eines russ. Eingreifens die deutsche Bündnispflicht.

[2] Die serbische Antwortnote vom 25. Juli 1914 auf Österreich-Ungarns Ultimatum (Gedr. *Geiss* S. 190ff.).

[3] Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien vom 28. Juli 1914.

1342. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 1. August 1914

Ew. Exz. hoher Erlaß vom 28. v. Mts.[1] machte hier einen vortrefflichen Eindruck, man sieht dem Kriege mit würdiger Zuversicht entgegen und ist S. M. dem Kaiser und König aufrichtig dankbar für die leider vergeblichen Bemühungen zur Erhaltung des Friedens, die klar beweisen, daß Rußland die Verantwortung für die drohende Katastrophe zu tragen haben wird.[2] Eine größere Erbitterung gegen den östlichen Nachbarn tritt daher mehr und mehr hervor.

Die großherzoglichen Herrschaften und der Prinz Max sind hierher zurückgekehrt, die Großherzogin Luise wird heute erwartet.

In der Bevölkerung herrscht eine ernste, ruhige Stimmung und völlige Ordnung, an lärmende Demonstrationen denkt kein Mensch mehr. Das sozialdemokratische Hauptorgan „Volksfreund" bestätigt Dr. Franks Äußerung, daß die Genossen im Kriege wie jeder andere ihren Mann stehen würden. Das Regierungsblatt erklärt amtlich die Befürchtung eines im Kriegsfalle etwa eintretenden Nahrungsmangels und die Besorgnis vor ungenügender Beschäftigung der Arbeiter als grundlos. Das Unterrichtsministerium hat angeordnet, daß die drei obersten Klassen der Volksschüler auf Ansuchen der Ortsschulbehörde so lange Ferien haben sollen, als sie bei der Einbringung der Ernte helfen können.

Alle Blätter veröffentlichen die Verhängung des Kriegszustandes und die damit zusammenhängenden Verordnungen.[3]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Weltkrieg Bd. 13 fol. 47, masch. Ausf.

[1] Nr. 1341 Anm. 1.

[2] Vgl. die Berichterstattung Berckheims an die bad. Regierung vom 31. Juli 1914 (Gedr. *Gesandtschaftsberichte* S. 117–120). Am 1. Aug. 1914 erklärte das Deutsche Reich Rußland, am 3. Aug. Frankreich und am 4. Aug. England den Krieg.

[3] Karlsruher Tagblatt, Nr. 211 vom 1. Aug. 1914.

1343. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 9. August 1914

S. K. H. der Großherzog hat die ausrückenden Regimenter der Garnison noch einzeln mit herzlichen erhebenden Ansprachen begrüßt und ist zu gleichem Zwecke nach Freiburg gefahren, um sein altes Regiment dort noch zu sehen. Der hohe Herr beklagt es tief, seiner unsicheren Gesundheit wegen nicht aktiv an diesem uns aufgedrungenen schweren Kampf teilnehmen zu können.

Prinz Max wurde auf seinen Wunsch dem Generalkommando des XIV. Armeekorps zugeteilt und verließ Karlsruhe vorgestern. Die Frau Prinzessin bleibt mit den Kindern hier. Die Großherzogin Luise empfing die Generäle, Regimentskommandeure und ihr näher bekannte jüngere Offiziere persönlich. I. K. H. entfaltet in gutem Wohlsein und fester Zuversicht nach allen Seiten eine bewundernswerte Tätigkeit. Ihrer Fürsorge ist die vortreffliche Organisation des Roten Kreuzes und der Verwundetenpflege im Lande in erster Linie zu verdanken. Die hohe Frau wartet zu ihrem Kummer vergebens auf Nachrichten aus Schweden, Briefe von dort und dahin werden anscheinend nicht mehr befördert.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 13, masch. Ausf.; Marg.: „v. S. M. 14./8.; mitget. Stockholm 15./8."

1344. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 11. August 1914

Gestern war ein kritischer Tag für Baden; solange über die Zurückweisung des französischen Vorstoßes im Süden noch keine Nachricht vorlag, begegnete man zuweilen ernsten Mienen, aber keinen Augenblick wankte die Zuversicht und das Vertrauen der Bevölkerung. Es ist bewundernswert, mit welcher Ruhe alle Welt hier den Ereignissen entgegenschaut, musterhafte Ordnung hält und die Lasten und Störungen des Kriegszustandes freudig auf sich nimmt. Militär und Zivil arbeiten friedlich zusammen, alles „klappt", wie man zu sagen pflegt. Die Vorbereitungen zur Verwundetenpflege und die Organisation auf dem Bahnhof zur Bewirtung der passierenden Mannschaften sind großartig; nur freiwillige Gaben kommen dort durch freiwillige Nichtheerespflichtige zur Verteilung.

Ausländer gibt es nur noch wenige im Lande. Einige Russen, meist Damen, hat man in Baden soweit nötig unter besonderer Kontrolle vereinigt. Baron Knorring[1], der frühere Diplomat, verschwand kürzlich von dort. Ein anderer halbdiplomatischer unsicherer Russe mit dem griechischen Namen Zographo[2] wurde ausgewiesen. Auch Lady Acton[3], die Frau des britischen Geschäftsträgers, ist in Baden, ihr Mann vorläufig in Bern. Verschiedene reiche Amerikaner halten sich ebenfalls noch in Baden auf und bekunden große Sympathien für Deutschland; sie sammelten 9000 M[ark] für das Deutsche Rote Kreuz des XIV. Armeekorps.

Die strengen Maßnahmen gegen fremde verdächtige Automobile führten vor einigen Tagen in Ettlingen zu ernster Bedrohung eines mir befreundeten eingezogenen Offiziers der Landwehr-Kavallerie, des Freiherrn v. Venningen[4]. Er hatte in seiner hier wenig bekannten Kürassieruniform bei Achern Pferde ausgehoben, fuhr in seinem Auto nach Baden zurück und entging trotz klarer Ausweise, die als gefälscht angesehen wurden, nur mit knapper Not einer sofortigen Exekution, obgleich er seine Ruhe vollkommen bewahrte.

S. K. H. der Großherzog kehrte von Freiburg soeben zurück.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Weltkrieg Bd. 21 fol. 73, masch. Ausf.; Marg.: „v. S. M. 21./8."

[1] Knorring, Ludwig Baron v. (1859–1930), russ. Diplomat, 1910/11 Ministerresident in Darmstadt, zuständig für Sachsen-Coburg-Gotha, 1912 Privatier in Baden-Baden.

[2] Zographo, Michel, seit 1873 verheiratet mit Elisabeth Baronesse v. Meyendorff (geb. 1843), 1910 Attaché an der russ. Gesandtschaft in Baden-Baden, Titularrat, 1913 Entlassung aus dem diplomatischen Dienst.

[3] Acton, Lady, Gattin des britischen Geschäftsträgers in Darmstadt Richard Maximilian Dalberg Lord Acton (geb. 1870).

[4] Venningen gen. Ullner v. Diepurg, Karl Freiherr (1866–1914), Majoratsherr auf Eichtersheim, preuß. Rittmeister, Chef der 1. mob. Landsturm-Eskadron im Leibdragoner-Regiment Nr. 20.

1345. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 17. August 1914

Über die Kriegslage im Süden des Elsaß ist hier seit dem Kampf um Mülhausen gar nichts sicher bekannt.[1] Man weiß nur, daß die Stadt wieder geräumt wurde, daß die Truppen größtenteils in der Richtung nach Straßburg abzogen und daß auch Kolmar vom Feinde bedroht ist. Der dortige Bezirkspräsident v. Puttkamer[2] (beiläufig mein Schwager) hat Befehl erhalten, sich mit dem Kreisdirektor nach Freiburg zurückzuziehen. Seine Frau und 2 Töchter trafen nach zwölfstündiger Fahrt gestern hier ein. Offenbar ist nach dem Siege bei Mülhausen noch heftig gekämpft worden, und zwar, wie gerüchtweise verlautet, ohne Erfolge für uns. 34 Schwerverwundete wurden hier abgesetzt, die Transportfähigen fuhren weiter. Das 15. Armeekorps soll angeblich durch Gewaltmärsche außerordentlich angestrengt und deshalb in seiner Stoßkraft stark geschwächt worden sein. Man macht den General v. Deimling[3] dafür verantwortlich und meint, dies sei zu vermeiden gewesen. Derartige Gerüchte entstehen indessen leicht und sind mit Vorsicht aufzunehmen.

S. K. H. der Großherzog empfindet es besonders schmerzlich, daß ihm oder der Regierung gar keine Nachrichten vom Armeekommando zugehen, Graf Berckheim ist deshalb beauftragt worden, in Berlin anzuregen, ob nicht wenigstens der hohe Herr soweit möglich direkt vertraulich informiert werden könnte.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Weltkrieg Bd. 27 fol. 21, masch. Ausf.; Marg.: „Seitens des Generalstabes ist zugesichert worden, den Komm. General des XIV. Armeekorps anzuweisen, S. K. H. über die Kriegsereignisse zu informieren. Eine direkte Information der Bundesfürsten sei wegen ihrer Zahl und der Gefahr von Indiskretionen untunlich. 24./8.14; aus dem Hauptquartier 25./8."

[1] Vgl. Nr. 1344, 1346.

[2] Puttkamer, Albert August Wilhelm Freiherr v. (1861–1931), preuß. Regierungsrat, Bezirkspräsident in Colmar, seit 1895 mit Eisendechers Schwägerin Elisabeth Marie v. Eickstedt-Peterswaldt (1872–1931) verheiratet.

[3] Deimling, Berthold Karl Adolf (1905: v.) (1853–1944), seit 1871 im preuß. Militärdienst, 1900 Oberstleutnant, 1906 Oberbefehlshaber der Schutztruppe in Deutsch-Südwestafrika, 1907 Divisionskdr. in Mülhausen/Elsaß, 1913 Kdr. General des XV. AK in Straßburg, 1914 Einsatz in Frankreich, 1916 Pour le mérite, 1917 Pensionierung wegen Differenzen mit der 3. OHL, 1919 Eintritt in die DDP, 1924 Mitbegründer des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold".

1346. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 24. August 1914

Die Männergesangvereine der Residenz veranstalteten vorgestern abend anläßlich des wichtigen Sieges bei Metz eine Kundgebung vor dem Schloß unter massenhafter Beteiligung der Bevölkerung. S. K. H. der Großherzog hielt vom Balkon eine Ansprache, die in einem Hoch auf S. M. den Kaiser und König ausklang und begeistertes Echo fand. Seitdem herrscht überall helle Freude über die weiteren großartigen Erfolge. Die[a] schmerzlichen Verluste nimmt man willig hin, und die zeitweilige Wiederbesetzung des oberen Elsaß durch den Feind macht wenig Eindruck. Wahrscheinlich ist die abermalige Räumung dort bereits erfolgt. Ob auch Kolmar besetzt war, weiß man hier nicht sicher,

mein Schwager, der Bezirkspräsident v. Puttkamer, der auf Befehl die Stadt verlassen hatte, will heute den Versuch machen, auf seinen Posten zurückzukehren. Ich höre von ihm, daß mit den französischen Truppen schon während der ersten Kämpfe bei Mülhausen ein Zivilist erschienen sei, der sich als der „nouveau Préfet de Colmar" eingeführt habe.[1]

Die zahlreichen Lazarette der Stadt sind inzwischen fast sämtlich mit Verwundeten, Deutschen und Franzosen, belegt. Alles dazu war vortrefflich vorbereitet, so daß der Transport sich in musterhafter Weise bewältigen läßt. I. K. H. die Großherzogin Luise wie auch der Großherzog, seine hohe Gemahlin und die Prinzessin Max besuchen beinahe täglich die Hospitäler.

Eisenbahnen und Briefe erleiden immer noch erhebliche Verspätungen, aber es ist damit doch schon besser geworden, wenigstens verkehren seit gestern wieder einzelne Post- und Schnellzüge, ich hoffe deshalb, mich womöglich in den nächsten Tagen in Darmstadt melden zu können. Briefe aus dem Auslande fehlen fast gänzlich. Die Großherzogin Luise erhielt durch einen der amerikanischen Friedensdelegierten, die in Konstanz tagen sollten, den Brief einer auch mir bekannten Dame aus London vom 12. d. Mts. folgenden Inhalts:

Your Royal Highness, three hours after we got to London war was declared on your beloved country. Day and night I am tormented by this thought. Rest assured that we shall do all we can to stop this awful wickedness. Thousands and thousands of our people hate this war. We, including Members of Parliament, are determined to see justice done to Germany. Can you ever forgive what seems the cruelest treachery? A madness seems to have come over our Government. I pray constantly for the welfare of yourself, the Kaiser and your dear country. I do not lose hope – many of our wisest people are waiting to help a just settlement. Believe me. Your Royal Highness most sorrowing but devoted Anna Barlow.[2] Many of us are utterly ashamed of our Government.

Die Schreiberin, Lady Barlow, Frau des Sir Thomas Barlow M.P.[3], war schon in Konstanz, um der Friedenskonferenz beizuwohnen, als der Krieg ausbrach, wurde von der Großherzogin Luise damals in Mainau empfangen.

Schade, daß es doch wohl nicht angängig scheint, den Brief zu veröffentlichen. Schließlich darf ich noch eine charakteristische Äußerung eines badischen Dragoners vom Leibregiment hier kurz erwähnen. Als mein Schwager, Graf Geßler[4], nach dem letzten Mahl im Kasino vor dem Ausrücken des Regiments in der Dunkelheit den Kasernenhof passierte, trat ein Dragoner, den er nicht kannte, an ihn heran und meinte: „Herr Graf haben uns immer gehörig herangenommen und sind manchmal sehr scharf gewesen, aber ich möchte doch noch, ehe wir ausrücken, sagen, wie wir uns freuen, daß ein Preuße uns führt".

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Weltkrieg Bd. 30 fol. 47f., masch. Ausf.; Marg.: „v. S. M. 14./9.; Kenntnis genommen: Berlin, den 14./9. 1914 Kriegsministerium; Auf allerh. Befehl: Gr. Gen. Stab, Kriegsmin., Ausw. Amt".

[a] Vorlage irrtümlich: Der.

[1] Vgl. Nr. 1345.

[2] Barlow, Anna Lady, Ehefrau von Sir Thomas Barlow.

[3] Barlow, Thomas Sir 1st Bart (1900: Baronet) (1845–1945), Kinderarzt, 1895–1907 an der Londoner Universitätsklinik.

[4] Geßler, Friedrich Wilhelm Leopold Graf v. (1862–1935), preuß. Offizier, Kdr. des 1. bad. Leibdragoner-Regiments Nr. 20.

1347. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 11. September 1914

Der begabte sozialdemokratische Führer Rechtsanwalt Dr. Ludwig Frank aus Mannheim ist als Kriegsfreiwilliger im ersten Gefecht, an dem er teilnahm, durch einen Kopfschuß gefallen.[1] Die Blätter aller Parteien widmen dem politischen Gegner ehrende Nachrufe.

Der Minister des Innern, Freiherr v. Bodman, hat dem Chef der sozialdemokratischen Fraktion und Partei des Landes, dem Abgeordneten Kolb, persönlich sein und des Ministeriums aufrichtiges Beileid ausgedrückt, und im gleichen Sinne haben sich die nationalliberalen und volksparteilichen Führer schriftlich geäußert.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Europa Nr. 82 Nr. 1 Bd. 23 fol. 147, masch. Ausf.; Marg.: „Aus dem Hauptquartier 23. 9. 14; St. S. d. I. 24./9."

[1] Frank starb am 3. Sept. 1914 in Baccarat/Frankreich.

1348. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 14. September 1914

Angesichts des andauernden gewaltigen Ringens unweit Paris und bei Lemberg erwartet man hier wie wohl überall sichere neue Nachrichten mit allergrößter Spannung. Es wird vielfach die Befürchtung laut, daß unser rastloses Vorgehen in ununterbrochenen Kämpfen die Truppen doch wohl stark überanstrengt habe, daß eine gewisse Erschöpfung eingetreten sein könnte. Trotzdem herrscht auch weiter Zuversicht und fester Glaube an den Sieg der gerechten Sache. Die außerordentlichen Verluste der badischen Regimenter, besonders der Leibgrenadiere, werden aber schwer empfunden, den bisherigen Kommandierenden General des XIV. Korps, Freiherrn v. Huene, soll die Hauptschuld treffen, durch zu frühes und unnötig offensives Draufgehen die großen Opfer herbeigeführt zu haben, deshalb ist die Stimmung gegen den jetzt hier ohne Kommando zurückgekehrten General recht bitter.[1]

Alle Reservelazarette sind mit Verwundeten fast voll belegt, darunter ca. 300 Franzosen, die, gut gepflegt, sich dankbar zeigen; sie werden meines Erachtens reichlich streng gehalten, dürfen z. B. ihre Krankensäle nie verlassen und keinerlei kleine Gaben empfangen. Unsere Rekonvaleszenten wünschen alle sehnlichst, bald wieder an die Front zu kommen. I. K. H. die Großherzogin Luise besucht täglich die Krankenhäuser, ist bei den Sitzungen des Roten Kreuzes, das vortrefflich arbeitet, zugegen und findet noch Zeit, bisweilen spätabends in der Gesandtschaft vorzusprechen.

Inzwischen vollzieht sich die Organisation der Landwehr und des Landsturms in größter Pünktlichkeit und Ruhe; in den Straßen werden die Zivilisten immer seltener, dagegen sieht man massenhafte Trupps von neu Eingekleideten singend und frohen Mutes vorbeiziehen. Die Haltung der Bevölkerung ist musterhaft, besonders rücksichts-

voll gegen jeden Uniformierten; seit Beginn der Mobilmachung sah ich noch nicht einen einzigen Betrunkenen.

Naturgemäß werden auch die allgemeine politische Lage, die Frage der Kriegsdauer und die möglichen Früchte unserer opferreichen Siege beim Friedensschluß hier schon erörtert, man hofft dabei sehr auf innere Schwierigkeiten bei den Feinden, die vielleicht den Frieden beschleunigen könnten. Vornehmlich tritt weiter überall der Haß gegen England hervor, das angeblich sogar japanische Hilfskräfte für Indien heranziehen will, ein solcher Schritt scheint aber kaum glaublich wegen des bekannten Antagonismus Australiens, Kanadas und der Vereinigten Staaten gegen Japan. – Ein aktives Eingreifen der Türkei für den Zweibund gilt hier als wahrscheinlich[2]; es könnte besonders für England ernste Folgen haben.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Weltkrieg Bd. 38 fol. 97, masch. Ausf.; Marg.: „v. G. St. 16. Sep.; S. M.?"

[1] Nieser an Dusch. „Berlin, 18. September 1914. [...] General v. Huene gilt hier als endgültig abgesägt; ein Armeekommando hat und wird er offenbar nicht erhalten, und mit einer diplomatischen Verwendung ist es auch nichts; er hat um eine solche beim Auswärtigen Amt nachgesucht, hat aber hier, wo man ihn kennt und auch nicht liebt, den Bescheid erhalten, daß man keine Verwendung für ihn habe" (GLA 233/34816 masch. Ausf.).

[2] Nachdem das Osmanische Reich am 3. Aug. 1914 zunächst seine bewaffnete Neutralität erklärt hatte, beschossen im Okt. 1914 türkische Schiffe die russ. Schwarzmeerküste, worauf die Ententemächte vom 2.–5. Nov. 1914 den Krieg erklärten.

1349. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 8. Oktober 1914

Vertraulich! Die Haltung der Presse in Baden ist andauernd, der großen Zeit entsprechend, im ganzen würdig und taktvoll. Der innere Streit ruht vollständig. Mit Recht werden die unglaublichen Lügen feindlicher Blätter energisch gebrandmarkt, dagegen gehen einzelne Artikel nach meinem Gefühl etwas zu weit in ihren allzu drastischen Äußerungen über die Feinde selbst und deren Truppen, namentlich tritt der Haß gegen England weiter hervor, man kann's verstehen, aber die Zeitungen sollten sich hüten zu schimpfen und die Gegner verächtlich zu behandeln. Da fehlt's bisweilen an der nötigen Vornehmheit.

Sehr von Übel sind meines Erachtens die zahlreichen Karrikaturen in Form von Postkarten. Ich sprach wiederholt darüber mit den Ministern und höre jetzt, daß die Regierung gegen diese häßlichen Auswüchse künstlerischen Spottes eingeschritten ist. Eine Warnung vor dem Ankauf in der Presse wäre erwünscht; ich erlaubte mir eine Anregung in diesem Sinne. Finden die Spottbilder keinen Absatz, so wird die Herstellung allmählich aufhören. In den Reihen der Kämpfenden selbst herrscht, wie Briefe zeigen, ein begreiflicher Widerwillen gegen die sogenannten Ulkkarten, die in so bitterernsten Tagen sicher nicht am Platze sind.

Die Stimmung im Lande bleibt fortgesetzt zuversichtlich, man wartet geduldig auf die großen Entscheidungen und findet sich in tapferer Ergebung in die enormen Verluste, hilft auch nach Kräften allerorten zur Linderung der Entbehrungen der Truppen und ihrer Angehörigen. Darin steht I. K. H. die Großherzogin Luise weit an erster Stelle. Der

Landesherr war wiederholt tageweise auf dem Kriegsschauplatze; die öffentliche Meinung hält solche kurzen Besuche bei den badischen Regimentern eigentlich nicht für ganz ausreichend, man wünscht S. K. H. länger im Felde, meint deshalb auch vielfach, die Verleihung des Eisernen Kreuzes sei etwas früh erfolgt. Prinz Max wirkt für's Rote Kreuz, er kehrte aus dem Hauptquartier des XIV. Armeekorps unwohl hierher zurück und scheint zu seinem Kummer den Anstrengungen in der Front nicht recht gewachsen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Weltkrieg Bd. 47 fol. 125, masch. Ausf.

1350. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 17. Oktober 1914

Für den vor dem Feinde gefallenen sozialdemokratischen Führer Dr. Frank[1] wurde dessen Parteigenosse, der Stadtverordnete Dr. Marum[2], in Karlsruhe-Oststadt ohne Gegenkandidaten in den Landtag gewählt. Von den bürgerlichen Parteien war Stimmenthaltung empfohlen, infolgedessen erschienen bei der Wahl nur 660 Abstimmende gegen 5666 im Jahre 1913.

Ähnlich wird die auf den 17. November anberaumte Reichstagsersatzwahl für Dr. Frank in Mannheim verlaufen. Als Nachfolger ist dort der revisionistische Genosse Geck[3] in Aussicht genommen.

In Heidelberg-Eberbach soll ebenfalls kein Wahlkampf stattfinden; das durch den Rücktritt des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Beck erledigte Mandat wird dem früheren nationalliberalen Führer Dr. Obkircher zufallen.[4]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 15, masch. Ausf.; Marg.: „Aus dem Hauptquartier 23. 10. 14; 2./11. mitget. R. A. d. I."

[1] Vgl. Nr. 1347.

[2] Marum, Ludwig Dr. jur. (1882–1934), seit 1908 Rechtsanwalt in Karlsruhe, seit 1911 Stadtverordneter, SPD, MdL 1914–1928, 1918/19 bad. Justizminister, dann bis 1929 bad. Staatsrat, MdR 1928–1933.

[3] Geck, Oskar (1867–1928), Redakteur der „Volksstimme" in Mannheim, SPD, MdR 1914–1928.

[4] Am 27. Okt. 1914 wurde anstelle des verstorbenen nationalliberalen Abgeordneten Beck im 12. bad. Reichstagswahlkreis (Heidelberg) Landgerichtsdirektor Obkircher gewählt (*Schultheß* 1914 S. 425). Am 17. Nov. 1914 erhielt der sozialdemokratische Redakteur Oskar Geck durch Ersatzwahl das Mannheimer Reichstagsmandat, das bisher der gefallene Rechtsanwalt Dr. Frank innehatte (*Schultheß* 1914 S. 428b).

1351. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 19. Oktober 1914

Die Stadt Karlsruhe veranstaltete gestern abend eine patriotische Kundgebung in der Festhalle, bei welcher die vereinigten Männergesangvereine vaterländische Lieder vortrugen und der Direktor des Gymnasiums, Geheimer Hofrat Professor Häußner[1], eine ausgezeichnete Rede über den Krieg, seine Ursachen und unsere Feinde hielt. Nach ihm

sprach der Professor der Technischen Hochschule v. Zwiedineck-Südenhorst[2], geborener Österreicher, über unseren Bundesgenossen.

I. K. H. die Großherzogin Luise und die regierenden Herrschaften waren zugegen. Kein Platz blieb leer in der großen Halle, und die „Wacht am Rhein" wie „Deutschland über alles" wurden stehend vom Publikum mitgesungen. Häußners vortreffliche Ausführungen verdienen meines Erachtens weite Verbreitung. Ich werde sie vorlegen, sobald sie im Druck erscheinen.[3] Der Redner bezeichnete mit Recht England als den Hauptschuldigen am Kriegsausbruch.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Weltkrieg Bd. 50 fol. 149, masch. Ausf.; Marg.: „Aus dem Hauptquartier 30. 10. 1914".

[1] Häußner, Josef Dr. (1850–1924), seit 1874 im bad. Schuldienst, 1876 Gymnasialprofessor in Freiburg, 1877 in Heidelberg, 1881 in Bruchsal, 1884 in Karlsruhe, 1894 Gymnasialdirektor in Tauberbischofsheim, 1897 in Baden-Baden, 1907 in Karlsruhe (Geh. Hofrat), 1919 Ruhestand (AV; PA-GLA).

[2] Zwiedineck-Südenhorst, Otto Edler v. (1871–1957) 1903 o. Professor der Nationalökonomie an der TH Karlsruhe, 1912/13 Rektor, 1920 in Breslau, 1921 in München, 1938 emeritiert.

[3] Eisendecher an Bethmann Hollweg. „Karlsruhe, 29. Oktober 1914. In einem Leitartikel der Karlsruher Zeitung [Nr. 296 vom 29. Okt. 1914] von heute über die Kriegslage mahnt der Redakteur Amend sehr verständigerweise zur Geduld und Zuversicht. Das führende nationalliberale Organ, die ‚Badische Landeszeitung' [Nr. 501 vom 28. Okt. 1914] bringt in der gestrigen Abendnummer unter dem Titel ‚Auge um Auge, Zahn um Zahn' einen längeren Entrüstungsschrei über das schamlose Verhalten Englands und die Notwendigkeit strengster Vergeltungsmaßnahmen" (Ebd. Bd. 54 fol. 24, masch. Ausf.; Marg.: „Aus dem Hauptquartier 7. 11. 1914").

1352. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 21. November 1914

Der persönlich hochachtbare und auch politisch als maßvoll anerkannte sozialdemokratische Chef der Kammerfraktion und Redakteur des „Volksfreund", Kolb, war unlängst in einer Sitzung des Badischen Roten Kreuzes zugegen, weil er einen Liebesgabentransport an die Front begleitet hatte, über den dessen Leiter, der Geheime Rat v. Oechelhäuser[1], Bericht erstattete.

Die Großherzogin Luise wohnt diesen Sitzungen regelmäßig an. Als die hohe Frau dem Berichterstatter dankte, wurde auch Herr Kolb als Begleiter genannt. I. K. H. gab ihm die Hand, und Kolb versäumte nicht, nach hergebrachter guter Sitte die Hand zu küssen. Die Großherzogin erzählte meiner Frau und mir nachher den charakteristischen kleinen Vorgang lächelnd mit dem Bemerken, daß ihr ein sozialdemokratischer Handkuß doch etwas eigentümlich vorgekommen sei, die ernste, große Zeit und der Krieg habe eben gottlob manchen Wandel geschaffen und im Innern versöhnend gewirkt.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 13, masch. Ausf.; Marg.: „v. S. M. in Berlin 30./11.; Aus dem Hauptquartier 30./11. 14."

[1] Oechelhäuser, Adolf v. Dr. (1852–1923), 1887 Privatdozent der Kunstgeschichte an der Universität Heidelberg, 1890 ao., 1893 o. Professor in Karlsruhe, 1904 Geh. Hofrat (AV; PA-GLA).

1353. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 4. Dezember 1914

Der erhebende, würdige Verlauf der Reichstagssitzung[1] wird hier wie wohl überall freudigst empfunden. Die Kommentare der Zeitungen zeigen besonders lebhafte Zustimmung zu Ew. Exz. wahrhaft hochsinniger klarer Darlegung der Lage. Die Rede macht offenbar gewaltigen Eindruck und findet starken Widerhall in der gesamten Presse. *Vorlage eines Artikels des Karlsruher Tagblatts.*[2]

Es gibt in Baden jetzt keinen Kleinmut, keine Pessimisten, allgemein besteht feste Siegeszuversicht und unerschütterliches Vertrauen in die Reichsleitung und unsere großartige Wehrkraft zu Wasser und zu Lande. Das war früher nicht so, der Krieg hat in dieser Beziehung im ganzen Reiche eine innere Festigung geschaffen, die man nicht hoch genug bewerten kann. Möchte solche einmütige Entfaltung aller Kräfte der Nation, wie Ew. Exz. sagten, auch nach Beendigung des schweren Kampfes vorhalten.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Weltkrieg Bd. 66 fol. 69, masch. Ausf.

[1] Am 2. Dez. 1914 wurde im Reichstag das zweite Kriegskreditgesetz angenommen (Sten. Ber. RTG Bd. 306 S. 17ff.).

[2] Nr. 335 vom 3. Dez. 1914.

1354. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 8. Dezember 1914

Die Absicht der Parteien Badens, eine allgemeine Vereinbarung zu treffen, daß bei Ersatzwahlen für den Landtag der Besitzstand ohne Kampf gewahrt bleibe, ist leider durch den Widerstand des Zentrums nicht zur Ausführung gelangt. Es handelt sich zunächst um den Bezirk Donaueschingen, der fast immer nationalliberal vertreten war. Da das Zentrum dort schon seit einiger Zeit für einen eigenen Gegenkandidaten stark agitiert, wird also gekämpft werden.[1] Die Badische Nationalliberale Korrespondenz[2] erstattet über die Lage den angeschlossenen Bericht.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 15, masch. Ausf.; Marg.: „R. A. d. Innern 14./12."

[1] Da sich die nationalliberalen Vertrauensmänner des Donaueschinger Landtagswahlkreises Ende Okt. 1914 nicht rasch auf einen Nachfolger für den verunglückten Mandatsinhaber Wagner einigen konnten, nominierte das Zentrum am 28. Okt. 1914 als stärkste Partei einen Gegenkandidaten. Um den gefährdeten „Burgfrieden" zu erhalten, bat der bad. Innenminister v. Bodman den Chef der Reichskanzlei Wahnschaffe, auf die Führung des Reichstagszentrums wegen Zurückziehung der Sonderkandidatur einzuwirken. Zentrumsführer Spahn antwortete Wahnschaffe, „daß die Verhältnisse in dem betreffenden Wahlkreise mit Rücksicht auf die Stärkeverhältnisse der Parteien und die minimale Mehrheit, mit der der verstorbene Mandatsträger gewählt worden sei, besonders geartet seien und daß deshalb der angeregten Zurückziehung der Zentrumskandidatur große Schwierigkeiten entgegenstehen" (Nieser an Bodman vom 6. Nov. 1914, GLA 52 Nachlaß Bodman/10, eig. Ausf.). Wahnschaffe schloß sich Spahns Vorschlag, die Wahl zunächst aufzuschieben, an, doch erblickte Bodman darin „keinen gangbaren Ausweg aus der durch die Zentrumskandidatur geschaffenen peinlichen Situation", weil ein weiteres Mandat vakant sei und sich jederzeit die Einberufung der Kammern ergeben könne. In Spahns Vorschlag könne er „nichts anderes als den Versuch

erblicken, die Schuld an der Friedensstörung von der Partei ab- und der Regierung aufzubürden" (Bodman an Nieser vom 9. Nov. 1914, GLA 52 Nachlaß Bodman/10, eig. Konz.). Der Donaueschinger Amtsvorstand Schaible berichtete, daß der Wahlkreisvorsitzende des Zentrums, Redakteur Dr. Lauer, die Zurückziehung der Kandidatur abgelehnt habe: „95% der Zentrumswähler des Wahlbezirks verlangten" diese. „Es sei sogar eine nicht unerhebliche Anzahl von Zentrumswählern da, die ihm seinen Schritt wegen Aufschiebung der Wahl übelgenommen hätten" (Schaible an Bodman vom 12. Nov. 1914, GLA 52 Nachlaß Bodman/10, masch. Ausf.).

Staatsminister v. Dusch unterrichtete Bodman am 4. Dez. 1914 von seinem Gespräch mit dem bad. Zentrumsabgeordneten Kopf, „der persönlich gegen die Aufstellung eines Zentrumskandidaten" sei, „aber erklärte, gegen die Parteivertretung in Donaueschingen sei nicht aufzukommen" (GLA 52 Nachlaß Bodman/10, eig. Ausf.). Nach Rücksprache mit den Zentrumsführern Spahn, Erzberger und Fehrenbach gewann auch Wahnschaffe den Eindruck, „daß eine Einwirkung auf das Reichszentrum im Interesse einer Zurückziehung der Zentrumskandidatur in Donaueschingen ergebnislos sei. Offenbar hätten sich die Landes- u[nd] die örtlichen Organisationen schon zu festgelegt, um noch zurückgehen zu können" (Nieser an Bodman vom 5. Dez. 1914, GLA 52 Nachlaß Bodman/10, eig. Ausf.; Marg.: „S. K. H. dem Großherzog untertänigst vorgelegt").

[2] (Bad. Landeszeitung, Nr. 570 vom 8. Dez. 1914). Zentrumsführer Wacker bedauerte es gegenüber dem nationalliberalen Parteivorsitzenden Rebmann, daß ihm nicht rechtzeitig ein für „alle Parteien bindendes und auf alle eintretenden Fälle anzuwendendes Abkommen" zur „Wahrung des Besitzstandes der Parteien bei Ersatzwahlen während des Krieges" übermittelt wurde. Für die Wahlen am 10. Dez. 1914 (Müllheim-Lörrach und Engen-Donaueschingen) könne es „aber nicht mehr erzielt werden, weil die Bezirksleitung des Zentrums [...] nicht mehr in der Lage ist, das jetzt noch außer Kraft zu setzen, was sie zur Vorbereitung der Wahl [...] beschlossen und getan hat" (Ebd.).

1355. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 12. Dezember 1914

Die Ersatzwahl für den Badischen Landtag in Donaueschingen ergab einen Sieg der Nationalliberalen mit nur 28 Stimmen Mehrheit.[1] Alle liberalen Parteien sowie anscheinend auch die meisten der sonst vom Zentrum abhängigen Konservativen unterstützten den nationalliberalen Kandidaten, trotzdem erwies sich das Zentrum als fast ebenso stark.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 15, masch. Ausf.; Marg.: „Mitg. 19./12. R. A. d. Innern".

[1] Vgl. Nr. 1354.

1356. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 2. Februar 1915

Die badischen Kammern kommen übermorgen zu ganz kurzer Tagung zusammen[1], um namentlich ein Anleihegesetz zu beraten, dessen einstimmige Annahme erwartet wird. Neben wenigen kleinen Vorlagen soll alsdann die Denkschrift der Regierung[2] über die wirtschaftlichen Maßnahmen anläßlich des Krieges besprochen werden.

Die sozialdemokratische Fraktion und Partei ist in einiger Verlegenheit, weil eine Wiederwahl des bisherigen Präsidiums der Zweiten Kammer beabsichtigt wird und

deren erster Präsident wegen ernster Erkrankung nicht erscheinen kann. Der Sozialdemokrat Geiß müßte also als erster Vizepräsident die Verhandlungen leiten, bei dem Eröffnungsakt in üblicher Weise das Hoch auf S. K. H. den Großherzog ausbringen und auch im Schloß bei dem Empfang der Mitglieder seinen repräsentativen Pflichten nachkommen. Weigert er sich, so wollen die bürgerlichen Parteien sich womöglich auf einen anderen ersten Vizepräsidenten, und zwar einen Zentrumsabgeordneten, einigen. Nach der Stärke der Fraktionen stände dem Zentrum die erste Präsidentenstelle zu, da bei der letzten Wahl aber der Nationalliberale, jetzt kranke, Rohrhurst gewählt wurde, lehnte das Zentrum die zweite Stelle im Präsidium ab, die dann dem Sozialdemokraten zufiel.[3]

Die Regierung hofft im Falle der Weigerung Geiß', daß jetzt das Zentrum keine Schwierigkeiten machen werde, sonst ergäbe die Lage einen unerwünschten Konflikt. Über die Beschlüsse der sozialdemokratischen Fraktion war heute im Ministerium des Innern noch nichts bekannt. Der Empfang im Schloß soll morgen stattfinden.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 15, masch. Ausf.

[1] Vgl. 1357, 1358.
[2] *Denkschrift [Erste].*
[3] Vgl. Nr. 1322, 1323.

1357. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 4. Februar 1915

Die sozialdemokratischen Abgeordneten sind bei dem gestrigen Empfang der Kammer durch S. K. H. den Großherzog im Schlosse erschienen, vorgestellt und angesprochen worden. Der den erkrankten Präsidenten vertretende erste Vizepräsident, Genosse Geiß-Mannheim, wird in der heutigen ersten, vielleicht einzigen Sitzung das übliche Hoch auf den Landesherrn ausbringen. Damit ist die im Bericht Nr. 14 vom 2. d. Mts.[1] behandelte Frage, betreffend die Haltung der Sozialdemokraten, in befriedigender Weise erledigt.

In der gestrigen langen Vorberatung von Mitgliedern beider Häuser herrschte, wie ich höre, erfreuliche Einigkeit über Annahme der Regierungsvorlagen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 15, masch. Ausf.; Marg.: „v. S. M. 9./2.; mitget. 12./2. Reichsamt des Innern".

[1] Nr. 1356.

1358. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 4. Februar 1915

Die Kriegstagung der badischen Kammern wurde heute durch den Staatsminister Freiherrn v. Dusch im Auftrage S. K. H. des Großherzogs mit anliegender Ansprache[1] eröffnet und nach einstimmiger Annahme der Regierungsvorlagen in kurzen Sitzungen beider Häuser gleich wieder geschlossen. Richtiger, es erfolgte nicht Schluß, sondern Vertagung.

Der sozialdemokratische erste Vizepräsident Geiß leitete die Verhandlung der Zweiten Kammer in taktvoller und dem Ernste der Zeit entsprechender Weise. Mit warmen Worten gedachte er der im Felde gebliebenen beiden Mitglieder und eines Dieners des Hauses sowie der sonst verstorbenen Abgeordneten. Das von ihm am Schluß ausgebrachte Hoch lautete: „Großherzog Friedrich von Baden, das deutsche Vaterland, unser badisches Heimatland". Mit diesem Wortlaut erlaubte der Mannheimer Genosse sich eine kleine Variation, sonst hieß es nur: „S. K. H. Großherzog Friedrich von Baden Hoch ..."

Im anderen Hause hielt S. G. H. der Prinz Max eine nach Vortrag und Inhalt meisterhafte, eindrucksvolle Begrüßungsansprache. Das Feldgrau war in der Ersten Kammer durch 9, in der Zweiten durch 13 Mitglieder aus allen Parteien vertreten, unter letzteren ein sozialdemokratischer Vizefeldwebel, sonst Arbeitersekretär. Zum ersten Male seit den sechziger Jahren nahm auch der Freiburger Erzbischof seinen Sitz im Oberhause ein. Ich habe Herrn v. Dusch zu dem schönen Verlauf der denkwürdigen Tagung warm beglückwünscht. [...]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 15, masch. Ausf.; Marg.: „v. S. M. 9./2.; 12./2. R. A. d. Innern".

[1] Karlsruher Zeitung, Nr. 34 vom 4. Febr. 1915.

1359. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 16. Februar 1915

Das Zustandekommen einer Vereinbarung der Parteien Badens, daß während des Krieges bei Ersatzwahlen für den Landtag der Besitzstand ohne Wahlkampf gewahrt bleibe, scheiterte seinerzeit – vergl[eiche] den Bericht Nr. 97 vom 8. Dezember v. J.[1] – an dem Widerstande des Zentrums. Erfreulicherweise hat jetzt auch diese Partei ihren ablehnenden Standpunkt verlassen, und die hierauf getroffene Übereinkunft, die sich zugleich auf Ersatzwahlen zum Reichstag bezieht, wurde durch die anliegende, in den Zeitungen vom 13. d. Mts. abgedruckte Erklärung bekanntgegeben.[2]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 15, masch. Ausf.; Marg.: „Staatssekr. d. Innern 25./2."

[1] Nr. 1354.

[2] (Bad. Beobachter, Nr. 71 vom 13. Febr. 1915): Am 10. Febr. 1914 erklärten die Vorsitzenden der bad. Sozialdemokraten, FVP, Nationalliberalen, Konservativen und des Zentrums sich „damit einverstanden, daß für die Dauer des gegenwärtigen Krieges für Ersatzwahlen zum Reichs- und Landtag" in Baden „der Besitzstand der Parteien gewahrt bleibt und dem Kandidaten derjenigen Partei, die das Mandat im Besitz hatte, ein Gegenkandidat nicht gegenübergestellt werden soll. Diese Übereinkunft bleibt in Kraft bis zum Tage des Friedensschlusses und gilt auch für solche Mandate, die vor dieser Zeit frei werden, für die die Wahl aber erst nach Friedensschluß vorgenommen wird. Die Partei, die in dieser Zeit ein Mandat zu besetzen hat, soll in der Auswahl des Kandidaten ganz frei sein" (Ebd.).

1360. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 27. Mai 1915

Der Kriegszustand bringt es mit sich, daß hier zwischen dem Generalkommando und der Landesregierung bisweilen leichte Reibungen entstehen.[1] Sie sind bis jetzt durch beiderseitige Rücksichtnahme und persönliche Verständigung bald beseitigt worden. Gelegentlich habe auch ich zur Überwindung kleinerer Differenzen beitragen können.

Im ganzen arbeiten Zivil- und Militärbehörden gut zusammen. Der stellvertretende Kommandierende General Freiherr v. Manteuffel[2] wahrt pflichtgemäß seinen Standpunkt, zeigt aber stets taktvollstes Entgegenkommen. Ich durfte schon melden, daß er in verhältnismäßig kurzer Zeit sich Ansehen und Anerkennung verschaffte.[3]

Die militärische Verhängung der Briefsperre an der Schweizer Grenze wurde zuerst naturgemäß recht unangenehm empfunden, der Minister des Innern, Freiherr v. Bodman, erhob anfangs dagegen lebhafte Bedenken, indessen ich höre, daß die Anordnung uns manche wertvolle und wichtige Nachrichten zusicherte, die sonst nicht zu unserer Kenntnis gekommen wären.

Das Generalkommando beansprucht auch uneingeschränkte Kontrolle der Zeitungen.

Mit der erwünschten Weisung an die Presse, betreffend die Behandlung Italiens[4], war anscheinend die Regierung allzu selbständig ohne Mitwirkung der Militärbehörde vorgegangen. Das veranlaßte Herrn v. Manteuffel zu remonstrieren. Man hat sich dann aber bald in der Sache friedlich geeinigt.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 15, masch. Ausf.

[1] Durch Verhängung des Kriegszustandes am 31. Juli 1914 ging die Exekutive auf die Kommandos der einzelnen Armeekorps über.

[2] Manteuffel, Karl Ernst August Friedrich Freiherr v. (1853–1922), preuß. General der Infanterie, 1914–1916 stellvertr. Kdr. General des XIV. AK.

[3] Eisendecher an Bethmann Hollweg. Karlsruhe, 23. Februar 1915. Vertr[aulich]. Der zum stellvertretenden Kommandierenden General des XIV. Armeekorps unlängst ernannte General d[er] Infanterie Fr[ei]h[err] v. Manteuffel findet hier allseitige Anerkennung durch sein erfolgreiches Wirken u[nd] die liebenswürdige Art seines Auftretens nach jeder Richtung. Sowohl der Landesherr wie die Gr[oßherzogin] Luise und die Zivilbehörden, mit denen er zu tun hat, begrüßen die Wahl als glücklich u[nd] nutzbringend. Sein Vorgänger, Fr[ei]h[err] v. Huene, erfreute sich leider nicht immer derselben Beliebtheit; er genoß anscheinend nicht überall das für seine Stellung so wünschenswerte unbedingte Vertrauen. Als zeitweiliger Chef des Großen Generalstabes bringt Herr v. Manteuffel eine sehr reiche Erfahrung mit, ist über alle Verhältnisse seit dem Beginn des Krieges gründlich informiert u[nd] zeigt hervorragendes Verständnis für Land u[nd] Leute [...] (ZStA Merseburg, 2. 4. 16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 119 fol. 40, eig. Konz.; Marg.: „abges. 23. 2. 15").

[4] Am 23. Mai 1915 erklärte Italien Österreich-Ungarn den Krieg, am 26. Aug. 1916 schließlich auch dem Deutschen Reich.

1361. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 17. Juni 1915

Am heutigen Tage sollte das zweihundertjährige Bestehen der badischen Residenz gefeiert werden. Es war dazu eine größere Ausstellung geplant, deren Baulichkeiten im Entstehen begriffen waren, als der Krieg ausbrach. Unter den gegebenen Verhältnissen

unterbleibt verständigerweise jede Feier; solche wurde vorläufig bis zum nächsten Jahr verschoben.

Ich habe soeben den Oberbürgermeister aufgesucht und ihm meine Teilnahme sowohl wegen des gestörten Stadtjubiläums wie wegen der Verluste und Schädigungen durch die feindlichen Flieger zum Ausdruck gebracht. Gleichzeitig erlaubte ich mir, auch ohne besondere Ermächtigung das schmerzliche Bedauern und die lebhafte Entrüstung der königlichen Regierung anläßlich des feigen Bombenüberfalls[1] auszusprechen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 15, masch. Ausf.; Marg.: „v. S. M. 22./6."

[1] Luftangriff vom 15. Juni 1915 (Vgl. Nr. 1362, 1363).

1362. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 17. Juni 1915

Ew. Exz. beehre ich mich, den Bericht des großherzoglichen Bezirksamtes über den Angriff der feindlichen Flieger auf die badische Residenz gehorsamst vorzulegen.[1] Von den schwerverletzten Personen sind leider noch einzelne verstorben, so daß die Gesamtzahl der Toten 27 beträgt. Die weiter in Behandlung befindlichen Verwundeten werden voraussichtlich alle geheilt werden. Viele ganz leichte Verletzungen wurden überhaupt im Bezirksamt nicht gemeldet.

Mit Recht heben die Zeitungen hervor, daß die Haltung der Bevölkerung bei dem plötzlichen Überfall verständige Ruhe bewahrte. Von irgendwelcher Panik war nicht die Rede. Vielleicht wären die Menschenverluste und Verwundungen erheblich geringer, wenn die erlassenen Verhaltungsmaßregeln bessere Beachtung gefunden hätten. Die Leute zeigten im allgemeinen eher Neugierde als Vorsicht oder Angst, das wird sich infolge der nunmehrigen üblen Erfahrungen bei etwaigen neuen Angriffen wohl ändern.

Der in der Presse veröffentlichte amtliche französische Bericht erregt naturgemäß starke Erbitterung, man ist empört über den ausdrücklichen Befehl, die offene, gänzlich unverteidigte Stadt tunlichst zu zerstören und besonders das friedliche, von zwei hohen Damen bewohnte Schloß anzugreifen. Brände, die der Bericht meldet, sind überhaupt nicht ausgebrochen und militärisch wichtige Zerstörungen gar nicht entstanden. Die angeblich mit dem Angriff beauftragten 23 Flugzeuge hat hier niemand gesehen, nur 7 wurden sicher beobachtet, darunter, wie unsere Fachleute meinen, auch englische.

Presse und Publikum tadeln vielfach die Militärbehörde, weil sie nicht für frühzeitige Warnung gesorgt habe. In der Tat ertönten die Sirenen nicht wesentlich vor den ersten Explosionen, das lag aber namentlich daran, daß die Flieger erst bei Rastatt ihren Kurs hierher richteten und dann natürlich in wenigen Minuten über der Stadt sein mußten. Die einzige militärisch bediente Sirene (in der Munitionsfabrik) konnte daher kaum früher das erste Alarmsignal geben. Eines der Flugzeuge wurde im Elsaß heruntergeschossen, ein zweites dort anscheinend zur Landung gezwungen; den übrigen gelang es leider zu entkommen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Weltkrieg Bd. 124 fol. 89, masch. Ausf.; Marg.: „v. S. M. 21. 6. 15; Chef des Generalstabes des Feldheeres, Militärkabinett 28./6.15."

[1] Vgl. Nr. 1361, 1363.

1363. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 30. Juni 1915

Wie allgemein freudig anerkannt, war I. K. H. die Großherzogin Luise von Baden stets in hervorragender, aufopfernder Weise für Freund und Feind im Dienste des Roten Kreuzes tätig, wirkte schon in den Jahren 1870–71 unermüdlich in den Hospitälern und hat auch im gegenwärtigen Kriege Höchstihre wahrhaft rührende Fürsorge sowohl unseren wie den französischen Verwundeten oder Internierten zugewendet. Diese bewundernswerte Tätigkeit der hohen Frau kann auch in Frankreich nicht unbekannt geblieben sein. Um so unbegreiflicher und ruchloser erscheint daher der von der französischen Heeresleitung befohlene Fliegerangriff auf Karlsruhe und die ausdrückliche Bezeichnung des Schlosses als zu zerstörendes Ziel.[1]

Kaum irgendein Vorgang seit Kriegsausbruch hat offenbar eine so allseitige Empörung hervorgerufen und auch bei den Neutralen einen so üblen Eindruck gemacht wie dieser Überfall. Die Presse trägt solcher Stimmung Rechnung und hebt zugleich hervor, daß alle Welt auch von der Anwesenheit I. M. der Königin von Schweden im hiesigen Schlosse wohl Kenntnis haben konnte.

I. K. H. die Großherzogin Luise empfindet die mit dem brutalen Angriff bekundete Gesinnungsroheit und den schamlosen Undank für Höchstihre den gefangenen und verwundeten Franzosen erzeigte Fürsorge zweifellos sehr bitter, aber in gewohnter Milde und christlicher Nächstenliebe hofft die hohe Frau, daß man unsererseits keine andere Vergeltung übe, als diese durch Erhebung von Geldstrafen in besetzten französischen Städten bereits angeordnet wurde. In Baden erfolgten beiläufig schon dreimal vorher ähnliche Bombenattentate auf offene Plätze, in Müllheim, Freiburg und Mannheim.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Weltkrieg Bd. 127 fol. 49, masch. Ausf.

[1] Vgl. Nr. 1361, 1362.

1364. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 11. Juli 1915

Vertraulich. Man hat in Baden vielfach etwas abfällig darüber geredet, daß der Prinz Max nicht in der Front mitkämpfe. Er selbst fühlt sicher auch, wie eigentlich dort sein Platz sei, aber in richtiger Erkenntnis seiner minderen Befähigung für den soldatischen Dienst zog er vor, sich anderweitig nach Möglichkeit nützlich zu machen. Ich meine, er hatte damit Recht. Der militärische Beruf liegt ihm nicht. Trotz größter Gewissenhaftigkeit und ernstem Pflichtgefühl wäre ein Kommando für ihn im Kriege verfehlt gewesen. Seine bisherige Betätigung sowohl in Angelegenheiten des Roten Kreuzes wie in politischer Richtung verdienen meines Erachtens alle Anerkennung. Durch seine vielseitigen Beziehungen besonders zu hohen Verwandten, sein gesundes, maßvolles politisches Urteil, vollendeten Takt und ehrliche Überzeugungstreue konnte er unterderhand bisweilen schon in zweckmäßiger Weise wirken.

Ew. Exz. haben den Prinzen, wie ich von ihm weiß, unlängst eingehender gesprochen

und dabei wohl ebenfalls den Eindruck seiner nützlichen Tätigkeit gewonnen. S. G. H. wird unter anderem in diesen Tagen wiederum dem Empfang unserer heimkehrenden Schwerverwundeten in Konstanz beiwohnen, hat in Sachen der Behandlung der deutschen Gefangenen in Rußland letzthin an die Zarin geschrieben und kürzlich I. M. der Kaiserin und Königin in gewissen für den Krieg wichtigen Fragen Vortrag gehalten und Allerhöchstderen Mitwirkung anscheinend mit Erfolg erbeten. Ew. Exz. sind hierüber zweifellos genau informiert, ich wollte nur nicht unterlassen, auch meinerseits auf die persönliche verdienstvolle Wirksamkeit des Prinzen hinzuweisen, von der man sonst wenig hört. In der gegenwärtigen Lage wie bei den kommenden Verhandlungen und Auseinandersetzungen dürfte sein Urteil stets von Wert sein, um so mehr, als unser allergnädigster Herr den Prinzen hochschätzt und ihm volles Vertrauen schenkt – wenigstens ist das mein Eindruck.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 13, eig. Ausf.

1365. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 24. Juli 1915

Der Staatsrat und bisherige Ministerialdirektor im Justizministerium Dr. Hübsch wurde als Nachfolger des verstorbenen Dr. Böhm zum Minister für Kultus und Unterricht ernannt.

Seine Ernennung wird in der gesamten Presse zustimmend begrüßt. Er ist katholisch, in Wertheim geboren, 67 Jahre alt und mir seit langen Jahren als ein vortrefflicher Beamter und liebenswürdiger Charakter bekannt. Die Verhandlungen mit der Freiburger Kurie, die nicht selten recht schwierig waren, lagen vielfach in seiner geschickten Hand. Man kann meines Erachtens die Wahl als eine besonders glückliche bezeichnen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 2 Bd. 2, masch. Ausf.; Marg.: „mitg. 30./7. Staatssekretär d. Innern".

1366. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 21. September 1915

I. K. H. die Großherzogin Luise von Baden entfaltet auch während des derzeitigen Aufenthalts in Schloß Mainau eine ganz erstaunliche Tätigkeit. In Anbetracht Höchstihres Alters – am 3. Dezember werden's 77 Jahre – hatte man gehofft, die hohe Frau werde sich dort schonen und etwas Ruhe gönnen, aber kein Tag vergeht ohne längere Besuche der im badischen Seegebiet untergebrachten Verwundeten, und fast täglich werden im Schloß Beamte, Ärzte, Geistliche oder Angehörige gefallener Krieger empfangen, auch nach allen Richtungen Korrespondenzen erledigt und Anregungen gegeben, die sich meist auf die Fürsorge für Verwundete, Gefangene oder Internierte beziehen.

Ich weilte vom 15. bis 19. d. Mts. als Gast auf der Insel. In dieser Zeit war I. K. H. gewöhnlich von nachmittags bis spät abends zu den Lazarettbesuchen abwesend. Von etwa 11 bis gegen 1 Uhr durfte ich die Frau Großherzogin auf Spaziergängen begleiten,

wo der Krieg, die politische Lage, Maßnahmen der Fürsorge aller Art und die wirtschaftlichen Verhältnisse besprochen wurden.[1] An einem Mittage erschienen die Mitglieder der gemischten Kommission, welcher in Konstanz der Empfang und die Weiterbeförderung der schwerverwundeten Austauschgefangenen obliegt, darunter 3 Schweizer. Anderentags war die Frau Roth, Witwe des früheren schweizerischen Gesandten in Berlin[2], geladen, die sich im Dienste des Roten Kreuzes hervorragend betätigt. Am 18. nachmittags besuchten mehrere Hundert österreichische Verwundete mit Offizieren und deren Damen die Insel, nachdem sie von Bregenz kommend in Konstanz festlich empfangen worden waren. Fast anderthalb Stunden sprach I. K. H. unermüdlich mit den Besuchern, Offizieren wie Mannschaften, die in begeisterter, freudigster Stimmung wieder abfuhren. Trotz diesem anstrengenden, bis nach 6 Uhr dauernden Empfang folgte dann noch eine Fahrt zu den Verwundeten im Nachbarorte Staad.

Beim Eintreffen der deutschen Schwerverwundeten in Konstanz, von denen der erste Zug morgen erwartet wird, will die Großherzogin mit dem Prinzen Max zugegen sein. Die Rückkehr hierher soll wahrscheinlich Ende der Woche erfolgen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 13, masch. Ausf.; Marg.: „v. S. M. 25./9.; Chef des Generalstabes des Feldheeres, den 9. 10. 1915, dem Militär-Kabinett im G. H. Qu."

[1] Vgl. Nr. 1367.

[2] Roth, Arnold Dr. (1836–1904), 1861 Sekretär der schweiz. Gesandtschaft in Berlin, 1869/70 des politischen Departements in Bern, 1877–1904 schweiz. Gesandter in Berlin. Verheiratet mit Aline, geb. Zollinger.

1367. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 24. September 1915

Vertraulich. I. K. H. die Großherzogin Luise von Baden sprach während meines kürzlichen Besuches in Schloß Mainau wiederholt eingehend mit mir über die politische Lage, die möglichen Friedensaussichten und die außerordentlichen Leistungen unserer Heere. Ich konnte dabei die Klarheit und Milde ihres Urteils über die Verhältnisse, wie sie der Krieg gestaltet, nur aufrichtig bewundern.

Die hohe Frau bekundet stets freudigste Zuversicht in unsere gerechte Sache und die erfolgreiche Beendigung des schweren Kampfes um unser Dasein. Sie hegt unbegrenztes Vertrauen zu Ew. Exz. Leitung der Reichspolitik und hat vollstes Verständnis für die gewaltigen Aufgaben und Schwierigkeiten, die der Krieg mit sich bringt und die uns vor und nach dem Friedensschluß noch bevorstehen.

In erster Linie beschäftigt sie sich naturgemäß höchstpersönlich mit der Fürsorge für Verwundete, Hilfsbedürftige und feindliche Internierte. Auf allen diesen Gebieten entfaltet sie eine erstaunliche Tätigkeit und zeigt umfassende praktische Einsicht. Sie möchte namentlich das Los älterer feindlicher festgehaltener Staatsangehöriger gemildert sehen. So bemühte sie sich bisher vergebens, die Entlassung dreier alter Engländer zu bewirken, die ihrer Gesundheit wegen in Nauheim waren und dort nun zurückgehalten werden. Einer der Herren, Admiral Chilcote[1], wenn ich nicht irre, ist kürzlich gestorben. Alle sind über 60 Jahre alt, einer angeblich über 80.

Dann befindet sich ein altes französisches Ehepaar vornehmer Herkunft in Heidelberg, dessen Loslassung sie bisher auch erfolglos befürwortet.

Unsere Verwendung schädlicher Gase bedauert I. K. H., auch kann sie sich mit den als Vergeltung angeordneten Fliegerangriffen auf offene Städte schwer befreunden. Sie hat, wie Ew. Exz. wissen, seit Jahren an einer womöglichen Verständigung mit England redlich mitgeholfen und beklagt aufs tiefste die jetzt auf beiden Seiten herrschende Erbitterung, weil ihres Erachtens doch früher oder später wieder ein Einvernehmen hergestellt werden muß.

Über Elsaß-Lothringen äußert die Großherzogin ziemlich bestimmt immer ihre Ansicht dahin, daß die Reichslande Bundesstaat werden sollten, womöglich mit dem Fürsten von Hohenzollern als Herzog oder Großherzog. Eine Teilung scheint ihr nicht erwünscht, und besonders hat sie gegen jede Vergrößerung Badens durch elsässisches Gebiet ernsteste Bedenken.[2]

Sie hält es für durchaus notwendig, daß man auf die Vereinigten Staaten die erforderliche Rücksicht nimmt und den U-Boot-Krieg soweit mildert[3], als die unbedingte Sicherung unserer Fahrzeuge es zuläßt, denn ihrer Meinung nach sollte unter allen Umständen ein Eingreifen der großen Republik in den Krieg gegen uns vermieden werden. Sehr einflußreiche Kreise drüben arbeiten augenscheinlich für [ein] solches Eingreifen, und England sucht mit allen Mitteln diese Stimmung zu fördern. Der in Baden lebende erfahrene Deutschamerikaner Herr Sielcken[4] bestätigt mir das und rät dringend, die Gefahren und Folgen einer wirklichen Feindschaft der Vereinigten Staaten nicht zu unterschätzen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 13, masch. Ausf.

[1] Chilcote (gest. 1915), engl. Admiral a. D., 1914 interniert.

[2] Am 30. März 1916 berichtete der bayer. Gesandte Moy, daß nach Ansicht des Obersthofmeisters Graf Andlaw „der Wunsch, bayerisch zu werden, im Elsaß überwiege und daß seine beiden Schwäger Zorn v. Bulach sehr dafür eingenommen seien; der Großherzog" sei „einer Aufteilung der Reichslande innerlich nicht abgeneigt", doch sei die Großherzogin Luise „entschieden dagegen, weil sie nicht wünsche, daß ihr Sohn in dieser Frage eine andere Entscheidung treffe, als ihr verewigter Gatte es in 1871 getan" habe. Andlaw meine „jedoch, daß seine Herrin in politischen Fragen nicht einen überwiegenden Einfluß auf S. K. H. den Großherzog habe und in diesem Falle nicht das Äußerste aufbieten werde, da sie sich sonst auch in Widerspruch mit S. M. dem Kaiser setzen würde", der noch kürzlich „die Aufteilung der Reichslande" als „einzig richtige Lösung" bezeichnete (BayHStA München MA 3072, masch. Ausf.; Marg. König Ludwigs III. von Bayern: „Kenntnis genommen. München, April 1916"). Am 4. Juli 1916 ergänzte Moy, daß „Dusch noch immer auf dem Standpunkt stehe, daß das ganze Elsaß an Preußen kommen soll. Die badische Zentrumspartei ist anderer Ansicht, indem sie möglichst viel vom Elsaß für Baden wünscht" (BayHStA München Gesandtschaft Karlsruhe Bd. 296, masch. Ausf.).

[3] Nach der Versenkung des englischen Handelsschiffes „Lusitania" am 7. Mai 1915 befahl der Kaiser den Verzicht auf den U-Boot-Krieg ohne Warnung des angegriffenen Schiffes.

[4] Sielcken, Hermann (gest. 1917), aufgewachsen in Hamburg, zunächst Angestellter, 1881 Mitinhaber des Kaffeekonzerns Grossman in New York (1904 Grossman & Sielcken), 1902 Rentier und Mäzen in Baden-Baden, 1910 Ehrenbürger (Frdl. Auskunft d. StadtA Baden-Baden).

1368. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 23. November 1915

Ew. Exz. darf ich hierneben den Text der Ansprache[1] gehorsamst vorlegen, mit welcher der Staatsminister Freiherr v. Dusch heute im Namen S. K. H. des Großherzogs die neue Tagung der badischen Ständeversammlung eröffnete. Zugleich ist ein Bericht über die gestrige vorbereitende Sitzung der Zweiten Kammer beigefügt.[2] Die Abgeordneten, von denen einige 20 in feldgrauer Uniform erschienen, werden heute abend im Schloß von den großherzoglichen Herrschaften empfangen werden.

Morgen, in der ersten öffentlichen Sitzung, wird die Wahl der Präsidenten pp. und der diesmal sehr umfangreiche Vortrag des Finanzministers über das Budget erfolgen. Man hoffte zuerst, noch in diesem Jahre den Landtag wieder schließen zu können, das scheint aber doch kaum möglich.

Das führende sozialdemokratische Blatt (Volksfreund) hält Besprechungen über die Lebensmittelteuerung und die Pressezensur für notwendig. Der stellvertretende Kommandierende General sagt mir, daß nach den ihm zugegangenen strengen Instruktionen diese Themata in der Presse tunlichst wenig behandelt werden sollen, namentlich sofern es darüber in der Kammer zu unerwünschten Auseinandersetzungen kommen sollte. Man hofft indessen selbstverständlich allerseits, das zu vermeiden und wird wahrscheinlich die Besprechung heikler Gegenstände nach Möglichkeit auf die Kommissionen zu beschränken suchen. Irgendwelcher Konfliktstoff liegt sonst nicht vor, es herrscht volle Einmütigkeit und Zuversicht wie bisher.

Zu bemerken ist noch, daß der Erzbischof von Freiburg an der Seite des evangelischen Prälaten dem Eröffnungsakt beiwohnte.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 15, masch. Ausf.; Marg.: „29./11. R. A. d. Innern".

[1] Bad. Presse, Nr. 546 vom 23. Nov. 1915.

[2] 1. Sitzung II. Kammer vom 24. Nov. 1915, in: Amtliche Berichte, Nr. 2 vom 26. Nov. 1915.

1369. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 13. Dezember 1915

Der badischen Zweiten Kammer liegen eine ganze Reihe von Anträgen vor, die sich auf die Kriegslage beziehen.

Die sozialdemokratische Fraktion beantragt: sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes; Steigerung der Vermögenszuwachssteuer und starke Progression bei Besteuerung der Kriegsgewinne; Organisation und Regelung der Nahrungs- und Gebrauchsmittelfürsorge; Gewährung von Teuerungs- und Kinderzulagen; Beihilfen für Handwerker und Gewerbetreibende; Erhöhung der Unterstützungssätze für arbeitslose Textilarbeiter; vorbereitende Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit nach dem Kriege durch Staatsarbeiten, Arbeitslosenversicherung und gesetzliche Arbeitsvermittlung; ausreichende Unterstützung der Familien von Kriegsteilnehmern; Maßnahmen zur Abhilfe der Wohnungsnot nach dem Kriege.

Die nationalliberalen Anträge betreffen: Fürsorge für die Hinterbliebenen; Unterstüt-

zung der Familien der Kriegsteilnehmer; Beurlaubungen eingezogener Handwerker; dauernde Einrichtung der Jugendwehr; besondere Lehrfürsorge für die im Heere dienenden Schüler höherer Lehranstalten; Fürsorge für Hinterbliebene von gefallenen nichtpensionsberechtigten Beamten; Beschlagnahme aller wichtigen Lebensmittel und Organisation des Verbrauchs; Beschaffung von Kraftfuttermitteln; Höchstpreisfestsetzungen nach dem Händlerhöchstpreis; Erstattung der Fliegerschäden zunächst durch den badischen Staat; Bestrafung des Kriegswuchers auch durch Entziehung unredlicher Gewinne; tunlichst hohe Steuersätze für Kriegsgewinne.

Vom Zentrum gingen Anträge ein betreffend: Notstandskredite für Handwerker und Gewerbetreibende; Erhöhung der Mehlquote für die landwirtschaftliche Bevölkerung; Freigabe des sogenannten „Hinterkorns" für Fütterungszwecke; Erhöhung der Haferration für schwerarbeitende Pferde.

Die aus nur 5 Mitgliedern bestehende Rechtsstehende Vereinigung beantragt: Höchstpreise für Waren, die der Lebenshaltung dienen.

Interpellationen wurden vom Zentrum angekündigt über die Petroleumnot und die Preissteigerungen der dem Massenverbrauch dienenden Produkte. Ebenso kurze Anfragen betreffend den Ärztemangel und Staatsaufträge für Arbeitslose.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 15, masch. Ausf.; Marg.: „mtg. 20./12. R. A. d. Innern, Reichsschatzamt".

1370. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 22. Dezember 1915

In der badischen Zweiten Kammer erfolgte vorgestern[1] die allgemeine Zustimmung zum Staatsvoranschlag für die Jahre 1916/17. Erfreulicherweise herrschte im Hause unter den Parteien eine seltene Einigkeit und versöhnliche Stimmung. Die kurzen Anfragen, betreffend Arbeitsgelegenheit nach dem Kriege, den vermeintlichen Ärztemangel und die älteren Landsturmleute, wurden von der Regierung in befriedigendem Sinne beantwortet. Nach Übereinkommen sprachen zum Budget außer den Berichterstattern nur je ein Redner der einzelnen Fraktionen. Dabei kamen auch Gegenstände zur Sprache, die früher meist zu langen und scharfen Auseinandersetzungen führten, aber sowohl in der Jesuiten- und Klosterfrage wie in Sachen der Haltung der Regierung gegenüber der Sozialdemokratie vermied man, trennende Gegensätze zu berühren. Nur der im Budget eingestellte Staatszuschuß für das hiesige Hoftheater veranlaßte eine kurze Erörterung. Mit warmem Dank gedachte die Kammer der Truppen im Felde wie der Fürsorge für die Hinterbliebenen und Hilfsbedürftigen. Ebenso fanden herzliche Worte der Anerkennung für den verstorbenen Kultusminister Dr. Böhm lebhaften Widerhall im Hause.[2]

Über die zahlreichen den Krieg betreffenden Anträge soll im Januar beraten werden, aber ein bestimmter Tag für die nächste Sitzung steht noch nicht fest.[3] [...].

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 15, masch. Ausf.

[1] 2. Sitzung II. Kammer vom 20. Dez. 1915, in: Amtliche Berichte, Nr. 4 vom 23. Dezember 1915.
[2] Vgl. Nr. 1365.
[3] Vgl. Nr. 1371, 1372.

1371. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 21. Januar 1916

Auch im neuen Jahre zeigen die Verhandlungen der erweiterten Budgetkommission der badischen Zweiten Kammer eine dem Ernste der Zeit entsprechende würdige Stimmung, die auch in der Presse im allgemeinen vorherrscht. Man erledigt die Geschäfte in dem einmütigen Bestreben, Schwierigkeiten zu vermeiden, und Regierung und Volksvertreter, einschließlich der Sozialdemokraten, leisten in gegenseitigem Vertrauen sachliche Arbeit zum Wohle des Landes und Reiches.

In der Kommission wird gegenwärtig noch die den Krieg betreffende zweite Denkschrift der Regierung[1] beraten; dabei kommen auch die verschiedenen die Kriegslage behandelnden Anträge zur Sprache, wie sie ähnlich den Reichstag und wohl auch andere bundesstaatliche Landtage beschäftigen. Gerechte Verteilung der Anforderungen für den Krieg und für das Wirtschaftsleben des Landes bilden die Hauptaufgabe. Die von der Regierung in diesem Sinne getroffenen Maßnahmen erweisen sich als zweckmäßig und finden ziemlich allseitige Anerkennung in der Kommission.

Es handelt sich besonders um die gesunde Fortentwicklung von Landwirtschaft und Industrie, um die Heranziehung der Gefangenen zur Arbeit, um Invaliden- und Hinterbliebenenfürsorge, Löhnungsverhältnisse im Kriege, Vorbereitungen für etwaige Notstände und Sicherung einer ausreichenden Versorgung mit Nahrungsmitteln. Auf diesem letztgenannten Gebiete stehen die Besprechungen meist noch bevor. Minister v. Bodman meint, daß darin die Meinungen etwas auseinandergehen möchten. Namentlich die Erhöhung der Höchstpreise für Getreide werde hier Widerstand finden, auch er könne sich vorläufig mit der Anordnung nicht recht befreunden. Auf die verschiedenen Anträge will der Minister im Hause schriftliche Erklärungen abgeben. Vereinzelt wurden in der Kommission auch Klagen über angebliche Härten von Vorgesetzten gegen Untergebene im Felde vorgebracht. [...]

Naturgemäß wird auch in Baden der Staatshaushalt durch den Krieg wesentlich erschwert. Sparsamkeit in jeder Richtung ist geboten und wird von Regierung und Volksvertretern nach Möglichkeit durchgeführt. Der im Budget erscheinende Fehlbetrag von ca. 17½ Millionen findet teilweise Deckung in der bereits bewilligten Erhöhung der Einkommensteuer um 20 bis 25%; für die speziellen Ausgaben für Kriegszwecke wird später Ersatz durch das Reich erwartet. Zwei Gesetzentwürfe, betreffend die Niederschlagung von Strafverfahren gegen Kriegsteilnehmer und die schon provisorisch verfügte Entziehung von Grundstücken zur Anpflanzung von Nahrungs- und Futtermitteln, sind angeschlossen.[2]

Voraussichtlich werden die Arbeiten des Landtages in der ersten Woche nächsten Monats zu Ende geführt werden können.[3]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 15, masch. Ausf.; Marg.: „26. 1. 16 Staatssekr. d. Innern, Staatssekr. d. Reichsschatzamts".

[1] *Zweite Denkschrift*; vgl. *Schäfer* S. 77 ff.

[2] Gesetzentwurf, die Niederschlagung von Strafverfahren gegen Kriegsteilnehmer betr. (Beilageheft 1915/16 S. 318 – Drucksache Nr. 46).

Provisorisches Gesetz, die Entziehung der Nutzung von Grundstücken zur Anpflanzung von Nahrungs- und Futtermitteln betr. (Beilageheft 1915/16 S. 319 – Drucksache Nr. 47).

[3] Vgl. Nr. 1372.

1372. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 22. Februar 1916

Die badische Zweite Kammer hat den Antrag der Budgetkommission, welcher der Regierung für ihre Maßnahmen während des Krieges dankt, einstimmig angenommen. Ebenso erfolgte die Annahme der Gesetzentwürfe betreffend die Niederschlagung von Strafverfahren gegen Kriegsteilnehmer und die Entziehung der Nutzung von Grundstücken zur Anpflanzung von Nahrungs- und Futtermitteln. Nach Vereinbarung wurde im Plenum über die Kriegsmaßnahmen der Regierung und die auf den Krieg bezüglichen Anträge in abgekürzter Form beraten. Zu den einzelnen Abschnitten der Denkschrift der Regierung[1] sollte nur je ein Abgeordneter der einzelnen Fraktionen sprechen. Man konnte so die Beratung, die ja in der Kommission erschöpfend vorbereitet war, in vier Tagen zu Ende führen.

Im ganzen herrschte im Hause wie schon in der Kommission eine maßvolle, versöhnliche Stimmung. Nur einmal kam es zu einem Ordnungsruf des Präsidenten, weil der sozialdemokratische Abgeordnete Stockinger die Reichsregierung in Sachen der Kartoffelfrage allzu scharf kritisierte.

Derselbe Abgeordnete sprach sich auch entschieden gegen die sogenannten Nachzahlungen für Getreide aus, für welche aber später ein Zentrumsantrag mit großer Mehrheit Annahme fand, während ein ähnlicher Antrag auf Nachzahlungen bei den Kartoffeln Stimmengleichheit, also Ablehnung, ergab. Der Minister des Innern Freiherr v. Bodman hat meines Erachtens das allergrößte Verdienst an dem friedlichen Verlauf der immerhin recht schwierigen Verhandlungen. Seine eminente Sachkenntnis, gerechte Abwägung der Interessen und sympathische, taktvolle Sprache fanden mit Recht allseitige Anerkennung. Namentlich wies er auch Angriffe auf die Reichsleitung wirksam zurück und meinte, als er dem Hause für die wohlwollende Beurteilung der Regierungsmaßnahmen dankte, man dürfe nicht die badische Regierung loben, aber gleichzeitig die Reichsregierung tadeln.

Bei Erwähnung der noch schwebenden Verhandlungen zwischen den badischen und reichsländischen Eisenbahnverwaltungen über die Vergütung für die Umleitung des elsässischen Güterverkehrs auf badische Bahnen anläßlich des Krieges erklärte der Finanzminister, daß Baden nur den Ersatz der Selbstkosten verlange, daß aber über die Höhe dieser Kosten noch keine Einigung erzielt worden sei, im Elsaß wolle man nur 0.8 Pfennig für den Tonnenkilometer zahlen, Baden beanspruche aber 1.2 Pfennig.

Eine letzte Sitzung soll am 25. d. Mts. stattfinden, am nächsten Tage wird S. K. H. der Großherzog, wie bereits gemeldet, den Landtag schließen.

Vorlage der Amtlichen Berichte nach ihrem Erscheinen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 15, masch. Ausf.; Marg.: „mitg. 26. II. 1916 R. A. d. Innern, Arbeitsm., R. Eisenbahnamt".

[1] Vgl. Nr. 1371 Anm. 1.

1373. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 21. März 1916

Staatsminister Freiherr v. Dusch kehrte sehr befriedigt und mit durchaus erfreulichen Eindrücken von Berlin zurück. Er hegt volles Vertrauen in die Leitung des Krieges und der Reichspolitik und feste Zuversicht auf den Sieg von Recht und Wahrheit. Die Anträge im Reichstag, betreffend die Führung des Seekrieges[1], scheinen ihm durchaus unangebracht und in keiner Weise etwa durch den Rücktritt des Großadmirals v. Tirpitz[2] begründet, den er zwar bedauert, aber in Anbetracht der Unerläßlichkeit einer einheitlichen Verantwortung als kaum vermeidlich ansieht. Äußerungen der Karlsruher Zeitung[3] über dieses unliebsame Thema darf ich hier gehorsamst anschließen, und ich darf mit Genugtuung berichten, daß eine ähnliche Stimmung im Lande doch wohl vorherrscht.

Der Burgfriede im Innern wird im allgemeinen ehrlich gewahrt, auch von den Sozialdemokraten, die ganz auf dem Standpunkt der Mehrheit im Reichstage stehen. Die Presse ist maßvoll, nur die Süddeutsche Konservative Korrespondenz bringt vielfach gereizte und polemische Artikel gegen Börse, Judentum und Demokratie, die besser unterbleiben sollten.

Verschiedene vom Unterrichtsministerium veranlaßte Vorträge namhafter Professoren über Dinge, die mit dem Krieg zusammmenhängen, finden starken allseitigen Beifall. Auch der gesamte großherzogliche Hof zeigt dafür lebhaftes Interesse und war bisher in der Regel zugegen. Der Heidelberger Historiker Professor Oncken[4] sprach vortrefflich über die englische Politik, speziell den Suezkanal und Ägypten, Geheimrat Professor Bunte von hier über die Chemie im Kriege, und morgen wird Professor Fabricius[5], Freiburg, das Thema „Krieg und Kultur" behandeln. Gedrängt voll war weiter ein sehr beachtenswerter Vortrag des fortschrittlichen badischen Reichstagsabgeordneten Dr. Haas, der namentlich mit großer Wärme für die Reichsregierung eintrat, unbedingtes Vertrauen in die Kriegsleitung forderte und zur Geduld, Sparsamkeit und Zuversicht mahnte.[6]

Ein von den sogenannten Deutschtumsvereinen angeregter Vortrag[7] des Vizeadmirals a. D. Kirchhoff[8] über die englische Kriegführung pp. erfreute sich ebenfalls starken Zuspruchs, stand aber nach Form und Inhalt hinter den vorgenannten Reden erheblich zurück. Ich konnte persönlich nicht anwesend sein, höre aber, daß die Ausführungen allzu grobkörnig und mit den heftigsten Invektiven versetzt gewesen seien. – Die großherzoglichen Herrschaften waren sämtlich erschienen; vermutlich wird insbesondere I.K.H. die Großherzogin Luise dabei keinen angenehmen Eindruck empfangen haben. General v. Manteuffel sprach sich mir gegenüber recht kritisch aus, er hatte vorher dem Admiral sagen lassen, er möge Amerika nicht erwähnen, eine Mahnung, die der Vortragende auch befolgte, aber im übrigen soll ihm das nötige suaviter in modo doch bedenklich gefehlt haben. [...]

In ganz hervorragender Weise ist im Lande die soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte organisiert. Ähnlich soll nunmehr auch die Fürsorge für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen allgemein geregelt werden, und zwar will man beide Zweige solcher Fürsorge einheitlich zusammenfassen. Der Minister des Innern, Freiherr v. Bodman, plant zu diesem Zwecke die Gründung eines Vereins unter dem Namen „Badischer Heimatdank". Ich werde darüber wie über die ausgezeichnete badische Gefangenenfürsorge, die Professor Partsch[9] in Freiburg ins Leben rief, demnächst gesondert berichten.[10]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 15, masch. Ausf.; Marg.: „v. S. M. in Berlin 2./4.; aus dem Hauptquartier 2./4. 16; mtg. 5./4. Kultus-Min., Min. d. Innern".

[1] Da das Nachrichtenbüro des Reichsmarineamts für den unbeschränkten U-Boot-Krieg agitierte, unterstellte es der Kaiser auf Bethmann Hollwegs Betreiben dem Admiralstab und erteilte Tirpitz eine Rüge, worauf dieser zurücktrat. Tirpitz' Anhänger im Reichstag brachten jedoch dessen Forderungen als Anträge ein.

[2] Tirpitz' Rücktrittsgesuch vom 12. März genehmigte der Kaiser am 15. März 1916.

[3] Nr. 78 vom 11. März 1916.

[4] Oncken, Hermann Dr. phil. (1869–1945), 1897 Privatdozent an der Universität Berlin, 1905 o. Professor der Geschichte in Chicago, 1906 in Gießen, 1907 in Heidelberg (Mitglied der Bad. Historischen Kommission), 1923 in München, 1928 in Berlin.

[5] Fabricius, Ernst Dr. phil. (1857–1942), 1888 ao., 1894 o. Professor der alten Geschichte in Freiburg, 1910 Geh. Hofrat, MdL (I. K.) 1913–1918.

[6] Vgl. Bad. Beobachter, Nr. 131 vom 20. März 1916.

[7] Vgl. Bad. Presse, Nr. 120 vom 18. März 1916.

[8] Kirchhoff, Gustav (geb. 1863), seit 1882 Marineoffizier, 1914–1918 als Vizeadmiral Kdr. der Küstenartillerie und der Sperren im Kriegshafen Kiel.

[9] Partsch, Joseph Dr. jur. (1882–1925), 1904 Rechtsreferendar, 1906 ao. Professor an der Universität Genf, 1910 o. Professor in Göttingen, 1911 Professor des römischen und deutschen bürgerlichen Rechts in Freiburg, 1922 in Berlin.

[10] Vgl. Nr. 1377.

1374. Stellvertretendes Generalkommando des XIV. Armeekorps an das Kriegspresseamt

Karlsruhe, 15. April 1916

Die Stimmung der Bevölkerung im Korpsbezirk kann im allgemeinen als gut bezeichnet werden. Es ist in allen Schichten die ruhige und feste Überzeugung verbreitet, daß es in der jetzigen Lage gilt auszuharren und jedes Zeichen von Schwäche zu vermeiden. Das Vertrauen zur militärischen und politischen Leitung – letzteres besonders auch im Hinblick auf den Ausgang der U-Boot-Debatte im Reichstagsausschuß[1] – ist fest begründet. Wohl ist in den Zeitungen der äußersten Linken in letzter Zeit häufiger von der Friedenssehnsucht des deutschen Volkes die Rede, aber doch lediglich in dem Sinne, daß der erstrebte Frieden die gebrachten Opfer lohnen und uns eine ruhige Entwicklung auf lange hinaus sichern müsse. Die beiden führenden sozialdemokratischen Blätter im Großherzogtum Baden, der „Volksfreund" in Karlsruhe und die „Volksstimme" in Mannheim, die energisch auf der Seite der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stehen, wiesen in den letzten Tagen gegenüber den 18 Abtrünnigen[2] darauf hin, wie ablehnend die Sozialdemokratie Frankreichs und Englands sich gegenüber allen auf einen Friedensschluß abzielenden Kundgebungen verhalten hätten und daß es deshalb Pflicht der Sozialdemokratischen Partei sei, unter allen Umständen die Einheit des deutschen Volkes gegenüber den Feinden aufrechtzuerhalten.

Es bedarf wohl keiner näheren Erörterung darüber, daß die Stimmung der Bevölkerung noch weit besser sein würde, wenn es gelungen wäre, die teilweise erhebliche Steigerung der Preise und die Knappheit der Lebensmittel und Gegenstände des täglichen

Bedarfs etwas hintanzuhalten. Unter der Teuerung leiden naturgemäß besonders diejenigen Kreise der Bevölkerung, denen es nicht möglich war, an dem höheren Verdienst, den der große Bedarf der Heeresverwaltung und die sonstige durch den Krieg bedingte Verschiebung der Konjunktur gebracht hat, teilzunehmen. Dabei unterscheidet das Volk sehr wohl zwischen der natürlichen Preissteigerung infolge des Krieges und denjenigen Erscheinungen auf dem Lebensmittelmarkt, die sich nach seiner Meinung hätten vermeiden lassen. Namentlich die bedeutende Preissteigerung der Hauptnahrung der breiten Masse, der Kartoffel, und die zeitweilige Kartoffelnot, ferner die bereits vorhandene Zuckerknappheit und drohende Erhöhung des Preises für Verbrauchszucker haben ungünstig auf die Stimmung gewirkt. Man will es nicht verstehen, daß in Deutschland, das in beiden Waren zu den ersten Erzeugungsländern der Welt gehört und im Frieden eine gewaltige Ausfuhr unterhalten hat, Mangel herrschen soll. Dem vielfach üblichen Einhamstern von Zucker durch die bemittelteren Familien würde durch alsbaldige Einführung von Zuckermarken Einhalt zu gebieten sein, und es würde als gerechte Maßregel empfunden werden, wenn es gelänge, die Zuckerfabriken mit ihren teilweise sehr hohen Gewinnen wenigstens mit dem größeren Teil der bevorstehenden Erhöhung der Zuckerproduktionskosten zu belasten und so die Abwälzung auf das verbrauchende Publikum zu verhindern. Die außerordentliche Steigerung der Vieh- und Fleischpreise findet eher Verständnis in der Bevölkerung im Hinblick auf den Mangel an Kraftfuttermitteln und auf den enormen Bedarf des Feldheeres. Aber auch hier wird der Vorwurf erhoben, daß man den wilden Viehaufkäufen der Händler zu lange tatenlos zugesehen habe und daß das platte Land sich in dem Verbrauch und der Vorratsansammlung nicht die nötige Zurückhaltung auferlege. Überhaupt macht sich allmählich ein gewisser Gegensatz zwischen Stadt und Land geltend, dessen Ausgleichung die Aufmerksamkeit der maßgebenden Stellen gewidmet sein muß.

Es ist u.a. von der Bundesratsverordnung über Fleischversorgung vom 27. März 1916 zu erwarten, daß die Schlachtquoten für die Gemeinden und die Kommunalverbände festgelegt und kontrolliert sowie Unterschiede in der Fleischversorgung zwischen Stadt und Land ausgeglichen werden.

GLA 456/EV 8 Bund 70 fol. 14 f., masch. Ausf.

[1] Am 6. April 1916 bezeichnete die Reichstagsmehrheit in einer Resolution die U-Boote „als eine wirksame Waffe gegen die englische, auf die Aushungerung Deutschlands berechnete Kriegführung", von der zur „Erringung eines die Zukunft Deutschlands sichernden Friedens" und „unter Beachtung der berechtigten Interessen der neutralen Staaten" Gebrauch gemacht werden solle (Sten. Ber. RTG Bd. 307 S. 896ff.).

[2] Nachdem Liebknecht (Dez. 1915) und Rühle (Jan. 1916) die Zustimmung zu den Kriegskrediten verweigert und die SPD verlassen hatten, folgten im März 1916 18 Abgeordnete der „Gruppe Haase", die sich am 30. März 1916 unter der Bezeichnung „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft (SAG)" als eigenständige Fraktion konstituierten.

1375. Stellvertretendes Generalkommando des XIV. Armeekorps an das Kriegspresseamt

Karlsruhe, 2. Juni 1916

Wenn sich auch Klagen über die lange Dauer des Krieges immer mehr hervordrängen und der Wunsch nach wirklich entscheidenden Siegen immer lauter wird, so ist die Stimmung der Bevölkerung im allgemeinen doch zuversichtlich geblieben und der Wille, trotz aller Beschwerden bis zu einem guten Frieden auszuhalten, noch nicht ins Wanken geraten. Für die Anschauungen in den Kreisen der äußersten Linken gibt der hier beiliegende Aufsatz „Der Arbeiter Friedensziel" in Nr. 126 des revisionistischen Blattes „Volksfreund" vom 30. 5. 16 einen Anhalt. Immerhin wird die Stimmung mehr und mehr beeinträchtigt, weniger durch die Teuerung der Lebensmittel als durch ihre ungleichmäßige Verteilung infolge der vielfachen fehlerhaften Anordnungen. Diese aufzuzählen erscheint nicht erforderlich, sie sind seit langem bekannt. Eine Besserung wird erst dann zu erhoffen sein, wenn, wie ich in allen meinen Berichten bereits betont habe, die Anordnungen für die Verteilung der Lebensmittel im ganzen Reich einheitlich getroffen werden. Erscheint die Forderung nach Aufhebung der territorialen Beschränkungen des Verkehrs mit Nahrungsmitteln gerechtfertigt, so ist aber als notwendige Ergänzung zu verlangen, daß gleichzeitig mit der Aufhebung die zur Bekämpfung übermäßiger Preissteigerung und ungerechter Verteilung erforderlichen Maßnahmen von der Reichsleitung getroffen und daß die Einhaltung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften überall im Reiche mit gleicher Strenge überwacht werde. Im Großherzogtum Baden ist in letzterer Hinsicht eine lückenlose Organisation dadurch geschaffen, daß Preisprüfungsstellen für die größeren Städte und für jeden Amtsbezirk bestehen, deren Tätigkeit von einem Landespreisamt sowohl angeregt wie ständig durch Anweisungen und Einfordern von Berichten kontrolliert wird. Im Beirat des Landespreisamt[s] sowie in sämtlichen örtlichen Preisprüfungsstellen, an deren Sitz sich Garnisonen befinden, ist das stellvertretende Generalkommando durch Offiziere vertreten. Auch zwischen dem Großh[erzoglichen] Ministerium des Innern und dem Generalkommando findet ständige Fühlungnahme statt, so daß das enge Zusammenarbeiten zwischen den militärischen und den Zivilstellen *entsprechend dem Schreiben des Kriegsministers vom 1. Mai 1916* im Korpsbezirk gesichert ist. Es ist erwünscht, daß auch in denjenigen Teilen des Reiches, in denen die Organisation der Preisprüfungsstellen noch nicht ausgebaut ist, dies bald erfolge. Dem Vernehmen nach ist in Preußen die Bildung von Provinzialpreisämtern sowie die Schaffung einer entsprechenden Zentralstelle in Aussicht genommen.

Die Bekämpfung des unreellen Zwischenhandels, des sogenannten Kettenhandels, muß mit voller Energie im ganzen Reiche aufgenommen werden. Die Blüten, die dieser Handel noch immer zeitigt, erregen den Unwillen der Bevölkerung mit Recht. Noch immer erscheinen in den Zeitungen [Nachrichten] über aufgestapelte Lebensmittel und, was auf die Allgemeinheit in der jetzigen Zeit der Knappheit am schlimmsten wirkt, Nachrichten über das Verderben zurückgehaltener Waren.

Vorlage eines Artikels „Verdorbene Lebensmittel" (Volksfreund, Nr. 118 vom 20. Mai 1916) sowie des Monatsberichts des Standort-Lebensmittelamts Mannheim.[a] Die badische Regierung hat in begrüßenswerter Weise den Kampf gegen den Schleichhandel aufgenommen. Durch Verordnung des Großh[erzoglichen] Ministeriums des Innern vom 19. 4. 16 betreffend Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel ist be-

stimmt, daß wer den Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere Nahrungs- und Futtermitteln, oder mit Gegenständen des Kriegsbedarfs beginnt, hierzu der Erlaubnis des Bezirksamts seiner gewerblichen Niederlassung bedarf. Der Inhaber eines stehenden Gewerbes, der vor Verkündigung der Verordnung die Anzeige nach § 14 der Gewerbeordnung über die Aufnahme seines Betriebs noch nicht erstattet hat, steht demjenigen gleich, der den Handel erst beginnt. Er bedarf also der bezirksamtlichen Erlaubnis. Damit sollen alle die Elemente getroffen werden, die bisher im geheimen ihr unsauberes Handwerk getrieben haben. Über die Einzelheiten und die Verwaltungsmaßnahmen zur Feststellung und Unschädlichmachung der sogenannten „Schieber" gibt der in Abschrift anliegende Bericht des Landespreisamts vom 23. 5. 16 Aufschluß.[b]

Auch der Hamsterei müßte noch mehr als bisher die behördliche Aufmerksamkeit zugewendet werden. Im Großherzogtum haben für verschiedene Gegenstände des täglichen Bedarfs Bestandsaufnahmen bei Händlern und auch in den Privathaushaltungen stattgefunden. Die polizeiliche Nachschau zur Kontrolle der Angaben in den Haushaltungen müßte sich auf Stichproben beschränken, da es naturgemäß an Polizeipersonal für die Nachschau in jeder einzelnen Haushaltung fehlt. Die Anrechnung der festgestellten Vorräte auf die für die betreffenden Lebensmittel ausgegebenen Karten ist eingeleitet.

Der Zwiespalt zwischen Stadt und Land verschärft sich zusehends. [...] Den Zeitungsnachrichten zufolge findet die Frage der Massenspeisung der Bevölkerung das besondere Interesse des Vorsitzenden des neuen Kriegsernährungsamts. In Karlsruhe und Mannheim sind vielversprechende Anfänge mit der Massenspeisung gemacht worden, indem neben die seit Jahren vorhandenen Volksküchen fahrbare Kriegsküchen getreten sind, in denen der Liter Mischkost zu dem weit unter den Selbstkosten bleibenden Preis von 25 Pfg. an die ärmere Bevölkerung abgegeben wird.[1] *Die Massenspeisung*[2] wird voraussichtlich während dieses Krieges noch eine ausgedehnte Rolle zu spielen haben, falls es nicht gelingt, die bestehende Fleischnot zu beheben.

Nicht näher kontrollierbare Mitteilungen, daß die Ausfuhr von Lebensmitteln aus Deutschland, so von Spargel und angeblich auch von bayerischer Butter, über Norddeutschland nach Dänemark und Holland von der Reichsleitung gefördert worden sei, um unsere Valuta günstig zu beeinflussen, *haben im Publikum und in der Presse* eine gewisse Erregung hervorgerufen. Diesseitigen Erachtens würde die Forderung, daß alle verfügbaren Lebensmittel für das Inland nutzbar zu machen sind, der Rücksicht auf Valuta unbedingt vorzugehen haben.

Die Ernteaussichten sind gut, besonders für Futterkräuter. *Mit einer vollen Ausnutzung des Bodens kann gerechnet werden.* Die für die Frühjahrsfeldbestellung wegen der Beurlaubung von Landwirten und Gestellung von Hilfskräften getroffenen Anordnungen haben sich *bewährt*.

Die Kriegsgefangenen haben sich in Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe unentbehrlich gemacht. Sie sind aber nicht mehr so fügsam wie im vorigen Jahre. Die Zahl der Entweichungen nimmt zu und besonders auch die Zahl der Arbeitseinstellungen. Letzteres ist nicht unbedenklich, da wirksame Gegenmittel nicht zu Gebote stehen. Ob hier fremde Einflüsse sich geltend machen, konnte noch nicht festgestellt werden. Immerhin erscheint [...] die Einbringung der Ernte gesichert. In den an der Schweizer Grenze gelegenen Ortschaften ist in letzter Zeit Mißstimmung wegen der langen Dauer der Einquartierung der Grenzwachen hervorgetreten. Verhandlungen zur möglichsten Abstellung dieser Klagen sind mit der Regierung im Gange.

Nach der Viehzählung vom 15. April 1916 sind auch in Baden die Bestände zurückgegangen. An schlachtreifem Vieh besteht direkter Mangel, und auch die Tiere, die in schlachtreifem Alter vorhanden sind, lassen infolge der Knappheit an Kraftfutter viel an Qualität zu wünschen übrig. Die Viehhandelsverbände scheinen bis jetzt im allgemeinen wenig gut gearbeitet zu haben. Trotzdem ist eine andere Regelung nicht zu finden, und die Organisation würde zweifellos befriedigendere Ergebnisse gehabt haben, wenn sie wesentlich früher, noch ehe der wilde Handel die Ställe von schlachtreifen Tieren geleert hatte, ins Leben getreten wäre. Das Zusammenwirken der Produzenten und Händler – darunter auch der Organisationen, die den Handel in der Hand haben – scheint einer schärferen Aufsicht zu bedürfen. [...] Aus den 2 fleischlosen Tagen der Woche hat die Praxis nunmehr 3 gemacht, da in den großen Städten (so Mannheim, Karlsruhe) vor Mittwoch kein Fleisch zu haben ist. Die Ansammlungen vor den Fleischerläden hören trotz der Fleischkarte nicht auf, und es gibt vorläufig auch kein Mittel, ihnen zu steuern. Bei diesen Ansammlungen, die mit langem Warten und körperlicher Ermüdung verbunden sind, macht sich die schlechte Stimmung Luft, ein Gesichtspunkt, dem Beachtung geschenkt werden muß. Die Minderung der Fleischration, die z. Zt. in Baden 160 gr. pro Kopf und Tag beträgt, steht bevor.

Mißstimmung wegen Mangel an Flaschenspiritus. Vorlage eines Überblicks über die Kleinhandelspreise in der Zeit vom 2. bis 29. April 1916.

GLA 456/EV 8 Bund 70 fol. 64–67, masch. Ausf.

[a] Randnotiz: „Fehlt".
[b] Randnotiz: „Fehlt".
[1] Anlage über die Massenspeisung in Karlsruhe (Ebd. fol. 78, masch. Abschrift).
[2] Artikel „Die Speisegemeinschaft" in: Kölnische Zeitung, Nr. 536 (Anlage 8).

1376. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 3. Juni 1916

Der Ew. Exz. in Stuttgart, hier und in Darmstadt zuteil gewordene besonders herzliche Empfang[1] seitens der Bevölkerung wird hier als hocherfreuliches Zeichen dankbarer Anerkennung bewertet und auch in den Zeitungen besonders hervorgehoben. Gegenüber den unerhörten Angriffen konservativer, alldeutscher wie sogar nationalliberaler Hetzer und Preßorgane gegen Ew. Exz. und die Reichspolitik bilden diese Kundgebungen der Masse des Volkes im Süden einen freudig zu begrüßenden Gegensatz. Ich habe sowohl hier wie in Darmstadt bei den Leitenden Ministern eine geeignete Verwertung der Tatsache in der Presse angeregt, auch meinem Kollegen in Stuttgart anheimgestellt, dort in ähnlichem Sinne zu wirken.

Einige Äußerungen hiesiger Zeitungen[2] darf ich gehorsamst beifügen und mir vorbehalten, etwa weiter erscheinende Artikel ebenfalls vorzulegen. Den Ausdruck nochmaligen ehrfurchtsvollen Dankes Ew. Exz. für den gnädigen Empfang durch die großherzoglichen Herrschaften konnte ich bereits übermitteln. Höchstdieselben lassen auch ihrerseits für den Besuch mit wärmsten Wünschen aufrichtigst danken. In gleicher Weise bekundeten die Minister ihre Dankbarkeit für den so erfreulich verlaufenen kurzen Aufenthalt.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 122 Nr. 16 Bd. 6, masch. Ausf.

[1] Am 29./30. Mai 1916 besuchte Reichskanzler Bethmann Hollweg München und Stuttgart (*Schultheß* 1916 S. 257).

[2] Bad. Presse, Nr. 253 vom 31. Mai 1916; Nr. 254 vom 2. Juni 1916; Bad. Landeszeitung, Nr. 253 vom 31. Mai 1916; Bad. Beobachter, Nr. 252 vom 2. Juni 1916.

1377. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 15. Juli 1916

Man darf sagen, daß Baden in den fast vollendeten beiden Kriegsjahren tapfer durchgehalten hat ohne innere Streitigkeiten und im festen Vertrauen zur Reichspolitik. Die schweren Opfer und mannigfachen Entbehrungen in der Lebenshaltung wurden im ganzen willig getragen, und Regierung und Volk haben es an treuer Mitarbeit in dem gewaltigen Daseinskampfe nicht fehlen lassen. Zwischen Zivil- und Militärbehörden herrschte gutes Einvernehmen, und die Presse zeigte eine verständige, maßvolle Haltung. Auch die sozialdemokratischen Organe bilden davon keine Ausnahme, sie standen und stehen ganz auf dem Standpunkt der Mehrheit der Reichstagsfraktion.

In der Fürsorgetätigkeit zur Erleichterung des Loses von Kriegsgeschädigten und Gefangenen ist Baden vorbildlich zu nennen. Namentlich dank des unermüdlichen Wirkens I. K. H. der Großherzogin Luise sind Einrichtungen geschaffen, die sich außerordentlich segensreich erweisen. Im Anschluß an die allgemeine Organisation des Roten Kreuzes gehören dahin als besonders erwähnenswert: die 1000 Arbeitsstätten im Lande, wo ca. 30000 notleidende Frauen und Mädchen lohnende Beschäftigung in der Herstellung von Armeebedürfnissen finden. Ferner die Fürsorge- und Auskunftsstelle[1] für Gefangene und Vermißte in Freiburg unter Leitung des Professor[s] Partsch, dessen Veröffentlichungen über feindliche Gefangenenlager und bezüglich ungerechte fremde Berichterstattung alle Beachtung verdienen. Drittens der „Badische Heimatdank", eine Vereinigung zur Ergänzung der reichsgesetzlichen Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen; weiter die „Familienhilfe" zur Förderung gut bezahlter Heimarbeit und endlich das großartige Ettlinger Reservelazarett, in dem über 900 Kriegsverstümmelte mit künstlichen Gliedmaßen versehen und in passender Arbeit unterrichtet werden.

Die Großherzogin Luise ist über alle diese Einrichtungen aufs genaueste informiert, kennt jeden Leiter und Vorstand und gibt praktische Anregungen nach allen Seiten. Die hohe Frau genießt deshalb überall eine Liebe und Verehrung, wie sie wohl selten einer Fürstin zuteil wird. I. K. H. empfing unlängst im Schloß sämtliche leidtragende Angehörige der Fliegeropfer[2] und suchte ihnen Trost zu spenden, auch das machte nachhaltigen Eindruck in der Bevölkerung.

Regierung und Generalkommando bemühen sich, die strengen Verordnungen betreffend Nahrungsmittel, Beschlagnahmen pp. mit möglichster Milde durchzuführen. Trotzdem werden die Ernährungsschwierigkeiten doch allmählich sehr drückend empfunden; man bemängelt vielfach die vermeintlich zu späten und ungenügenden Verteilungsmaßnahmen, besonders für Kartoffeln und Zucker, aber nur in Mannheim kam es deshalb zu Ansammlungen von Unzufriedenen auf der Straße. Dort wie hier sorgen

öffentliche Küchen für billige Massenernährung der ärmeren Volksklassen mit gutem Erfolg.[3]

Der Stand der Ernte im Lande war im Frühsommer vorzüglich, seitdem hat viel Regen und Wind manchen Schaden angerichtet, namentlich konnte auch der erste Heuschnitt erst spät und nur teilweise trocken eingebracht werden.

Die Mannheimer Produktenbörse richtete im Hinblick auf die kommende Ernte eine Eingabe an die Regierung betreffend den Handel mit Getreide, Mehl, Futter und Düngermitteln, dessen baldmöglichste Wiederfreigabe nach dem Kriege dringend befürwortet wird. Zugleich bittet der Vorstand, daß der durch Lage und Lagerungseinrichtungen so wichtige süddeutsche Handelsplatz alsdann seitens des Reichs gebührende Berücksichtigung finde.

Ew. Exz. darf ich schließlich nicht verhehlen, daß die mit der allgemeinen übermächtigen feindlichen Offensive[4] geschaffene Situation hier wohl mit Recht ziemlich ernst angesehen wird. Nachschübe an die Westfront erfolgen fast täglich, aber man ist doch einigermaßen besorgt, ob wir den Massenangriffen gewachsen bleiben können.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 15, masch. Ausf.

[1] Vgl. Nr. 1373.

[2] Stellvertretendes Generalkommando des XIV. Armeekorps an das Kriegspresseamt. „Karlsruhe, 15. Juli 1916. *Kritische Versorgungslage wegen Kartoffel- und Fleischnot.* Auf die Stimmung der Bevölkerung hat auch der große Erfolg des französischen Fliegerangriffs auf die Stadt Karlsruhe am 22. Juni und die erhebliche Zahl der dabei Getöteten und Verwundeten, worunter die Mehrzahl Kinder, ungünstig eingewirkt, zumal jegliche Besprechung des Unfalls in der Presse verboten worden ist. Sollten sich die Fliegerangriffe wiederholen, so würde mit einem ernsthaften Umschlag der bisher trotz der Knappheit der Lebensmittel noch leidlichen Stimmung zu rechnen sein" (GLA 456/EV 8 Bund 70 fol. 99, masch. Ausf.).

[3] Vgl. Nr. 1375 Anm. 1, 2.

[4] Somme-Offensiven der Alliierten vom Juni 1916.

1378. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 24. Juli 1916

In der ordentlichen Generalversammlung des nationalliberalen Vereins Karlsruhe am 21. d. Mts. sprach der Vorsitzende Geheimer Hofrat Rebmann in beachtenswerter Weise über die Lage und die Notwendigkeit unbedingten Vertrauens in die Reichspolitik, für die Ew. Exz. die ganze Schwere der Verantwortung tragen. *Vorlage der Badischen Landeszeitung.*[1] Die Ausführungen finden im Lande starken Widerhall.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 122 Nr. 16 Bd. 7, masch. Ausf.

[1] Nr. 336 vom 24. Juli 1916.

1379. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 6. August 1916

Vertraulich. Der stellvertretende Kommandierende General Freiherr v. Manteuffel sagte mir gestern, daß er auf Allerhöchsten Befehl einem Nachfolger Platz machen müsse und ein anderes Kommando nicht erhalten habe; die Stelle hier solle durch den früheren Divisionskommandeur in Freiburg[1] besetzt werden, der bereits ernannt sei.

Da der scheidende General, wie mehrfach berichtet, sich hier einer großen Beliebtheit erfreute und in den immerhin recht schwierigen Verhältnissen des Krieges stets wohlwollend und gerecht seines Amtes waltete, wird sein Weggang überall, besonders bei Hofe, sehr schmerzlich empfunden werden. Sowohl S. K. H. der Großherzog wie die Großherzogin Luise haben das in außerordentlich warmen Worten sofort Herrn v. Manteuffel telegraphisch ausgesprochen. Ich vermute sogar fast, daß die höchsten Herrschaften vertraulich bei S. M. dem Kaiser und König Schritte tun werden, um womöglich den Wechsel noch rückgängig zu machen. Der General ist beiläufig gesund, kräftig und durchaus felddienstfähig, hat deshalb naturgemäß den dringenden Wunsch weiterer aktiver Verwendung.[2]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 41 Bd. 1, masch. Ausf.

[1] Isbert, August (geb. 1856), seit 1874 preuß. Offizier, 1889 Hauptmann, 1897 Major, 1904 Oberstleutnant, 1907 Oberst, 1911 Generalmajor und Kdr. der 15. Infanterie-Brigade, 1913 Generalleutnant, zugleich Divisionskdr. in Freiburg, 1916 stellvertr. Kdr. General des XIV. AK in Karlsruhe, 1919 zur Disposition gestellt.

[2] Bethmann Hollweg bat am 9. Aug. 1916 den Chef des Militärkabinetts Lyncker um Aufschluß über die Ablösung Manteuffels, weil „gerade die militärischen Fragen für den Großherzog und seine Regierung ein besonders heikles Gebiet darstellen" und er durch Eisendecher „auf eine Abschwächung des verstimmenden Eindrucks hinzuwirken" beabsichtige. Der Reichskanzler konstatierte zunehmende partikularistische Strömungen in Süddeutschland, die „die alldeutschen Kreise in völlig unverantwortlicher, aber leider nicht ganz erfolgloser Weise [...] als Hilfe in ihrem oppositionellen Kampf gegen die Reichspolitik" benützten, wobei „sich die Spitze mehr und mehr gegen S. M. den Kaiser persönlich richtet". Deshalb sei er bestrebt, „alle Anlässe, welche die bestehenden Verstimmungen vermehren könnten, mit aller Sorgfalt zu vermeiden" (Ebd., masch. Reinkonz. dechiff. Telegramm; eingegangen in Grünau 9./8. 4.15 Uhr nachmittags). Vgl. Nr. 1382 Anm. 1,3.

Nach Angaben des bayer. Gesandten Moy vom 19. Febr. 1915 meinte Staatsminister Dusch über die Militärkonvention: „Diejenigen, welche sie abgeschlossen haben, müßten noch nachträglich gehenkt werden: Es zeige sich jetzt, wie unvorteilhaft sie für Baden sei", da sich der Großherzog vergeblich um eine Verwendung der „badischen Truppen in geschlossenen Verbänden" bemühe. „Noch jüngst seien badische Ergänzungstruppen in ein preußisches Regiment hineingesteckt und nach dem Osten geschickt worden, der Großherzog habe dagegen trotz des Abratens seines Staatsministers protestiert, habe aber keinen Erfolg gehabt" und sei sehr verstimmt „über das geringe Maß von Rücksicht" (BayHStA München MA 3072, masch. Ausf.).

Denkschrift des großherzoglichen Generaladjutanten General Dürr an Dusch, betreffs Abänderung der Militärkonvention zwischen Preußen und Baden vom 25. November 1870. [Karlsruhe, 9. Nov. 1915] *„Wesentlichster Teil der Militärkonvention ist* der Artikel 5, nach welchem S. K. H. der Großherzog die Militärhoheit aufgibt und zu seinen Truppen in das Verhältnis eines Kommandierenden Generals tritt. *Die Militärgewalt, das wesentlichste Hoheitsrecht eines Monarchen, ist in die Hände des preußischen Königs übergegangen, nach dessen Weisungen sie ein von ihm ernannter Kommandierender General ausübe. Doch könne unmöglich* zwei Kommandierenden Generälen die Rechte und Pflichten über dieselben Truppen zuerkannt werden. Es kann nur ein Kommandieren-

der General verfügen, und dieses ist der von S. M. dem König von Preußen eingesetzte, der Landesherr tritt dadurch in eine Ehrenstellung, und die ihm in Artikel 5 zugebilligten Rechte, so der Ausübung der Disziplinarstrafgewalt und der Befugnis, direkte Befehle an die Kommandeure zu erlassen, bleiben ohne Belang. Der Artikel wahrt somit nicht das Ansehen des Landesherrn und damit auch nicht das der Monarchie. Selbst wenn der beste Wille vorhanden sein sollte, muß eine solche Zweiteilung nur zu Konflikten führen. Die größeren Bundesstaaten haben auch das Militärhoheitsrecht beibehalten, ohne daß dadurch der Kraft des Heeres irgendwelcher Abbruch geschah. Die glänzenden Erfolge in diesem Kriege legen hierfür das beste Zeugnis ab. So dürfte der von dem jetzt regierenden Großherzog gehegte Wunsch, ihm die Militärhoheitsrechte und damit die Stellung als Kontingentsherrn mit gegenseitiger Übereinkunft wieder zu übertragen, berechtigt sein und dies auch als ein Zeichen der Anerkennung für die großen Opfer, die Badens Volk und Söhne in diesem großen Kampfe gebracht, empfunden werden. Erst wenn diesem Gedanken grundsätzlich zugestimmt würde, wäre der Zeitpunkt gekommen, in weitere Vereinbarungen betreffs neuer Fassung der Militärkonvention einzutreten" (GLA 59/422, masch. Konz.).

1380. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 10. August 1916

Vertraulich. In einem Briefe I. K. H. der Großherzogin Luise an meine Frau vom 8. d. Mts. steht folgendes:

„Ich stehe ganz unter dem Eindruck von Manteuffels Abberufung und finde keine Worte, die mein tiefes Bedauern wiedergeben können. Welche Rücksichtslosigkeit gegen den so vortrefflichen Mann mit seiner vornehmen Denk- und Handlungsweise. Er ist einfach nicht zu ersetzen in der sehr schwierigen Stellung, die er hier innehatte und die er so ausgezeichnet ausfüllte. Für mich persönlich aber ist es ein Verlust ganz besonderer Art, denn ich hatte volles Vertrauen zu ihm, und wir verstanden uns so gut in manchen schwierigen Dingen. Die ganze Sache ist mir unerklärlich. Welcher Mangel an Rücksicht auch gegen meinen Sohn, welche geringe Berücksichtigung auch unserer besonderen Landesverhältnisse".

Ew. Exz. glaube ich die Äußerung vertraulich gehorsamst vorlegen und dazu bemerken zu dürfen, daß wohlwollende Rücksicht gegenüber dem verdienten General meines Erachtens schon deshalb erwartet werden konnte, weil seine beiden Söhne vor dem Feind fielen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 41 Bd. 1, eig. Ausf.; Marg.: „Schrb. – 19./8. Mil.-Kab."

1381. Stellvertretendes Generalkommando des XIV. Armeekorps an das Kriegspresseamt

Karlsruhe, 23. August 1916

Über die Stimmung der Bevölkerung ist gegenüber dem Vorbericht kaum Neues zu berichten. Im Verlauf der langen Regenperiode hatte sich eine immer größere Beunruhigung wegen der Ernte geltend gemacht, die jetzt bei dem anhaltend guten Wetter einer zuversichtlichen Auffassung hinsichtlich der Ernteaussichten Platz gemacht hat. Allerdings wird namentlich vom badischen Oberland berichtet, daß das Heu teilweise schlecht hereingekommen ist.

Für die Versorgung mit Fleisch ist nunmehr in den größeren Städten der Kundenzwang durchgeführt, was erfreulicherweise ein Nachlassen des sogenannten Reihestehens vor den Metzgerläden zur Folge gehabt hat. Daß mit den Vorräten an Vieh und Fleisch in den nächsten Monaten sehr sparsam umgegangen werden muß, ist der Bevölkerung eindringlich klargemacht worden, und es scheint, daß sie sich damit abfindet. Der Eindruck, daß die unbemittelte Bevölkerung wegen der hohen Preise am Fleischgenuß so gut wie gar keinen Anteil mehr habe, wird durch die Tatsache widerlegt, daß bei der anläßlich der Anwesenheit des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes im badischen Ministerium des Innern stattgehabten Versammlung ein sozialdemokratischer Arbeiterführer, der an der Leitung des Lebensmittelamts einer badischen Industriestadt hervorragend beteiligt ist, entschieden gegen die angeblich bestehende Absicht der Einführung eines fleischlosen Monats Stellung nahm; eine solche Maßnahme würde bei dem Mangel an sonstigen Fetten außerordentlich ungünstig auf die schwerarbeitende Industriebevölkerung einwirken.

GLA 456/EV 8 Bund 70 fol. 117f., masch. Ausf.

1382. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Mainau, 4. September 1916

Vertraulich. Ew. Exz. Weisung vom 28. v. Mts.[1] gemäß habe ich I. K. H. der Großherzogin Luise den Inhalt des Schreibens des Herrn Generals v. Lyncker[2] vom 12. v. Mts.[3], betreffend die Abberufung des Generals v. Manteuffel, vertraulich mitgeteilt. Die hohe Frau läßt Ew. Exz. für die Mitteilung verbindlichst danken, scheint aber von der Notwendigkeit des Wechsels doch nicht recht überzeugt zu sein. Sie meint, Baden verdiene wegen der Militärkonvention und der ungemein schwierigen Aufgabe eines wirksamen Grenzschutzes besondere Rücksichten, man habe deshalb in diesem Falle wohl eine Ausnahme machen können, denn die Lage in allen übrigen Korpsbezirken sei eine wesentlich andere. Den Nachfolger im Generalkommando kennt I. K. H. noch nicht, freut sich aber, über ihn so Günstiges zu hören und hofft, daß er sich auch in seiner neuen Stellung bewähren werde.

Zweifellos wird ja der General Isbert bestrebt sein, die ihm übertragenen Machtbefugnisse wohlwollend auszuüben und das volle Vertrauen auch der Frau Großherzogin Luise zu gewinnen, wie es Herr v. Manteuffel in so hohem Maße besaß. Dann kann es nicht fehlen, daß die noch herrschende Mißstimmung anläßlich des Wechsels schwindet. I. K. H. sagte mir, sie habe den scheidenden General auch, ganz abgesehen von seinem dienstlichen Wirken, als einen persönlichen Freund schätzen gelernt, da sei es gewiß verständlich, daß sie seinen Fortgang aufrichtig bedauere.

Ich werde jedenfalls, soweit ich dazu in der Lage bin, suchen, dem neuen Höchstkommandierenden hier die Wege zu ebnen. Schließlich darf ich noch melden, daß die Frau Großherzogin wiederholt mir gegenüber mit wärmster Anerkennung von Ew. Exz. sprach und weiter vertraulich bemerkte, daß sie solcher Anerkennung in treuem Gedenken kürzlich durch einen Brief an Ew. Exz. Ausdruck gegeben habe. Ich soll morgen mit I. K. H. nach Sigmaringen fahren, werde von dort nach Triberg zurückkehren.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 41 Bd. 1, eig. Ausf.

[1] Bethmann Hollweg bat Eisendecher, Lynckers Antwort vertraulich der Großherzogin mitzuteilen und hoffte, daß die Verstimmungen des Großherzogs, die „wohl ohne genauere Kenntnis der Sachlage entstanden sind, an keiner Stelle zurückbleiben werden" (Ebd., masch. Reinkonz.; Telegramm, Aufgabe: Berlin 31. Aug. 8.10 vormittags).

[2] Lyncker, Moritz Freiherr v. (1853–1932), seit 1870 preuß. Offizier, 1895–98 militär. Erzieher der kaiserlichen Prinzen, 1908–18 Chef des Militärkabinetts und Generaladjutant des Kaisers, 1918/19 Präsident des Reichsmilitärgerichts (Generaloberst).

[3] Lyncker klärte Bethmann Hollweg über Manteuffels Versetzung am 12. Aug. 1916 auf: „Die Stellen der stellvertretenden Kommandierenden Generale sind bereits bei mehreren Armeekorps neu besetzt worden, und ist das eine allgemeine Maßnahme" des Kaisers „aus Dienstaltersrücksichten" und zur „Unterbringung älterer, bisher mit Auszeichnung vor dem Feinde gestandener Generale, deren Ersatz durch jüngere Persönlichkeiten aber doch bei der langen, aufreibenden Dauer des Feldzuges allmählich notwendig wurde". Am 22. Juli 1916 sei der Großherzog rechtzeitig davon unterrichtet worden, daß man den General v. Manteuffel „demnächst durch einen anderen General zu ersetzen" beabsichtige, und zwar „unter eingehender Darlegung der dies bedingenden Gründe sowie unter Nennung des in Aussicht genommenen Nachfolgers". Es seien „aber auch die besonderen Verhältnisse Badens dabei durchaus berücksichtigt worden", so sei mit General Isbert ein dem Großherzog bereits bekannter Offizier als Nachfolger ausgewählt worden, „dem die Bevölkerung und die Eigenarten des Badener Landes gut vertraut waren, der jetzt im Feldzuge fast 2 Jahre lang eine badische Division mit bestem Erfolge geführt hatte und der überhaupt nach Persönlichkeit und Tüchtigkeit in jeder Weise die Gewähr bot, den dortigen, gewiß schwierigen Aufgaben mit vollem Verständnis gewachsen zu sein". Auch muß Manteuffel selbst der Ansicht gewesen sein, „seine dortige Stellung ohne weitere nachteilige Folgen verlassen zu können, indem er früher die dringende Bitte um eine mobile Verwendung zum Ausdruck gebracht hatte" (Ebd., masch. Ausf.; Marg.: „I. Antwort 19./8., II. Erl. Karlsruhe 28./8.").

1383. Stellvertretendes Generalkommando des XIV. Armeekorps an das Kriegspresseamt

Karlsruhe, 8. September 1916

Die Stimmung der Bevölkerung ist seit dem Vorbericht infolge der schweren Kämpfe auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen[1] und der rumänischen Kriegserklärung[2] wohl noch ernster, aber auch entschlossener geworden. Die Zuversicht, daß Deutschland sich aller seiner Widersacher erwehren werde, ist unerschüttert, und so konnte man in den ersten Tagen nach dem Eintritt Rumäniens in den Krieg, als dieses Ereignis die Gemüter vollständig beherrschte, in allen Schichten des Volkes dem Ausspruch begegnen, daß unsere Heeresleitung sicherlich die erforderlichen Vorkehrungen gegen die neue Gefahr getroffen habe. Das badische Landesorgan der Sozialdemokratie schließt seinen Leitartikel über die neuen Kriegserklärungen mit folgenden Worten: „Die Entwicklung der Dinge drängt zur Entscheidung. Wir sehen ihr auch jetzt mit derselben Zuversicht entgegen, die uns bisher die Kraft gegeben hat, die Anstürme unserer Feinde erfolgreich abzuwehren". Die Sozialdemokraten, soweit sie der gemäßigten Richtung angehören, sind eben durch absolut ablehnende Haltung der französischen und englischen Arbeiterparteien gegenüber Friedenswünschen von manchen Phantastereien früherer Zeiten geheilt, wie dies auch in der Berliner Rede des Reichstagsabgeordneten Dr. David[3] zum Ausdruck kommt. Etwas zurückhaltender äußert sich das Vertrauen des Mannes aus dem Volke gegenüber unserem österreichischen Bundesgenossen. Eine gewisse Gefahr für die Einheitlichkeit der Volksstimmung liegt in den auseinandergehenden Auffassungen über

die anzuwendenden Mittel der Kriegführung[4], wie sie in dem Streit zwischen dem Nationalausschuß und dem sogenannten Unabhängigen-Ausschuß sich kundgeben. Diese Strömungen gehen tiefer, als es den Anschein haben mag. Trotz der gegenwärtigen schweren Berufsarbeit der Bauern werden diese Dinge selbst im kleinsten Odenwalddorf erörtert. Ein Landbürgermeister, der anläßlich einer Sitzung des landständischen Ernährungsbeirates in Karlsruhe war, meinte, es sei im badischen Hinterlande die allgemeine Meinung, daß sich der Krieg auf einen Vernichtungskrieg gegen Deutschland zuspitze und die jetzt noch neutralen Staaten über kurz oder lang gleichfalls in den Kreis unserer Feinde eintreten würden. Deshalb sei es angebracht, ohne jede Rücksicht auf das Völkerrecht von allen zu Gebote stehenden Mitteln der Kriegführung Gebrauch zu machen. Gegenüber solchen Meinungsäußerungen, denen man zum mindesten kraftvolle Entschlossenheit nicht absprechen kann, dringt man mit dem Hinweis darauf schwer durch, daß nur diejenigen Stellen, denen die Kenntnis aller Umstände zugänglich sind, die Lage sachgemäß zu beurteilen und die richtigen Schlüsse zu ziehen vermögen. Trotz des immer noch, wenn auch mit gewisser Mühe, aufrechterhaltenen Burgfriedens zieht der Streit über diese Fragen seine Wellen auch in der Presse. Die Auffassung der äußersten Linken kommt in dem hier beigefügten Artikel der Mannheimer „Volksstimme" vom 26. 8. „Der alldeutsche Kriegsruf" zum Ausdruck. Es dürfte sich empfehlen, daß die maßgebenden Stellen nach wie vor den Standpunkt einnehmen, daß bei der gegenwärtigen Kriegslage eine Erörterung der Kriegsziele in der Presse noch durchaus unangebracht ist.

In bezug auf die Ernährungsverhältnisse wurde die Stimmung der Bevölkerung durch den Mißerfolg bei der Versorgung mit Frühkartoffeln nicht günstig beeinflußt, und es wird an den betreffenden Maßnahmen des Kriegsernährungsamtes, dem man im übrigen Vertrauen entgegenbringt, Kritik geübt. Der Preis von 10 M[ark] für den Zentner wurde selbst von Vertretern der Landwirtschaft als zu hoch bezeichnet, und dieser Preis in Verbindung mit der absteigenden Skala war der Grund, daß die abnehmenden Stellen plötzlich mit Unmassen von Kartoffeln überschüttet wurden, die sie nicht absetzen, wegen der schlechten Haltbarkeit aber auch nicht längere Zeit aufbewahren konnten. Sind schon hierdurch zahlreiche Kartoffelbestände verdorben, so hat es geradezu Erbitterung hervorgerufen, daß skrupellose Profitgier nicht davor zurückgeschreckt ist, die Kartoffeln in halbreifem Zustand aus dem Boden zu nehmen, nur um den hohen Anfangspreis auszunützen. In dieser Sache wären schwere Bestrafungen am Platz gewesen, um dem verletzten Rechtsgefühl des Volkes eine Genugtuung zu verschaffen. Indessen ist wenigstens in der weiteren Öffentlichkeit von solchem Einschreiten nichts bekannt geworden. Die Stadt Mannheim hat für angelieferte faule und teils unreife Kartoffel bis jetzt einen Verlust von über 50000 Mark zu verzeichnen. Die Bedingungen der Reichskartoffelstelle bezüglich der Mängelrüge werden als undurchführbar und ungerecht bezeichnet. Jedenfalls werden die verantwortlichen Stellen der Frage der Durchführung der Kartoffelversorgung erhöhte Aufmerksamkeit widmen müssen, wenn nicht die von manchen Seiten für den nächsten Winter geäußerten Besorgnisse sich erfüllen sollen.

GLA 456/EV 8 Bund 70 fol. 18, gedr.

[1] In Frankreich die Kämpfe an der Somme und um Verdun, in Rußland die Brussilow-Offensiven und in Italien die Isonzo-Schlachten.

[2] Kriegserklärung Rumäniens vom 27. Aug. 1916.

[3] David, Eduard Dr. phil. (1863–1930), Redakteur, SPD, Mdhess II. Kammer 1896–1908, MdR

1903–1930, Okt./Nov. 1918 Unterstaatssekretär des Ausw. Amts, 1919 Reichsminister ohne Portefeuille, Reichsminister des Innern, 1920 Reichsminister ohne Portefeuille.

[4] Frage des unbeschränkten U-Boot-Einsatzes vgl. Nr. 1373, 1374.

1384. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 26. September 1916

Vertraulich! In der Schlußsitzung des badischen landständischen Ausschusses konnte der Finanzminister mitteilen, daß die Finanzlage sowohl bei der allgemeinen Staatsverwaltung wie bei der Eisenbahn im ganzen befriedigend sei; der begreifliche Rückgang des Ertrages aus indirekten Steuern werde durch die Mehreinnahmen aus der bewilligten Erhöhung der Einkommensteuer mehr wie aufgehoben. Voraussichtlich könne man bis nächsten Sommer mit dem bewilligten Anlehenskredit auskommen.

Ausschuß und Regierung halten übereinstimmend die Einberufung eines außerordentlichen Landtages nicht für erforderlich, solange nicht die Erschöpfung des Anlehenskredites eintritt, das ist zum nächsten Frühsommer wahrscheinlich zu erwarten. Dann soll auch über die Verlängerung der Legislaturperiode entschieden werden.

Herr v. Dusch erzählte mir im Vertrauen, der nationalliberale Führer Rebmann habe eine außerordentliche Tagung lebhaft befürwortet, es sei ihm aber unter drastischer Zustimmung des bekannten Zentrumsleiters Zehnter gelungen, Rebmann zu beruhigen. Zehnter habe gesagt: „Da müsse mer[a] wieder endloses unnötiges Geschwätz anhören!"

Die Stimmung im Lande ist dauernd zuversichtlich und vertrauensvoll, auch für die neue Kriegsanleihe, was sowohl in der Presse wie kürzlich auch in einer Kriegstagung des Badischen Bauernvereins in Offenburg erfreulich zum Ausdruck kommt. Der Stand der Landwirtschaft und Ernte gibt zu Besorgnissen keinen Anlaß, man darf im Gegenteil durchaus günstige Enderträgnisse erwarten, wenn die trockene Witterung anhält. Einige Erregung verursachte die Beschlagnahme von Obst, die vielleicht, da sie wieder aufgehoben wurde, zu vermeiden gewesen wäre.

Über den Fall Cossmann[1]-Valentin[2] herrscht starker Unwille. Die damit erneut in gewissen Parteien zutage tretenden kanzlerstürzlerischen Tendenzen finden hier keinen Widerhall. Die eigenmächtigen Veröffentlichungen durch Cossmann werden allgemein aufs schärfste verurteilt, aber vielfach hört man doch die Ansicht äußern, das Auswärtige Amt hätte dem Professor Valentin sofort den ihm erteilten Auftrag entziehen und die Inkompetenz, disziplinarisch gegen ihn vorzugehen, gar nicht geltend machen sollen. Auch der Staatsminister deutete das an. Die Haltung der Nationalliberalen Partei im Reiche und der Einfluß Bassermanns erfährt in Regierungskreisen ernsten Tadel; in der Presse bringt namentlich das Zentrum bisweilen ganz verständige Artikel gegen das agitatorische Auftreten der Partei und ihres Führers, der durch seine Rede in Saarbrücken zweifellos wieder nur schädlich wirkte.

Die Herren Minister beklagen sich in letzter Zeit oft darüber, daß ihr gnädigster Landesherr durch häufige Reisen an die Fronten und längere Besuche in Königstein, wo die hohe Gemahlin weilt, den Dienst recht erschwere und wichtige Entscheidungen verzögere.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 15, masch. Ausf.

[a] Mundartlich für: müssen wir.

[1] Cossmann, Paul Nikolaus (1869–1941), Schriftsteller, 1903–1929 Herausgeber der „Süddeutschen Monatshefte".

[2] Valentin, Veit (1885–1947), Historiker und Publizist, seit 1916 Professor der Geschichte in Freiburg, mußte wegen Publizierens gegen die Alldeutschen 1917 auf sein Lehramt verzichten, 1920 im Reichsarchiv in Potsdam, 1933 Entlassung.

Cossmann hatte Tirpitz private kritische Bemerkungen Valentins gegen dessen U-Boot-Kriegführung mitgeteilt (Briefwechsel Bethmann Hollwegs mit Tirpitz, gedr. *Schultheß* 1916 S. 428ff.), worauf der frühere Staatssekretär dem aushilfsweise im Auswärtigen Amt angestellten Valentin Konsequenzen ankündigte. Valentins Beleidigungsklage gegen Cossmann endete in einem Vergleich, der ihn zur Rücknahme seiner Anschuldigungen zwang.

1385. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 13. Oktober 1916

Ew. Exz. darf ich hierneben zwei Zeitungsartikel gehorsamst vorlegen, die sich mit der sogenannten Kanzlerfronde beschäftigen. In dem einen verwahrt sich das hiesige leitende Zentrumsblatt[1] gegen die von alldeutsch-konservativer Seite verbreitete Behauptung einer wachsenden Feindschaft des Zentrums. Die andere Äußerung richtet sich gegen den frondierenden Teil der Nationalliberalen und erschien im Rastatter „Deutschen Volksboten", einer Wochenschrift der Nationalliberalen Partei Badens. Die „Frankfurter Zeitung"[2] macht unter der Überschrift „Mahnungen zur Selbsteinkehr" darauf aufmerksam.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 122 Nr. 16 Bd. 7, masch. Ausf.

[1] Bad. Beobachter, Nr. 469 vom 11. Okt. 1916.

[2] Nr. 283 vom 12. Okt. 1916.

1386. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Baden, 8. November 1916

Die „Frankfurter Zeitung"[1] bringt im zweiten Morgenblatt von heute die hocherfreuliche Kundgebung angesehener und maßgebender Persönlichkeiten der badischen Residenz gegen die Anfeindungen, denen Ew. Exz. ausgesetzt sind. Ich darf den Artikel hier anschließen und dazu bemerken, daß in ganz Baden die Stimmung vorherrscht[2], welche dieser Kundgebung entspricht, und daß damit meine früheren Berichte eine erwünschte Bestätigung erfahren.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 122 Nr. 16 Bd. 7, eig. Ausf.

[1] (Nr. 310 vom 8. Nov. 1916): „Wir beklagen und verurteilen die offenen und versteckten Treibereien, die Schädlinge sind an den Wurzeln der geschlossenen, sieghaften Kraft des deutschen Volkes. Wir verkennen nicht die Berechtigung sachlicher Kritik. Aber kleinlich und der großen Zeit nicht würdig erscheinen uns Nörgeleien und frevelhafte Verdächtigungen, durch welche die verantwortungsvolle Aufgabe der Reichsleitung erschwert und der Erfolg ihrer Arbeit beeinträchtigt werden kann zum Schaden des Vaterlandes. [...] In festem Vertrauen stehen wir,

Angehörige aus allen politischen Parteien Badens, zu unserem Reichskanzler in der begründeten Zuversicht, daß, wenn die Stunde des Friedens herannaht, das deutsche Volk in der Reichsleitung wie in seiner Vertretung der tatkräftigen und weitblickenden Sachwaltung nicht entbehren wird zur Sicherung der Zukunft des Reiches, der Freiheit und der Wohlfahrt des Vaterlandes" (Ebd.).

[2] Am 9. Nov. 1916 reichte Eisendecher eine in der Bad. Landeszeitung (Nr. 520 vom 7. Nov. 1916) enthaltene Unterzeichnerliste nach: „Aus dem Namensverzeichnis geht erfreulicherweise hervor, daß die namhaftesten Persönlichkeiten der badischen Residenz aus allen Kreisen und Parteien sich an der Kundgebung beteiligten" (Ebd., eig. Ausf.). Am 30. Nov. 1916 ergänzte Eisendecher, daß in Heidelberg „von zahlreichen Bürgern aller Parteien eine Kundgebung für Ew. Exz. unterzeichnet und veröffentlicht" wurde [Karlsruher Zeitung, Nr. 327 vom 28. Nov. 1916] (Ebd., masch. Ausf.).

1387. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 4. Dezember 1916

Über d[ie] ganz vertr[auliche] Sache[1], von d[er] ich neulich Kenntnis nehmen durfte, habe ich mit H[er]r[n] v. Dusch gesprochen u[nd] d[en] Eindruck gewonnen, daß der bad[ische] St[aats]m[inister] gegen eine Initiative unsererseits sehr ernste Bedenken hegt. Er vermag allerdings unsere Gesamtlage nicht klar zu übersehen, weiß namentlich nicht, wie lange wir noch militärisch u[nd] wirtschaftlich weiterkämpfen können, ohne einem schließlichen Zusammenbruch entgegenzugehen, aber er meint, jeder derartige Schritt werde bei uns auf den heftigsten Widerstand stoßen, v[on] d[en] Feinden nur als Zeichen d[er] Schwäche ausgelegt werden u[nd] sie in der energischen Weiterführung des Krieges bestärken. Namentlich befürchtet er auch, daß die zahlreichen Gegner E[w.] E[xz.] die Gelegenh[eit] benützen u[nd] mit allen Mitteln erneut versuchen würden, einen Wechsel in der politischen Leitung herbeizuführen. Ein solcher Wechsel sei aber als das größte Unglück zu betrachten, das unbedingt vermieden werden müsse. Er habe sich schon überlegt, ob er nicht direkt in diesem Sinne an E[w.] E[xz.] schreiben solle. Daß S. M. d[er] K[aiser] u[nd] d[er] Feldmarsch[all] v. H[indenburg][2] mit dem geplanten Vorgehen einverstanden seien, dürfe er wohl annehmen, indessen selbst das könne seine Bedenken nicht völlig zerstreuen. Bei d[en] feindl[ichen] Völkern wachse zwar anscheinend die Kriegsmüdigkeit, aber die verantwortl[ichen] Machthaber seien offenbar noch keineswegs geneigt einzulenken, besonders in England. Man wisse auch noch zu wenig über die wirkl[ichen] inneren Zustände in den Ententeländern. Jedenfalls scheine es ihm sicherer, noch abzuwarten; unsere militärische Lage werde sich wahrscheinlich u[nd] hoffentlich weiter günstig entwickeln, darauf komme es natürlich in allererster Linie an, ob mit einer politischen Aktion der beabsichtigten Art auf Erfolg zu rechnen sei. Im übrigen herrsche fast überall noch der Glaube an d[ie] feindl[ichen] Lügen u[nd] Verleumdungen, also an unsere angebl[ichen] Gewalttaten u[nd] Grausamkeiten, das verbittere die Stimmung u[nd] mindere die Chancen auch der großzügigsten u[nd] selbstlosesten Kundgebung der Mittelmächte.

Seine Hauptsorge bleibe aber immer die Wirkung bei uns im Reiche u[nd] an den Fronten, er fürchte für unsere bisher so glänzend bewährte Einigkeit.

In aufr[ichtiger] wärmster Verehrung läßt sich H[er]r v. D[usch] E[w.] E[xz.] angelegentl[ich] empfehlen. Er glaubte pflichtgemäß seine Ansichten mir gegenüber offen aussprechen zu dürfen, fügte aber gleich hinzu, daß ihm für ein einigermaßen sicheres Urteil doch manche näheren Informationen u[nd] Unterlagen fehlten, die in Berlin gewiß

zur Verfügung ständen u[nd] ihn vielleicht umstimmen könnten. Nun, inzwischen hat die Nachricht v[on] d[em] gestern erfochtenen wichtigen Siege[3] die Lage weiter wesentlich zu unseren Gunsten verändert u[nd] damit das Risiko politischen Eingreifens unsererseits wieder verringert.

Immerhin bleibt die Sache doch wohl etwas zweischneidig, man wird alle Gründe für u[nd] wider reiflich erwägen müssen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Nachlaß Eisendecher 1/2 fol. 68, eig. Abschrift; Marg. Eisendechers: „Nach Reinschr[ift]".

[1] Die Reichsregierung informierte die bad. Regierung bereits am 30./31. Okt. 1916 von dem bevorstehenden Friedensangebot, das zwischen dem Reich und Österreich-Ungarn auf der Berliner Konferenz am 15./16. Nov. 1916 beraten und Ende Nov. durch die preuß. Gesandten den bundesstaatlichen Ministern übermittelt wurde. Am 12. Dez. 1916 gab es Bethmann Hollweg vor dem Reichstag bekannt (Sten. Ber. RTG Bd. 308 S. 2332ff.)

[2] Hindenburg, Paul v. Beneckendorff und (1847–1934), preuß. Offizier, 1903 Kdr. General, 1911 Ruhestand, Aug. 1914 Reaktivierung als Oberbefehlshaber der 8. Armee, Nov. 1914 Oberbefehlshaber Ost (Generalfeldmarschall), Aug. 1916 zusammen mit Ludendorff Leitung der (3.) OHL, 1919 Ruhestand, 1925–1934 Reichspräsident.

[3] Einnahme Bukarests durch die Truppen der Mittelmächte und Abschluß des Feldzugs gegen Rumänien (6. Dez. 1916).

1388. Stellvertretendes Generalkommando des XIV. Armeekorps an das Kriegsamt

Karlsruhe, 31. Januar 1917

Geheim. In die Berichtszeit fällt die Antwortnote des Vierverbands[1] an Präsident Wilson[2], die die öffentliche Stimmung in erheblichem Maße beeinflußt hat. Mit seinem darauffolgenden Aufruf an das deutsche Volk, der in sämtlichen Gemeinden des Korpsbezirks angeschlagen und vom Generalkommando als Flugblatt an die Schulbehörden verteilt worden ist, hat S. M. der Kaiser den Empfindungen aller Volksschichten markigen Ausdruck gegeben. Abgesehen von dem in der sogenannten Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft abgesplitterten Teil der Sozialdemokratischen Partei hat man es überall begriffen, worum es sich nunmehr für das Deutsche Reich handelt, und daß der Krieg bis aufs Messer geführt werden muß. In der anliegenden Nummer 19 der halbamtlichen „Karlsruher Zeitung"[3] befindet sich ein kurzer Bericht über eine hier stattgehabte sozialdemokratische Versammlung, die „angesichts der unglaublichen Ansprüche der Ententemächte ihre volle unentwegte Zustimmung zu der Politik des 4. August" ausgesprochen hat.

Man mag also zur Friedensaktion Deutschlands und seiner Verbündeten stehen wie man will, man wird zugeben müssen, daß sie im Verein mit der von der Ententeseite erfolgten Ablehnung eine ausgezeichnete innerpolitische Wirkung gehabt hat. Seit den Anfangstagen des Krieges ist die Geschlossenheit des deutschen Volkes in keinem Zeitpunkt wieder so in die Erscheinung getreten wie gegenwärtig. Allerdings ist an die Stelle der Begeisterung jener Augusttage das Gefühl nüchterner Pflichterfüllung getreten. Diese Geschlossenheit kam auch bei der Feier des Geburtstags des Kaisers zum schönsten Ausdruck. Die Anteilnahme der Bevölkerung durch Beflaggen der Häuser

und Besuch der festlichen Veranstaltungen war noch lebhafter als gewöhnlich, und die Presseäußerungen zeigen einen warmen Ton bis in die Reihen der Sozialdemokratie hinein, z. B. schreibt das badische Landesorgan, der „Volksfreund", in dem angeschlossenen Geburtstagsartikel u. a.: „So wie man erst in der Zeit der Not den Freund erkennt, so erkennt das Vaterland, was es an seinem ersten Diener, als den sich der Kaiser selbst bezeichnet, hat", und wir schließen uns dem an, was ein hervorragender sozialdemokratischer Führer bei einer Gelegenheit sagte, „daß der Kaiser zur Zeit auch unser Vertrauen hat". Am Schluß heißt es, „wir wollen nicht, daß uns die Feinde unterkriegen, und in diesem Sinne sind wir eins mit dem Kaiser".

So läßt sich sagen, daß infolge der hochpolitischen Vorgänge der letzten Wochen die Stimmung der Bevölkerung eine unzweifelhafte Entwicklung nach aufwärts durchgemacht hat und das dumpfe Gefühl vor dem Ungewissen, das namentlich infolge der französischen Truppenansammlungen an der französisch-schweizerischen Grenze in den badischen Grenzbezirken sich einzunisten drohte, einer gewissen innerlichen Befreiung gewichen ist. Jene Stimmung an der Grenze hatte sich teilweise zu den abenteuerlichsten Gerüchten verdichtet. Einige besonders Hellhörige wollten sogar wissen, der nach dem Durchbruch durch die Schweiz erfolgte Übermarsch der Ententetruppen nach der deutschen Grenze werde sich in der Weise vollziehen, daß die Franzosen den Grenzteil bis Säckingen und die Italiener den Teil östlich davon besetzen würden. Das Generalkommando ist diesen Schwätzereien namentlich auch durch Aufklärung in der Presse, die übrigens erfreulicherweise sofort auch aus eigenem Antrieb eingriff, energisch entgegengetreten.

Was von der Entwicklung der Stimmung gesagt wurde, gilt hauptsächlich von der breiten Masse der Bevölkerung. Unter denjenigen, die sich eingehender mit den öffentlichen Angelegenheiten beschäftigten, findet man z. Zt. zahlreiche Personen, die bei aller Erkenntnis des Gebots der Stunde ihrer patriotischen Sorge um die Zukunft Ausdruck geben. Diese Sorge gründet sich in der Regel auf Zweifel über die Möglichkeit des Durchhaltens auf wirtschaftlichem Gebiete. Man fragt sich, ob es gelingen wird, der im Frühjahr zu erwartenden schwierigen Lage Herr zu werden. Es wird eben immer mehr offenbar, daß die Kartoffelmißernte des Jahres 1916 uns schwere Verlegenheit bereitet hat, welche durch die zur Verfügung stehenden Ersatzmittel kaum ausgeglichen werden können, zumal dem Vernehmen nach auch die Erträge der Gerste hinter den Erwartungen weit zurückblieben. Man sagt sich ferner, daß die Verhältnisse in Österreich-Ungarn und wohl auch in der Türkei noch ungünstiger liegen, so daß Deutschland nicht nur von den Schätzen des eroberten Rumänien, von denen eine Zeitlang in der Presse soviel die Rede war, das wenigste erhalten, sondern den Bundesgenossen noch Zuschüsse wird leisten müssen. Dazu kommen Besorgnisse, ob es in diesem Jahre im Hinblick auf die vermehrten Einberufungen und den Mangel an Gespannen und Düngemitteln möglich sein wird, die Bestellung der Felder in dem erforderlichen Umfange durchzuführen. Diese Frage wird der Regierung eine der z. Zt. wichtigsten Aufgaben stellen. Die Spannkraft der Landwirtsfrauen ist zweifellos etwas im Abnehmen begriffen, und die fremde Arbeitskraft des Kriegsgefangenen kann die selbstinteressierte Arbeit nicht ersetzen. D[essen] e[ingedenk] wird man sich auch in diesem Jahre, soweit es die jeweilige Gefechtslage irgend gestattet, zu Beurlaubungen der Landwirte für die Hauptbestellzeit verstehen müssen, da genügend Betriebsleiter von anderer Seite nicht aufgebracht werden können. Auch die Schwierigkeiten in der Kohlenfrage sind geeignet, die Stimmung

ungünstig zu beeinflussen, wenn auch anzunehmen ist, daß mit der Wiedereröffnung der Schiffahrt hier eine Erleichterung eintritt.

Angesichts dieser Lage sind die Erörterungen darüber, wie das Kriegsende beschleunigt werden könnte, wieder lebhafter geworden. Auch diejenigen Kreise, die bisher wegen der amerikanischen Gefahr der Empfehlung der vollen Ausnützung aller Kampfmittel nicht zuneigten, ändern ihre Anschauung, da es einen anderen Ausweg wohl nicht mehr gibt. Es ist deshalb zu erwarten, daß die Nation der nunmehr in der U-Bootfrage gefallenen Entscheidung[4], die durch das abgelehnte Friedensangebot diplomatisch gut vorbereitet ist, in einmütiger Entschlossenheit beitreten wird.

GLA 456/EV 8 Bund 86 fol. 135 ff., masch. Abschrift.

[1] Neben dem Friedensangebot der Mittelmächte (Nr. 1387) richtete der amerikanische Präsident Wilson am 18. Dez. 1916 einen Friedensplan an alle kriegführenden Staaten, der aber von den Alliierten am 30. Dez. 1916 zurückgewiesen wurde.

[2] Wilson, Woodrow (1856–1924), seit 1885 Professor der Geschichte und Volkswirtschaftslehre, 1890 auch der Rechts- und Staatswissenschaften an der Universität Princeton, 1910 Gouverneur von New Jersey (dem. Partei), 1913–1921 Präsident der Vereinigten Staaten.

[3] Nr. 19 vom 20. Jan. 1917.

[4] Auf Drängen der Obersten Heeresleitung stimmte Bethmann Hollweg der Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Kriegs am 1. Febr. 1917 zu.

1389. Stellvertretendes Generalkommando des XIV. Armeekorps an das Kriegsamt

Karlsruhe, 2. März 1917

Die Stimmung der Bevölkerung im Korpsbezirk ist gegenüber dem Vormonat im allgemeinen nicht verändert. Die am Ende des letzten Berichts[1] ausgesprochene Erwartung, daß das Volk der in der U-Bootfrage gefallenen Entscheidung in einmütiger Entschlossenheit beitreten werde, hat sich erfüllt. Das platte Land hat von jeher einer möglichst scharfen Kriegführung zugeneigt, aber auch aus den Industriestädten kommen jetzt Mitteilungen, wonach die durch die Ablehnung des Friedensangebots gegen unsere Feinde besonders gereizte Arbeiterschaft die Anwendung der schärfsten Kriegsmittel rückhaltlos billigt. Man erhofft von dieser Anwendung die Beendigung des Krieges in diesem Jahre, und dieser Umstand ist es besonders, welcher die U-Bootwaffe beim Volke populär macht. In der sozialdemokratischen Presse finden sich in steigendem Maße Erörterungen, die der Enttäuschung und dem Unmut darüber Ausdruck geben, daß die Arbeiterparteien in England und Frankreich die Politik der Regierungen, die auf eine Vernichtung Deutschlands abzielt, nicht nur nicht hindern, sondern in führenden Stellungen mitvertreten. Diese Gesichtspunkte spielen namentlich auch bei den Auseinandersetzungen der Anhänger der alten Sozialdemokratischen Partei in Deutschland gegenüber der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft eine Rolle. Die einmütige Bewilligung der neuen Kriegskredite[2] durch den ganzen Reichstag mit Ausnahme der Arbeitsgemeinschaft hat einen vorzüglichen Eindruck gemacht und wird auch ihre Wirkung auf das Ausland nicht verfehlen.

Die Presseerörterungen auf dem Gebiet der inneren Politik halten sich fast durchweg

in maßvollen, durch die Rücksicht auf den Burgfrieden bestimmten Grenzen. Nur gewisse Ereignisse wie die Einbringung des Fideikommißgesetzes, das von mancher Seite als mit den Grundsätzen einer zielbewußten Ansiedlungspolitik nicht vereinbar bekämpft wird, sowie der Vorstoß einzelner Persönlichkeiten gegen den Reichskanzler (Versammlung im Hotel Adlon)[3] haben eine bewegtere Note in die Presseauslassungen der letzten Zeit gebracht. Über die eigentlichen Friedensziele halten sich sowohl Publikum wie Presse verständigerweise noch ziemlich zurück, in dem richtigen Gefühl, daß die Gesamtlage für eine klare Stellungnahme in dieser Frage noch nicht genügend geklärt ist.

Die Werbearbeit für die neue Kriegsanleihe hat schon vor einigen Wochen mit der Bildung eines aus allen Kreisen der Bevölkerung sich zusammensetzenden Ausschusses eingesetzt und ist nun in der Entwicklung begriffen. Naturgemäß wird auch die Frage der Wechselwirkung zwischen den Kriegssteuern und dem etwaigen Erfolg der neuen Anleihe erörtert, dabei wurde darauf hingewiesen, ob es sich nicht empfehle, die Zustellung der Steuerbescheide für die Kriegs- [und] Besitzsteuer mit ihren für manche doch recht namhaften Beträgen bis nach Zeichnung der Kriegsanleihe hinauszuschieben. Dem dürfte jedoch entgegenstehen, daß aufgrund der in den Steuergesetzen gegebenen Bestimmungen jeder Steuerpflichtige schon vor Empfang des Bescheids in der Lage ist sich den geschuldeten Betrag auszurechnen, und soweit man dies nicht gelten lassen will, ist eher anzunehmen, daß eine Ungewißheit über die Höhe der Steuerschuldigkeit eher zurückhaltend auf die Zeichnung der Kriegsanleihe wirken müßte als die Gewißheit darüber, welche Verpflichtungen der einzelne für die nächste Zeit zu erfüllen hat. Daß im allgemeinen die Erhebung der Kriegssteuer in diesem Jahre auf die Beteiligung der Einzelzeichner an der Kriegsanleihe in gewissem Umfange einwirken wird, dürfte zu erwarten sein. In Fachkreisen wird die Meinung ausgesprochen, daß es sich empfiehlt, den Kurs der neuen Anleihe etwas niedriger als den vorigen festzusetzen. Denn trotz des offiziellen Kurses der früheren Anleihe sei es heute möglich, sie im Handel etwas billiger zu erwerben, ein Umstand, der die Meinung für eine neue, im Kurs etwas hoch bemessene Anleihe abzuschwächen geeignet sei.

Was die Stimmung der ländlichen Bevölkerung betrifft, so darf die Erregung nicht unberücksichtigt bleiben, die jetzt schon wieder die für 1917 in Aussicht genommene Sommerzeit auf dem platten Lande hervorruft. Es wird in dieser Hinsicht auf den Artikel „Sommerzeit" in der anliegenden Nummer 83 des „Badischen Beobachters" vom 20. 2. 17 verwiesen. Danach ist in den der Redaktion zugegangenen Zuschriften die Einführung der Sommerzeit geradezu als „Terrorismus" bezeichnet, gegen den die Bauern zur Notwehr entschlossen seien. Das Generalkommando wird mit dem Großh[erzoglichen] Ministerium des Innern in Verbindung treten, damit dem auf dem Lande eingewurzelten Vorurteil gegen die Sommerzeit durch Aufklärung und soweit nötig durch praktische Maßnahmen entgegengewirkt wird.

Hinsichtlich der Einwirkung der wirtschaftlichen Verhältnisse auf die Volksstimmung ist nicht viel Neues zu berichten. Zwar scheint die gegenwärtig geringe Beteiligung der Bevölkerung an den Kriegsküchen in den großen Städten des Landes darauf hinzudeuten, daß zur Zeit keine unmittelbare Not in der Ernährung herrscht, aber man ist sich doch bewußt, daß wir recht knappen Monaten bis zur neuen Ernte entgegengehen werden. Hier und da wird darüber geklagt, daß sich die Bevölkerung nicht in gehöriger Weise auf die schmalen Zeiten einrichte. So hat die Stadtverwaltung Karlsruhe sich öffentlich

darüber ausgelassen, daß von den angeschafften großen Vorräten an Kohlraben nicht der entsprechende Gebrauch gemacht werde, was den Schluß rechtfertige, daß die Bevölkerung die ihnen zugewiesenen Kartoffeln jetzt verbraucht, statt sie bis nach der Kohlrabenzeit aufzusparen. Um der Getreideknappheit Rechnung zu tragen, plant die badische Regierung eine Verschärfung des Kuchenbackverbots. Bäckereien sollen keine Kuchen mehr backen, und in Konditoreien und Cafes soll das Verzehren von Kuchen nicht mehr stattfinden dürfen, so daß nur noch den Konditoreien gestattet ist, Kuchen herzustellen und über die Straße zu verkaufen. Weiter ist ein allgemeines Verbot der Zubereitung von Wasserwecken ins Auge gefaßt, das übrigens schon in einigen Landesteilen besteht. Für Kranke will man Ausnahmen gestatten und für sie auch ein besonderes Auszugsmehl herstellen lassen, da Magenkranke das bis zu 94% ausgemahlene Mehl nicht vertragen dürften.

Beim Bierpreis ist wiederum eine Erhöhung eingetreten. Das Großh[erzogliche] Ministerium des Innern hat den Preis für 0,3 Liter auf 18 Pfennig festgesetzt, während die Wirte 20 Pfennig gewünscht hatten. Ferner hat das Ministerium eine Belieferung der Brauereien mit 20% Gerste zugesagt und den Stammwürzgehalt, der früher 15% betrug, auf 6% herabgesetzt. Die Wirte erhalten 15% der Menge Bier, die sie in Friedenszeiten bezogen. Der Preis für den Hektoliter ist auf 31 M[ark] festgesetzt, während er bisher 28 M[ark] betrug. Gegen den sogenannten Schleichhandel mit Lebensmitteln sind neuerdings energische Maßnahmen geplant, um die wilden Aufkäufe von Butter, Eiern und Milch auf dem Lande einzudämmen. Zu der schon bestehenden Überwachung der Reisenden auf Bahnhöfen und Landstraßen tritt neuerdings eine Kontrolle in den Eisenbahnzügen.

Einen ungünstigen Einfluß auf die Volksstimmung hat im Berichtsmonat die Kohlennot ausgeübt. Die während der Frostperiode notwendig gewordenen behördlichen Maßnahmen zur Rationierung des Kohlenbedarfs riefen mancherorts eine Panik unter der minderbemittelten Bevölkerung hervor, die auf die Lagerplätze der Stadtverwaltungen ging und in aufgeregter Weise Kohlen verlangte, so daß diesen Verwaltungen kaum die nötige Zeit blieb, um die für eine geordnete Verteilung notwendigen Maßnahmen wie Ausgabe von Bezugsscheinen usw. zu treffen. Als ein günstiger Umstand war anzusehen, daß das badische Landespreisamt schon im Sommer vorigen Jahres Höchst- oder Richtpreise für Kohlen, Koks [und] Briketts festgesetzt hatte. Infolgedessen hat die Kohlennot in der letzten Zeit im Großherzogtum wenigstens nicht zur Ausbildung von Wucherpreisen geführt. Eine Folge der Kohlennot war auch eine ungewöhnliche Nachfrage nach Brennholz und damit eine Preissteigerung, die jetzt 80–100% gegenüber den Friedenspreisen beträgt. Neben dem etwas verminderten Einschlag, dem harten Frost [und] dem Kohlenmangel hat zweifellos auch die gesteigerte Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung auf das Emporschnellen der Holzpreise eingewirkt. Von allen Seiten kommen die Klagen, daß bei den Holzversteigerungen die Bauern, die jetzt gefüllte Taschen haben, die Preise ins Unvernünftige in die Höhe treiben unter dem Gesichtspunkt, daß sie sich das leisten können. Deshalb sind einige Stadtverwaltungen mit großem Waldbesitz wie auch landesherrliche Verwaltungen dazu übergegangen, von Versteigerung des Holzes abzusehen und es freihändig zu verkaufen, wobei auch Minderbemittelte berücksicht[igt] werden können. Das badische Landespreisamt plant die Einführung von Verbraucherhöchstpreisen für Holz in den größeren Städten und will dem Kettenhandel in Holz durch Prüfung der Geschäftsbücher der Händler usw. energisch entgegentreten.

Die gewiß gutgemeinten Zulagen an die Schwerstarbeiter der Rüstungsindustrie haben stellenweise Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft hervorgerufen. Es wird von mancher Seite geltend gemacht, daß gerade diejenigen Arbeiter besonders bedacht werden, die die höchsten Löhne erhalten und deshalb am ehesten in der Lage wären, sich sonstwie Lebensmittel zu verschaffen. Auch falle die Zulage heute an solche Arbeiter, die auf dem Lande wohnen, dort eine kleine Landwirtschaft betreiben und deshalb in der Ernährung weit besser gestellt sind als ihre Kameraden in der Stadt. Wiewohl derartige Unstimmigkeiten in der Natur der Sache liegen, sollen sie hier doch nicht unerwähnt bleiben, da sie die Stimmung der Arbeiterschaft in nicht unerheblicher Weise beeinflussen.

Endlich wurde von einer Seite darauf aufmerksam gemacht, daß man sich in der Öffentlichkeit über die großen Sendungen aufhalte, die einzelne Angehörige von Kriegsteilnehmer[n] aus dem Felde erhielten. So wurde angegeben, eine Frau habe von ihrem Mann 15 Pfund Schokolade, Reis, Seife usw. erhalten. Da es sich bei diesen Sendungen um Gegenstände handle, die in der Heimat sehr entbehrt würden, so erregte die bevorzugte Stellung derartiger Familien Neid und Entrüstung, [und] man vergleiche diese Sendungen mit dem sonstigen von der Regierung bekämpften Schleichhandel. Die Tatsache dieser Sendungen sei allgemein bekannt.

GLA 456/EV 8 Bund 86 fol. 143–147, masch. Abschrift.

[1] Nr. 1388.

[2] 23. Febr. 1917.

[3] Die vom Grafen Hoensbroech am 25. Febr. 1917 im Berliner Hotel Adlon einberufene Konferenz eröffnete die Angriffe der Rechten gegen den Reichskanzler und die amtliche Kriegszielpolitik.

1390. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 21. März 1917

Man darf sagen, daß Baden sich in der langen Kriegszeit durchaus bewährt, der Parteihader ruht, Unzufriedenheit tritt wenig hervor, und wenn auch einzelne radikale Elemente bisweilen an der Regierung und den wirtschaftlichen Beschränkungen Kritik üben, wird doch im ganzen für das Gemeinwohl und die Kriegsbedürfnisse allgemein angestrengt gearbeitet. Überall im Lande, auch aus kleineren Orten, berichten die Zeitungen von vaterländischen Vorträgen oder Veranstaltungen des Roten Kreuzes zur Förderung des Kriegshilfsdienstes. Tätigsten Anteil nimmt an allen diesen Vorgängen die Großherzogin Luise. I. K. H. ist stets aufs genaueste informiert und kennt jeden Leiter der beteiligten Fürsorgeorganisationen, nimmt namentlich auch regsten Anteil an dem Austausch von verwundeten Gefangenen und an der leider vielfach schamlosen Behandlung, die unsere Gefangenen in Feindesland erfahren.

Militär- und Zivilbehörden arbeiten ohne wesentliche Reibungen ziemlich einträchtig zusammen. Neuerdings wurde das südliche Baden mit Freiburg in das Etappengebiet einbezogen wegen der dort versammelten starken Truppenverbände. Das hat anfangs zu allerhand gänzlich unbegründeten Gerüchten von vermeintlich bedrohlicher Kriegslage Anlaß gegeben, vor deren Verbreitung mit Recht gewarnt wurde.

Auch ein Kriegswirtschaftsamt zur Förderung der Landwirtschaft mit Zweigstellen in den Amtsbezirken ist eingerichtet worden, und man erwartet von dessen Tätigkeit günstige Ergebnisse.

Militärischerseits wird jetzt, wie ich vertraulich höre, die Verhängung des verschärften Belagerungszustandes erwogen, aber S. K. H. der Großherzog wie das Ministerium sind entschieden gegen diese Maßregel, die nur beunruhigen würde, auch besitzt das Generalkommando gegenwärtig schon eine sehr weitgehende ausreichende Machtfülle.

Auf einer kürzlich in Freiburg tagenden Versammlung des Alldeutschen Verbandes mit dem Flottenverein und der Kolonialgesellschaft gelangte die hierneben beigefügte Erklärung[1] zur Annahme. Gemeinsam zeichnen diese Vereine unter der Firma des bekannten „Ausschusses für den deutschen Frieden", der sonst hier wenig hervortritt. Im alldeutschen Sinne fordert die Erklärung die üblichen Gebietserwerbungen in der Hoffnung auf eine kraftvolle politische Betätigung beim Friedensschluß. Hauptredner war der Abgeordnete Bacmeister[2]-Elberfeld, der unlängst auch in Stuttgart sprach; er wird wohl in Freiburg ähnlich geredet haben, ich darf deshalb den Bericht des „Schwäbischen Merkur"[3] über den Stuttgarter Vortrag gehorsamst anschließen.

An Nahrungsmitteln und Heizmaterial herrscht einiger Mangel, aber man kann und muß sich einrichten, und jedenfalls ist gut dafür gesorgt, daß die weniger bemittelten Volksschichten nicht zu kurz kommen. Von wirklichem Notstand ist keine Rede.

Das neue, nahe dem alten Bahnhof hergestellte Übergangsbarackenlager für gefangene Offiziere wurde zum Teil belegt. Die Insassen sollen bei den häufigen Fliegeralarmierungen einige Unruhe gezeigt und besseren Schutz verlangt haben, ein Gerücht, das aber von verlässiger Seite als nicht zutreffend bezeichnet wird.

Zum 24. k[ommenden] M[onats] sind die Kammern einberufen. Herr v. Dusch rechnet auf etwa drei- bis vierwöchentliche Beratungen.[4]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 15, masch. Duplikat.

[1] Bad. Landeszeitung, Nr. 132 vom 19. März 1917.

[2] Bacmeister, Walter (1877–1953), Schriftsteller und Journalist, NL, MdPrAH, Chefredakteur und Zeitungsverleger in Elberfeld, Mitglied der Deutschen Kolonialgesellschaft, des Deutschen Wehr- und des Flottenvereins.

[3] Nr. 131 vom 20. März 1917.

[4] Ao. Kriegslandtag vom 24. April–13. Juni 1917 (Vgl. Nr. 1396).

1391. Stellvertretendes Generalkommando des XIV. Armeekorps an das Kriegsamt

Karlsruhe, 11. April 1917

Mit bemerkenswerter Hartnäckigkeit erhält sich in den badischen Städten das Gerücht von großen Lebensmittelunruhen in Norddeutschland. In neuester Zeit hat das Gerücht vor allem die Form angenommen, daß es in Berlin zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Zivilbevölkerung [sowie zwischen] Militär und Polizei gekommen sei.[1] Bei diesen Kämpfen seien zahlreiche Frauen verwundet und getötet worden. Bisher hat man von einer Bekämpfung des Gerüchtes durch die Presse abgesehen. Wohl im Zusammen-

hang mit der bevorstehenden Einschränkung der täglichen Brot- und Mehlmengen stehen die zahlreichen Gerüchte, wonach die schon ausgegebenen Brotkarten für eine Woche außer Kraft gesetzt werden oder wonach für eine Woche keine Karten ausgegeben werden würden. Diese Gerüchte sind von der örtlichen Presse mit Erfolg bekämpft worden.

GLA 456/EV 8 Bund 86 fol. 149, masch. Ausf.; Masch. Marg.: „1) Schreiben an das Kriegspresseamt Berlin, 2) Abschrift an Abteilung II e zur gefl. Kenntnis".

[1] Unter Führung der USPD kam es zwischen dem 16. und 22. April 1917 in Berlin zu Massenstreiks.

1392. Stellvertretendes Generalkommando des XIV. Armeekorps an das Kriegsamt

Karlsruhe, 12. April 1917

Geheim! *Die Konsumentenverbände fordern nachdrücklich einen Produktionszwang für die Landwirtschaft, während insbesondere die Zentrumsblätter ihn aufs schärfste wegen seiner gegenteiligen Wirkung verurteilen.* Die Konsumenteninteressenten-Verbände schließen sich nach diesseitiger Kenntnis zu immer fester gefügten Vereinigungen zusammen und vertreten mit Nachdruck und Leidenschaftlichkeit den Standpunkt der städtischen Verbraucher. Ihre Ausführungen sind sehr häufig von einseitigen Übertreibungen und Angriffen auf die Landwirtschaft getragen. *Gegen die Auffassung des überwiegenden Teils der Bevölkerung bekämpft die Regierung die Hamsterfahrten auf den Eisenbahnen.* Die Zeitungen folgen wohl unter dem Druck ihrer Leser fast ohne Ausnahme der Ansicht der Bevölkerung, *so auch der Karlsruher Oberbürgermeister*, der sich gegen die Unterbindung der privaten Zufuhr nach der Stadt ausgesprochen hat, *während der Mannheimer Oberbürgermeister das Vorgehen der Regierung befürwortet. Der Fremdenverkehr in Baden befindet sich in einer Notlage.*

Von politischen Vorgängen sind die Vorträge des Abgeordneten Bacmeister in einzelnen badischen Städten bemerkenswert.[1] Die Bevölkerung hat sich im allgemeinen diesen Vorträgen gegenüber zurückhaltend erwiesen, und die Presse hat sich auch, soweit sie den Ausführungen Bacmeisters innerlich nahesteht, überwiegend auf eine einfache Berichterstattung beschränkt. Bacmeister selbst hat in seinen Vorträgen eine gewisse Zurückhaltung beobachtet und insbesondere scharfe Angriffe vermieden. In Karlsruhe hat überraschend keine Bacmeister-Versammlung stattgefunden. Einem unbestimmen Gerücht zufolge soll dieser Verzicht auf eine Einwirkung der führenden nationalliberalen Männer hin erfolgt sein.

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft findet in Baden nur wenig Anhang. In Karlsruhe sind der Einladung eines Vertrauensmannes, der selbst auf etwa 70 Teilnehmer gerechnet hatte, nur 17 Genossen gefolgt. Zu einer praktischen Tätigkeit ist diese Karlsruher Gruppe anscheinend noch nicht gelangt. In Offenburg hat sich dagegen der sozialdemokratische Verein im Anschluß an einen Vortrag des radikalen Landtagsabgeordneten Adolf Geck mit 14 gegen 3 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen zu einer Resolution aufgerafft, in der er die von dem Parteivorstand betriebene widerrechtliche Ausstoßung der Parteigenossen aus der Organisation bedauert. Auch dieser Verein hat somit

eine klare Stellungnahme gegenüber dem Beschlusse des sozialdemokratischen Ausschusses vermieden und hat sich mit einer Protestkundgebung begnügt. Es wird abzuwarten sein, ob es der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft gelingt, trotz dieser mäßigen Anfangserfolge eine größere Ausdehnung in Baden zu gewinnen. Nach der Ansicht des führenden Parteiblattes, des „Volksfreunds", sind die Aussichten der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft in Baden jedoch sehr gering. Jedenfalls stehen die drei sozialdemokratischen Blätter noch entschlossen auf dem Boden der Mehrheit, wobei allerdings zu beachten ist, daß die „Volksstimme" in Mannheim in neuester Zeit in ihren innerpolitischen und wirtschaftlichen Ausführungen schärfere Töne anschlägt als in den früheren Kriegsmonaten. Die Schriftleitung der „Volksstimme" hat daher wiederholt nachdrücklich an die Beachtung des Burgfriedens erinnert werden müssen.

Der Mangel an Kleingeldmitteln bedarf einer Abhilfe. Zu der allgemeinen Stimmung ist zu bemerken, daß die Zurückverlegung der Front im Westen[2] nach der diesseitigen Kenntnis in keiner Weise die Stimmung der Bevölkerung nachteilig beeinflußt hat. Das Vertrauen zu der Heeresleitung hat alle nachteiligen Erwägungen ausgeschaltet. Man kann sogar behaupten, daß in der Presse zuviel geschehen ist, um die Zweckmäßigkeit dieser Maßnahme darzulegen. *Trotz Flugblattaufklärung des Ministeriums des Innern bleibt bei der ländlichen Bevölkerung wegen der Einführung der Sommerzeit eine gewisse Verstimmung bestehen.* Es kann bestätigt werden, daß die Mehrzahl der Bevölkerung gegenüber der Gefahr der Fliegerangriffe die richtige Stellung gefunden hat. Man kann sogar sagen, daß, abgesehen von einer kleinen Zahl nervös überreizter Menschen, der größte Teil der Bevölkerung eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber den Warnungssignalen zeigt, die im Einzelfall einmal verhängnisvoll werden kann.

Von den Maßnahmen des Bild- und Filmamtes zur Beeinflussung der Bevölkerung durch Filmvorführungen in den öffentlichen Lichtspielhallen ist bis jetzt in Baden vor allem die Verbreitung des Filmes „Mit Mackensen[3] durch die Dobrudscha" in Erscheinung getreten. Dieser Film hat in den einzelnen Städten eine völlig verschiedenartige Aufnahme gefunden; beispielsweise hat ein Lichtspieltheater in Karlsruhe *einen überraschend schlechten Besuch gehabt. Dennoch scheint die* Überlassung von guten Lichtbildern vom Kriegsschauplatz ein durchaus geeigneter Weg, um einzelne Klassen der heimischen Bevölkerung zu einer lebhafteren Anteilnahme an den Kriegserlebnissen zu veranlassen.

GLA 456/EV 8 Bund 86 fol. 153–157, masch. Abschrift.

[1] Vgl. Nr. 1390.

[2] Im Febr./März 1917 zog sich die deutsche Armee in Nordfrankreich in die vorbereitete „Siegfriedstellung" zurück.

[3] Mackensen, August (1899: v.) (1849–1945), preuß. Offizier, 1908 Kdr. General des XVII. AK, 1914 Oberbefehlshaber der 9., 1915 der 11. Armee (Ostfront), 1915 Generalfeldmarschall, 1916 Oberbefehlshaber in Rumänien, 1918/19 interniert.

1393. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 24. April 1917

Das führende Organ der badischen Sozialdemokraten „Volksfreund“[1] vertritt unter Leitung des Abgeordneten Kolb durchaus die Haltung der Reichstagsfraktion und bringt oft zeitgemäße Artikel gegen die extremen Genossen, die Unzufriedenen und die alldeutschen Eroberungspolitiker.

Ich darf zwei solcher Äußerungen hier gehorsamst anschließen und zugleich einen Bericht über die kürzlich in Offenburg stattgehabte Landeskonferenz[2] der Partei beifügen. Leider hat diese Versammlung, wie ich höre, auch eine Resolution einstimmig angenommen, welche dem russischen Proletariat ihre Bewunderung und ihre Glückwünsche ausspricht zur Befreiung vom Joche des Zarismus.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Europa Nr. 82 Nr. 1 Bd. 28 fol. 71, masch. Ausf.; Marg.: „mitget. 3./5.17 R. A. d. Innern“.

[1] Nr. 89 vom 17. April 1917.
[2] Nr. 1394.

1394. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 25. April 1917

Im Anschluß an den Bericht Nr. 40 vom 24. d. Mts.[1] beehre ich mich, umseitig die am 23. d. Mts. in Offenburg fast einstimmig angenommenen Beschlüsse der Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Badens gehorsamst vorzulegen.[2]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Europa Nr. 82 Nr. 1 Bd. 28 fol. 74, masch. Ausf.; Marg.: „Mtg. 3./5.17 Reichsamt d. Innern, Ministerium d. Innern“.

[1] Nr. 1393.
[2] (Karlsruher Zeitung, Nr. 112 vom 25. April 1917): „[...] Zur Organisationsfrage. Die Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Badens hält die Einheit und Geschlossenheit der Parteiorganisation zwecks Erfüllung der im Interesse des werktätigen Volkes notwendigen Aufgaben während und nach dem Kriege für dringend geboten. Sie verurteilt auf das entschiedenste die Bestrebungen zur Bildung von Sonderorganisationen, die nur die Aktionsfähigkeit der Arbeiterbewegung zum Nachteil der Arbeiterklasse hemmen. Ebenso verurteilt die Landeskonferenz die Bestrebungen, welche geeignet sind, die Partei nach rechts zu drängen. Eine sachliche Aussprache über prinzipielle und taktische Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei hält die Konferenz im Rahmen der Organisation für geboten und möglich. Dagegen hält es die Landeskonferenz als mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unvereinbar, daß eines ihrer Mitglieder gleichzeitig Mitglied einer Organisation der Oppositionsgruppen ist oder für sie mündlich oder schriftlich Propaganda entfaltet. Die Konferenz betrachtet alle diese Mitglieder als aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und damit aus der Landesorganisation ausgeschieden.

Für die russische Revolution. Die Landeskonferenz spricht dem russischen Proletariat ihre Bewunderung und ihren Glückwunsch aus zur Befreiung vom Joche des Zarismus. Sie erblickt in derselben einen starken Impuls zum demokratischen Fortschritt in allen Kulturstaaten, vor allem aber zur Wiederanknüpfung der internationalen Beziehungen des Proletariats, von der sie allein die baldige Beendigung des Krieges erhofft.

Zur Parteitaktik. Die Landeskonferenz nimmt mit Befriedigung Kenntnis von den unausgesetzten und gerade jetzt wieder mit Nachdruck betätigten Bemühungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes zur Herbeiführung eines baldigen Friedens. Sie schließt sich in vollem Umfange der Aktion an, welche die Zentralinstanzen der Partei in ihrer Tagung vom 19. April 1917 eingeleitet haben. Die Konferenz anerkennt nach wie vor die Pflicht der Landesverteidigung und hält die Bewilligung der Kriegskredite durch die Reichstagsfraktion so lange für gerechtfertigt, als die Feinde der Zentralmächte nicht zum Abschluß eines Friedens bereit sind, der Deutschlands territoriale Unversehrtheit, politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit sichert" (Ebd. fol. 75).

1395. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 29. April 1917

Die ernsten Mahnungen des Generals Groener[1] im Ausschuß des Reichstags werden hier in der gesamten Presse mit warmem Beifall besprochen. Vom Regierungsblatt bis zu den sozialdemokratischen Zeitungen herrscht nur eine Stimme, daß die Versorgung der Fronten mit den nötigen Kampfmitteln sichergestellt bleiben müsse und daß jeder Arbeiter die Pflicht habe, dazu beizutragen. Glücklicherweise sind bis jetzt Arbeitseinstellungen in Baden kaum vorgekommen[2], auch öffentliche Kundgebungen hat man vermieden. Nur unter den Arbeitern der Munitions- und Waffenfabrik und in den Werkstätten der Eisenbahn zeigt sich eine gewisse Unruhe wegen der hohen Lebensmittelpreise. Angemessene Aufbesserungen der Löhne werden erwogen und wohl nicht ganz zu umgehen sein.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 152 Bd. 4, masch. Ausf.; Marg.: „Schr. 9./5./17 R. A. d. Innern".

[1] Groener, Wilhelm (1867–1939), württ. Offizier, 1914–1916 Chef des Feldeisenbahnwesens, 1916–1918 Chef des Kriegsamts, 1918 Chef des Generalstabs der Heeresgruppe Eichhorn in Kiew, 1918/19 erster Generalquartiermeister, 1920–1923 Reichsverkehrsminister, 1928–1932 Reichswehrminister, 1931/32 auch Reichsjustizminister.

[2] Vgl. Nr. 1391.

1396. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 29. April 1917

In der ersten Beratung des Haushaltsausschusses der badischen Zweiten Kammer kamen die aktuellen inneren Fragen der sogenannten Neuorientierung zur Sprache. Der sozialdemokratische Abgeordnete Kolb trug die bezüglichen Forderungen seiner Partei in leidlich maßvollem Tone vor; die recht weitgehenden Wünsche entsprechen den unlängst in Offenburg angenommenen Beschlüssen (Bericht Nr. 42 vom 25. d. Mts.).[1] Staatsminister Freiherr v. Dusch motivierte demgegenüber den im ganzen ablehnenden Standpunkt der Regierung unter Hinweis auf das gewaltige Ringen des gesamten Volkes um Dasein und Zukunft. Auch der Minister des Innern Freiherr v. Bodman nahm das Wort zur Unterstützung des Staatsministers. Er erklärte unter anderem die sozialdemokratische Forderung eines Friedens ohne Entschädigung für tief bedauerlich, hoffe aber, daß die Sozialdemokratische Partei ihre am 4. August 1914 eingenommene und für Baden in

Offenburg kürzlich wiederum beschlossene Haltung nicht verlassen werde. Dann dürfe man gemeinsame nützliche Arbeit für Staat und Volk auch mit und von der Sozialdemokratie erwarten.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 16, masch. Ausf.; Marg.: „mtg. R. A. d. Innern 4.5."

[1] Nr. 1394. Vgl. Karlsruher Zeitung, Nr. 113 vom 26. April 1917.

1397. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 30. April 1917

Das hiesige stellvertretende Generalkommando befürwortet, wie ich höre, dringend die Errichtung eines kaiserlichen Konsulats in Schaffhausen zur wirksameren Durchführung des Grenzschutzes. Badisches und Schweizer Gebiet berühren sich dort in so komplizierter, unregelmäßiger Linie, daß die Kontrolle sehr erschwert wird. Durch eine deutsche Vertretung in der Kantonshauptstadt hofft man dem Schmuggel und der Spionage besser vorbeugen zu können.

Für Karlsruhe wird in diesen Tagen der verschärfte Belagerungszustand verfügt werden, nachdem es sich herausgestellt hat, daß für gewisse Vorkommnisse auf militärischem Gebiet eine rechtliche Grundlage geschaffen werden muß. Der Landesherr wie die Regierung wünschten bisher, die Maßregel womöglich zu vermeiden, aber deren Notwendigkeit wird jetzt überall eingesehen, auch S. K. H. der Großherzog haben sich der Begründung durch den General Isbert nicht verschließen können.

Eine Wirkung für die Allgemeinheit dürfte kaum irgendwie hervortreten, zumal ein Teil des Karlsruher Bezirks im Bereiche der Festung Germersheim längst schon unter verschärftem Belagerungszustand steht.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Schweiz Nr. 58 Bd. 4, eig. Ausf.

1398. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 1. Mai 1917

Die im Bundesrat beschlossene Aufhebung des Jesuitengesetzes[1] wurde bisher in der Presse Badens nur kurz besprochen. Es handelte sich dabei namentlich um die Frage, ob die bestehenden Landesgesetze betreffend den Orden ihre Gültigkeit behalten oder inwieweit die Befugnisse der Einzelstaaten etwa beschränkt werden.

Nun hat der „Evangelische Bund" eine recht scharfe Erklärung abgegeben, und auch im „Reich-Gottes-Boten" erschien eine ziemlich erregte Kritik. Gegen beide Äußerungen wendet sich mit Recht das führende badische Zentrumsblatt, indem es in dieser harten Kriegszeit zum inneren Frieden mahnt. Nachdem beide Konfessionen an den Fronten einträchtig nebeneinander wirken, sollte die alte Gereiztheit nicht wieder aufleben, die Kundgebungen von evangelischer Seite sind deshalb meines Erachtens von Übel. Jedenfalls wäre es besser, wenn die evangelische Kirche in der Sache größtmögliche Zurückhaltung bewahrte, solange der Krieg andauert.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 124 Bd. 5, masch. Abschrift; Marg.: „mtg. R. A. des Innern 6./5."

[1] Am 19. April 1917 trat der Bundesrat dem Reichstagsbeschluß vom 19. Febr. 1913 bei (Vgl. *Stadelhofer* S. 349ff.; *Bachem* IX S. 362ff.).

1399. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 2. Mai 1917

Der gestrige sogenannte „Maifeiertag" der Arbeiter verlief anscheinend in ganz Baden durchaus ruhig ohne Demonstrationen oder Streiks. In dem führenden Blatt der Sozialdemokraten war am Tage vorher eine ernste Mahnung zur Besonnenheit und zu ununterbrochener Arbeit ergangen. Ich darf den Artikel des „Volksfreund"[1] [...] und den Bericht der „Badischen Landeszeitung"[2] über eine patriotische Kundgebung der Arbeiter in der großen Mannheimer Maschinenfabrik Lanz beifügen.[3]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Europa Nr. 82 Bd. 13 fol. 113, masch. Ausf.; Marg.: „Mtg. 10./5. Reichsamt des Innern".

[1] Nr. 100 vom 30. April 1917.

[2] Nr. 202 vom 1. Mai 1917.

[3] Vgl. den Aufruf der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und des SPD-Vorstands zum 1. Mai 1917 (Vorwärts, Nr. 115 vom 28. April 1917; gedr. *Ursachen und Folgen* I S. 206ff.).

1400. Stellvertretendes Generalkommando des XIV. Armeekorps an das Kriegsamt

Karlsruhe, 3. Mai 1917

Die allgemeine Stimmung im Korpsbezirk ist noch immer durchaus befriedigend. Das Vertrauen zur Heeresleitung ist in allen Schichten der Bevölkerung stark. Der Verlauf der gegenwärtigen französisch-englischen Offensive wird mit der Sommeschlacht verglichen, wobei sich ein Gefühl der Erleichterung geltend macht, daß die heutige Art der Abwehr weniger verlustreich und erfolgreicher scheint als damals. Das Bestreben der Heeresleitung, möglichst Menschen durch Maschinen zu ersetzen und so Kräfte zu sparen, begegnet vollem Verständnis. Daß die Friedenssehnsucht – vielleicht mit Ausnahme der Kreise der eigentlichen Kriegsgewinner – allgemein ist, kann nicht bestritten werden. Aber die Leute sind einsichtig genug zu begreifen, daß jetzt nichts schädlicher wirken kann als Ungeduld. Man hofft, daß, während die unüberwindliche Mauer unserer Kämpfer den Feind zurückhält, unterdessen die Unterseeboote, deren Erfolge mit lebhaftestem Interesse begleitet werden, ihre Wirkung tun und so England zum Frieden geneigt gemacht wird. Ein nach der Volksmeinung etwas unsicherer Faktor sind hierbei unsere Verbündeten. Es wird befürchtet, daß sie nicht so lange aushalten können wie wir und daß ein vorzeitiger Zusammenbruch eines oder mehrerer von ihnen uns der Früchte der außerordentlichen Leistungen des deutschen Volkes berauben könnte. Eine gewisse

Enttäuschung hat auch Rußland dem Mann aus dem Volke bereitet, der einen Sonderfrieden mit diesem Staat als baldige Folge der Revolution in Rechnung gestellt hatte, während es nunmehr den Anschein hat, als ob amerikanisches Geld und englische Diplomatenkünste die slawische Volksseele neuerdings gegen alles Deutsche aufzupeitschen verstünden. Dem Stockholmer Sozialistenkongreß[1] sieht die öffentliche Meinung in bezug auf sein Vermögen, uns dem Frieden näher zu bringen, mit großer Skepsis entgegen. Das Wirken des schwedischen Sozialisten Branting[2] hat auch die sozialdemokratischen Kreise bei uns nachdenklich gemacht, ebenso die Absage der französischen Genossen, den Kongreß zu beschicken.

Vom Standpunkt der Gegner der Sozialdemokratie werden diese Hemmungen des Stockholmer Unternehmens als nicht ungünstig angesehen. Denn man meint, daß es wohl zu unerträglichen innerpolitischen Zuständen bei uns führen würde, wenn von den Sozialisten der Friede gemacht wird. Dies würde eine Stärkung ihres Einflusses bedeuten, welche die größten Gefahren für unser innerpolitisches Leben herbeiführen könnte. Dies um so mehr, als auch noch keineswegs feststeht, welche Strömung in der deutschen Sozialdemokratie schließlich die Oberhand behalten wird. Was die Verhältnisse im Korpsbezirk betrifft, so hat zwar hier die sogenannte revisionistische Richtung der Sozialdemokratie das Heft in der Hand und ist vorerst mit Erfolg bemüht, den Arbeitern ihre ernsten Pflichten gegen das schwer bedrohte Vaterland eindringlich klarzumachen. Zu Unruhen ist es deshalb auch im Korpsbezirk bisher nicht gekommen. Lediglich die Arbeiter der Benzwerke in Mannheim haben anläßlich der Verteilung der Hindenburgspende die Arbeit eines Abends vorzeitig abgebrochen und eine Demonstrationsversammlung veranstaltet. Indessen haben auch hier die Organisationen die ihnen für einen Augenblick entglittenen Zügel bald wieder in die Hand bekommen, und die Angelegenheit wurde im Wege einer durch geschicktes Eingreifen der staatlichen Verwaltungsbehörde herbeigeführten Aussprache mit der Fabrikleitung beigelegt. Auch der 1. Mai ist ruhig verlaufen und die Arbeit nirgends unterbrochen worden. Die Arbeiter der Lanzschen Fabrik in Mannheim haben unter Führung der Fabrikleitung eine patriotische Kundgebung veranstaltet, wobei in Telegrammen an Generalfeldmarschall Hindenburg und Generalleutnant Groener das Gelöbnis abgelegt wurde, durch treue Arbeit bei der Beschaffung von Munition die Kämpfer im Felde zu unterstützen. Als dieses Vorgehen der Lanzschen Arbeiter bekannt wurde, sind die Arbeiter anderer Fabriken aus eigenem Antrieb ihrem Beispiel gefolgt.[3] So erfreulich derartiges auch ist, darf man sich doch keinen Illusionen darüber hingeben, daß in der Arbeiterschaft gewisse radikale Gelüste vorhanden sind, und daß es hier und da unter der Asche glimmt. Die russische Revolution hat in manche Köpfe Verwirrung gebracht, die glauben, daß Ähnliches auch in Deutschland ins Werk gesetzt werden müsse. Derartige Neigungen werden gestützt durch einige ehrgeizige Köpfe, die in der bisherigen sozialdemokratischen Parteibewegung nicht auf ihre Rechnung gekommen sind und hoffen, bei einer Neuerung eine führende Rolle zu spielen. Auf der am 22. April stattgehabten Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Badens[4] waren nur zwei Anhänger der sogenannten Unabhängigen Sozialdemokratie vertreten, die gegenüber der offiziellen Parteileitung nicht aufzukommen vermochten. Indessen zeigen die auf der Konferenz gefaßten Beschlüsse, welche die alsbaldige Demokratisierung der politischen Einrichtungen in Baden, besonders die Beseitigung der „geschichtlich überlebten Einrichtung" der Ersten Kammer und Abschaffung der Klassenwahl für die Gemeindevertretungen, fordern, daß auch die

revisionistisch geführte Parteileitung im Großherzogtum es nach den augenblicklichen Verhältnissen für geboten hält, der radikalen Richtung Zugeständnisse zu machen. In diesem Sinne hat sich der Führer der badischen Sozialdemokratie auch gesprächsweise ausgesprochen. Man befürchtet, die Gefolgschaft weiter Kreise der Arbeiterschaft zu verlieren, wenn man nicht schon während des Krieges mit extremen Forderungen hervortritt. Die Beschlüsse der Landeskonferenz sind auch in der Zweiten Kammer des Badischen Landtags als Anträge von der sozialdemokratischen Fraktion eingebracht worden und bilden gegenwärtig den Gegenstand einer Besprechung im Hauptausschuß, wo selbst die Großh[erzogliche] Regierung und die bürgerlichen Parteien gegen tiefgreifende Neuerungen während des Krieges Stellung genommen haben.[5]

Abgesehen von diesen politischen Strömungen macht sich mehr und mehr in den Fabriken eine gewisse Unruhe infolge des Bestrebens der Arbeiter geltend, die wirtschaftliche Konjunktur soweit irgend möglich auszunutzen. Die Fabrikleitungen klagen darüber, daß diese Erscheinung durch das Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes[6] eine gewisse Förderung erfahren habe. Früher wurden die reklamierten Arbeiter nur für einen bestimmten Betrieb zurückgestellt und, wenn sie daselbst unberechtigterweise austraten, kurzerhand wieder zum Heeresdienst eingezogen. Dieses Verfahren ist neuerdings nicht mehr möglich, da die im Reklamationswege entlassenen Arbeiter dem Hilfsdienstgesetz unterstehen und ihnen namentlich dann, wenn sie die Stelle wechseln, um sich zu verbessern, der Abkehrschein nicht vorenthalten werden darf. In der Lohnbewegung ist durchweg das Bestreben erkennbar, die Grundlöhne aufzubessern und auf Zulagen, wie Teuerungszulagen und Kriegszulagen, zu verzichten, in der Absicht, die hohen Löhne nach Friedensschluß halten zu wollen. Diese Bewegung wird von den Gewerkschaften unterstützt. Von den Arbeiterausschüssen wird viel Gebrauch gemacht, sie müssen häufig im Auftrag auch von Minderheiten oder Wenigen sprechen, so daß auch Meinungsverschiedenheiten der Arbeiter vielfach zutage treten und die Prüfung der Schlichtungsausschüsse gewünscht wird. Letztere Einrichtung ist beliebt, weil der Arbeiter sie gern als Arbeitsorgan ansieht, das im Interesse der Arbeiter eingerichtet und geeignet sei, die Lohnverhältnisse auszugleichen. Betriebe, in denen niedrige Löhne gezahlt werden, stehen unter scharfer Kontrolle der Gewerkschaften. Auch hier wird Ausgleich zu Höchstlöhnen angestrebt.

Besondere Aufmerksamkeit verdient die Stimmung der Arbeiterinnen, die vielfach unzufriedener sind als die Arbeiter. Sie beklagen sich über zu geringe Löhne im Vergleich zu den männlichen Kollegen, oft behaupten sie, Nachtarbeit müsse besser bezahlt werden, oder sie könnten die Nachtarbeit nicht aushalten, da sie zu schlecht ernährt würden. Die Klagen wiederholen sich immer wieder, daß Kriegerfrauen, besonders solche mit Kindern, abgewiesen werden. Die Arbeiterinnen widerstrebten, wie übrigens auch sehr viele männliche Arbeiter, der Fabrikspeisung, da sie ihre Nahrung mit ihren Kindern teilen wollen. Es ist zu vorübergehenden Arbeitsniederlegungen der Arbeiterinnen gekommen, wodurch die Stimmung der Gesamtarbeiterschaft beeinflußt wird.

Die Lebensmittelversorgung der Schwerst- und Rüstungsarbeiter wurde am 18. April 1917 im badischen Innenministerium unter Anwesenheit von Vertretern des Generalkommandos, der Kriegsamtsstelle, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer dergestalt geregelt, daß ein Arbeitnehmer und -geberausschuß unter Vorsitz des Gewerbeaufsichtsamts die Einstufungen der Arbeiter, die Preiskontrollen und die Verteilung der Lebensmittel an die Betriebe vornehmen sollte. Das stellvertretende Generalkommando erließ eine Ver-

ordnung zur Bekämpfung des Schleichhandels (Hamsterwesens), da die Abgabe rationierter Lebensmittel durch die Bauern an private Käufer statt an die auf dem Lande unpopulären Kommunalverbände das ganze Rationierungssystem und die gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel empfindlich störte. Die Versorgung der auswärtigen Kur- und Pensionsgäste erfolgt auf Betreiben der badischen Regierung durch Ausgleichszahlungen der Reichsverteilungsstelle. Nach Ansicht des stellvertretenden Generalkommandos wird bei Dauer des Krieges über 1917 hinaus die Produktionskontrolle in der Landwirtschaft als Ergänzung zu den bestehenden Verbrauchsregelungen trotz starker Gegenwehr des Zentrums unumgänglich sein. Infolge der Bundesratsverordnung vom 19. März 1917 über die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse erließ die badische Regierung für den Tabakanbau am 2. April 1917 eine Verordnung, die die Zahl der Tabakpflanzer sowie die Anbaufläche auf den Stand von 1916 beschränkte und diesen die Selbstversorgung mit Kartoffeln und Brotgetreide auferlegte.

Die Stimmung der Landbevölkerung wird, abgesehen von einer gewissen physischen Ermüdung, als allgemein gut bezeichnet. Sie hat sich auch in höherem Maße als bisher an der Kriegsanleihe beteiligt. Verstimmt sind die Bauern indessen immer noch über die Einführung der Sommerzeit, so daß sich das badische Ministerium des Innern entschließen mußte, durch Flugblätter über deren Notwendigkeit aufzuklären. Hierdurch und durch den auf Anregung des Generalkommandos in den „Deutschen Kriegsnachrichten" erschienenen Artikel sind wenigstens die heftigsten Stimmen zum Schweigen gebracht worden.

Die Aufhebung des Jesuitengesetzes hat in der namentlich auf dem Lande verbreiteten Zentrumspresse naturgemäß eine nur schwer verhehlte Genugtuung ausgelöst, während andererseits aus protestantischen Kreisen Besorgnisse wegen der dem öffentlichen Leben durch die Jesuiten drohenden Gefahren geäußert worden sind.[7]

Häufige Nachrichten aus dem Korpsbezirk über sittliche Verfehlungen von Frauen und Mädchen mit in der Landwirtschaft beschäftigten Kriegsgefangenen (Sept. 1916: 32000). Von ihnen wurden 25963 einmännigen Kommandos und über 1100 alleinstehenden Frauen zugewiesen. Künftig wird ein vermehrter Wechsel vorgenommen. Der badische Textilhandel beklagt die Preisdrückerei der Kriegsgesellschaften, die durch ihre Aufkaufspolitik vor allem die nicht an den Kriegsaufträgen teilhabenden Klein- und Kleinstbetriebe schädigten. Ebenso ruft die Bundesratsverordnung über die Enteignung von Web-, Wirk- und Strickwaren in verschiedenen Bevölkerungsschichten Unruhe hervor, weshalb die Anwendung dieser Maßnahme länger als die vorgesehenen sechs Monate hinausgeschoben werden solle. Es besteht die Sorge vor einer katastrophalen Kohlennot im nächsten Winter. Preußen sei aufgerufen, eine Transport- und Preissicherung zu gewährleisten, damit keine unheilvollen Rückwirkungen auf die Volksstimmung in Baden entstehen könnten.

GLA 456/EV 8 Bund 86 fol. 213–223, masch. Abschrift.

[1] Mit der am 4. Juli 1917 eröffneten Konferenz versuchten die niederländischen und skandinavischen Sozialdemokraten die seit Kriegsbeginn inaktive Sozialistische Internationale in der Friedensfrage zu engagieren. Aus den kriegführenden Nationen nahmen jedoch nur die deutschen Parteien (SPD, USPD) teil (Vgl. *Schultheß* 1917 I S. 642ff.; *Ursachen und Folgen* II S. 64ff.).

[2] Branting, Hjalmar (1860–1925), Mitbegründer der schwed. Sozialdemokratie, 1920, 1921–1925 schwed. Ministerpräsident und Vertreter im Völkerbundsrat, 1921 Friedensnobelpreisträger.

[3] Nr. 1402.
[4] Vgl. Nr. 1394.
[5] Vgl. Nr. 1396.
[6] Auf Betreiben der 3. OHL verabschiedete der Reichstag am 5. Dez. 1916 das Hilfsdienstgesetz, das für nichtmilitärpflichtige Männer zwischen dem 17. und 60. Lebensjahr die obligatorische Arbeitspflicht und in Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten obligatorische Arbeiterausschüsse vorschrieb.
[7] Vgl. Nr. 1398.

1401. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 4. Mai 1917

Staatsminister v. Dusch wird zur bevorstehenden Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten nach Berlin kommen. Er klagt in letzter Zeit wieder viel über sein altes Leiden, störende Herzbeschwerden, ist im übrigen stark verärgert wegen vielfacher sozialdemokratischer, auch persönlicher Angriffe und äußert oft Rücktrittsgedanken. Meines Erachtens bekundet er der Sozialdemokratie gegenüber infolge leicht erregbaren Temperaments und mangelhaften Befindens leicht eine gewisse Gereiztheit im Gegensatz zu Herrn v. Bodman, der den Genossen kühler und höflicher entgegentritt. Beide Minister stehen sachlich durchaus auf dem gleichen Standpunkt, aber Herrn v. Duschs scharfes Auftreten bewirkt, daß die sozialdemokratische Presse ihn heftig tadelt und auch die Regierung mitangreift, während man für den Minister des Innern ein gewisses Vertrauen und Sympathie zeigt. Der badische Staatsminister hegt für Ew. Exz. bekanntermaßen eine sehr aufrichtige, warme Verehrung und beklagt aufs tiefste die Gegnerschaft, der die Reichspolitik von rechts wie von links her ausgesetzt ist. Namentlich die Alldeutschen erregen seinen ganzen Zorn, aber er meint auch, daß Ew. Exz. von Herrn Scheidemann[1] und dessen Anhang etwas deutlicher abrücken sollten, diese politische Richtung könne ebenfalls nur schädlichen Einfluß üben. [...]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 122 Nr. 16 Bd. 8, masch. Ausf.; Marg.: „mtg. 12./5. R. A. d. Innern".

[1] Scheidemann, Philipp (1863–1939), Buchdrucker, 1895 Redakteur in Gießen, 1900 in Nürnberg, Offenbach und Kassel, SPD, MdR 1903–1933, seit 1911 im Parteiausschuß, Okt./Nov. Staatssekretär im Kabinett des Prinzen Max von Baden, Nov. 1918–Febr. 1919 Rat der Volksbeauftragten, 1919 Reichskanzler, 1920–1925 Oberbürgermeister von Kassel, 1933 Emigration nach Dänemark.

1402. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 7. Mai 1917

Neben der bekannten Fabrik Lanz in Mannheim hat die Arbeiterschaft auch mehrerer anderer großer Industriefirmen Badens ihre Arbeitswilligkeit öffentlich bekundet und das in patriotischen Telegrammen dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg sowie dem General Groener gemeldet.[1]

Die „Karlsruher Zeitung" begrüßt diese Äußerungen vaterländischer Gesinnung der

Arbeiter als sehr erfreulich; sie zeigen, daß die eindringlichen Warnungen des sozialdemokratischen Parteiführers Kolb vor Arbeitseinstellungen im „Volksfreund" von weiten Kreisen der Genossen beherzigt wurden. Nur eine kleine Gruppe steht abseits unter dem Einfluß des extrem radikalen Landtagsabgeordneten Adolf Geck, der unlängst aus der Fraktion austrat. Seine Pforzheimer Wähler haben ihm deshalb und wegen seiner unversöhnlichen Haltung ihre ernste Mißbilligung ausgesprochen. Auch Kolb geht ziemlich scharf gegen ihn vor, weil er unter anderem verlangte, daß die kürzlichen Resolutionen der Offenburger Konferenz in der Kammer als Anträge eingebracht werden sollten.[2]

Der Parteileiter bemüht sich im übrigen in seinem „Volksfreund", die Genossen zu überzeugen, daß die nähere Bekanntgabe unserer Kriegs- oder Friedensziele ein politischer Fehler sein würde. Mit den Ausführungen des Generals Groener im Reichstage ist er nicht ganz einverstanden, weil besonders dessen Worte: „Wenn Hindenburg befiehlt, wer wagt zu streiken?"[3] ihm nicht zusagen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 152 Bd. 4, masch. Ausf.; Marg.: „mtg. 14./5. R. A. d. Innern".

[1] Vgl. Nr. 1400.

[2] Nr. 1394, 1396.

[3] Vgl. Groeners gleichlautender Flugblatt-Aufruf vom 27. April 1917 an die Rüstungsarbeiter (Gedr. *Ursachen und Folgen* I S. 205 f.; *Schultheß* 1917 I S. 460 f.).

1403. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 16. Mai 1917

In der Sitzung der badischen Zweiten Kammer vom 14. d. Mts.[1] wurde die Mitteilung des Finanzministers mit lebhaftem Beifall aufgenommen, daß im Lande 2 ¼ Milliarden von den 6 Kriegsanleihen gezeichnet worden seien. Dr. Rheinboldt legt zugleich sehr dringliche Nachtragsforderungen, betreffend den Eisenbahnetat, vor und beantragte Bewilligung von Mitteln für den staatlichen Ankauf von Aktien der Mannheimer Rheinschiffahrtsgesellschaften. Die Kammer genehmigte einstimmig fast ohne Debatte einige kleinere Gesetzentwürfe sowie die Verlängerung der Landtagsperiode bis zum 21. Oktober 1919. Etatgesetz, Kriegskredite und Ernährungsfragen sollen heute beraten werden. Man hofft, Ende nächster Woche mit der Arbeit fertig zu sein.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 16, masch. Ausf.; Marg.: „29./5. R. A. d. Innern".

[1] 2. Sitzung II. Kammer vom 14. Mai 1917, in: Amtliche Berichte, Nr. 4 vom 19. Mai 1917.

1404. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 27. Mai 1917

Nach dem vorläufigen Bericht über die Sitzung der badischen Zweiten Kammer vom 24. d. Mts.[1], in der die Beratung der Ernährungsfragen zu Ende geführt wurde, erfolgten leider recht scharfe Angriffe auf die von der Zentralstelle in Berlin getroffenen Maßnahmen. Der Zentrumsabgeordnete Spang[2] meinte, die Schuld an der Teuerung trage der

Kapitalismus (!?), der in den Gesellschaften in Berlin sitze, die Süddeutschen hätten nichts zu sagen. Minister Freiherr v. Bodman trat dem Redner sofort energisch entgegen und erklärte dessen Äußerungen für bedauerlich. Auch der sozialdemokratische Führer Kolb übte heftige Kritik, er soll unter anderem bemerkt haben, Preußen hätte in der Lebensmittelversorgung in einer Weise versagt, wie man es nicht für möglich halten sollte; die süddeutschen Regierungen dürften sich nicht darüber täuschen, daß der Gegensatz zwischen Nord und Süd eine bedeutende Verschärfung erfahren habe. Während Süddeutschland für rechtzeitige Rationierung sorgte, habe man in Preußen lange Zeit die Dinge laufen lassen. [...]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 16, eig. Ausf.

[1] 8. Sitzung II. Kammer vom 24. Mai 1917, in: Amtliche Berichte, Nr. 11 vom 5. Juni 1917.

[2] Spang, Alfred Dr. (1876–1955), seit 1899 Tierarzt, 1903 Grenztierarzt in Waldshut, 1908 Bezirkstierarzt, 1911 in Schönau-Krotzingen, seit 1914 Stadtverordneter in Schönau, Z, MdL 1913–1921 (AV).

1405. Stellvertretendes Generalkommando des XIV. Armeekorps an das Kriegsamt

Karlsruhe, 2. Juni 1917

Die Gesamtstimmung der Bevölkerung im Korpsbezirk zeigt gegenüber dem Vormonat kein wesentlich verändertes Bild. Zwar ist die Spannung infolge der langdauernden blutigen Kämpfe im Westen und Süden zweifellos erhöht, doch wirken wieder andere Momente auslösend ein, worunter in erster Reihe, namentlich bei der ländlichen Bevölkerung, die durch das gute Wetter bedingten günstigen Ernteaussichten stehen. Mit Genugtuung hat das deutsche Volk aus dem Telegramm des Kaisers entnommen, daß die englisch-französische Offensive, die ihren Unternehmern keinen nennenswerten Erfolg gebracht hat, zu einem gewissen Abschluß gelangt ist. Ebenso günstig hat der bisherige Verlauf der Isonzo-Schlacht auf die Stimmung gewirkt. Doch schon bestehen gewisse Anzeichen, daß die Entente auf breiterer Grundlage eine neue Offensive vorbereitet hat. Dieser sieht man in allen Schichten der Bevölkerung mit vollem Vertrauen zu unserer Heeresleitung entgegen. Doch sind es andere Punkte, die weniger in der Presse als in Gesprächen erörtert werden, welche die Hoffnungen auf einen baldigen, für uns günstigen Ausgang herabstimmen. Leute, die sich von jeher etwas mehr mit Weltpolitik befaßt haben, empfinden die Fortschritte der Engländer in Mesopotamien und Palästina als schweren Schlag gegen die deutsche Orientpolitik und Deutschlands weltpolitische Aussichten überhaupt. Die Entwicklung in Spanien, Norwegen und auch Schweden verstärkt die Besorgnis, daß auch diese Länder in das englische Netz verstrickt werden, zumal es England-Amerika nicht allzu schwer fallen kann, aus den für die drei Länder fühlbaren Folgen des U-Bootkrieges gegen Deutschland Kapital zu schlagen. Das peinlichste aber ist, daß unser Verhältnis zu Österreich-Ungarn in kritischer Weise in den Kreis der politischen Erörterungen gezogen wird. Trotz aller offiziösen Beruhigungen hat der Mann aus dem Volke das bestimmte Gefühl, daß zwischen den Regierungen von Deutschland und Österreich-Ungarn etwas nicht stimmt und daß, während bisher nur bei der Entente von einer Verschiedenheit der Kriegsziele gesprochen wurde, sich nun

auch am Bund der Mittelmächte die alte Wahrheit von der Schwäche der Koalitionen im Kriege bewähren könnte. Die Stellung des einzelnen zu Österreich-Ungarn in dieser Frage wird von seiner Haltung zu den Kriegszielen überhaupt bestimmt, desgleichen die Stellung der Parteien. Der scharfe Angriff des Grafen Reventlow[1] gegen den Grafen Czernin[2] löst mehr oder minder leidenschaftliche Erwiderungen auf der linken Seite aus. Ein Beispiel dafür, wie die Frage den sozialdemokratischen Arbeitern nähergebracht wird, ist der Artikel „Die Hetze gegen Österreich" in der anliegenden Nummer 142 der „Volksstimme"[3] in Mannheim, in dem geradezu behauptet wird, das Bündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn sei ein Defensivbündnis, und für Österreich bestehe nicht die allergeringste Verpflichtung, den Krieg zur Erreichung bestehender oder nichtbestehender deutscher Eroberungsziele weiter fortzuführen; wenn also Graf Czernin im deutschen Hauptquartier erklärt haben sollte, daß Österreich-Ungarn nicht die Absicht habe, auch nur den kleinsten Schritt über seine defensiven Bundespflichten hinauszugehen, so würde den Leitern der deutschen Politik gar nichts übrigbleiben, als diese Erklärung zur Kenntnis zu nehmen und sich nach ihr zu richten.[4] – Es ist begreiflich, daß Leute, die nicht auf die politischen Ansichten der „Volksstimme" eingeschworen sind, es als unerträglich empfinden, daß, während die größeren Leistungen im Kriege wohl auf der Seite Deutschlands liegen, nunmehr, wo es gilt, die Ergebnisse zu ziehen, sich Österreich-Ungarn wie ein Bleigewicht an Deutschland hängt.

Die Erörterung der Kriegsziele in der Öffentlichkeit ist überhaupt dadurch lebhafter geworden, daß die beiden Parteien, welche den hauptsächlichen Anhang in den breiten Massen haben, an der Frage in letzter Zeit entschieden Stellung genommen haben; die sozialdemokratische und die Zentrumspresse polemisieren scharf gegeneinander. So bezeichnet die „Volksstimme" die von der „Kölnischen Volkszeitung" eingeleitete Sammlung von Zustimmungserklärungen zu dem Programm des sogenannten „Deutschen Friedens" als „annexionistischen Gimpelfang". Die sozialdemokratische Presse des Korpsbezirks vertritt zwar einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen, doch lassen sich gewisse Abtönungen namentlich zwischen der „Volksstimme" in Mannheim und dem „Volksfreund" in Karlsruhe erkennen, welch' letzterer wegen der Wirkung auf die Gegner es nicht für zweckmäßig erachtet, diesen Standpunkt im gegenwärtigen Augenblick allzu laut zu vertreten. Bemerkenswert ist übrigens, daß der Schriftleiter des „Volksfreund", der Parteiführer Wilhelm Kolb, früher wiederholt in seinen Leitartikeln den ganz vernünftigen Standpunkt vertreten hat, man könne nach einer solchen Weltkatastrophe nicht erwarten, daß die Landkarte genauso aussehe wie vorher.

Daß der Gedanke eines reinen Verständigungsfriedens auch über die Sozialdemokratische Partei hinaus zahlreiche Anhänger findet, ist nicht zu leugnen, da der Glaube, daß ein Niederringen unserer Gegner möglich sei, zweifellos in weiten Kreisen erschüttert ist. Der Presse des Korpsbezirks, mit Ausnahme der sozialdemokratischen, darf die Anerkennung ausgesprochen werden, daß sie derartige[n] flaumacherischen Strömungen mit Energie entgegenzutreten sucht.

Allerdings ist auch der Zeitungsleser kritischer geworden, und die Presse muß, wenn sie sich das Vertrauen des Publikums erhalten will, dem Rechnung tragen. So haben beispielsweise die Mitteilungen, daß in England die Kartoffelnot wachse, bei vielen Lesern nur die Erwiderung herausgefordert, von diesen Vorgängen solle man nicht so viel Aufhebens machen, denn bei uns sei es ja noch schlimmer, [und] wir hätten auch bis jetzt aushalten können.

Die in den Massen vorhandene Friedenssehnsucht macht sich erfreulicherweise nicht in positiven Handlungen (Streik, Demonstrationen usw.) in irgend bedeutsamem Umfange kund. Bemerkenswert dafür, wie wenig der Gedanke der Streiks außerhalb der Rüstungsindustrie, der Industriezentren, Boden gefunden hat, ist folgende Tatsache: Das Generalkommando hat durch Vermittlung der Handelskammern den Brief der Feldgrauen an ihre sozialdemokratischen Arbeitskollegen aus der „Sozialdemokratischen Feldpost" verbreiten lassen. In dem Gebiete der Handelskammer Lahr sowie in Sigmaringen haben die Fabrikbesitzer jedoch von der Verteilung dieses Flugblattes abgesehen, da durch derartige Hinweise erst der Gedanke der Arbeitsniederlegung in die Arbeiterschaft hineingetragen werde. Freudig ist dagegen von allen Firmen und von der Arbeiterschaft das Flugblatt „Der Dank des Heeres an die Heimat" (Auszug aus dem Tagesbericht vom 24. April 1917) aufgenommen worden.

Wie schon im Stimmungsbericht vom 2. Mai 17[5] erwähnt, hat die Unabhängige Sozialdemokratische Partei in Baden nach außen hin bisher geringe Fortschritte zu verzeichnen. Eine konstituierende Versammlung in Karlsruhe hat nur etwa 24 Teilnehmer vereinigt. Indessen ist unverkennbar, daß, wie gleichfalls schon im letzten Bericht erwähnt, durch das bloße Vorhandensein der Bewegung die alte Partei zu radikalerem Auftreten gedrängt wird und andererseits die Werber der Unabhängigen ihre Tätigkeit im stillen entfalten. Die bisher im Hauptausschuß des Badischen Landtags gepflogenen politischen Erörterungen werden Anfang Juni in der Vollversammlung fortgesetzt werden, und es hat hierzu die „Volksstimme" die sozialdemokratischen Abgeordneten zu energischem Hervortreten angespornt: Es dürfe nicht nur der Mund gespitzt, sondern es müsse auch gepfiffen werden. Der revisionistisch gerichtete Parteiführer Wilhelm Kolb, dem früher schon häufig von seinen radikaleren Genossen das Leben schwer gemacht wurde, sieht sich jetzt offenen Angriffen des linken Flügels der Partei ausgesetzt.

Die Stimmung der Arbeiter wird ungünstig beeinflußt durch die Gewerkschaften einerseits, die am 12. [und] 13. 5. eine Tagung in Offenburg abgehalten haben, und ander[er]seits durch die Werber der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, die weiß, daß es darauf ankommt, für die Arbeiter in Lohnkämpfen usw. Vorteile zu erringen, wenn man sie politisch gewinnen will. Die Gemeinschaft sucht mit allen Mitteln die Befähigsten einzufangen, die in der alten Parteischule ausgebildet und dann äußerst tätig sind. In bezug auf die Lohnbewegung machen verschiedene Werke darauf aufmerksam, daß jetzt Gewerkschaften und Werkvereine, sogar die wirtschaftsfriedlichen Organisationen, auf Lohnerhöhungen drängen und unter Umgehung der Arbeiterausschüsse sich mit Forderungen unmittelbar an die Fabrikleitungen wenden. So wird die Lohnbewegung zu Parteiinteressen ausgenutzt, indem zum Schaden der Produktion Unlust erregt wird. Auch nehmen die Gewerkschaften stark die Frage der Arbeiterfürsorge für sich in Anspruch, besonders in ihren Sitzungen, Konferenzen der Gewerkschaftskartelle usw., so in Fragen der Kriegsbeschädigtenfürsorge, Hinterbliebenenzulagen, Wohnungsfrage, Frauenfrage, Familienunterstützung. Dabei wird zu Propagandazwecken gehörig übertrieben, während die Arbeitgeber und ihre Organisationen sich hierin das Heft aus der Hand nehmen lassen. In bezug auf Beeinflussung der Stimmung könnte hierin von Arbeitgebern und ihren Verbänden mehr geschehen. Für den am 23. Mai in Berlin gegründeten Bund der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten, der vom Standpunkt des Volksganzen aus eine recht unerfreuliche Erscheinung darstellt, wird in den sozialdemokratischen Blättern lebhaft geworben. Aus dem, was hierbei

geschrieben wird, geht wohl hervor, daß es sich weniger um eine neue Organisation zur Fürsorge für die Kriegsbeschädigten als um ein parteipolitisches Unternehmen handelt, mit dem man eine gewaltige Ausbreitung sozialdemokratischer Ideen zu erzielen hofft.

In Schlichtungssachen werden von den Schlichtungsausschüssen die Sekretäre der Gewerkschaften als Berater hinzugezogen, wodurch wieder ihr Einfluß gestärkt wird. Daher werden die Wirtschaftsfriedlichen in den Betrieben stark bedrängt und den Organisationen in die Arme getrieben. Die Direktionen der Fabriken beklagen sich überall über diese schroffer werdende Agitation und sagen durchweg größere Lohnstreitigkeiten voraus. Jedoch spielt sich seit dem 1. Mai alles etwas weniger in der Öffentlichkeit ab, indem Versammlungen vermieden werden. Besonders die Partei der Arbeitsgemeinschaft ist in Baden noch sehr lichtscheu.

Die Organisation der Frauenarbeit sollte sich nicht auf Hilfsbereitschaft beschränken. Die Arbeitgeber könnten wohl die Vertretung der Interessen der arbeitenden Frauen mehr in die Hand nehmen, und es könnte so von den verschiedensten Seiten, besonders von der Organisation der Frauenarbeit, mehr für die Stimmung der Arbeiterinnen getan werden. Gerade das Verhalten der Frauen in den Industrieorten wird von den Berichterstattern als häufig wenig zufriedenstellend bezeichnet.

Die Klagen über die Versorgung mit Lebensmitteln waren trotz der Minderung der Brotration in den letzten Wochen weniger geworden, da zahlreiche Lebensmittel als Ersatz für das Brot verteilt wurden und die billige Fleischzulage, die in Verbindung mit der Herabsetzung der Viehpreise auf dem Lande wenig Gefallen erregte, der städtischen Bevölkerung recht willkommen war. Indessen muß infolge der ungenügenden Zufuhren aus Norddeutschland in Baden für die nächste Zeit die wöchentliche Kartoffelration von 5 auf 3 Pfund ermäßigt werden, ein niedriger Stand, wie er bis jetzt noch nicht dagewesen ist. Für die erste Woche des Juni ist dafür eine Erhöhung der Brotration in Aussicht genommen. Wie weiterhin geholfen werden soll, steht noch nicht fest. Durch die Erhöhung der Fleischration ist dem Viehbestand in Baden sehr zugesetzt worden, und die Bauern beklagen sich wieder über gewisse Rücksichtslosigkeiten der Einkäufer. Die Schweine sind schon ziemlich verschwunden, die Kälber und der Rindviehbestand werden in den kommenden Wochen eine erhebliche Einbuße erleiden, so daß es fraglich ist, ob sich die Fleischbelieferung auf der vom Kriegsernährungsamt gewünschten Höhe wird halten lassen.

Auf den Wunsch der Rüstungsarbeiter nach Bier in der warmen Jahreszeit schlug die Mannheimer Handelskammer vor, durch Senkung des Stammwürzgehalts mehr „Einfachbier" für die Rüstungsarbeiter produzieren zu können sowie durch Zusätze in das im Gärungsprozeß befindliche Bier die zehnfache Menge eines „Ersatzbieres" herzustellen, wie es bereits in Hessen, Württemberg und Preußen geschehe. An der Hand der von der Reichsstelle für Gemüse und Obst einheitlich für das ganze Reich bestimmten Erzeugerpreise hat der Beirat der Badischen Obstversorgung, in dem Produzenten [und] Verbraucher vertreten sind, bei der Mehrzahl der Obstarten Richtpreise bestimmt, die allerdings höher sind als die Preise des Vorjahres, jedoch unter den von der Reichsstelle festgesetzten Preisen bleiben. [...]

Die Stimmung der Bauern hat sich nach den langen Wochen der kalten Witterung, welche die Feldbestellung bisher verspätete, mit dem Eintreten des Sonnenscheins und den dadurch bedingten günstigen Ernteaussichten bedeutend gehoben. Der städtische Mittelstand, besonders der teilweise beschäftigungslose Gewerbetreibende, zeigt infolge

der durch den Krieg erlittenen Verluste und des drohenden Geschäftsruins teilweise ein trübes Bild. Trotzdem hat er sich auch in dieser Zeit als ruhiges Moment erwiesen, er wünscht das baldige Ende des Krieges und hofft auf staatliche Aufhilfe durch gesetzgeberische Maßnahmen, wozu in Baden auf Anregung des rührigen Verbandes der Handwerker- und Gewerbevereinigung bereits Vorbereitungen im Gange sind. Beim Mittelstand wie bei den Arbeitern macht sich zusehends eine Erbitterung gegen diejenigen Leute geltend, die aus dem Kriege ungeheuere Gewinne ziehen. Der diese Frage behandelnde Artikel im „Türmer", der die Überschrift trägt „Wie lange noch", ist von der sozialdemokratischen Presse aufgegriffen und entsprechend ausgenutzt worden. Auch über unmäßige Gewinne der Kriegsgesellschaften wird vielfach geklagt, indessen sind die Kritiker meist nicht genügend mit der Sachlage vertraut, um die entsprechenden Unterlagen für ihre Vorwürfe zu liefern. Auch im Hauptausschuß des Badischen Landtags ist von zentrums- wie sozialdemokratischer Seite an den Kriegsgesellschaften Kritik geübt worden.

GLA 456/EV 8 Bund 86 fol. 239–257, masch. Abschrift.

[1] Reventlow, Ernst Graf zu (1869–1943), zunächst Marineoffizier, dann alldeutscher Publizist, seit 1919 deutschvölkisch (Herausgeber des „Reichswart"), seit 1927 NSDAP, MdR 1924–1943.

[2] Czernin von und zu Chuderitz, Ottokar Graf (1872–1932), österr.-ungar. Diplomat, 1913 Gesandter in Bukarest, 1916–1918 Außenminister, 1920–1923 MdNationalrats der Republik Deutsch-Österreich.

[3] Nicht vorhanden.

[4] In einer Denkschrift vom 14. April 1917 bezweifelte Czernin Österreichs Kriegsfähigkeit grundsätzlich und forderte einen baldigen Friedensschluß – notfalls mit territorialen Zugeständnissen. In den Kreuznacher Abmachungen vom 17./18. Mai 1917 konnten sich die Mittelmächte schließlich in der Kriegszielfrage einigen (Gedr. *Ursachen und Folgen* I S. 390ff.) und Österreichs Sonderfriedensbestrebungen beenden.

[5] Nr. 1400.

1406. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 7. Juni 1917

Die Budgetberatung in der badischen Zweiten Kammer wurde gestern[1] durch eine lange scharf kritische Rede des sozialdemokratischen Führers Kolb eingeleitet, in welcher dieser zwar die Bewilligung des Etatgesetzes durch seine Fraktion in Aussicht stellte, auch die Mitarbeit der Partei im monarchischen Staat befürwortete, aber zugleich ein sehr weitgehendes Reformprogramm vortrug, die Regierung und den Staatsminister Freiherrn v. Dusch heftig angriff und gegen den Kapitalismus als den Kern allen Übels zu Felde zog. Der Minister antwortete sofort energisch, lehnte die Forderungen Kolbs ab und erläuterte unter Hinweis auf den Krieg den Standpunkt der Regierung. Er fand kräftige Unterstützung durch den Zentrumsabgeordneten Dr. Zehnter.

Vorlage des Berichts des „Badischen Beobachters"[2] über die Sitzung. Die Beratung soll morgen fortgesetzt werden.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 16, masch. Ausf.; Marg.: „mtg. 19./6. R. A. d. Innern".

[1] 11. Sitzung II. Kammer vom 6. Juni 1917, in: Amtliche Berichte, Nr. 15 vom 16. Juni 1917.

[2] Nr. 257/258 vom 6. Juni 1917.

1407. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 12. Juni 1917

Nach der gestern[1] erfolgten Beendigung der allgemeinen Etatdebatte und einstimmigen Annahme des Staatshaushaltsgesetzes für 1916/17 wird die badische Zweite Kammer heute den landständischen Ausschuß wählen und dann auseinandergehen. *Die* viertägigen Verhandlungen verdienen meines Erachtens auch außerhalb Badens Beachtung, ich *meine* aber, daß sich erst aus den amtlichen Berichten ein richtiges Bild gewinnen läßt.

Nicht unwichtig erscheint unter anderem, daß der einzige unabhängige Sozialdemokrat[2] das Budget bewilligte und daß die Fraktion der Genossen sich mit der monarchischen Regierungsform abfand. Im ganzen kann man überhaupt sagen, daß die Parteigegensätze weit weniger als früher hervortraten, besonders zwischen dem Zentrum und den Nationalliberalen. Wie ich höre, hat unlängst sogar der jetzt schwerkranke alte Zentrumsführer Wacker mehr Rücksicht gegenüber dem Liberalismus befürwortet.

Unerfreulich scharf und einseitig waren namentlich die Reden des Sozialdemokraten Dr. Marum und des alten demokratischen Fanatikers Venedey. Ebenso schwärmte der Volksparteiler Muser für das Ideal der Demokratie, während andere Redner sehr zutreffend darauf hinwiesen, daß in den großen sogenannten Demokratien, wie in Frankreich und den Vereinigten Staaten, dieses Ideal sicher heute nicht zu erblicken sei.

Die längeren Ausführungen der Minister v. Bodman und Rheinboldt fanden beifällige Aufnahme. Dem Herrn Staatsminister gelingt das nicht so leicht, weil er infolge lebhaften Temperaments und störender Herzbeschwerden oft in etwas erregtem Tone spricht – zu seinem eigenen Bedauern.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 16, masch. Ausf.; Marg.: „mtg. 25./6. Sts. d. Innern".

[1] 14. Sitzung II. Kammer vom 11. Juni 1917, in: Amtliche Berichte, Nr. 18 vom 21. Juni 1917.
[2] Ernst Adolf Geck.

1408. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 14. Juni 1917

Der sozialdemokratische Führer und Redakteur des „Volksfreund" Kolb veröffentlicht in seinem Blatte den anliegenden Leitartikel[1] über die jüngste politische Aussprache[2] in der badischen Zweiten Kammer, der die Regierung als rückständig heftig angreift. Er führt eine fast revolutionäre Sprache, erwartet einen demokratischen Sturmwind nach dem Kriege und sieht offenbar nicht, wie die Demokratie überall in der Welt immer gründlicher versagt. Zustände, wie sie jetzt in Rußland herrschen, sollten ihm die Augen öffnen, und die Vorbilder in den großen, vermeintlich freiheitlichsten Republiken, Frankreich und den Vereinigten Staaten, sind wahrhaftig für uns auch nicht verlockend.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 16, masch. Ausf.; Marg.: „Sts. d. Innern 22./6."

[1] Volksfreund, Nr. 135 vom 13. Juni 1917.
[2] Nr. 1406.

1409. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 19. Juni 1917

Der badische sozialdemokratische Abgeordnete Kolb schließt in den hier gehorsamst beigefügten vier Artikeln des „Volksfreund“[1] seine Kritik der politischen Aussprache in der Kammer. Er sucht namentlich einen Gegensatz zwischen dem Staatsminister und Herrn v. Bodman zu konstruieren und meint, mit der derzeitigen Regierung sei auf ein erfolgreiches Zusammenarbeiten nicht mehr zu hoffen; solange Herr v. Dusch an der Spitze stehe, könne die Sozialdemokratie der Regierung nur ein absolutes Mißtrauen bekunden. Dem Zentrum habe man wertvolle Konzessionen gemacht, die gesamte Demokratie sei aber völlig leer ausgegangen, sie werde sich dennoch durchsetzen, eine neue Zeit der Freiheit stehe bevor, und freie Bahn dem Tüchtigen heiße ins Politische übersetzt „Freie Bahn dem demokratisch-sozialen Volksstaat“.

Kolb wird sehr grob gegen den Staatsminister, während er dem Minister des Innern einiges Verständnis für die Zeichen der Zeit zubilligt.

Er fordert die Beseitigung der Ersten Kammer, der Klassenwahlen in den Gemeinden und aller Vorrechte von Geburt und Besitz, dann wendet er sich scharf gegen den Liberalismus, befürwortet das proportionale Wahlsystem und erblickt schließlich in der wahren, d. h. sozial gefärbten Demokratie das Heil der Zukunft.

Daß der durchaus achtbare und begabte Volksmann jetzt während des härtesten Daseinskampfes aller deutschen Stämme die inneren Gegensätze in der engeren Heimat in dieser Weise langatmig behandelt und durch herbe Kritik verschärft, beweist, daß es ihm an wirklich nationalem Empfinden und höherer politischer Einsicht bedenklich fehlt. Er sieht nicht, wohin die vielgerühmte sogenannte Freiheit führt und fände doch bei unseren Feinden der Beispiele genug für solche Erkenntnis.

Ich bemerke noch, daß das Mannheimer Sozialistenblatt „Volksstimme“ gegen Herrn v. Dusch eine ganz gemeine, auch persönlich gehässige Sprache führt.[2]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 16, masch. Ausf.; Marg.: „St. S. d. Innern 28./6.“

[1] Nr. 136 vom 14. Juni 1917.

[2] Eisendecher an Bethmann Hollweg. „Karlsruhe, 17. Juni 1917. *Leite die Direktiven für die Presse sofort an das Generalkommando weiter.* Im allgemeinen sind die bad[ischen] Zeitungen derartigen Weisungen durchaus zugänglich u[nd] bringen vernünftige Artikel, die bisweilen allerdings eine reichlich leidenschaftliche, temperamentvolle Sprache führen“ (ZStA Merseburg, 2. 4. 16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 122 fol. 152, eig. Konz.).

1410. Stellvertretendes Generalkommando des XIV. Armeekorps an das Kriegsamt

Karlsruhe, 2. Juli 1917

Das Abflauen der Kämpfe auf dem westlichen Kriegsschauplatz nach dem anfänglichen Erfolg der Engländer in Flandern und die siegreiche Abwehr der italienischen Offensive durch die Österreicher haben eine beruhigende Wirkung auf die Bevölkerung ausgeübt, dagegen gewisse Vorfälle politischer und anderer Art Beunruhigung und Erbitterung hervorgerufen. Der Fall Hoffmann[1]-Grimm[2] hat gerade in Baden als Grenz-

land der Schweiz Befürchtungen eines Eingreifens der Schweiz auf seiten der Entente aufkommen lassen, die noch durch die deutschfeindlichen Kundgebungen in der Westschweiz Nahrung fanden. Ebenso ist der Kabinettswechsel in Spanien von vielen als ein Zeichen des bevorstehenden Übertritts Spaniens in das Lager unserer Gegner gedeutet worden. Weniger lebhaft erörtert wurde im Publikum bei aller vorhandenen Sympathie die Abdankung des Königs von Griechenland und der Einmarsch des französischen Heeres in griechisches Gebiet.[3] Einem Eingreifen Griechenlands in den Krieg auf seiten unserer Gegner würde die breite Masse wenig Gewicht beimessen, da nach ihrer Ansicht ein politisch gespaltenes Heer keine große Bedeutung als Gegner hat. Der Verlauf der politischen Ereignisse in Rußland hat auch weiterhin eine große Enttäuschung beim Publikum hervorgerufen. Hoffnung auf einen Sonderfrieden mit diesem Gegner besteht nicht mehr, ebensowenig verspricht man sich von der sozialistischen Konferenz in Stockholm.[4] Allgemein wird sonach mit einem vierten Feldzugswinter gerechnet, was selbstverständlich nicht von guter Wirkung auf die Stimmung ist. Es kann daher trotz allen Ableugnens in der nichtsozialdemokratischen Presse nicht mehr bezweifelt werden, daß der Gedanke eines Friedens auf der Grundlage „ohne Annexionen und ohne Kriegsentschädigung" auch bei dem nicht der linken Richtung angehörigen Publikum Anhänger gewinnt, wobei allerdings der Gedanke, daß Deutschland Gebietsabtretungen gewähren oder Kriegsentschädigung bezahlen müsse, von allen als unmöglich zurückgewiesen wird. Der Grund dieses Stimmungswechsels dürften hauptsächlich Sorgen wirtschaftlicher Art und die nicht zu verheimlichende Kriegsmüdigkeit aller Schichten des Volkes mit Ausnahme derjenigen sein, welche einen direkten Gewinn aus dem Kriege zieht. Die Veröffentlichung des U-Bootkriegsergebnisses für den Monat Mai hat zwar Vielen eine gewisse Enttäuschung bereitet, weil man aufgrund des vorzüglichen Aprilergebnisses mit einem mindest gleich hohen Resultat gerechnet hatte, dies um so mehr, da die vorhergehenden Monate eine stetig steigende Zahl gezeitigt hatten. Doch verspricht man sich nach wie vor allgemein die besten Wirkungen von der ungehinderten Fortführung des uneingeschränkten U-Bootkrieges und hofft, daß die stete Verminderung des Welttonnageraums England zur Einsicht und zum Nachgeben zwingen werde. Enttäuschung hat die aus deutscher Quelle stammende Mitteilung in der Presse gebracht, daß England aufgrund seiner neuen Ernte bis Ende 1917 aushalten könne. Man befürchtet, daß es England in der Zwischenzeit gelingen werde, insbesondere mit Hilfe von Amerika große Mengen von Lebensmitteln hereinzubringen und so weiter durchhalten zu können. Der letzte Luftangriff auf London hat im Publikum die Befürchtung von Vergeltungsmaßregeln durch einen Angriff auf badische Städte wachgerufen.

Auf dem Gebiet der inneren Politik sind die Verhandlungen im Plenum des Badischen Landtags über das Aktionsprogramm der sozialdemokratischen Landespartei zu erwähnen. Der Sozialistenführer Kolb hielt – vorwiegend zum Fenster hinaus – eine große Rede über die politische Neuorientierung, wie sie in mehreren Kundgebungen des Reichskanzlers und in der kaiserlichen Osterbotschaft[5] in Aussicht gestellt sei. Seine Ausführungen bewegten sich in ziemlich radikalem Fahrwasser. Neben Abschaffung der Ersten Kammer und des Klassenwahlrechts zu den Gemeindevertretungen fordert er die Überführung der großen Vermögen in Staatseigentum entsprechend der Säkularisation der Kirchengüter vor 100 Jahren. Eine nachhaltige Wirkung blieb dem Auftreten des sozialdemokratischen Parteiführers schon deshalb versagt, weil man in der Kammer und auch sonst im Publikum den Eindruck hatte, daß der für kurze Frist zur Beratung

bestimmter kriegswirtschaftlicher Vorlagen einberufene außerordentliche Landtag nicht als die geeignete Gelegenheit angesehen werden konnte, um über die letzten Ziele des Staats- und Wirtschaftslebens theoretisch zu debattieren. In diesem Sinne wurde denn auch von den Rednern der bürgerlichen Parteien – mit Ausnahme des Freisinns – dem Sozialistenführer erwidert, desgleichen vom Regierungstisch das Übertriebene der Kolbschen Forderungen nachgewiesen. In einer Artikelreihe über den Gang der Verhandlungen des Landtags, die im „Volksfreund" erschien, glaubt Kolb einen gewissen Gegensatz zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Minister des Innern feststellen zu können, von denen ersterer sich dem sozialdemokratischen Aktionsprogramm gegenüber „schroff ablehnend" verhalten, letzterer immerhin ein gewisses Verständnis für die „Zeichen der Zeit" bekundet habe.[6] Bemerkenswert ist, daß sich Kolb, dessen Forderungen auf Einführung eines radikalen Wahlrechts auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens sowie des parlamentarischen Regierungssystems hinauslaufen, die Erfüllung dieser Ziele von der Heimkehr der Feldgrauen erwartet. Soweit man in der Lage sei, aus Feldpostbriefen, Gesprächen usw. sich ein Bild über die Stimmung der Soldaten zu machen, behaupte man sicher nicht zu viel, wenn man den nächsten politischen Wahlen ein Ergebnis prophezeihe, das gewissen Staatsmännern die Augen öffnen werde. Die Feldgrauen seien geladen, und wenn sie erst Gelegenheit haben würden, ihre Stimmung über das, was man von der politischen Neuorientierung zu hoffen berechtigt sei, zum Ausdruck zu bringen, würden die offenen und versteckten Gegner derselben ihr blaues Wunder erleben. Sie würden sich nicht mit politischen Linsengerichten und leeren Redensarten abspeisen lassen, wie sie jetzt im Badischen Landtage zum besten gegeben worden seien.

Von ungünstiger Wirkung ist die jetzt in der Ausführung begriffene Abnahme der Kirchenglocken. Der Zentrumsabgeordnete und katholische Geistliche Dr. Schofer hat in seiner Rede im Badischen Landtag insbesondere die Festsetzung der Preise für die Glocken als Grund der Mißstimmung des Volkes bezeichnet. [...] Desgleichen zeigt sich eine gewisse Erregung über die Einziehung der Jahresklasse 1899, wodurch insbesondere vielen landwirtschaftlichen Betrieben gerade in der Heuernte Schwierigkeiten entstanden sind. Auch beim übrigen Publikum waren gelegentlich kritische Bemerkungen über die Einziehung dieser „Kinder" zu hören, die dafür spreche, daß wir in der Ersatzfrage schon auf der gleichen Stufe wie Frankreich angelangt seien. [...]

In günstiger Weise hat das gute Wetter auf die Stimmung eingewirkt. Es hat auch das Einbringen der Heuernte, die in vielen Bezirken recht ertragreich war, sehr erleichtert. Infolgedessen hat sich der trotz umfassender Gestellung von Soldaten vorhandene Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften weniger schwer bemerkbar gemacht. Die gegen Ende des Monats einsetzenden Niederschläge haben die Aussichten der Landwirtschaft noch bedeutend verbessert. Hagelschläge haben zwar Schaden angerichtet, doch nirgends in einem Maße, das für die Gesamtversorgung ins Gewicht fallen dürfte.

Könnte so der Landwirt mit seiner Lage zufrieden sein, so macht sich doch bei der Landbevölkerung hier und dort eine gewisse nervöse Spannung geltend. Sobald irgend eine Schwierigkeit entsteht, tritt Mutlosigkeit ein. Sie kennzeichnet sich in Äußerungen, die aus der Empfindung heraus, daß die Allgemeinheit mehr auf den Bauer angewiesen ist als umgekehrt, zu Drohungen werden und darin gipfeln, daß der landwirtschaftliche Betrieb im Stich gelassen würde, wenn die verlangte Hilfe nicht in der gewünschten Form geleistet werde. Solche Drohungen werden aber selten in die Tat umgesetzt. Immerhin

zeugen sie von ungesunden Verhältnissen, zumal wenn sich im Lande die Ansicht bestärkt, daß der Staat, der die Verantwortung für die bestehenden Verhältnisse trage, die Verpflichtung habe, alle unangenehmen Folgen derselben abzuwenden. Daraus leitet dann der einzelne den Anspruch ab, daß der Staat seine wirtschaftliche Existenz sicherstellen müsse. Mit größtem Mißtrauen tritt der Landwirt der „Aufklärung" in den Zeitungen gegenüber, und die gelegentlichen Äußerungen aus landwirtschaftlichen Kreisen lassen erkennen, daß es nichts Schwierigeres gibt, als dort falsche Meinungen und Vorurteile, wenn sie sich einmal eingenistet haben, zu bekämpfen. Allerdings gibt es für den Landwirt auch manchen berechtigten Grund zur Klage.

Die vom stellvertretenden Generalkommando in den badischen Zigarrenfabriken angeordnete Arbeitszeitverkürzung, die bezweckte, Hilfskräfte für die Landwirtschaft freizumachen, hat auch nach den in der Presse gebrachten Mitteilungen nicht den beabsichtigten Erfolg gehabt. Zum Teil ist das auf die oft unberechtigte Abneigung der Bauern gegen Hilfe durch nicht der Landwirtschaft angehörige Personen, insbesondere Frauen, zurückzuführen, z.T. auch darauf, daß diese Arbeitskräfte selbst zuweilen zu landwirtschaftlichen Arbeiten keine Lust haben. Anstelle der Einschränkung der Arbeitszeit wird in der Presse Einschränkung der Arbeiterzahl und Überführung der zur Landarbeit Tauglichen an Bauernorte unter Berücksichtigung der Familienverhältnisse und Zusicherung guter Behandlung und Bezahlung vorgeschlagen.

Die Lebensmittelfrage für die nächsten Wochen beginnt akut zu werden. An Kartoffeln sind in den Städten keine Vorräte mehr vorhanden, *und* mit der Ernte der Frühkartoffeln ist günstigstenfalls in drei Wochen zu rechnen. Ersatz für Kartoffeln kann bei der Knappheit an Mehl kaum gewährt werden. Auch macht sich bereits Knappheit an Fleisch bemerkbar, wie auch solche an Fett nach wie vor besteht. *In der städtischen und ländlichen Bevölkerung bestehen ernste Bedenken gegen die starke Verminderung der Viehbestände aus Furcht vor einem gefährlichen Milchmangel.* Eier, Butter und Milch sind augenblicklich in zur Not ausreichender Menge vorhanden. *Die Verwertung des Gemüses und das Einmachen von Obst wird wegen Fett- bzw. Zuckermangels vielfach unmöglich. Die städtische Arbeiterschaft klagt wiederholt über das Fehlen ausreichender Getränke (Bier).*

Die Klagen, daß es den Besserbemittelten nach wie vor gelinge, sich hinreichende Lebensmittel, welche so der breiten Masse entzogen würden, zu verschaffen, während die ärmere Bevölkerung kaum das zum Lebensunterhalt Nötigste mit großer Mühe erhalte, wollen nicht verstummen. Die zweifellos zutreffenden Beschwerden über das Hamstern der Sommergäste mehren sich täglich. Zu gleicher Zeit wird aber auch beklagt, daß die Behörden in der schroffsten Weise gegen jegliche Beschaffung von Lebensmitteln, auch wenn es sich um ganz geringe Mengen und um nach Lage der Dinge zu begreifende Fälle handle, vorgingen. Das Publikum ist der Ansicht, daß, da nun einmal die Kommunalverbände nicht in der Lage seien, genügend Lebensmittel zu verteilen, es zur Selbsthilfe greifen und sich mit Hilfe von Verwandten und Bekannten in besser versorgten Bezirken Zusatz an Lebensmitteln verschaffen dürfe. Das Angebot von Lebensmitteln, welche der Rationierung und den Höchstpreisen unterliegen, in den Zeitungen wird insbesondere in der sozialdemokratischen Presse heftig bekämpft. [...] Nach den vom Landespreisamt gemachten Beobachtungen scheint es auch in diesem Jahre den Händlern zu gelingen, im Wege des Schleichhandels Erdbeeren und Kirschen über die Grenze zu schaffen und außerhalb Badens zu übertrieben hohen Preisen zu

verkaufen. *Trotz schlechter Erfahrungen, den unmittelbaren Verkehr zwischen Erzeugern und Verbrauchern möglichst ungehindert aufrechtzuerhalten, wurde ein Höchstgewicht von 25 kg Obst für den freien Verkehr zugelassen.* Dieses weite Entgegenkommen wurde aber wie im vergangenen Jahre in ungeheurem Umfang mißbraucht *und ermöglichte* einen organisierten, unerlaubten Handel, der unter Umgehung aller behördlichen Vorschriften nur bestrebt ist, das Obst über die Grenze zu schaffen und in den benachbarten Großstädten zu sehr hohen Preisen mit ungeheuerem Gewinn abzusetzen. *Deshalb ist die zur freien Beförderung genehmigte Obstmenge* auf 3 kg herabgesetzt worden. Größere Obstmengen können auch in Zukunft vom Erzeuger an den Verbraucher nur noch aufgrund eines von der Landwirtschaftskammer ausgestellten Erlaubnisscheines abgegeben werden. Nach den vom Landespreisamt gemachten Erhebungen besteht der Verdacht, daß auf dem Gebiet des Weinhandels schon seit Monaten Kettenhandel getrieben wird, dem wohl die Hauptschuld an der außerordentlichen Steigerung der Weinpreise seit Kriegsausbruch zuzuschreiben ist. *Begrüßenswert ist die Anweisung des Justizministeriums an die Staatsanwaltschaften, künftig alle Urteile wegen Vergehens gegen das Höchstpreisgesetz und die Verordnung über übermäßige Preissteigerung zu veröffentlichen. Lebhaft beklagt wird das „Kohlenhamstern" durch vermögende Leute* und dabei darauf hingewiesen, es werde den Großkohlenhandlungen so reichlich geliefert, daß sie jetzt Mengen von 15–20 Zentnern für Hausbrand auf einmal abgeben könnten. Dagegen erhielten die Massen des Volkes keine Kohlen zum Eindecken des Winterbedarfs, da die Großhandlungen ihnen nichts lieferten, der Kleinhändler aber mangels Vorrat nichts abgeben könne. Nach den Feststellungen des Landespreisamts ist die Versorgung mit Hausbrandkohlen ungenügend. Nach seiner Ansicht macht das Kohlen-Syndikat in Essen, was es will, und die Reichsleitung scheine nicht gesonnen zu sein, gegen die Kohlenmagnaten energisch aufzutreten. Tritt nicht in allernächster Zeit eine erhebliche Besserung auf diesem Gebiete ein und wird insbesondere in den größeren Städten unseres Landes der Arbeitsbevölkerung zugemutet, neben mangelhafter Ernährung auch noch zu frieren, so sind nach Ansicht des Landespreisamts innere Unruhen im nächsten Winter mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten. Aushilfe durch Holzfeuerung kann gleichfalls nicht geschaffen werden, da die Holzpreise in gewaltigem Maße steigen. *Auch in der Gas- und Beleuchtungsfrage* bestehen nicht unbegründete Befürchtungen, daß bei Fortbestehen der augenblicklichen Verhältnisse im kommenden Winter eine Katastrophe nicht zu vermeiden sein wird. Lebhafte Klagen werden gegen die Verschlechterung der Lebensmittel, insbesondere des Brotes, erhoben.

Der Volksfreund kritisiert die späte Einführung der Höchstpreise für Branntwein und behauptet, daß in Baden jetzt die Landwirtschaftskammer das Monopol für den Schnapsvertrieb habe und selbst eine Brennerei besitze. Dieses Institut treibe zur Zeit die größten Handelsgeschäfte und mache Riesengewinne, über die aber nichts zu erfahren sei. Eine Anfrage hierüber im Badischen Landtag sei unbeantwortet geblieben. [...]

Die Sammlung für die U-Bootmannschaften hat auf die übrigen Angehörigen der bewaffneten Macht, insbesondere des Landheeres, keinen guten Eindruck gemacht. Man hat sich über die Spezialisierung einer Spende für einzelne Teile der Heeresmacht beschwert, da doch alle in gleicher Weise ihr Leben wagen müßten.

GLA 456/EV 8 Bund 86 fol. 291–313, masch. Abschrift.

[1] Hoffmann, Arthur (1857–1927), seit 1911 Bundesrat, 1914 Bundespräsident und Leiter der schweiz. Außenpolitik, 1917 Rücktritt.

Hoffmann unterstützte ohne Wissen der Regierung die Bemühungen Grimms, Friedensverhandlungen zwischen Deutschland und Rußland anzubahnen. Nachdem dies im Juni 1917 bekannt wurde, trat er zurück.

[2] Grimm, Robert (1881–1958), 1909 Chefredakteur der „Berner Tagwacht", seit 1910 Nationalrat, 1915–1917 Mitglied der Internationalen Sozialistischen Kommission, Vorsitzender der Schweizer Sozialdemokratie, später Tätigkeit in der schweiz. Industrie.

[3] Nach der Blockade der griechischen Küste durch die Alliierten und dem aufgrund eines franz. Ultimatums erfolgten Rücktritt König Konstantins erklärte der ententefreundliche Ministerpräsident Venizelos am 27. Juni 1917 den Kriegseintritt Griechenlands auf seiten der Alliierten.

[4] Vgl. Nr. 1400 Anm. 1.

[5] In der Osterbotschaft vom 7. April 1917 kündigte der Kaiser die direkte und geheime Wahl für Preußen nach dem Krieg an (Gedr. *Ursachen und Folgen* I S. 318ff.).

[6] Vgl. Nr. 1406, 1408, 1409.

1411. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 11. Juli 1917

Wenn die offenbar sehr bedauerlichen Vorgänge und Gegensätze[1], die im Reichstagsausschuß hervortraten, wirklich zu einer inneren Krisis führen sollten, so wäre das, wie ich mit dem Staatsminister v. Dusch glaube, ein nationales Unglück. Alle halbwegs politisch einsichtsvollen Deutschen müßten sich doch darüber klar sein, daß wir angesichts der Haltung unserer Feinde zunächst zu kämpfen und zu siegen haben, bevor wir uns auf Ziele festlegen oder innere Reformen durchführen können. Mit aller Energie müssen wir uns der übermächtigen Gegner erwehren, das ist unsere Aufgabe, alles andere bleibt vorläufig Nebensache. Kein Wort sollte man darüber in Hader und Zank verlieren, sondern einig zusammenstehen, unbeugsamen Willens die unerläßliche Vorbedingung für den unsere Zukunft sichernden Frieden zu schaffen – d.h. den Sieg. Mit innerem Zwist fördern wir diesen jetzt einzig dringenden Zweck gewiß nicht, sondern helfen nur, wenn auch ungewollt, den Feinden.

Den extremen Herren von rechts und links möchte man guten Glauben und ehrliche Überzeugung nicht absprechen, aber sie versehen's in der Zeit und meist auch bedenklich in der Form. Das gegenwärtig wohl härteste, vielleicht entscheidende Ringen an den Fronten sollte für sie Anlaß genug sein, ihre Forderungen zu mäßigen oder zurückzustellen und die gewaltige Verantwortung der Regierung nicht noch weiter zu beschweren. Ew. Exz. haben wiederholt gesagt, was not tut, das sollte genügen.

Ich habe den bestimmten Eindruck, daß hier sowohl die Regierung und die große Mehrheit der öffentlichen Meinung einen Rücktritt Ew. Exz. tief beklagen würde. Wir haben allen Grund, Ew. Exz. zu danken für weise Zurückhaltung, solange noch hart gekämpft wird und die Feinde den Frieden ablehnen, und ein etwaiger Kanzlerwechsel könnte nur den Gegnern nützlich und willkommen sein als Zeichen unserer inneren Schwächung. Nun, man muß hoffen, daß die bisher vorliegenden Nachrichten aus Berlin über die innere Lage übertrieben sind; auch hat man keine nähere Kenntnis von den Verhandlungen im Ausschuß des Reichstages. Namentlich über die Haltung der Nationalliberalen herrscht noch Unklarheit, und der Angriff Erzbergers bleibt einstweilen

einigermaßen unverständlich. Manche zweifeln sehr, daß er die Mehrheit seiner Partei hinter sich hat.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 122 Nr. 16 Bd. 8, masch. Ausf.

[1] Bei der Beratung des 9. Kriegskredits forderte Erzberger im Hauptausschuß des Reichstags am 6. Juli 1917 einen Friedensschritt auf der Grundlage des Verzichts von Annexionen und gewann dafür die SPD, FVP, das Zentrum und Teile der Nationalliberalen. Unter Rücktrittsdrohungen der OHL, die damit den Sturz des Reichskanzlers zu erzwingen suchte, schwenkte der Kaiser am 12. Juli auf die „Politik der Neuorientierung" der Reichstagsmehrheit ein (Vgl. *Ursachen und Folgen* I S. 441 ff.; ebd. II S. 1 ff.).

1412. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 16. Juli 1917

I. K. H. der Großherzog und die Großherzogin Luise beklagen mit der Regierung den Rücktritt Ew. Exz.[1] aufs tiefste, ebenso sprach mir Staatsminister v. Dusch sein besonderes Bedauern aus über den betrübenden Vorgang; er las mir den an Ew. Exz. gerichteten warmherzigen Brief[2] vor, dem man ja nur voll zustimmen kann.

Ich komme eben von Baden zurück, wo die Großherzogin Luise mich zu eingehender Aussprache empfing und in wirklich schmerzlicher Bewegung die hohen Verdienste Ew. Exz. mit dem Ausdruck aufrichtigsten Dankes immer aufs neue hervorhob. I. K. H. sagte, sie habe Ew. Exz. sofort nach dem Bekanntwerden der betrübenden Nachricht geschrieben. Aus den badischen Zeitungen konnte ich heute noch keinen rechten Eindruck über die Wirkung des Ereignisses gewinnen.[3] Mir persönlich geht der Rücktritt Ew. Exz. außerordentlich nahe, das brauche ich kaum zu versichern; ich kann nur aufrichtig danken für das mir stets bekundete Wohlwollen und Vertrauen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 122 Nr. 16 Bd. 8, masch. Ausf.

[1] 13. Juli 1917 (Entlassungsgesuch gedr. *Ursachen und Folgen* I S. 450).

[2] Nicht vorhanden.

[3] Eisendecher an Michaelis. „Karlsruhe, 18. Juli 1917. Die ‚Karlsruher Zeitung' [Nr. 191 vom 17. Juli 1917] widmet dem zurückgetretenen Herrn Reichskanzler den anliegenden ehrenden Nachruf und begrüßt zugleich Ew. Exz. als Nachfolger mit wärmsten Wünschen". Eisendecher schloß sich diesen an und hoffte, daß es Michaelis „gelingen möge, die so dringend notwendige Einigkeit im Reiche herzustellen und einen Frieden anzubahnen, der unsere Zukunft sichert" (Ebd., eig. Ausf.).

1413. Eisendecher an Michaelis[1]

Karlsruhe, 23. Juli 1917

Ew. Exz. Rede im Reichstage[2] wird hier günstig beurteilt und als sehr nützlich für die Beruhigung der Gemüter beifällig besprochen. Vielfach herrscht noch große Unklarheit darüber, warum eigentlich die Krisis herbeigeführt wurde und welche Gründe namentlich beim Zentrum vorlagen, in dieser Weise plötzlich durch den Abgeordneten Erzberger so aggressiv vorzustoßen, während wir im härtesten Kampfe stehen. Ziemlich alle besonnenen und politisch erfahrenen Elemente tadeln die Reichstagsmehrheit scharf,

finden deren Erklärung[3] wie die Kanzlerkrisis durchaus unnötig und schädlich und hätten es für politisch richtiger gehalten, wenn wenigstens nach Ew. Exz. Rede die Erklärung zurückgezogen und einfach ein Vertrauensvotum für die Regierung beschlossen worden wäre.

Niemand konnte nach dem bisherigen Verhalten unserer Feinde erwarten, daß die Erklärung irgendwie die Geneigtheit der Gegner zum Frieden stärken werde. Im Gegenteil, man mußte annehmen, daß die Entente daraus für sich Kapital schlagen werde, wie das tatsächlich sofort geschah. Die Politik der Mehrheitsparteien sieht im übrigen fast so aus, als ob diese damit der anmaßenden Forderung der Feinde, betreffend die Demokratisierung und den Parlamentarismus im Reiche, entgegenkommen wollten.

Man ist hier Ew. Exz. dankbar für die vorsichtige Zurückhaltung gegenüber der Erklärung, die deren Wirkung nach außen abschwächt. Auch S. K. H. der Großherzog äußerte sich in diesem Sinne. Machthunger und Ehrgeiz der Parteien und ihrer Führer scheint bei den Vorgängen, die zur Krisis führten, leider doch wohl stark mit im Spiele gewesen zu sein.

Zwei Leitartikel der „Karlsruher Zeitung"[4] erlaube ich mir anzuschließen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 122 Nr. 23 Bd. 1, masch. Ausf.

[1] Michaelis, Georg Dr. jur. (1857–1936), Jurist, zunächst im preuß. Verwaltungsdienst, 1885–89 Dozent in Tokio, seit 1892 erneut im preuß. Verwaltungsdienst, 1902 Oberpräsidialrat in Breslau, 1909 Unterstaatssekretär im Finanzministerium, 1915 Leiter der Reichsgetreidestelle, Febr. 1917 preuß. Staatskommissar für Volksernährung, 14. Juli–1. Nov. 1917 Reichskanzler und preuß. Ministerpräsident, 1918/19 Oberpräsident von Pommern.

[2] Michaelis' Antrittsrede im Reichstag vom 19. Juli 1917 (Sten. Ber. RTG Bd. 310 S. 3570ff.; gedr. *Ursachen und Folgen* II S. 35ff., 41f.).

[3] Resolution für einen annexionslosen Frieden vom 19. Juli 1917 (Sten. Ber. RTG Bd. 310 S. 3573; gedr. *Ursachen und Folgen* II S. 37f.).

[4] Nr. 195/196 vom 21./22. Juli 1917.

1414. Eisendecher an Michaelis

Karlsruhe, 1. August 1917

Wie mir Staatsminister v. Dusch sagt, werden Ew. Exz. demnächst hierher kommen.[1] Ich darf zu dem Besuche folgendes kurz berichten:

Die Presse verhält sich bis jetzt Ew. Exz. gegenüber freundlich und hoffnungsvoll, aber man sieht meist die Notwendigkeit der inneren Krisis nicht ein und tadelt entschieden den Reichstagsbeschluß.[2]

Die Stimmung im Lande war während der drei Kriegsjahre durchaus zuversichtlich. Presse und öffentliche Meinung bewahrten stets eine loyale, patriotische Haltung, und die mehr und mehr fühlbaren Beschränkungen in der Lebenshaltung wurden im ganzen willig ertragen. Streiks oder öffentliche Demonstrationen kamen kaum vor, nur übte man bisweilen scharfe Kritik an der Art der Versorgung mit Lebensmitteln, namentlich Kartoffeln, empfand auch im letzten Winter den Mangel an Brennstoffen besonders schwer. Die königliche Gesandtschaft konnte beiläufig während fast einer Woche wegen Koksmangels überhaupt nicht geheizt werden. Es ist dringend zu wünschen, daß in dem bevorstehenden Winter für genügende Zufuhren an Kartoffeln und Brennmaterial vorge-

sorgt werde, ein empfindlicher Ausfall dieser wichtigsten Bedürfnisse könnte doch in den größeren Städten zu Unruhen und Streiks führen. Besonders in Mannheim, der bedeutenden Industrie- und Handelsstadt mit vorwiegend sozialdemokratischer Arbeiterbevölkerung, läge solche Gefahr nahe.

Die badische Sozialdemokratie steht beinahe ganz auf dem Standpunkt des sogenannten Revisionismus, der Budgetbewilligung, positiver Mitarbeit im Landtage und Abfindung mit der monarchischen Staatsform. In der Zweiten Kammer vertritt nur ein Abgeordneter die unentwegte Minderheit der Genossen.

Die Kriegstagungen der Kammern verliefen im allgemeinen befriedigend, ernste innere Differenzen wurden vermieden; auch die früher bestehenden scharfen Gegensätze und Kämpfe zwischen Liberalismus und Zentrum haben erfreulicherweise einstweilen aufgehört.

Partikularistische Neigungen treten selten noch hervor, nur an der Selbständigkeit der Eisenbahnen hält man ziemlich zähe fest, und in der Frage der Rheinschiffahrtsabgaben gab's seinerzeit heftigen Widerspruch. In einzelnen Kreisen des Volkes herrscht auch anscheinend immer noch eine gewisse Abneigung und Voreingenommenheit gegen Preußen und das sogenannte Junkertum, aber seit dem Kriege spürt man davon wenig.

Starkes Interesse zeigt sich für die Ausnützung der Wasserkräfte und die Schiffbarmachung des Oberrheins.

Die Finanzlage ist verhältnismäßig günstig. Die Regierung genießt ziemlich allseitiges Vertrauen und hat, abgesehen von recht üblen persönlichen Angriffen sozialdemokratischer Blätter gegen Herrn v. Dusch, eine gute Presse; er sowohl wie seine drei Kollegen verdienen durch ihr recht nationales Verhalten, hervorragende Fähigkeiten und große Arbeitskraft alle Anerkennung.

Den Landesherrn werden Ew. Exz. als außerordentlich liebenswürdigen patriotischen Fürsten kennenlernen, und ganz besonders darf ich aufmerksam machen auf die wahrhaft bewundernswerte Vielseitigkeit und Tätigkeit der Großherzogin Luise; I. K. H. genießt mit Recht überall eine Liebe und Verehrung, wie sie selten einer hohen Frau zuteil wird. Den Prinzen Max haben Ew. Exz. vermutlich schon in Berlin gesprochen, er hat sich namhafte Verdienste erworben in der Gefangenenfürsorge. Wohnung wird hier im Schlosse zur Verfügung stehen. Abendtafel bei den großherzoglichen Herrschaften und Frühstück beim Staatsminister sind in Aussicht genommen. Vielleicht würden Ew. Exz. die Gesandtschaft zum Nachmittagstee beehren.

Nachschrift[a] vom 2. August 1917. Ich höre soeben, daß I. K. H. die Großherzogin Luise am Montag, den 6. d. Mts. nach Schloß Mainau abzureisen beabsichtigt.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 15, masch. Ausf.

[a] eig. Zusatz Eisendechers.
[1] Vgl. Nr. 1416, 1417.
[2] Nr. 1413 Anm. 3.

1415. Stellvertretendes Generalkommando des XIV. Armeekorps an das Kriegsamt

Karlsruhe, 2. August 1917

In der Stimmung der Bevölkerung ist kaum eine Veränderung gegenüber dem Vormonat zu verzeichnen, sie ist nach wie vor ernst, aber ruhig, zu irgendwelchen Ausschreitungen ist es nirgends gekommen. Die militärischen Erfolge im Osten[1] haben günstig eingewirkt, wenn auch weitgehende Hoffnungen auf eine Beschleunigung des Friedensschlusses daran nicht geknüpft werden. Das bisherige Auftreten des neuen Reichskanzlers[2], besonders der entschiedene Ton gegen die Franzosen in seiner letzten Rede, haben einen guten Eindruck gemacht.

Ein zutreffendes Bild der Stimmung auf dem Lande gibt der Zentrumsabgeordnete Weißhaupt[3] in einer Rede in der Zweiten Badischen Kammer.[4] Hiernach wird die fortwährende Einziehung von Landwirten zum Heer nachgerade drückend empfunden, zumal die beiden letzten großen Einstellungstermine gerade mit der Frühjahrsbestellung und der Ernte zusammenfielen.[5] Daß auch ein großer Bedarf an garnison- und arbeitsverwendungsfähigen Leuten beim Heer besteht, will man auf dem Lande nicht begreifen. Man sieht voll Eifersucht auf die Städte und meint, daß dort auf manchen Büros noch junge Leute seien, die besser zu entbehren wären als der Landwirt in seinem Betrieb. Männer über 18 und unter 47 Jahren treffe man, im Gegensatz zur Stadt, auf dem Land nicht mehr. Es ist zuzugeben, daß gerade bei den kleinbäuerlichen Verhältnissen im Korpsbezirk, wo weitaus die große Mehrzahl der Leute als Leiter des Betriebs in Betracht kommt, die Einziehungen schwer empfunden werden und trotz eifrigster Arbeit der Frauen die Roherträge zurückgehen, da die sachverständige und selbstinteressierte Tätigkeit des Besitzers fehlt. Lebhaft angegriffen werden auch die vielen Aufnahmen, Kontrollen und Nachkontrollen auf dem Lande, zumal sie bei dem Mangel an Arbeitskräften noch mehr Arbeit verursachen. Ebenso wird das „Trommelfeuer der Verordnungen", das über die Landwirtschaft niedergeht, scharf kritisiert. Die Verordnungen sollen eingeschränkt und, soweit sie unbedingt notwendig sind, kürzer gemacht werden. Die Herabsetzung der Brotration auf 6 ½kg pro Kopf und Monat wurde nach Ansicht des genannten Abgeordneten den Verhältnissen auf dem Lande, wo jetzt mit einer sehr langen täglichen Arbeitszeit der Bauern zu rechnen ist, nicht gerecht; ebenso habe die Art der Gewährung der Fleischzulage Mißstimmung erregt; von den hierfür ausgegebenen 535 Millionen hätten manche hundert Millionen gespart werden können. Im Publikum wird überhaupt oft darüber geklagt, daß ein gewisses Verschwendungssystem eingerissen habe. Es werden die häufig von den Behörden, Kriegsgesellschaften usw. gezahlten hohen Preise, Gehälter und Löhne heftig kritisiert und die Ansicht geäußert, daß deshalb ein Kriegsende noch nicht zu erwarten sei, weil viele ein Interesse an der möglichst langen Dauer des Krieges hätten.

In Baden kritisiert man die Reichs-Gerstengesellschaft und wünscht eine eigene bzw. süddeutsche Gerstenstelle, da man sich hiervon eine bessere Versorgung der Brauereien mit Gerste verspricht, die im Hinblick auf die starken Durchmärsche und die starke militärische Belegung erforderlich sei. Für Qualitätsgerste werden höhere Preise verlangt, als sie im neuen Wirtschaftsplan vorgesehen sind.

Die Klagen der städtischen Bevölkerung sind meist die alten und bewegen sich hauptsächlich auf dem Gebiet der Lebensmittel- und Kohlenversorgung. Es kann nicht ver-

kannt werden, daß die gereizte Stimmung gegen diejenigen Kreise wächst, die in der Lage sind, sich für gutes Geld nichtrationierte Lebensmittel zu verschaffen oder unter Überschreitung der Höchstpreise mehr Lebensmittel zu erwerben, als ihnen nach der allgemeinen Verteilung zukäme. Ander[er]seits ist zu sagen, daß an dem sogenannten Schleichhandel, dessen restlose Bekämpfung nicht möglich ist, alle Gesellschaftsklassen Anteil haben, was ohne weiteres einleuchtet, wenn man bedenkt, daß gerade die einfacheren Leute lebhafte verwandtschaftliche und sonstige Beziehungen zum platten Land haben. Das Vorgehen der Berliner Polizei gegen dortige feine Restaurants hat schon lange bestehende und teilweise bekannt gewesene Mißstände in das volle Licht der Öffentlichkeit gerückt und eine herbe Kritik mit den hierbei unvermeidlichen Verallgemeinerungen hervorgerufen. Übrigens macht sich die Agitation gegen das, was in gewissen Gastwirtschaften vorgeht, auch in der Provinz geltend. In der Nummer vom 7. Juli macht der „Volksfreund" die Speisekarten der besseren Restaurants zum Gegenstand einer beißenden Kritik und behauptet, daß dort nicht nur Sekt und teuerer Wein in Strömen fließe, sondern auch Lebensmittel in Hülle und Fülle vorhanden seien. Aufgeführt wird eine Rechnung für das Abendessen zweier Personen von 76 M[ark] und danebengestellt, daß die städtische und staatliche Kriegsunterstützung für eine Frau mit 2 Kindern monatlich 56 M[ark] betrage. [...]

Die schon im Vorjahr beklagte Erscheinung, daß die allmähliche Abstufung der Kartoffelpreise mit fortschreitender Jahreszeit das Ausmachen unreifer Kartoffeln zur Folge habe, läßt sich auch jetzt wieder feststellen. Für die diesjährige Kartoffelversorgung wird durch eine Verordnung des Bad. Ministeriums des Innern das sogenannte Bezugsscheinverfahren, aufgrund dessen sich der Verbraucher unmittelbar beim Erzeuger eindecken kann, ausgeschlossen und die Versorgung lediglich durch den Kommunalverband vorgeschrieben. Diese Maßnahme hat heftigen Widerspruch hervorgerufen, der sich zu einer nicht endenwollenden Preßpolemik auswächst. Die Gegner der Versorgung durch den Kommunalverband – wozu übrigens auch die weitaus große Mehrzahl der Kommunalverbände selbst, der ländlichen wie städtischen, gehört – befürchten, daß noch größere Schwierigkeiten als im Vorjahr auftreten werden und machen besonders darauf aufmerksam, daß nun einmal mit dem psychologischen Moment gerechnet werden müsse, wonach der Bauer lieber an den Verbraucher als an den Kommunalverband liefere. Dagegen macht die Regierung geltend, daß beim Bezugsscheinverfahren die gleichmäßige Versorgung aller Bevölkerungsteile gestört würde, indem die Zahlungsfähigen sich unter Überschreitung der Höchstpreise einen größeren Anteil an Kartoffeln verschafften, als ihnen zukomme. Bei einer Besprechung der Angelegenheit im Ministerium des Innern, bei der auch das Stellver[tretende] Generalkommando vertreten war, äußerte der Minister, er wolle Vorgänge wie im Vorjahr nicht wieder erleben, wo die Amtsvorstände das Ministerium um rasches Einschreiten gebeten hätten, da das platte Land von einer wilden Konkurrenz von Kartoffeleinkäufern geradezu überschwemmt worden sei. Darüber, bei welcher Art des Verfahrens mehr Kartoffeln zugrunde gehen, weichen die Meinungen sehr voneinander ab. Während das Publikum behauptet, daß eine Masse von Kartoffeln in den Aufbewahrungsräumen der Kommunalverbände verfault seien, gibt die Regierung die Erklärung ab, daß die Städte nach den vorgenommenen Kontrollen die Frage der Verwahrung und Pflege der Kartoffeln gut gelöst hätten. Jedenfalls ist festzustellen, daß sich die Gemüter wegen der Angelegenheit schon sehr erhitzt haben und besonders mit einer starken Verbitterung der Bauern zu rechnen ist. Es

muß abgewartet werden, ob die Regierung mit der Annahme Recht behält, daß der im Vergleich zum Vorjahr erhöhte Kartoffelpreis einer Zurückhaltung oder Verfütterung von Kartoffeln in weiterem Umfang vorbeugen wird.

Zu einer Weinversteigerung in Achern, wo das Mehrfache der Friedenspreise geboten und bezahlt wurde, *bemerkt der Volksfreund, es seien Leute,* „die das notwendige Kleingeld hätten. Die Regierung lasse aber die Weinwucherer ruhig gewähren. Lediglich für die Reichen werde der Wein reserviert, *und so* sei es mit allen besseren, gehaltvolleren Lebensmitteln. Sie wanderten durch die Preispolitik der verantwortlichen Stellen ausschließlich in die Küchen und Speisekammern der Wohlhabenderen. Schinken, Geflügel, Wild, Honig usw. seien für den Minderbemittelten nicht mehr erreichbar, *weil* im Frieden wie im Kriege in erster Linie für den gesorgt werde, der hat. Und wenn eben die Minderbemittelten mit diesem System einverstanden seien, werde es noch lange so bleiben". *Auf Betreiben des Landespreisamts wurden inzwischen die Weinhändler von der Notwendigkeit von Richtpreisen für Wein überzeugt.*

Das Stellvertretende Generalkommando weist immer wieder auf den bedenklichen Stand der Kohlenversorgung hin, da die Kohlenfrage unter Umständen im nächsten Winter weitaus ernstere Verlegenheiten bereiten wird als die Frage der Nahrungsmittelversorgung, wenn man sich nicht noch zu energischem Handeln aufrafft. *Zur Versorgung der Bevölkerung mit Brennholz* soll in Baden eine Landesbrennholzstelle unter Leitung eines höheren Forstbeamten ins Leben gerufen werden.

Die aufmunternden Abhandlungen der deutschen Zeitungen finden im Publikum wenig Anklang, z.T. werden sie mit direktem Mißtrauen entgegengenommen. Besonders gilt dies von Mitteilungen über Ernährungsschwierigkeiten bei den Gegnern. Man weist beispielsweise darauf hin, daß die französischen Gefangenen nach wie vor reichlich und gute Nahrungsmittel aus ihrer Heimat erhalten. Bei Beginn der russischen Offensive anfangs Juli wurde kritisch bemerkt, daß nach den Zeitungen die Russen angeblich nicht mehr zu einer Offensive fähig seien, sie jetzt aber trotzdem beträchtliche Erfolge hätten. Anläßlich der Frühjahrsoffensive im Westen habe die Presse allgemein geschrieben, dies sei die letzte Kraftanstrengung der Entente, jetzt aber stehe wiederum eine noch heftigere Offensive der Engländer und Franzosen bevor, wie die Nachrichten aus Flandern zeigten. Dieses der deutschen Presse entgegengebrachte Mißtrauen hat eine augenfällige Zunahme des Absatzes schweizerischer Zeitungen zur Folge. Diese Erscheinung rechtfertigt den Schluß, daß die Zensur der deutschen Zeitungen nicht überspannt werden und die Behörden auch gegenüber einer freieren Meinungsäußerung nicht zu empfindlich sein dürfen. Denn nur, wenn die deutschen Zeitungen auch ab und zu ungezwungen an öffentlichen Vorgängen Kritik üben dürfen, bleibt das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Zuverlässigkeit erhalten, und nur so wird es der Presse gelingen, in kritischen Zeitläufen beruhigend und stärkend auf die Bevölkerung einzuwirken. Dagegen wird die Handhabung der Zensur vom Publikum in den Fällen durchaus verstanden, wo es sich um die Wahrung gewichtiger deutscher Interessen gegenüber dem Ausland handelt; so sind zahlreiche Stimmen laut geworden, die das Walten des Zensors bei den Veröffentlichungen der Presse über die Verhandlungen des Hauptausschusses des Reichstags, über die Kriegszielresolution und die Parlamentarisierung vermißten.

Allgemein befriedigender Gesundheitszustand der Bevölkerung.

Vereinzelt auftretende Gerüchte über Cholerafälle entsprechen nicht der Wahrheit,

doch ist der Umfang der Ruhrepidemie in einzelnen Stadtteilen Mannheims recht erheblich und macht sich auch in Karlsruhe bemerkbar.

GLA 456/EV 8 Bund 86 fol. 333–343, masch. Abschrift.

[1] Rückgewinnung der Bukowina und Galiziens im Zuge einer deutsch-österr. Offensive seit Juli 1917.

[2] Vgl. Nr. 1413.

[3] Weißhaupt, Josef (1863–1944), Land- und Gastwirt sowie Brauereibesitzer in Pfullendorf, 1896–1919 Stadtverordneter, Z, MdZK, MdL 1905–1929, seit 1918 Präsident des Bad. Bauernvereins, 1919–1926 bad. Staatsrat, seit 1921 Mitglied des Deutschen Landwirtschaftsrats.

[4] 7. Sitzung II. Kammer vom 23. Mai 1917, in: Amtliche Berichte, Nr. 10 vom 2. Juni 1917.

[5] Vgl. Nr. 1410.

1416. Eisendecher an Michaelis

Karlsruhe, 9. August 1917

Zu Ew. Exz. am Sonnabend bevorstehendem Besuche in Karlsruhe[1] darf ich die anliegenden Artikel[2] verschiedener badischer Zeitungen gehorsamst überreichen, die sich auf aktuelle Vorgänge und Stimmungen beziehen und vielleicht ad hoc Interesse gewähren.

Leider wird die Großherzogin Luise am 11. nicht hier sein; I. K. H. reiste gestern von Baden nach Schloß Mainau, konnte zu ihrem lebhaften Bedauern die Reise nicht mehr verschieben. Ob S. G. H. der Prinz Max von Schloß Salem bis Sonnabend hierher kommt, ist unsicher. Zur Frühstückstafel im Palais sollen, wie ich höre, Einladungen an die Minister, den Großhofmeister v. Brauer, den Kabinettschef Freiherrn v. Babo und den Generaladjutanten General der Infanterie Dürr ergehen.

Ich beabsichtige mich um 8 Uhr früh an der Bahn zu melden, wo ebenfalls der Staatsminister v. Dusch und ein Beauftragter des Landesherrn Ew. Exz. begrüßen werden. Da mir seit anderweit[ig]er Verwendung des königlichen Gesandten in Darmstadt die zeitweilige formelle Leitung der dortigen Gesandtschaft übertragen wurde, bitte ich, Ew. Exz. auf der Weiterreise dahin begleiten zu dürfen. Zur Hoftafel im Darmstädter Schloß am 11. um 6.30 Uhr erhielt ich bereits eine Einladung.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 122 Nr. 23 Bd. 1, masch. Ausf.

[1] Vgl. Nr. 1414, 1417.

[2] Karlsruher Tagblatt, Nr. 217 vom 8. Aug. 1917; Karlsruher Zeitung, Nr. 213 vom 8. Aug. 1917; Schwäb. Merkur, Nr. 360 vom 4. Aug. 1917; Bad. Beobachter, Nr. 357 vom 6. Aug. 1917; Volksfreund, Nr. 182 vom 7. Aug. 1917; Bad. Presse, Nr. 372 vom 13. Aug. 1917.

1417. Eisendecher an Michaelis

Karlsruhe, 13. August 1917

Die Stunden hier und in Darmstadt haben, wie ich hoffen darf, bei Ew. Exz. befriedigende Eindrücke hinterlassen.[1] In beiden Bundesstaaten ist man zweifellos dankbar für den Besuch, der nur unter Opferung wertvoller Arbeitszeit unternommen werden

konnte. Ich glaube, daß man Ew. Exz. sowohl in Baden wie in Hessen aufrichtige Sympathien entgegenbringt und stets bemüht sein wird, nach besten Kräften die Politik Ew. Exz. zu unterstützen. Die heutigen Zeitungen veröffentlichen den zuerst in der Mannheimer „Neuen Badischen Landeszeitung" erschienenen Bericht ihres Chefredakteurs Scheel[2] über die ihm von Ew. Exz. gewährte Unterredung. Der Bericht kann meines Erachtens nur nützlich wirken, namentlich die Auffassung vom maßvollen und gesunden Partikularismus und die gerechte Bewertung des Einflusses der Presse und ihrer Behandlung wird Verständnis finden und zustimmend empfunden werden. Kommentare oder Kritiken betreffend die Unterredung liegen bisher nicht vor.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 122 Nr. 23 Bd. 1, masch. Ausf.

[1] Vgl. Nr. 1414, 1416.

[2] Scheel, Alfred (1877–1933), Journalist und Redakteur, 1907 Hauptschriftleiter der „Neuen Badischen Landeszeitung" in Mannheim, 1909 Gründer und bis 1924 Vorsitzender des Landesverbands der Presse Badens, 1921 Stadtverordneter, DDP, MdL 1925–1929, 1927 Berufung an das Institut für Zeitungswesen in Heidelberg.

1418. Eisendecher an Michaelis

Karlsruhe, 15. August 1917

In Mannheim wurde kürzlich die Kriegsindustrie durch einen Ausstand zahlreicher Arbeiter empfindlich geschädigt. Fast eine Woche lang ruhte die Arbeit in mehreren wichtigen Fabriken, namentlich auch bei Benz, wo ein großer Teil der so nötigen Flugzeuge hergestellt wird.

Es handelte sich, wie meist bei solchen Vorgängen, um Lohnerhöhung der Arbeiter, die in Kenntnis von den hohen Dividenden der Firmen Anspruch auf mehr Beteiligung an deren außerordentlichen Gewinnen erhoben. Das Auftreten der Arbeiter war im ganzen ruhig und verständig, während die Arbeitgeber sich zum Teil recht wenig einsichtsvoll verhielten. Nicht ohne Mühe gelang es dem taktvollen und energischen Eingreifen des stellvertretenden Generalkommandos, die Unternehmer zweckentsprechend zu beeinflussen und öffentliche Demonstrationen und Tumulte zu verhindern.

Die Arbeit ist nunmehr in allen Betrieben nach schließlichem verständigem Entgegenkommen der Firmen wieder aufgenommen worden. Dazu hat auch ein öffentlicher Anschlag des General[s] Isbert wesentlich beigetragen, der den Arbeitern eindringlich vorstellt, wie sehr der Erfolg an den Fronten von ihrer Arbeitswilligkeit abhängt.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Nr. 31 Bd. 15, masch. Ausf.; Marg.: „mitget. 22./8. 17 Reichsamt d. Innern, Kriegsamt".

1419. Eisendecher an Michaelis

Karlsruhe, 23. August 1917

Ew. Exz. Erklärungen im Ausschuß des Reichstages[1] wurden hier mit großer Spannung erwartet und finden nun überall lebhafte Zustimmung. Irgendwie abfällige Kritiken

habe ich weder gehört noch gelesen. Auch S. K. H. der Großherzog meinte mir gegenüber, die Rede werde sehr nützlich wirken; zugleich brachte der hohe Herr nochmals in warmen Worten zum Ausdruck, wie sehr ihn Ew. Exz. kürzlicher Besuch erfreut habe.

In dem zu zwei Dritteln katholischen Lande bewertet man die Kundgebung des Papstes[2] als einen wichtigen Schritt zur Anbahnung des Friedens und empfindet es dankbar, daß sie von der Reichsregierung und den Parteien entsprechend gewürdigt wird. Sozialdemokratische Stimmen sehen in dem Oberhaupte der römischen Kirche gewissermaßen einen Bundesgenossen für die internationale Friedensarbeit, welche die Genossen in Stockholm vorbereiten. Es wird hier im übrigen wohl ziemlich allgemein verstanden, daß wir auf den Inhalt der päpstlichen Note nicht näher eingehen können, solange unsere Feinde jeden gerechten Frieden ablehnen und auf ihrem Vernichtungsstandpunkt stehenbleiben.

Über die gestrige Nachmittagssitzung des Hauptausschusses liegen hier bis jetzt nur kurze Meldungen vor, ebenso bringt die einzige früh erscheinende Zeitung von der Morgensitzung keinen ausführlichen Bericht, aber man hat den Eindruck, daß Ew. Exz. der von dem Abgeordneten Ebert[3] namens der Mehrheitsparteien abgegebenen Erklärung[4] wirksam entgegengetreten sind und damit mögliche Mißverständnisse beseitigt haben.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 122 Nr. 23 Nr. 1 Bd. 1, eig. Ausf.

[1] Michaelis begrüßte den päpstlichen Friedensschritt (*Schultheß* 1917 I S. 755 ff.).

[2] Papst Benedikts XV. Friedensnote vom 1. Aug. 1917 an die „Oberhäupter der kriegführenden Völker" (Gedr. *Schultheß* 1917 II S. 538 ff.; *Ursachen und Folgen* II S. 73 ff.).

[3] Ebert, Friedrich (1871–1925), Sattler, seit 1889 gewerkschaftlich tätig, seit 1893 Redakteur der „Bremer Volkszeitung", seit 1900 MdBrem. Bürgerschaft (Fraktionsführer), SPD, 1905 Parteivorstand, 1913 zweiter, 1917 erster Vorsitzender, MdR 1912–1919, Nov. 1918–Febr. 1919 Mitglied im Rat der Volksbeauftragten, 1919–1925 Reichspräsident.

[4] Ebert wies Michaelis' Einwand, zwischen den Mehrheitsparteien seien sachliche Differenzen wegen der Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917 entstanden, zurück und bemerkte, daß nach den Vorverhandlungen zwischen dem Reichskanzler und den Mehrheitsparteien über die Friedensresolution nicht vorherzusehen war, daß dieser sich nicht auf den Boden der Entschließung stellen würde (*Schultheß* 1917 I S. 763).

Eisendecher berichtete Michaelis am 24. Aug. 1917, „aus den nunmehr vorliegenden näheren Berichten über die" Sitzung des Hauptausschusses gewänne „man leider den Eindruck eines bedauerlichen Streites um Worte und einer Konfliktstimmung der Mehrheit, die gerade jetzt, während der schwersten Kämpfe an den Fronten, unbegreiflich scheint" (Ebd., masch. Ausf.).

1420. Eisendecher an Michaelis

Mainau, 7. September 1917

Ew. Exz. kann ich von hier gehorsamst melden, daß I. K. H. die Großherzogin Luise wohl, aber durch die selbst im Frieden der Mainau fortgesetzte eifrige Tätigkeit doch etwas ermüdet ist, auch namentlich den Tod des Grafen Andlaw dauernd schmerzlich empfindet. Herr v. Chelius hatte zuerst zeitweilig dessen Dienst übernommen und alles sehr rasch und sachgemäß wieder geregelt, trotzdem fehlt begreiflicherweise der Verstorbene der hohen Frau noch täglich. Bewegt und dankerfüllt sprach die Großherzogin von

einem längeren teilnehmenden Briefe S. M. des Kaisers und Königs, und ebenso kommt für die fortlaufenden telegraphischen Mitteilungen des Allergnädigsten Herrn, die ich immer lesen darf, warmer Dank vielfach zum Ausdruck. Dabei werden die Ereignisse mit größtem Interesse verfolgt und erörtert, und besonders die Friedenskundgebungen der Reichstagsmehrheit[1] erfahren scharfen Tadel. I. K. H. meinte gewiß mit Recht, es sei unerhört, jetzt im härtesten Kampfe die so nötige innere Einigkeit zu gefährden, an den Fronten herrsche darüber zweifellos starke Empörung[a]; wenn man die Herren Erzberger, Scheidemann pp. in die Schützengräben oder auf die U-Boote schicken könnte, so würden sie dort heilsame Erfahrungen sammeln, sie würden begreifen, daß, solange unsere Feinde jeden Frieden ablehnen, eine energische Fortsetzung des Krieges unerläßlich bleibt und alle inneren Fragen ruhen müssen. Ganz ähnlich äußerte sich kürzlich auch S. K. H. der Großherzog mir gegenüber, und der größte Teil der liberalen badischen Zeitungen vertritt die gleiche Anschauung. Zentrum und Sozialdemokratie dagegen suchen meist in recht heftiger, wenig sachlicher Weise die Reichstagsmehrheit zu verteidigen. Selbst der sonst als maßvoll und versöhnlich bekannte Zentrumsführer Fehrenbach soll zwar seinen Parteifreund Erzberger tadeln, aber in seinem Wahlkreise übereifrig gegen die Minderheit agitieren.[b]

Ew. Exz. wirkungsvolle Erklärungen zu den hochwichtigen Vernehmungen des früheren russischen Kriegsministers[2] und seines Stabschefs[3] durfte ich heute der Großherzogin vorlesen. I. K. H. war davon sehr beeindruckt, stimmte lebhaft zu und sagte, nunmehr sei die Schuld am Ausbruch des Krieges klar erwiesen, die Wahrheit müsse allmählig durchdringen, und überall, auch in England, werde Herr Lloyd George[4] einen starken Widerhall nicht verhindern können, der Friede sei durch diese Enthüllungen russischer Ehrlosigkeit doch wohl erheblich näher gerückt. Die hohe Frau bekundete dann in warmen Worten festes Vertrauen zu Ew. Exz. mit dem dringenden Wunsch, daß es gelingen möge, die extremen Elemente im Reichstage von der Torheit und dem Unheil inneren Haders zu überzeugen. Gleich nach der ersten Rede Ew. Exz. hätte der Reichstag einfach ein Vertrauensvotum beschließen sollen, damit wären die von unseren Feinden behaupteten Gegensätze zwischen Regierung und Volk am besten als erfunden und unwahr gekennzeichnet gewesen, auch Mr. Wilson hätte dann seine Antwort auf die Papstnote wesentlich anders formulieren müssen.[5]

I. K. H. wünscht, daß ich mit meiner Frau am Sonntag, dem Geburtstage des hochseligen Großherzogs, noch hierbleibe und daß wir uns womöglich auf dem Rückwege nach Karlsruhe bei den fürstlichen Herrschaften in Sigmaringen kurz melden. Wenn nicht etwaige dringende Dienstaufträge zu beschleunigter Rückkehr nötigen, werde ich dementsprechend am Montag in Sigmaringen sein und Dienstag, den 11. d. Mts. wieder in Karlsruhe eintreffen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 13, eig. Ausf.; Marg.: „v. S. M. 14./9."

[a] Randnotiz Wilhelms II.: „Ja".

[b] Randnotiz Wilhelms II.: „Er ist neulich von seinen Wählern fast verhauen worden".

[1] Nr. 1413 Anm. 3.

[2] Suchomlinov, Wladimir Alexandrowitsch (1848–1926), russ. General, 1908 Chef des Generalstabs, 1909–1915 Kriegsminister, 1917 zu Zuchthaus verurteilt, von der Sowjetregierung freigelassen und nach Deutschland emigriert.

[3] Januškevič, Nikolaj Nikolaevič (1868–1918), russ. Generalstabschef.

[4] Lloyd George, David (1863–1945), Anwalt, 1890–1944 Mitglied des Unterhauses (Liberaler), 1905 britischer Handelsminister, 1908–1915 Schatzkanzler, 1915/16 Munitionsminister, 1916 zugleich Kriegsminister, 1916–1922 Premierminister, bis 1931 Führer der Liberalen im Unterhaus.

[5] Am 27. Aug. 1917 lehnte Wilson die päpstliche Friedensnote ab (Gedr. *Ursachen und Folgen* II S. 76ff.).

1421. Stellvertretendes Generalkommando des XIV. Armeekorps an das Kriegsamt

Karlsruhe, 1. Oktober 1917

Ein wesentlicher Umschwung in der Stimmung der Bevölkerung ist nicht festzustellen. Soweit der jeweilige Stand der Volksernährung von Einfluß ist, hat sich die Stimmung in den Städten etwas gebessert. Auf dem Lande dagegen hat die Unzufriedenheit, die schon seit längerer Zeit zu beobachten war, noch zugenommen, trotzdem die bäuerliche Bevölkerung durch den hervorragenden Ausfall der Obsternte bei außergewöhnlich hohen Preisen in den Besitz von erheblichen, gegen das Vorjahr wesentlich größeren Geldmitteln kam. Es herrscht bei der Landbevölkerung eine gewisse Erbitterung darüber, daß der Stadt immer mehr zugeführt werden soll, während der Landwirt selbst im Verbrauch von Lebensmitteln immer mehr eingeschränkt wird. Die Ablieferung einzelner Produkte – vor allem Milch, Butter und Eier – geschieht teilweise nur auf stärksten Druck seitens der Behörden. [...]

Ganz besondere Mißstimmung aber hat auf dem Lande die Verfügung über die Beschlagnahme der Ölfrüchte ausgelöst. Es hat wohl noch selten eine kriegswirtschaftliche Maßnahme derartig einmütigen Widerspruch und Unwillen hervorgerufen, wie gerade diese. Die Zeitungen in den ländlichen Bezirken waren angefüllt mit den schärfsten Artikeln und Zuschriften zu dieser Frage. Man stellte in Aussicht, daß man nächstes Jahr überhaupt keine Ölfrüchte mehr baue, daß man keine Kriegsanleihe mehr zeichne usw., und man warf der Regierung vor, sie habe ihr Wort nicht gehalten. [...] Die große Erregung veranlaßte das Gr[oßherzoglich] Bad[ische] Ministerium des Innern, die Aufhebung der Beschlagnahme für Baden zu beantragen. Die Ankündigung, daß die Beschlagnahme für Baden wieder rückgängig gemacht ist, führte denn auch eine gewisse Beruhigung herbei. Derartige Vorgänge müßten aber für die Zentralstellen eine ernste Mahnung sein, ihre Maßnahmen künftig nur nach vorheriger genauester Prüfung der Verhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten und im Benehmen mit den zuständigen Landesbehörden zu treffen. Der Verlust an Volksstimmung, der durch übereilte Maßnahmen entsteht, kann auch durch nachträgliche Aufhebung oder Milderung nicht mehr wettgemacht werden, abgesehen davon, daß nachträgliche Gegenmaßregeln nicht dazu angetan sind, das Vertrauen der Bevölkerung zu den Behörden zu stärken. Nötigenfalls müßte künftig den bundesstaatlichen Regierungen größere Freiheit gelassen werden, um solche unliebsamen Dinge zu vermeiden.

Zu weiteren Klagen und Mißstimmungen gab auch die *Preisregelung und die Klassifizierung des Obstes Anlaß. Die städtische Bevölkerung bezeichnet die angesichts der guten Obsternte leicht herabgesetzten Preise als zu hoch. Auf dem Land beklagte man sich* über die zu starke Bevorzugung der besseren [Produkt-]Gruppen *und die Schwierigkeit, diese* voneinander abzugrenzen, so daß der weitherzige Erzeuger Gelegenheit habe, die Preise

für bevorzugtes Obst für eine minderwertige Sorte zu verlangen und sich so vor seinem redlich denkenden Nachbarn erhebliche Geldvorteile zu verschaffen. Weiter wird auf dem Lande überall über die unpraktische Regelung der Sammlung und Versendung des Obstes geklagt. Man habe beispielsweise für große Bezirke Sammelstellen eingerichtet, in die oft an einem Tage Tausende von Zentnern zusammengetragen werden. Große Teile davon seien dann aus Mangel an geeigneten Vorrichtungen und durch unzweckmäßige Art der Versendung schwer beschädigt, wenn nicht gar ganz verdorben. *Alle diese im einzelnen schwer nachzukontrollierenden und zum Teil stark übertriebenen Dinge verbittern* den Landwirt und tragen dazu bei, die ohnehin nicht besonders große Lust, seine Erzeugnisse den Kommunalverbänden usw. abzuliefern, noch weiter zu vermindern.

Auf dem Lande wird die Leutenot immer stärker fühlbar.[1] Die Leute, besonders die alleinstehenden Frauen, sind durch die angestrengte Arbeit während der vergangenen Zeit körperlich stark mitgenommen worden. Man beklagt sich darüber, daß die Gefangenen viel zu wenig für die Landwirtschaft freigemacht würden und verlangt eine weitergehende Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Interessen bei der Einziehung von nur garnisondienstfähigen Mannschaften, ebenso bei den Beurlaubungen.

Bei der im großen und ganzen beendeten Getreideernte hat besonders das Sommergetreide die Erwartungen nicht erfüllt, vor allem der Hafer, während das Wintergetreide eine Durchschnittsernte abwarf, mit der man in Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse im allgemeinen zufrieden sein kann.

Die ausgedehnten Viehschlachtungen dezimierten den Zugviehbestand und erschwerten die Aussaat. Die Kartoffelernte ist größtenteils noch im Gange und fällt im Durchschnitt recht befriedigend aus. *Kohlraben, Runkel- und Zuckerrüben versprechen gute Erträge*, Gurken, Bohnen und Tomaten gaben eine Vollernte, *und* die Tabakernte ist günstig ausgefallen. *Bei der Weinernte fallen die Erträge* je nach der Landesgegend recht verschieden aus.

Wegen des Schleichhandels wird die Erfassung von Milch und Butter von Monat zu Monat schwieriger. So beklagt sich die Stadtverwaltung Karlsruhe dauernd darüber, daß die Landorte, die ihr als Lieferungsgebiet für Milch zugewiesen sind, auch nicht annähernd das liefern, was sie zu liefern hätten und nach Ansicht Sachverständiger auch liefern könnten. Die bäuerliche Bevölkerung *betont dagegen*, daß sie nach der starken Verminderung ihres Bestandes an Milchvieh gar nicht mehr in der Lage sei, die vorgeschriebenen Mengen abzuliefern. Soll die Milch- und Butterablieferung in den kommenden Monaten auch nur einigermaßen befriedigend ausfallen, so wird ohne eine Erhöhung des bisherigen Milchpreises nicht viel zu erreichen sein. *Drohungen, wie etwa das Verbot von Hausschlachtungen, der Entzug von Zucker oder Petroleum, bewirken nur,* daß die Landwirte noch unzufriedener und gereizter gegen die vielen Verordnungen werden. *Immer wiederholt, verschlechtern derartige Verordnungen* die Stimmung nur noch mehr und schaden so oft mehr, als sie nützen. *Deshalb bemüht sich das Generalkommando,* der bäuerlichen Bevölkerung ein Bild der besonderen Arbeits- und Ernährungsschwierigkeiten in den Städten zu geben, um sie auf diese Weise von der Notwendigkeit zu überzeugen, in möglichst großem Umfange Lebensmittel in die Städte zu liefern. *Hierbei* wird nicht nur auf die Aufklärung über diese Fragen durch Vorträge besonderer Wert gelegt, sondern es wurde auch eine Reise angesehener und einflußreicher Landwirte zur Besichtigung industrieller Werke und städtischer Betrie-

be, die der Nahrungsmittelfürsorge dienen, veranstaltet. Weitere derartige Reisen sind in Aussicht genommen, da die erste Reise den Teilnehmern offensichtlich tiefe Eindrücke vermittelte.

Den Schleichhandel in gewissem Umfang vermindert hat das allmähliche Abflauen des Reiseverkehrs gegen Ende des Monats und die schon Mitte September in einigen Amtsbezirken des Schwarzwaldes erfolgte zwangsweise Beendigung der sogen[annten] „Saison", da in der Tat gerade die aus Norddeutschland kommenden Kur- und Sommergäste in ihrem Wettbewerb beim heimlichen Bezug von Nahrungsmitteln zu Preisanerbietungen gelangten, die dem Bauern die Beachtung der bestehenden Vorschriften schwermachten. [...] Über den Wert der bisher ergriffenen Mittel zur Bekämpfung des Schleichhandels gehen die Meinungen auseinander. Ebenso günstig wie die rücksichtslose Bestrafung und Ausweisung hamsternder Kurgäste gewirkt hat, ebenso verstimmend wirkt immer wieder die Beschlagnahme von geringfügigen Mengen von Lebensmitteln bei reisenden Zivil- und Militärpersonen.

Weitere Klagen der bäuerlichen Bevölkerung beziehen sich auf die großen Unterschiede zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen, auf die zu geringe Zuteilung von Lebensmitteln an die ländlichen Kommunalverbände und auf die großen Kriegsgewinne des Handels und der Industrie. Wachsende Mißstimmung macht sich auf dem Lande gegen die jüdischen Viehhändler geltend, so daß mit einem Anwachsen des Antisemitismus auch für die Friedenszeit zu rechnen ist. Eine bange Sorge bildet auch die Frage des Hausbrandes für den kommenden Winter. Überall, wo zur Beratung über Fragen der Volksaufklärung Vertrauensmännerversammlungen abgehalten wurden, stand diese Frage im Vordergrund der Erörterungen. Auch auf der Eisenbahn, in Werbeversammlungen für die Kriegsanleihe und bei anderen Anlässen wurde die Frage der Kohlenversorgung zur Sprache gebracht; es kann ihr von den maßgebenden Stellen gar nicht genug Wichtigkeit beigelegt werden. Öfters konnte man die Äußerung hören: „Gebt uns Kohlen, dann zeichnen wir Kriegsanleihe!" Die bisherigen Lieferungen waren keineswegs befriedigend.

Besonderen Anlaß zur Klage unter den Landwirten gab noch die Ablehnung der Kohlenlieferung an neu errichtete Trocknungsanlagen durch den Reichskommissar für die Kohlenverteilung in Berlin unter der Begründung, daß die schon vorhandenen Anlagen dem Bedürfnis vollauf genügten. Da dies für Baden mit seinen überwiegend kleinbäuerlichen Betrieben und der diesjährigen überreichen Obst- und Gemüseernte nicht zutrifft, so ist das Kriegswirtschaftsamt beim Reichskommissar in Mannheim und Berlin vorstellig geworden, um eine ausreichende Lieferung für Kohlen an neu errichtete Trocknungsanlagen in Baden zu erwirken, da nur so die leichtverderblichen landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Volksernährung erhalten werden können.

Gegenüber diesen Mißstimmungen hat die Werbearbeit für die 7. Kriegsanleihe auf dem Lande einen recht schweren Stand. Nur durch eifrige Kleinarbeit, die überall in die Wege geleitet ist, werden sich die Quellen der Verärgerungen wenigstens teilweise verschließen lassen.

Die Stimmung der städtischen Bevölkerung ist, wie bereits oben erwähnt, durch die mittlerweile eingetretene Besserung in der Ernährung gegen früher etwas gehoben. Insbesondere wird die vermehrte Zuteilung von Kartoffeln angenehm empfunden, andererseits findet die Preispolitik für Obst gerade in den Städten schärfsten Widerspruch. Man ist ungehalten darüber, daß sich trotz des reichen Obstsegens die weniger gut situierten Schichten der Bevölkerung mit Obst nicht genügend eindecken können.

Ist schon die Frage der Kohlenversorgung für das platte Land von äußerster Dringlichkeit, so ist sie in den Städten von geradezu ausschlaggebender Bedeutung für die Volksstimmung. Allenthalben macht sich, veranlaßt durch die trüben Erfahrungen im vorigen Winter, eine starke Besorgnis bemerkbar, der nur durch entsprechende Maßnahmen der leitenden Stellen abgeholfen werden kann. Es bestehen Befürchtungen, daß die Kohlenlieferung für den Hausbrand dieses Jahr gegenüber der des letzten Winters noch mehr zu wünschen übriglassen wird. Ob die Bevölkerung die starke Belastungsprobe, die das Frieren und die Einschränkungen in der Ernährung für sie bedeutete, würde bestehen können, muß bezweifelt werden.

Die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit wird von der Bevölkerung als keineswegs ausreichende Maßnahme *zur Kohlenersparnis angesehen*. Die Mißstimmung wegen der Kohlenversorgung wird vermehrt durch die Tatsache, daß es in den Städten offenbar zahlreichen wohlhabenden und reichen Leuten möglich war, sich genügend einzudekken. Der kleine Mann, der auf seinem Weg zur Arbeitsstätte zusehen muß, wie vor den Häusern der Reichen große Mengen Kohlen abgeladen werden, während er selbst trotz aller Bemühungen nicht in den Besitz auch nur eines bescheidenen Quantums kommen kann, wirkt stark erbittert. Es kann überhaupt ganz allgemein gesagt werden, daß die städtische Bevölkerung sich mit Einschränkungen dann willig abfindet und sie als Kriegsnotwendigkeiten erkennt, wenn sie sieht, daß die Allgemeinheit der Volksgenossen davon betroffen wird. [...]

Wenn es gelänge, etwa durch eine noch weitergehende Rationierung dem genannten Mißstand abzuhelfen und eine noch größere Gleichmäßigkeit in der Versorgung mit Lebensmitteln zustande zu bringen, so würde das zweifellos beruhigend auf die breite Masse der Bevölkerung wirken. Um weiteren Kreisen der Verbraucher, insbesondere aus den Reihen der Industriearbeiterschaft, einen Einblick in die Grundlagen und Zusammenhänge unserer Ernährungswirtschaft zu geben, veranstaltete das Generalkommando eine „Tagung für kriegswirtschaftliche Aufklärung". Etwa 800 Vertreter aller größeren Industriebetriebe – Fabrikleitungen und Arbeiterausschüsse – ‚ferner der Gewerkschaften und Handwerkerverbände, wohnten ihr an. Die Vorträge wurden mit lebhafter Anteilnahme entgegengenommen. Es zeigte sich aber auch bei dieser Gelegenheit, wie gereizt die Stimmung zwischen Stadt und Land ist. Der Vortrag eines Vertreters der Landwirtschaft, der den Erzeugerstandpunkt in allerdings recht einseitiger Weise vertrat, löste lebhaften Widerspruch aus.

Im Zusammenhang damit stehen die Verärgerungen über die großen Kriegsgewinne. *So wurde über die vor einigen Wochen erfolgte Gründung der „Lederzuschneidestelle für Süddeutschland" in der Presse bekannt, daß* der Geschäftsführer dieser Stelle ein Jahreseinkommen von 72000 Mark beziehe. Hieran knüpfte sich eine lebhafte Erörterung in der Presse aller Parteien und im Gespräch von Mund zu Mund in allen Bevölkerungskreisen. In einer Korrespondenz ließ daraufhin die Lederzuschneidestelle erklären, der Geschäftsführer beziehe „nur" 52000 M[ar]k Einkommen, was die Erregung natürlich keineswegs eindämmte, um so weniger, als sodann ein Teilnehmer an der Gründungsversammlung in einer weiteren Veröffentlichung die Richtigkeit der ursprünglichen Einkommensangabe von 72000 M[ar]k ausdrücklich nachwies *und darauf hinwies, daß der Betreffende die Tätigkeit* im Nebenamt ausübe. Die allgemeine Empörung über diese Angelegenheit dauert an, obwohl in einer halbamtlichen Pressemitteilung eine Nachprüfung des Falles durch die Behörden in Aussicht gestellt wurde. Das Generalkommando

hat umgehend das Kriegsamt in Berlin um eine genaue Prüfung *ersucht, dieses hatte Aufklärung zugesagt.*[a]

Die Fabriken haben durch die Frauenarbeit mit immer größeren Schwierigkeiten zu kämpfen, da die Arbeiterinnen sehr häufig ihre Stellen *wechseln*. Sehr niedergedrückt ist die Stimmung in den Kreisen der Handwerker und Kleingewerbetreibenden, soweit sie nicht an Kriegslieferungen beteiligt sind. Diese Kreise befürchten von einer noch längeren Dauer des Krieges ihren vollkommenen Ruin. Die beabsichtigte Zusammenlegung derartiger Betriebe hat die Stimmung bei den davon Betroffenen noch weiter verschlechtert.

Gerüchte über Ruhr- und Typhuserkrankungen. Man begegnet auch der Meinung, daß zwar keineswegs etwa militärische Erfolge der Gegenseite, wohl aber Hunger, Frost und Krankheit den Sieg Deutschlands in Frage stellen können.

In wohltuendem Gegensatz *hierzu* steht das feste Vertrauen aller Schichten der Bevölkerung in die Oberste Heeresleitung. Man sieht dem Ausgang der gewaltigen Angriffsschlachten im Westen ruhig und zuversichtlich entgegen, weit ruhiger, als etwa der vorjährigen Somme-Offensive, wobei der Ernst der Lage keineswegs verkannt wird. Die Erfolge unserer Truppen im Osten und die Leistungen der U-Boote lösten lebhafte Befriedigung aus; nach eingegangenen Berichten wurde dadurch die allgemeine Stimmung stellenweise günstig beeinflußt. Man hörte oft Redensarten wie: „Es ist doch großartig, daß wir noch so viele Leute haben, um im Osten das leisten zu können, während wir im Westen ebenfalls standhalten". Im Gegensatz dazu ist allerdings auch die Meinung verbreitet, die Offensive im Osten sei nur wegen der Kriegsanleihe unternommen worden. An einen baldigen Frieden wird im allgemeinen nicht geglaubt; die gegenteiligen Zeitungsstimmen werden als Stimmungsmache für die Kriegsanleihe bezeichnet. Auch die Äußerungen des Reichskanzlers über einen baldigen Frieden wurden sehr skeptisch aufgenommen. Was die innerpolitischen Auseinandersetzungen anlangt, so steht ihnen die große Masse auf dem Lande ablehnend gegenüber. Man entrüstet sich über das „Zeitungsgezänk" und meint, es gäbe gegenwärtig wichtigeres zu tun, als diese Gegensätze auszutragen. Die politischen Blätter des Korpsbezirks nehmen im großen und ganzen die Stellung ihrer Parteien im Reichstag ein, es erscheint indes recht zweifelhaft, ob sie in jedem Falle ihre Leser und Parteigänger hinter sich haben. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Friedensresolution[2] des Reichstags von den gebildeten Kreisen – auch soweit diese an sich Anhänger des Verständigungsfriedens sind – nicht gebilligt wird, da man sie zum mindesten als taktischen Fehler betrachtet. Die Masse der Bevölkerung dagegen steht offenbar aus Kriegsmüdigkeit auf dem Boden der Resolution. Die neugegründete Vaterlandspartei[3] trat im Korpsbezirk bisher nur durch Zeitungsaufrufe und durch eine größere Veranstaltung in Freiburg, die von etwa 400 Personen besucht war, an die Öffentlichkeit. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat in der Berichtszeit, soweit Wahrnehmungen möglich sind, nicht zugenommen; eine günstige Gegenwirkung bildete die Verurteilung ihres Karlsruher Führers, des Schlossers Heindl[4], wegen erschwerten Einbruchdiebstahls zu 5 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust.

GLA 456/EV 8 Bund 86 fol. 373–401, masch. Abschrift; Marg.: „abg. 2./10. 1) an Kriegsministerium – Kriegsamt, 2) an Kriegspresseamt, 3) an die Kriegsamtsstelle Karlsruhe".

[a] Randnotiz: „Ist mittlerweile eingetroffen" [Nicht vorhanden].

[1] Stellvertretendes Generalkommando des XIV. Armeekorps an das Kriegsamt. „Karlsruhe, 2. September 1917. [...] Über Mangel an Arbeitskräften wird zwar geklagt, doch *steht in auffallendem Gegensatz dazu* das immer noch abweisende Verhalten der Landbevölkerung gegen fremde Arbeitskräfte und die Scheu vor Kosten, die durch solche entstehen. [...] Der kleine Bauer zieht es vor, sich und die Seinigen zu überarbeiten, ehe er sich auch nur einen Teil des möglichen Betriebsgewinns entgehen läßt. Daß die dadurch erzeugte Überanstrengung der landwirtschaftlichen Bevölkerung die Produktion schädigt, kann nicht bezweifelt werden" (Ebd. fol. 351 f., masch. Abschrift).

[2] Vgl. Nr. 1411, 1413 Anm. 3.

[3] Am 2. Sept. 1917 formierte sich die Rechte unter der Bezeichnung „Deutsche Vaterlandspartei", versprach der Regierung einen „starken Rückhalt im Volk" und verlangte einen Siegfrieden sowie weitreichende Annexionen (Gründungsprogramm gedr. *Ursachen und Folgen* II S. 48 ff.).

[4] Heindl, Hans, Schlosser in Karlsruhe, 1917 Führer der Karlsruher USPD.

1422. Eisendecher an Michaelis

Baden-Lichtental, 5. Oktober 1917

Die „Karlsruher Zeitung" bringt fortgesetzt sehr verständige Leitartikel, die unter der Überschrift „Vom Tage" die wichtigsten politischen Tagesfragen und Vorgänge behandeln und energisch den Standpunkt der Reichsregierung vertreten. Die sonstige Presse im Lande schreibt im allgemeinen kritischer und mehr im Parteiinteresse, namentlich Zentrums- und sozialdemokratische Blätter sollten ihre Sonderwünsche weniger unterstreichen; sie eifern dabei scharf gegen die Alldeutschen und die neue Vaterlandspartei.[1] Das führende Zentrumsorgan verteidigt den Abgeordneten Erzberger und tadelt die Haltung der „Kölnischen Volkszeitung" und gewisser bayerischer Zentrumskreise, während Herr Kolb im „Volksfreund" grob und persönlich Ew. Exz. als halben Alldeutschen heftig angreift und demgegenüber Herrn v. Kühlmann[2] einiges Lob spendet.

Diese Zeichen sozialdemokratischer Erregung und Ungeduld verdienen kaum irgendwelche Beachtung, sie werden vielleicht ganz nützlich wirken und fast überall starken Widerspruch hervorrufen. Ich habe überhaupt entschieden die Empfindung, daß Ew. Exz. Stellung hier im Süden durch die Aussprache im Hauptausschuß wesentlich gestärkt worden ist. Man sieht mehr und mehr ein, daß, bei aller Rücksicht auf den Reichstag, die sogenannte Demokratisierung ihre Grenze haben und die politisch verantwortliche Leitung freie Hand behalten muß. Dazu kommt hier als wichtiges Moment der Einfluß der guten Ernte auf die Volksstimmung. Abgesehen von einzelnen Hagel- und Unwetterschäden ist der Ertrag an Getreide befriedigend, an Heu, Kartoffeln und Obst sogar selten reich, und auch der Rebbau verspricht meist günstige Ergebnisse. Vertrauen und Zuversicht werden mit dem erfreulichen Ernteausfall weiter zunehmen, wenn auch die schwierige Verteilung erfolgreich durchgeführt werden kann und im Winter kein bedenklicher Mangel an Heizmaterial eintritt; wie schon früher berichtet, scheint mir die ausreichende Kohlenzufuhr von allergrößter Bedeutung für ein festes Durchhalten hinter der Front.[3]

Rektor und Senat der Karlsruher Technischen Hochschule haben zur Note[4] des Präsidenten Wilson an den Papst der Kundgebung[5] zugestimmt, die von der Universität Halle-Wittenberg dieserhalb erlassen wurde. Ebenso findet Form und Inhalt der Note in der Presse scharfe Zurückweisung. Ziemlich alle Zeitungen feierten den Generalfeldmarschall v. Hindenburg anläßlich seines siebzigsten Geburtstages[6] in dankbar patriotischen

Artikeln. In Karlsruhe grüßte man den allverehrten Heerführer am Geburtstage durch eine festliche Veranstaltung, die zweimal wegen Fliegeralarm gestört wurde. Der nationalliberale Führer Geheimrat Rebmann mußte deshalb seine Rede unterbrechen. Infolge meines noch andauernden Bronchialkatarrhs konnte ich der Feier leider nicht beiwohnen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 15, eig. Ausf.; Marg.: „v. S. M. in Berlin 19./10."

[1] Vgl. Nr. 1421 Anm. 3.

[2] Kühlmann, Richard v. (1873–1948), Jurist, 1897 Legationsrat im auswärtigen Dienst, 1904 Geschäftsträger in Tanger, 1909 Botschaftsrat in London, 1915 Gesandter im Haag, 1916 Botschafter in Konstantinopel, 1917/18 Staatssekretär des Auswärtigen Amts.

[3] Vgl. Nr. 1421.

[4] Nr. 1420 Anm. 5.

[5] Kundgebung der Universitätsrektoren vom 25. Sept. 1917, die Wilsons Note als Versuch, Zwietracht zwischen den Mittelmächten zu säen, bezeichneten, zur Einigkeit zwischen diesen und zur Loyalität gegenüber der Reichsleitung aufriefen (*Schultheß* 1917 I S. 815 f.).

[6] 2. Okt. 1917.

1423. Eisendecher an Michaelis

Baden-Baden, 17. Oktober 1917

Man beklagt vielfach die Erörterung der meuterischen, in der Marine vorgekommenen Einzelfälle[1] vor dem Plenum des Reichstages wegen der dadurch hervorgerufenen erneuten Krisenstimmung und dem unerfreulichen Echo in der feindlichen Presse. Nach vorherrschender Auffassung hätte die Angelegenheit lieber im Hauptausschuß ganz vertraulich behandelt werden sollen. Die Kritik richtet sich leider auch gegen Ew. Exz., obgleich aus den Zeitungsmeldungen nicht klar hervorgeht, ob überhaupt oder inwieweit der Herr Staatssekretär des Reichsmarineamts[2] zu seinen Mitteilungen autorisiert war. Sozialdemokratische Blätter führen dabei eine sehr gröbliche Sprache, die nur als höchst ungerecht und tief bedauerlich bezeichnet werden kann.

Nachschrift gleichen Datums. Das führende Organ des badischen Zentrums bringt, wie ich soeben sehe, an leitender Stelle einen Artikel seines Berliner parlamentarischen Mitarbeiters, der an rücksichtsloser Schärfe den sozialdemokratischen Angriffen auf Ew. Exz. nicht nachsteht („Badischer Beobachter" Nr. 475 vom 15. Oktober 1917: „Was nun?").

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Bd. 8, eig. Ausf.

[1] Die sozialistischen Parteien kritisierten die Regierung wegen des „Vaterländischen Unterrichts" bei den Streitkräften. Daraufhin machte Staatssekretär v. Capelle die USPD für die Marineunruhen im Aug. 1917 verantwortlich, worauf die sozialistischen Parteien mit der Ablehnung der bevorstehenden 10. Kriegskreditvorlage drohten (Sten. Ber. RTG Bd. 310 S. 3775). Dadurch war die Stellung des Reichskanzlers unhaltbar geworden, so daß auch die bürgerlichen Parteien am 23. Okt. Michaelis' Rücktritt forderten. Am 1. Nov. 1917 folgte ihm der seitherige bayer. Ministerpräsident Hertling ins Amt.

[2] Capelle, Eduard (v.) (1855–1931), seit 1872 in der kaiserlichen Marine, seit 1897 als enger Mitarbeiter Tirpitz' im Reichsmarineamt, 1904 Direktor des Verwaltungsamts, 1913 Admiral, 1914 Unterstaatssekretär, 1916–1918 Staatssekretär des Reichsmarineamts.

1424. Stellvertretendes Generalkommando des XIV. Armeekorps an das Kriegsamt

Karlsruhe, 2. November 1917

Die Stimmung der Bevölkerung läßt sich im allgemeinen dahin kennzeichnen: Nicht gerade schlecht, aber gedrückt. Die Hoffnung auf einen baldigen Frieden, die im Sommer und Frühjahr allgemein war, ist wohl überall geschwunden. Man hat sich – wenn auch mitunter nur schwer – mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß die Dauer des Krieges auch jetzt noch nicht abzusehen ist. Und man weiß auch, daß infolgedessen in der Heimat neue, große und schwere Opfer gebracht werden müssen. Dabei bleibt beachtenswert, daß auch im abgelaufenen Monat die Stimmung in den Städten um einige Grade besser war als auf dem Lande, trotz der infolge der guten Ernte und der unverhältnismäßig hohen Preise wohlgefüllten Kassen der Landwirte. Ein guter Gradmesser für die Stimmung war die Beteiligung an der 7. Kriegsanleihe. Sie bestätigte das oben Gesagte: In der Stadt die gleiche Beteiligung wie bei der 6. Anleihe, stellenweise sogar noch darüber hinaus, auf dem Lande dagegen Zurückhaltung. Der planmäßig betriebenen Aufklärungs- und Werbearbeit ist es zuzuschreiben, daß diese Zurückhaltung nicht noch schärfer in Erscheinung trat, so daß das Gesamtergebnis in Baden den Reichsdurchschnitt überschritt. Sehr gut war das Ergebnis bei den Truppenteilen: hier hat sich die Gesamtzeichnung, wohl dank der seit Wochen betriebenen vaterländischen Unterrichtsarbeit, von rund 27 Millionen auf rund 45 Millionen erhöht. Das Generalkommando wird es als wichtige Aufgabe betrachten, die zielbewußte Aufklärungsarbeit gerade der Landbevölkerung mit besonderem Nachdruck zu fördern.

Guten Erfolg hatte in dieser Hinsicht eine vom Generalkommando veranstaltete Frauentagung für kriegswirtschaftliche Aufklärung. Unter den rund 500 Teilnehmerinnen befanden sich etwa 200 Landfrauen; die restlichen 300 waren Fabrikarbeiterinnen, die teils unmittelbar von ihren Werken, teils durch die Gewerkschaften aller Richtungen entsandt worden waren, ferner weibliche Angestellte und Hausfrauen. Es dürfte wohl das erste Mal gewesen sein, daß auf einer Tagung Frauen aller Gesellschafts- und Berufsschichten, von der Landesfürstin bis herab zur Granatendreherin und Tabakarbeiterin, von der Dame der Gesellschaft bis zur Bauersfrau, versammelt waren und daß sich Mitglieder aller bedeutenderen Frauenvereine zusammenfanden, ohne Rücksicht auf ihre einander widerstrebenden Sonderziele. Mit gespanntester Aufmerksamkeit folgten die Zuhörerinnen den Vorträgen, die tiefen Eindruck auf sie machten. Das bewiesen der einmütig geäußerte Wunsch, die Vorträge drucken zu lassen, die zahlreichen Anfragen, die zu den Vorträgen gestellt wurden, und der Antrag, derartige Tagungen auch außerhalb der Landeshauptstadt abzuhalten. Gerade für die durch behördliche Maßnahmen aller Art verärgerte Landbevölkerung sind derartige Aufklärungstagungen besonders wichtig.

Während sich bei der breiten Masse bis in die letzten Tage hinein eine bedauerliche Gleichgültigkeit gegenüber den Ereignissen auf den Kriegsschauplätzen geltend machte, so daß die schönen Erfolge der deutschen Truppen im Osten[1] und die todesmutige Abwehr der englisch-französischen Angriffe im Westen[2] nicht den verdienten Widerhall im Volke fanden, lösten die Nachrichten von dem glänzenden Siege über die Italiener[3] allgemeine Freude und lebhafte Genugtuung aus und wirkten belebend auf die Stimmung. Seit längerer Zeit war die Landeshauptstadt wieder einmal reich beflaggt, und die Heeresberichte werden mit Spannung erwartet.

Recht niederdrückend wirkten dagegen die Vorgänge in der inneren Politik. Vor allem machten die Reichstagsverhandlungen und insbesondere die Äußerung des Staatssekretärs v. Capelle über unliebsame Vorgänge in der Marine einen sehr schlechten Eindruck.[4] Man befürchtet, daß sie im Ausland gegen uns ausgebeutet werden und dadurch kriegsverlängernd wirken. Es ist nicht zuletzt diesen Vorkommnissen zuzuschreiben, daß weite Kreise, die vorher den innerpolitischen Auseinandersetzungen gleichgültig gegenüberstanden oder sie sogar ablehnten, jetzt diese Dinge mit größerer Aufmerksamkeit verfolgen, wobei freilich die gegenwärtige Reichsregierung nicht gerade günstig abschneidet. Der Ruf nach der festen und führenden Hand ertönt aus allen Lagern. Beobachtungen über die Wirkung des unmittelbar vor Abschluß des Berichts sich vollziehenden Kanzlerwechsels[5] konnten noch nicht gemacht werden.

Es muß auch gesagt werden, daß einzelne einflußreiche und angesehene Zentrumsabgeordnete durch pessimistische Auslassungen über unsere wirtschaftliche Lage und über unsere Rohstoffversorgung ungünstig auf die Stimmung einwirkten. Auch kleinmütige Äußerungen einzelner Angehöriger einflußreicher gebildeter Kreise, insbesondere höherer Beamter, werden weitergetragen und untergraben die zuversichtliche Stimmung. Es wird beispielsweise in einer oberbadischen Stadt die Äußerung des Oberbürgermeisters nachgeredet, man solle aus Elsaß-Lothringen einen Pufferstaat machen, dann sei die Geschichte zu Ende. Die Aufklärungstätigkeit hat demgegenüber naturgemäß oft einen recht schweren Stand.

Geblieben ist das unbeschränkte Vertrauen des ganzen Volkes auf die Oberste Heeresleitung, vor allem auf Hindenburg. Das zeigten auch Besuch und Verlauf der Hindenburgfeiern[6] zu Beginn des Berichtsmonats.

Allerdings mehren sich, und zwar nicht nur in den Zeitungen, die Stimmen, die verlangen, daß die Oberste Heeresleitung in der Beantwortung von Telegrammen einzelner Gruppen und Verbände zurückhaltender sein möge, da sie sonst unvermeidbar in den Streit der Parteien gezogen werde.

Die Androhung unserer Feinde, das Heimatgebiet durch große Geschwader amerikanischer Flieger angreifen zu lassen, ist auf die Bevölkerung der den Fliegerangriffen besonders ausgesetzten Gebiete nicht ohne Eindruck geblieben. Es wird weitgehender Aufklärungsarbeit bedürfen, um die durch die häufigen Alarmierungen ohnedies schon recht nervös gewordene Bevölkerung wieder einigermaßen zu beruhigen.

Immer und immer wieder wird von dem ungünstigen Einfluß berichtet, den die Fronturlauber auf die Stimmung in der Heimat ausüben. Der Werbearbeit für die Kriegsanleihe wurden hierdurch sehr fühlbare Schwierigkeiten bereitet, die nicht immer völlig zu überwinden waren. Auch Briefe von der Front wirkten, wie schon bei früheren Anleihen, oftmals hemmend. Dem vaterländischen Unterricht im Feldheere erwächst hier ein dankbares Tätigkeitsfeld, gleichzeitig müßte aber auch, wo sich tatsächliche Mißstände zeigen – schlechte Behandlung der Mannschaften durch junge Offiziere, üppiges Leben der Offiziere u. ä. –, rücksichtslos durchgegriffen werden.

Auch Gerüchte der verschiedensten Art tauchten während der Auflage der 7. Kriegsanleihe wiederum auf und fanden vielfach Glauben. Bis zu welchem Grad das ging, zeigte eine Deutung des Fliegerangriffs vom 17. Oktober auf Mannheim. Allen Ernstes wollten einige wissen, daß dieser Fliegerangriff nicht von unseren Gegnern, sondern von unseren eigenen Fliegern ausgeführt worden sei. Der Zweck dieser Maßnahme sei gewesen, der Bevölkerung eindringlich zum Bewußtsein zu bringen, welche Gefahr ihr

ständig durch feindliche Angriffe drohe und ihr auf diese Weise die Mahnung zuteil werden zu lassen, daß es eine unerläßliche Notwendigkeit sei, Kriegsanleihe zu zeichnen.

Der Werbetätigkeit für die 7. Kriegsanleihe erwuchsen in den Grenzgebieten Schwierigkeiten durch die Furcht der Bevölkerung vor einem Eingreifen der Schweiz in den Krieg auf seiten der Entente. Auch sonst wirkte diese Befürchtung sehr beunruhigend. In der Gegend von Waldshut war z.B. das Verhalten der Schweiz zeitweilig das einzige Thema, das die Leute lebhaft interessierte, während für kriegerische Ereignisse das Interesse ganz erlahmt war. Diese auch in der Umgebung von Donaueschingen auftauchenden Gerüchte von einem Krieg mit der Schweiz erschwerten die Werbetätigkeit für die 7. Kriegsanleihe in beträchtlicher Weise, denn weil das Gerücht sehr zäh haftete, hielten die Leute an der Ansicht fest, daß sie wegen baldiger Räumung des Grenzbezirks bares Geld brauchten. Diese an der Grenze verbreitete Annahme stützte sich auf die Erklärung eines Schweizer Bundesrats und Regierungsmitgliedes Tanner[7], die in einer Schweizer Zeitung zu lesen stand. Tanner machte sich in diesem Artikel erbötig, den Tag auszurechnen, an welchem die Schweiz infolge der durch die Entente und durch das Eingreifen Amerikas hervorgerufenen Ernährungsschwierigkeiten gezwungen sei, in den Krieg einzutreten. Im Zusammenhang mit dieser Notiz tauchten wilde Gerüchte auf, denen kritiklos Glauben geschenkt wurde, wie der Prophezeihung eines Landwirts, der behauptete, die Deutschen würden im Frühjahr noch säen, aber die Schweizer die Ernte einbringen. Auf einen Krieg mit der Schweiz hinzudeuten schien den Grenzbewohnern auch eine Maßnahme des Schweizer Obersten Wille[8], der eine Eingabe um spätere Einberufung einer Schweizer Division ablehnte mit der Begründung, daß bei der Schärfe des gegenwärtigen Konfliktes die Schlagfertigkeit des Schweizer Heeres auf der Höhe sein müßte. Diese und andere Dinge gelangen durch schweizerische Zeitungen und durch mündliche Erzählungen der Schweizer zur Kenntnis der einheimischen Bevölkerung; sie werden im sogen[annten] „kleinen Grenzverkehr" eifrig herüber und hinüber getragen. Dieser „kleine Grenzverkehr" ist überhaupt die Ursache, daß man in den hierfür in Betracht kommenden Landesgegenden eine zum Teil bedauerlich große Unlust und Mißstimmung feststellen kann. Die Leute sitzen jenseits der Grenze in den Wirtshäusern und hören dort die deutschfeindlichen Äußerungen von bewußten oder unbewußten Helfern der Entente. Es liegt auf der Hand, daß Urteilslose vieles davon für bare Münze nehmen. So kommt es, daß man in Grenzgebieten Ansichten zu hören bekommt, die man längst begraben wähnte; etwa, daß der Krieg doch nur für die Preußen geführt werde, daß es besser gewesen wäre, Baden wäre im Jahre 1870 „für sich" geblieben usw. Es ist nicht zu befürchten, daß diese Stimmung etwa die Oberhand gewinnt, immerhin darf ihre Gefährlichkeit bei der immer längeren Dauer des Krieges nicht unterschätzt werden. Durch planmäßige Aufklärungsarbeit kann und wird sie wirkungsvoll bekämpft werden.

In diesem Zusammenhang darf darauf verwiesen werden, daß die ausführliche Wiedergabe aller bedeutenden Reden der feindlichen Staatsmänner durch deutsche Zeitungen in vielen Köpfen Angst und Verwirrung anrichtet. Wenn der einfache Mann immer und immer wieder die phrasenhaften Tiraden eines Lloyd George, Bonar Law[9] oder Wilson – von den Franzosen gar nicht zu reden! – kommentarlos vorgesetzt bekommt, wenn er immer und immer wieder liest, daß die anderen die unschuldigen Lämmer, wir aber die Untiere sind, daß die politischen Zustände Deutschlands zum Himmel schreien – dann ist nicht zu verwundern, wenn er schließlich an der Gerechtigkeit der eigenen Sache irre

wird. Das Generalkommando ist nun keineswegs der Meinung, daß man derartige Kundgebungen in Deutschland nicht verbreiten oder ihre Verbreitung gar verbieten solle. Im Gegenteil: Sie gehören verbreitet, um unserem Volke an dem Vernichtungswille[n], der unsere Feinde auch jetzt noch beseelt, den ganzen Ernst der Lage und die Notwendigkeit des Weiterkämpfens aufzuzeigen. Aber es sollten mit diesen Hetzreden auch gleichzeitig kurze, treffende, möglichst mit Tatsachen belegte Erwiderungen abgedruckt werden.[a] Das pflegt bei den größeren Zeitungen jetzt schon zu geschehen, den kleineren Blättern aber – und gerade auf diese kommt es an! – fehlen dazu die nötigen Unterlagen. Sie müßten durch W. T. B. gleichzeitig mit den Reden verbreitet werden: auf diese Weise wäre eine Gegenwirkung möglich.

Der Hauptgrund der Verärgerungen und Verstimmungen liegt allerdings nach wie vor – insbesondere auch in ländlichen Kreisen – in den wirtschaftlichen Maßnahmen der Behörden. Gegenstand der Kritik sind u.a. die als übergroß bezeichneten Gewinne und Aufschläge der Kommunalverbände. [...] In weiten Kreisen wird öffentliche Rechnungslegung der Kommunalverbände gefordert, damit man sieht, wie groß deren Gewinne sind und wohin sie fließen. Im äußersten Gegensatz zu dem ungeschwächten Vertrauen, das der Heeresverwaltung entgegengebracht wird, steht das Mißtrauen gegenüber allen mit der Nahrungsmittelverteilung betrauten Instanzen, insbesondere gegenüber den Zentralstellen in Berlin. Weit verbreitet ist die Meinung, die Badener würden „von den Preußen über's Ohr gehauen", da alles in erster Linie auf die Bedürfnisse des Nordens eingestellt sei. Immer wieder taucht die Ansicht auf, daß durch Aufstapeln von Lebensmitteln große Mengen verderben. Hinzu kommen noch die Klagen über Säumigkeit im Bezahlen beschlagnahmter Waren. Die Leute sehen *die beschlagnahmten Güter monatelang daliegen und kommen so* auf die unrichtige Ansicht, daß die Enteignung nichts als „Schikane und Wichtigtuerei" sei.

Von den einzelnen Zweigen der Versorgung ist die Kohlenfrage diejenige, der die größte Bedeutung zuzumessen ist. [...] Der dringendste Bedarf an Kohlen konnte zwar der Landwirtschaft für die Zeit bis zum 1. Oktober in den meisten Bezirken aus den Anweisungen der Reichsgetreidestelle zugewiesen werden, *doch kann die Gesamtlage* keineswegs befriedigend genannt werden, da bislang nur die Hälfte des bisherigen Bedarfs an Drusch- und Schmiedekohlen geliefert worden ist. In einigen Landgemeinden sehen sich verschiedene Haushaltungen gezwungen, in Ermangelung von Brennstoffen gemeinsam zu kochen. Bildet dieser Umstand schon jetzt eine Quelle von Unstimmigkeiten, so läßt er sich für die Heizung der Wohnräume in der kalten Jahreszeit gar nicht mehr durchführen. Auch in den Städten war die Anlieferung von Kohlen unzureichend. Die Stadt Heidelberg ist insofern besonders schlecht gestellt, als bei der ihr zugedachten Kohlenmenge die vielen Universitätsinstitute sowie die vielen auf den Fremdenverkehr eingestellten Einrichtungen (Hotels, Pensionen usw.) miteingerechnet sind und deshalb das auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Quantum im Vergleich zu anderen Städten geringer ist. Die bei dem Reichskommissar in Berlin unternommenen Schritte haben *nur erreicht*, daß Heidelberg unter die Zahl der als „dringlich" zu beliefernden Orte eingereiht wurde. *Von den Städtern werden* die hohen Obstpreise scharf kritisiert. Am heftigsten ist die Erbitterung in den Grenzgebieten, denn hier zeigt es sich am deutlichsten, daß die Preise für Baden zu hoch angesetzt sind. Besonders handgreiflich trat das in Konstanz zutage. Die schweizerische Zollbehörde hatte in einer Grenzzone von 5 Kilometern Tiefe die Obstausfuhr von 4 Zentnern auf den Kopf der Bevölkerung

gestattet. In Massen zogen die Käufer über die Grenze, um die billige Ware zu kaufen, *denn* für Obst von gleicher Qualität zahlt man in Baden das Drei- bis Fünffache aufgrund der vom Kriegsernährungsamt festgesetzten Höchstpreise. Die badischen Obstzüchter erzielten bei diesen Preisen Rieseneinnahmen, so beispielsweise im Amtsbezirk Überlingen, wo die Obstzüchter 5 Millionen Mark Einnahmen zu verzeichnen hatten; für nahezu 2 Millionen Mark Obstvorräte sind dort noch vorhanden. Auch über die Kartoffelpreise herrscht in den Städten Erbitterung *wegen der* Befürchtung, daß trotz des teilweise sehr guten Ernteergebnisses zum Frühjahr der Preis noch steigt.

In einer schweren Notlage befindet sich der städtische Mittelstand, und zwar nicht nur die Gewerbetreibenden, sondern auch die unteren und mittleren Staatsbeamten, zum Teil sogar die höheren Beamten, auch die Privatbeamten. Diese Kreise verspüren die Teuerung der Lebenshaltung in ihrer ganzen Schwere, da sie nicht die Möglichkeit haben, ihr Einkommen entsprechend zu erhöhen. Wenn sie trotzdem von der harten Notwendigkeit des Durchhaltens überzeugt sind, so stellt das ihrem tiefen vaterländischen Empfinden ein schönes Zeugnis aus. Bei den Gewerbetreibenden kommt zu der Sorge vor der Zukunft die Mißstimmung über die hohen Löhne der Rüstungsarbeiter und die hohen Gewinne der Kriegsindustrie. [...]

Die Stimmung in Arbeiterkreisen war ruhig. Die verheirateten Fabrikarbeiterinnen leiden unter der Sorge um ihre im Felde stehenden Männer und den oft recht schwierigen Verhältnissen im eigenen Haushalte. In dem Gesundheitszustande vieler Arbeiterinnen macht sich die langangestrengte Tätigkeit besonders in der Nachtschicht bemerkbar. Es wurde vielfach von den Vorgesetzten mitgeteilt, daß die Arbeiterinnen nicht mehr imstande wären, soviel zu leisten, wie es bei Beginn des Krieges der Fall war. Dazu wird auch der Mangel an verschiedenen Kräftigungsmitteln, die sich die Arbeiterinnen sonst beschaffen konnten, beitragen. Zu befürchten sind gesundheitliche Gefährdungen durch die fettarme Ernährung und die verminderte Heizungsmöglichkeit. In der Ernährung besonders schlecht gestellt sind Arbeiter und Arbeiterinnen, die in der Nähe einer großen Stadt auf dem Lande wohnen und nicht Selbstversorger sind. Günstige Nachrichten über die Ernährungslage kommen aus der Bodenseegegend, Konstanz und Überlingen. Die Arbeiterinnen der Textilindustrie klagen allgemein über die zu niedrigen Löhne; es werden z. B. aus der Freiburger Gegend Löhne von M[ar]k 1.60 bis M[ar]k 2.40 im Tag gemeldet. Auch die Löhne der in den Militärbetrieben beschäftigten Frauen werden als zu niedrig geschildert. Gut ist die wirtschaftliche Lage der Arbeiter naturgemäß in den Gegenden mit den hohen Löhnen der eigentlichen Kriegsindustrie, freilich wird dort, besonders von den jugendlichen Arbeitern beider Geschlechter, das verdiente Geld oftmals leichtfertig wieder vertan. [...].

Die Industrie leidet unter den wachsenden Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung, so daß die Lieferungstermine sehr häufig ohne Verschulden nicht eingehalten werden können. Abgelegene Firmen mit bedeutender Produktion, wie im hohen Schwarzwald und im südlichsten Baden, haben Schwierigkeiten, rechtzeitig an Auftragsbewerbungen teilzunehmen, da die Einsicht der Unterlagen bei den heutigen Reiseverhältnissen und den kurzen Terminen häufig unmöglich wird. Die schwierigen Transportverhältnisse erfordern insbesondere bei der Industrie Pforzheims und des Schwarzwalds eine Unterstützung durch Lastkraftwagen, etwa für eine Reihe von Werken gemeinschaftlich auch für das Be- und Entladen von Güterwagen. Eine starke Belastung für die Industrie bedeutet auch die Entziehung von reklamierten Arbeitern, da eben meist

diese die einzige Stütze des Betriebes sind und die verhältnismäßig kleineren Aufträge einer sehr großen Anzahl von Betrieben gerade das Kalkulieren mit diesen Facharbeitern erfordert, wenn nicht mit Verlust gearbeitet werden soll. Die Beschaffung von hilfsdienstpflichtigen Facharbeitern ist fast unmöglich, Frauen bewähren sich für schwere Arbeit noch nicht. Durch die Aufrufe der Kriegsamtsstelle haben sich zwar Frauen und Mädchen aller Kreise für vaterländische Arbeit in großer Zahl zur Verfügung gestellt, sie werden aber z[ur] Z[eit] noch von ganz wenigen Industriebetrieben aufgenommen. In einem Betrieb, der mit der Aufnahme gebildeter Arbeiterinnen den Anfang machte, sind gute Erfolge erzielt worden. Auf dem Arbeitsmarkt für weibliche Kräfte herrscht im übrigen ein Überangebot nur an schlecht ausgebildeten Bürogehilfinnen; die Kriegsamtsstelle ist fortdauernd bemüht, diese brachliegenden Kräfte produktiver Arbeit zuzuführen.

Über die Ernährungslage, die im allgemeinen befriedigend ist, ist im einzelnen zu sagen: Völlig unzureichend ist die Lieferung von Fett und Butter, so daß die Bevölkerung teilweise vom Februar bis September d. J. kein Fett erhielt. Der für einen großen Teil der Bevölkerung bestehende völlige Ausfall der Milch wird daher doppelt hart fühlbar. Ebenso der Mangel an Eiern, die es seit 4 Wochen in Karlsruhe und Mannheim überhaupt nicht mehr gibt. Aus Fettmangel mußten an einzelnen Orten bedauerlicherweise die Kriegsküchen geschlossen werden. *Ferner wird allgemein* über die Fleischknappheit geklagt, auch in der Rüstungsindustrie, *sowie* über die geringe Qualität des Mehls, welches bei 94% Ausmahlung des Getreides ein minderwertiges und unbekömmliches und schwerverdauliches Brot liefere.

Auf dem Land ist die Stimmung meist ungünstiger als in der Stadt. Ein Nachlassen des Willens zum Durchhalten ist zwar nicht bemerkbar, aber es ist nach wie vor eine gewisse Unzufriedenheit und Verärgerung bei den Landwirten zu verzeichnen, auch bei denen, deren Arbeit durch gute Einnahmen belohnt wurde. Die Gründe hierzu sind verschiedenartig. Teilweise ist es ein gewisser allgemeiner Unmut und Unwillen, der sich in kräftigem Schimpfen Luft zu machen sucht, teilweise sind es aber auch tieferliegende Ursachen teils privater, teils allgemeiner Natur, besonders die weitgehende Einschränkung im Verbrauch der selbsterzeugten Produkte, welche den Unwillen und die Unzufriedenheit bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung auslösen. Die Leute brauchen auch tatsächlich bei der angestrengten Arbeit zu ihrem Unterhalt mehr Nahrungsmittel, als man ihnen aufgrund der Verordnungen belassen will und kann. Die Folge davon ist die mancherorts oft in keiner Weise zufriedenstellende Ablieferung anderer landwirtschaftlicher Produkte wie Milch, Butter und Eier. [...] Noch immer steht die große Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung der Zwangsregelung der Lebensmittelwirtschaft nicht mit dem wünschenswerten Verständnis gegenüber, und häufig erblickt der Bauer darin immer noch einen unerlaubten Eingriff in sein freies Verfügungsrecht. Hier hat die Aufklärungsarbeit einzusetzen; richtig betrieben kann sie den entstehenden Verärgerungen und Mißstimmungen in weitem Umfange entgegenwirken. [...] An vielen Orten klagt die Landbevölkerung darüber, daß sie in einem Ausmaß als Selbstversorger angesehen wird, das den tatsächlichen Verhältnissen in keiner Weise entspricht. Es laufen auch Klagen ein über schlechte Behandlung von Bauern durch Kaufleute in den Städten. Stellenweise verweigerten die Geschäfte die Abgabe von Waren, wenn nicht Butter und Eier mitgebracht wurden. Die Spannung und Verstimmung zwischen Stadt und Land ist eine gegenseitige; denn nicht allein der Bauer fühlt sich dem Städter gegenüber zurückge-

setzt, sondern auch in noch höherem Maße ist das Umgekehrte der Fall. Namentlich die Industriebevölkerung fühlt sich zurückgesetzt hinter der Landbevölkerung und sieht sich in der Ernährung benachteiligt.

Weitere Klagen der Landwirte betreffen *die zu niedrigen Brotrationen für Selbstversorger, den durch Einziehung von Jungvieh stark dezimierten Viehbestand, die Leutenot auf dem Lande sowie in besonderem Maß* die „Wucherpreise" für einfache Kleidungsstücke, Holzschuhe und Lederschuhwaren. *Viehhäute* müsse der Bauer zu einem „Spottpreise" hergeben, bekomme aber kein Leder mehr zu sehen, während die Kriegsgesellschaften für Lederzubereitung sich bereicherten. Man begreift in der Landbevölkerung nicht, daß für die ländlichen Produkte durchweg Höchstpreise festgesetzt seien, für die erwähnten Gebrauchsgegenstände dagegen nicht.

In Stadt und Land wird gleichermaßen unangenehm empfunden die Verteuerung des Reisens durch die Zuschläge auf die Schnellzugfahrkarten. Man sieht *darin* eine unsoziale Maßnahme, die einseitig die mittleren und unteren Schichten der Bevölkerung belaste.

Die Säuglingssterblichkeit ist im Bezirk Freiburg verhältnismäßig sehr hoch.

GLA 456/EV 8 Bund 86 fol. 407–453, masch. Abschrift.

[a] Randnotiz: „Diese Angelegenheit ist jetzt in Berlin eingehend erörtert worden. 9./11."

[1] Die Mittelmächte eroberten die gesamte Bukowina, im Sept./Okt. 1917 auch das Baltikum.

[2] „Bewegliche Abwehr" alliierter Vorstöße (Cambrai).

[3] Am 24. Okt. 1917 brachen deutsche und österr. Truppen an der Isonzo-Front bei Flitsch-Tolmein bis zur Piave durch.

[4] Vgl. Nr. 1423 Anm. 1.

[5] Am 26. Okt. 1917 trat Michaelis zurück (Vgl. Nr. 1423 Anm. 1).

[6] Vgl. Nr. 1422 Anm. 6.

[7] Tanner, Karl Dr.-Ing. agr. (geb. 1888), zunächst im Bauernsekretariat in Brugg, 1917 Regierungsrat in Baselland, 1922 Präsident, 1917–1919 zugleich Chef des eidgenöss. Brotamts in Bern, 1919 Nationalrat, 1922 Direktor der eidgenöss. Alkoholverwaltung.

[8] Wille, Ulrich (1848–1925), 1867 schweiz. Artillerieoffizier, 1892 Waffenchef der Kavallerie, 1900 Oberst, 1904 Korpskommandant, 1907 zugleich Professor für Militärwissenschaften in Zürich, 1914–1918 General und Oberbefehlshaber der eidgenöss. Streitkräfte.

[9] Bonar Law, Andrew (1858–1923), seit 1900 Mitglied des Unterhauses (Kons.), 1900–1909 parlamentar. Sekretär im Handelsamt, 1915 Kolonialminister, 1916 Finanzminister, 1919–1921 Lordsiegelbewahrer, 1922/23 Premierminister.

1425. Eisendecher an das Auswärtige Amt

Karlsruhe, 3. November 1917

Man beklagt hier aufrichtig die erneute innere Krisis und hält mit dem Urteil über die nunmehr erfolgte Lösung noch etwas zurück.[1] Ziemlich allgemein wird die Verschärfung der Gegensätze auf das Verhalten der Reichstagsmehrheit zurückgeführt, die in ihrem zum mindesten unnötigen Vorgehen vom 19. Juli[2] zuerst wieder den Frieden störte, gereizte Stimmung schuf und wohl auch wesentlich zu dem wenig versöhnlichen Tone der letzten Verhandlungen vom 6. und 9. Oktober[3] beitrug. Die sogenannte Friedensresolution erscheint dem Unbefangenen teils als Angstprodukt, teils als Machtprobe; sie wurde von unseren Feinden, wie zu erwarten, dementsprechend bewertet, während auch

hierzulande Sozialdemokraten, Zentrum und Volkspartei mit einiger Mühe immer noch ihre Nützlichkeit zu beweisen suchen.

Am 28. d. Mts. wird der Badische Landtag zusammentreten und sich vornehmlich mit dem Staatshaushalt und der Kriegsfürsorge beschäftigen; nur wenige neue Gesetzesvorlagen stehen in Aussicht. Der Staatsminister soll im Auftrage des Landesherrn die Tagung eröffnen, möglicherweise wird das aber der Minister des Innern Freiherr v. Bodman übernehmen, da leider Herr v. Dusch wegen seiner Herzaffektion an eine längere Ausspannung denken muß; er ist beiläufig fortwährend das Ziel ungerechter, grober Angriffe der sozialdemokratischen Presse, die ihn stürzen und Bodman an seine Stelle bringen möchte. Letzterer zeigt vielleicht eine allzu große Nachsicht und Milde gegenüber den Genossen, was auch S. K. H. der Großherzog zu empfinden scheint bei aller Anerkennung der Fähigkeiten und bewundernswerten Arbeitskraft dieses Ministers.[4]

Eine Reihe sehr nützlicher und stark besuchter Vorträge wurde hier gehalten[5], sie betrafen insbesondere die Landwirtschaft, die Säuglingsfürsorge, die weibliche Aufklärungsarbeit auf dem Lande, über die unter anderem Freifrau v. Marschall[6], Witwe des verstorbenen Botschafters, sehr eindrucksvoll sprach, dann die Kriegshinterbliebenenfürsorge, die Ernährungsfragen, die Rohstoffversorgung, die Technik im Weltkriege und die Tätigkeit der U-Boote. Einseitig scharf und wenig nützlich war ein Vortrag des bekannten General[s] v. Liebert über den deutschen Frieden vor dem Alldeutschen Verband; der Redner nahm dabei Anlaß, eindringlichst den Beitritt zur Vaterlandspartei zu befürworten. Die neue „Partei" findet hier bisher geringen Anhang, Radikale und Zentrum warnen vor dem Beitritt, und Rektor und Senat der Universität Heidelberg veröffentlichten eine Erklärung im gleichen Sinne.

Die Organisation einer gerechten Verteilung der Nahrungsmittel funktioniert im ganzen besser als im Vorjahre, und zwar liegt das wesentlich an den reichlich vorhandenen Kartoffeln, die für die Volksernährung in erster Linie in Betracht kommen. Nur bei der Abgabe von Weißkohl kam es in der Residenz unlängst zu tumultuarischen Auftritten, weil offenbar das städtische Nahrungsamt nicht für genügende Empfangsstellen gesorgt hatte. Eine schlechte Kartoffelernte hätte hier zweifellos recht üble Zustände herbeiführen können. Als charakteristisch für die Wertschätzung dieser wichtigen Erdfrucht erwähne ich, daß die Stadt Offenburg seinerzeit dem britischen Freibeuter Sir Francis Drake[7] auf dem Marktplatz ein Standbild in voller Figur errichtete mit der Inschrift „Dem Entdecker der Kartoffel". Ob eine wirklich ausreichende Zufuhr und Verteilung von Kohlen erreicht werden kann, scheint mir noch unsicher.

Der Großherzogliche Hof ist wieder hier und hat sich an der würdigen Feier des Reformationsjubiläums vollzählig beteiligt. I. K. H. die Großherzogin Luise erhält fast täglich Telegramme S. M. des Kaisers und Königs über die großartigen Erfolge der verbündeten Armeen gegen Italien.[8]

Vorgestern trafen zahlreiche gefangene italienische Offiziere hier ein, die jetzt vernommen werden, auch einzelne Engländer waren darunter. Ich habe die Gefangenen mit dem stellvertretenden Kommandierenden General besucht und von ihrem Verhalten und ihrer Unterbringung günstige Eindrücke gewonnen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 15, masch. Ausf.

[1] Kanzlerwechsel und Hertlings Amtsantritt.

[2] Vgl. Nr. 1413 Anm. 3.
[3] Nr. 1423 Anm. 1.
[4] Vgl. *Schäfer* S. 293 f.
[5] Nr. 1424.
[6] Marschall v. Bieberstein, Marie-Luise Freiin, geb. Gemmingen (1862–1949).
[7] Drake, Francis Sir (um 1540–1596), engl. Freibeuter, führte 1585 die Kartoffel in England ein.
[8] Vgl. Nr. 1424 Anm. 3.

1426. Eisendecher an Hertling

Karlsruhe, 17. November 1917

Der hier neugegründete Ortsverein der Vaterlandspartei erläßt in den Zeitungen den umseitig beigefügten Aufruf zum Beitritt.[1] Den Vorsitz führt Geheimer Studienrat Dr. Boesser[2], Lehrer am Kadettenkorps. Von den bekannteren Unterzeichnern des Aufrufs gehören Geheimrat Professor Dr. Baumeister und Domänenrat a. D. Hoffmann der streng-konservativen Richtung an. Major a. D. Kreßmann[3] ist eifriger Alldeutscher und als solcher führend tätig. Professor Dr. Böhtlingk, Historiker der Technischen Hochschule und im Frieden streitbarer Zentrumsgegner, schreibt derbe politische Aufsätze im „Karlsruher Tagblatt" gegen unsere Feinde. Professor Dr. Krazer[4] lehrt Mathematik an der Hochschule, trat politisch bisher ebensowenig hervor wie der alte Galeriedirektor und berühmte Maler Wirklicher Geheimer Rat Professor Hans Thoma[5] und die meisten übrigen Unterzeichner.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 169 Bd. 8, masch. Ausf.; Marg.: „Staatssekretär d. Innern 27./11."

[1] Bad. Presse, Nr. 537 vom 17. Nov. 1917.
[2] Boesser, Ernst Dr., Studienrat, zugleich Lehrer am Kadettenkorps in Karlsruhe.
[3] Kreßmann, Albert Theodor (geb. 1836), preuß. Offizier, 1917 Major a. D. in Karlsruhe (Frdl. Auskunft d. StadtA Karlsruhe).
[4] Krazer, Adolf Karl Dr. (1858–1926), 1883 Privatdozent der Mathematik an der Universität Würzburg, 1889 ao. Professor in Straßburg, 1902 o. Professor an der TH Karlsruhe, 1908/09 Rektor, 1911 Geh. Hofrat, 1924 Ruhestand (AV; PA-GLA).
[5] Thoma, Hans Dr. (1839–1924), Maler, 1899–1916 Direktor der Kunsthalle in Karlsruhe, bis 1911 zugleich Professor an der dortigen Kunstakademie, MdL (I. K.) seit 1905 (PA-GLA).

1427. Eisendecher an Hertling

Karlsruhe, 26. November 1917

Vertraulich! Staatsminister Freiherr v. Dusch teilte mir vertraulich mit, daß sein Herzleiden ihn doch wohl zwinge, nach Neujahr den Dienst zu verlassen. Er bedauere das schmerzlich, einmal, weil er in der Kriegszeit nur sehr ungern von seiner verantwortlichen Stellung zurücktrete, dann aber auch, weil es für S. K. H. den Großherzog recht schwierig sei, die Ressorts im Ministerium wieder angemessen zu verteilen. Der gegebene Nachfolger als Staatsminister sei ja ohne Zweifel Herr v. Bodman, der jedenfalls das Departement des Innern behalten müsse. Nun frage sich, wer für das Großherzogliche Haus, die Justiz und das Auswärtige eintreten solle, Ämter, die er als Staatsminister

bisher geleitet habe, die man aber Herrn v. Bodman nicht alle aufbürden könne; die Justiz müsse zudem auch richtigerweise ein Jurist übernehmen. Zunächst käme für das Großherzogliche Haus und das Auswärtige der Staatsrat Dr. Kühn, erster Beamter in diesen beiden Ressorts, in Betracht, indessen sei eventuell auch an Herrn v. Reck, den Gesandten in München, oder an den Kabinettschef Herrn v. Babo zu denken. Für definitive Vorschläge habe er sich noch nicht entschieden.

Die Justiz wäre vielleicht dem Unterrichtsminister Dr. Hübsch mit zu übertragen, dieser habe aber namentlich durch die drei Hochschulen schon überreichlich Arbeit und scheine überdies nicht mehr lange im Dienst aushalten zu wollen.

Ganz im Vertrauen deutete Herr v. Dusch noch an, daß ihm die Neigung des Herrn v. Bodman nach links einige Sorge mache; bei der einseitigen eifrigen Agitation der Sozialdemokraten und der unsicheren, ängstlichen Haltung der Nationalliberalen diesen gegenüber liege darin eine Gefahr für die Zukunft.

An den demnächst beginnenden Landtagsverhandlungen wird der Staatsminister als schonungsbedürftig nicht teilnehmen. Er beklagt es auch lebhaft, daß er dem bevorstehenden Zusammentritt des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten fernbleiben muß.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 2 Bd. 2, masch. Ausf.; Marg.: „v. S. M. in Berlin 5./12."

1428. Eisendecher an Hertling

Karlsruhe, 29. November 1917

Zur Eröffnung des Badischen Landtages bringt das führende hiesige Organ der „Genossen" den beiliegenden anmaßend gröblichen Artikel[1], der vermutlich den Redakteur und Abgeordneten Kolb zum Verfasser hat. Staatsminister v. Dusch erfährt darin eine wenig anständige, brutale Behandlung, und selbst Herr v. Bodman erhält deutliche Mahnungen zum Wohlverhalten. Dann wird die Landwirtschaftskammer heftig angegriffen, Nationalliberale und Zentrum bekommen eine ziemlich schlechte Note, und der Regierung wird schärfste Opposition angekündigt, wenn sie die sozialdemokratischen Forderungen nicht erfülle. Kolb verlangt dabei direkt ein anderes Ministerium, das in Fühlung mit der Volksvertretung zusammenzusetzen sei. Die Hauptwünsche der Partei werden demnächst aufgezählt wie Änderung der Städteordnung und der Kreisverfassung, Einführung von Proportionalwahlen, Vereinfachung der Staatsverwaltung, Reform oder besser Beseitigung der Ersten Kammer. Schließlich heißt es: verlaufe die Tagung wieder ergebnislos, so sehe man dem nächsten Volksgericht mit Ruhe und Zuversicht entgegen.

Ton und Inhalt des Artikels deuten offenbar auf wachsenden Größenwahn der bisher in der Kriegszeit leidlich maßvollen und angeblich noch immer revisionistischen Sozialdemokratie Badens. Zwar wird im Eingang mit Pathos Klage erhoben über den Fortgang des Mordens und die wachsenden Kriegslasten, aber im übrigen scheint der Verfasser fast zu vergessen, daß wir hart um unser Dasein kämpfen an den Fronten sowohl wie im Innern. Der Krieg bleibt ihm Nebensache gegenüber den Parteizielen. Der sozialdemokratische Führer bekundet damit leider einen bedenklichen Mangel an politischer Einsicht und wahrer vaterländischer Gesinnung. Das tritt auch in der ganzen neuerlichen Haltung des „Volksfreund" mehr und mehr hervor. Die meisten Leitartikel behandeln lediglich innere

politische Parteiwünsche, Parlamentsherrschaft, Demokratisierung, Volksstaat pp. Einzelne Artikel lauten z.B. „Auf dem Wege zum Systemwechsel", „Die neue Krise", „Neue Formen", „Proletariat und Staat" – als ob tiefster Friede herrsche im Deutschen Reiche.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 16, masch. Ausf.

[1] Volksfreund, Nr. 278 vom 27. Nov. 1917.

1429. Eisendecher an Hertling

Karlsruhe, 29. November 1917

Die kritischen Äußerungen des Professor[s] Meinecke gegen die Vaterlandspartei, die die „Frankfurter Zeitung" aus der „Hilfe" abdruckte, hat dessen Kollegen von der hiesigen Technischen Hochschule als Mitglied und Angehörigen des Arbeitsausschusses gereizt, in der „Badischen Landeszeitung"[1] die umseitig angeschlossene kräftige Erwiderung zu veröffentlichen.

Dem streitbaren Historiker Professor Böhtlingk fehlt, wie vielen ehrlichen Deutschen, etwas das nützliche und erwünschte suaviter in modo, er geht reichlich scharf ins Zeug. Man vermißt bei ihm die vornehm kühle politische Argumentation, die freilich auch den Artikel Meineckes nicht gerade besonders auszeichnet. Einseitig und rechthaberisch sind sie wohl beide ein wenig als echt deutsche gelehrte Herren. Man denkt bei solchem Meinungsstreit unwillkürlich an den alten Reim zur Zeit des Frankfurter Parlaments: „Hundertachtzig Professoren, Vaterland, du bist verloren".

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 169 Bd. 8, masch. Ausf.

[1] Nr. 557 vom 29. Nov. 1917 (Vgl. Nr. 1426).

1430. Eisendecher an Hertling

Karlsruhe, 1. Dezember 1917

Der Seniorenkonvent der badischen Zweiten Kammer wurde durch die Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion überrascht, daß diese den sogenannten Großblock als nicht mehr bestehend erachte. Infolgedessen fiel die Wahl des Präsidenten auf den Zentrumsabgeordneten Dr. Zehnter; der bisherige nationalliberale Präsident Rohrhurst ist erster Vizepräsident geworden, der Sozialdemokrat Geiß zweiter Vizepräsident geblieben.

Da von allen Fraktionen zahlreiche Anträge vorliegen, die Verfassungsänderungen betreffen, wird man wahrscheinlich einen besonderen Verfassungsausschuß wählen. Im ganzen sollen 62 Anträge und 20 Interpellationen eingegangen sein, demnach dürfte eine ziemlich lange Tagung bevorstehen. Die in der ersten Sitzung bei Vorlage des Budgetentwurfs vom Finanzminister vorgetragene finanzielle Übersicht lautete verhältnismäßig befriedigend und fand eine beifällige Aufnahme im Haus. Auch die Thronansprache[1] wird im ganzen günstig beurteilt.

Soweit bisher die Anträge der einzelnen Fraktionen bekannt geworden sind, deuten sie auf eine wachsende Neigung der Volksvertreter nach links. Dabei ist eine namhafte Gegenströmung konservativer Elemente kaum vorhanden. Die alldeutsche Richtung spielt in der Kammer überhaupt keine Rolle. Man darf das vielleicht in gewisser Weise als nützlich betrachten, da rechtsseitige Maßlosigkeiten und Selbstüberschätzungen hier fehlen und somit schroffe politische Gegensätze hoffentlich weniger hervortreten als im Norden. Inwieweit die Regierung zur Bekämpfung übertriebener Demokratisierungsversuche auf eine Unterstützung der Nationalliberalen und des Zentrums rechnen kann, bleibt freilich etwas unsicher.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 16, masch. Ausf.; Marg.: „St. S. d. Innern 10./12."

[1] Thronrede vom 28. Nov. 1917, verlesen von Innenminister v. Bodman (Gedr. Bad. Landeszeitung, Nr. 556 vom 28. Nov. 1917).

1431. Stellvertretendes Generalkommando des XIV. Armeekorps an das Kriegsamt

Karlsruhe, 1. Dezember 1917

Wirkten schon die unmittelbar vor Abschluß des letzten Berichts eingetroffenen Nachrichten über die Anfangserfolge der deutsch-österreichischen Offensive gegen Italien[1] belebend auf die allgemeine Stimmung ein, so gilt das in noch verstärktem Maße von den Meldungen über den weiteren Fortgang dieser militärischen Operationen, deren glänzender Verlauf und Erfolg auch die höchsten Erwartungen weit überstiegen. Unter dem Eindruck der Siege über Italien ist die teilweise recht gereizte und gedrückte Grundstimmung fast überall gehobener und zuversichtlicher geworden. Sie erweckten im Volke einen ganz anderen Widerhall wie etwa die Erfolge gegen Rußland im vorigen Monat, die man vielfach als Reklame für die 7. Kriegsanleihe bezeichnete. Jetzt, da derlei Redereien nicht mehr aufkommen konnten, ist die Freude um so größer und aufrichtiger. Und wenn auch keine laute Begeisterung herrscht, so ist doch die tiefe und ernste Genugtuung über die gerechte Strafe, die den ungetreuen früheren Bundesgenossen traf, unverkennbar. Gleichzeitig trugen diese Erfolge dazu bei, das Vertrauen zur Obersten Heeresleitung und zur Schlagkraft unserer Truppen neu zu stärken und die in den letzten Monaten bedauerlich gering gewordene Anteilnahme der Bevölkerung an den kriegerischen Vorgängen überhaupt wieder zu heben. Man verfolgt mit Interesse den militärischen Vormarsch in Italien, liest und bespricht die Heeresberichte auch dort wieder, wo man ihnen lange Zeit hindurch gleichgültig gegenübergestanden war. Zusammen mit den Vorgängen in Rußland haben die Siege in Italien die Hoffnung auf einen guten Ausgang des Krieges und auf einen nicht allzufernen Frieden wiederbelebt. Im übrigen hat die vorsichtige Beurteilung der augenblicklichen Zustände und Vorgänge in Rußland[2] durch die Presse des Korpsbezirks – die sich dabei durchweg an die ausgegebenen Richtlinien hielt – bewirkt, daß sich in der Bevölkerung kein übertriebener und daher schädlicher Optimismus breitmacht. Daß man mit der jetzt am Ruder befindlichen russischen Regierung nicht ohne weiteres Waffenstillstand oder gar Frieden schließen kann, leuchtet jedem ein, ebenso aber auch die Tatsache, daß der Gang der Ereignisse militärisch für uns

eine gewaltige Entlastung bedeutet und uns dem Frieden wenigstens einen großen Schritt näher gebracht hat.

Die Waffenerfolge gegen Italien haben auch die Besorgnisse der einheimischen Bevölkerung längs der deutsch-schweizerischen Grenze vor einem bevorstehenden Eingreifen der Schweiz in den Krieg gemildert[3], um so mehr, als die Niederlagen der Italiener in der deutschen Schweiz meist mit unverhohlener Befriedigung besprochen wurden. Auch sonst tauchten weniger alarmierende Gerüchte auf als in den Vormonaten. Die aus der Schweiz kurz nach Bekanntwerden der ersten deutschen Siege über die Italiener herübergekommene Nachricht, daß die Italiener 12000 Deutsche gefangen hätten, wurde nicht mehr geglaubt. Dagegen erhielt sich hartnäckig das Gerücht von der Torpedierung des Hapagdampfers „Vaterland" mit 18000 Amerikanern an Bord. Viel geredet wird auch von einer angeblich bevorstehenden deutschen Offensive im Westen. Wenn in einem an das Generalkommando gekommenen Bericht gesagt wird, daß die wenigen Fronturlauber, die noch in die Heimat kommen, in jüngster Zeit in ihren Erzählungen und Aussagen eine weitgehende Zurückhaltung üben, was von wesentlichem Einfluß auf die Stimmung der Bevölkerung ist, so darf darin wohl ein Erfolg des vaterländischen Unterrichts an der Front erblickt werden. Es wird in diesem Bericht auch von einem merkbaren Erfolg der Volksaufklärungsarbeit gesprochen. [...]

Gegenüber den gewaltigen Geschehnissen an den Fronten verloren die Vorgänge in der inneren Politik stark an Interesse. Der Kanzlerwechsel wurde ruhig, fast gleichgültig, aufgenommen[4]; allgemein ist nur die Ansicht, daß es der Regierungskrisen jetzt gerade genug sind und daß Stetigkeit und Zielsicherheit in der Reichsleitung jetzt dringend notwendig seien. Bemerkenswert scheint noch, daß, wie ein Eisenbahnüberwachungsbeamter berichtet, häufig die Ansicht geäußert wird, Bethmann Hollweg hätte Kanzler bleiben sollen, dann wären die vielen bedauerlichen Auseinandersetzungen im Reichstag unterblieben. – Größeres Interesse fand der neue preußische Wahlrechtsentwurf.[5] Die überwiegende Mehrheit der badischen Zeitungen billigt entschieden den Schritt der preußischen Regierung. [...]

Von der aufgrund unserer militärischen Lage recht befriedigenden Grundstimmung ist scharf zu unterscheiden die nach wie vor wenig erfreuliche Stimmung, die in Verärgerungen über kriegswirtschaftliche Maßnahmen und über Verfügungen und Anordnungen der Behörden ihre Wurzel hat. Wenn auf diesem Gebiet die von Militär- und Zivilbehörden tatkräftig geförderte Aufklärungsarbeit auch zweifellos schon manchen schönen Erfolg zu verzeichnen hatte, wenn dadurch auch insbesondere über die Grundlagen der deutschen Kriegs- und Kriegsernährungswirtschaft in weiteren Kreisen allmählich Klarheit geschaffen wird, so bleibt doch noch sehr viel zu tun übrig, bis diese Verstimmungen, die völlig wohl nie beseitigt werden können, soweit als möglich zurückgedrängt sind. In vielen Fällen hat allerdings auch der von den besten Absichten geleitete und von ehrlichstem Wollen beseelte Aufklärer einen sehr schwierigen Stand, da er oft selber die Berechtigung der vorgebrachten Klagen anerkennen muß, ohne imstande zu sein, eine Besserung in Aussicht stellen zu können.

Das gilt vor allem für die Frage der Versorgung mit dem nötigen Hausbrand, die sich immer und immer wieder als Hauptquelle des Unmuts erweist. Im abgelaufenen Berichtsmonat trat die Kohlenfrage in ihrer ganzen Schwere in Erscheinung. Klagt man in den Städten immer noch über die Bevorzugung der „besseren" Familien bei der Kohlenverteilung, so wird die Kohlenversorgung des platten Landes überhaupt als völlig

unzureichend bezeichnet. Wie tiefgreifend die Kohlenfrage wirkt, erhellt aus der Tatsache, daß der einzige Bezirk, aus dem – trotz Italien! – keine Besserung der Stimmung gemeldet wird, der Bezirk Mannheim-Land ist, wo *die* spärlichen Vorräte an Brennmaterialien derart aufgebraucht sind, daß viele in der Rüstungsindustrie beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeiter des Morgens zur Arbeit gehen, ohne etwas Warmes genossen zu haben. *In einzelnen Gemeinden entfielen in dem Zeitraum vom 1. August bis 17. November insgesamt nur etwa 7 Zentner Kohlen pro Haushalt (Wallstadt), andere (Ladenburg, Ilvesheim, Neckarhausen, Schriesheim) erhielten monatlich 1 bis 2 Zentner oder 1 ½ Zentner für 7 Wochen (Seckenheim). Gas und Holz stehen nicht zur Verfügung.* Die Erbitterung in der Bevölkerung hat einen so bedenklichen Grad erreicht, daß *die Einwohner die Ablieferung von Lebensmitteln verweigern*, wenn sie keine Kohlen erhalten, *und* überall der Ruf nach der starken Hand der Heeresverwaltung ertönt, von deren Eingreifen allein die Bevölkerung Abhilfe erwartet. [...] Wird keine durchgreifende Abhilfe geschaffen, so sind, tritt erst einmal Frostwetter ein, ernstliche Erschütterungen des Willens zum Durchhalten im Volke unausbleiblich.

Ebenso schwer wie der Kohlenmangel wird der Mangel an Beleuchtungsmaterial dort empfunden, wo weder Gas noch Elektrizität zur Verfügung steht, *das gilt* insbesondere für die meisten Dörfer der Rheinebene.

Angesichts des bevorstehenden Winters herrscht Erbitterung wegen der unerschwinglichen Preise für Schuhzeug. *Auf dem Land hält man* sich daher über die Riesengewinne der Lederfabriken auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung auf. *Der Leder- und Schuhmangel* ist in einigen Gegenden so groß, daß die Landleute außerstande sind, die Feldarbeiten zu verrichten.

Die Ernährungslage ist gegenüber dem Vormonat unverändert. Es kann auch in den Städten von einem eigentlichen Notstand nicht die Rede sein. [...] Unter der fortwährenden Steigerung der Lebensmittelpreise hat der Mittelstand sehr schwer zu leiden. *Hierauf, insbesondere auf die Notlage der Beamten und Festbesoldeten, lenkte der Mannheimer Bezirksausschuß des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen die Aufmerksamkeit der Behörden* und faßte eine Entschließung, in welcher gegen die ohne Rücksicht auf die Kaufkraft besonders der mittleren Kreise in die Höhe getriebenen Preise für Lebens- und Bedarfsartikel Verwahrung eingelegt wird. Es muß zugegeben werden, daß die Einkommen dieser Kreise nicht mehr im richtigen Verhältnis zu den heutigen Lebensmittelpreisen stehen, und es ist begreiflich, wenn sich die kleinen Beamten darüber aufhalten, daß diese Preise offenbar nach der Kaufkraft der großen Kriegsgewinner der Industriearbeiterschaft mit ihren hohen Löhnen festgesetzt wird. *So beträgt die Preissteigerung bei Rotkohl 100%, bei Blumenkohl 220%, bei Möhren 500% und bei Bohnen 900%.*

In der Mannheimer Konsumenten-Versammlung wurde auch darauf hingewiesen, daß der Schleichhandel „die größte Gefahr und Störung unserer Volksernährung" darstellt, *weil* er von den zahlungsfähigen Verbrauchern unterstützt und begünstigt wird. *Doch muß immer wieder* gesagt werden, daß es durchaus nicht die Knappheit an Lebensmitteln an sich ist, die Verstimmungen schafft, daß vielmehr die breite Masse empört ist, wenn sie sieht, wie die Begüterten es fertigbringen, teils auf dem Wege des Schleichhandels, teils durch den Kauf nichtrationierter Waren zu Phantasiepreisen auch in dieser ernsten Zeit noch ein gewisses Wohlleben zu führen. Der erwähnte Mannheimer Konsumentenausschuß hat sich auch mit einer Eingabe an das Generalkommando gewandt, in der gesagt

wird, daß er in den fortgesetzten ungeheuren Preissteigerungen „eine schwere Gefährdung der Existenz weiter Volkskreise, eine Verwirklichung des von den Feinden dem deutschen Volk zugedachten Aushungerungsplanes, durchgeführt von den eigenen Volksgenossen", erblickt. In einem entschiedenen Eingreifen der Militärbehörden sieht *er* den „einzigen Ausweg". – Das Generalkommando muß die hier angebrachten Beschwerden in vollem Umfange als berechtigt anerkennen. Das Standhalten der inneren Front ist trotz aller äußeren Erfolge in Frage gestellt, wenn hier nicht durchgegriffen wird. In gleicher Richtung wirkt das Bekanntwerden der Riesengewinne der Kriegsindustrie und teilweise auch der Landwirtschaft. [...]

Fast ebenso verhängnisvoll wie der Schleichhandel ist *der* Tauschhandel, welcher besonders in den letzten Monaten stark in den Vordergrund zu treten begonnen hat. Gemüse, Obst, Eier, Wurst, Schinken werden von der Landbevölkerung gegen Zukker, Reis, Seife, Petroleum ausgetauscht. Wie auf dem Lande, so wird auch in den Städten lebhafter Tauschhandel getrieben. Oftmals wird dem Landmann von dem Verkäufer die gewünschte Ware nicht verabreicht, oder es wird Ausverkauf vorgetäuscht. *Bei der Bekämpfung des Tauschhandels sehen sich die Behörden* gewaltigen Schwierigkeiten gegenüber. Schleich- und Tauschhandel konnten ihre jetzige Ausdehnung nur annehmen, weil vielerorts das Vertrauen zu den Kommunalverbänden fehlt. Eine stärkere Heranziehung der Verbraucher und Erzeuger, *die öffentliche* Rechnungslegung der Kommunalverbände, die Mitkontrolle der Erzeuger bei der Einlagerung von Lebensmitteln erscheinen geeignet, das Vertrauen der Öffentlichkeit zu den Kommunalverbänden und die Ablieferungsfreudigkeit zu heben. [...]

Die Munitions- und Heeresindustrie leidet unter der unsicheren Anlieferung von Rohmaterialien, da Hersteller von Rohlingen und Halbfabrikaten ebenfalls infolge mangelnder Zufuhren im Rückstande bleiben. Eine Besserung trat für Munition durch die breitere Einführung von Preßstahlgeschossen ein.

Die erneute Herausziehung von Wehrpflichtigen aus den Rüstungsbetrieben ergab bei einer größeren Anzahl von Betrieben, daß eine weitere Entziehung von Facharbeitskräften die Industrie tiefgehend schädigen würde. Die Besetzung der Schichten mit Aufsichtspersonal bzw. Vorarbeitern ist bis aufs äußerste eingeschränkt; bei weiterer Einschränkung bestünde die Gefahr, daß eine volle Ausnützung der wichtigsten Rohstoffe, insbesondere der Sparmetalle, nicht mehr gewährleistet wird. Die Facharbeiter sind auch nur noch in unbedingt nötigem Maße vorhanden; daher ist eine Anlernung von Hilfskräften schon fast unausführbar geworden, zumal nur noch ungelernte Kräfte oder Frauen zur Einstellung gelangen können. Zusammen damit wirkt die Unlust der Arbeiter, andere anzulernen, weil sie selbst dadurch überflüssig zu werden fürchten.

In Kreisen der Arbeitgeber und Arbeiter herrscht eine etwas gedrücktere Stimmung, *und es* herrscht die Auffassung, daß sowohl hinsichtlich der Herausziehung der k[riegs]v[erwendungsfähigen] Leute als auch hinsichtlich der Kohlenversorgung die badischen Industrien gegenüber den Industrien der übrigen Bundesstaaten schlechter gestellt sind. Dies tritt in deutliche Erscheinung bei Firmen, die sowohl in Württemberg als auch in Baden Betriebe haben. Teilaufträge, die in den badischen Betrieben aus obigen Gründen nicht mehr ausgeführt werden konnten, sind in die württembergischen Betriebe übernommen worden. Dadurch gehen der badischen Industrie zugewiesene Aufträge verloren, und es besteht die Gefahr, daß bei dieser [...] teilwei-

sen Unmöglichkeit, die vorhandene Produktionsfähigkeit voll auszunützen, die Zuweisung für Baden künftighin in noch geringerem Maße als bisher erfolgt. [...].

Die Stimmung der Arbeiterschaft war im übrigen ruhig; zu Arbeitsniederlegungen oder Unruhen kam es *im Berichtsmonat* nicht. Das wirtschaftliche Durchhalten fällt den in der Rüstungsindustrie beschäftigten Arbeitern mit ihren hohen Löhnen verhältnismäßig leicht, viel leichter als manchen Angehörigen der gehobenen Gesellschaftsklassen. Viel beklagt wird das ungezogene Gebaren der jugendlichen Arbeiter auf dem Wege von und zu der Arbeitsstätte, besonders in den unbeleuchteten Zügen, *ebenso* Lebenshaltung und Lebenswandel der aus Berlin und Sachsen zugewanderten Arbeiterinnen. *Diese* geben vielfach unverhältnismäßig hohe Summen aus für Kleidungsstücke, Pelzwaren usw. *Nachtarbeit für Frauen und vor allem für junge Mädchen hat sich* in vielen Fällen als gesundheitlich nachteilig erwiesen, *so daß es wünschenswert wäre*, daß die Zulagen für Schwerstarbeiterinnen auf weitere Kreise der Arbeiterinnen ausgedehnt werden können. Die Wohnungsschwierigkeiten für Arbeiterinnen sind an einigen Plätzen so groß, daß die Gründung von Mädchenheimen notwendig wurde. Zum dringenden Bedürfnis sind überall die Kinderkrippen, Kinderschulen, Kinderhorte usw. geworden. [...] Bei den Kindern machen sich die gesundheitlichen nachteiligen Folgen der Kriegsernährung bedauerlicherweise stark bemerkbar, *sie* sind weniger widerstandsfähig geworden und erholen sich von Krankheiten nur sehr schwer. *Unter ihnen hat die Tuberkulose stark zugenommen und die Ruhr* da und dort Opfer gefordert. *In Mannheim wurden 1718 Ruhrerkrankungen festgestellt, davon 200 Todesfälle.*

Die Landbevölkerung klagt über zu hohe Anforderungen bei der Viehablieferung *und über das Mißverhältnis zwischen An- und Verkaufspreisen, von dem Viehaufkäufer und Schlachter profitieren.* Die Landleute bitten um Belassung ihrer gut eingeübten Hilfskräfte, *die der Industrie zugeführt werden sollen.*

Aus der Parteipolitik ist zu berichten: Die Vaterlandspartei trat mit Zeitungsaufrufen und mit einigen Versammlungen an die Öffentlichkeit.[6] Wie ein Eisenbahnüberwachungsbeamter berichtet, steht die Bevölkerung der Vaterlandspartei sehr skeptisch gegenüber. Die Leute erinnern an das bei Kriegsausbruch gesprochene Kaiserwort: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche" und sagen im Hinblick auf die Vaterlandspartei: „Jetzt werden mitten im Kriege neue Parteien gegründet!" Eine Versammlung der Fortschrittlichen Volkspartei in Karlsruhe mit dem früheren Staatssekretär Dernburg als Redner hatte großen Zulauf von Neugierigen. Der Vortrag, der die Politik der Reichstagsmehrheit verteidigte, machte indes sehr wenig Eindruck, stellenweise stießen die Ausführungen auf offenen Widerspruch.[7] In Freiburg hielt der Reichstagsabgeordnete v. Schulze-Gaevernitz eine Rede, in der er bedauerlicherweise besonderen Nachdruck auf die Erörterung der Schwierigkeiten der deutschen Kriegswirtschaft legte und dabei auch auf die Gefährlichkeit eines größeren Streiks für die Kriegführung hinwies. Eine Versammlung der Vaterlandspartei mit den Rednern Professor Hoche[8] und Professor Finke[9] hat ein erfolgreiches Gegengewicht gegen diese pessimistische Rede geschaffen. An einer von der Mannheimer Unabhängigen Sozialdemokratie am letzten Novembersonntag versuchten Straßendemonstration beteiligten sich von den rund 50000 Mannheimer Arbeitern nur etwa 250 Personen. Die Polizei zerstreute die Teilnehmer, militärische Hilfe war nicht nötig. Soviel sich feststellen läßt, hat die ganze Veranstaltung keinerlei Eindruck auf die Bevölke-

rung gemacht. Auch im übrigen läßt sich ein Anwachsen der Unabhängigen Sozialdemokratie im Korpsbezirk nicht feststellen.

In der bei der Eröffnung des Badischen Landtags von dem Minister des Innern verlesenen Thronrede[10] wird zum Schluß darauf hingewiesen, daß die neue Zeit, vor der wir bei Abschluß des Krieges stehen, den Staatsverwaltungen neue und schwere Aufgaben bringen wird. Dann heißt es wörtlich: „Verfassung, Gesetzgebung und Verwaltung des badischen Staates weisen eine stetige Entwicklung auf im Sinne stärkerer Beteiligung aller Volkskreise an der Leitung und Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten. Nach den gemeinsamen Leistungen und Opfern aller Glieder des deutschen Volkes in dem gewaltigen Ringen um Bestand und Sicherheit des Vaterlandes muß diese Entwicklung auch in unserer Heimat fortschreiten. Unter Erhaltung der bewährten Grundlagen unseres Staatslebens werden die Einrichtungen des Staates, der Kreise und Gemeinden in vertrauensvollem Zusammenwirken von Fürst und Volk, von Regierung und Landständen, einer Weiterbildung zuzuführen sein, welche dem Geiste der neuen Zeit Rechnung trägt und damit die Gewähr bietet für die Erhaltung der Einheit und Geschlossenheit unseres Volkstums. Die Großherzogliche Regierung wird auf dem nun beginnenden ordentlichen Landtag die Erörterung der hervortretenden gesetzgeberischen Aufgaben mit Ihnen fortführen und ihre Lösung in Angriff nehmen, sobald es die Zeitlage gestattet".

Der „Badische Beobachter", das Hauptorgan der badischen Zentrumspartei, begrüßt die in Aussicht gestellte „Neuorientierung"; auch der „Volksfreund", das Karlsruher sozialdemokratische Blatt, ist mit den Ankündigungen der Thronrede zufrieden. Das Blatt weist darauf hin, daß der politische Teil der Thronrede eine Schwenkung der badischen Regierung bedeute, da diese sich noch im letzten Landtag gegen die von der Sozialdemokratie geforderte Neuorientierung gesträubt habe.[11] Gleichzeitig liege darin auch eine „Desavouierung" des Präsidenten des Staatsministeriums, Staatsministers v. Dusch, der eine politische Neuorientierung „rundweg abgelehnt" habe. Wesentlich anders urteilt die ebenfalls sozialdemokratische Mannheimer „Volksstimme". Sie erblickt in der Bemerkung der Thronrede „sobald die Zeitlage es gestattet" den „Pferdefuß" und eine „Halbheit, mit der sich das Volk nicht abspeisen lassen kann". Man müsse die Dinge recht nüchtern sehen und sich nicht durch schön gesetzte Worte vertrauensselig stimmen lassen. „Offenes Mißtrauen ist in diesem Falle angebrachter als eine durch nichts begründete Vertrauensseligkeit". Auch dieses Blatt verlangt den Rücktritt des Staatsministers v. Dusch.

In der Parteigruppierung der Zweiten Kammer des Badischen Landtags hat sich eine bemerkenswerte Änderung vollzogen: Die sozialdemokratische Fraktion erklärte, daß sie den sogen[annten] „Großblock", d. h. die taktische Wahlgemeinschaft der Linken, die auch zu einer Art Arbeitsgemeinschaft im Landtag geführt hatte, als nicht mehr bestehend betrachte.[12] Nach dieser Erklärung konnte die Linke nicht mehr an ihrem Anspruch auf den Posten des Kammerpräsidenten festhalten; anstelle des nationalliberalen Abgeordneten Rohrhurst wurde der Zentrumsabgeordnete Dr. Zehnter zum Präsidenten gewählt, Rohrhurst wurde erster, ein Sozialdemokrat zweiter Vizepräsident.

GLA 456/EV 8 Bund 86 fol. 457–505, masch. Abschrift.

[1] Nr. 1424 Anm. 3.

[2] Oktoberrevolution in Rußland, Machtübernahme der Bolschewiki und Angebot von Friedensverhandlungen durch den Rat der Volkskommissare auf der Grundlage eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen vom 28. Nov. 1917.

[3] Nr. 1424.

[4] Am 5. Nov. 1917 beglückwünschte Eisendecher Hertling zur Amtsübernahme und legte ihm einen Begrüßungsartikel der Karlsruher Zeitung [Nr. 301 vom 4. Nov. 1917] vor. „Sehr richtig beurteilt und tadelt meines Erachtens ein weiter angeschlossener Berliner Bericht des hier vielgelesenen ‚Karlsruher Tagblatts' [Nr. 305 vom 4. Nov. 1917] das bedauerliche Verhalten eines großen Teils der Parteien und ihrer Presse nach Lösung der inneren Krisis" (Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 122 Nr. 24 Bd. 1, masch. Ausf.).

[5] Entsprechend der Osterproklamation des Kaisers (7. April 1917) legte das preuß. Innenministerium am 25. Nov. 1917 eine Vorlage zur Umgestaltung des Dreiklassenwahlrechts und des Landtags vor.

[6] Vgl. Nr. 1426, 1432.

[7] Eisendecher an Hertling. „Karlsruhe, 20. November 1917. *Vorlage eines Berichts über den Vertretertag der Fortschrittlichen Volkspartei Badens und einen Vortrag des Staatssekretärs a. D. Dernburg (Bad. Presse, Nr. 539 vom 19. Nov. 1917).* Die Verhandlungen wie die Rede decken sich ungefähr mit den politischen Anschauungen, wie sie in der ‚Frankfurter Zeitung' zum Ausdruck kommen. Der Vortrag Dernburgs war sehr stark besucht, fand aber bei den Zuhörern nur teilweise Beifall und Zustimmung. Der Redner verteidigte namentlich die sogenannte Friedensresolution der Reichstagsmehrheit und warnte vor den Alldeutschen und der Vaterlandspartei" (Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 16, masch. Ausf.; Marg.: „Staatssekretär d. Innern 28./11.").

[8] Hoche, Alfred Dr. (1865–1943), 1891 Privatdozent der Psychiatrie in Straßburg, 1902 o. Professor und Direktor der psychiatrischen Klinik in Freiburg, 1906 Geh. Hofrat, später zugleich Schriftsteller, Befürworter der Euthanasie.

[9] Finke, Heinrich Dr. phil. (1855–1938), 1891 ao. Professor der Geschichte in Münster, 1899 o. Professor in Freiburg, Mitglied der Bad. Historischen Kommission.

[10] Vgl. Nr. 1430 Anm. 1.

[11] Nr. 1406–1410.

[12] Nr. 1430.

1432. Eisendecher an Hertling

Karlsruhe, 23. Dezember 1917

In einer stark besuchten öffentlichen Versammlung wurde hier kürzlich ein Landesverband der Vaterlandspartei begründet. Als Redner traten auf Geheimer Studienrat Boesser vom Kadettenhaus und Geheimer Hofrat Professor Dr. Hoche, bekannter Psychiater der Freiburger Universität. Beide sprachen anscheinend maßvoll und fanden Beifall. Ein dritter im Aufrufe angekündigter Vortrag des Professors Weber[1] (Frankfurt) fiel aus, da dieser nicht rechtzeitig eintraf.

Meldungen zur Mitgliedschaft sollen angeblich ziemlich zahlreich eingegangen sein, aber ich glaube kaum, daß die Vaterlandspartei im Lande großen Anklang finden wird. Insbesondere das badische Zentrum nimmt eine entschieden gegnerische Stellung ein, und ebenso verhalten sich natürlich die Volksparteiler und Sozialdemokraten durchaus ablehnend. Dagegen dürfte die vorläufig hier nur in der Presse mitgeteilte neueste politische Gegengründung eines „Volksbundes für Freiheit und Vaterland" wohl auf mehr Anhang rechnen können. Der hiesige streitbare Historiker Professor Böhtlingk veröffentlicht in der „Badischen Landeszeitung"[2] die gehorsamst angeschlossene Verteidigung der Vaterlandspartei als Erwiderung auf einen kritischen Aufsatz des Professors

Hans Delbrück.[3] Ähnlich war Böhtlingk unlängst schon gegen den Professor Meinecke zu Felde gezogen (Bericht Nr. 122 vom 29. v. Mts.[4]).

Einen Leitartikel des führenden Zentrumsblatts[5] über die Vaterlandspartei darf ich zugleich gehorsamst beifügen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 169 Bd. 8, masch. Ausf.; Marg.: „7./1.18 R. A. d. Innern".

[1] Weber, Adolf (1876–1963), Nationalökonom, 1908 Professor in Köln, 1913 in Breslau, 1918 in Frankfurt/M., 1921 in München.

[2] Nr. 597 vom 22. Dez. 1917.

[3] Delbrück, Hans Dr. (1848–1929), Historiker, 1896–1921 Professor in Berlin, 1883–1919 Herausgeber der Preuß. Jahrbücher.

[4] Nr. 1429.

[5] Bad. Beobachter, Nr. 587 vom 21. Dez. 1917.

1433. Eisendecher an Hertling

Karlsruhe, 24. Dezember 1917

Nachdem nunmehr die amtliche Bekanntgabe des Ministerwechsels[1] in Baden erfolgte, werden in den meisten Zeitungen die Verdienste und vortrefflichen Eigenschaften des scheidenden Staatsministers Freiherrn v. Dusch in ehrenden Artikeln hervorgehoben. Ebenso beschäftigt sich die Presse anerkennend mit seinem Nachfolger, dem langjährigen Minister des Innern Freiherrn v. Bodman. In sozialdemokratischen Blättern wurde Herr v. Dusch bisher vielfach in recht vulgärem Ton auch persönlich angegriffen. Ob die Genossen jetzt nach dem Rücktritt anständigere Saiten aufziehen, scheint mir zweifelhaft.

Der neue Minister des Großherzoglichen Hauses, der Justiz und des Auswärtigen, Dr. Düringer[2], trat seither politisch nicht hervor. Er soll rechtsliberale Anschauungen hegen und gilt als vielerfahrener, tüchtiger Jurist. [...]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 2 Bd. 2, masch. Ausf.

[1] Vgl. Nr. 1427.

[2] Düringer, Adelbert Dr. (1855–1924), seit 1880 im bad. Justizdienst, 1884 Amtsrichter in Wolfach, 1886 in Offenburg, 1888 in Mannheim, 1890 Oberamtsrichter, zugleich Landgerichtsrat, 1892–1897 Vorsitzender der 2. Kammer für Handelssachen, 1897 Oberlandesgerichtsrat in Karlsruhe, 1900 Ministerialrat im bad. Justizministerium, 1902 Reichsgerichtsrat, 1915 Oberlandesgerichtspräsident in Karlsruhe, 1917/18 Justizminister, DNVP, seit 1922 DVP, MdR 1919–1924 (AV; PA-GLA).

1434. Stellvertretendes Generalkommando des XIV. Armeekorps an das Kriegsamt

Karlsruhe, 1. Januar 1918

Die Grundstimmung, die bereits im November unter dem Eindruck der deutschen Waffenerfolge im Vergleiche zu früheren Monaten merklich besser geworden war, ist auch im Dezember im allgemeinen zuversichtlich und vertrauensvoll geblieben. Die Bevölkerung steht naturgemäß ganz unter dem Eindruck der Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen mit Rußland[1], die in weiten Kreisen als günstige Vorzeichen eines nicht mehr allzu fernen Friedens mit Genugtuung begrüßt werden. Die Sehnsucht nach einem baldigen Abschluß des Krieges tritt in der Stadt im allgemeinen stärker hervor als auf dem Lande. Es ist zu begrüßen, daß die Presse des Korpsbezirks in erfreulicher Übereinstimmung immer wieder auf die großen Schwierigkeiten hinweist, die noch – auch bei den Verhandlungen mit Rußland – zu überwinden sind und vor einem allzu großen Optimismus warnt. Auf diesem Gebiet erwächst auch der Volksaufklärungstätigkeit ein wichtiges Arbeitsfeld, da diese Schwierigkeiten von der breiten Masse häufig unterschätzt oder nicht in vollem Umfange erkannt werden.

Neben diesen politischen Gesichtspunkten wirkte belebend auf die Stimmung die kurz vor Weihnachten vollzogene Erhöhung der Reichsunterstützungsgelder für die Kriegerfamilien. Auch die teilweise Aufhebung der Urlaubssperre über Weihnachten für verheiratete Angehörige des Heeres wirkte günstig. Zur Besserung der Stimmung der Bevölkerung an der badisch-schweizerischen Grenze hat auch das Steigen des Kurses für deutsches Geld in der Schweiz wesentlich beigetragen. In ihrem geschäftlichen Verkehr mit der Schweiz empfindet sie zunächst die damit verbundenen finanziellen Vorteile angenehm, erblickt aber darüber hinaus in der Besserung der Valuta auch eine günstigere Beurteilung der deutschen Kriegsaussichten durch die neutrale Schweiz. Daß angesichts der allgemein erwarteten großen Ereignisse im Westen die Heeresberichte mit besonderem Interesse verfolgt werden, liegt auf der Hand. Weit geringer ist die Anteilnahme, besonders bei der Landbevölkerung, an den Fragen der inneren Politik. So finden die Verhandlungen des zu einer ordentlichen Tagung versammelten Badischen Landtags lange nicht jene Beachtung, die ihnen in Friedenszeiten entgegengebracht wurde. Die vielen ungünstigen Gerüchte, die in Zeiten der Erbitterung, der Kriegsmüdigkeit und starken Verstimmung umgingen und die schon im letzten Monat merklich zurückgetreten waren, sind so gut wie geschwunden. Wo sie noch auftreten, vermögen sie meist keinen Boden zu fassen und finden wenig Beachtung. Es ist bezeichnend, daß jetzt günstige Gerüchte da und dort geglaubt werden wie z. B. die von Reisenden aus der Schweiz verbreitete Nachricht von einem Waffenstillstandsangebot, das Frankreich und England, dem Beispiele Rußlands folgend, an Deutschland gerichtet hätten. In Oberbaden kursierte die Vermutung, daß in den Vogesen das Einsetzen einer deutschen Offensive bevorstehe. Auch in den Grenzgebieten, wo die ungünstigen Gerüchte zeitweise wild wucherten, sind die aufregenden Nachrichten verstummt. An ein Eingreifen der Schweiz in den Krieg auf seiten unserer Gegner wird nicht mehr geglaubt. Dagegen scheint trotz der im letzten Stimmungsbericht[2] gemeldeten Freude der Schweizer über die Niederlagen der Italiener die Stellung der Schweizer zu Deutschland wenig sympathisch zu sein. Deutschland wird verantwortlich gemacht für den täglich anwachsenden und sich mehr bemerkbar machenden Druck, der das Wirtschaftsleben der Schweiz einschnürt.

Nach wie vor beherrschen aber Lebensmittel- und Kohlensorgen die Stimmung.[3] Vor ihnen treten alle Fragen der inneren und äußeren Politik in den Hintergrund. Das Generalkommando *verweist auf seine Ausführungen über die Bekämpfung von Wucher und Schleichhandel im Novemberbericht.*[4] Wenn trotzdem verschiedene Gewährsmänner unabhängig voneinander berichten können, daß die Erbitterung vielfach der Einsicht in die dringliche Notwendigkeit der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen Platz gemacht hat und die hartnäckige Opposition mehr und mehr einem Verstehen und Begreifen weicht, so darf darin wohl ein Erfolg der von Zivil- und Militärbehörden nachdrücklichst geforderten Aufklärungsarbeit in Wort und Schrift erblickt werden. Gerade auf dem Gebiet der Kriegswirtschaft kann eine richtig betriebene Aufklärung manchen Unmut, manche Verärgerung beseitigen. Gerechtigkeit in Zuweisung und Verteilung, schärfste Bekämpfung aller Auswüchse muß oberstes Gebot werden. Wenn die Bevölkerung selbst sieht, daß es beim besten Willen nicht besser gemacht werden kann, fügt sie sich ins Unvermeidliche. So wird gegenwärtig von den verschiedensten Seiten Aufklärung über die innere Einrichtung und die Geschäftsführung der Kommunalverbände verlangt. [...] Diese Forderung wird nicht nur in der Presse immer und immer wieder erhoben, sondern verdichtete sich auch zu einem Antrag in der Zweiten Kammer des Badischen Landtags. Auch in einer Lebensmitteldebatte der Karlsruher Stadtverordnetenversammlung wurde sie zur Sprache gebracht, *da einige Kommunalverbände* mit der gleichen Überzeugung von den Riesengewinnen *sprächen, andere hingegen* von ihren großen Fehlbeträgen. In diesem Zusammenhange berichtet ein Konstanzer Lokalblatt auch, daß der dortige Kommunalverband teilweise die Höchstpreise überschreite, um die Kosten für seinen „unrationellen Verwaltungsapparat" zu decken. In Verbraucherkreisen wird auch eine Rechnungsablage der Badischen Landwirtschaftskammer gefordert, die wegen ihrer Preispolitik überhaupt scharf angegriffen wird.

Mangel an Heiz- und Beleuchtungsmaterial. Die Lage der Kohlenversorgung hat sich infolge der umfangreichen Sperrungen der Bahnhöfe an den Umschlagplätzen Mannheim, Karlsruhe und Kehl bedeutend verschärft. Es ist jetzt die Zeit, in der der geringsten verfügbaren Kohlenmenge der größte Bedarf gegenübersteht. Da die Verladung direkt ab Zeche an die einzelnen Betriebe stark eingeschränkt werden mußte, kam es so weit, daß selbst kriegswichtige Betriebe in Heidelberg, Haslach und Schonach tagelang ganz oder teilweise feiern mußten. Durch den großen Ausfall in der Bereitstellung offener Wagen, der teilweise 60% überschritt, waren wichtige Werke, wie das städtische Elektrizitätswerk und die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken in Karlsruhe, in eine schwierige Lage gekommen. Letztere mußte[n] sogar, um eine Betriebsstörung zu vermeiden, Kohlen in Lastautos ab Rheinhafen befördern. Durch umfangreiche und scharfe Kontrolle der Betriebe gelang es der Kriegsamtsstelle, größere Mengen Kohlen an einzelnen Stellen als unnötig festzustellen und vom Reichskommissar die Beschlagnahme dieser Mengen zu erwirken *und* wichtigen schwerleidenden Betrieben der Rüstungsindustrie *zuzuleiten.* Die Versorgung des Hausbrandes mußte in schwerem Besorgnis erregenden Grade zurücktreten hinter der Belieferung von Industriebetrieben, der Eisenbahn, Gas- und Elektrizitätswerken, welche in diesen Monaten neben Betriebskohlen noch Heizkohlen brauchen.

In Mannheim-Land ist die Lage durch das tatkräftige Eingreifen der Behörden etwas befriedigender geworden.[5] Dagegen wird aus einer Gemeinde des Bezirks Weinheim berichtet, die Kohlenversorgung liege dort so im argen, daß der Einwohnerschaft nichts

übrigbleibe, als des Nachts in den Wäldern der Umgebung Holz zu stehlen. Nach Mitteilung der maßgebenden Stellen ist von Mitte Januar ab eine langsame Besserung in der Kohlenversorgung zu erwarten. Gegenwärtig ist die Versorgung mit Brennstoffen nicht nur unzureichend, sondern die Leute müssen sich auch noch mit den minderwertigsten Sorten begnügen, Koksgries und Schlammkohlen brennen, Abfallprodukte, die im Frieden keinen Abnehmer finden.

In der Zweiten Kammer des Badischen Landtags wurde die Regierung über die Frage der Hausbrandkohlen interpelliert. Es wurde dabei auf die großen Mißstände in der Kohlenversorgung hingewiesen und die Tätigkeit des Reichskommissars scharf kritisiert. Die Regierung erwiderte, daß sie alles in ihren Kräften stehende getan habe, um eine Besserung zu erzielen. Von sozialdemokratischer Seite wurde die Hauptschuld an der Kohlenknappheit dem Kohlensyndikat zugeschrieben, das es an gutem Willen fehlen lasse. *Auf das Verlangen des Zentrums nach Schließung der Kinos antwortete* die Regierung, daß das Generalkommando auf ein Offenhalten der Kinos im Interesse der Volksstimmung Wert lege.

Der Mangel an Beleuchtungsmaterial ist besonders fühlbar auf dem platten Lande, wo Gas und Elektrizität fehlen und die Leute auf Petroleum angewiesen sind. Über die Verteilung der ohnedies spärlichen Mengen von Petroleum wird dauernd geklagt, *denn* die Petroleum-Gesellschaft zu Mannheim liefert den Friedensabnehmern noch 29%, ohne Unterschied auf einzelne Gemeinden mit oder ohne elektrischen Anschluß. *Oftmals dient Erdöl auch als* Tauschobjekt für Butter und andere Lebensmittel. Die Beleuchtungsnot auf dem Lande ist so groß, daß, wie aus einem Schwarzwalddorf berichtet wird, die Leute dort volle 14 Tage im Dunkeln gesessen haben [...]. Durch solche Zustände werden die Bauern, welche zeitig füttern und melken müssen, zur Verbrennung von Fetten gezwungen, welche weit wichtigeren Zwecken zugeführt werden sollten. Der Mangel an Beleuchtungsmaterial ist auch ein Hindernis für die Aufklärungstätigkeit, die oft wegen ungenügend beheizten und beleuchteten Sälen nicht in der Lage ist, ihre Tätigkeit in dem vorgesehenen Umfange zu entfalten. Geklagt wird auf dem Lande noch über Zwangsenteignungen, Wegnahme von Vieh und besonders über das Verbot von Hausschlachtungen, das über einige Gemeinden verhängt wurde, weil sie nicht genügend abgeliefert hatten. Besonders erregt bei den Bauern die allmählich empfindlicher werdende Dezimierung ihres Viehbestandes. *Zudem sieht man dem Frieden mit Rußland* insofern mit einer gewissen Besorgnis entgegen, als man befürchtet, daß die russischen Kriegsgefangenen, die sich gut bewähren, in ihre Heimat entlassen werden. *Die Ablieferung* der Landwirte an den Kommunalverband bleibt häufig sehr weit hinter dem festgesetzten und auferlegten Kontingent zurück. *Sie beklagen* den großen Unterschied des Preises, um welchen die Kommunalverbände die Felderzeugnisse ankaufen, und den Preis, um welchen sie die Erzeugnisse an die Verbraucher ablassen, *ferner die teilweise erheblichen Preisunterschiede zwischen benachbarten Kommunalverbänden.*

Ein eigentlicher Notstand in der Ernährungslage herrscht – vorab dank der guten Kartoffelernte – *bei der städtischen Bevölkerung* nicht. Auch unter der Arbeiterschaft ist die Stimmung daher ruhig. Eine lebhafte Erbitterung herrscht indes nach wie vor über den Wucher mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln und über den immer größeren Umfang annehmenden Tauschhandel. [...] Die Bevölkerung erwartet tatkräftiges und rücksichtsloses Einschreiten der Behörden gegen diese Mißstände, die, wenn ihnen nicht energisch entgegengetreten wird, immer krasser werden und eine geordnete Ernährungs-

wirtschaft überhaupt unmöglich machen werden. *Hiervon und von der Teuerung mit am schwersten betroffen* werden die Staatsbeamten und die sonstigen Angehörigen des Mittelstandes, *so daß* die höheren Staatsbeamten der Bezirke Mannheim, Weinheim, Ladenburg und Schwetzingen die Gründung eines Verbandes der Oberbeamten des Kreises Mannheim zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen beschlossen haben „in der Erwartung, daß sich die Oberbeamten des ganzen badischen Landes in gleicher Weise organisieren". Es wurde eine Eingabe an die Regierung und an die Landstände beschlossen wegen der Teuerungszulage, denn die Tragfähigkeit der Minderbemittelten „ist auf das äußerste in Anspruch genommen". Gerade in Beamtenkreisen wirken auch die auf Kriegslieferungen beruhenden großen Gewinne der Aktiengesellschaften überaus verstimmend. *So hält die sozialdemokratische „Volksstimme"* es für dringend an der Zeit, „daß der Reichstag einmal gründlich hineinleuchte in das Geschäftsgebaren der Z[entral]-E[inkaufs]G[esellschaft] und ihrer Tochtergesellschaften". *Sie* stellt die Behauptung auf, daß die reichsgesetzlichen Höchstpreisanordnungen deshalb unwirksam seien, weil die amtlichen Lebensmittelgesellschaften „mit den Schiebern an einem Strange ziehen" *wie beim Höchstpreis* für Kaffeersatz, der, nachdem der Markt künstlich leergehalten wurde, auf den Preis von M[ar]k 5 stieg. „Jetzt ist für dieses Produkt amtlicherseits der Preis von M[ar]k 0.80 festgesetzt. Der höhere Preis von M[ar]k 5 darf im Kleinhandel bis Neujahr festgehalten werden, weswegen güterzugsweise der Kaffeersatz angeboten wird".

Der Leder- und Schuhmangel bedrückt insbesondere die Straßen-, Wald- und Holzarbeiter, die unerschwinglichen Preise für Arbeitskleider und der Mangel an Materialien zur Ausbesserung der Kleider wirken verstimmend.

Die Nachfrage nach Arbeit durch weibliche Arbeitskräfte für die Rüstungsindustrie ist lebhaft, so daß der Bedarf fast gänzlich gedeckt ist. Wo noch Arbeiterinnen fehlen, liegt der Grund in der Art der Arbeit. Schwerarbeit wird von den Frauen im Bereich des XIV. AK ungern verrichtet. Auch verlassen sie ungern den Ort, an dem sie ansässig sind. Daher ist nur an entlegenen Orten von einem Mangel an Arbeiterinnen die Rede, während in den größeren Städten – Karlsruhe, Pforzheim, Freiburg – arbeitswillige Frauen, die leichte Arbeit aufnehmen möchten, frei sind. Die Stimmung unter den Arbeiterinnen hat sich gebessert. [...] Angenehm wird die an mehreren Orten getroffene Einrichtung von Kriegsküchen empfunden. *In Rastatt* werden etwa 200 Personen gespeist. Stärkere Verstimmungen sind nur lokaler Natur, so in Kuppenheim, wo eine starke Abneigung gegen die in der Waggonfabrik Rastatt beschäftigten norddeutschen Arbeiter besteht; diese sollen auch eifrig sozialdemokratische Propaganda treiben. Mangel herrscht an den sehr gesuchten und wirklich tüchtigen Bürokräften, insbesondere an Stenotypistinnen und Buchhalterinnen. Es sind noch immer zu viel schlecht ausgebildete Bürokräfte vorhanden.

Der bereits öfters erwähnte sittliche Tiefstand unter den Arbeiterinnen hat sich nicht gebessert. Die besseren Elemente unter der weiblichen arbeitenden Bevölkerung beanstanden das Verschwinden des Anstandsgefühls und die Lockerung der sittlichen Begriffe, besonders bei den jugendlichen Arbeiterinnen, welche für Kleider und Putz unverhältnismäßig große Summen verausgaben. [...] Die Gefahr liegt nahe, daß durch die in die Friedenswirtschaft erfolgenden Übergänge mit der Verkürzung der hochentlohnten Arbeitsgelegenheit eine große Unzufriedenheit ausgelöst werden wird. *Eine* Folge dieser Zustände ist, daß da und dort die besseren Elemente die Arbeit niederlegen, während die schlechteren bleiben. [...]

Vielen Arbeiterinnen ist die Überanstrengung der Nacht- und Überarbeit anzumerken. *Nach* einem Bericht des Großh[erzoglichen] Bad[ischen] Ministerium[s] des Innern hat sich infolge der durch den Krieg verursachten Veränderung der Lebensbedingungen der Gesundheitszustand wesentlich verschlechtert. In den öffentlichen Anstalten, Altersheimen usw. ist *daher* die Abnahme des Körpergewichts zur Regel geworden, *des weiteren seien* Blutarmut, Schwächezustände, bohrender Hunger und Schlaflosigkeit aufgetreten. *Auf große Schwierigkeiten stößt die diätarische Behandlung. Die allgemeine Sterblichkeit ist gestiegen.*

In der Parteipolitik ist der Berichtsmonat ruhig verlaufen. Die Parteipresse des Korpsbezirks nimmt an den Tagesfragen im allgemeinen die Stellung ihrer Parteien im Reiche ein. Die Vaterlandspartei hat die von ihr in der letzten Zeit gegründeten Ortsgruppen zu einem badischen Landesverband zusammengeschlossen.[6] Die Unabhängige Sozialdemokratie hat, soweit dies bekannt, nicht weiteren Boden gewonnen. Die Verhandlungen in der Zweiten Badischen Kammer haben bis jetzt zu parteipolitischen Auseinandersetzungen nicht geführt.

GLA 456/EV 8 Bund 86 fol. 631–655, masch. Abschrift.

[1] Am 22. Dez. 1917 wurde die Aufnahme von Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk vereinbart, nachdem seit dem 5. Dez. Waffenruhe herrschte.
[2] Nr. 1431.
[3] Vgl. Nr. 1424, 1431.
[4] Nr. 1431.
[5] Vgl. Nr. 1431.
[6] Nr. 1432.

1435. Eisendecher an Hertling

Karlsruhe, 12. Januar 1918

Vertraulich! Der badische Minister des Innern und nunmehrige Staatsminister Dr. Freiherr von und zu Bodman steht beim Zentrum und den Konservativen – anscheinend auch im Norden des Reiches – immer noch etwas im Verdacht einer gewissen Neigung nach links, und zwar vornehmlich wegen einer Äußerung in der Ersten Kammer im Juli 1910 betreffend die Sozialdemokratie, die er eine großartige Bewegung nannte.[1] Auch seine mildere, kühlere Haltung im Landtag gegenüber den Genossen, im Gegensatz zur Schärfe des Herrn v. Dusch, ließ seitdem den Verdacht nicht ganz einschlafen. Er selbst hat die Empfindung, als ob einzelne Kreise in Berlin, vielleicht sogar S. M. der Kaiser und König, ihm jene Äußerung noch nachtrügen, und zwar schließt er das daraus, wie er mir vertraulich sagt, daß unser Allergnädigster Herr seit etwa zehn Jahren ihn nie der Ehre einer Ansprache gewürdigt habe. Nun ist meines Erachtens Herr v. Bodman im Grunde seines Herzens durchaus konservativ gesinnt, er rechnet aber mit den herrschenden liberalen Strömungen und bewertet auch die Sozialdemokraten als einen sehr erheblichen Faktor in der Politik, der weder ausgeschaltet noch gewaltsam beseitigt werden kann. Als verantwortlicher Minister vertritt er deshalb den Standpunkt, daß man mit den Genossen auskommen, sie also ohne Gereiztheit kühl sachlich behandeln und bekämpfen müsse.

Seine seltene Arbeitskraft, unermüdlicher Fleiß und hervorragende Rednergabe verdienen jedenfalls vollste Anerkennung. Ich meinerseits hege keine Besorgnis, daß er die Regierung allzu liberale Wege führen könnte. Auch beim Zentrum scheint solche Sorge geschwunden, denn der Zentrumsredner widmete ihm vorgestern in der allgemeinen Finanzdebatte[2] warme Worte der Begrüßung, während der Sozialdemokrat Kolb an seinen Ausführungen über die innerpolitische Lage und die gewünschte Demokratisierung scharfe Kritik übte. Beides wird hier viel bemerkt.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 2 Bd. 2, masch. Ausf.

[1] Vgl. Nr. 1186 Anm. 1.
[2] Kammerpräsident Zehnter (6. Sitzung II. Kammer vom 9. Jan. 1918, in: Amtliche Berichte, Nr. 9 vom 15. Jan. 1918).

1436. Eisendecher an Hertling

Karlsruhe, 17. Januar 1918

In der badischen Zweiten Kammer kam es in diesen Tagen[1] zu ziemlich lebhaften Auseinandersetzungen anläßlich einer Versammlung der Vaterlandspartei in Mannheim[2], die wegen tumultuarischer Störung durch Sozialdemokraten geschlossen werden mußte. Der Vertreter der Mehrheit der Genossen behauptete, daß die Störung durch die Unabhängigen erfolgt sei, während diese das bestritten. Man beschwerte sich auch über ein demnächst wieder aufgehobenes Verbot des Generalkommandos, den Vorgang in der Presse zu besprechen. Minister v. Bodman erklärte sehr bestimmt, daß die gewaltsame Störung der Versammlung eine Schande für Baden sei, den Sozialdemokraten sei freie Meinungsäußerung erlaubt, diese hätten deshalb keinerlei Recht, andere daran zu hindern. Der Minister rügte schließlich energisch unzutreffende und unsere Politik schädigende Äußerungen des unabhängigen sozialdemokratischen Abgeordneten Geck.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 16, masch. Ausf.

[1] 7. Sitzung II. Kammer vom 10. Jan. 1918, in: Amtliche Berichte, Nr. 11 vom 18. Jan. 1918 (Vgl. das Referat der Bad. Landeszeitung, Nr. 25 vom 16. Jan. 1918).
[2] Am 13. Jan. 1918 wurde eine Versammlung der Vaterlandspartei in Mannheim mit ca. 3000 Teilnehmern nach einem einstündigen Tumult aufgelöst (Vgl. Nr. 1441).

1437. Eisendecher an Hertling

Karlsruhe, 18. Januar 1918

Die allgemeine Finanzdebatte in der badischen Zweiten Kammer wurde gestern geschlossen. Nachdem der Abgeordnete Schöpfle[1] von der sogenannten Rechtsstehenden Vereinigung schon in der vorigen Sitzung eine törichte Rede antisemitischer und einseitig konservativer Färbung mit fast beleidigenden Äußerungen gegen Herrn v. Payer „verlesen" hatte, erhob gestern der alte unentwegte Demokrat Venedey dagegen lebhaften Einspruch, verherrlichte die Demokratie, tadelte Militarismus, Vaterlandspartei, Zensur und die badisch-preußische Militärkonvention und verlangte zukünftige Abrüstung.

Staatsminister v. Bodman antwortete besonders auf die Beschwerden betreffend die militärische Zensur und bezeichnete das Zusammenarbeiten zwischen Militär- und Zivilbehörden als ausgezeichnet. Dann folgte ein Zentrumsredner, der dem Staatsminister das Vertrauen seiner Partei aussprach und schließlich sagte, das Zentrum sei bereit, auch mit den Sozialdemokraten die große Verantwortung in Baden zu übernehmen. Er kritisierte dabei die Haltung der Nationalliberalen auch im Reichstage und verteidigte den Abgeordneten Erzberger. Der Sozialdemokrat Strobel[2] sprach demnächst nochmals über die Störung der Mannheimer Versammlung[3] und rügte die massenhaften Verfügungen des Generalkommandos und die Treibereien der Vaterlandspartei. Den Schluß der Verhandlung bildete eine längere machtvolle Rede des nationalliberalen Abgeordneten Koch über zahlreiche aktuelle Fragen und eine kurze Verteidigung Schöpfles durch einen Gesinnungsgenossen.

Die Zeitungsberichte über die Verhandlungen sind namentlich ungenügend; je nach ihrer Parteistellung bringen die Blätter die Reden ihrer politischen Freunde meist ausführlicher als die anderer Fraktionen. Ein richtiger Eindruck ist erst durch die später erscheinenden Amtlichen Berichte zu gewinnen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 16, masch. Ausf.; Marg.: „2./2. 18 R. A. d. Innern".

[1] Schöpfle, Karl (1871–1934), Bürgermeister in Langensteinbach, Rechtsstehende Vereinigung/DNVP, MdL 1913–1921.

[2] Strobel, Georg (1883–1923), Bäcker, 1905 Geschäftsführer des Mannheimer Bezirksverbands der Bäcker und Konditoren Deutschlands, 1909 Parteisekretär in Mannheim, SPD, MdL 1915–1923, 1911 Stadtverordneter, 1916–1920 Stadtrat, 1920–1923 Landesvorsitzender.

[3] Vgl. Nr. 1436.

1438. Eisendecher an Hertling

Karlsruhe, 31. Januar 1918

Bei der Beratung des Budgetpostens „Erhöhung der großherzoglichen Zivilliste" in der badischen Zweiten Kammer behauptete gestern[1] der Zentrumsabgeordnete Seubert, die Militärkonvention mit Preußen werde unsererseits nicht richtig eingehalten, Badener werden häufig in preußische Regimenter gesteckt und dort nicht gut behandelt, auch in der Urlaubserteilung. Wenn deshalb der Partikularismus im Kriege mehr als jemals seit 1866 gewachsen sei, so trage Baden nicht die Schuld. Der Volksparteiler Venedey unterstrich diese Klagen, während der nationalliberale Führer Rebmann eine mildere Auffassung bekundete, es aber als einen Mißbrauch schlimmster Art bezeichnete, wenn Soldaten verwehrt werde, sich mit Beschwerden an ihren Abgeordneten zu wenden.

Staatsminister v. Bodman trat den Äußerungen des Abgeordneten Seubert entgegen, gab aber zu, daß einzelne Klagen vielleicht berechtigt seien. Er habe wegen der Verteilung badischen Ersatzes in preußische Regimenter mit teilweisem Erfolg Beschwerde erhoben. Eine Änderung der Militärkonvention sei anzustreben, Baden stehe in dieser Beziehung ungünstiger als andere kleine Bundesstaaten, aber man müsse jedenfalls zunächst den Frieden abwarten. Was über das Anwachsen des Partikularismus gesagt worden sei, gehe zu weit.

Ich darf einen Zeitungsbericht über die Verhandlung hier gehorsamst anschließen[2] und

dazu bemerken, daß man bekanntlich die Abmachungen der Militärkonvention hier schon lange als änderungsbedürftig ansieht und daß namentlich S. K. H. der Großherzog sowie der Prinz Max diese Ansicht vertreten.[3] Anscheinend hat es wohl in der Auslegung und Anwendung der Bestimmungen bisweilen an der wünschenswerten Rücksicht auf den Landesherrn gefehlt.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 41 Bd. 1, masch. Ausf.; Marg.: „1. mitget. 7./2. Staatssekr. d. Innern, 2. 7./2. Kriegsministerium".

[1] 17. Sitzung II. Kammer vom 30. Jan. 1918, in: Amtliche Berichte, Nr. 21 vom 7. Febr. 1918.
[2] Bad. Landeszeitung, Nr. 50 vom 30. Jan. 1918.
[3] Vgl. Nr. 1379 Anm. 2.

1439. Eisendecher an Hertling

Karlsruhe, 31. Januar 1918

Ew. Exz. darf ich [...] einen, wie mir scheint, im ganzen verständigen Leitartikel des „Karlsruher Tagblatts"[1] über die Streikbewegung[2] gehorsamst vorlegen und zugleich zwei Drahtberichte desselben Blattes über die traurigen Vorgänge und das Verhalten der Mannheimer Arbeiterschaft anschließen.

Daß die tief zu beklagende Bewegung in Baden weitere Verbreitung finden wird, glaube ich nach den bisher vorliegenden Nachrichten nicht.[3] Die Äußerungen des britischen Premierministers von der unmittelbar bevorstehenden Revolution in Deutschland und des damit gesicherten Sieges der Entente sollten unseren Arbeitern doch wohl die Augen öffnen. Man kommt leider immer mehr zu der Überzeugung, daß die Maßlosigkeiten der alldeutschen Presse einen großen Teil der Verantwortung für die Ausstandsbewegung tragen. Sie wirken unheilvoll in jeder Beziehung, auch auf unsere Verbündeten.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 152 Bd. 4, masch. Ausf.

[1] Nr. 31 vom 31. Jan. 1918; Karlsruher Zeitung, Nr. 31 vom 31. Jan. 1918.
[2] Reichsweit befolgten etwa 500000 bis 1 Mill. Arbeiter den Streikaufruf des Spartakus-Bundes und der USPD vom 26. Jan. 1918, so daß in Berlin am 31. Jan. der verschärfte Belagerungszustand verhängt wurde. Nach dem Eintritt von Mehrheitssozialisten in die Streikleitung wurde der Ausstand am 3. Febr. abgebrochen.
[3] Vgl. Nr. 1440–1442.

1440. Eisendecher an Hertling

Karlsruhe, 2. Februar 1918

Die Streikbewegung in Mannheim[1] hat keinen größeren Umfang angenommen, in Ludwigshafen wird wieder ziemlich vollzählig gearbeitet. Die öffentliche Ordnung wurde nirgends gestört. Auch eine Versammlung der Streikenden am 1. d. Mts. verlief durchaus ruhig, obgleich ein unabhängiger Genosse als Hauptredner auftrat und außer den bekannten Berliner Forderungen[2] noch für Baden die Abschaffung der Ersten

Kammer und der Dreiklassenwahl in den Gemeinden sowie das Frauenstimmrecht verlangte. Der Reichstagsabgeordnete Oskar Geck bestritt, daß die Bewegung durch amerikanische Agenten und Bestechungsgelder entstanden oder gefördert worden sei. Leider erfolgten weder von den Rednern noch in der „Volksstimme" bestimmte Weisungen zur Wiederaufnahme der Arbeit, vielmehr blieb den einzelnen Streikenden ihr Verhalten überlassen. Im Generalkommando hofft man, daß übermorgen Montag ziemlich in allen Betrieben wieder gearbeitet werden wird. Der stellvertretende Kommandierende General ließ in Mannheim einen vortrefflichen Aufruf auch durch Anschlag verbreiten, der auf die Äußerung des englischen Ministers Lloyd George von der bevorstehenden Revolution in Deutschland hinweist und die Arbeiter ermahnt, den Arm der kämpfenden Brüder nicht zu lähmen.

Die „Volksstimme" wird wahrscheinlich für die Armee im Korpsbereiche verboten werden. Dieses Mannheimer Genossenorgan soll beiläufig in den Forderungen, die der „Vorwärts"[3] brachte, ein Wort etwas vernünftiger abgeändert haben. Es heißt darin angeblich, das Selbstbestimmungsrecht der Völker müsse nach den Grundsätzen der sozialistischen Internationale[n], nicht, wie im „Vorwärts" stand, entsprechend den Grundsätzen der Bolschewiki, ausgeübt werden. Sehr wenig erbaut ist man hier von der Haltung der „Frankfurter Zeitung" gegenüber dem Streik.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 152 Bd. 4, masch. Ausf.

[1] Nr. 1439, 1441, 1442.

[2] Annexions- und entschädigungsloser Friede auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker, innere Demokratisierung, Entmilitarisierung der Betriebe, Wiederherstellung der Grundrechte und der Arbeiterschutzgesetze (Forderungen der Streikleitung vom 28. Jan. 1918, gedr. *Ursachen und Folgen* I S. 244; *Schultheß* 1918 I S. 49f.).

[3] Nr. 29 vom 29. Jan. 1918.

1441. Stellvertretendes Generalkommando des XIV. Armeekorps an das Kriegsamt

Karlsruhe, 2. Februar 1918

Die allgemeine Grundstimmung der Bevölkerung läßt sich für den abgelaufenen Monat nicht auf eine einheitliche Formel bringen; sie war – abgesehen von anderen Gesichtspunkten – stark abhängig von den aus Brest-Litowsk kommenden Meldungen über die Friedensverhandlungen.[1] Trotzdem die Bevölkerung ein Scheitern der Verhandlungen zweifellos sehr beklagen würde, wurde die energische Ablehnung des russischen Vorschlages, die Verhandlungen in Stockholm fortzusetzen, wohl allgemein gebilligt. Ebenso machte das tatkräftige Auftreten des Generals Hoffmann[2] vielfach einen günstigen Eindruck. Bei aller Sehnsucht nach Frieden, die unter der durch den Krieg schwer mitgenommenen Bevölkerung herrscht, besteht in weiten Kreisen doch der Wunsch, daß die deutschen Vertreter gegenüber dem anmaßenden Auftreten der russischen Unterhändler die richtigen Worte finden, die dem militärischen Ergebnis des Feldzugs im Osten entsprechen. Dieser Auffassung gegenüber steht eine andere, die – insbesondere soweit Rußland in Frage kommt – unter allen Umständen den baldigen Frieden wünscht. Die Anhänger dieser Ansicht, die hauptsächlich der sozialdemokratisch orientierten

Industriearbeiterschaft angehören, tadeln das angeblich zu geringe Entgegenkommen Deutschlands. Sie wünschen, daß man Rußland bessere Bedingungen machen solle, damit es endgültig aus der Reihe unserer Gegner ausscheide. Daß aus den deutsch-russischen Verhandlungen ein allgemeiner Friede hervorgehen werde, wird – von diesen letztgenannten Kreisen abgesehen – nirgends geglaubt, vielmehr erwartet die Bevölkerung in nächster Zeit eine große Offensive im Westen, der man allgemein mit größter Zuversicht, aber auch mit Sorge wegen der gefürchteten hohe[n] Verluste entgegensieht.

Die in letzter Zeit besonders häufigen Fliegerangriffe auf Gebiete innerhalb des Korpsbezirks haben die Bevölkerung teilweise nervös gemacht und wirkten – besonders bei der industriellen Bevölkerung der Stadt Mannheim – ungünstig auf die Stimmung ein. Auf dem Gebiet der inneren Politik erwünschte die Mehrzahl der Bevölkerung Aussetzung aller Parteikämpfe bis nach dem Friedensschluß und legt Nachdruck auf die Notwendigkeit, daß die Heimatfront der militärischen Front an Geschlossenheit und innerer Einheit nicht nachstehe. Worte der Mißbilligung und der Ablehnung fand das aufgeregte Gebaren der Berliner Presse, die auch den kleinsten innerpolitischen Zwischenfall zu einer „Affäre" aufbauscht und damit fortgesetzt Beunruhigung im Innern schafft. Über die Stellung der Bevölkerung zu den Fragen der Parteipolitik wird im Schlußabsatz dieses Berichts einiges gesagt.

Die großen Gewinne der Kriegslieferanten werden insbesondere in Kreisen der Beamten und sonstigen Festbesoldeten mit großem Mißfallen betrachtet. Man verlangt eine stärkere Besteuerung dieser Gewinne, und es besteht vielfach die Ansicht, daß dadurch die oftmals recht verbitterte Stimmung dieser Schichten gehoben und verbessert würde. Die Bevölkerung hofft, daß bei einem günstigen Abschluß der Friedensverhandlungen mit Rußland die älteren Landsturmjahrgänge entlassen werden. Über erwähnenswerte Gerüchte, die der Stimmung Abbruch tun, wird wenig berichtet. Dagegen tauchte in Weinheim das Gerücht auf, daß bulgarische und türkische Truppen an der Bergstraße einquartiert werden sollten; man brachte diese Nachrichten mit der angeblich bevorstehenden Offensive im Westen in Verbindung.

Aus einzelnen Bezirken kommen wieder Klagen über den ungünstigen Einfluß, den die Urlauber aus dem Felde auf die Stimmung in der Heimat ausüben, ebenso über Briefe aus dem Felde, in denen Mannschaften über schlechte Behandlung durch Offiziere klagen. So bezeichnet z. B. ein Gewährsmann die Soldaten von der Front als die eigentlichen „Miesmacher" und „Flaumacher" und weist darauf hin, daß in Soldatenabteilen der Eisenbahnen oft Sprüche wie folgender gefunden werden:

Es ist ja alles Schwindel: „Der Krieg ist für die Reichen, der Mittelstand muß weichen, das Volk, das stellt die Leichen".

Durch eine planmäßige und tatkräftige Aufklärungsarbeit, wie sie sich das Generalkommando fortgesetzt angelegen sein läßt, wird diesen ungünstigen Einflüssen nach Möglichkeit entgegengewirkt. Am meisten Anlaß zu Beschwerden bietet die angebliche ungleichmäßige Behandlung der Offiziere und Mannschaften bezüglich der Heimsendung von Lebensmitteln aus dem Felde bzw. aus der Etappe.

Gleichbleibende Klagen über den Mangel an Heiz- und Leuchtmaterial. Am drükkendsten ist die Not in den waldreichen Gegenden, wo die Behörden bei der Verteilung der Kohlen auf den Holzreichtum verwiesen hatten. Da es aber an den nötigen Arbeitskräften zur Herbeischaffung des Holzes fehlt, so herrscht dort ein Notstand, der von den Leuten schwer empfunden wird und ihrer Stimmung Abbruch tut, *so vor allem* in den

Grenzgebieten, wo die Leute sehen müssen, wie täglich viele Waggons mit Kohlen nach der Schweiz vorüberrollen. Man *war um so mehr* erbost darüber, als man in der – auch in Baden ziemlich verbreiteten – Stuttgarter „Süddeutschen Zeitung" Nr. 16 vom 17. 1. 18 las, daß diese an die Schweiz ausgeführten Kohlen nach Italien weitergegeben werden. Es wäre zu wünschen, daß derart schwerwiegende Anklagen von den in Betracht kommenden Stellen sofort untersucht und öffentlich widerlegt würden.

In Versammlungen meint man zur Kohlennot, daß nicht die Knappheit an sich, sondern die Ungleichheit der Belieferung Grund zur Verstimmung abgebe. Das Maß an Kohlen richtet sich nach den guten oder weniger guten Beziehungen, welche zwischen den einzelnen Gemeinden und den Großkohlenhändlern oder Zechenverwaltungen bestehen. Erbitterung erwecken auch die hohen Kohlenpreise, an denen die Bevölkerung dem Kohlensyndikat die Schuld beimißt.

Mit Beleuchtungsmaterial schlecht versorgt sind die Gemeinden an der Schweizergrenze, die in Friedenszeiten einen Teil ihres Petroleums aus der Schweiz bezogen haben und jetzt nur einen gewissen Prozentsatz des im Inland bezogenen Petroleums erhalten.

Auf die Sorge der Landbevölkerung vor einem drohenden Mangel an Arbeitskräften infolge der Heimkehr der russischen Kriegsgefangenen wurde in Aufklärungsversammlungen versichert, daß nach Abschluß des Friedens die Zurückziehung der Gefangenen nur ganz allmählich sich vollziehen könne und daß vorerst zu Befürchtungen kein Anlaß vorliege. *Angesichts der verschärften Kontrolle und der Eintreibung der Getreidebestände wird mit Blick auf die bevorstehende Propaganda für die nächste Kriegsanleihe* der Wunsch laut, daß bei der mit militärischer Hilfe zu bewerkstelligenden Ablieferung des Getreides die Militärverwaltung hierzu besonders ruhige und besonnene Militärpersonen kommandiert, damit die Stimmung der Landwirte sich nicht noch mehr verschlechtert.

Auf das Gerücht einer Preiserhöhung von sechs auf acht Mark hielten die Bauern in der Konstanzer Gegend die Lieferung von Heu und Stroh zurück. Ob derartige Gerüchte – wie behauptet wird – auf Umtriebe feindlicher Agenten zurückzuführen sind, war nicht festzustellen. In einigen Bezirken wird [...] verlangt, daß eine Anzahl Wagner beurlaubt werden, da das sich zum Teil in schlechtem Zustand befindliche Ackergerät auf das Frühjahr hergerichtet werden muß.

Zwischen Stadt und Land besteht nach wie vor eine gewisse Spannung, *und der* Aufklärungsarbeit bietet sich hier noch ein weites Betätigungsfeld. Das Generalkommando legt *darauf* besonderen Wert und hat deshalb mit dem Badischen Bauernverein und dem Genossenschaftsverband badischer landwirtschaftlicher Vereinigungen ein Abkommen getroffen, wonach bei den Bezirksversammlungen dieser großen landwirtschaftlichen Organisationen Vertreter des Generalkommandos anwesend sind. Diese berichten dort zunächst über die militärische Lage, beantworten auch etwaige Anfragen und weisen dann auf die hohe Verantwortung der Landwirte hin. Dringend erforderlich ist, daß dem Bauern mitgeteilt wird, wie seine abgelieferten Naturalien verwendet werden und wohin seine Erzeugnisse kommen. Ein großer Teil der Verstimmung könnte schon hierdurch abgestellt werden wie auch dadurch, daß die Kommunalverbände der Öffentlichkeit einen umfassende[re]n Einblick in ihre Geschäftsführung geben als das gegenwärtig der Fall ist.

Die Landbevölkerung klagt über den anhaltenden Mangel an Schuhwerk *und die zu hohen Preise für Kleider*. In bäuerlichen Kreisen wird es auch immer wieder als Unge-

rechtigkeit empfunden, daß für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse Höchstpreise festgesetzt sind, nicht aber für die Fabrikate der Industrie. Auf dem platten Lande wird auch beanstandet, daß die Kommunalverbände angeblich die Juden so sehr bevorzugen, daß sich z. B. unter den Aufkäufern eines Bezirkes kein einziger Christ befinden soll. [...]

Da in den Städten das Hauptaugenmerk der Bevölkerung auf die Verhandlungen in Brest-Litowsk gerichtet ist, so ist das Interesse für wirtschaftliche Fragen etwas zurückgetreten. Die Diskussion über die Versorgung und Zuteilung von Lebensmitteln ist weniger lebhaft geworden. Die Versorgung ist im allgemeinen zureichend, so daß wirklicher Mangel nirgends besteht. Die Maßnahmen werden leichter getragen, und die Bevölkerung hat einsehen gelernt, daß ohne behördliche Anordnungen nicht durchzukommen ist. Ein Erfolg der behördlichen Aufklärungsarbeit – auch durch die Presse – ist hier unverkennbar. Geblieben sind die Klagen über den Schleich- und Tauschhandel sowie den Kriegswucher, die in den minderbemittelten Kreisen, insbesondere auch bei den Festbesoldeten, dauernd Verstimmung erregen. Einzelne Teile des gewerblichen Mittelstandes und die Festbesoldeten sind überhaupt die eigentlichen wirtschaftlich Leidtragenden des Kriegs. Ihre Lebenshaltung ist weit unter das Niveau normaler Zeiten herabgedrückt und sinkt mit der zunehmenden Teuerung immer weiter. Trotzdem stehen gerade diese Kreise nach wie vor treu zur vaterländischen Sache. Die Bevölkerung erwartet nun endlich ein energisches Eingreifen gegen den Schleichhandel von seiten der Behörden und fordert ein kategorisches Verbot des Tauschhandels und strenge Bestrafung der Schuldigen.

Wie die allgemeine Stimmung, so war auch die Stimmung unter den Industriearbeitern im Berichtsmonat nicht einheitlich und wesentlich abhängig von den aus Brest-Litowsk vorliegenden Nachrichten. In kleinen Industrieplätzen, wo die einheimischen Arbeiter auf den umliegenden Dörfern wohnen, ist die allgemeine Stimmung gut; die Arbeiter sind zuversichtlich gestimmt und hoffen auf einen baldigen Frieden. Unzufriedenheit wird dort nur hervorgerufen durch zugewanderte Elemente aus Norddeutschland, die die einheimischen Arbeiter im sozialdemokratischen Sinne erheblich beeinflussen und insbesondere auf die jungen Burschen einen starken Druck zum Eintritt in die sozialdemokratischen Gewerkschaften ausüben. Ungünstiger liegen die Verhältnisse in den größeren Industrieorten, vor allem in Mannheim, der größten Industriestadt des Landes. Zwar sind dort im Berichtsmonat bis in die letzten Tage hinein Stimmung und Haltung der Arbeiter ruhig geblieben, es ist indes nicht zu verkennen, daß gerade in Mannheim zum mindesten ein Teil der Arbeiterschaft schädlichen Einflüssen von außen her nicht immer den wünschenswerten Widerstand entgegensetzt. Hierauf ließ schließen einmal die Tatsache, daß der einzige Vertreter der sog[e]n[annten] „unabhängigen" Sozialdemokratie im Badischen Landtag, der Abg[eordnete] Geck, erklären konnte, die „Unabhängigen" hätten in Mannheim bereits 1000 eingeschriebene Mitglieder, zum anderen die Sprengung einer öffentlichen Versammlung der Vaterlandspartei in Mannheim durch „unabhängige" Sozialdemokraten[3], die derartige Radauszenen aufführten, daß der Redner – der Abg[eordnete] Traub[4] – überhaupt nicht zu Worte kommen konnte und die Versammlung polizeilich aufgelöst werden mußte. Zu Ende des Berichtsmonats griff auch die Berliner Streikbewegung[5] auf einen größeren Teil der Mannheimer Industriearbeiterschaft über. Die durch das Generalkommando organisierte Arbeiteraufklärung in den Mannheimer Rüstungsbetrieben hatte diesen Verhältnissen gegenüber naturgemäß einen recht schweren Stand. – In Karlsruhe kam es zu Differenzen zwischen

Leitung und Arbeiterschaft der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken. Diese etwa 8000 Arbeiter beschäftigenden Werke sahen sich angeblich aus Kohlenmangel genötigt, ihren Betrieb auf etwa 3 Wochen zu schließen. Die Arbeiter verlangten für diese Zeit eine Entschädigung, die ihnen der Schlichtungsausschuß auch zusprach. Während die hiesige Direktion der Fabrik diesen Schiedsspruch anzuerkennen bereit war, lehnte ihn die Berliner Hauptdirektion ab. Die gegenseitigen Verhandlungen verliefen ebenso wie eine Versammlung der Arbeiter bisher ruhig. Eine Arbeiterabordnung sprach bei S. Exz. dem Herrn stellv[ertretenden] Kommandierenden General vor, um ihm die Wünsche der Arbeiterschaft zu überbringen. Mehrfache dringliche, persönliche Vorstellungen des Kommandierenden Generals beim Kriegsamt hatten Erfolg, so daß der für Karlsruhe drohende Streik der gesamten Arbeiterschaft, die sich mit den Arbeitern der [Deutschen] W[affen-] u[nd] M[unitionsfabriken] aus Entrüstung solidarisch erklärte, im letzten Augenblick abgewendet werden konnte. Der gänzliche Mangel an Einsicht und Entgegenkommen seitens der Generaldirektion der W[affen-] u[nd] M[unitionsfabriken] kann nicht scharf genug gerügt werden.

Die Ernährungslage der Arbeiter ist den Umständen entsprechend nicht ungünstig, nur wird über Fettmangel geklagt.

Wie in den vergangenen Monaten, so wird auch gegenwärtig die unverkennbare Verrohung der jungen Burschen, die bis zu 12 Mark am Tag verdienen, beanstandet. Die Burschen sind übermütig und schwer lenkbar. [...]

In der Rüstungsindustrie treten wieder Nachfragen nach Arbeiterinnen auf; durch das Freiwerden von Arbeiterinnen an anderen Stellen ist ein Ausgleich geschaffen. An Hauspersonal, Putzfrauen, Scheuerfrauen herrscht bedeutender Mangel. Auch in den Lebensmittelbetrieben ist Nachfrage nach Arbeiterinnen. Tüchtige Stenotypistinnen und weibliche Bürokräfte werden gesucht, sind aber schwer aufzutreiben. Schlecht ausgebildetes Büropersonal ist noch viel vorhanden. Diese Kräfte werden von den Berufsberatungs- und Frauenmeldestellen nicht selten mit Erfolg bei Stellen untergebracht, in denen vaterländisch notwendige Arbeit verrichtet wird. Die Frauen und Mädchen aus gebildeten Kreisen [...] bewähren sich im allgemeinen gut. Auch bei den Arbeiterinnen ist die Stimmung nicht einheitlich, sondern hebt sich und sinkt je nach den größeren und geringeren Friedensaussichten. Eine vorübergehende Hebung der oftmals recht gedrückten Stimmung wurde durch die vielfach unter Aufbietung alles Möglichen veranstalteten Weihnachtsfeiern geschaffen. [...]

Die lange, schwere und andauernde Arbeit in den Fabriken wirkt auf die Frauen schwächend. *So hat* die Tuberkulose stark zugenommen, um so mehr, als ein empfindlicher Mangel an Milch und an den notwendigen Kräftigungsmitteln besteht. Bei der anhaltenden Kälte und dem scharfen Nordostwinde kamen viele Erkrankungen an Influenza, Bronchial-Katarrh und Lungenschwindsucht vor. *Die Nachtarbeitslöhne* sind meist befriedigend. An einigen Orten erhielten die Arbeiterinnen die von ihnen erbetene Aufbesserung. *In Rastatt ist die Gründung eines Arbeiterinnenheims zur billigen Unterbringung vorgesehen, da auswärtige Arbeiterinnen für einen vorübergehenden Aufenthalt sehr schwer Unterkunft finden.* Der Ausbau der Säuglingspflege, der Kinderbewahranstalten usw. nimmt einen erfreulichen Fortgang. *Um eine umfassende Fürsorge für die Arbeiterinnen zu gewährleisten, sollte die Einstellung von Fabrikpflegerinnen* in weit größerem Maße durch die Betriebe erfolgen.

Aus dem Gebiete der Parteipolitik ist zu berichten, daß die oben erwähnten

bedauerlichen Ausschreitungen von „unabhängigen" Sozialdemokraten in der Mannheimer Versammlung der Vaterlandspartei dem stellv[ertretenden] Generalkommando Veranlassung gaben, die Abhaltung von öffentlichen politischen Versammlungen für den Amtsbezirk Mannheim bis auf weiteres allgemein zu verbieten.

Die Streikbewegung in Mannheim nahm bis jetzt einen ruhigen Verlauf. Sie trägt nur politischen Charakter. Als Hauptzweck wird bezeichnet die Erreichung eines baldigen annexionslosen Friedens, wobei auch jede „verschleierte" Annexion abgelehnt wird. Die Zahl der Ausständigen hat sich bis 31. I. auf etwa 15000 belaufen. An eine revolutionäre Bewegung wird nach der bestimmt abgegebenen Erklärung der Führer nicht gedacht. Die Wiederaufnahme der Arbeit wird von Weisungen aus Berlin abhängig gemacht.[6] Die alte Sozialdemokratische Partei und die „Unabhängigen" haben die Leitung gemeinsam in die Hand genommen. – In anderen Gebieten des Korpsbezirks sind Ausstände nicht zu verzeichnen.

Während die Vaterlandspartei in gebildeten Kreisen eine nicht sehr zahlreiche Anhängerschaft gefunden hat, wird sie außer von der Sozialdemokratie auch vom Zentrum und Parteigängern der Linken größtenteils abgelehnt. Vollkommen im Banne ihrer Presse und Führerschaft, bemüht sich die Sozialdemokratie nicht einmal, über die Ziele der Vaterlandspartei überhaupt nachzudenken; sie wirft Vaterlandspartei mit den ihnen verhaßten Alldeutschen, Junkern usw. in einen Topf und vertritt voll und ganz die Ansicht ihrer in bodenlosester Weise hetzenden Presse. Der Vaterlandspartei ist es dadurch in Baden nicht gelungen, die eigentlichen Volkskreise mit ihren Zielen vertraut zu machen, bei diesen gilt die Vaterlandspartei lediglich als Partei der Kriegsverlängerer und Annexionisten ins Ungemessene. Fehlerhaft ist es, daß die Vaterlandspartei zuviel mit allgemeinen Schlagworten arbeitet und es nicht versteht, dem einzelnen Manne aus dem Volke sein Interesse an einem guten Frieden klarzumachen. Auch der verderbliche Einfluß der „Frankfurter Zeitung", die genau im gleichen Sinne wie die hetzerische sozialdemokratische Presse wühlt, macht sich in dieser Hinsicht in ganz Baden stark bemerkbar. In der Zweiten Kammer des Badischen Landtags wurde von Zentrumsseite behauptet, Preußen halte sich nicht an die Bestimmungen der Militärkonvention, da badische Rekruten in preußische Regimenter eingestellt würden.[7] Der Präsident des Staatsministeriums, Staatsminister Fr[ei]h[er]r v. Bodman, wies darauf hin, daß sich während eines Krieges die Zuweisung des badischen Ersatzes in preußische Truppenteile nicht ganz vermeiden lasse. Die badische Regierung habe aber in Berlin Vorstellungen erhoben mit dem Erfolg, daß in der letzten Zeit der badische Ersatz wieder überwiegend badischen Truppenteile[n] zugewiesen worden sei. Im übrigen erstrebe Baden eine Besserstellung durch eine Änderung der Militärkonvention, die aber erst im Frieden erfolgen könne.

GLA 456/EV 8 Bund 86, masch. Abschrift.

[1] Während die seit 27. Dez. 1917 mit Rußland geführten Friedensverhandlungen ergebnislos verliefen, schlossen Deutschland und Österreich mit der verselbständigten Ukraine am 9. Febr. 1918 einen Separatfrieden.

[2] Hoffmann, Max (1869–1927), preuß. Generalleutnant, 1914 1. Generalstabsoffizier im Osten, seit Aug. 1916 Chef des Generalstabs des Oberbefehlshabers Ost, 1918 Vertreter der OHL bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk, 1920 Verabschiedung.

[3] Vgl. Nr. 1436.

[4] Traub, Gottfried (1869–1959), ev. Theologe, seit 1901 Pfarrer in Dortmund, 1912 vom Evangelischen Oberkirchenrat entlassen, 1913 Direktor des Deutschen Protestantenbundes, 1917 Mitglied der Deutschen Vaterlandspartei, 1918 erneut Pfarrer, FVP, MdPrAH 1913–1918, DNVP, MdR 1919/20, 1920 Teilnehmer am Kapp-Putsch, 1921–1935 Redakteur der „München-Augsburger Abendzeitung".

[5] Nr. 1439 Anm. 2, 1440, 1442.

[6] Vgl. Nr. 1442.

[7] Nr. 1438.

1442. Eisendecher an Hertling

Karlsruhe, 5. Februar 1918

In Mannheim beschloß am Sonntag eine stark besuchte sozialdemokratische Versammlung der Arbeiter gegen nur wenige Stimmen, den Streik[1] zu beenden und die Arbeit gestern, Montag, wieder aufzunehmen. Das ist, wie ich höre, überall geschehen.

Störungen der öffentlichen Ordnung während der Streiktage kamen nicht vor; auch die Sonntagsversammlung, in welcher namentlich der Reichstagsabgeordnete Oskar Geck sprach, verlief durchaus ruhig. In der sozialdemokratischen Presse wird das Verhalten der badischen Zivil- und Militärbehörden anerkannt, dagegen der Nichtempfang streikender Führer in Berlin bedauert und getadelt. Auf andere Städte Badens hat die Ausstandsbewegung anscheinend gar nicht übergegriffen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 152 Bd. 5, masch. Ausf.

[1] Vgl. Nr. 1439–1441.

1443. Eisendecher an Hertling

Karlsruhe, 8. Februar 1918

Mit der langen Dauer des Krieges mehren sich hier leider leise Anzeichen eines Wiedererwachens gewisser partikularistischer und preußenfeindlicher Regungen in der Bevölkerung, die eigentlich seit dem Streit um die Schiffahrtsabgaben[1] ganz geschwunden waren. Die mancherlei Entbehrungen und außerordentlich erhöhten Kosten der Lebenshaltung schaffen allmählich doch etwas Ungeduld und Unzufriedenheit, die sich dann unberechtigterweise leicht gegen die Zentralernährungs- und Wirtschaftsbehörden in Berlin, auch wohl gegen die alldeutschen Maßlosigkeiten im Norden richtet. Dazu kommt bei den Feldgrauen in der Front wie im Garnison- und Hilfsdienst die Vermischung mit preußischen Elementen, die der Badener wegen ihrer strammeren Auffassung des Dienstes eben wenig liebt.

Da nun der Zentrumsabgeordnete Seubert in der Kammer Klagen über die Ausführung der Militärkonvention und über angeblich ungerechte Behandlung badischen Ersatzes in preußischen Regimentern erhob[2], hat die Kammerdebatte solchen Stimmungen neue Nahrung gegeben. Die Presse verhält sich indessen bisher taktvoll und zurückhaltend. Das führende badische Zentrumsblatt brachte den gehorsamst angeschlossenen Artikel über die Militärkonvention.[3] Als charakteristisch darf ich hier einen mir zufällig

bekannt gewordenen Vorgang in der Geschichtsstunde einer hiesigen Schule erwähnen. Beim Vortrage über den Baseler Frieden (5. April 1795) erging sich der Lehrer in heftigen Ausfällen gegen Preußen, die nachher gegen den einzigen preußischen Schüler der Klasse gehörig ausgenutzt wurden. Dieser hätte seinen badischen Kameraden einfach antworten können, daß ohne Preußens großartige Erhebung Baden heute wahrscheinlich französisch wäre.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 41 Bd. 1, masch. Ausf.; Marg.: „20./2. R. A. d. I."

[1] Vgl. Nr. 1141.
[2] Nr. 1438.
[3] Bad. Beobachter, Nr. 60 vom 5. Febr. 1918.

1444. Eisendecher an Hertling

Karlsruhe, 18. Februar 1918

Großadmiral v. Tirpitz und Pfarrer Traub sprachen gestern in einer geschlossenen Mitgliederversammlung der Vaterlandspartei in Mannheim. Störungen erfolgten nicht. Über die Rede des Großadmirals bringt das „Karlsruher Tagblatt"[1] den umseitig angeschlossenen Bericht. Der Redner verlangte hiernach unter großem Beifall vornehmlich, daß Deutschland die belgische Küste nicht wieder dem Einflusse der Westmächte ausliefere. Unter den Linksliberalen und Sozialdemokraten Badens wird, wie ich höre, die agitatorische Tätigkeit des verdienten früheren Staatssekretärs sehr scharf verurteilt; man ist vielfach geneigt, ihn mit für die kürzliche Streikbewegung[2] verantwortlich zu machen. Auch am Hofe und in der Regierung gilt diese Art seiner Betätigung für durchaus unerwünscht.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 169 Bd. 8, masch. Ausf.

[1] Nr. 49 vom 18. Jan. 1918.
[2] Vgl. Nr. 1439–1442.

1445. Stellvertretendes Generalkommando des XIV. Armeekorps an das Kriegsamt

Karlsruhe, 2. März 1918

Der Friedensschluß mit der Ukraine[1] wirkte auf die allgemeine Stimmung günstig ein. Dagegen rief das Scheitern der mit großen Hoffnungen auf guten Ausgang verfolgten Friedensverhandlungen mit Rußland[2] zunächst vielfach Enttäuschung hervor; inzwischen hat jedoch fast allgemein die Überzeugung Platz gegriffen, daß die Schuld an der Ergebnislosigkeit der Brester Verhandlungen nicht die deutsche Regierung und ihre Unterhändler trifft. Man verfolgt jetzt die kriegerischen Ereignisse im Osten mit lebhafter Genugtuung und hofft, daß sie uns den Frieden mit Rußland bringen. Mit Spannung und Zuversicht, freilich auch mit Sorge in Anbetracht der unausbleiblichen Opfer an Menschenleben, sieht die Bevölkerung den zu erwartenden Kämpfen im Westen entgegen.

Die Streikbewegung[3] blieb auf die Stadt Mannheim beschränkt und verlief verhältnismäßig ruhig. An den übrigen Industrieplätzen des Korpsbezirks kam es nirgends zu Arbeitsniederlegungen. Namentlich die auf dem Lande wohnenden Arbeiter lehnten die Streikbewegung ab. Von der übrigen Bevölkerung und in der nichtsozialdemokratischen Presse wurde der Streik verurteilt. Seine Verfechter fand der Streikgedanke namentlich bei den radikalen und in der Propaganda eifrigen Arbeitern, die aus den norddeutschen Industriebezirken zugewandert sind, sowie bei der immer vorlauter werdenden Fabrikjugend beiderlei Geschlechts. Ein Gewährsmann des Generalkommandos berichtet von der badisch-schweizerischen Grenze, daß die Streiks in Deutschland wie auch die fast gleichzeitigen Unruhen in Österreich von der Bevölkerung jener Gegend außer auf den schleppenden Gang der Verhandlungen mit Rußland auf die Verzögerung der Wahlrechtsvorlage in Preußen sowie ganz besonders auf die Reklame der Alldeutschen und der Vaterlandspartei zurückgeführt werden.[4] Der Streik werde dort aufgefaßt als eine Gegendemonstration des Volkes und der Arbeiterschaft, die dadurch zum Ausdruck bringen wollen, daß die genannten Parteien nicht die Mehrheit des deutschen Volkes darstellen.

Mit der Aufklärungsarbeit unter der Arbeiterschaft der Rüstungsindustrie wurde in Mannheim, der bedeutendsten Industriestadt des Korpsbezirks, begonnen. Die Leitungen der Fabriken erklärten sich bereit, die Abhaltung von Vorträgen für die Arbeiterschaft innerhalb der Arbeitszeit unter Vergütung des Lohnausfalls zu gestatten. Die nötigen Redner wurden in besonderen Vortragskursen an der Mannheimer Handelshochschule unterrichtet. Als Vortragsgegenstände wurden gewählt: „Englands wirtschaftliche Kriegsziele", „Kriegslage", „Deutschlands wirtschaftliche und finanzielle Macht", „Ernährungslage". Die Vorträge in den Fabriken dauerten je eine halbe Stunde, parteipolitische Anspielungen wurden streng vermieden. Anfänglich begegnete die Arbeiterschaft den Vorträgen mit einem gewissen Mißtrauen in der Annahme, daß versucht werden solle, für die Ziele der Vaterlandspartei Stimmung zu machen; auch das zeitliche Zusammentreffen des Beginns der Vorträge mit dem Streik wirkte hemmend. Trotz dieser Schwierigkeiten wurden die Vorträge fortgesetzt, und zwar unter Beteiligung von jeweils etwa 20 Prozent der Arbeiterschaft der einzelnen Betriebe außer sämtlichen Meistern und Vorarbeitern. Das bedeutet einen zufriedenstellenden und erfolgversprechenden Anfang.

Mißstimmung unter den kleineren und mittleren Schichten des Volkes erregte, daß nach einer Rede des badischen Finanzministers in der Zweiten Kammer des Badischen Landtags die Einkommen über 50000 Mark zugenommen haben, während die geringeren Einkommen zurückgegangen sind. Die Bevölkerung erwartet, daß die hohen Einkommen in weiterem Maße, als es bisher geschehen ist, steuerlich erfaßt werden.

Gerüchte militärischer oder politischer Art, welche die Stimmung nachhaltig beeinflussen, sind im letzten Monat nicht zu verzeichnen. Eine Einschleppung von beunruhigenden Nachrichten aus der Schweiz wurde in letzter Zeit ebenfalls nicht beobachtet. Aus einem Bezirk wird gemeldet, daß feindliche Flugblätter – offenbar von Fliegern abgeworfen –, die für eine deutsche Republik agitieren, mehrfach gefunden worden sind.

Williger als früher und mit vermehrter Einsicht in die Notwendigkeit fügt sich die Bevölkerung in die Verordnungen kriegs- und ernährungswirtschaftlicher Art. In bäuerlichen Kreisen herrscht teilweise immer noch die Verstimmung erregende Annahme, daß von den großen Gütern in Norddeutschland im Verhältnis nicht soviel Nah-

rungsmittel abgegeben werden müßten als von den kleinbäuerlichen Betrieben Badens. Abgesehen hiervon ist die Stimmung auf dem Lande gegenwärtig im allgemeinen recht zuversichtlich und befriedigend. Zunächst beeinflussen die Stimmung günstig die guten Einnahmen, welche die Landwirte für ihre Produkte erzielen und sie in den Stand setzen, neben anderen besonders auch die vorhandenen Hypothekenschulden allmählich abzutragen und so den Betrieb zu entlasten. Andernteils ist aber, wie das Kriegswirtschaftsamt Karlsruhe berichtet, auch vieles der zielbewußten Aufklärungsarbeit zu verdanken, die auf dem Lande seit nunmehr 2 Jahren planmäßig durchgeführt wird und die schöne Erfolge in dieser Beziehung zeitigt. Es wird allenthalben bedauert, daß diese Aufklärung nicht schon früher eingesetzt hat. Durch diese Tätigkeit wird zweifelsohne manches Mißverständnis und Vorurteil beseitigt; die entsprechend belehrten Landwirte fügen sich um so williger den bestehenden Verfügungen. Dies zeigt sich gegenwärtig wieder bei der Getreideaufnahme, wobei die Landwirte genau wissen, daß es ein Gebot der Not ist, wenn ihnen ihr überschüssiges Getreide für die Allgemeinheit abgenommen wird. Die Mitwirkung von Militärpersonen bei der Bestandsaufnahme hat sich bewährt.[5]

Neben diesen erfreulichen Erscheinungen fehlt es allerdings auch nie an ernsten Sorgen. Nach wie vor steht die Arbeiter- und Gespannfrage mit an erster Stelle. Man hat vor allem Befürchtungen in der Hinsicht, ob mit den unzulänglichen Arbeitskräften und den wenigen Gespannen alle Aufgaben, welche die bevorstehende Zeit dem Landwirt bringt, restlos erfüllt werden könne[n]. Mit Besorgnis wird festgestellt, daß die Zahl brauchbarer landwirtschaftlicher Arbeiter immer kleiner wird. Die alten Leute sind, von Sorge und Kummer mitgenommen, vielfach arbeitsuntauglich, die Kriegerfrauen sind abgearbeitet, und die jüngeren Mädchen können aus Mangel an Sachkenntnis das Pflügen nicht besorgen. Ebenso fehlt es an sachkundigen Arbeitskräften zur Bestellung der Frühjahrssaat. Die Erträge drohen zurückzugehen, und die Äcker verunkrauten, wenn nicht verfügbare Arbeitskräfte gestellt werden. Beanstandet werden von den Landwirten die zu hohen Löhne, welche die Militärbehörden an Zivildienstpflichtige bezahlen. Die Landwirte in Oberbaden *erklärten,* daß sie ihr Land einfach nicht mehr anbauen würden, wenn diese Lohntreibereien nicht abgestellt würden; sie selbst seien nicht imstande, derart hohe Löhne zu zahlen.

In den in das Etappengebiet einbezogenen Bezirken Oberbadens verstimmt, daß sie ständig durch starke militärische Belegung zu außerordentlichen Leistungen herangezogen werden und trotzdem noch als landwirtschaftliches Produktionsgebiet ihrer Abgabepflicht voll genügen sollen. Es wird gewünscht, daß Gemeinden im Operationsgebiet und Etappengebiet, die durch ständige Einquartierung schon eine erhebliche Mehrbelastung erfahren, bei der Abgabe von landwirtschaftlichen Erzeugnissen Erleichterungen erfahren.

Die landwirtschaftliche Bevölkerung sorgt sich um die Beschaffung der nötigen Stiefel und Kleider. Teilweise sind die Leute gezwungen, Säcke zu zertrennen, um sich aus diesen Kleidungsstücke, besonders Arbeitshosen, zu fertigen. Die Papierstoffhosen haben sich in der Landwirtschaft nicht bewährt, da sie bei dem täglichen strengen Gebrauch viel zu bald unbrauchbar werden. *Geklagt wird über den Mangel an Schuhen und darüber,* daß die Kaufleute die Hergabe von Waren zunächst verweigern und die Ware erst herausgeben, wenn der Landwirt sich auf einen Tauschhandel einläßt.

Mit den schönen Tagen des Berichtsmonats haben in den wärmeren Gegenden die landwirtschaftlichen Arbeiten wieder begonnen. [...] Allgemein herrscht ein empfindli-

cher Mangel an neuen Pflugscharen, der bei der großen Bedeutung einer guten Bodenbearbeitung angesichts des herrschenden Düngermangels und der starken Verunkrautung der Äcker um so mehr ins Gewicht fällt. Besonders macht sich auch der Mangel an Schmiedekohlen sehr unliebsam geltend; in vielen Fällen ist es den Schmieden nicht möglich, die für die Frühjahrsbestellung nötigen landwirtschaftlichen Geräte instand zu setzen. *Die* Verschiebung im Anbau der Frühjahrsgewächse in Anbetracht der derzeitigen Preispolitik zeigt sich immer deutlicher. Man versteht es insbesondere nicht, daß das Futtergetreide infolge der verschiedenen Prämien stets höher im Preis ist als das Brotgetreide *und* daß durch derartige Maßnahmen der Brotgetreidebau zugunsten der übrigen Gewächse vernachlässigt wird. [...]

Der Mangel an Beleuchtungs- und Heizmaterial ist immer noch gleich empfindlich. Die geringe Zufuhr an Kohlen macht sich auf allen Gebieten der Truppenversorgung geltend. Die Versorgung des Feldheeres mit Mehl war in der letzten Zeit stellenweise gefährdet, weil die liefernden Mühlen infolge mangelnder Kohlenversorgung nicht in der Lage waren, genügend zu vermahlen. Selbst die Sollbestände waren bei weitem nicht vorhanden. Auch auf die Kartoffeltrocknung, die aus dem gleichen Grunde eine zeitweise Unterbrechung erfuhr, hat die geringe Anfuhr von Kohlen rückgewirkt. [...]

Immer wieder klagt der Landwirt darüber, daß, während ihm für seine eigenen Erzeugnisse Höchstpreise vorgeschrieben sind, für Industrieprodukte Phantasiepreise gefordert werden. Die Landwirte sind einsichtig genug, um den vielfachen hier mitspielenden vaterländischen und wirtschaftlichen Gründen Rechnung zu tragen, und sie erkennen es an, daß die Regierung wachsenden Einfluß auf die Preisgestaltung der industriellen Erzeugnisse gewinnt; sie meinen aber, daß es damit etwas rascher gehen könnte.

Unveränderte Ernährungslage der städtischen Bevölkerung. Die Verteilung der Lebensmittel durch die Kommunalverbände vollzieht sich im allgemeinen ohne Schwierigkeiten und geht leichter vonstatten als im vorigen Winter. Die Praxis ist hier eine gute Lehrmeisterin gewesen. Dazu kommt, daß auch der städtische Verbraucher sich allmählich in das Unvermeidliche hat fügen lernen. Die Klagen und Beschwerden über die Kommunalverbände sind daher seltener geworden. Das wöchentliche Fleischquantum von 250 Gramm in den größeren Städten und Industriezentren konnte fast überall eingehalten werden. Auf dem Lande ist die Zuteilung etwas geringer.

Die ausreichende Versorgung mit Kartoffeln ließ bisher eine eigentliche Notlage nicht aufkommen. Das Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe sah sich indes bereits genötigt, in öffentlicher Bekanntmachung darauf hinzuweisen, daß es unter keinen Umständen möglich sei, den zahlreichen Anträgen auf Zuweisung von Kartoffeln an solche Verbraucher, die das ihnen im Herbst gelieferte Kartoffelquantum, das bis Mitte Mai hätte ausreichen sollen, schon jetzt aufgezehrt haben, Folge zu geben. Die Milchablieferung war zufriedenstellend infolge der Neuorganisation der Milchablieferung, dagegen die Eierbelieferung im allgemeinen sehr schwach; einige Bezirke haben indes mehr wie verpflichtet geliefert. Frischgemüse kommt wenig auf den Markt. Wintergemüse *wird genügend angeboten, in geringerem Maße Zwiebel, sehr reichlich auch holländisches Weißkraut.*

Beamte und kleine Handwerker leiden fortgesetzt schwer unter der allgemeinen Teuerung. Als gänzlich hoffnungslos fassen vielfach die Handwerker ihre Lage auf,

während die Beamten infolge der ihnen gewährten Teuerungszulagen etwas beruhigter sind. Auch aus diesen Kreisen wird der Wunsch nach Höchstpreisen für Industrieerzeugnisse laut. Die im Verkehrswesen gegen verhältnismäßig geringe Löhne beschäftigten Frauen und Mädchen klagen über die völlige Unmöglichkeit der Beschaffung von Schuhwerk *und* über zu niedrige Zulagen von Lebensmittel[n].

Abgesehen von Mannheim war die Stimmung unter der Arbeiterschaft im allgemeinen ruhig. Bei der Einschränkung verschiedener Betriebe und einer vorübergehenden Stockung wegen Materialmangels mußten teilweise eine Anzahl Arbeiter entlassen werden, *so in den Zigarrenfabriken von Emmendingen*, deren Produktion von 60% auf 40% herabgesetzt werden mußte. *Man kann jedoch annehmen*, daß nur ein ganz kleiner Teil nicht in anderen Arbeitsstellen (Industrie-Landwirtschaft-Dienstboten) unterkommen, so daß ein Notstand nicht eintreten wird. Wegen Kohlenmangels wurde eine Anzahl weiblicher Arbeiter entlassen. Diese konnten fast alle untergebracht werden. Leicht anstellbar sind besonders diejenigen Frauen und Mädchen, die bereit sind abzuwandern und willens zu jeder Art von Arbeit. Schwieriger gestaltet sich die Beschaffung von Arbeiterinnen für Betriebe mit Schwerarbeit und für solche, die an kleinen und entlegenen Orten sich befinden. Die Bereitwilligkeit der Industrie, auch gebildete Frauen und Mädchen einzustellen, nimmt zu und wird sich gegen das Frühjahr, wo die Abwanderung auf das Land beginnt, bestimmt noch steigern. Der Andrang gebildeter Frauen zum Postüberwachungsdienst ist sehr stark.

Die Stimmung der Arbeiterinnen hat sich an vielen Orten wesentlich verschlechtert, weil sich die Frauen zu großen Friedenshoffnungen hingegeben hatten und dann enttäuscht waren. Die neuesten Ereignisse im Osten werden hier wohl wieder eine Wendung herbeiführen. Die meiste Verbitterung unter den Arbeiterinnen verursachen die an den Lohnsätzen gemachten Abzüge für verspätetes Eintreffen auf der Arbeitsstätte und wegen zu großer Verschwendung des Arbeitsmaterials, *ferner*, daß die Männer als Schwerarbeiter mehr Lebensmittelzulagen erhalten als sie, trotzdem für sie die Anstrengungen entschieden größer sind. Die Klagen über die Verrohung der Jugend und über die Art des Verkehrs zwischen männlichen und weiblichen Arbeitern bestehen fort. In der Gegend von Konstanz haben unter den Arbeiterinnen die Geschlechtskrankheiten zugenommen. Im Bezirk Schwetzingen sind in letzter Zeit ziemlich viele Fälle von Lungentuberkulose *meist unter den schlechter bezahlten Tabakarbeitern aufgetreten.* Die anstrengende Arbeit übt auf die Gesundheit der Jugendlichen [einen] recht fühlbaren Einfluß aus.

Aus der Parteipolitik ist bemerkenswert eine unter sehr starker Beteiligung abgehaltene Mitgliederversammlung der Vaterlandspartei Mannheim[6], in der Großadmiral v. Tirpitz und Abg[eordneter] Traub sprachen. Die Versammlung verlief ruhig.

GLA 456/EV 8 Bund 86, masch. Abschrift.

[1] Vgl. Nr. 1441 Anm. 1.

[2] Am 9. Febr. 1918 lehnte die russ. Delegation die Friedensbedingungen der Mittelmächte ab, worauf diese am 18. Febr. den Vormarsch erneut aufnahmen. Nach dem Einlenken der Sowjets wurde schließlich der Vertrag von Brest-Litowsk am 3. März 1918 unterzeichnet.

[3] Nr. 1439–1442.

[4] Vgl. Nr. 1444.

[5] Vgl. Nr. 1441.

[6] Nr. 1444.

1446. Eisendecher an Hertling

Karlsruhe, 14. März 1918

Die Tagung der badischen Kammern nahm bisher einen ziemlich friedlichen Verlauf. Im Oberhause hat ein vornehmer Ton stets vorgeherrscht, während die Herren Volksvertreter früher bisweilen harte Kämpfe ausfochten und der Regierung manche schwere Stunde bereiteten. Die harte Kriegszeit brachte darin wesentliche Besserung.

Von allgemeinerem Interesse scheint vornehmlich die Etatberatung betreffend das Ministerium des Innern, weil dabei Kriegslage und Streik zur Sprache kamen und Staatsminister Freiherr v. Bodman die kritischen Äußerungen besonders der Sozialdemokraten eingehend beantwortete. Er tat das mit seltener Ruhe, Sachlichkeit und gründlichster Geschäftskenntnis.

Vorlage der Amtlichen Berichte über die Etatberatung.[1]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 16, masch. Ausf.; Marg.: „R. A. I., M. d. I. 19./3."

[1] 28. Sitzung II. Kammer vom 20. Febr. 1918, in: Amtliche Berichte, Nr. 33 vom 27. Febr. 1918; 29. Sitzung II. Kammer vom 21. Febr. 1918, in: Amtliche Berichte, Nr. 34 vom 1. März 1918; 30. Sitzung II. Kammer vom 22. Febr. 1918, in: Amtliche Berichte, Nr. 35 vom 4. März 1918; 31. Sitzung II. Kammer vom 27. Febr. 1918, in: Amtliche Berichte, Nr. 36 vom 7. März 1918; 32. Sitzung II. Kammer vom 28. Febr. 1918, in: Amtliche Berichte, Nr. 37 vom 11. März 1918.

1447. Stellvertretendes Generalkommando des XIV. Armeekorps an das Kriegsamt

Karlsruhe, 28. März 1918

Die glänzenden Waffenerfolge auf dem westlichen Kriegsschauplatz[1] haben die gewaltige Spannung, unter deren Druck die gesamte Bevölkerung schon seit Wochen lebte, mit einem Ruck beseitigt. Wie ein frohes Aufatmen geht es durch alle Kreise, groß ist die Freude und Genugtuung über das in den wenigen Tagen Erreichte, und zuversichtlich blickt man dem weiteren Lauf der Dinge entgegen. Überall, wo der Krieg schwer auf der Bevölkerung lastet, erwartet man von der deutschen Westoffensive in nicht zu ferner Zeit einen ehrenvollen Frieden. Und während die letzten kriegerischen Ereignisse im Osten fast gleichgültig aufgenommen wurden, werden die Waffentaten im Westen von der heimatlichen Bevölkerung in ihrer ganzen Bedeutung gewürdigt und miterlebt. Nicht unwesentlich trägt hierzu die Tatsache bei, daß dieses Mal durch die ausführlichen amtlichen Ergänzungen zu den Heeresberichten auch die kleinen Zeitungen in der Lage sind, ihren Lesern ein zuverlässiges und zugleich fesselndes Bild von Einzelheiten im Fortgang der Operationen zu geben. Die Beendigung der Kampfhandlungen im Osten[2] hat eine stille Befriedigung ausgelöst. Wenn der Abschluß des Friedens nirgends laute Freude hervorrief, so liegt es daran, daß die Bevölkerung immer noch befürchtet, die Regierung der Bolschewiki sei nicht genügend gefestigt und gesichert, und der Friede könne vielleicht nicht von Dauer sein und russischerseits nicht eingehalten werden. Im Hinblick auf die Verworrenheit der russischen Zustände wird daher auch allgemein verstanden, daß unsere Truppen bis zum Abschluß des allgemeinen Friedens nicht aus den besetzten Gebieten zurückgezogen werden. Im übrigen hat

die Offensive im Westen die Erörterung über die östlichen Fragen in den Hintergrund treten lassen.

Die gute Stimmung wurde teilweise gedrückt durch den „Fall Daimler", der einen sehr schlechten Eindruck machte. Man hörte sagen, der Krieg gehe so lange weiter, als die Riesengewinne derartiger Firmen nicht aufhörten. Die Bevölkerung erwartet und verlangt rücksichtsloses Einschreiten der Militärbehörden in derartigen Fällen. Die Offensive löschte dann aber das Interesse an diesem Fall aus, ebenso an der Angelegenheit der Veröffentlichungen des Fürsten Lichnowsky.[3] Wenn die Aufmerksamkeit nicht abgelenkt worden wäre, hätte übrigens dieser letztgenannte Fall recht unangenehm werden können. Nicht so sehr durch den Inhalt der Denkschrift – den die Presse des Korpsbezirks mit Ausnahme der sozialdemokratischen Mannheimer „Volksstimme" einmütig zurückwies –, als vielmehr durch die bis weit in die gutgesinnten Kreise hierin verbreitete Anschauung, daß der Verfasser nicht scharf genug angefaßt worden sei.

Mit Rücksicht auf die 8. Kriegsanleihe werden Stimmen laut, die verlangen, daß schon jetzt für die Tilgung der Anleihen Sorge getragen werden müsse. Sonst würden die Summen derart anschwellen, daß eine Deckung nicht mehr möglich sei. Es wird verlangt, daß besonders die Aktiengesellschaften mit Riesengewinnen herangezogen werden. Würde eine scharfe Besteuerung dieser Gesellschaften erst nach dem Kriege stattfinden, dann würde durch die ungeheu[e]ren Abschreibungen, Neubauten etc. der Gewinn rechnerisch nicht mehr festzustellen sein und infolgedessen dem Zugriff des Steuerfiskus entzogen werden. Ein Gewährsmann berichtet von einem Gerücht, demzufolge die Hälfte aller Privatvermögen zur Deckung der Milliardenschulden herangezogen werden solle. Zu diesem Zwecke wolle man auch die Sparkassenguthaben verwenden. Deswegen ist ein Teil der Bevölkerung bestrebt, das Geld im Hause zu verstecken, was auf die Zeichnung der achten Kriegsanleihe in jener Gegend von nachteiliger Wirkung sein könne. Es wird Aufgabe der Kriegsanleihe-Werbearbeit sein, diese Bedenken zu zerstreuen.

Noch immer herrscht rege Erbitterung über die Preissteigerungen bei den Gegenständen des täglichen Bedarfs, für die häufig die Kriegsgesellschaften verantwortlich gemacht werden. So wurde z. B. der Reichsbekleidungsstelle in der Presse und in einer Sitzung der Zweiten Kammer des Badischen Landtags der Vorwurf gemacht, sie habe in Baden zu Wucherpreisen Kleider aufgekauft.

Auf dem Lande bildet den Hauptgegenstand der Besorgnis nach wie vor die Leutenot. Die Bauern fürchten *die Entlassung der russischen Gefangenen, insbesondere der Ukrainer, die teilweise* seit Jahren bei ein und demselben Landwirt beschäftigt *sind und* sich als tüchtige und zuverlässige Arbeiter erwiesen haben. *Man sorgt sich um die* Stellung geeigneten und vollgültigen Ersatzes, um so mehr, als den an sich berechtigten Wünschen nach Beurlaubung von Soldaten zur Frühjahrsbestellung infolge der gegenwärtigen Kriegslage nicht in dem nötigen Umfange stattgegeben werden kann. Trotz einer beruhigenden Erklärung, die der badische Staatsminister Fr[ei]h[er]r v. Bodman im Badischen Landtag abgab, dauert die Besorgnis über die Entlassung der russischen Kriegsgefangenen an. *Daher wäre* eine entsprechende Pressenotiz von militärisch-amtlicher Seite dringend wünschenswert. Überall herrscht ein erheblicher Mangel an männlichen Arbeitern. Die starke Entziehung der Arbeitskräfte wirkt auf die bäuerliche Bevölkerung sehr niederdrückend und verstimmend. *Den Aufforderungen zur Produktionssteigerung* wird mit dem Vorwurf begegnet, daß man der Landwirtschaft immer nur nähme, zugleich

aber die Möglichkeit zu weiterer Erzeugung unterbinde und verringere. Die Bauern fühlen sich benachteiligt gegenüber der Industrie, wo ohne weiteres auch k[riegs]-v[erwendungsfähige] Leute reklamiert werden. *Es* wird auch die Entlassung der alten Landsturmjahrgänge immer wieder dringend gefordert.

Zudem herrschen in landwirtschaftlichen Kreisen Erbitterung und Besorgnis wegen der zu starken Eingriffe in den Viehbestand. Klagen über die Abgaben von jungen trächtigen Tieren, ebenso von jungen Schweinen, nehmen überhand. In einigen Gegenden wird die regelmäßige Bestellung der Felder durch den Rückgang von Zugtieren in Frage gestellt. [...] Landwirte sagen voraus, daß im kommenden Spätjahr ein bisher nicht dagewesener Mangel an schlachtreifen Schweinen eintreten wird. [...]

Die Ernährungslage der städtischen Bevölkerung ist im allgemeinen unverändert: Die Rationen sind knapp, aber ausreichend. Die Stimmung wird demgemäß nicht in dem gleichen Maße als früher von den Ernährungsfragen beeinflußt. *Bei der Fleischversorgung in den* größeren Städten mußte bis auf 200 Gr[amm] und weniger wöchentlich heruntergegangen werden. In den mittleren Städten und insbesondere auf dem Lande ist die Fleischration entsprechend niedriger.

Zwischen der badischen Regierung und den Fachverbänden des Gasthofgewerbes wird um eine Neuordnung der Belieferung von Gasthöfen, Fremdenheimen und Sanatorien verhandelt, die wegen der energischen Bekämpfung des Schleichhandels erforderlich wurde. Die Fachvertretung wendet sich gegen die Kontingentierung des Fremdenverkehrs, *wünscht die Errichtung eines Verteilungsamts für das Hotelgewerbe und die Einführung einer „Reichsgastkarte"*. Bei der jetzt weniger ungünstigen Ernährungslage kommt den Massenspeisungen nicht mehr jene hohe Bedeutung zu wie im Vorjahr. Die städtische Kriegsküche in Karlsruhe gibt z.B. gegenwärtig nur noch 2000 Liter Essen täglich ab gegen 8500 im letzten Jahre.

In Karlsruhe hielten die Landesverbände der Gewerkschaften aller Richtungen, die Beamten- und Lehrervereine sowie sonstiger Konsumentenorganisationen eine sogen[annte] „Badische Verbrauchertagung" ab, um, wie in der Eröffnungsansprache gesagt wurde, die Behörden auf die herrschende Stimmung im Volke hinzuweisen und gangbare Wege zu zeigen, um aus den Nahrungsmittelschwierigkeiten herauszukommen. Die Redner fanden scharfe Worte gegen Schleichhandel und Wucher, unter denen die Veranstalter der Tagung – die Festbesoldeten – naturgemäß am meisten leiden. In einstimmig angenommenen Leitsätzen wurde unter anderem gefordert „planmäßige Lebensmittelerzeugung, Anbauvorschriften für die wichtigsten Früchte, Einschränkung der Schweinehaltung, dagegen Erhaltung des Rindviehbestandes im Interesse der Milchproduktion: die Selbstversorgung mit Fleisch ist durch volle Anrechnung der gewonnenen Erzeugnisse und durch Kontingentierung der Hausschlachtungen einzudämmen. Durch strenge Ablieferungsvorschriften für alle tierische Produkte ist für eine angemessene Belieferung der Versorgungsberechtigten Sorge zu tragen. Preissteigerung und Wucher hängen mit dem Schleichhandel und der heute herrschenden Anreizpreispolitik zusammen, ja sind in erster Linie hierauf zurückzuführen. Dem Schleichhandel sind durch Gewährung ausreichender Rationen und durch größere behördliche Fürsorge auf dem Gebiete des Bekleidungswesens nach Möglichkeit die Wurzeln zu nehmen. Der Kampf gegen den gewerbsmäßigen Schleichhandel ist mit größter Rücksichtslosigkeit zu führen. Da die alleinige Fest-

setzung von Höchstpreisen erfahrungsgemäß nicht zur Herbeiführung geordneter Zustände genügt, ist bei allen Gegenständen des täglichen Bedarfs die öffentliche Bewirtschaftung einzuführen. Zur Durchführung von Preisfestsetzungen sind viel schärfere Maßnahmen erforderlich: insbesondere müssen bei Übertretungen viel schärfere Strafen verhängt werden. Beim Zurückhalten von Waren muß unnachsichtlich Beschlagnahme erfolgen. Die Preisprüfungsstellen erfüllen ihren Zweck nicht, weil sie nicht die erforderlichen Befugnisse haben".

Die Stimmung unter der Arbeiterschaft war im Berichtsmonat ruhig. Die vom Generalkommando eingerichtete Aufklärungsarbeit durch Vorträge in den Mannheimer Rüstungsbetrieben nahm ihren Fortgang: ihre Ausdehnung auf Karlsruhe wird gegenwärtig in die Wege geleitet. In den Arbeitgeberkreisen macht sich, wie die Kriegsamtsstelle berichtet, teilweise das Bestreben bemerkbar, unter Ausschaltung der vermittelnden militärischen Stellen unmittelbar mit den Gewerkschaften zu verhandeln.

Klagen über Verrohung der Jugend und jugendlichen Arbeiter betreffen insbesondere die Arbeiterschaft der neueingerichteten, aus der Kriegslage heraus entstandenen Betriebe, die ohne bodenständige Arbeiterschaft sind.

Aus der Parteipolitik ist Bemerkenswertes im allgemeinen nicht zu berichten. Da die sozialdemokratische Mannheimer „Volksstimme" trotz mehrfacher Verwarnungen fortfuhr, aufhetzerische Artikel zu veröffentlichen, in denen Reichsregierung und Oberste Heeresleitung – insbesondere wegen des neuen deutschen Vormarsches im Osten[4] und des Eingreifens in Finnland[5] – in schroffer Weise angegriffen wurde, sah sich das Generalkommando Anfang März genötigt, das Blatt auf drei Tage zu verbieten. Anscheinend hat dieses Verbot eine günstige Wirkung gehabt.

GLA 456/EV 8 Bund 86, masch. Abschrift.

[1] Deutsche Offensive in Frankreich seit dem 21. März 1918.

[2] Vgl. Nr. 1445 Anm. 2.

[3] Lichnowsky, Karl Max Fürst v. (1860–1928), Diplomat, 1912–1914 Botschafter in London, Befürworter eines deutsch-englischen Ausgleichs.

Seine durch Indiskretion bekannt gewordene Denkschrift von 1916, in der er Englands Haltung im Juli 1914 darstellte und die Reichsregierung in der Frage nach der Schuld am Kriegsausbruch belastete, wurde ohne Erlaubnis des Verfassers im Frühjahr 1918 in der Schweiz unter dem Titel „Meine Londoner Mission 1912–14" veröffentlicht. Daraufhin schloß ihn das Preuß. Herrenhaus aus, ein Strafverfahren war im Nov. 1918 noch nicht abgeschlossen.

[4] Vgl. Nr. 1445 Anm. 2.

[5] Entsendung der „Ostsee-Division" nach Finnland (1. April 1918).

1448. Eisendecher an Hertling

Karlsruhe, 11. April 1918

In der ersten Sitzung nach Ostern[1] erfolgte vorgestern in der badischen Zweiten Kammer die einstimmige Annahme der Gesetzesvorlage, welche die bisher geltenden Bestimmungen über die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchlichen Vereine im Staate wesentlich mildert.[2] Damit ist ein Konfliktstoff beseitigt, der seit 1860 vielfach zu heftigen Kämpfen führte. Einigen in der Kommission beschlossenen Änderungen am Entwurf hatte die Regierung zugestimmt. [...]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 10, masch. Ausf.; Marg.: „26./4. Kultus- u. Min. d. Innern".

[1] 40. Sitzung II. Kammer vom 9. April 1918, in: Amtliche Berichte, Nr. 52 vom 15. April 1918.

[2] Durch die Lockerung bisher geltender Bestimmungen über die wissenschaftliche Vorbildung des kath. Klerus war die Zulassung von Ordensgemeinschaften in Baden möglich geworden. Im Juni 1918 erhielt die kath. Kirche durch eine Revision des Stiftungsgesetzes weitere Befugnisse (Vgl. *Stadelhofer* S. 362 ff.; *Schofer*, Klosterfrage S. 44 ff.).

1449. Eisendecher an Hertling

Karlsruhe, 19. April 1918

Presse und Stimmung in Baden zeigen im ganzen andauernd Zuversicht und leidliche Einigkeit in gerechter Bewertung der politischen und militärischen Geschehnisse. Zwar werden die wirtschaftlichen Einschränkungen und die sehr hohen Preise der Lebenshaltung schmerzlich empfunden, aber man trägt sie als unvermeidliche Folgen des langen Krieges mit anerkennenswerter Geduld. Naturgemäß wirken dazu die gewaltigen Erfolge an der Westfront wesentlich mit. Allgemein gilt die Überzeugung, daß wir für einen unsere Zukunft sichernden Frieden weiter kämpfend durchhalten müssen, solange die Gegner jede Verständigung abweisen, aber die Hoffnung baldiger siegreicher Entscheidung wächst sichtlich im Volke. Allmählich verschwindet dabei das Angstprodukt vom letzten Sommer, die unglückliche Friedensresolution der Reichstagsmehrheit, in der Versenkung; sogar die badischen Zentrumsleute scheinen von ihrem bisher eifrig verteidigten Freunde Erzberger etwas abzurücken, und auch die „Genossen" im Lande bekehren sich teilweise zu der Einsicht, daß wir doch wohl berechtigt sind, angesichts der Kriegslage und des feindlichen Vernichtungswillens einige Bürgschaften zu verlangen. Extreme Anschauungen von rechts und links treten erfreulicherweise hier immer weit weniger hervor als im Norden, sie gewinnen daher nur geringen Einfluß auf Presse und Kammern, deren Verhandlungen, besonders auch dank der versöhnlichen Haltung der Regierung, einstweilen ohne erhebliche Reibungen verlaufen. Wie schon früher gemeldet, schreibt der Historiker der Technischen Hochschule Professor Böhtlingk gern stark alldeutsch gefärbte Artikel im „Karlsruher Tagblatt", so erschienen von ihm unlängst eine ganze Reihe kräftig unterstrichener, seines Erachtens unerläßlicher Friedensforderungen, die namentlich mit England gehörig abrechnen. Dasselbe Blatt bringt ab und zu kritische Korrespondenzen seines früheren Pariser Mitarbeiters über französische Zustände. Von den sozialdemokratischen Zeitungen steht die Mannheimer „Volksstimme" den „Unabhängigen" am nächsten. Der Redakteur, ein nicht ungewandter galizischer Jude[1], soll sensationelle Gerüchte mit Vorliebe aufnehmen, ein solches war jetzt aus dem „Vorwärts" abgedruckt, es betraf den verstorbenen Großherzog von Mecklenburg-Strelitz[2] und die Fürstin Pless.[3]

Der persönlich allgemein geachtete und politisch gemäßigte sozialdemokratische Führer und Abgeordnete Kolb ist soeben einem längeren Leiden erlegen.[4] Der von ihm geleitete „Volksfreund" widmet ihm einen warmen, eingehenden Nachruf.

Das gute Verhältnis der Zivilbehörden zum stellvertretenden Generalkommando wurde seither nicht gestört, man arbeitet einträchtig und zweckdienlich zusammen.

Ziemlich alle größeren Zeitungen beklagen lebhaft den Rücktritt des Grafen Czernin und die schwierige wirtschaftliche und innerpolitische Lage Österreich-Ungarns, aber scharfe Kritiken werden dabei verständigerweise tunlichst vermieden. Vom vielbesprochenen Kaiserbrief nimmt man als sicher an, daß der vom französischen Ministerpräsidenten veröffentlichte Text gefälscht sein müsse, wo aber diese Fälschung stattgefunden hat und ob sie einwandfrei bewiesen werden kann, darüber herrscht noch einiges Dunkel.[5]

Fürst Lichnowskys Denkschrift[6] erfährt fortgesetzt die strengste Verurteilung. Wenn England sie, wie verlautet, massenhaft in Übersetzung herstellen will, so dürfte uns das bei der gegenwärtigen ernsten Bedrohung der britischen Gesamtstellung in Flandern nicht mehr allzuviel schaden. Für jeden Ehrlichen liegt die Schuld am Kriege heute klar zutage, und der vom Fürsten behauptete Friedenswille Englands erfährt namentlich durch die belgischen Gesandtschaftsberichte[7] die denkbar schlagendste Widerlegung. Von der hiesigen militärischen Zensurstelle wurde mir ein vortrefflicher Auszug aus diesen Berichten mit verbindendem Text überlassen, der, von Dr. Ernst Sauerbeck[8] in Basel verfaßt und dort erschienen, ungewollt als beste Antwort auf die Schrift des Fürsten die konsequente Einkreisungs- und Kriegspolitik der britischen Machthaber deutlichst hervortreten läßt. Ich darf das nützliche, bei uns wohl noch wenig bekannte kleine Buch hier gehorsamst anschließen, es verdient alle Beachtung und könnte manchen Irrglauben der feindlichen und neutralen Völker wirksam beseitigen, wenn es gelänge, gute Übersetzungen überall zu verbreiten. Beim Durchlesen sagt man sich unwillkürlich, daß die belgische Regierung, sofern sie wirklich neutral sein wollte, eigentlich allen Anlaß gehabt hätte, aufgrund der Berichte ihrer Vertreter in Berlin, London und Paris die Westmächte rechtzeitig und eindringlich zu warnen, anstatt dessen traf sie bekanntermaßen schon 1906 in heimlicher Parteinahme für die uns feindliche Koalition höchst unneutrale militärisch wichtige Verabredungen mit England und wohl auch mit Frankreich.

Über die Hilfe der Vereinigten Staaten denkt man hier ziemlich skeptisch und meint vielfach, – ich möchte glauben mit Recht – daß die sogenannte amerikanische Neutralität für die Entente günstiger gewesen sei als die Beteiligung am Kriege. Der allmächtige Präsident wird seine militärischen- oder Schiffsraumversprechungen schwerlich erfüllen und auch fernere finanzielle Unterstützung nur in erheblich beschränktem Maße gewähren können. Man darf deshalb vielleicht auf ein gründliches Versagen der amerikanischen Kriegspolitik hoffen.

In der Frage der preußischen Wahlreform[9] vertritt die Mehrheit der öffentlichen Meinung hier entschieden den Standpunkt, daß das gleiche Wahlrecht durchgeführt werden müsse, daß aber von dem dazu eventuell nötigen Radikalmittel einer Auflösung im Kriege besser abzusehen sei. Von Fliegerbomben blieb Karlsruhe in letzter Zeit – vermutlich wegen des Offiziersgefangenenlagers – verschont. Das Lager ist beiläufig voll besetzt mit Engländern, Portugiesen und Franzosen, die untereinander so gut wie gar nicht verkehren. Der sehr tüchtige Kommandant sagte mir, daß der einzige gefangene General, ein Engländer, bei ihm über achtungswidriges Benehmen der jüngeren Offiziere geklagt habe.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 15, masch. Ausf.; Marg.: „An die Zentralstelle für Auslandsdienste (Herrn Legationsrat v. Hahn)".

[1] Harpuder, Heinrich (geb. 1882), Redakteur der „Volksstimme" in Mannheim 1911–1933.

[2] Adolf Friedrich VI. von Mecklenburg-Strelitz (1882–1918), seit 1914 Großherzog.

[3] Pless, Mary-Theresa Olivia Cornwallis-West Fürstin von (1873–1943), geb. De La Warr.

[4] 18. April 1918 (Vgl. Nr. 1450).

[5] Außenminister Czernin sondierte im März 1917 über den Schwager des österr. Kaisers, Sixtus von Parma, die Möglichkeit eines Friedens mit den Alliierten. In seinem Brief akzeptierte er gegenüber der franz. Regierung die Wiederherstellung Belgiens und Serbiens sowie die „gerechten französischen Ansprüche" auf Elsaß-Lothringen (Gedr. *Schultheß* 1918 II S. 796f.).

[6] Vgl. Nr. 1447 Anm. 3.

[7] *Belgische Aktenstücke.*

[8] *Sauerbeck*, Ernst: Die Großmachtpolitik der letzten 10 Friedensjahre im Licht der belgischen Diplomatie (Geschichte der Einkreisung). Eine kritische Zusammenstellung der Brüsseler Gesandtschaftsberichte mit einleitendem und verbindendem Text, Basel 1918.

[9] Am 13. April 1918 beendete der Verfassungsausschuß des Preuß. Abgeordnetenhauses seine viermonatigen Verhandlungen (Vgl. Nr. 1431 Anm. 5).

1450. Eisendecher an Hertling

Karlsruhe, 23. April 1918

Die Beisetzung des verstorbenen sozialdemokratischen Führers, Abgeordneten und Stadtrates Wilhelm Kolb erfolgte gestern unter allgemeinster Beteiligung. Der von ihm bisher geleitete „Volksfreund" widmet der eindrucksvollen Feier eine ganze Seite, und auch andere Zeitungen schreiben darüber in einmütiger Anerkennung der Tätigkeit des begabten und geachteten Mannes.

Für die Partei sowohl wie für die badische innere Politik überhaupt ist Kolbs Tod ein großer Verlust, denn er verstand maßzuhalten und versöhnlich zu wirken. In ganz kleinen Verhältnissen aufgewachsen, erweiterte er seine Kenntnisse und Bildung selbst mit eisernem Fleiß und wuchs allmählich heran zu einem einflußreichen, redegewandten Politiker, dem alle Parteien ihre Achtung nicht versagten.

Ew. Exz. darf ich den Bericht des „Volksfreund"[1] und der „Karlsruher Zeitung"[2] über die Bestattungsfeier hierneben gehorsamst vorlegen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 15, masch. Ausf.

[1] 22. April 1918.

[2] Nr. 93 vom 23. April 1918.

1451. Eisendecher an Hertling

Karlsruhe, 8. Mai 1918

Die Beratung der verschiedenen Anträge, welche Verfassungsänderungen betreffen, wurde gestern in der badischen Zweiten Kammer beendigt. Den Bericht der „Karlsruher Zeitung"[1] über das Ergebnis der Abstimmungen darf ich umseitig gehorsamst anschließen und den Bericht der Verfassungskommission[2] beifügen.

Der wichtigste Antrag, die Einführung der Verhältniswahl, fand nicht die erforderliche Mehrheit von zwei Drittel Stimmen, das Frauenstimmrecht wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, und die von den „Genossen" erstrebte Abschaffung der Ersten

Kammer stand überhaupt nicht ernstlich in Frage. Zu wesentlichen Änderungen wird es also nicht kommen.

Das Redebedürfnis der Herren Abgeordneten dauert an, man könnte sich kürzer fassen, aber anscheinend wird der Landtag seine Arbeit kaum vor Ende des Monats abschließen. Erfreulicherweise wurde im ganzen weiter sachlich und ohne Gereiztheit verhandelt; die Regierung erkennt das dankbar an – hat übrigens auch ihrerseits durch versöhnliches, geschicktes Verhalten besonders dazu beigetragen. Namentlich versteht es der Herr Staatsminister und Minister des Innern, Freiherr v. Bodman, vortrefflich, den Standpunkt der Regierung zu wahren und zugleich doch den Parteien mit höflichen Worten entgegenzukommen. Der einzige unabhängige Sozialdemokrat (Adolf Geck, Offenburg) ließ es bisweilen an dem erwünschten Maßhalten fehlen, und auch von den Mehrheitsgenossen gingen einige etwas weit in ihren kritischen Bemerkungen.

Sehr eingehend verhandelte man über die dritte Denkschrift der Regierung[3] betreffend die Kriegsmaßnahmen, die auch weiter noch im einzelnen besprochen werden. Dabei erfolgten unlängst von sozialdemokratischen und Zentrumsrednern scharfe Beschwerden wegen angeblich grausamer Kurbehandlung nervenkranker Kriegsteilnehmer in den Lazaretten von Hornberg, Triberg und Überlingen. Die Klagen machen Aufsehen, scheinen aber sehr übertrieben; es handelt sich vornehmlich um eine behauptete zu energische Anwendung des elektrischen Stromes. Die zuständige Stelle hat die tadelnden Herren Volksvertreter jetzt aufgefordert, die Lazarette zu besuchen.

Ziemlich lange Debatten entstanden bei Beratung des Gesetzentwurfs über die Fortbildungsschule anläßlich der Frage des Religionsunterrichts; in der Ersten Kammer wird darüber gegenwärtig noch verhandelt. Auch die Milderung der kirchenpolitischen Gesetze führte zu längeren Auseinandersetzungen.[4]

Ernährungssorgen, Wirtschaft, Handel, Verkehr und Industrie im Kriege wurden vielfach eingehend mit der Denkschrift erörtert, und die vermeintlich allzu große Zentralisierung der notwendigen Maßnahmen in Berlin erregten erhebliche Bedenken. Solche traten auch in der hier vielbesprochenen kürzlichen Versammlung der süd- und westdeutschen Handelskammern in Frankfurt scharf hervor, wo Baden mit den Handelskammern von Karlsruhe, Mannheim, Heidelberg, Pforzheim, Freiburg, Konstanz und Lahr beteiligt war.

Bei den großen Geschehnissen unserer Tage sind alle diese Dinge kaum von allgemeinem Interesse, ich glaubte aber doch, kurz vorstehend darüber Meldung erstatten zu sollen. [...]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 17, masch. Ausf.; Marg.: „19./5. R. A. d. Innern, Min. d. Innern".

[1] Nr. 130 vom 8. Mai 1918.

[2] Kommissionsbericht über die Anträge Rebmann, Muser, Kolb, Kopf u. Gen., die Revision bzw. Änderung der Verfassung, die Landtagswahlen, die Einführung der Verhältniswahl für die Wahlen zur Zweiten Kammer und die anderweitige Zusammensetzung der Ersten Kammer unter entsprechender Verstärkung der Zweiten Kammer und das Frauenstimmrecht betr. (Beilageheft 1917/18 S. 155 ff. – Drucksachen Nr. 20 a–c).

[3] *Dritte Denkschrift.*

[4] Vgl. Nr. 1448 Anm. 2.

1452. Stellvertretendes Generalkommando des XIV. Armeekorps an das Kriegsamt

Karlsruhe, 17. Mai 1918

Entsprechend den glänzenden militärischen Erfolgen unserer siegreich im Westen vordringenden Truppen war die Stimmung im Berichtsmonat dauernd gefestigt und zuversichtlich. Das trat nach außen vor allem durch die starke Beteiligung an der 8. Kriegsanleihe in Erscheinung. Schon während der Werbearbeit – die übrigens im Korpsbezirk von Militär- und Zivilbehörden wiederum sehr intensiv betrieben wurde – zeigte sich eine gegenüber früheren Monaten regere Teilnahme und gehobenere Stimmung. Das Zeichnungsergebnis bestätigte dann diesen Eindruck: es übertraf auch im diesseitigen Korpsbezirk dasjenige der 7. Kriegsanleihe beträchtlich, vor allem wurde auch – im Gegensatz zur 7. Anleihe – in ländlichen Kreisen im allgemeinen gut, stellenweise sehr gut gezeichnet. Außerordentlich gut schnitten auch die dem Generalkommando unterstellten Truppenteile ab: gegenüber 46 Millionen bei der 7. wurden für die 8. Kriegsanleihe über 64 Millionen Mark von Militärpersonen gezeichnet. Zu einem guten Teil sind diese Erfolge auch auf die sehr eifrig betriebene Volksaufklärungsarbeit und den vaterländischen Unterricht bei den Truppen sowie auf die planmäßige Werbearbeit unter der Zivilbevölkerung und im Heere zurückzuführen. Große Freude rief überall das glänzende Gesamtergebnis der Kriegsanleihe hervor; zusammen mit den Siegen im Westen belebte und förderte es die allgemeine Stimmung in hohem Maße. Schwer empfunden wurden und werden naturgemäß die vielen Menschenopfer, die die Offensive kostet. An einigen Orten tauchte die Behauptung von unverhältnismäßig hohen deutschen Verlusten auf im Zusammenhang mit einem Gerücht, unsere Feinde hätten große Überschwemmungen verursacht, denen viele deutsche Soldaten zum Opfer gefallen seien. Von den örtlichen Aufklärungsorganen wurde derartigen Redereien in Wort und Schrift nachhaltig entgegengetreten.

Unter der Wucht der kriegerischen Ereignisse finden die politischen Vorgänge fortgesetzt nur wenig Interesse. Selbst die Angelegenheit des Briefes Kaiser Karls[1], die anfänglich großes Aufsehen erregte, trat schon nach kurzer Zeit wieder in den Hintergrund. So peinlich sie auch in weiten Kreisen empfunden wurde, so wenig vermochte sie die allgemeine Stimmung herabzudrücken. Die Bevölkerung hat sich damit abgefunden, daß der Kriegswille und der Zusammenhalt der Entente ohne entscheidenden militärischen Sieg, der allgemein erwartet wird, nicht zu brechen sind. Von der großen Offensive erwartet man diese Entscheidung und den allgemeinen Frieden. Das Vertrauen des Volkes auf die Oberste Heeresleitung ist so groß, daß die Stimmen einzelner, die in den Kampfpausen ein Anzeichen des Scheiterns der Offensive sehen wollten, nicht beachtet wurden und verhallten. Die Ereignisse an der Westfront sind anscheinend auch nicht ohne Einfluß auf die Ansicht über die Kriegsziele geblieben. Der Wunsch, wenn auch nicht territoriale Erwerbungen zu machen, so doch eine Kriegsentschädigung in Geld zur teilweisen Deckung der ungeheuren Reichsschulden zu erhalten, gewinnt immer mehr an Boden. Aus ländlichen Kreisen wird berichtet, daß die von der Front kommenden Nachrichten über das schlechte Vorbild, das an manchen Stellen jüngere Offiziere in Lebensführung geben, verstimmend wirkte. Von älteren Offizieren höre man dagegen durchgehend nur Gutes.

Von der ländlichen Bevölkerung wird der Mangel an Arbeitskräften nach wie vor stark

empfunden. Die Entlassung des Jahrganges 1869 wurde gerade in diesen Kreisen dankbar begrüßt. Dringend gewünscht wird für die Frühjahrsarbeit eine möglichst weitgehende Beurlaubung der landwirtschaftlichen Betriebsunternehmer und ein Entgegenkommen der Heeresverwaltung bei der Überlassung von Pferden für die Feldbestellung. Die Furcht, die Gefangenen als Arbeiter zu verlieren, hat sich etwas besänftigt. Nur liegen Klagen vor, daß viele russische und ukrainische Gefangene sich jetzt, nach den Friedensschlüssen, unverschämt und frei benehmen.

Gegenüber behördlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft ist die Bevölkerung im allgemeinen willfähriger und einsichtiger geworden, wenn auch die Klagen über Eingriffe in die Rechte des einzelnen immer wieder auftauchen. Grundsätzliche Angriffe gegen unsere Ernährungswirtschaft wurden in der Ersten Kammer des Badischen Landtags von seiten eines Großgrundbesitzers erhoben und vom Großh[erzoglich] Badischen Minister des Innern gebührend zurückgewiesen.

Sehr schwierig ist noch immer die Bekämpfung des Schleichhandels. *Auf Werbevorträgen für die Kriegsanleihe* wurden vielfach Klagen laut, daß das Geld für Getreide und andere landwirtschaftliche Produkte erst nach mehreren Monaten ausbezahlt wurde. Die Bauern seien über diese Verschleppung sehr erbost, weil sie vielfach glauben, ein Zwischenhändler habe die Hand im Spiele. Ihm überweise der Staat die Summe, und er bezahle sie nicht aus, um von dem Geld einige Zeit den Zinsgenuß zu haben. Es ist ein Erfahrungsgrundsatz, daß der Bauer um so bereitwilliger abliefert, je eher er zu seinem Geld kommt. Es wäre dringend erwünscht, wenn diesem weitverbreiteten Übelstande abgeholfen würde. [...]

Die Herabsetzung der Brotration für die Selbstversorger hat nur teilweise verärgernd gewirkt, überwiegend wird berichtet, daß *sie* ruhig aufgenommen wurde in der Erkenntnis, daß es sich um eine durch die unbedingte Notwendigkeit gebotene Maßnahme handle. *Klagen der landwirtschaftlichen Bevölkerung wegen der starken Anforderung von Schlachtvieh und darüber,* daß die Abgabe von Vieh ungerecht auf die einzelnen Grundbesitzer verteilt würde, daß insbesondere die größeren Landwirte bei der Abgabe zuwenig in Anspruch genommen würden, werden immer wieder erhoben. Als Ursache wird angegeben, daß die begüterten Landwirte meist mit dem Bürgermeister, dem die Verteilung des abzugebenden Viehs auf die einzelnen Landwirte obliegt, befreundet seien und daher nicht so scharf angefaßt würden.

Lebhafte Besorgnis erregte in der Bodenseegegend das Gerücht von einer angeblich geplanten Zentralisierung der Obstversorgung und der Errichtung einer Zentralstelle in Berlin, von der aus die Obstzuweisung für das ganze Reich zu geschehen habe. *Die Leute fürchten* die Ausschaltung der badischen Obstversorgung, *so daß* ihnen das gute badische Obst zum größten Teil entzogen und daß man ihnen zum Ersatz minderwertiges von der Berliner Zentrale zuweisen wird.

An Schuhwerk herrscht noch immer empfindliche Knappheit *trotz der Neuregelung der Bezugsscheinpflicht,* da die landwirtschaftliche Bevölkerung dem Kriegsschuhwerk im allgemeinen ablehnend gegenübersteht. In den Städten *müssen die Leute* sechs Wochen und länger warten, bis ihre Schuhe in Ordnung gebracht sind.

Der Zuzug von weiblichen Arbeiterinnen zur Landwirtschaft hat zugenommen. Die Aufrufe an die geistlichen Behörden, an das Kultusministerium und die Bekanntmachung in den Zeitungen haben gute Resultate gezeitigt. Insbesondere ist die Agitation

darauf gerichtet gewesen, auch die Landfrauen selbst willig zu machen, sich anbietende Kräfte aufzunehmen.

Die Stimmung der städtischen Bevölkerung wurde durch die Waffenerfolge im Westen merklich gehoben, und die Diskussion über die Ernährungsfragen ist zurückgetreten. Die Ernährungslage selbst ist im Berichtsmonat etwas ungünstiger geworden. Infolge der großen Abgabe von Schlachtvieh an das Feldheer mußte in Baden und Hohenzollern allenthalben die Wochenfleischration für die Bevölkerung wesentlich herabgesetzt werden, auch in den großen Städten und Industriezentren. Sie beträgt in Karlsruhe augenblicklich 125 Gramm und 50 Gramm Wurst; eine gewisse Beunruhigung über dieses sehr geringe Quantum ist unverkennbar, zumal auch die Fettversorgung anhaltend mangelhaft ist.

Die Belieferung mit Kartoffeln war in Baden sehr gut, so wird u. a. in Karlsruhe allen Haushaltungen, welche im Herbst 1917 ihren Winterbedarf von Kartoffeln mit zwei Zentnern für den Kopf mittelst Bezugsschein von auswärts oder durch Zufuhr vom Kommunalverband bis 20. Mai 1918 eingedeckt haben, vom 20. Mai bis 3. August 1918 (Schluß der Kartoffelversorgung) eine weitere Kopfmenge von 75 Pfund guter badischer Kartoffeln abgegeben. Preis 8 Mark für den Zentner. Gemüse ist auch wieder auf dem Markt – wenn auch nur in geringen Mengen.

Eine Verordnung des stellvertretenden Kommandierenden Generals stellte in diesem Monat den Tauschhandel von Lebensmitteln mit ander[e]n Waren des täglichen Gebrauchs unter empfindliche Strafe. [...]

Die Stimmung der Arbeiterschaft ist ruhig geblieben. Die Tatsache, daß in den Mannheimer Rüstungsbetrieben zu den vom Generalkommando veranstalteten Aufklärungsvorträgen in der letzten Zeit ein größerer Zudrang *herrschte*, läßt darauf schließen, daß die deutschen Erfolge im Westen größeres Interesse für die nationalen Fragen auch unter der Arbeiterschaft geweckt haben. *Nach Angabe der hiesigen Kriegsamtsstelle wird der Mangel an weiblichen Dienstboten jeder Art* noch empfindlicher werden, wenn noch weitere Mengen von Dienstboten aus den Landbezirken die Stadt verlassen haben. [...]

Der Gesundheitszustand der Arbeiterinnen hat sich wesentlich verschlechtert. Die Fälle von Tuberkulose bei den Arbeiterinnen und den Kindern mehren sich stark, *und* bei Frauen und Mädchen haben die Geschlechtskrankheiten in letzter Zeit zugenommen. Ältere Personen sind *gegenüber Krankheiten* nicht mehr widerstandsfähig, *und* längere Nachtarbeit *macht* die Frauen nervös und reizbar.

Garnmangel ist nicht nur in volkswirtschaftlicher, sondern auch in volkserzieherischer Hinsicht zu bedauern, weil die Unmöglichkeit, Kleider und Schuhe in Ordnung zu halten, auch das Ordnungs- und Reinlichkeitsgefühl abstumpft.

Bei der verdienenden Jugend und unter den Industriearbeiterinnen haben sich die sittlichen Begriffe derart gelockert, daß der häusliche Friede gestört und die Kindererziehung gefährdet wird. [...]

Aus dem Gebiet der Parteipolitik ist zu erwähnen das Ableben des sozialdemokratischen Abgeordneten Kolb, in dem die badische Sozialdemokratie einen begabten, auf nationalem Boden stehenden Führer verliert.[2]

GLA 456/EV 8 Bund 86, masch. Abschrift.

[1] Karl I. von Österreich (1887–1922), 1916–1918 Kaiser von Österreich (Vgl. Nr. 1449 Anm. 5).
[2] Vgl. Nr. 1450.

1453. Stellvertretendes Generalkommando des XIV. Armeekorps an das Kriegsamt

Karlsruhe, 31. Mai 1918

Die freudig gehobene Stimmung, die im Monat April angesichts unserer erfolgreichen Offensive herrschte, hatte während der Pause in den Kampfhandlungen da und dort an Frische und Zuversichtlichkeit eingebüßt. Noch immer konnte zwar die Stimmung als gut bezeichnet werden, aber Hoffnungsfreudigkeit und optimistische Note hatten merklich nachgelassen. Man fürchtete, daß der Krieg in diesem Jahre nicht mehr zu Ende gehen wird und daß mit einem abermaligen Winterfeldzug zu rechnen sei. Die neuen gewaltigen Erfolge der deutschen Westoffensive haben diese kleinlichen Verstimmungen und Bedenken zurückgedrängt und der allgemeinen Stimmung einen kräftigen Ruck nach aufwärts gegeben. Hörte man vorher mancherorts die Ansicht, die große Offensive sei nur der Kriegsanleihe wegen gemacht worden, seit diese untergebracht, sei auch an der Front wieder Ruhe eingetreten, so ist jetzt die Freude über die neuen Erfolge allgemein. Über die Haltung unseres österreichischen Verbündeten herrscht dagegen unverkennbar Enttäuschung. Aus einer oberbadischen Industriestadt wird z. B. berichtet, daß man dort vielfach glaubt, und zwar im Hinblick auf den Brief des Kaisers Karl von Österreich[1] und auf die Tatsache, daß die erwartete österreichische Offensive ausblieb, Österreich wolle nicht mehr mitmachen.

Ziemlich gleichgültig wurden der Friedensschluß mit Rumänien[2] und die Klärung der Verhältnisse in der Ukraine aufgenommen; dem treulosen Rumänien hätten allerdings weite Kreise einen kräftigen Denkzettel für seine verräterische, hinterlistige Politik gewünscht.

Die Ankündigung der Herabsetzung der Brotration wurde ziemlich ruhig aufgenommen.[3] Es zeigte sich hier der Erfolg der wirtschaftlichen Aufklärungsarbeit: Die Bevölkerung sieht ein, daß die Behörden zu einer derartigen Maßnahme nur unter dem Druck einer eisernen Notwendigkeit schreiten. Noch weniger Enttäuschungen hätte es gegeben, wenn nach dem Friedensschluß mit der Ukraine der natürliche Reichtum dieses Landes nicht so geflissentlich betont worden wäre.

Vielfach tauchen Klagen auf über die schlechte Behandlung unserer Kriegsgefangenen in Frankreich sowie über ein nicht genügend energisches Einschreiten mit entsprechenden Gegenmaßregeln unsererseits. [...] Nachteilige und die Stimmung der Bevölkerung herabdrückende Gerüchte werden noch immer von Urlaubern von der Front eingeschleppt. Das längere Ausbleiben von Fliegerangriffen hat das gern geglaubte Gerücht aufkommen lassen, nach einer Art stillschweigender Übereinkunft unter den Kriegführenden würden Fliegerangriffe auf das Heimatgebiet nicht mehr stattfinden. Diese durch nichts gerechtfertigte Sorglosigkeit ließ ein Nachlassen in der Befolgung der Vorschriften zum Schutz und zur Abwehr von Fliegern beobachten. Durch eine amtliche Warnung wurde dem entgegengetreten, und die gegen Schluß des Berichtsmonats sich häufenden Fliegerangriffe auf das Heimatgebiet zeigten der Allgemeinheit, wie sehr diese Warnung am Platze war.

Wenn auch die Bevölkerung immer mehr zur Einsicht kommt, daß die Zwangswirtschaft eine durch die Verhältnisse gebotene Notwendigkeit ist und sich daher williger als früher der Abgabepflicht unterzieht, so bestehen doch immer noch Bedenken und Schwierigkeiten, besonders wegen der Durchführung der Maßnahmen. Auf diesem

Gebiet ist eine ständige Aufklärungsarbeit dringend notwendig. Daß sie auch Erfolge zeitigt, zeigte *die jüngste* Haferablieferung für das Feldheer, *wo nach besonderen Bürgermeisterversammlungen* die für die freiwillige Ablieferung angemeldeten Mengen in den meisten Bezirken die Erwartungen weit übertrafen. [...] Weit verbreitet und schwer zu beseitigen ist die immer wieder auftauchende Ansicht, daß Baden verhältnismäßig stärker zu Lieferungen herangezogen werde als das benachbarte Württemberg und Hohenzollern. Das Ansehen der mit der Durchführung der Rationierungsvorschriften betrauten Beamten ist in ländlichen Kreisen – so berichtet das Kriegswirtschaftsamt Sigmaringen – ständig im Sinken, weil sie nach Ansicht der Bauern Vollstrecker ungerecht und schädlich empfundener Maßnahmen sind und zugleich als ihre Urheber angesehen werden. Letzten Endes richtet sich die Mißstimmung gegen die Zentrale in Berlin. Die Preise der Kriegswucherer werden auf das Schuldkonto der Regierung gesetzt. Häufig beanstandet wird das angeblich nutzlose Hin- und Hersenden von Waren durch die Kriegsgesellschaften und Zentralstellen.

Unverändert ist die Situation und die Ernährungslage auf dem Land und in den Städten.

Das neue Wirtschaftsabkommen mit der Schweiz, in dem der Kohlenpreis wesentlich heraufgesetzt wird, erregt Befriedigung. Allgemein ist man der Ansicht, man hätte die Preise für die Kohlen schon früher heraufsetzen sollen, zumal die Entente für ihre Kohlen schon lange wesentlich höhere Preise verlangt, als wir jetzt erst fordern. [...]

Die Kohlenversorgung der Industrie hat sich im April und der ersten Maihälfte gegen die Vormonate weiter gebessert, so daß Klagen wegen schlechter Kohlenbelieferung nur noch ganz vereinzelt erhoben werden. Sowohl die Zufuhren sind gestiegen als auch die Bestände (am 1. Mai rund 90000 Tonnen, d[as] s[ind] 12000 t mehr als am 1. April), obwohl sich der Verbrauch gleichfalls gesteigert hat. Die vorhandenen Bestände entsprechen jetzt fast einem Monatsverbrauch. Besonders günstig ist im allgemeinen die Lage der Gas- und Elektrizitätswerke, die zum allergrößten Teil mindestens für einen Monat Vorräte haben, teilweise sogar für längere Zeit. Nur ganz wenige kleine Werke haben geringere Vorräte. [...] Im Hafen Karlsruhe sind in der Zeit vom 1. bis 15. Mai bereits rund 70000 t Brennstoffe eingegangen, während im April rund 96000 t eingingen. Der Jahreszeit entsprechend ist der Bedarf an Hausbrandkohlen nicht sehr groß. Benötigt werden zur Zeit meist nur Herdkohlen und ferner Kohlen für die kleingewerblichen Verbraucher. Die Zufuhr in hierfür geeigneten Kohlen ist aber sehr gering, so daß deshalb seitens der Kommunalverbände lebhafte Klage geführt wird. Es stehen für den Hausbrand fast nur wenig gut geeignete und verhältnismäßig teuere Magerkohlen zur Verfügung, da die Fettkohlen fast ausschließlich für die Industrie und die Eisenbahn benötigt werden. Die angestrebte Bevorratung des Hausbrandes im Sommer für den Winter ist kaum nennenswert gefördert worden. Nur in Koks und Braunkohlenbriketts konnte eine gewisse Bevorratung erfolgen. *Daher hat das badische Ministerium des Innern* Schritte wegen einer verstärkten Anlieferung von Steinkohlen für den Hausbrand beim Reichskohlenkommissar [in] Berlin eingeleitet. [...]

Die Verkehrslage war in letzter Zeit in Baden günstig. Eisenbahnwagen konnten überall in ausreichendem Maß zur Verfügung gestellt werden, auch war die glatte Durchführung des Verkehrs auf den badischen Strecken möglich. *Auf dem Rhein war die Schiffahrt lebhaft.*

Der Beschäftigungsgrad der Rüstungsindustrie kann zur Zeit noch als ziemlich hoch

bezeichnet werden. In der Geschoßbearbeitung war eine größere Verschiebung durch den Mehrbedarf an großen Kalibern notwendig. Die durch den Rückgang der kleinen Kaliber betroffenen Firmen stellen teilweise für größere Kaliber um oder haben einen Ausgleich durch die selbständige Beschaffung von Walzstahl, der vom Wumba nicht ganz erfaßt wird und den Firmen in gewissen Grenzen zur Geschoßbearbeitung freisteht, gefunden. Ein Teil der auf Baden entfallenden Bearbeitungsquote von 10 cm-Granaten 15 konnte jedoch n i c h t untergebracht werden, da viele Firmen infolge der in den letzten Monaten fortwährend schwankenden Zuweisung von Granatrohlingen und bei den jetzt nur noch kurzfristigen Wumbaverträgen eine Umstellung nicht mehr vornehmen wollen. Auch ist dies teilweise wohl auf den immer größer werdenden Mangel an tüchtigen und zuverlässigen Facharbeitern zurückzuführen, der den Firmen eine rasche Umstellung unmöglich macht.

Die Anfertigung der Infanteriemunition hat eine Steigerung erfahren. In der Zünderfabrikation ist trotz der allgemeinen Auftragseinschränkung in der letzten Zeit erhöhte Produktion festzustellen. Dies hat seine Ursachen darin, daß die Firmen jetzt mehr als früher infolge der in Aussicht stehenden Reduktion der Heeresaufträge versuchen, Unteraufträge zu erhalten, und die badische Industrie, insbesondere in der Schwarzwaldgegend, gerade für die Zünderanfertigung besonders geeignet ist. Die Umstellung von Messing- auf Eisenzünder ist im vollen Gang. Seitens des Reichsmarineamts kamen größere Aufträge an U-Boots- und Torpedobootsteilen nach Baden, woraus auch ein Teil der Kleinindustrie durch Unteraufträge Nutzen zog. In der chemischen Industrie ist nach wie vor volle Beschäftigung vorhanden. *Das Kleinhandwerk klagt über zu geringe Eisenzuweisung.* Verhandlungen über bessere Belieferung sind im Benehmen mit dem Landesgewerbeamt eingeleitet. Der Bedarf an Werkzeugmaschinen und sonstigen Betriebseinrichtungen kann im allgemeinen gedeckt werden. Große Nachfrage besteht an Elektromotoren. Da jedoch der Umfang der Stromzuweisung streng rationiert ist, müssen viele Anträge als zur Zeit nicht wichtig zurückgegeben werden.

Bezüglich der Arbeitskräfte besteht nach wie vor großer Mangel an tüchtigen und zuverlässigen Facharbeitern und Vorarbeitern. Die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte hat weiterhin Fortschritte gemacht. Vielfach macht sich aber Abwanderung in die Landwirtschaft bemerkbar. Gefangene können noch mehr verwendet werden. [...]

Es sind in einigen Firmen sehr bedeutende Lohnforderungen (um 20 bis 30%) gestellt worden (Leder-, Holz-, Marmelade- und Metallindustrie), *und zwar* nicht durch die Arbeiterausschüsse der Betriebe, *weil erklärt wurde, daß diese* nicht mehr das Vertrauen der Arbeiter hätten. Es ist dies anscheinend auf den Einfluß derjenigen Elemente zurückzuführen, die mit der jetzigen Organisation der Gewerkschaften und den von dort gegebenen Weisungen nicht einverstanden sind. Die Gewerkschaften haben offenbar zur Mäßigung in betreff Lohnforderungen geraten und von Streiks abgeraten. Besonders gilt das von dem Metallarbeiterverband und den sozialdemokratischen Gewerkschaften, während die christlich-sozialen Gewerkschaften, auch Gewerkschaften der Leder- und Holzindustrie, diese Zeit der Ruhe vielfach zu Propaganda- und Parteizwecken benutzt haben. Im geheimen scheint sich der Einfluß der Gewerkschaften in dieser Zeit besonders auf die Arbeiterinnen ausgedehnt zu haben. Infolgedessen sind es einzelne Gruppen von Arbeitern, welche nun mit den Arbeiterinnen zusammenarbeiten, Unruhe in den Betrieb bringen, Teilstreiks veranlaßt haben und hohe Lohnforderungen stellen, besonders wenn diese Arbeiterinnen in den Betrieben dringend gebraucht werden und nicht entlassen

werden können. Dadurch erklärt sich die Umgehung der Arbeiterausschüsse. Die Firmen waren meist gezwungen nachzugeben, da sich schließlich die Arbeiterausschüsse, wenn auch widerwillig, mit der Vertretung dieser Ansprüche befassen mußten und da scharfe Gegensätze vermieden werden mußten. Auffälligerweise sind Lebensmittelfragen weniger Veranlassung zu Klagen in den Fabriken, sondern nur Klagen über Teuerung im Haushalt – für Kleidung, Schuh[e], Wohnung usw. Ohne Zweifel wird mit Einschränkung der Brotration hieran sich einiges ändern, aber diese Klagen werden voraussichtlich nicht so in Erscheinung treten, da es fraglich ist, ob sie von den Gewerkschaften zu Propagandazwecken ausgenutzt werden. Letzteres hängt von der inneren politischen Entwicklung und den äußeren Erfolgen gegen den Feind ab. Vielfach wurden gelegentlich der Sitzungen des Schlichtungsausschusses Klagen darüber laut, daß Hilfsdienstpflichtigen und besonders Reklamierten in Betrieben bei Lohnforderungen durch Unterorgane mit dem Schützengraben gedroht worden sei, was insbesondere aus dem Feld zurückgekehrte Arbeiter als schwere Schmach empfanden. Die Kriegsamtsstelle hat sich deshalb veranlaßt gesehen, die betreffenden Betriebsleiter über die Unzulässigkeit von Drohungen zu belehren.

Die Stimmung unter den Fabrikarbeiterinnen *ist* nicht einheitlich, *vielmehr* teilweise zuversichtlich und gut, stellenweise aber doch recht gedrückt. Der Grund der Verstimmung war in Überlingen die ungebührliche Behandlung seitens der Betriebsleitung und die hinzukommenden aufreizend wirkenden Lohnkürzungen. Es bedurfte der Vermittlung der Leiterin der Fürsorgevermittlungsstelle, um die Stimmung der Arbeiterinnen wieder in ruhigere Bahnen zu lenken. Daß die Beschwerden vollauf berechtigt waren, hat die Rücksprache mit einzelnen Arbeiterinnen, haben auch die durch das Bürgermeisteramt gemachten Erhebungen ergeben. Die Kriegsamtsstelle in Verbindung mit der Fürsorgevermittlungsstelle wird darauf hinwirken, daß derartiger Stoff zu Ärgernis nicht mehr gegeben wird.

Die vom Generalkommando eingerichteten Aufklärungsvorträge innerhalb der Fabrikbetriebe nehmen in Mannheim ihren planmäßigen Fortgang und sind nunmehr auch in Karlsruhe und Umgebung aufgenommen worden. Sie werden in Mannheim andauernd gut besucht, in Karlsruhe und Durlach nahmen in den bisher besuchten Werken nahezu alle Arbeiter an den Vorträgen teil.

Infolge der Einschränkung der Tabakindustrie fanden von Mitte März bis Ende April verschiedentlich Entlassungen von Tabakarbeiterinnen statt. Die Entlassenen konnten zum Teil in der Landwirtschaft und der Industrie untergebracht werden. [...] Der Gesundheitszustand der arbeitenden Frauen und deren Kinder ist nicht günstig. Täglich hört man von Erkrankungen, von denen sich die Betroffenen wegen Mangel an den nötigen Kräftigungsmitteln kaum erholen können.

Zunehmend macht sich Wohnungsnot bemerkbar. Die Kriegsamtsstelle antwortete auf eine Anfrage des badischen Innenministeriums, daß laut Verordnung des stellvertretenden Generalkommandos vom 13. 6. 17 eine zwangsweise Einquartierung durch die Bezirksämter verfügt werden könne, es sich aber empfehle, möglichst bald eine besondere gesetzliche Regelung zu treffen. Am stärksten ist die Wohnungsnot an Orten mit wachsender Industriebevölkerung und dort, wo Kurgäste Aufnahme finden. Viele Hauseigentümer haben ihre Miete in unverantwortlicher Weise gesteigert. Auch einzelne Zimmer[-mieten] sind um das Doppelte gestiegen. *Verschiedene Baugesuche für Kleinwohnhäuser wurden genehmigt.*

In der Parteipolitik verlief der Berichtsmonat ruhig. Die Sozialdemokraten haben für die durch den Tod ihres Führers Kolb in Karlsruhe-West notwendig gewordene Ersatzwahl zum Badischen Landtag den gleich seinem Vorgänger auf gemäßigtem Standpunkt stehenden Freiburger Redakteur Weißmann[4] als Kandidaten aufgestellt.

In der Zweiten Kammer des Badischen Landtags wurden wiederum Klagen über angebliche Zurücksetzung badischer Soldaten in preußischen Regimentern bei Urlaubsgewährung vorgebracht.

GLA 456/EV 8 Bund 86, masch. Abschrift.

[1] Vgl. Nr. 1449 Anm. 5.
[2] Friede von Bukarest vom 7. Mai 1918 zwischen Rumänien und den Mittelmächten.
[3] Vgl. Nr. 1452.
[4] Weißmann, Anton Joseph (1871–1945), 1911–1919 Redakteur in Freiburg, SPD, MdL 1918–1933.

1454. Eisendecher an Hertling

Karlsruhe, 9. Juni 1918

Die Wahl des Zentrumsabgeordneten und Freiburger Rechtsanwaltes Fehrenbach zum Präsidenten des Reichstages[1] wird hier als ein Zeichen allgemeinen Vertrauens zu dem engeren Landsmann mit Befriedigung begrüßt. Man hört nur günstige Urteile über seine Fähigkeiten und erwartet, daß er des wichtigen hohen Amtes gerecht und erfolgreich walten werde. *Vorlage eines Artikels der Badischen Presse.*[2]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 125 Bd. 10, masch. Ausf.; Marg.: „v. S. M. 18./6."

[1] 8. Juni 1918.
[2] Nr. 262 vom 8. Juni 1918.

1455. Stellvertretendes Generalkommando des XIV. Armeekorps an das Kriegsamt

Karlsruhe, 3. Juli 1918

Es ist unverkennbar, daß die gute allgemeine Stimmung, von der in den letzten Berichten gesprochen werden konnte, im abgelaufenen Monat sich nicht mehr auf dieser Höhe hielt. Sie hat einer gewissen Stumpfheit Platz gemacht, und mancherorts ist eine bedauerliche Resignation zu beobachten. Der Ursachen dafür sind es mancherlei: In erster Linie herrscht in weiten Kreisen ernste Sorge, weil man befürchtet, daß der Krieg in diesem Jahre nicht mehr zu Ende gehen und daß der kommende Winter für Heer und Heimatbevölkerung besonders schwer werden wird. Das Eingreifen der Amerikaner auf dem westlichen Kriegsschauplatz ruft ernste Befürchtungen wach. Man hatte gehofft, daß es den deutschen U-Booten in größerem Umfange gelingen werde, den Transport amerikanischer Soldaten nach Europa zu verhindern, und ist nun beunruhigt, wenn man liest, daß schon 900000 Amerikaner in Frankreich stehen und daß die erste Million bald voll sein wird. Nicht ohne Eindruck bleiben auch die Reden der feindlichen Staatsmän-

ner, daß die U-Bootkrise für die Entente nunmehr überwunden sei, da die Zahl der Schiffsneubauten die Versenkungen überschritten habe. Wenn dann die Bevölkerung von der reichen Beute an Nahrungsmitteln und Ausrüstungsgegenständen liest, die unser[e]n Truppen bei Offensivvorstößen in die Hände fallen, und wenn sie sieht, daß die kriegsgefangenen Engländer und Franzosen immer noch reichliche Sendungen an Lebensmitteln aus ihrer Heimat empfangen, ist sie leicht geneigt zu glauben, daß der U-Bootkrieg die Feinde tatsächlich auch nicht in die von uns erwarteten wirtschaftlichen Schwierigkeiten gebracht hat. Wenn es möglich wäre, über diese Dinge eine beruhigende amtliche Pressenotiz zu veröffentlichen, so würde dies sicher von guter Wirkung sein. Die Frage, ob wir wirtschaftlich ein weiteres Kriegsjahr durchhalten können, wird überhaupt viel erörtert, und es ist einleuchtend, daß sie angesichts des immer empfindlicher werdenden Mangels und der Entbehrungen auf allen Gebieten viel Beunruhigung schafft. Es kommt dazu, daß auch die Offensive im Westen nicht so verläuft, wie es sich der Heimstratege im stillen Kämmerlein zurechtgelegt hatte und manches andere. Die Verluste der badischen Regimenter bei der letzten Offensive, die Nachrichten aus Österreich-Ungarn über den Mißerfolg der Piave-Offensive (so wird das Ergebnis dieser Operation allgemein angesehen!) und über die Ernährungsschwierigkeiten, die recht schwierige eigene Ernährungslage – Verkürzung der Brotration, Aussicht auf fleischlose Wochen! –, das alles sind Momente, die niederdrücken.

Daß auch die in der letzten Woche des Berichtsmonats besonders häufigen Fliegerangriffe auf badisches Gebiet nach dieser Richtung wirken, liegt auf der Hand. Es bedeutet eine starke Belastungsprobe für die Nerven der Bevölkerung dieser Städte, wenn – wie das z. B. in Karlsruhe während der letzten Woche des Berichtsmonats der Fall war – fast Tag für Tag oder Nacht für Nacht Fliegeralarm ist und die Leute stundenlang in den Kellern sitzen müssen. Für die Arbeiterschaft der Rüstungsbetriebe, beispielsweise der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken in Karlsruhe, die häufig das besondere Angriffsziel der Flieger sind, sind diese Angriffe natürlich besonders beunruhigend. Daß die Arbeiterschaft gerade dieser Betriebe bei Angriffen und Alarmen im allgemeinen gute Disziplin zeigt, verdient besonders hervorgehoben zu werden. Was etwa noch zur Verbesserung des Heimatluftschutzes getan werden könnte, sollte geschehen, damit die Feinde ihr Ziel, die Nervenkraft der Heimatbevölkerung systematisch zu zermürben, nicht doch noch erreichen.

Mit der Aufzählung dieser ungünstig wirkenden Einflüsse soll nicht gesagt werden, daß die Stimmung durch sie etwa ausgesprochen schlecht oder beunruhigend wäre. Aber sie ist – zum mindesten für den Augenblick – vielerorts stumpf und gleichgültig. Neue Waffenerfolge werden sie wohl bald wieder auffrischen, und stimmungsfördernde Aufklärungsarbeit wird das Ihrige beitragen müssen. Die Tatsache, daß das Vertrauen zur Obersten Heeresleitung nach wie vor fest und unerschütterlich ist, berechtigt zu dieser Hoffnung. Allerdings müßten Fehler in der politischen Regie, wie sie durch die aufsehenerregende Rede[1] des Staatssekretärs v. Kühlmann im Reichstag gemacht wurden, künftig unter allen Umständen vermieden werden. Auch wenn man ihre Wirkung nicht überschätzt, – die Fülle der Zeitereignisse läßt ja fast alles, auch Ministerreden, rasch vergessen! – muß gesagt werden, daß sie nur geeignet sind, die Volksstimmung herabzudrükken. Der in der militärischen Lage begründete und von militärischer Seite immer wieder betonte Glaube an den Endsieg der deutschen Waffen darf dem Volke nicht durch Ministerreden erschüttert werden!

Der schlechte Eindruck, den die Verhältnisse in Österreich-Ungarn auf die Bevölkerung machen, wurde bereits kurz gestreift. Man ist der Meinung, daß die österreichische Regierung an den augenblicklichen Ernährungsschwierigkeiten selbst schuld sei und war natürlich erbost darüber, daß Deutschland, das selbst die Brotration herabzusetzen gezwungen war, den Bundesgenossen mit Brotgetreide aushalf. Daß dieses Getreide bis zum 15. Juli wieder zurückgeliefert wird, will niemand glauben. Die amtliche Versicherung, daß dieses Getreide den Heeresbeständen entnommen worden sei, hat wenig beruhigt, denn man sagte sich, daß, falls es nicht zurückfließe, es schließlich doch aus den Vorräten für die Bevölkerung ersetzt werden müsse. Über die ständigen innerpolitischen Streitereien in der Donaumonarchie herrscht ebenfalls Unwille, und in dem Piave-Unternehmen sieht man – trotz aller anderslautenden Pressekommentare – einen glatten Mißerfolg der österreichischen-ungarischen Waffen.

Auch in diesseitigem Korpsbezirk tritt die Influenza als „spanisches Fieber" häufig auf; Gerüchte über Massenerkrankungen, die in Berlin und anderwärts im Reich vorgekommen sein sollen, sind weit verbreitet.

Die von süddeutschen Industrie- und Handelskreisen ausgehende wirtschaftliche „Los von Berlin"-Bewegung wird auch in Baden begrüßt. Je größer die räumliche Entfernung von Berlin ist, desto schwerer wird naturgemäß von der Industrie die Zentralisation in der Reichshauptstadt empfunden. Das gilt insonderlich für die süddeutschen Bundesstaaten. Immer wieder wird auch gegen die Zentralstellen der Vorwurf über allzu langes Lagern der beschlagnahmten und enteigneten Waren erhoben. Es wäre ratsam, solche Vorräte entweder möglichst rasch ihrem Bestimmungsort zuzuleiten oder sie baldigst freizugeben.

Auf dem Lande verschärft sich die Leutenot. Wegen der Einziehung des Jahrgangs 1900 zum Heeresdienst wurde im Badischen Landtag eine Interpellation eingebracht, bei deren Begründung darauf verwiesen wurde, wie bedenklich es sei, wenn man der Landwirtschaft gerade jetzt, in den Zeiten des landwirtschaftlichen Hochbetriebs, diese wertvollen Arbeitskräfte entzieht, *zumal sich die* Ermattung der Landfrauen *immer mehr bemerkbar mache und* die russischen Kriegsgefangenen immer fauler werden.

Begreiflicherweise ruft das fortwährende Nachschauen und Nachprüfen der Vorräte auf dem Lande mancherlei Erregung [her]vor. Daß die sehr beträchtliche Erhöhung des Haferpreises auf alle jene Landwirte, die Hafer pflichtgemäß rechtzeitig abgeliefert hatten, verstimmend wirken würde, war vorauszusehen. Man befürchtet jetzt, daß im kommenden Wirtschaftsjahre noch mehr mit der Ablieferung zurückgehalten wird als seither. Im übrigen verliefen die militärischen Beitreibungen ruhig und glatt, *wobei bezeichnend ist, daß sich die Abneigung der Bevölkerung* viel weniger gegen die Soldaten als gegen die Vertrauensleute der Reichsgetreidestelle *richtet und die Nachzahlung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts zum Ausgleich der Differenz zwischen den niedrigeren Landes- und den höheren Reichshöchstpreisen für das Heu der Ernte 1917 lange* auf sich warten ließ. Die Lieferer mußten monatelang auf ihr Geld warten und wurden unzufrieden. Die vom *Kriegsernährungsamt zugestandene* sehr erhebliche Sondervergütung für Heu der Ernte 1917, das über die Verpflichtung hinaus freiwillig an das Heer abgeliefert wird, ist in Baden und Hohenzollern *nicht ausgezahlt worden*, weil infolge der zu hohen Belastungen die Solleistungen nicht erfüllt werden konnten. Da wohl nicht mit Unrecht angenommen wird, daß in

Norddeutschland die Anforderungen verhältnismäßig geringer waren und demnach die Sondervergütung dort in vielen Fällen wirksam wurde, fühlt sich die hiesige Landwirtschaft benachteiligt.

Besonders im Bezirk Freiburg-Land verursacht die Aufbringung des Schlachtviehs für die Truppe des Korpsbezirks immer größere Schwierigkeiten. Zum Teil mußte schon auf Milchkühe und Zugtiere gegriffen und zu Enteignungen geschritten werden, Maßnahmen, die unter der Zivilbevölkerung erhebliche Beunruhigungen *hervorriefen. Unwillen erregte ferner*, daß die im rechtsrheinischen Operations- und Etappengebiet stehenden immobilen Truppen, welche auf Feldkost Anspruch haben, pro Kopf und Woche zwölfhundert Gramm Fleisch, also den 8fachen Portionssatz der Zivilbevölkerung erhalten. Das Großh[erzogliche] Ministerium des Innern ist wegen Herabsetzung des Fleischsatzes für diese Truppen bei der stellv[ertretenden] Intendantur vorstellig geworden.

Durch Bestimmung vom 16. Juni wurde die Mehl- und Brotration von 200 auf 160 Gramm herabgesetzt. Prognosen über die Haltung der Bevölkerung sind noch nicht möglich, doch wird sie sich damit abfinden, nachdem die gesamte Presse beruhigende Artikel gebracht hat. *Als Ausgleich soll durch die Kommunalverbände* eine reichlichere Ausgabe von Zucker und eine Verstärkung der Lieferung von Nährmitteln erfolgen. *Diese Sonderzuweisungen müssen bis Mitte August* restlos zur Ausgabe gelangen. Eine verstärkte Belieferung der Brotversorgungsberechtigten mit Kartoffeln darf nicht stattfinden, ist aber auch in Baden wegen unserer letzten außerordentlich guten Kartoffelernte nicht nötig. Baden kann und muß sogar an die Notstandsbezirke in Nord- und Ostdeutschland seinen Kartoffelüberschuß abführen *als Ausgleich, weil es* mit der Ablieferung von Brotgetreide stark im Rückstand geblieben ist. [...]

Mit dem 1. Juni d. J. ist der kleine Grenzverkehr mit der Schweiz gesperrt worden; ob und welche Folgen diese Maßnahme auf Stimmung und Belieferung der hier beteiligten Bevölkerung haben wird, läßt sich im Berichtsmonat noch nicht übersehen. Das Fleisch wird in Baden und Hohenzollern immer knapper, jedoch hofft die Regierung, daß eine Herabsetzung der Fleischrationen nicht notwendig wird, solange die Brotration gekürzt ist. *Während der Fischfang auf dem Bodensee recht ergiebig war, haben Trockenheit und Kühle in diesem Monat* einen Gemüsemangel hervorgerufen. [...] Die Aussichten für [die] diesjährige Obsternte sind infolge der Nachtfröste sehr mäßig; besonders haben Kirschen und Pflaumen gelitten, auch haben Schädlinge und Krankheiten, deren Bekämpfung im Kriege sehr gehemmt ist, dem Obst sehr geschadet. Lebhaften *Unwillen erregte die Obstverteilung in den Großstädten.* Die Leute mußten stundenlang nach Kirschen und Erdbeeren [an]stehen, um dann schließlich doch unverrichteter Dinge wieder abzuziehen. Daß die Hauptschuld *an der geringen Obsternte liegt*, will die Bevölkerung nicht einsehen. [...] Die badische Regierung hat auch bereits eine Heraufsetzung der Höchstpreise erwogen, ist aber der Auffassung, daß der Schleichhandel dann noch schlimmere Blüten treiben würde. *Denn trotz scharfer Bestimmungen sowie* der höchsten Aufmerksamkeit und angestrengtesten Arbeit der Beamten des Kriegswucheramts, der Kommunalverbände usw. blüht der Schleichhandel mehr denn je. Wer einen dicken Geldbeutel hat, kann auch alles haben. Schon beginnt auch wieder der Unfug der hamsternden „Kurgäste", die bereits in die kleinsten Nester eingezogen sind. [...]

Das Ausfuhrverbot der Schweiz auf Mettwurst und Tabakwaren jeder Menge und die erhebliche Verstärkung der schweiz[erischen] Grenztruppen gegenüber Baden haben bei der Grenzbevölkerung starke Erbitterung hervorgerufen. Man ist der Ansicht,

daß die Schweiz nur unter dem Drucke der Ententestaaten dieses Verbot erlassen habe, weil gerade die genannten Gegenstände von den Grenzbewohnern ihren im Felde stehenden Angehörigen zugesandt wurden. Es werden Gegenmaßregeln verlangt, insbesondere ein Ausfuhrverbot für Kartoffeln und Gemüse nach der Schweiz.

Eine ernste Sorge für die Bevölkerung in Stadt und Land bildet die Kleider- und Schuhfrage. Dem Winter sieht man insbesondere auf dem Land, aber auch in Kreisen des städtischen Mittelstandes, mit großer Unruhe entgegen. Diese Kreise machen auch gegen die Altkleidersammlung für Rüstungsarbeiter geltend, daß gerade der Arbeiter heutzutage über sehr erhebliche Mittel verfüge. Es scheint denn auch, daß die Kleiderabgabe in vielen Bezirken nicht das erhoffte Ergebnis haben wird.

Für die Hausbrandversorgung wurde bisher nach Baden fast ausschließlich Koks geliefert, so daß die Befürchtung besteht, es könnten Familien, die nach den vorhandenen Feuerungsstellen auf andere Brennmaterialien angewiesen sind, in große Not kommen. Die Stadt Karlsruhe macht die Bevölkerung darauf aufmerksam, daß auch im kommenden Winter eine ausreichende Versorgung mit Hausbrandkohlen nicht zu erwarten sei und fordert auf, sich mit Holz einzudecken, von dem sie sich einen größeren Vorrat zur Abgabe an die Einwohnerschaft zugelegt hat.

Die Kohlenversorgung der Industrie im Mai und in der ersten Junihälfte kann als ausreichend bezeichnet werden. Klagen sind nur ganz vereinzelt eingelaufen und erstrecken sich mehr auf die Art der gelieferten Brennstoffe als auf das Zufuhrquantum. *Da Koks in großen Mengen vorhanden ist, veranlaßte man zahlreiche Betriebe*, durch Kokszusatz die vorhandenen Kohlenvorräte zu strecken *sowie durch den Einbau von Unterwindfeuerungen Koks und Kohlen zu mischen bzw. minderwertige Brennstoffe zu verwenden.* Elektrizitäts- und Gaswerke sind durchweg gut beliefert, *ihre Vorräte* für 1–2 Monate ausreichend. Die U-Bootlieferanten sind durchweg völlig ausreichend beliefert. Dasselbe gilt von allen Munitionsbetrieben. Auch bei minderwichtigen Betrieben entsprechen die Kohleneingänge durchweg dem Beschäftigungsgrade. Zahlreiche Werke konnten ihre Bestände erhöhen. Die Zufuhren im Hafen Karlsruhe vom 1.–15. Juni betrugen rund 55000 t. [...] Auf Veranlassung der Kriegsamtsstelle sind zahlreiche Betriebe zur Elektri[fiz]ierung ihrer Anlagen übergegangen, besonders in solchen Bezirken, wo überschüssige Wasserkräfte in ausreichendem Maße bei Kraftwerken zur Verfügung standen. Leider sind hier Grenzen gezogen, insofern, als Materialien für die Anschlüsse (Transformatoren, Leitungen, Motore etc.) nur sehr schwer zu beschaffen sind und für kriegswichtige Zwecke reserviert bleiben müssen. Immerhin wurden ganz erhebliche Kohlenmengen [ein]gespart. [...]

Die Verkehrslage auf den badischen Eisenbahnen blieb andauernd günstig, irgendwelche Spannungen und Stockungen sind nicht bekannt geworden. *Angesichts* der Verweisung von Massentransporten auf den Wasserweg wird vielfach geklagt, daß in Württemberg und Bayern die Güter überall anstandslos direkt mit der Eisenbahn versandt werden können. Dadurch seien die Versender *dort* außerordentlich im Vorteil, denn *der direkte Bahnversand sei billiger und beanspruche* auch wesentlich kürzere Lieferfristen. *Deswegen* bestehe die Gefahr, daß die badische Industrie *geschädigt werde und* zahlreiche Aufträge der rheinischen Abnehmer nach Württemberg und Bayern statt nach Baden gehen. *Hierüber laufen* Verhandlungen zwischen der Kriegsamtsstelle und dem württ[em]b[ergischen] und bay[e]r[ischen] Kriegsministerium.

Infolge der reduzierten Futtermenge auf täglich 15 Pfund Heu wird bezweifelt, ob der

Pferdebestand, der ohnedies schon stark an Unterernährung leide, überhaupt noch erhalten werden könne, *um so mehr*, als sowieso schon allgemeiner Fuhrwerksmangel herrscht und auch der Betriebsstoff für Lastkraftwagen sehr sparsam bewirtschaftet werden muß, *ja* für neu zu beschaffende Lastkraftwagen nicht zugeteilt werden *könne*. Ein Ersatz für die Pferde wäre also kaum oder nur in gänzlich unzureichendem Maße zu beschaffen, *das* wird von Industrie und Handel unangenehm empfunden, *weil Württemberg und Bayern* noch überall militärische Entladekommandos *stellen*. Die Ansicht, daß die Württemberger, Bayern, ebenso der Bezirk Frankfurt wesentlich günstiger daran seien wie die Badener, wird vielfach und nicht ohne Grund zum Ausdruck gebracht.

Als Maßnahme gegen die Wohnungsnot *werden landesweit Erhebungen über den Baustoffbedarf und die Wohnbedarfsgebiete durchgeführt.*

Der Beschäftigungsgrad der Rüstungsindustrie kann z. Zt. noch als unverändert hoch bezeichnet werden. Die Geschoßbearbeitung hat insbesondere *bei den größeren Kalibern eine Steigerung erfahren, ebenso die Produktion von Infanteriemunition. Dagegen sind die von den Geschoßfabriken erteilten Aufträge zur Zünderfabrikation* teilweise wesentlich gekürzt oder ganz gekündigt worden. Teilweiser Ersatz wurde durch reichlichere Zuweisung seitens des Wumba-Zünderreferates geschaffen. Die Beschäftigung in U-Boot-Torpedobootsteilen und in der chem[ischen] Industrie ist gleichgeblieben. Besonders groß ist das Interesse an U-Bootsaufträgen. [...]

Die Anträge auf Beschaffung von maschinellen Einrichtungen steigerten sich ganz erheblich. In sehr vielen Fällen wurde festgestellt, daß diese *allerdings* weniger auf eine tatsächliche Notwendigkeit für den momentanen Beschäftigungsgrad im Heeresinteresse als vielmehr auf ein gesteigertes Bedürfnis der Firmen, das jetzt in großer Menge flüssige Geld in Neuanschaffungen für den späteren Friedensbetrieb anzulegen, *zurückzuführen sind. Daher konnten sie größtenteils* keine Berücksichtigung finden.

Gegenüber April wurden im Mai insgesamt 3100 Arbeitskräfte weniger verlangt – 1100 Arbeitssuchende ließen sich weniger vermerken, und 750 Einstellungen erfolgten weniger. Gleichwohl herrscht immer noch großer Mangel an Arbeitskräften aller Art und beiderlei Geschlechts, insbesondere wird in der Rüstungsindustrie der Mangel an gelernten Facharbeitern immer fühlbarer, *so in der Metallverarbeitung und der Maschinenindustrie, in denen ein Großteil der Aufträge unerledigt bleiben mußte. Der Geschäftsgang der Pforzheimer Gold- und Silberindustrie war wie in den Vormonaten* immer noch recht gut, *im Baugewerbe* an mehreren größeren Plätzen günstig: Maurer und Zimmerleute usw. konnten in der erforderlichen Anzahl nicht aufgebracht werden. Im ganzen betrug bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen in Baden im Mai 1918 die Zahl der verlangten Arbeitskräfte 15769 (davon 7647 männliche und 8122 weibliche), denen 10920 Arbeitssuchende gegenüberstanden: eingestellt wurden 6838 Personen.

Die Stimmung der männlichen Industriearbeiter ist nicht schlecht. *Mit Aufklärungsvorträgen wurde* auch in den Karlsruher Betrieben begonnen. Sämtliche Vorträge fanden lebhaftes Interesse: in allen bisher besuchten Fabriken nahmen fast alle Arbeiter an den Vorträgen teil.

Die Lohnbewegung hat sich in den größeren Werken Badens (wie Benz-Mannheim und Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken Karlsruhe) fortgesetzt: die Arbeiter stellen große Lohnmehrforderungen. Über die Verpflegung der Arbeiter liegen keine besonderen Klagen vor. Agitation hat sich besonders bemerkbar gemacht im Holzge-

werbe, in Teilen der chemischen Industrie, unter den Fuhrleuten und in der Textilindustrie; fremdländische Elemente, besonders Schweizer, waren bei der Agitation beteiligt.

Die Stimmung der Arbeiterinnen wird von dem Frauenreferat der Kriegsamtsstelle als gereizt bezeichnet, und zwar hauptsächlich wegen der unzureichenden Lebensmittelversorgung, unter der auch der Gesundheitszustand der Arbeiterinnen notleidet. Die Tuberkulose nimmt fortgesetzt zu. Die ab und zu noch freiwerdenden Tabakarbeiterinnen werden ohne Schwierigkeit in Industrie und Landwirtschaft aufgenommen. Groß ist die Nachfrage nach leicht herstellbarer Heimarbeit für körperlich schwache Frauen. Zwischen Nachfrage und Angebot besteht zur Zeit ein ziemlich guter Ausgleich. Arbeitswillige Frauen finden leicht Aufnahme.

Das Generalkommando veranstaltete wieder eine „Bauernreise" und führte 35 badische Landwirte und Landlehrer in eine Reihe [von] Industriebetriebe[n] der Stadt Karlsruhe, ebenso wurden städtische Anlagen, die der Ernährungsfürsorge der Bevölkerung dienen, besichtigt. Das Geschaute machte auf die Landwirte sichtlich einen tiefen Eindruck. Da während des Aufenthalts der Reisegesellschaft in Karlsruhe ein Fliegerangriff *sowie zwei Fliegeralarme stattfanden*, erhielten die Landwirte auch einen Begriff von dem, was die Bewohner einer Reihe von badischen Städten nach dieser Richtung zu erdulden haben. Bei der Heranziehung überzähliger hilfsdienstpflichtiger Ärzte *in ärztlich unterversorgte, meist ländliche Bezirke* hat sich ergeben, daß alle in Frage kommenden Ärzte sich *dagegen* sträuben. Die Mehrzahl hat ärztliche Atteste über angeblich fehlende gesundheitliche Eignung eingereicht. Da freiwillige Bereitschaft, die (meist in bevorzugten Wohnorten ausgeübte) bisherige Tätigkeit mit der in manchen Fällen beschwerlicheren Landpraxis zu vertauschen, bei keinem Arzt festgestellt werden konnte, muß nun in allen Fällen der gesetzliche Zwang (Aufforderung bzw. Überweisung gemäß § 7 des Hilfsdienstgesetzes) eintreten.

Auf parteipolitischem Gebiet hat sich Bemerkenswertes nicht ereignet. Die Unabhängige[n] Sozialdemokraten hielten in Karlsruhe eine von einigen hundert Personen besuchte öffentliche Versammlung ab, in der der Reichstagsabgeordnete Vogtherr[2] über die gegenwärtige Lage sprach: er erging sich in den bei der Unabhängigen Sozialdemokratie üblichen Redensarten und Vorwürfen gegen die Regierung, ohne Neues zu sagen. Die Versammlung verlief ruhig und ohne Debatte. Eine Landtagsersatzwahl im Wahlkreis Karlsruhe-Weststadt verlief burgfriedlich bei äußerst geringer Wahlbeteiligung: anstelle des verstorbenen sozialdemokratischen Abgeordneten Kolb wurde der Freiburger Redakteur Weißmann, ebenfalls Sozialdemokrat gemäßigter Richtung, gewählt.[3]

Im Badischen Landtag wurde Klage darüber geführt, daß die kriegsministerielle Verordnung, nach der die in außerbadischen Standorten untergebrachten g[arnison-]v[erwendeten] Badener in ihre Heimat zurückversetzt werden sollten, nicht überall durchgeführt werde oder nur sehr langsam vor sich gehe.

GLA 456/EV 8 Bund 86, masch. Abschrift.

[1] In seiner Rede vom 24. Juni 1918 wies Kühlmann Rußland die Hauptschuld am Kriegsausbruch zu und signalisierte England Gesprächsbereitschaft (Sten. Ber. RTG Bd. 313 S. 5607ff.; gedr. *Ursachen und Folgen* II S. 271ff.). Als die Rechte daraufhin Kühlmanns „Defätismus" kritisierte, betrieb die OHL seine Demission, die am 9. Juli 1918 erfolgte.

[2] Vogtherr, Ewald (1859–1923), Redakteur des „Freidenker", 1916 Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, 1917 im Vorstand der USPD, deren Marinereferent, 1918/19 Beigeord-

neter des Staatssekretärs im Reichsmarineamt, später Justizminister in Braunschweig, seit 1922 wieder SPD.

[3] Vgl. Nr. 1453 Anm. 4.

1456. Eisendecher an Hertling

Karlsruhe, 6. Juli 1918

Die badische Zweite Kammer beendigte ihre Arbeit und vertagte sich, um wahrscheinlich im August wieder zusammenzutreten zur Beratung der neuen Steuervorlagen wie zu einer Gedenkfeier anläßlich des hundertjährigen Bestehens der Verfassung.[1]

Man kann die Leistungen des Hauses und namentlich auch den maßvollen Ton der Verhandlungen trotz dem etwas reichlichen Redebedürfnis der Volksvertreter nur anerkennen. Die „Badische Landeszeitung"[2] bringt die gehorsamst angeschlossene Übersicht der Arbeiten. Ich darf dazu bemerken, daß, wie schon gemeldet, auch die preußisch-badische Militärkonvention zur Sprache kam und daß die Großherzogliche Regierung gewisse ihr erwünschte Änderungen in einer Denkschrift befürworten wird. Bewilligt wurde ferner das Gehalt für einen dritten Bundesratsbevollmächtigten, der besonders die wirtschaftlichen Interessen Badens vertreten soll.[3] Auf einen von radikaler Seite gestellten Antrag, betreffend die Mitwirkung der Kammer bei der Instruktion für die Mitglieder des Bundesrats, konnte die Großherzogliche Regierung selbstverständlich nicht eingehen.

Für den verstorbenen sozialdemokratischen Führer und Abgeordneten Kolb wurde der Redakteur des Freiburger Genossenblattes, Weißmann, ohne Gegenkandidaten gewählt, er soll wie sein Vorgänger gemäßigte Anschauungen vertreten.[4]

Die Erste Kammer hat gestern ebenfalls ihre Beratungen vorläufig abgeschlossen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 17, masch. Ausf.; Marg.: „mitg. 13./7. R. A. d. Innern, M. d. I."

[1] Vgl. Nr. 1460, 1461.

[2] Nr. 306 vom 4. Juli 1918.

[3] Am 5. Juni 1918 bewilligte die Zweite, am 8. Juni auch die Erste Kammer die Stelle eines Wirtschaftsbevollmächtigten in Berlin. Die Regierung berief für die Dauer des Kriegs und der Demobilisierung den das Vertrauen der bad. Industrie genießenden Ministerialrat Hermann Fecht (Vgl. *Schäfer* S. 317 ff.).

[4] Vgl. Nr. 1450, 1453 Anm. 4.

1457. Stellvertretendes Generalkommando des XIV. Armeekorps an das Kriegsamt

Karlsruhe, 1. August 1918

Die teilweise gedrückte Stimmung, von der schon im letzten Bericht[1] die Rede war, hat im vergangenen Monat zugenommen und sich auf weitere Kreise ausgedehnt. Der lange Krieg mit all' seinen drückenden Folgeerscheinungen lastet schwer auf der Bevölkerung. Niedergeschlagenheit und Gleichgültigkeit bilden vielerorts die Grundmerkmale der Volksstimmung. Für diesen Tiefstand der Volksstimmung in Stadt und Land ist eine Reihe von Gründen leicht erkennbar:

Die Hauptursache liegt wohl in dem Stillstand der Offensive im Westen, die anfangs mit lebhaftester Spannung verfolgt und mit großer Freude begrüßt wurde, weil man von ihr eine Beendigung des Krieges in diesem Jahre erwartete. Die mit besonderer Heftigkeit angesetzte Gegenoffensive[2] unserer Feinde versetzte die Leute dann in eine nervöse Unruhe, die nun einer Abgespanntheit und der resignierten Einsicht Platz macht, daß aus dem für Herbst erhofften Frieden nichts wird. An den Gedanken, daß ein weiterer Winterfeldzug bevorsteht, kann man sich aber nur schwer gewöhnen. Man liest mit wachsender Besorgnis, daß immer neue Mengen amerikanischer Truppen in Frankreich ankommen und glaubt darin eine – anfangs oft unterschätzte – Gefahr erkennen zu müssen. Hieran knüpfen sich die Befürchtungen, daß bei längerer Kriegsdauer unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten schließlich unüberwindlich werden. Auch die großen Verluste der letzten Offensive, bei der aus kleinen Dörfern kurz nacheinander manchmal drei bis sieben Leute fielen, wirken niederdrükkend. Besonders nachteilig wirken auf die Stimmung der Bevölkerung die Auslassungen der Urlauber, bei denen jede Begeisterung fehlt und bei denen die Sehnsucht nach dem Ende des Krieges allbeherrschend im Vordergrund steht. Von ihren Angehörigen im Felde hören die Leute Berichte über die „vollständig mißglückte Offensive". Solche Reden werden dann von Bierbankstrategen aufgegriffen und, ins Maßlose aufgebauscht, geflissentlich verbreitet. Diese ungünstige Beeinflussung der Stimmung durch Urlauber nimmt ein bedenkliches Ausmaß an. Daher rühren die Gerüchte von der schlechten Kriegslage, die Behauptungen, daß badische Regimenter länger als andere ohne Ablösung im Feuer liegen, die Klagen über mangelnde Ernährung, über schlechte Behandlung und Verpflegung in Feldlazaretten sowie die tadelnden Äußerungen über Offiziere, die sich um das eigene Wohl mehr als um das ihrer Leute kümmerten, und nicht zuletzt die Behauptungen, daß die schlechte Verpflegung im Etappengebiet daher rühre, daß für die Mannschaften bestimmte Nahrungsmittel, vornehmlich Fleisch, unterschlagen und zu hohen Preisen weiterverkauft worden seien. Die Urlauber tragen auch dazu bei, den unverkennbar zunehmenden Partikularismus zu fördern, indem sie lebhaft über schroffe Behandlung und Zurücksetzung in preußischen Truppenteilen Klage führen und sich nicht ihrer süddeutschen Eigenart entsprechend behandelt fühlen.

Durch Soldaten genährt wird auch die schlechte Stimmung gegen die Österreicher, welche als „schlappe Kerls" hingestellt werden und auf die man in letzter Zeit wenig gut zu sprechen ist, besonders seit ihrem Rückzug an der Piave. Hinzu kommt die Mißstimmung über die zerfahrenen innerpolitischen Verhältnisse in Österreich und über dessen wirtschaftliche Krisen, die vielfach die Befürchtung aufkommen lassen, daß Österreich – wie jetzt Rußland – eines Tages militärisch, politisch und wirtschaftlich zusammenbrechen könnte. Die Rede des Grafen Czernin im österreichischen Herrenhause hat die allgemeinen Befürchtungen hinsichtlich der Dauerhaftigkeit des deutsch-österreichischen Bündnisses nicht gerade abgeschwächt. Vielfach wird aus der militärischen Haltung und der wirtschaftlich mißlichen Lage unserer Bundesgenossen der Schluß gezogen, daß Österreich einen Sonderfrieden schließen werde, der uns erheblich schädigen könnte. Auch die ungeklärten Verhältnisse im Osten, die Ermordung des deutschen Botschafters in Moskau[3] und die ständigen Wirren, die den Bestand des Friedens von Brest-Litowsk zu gefährden drohen, tragen ebenso wie die Vorgänge im „fernen" Osten[4] zur Beunruhigung und zu Befürchtun-

gen nicht wenig bei. Daß auch die bekannte Rede des früheren Staatssekretärs v. Kühlmann[5] immer noch nachwirkt und vielen Flaumachern Wasser auf ihre Mühlen leitet, wurde verschiedentlich behauptet.

Zu diesen militärischen und politischen Besorgnissen gesellen sich die wirtschaftlichen Sorgen. Vor allem drückt auf die Stimmung die in den letzten Wochen des alten Wirtschaftsjahres übliche Knappheit an Lebensmitteln und die immer fühlbarer werdende Teuerung auf allen Gebieten, die insonderlich Beamte und sonstige Festbesoldete vor kaum zu überwindende Schwierigkeiten stellt. Die Kürzung der Brotration hätte man sich lieber im letzten Winter gewünscht, wo es noch viel Obst, gute Kartoffeln und wenig Landarbeit gab.

Die immer häufiger werdenden feindlichen Fliegerangriffe auf Städte und Dörfer des Korpsbezirks stellen ebenfalls harte Anforderungen an die Nerven der Bevölkerung. Allgemein ist der Ruf nach einer Verbesserung des Heimatluftschutzes, insbesondere durch Vermehrung der Kampfstaffeln. In dem im Berichtsmonat wiederholt von Fliegern heimgesuchten Offenburg ist die Beunruhigung besonders stark; verschiedene Familien, die es möglich machen konnten, sind bereits von dort weggezogen. Nicht ohne Neid blickt die Bevölkerung Badens auf die mehr im Inlande liegenden Bundesstaaten, denen Fliegerangriffe bisher unbekannt geblieben sind.

Angesichts all' dieser ungünstig wirkenden Umstände erwächst der Volksaufklärungsarbeit eine besonders wichtige Aufgabe. An Ausbau und Vertiefung ihrer Organisation wird durch das Generalkommando im Zusammenwirken mit den zuständigen badischen Zivilbehörden unablässig gearbeitet. Im kommenden Herbst und Winter werden alle auf diesem Gebiet verfügbaren Kräfte eingesetzt werden müssen, um die große und schwere, aber auch dankbare Aufgabe, die ihrer harrt, zu lösen. Schon bei der neunten Kriegsanleihe wird es einer ganz intensiven Aufklärungs- und Werbearbeit bedürfen, wenn die Anleihe einen ihren Vorgängerinnen entsprechenden Erfolg zeitigen soll.

Die dargelegte gedrückte Grundstimmung war der geeignete Nährboden für die Verbreitung allerlei mehr oder minder unsinniger Gerüchte, von denen sich solche um die Person Hindenburgs in den verschiedensten, teilweise geradezu grotesken Formen besonders hartnäckig erhielten. Das Generalkommando hat von diesen törichten Redereien dem Kriegspresseamt Mitteilung gemacht und, da die Gerüchte immer wieder auftauchten, um eine – inzwischen erfolgte – amtliche Äußerung dazu gebeten. Bei der weiten, anscheinend auch sich auf andere Korpsbezirke erstreckenden Verbreitung des Gerüchts war ein Urheber nicht zu ermitteln. Nachteilige Gerüchte werden übrigens auch vielfach durch Fronturlauber eingeschleppt, so daß nach den Erfahrungen der letzten Monate es als dringend angezeigt erscheinen dürfte, wenn mit aller Schärfe darauf hingearbeitet würde, daß die nach der Heimat beurlaubten Mannschaften eingehend auf die Gefährlichkeit stimmungsmindernder Gerüchte hingewiesen werden. Auf absichtliche Schädigung der deutschen Sache zurückzuführen ist das in den Arbeiterkreisen von Singen verbreitete Gerücht von dem Ausbrechen eines großen Streiks, der im Oktober im Rheinland veranstaltet werden soll, und dem sich alle Arbeiter in Deutschland einschließlich der in Deutschland arbeitenden Neutralen anschließen werden. Nur auf diese Weise könne dem Krieg ein Ende gesetzt werden.

Das Mißtrauen gegen die Kriegsgesellschaften nimmt immer mehr zu. Die Zentralisation der Kriegswirtschaft in Berlin findet schärfste Verurteilung, vor allem in den

Kreisen der Industriellen, speziell der Textilfabrikanten. Die Gereiztheit des Mittelstandes bis weit in dessen gehobene Schichten hinein gegenüber der viel verdienenden Rüstungsindustrie und den Kriegsbetrieben wächst immer mehr an, je schwieriger die Lage des Mittelstandes wird. Sie wird nicht selten verstärkt durch das hochfahrende Benehmen und das protzenhafte Auftreten einzelner norddeutscher Beamter. So wurde in Konstanz beanstandet, daß ein Herr Dempke[6], Vertreter der Gesellschaft für tierische und pflanzliche Fette und Öle, im dortigen Insel-Hotel ein feudales Büro besitze. Wenn die Leute mit den bezahlten Preisen nicht einverstanden sind, dann hört man sagen, daß die Lebensweise der Vertreter der Kriegsgesellschaft schuld an den niedrigen Preisen sei. Auch die Klagen über die häufigen Kontrollen und Bestandsaufnahmen sowie über die hohen Gewinne der Viehaufkäufer verstummen auf dem Lande nicht. Besondere Verärgerung erregt noch immer die Säumigkeit in der Zahlung für abgelieferte Produkte oder beschlagnahmte Gegenstände, besonders auch der abgelieferten Kirchenglocken, die teilweise jetzt – ein halbes Jahr nach der Ablieferung – noch nicht bezahlt sind. In diesem Zusammenhange sind die sich mehrenden Beanstandungen aus bäuerlichen Kreisen zu erwähnen, daß bald jeder Kontrolleur ein Jude sei, komme er nun für den Kleideraufkauf oder zwecks Erhebungen für das Reichsgetreideamt. Da hört man dann unverblümte Reden über „Kriegswucher", „unabkömmliche Kriegslieferanten" und über Juden, die trotz wehrfähigen Alters und auffallend gesunden Aussehens sich dauernd in Zivil herumdrückten.

Was die Stellung der Bevölkerung zu den ernährungswirtschaftlichen Maßnahmen anlangt, so ist das Verständnis dafür zweifellos im Wachsen. Der Zusammenbruch der österreichischen Ernährungspolitik hat manchem die Augen geöffnet. Um so größer ist die Erbitterung der Minderbemittelten – und dazu gehören heute viele ehemalige Angehörige des Mittelstandes – gegen Schleichhandel und Hamsterunwesen. Gegen hamsternde Kurgäste wird in den Schwarzwaldkurorten übrigens scharf vorgegangen; verschiedene Kommunalverbände sahen sich bereits zur Ausweisung mehrerer derartiger lästiger „Sommerfrischler" genötigt. Daß trotz aller scharfen Bestimmungen das Unwesen nicht völlig verschwindet, bleibt bedauerlich, aber wohl nicht zu ändern. Am 11., 12. und 13. des Berichtsmonats fand in Baden eine Versammlung der wirtschaftlichen Fachreferenten des Westens und Südens statt, die auch dem Kriegsamt angezeigt war. Es hatten zugesagt: die Kriegsamtsstellen bzw. Nebenstellen Düsseldorf, Singen, Frankfurt a.M., Koblenz, Straßburg/Els., Mülhausen/Els., Saarbrücken, Metz, Stuttgart – Ministerium –, Nürnberg, dazu kommen noch als Teilnehmer die Kriegsamtsstelle Karlsruhe und die Nebenstelle Mannheim. Die Teilnehmer an der Tagung waren von dieser Zusammenkunft durchaus befriedigt, war man doch in der Lage, manche Angelegenheit im enger[e]n Kreise zu besprechen und voneinander zu lernen. Am meisten wohl hat die Besichtigung des badischen Landespreisamtes und Kriegswucheramtes Interesse erweckt. Es wurde gezeigt u.a. die reiche Sammlung der Lebensmittelersatzstoffe, deren Behandlung und fortwährende erneute Prüfung und Nachschau in den Läden des Landes. Ferner wurde die intensive Bekämpfung des Schleichhandels in einem längeren Vortrage auseinandergesetzt. Ganz besonders interessierten die Ersatztabake in ihrer geradezu verblüffenden Minderwertigkeit und erschreckenden Preishöhe. Baden ist sehr energisch in der Bekämpfung der Ausbeutung der Verbraucher vorgegangen, es ist aber machtlos, wenn nicht im ganzen Reich hier Hand in Hand gegangen wird. Möge baldigst hier Wandel geschaffen und eingeschritten werden

gegen gewissenlose Kriegsgewinnler, die die Gesundheit unserer Feldgrauen schädigen und ihnen ihre paar Groschen aus der Tasche ziehen.

Über die Ernährungslage ist im einzelnen zu berichten: Die Lebensmittelknappheit am Ausgange des Wirtschaftsjahres ist recht ernst. An vielen Orten kann die der Bevölkerung zustehende Fleischration nicht gewährt werden. Die Mehl- und Brotversorgung bereitet einigen Kommunalverbänden schwere Sorgen, da die Reichsgetreidestelle nur auf mehrmaliges dringendes Ersuchen zu bewegen war, den Fehlbedarf anzuweisen. *Deshalb wurde in einigen Städten* versucht, durch Zusatz von Streckungsmitteln die alte Verteilungsmenge von Brot beizubehalten. Freilich wird dadurch die Güte des Brotes geringer. Erfahrungsgemäß erregt aber die Minderung der Qualität des Brotes eine viel geringere Unzufriedenheit als die Quantitätsminderung. Die günstige *Witterung hat die Ernteaussichten gebessert, doch besteht in vielen Gegenden eine Mäuseplage. Recht gering ist auch die diesjährige Heuernte. In den großen Städten, vorab Mannheim, herrscht Kartoffelknappheit, obwohl* noch vor wenigen Wochen große Überschußmengen an die Notstandsbezirke in Mitteldeutschland abgeführt *wurden. Das liegt an dem* unzulässig raschen Konsum der selbsteingelagerten Kartoffeln, *an der starken* Abneigung gegen den Bezug der als überaus schlecht verrufenen städtischen Kartoffeln *und daran, daß die Verbraucher für ihren bisher* regelmäßig, wenn auch unrechtmäßig aus benachbarten ländlichen Bezirken *gedeckten Bedarf* nichts mehr erhalten können. *Zwar ist die Gemüseversorgung* in der letzten Zeit infolge des guten Wetters teilweise besser geworden, *doch bietet im Mannheimer Bezirk* der Markt dem Kleinverbraucher herzlich wenig. *So sind die Preise* zunächst ungewöhnlich hoch, und wenn dann annehmbare Höchstpreise festgesetzt sind, dann verschwinden die betr[effenden] Gemüse einfach vom Markt. Zu alledem wird das Händlerunwesen in sämtlichen Tageszeitungen fortwährend mit gutem Recht gebrandmarkt. In manchen Fällen macht sich auch die Verschiedenartigkeit der Preispolitik der benachbarten Städte, insbesondere Ludwigshafen, unliebsam bemerkbar. Die Obstversorgung ist das Schmerzenskind nach wie vor. Aus dem Weinheimer Bezirk wandert auf dem Schleichwege ein großer Teil des wertvollen Obstes nach Frankfurt. Der Bezirk Oberkirch wird ausgeplündert durch Straßburg und Umgebung. Eine dieser Tage abgehaltene Besprechung im Ministerium des Innern erbittet vom Militär Absperrungskommandos für die am meisten in Frage kommenden Bahnhöfe. Die ländliche Bevölkerung bittet in diesem Jahre um Berücksichtigung bei der Obstverteilung, weil ihre eigenen Ernten spärlich sind. *Die Regierung dementiert die verbreitete Ansicht,* daß große Mengen von Obst verdorben seien. *Allgemein* getadelt wird, daß die Preise für Kriegsmarmelade in einem absoluten Mißverhältnis stehen zu den Preisen des Obstes. Ein Zentner Obst, der von der Fabrik für 10 bis 12 Mark angekauft wird, kostet, auf Marmelade verarbeitet, 75 bis 85 Mark. Man hört häufig sagen, daß die Marmeladefabriken auf Kosten der Allgemeinheit zu reichlich bedacht worden wären *und verlangt*, daß im Interesse einer billigeren und quantitativ hochwertigeren Herstellung von Marmelade größere Obstmengen und entsprechend mehr Einmachzucker zur Verfügung gestellt werden. *Auch haben die Weinpreise* allmählich eine Höhe erreicht, daß behördliches Einschreiten – Festsetzung von Höchstpreisen oder erforderlichenfalles die Beschlagnahme der Weinernte – sich nicht mehr umgehen läßt, *da* Wein ein förmlicher Luxusartikel geworden ist, den sich nur derjenige noch gestatten kann, dessen Vermögen oder Einkommen während des Krieges bedeutend gewachsen ist. Dies ist um so bedauerlicher, als die Tischweine bei der jetzigen bedürftigen Ernäh-

rungsweise und dem dünnen Kriegsbier, insbesondere bei schon geschwächten Naturen, geradezu zu einem notwendigen Bedürfnis im Interesse der Gesunderhaltung geworden sind und jedem zu leicht erschwinglichen Preisen zur Verfügung stehen sollten. *Durchschnittlicher Preisanstieg von 1914 bis 1916 um 325% bis 450%, bis 1917 sogar um 825% bis 857%. Angesichts des ständig abnehmenden Viehbestands sorgen sich die Landwirte um die Bestellung der Felder. Wegen* der schlechten Heuernte steht zu erwarten, daß die Bauern geneigt sein werden, zum Herbst mehr Rindvieh zum Schlachten abzuliefern, als im Interesse der Milch- und Fettversorgung des nächsten Jahres sowie im Hinblick auf den Mangel an Zugvieh erwünscht sein dürfte. Die Schwierigkeiten der Viehbeschaffung für immobile Truppen und für Lazarette hat weiter zugenommen, *so daß* die Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung im Einverständnis mit dem Kriegsministerium neuerdings mit Mastereigesellschaften wieder Mastverträge abgeschlossen hat und den Gesellschaften unter der Bedingung, daß sie das Vieh nur für das Feldheer und die Marine abliefern, entsprechende Mengen an Futtermitteln zuweist. Die Kommunalverbände ihrerseits schließen in gleicher Weise für sich Mastverträge mit den Bauern ab, *so daß man* für das Mastvieh Preise bezahlt, die noch wesentlich über die Höchstpreise hinausgehen. [...] Die fleischlosen Wochen bilden augenblicklich das Tagesgespräch, und auch in der Presse wird versucht, die Regierung noch in letzter Stunde zu veranlassen, statt fleischloser Wochen eine erhebliche Herabsetzung der Fleischration anzuordnen. – Abgesehen von der Einführung der fleischlosen Wochen ist für Baden *ab 12. August folgende Fleischmenge bestimmt worden: für Städte über 100000 Einwohner wöchentlich 200 Gramm, für Städte über 50000 Einwohner 150 Gramm und für Gemeinden unter 50000 Einwohner 100 Gramm.* Die Rüstungsindustrie wird jedoch in ihrem Fleischbezug nicht gekürzt werden und auch weiterhin ihre Zulagen erhalten. [...]

Die Klagen über den zur Zeit herrschenden Arbeitermangel haben auf dem Lande zugenommen. Das Fehlen von Arbeitskräften ist derart empfindlich geworden, daß ältere Leute versuchen, einen Teil ihrer Grundstücke abzustoßen, weil sie sich die Arbeit im nächsten Jahre erleichtern wollen. In diesem Zusammenhange tauchen alte Klagen auf: die Industrie ziehe alle Arbeitskräfte an sich; wenn die Landwirtschaft sich selbst die Arbeitslöhne anrechnen würde in der Höhe der Verdienste der Industriearbeiter, [so] kostete das Pfund Butter mehr als 10 Mark. Die freien Sonntagsspaziergänge der russischen ukrainischen Kriegsgefangenen sieht der Bauer nur sehr ungern und wünscht ihre Aufhebung. Die verschiedenen in letzter Zeit bekannt gewordenen Fälle von Mißhandlung kriegsgefangener Deutscher geben der Bevölkerung erneut Anlaß, von der deutschen Regierung zu verlangen, daß in allen Fällen stets sofort und nachdrücklich Vergeltungsmaßregeln ergriffen werden. Die Bevölkerung ist der Ansicht, daß gerade mit Rücksicht darauf, daß die fremden Kriegsgefangenen in Deutschland durchweg sehr gut behandelt werden, ein Zögern der Regierung in der Ergreifung dieser Maßnahmen uns stets als Schwäche ausgelegt wird und daß unsere Kriegsgefangenen weiter in ihrer Gesundheit geschädigt werden. Viel besprochen und meist scharf kritisiert wird die Kleiderablieferung. Die Aufforderung der Reichsbekleidungsstelle zur freiwilligen Abgabe von Kleidungsstücken wird fast durchweg als Beschlagnahme aufgefaßt. Bei den Soldaten vor allem erweckt diese Maßnahme große Entrüstung. Aus dem Felde warnen sie, wie eine Postüberwachungsstelle berichtet, ihre Frauen, daß sie kein Stück abgeben dürften; es sei traurig: im Felde müsse man sein Leben einsetzen, und zu Hause werde das Letzte aus den Wohnungen geholt. Lebhafte Erbitterung über die Kleiderabgabe

herrscht vornehmlich noch in den Kreisen des Mittelstandes, *dort* fehlt dann nie der Hinweis auf die hohen Löhne der Rüstungsarbeiter.

Im Berichtsmonat war die Verkehrslage günstig, die Belieferung der Industrie mit Kohlen dagegen kaum ausreichend, während Koks reichlicher zur Verfügung stand. *Bei der Hausbrandversorgung* soll jetzt auf Kosten der Vorzugsbetriebe eine größere Belieferung mit Braunkohlenbriketts in die Wege geleitet werden. *In der Industrie bemüht man sich weiter um die Elektrifizierung der Betriebe und um Nutzung der Wasserkraft, so vor allem in der Rüstungsindustrie, wo das Scheitern einer genügenden Kohlenbevorratung während des Sommers* bei den Fabrikleitungen lebhafte Besorgnis *erregte*, zumal bei der knappsten bisherigen Versorgung die Bestände überall aufgezehrt sind. *Ein Produktionsrückgang* ausschließlich wegen Kohlenmangels ist übrigens nicht *eingetreten*, so daß die Bewerbung um Aufträge und Unteraufträge nur um etwas weniger lebhaft war. Im allgemeinen jedoch ist durch die umfangreiche Herausziehung für den neuen Heeresersatz eine gedrückte, etwas abgestumpfte Stimmung zu bemerken, wenn auch eine Minderung in der Erzeugung nicht so sehr bedeutend als Folge des Facharbeitermangels sich zeigte, denn die Fabrikleitungen versuchen weitestgehend, die Frauenbeschäftigung zu steigern, sogar bei den großen Kalibern und Präzisionsarbeiten (der Versuch der Verpflanzung von Berliner Arbeiterinnen in eine Pforzheimer Firma scheint sich bis jetzt zu bewähren). Man stößt jedoch immer wieder auf Klagen über Herausziehung von Facharbeitern. [...]

Erwägungen und Vorarbeiten bezüglich des Überganges zur Friedenswirtschaft traten bei einer größeren Reihe von Firmen deutlich in den Vordergrund, als es sich um die Frage einer erneuten, wenn auch nur geringen Umstellung oder einer Kürzung der Aufträge handelte, zumal auch der zunehmende Mangel an gelernten Arbeitskräften und die damit zusammenhängende Sättigung an Arbeitsmaschinen die Kreise der Rüstungsindustrie sich viel lebhafter mit dem Ende des Krieges und dessen wirtschaftlichen Schwierigkeiten beschäftigen ließ. Die Lohnbewegung geht, so berichtet die Kriegsamtsstelle, weiter, besonders bei den kleineren Werken und in Oberbaden; diese versuchen auch, die höheren Löhne der bestbezahlten Kriegsindustrie zu erreichen. Ausgleich im Lohn wird vor allem in Frauenarbeit versucht und erreicht. Dabei sind fast immer die Gewerkschaften tätig, die jetzt auch meist für Privatwünsche der Arbeiter oder zur Fürsprache bei Einzelwünschen auftreten. Dabei wird das Auftreten und Fordern der Gewerkschaften immer herrischer, worüber in Kreisen der Arbeitgeber Unzufriedenheit herrscht. Besonders geklagt wird über Teuerungsverhältnisse im allgemeinen; es fehlt auch an Bekleidung, namentlich an Schuhen. Die Produktionseinschränkung der Kriegsindustrie in Baden hat sich wenig bemerkbar gemacht; Arbeiter und Arbeiterinnen sind noch immer sehr gesucht für alle Beschäftigungen. Sehr wesentlich hat sich der Zug aufs Land bei den Arbeiterinnen bemerkbar gemacht – wenn auch ein großer Teil der Arbeiterinnen sehr an der Scholle oder an der engeren Heimat klebt und schwer zu bewegen ist, auswärts Arbeit zu suchen. Durch Produktionseinschränkung konnte für Schonung der Jugendlichen und Arbeiterinnen bezüglich Nachtarbeit manches geschehen. In den Maggiwerken in Singen kam es wegen Lohnforderungen der Arbeiterinnen zu einer vorübergehenden Arbeitsniederlegung; die Differenzen waren indes bald beigelegt, so daß die Arbeit z.T. schon am gleichen Tage wieder aufgenommen wurde. Weit ernster ist eine Gärung unter der Arbeiterschaft Mannheims, die unmittelbar vor Abschluß dieses Berichts einsetzte. Es war daselbst für das Monatsende ein allgemeiner

politischer Demonstrationsstreik – ähnlich dem vom Februar dieses Jahres – geplant. Durch energisches Eingreifen des Generalkommandos gelang es, den offenen Ausbruch des Streiks zunächst noch zu unterdrücken. Wie sich die Dinge weiterentwickeln werden, muß abgewartet werden. Das Generalkommando hat den Arbeiterausschüssen eröffnen lassen, daß es gegebenenfalls zu den schärfsten Maßnahmen greifen werde, um Demonstrationen oder Unruhen zu unterdrücken. In diesem Zusammenhang möchte das Generalkommando nicht verfehlen, das Kriegsministerium/Kriegsamt auf die große Gefahr aufmerksam zu machen, die darin liegt, wenn das halbamtliche deutsche Telegraphenbüro ausführliche Meldungen über Ausstandsbewegungen oder Arbeiterunruhen im feindlichen Ausland, beispielsweise jüngst in England, durch die Zeitungen verbreitet. Das Kriegspresseamt wurde bereits von hier aus darauf hingewiesen, daß Meldungen dieser Art geradezu unheilvoll wirken, indem sie die deutschen Arbeiter förmlich aufreizen, dem Beispiel ihrer Klassengenossen in den feindlichen Ländern zu folgen. Man müßte daher derartige Meldungen entweder ganz unterdrücken oder sie jedenfalls in ganz kurzer, harmloser Aufmachung geben, so daß sie ihren gefährlichen Charakter verlieren.

Abgesehen von Mannheim war die Stimmung der Arbeiterschaft im allgemeinen ruhig, wenn sie naturgemäß auch unter den gleichen niederdrückenden Einflüssen stand, die eingangs für die allgemeine Stimmung erwähnt wurden. Die Aufklärung der Arbeiterschaft der Rüstungsbetriebe durch Vorträge in den Fabriken wird in den bisher besuchten Werken fortgesetzt; sie ist jetzt für den ganzen Korpsbezirk in die Wege geleitet. Der Erfolg wird sich im vollen Umfange erst zeigen können, wenn diese Maßnahme zu einer dauernden Einrichtung geworden ist. Die bisherigen Erfahrungen sind gut.

Über die Stimmung der Arbeiterinnen wird von der Frauenarbeitsstelle der Kriegsamtsstelle mitgeteilt, daß das persönliche Leid, die körperliche Übermüdung und die mannigfachen Sorgen zermürbend wirken. Unter den Tabakarbeiterinnen bestehen ernste Sorgen wegen der im Herbst oder Winter zu befürchtenden Arbeitslosigkeit. Es finden sich schwer Arbeitskräfte für Straßenbahnen und Elektrizitätswerke. Die hohen Löhne der Industrie veranlassen die Frauen, diese Arbeit vorzuziehen. Der Mangel an häuslichen Dienstboten und an Küchenhilfen für Krankenhäuser, Wirtschaften und ähnliche Betriebe ist ein sehr starke[r] und hängt damit zusammen. *Viele Arbeiterinnen waren* von der Grippe befallen, *und* einzelne Krankenkassen weisen einen Krankenbestand von 30% auf. Rippenfell- und Lungenentzündungen mit tödlichem Ausgang kamen wiederholt vor, *im Bezirk Waldkirch auch zahlreiche Fälle von Ruhrerkrankungen.* Bei den Frauen, welche in den Maschinenfabriken Männerarbeit verrichten, mehren sich die Unterleibserkrankungen.

Die Wohnungsfrage wird wegen den am ersten Juli fast überall erhöhten Mieten immer dringender. Diese werden naturgemäß von den Minderbemittelten, insonderlich den Festbesoldeten, hart empfunden, *weil sie* einen oft erheblichen Teil etwaiger Kriegsteuerungszulagen dafür aufzuwenden *haben*, so daß ihnen für die erhebliche Verteuerung des Lebensunterhalts nicht mehr viel übrigbleibt. *Deshalb wurde die Kriegsamtsstelle von verschiedenen Interessenverbänden (Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen/Bezirksausschuß Karlsruhe, Gewerkschaftskartell Karlsruhe, Mieterverein Freiburg) aufgefordert,* eine Verordnung des *stellvertretenden Generalkommandos* betr[effend] Verbot von Mietzinssteigerungen und Mietkündigungen zu erwirken. Auch in der Presse, vor allem in der sozialdemokratischen, sind wiederholt Artikel *mit dem gleichen Wunsch*

erschienen. *Auf Anregung des Kriegsamts hat das Ministerium des Innern Erhebungen bei den Mieteinigungsämtern des Landes eingeleitet.*

Aus dem Gebiet der Parteipolitik ist zu berichten, daß die badische Sozialdemokratie einen Landesparteitag[7] – den ersten im Krieg – abhielt. Er nahm, wie zu erwarten war, einen ruhigen Verlauf und bot wenig Bemerkenswertes. Der Parteibericht stellt fest, daß der Krieg auf die Organisation geradezu katastrophal gewirkt hat: sie zählt nur noch 5000 Mitglieder, 17000 stehen im Heeresdienst. Bedauerlich sei, daß bei vielen „Genossen, die teils als Entlassene, teils als Reklamierte vom Felde zurückkommen, der erste Gang nicht immer der zur Organisation sei". Die Politik der soz[ial]dem[okratischen] Reichstagsfraktion wurde von dem Parteitag gebilligt. – In Offenburg haben die drei sozialdemokratischen Stadtverordneten unabhängiger Richtung folgende „kleine Anfrage" an den Stadtrat gerichtet: „Welche Zusicherungen hat der verehrliche Stadtrat erhalten hinsichtlich einer wirksamen Verteidigung der Stadt Offenburg gegen Fliegerangriffe?" Der auf dem Boden der Mehrheitspolitik stehende soz[ial]dem[okratische] Karlsruher „Volksfreund" macht hierzu die treffende Bemerkung, solche wirksame Verteidigung koste Geld, das den Kriegskrediten entnommen werden müsse. Die Anfrager seien aber Gegner der Kriegskredite, und er richte deshalb folgende Anfrage an die drei Bürgerausschußmitglieder: „Aus welchen Mitteln gedenken Sie die Kosten zu decken, die dem Reiche durch die von Ihnen gewünschte ‚Wirksame Verteidigung der Stadt Offenburg' gegen Fliegerangriffe erwachsen?"

GLA 456/EV 8 Bund 86, masch. Abschrift.

[1] Nr. 1455.

[2] Seit dem 18. Juli 1918 zogen sich die deutschen Verbände vor dem Angriff der Alliierten von der Marne zurück.

[3] Sozialrevolutionäre ermordeten am 6. Juli 1918 den deutschen Botschafter in Moskau Wilhelm Graf v. Mirbach-Harff (1871–1918), 1908 Botschaftsrat in St. Petersburg, 1911 Vortr. Rat im Ausw. Amt, 1915/16 Gesandter in Athen, 1917 Mitglied der Militärverwaltung in Rumänien, 1917/18 Leiter einer gemischten Kommission in Petrograd, dann Gesandter in Moskau.

[4] Bis Sept. 1918 eroberten die Briten Palästina und Syrien.

[5] Nr. 1455 Anm. 1.

[6] Dempke, Vertreter der Gesellschaft für tierische und pflanzliche Fette und Öle in Konstanz.

[7] SPD-Landesparteitag vom 20./21. Juli 1918 (vgl. *Schadt*, Dienst S. 55ff.).

1458. Eisendecher an Hertling

Baden-B[aden], 6. August 1918

Während des vergangenen Monats wurde das badische Land sehr häufig von feindlichen Fliegern heimgesucht, am Tage sowohl wie namentlich bei Nacht[1]; selbst hier in der Bäderstadt, wo Abwehrmaßnahmen ganz fehlen, erfolgten verschiedene Alarmierungen. Nur wenige Menschenverluste sind zu beklagen, und der stellenweise erhebliche Sachschaden ist im militärischen Sinne meist kaum nennenswert. In der nahen Umgebung hatte der Feind anscheinend die Benzwerke bei Gaggenau, vielleicht auch das neue große Stauwerk an der oberen Murg im Auge. An diesem Werke arbeiteten auch französische Gefangene, die inzwischen ausgetauscht sein mögen und als Führer gedient haben können. Da bei Gernsbach und in der Nähe des Murgstollens Bomben fielen, hält

Staatsminister Freiherr v. Bodman solche Vermutung für nicht unberechtigt. Auf seine Anregung hat deshalb General Isbert jetzt Maschinengewehre dort aufstellen lassen.

Die Stadt Baden blieb von wirklichen Angriffen bisher verschont – abgesehen von den 3 oder 4 Geschossen, die im Herbst 1917 im Wald oberhalb des Schlosses niedergingen. – Französische Gefangene sollen beiläufig nach einem hier verbreiteten Gerücht gesagt haben, Baden werde geschont, weil General Foch[2] hier baldigst sein Hauptquartier aufzuschlagen denke!

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 15, masch. Abschrift.

[1] Vgl. Nr. 1457.

[2] Foch, Ferdinand (1851–1929), franz. General, 1915/16 Kdr. einer Heeresgruppe, seit 1917 Chef des franz. Generalstabs, seit April 1918 Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Frankreich, Sept. 1918 Marschall.

1459. Eisendecher an Hertling

Karlsruhe, 18. August 1918

Während wir an der Westfront im härtesten Kampf stehen und im Osten die sozialistischen Theorien ein Chaos herbeiführen, hält es das führende Organ der badischen „Genossen" für zeitgemäß, die Großherzogliche Regierung in dem hier angeschlossenen Leitartikel[1] aufs schärfste wegen einer Verordnung des Unterrichtsministeriums anzugreifen. Der Regierung wird vorgeworfen, daß sie die Verfassung verletze und die Gewissensfreiheit mißachte. Das vielgepriesene „Musterländle" entwickele sich zu einem stockkonservativ-reaktionären Staatswesen. Das Ministerium Bodman-Hübsch verdiene keine Schonung. Mit allen Mitteln müsse man die Volksrechte wahren, dem Verfassungsjubiläum fernbleiben und das badische Volk aufrufen zum Kampf gegen die Reaktion, für die Demokratie und den Sozialismus.

Die maßlose Sprache des Blattes betrifft den Religionsunterricht in der Volks- und Fortbildungsschule, speziell die Prüfung der Lehrer in diesem Fach. Vom sozialdemokratischen Standpunkt mag im Frieden eine vernünftige Kritik der hier anliegenden Verordnung[2] berechtigt sein, aber der Ton des Artikels ist gerade jetzt ein trauriges Zeichen politischer Parteileidenschaft und Wühlarbeit.

Seit Kolbs Tode scheint der „Volksfreund" überhaupt mehr ins extreme Fahrwasser zu geraten, auch die Reichspolitik wird oft in heftiger Weise angegriffen. Namentlich die Geschehnisse im Osten, der U-Boot-Krieg, die vermeintlich unklare und ungenügende offizielle Darstellung der Lage, die monarchischen Kandidaturen und die Ernährungs- und Fürsorgemaßnahmen finden bei dem immerhin unter den Arbeitern stark verbreiteten Blatt keine Gnade.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 32 Bd. 10, masch. Ausf.; Marg.: „21./8. R. A. d. Innern, Kultusmin."

[1] Volksfreund, Nr. 109 vom 16. Aug. 1918.

[2] Gesetz, die allgemeine Fortbildungsschule betreffend (GVOBl. 1918 Nr. 44).

1460. Eisendecher an Hertling

Karlsruhe, 22. August 1918

Die heutige Feier des hundertjährigen Bestehens der badischen Verfassung erfuhr eine traurige Störung durch feindliche Flieger, die zwischen ½9 und gegen 10 Uhr früh etwa 12 Bomben abwarfen und leider auch Menschenverluste verursachten; man spricht von 12 Toten. Genaueres hörte ich noch nicht.

Der zeitige katholische Gottesdienst mußte anscheinend ganz ausfallen, und in der Schloßkirche kam man etwas nach 10 Uhr zusammen. Alle großherzoglichen Herrschaften waren zugegen.

Um 11½ folgte der feierliche Akt im Ständehaus, ähnlich wie bei Eröffnung der Kammertagung. Prinz Max von Baden und der Abgeordnete Kopf hielten als Präsidenten eindrucksvolle längere Ansprachen, für die S. K. H. der Großherzog in einer vortrefflichen Antwort dankte.[1] Der Landesherr gedachte dabei zuerst in wärmster Teilnahme der unschuldigen Opfer des Fliegerüberfalls. [...]

Um 4 Uhr nachmittags werden die Mitglieder beider Häuser im Schloß empfangen. Ein parlamentarischer Abend beim Minister Dr. Düringer beschließt die Feier.

Soweit ich sehen konnte, waren die Sozialdemokraten ziemlich zahlreich zum Festakt erschienen, sie werden vermutlich auch im Schloß und beim Minister nicht fehlen. Eine Kundgebung S. K. H. des Großherzogs „An mein Volk" sowie das Programm für den Festakt beehre ich mich gehorsamst anzuschließen.[2]

Nachschrift gleichen Datums. Das Bezirksamt meldet soeben etwa 12 Bomben, die fast alle im Süden der Stadt niedergingen und mehrere Gebäude stark beschädigten; auch die Munitionsfabrik erhielt einige Treffer, aber ohne erheblichen Sachschaden. Verluste: 9 Tote, 2 Vermißte (wahrscheinlich verschüttet), 4 Schwerverletzte, 2 Leichtverletzte. Angeblich wurden drei feindliche Angreifer abgeschossen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 15, masch. Ausf.; Marg.: „v. S. M. 31./8.; mtg. 3./9. R. A. d. Innern, Min. d. Innern".

[1] Vgl. Nr. 1461 Anm. 1.
[2] Karlsruher Zeitung, Nr. 194 vom 22. Aug. 1918.

1461. Eisendecher an Hertling

Karlsruhe, 23. August 1918

Ew. Exz. darf ich die nunmehr in den Zeitungen veröffentlichten, beim Festakt der Verfassungsfeier im Ständehaus gehaltenen Reden gehorsamst vorlegen.[1] Der Empfang der Kammermitglieder im Schlosse dauerte von 4.30 bis 7.30 Uhr. Die höchsten Herrschaften sprachen mit fast allen Erschienenen. Von den Sozialdemokraten fehlten nur zwei oder drei. Die Zweite Kammer kam erst um 5 Uhr und wurde von S. K. H. dem Großherzog durch eine kurze, warmherzige, freie Ansprache begrüßt. Man servierte Tee, Wein, Brot, Gebäck und Eis während der ganzen Zeit.

Beim parlamentarischen Abend des Minister[s] Dr. Düringer waren der Landesherr und Prinz Max zugegen; an zahlreichen Tischen bei reichlicher Bewirtung blieb man ca. bis gegen 11 Uhr zusammen, dann folgte Fliegeralarm, der spät nachts nochmals ertönte

und beiläufig jetzt eben (9 h a. m.) wiederum den Verkehr stört. Ich saß zwischen dem Fürsten Leiningen und dem sozialdemokratischen Vizepräsidenten der Zweiten Kammer (Geiß-Mannheim) am Tische des Großherzogs, unterhielt mich eingehend mit dem sehr verständigen, in seinen Ansichten maßvollen „Genossen", der mir unter anderem erzählte, er habe zuerst als Tischlergeselle sein Brot verdient.

Trotz leichten Unwohlseins in den letzten Tagen und gegen ärztlichen Rat hat I. K. H. die Großherzogin Luise die Reise von Mainau hierher nicht gescheut, um bei der Feier anwesend zu sein. Die hohe Frau hielt beim Empfang im Schlosse drei Stunden aus, redete mit einer großen Zahl von Abgeordneten. Rückkehr nach Schloß Mainau erfolgt morgen. Auf höchsten Wunsch werde ich mich mit dem gleichen Zuge dorthin begeben.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 40 Bd. 17, masch. Ausf.; Marg.: „S. M."

[1] Karlsruher Zeitung, Nr. 195 vom 23. Aug. 1918 (Vgl. Nr. 1460).

1462. Stellvertretendes Generalkommando des XIV. Armeekorps an das Kriegsamt

Karlsruhe, 3. September 1918

Die gedrückte allgemeine Stimmung, von der bereits im letzten Bericht gesprochen werden mußte, war auch im abgelaufenen Monat vorherrschend. Sie wurde genährt sowohl durch die Enttäuschungen, die der Verlauf der militärischen Ereignisse im Westen[1] auslöste, als auch durch die besonderen Schwierigkeiten in der Ernährung, die beim Übergang von einem alten in ein neues Wirtschaftsjahr unvermeidlich sind. Das Volk ist durch die große Reihe militärischer Erfolge und durch die vielen Siege derart verwöhnt, daß auch vorübergehende und lediglich relative Erfolge unserer Gegner Kleinmut und Verzagtheit hervorrufen. Es hatte ferner zuversichtlich auf ein nahes, für Deutschland siegreiches Kriegsende gerechnet, so daß der tatsächliche Verlauf der Dinge eine sehr schwere Belastungsprobe bedeutet. Geblieben ist auch die ernste Besorgnis wegen des Eingreifens der Amerikaner, das niemand in diesem Ausmaß für möglich gehalten hätte. Vereinzelt wird Klage darüber geführt, daß man über die Größe der amerikanischen Gefahr falsch unterrichtet worden sei. Aus dieser Stimmung heraus erwachsen die Bedenken, ob bei dem stets wachsenden Mangel an Lebensmitteln und an Rohstoffen der Krieg von uns erfolgreich durchgeführt werden könne; vielerorts ist auch eine stumpfe Apathie, gepaart mit einer Sehnsucht nach Frieden um jeden Preis, zu bemerken. Eine Postüberwachungsstelle berichtet, daß nach ihren Beobachtungen der Krieg in weiten Kreisen als „gegenseitige Quälerei betrachtet wird, als ein Amoklauf der beteiligten Staaten und als eine allmähliche Zerreibung". Der Ausdruck „Schwindel", der von der Front auf offenen Postkarten in die Heimat gelangt, und den die Soldaten, besonders die von der Front kommenden, ständig im Munde führen, wird von der Bevölkerung gedankenlos nachgesprochen. Auch die Nachrichten aus dem Osten, besonders über die Vorgänge an der Murmanküste[2], wirken niederdrückend.

Von sehr nachteiligem Einfluß auf die Stimmung sind sodann naturgemäß auch die in letzter Zeit besonders zahlreichen Angriffe feindlicher Flieger auf den Korpsbezirk. In der Zeit vom 20. VII. bis 20. VIII. wurde Baden zwölfmal von feindlichen

Fliegern angegriffen, und zwar Offenburg fünf-, Mannheim-Ludwigshafen zwei-, das Murgtal zwei-, Karlsruhe und Lahr je einmal und das Renchtal einmal. Durch die immer häufiger werdenden und an Umfang zunehmenden Bombenabwürfe, denen auch immer wieder Menschenleben zum Opfer fallen, ist die Bevölkerung erheblich erregt. Vor allem hat sich die Stimmung der Bewohner Offenburgs, das in den letzten beiden Monaten siebenmal mit bedeutendem Erfolg vom Feinde angegriffen wurde, mit Vorwürfen gegen die militärischen Stellen (insbesondere den Heimatluftschutz) gewandt. Besonders zermürbend wirken auch die fortwährenden Fliegeralarme. In Städten wie Karlsruhe ist fast an jedem heiteren Tag Fliegeralarm. Es kam sogar vor, daß z.B. Karlsruhe an einem einzigen Tag dreimal und in der anschließenden Nacht drei weitere Male alarmiert werden mußte. Was das für die ohnehin schwer mitgenommenen Nerven der Bevölkerung, vor allem auch für ältere Personen und für Frauen und Kinder bedeutet, liegt auf der Hand. Die vom Feinde angestrebte moralische Einwirkung ist somit nicht ganz ausgeblieben und wird sich in Zukunft noch steigern, wenn die Angriffe, wie zu erwarten steht und wie vom Feinde des öfteren angekündigt wird, sich weiterhin vermehren. Durch das Abschießen von Brandraketen, deren sich der Feind gerade in letzter Zeit mehrfach bedient hat, wurde der Meinung Vorschub geleistet, der Feind habe es beim Angriff auf ländliche Gegenden auf die Vernichtung unserer Ernte abgesehen. Von den feindlichen Fliegern wurden mehrfach Zettel aufhetzenden Inhalts abgeworfen. Bei der gedrückten und nervösen Grundstimmung können derartige Aufhetzungen doch da und dort Schaden stiften, wenn er auch nicht überschätzt werden darf.

Recht bedenklich erscheint dagegen die von verschiedenen Seiten gemeldete Beobachtung, daß die Stimmung der Bevölkerung in immer bedeutenderem Maße ungünstig beeinflußt wird durch Berichte und Erzählungen von Fronturlaubern, die oft unkontrollierbare Gerüchte und maßlos aufgebauschte Nachrichten verbreiten. Es läßt sich fast im ganzen Korpsbezirk beobachten, daß durch derartige zweifelhafte Äußerungen dem Mißmut und der Schwarzseherei Vorschub geleistet wurde. Auch Offiziere, namentlich solche, die längere Zeit ohne Urlaub waren, haben in dieser Richtung gewirkt. Bei den Klagen der Soldaten handelt es sich meist um Anstände wegen schlechter Ernährung, ungerechte und rauhe Behandlung durch Vorgesetzte, allzu angestrengtes Exerzieren in den Ruhequartieren. Hinzu kommt die allgemeine Kriegsmüdigkeit der Soldaten, die sie zu Nörgeleien und Schimpfen verleitet. Auf diese Weise wird brieflich und mündlich ein nicht zu verkennendes Maß von Verbitterung und Kritiksucht in die Bevölkerung hineingetragen, wird der Blick für die wirklichen Tatbestände getrübt, und es wird die Kriegslage viel ungünstiger beurteilt als sie es in Wahrheit ist.

Wenig die Psychologie der Heimatbevölkerung beachtend sind die offiziösen Beiberichte zu dem Heerestagesbericht. Wenn diese Berichte fast regelmäßig sich bemühen, die im Tagesbericht mit nackten Worten mitgeteilten militärischen – wenn auch nur taktischen – Nichterfolge im rosigen strategischen Lichte erscheinen zu lassen, so untergräbt dieser damit zum Ausdruck gebrachte Mangel an Vertrauen zur eigenen Einsicht der Leser geradezu die feste Zuversicht in unsere militärische Leistungsfähigkeit und in die Glaubwürdigkeit des Heerestagesberichtes. Es würde der psychologischen Verfassung der Heimat eher entsprechen, wenn derartige vorübergehende militärische Mißerfolge entweder ungeschminkt zugegeben oder nur mit Einschränkung im Tagesbericht veröffentlicht werden. Werden sie aber einmal im Tagesbericht bekanntgegeben, dann sollte auch jedes schmückende Beiwerk beiseite gelassen werden und auf keinen Fall

die Absicht des Beruhigenwollens so deutlich erkennbar hervortreten dürfen, wie es in der letzten Zeit wiederholt zu beobachten war.

Eine ständige und hochernst zu nehmende Quelle der Verbitterung weiter Kreise bilden gewerbsmäßiger Schleichhandel und Kriegswucher. Hier muß mit eisernem Besen ausgekehrt werden. Das Verlangen der Bevölkerung nach entehrenden Strafen (Zuchthaus) für gewissenlose gewerbsmäßige Schleichhändler und Wucherer ist durchaus berechtigt. Eine entsprechende Gesetzesverschärfung mit der Zusatzbestimmung, die diese Verbrecher am Volke ohne Rücksicht auf Lebensalter in Gefangenen-Komp[agnien] an die Front bringt, würde lebhaft begrüßt und als gerecht empfunden werden. Nur Geldstrafen als Sühne sollten grundsätzlich ausgeschlossen werden. Die Übung der Gerichte, den im Gesetz zur Verfügung gestellten Strafrahmen in den seltensten Fällen ganz auszuschöpfen, hat die weittragende Bedeutung, daß das Vertrauen zur Rechtsprechung und damit zur Staatsregierung überhaupt erschüttert wird. Der einzelne Mann schließt aus dem Versagen sogar der – unabhängigen und dem Gesetz unterworfenen – Gerichte auf das Ganze, und diese unendliche politische Tragweite eines solchen Verhaltens der Gerichte ist daher aus diesem Grunde einer ganz besonderen Beachtung wert. Solange daher die Strafbestimmungen gegen professionelle Wucherer und Hamsterer nicht in ihrer ganzen Schärfe zur Anwendung kommen, ist an eine Ausrottung des Übels nicht zu denken, wird aber auch die Verbitterung der Masse des Volkes immer größer und gefährlicher werden. Auch das protzenhafte Auftreten von sogen[annten] „Kurgästen", die die Bauern durch überhohe Preisangebote zur Überschreitung der Verordnungen verleiten, hat in den diesjährigen Sommermonaten geradezu aufreizend gewirkt. Daß die gut angezogenen und wohlgenährt aussehenden Damen bei den abgearbeiteten Bauernfrauen naturgemäß lebhaften Unwillen erregen, sei nur nebenbei bemerkt, ebenso, daß der schnöde Eigennutz vieler besitzender Geldleute, die ohne Sinn für die Allgemeinheit und unter Nichtachtung der Höchstpreisfestsetzungen sich zu versorgen suchen, nicht wenig dazu beiträgt, den Klassenhaß zu fördern. Eine ganze Reihe derartiger „Kurgäste" mußte mit Schimpf und Schande aus Baden ausgewiesen werden. Das Kriegswucheramt tut alles Mögliche zur Bekämpfung des Schleichhandels. Den Bemühungen seiner Fahnder und der Gendarmerie ist es zu verdanken, daß noch etwas von der Obsternte für Baden übriggeblieben ist. Am 9. August fand im Ministerium des Innern eine Besprechung statt über die zur Bekämpfung des Schleichhandels im Eisenbahnverkehr zu treffenden Maßnahmen. Die Eisenbahnbehörde bezeugte weitgehendes Entgegenkommen, wünscht aber in den Eisenbahnzügen eine Kontrolle nur durch Beamte des Kriegswucheramtes und nicht durch solche der Kommunalverbände. Die Behörden waren der Auffassung, daß solange nicht die kaiserliche Postverwaltung bei der Überwachung der Versendung der Pakete mit Lebensmitteln eine Kontrolle vornimmt oder gestattet, der Schleichhandel sich nicht eindämmen läßt. Die Königl[ich] Bayerische Postverwaltung ist bereits mit gutem Beispiel vorangegangen. Mit am erbittertsten über das Hamstern sind auch die vom Feld kommenden Soldaten, die vielfach nur unter Schwierigkeiten zu den ihnen zustehenden Lebensmitteln kommen. Auch die Arbeiterschaft glaubt sich durch die Überschwemmung des Landes mit den hamsternden „Kurgästen" in den ihr zustehenden Lebensmitteln geschädigt.

Auf politischem Gebiet ist das Verlangen nach mehr Offensivgeist allgemein. Bezeichnend ist hier eine Äußerung einer im allgemeinen linksgerichteten Mannheimer Zeitung, die verlangt, daß wir, statt die Feinde wegen ihrer Fehler, Schwächen und

Verbrechen anzuklagen, ihnen eine geschickte und gute Propaganda entgegenstellen sollten, ein klares Ziel unserer Politik aufweisen, das wir als „unser echtes Ideal der freien inneren Staatsgestaltung ihren heuchlerischen Idolen von Freiheit und Demokratie entgegenstellten". Die Reden[3] des Staatssekretärs Dr. Solf[4] und des Prinzen Max von Baden wurden in der Presse als guter Anfang auf dem Weg einer aktiveren Politik begrüßt.

Die ständige Begleiterscheinung einer gedrückten Stimmung ist die Empfänglichkeit für unkontrollierbare Gerüchte. Sie sind – wie bereits im Vormonat – überall zahlreich hervorgetreten, wurden vielfach geglaubt und verdarben die Stimmung weiter. Da waren Gerüchte über alle möglichen Dinge an der Front, dann über außerordentlich zahlreiche Menschenopfer bei den Fliegerangriffen auf das Heimatgebiet, über Streikunruhen und dergl[eichen]. Aus der Tatsache, daß Freiburg in letzter Zeit nicht mehr das Ziel von Fliegerangriffen war, wird der Schluß gezogen, daß eine Beschießung Freiburgs mit einem Ferngeschütz bevorstehe. Einige von diesen Gerüchten sind angeblich von der Schweiz eingeführt. Dauernden Schaden werden sie allerdings nicht stiften können, sie sind aber trotzdem recht gefährlich.

Einer solchen Gerüchteepidemie, wie wir sie in den letzten Wochen beobachten konnten, sollte künftig mehr als bisher von Regierungsseite aus offiziell energisch entgegengetreten werden. Dies kann geschehen entweder durch Veröffentlichung von Erklärungen in den Tagesblättern oder, was noch besser wäre, dadurch, daß ein Mitglied der Regierung oder ein angesehener Reichstags- oder Landtagsabgeordneter in öffentlichen Reden, die im Wortlaut in den Zeitungen kommen müßten, die umlaufenden Gerüchte entkräftet und die Zeitlage objektiv beurteilt. Ein solches Eingreifen in die Stimmungsverfassung ist insbesondere in den Zeiten notwendig, da die gesetzgebenden Körperschaften vertagt sind und so keine Gelegenheit gegeben ist, im Reichstag oder in den Landtagen das Wort zu ergreifen. Auch in solchen Zeiten, die letzten Wochen zählten zu ihnen, darf es an einer beständigen Leitung und Beeinflussung der öffentlichen Meinung nie fehlen, ja beides ist in solchen Zeiträumen von ganz besonderer Wichtigkeit und erfordert besondere Einrichtungen.

Bedenklicher als die Verbreitung beunruhigender Gerüchte erscheint eine Art geheimer Agitation – ob sie auf feindliche Machenschaften zurückzuführen ist, bleibe dahingestellt –, die jetzt schon gegen die bevorstehende 9. Kriegsanleihe einsetzt. Ein Bankfachmann teilt nämlich mit, daß bei den Banken täglich Anträge einlaufen, die Kriegsanleihe abzustoßen, sie zu „retten" und keine neue anzulegen. Man wolle lieber das Geld in Landankäufen festlegen, weil ein kommender sozialdemokratischer Reichstag die Anleihen ja doch nicht einlösen werde. Am 9. VIII. wurde im Schwarzwald wiederholt erzählt, daß infolge unseres Rückzuges im Westen und unserer „ungünstigen wirtschaftlichen Lage" alle in deutscher Kriegsanleihe festgelegten Gelder verloren seien. Es ließ sich feststellen, daß auch dieses Gerücht von der Schweizer Grenze stammte. Auch von Urlaubern, welche hauptsächlich von hinter der Front stehenden Truppenteilen kommen, werden beunruhigende Gerüchte verbreitet, welche die Sicherheit der Kriegsanleihen anzweifeln und fraglich erscheinen lassen.

In diesem Zusammenhang möchte das Generalkommando nicht verfehlen, auf die große Bedeutung hinzuweisen, die der Volksaufklärung in der Zeit der niedergedrückten Stimmung zukommt. Eine intensive und planmäßige Aufklärungsarbeit erscheint im bevorstehenden fünften Kriegswinter, der zweifellos hohe Anforderungen an die Nerven der Bevölkerung stellen wird, dringend notwendig. Militär- und Zivilbehör-

den müssen auf diesem Gebiet Hand in Hand arbeiten, um die Heimatfront vor verhängnisvollen Erschütterungen zu bewahren. Das Generalkommando ist bereits mit den in Betracht kommenden badischen Zivilbehörden in Verbindung getreten, um eine noch großzügigere Aufklärungstätigkeit als bisher in die Wege zu leiten; es soll hiermit aber auch die Aufmerksamkeit der maßgebenden Berliner Stellen auf die Notwendigkeit und Dringlichkeit dieser Sache gelenkt sein. Kein Mittel sollte unversucht bleiben, das geeignet erscheint, erfrischend und belebend auf die Stimmung einzuwirken, denn es steht zweifellos im 5. Kriegswinter viel auf dem Spiel.

Bei der ländlichen Bevölkerung herrscht eine lebhafte Verstimmung darüber, daß die Vertreter der Reichsgetreidestelle, welche in Baden ihre Tätigkeit ausüben, fast nur Norddeutsche sind, die mit süddeutschen Verhältnissen nicht genügend vertraut sind. Es wird dringend verlangt, daß in die Kommissionen, denen die Wirtschaftskontrolle obliegt, nur Einheimische hineingenommen werden, die Land und Leute kennen. Bei einer allzu summarischen Behandlung wird sich der Gegensatz zwischen Nord und Süd immer mehr verschärfen und der Partikularismus noch größer werden, als er jetzt schon ist. Auch in der Presse wird diesem Verlangen Ausdruck gegeben, so beispielsweise in einem bezeichnenden Artikel, der das „in Berlin übliche starre System" tadelt, d. h. den „Mangel an Sinn für liebevolles Eingehen auf süddeutsche Eigenart". Es heißt dann weiter, „es ist kein unbilliges Verlangen, wenn wir mit allem Nachdruck betonen: man soll nicht nur die Dinge erfassen und bewirtschaften, sondern auch Verstand und Herz walten lassen. Vor allem muß dieser Ruf gerichtet werden an die Berliner Zentralwirtschaft, die nicht genügend Verständnis zeigt für unsere süddeutschen Verhältnisse, wie sich wieder erwiesen hat bei der Verordnung über das Ährenlesen.[5] Das Volk bringt Opfer, selbst die schwersten Opfer, willig, wenn es sein muß und wenn das Volk von der Notwendigkeit und Gerechtigkeit der Maßnahmen überzeugt ist. Man mißachte aber nicht die Notwendigkeit, der Stimmung des Volkes, soweit irgend möglich, Rechnung zu tragen. Mehr Herz und Verstand müssen wir darum den Herren in Berlin zurufen, nicht nur, damit wir jetzt durchhalten können, sondern auch, damit sich nach dem Kriege noch ein Preuße in Süddeutschland sehen lassen darf! Es hängt letzten Endes Sieg oder Niederlage davon ab, welches Volk am längsten mit seiner Nervenkraft aushält. Jede Versündigung an der Nervenkraft, an der guten Stimmung des Volkes rächt sich bitter am Ganzen".

Die Landwirte beklagen fortgesetzt, daß man für ihre Produkte Höchstpreise festsetzte, während bei Handel und Industrie nicht in gleicher Weise und mit gleicher Strenge vorgegangen werde. *Allgemeinen Verdruß erregte die Festlegung des neuen Wirtschaftsjahres auf den 15. August statt auf den 15. September, was die späte Ernte nahegelegt hätte,* denn als Selbstversorger muß der Bauer sein letztes Scheffel aus alter Ernte abliefern, und es wird ihm zugemutet, daß er sich und die Bevölkerung aus der noch gar nicht eingebrachten neuen Ernte ernähren soll. *Trotz einer vom Kriegsernährungsamt getroffenen Regelung für die Gemüseversorgung scheuen sich die Bauern* nicht, das vertraglich abgeschlossene Gemüse anderweitig abzusetzen, sobald höhere Preise als die festgesetzten Höchstpreise bezahlt werden. Namentlich in den Städten herrscht Mißstimmung wegen der Gemüseknappheit und der teueren Preise, die gefordert werden. Die Klagen über Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande dauern an. Große Beunruhigung erregt die Verfügung über die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit; die Gefangenen sind daher weniger arbeitswillig. Durch die freien Sonntagsspaziergänge kommen viele Fälle von Entweichungen vor.

Mit der ersten fleischlosen Woche fand sich die Bevölkerung im allgemeinen ruhig ab. Unangenehm empfunden wurde aber, daß für den Ausfall an Fleisch Kartoffeln nicht oder doch nicht in genügender Menge gegeben werden konnten, insbesondere als man las, daß in Groß-Berlin Fische und andere Lebensmittel als Ersatz für das ausfallende Fleisch gegeben werden sollten. Baden ist hinsichtlich der Kartoffeln auf Zuschüsse aus anderen Bundesstaaten angewiesen; nach dem Verteilungsplan der Reichskartoffelstelle soll es Frühkartoffeln aus der bayerischen Pfalz und den Provinzen Sachsen und Posen erhalten. Die Pfalz kann wegen des schlechten Ernteausfalles nur sehr wenig abgeben. Dagegen haben die Lieferungen aus den Provinzen Sachsen und Posen sowie aus den badischen Bezirken mit Frühkartoffeln eingesetzt, *die die Regierung mit allen Mitteln zu verstärken und zu beschleunigen sucht.*

Die durch die schlechte Kartoffelbelieferung hervorgerufene Notlage war besonders im Kreise Mannheim sehr groß. Diesen Augenblick benutzten gemäß ihrer alten Taktik die „Unabhängigen" zu eifrigster Agitation, *erreichten aber* ihr Ziel, einen allgemeinen Streik, nicht, *da der Kommunalverband Mannheim alles tat,* um der Lebensmittelnot zu steuern. Die Herbeischaffung von Kartoffeln wurde mit allem Nachdruck betrieben. Außerdem erfolgten Sonderzuweisungen an die Bevölkerung in verschiedenen Nährmitteln, was als eine kleine Milderung, nicht aber als wesentliche Abhilfe aufgefaßt wurde.

Um den weniger einsichtsvollen Arbeiterkreisen entgegenzukommen und auf der anderen Seite der Agitation der Unabhängigen doch einen Riegel vorzuschieben, berief das Gewerkschaftskartell auf den 5. August eine öffentliche Versammlung ein mit der Tagesordnung „Die Ernährungsfrage und die Wohnungsfrage". Als Redner hatte man sich den Reichstagsabgeordneten Meerfeld[6] aus Köln verschrieben, der über die Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse der Arbeiterschaft sprechen sollte; er erschien aber nicht. Die Versammlung fand unter großer Beteiligung der Arbeiterschaft statt und verlief verhältnismäßig ruhig. *Pikanterweise wurde* einer der Hauptführer der Mannheimer Unabhängigen, der Genosse Schwaninger[7], *der heftig* gegen das System der Lebensmittelversorgung wetterte, *wegen Schleichhandels* zu der hohen Geldstrafe von M[ar]k 1400 verurteilt.

Inzwischen besserte sich die Kartoffelversorgung erheblich, doch ist in der Monatsmitte in allen Kommunalverbänden eine Erhöhung der Brot- und Mehlpreise eingetreten. [...] Während die Frühkartoffelernte versagt hat, ist begründete Hoffnung auf einen recht günstigen Ertrag der Spätkartoffelernte in Baden und Hohenzollern zu erwarten, *auch* wird die Ölernte infolge des großen Anbaues von Raps und Mohn sehr gut werden. *Befriedigend war die Milchversorgung, dagegen gibt es so gut wie keine Fische und nur sehr wenig Käse, Butter sowie* Fett. Die Butter wandert fast ausschließlich auf dem Wege des Schleichhandels zu hohen Preisen auf den Tisch der Kriegsgewinnler oder wird von den Hamsterern nach auswärts, besonders Norddeutschland und Sachsen, versandt. *Einen sehr reichlichen Ausfall verspricht die Spätzwetschgenernte,* was von großer Wichtigkeit ist für unsere Marmeladefabriken bei dem Mangel an Birnen und Äpfel in diesem Jahre. Letzterer Mangel wird sich besonders fühlbar machen für den Haustrunk und den Most, an den gerade der Süddeutsche und vor allem der Arbeiter sehr gewöhnt ist. Man sieht deshalb etwas mit Sorge dem Spätjahr entgegen angesichts der übermäßigen Weinpreise, da der Wein fast nicht mehr zu erschwingen ist. *Hiergegen* nehmen die christlichen Gewerkschaften Badens in einer

Eingabe an die Großh[erzogliche] Regierung Stellung *und* verlangen Maßnahmen, die ein weiteres Steigen der Weinpreise unter allen Umständen verhindern sollen. [...]

Bei dem Mangel an Lebensmitteln spielt gewissermaßen als Ersatzmittel auch der Tabak eine große Rolle. *Recht befriedigende Ernteaussichten.* Die Tabakersatzmittel schießen weiterhin wie die Pilze aus der Erde. Landespreisamt und Kriegswucheramt haben ihre liebe Not, die Ausbeutung der Verbraucher durch gewissenlose Kriegsgewinnler nach Möglichkeit zu verhindern. Auf demselben Brett steht der Wucher mit Zigaretten, deren Preise ins ungemessene steigen.

Die Aufrufe zur Abgabe von Kleidern rufen noch immer Erregung hervor und lassen eine tiefgehende Abneigung des Mittelstandes gegen die viel verdienenden und mit reichlichen Sonderzuweisungen bedachten Schwerarbeiter zutage treten. Allgemein ist das Verlangen nach einer schärferen Überwachung der ins maßlose steigenden Preise für Männerkleidung, *die* vom Mittelstand nicht mehr bezahlt werden *können.* Die zur Behebung der Wohnungsnot getroffenen Maßnahmen, wie Förderung des Kleinwohnungsbaues und Bereitstellung von Baustoffen hierfür, wurden auch im vergangenen Monat mit gutem Erfolg betrieben. Außer den in einigen badischen Städten projektierten und zum Teil schon in Ausführung begriffenen Kleinwohnungsgruppenbauten werden auch auf dem Lande Wohn- und Ökonomiegebäude in größerer Anzahl errichtet. *Allgemein forderte man* eine weitere Ausgestaltung des Mieterschutzes, die wohl auch durch reichsrechtliche Regelung in aller Kürze zu erwarten steht.

Die Lage der Rüstungsindustrie hat sich in dem vergangenen Monat nicht wesentlich geändert. In der Geschoßbearbeitung *mußten* die Firmen fast durchweg über die Vertragszahlen *liefern. Die Produktion von Infanteriemunition wurde wieder gesteigert, die Zünderfabrikation teilweise gekürzt. Flugzeug-, Motoren-, Kraftwagenbau sowie U-Boot- und Torpedobootaufträge blieben gleich.* Die ausgebliebene Bevorratung der Betriebe mit Kohle hat Unsicherheit erregt. Der Mangel an tüchtigen männl[ichen] Arbeitskräften ist nach wie vor sehr stark. Ein stärkeres Angebot weiblicher Arbeitskräfte ist nicht zu verzeichnen. Ob die durch die fortwährenden Fliegerangriffe auf die Industriezentren hervorgerufene Beunruhigung hieran Schuld trägt, muß *noch festgestellt werden. Wesentliche Schäden wurden durch Luftangriffe zwar nicht verursacht, es muß aber* ernstlich auf die großen Produktionsausfälle durch die fortwährenden Fliegeralarme hingewiesen werden. *Günstige Verkehrsverhältnisse hielten an. Viele Betriebe klagen über* eine ganz erhebliche Verschlechterung *ihrer Kohlenversorgung.* So reicht beispielsweise der Vorrat beim Elektrizitätswerk Karlsruhe noch für knapp zehn Tage gegenüber einer Bevorratung von ca. 40 Tagen Mitte April. Die geplante Winterversorgung hat sich im allgemeinen nicht durchführen lassen. *Ersatzweise wurden Braunkohlen geliefert. Auch bei der Hausbrandversorgung kann* von einer größeren Winterbevorratung kaum die Rede sein. *Immer mehr Gemeinden bemühen sich,* selbst unter erheblichen Opfern, *um Anschluß an ein Elektrizitätswerk,* um dem verschärften Mangel an Beleuchtungsmitteln vorzubeugen. *Darin wurden sie nach Möglichkeit von der Kriegsamtsstelle unterstützt.* Auch ist wieder eine Anzahl Rüstungsbetriebe und sonstige Betriebe vom Dampfbetrieb zum elektrischen Antrieb übergegangen.

Die Stimmung der Industriearbeiterschaft blieb ruhig, *ist begreiflicherweise weitgehend von der jeweiligen Ernährungslage abhängig.* Der Aufklärung der Arbeiter durch Vorträge in den Fabriken, durch Verteilen von Schriften in den Arbeiterzügen, durch Veranstaltung von Rüstungsarbeitervorstellungen in den Theatern wendet das

Generalkommando fortgesetzt größte Aufmerksamkeit zu. Wenn die maßgebende Abteilung der Kriegsamtsstelle berichtet, man gewinne den Eindruck, daß in Arbeiterkreisen das Gefühl für den Ernst der Bedrohung Deutschlands durch die Feinde wachse, so ist diese Tatsache wohl nicht zuletzt auf die gute Wirkung der Vorträge in den Fabriken zurückzuführen. Diese Vorträge, mit denen in Mannheim und Karlsruhe begonnen wurde, werden jetzt auf den ganzen Korpsbezirk ausgedehnt. *Abgesehen von den schwachen Arbeiterinnen, für die es an Heimarbeit fehlt, ist in der Industrie im Augenblick* der Bedarf an Arbeiterinnen im eigenen Korpsbezirk kaum zu decken. *Das* dürfte sich mit Beendigung der Ernte wesentlich ändern. Im Winter pflegt meist ein Überschuß an Arbeitsangebot einzutreten.

Auf dem Gebiete der inneren Politik herrschte auch im abgelaufenen Monat Ruhe. Der Badische Landtag war nochmals für einige Tage versammelt, um die durch die Reichssteuergesetzgebung notwendig gewordene Novelle zum badischen Biersteuergesetz zu beraten.[8] Die Feier der 100. Wiederkehr des Tages der badischen Verfassung verlief der ernsten Zeitlage entsprechend ruhig und würdig.[9] Bei dieser Gelegenheit wurden übrigens die sozialdemokratischen Mitglieder des Präsidiums der Zweiten Kammer des Badischen Landtags mit hohen Ordensauszeichnungen bedacht.

GLA 456/EV 8 Bund 86, masch. Abschrift.

[1] Am 8. Aug. 1918 durchbrachen die Alliierten die deutsche Front bei Amiens und erzwangen ihre Rückverlegung.

[2] Seit März 1918 landeten die Alliierten in Murmansk, Archangelsk, Wladiwostock und in den russ. Schwarzmeerhäfen.

[3] Am 20. Aug. erläuterte Solf die deutschen Vorstellungen einer neuen Friedensordnung (Gedr. *Schultheß* 1918 I S. 254 ff.), am 22. Aug. 1918 Prinz Max die moralischen Grundlagen des deutschen Staatsverständnisses (Gedr. *Schultheß* 1918 I S. 261 ff.).

[4] Solf, Wilhelm (1862–1936), seit 1894 in der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amts, 1898 Bezirksrichter in Ostafrika, 1899 Präsident des Munizipalrats von Apia/Samoa, 1900 Gouverneur, 1911 Staatssekretär des Reichskolonialamts, Okt./Dez. 1918 zugleich des Auswärtigen Amts, 1920–1928 Botschafter in Tokio.

[5] Die Verordnung untersagte das bislang geduldete Sammeln von Ähren für den privaten Verbrauch und führte sie der öffentlichen Getreideversorgung zu.

[6] Meerfeld, Jean (1871–1956), Sattler, SPD, MdR 1917–1924.

[7] Schwaninger, 1918/19 USPD-Mitglied in Mannheim.

[8] Der am 26. Juli 1918 in Kraft tretenden norddeutschen Biersteuererhöhung mußten sich die süddeutschen Staaten durch Erhöhung ihrer reservatrechtlichen Landesbesteuerung angleichen.

[9] Vgl. Nr. 1460, 1461.

1463. Eisendecher an Hertling

Karlsruhe, 7. September 1918

Die erste Kundgebung[1] des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg wirkt hier meines Erachtens außerordentlich nützlich. Nicht allzufern der Kampffront war neuerdings die Volksstimmung in ganz Baden stark gesunken, und zwar anscheinend vornehmlich durch feindliche Propagandaversuche, wie sie der Oberbefehlshaber beschreibt. Dabei blieb aber fast die gesamte Presse immer zuversichtlich und ließ es an eindringlicher Vermahnung nicht fehlen. Diese Haltung ziemlich aller, auch sozialdemokratischer

Blätter verdient Anerkennung. Daß letztere auch Kritik üben, wie in dem gehorsamst angeschlossenen Leitartikel des „Volksfreund“[2], konnte man erwarten.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 15, masch. Ausf.; Marg.: „Mil[itär]kab[inett] an Gen[eral]stab 13./9.; v. S. M. 25./9.“

[1] Aufruf Hindenburgs vom 2. Sept. 1918 über die feindliche Propaganda (Gedr. *Ursachen und Folgen* II S. 293 ff.).

[2] Nr. 208 vom 6. Sept. 1918.

1464. Eisendecher an Hertling

Karlsruhe, 13. September 1918

Die herzenswarme, eindrucksvolle Ansprache S. M. des Kaisers und Königs in Essen[1] wird hier von allen größeren Zeitungen voll wiedergegeben und wie die Kundgebung des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg[2] warm begrüßt. Da zugleich die gesamte Presse eindringlichst zur Zuversicht mahnt und namentlich auch das Regierungsorgan die Lage sehr verständig klarstellt, darf man eine Hebung der in letzter Zeit leider im Lande herrschenden trüben Stimmung wohl erwarten. Den unmittelbaren Anlaß zu solchem Sinken des Vertrauens gab ohne Zweifel die Rückverlegung der Westfront[3], aber ebenso sicher haben die andauernden Nahrungssorgen und Teuerungsverhältnisse Geduld und Entsagungsfähigkeit doch allmählich stark gemindert und die vielfache Verzagtheit mit hervorgerufen. Gerüchte entstanden von drohenden Massenangriffen der Amerikaner im Oberelsaß, von einer Räumung dieses Gebiets und von einer Beschießung badischer Städte mit weittragenden Geschützen. Dazu steigerten wohl auch die zeitweise recht häufigen Überfälle feindlicher Flieger die allgemeine Nervosität. Gelingt es, die Bevölkerung ausreichend mit dem Nötigen zu versorgen, so bleibt das natürlich immer das wirksamste Mittel zur Hebung der Stimmung. Eine genügende Zufuhr von Heizmaterial für den Winter wird dazu ebenfalls wesentlich beitragen. Weiter wäre es für das Volksempfinden außerordentlich erwünscht, wenn die extremen Parteien ihren innerpolitischen Streit mehr zurückstellen und einsehen wollten, daß jetzt unsere ganze Kraft dem Kriege dienen muß. Auch der Kampf ums gleiche Wahlrecht in Preußen sollte logischerweise ruhen bis zum Frieden. Man begreift schwer das Drängen der Sozialdemokratie und Volkspartei auf sofortige Durchführung der ersehnten Reform, die doch zunächst wenig praktischen Wert hätte, da die Feldgrauen schwerlich wählen könnten und Auflösung und Neuwahlen die bestehenden Gegensätze nur verschärfen würden. Mit vollstem Recht wollen Ew. Exz. den Zeitpunkt der Einlösung des Königswortes sich vorbehalten, das sollten auch die „Genossen“ als zweckmäßig erkennen. Andererseits hat die Frage anscheinend schon heute einen solchen Zustand der Gereiztheit und Erbitterung im ganzen Reich erzeugt, daß vielleicht doch zu erwägen wäre, ob man nicht besser täte, sie gleich aus der Welt zu schaffen.[4] Ich kann das hier schwer beurteilen, spreche aber manche erfahrene Persönlichkeiten, die, wie der Herr Vizekanzler[5] in seiner soeben veröffentlichten Rede in Stuttgart, diesen Standpunkt vertreten.

Ein Beispiel badischer sozialdemokratischer Kritik darf ich in dem „Der neueste Hertling“ überschriebenen Leitartikel des Karlsruher „Volksfreund“[6] gehorsamst anschließen.

Die neuerdings auftauchenden Andeutungen von einer kommenden Kanzlerkrisis werden hier in der Presse ziemlich allgemein scharf verurteilt.[7] In der Tat sollte jeder vernünftige Deutsche Ew. Exz. für die Übernahme und sichere Führung des schweren Amtes dankbar sein, dessen harte Arbeit zu erleichtern suchen und verstehen, daß zu erfolgreicher Politik Kompromisse gehören. Vereinzelt werden sogar Namen als mögliche zukünftige Kanzler genannt, unter anderen bekanntlich auch der Prinz Max von Baden. Daß S. G. H. etwa selbst eine solche Ehre erstrebt, halte ich für gänzlich ausgeschlossen.[a] Er wäre auch trotz seiner vortrefflichen Charakter- und sonstigen Eigenschaften meines Erachtens der gewaltigen Aufgabe schon gesundheitlich nicht gewachsen[b]; sein eigenes Gefühl muß und wird ihm das sicher sagen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 15, masch. Ausf.; Marg.: „v. S. M. 22./9."

[a] Randnotiz Wilhelms II.: „?!"

[b] Randnotiz Wilhelms II.: „Überhaupt nicht".

[1] Der Kaiser mahnte am 11. Sept. 1918 die Arbeiter der Krupp-Werke zu Geschlossenheit und unbedingter Abwehrbereitschaft (Gedr. *Schultheß* 1918 I S. 276ff.; *Ursachen und Folgen* II S. 315ff.).

[2] Nr. 1463 Anm. 1.

[3] Nr. 1462 Anm. 1.

[4] Die am 4. Juli 1918 im Preuß. Abgeordnetenhaus angenommene Wahlrechtsvorlage (Nr. 1431 Anm. 5) wurde im Herrenhaus einem Ausschuß überwiesen, der erst am 4. Sept. zusammentrat. Daraufhin kritisierte die SPD die Regierung wegen „Verschleppung der Wahlrechtsreform" und der Duldung der „Wahlrechtskomödie" des Herrenhauses.

[5] Friedrich v. Payer.

[6] Nr. 210 vom 9. Sept. 1918.

[7] Am 12. Sept. 1918 forderte der SPD-Vorsitzende Ebert im interfraktionellen Ausschuß Hertlings Rücktritt, weil er gegen die Parlamentarisierung des Reichs und für eine Friedensregelung ungeeignet sei, zudem kein Ansehen im Ausland besitze (Vgl. Nr. 1466).

1465. Eisendecher an Hertling

Karlsruhe, 27. September 1918

Die Volksstimmung in Baden scheint immer noch recht unerfreulich, heute wohl weniger infolge der militärischen oder politischen Lage als wegen der Nahrungssorgen und der Teuerung. Es gibt vorläufig so gut wie gar keine Kartoffeln und sehr wenig Obst, man kann nichts kaufen, und doch sollen Vorräte vorhanden sein. Im benachbarten Württemberg herrscht solcher Mangel offenbar nicht, in den Läden dort sind Äpfel, Birnen, Pfirsiche pp. in Menge zu haben, auch feinere Gemüse wie Blumenkohl, Tomaten pp., die hier meist fehlen. Kommunalverbände und Ernährungsämter erfahren deshalb hier scharfen Tadel, und leider richtet sich die Kritik namentlich auch nach Berlin. Man ist unzufrieden mit der Zentrale, die an allem Übel schuld sein soll, vermeintlich zu viele Verordnungen erläßt und nicht für zweckmäßige und rechtzeitige Verteilung sorgt.

Dabei kann man die glücklich eingebrachte Getreideernte Badens als leidlich gut bezeichnen; Obst gab's nur stellenweise reichlich, Pflaumen und Zwetschen dagegen im Überfluß in einzelnen Gebieten, das Volk meint aber, dieser Überfluß wandere in die norddeutschen Marmeladefabriken, und der Konsument hier erhalte nicht, was er not-

wendig gebrauche. Die Kartoffelernte steht noch aus; man wird leider mit ungenügendem Ertrag im Lande rechnen müssen wegen des anhaltenden Regenwetters, da muß also wahrscheinlich erheblicher Zuschuß von außen kommen, und dafür zu sorgen, wäre besonders wichtig.

Daß die Verhandlungen im Hauptausschuß[1] hier nennenswerten Einfluß auf die Stimmung der Massen üben, glaube ich nicht. Die Leute sind zu sehr mit ihren leiblichen und persönlichen Nöten beschäftigt, und leider mögen unter solchen Umständen viele in der Verwirklichung der sozialdemokratischen Theorien, der völligen Demokratisierung, das Heil der Zukunft sehen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 162 Bd. 9, masch. Ausf.; Marg.: „Abschr. 30./9. Kriegsernährungsamt".

[1] Im interfraktionellen Ausschuß des Reichstags einigten sich SPD, Zentrum und FVP auf eine Programm-Denkschrift (Gedr. *Ursachen und Folgen* II S. 343 ff.), die im wesentlichen die Parlamentarisierung des Reichs, einen baldigen Friedensvertrag unter Wiederherstellung der territorialen und politischen Souveränität der besetzten Gebiete sowie eine liberale Neufassung des Kriegszustandsrechts forderte. Am 23. Sept. 1918 machte die SPD-Führung ihre Regierungsbeteiligung von der Annahme der Denkschrift abhängig, doch wies die Mehrheit des Zentrums mit der Regierung im Hauptausschuß (24.–27. Sept. 1918) die Parlamentarisierung entschieden zurück.

1466. Eisendecher an Hertling

Karlsruhe, 29. September 1918

Leider sind die politisch verblendeten Parteifanatiker und Kanzlerstürzler auch hier am Werke. Ew. Exz. darf ich einen Leitartikel des sozialdemokratischen „Volksfreund"[1] gehorsamst vorlegen, der unter der Überschrift „Ein unmöglicher Kanzler" ungerechteste Kritik übt. Es ist tief bedauerlich, wie gewisse Parteien in ultrademokratischen Reformen das Heil der Zukunft sehen und darüber fast vergessen, daß an der Front der allerschwerste Kampf tobt. Wie können Leute von halbwege politischem Verstand wähnen, daß solche Umordnung[en] einschneidendster Art unsere Lage und Aussichten bessern sollen? Wie können sie eine Krise zu provozieren suchen, die, den Feinden hochwillkommen, nur deren Hoffnung auf unsere innere Zerrissenheit stärken müßte. Wir sehen ja im Osten deutlich genug, wohin die ersehnte Radikalisierung schließlich führen kann, und andererseits kämpfen unsere westlichen Feinde einheitlich und leider recht erfolgreich unter der absoluten Gewaltherrschaft von Diktatoren, ohne das geringste Überbleibsel ihrer einst vielgepriesenen Demokratie. In anerkennenswertem Nationalgefühl und Opfermut ertragen ihre Völker den Zwang, weil sie, patriotischer und politisch klüger als wir, einsehen, daß ein straffes autokratisches Regiment für den Krieg doch sehr zweckdienlich sein kann und daß demokratische Wünsche einstweilen zurücktreten müssen. Unsere „Genossen" und ihr Anhang in der Volkspartei sollten sich daran ein Beispiel nehmen, zumal die Kriegslage im Westen und die Vorgänge in Bulgarien[2] mehr als je ein festes, einiges Zusammenstehen von Regierung und Volksvertretern dringend erfordern.

Ew. Exz. haben hier zahlreiche treue Verehrer und warme Verteidiger, kein nicht einseitig parteibefangener Badener kann eine wirkliche Krise wünschen. Das Regie-

rungsorgan bringt in diesem Sinne nützliche Mahnungen, auch nationalliberale und Zentrumsblätter bewahren im ganzen eine verständige Haltung.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 122 Nr. 24 Bd. 1, masch. Ausf.

[1] Nr. 227 vom 28. Sept. 1918.
[2] Am 25. Sept. 1918 war Bulgarien militärisch zusammengebrochen und bat um Waffenstillstand.

1467. Stellvertretendes Generalkommando des XIV. Armeekorps an das Kriegsamt

Karlsruhe, 30. September 1918

In der allgemeinen Stimmung ist eine Änderung gegenüber dem Vormonat nicht zu verzeichnen: sie ist niedergedrückt, oftmals stumpf bis zur Gleichgültigkeit geblieben. Die Last des langen Krieges wird in ihrer ganzen Schwere von der breiten Masse empfunden. Man trägt sie, teils schweigend, teils schimpfend, ohne Hoffnung auf ein baldiges Ende. So blieb Burians[1] Friedensschritt ohne Einwirkung auf die Stimmung. Niemand versprach sich davon irgendeinen Erfolg, niemand war dann auch hinterher enttäuscht über das völlig negative Ergebnis. Es fehlte indes auch nicht an Einsichtigen, die von vornherein der Meinung Ausdruck gaben, daß derlei Aktionen im gegenwärtigen Augenblick nur kriegsverlängernd wirken können. Die Ereignisse an der Westfront riefen – insbesondere in Oberbaden – stellenweise eine lebhafte Beunruhigung hervor, die begreiflich ist bei der geringen Entfernung, die diese Gebiete vom Kriegsschauplatz trennt. Wieder ging das Gerede von geplanten oder bereits erfolgten Fernbeschießungen oberbadischer Städte und von einem demnächst erfolgenden Vorstoß der Feinde gegen das Elsaß, der dann auch Baden in Mitleidenschaft ziehen würde. Das Verlangen nach beruhigenden Erklärungen über die militärische Lage, das von verschiedenen Seiten an das Generalkommando herantrat, ist unter diesen Umständen verständlich. Presseäußerungen über die militärische Lage – insbesondere auch die Auslassungen der offiziösen Telegraphenbüros – finden wenig Beachtung, weil überall Beschönigungsversuche gewittert werden. Die beste Wirkung verspricht noch das gesprochene Wort. Es ist deshalb zu begrüßen, daß das Kriegspresseamt neuerdings dem Generalkommando Informationen über die militärische Lage zustellt, die an die Aufklärungsorgane weitergeleitet werden können. Auch Vorträge von militärischen Autoritäten würden beruhigend wirken und sollten gerade im diesseitigen Korpsbezirk – angesichts seiner exponierten Lage als Grenzland – häufiger stattfinden können, als dies zur Zeit möglich ist. Was auf diesem Gebiete durch das Generalkommando geschehen kann, geschieht bereits jetzt in weitestem Umfange. Für besondere Zwecke aber wären, wie erwähnt, besondere Autoritäten – Generalstabsoffiziere usw. – als Redner notwendig, die von den Berliner Zentralstellen zur Verfügung gestellt werden müßten. Dabei – das gilt auch für die offiziösen Presseauslassungen! – sollte jede Schönfärberei vermieden werden. Es schadet nicht nur nichts, sondern es ist geradezu notwendig, unserem Volke die Lage so zu schildern, wie sie ist. Es bleiben dann auch Enttäuschungen aus, und die gewaltigen Leistungen unseres Heeres werden gerechter gewürdigt, auch dann, wenn es sich nicht um weithin erkennbare Siegestaten handelt.

Es muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß der Tiefstand der Stimmung in beträchtlichem Maße zurückzuführen ist auf Redereien von Fronturlaubern in der Heimat. Ihre Auslassungen über die militärische Lage, über schlechte Behandlung, unzureichendes Essen, ungerechte Handhabung der Urlaubserteilung usw. wirken außerordentlich schädlich. Auch wurde die Beobachtung gemacht, daß Urlauber aus dem Felde die heimische Bevölkerung, besonders die Frauen, von der Zeichnung der 9. Kriegsanleihe abzuhalten versuchen, indem sie ihnen die militärische Lage als nicht günstig bezeichnen. Auch aufreizende Reden über das Wohlleben und die herausfordernde Lebenshaltung der Offiziere wurden in letzter Zeit wieder festgestellt. In der Gegend von Sigmaringen wurden auf dem Felde mehrfach Zettel aufreizenden Inhalts gefunden; es wird angenommen, daß diese Zettel von der Front mitgebracht wurden. Auch Briefe, die nach der Schweiz gehen, und Auslassungen über schlechten Ausgang des Krieges, [die] Ungünstiges über unsere Lage enthalten und das Bevorstehen des Zusammenbruchs prophezeien, stützen sich, wie die Postüberwachung Freiburg mitteilt, meist auf angebliche Äußerungen von Urlaubern.

Besonders niederdrückend und beunruhigend wirken die häufigen Fliegerangriffe und Fliegeralarme im Heimatgebiet. In der Zeit vom 20. 8. bis 20. 9. führte der Feind 6 Angriffe auf Baden aus: 2 auf Karlsruhe, 2 auf Mannheim, je einen auf Rastatt und die Gegend von Bühl. Ein Angriff auf Karlsruhe kostete 10 Menschenleben. Es kommen dazu die sehr häufigen Fliegeralarme sowohl am Tage wie auch während der Nacht: Das alles wirkt außerordentlich zermürbend selbst auf Leute, die sich im allgemeinen ein ruhiges Urteil und eine gute Gesinnung bewahrt haben.

Der Gerüchteepidemie wurde durch ausgiebige Verbreitung des Hindenburg-Aufrufs vom 2. September[2], durch Anweisungen an die Aufklärungsoffiziere und durch Presseartikel tatkräftig entgegengetreten. Es gelang denn auch, sie einzudämmen; ganz auszurotten ist das Übel freilich nicht, namentlich nicht in Zeiten gedrückter Stimmung. Auf einige Gerüchte und Redereien wurde bereits oben hingewiesen. Es kommen dazu Gerüchte über die bevorstehende Räumung von Mülhausen, Straßburg und Colmar, ein Gerede, es sei ratsam, an die Wegschaffung von Hab und Gut zu denken, ferner übertriebene Schilderungen von der Beschießung von Metz, dann über große Verluste an U-Booten usw.

Immer wieder wird auch behauptet, daß an der Front kolossale Mengen Kriegsrohstoffe ungeborgen bleiben. Dies sei auf die Wiederabschaffung der Sammelprämien zurückzuführen. Auch die Beutegüter würden nicht rasch genug abtransportiert und wären in Gefahr, bei einem etwa notwendig werdenden Rückzug dem Feinde in die Hände zu fallen. Es wird erzählt, daß in der Gegend von Lille, zwischen La Bassée und Armentières, seit Jahr und Tag eine Menge Gußbruch aufgehäuft liege. Niemand kümmere sich darum, obgleich das Gut direkt am Kanal liege und in einigen Schiffsladungen weggeführt werden könne. Solche Darstellungen wirken auf die Öffentlichkeit insofern schädigend ein, als vielfach angenommen wird, daß die in der Heimat angeordneten Beschlagnahmen nicht so schwerwiegend und unbedingt notwendig seien.

Über das Benehmen der Kriegsgefangenen wird in letzter Zeit viel geklagt, und die aus der Gefangenschaft zurückgekehrten deutschen Soldaten sind erstaunt über die gute Behandlung der in deutscher Gefangenschaft befindlichen Feinde.[3] In dem Bericht eines Gewährsmannes werden die Gefangenen als die „besten Agitatoren unserer Feinde" bezeichnet.

Den Geschehnissen auf dem Gebiete der inneren Politik steht die Bevölkerung im allgemeinen vollkommen gleichgültig gegenüber. Kanzlerkrise[4] und die damit zusammenhängenden Erörterungen finden wenig oder gar kein Interesse, dagegen spielen die Ernährungsfragen nach wie vor begreiflicherweise eine große Rolle. Weit mehr als die Ereignisse an der Front oder in der inneren Politik drücken die wirtschaftlichen und ernährungswirtschaftlichen Fragen auf die Stimmung der Massen in Stadt und Land. Weitaus der größte Teil aller Beschwerden richtet sich gegen das immer mehr um sich greifende Hamsterunwesen eines großen Teiles der besitzenden Klassen. Die Hamsterei verschärft immer mehr den Gegensatz zwischen den durch den Krieg reich gewordenen Kreisen und dem Teil der Bevölkerung, der sich kümmerlich durchbringt und am Ende seiner physischen Kraft und der seelischen Spannkraft ist. Es ist keine Aussicht auf Besserung der Stimmung, solange nicht dieses „Wuchergewächs" ausgerottet ist. Man vermißt überall noch die starke Hand, die rücksichtslos diesem Unwesen steuert. Das Gewissen der Leute wird durch Wucher, Schleichhandel und Großhamsterei immer weitmaschiger, und auch die Klassengegensätze verschärfen sich zusehends, wenn die Minderbemittelten sehen, daß sich der Reiche keine Entbehrungen aufzuerlegen braucht.

Die Ernährungslage ist in den Städten wenig befriedigend. Die beiden ersten fleischlosen Wochen wurden hart empfunden, weil es nicht möglich war, für den Ausfall an Fleisch einen einigermaßen ausreichenden Ersatz zu geben. Die Knappheit an Kartoffeln machte sich gerade in diesen Wochen recht unangenehm bemerkbar. Wacker durchgehalten hat im allgemeinen die arbeitende Bevölkerung, was um so mehr anzuerkennen ist, als die den anerkannten Rüstungsbetrieben zugeteilte Wurstration sich doch nur in recht bescheidenen Grenzen hält. Andererseits ist zu hoffen, daß die teils freiwillige, teils gezwungene Abreise zahlreicher „Kurgäste" nicht ganz ohne Einfluß auf die Ernährungslage bleiben wird, *zumal die Ernte der Spätkartoffeln wegen kalter und trockener Witterung die Erwartungen nicht erfüllte.* Aus dem Überschußland im vorigen Jahre ist ein Bedarfsland Baden geworden; denn nur die Hälfte der vorigen Ernte wird eingeheimst werden können. *Deshalb hat die badische Kartoffelversorgung* 2–300 000 Zentner aus Schlesien zugewiesen erhalten von der Reichskartoffelstelle und 100 000 Zentner aus Bayern. *Wegen der teilweise recht bedenklichen Kartoffelknappheit konnte z. B. Karlsruhe* während einer ganzen Woche keine Kartoffeln verteilen, was von der Bevölkerung angesichts des Mangels auch an anderen Nahrungsmitteln [als] äußerst hart empfunden wurde.

In Mannheim war man mit der Ernährungslage „allgemein immer noch sehr unzufrieden; die Verhältnisse spitzen sich immer mehr zu. Wenn es auch, abgesehen von der demonstrativen Arbeitsniederlegung der Arbeiterschaft eines größeren Mannheimer Rüstungsbetriebes an einem Samstag nachmittag, zu keinem weiteren öffentlichen Ausdruck des Mißbehagens kam, so darf dies keineswegs als Zeichen von Zufriedenheit aufgefaßt werden. Dank den Bemühungen der beteiligten Militär- und Zivilbehörden und der Einsicht des vernünftigen Teiles der Bevölkerung und Arbeiterschaft herrscht nach außen hin verhältnismäßig Ruhe. Um so mehr macht sich aber die Erregung nach innen bemerkbar. Daß der größte Teil der Bevölkerung und insbesondere die Arbeiterschaft unter der gegenwärtigen mangelhaften Ernährung sehr leiden, ist eine unbestreitbare Tatsache, und es verdient wirklich Anerkennung, daß die Ruhe im großen und ganzen wenigstens nach außen hin gewahrt bleibt. Mit der Zeit fällt es aber immer schwerer, die täglich vorsprechenden und dringend um Abhilfe nachsuchenden Arbei-

tervertreter der verschiedensten Betriebe zu beruhigen. Bis jetzt ist es zwar immer noch gelungen, die Leute von der gänzlichen oder teilweisen Unerfüllbarkeit der oft in erregter Weise vorgebrachten Forderungen und Wünsche zu überzeugen und die ruhige Überlegung in ihnen wiederherzustellen, aber auf die Dauer darf man sich auch hiervon nicht alles versprechen. Die Agitation der ‚Unabhängigen' geht unter Ausnützung dieser Verhältnisse nach wie vor mit vollem Eifer weiter, wenn auch der Erfolg gering ist. Dagegen wird die schwierige Ernährungslage zur Begründung der gegenwärtigen allgemeinen Lohnbewegung scharf ins Feld geführt. Nachdem diese Bewegung auf Verhandlungen von Organisation zu Organisation gedrängt werden konnte, dürfte sie ohne Zwischenfall verlaufen. Die *unzulängliche Fett- und Eierversorgung sowie* die zweifellos mangelhafte Gemüsezufuhr verschärft die mißliche Lage in hohem Maße; die Marktberichte der Tageszeitungen geben immer noch dasselbe unerquickliche Bild. Ganz zu schweigen von der Obstversorgung. Man will in den meisten Kreisen die wahre Ursache, die schlechte Ernte, nicht gelten lassen, sondern schiebt alles auf den Schleichhandel. Die Erbitterung gegen die wohlhabenden Kreise, welche sich durch bedeutende Höchstpreisüberschreitung genügend eindecken, ist groß. Demgemäß werden die Stimmen, welche die schärfsten Maßregeln gegen den Schleichhandel verlangen, immer lauter. Auch die Betriebe mit Fabrikspeisung haben mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Sowohl in der Bevölkerung wie namentlich in Arbeiterkreisen wird der Mangel an Käse, Fischen und Hülsenfrüchten besonders mißlich empfunden. Peinlich genau überwachen die Arbeiter Mannheims die Verteilung von Zulagen in den einzelnen Betrieben, und die Klagen über die Bevorzugung der großen Betriebe verstummen nicht. Wenn diese im großen und ganzen auch unberechtigt sind, so scheint es doch entgegen allen Bestimmungen immer noch vorzukommen, daß in einzelnen Fällen auf ungesetzlichem Wege Lebensmittel beschafft und verteilt werden". Soweit der Bericht über die Ernährungslage in Mannheim. Anderwärts werden ähnliche Klagen laut. Die Hoffnung auf eine baldige Besserung der Ernährungslage sinkt in der Bevölkerung zwar immer mehr, aber Grund zu unmittelbaren Befürchtungen liegt nicht vor. Vor den Wintermonaten empfindet man jedoch allgemein Grauen.

Die *Mehllieferungen sind allgemein zufriedenstellend.* Entgegen der Auffassung weiter Kreise ist man in Baden an maßgebender Stelle der Auffassung, daß die Heraufsetzung der Brotration auf die alte Höhe von 220 Gramm nicht ohne Bedenken ist. Die Ersparnis von jeweils 20 Gramm im ganzen Reich spielt eine nicht zu unterschätzende Rolle für die Aufhäufung von Reserven in bösen Tagen. *Unverändert geringer Schweinebestand und zunehmender Fettmangel.* Hoffentlich läßt sich aus den Futterpflanzen mehr Öl und Fett gewinnen, dann brauchen wir nicht, wie bereits von Berlin angekündigt wird, mit der Fettbelieferung, d.h. mit der Ration für Arbeiter und Bewohner, herunterzugehen. Die in Aussicht stehenden 18 bis 20 fleischlosen Wochen werden ja auch unzweifelhaft hier von großem Wert sein, nur soll man nicht vergessen, daß der Ausgleich mit anderen Nährmitteln durchaus notwendig ist. *Im August war die Versorgung mit Milch und Eiern weniger befriedigend, der Zucker* muß nunmehr im Besitze aller Verbraucherkreise sein. Die *Fisch- und Gemüsebelieferung war nicht ausreichend.* Bohnen sind fast nur im Schleichhandel zu haben. Obst fehlt fast nur. *Die badische Regierung* hat auf Anregung des Landespreisamtes mit den Interessenten Richtpreise *für Wein* festgesetzt, die zugleich Höchstpreise sind, deren Nichteinhaltung daher nach den Wuchergesetzen geahndet wird. *Zugleich wurden* die Zuschläge in Prozenten festgesetzt,

die der Handel und der Ausschank aufschlagen dürfen. *Streng kontrollierte Ausfuhrscheine sollen verhindern, daß die Weine in die übrigen Bundesstaaten gelangen*, weil dort höhere Preise gelten. *Baden wurde in neun Bezirke eingeteilt, in denen für Weißwein zwischen 250 und 380, für Rotwein zwischen 300 und 500 Mark pro Hektoliter festgesetzt wurde.* Außerdem sind strengstens Weinversteigerungen verboten; die bereits abgeschlossenen Verträge über 1918er Trauben, die die obigen Preise übersteigen, sollen als ungültig erklärt werden.

Die Klagen der Landwirte sind die gleichen geblieben: Mangel an Arbeitskräften, zu weit gehende Wegnahme von Vieh, allzu scharfe Mühlenkontrolle, alles Klagen, die zwar an sich berechtigt sein mögen, denen aber unter dem Zwange der Kriegsnotwendigkeiten beim besten Willen nicht abgeholfen werden kann. Hier tut Aufklärung und immer wieder Aufklärung not, die von Militär- und Zivilbehörden denn auch tatkräftig betrieben wird. Besorgnis herrscht *auch wegen der schlechten Heuernte und des im Winter erwarteten Mangels an Beleuchtungsmaterial.* Die Bewohner der den Fliegerangriffen ausgesetzten Städte verlangen ebenfalls vermehrte Zuteilung von Petroleum, um damit die Keller beleuchten zu können bei nächtlichen Fliegeralarmen. Der Wunsch erscheint gerechtfertigt.

Die Lage der Rüstungsindustrie *zeigt gegenüber dem Vormonat keine Veränderungen.* In der Geschoßbearbeitung ist die Zuweisung der Rohlingsmengen allgemein noch sehr stark. Teilweise bleibt Belieferung hinter Zuweisung zurück. Im vergangenen Monat sind große Zünderaufträge nach Baden gekommen, wodurch dieser Industriezweig wieder vollbeschäftigt ist. *Erwähnenswert* ist noch der große Ausfall in der Produktion durch die fortwährenden Fliegeralarme und -angriffe. Auf die Stimmung der Industriearbeiterschaft trifft das zu der allgemeinen Stimmung Bemerkte zu: sie ist gedrückt, nicht zuletzt *aufgrund der oben ausgeführten Ernährungsschwierigkeiten.* Nach Aussagen Industrieller wirken ungünstige Nachrichten, die von Fronturlaubern in Zügen und zu Hause verbreitet werden, auf Arbeiter besonders schädlich. Eine Einwirkung auf Front und Etappe wäre zweckmäßig. Die Aufklärung der Arbeiterschaft durch Vorträge in den Fabriken, durch Verteilen von Schriften und Flugblättern in den Arbeiterzügen, durch Auflegen von Zeitungen in den Fabrikkantinen und -speiseräumen wurde vom Generalkommando auch weiterhin betrieben. Fabrikvorträge finden nunmehr regelmäßig in allen bedeutenderen Werken des Korpsbezirks statt. Sie finden fast ausnahmslos großes Interesse bei der Arbeiterschaft, so daß wohl von einem Erfolg dieser Einrichtung gesprochen werden kann. Von nachhaltiger Wirkung wird naturgemäß erst gesprochen werden können, wenn die Vorträge zu einer dauernden Einrichtung geworden sind.

Im Lauf des letzten Monats sind fast in allen Industriezweigen sehr erhebliche Lohnforderungen gestellt worden. Die Arbeitgeber haben zwar überall sehr großes Entgegenkommen gezeigt, so daß die Forderungen fast überall bewilligt wurden, die Lohnbewegung ist dadurch aber keineswegs beendigt. Beinahe durchweg werden alle Lohnforderungen von den Gewerkschaften vertreten und zu parteipolitischen Zwecken ausgenützt. Sehr vermehrt haben sich auch die Klagen aller Art, die im Auftrag der einzelnen Arbeiter durch die Gewerkschaftssekretäre vorgebracht und vertreten werden. In besonders scharfer Weise ist das im Holzgewerbe in Erscheinung getreten. Trotz aller Schwierigkeiten ist es indes nirgends zu Streiks gekommen, wenn es auch im Mannheimer Industriebezirk wiederholt gekriselt hat. *Empfindlicher Mangel herrscht weiterhin an Arbeitsklei-*

dung und Schuhzeug. Verschlechtert hat sich die Stimmung unter den Arbeiterinnen, wo sich Kriegsmüdigkeit und Unzufriedenheit zeigt. Bei den Rüstungsarbeiterinnen der Städte machen sich lange Arbeitszeit und mangelhafte Ernährung sehr fühlbar; die Arbeiterinnen, die mit dem Einfüllen von Pulver zu tun haben, sind gesundheitlich besonders gefährdet (Magenleiden usw.). Bei der Einrichtung von Arbeiterinnenheimen und Kinderkrippen macht sich der Mangel an Wäsche empfindlich fühlbar. Nirgends sind mehr wollene Decken zu bekommen, und die Arbeiterinnen klagen jetzt schon, daß sie mit den Papierdecken frieren. Auch Faden und Stopfgarn wäre überall dringend notwendig. Der Bedarf an Rüstungsarbeiterinnen ist wie immer in dieser Jahreszeit besonders groß. *Nach den Erfahrungen im Jahr 1917 werden die nötigen Kräfte erst Ende Oktober eingestellt werden können, dagegen erwarten wir im Dezember einen starken Überschuß an Arbeiterinnen.*

Befriedigend war auch die Verkehrslage. Die Versorgung der Industrie mit Kohlen, die schon im Vormonat eine erhebliche Verschlechterung zeigte, ist weiterhin ungünstiger geworden. Durch einen Schiffsunfall im Binger Loch trat ein erheblicher Ausfall der Verschiffungen nach Süddeutschland ein, und seitens der Saar wurden aufgrund der erheblichen Förderausfälle infolge Grippeerkrankungen unter der Belegschaft sämtliche Industrielieferungen mit Ausnahme der V[orzugs]-Anweisungen gesperrt, so daß es stellenweise zu Betriebseinschränkungen und Stillständen kam und die ohnehin stark verminderten Vorräte jetzt völlig aufgebraucht sind. Die zur Kohlenstreckung vorgesehenen Rohbraunkohlenlieferungen sind noch nicht eingetroffen. Immerhin konnten Betriebsausfälle bei den kriegswichtigen Firmen vermieden werden. Tritt jedoch nicht bald eine erhebliche Besserung ein, so wird mit Lieferungsausfällen dringender Heeresprodukte zu rechnen sein. Eine erhebliche Verschärfung der Kohlenlage ist auch der langanhaltenden Trockenperiode zuzuschreiben, die einen bedeutenden Rückgang der Wasserkräfte zur Folge hatte, der seinerseits wieder dazu führte, daß viele Betriebe ihre Reservedampfanlagen anspannen mußten. Das rasche Schwinden der Kohlenvorräte war natürlich die Folge. Auch die im Vormonat noch einigermaßen befriedigende Koksanfuhr ist stark zurückgegangen. Die Brennstoffzufuhr im Hafen Karlsruhe ist auf 67747 zurückgegangen gegen 118000 Tonnen im Vormonat. *Bei der Hausbrandversorgung gab es keine Klagen, und* ca. 60% der vorgesehenen Lieferungsmenge ist tatsächlich geliefert worden. Die Versorgung der Stadtbezirke war verhältnismäßig besser als die der Landbezirke, doch wird immer noch über verhältnismäßig zu große Koks- und Brikettzuteilung anstelle von Kohlen geklagt. Von einer namhaften Winterbevorratung kann nach wie vor keine Rede sein.

Wegen der langen Trockenperiode und des Versagens namentlich kleinerer Wasserkraftwerke suchen immer mehr Gemeinden Anschluß an Überlandzentralen und Großwasserkraftwerke. Solche Gesuche unterstützt die Kriegsamtsstelle, weil einerseits aus volkswirtschaftlichen Gründen die Sicherstellung der Landbezirke hinsichtlich Licht- und Kraftstromverbrauch nötig ist und andererseits Gründe der Kohlen- und Materialersparnis die Zentralisierung der Elektrizitätserzeugung rechtfertigen. *Ebenso wurde die bessere* Ausnutzung bisher ungenutzter Wasserkräfte gefördert. Neuanschlüsse oder Erweiterung bestehender Anschlüsse mußten abschlägig beschieden werden wegen Überlastung der bestehenden Transformatorenanlagen. *Die Bautätigkeit mußte wegen Arbeiter- und Materialmangels sowie des gestiegenen* Verbrauchs an der Front wieder stark eingeschränkt werden, *ist im übrigen* die gleiche wie im letzten Monat geblieben.

Parteipolitisch ist Bemerkenswertes nicht zu berichten. Die fortgesetzte gehässige und verhetzende Haltung der soz[ial]dem[okratischen] Mannheimer „Volksstimme" nötigte das Generalkommando, das Blatt für Heeresangehörige zu verbieten, nachdem alle Rügen und Verwarnungen fruchtlos blieben.

Die Aussichten für die 9. Kriegsanleihe lassen sich schwer beurteilen. Wenn auch die geschilderte gedrückte Stimmung keine günstigen Vorbedingungen schafft, so wäre es doch falsch, daraus weitgehende Schlüsse zu ziehen. Der Appell an das vaterländische Gewissen wird auch jetzt wieder seine Wirkung tun. Das zeigte sich z. B. in Freiburg, wo trotz aller gerade dort herrschenden Schwierigkeiten und Widerstände in den ersten Tagen schon 45 Millionen gezeichnet waren. Freilich wird es gerade dieses Mal einer besonders intensiven Groß- und Kleinwerbearbeit bedürfen. Daran fehlt es aber im diesseitigen Korpsbezirk nicht. Generalkommando und Zivilbehörden bauen die Organisation zur planmäßigen Hebung der Volksstimmung weiter aus, und es ist Gewähr dafür geboten, daß sowohl während der Kriegsanleihezeit als auch darüber hinaus alles geschieht, um schädigenden Einflüssen Herr zu werden. Inwieweit dies gelingt, wird zu seinem Teil das Ergebnis der neunten Kriegsanleihe zeigen.

GLA 456/EV 8 Bund 86, masch. Konz.

[1] Burian v. Rajecz, Stephan Graf (1851–1922), österr.-ungar. Diplomat, 1903–1912 österr. Finanzminister, 1915/16, April/Okt. 1918 Außenminister. Burians Friedensnote vom 14. Sept. 1918 schlug allen kriegführenden Staaten Direktverhandlungen zur Herbeiführung eines Verständigungsfriedens an einem neutralen Ort vor (Gedr. *Schultheß* 1918 II S. 53 f.; *Ursachen und Folgen* II S. 309 ff.) und wurde von den Alliierten zurückgewiesen.

[2] Nr. 1463 Anm. 1.

[3] Stellv[ertretendes] Generalkommando des XIV. Armeekorps an das Kriegsamt. „Karlsruhe, 6. Oktober 1918. *Der Aufklärungsoffizier des Bezirks Heidelberg beobachtete*, daß die Kriegsgefangenen die in letzter Zeit in weiten Volksschichten eingerissene Sucht, Vorwürfe und haßerfüllte Äußerungen gegen unsere öffentlichen Einrichtungen und bestimmte Bevölkerungsklassen vorzubringen, in erheblichem Maße fördern; hierdurch werden sie zu den ‚besten Agitatoren unserer Feinde', sind sie ‚die heimlichen Bundesgenossen aller Miesmacher'. ‚Die französischen Kriegsgefangenen machen sich in mancher Hinsicht unliebsam bemerkbar. So kam es mehrfach vor, daß sie die Landwirte, bei denen sie arbeiten, von der Kriegsanleihezeichnung abspenstig zu machen suchen, indem sie ihnen vorstellen, daß die Kriegsanleihen nichts mehr wert sind, da die Franzosen in absehbarer Zeit am Rheine ständen'. Der Aufklärungsoffizier für den Bezirk Baden-Baden berichtet von Verstimmung, hauptsächlich bei den Soldaten, über die zu gute und nachsichtige Behandlung der Kriegsgefangenen. ‚In Haueneberstein z. B. gehen die jungen Mädchen mit den Kriegsgefangenen spazieren, und ist es schließlich leicht zu verstehen, was sich da die jungen Männer des gleichen Ortes, die teilweise im Felde stehen oder in der Garnison den Befehl zum Ausmarsch erwarten, dabei denken. Es besteht die Ansicht, daß man solche Gefangene auswechseln sollte'" (Ebd., masch. Abschrift).

[4] Vgl. Nr. 1464 Anm. 7, 1465 Anm. 1.

1468. Eisendecher an Prinz Max von Baden

Karlsruhe, 4. Oktober 1918

Die Ernennung E. G. H. zum Reichskanzler und Minister der auswärtigen Angelegenheiten ist nach Zeitungsmeldungen erfolgt.[1] Ich habe daher an den neuen Herrn Minister

als meinen Vorgesetzten zu berichten und darf damit beginnen, daß ich E. G. H. warmen Herzens allen Erfolg wünsche in den übernommenen verantwortungsvollen Ämtern.

Die Ernennung wird hier in der engeren Heimat freudig begrüßt von allen Parteien und der gesamten Presse. Man erkennt es dankbar an, daß E. G. H. das Opfer gebracht haben, in die Bresche zu treten und so die Parteien zu einigen – gewissermaßen die Situation zu retten. Möchten vor allem Gesundheit und Tatkraft dauernd erhalten bleiben und treue Mitarbeiter nicht fehlen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 122 Nr. 25 Bd. 1, masch. Ausf.

[1] Da es Hertling ablehnte, die von der OHL geforderte Parlamentarisierung vorzunehmen (Kaiserlicher Parlamentarisierungserlaß vom 30. Sept. 1918, gedr. *Ursachen und Folgen* II S. 347), wurde Prinz Max von Baden am 3. Okt. 1918 zum Reichskanzler ernannt (Vgl. *Prinz Max von Baden* S. 327ff.).

1469. Eisendecher an Prinz Max von Baden

Baden-B[aden], 9. Oktober 1918

E. G. H. haben in der engeren Heimat eine gute Presse. Alldeutsche und konservative Zeitungen, die wie im Norden vermutlich an dem neuen Kurs heftig Kritik üben würden, fehlen hier. Ihren Standpunkt vertreten meist in leidlich maßvollem Tone die in Stuttgart erscheinende „Süddeutsche Zeitung" und das hiesige kleine Wochenblatt, die „Konservative Korrespondenz".

Dem Friedensangebot[1] steht man überall ziemlich skeptisch gegenüber; zwar scheint der öffentlichen Meinung eine glatte Ablehnung unwahrscheinlich, aber es wird fast allgemein befürchtet, daß Präsident Wilson, beeinflußt von den Westmächten, harte, für uns unannehmbare Bedingungen stellen werde. Jedenfalls ist die Friedenssehnsucht im Volke vorherrschend und leider neuerdings stark vermischt mit feindlichen Gefühlen gegen den Norden, besonders Preußen, dem man unwissend und ungerecht vielfach vorwirft, es habe durch seine Rüstungspolitik den Krieg heraufbeschworen; selbst vor S. M. dem Kaiser wird nicht haltgemacht. Die Presse bringt nichts dergleichen, aber ich höre bisweilen von recht bedenklichen Ausdrücken, die gegen Preußen und unseren Allergnädigsten Herrn gefallen sein sollen. Sie verraten eine tief bedauerliche Verirrung, die zum Teil wohl mit durch die immer mehr erschwerte Lebenshaltung verursacht wird. Die Preise für die unentbehrlichen Bedürfnisse sind in der Tat fast unerschwinglich für den gesamten Mittelstand, während die Arbeiter bei sehr hohen Löhnen meist besser stehen und nicht selten geradezu im Überfluß leben.

Zuversicht und Vertrauen schwinden entschieden, obgleich die Presse aller Parteien sich redlich bemüht, die Stimmung wieder zu heben. Die Leute lassen sich nicht ausreden, daß unsere Lage ganz schlecht sei, daß wir Frieden machen müßten auch mit schweren Opfern.

Es ist dringend zu hoffen, daß diese Verzagtheit wieder in einen festen Kampfeswillen umschlägt, wenn die Feinde unsere Friedenshand zurückweisen.

Gerade vor einem Jahr starb hier Herr Hermann Sielcken, der uns so nützliche reiche Deutschamerikaner, ich erinnere mich jetzt oft seiner wiederholten ernsten Mahnung, die Kampfmittel der Vereinigten Staaten nicht zu unterschätzen, deren Eintritt in den Krieg womöglich zu verhüten. Ich habe das seinerzeit pflichtgemäß berichtet.[2]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 15, eig. Ausf.

[1] Note der Reichsregierung vom 3. Okt. 1918 an den amerikanischen Präsidenten Wilson (Gedr. *Ursachen und Folgen* II S. 378f.) auf der Grundlage der 14 Punkte vom 8. Jan. 1918 (Gedr. *Ursachen und Folgen* II S. 374ff.).
[2] Nr. 1367.

1470. Eisendecher an Prinz Max von Baden

Baden-Baden, 12. Oktober 1918

In Versammlungen der Nationalliberalen und der Volkspartei, die am 7. bzw. 9. d. Mts. in Karlsruhe stattfanden, sprachen sich die Parteiführer Geheimrat Rebmann und Stadtrat Dr. Weill über die Lage aus.

Ersterer begann mit warmen Wünschen für E. G. H., erörterte das Friedensangebot[1] und die möglichen Folgen der Parlamentarisierung, die nicht zu einer Schwächung der Einzelstaaten führen dürfe. Er meinte, durch die Schuld der Regierenden habe die Staatsautorität gewaltig gelitten, auch die Diplomatie habe vollständig versagt. Nach ihm sprach noch der Vorsitzende des jungliberalen Vereins, der zur Einigkeit und Zuversicht mahnte und die sogenannte Demokratie unserer Feinde als eine Herrschaft einzelner und des Kapitalismus scharf geißelte.

Dr. Weills Rede erscheint namentlich deshalb beachtenswert, weil er die schwere Verantwortung für den unbeschränkten U-Boot-Krieg besonders hervorhebt und hinzufügt, Amerikas Eintritt in den Krieg habe uns um den Sieg gebracht. Bei der großen Übermacht der Feinde werde man auch zu schweren Opfern bereit sein müssen. Die Regierungskarre sei völlig festgefahren, einziger Ausweg die Note an Wilson geblieben. Die Übernahme des Kanzleramtes durch E. G. H. bezeichnet Weill als ungeheures Opfer in schwerster Zeit.

Alle Redner betonen übereinstimmend, daß Deutschland wie ein Mann fest zusammenhalten müsse zu weiterer Verteidigung, wenn unsere Ehre und Zukunft auf dem Spiel stehe.

E. G. H. darf ich die Berichte der „Badischen Presse"[2] über beide Versammlungen hierneben gehorsamst vorlegen, da die ausführlichere Wiedergabe der Reden vielleicht doch einiges Interesse gewährt.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 15, masch. Ausf.

[1] Nr. 1469 Anm. 1.
[2] 8. Okt. 1918; 10. Okt. 1918.

1471. Eisendecher an Prinz Max von Baden

Baden-B[aden], 22. Oktober 1918

Die Neuordnung im Reiche wirkt ansteckend auf die Bundesstaaten.[1] Auch in Baden fordern die Linksparteien weit mehr, als die Regierung verantworten kann im Interesse des Gemeinwohls. Am 19. d. Mts. verhandelte der Staatsminister und Minister des Inne-

ren lange mit den Kammerpräsidenten und Fraktionsführern, indem er zunächst die innere, äußere und militärische Lage darlegte. Dann kamen die Parteiredner zu Worte, und ein Antrag der Volkspartei auf sofortige Einberufung des Landtags wurde von der Mehrheit wie von der Regierung abgelehnt.[2] Ein Wunsch von der linken Seite, daß die Bundesratsbevollmächtigten ihre Instruktionen nicht von der Regierung, sondern von der Volksvertretung erhalten sollten, fand ebenfalls nicht die Billigung der Regierung. Dagegen erklärte sich Herr v. Bodman mit der Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts für die Städte und mit der Einführung der Verhältniswahl[3] – wie schon in der Kammer zugesagt – einverstanden. Weiter kam auch die mehr volkstümliche Zusammensetzung der Ersten Kammer zur Sprache.

Das führende Organ der Volkspartei sagt, das Ergebnis der Beratungen könne nicht befriedigen, Nationalliberale und Zentrum hätten die Zeichen der Zeit immer noch nicht verstanden, die Regierung müsse selbst die Initiative ergreifen, nicht nur bei diesen Parteien Unterstützung suchen. Die sozialdemokratische Kammerfraktion soll heute zusammenkommen, um über die Lage und die „Parlamentarisierung" der badischen Regierung zu verhandeln.

Der gestrige „Volksfreund" veröffentlicht den allgemeinen Aufruf[4] der Partei „An Deutschlands Männer und Frauen", der leider nach Ton und Inhalt die Grenzen politischen Anstandes doch wohl erheblich überschreitet.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 15, eig. Ausf.

[1] Am 3. und 15. Okt. 1918 legte der interfraktionelle Ausschuß des Reichstags Reformvorlagen vor, die die bisherige Unvereinbarkeit von Mandaten und Regierungs- bzw. Bundesratsämtern aufhoben sowie die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gegenüber dem Reichstag und die Unterordnung der militärischen unter die zivile Gewalt festschrieben. Die Reform trat am 28. Okt. 1918 in Kraft (Vgl. *Ursachen und Folgen* II S. 366ff.).

[2] Die bad. Regierung kündigte am 2. Nov. 1918 bis spätestens Jan. 1919 einen außerordentlichen Landtag an (Vgl. *Oeftering* S. 41ff.).

[3] Vgl. Nr. 1451.

[4] Vorwärts, Nr. 287 vom 18. Okt. 1918 (Gedr. *Ursachen und Folgen* II S. 359ff.).

1472. Eisendecher an Prinz Max von Baden

Karlsruhe, 29. Oktober 1918

E. G. H. darf ich hierneben den Bericht der „Karlsruher Zeitung"[1] über eine am letzten Sonntag hier stattgehabte sehr beachtenswerte Versammlung der drei großen bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokraten vorlegen, in welcher der Karlsruher Reichstagsabgeordnete Dr. L. Haas in trefflicher Rede unsere derzeitige Lage und Politik schilderte. Da ich der Versammlung nicht selbst anwohnen konnte, war der Geheime expedierende Sekretär Thiemann zugegen und berichtete mir kurz in der Anlage über den Verlauf und seine Eindrücke.

Es scheint, daß Dr. Haas sehr erfolgreich und nützlich auf die Stimmung gewirkt hat.

Anlage

Thiemann an Eisendecher

Karlsruhe, 28. Oktober 1918

Ew. Exz. melde ich folgendes über eine gestern abend 8 Uhr von den 4 Parteileitungen der Nationalliberalen, Fortschrittler, Sozialdemokraten und des Zentrums abgehaltene Versammlung im Saale des „Friedrichshof[s]". Der Zudrang der Besucher war so stark, wie man ihn bei solchen Gelegenheiten wohl selten beobachtet haben dürfte. Man merkte, daß das Karlsruher Publikum in dieser ernsten Zeit förmlich auf eine politische Aussprache wartete. Den Besuch besonders fördernd war es wohl, daß man den bekannten Reichstagsabgeordneten Dr. Ludwig Haas als Redner gewonnen hatte. Bereits um ¼8 Uhr war der große Saal bis auf den letzten Platz gefüllt, so daß später Erschienene keinen Einlaß mehr fanden und auf eine zweite Versammlung vertröstet wurden, die dann auch tatsächlich gegen 10 Uhr im selben Saal erfolgte und in der Dr. Haas nochmals sprach.

Der Redner bemerkte einleitend, daß er vom Standpunkte irgendeiner Partei nicht sprechen, sondern die Dinge rein sachlich und so behandeln werde, wie sie tatsächlich und wahrheitsgemäß seien.

Unsere Demokratisierung[2] habe sich schnell und glatt vollzogen. Diese große Umwälzung konnte derartig nur vom deutschen Volke überwunden werden. Der frühere Reichskanzler Dr. Graf v. Hertling, dessen Tätigkeit er aber sehr dankbar anerkannte, habe wegen seines Alters und seiner bisherigen Richtung nicht zur notwendigen Demokratisierung überleiten können.

Der neue Kanzler Prinz Max habe sie nun in die Hand genommen, und man müsse anerkennen, daß er gerade für diese Übergangszeit, in der so viele Schwierigkeiten zu überwinden seien, die hierfür geeignetste Persönlichkeit sei. Als Prinz würde er die Widerstände der Militärs leichter beseitigen, außerdem sei er beliebt und sehr geachtet sowohl im Lande wie bei unseren Feinden. Seine Reden vor den badischen Landständen seien weit über die heimatlichen Grenzen hinausgedrungen. Im weiteren lobte er den Prinzen wegen seiner Bereitwilligkeit zur Übernahme des schwierigen Kanzleramtes, und die Zuhörer stimmten diesen Ausführungen mit besonders lebhaften Beifallsbezeugungen zu.

Den Friedensschritt besprach Haas besonders eingehend und gab der Hoffnung Ausdruck, daß er zum Ziele führen werde. Wir hätten die bekannten Wilsonschen Punkte angenommen.[3] Diese seien aber sehr dehnbar, und es gäbe für uns eine Grenze.

Die Frage der Hohenzollern-Dynastie behandelte er schonend, man solle sie dem Kaiser selbst überlassen. Lediglich den Feinden zuliebe könnten wir uns vom Kaiser nicht trennen, denn wir hätten unter ihm auch viel Gutes erfahren. Eine Demütigung würde sich das Volk nicht gefallen lassen.

Leider wären wir heute viel zu kleinmütig. Sicher könne man damit rechnen, daß unsere Front so halten würde, daß der Feind nicht ins Land käme. Alle Aufregungen, wie sie besonders in Banken und Sparkassen durch Abheben der Konten zum Ausdruck kämen, müßten fortan unterbleiben. Jeder Zuhörer möge doch belehrend auf seine Umgebung einwirken.

Recht scharf kritisierte er noch unsere Politik in Polen und Elsaß-Lothringen. Letztere

sei während des Krieges durch unnütze und ungerechte Anordnungen der militärischen Befehlshaber sehr verkümmert worden, so daß wir der Abstimmung in Elsaß-Lothringen, zu der es vielleicht kommen würde, nicht sorgenlos entgegensehen könnten.

Besonders ermahnte er zur Zeichnung der Kriegsanleihe. Er betonte die gegebenen Sicherheiten, forderte auf zur Hergabe des Geldes und machte für die jetzige Zeichnung die allerbeste Stimmung.

Zum Schluß gab er der Hoffnung Ausdruck, daß die letzten Noten zu einem annehmbaren Frieden führen möchten, andernfalls müßte zur letzten nationalen Verteidigung aufgerufen werden. Ganz Deutschland würde aber dann hinter seiner Regierung stehen, und ein „August 1914" würde wiederkehren. Die letztere Ausführung erfolgte mit besonderem Schwung, und mit langanhaltendem Beifall dankten die Zuhörer.

Sicherlich hat der Vortrag den hier schon überhand genommenen Kleinmut zerstreut, und man konnte auch deutlich wahrnehmen, daß nach der Rede die Stimmung des einzelnen zuversichtlicher war. Angenehm berührte es, daß die bürgerlichen Parteien der Heimatstadt unseres Reichskanzlers bei dieser ersten Gelegenheit ihre Sympathie für S. G. H. so deutlich zum Ausdruck brachten. [...]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 15, masch. Ausf.

[1] Nr. 252 vom 29. Okt. 1918.

[2] Nr. 1471 Anm. 1.

[3] Wilsons Antwortnote vom 23. Okt. 1918 (Gedr. *Ursachen und Folgen* II S. 429ff.) forderte Waffenstillstandsbedingungen, die die „Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschlands unmöglich" machen.

1473. Stellvertretendes Generalkommando des XIV. Armeekorps an das Kriegsamt

Karlsruhe, 1. November 1918

Die weltgeschichtlichen politischen und militärischen Ereignisse, die in dramatischer Steigerung förmlich einander jagten, ließen im Berichtsmonat eine einheitliche Grundstimmung nicht aufkommen. Wechselvoll wie diese Geschehnisse selber war naturgemäß ihre Wirkung auf die Volksstimmung.

Das Friedensangebot[1] der neuen Reichsregierung an den Präsidenten Wilson kam völlig überraschend, beklagt von den Vielen, die – gestützt auf die seitherigen amtlichen Veröffentlichungen – an einen deutschen Sieg geglaubt hatten, begrüßt von einer kriegsmüden Masse; mit unverhohlener Genugtuung, um nicht zu sagen Schadenfreude, aufgenommen von jenen, die schon bisher immer Schwarzseher waren und in dem Friedensangebot eine amtliche Bestätigung ihrer pessimistischen Ansichten erblickten. Als allmählich die Wahrheit über die Entstehungsgeschichte des Friedensangebots durchsickerte, als bekannt wurde, daß es nicht etwa nur in Übereinstimmung, sondern sogar auf Veranlassung der Obersten Heeresleitung ergangen war, erfolgte ein weiterer Niedergang der allgemeinen Stimmung, den man fast als einen Stimmungszusammenbruch bezeichnen konnte. Auch sonst ruhig denkende Elemente hielten militärisch alles für verloren. In weiten Kreisen rechnete man mit einem baldigen Einmarsch der Feinde in Baden, und es gab ängstliche Gemüter, die bereits Wäsche und wertvolle Möbelstücke

fortschickten, damit sie dem Feinde nicht in die Hände fielen. Auch das Abheben der Gelder auf Sparkassen und Banken war ein Zeichen der allgemeinen Beunruhigung. Daß sie noch gesteigert wurde durch die innerstaatliche Zersetzung Österreich-Ungarns[2], durch den Abfall Bulgariens[3] und durch die Vorgänge in der Türkei[4], braucht nicht besonders betont zu werden.

Der weitere Notenwechsel zwischen Deutschland und Amerika löste in vaterländisch empfindenden Kreisen ernste Besorgnisse um Deutschlands Zukunft aus, während die breite Masse, die nur Frieden, und sei es auch Frieden um jeden Preis, will, den Fortgang der Verhandlungen mit einer Art stumpfsinniger Befriedigung verfolgte. Gegen Ende des Berichtsmonats war die Stimmung um ein geringes gefestigter, wozu in erster Linie die Versteifung des Widerstandes an der Westfront beitrug. Freilich muß betont werden, daß von irgendwelcher Hoffnungsfreudigkeit bei der Masse der Bevölkerung nicht mehr geredet werden kann. Eine müde Resignation hat sich auf die Gemüter gelegt; die Sehnsucht steht nur nach Frieden, was dann kommt, darüber macht [man] sich wenig Sorge. Es ist sehr schwer, dieser Stimmung mit Aussicht auf Erfolg entgegenzutreten. Denn auch für gebildete und gut vaterländisch denkende Kreise kam der Umschwung der Lage zu plötzlich und unvermittelt. Gerade diese Kreise, auf deren Mitarbeit doch der vaterländische Aufklärungsdienst in allererster Reihe angewiesen ist, waren von der Wandlung der Dinge bestürzt, und es fehlte nicht an schweren Vorwürfen gegen die politische Regie, an Vorwürfen, denen eine gewisse Berechtigung nicht abzusprechen ist. Es rächt sich jetzt, daß noch bis in die letzte Zeit vor dem Friedensangebot die Hoffnungen auf unsere militärischen Erfolge durch den offiziösen Apparat viel zu hoch gespannt worden waren. Vertreter der Presse z. B. beklagten sich nicht mit Unrecht darüber, daß man versäumt hatte, die Öffentlichkeit auf den Gang der Ereignisse rechtzeitig vorzubereiten. Wäre das geschehen, so hätte die Enttäuschung nicht den jetzigen Grad erreicht, so wäre der Stimmungszusammenbruch wohl vermieden worden. Ob unter den jetzigen Umständen noch eine nationale Entflammung für den „Endkampf auf Leben und Tod" möglich ist, muß abgewartet werden. Jedenfalls wird es das Generalkommando im Zusammenwirken mit den Zivilbehörden an Bemühungen in diesem Sinne nicht fehlen lassen. Es wurde von hier aus eine Verbreiterung der Organisation des Aufklärungsdienstes angeregt und zu einem großen Teil bereits durchgeführt. Die Volksaufklärungsausschüsse wurden und werden durch Beizug von Angehörigen aller Gesellschafts- und Berufsschichten, auch der Frauen, auf breitere Grundlage gestellt; in allen Orten über 2000 Einwohnern werden besondere Ortsausschüsse gebildet, so daß der äußere Rahmen für eine nationale Erhebung geschaffen sein dürfte. Ob diese wirklich zustande kommt, wird nicht zuletzt von dem Vorgehen der maßgebenden Stellen des Reiches abhängen.

Die Parlamentarisierung der Reichsregierung und die Demokratisierung der Verfassung[5] wurden im allgemeinen ohne größere Anteilnahme hingenommen. Sie und die Ernennung des Prinzen Max von Baden wurden von der Bevölkerung nur insoweit begrüßt, als man hofft, dadurch zu dem ersehnten baldigen Frieden zu gelangen. Diese Hoffnung drängt, wie erwähnt, alle anderen Erwägungen zurück, und wenn eine Postüberwachungsstelle als charakteristisch für den Inhalt zahlreicher Briefe das Wort anführt: „Lieber ein blaues Auge von den jetzigen Bedingungen erhalten, als möglichenfalls später mit zwei blauen Augen davonzukommen", – so hat sie damit tatsächlich angeführt, was weite Kreise denken.

Wie schon öfters, muß auch diesmal wieder darauf hingewiesen werden, daß gerade die

Urlauber, wahrscheinlich weniger die Urlauber von der Front als die von der Etappe, in gefährlicher Weise durch allerlei Redensarten die Stimmung verderben. Von den verschiedensten Seiten sind Klagen und Beschwerden hierüber beim Generalkommando eingegangen, so daß nicht verfehlt werden soll, die Aufmerksamkeit der maßgebenden Stellen auf diese sehr ernstzunehmende Angelegenheit zu lenken. Es wird berichtet, daß nicht nur Mannschaften, sondern auch Offiziere, die in Urlaub weilen, die Stimmung der Bevölkerung in bedauerlicher Weise ungünstig beeinflussen. Es dürfte sich vielleicht empfehlen, daß alle Urlauber vor ihrer Abreise aus der Front oder der Etappe eindringlich auf die vaterländische Pflicht hingewiesen werden, nicht etwa nur derartige Redereien zu unterlassen, sondern im Gegenteil auf die vielerorts gesunkene Stimmung fördernd einzuwirken und törichten Klatschereien der Heimatstrategen entgegenzutreten.

In gebildeten Kreisen hat die Ansicht an Boden gewonnen, daß die führenden Männer – auch im Heer – den Kopf verloren hätten und daß unsere Lage gar nicht so ungünstig sei, wie sie von dieser Seite beurteilt werde. Es ist kein Zweifel, daß diese Kreise gerne wieder an dem Aufbau der Stimmung mitarbeiten würden, wenn von oben her mit aller Entschiedenheit betont werden könnte, daß unsere Lage zwar tiefernst, aber keineswegs verzweifelt sei. Es hat z. B. schon einen sehr guten Eindruck gemacht, daß der Reichstagsabgeordnete Dr. Haas (Karlsruhe) am 27. Oktober in einer überfüllten Versammlung[6] jedem übertriebenen Pessimismus mit entschiedenen Worten entgegentrat. Auch die neuerdings vom Kriegspresseamt regelmäßig verschickten Informationen über die militärische Lage, die auf einen zuversichtlicheren Ton gestimmt sind, haben bereits bessernd gewirkt.

Daß manche Teile der Bevölkerung leichtfertig von einer Absetzung des Kaisers sprechen, sei in diesem Zusammenhange ebenfalls erwähnt. Es fehlt aber erfreulicherweise auch nicht an Stimmen, die von einer auf Befehl des Präsidenten Wilson erfolgenden Änderung unserer Staatsform oder Absetzung des Kaisers nichts wissen wollen.

Von den übrigen Momenten, die drückend auf die Stimmung wirkten, seien noch erwähnt die Fliegerangriffe und Fliegeralarme, die, nachdem sie längere Zeit unterblieben waren, die Bevölkerung wiederum in Unruhe versetzen.

Auch das starke Auftreten der Grippe wirkte niederdrückend. Sie ist im ganzen Lande, in den Städten sowohl als auch auf den Dörfern, in besorgniserregender Weise aufgetreten; vielerorts sind die Schulen geschlossen; aus einem Landort wird berichtet, daß daselbst kein Haus von der Krankheit verschont geblieben sei.

Weit verbreitet ist die Meinung, daß wir schon vor zwei Jahren einen annehmbaren Frieden hätten haben können, daß diese Bestrebung aber an den zu hohen Forderungen Deutschlands gescheitert sei. So wird insbesondere die deutsche Politik gegenüber Amerika an der Hand eines Artikels des Reichstagsabgeordneten v. Schulze-Gaevernitz abfällig kritisiert.

Daß unter diesen Umständen die Werbearbeit für die Kriegsanleihe einen außerordentlich schweren Stand hat, liegt auf der Hand. Nicht nur, weil das Vertrauen in die Zukunft fehlt, halten die Leute mit dem Zeichnen zurück, sondern auch, weil sie aus den verschiedensten Gründen eine Anhäufung möglichst großer Beträge in Papiergeld für zweckmäßig erachten. Diese Geldhamsterei – insbesondere auch durch bäuerliche Kreise, aber keineswegs durch diese allein – hat zu einem außergewöhnlich fühlbaren Mangel an gesetzlichen Zahlungsmitteln geführt. Dieser geht so weit, daß Fabrikinhaber ihre Arbeiter nur teilweise löhnen konnten. Durch Ausgabe von Notgeld durch die Städte

wird diesem Übelstand einigermaßen abgeholfen werden. Auch die bundesrätliche Verordnung über die Zinsscheine der Kriegsanleihe dürfte gut wirken. Die Zeichnungsergebnisse für die 9. Kriegsanleihe lassen sich angesichts dieser Sachlage auch nicht einigermaßen übersehen. Nur soviel ist sicher, daß die kleinen Zeichner bedauerlicherweise eine weitgehende Zurückhaltung üben, obwohl es an tatkräftiger Werbearbeit – die allerdings durch die Grippe noch mehr erschwert wurde – nicht gefehlt hat.

An die verschiedenen wichtigen Ereignisse wurden die mannigfachsten Kombinationen geknüpft, und bei der Spannung, in der sich die Bevölkerung befand, fehlte es nicht an den verschiedensten Gerüchten, die ängstliche Gemüter lebhaft beunruhigten. Zum Teil sind diese Gerüchte auf die Umtriebe der deutschfeindlichen Propaganda in der Schweiz zurückzuführen; in den letzten Tagen ist übrigens die Stimmung der Schweizer gegen Deutschland etwas besser geworden. Als feststehende Tatsache wurde von der Schweiz her die Nachricht verbreitet, daß der Kaiser abdanken und zugunsten seines zweiten Sohnes verzichten werde. Ferner wurde behauptet, daß der Durchbruch dem Feinde im Westen bereits gelungen sei; die Pfalz sei geräumt und ein Waffenstillstand abgeschlossen. Andere Gerüchte wollten wissen, daß an der Front ganze Regimenter zum Feinde übergegangen seien oder sich kampflos ergeben hätten.

Das Benehmen der Kriegsgefangenen gibt in letzter Zeit zu mancherlei Beanstandung Anlaß.[7] Sie sind sehr anmaßend und lassen sich vielfach Widerspenstigkeiten zu Schulden kommen. Durch das Lesen unserer Zeitungen oder durch Informierung von seiten unserer eigenen Bevölkerung waren sie über die Erfolge der feindlichen Offensive unterrichtet und dadurch zu ihrem arroganten Benehmen veranlaßt worden. Wenn, wie z. B. in der „Frankfurter Zeitung" und dem „Vorwärts", Artikel erscheinen, die aussprechen, daß Deutschland den Krieg verschuldet habe, und wenn die Reden der feindlichen Staatsmänner mit ihren Angriffen auf Deutschland vollständig wiedergegeben werden, so wirkt das schädlich auf die Stimmung und Haltung der Gefangenen – Mannschaften und Offiziere – ein. Immer wieder kommt es vor, daß französische Kriegsgefangene ganz offen von dem baldigen Erscheinen ihrer Stammesgenossen in unserer Heimat und von der „drohenden Revanche" sprechen.

Gegenüber den politischen und militärischen Fragen treten im Berichtsmonat alle anderen Dinge, auch die Erörterungen über Fragen der Ernährung, weit zurück. Beanstandet werden vielfach die angeblich unverhältnismäßig großen Lebensmittelsendungen, welche Offiziere aus Front und Etappe an ihre Angehörigen abgehen lassen. Die Verbitterung auch auf diesem Gebiet wird genährt durch die Berichte von beurlaubten Soldaten. Die Ernährungslage hat im Berichtsmonat zwar eine kleine Besserung erfahren, jedoch macht sich der Mangel an Ersatzmitteln in den fleischlosen Wochen immer noch fühlbar. So wurde z. B. von einem Kommunalverband als Ersatz für die ausgefallene Fleischmenge einer Woche je ein Maggiwürfel gegeben. Fleisch ist immer noch recht knapp, namentlich leidet darunter die Arbeiterschaft in den kleinen Städten und auf dem flachen Lande. *Dort* ist die Verteilungsmenge auf ein Minimum herabgesetzt worden. Die Kartoffelversorgung hat sich allmählich gebessert, wenngleich zu Beginn des Monats Oktober schwere Tage zu überstehen waren und die Bevölkerung sich aufs äußerste einschränken mußte. Die Berichte aus dem Lande und aus Norddeutschland lauten denn auch wesentlich günstiger, es werden allmählich größere Mengen herangerollt. Da die Eisenbahnverwaltungen für die Herbeischaffung der Lebensmittel einen großen Wagenpark bereitgestellt haben, so ist die Aussicht vorhanden, daß

die Lebensmittel noch rechtzeitig, d.h. vor dem stärkeren Einsetzen der Kälte, an ihren Bestimmungsort gelangen. *Ferner gab eine große Anzahl Landwirte* ihre Kartoffeln zum Höchstpreis einfach nicht heraus, und zahlreiche Familien waren dadurch nicht in der Lage, ihren Bedarf wie im vorigen Jahre unmittelbar beim Erzeuger zu decken. Derjenige, der einige Zentner zu 10 Mark geliefert bekam, darf noch von Glück sagen, in der Regel wurden 12 und 15 Mark und noch darüber verlangt und vielfach auch bezahlt. *Gewöhnlich verweigerte man anfänglich den Verkauf*, wurden dann aber die vorerwähnten Preise geboten, dann kamen plötzlich größere Mengen zum Vorschein.

Unbefriedigende Milchbelieferung, auch mit der Eier- und insbesondere Fettversorgung ist die Bevölkerung immer unzufriedener. *Der als Ersatz für die nur teilweise verteilte Fettration für Schwerstarbeiter in Aussicht gestellte Käse* ist bis jetzt aber noch nicht eingetroffen. Die Fischversorgung versagt nach wie vor. *Wenn auch der Gemüsemarkt in letzter Zeit etwas besser beschickt ist, so ist Obst* fast gar nicht zu erhalten, obwohl größere Strecken in Oberbaden, so namentlich im Überlinger Bezirk, eine reiche Obsternte buchen konnten. *Zur Kontrolle der Weinpreise bei den Erzeugern besitzt das Landespreisamt einen Stab von 40 ausgebildeten Fahndern. Ihre Aufmerksamkeit* hat bereits eine namhafte Menge badischen Traubenmostes, der nach Württemberg abwandern sollte, dem Lande erhalten und wird weiterhin ein wachsames Auge namentlich auf die Kommissionäre haben. Um die Fabrikbetriebe vom weiteren Schleichhandel abzuhalten, ist vom Kriegsernährungsamt eine erhöhte Belieferung von Lebensmitteln an die Arbeiterschaft geplant und hat auch bereits eingesetzt, *ihre Wirkung ist jedoch* heute noch nicht abzusehen. Die Schwierigkeiten in der Lebensmittelbeschaffung für die Truppen vergrößern sich ständig. Die Lieferung der vom Großherzogtum aufzubringenden Spätkartoffeln stößt auf Schwierigkeiten, *denn die Landeskartoffelstelle hat erst jetzt mit der Verteilung begonnen* und will als Winterbedarf nur ⅓ der zustehenden Gesamtmenge zuweisen. Die Truppenverpflegung ist dadurch gefährdet. Bei der Landeskartoffelstelle und *der Regierung* hat die Intendantur Einspruch dagegen erhoben. Auch *die Lieferer von Heu und Stroh* sträuben sich zum Teil gegen die Abgabe des ihnen auferlegten Solls ohne besondere Gründe. *Die Verärgerung über die scharfe Mühlenkontrolle, das Verbot der Herstellung von Weißmehl sowie die als ungenügend erachtete Vergütung des Sammelns von Bucheckern dauert an.* Mit der früher eintretenden Dunkelheit stellen sich auch wieder, besonders aus ländlichen Gegenden ohne elektrischen Anschluß, die Klagen über den völligen Mangel an Beleuchtungsmaterial ein. Auf dem Schwarzwald ist teilweise der längst vergessen gewesene Kienspan wieder in seine Rechte getreten.

Zur Gewinnung von Laderaum für den Kartoffeltransport wurden Verkehrseinschränkungen vorgenommen und die Sperre für Wagenladungsverkehr vom 12. bis zum 20. Oktober verlängert. Während dieser Zeit konnten nur Kartoffeln, U-Bootteile und Munition befördert werden. Die Verkehrsabteilung der Kriegsamtsstelle hat in verschiedenen Fällen im Benehmen mit den betr[effenden] Eisenbahndirektionen zur Vermeidung von Betriebseinstellungen wichtiger Werke die Gestellung von Wagen während der Sperre vermittelt.

Die Bautätigkeit der Kriegsindustrie war im vergangenen Monat nach wie vor sehr rege. *Einige große Industriewerke* reichten Gesuche ein für Unterstände gegen feindliche Fliegergefahr. Der Kleinwohnungsbau macht leider geringe Fortschritte, wohl infolge der gegenwärtigen Überteuerung der Baustoffe und der Schwierigkeit der Arbeitsausführung. [...]

Die Kohlenversorgung der Industrie hat eine erhebliche Verschlechterung erfahren, namentlich die Zufuhren aus dem Saargebiet weisen einen bedeutenden Rückgang auf und haben bereits zu Betriebseinschränkungen auch kriegswichtiger Betriebe geführt. Minderwichtige Betriebe kamen teilweise ganz zum Stillstand. Neben den großen Förderausfällen durch Grippeerkrankung der Belegschaft macht sich mehr und mehr Wagenmangel bemerkbar. Die Lage hat sich so weit verschärft, daß die Saar auch die V[orzugs]-Anweisungen nicht mehr zu erfüllen vermag. Die Grippeerkrankungen unter dem Eisenbahnpersonal und die dadurch stockende Zufuhr tragen weiterhin zur Verschlechterung der Kohlenlage bei. Die ausreichende Belieferung von Gas- und Elektrizitätswerken hat sich im allgemeinen durchführen lassen; doch schwinden auch bei diesen die Vorräte, soweit überhaupt solche vorhanden waren. In Karlsruhe mußte bereits eine täglich mehrstündige Gassperre verfügt werden. Nennenswerte Lieferungsausfälle wichtiger Heeresprodukte sind bis jetzt noch nicht eingetreten, stehen aber bei Anhalten der jetzigen Lage unmittelbar bevor. Zum Glück haben die Regenfälle der letzten Wochen eine bessere Ausnutzung der Wasserkräfte gestattet, so daß die Reservekraftanlagen vieler Werke nicht angespannt zu werden brauchten. Diese Regenfälle bewirkten auch, daß die Rheinwasserstraße voll ausgenutzt werden konnte. Größere Mengen Rohbraunkohle konnten den Betrieben als Ersatz und zum Mischen mit vollwertigen Brennstoffen zugeführt werden; zahlreiche weitere Betriebe sind dazu übergegangen, durch Einbau von Unterwindfeuerungen bei ihren Kesselanlagen die Verwendung minderwertiger Brennstoffe zu ermöglichen. Die Brennstoffzufuhr im Hafen Karlsruhe vom 15. 9.–15. 10. betrug 106000 t. Die Hausbrandversorgung war im allgemeinen *ausreichend, doch konnte die bis Ende September geplante Lieferung des Sommerkontingents* zu diesem Termin nicht voll durchgeführt werden und wird sich wohl bis Ende Oktober hinziehen. *Wegen ungenügender Kohleneingänge mußten die Hauptzuweisungen in Braunkohlenbriketts erfolgen.*

Soweit die Möglichkeit vorlag, die Gemeinden *und Firmen, die in zunehmender Zahl Anschluß an Elektrizitätswerke beantragen,* durch Anschluß an Wasserkraftwerke zu versorgen, und das benötigte Material nicht zu umfangreich war, wurde den Anträgen stattgegeben. Anschlüsse, die einen Kohlenmehr- oder Treibölmehrverbrauch zur Folge gehabt hätten, wurden fast durchweg *abgelehnt. Die im November beabsichtigte* Inbetriebnahme des staatlichen Murgwerks wird voraussichtlich für den mittleren Teil Badens eine erhebliche Entlastung bringen. Ebenfalls wird die bevorstehende Aufstellung neuer und größerer Transformatoren in einigen Bezirken des Oberlandes, die in nächster Zeit zur Anlieferung kommen, Erweiterung der bestehenden Anschlüsse möglich machen. *Bei allen Genehmigungen wird das kriegs- und volkswirtschaftliche Interesse einbezogen.*

Die Lage der Rüstungsindustrie hat sich in den vergangenen Monaten nicht wesentlich geändert. In der Geschoßbearbeitung übersteigt die verfügbare Rohlingsmenge den Bedarf der Bearbeitung, so daß ein großer Teil nicht untergebracht werden konnte. Die Herstellung der 1. Sprengmine hat eine große Reduktion erfahren. Teilweise sind die Verträge gekündigt worden. Die übrigen Munitionszweige sind gleichbleibend. Die Industrie ist nach wie vor vollbeschäftigt. Rohmaterialbedarf und Zuweisung sind ebenfalls gleichbleibend. Ebenso Maschinenbeschaffung, doch ist im allgemeinen hierin mit Rücksicht auf die derzeit unsichere Lage eine gewisse Zurückhaltung zu verzeichnen. Der Mangel an männlichen Arbeitskräften ist sehr stark.

Die Stimmung der Arbeiterschaft ist verhältnismäßig, d.h. innerhalb des eingangs gezeichneten allgemeinen ungünstigen Bildes, ruhig und gefaßt. Die „Unabhängigen" trachten außer der politischen Lage die Lohnfrage und Ernährungsfrage als Kampfmittel zu benutzen. Dank der eifrigen Bemühungen der Behörden zur Hebung der Ernährungslage ist die große Menge der badischen Arbeiterschaft ausschließlich Mannheim ruhig geblieben. [...] Neuerdings macht sich das Bestreben von Arbeitersekretären bemerkbar, Lohnbewegungen von Arbeitern einzelner Betriebe möglichst auf die Gesamtheit der Betriebe gleichen Fabrikationszweiges auszudehnen und gleichzeitig vor den Schlichtungsausschüssen als Schlichtungsstellen zur Entscheidung zu bringen. Dies geschah z.B. für den Holzarbeiter-Verband und christl[ich]-nationalen und deutschen Textilarbeiter-Verband. Gegenüber solchen Bestrebungen stellten sich die Schlichtungsausschüsse auf den Standpunkt des § 13 [des] H[ilfs]d[ienst]g[esetzes], wonach sie nur für Lohnstreitigkeiten innerhalb des einzelnen Betriebes zuständig sind und sich die Wirkung ihres Schiedsspruches nur auf Arbeiter und Arbeitgeber des einzelnen Betriebes erstreckt. Die Arbeitersekretäre begegnen dieser Stellungnahme damit, daß sie sich von den Arbeiterausschüssen oder der Arbeiterschaft sämtlicher Betriebe Vollmachten zur Vertretung vor dem Schlichtungsausschuß geben lassen, womit sie zugleich erzielen, daß der Schiedsspruch nicht nur für die organisierten, sondern auch für die nichtorganisierten Arbeiter der beteiligten Betriebe Wirksamkeit erlangt. Im allgemeinen zeigte sich seitens der Arbeitgeber ein größeres Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Arbeiter auf Lohnerhöhung und Arbeitsverkürzung. Die Kriegsamtsstelle meint, daß die Frage, welchen Gebrauch die Arbeiter von ihrer sehr gefestigten Stellung machen, jetzt weniger von den Gewerkschaften abhängt, da sich selbständige Gruppen unter besonderen Wortführern zu bilden scheinen, deren Einfluß wesentlich im Steigen ist.

Unter der weiblichen Arbeiterbevölkerung hat die Stimmung eine stärkere Einbuße erlitten; die Arbeiterinnen verhielten sich indes ruhig. Die Werbearbeit für die Organisationen hat unter ihnen offenbar nachgelassen. Der Gesundheits- *und Ernährungs*zustand der Arbeiterinnen war nicht günstig. An fast allen Orten trat Grippe auf, verbunden mit oft tödlich wirkender Lungenentzündung. *Der Mangel an geeigneten Wohnungen wird in einigen Industriegemeinden immer größer.* Trotz den verhältnismäßig hohen Löhnen klagen die Arbeiterinnen sehr, daß sie nichts zurücklegen können, weil die Preise für Kleider und Schuhe eine unerschwingliche Höhe erreicht haben. *Ferner* herrscht noch Arbeiterinnenmangel auf allen Gebieten. Die Rückwanderung der Frauen vom Land hat erst langsam eingesetzt. Sie wurden jeweils sofort erfaßt und mit Hilfe der Zentralauskunftsstelle bzw. der Frauenarbeitsmeldestellen sofort produktiver Arbeit zugeführt. Für die Tabakarbeiterinnen, die ihren Ort bzw. ihr Haus nur für kurze Zeit täglich verlassen können, hat Wumba dem Korpsbezirk erfreulicherweise reichliche Aufträge auf Munitionskörbe gegeben. Eine Reihe solcher Betriebe ist in kleinen Örtchen im Gange bzw. in Vorbereitung. Die Aufklärungsarbeit durch Vorträge in den Fabriken wurde fortgesetzt. Das Interesse der Arbeiterschaft daran war erfreulicherweise sehr rege. Der allgemeinen Aufklärungstätigkeit waren, soweit sie durch Vorträge und Versammlungen erfolgte, einerseits durch die ungeklärte Lage, andererseits durch die Grippe gewisse Schranken gezogen. In einer Reihe von Bezirken konnte trotz dieser Hemmungen erfolgreich mit Versammlungen gearbeitet werden.

Von parteipolitischen Vorkommnissen sei eine Versammlung der Unabhängigen Sozialdemokratie in Mannheim am 29. Oktober erwähnt, die von ungefähr 8000

Personen besucht war. Redner war der Reichstagsabgeordnete Haase[8], der gegen die Mehrheits-Sozialdemokratie polemisierte und in den gewohnten Gedankengängen der „Unabhängigen" sofortigen Friedensschluß verlangte. Als Vertreter der sozialdemokratischen Mehrheitspartei trat ihm der Reichstagsabgeordnete Oskar Geck entgegen. Die große Mehrheit der Versammelten stand aber offenbar auf dem Haaseschen Standpunkt, der lebhaften Beifall fand. Mit großer Mehrheit wurde einer Resolution beigestimmt, in der das Verhalten der „Unabhängigen" gebilligt und gewünscht wird, daß der „von der Obersten Heeresleitung geforderte Waffenstillstand und Friede ohne Rücksicht auf irgendeine Persönlichkeit und ohne weiteres Blutvergießen" sofort abgeschlossen wird.

GLA 456/EV 8 Bund 86, masch. Abschrift.

[1] Antwortnote der Reichsregierung vom 27. Okt. 1918 (Gedr. *Ursachen und Folgen* II S. 437) auf Wilsons Friedensvorschläge vom 23. Okt. 1918.

[2] Am 28. Okt. 1918 Proklamation der Tschechoslowakei, am 29. Okt. Loslösung der jugoslawischen Völker aus dem österr.-ungar. Staatsverband, am 1. Nov. Bildung einer autonomen ungar. Regierung.

[3] Am 30. Sept. 1918 erhielt Bulgarien einen Waffenstillstand.

[4] Am 30. Okt. 1918 erhielt die Türkei einen Waffenstillstand.

[5] Vgl. Nr. 1471 Anm. 1.

[6] Nr. 1472.

[7] Vgl. Nr. 1467 Anm. 3.

[8] Haase, Hugo (1863–1919), Rechtsanwalt in Königsberg, SPD/USPD, MdR 1897–1906, 1912–1919, seit 1911 zweiter, 1913 erster Vorsitzender im Parteiausschuß, 1912–1916 Vorsitzender der Reichstagsfraktion, 1917–1919 der USPD, Nov./Dez. 1918 im Rat der Volksbeauftragten.

1474. Eisendecher an Prinz Max von Baden

Baden-B[aden], 4. November 1918

Die „Badische Landeszeitung" vom 1. d. Mts.[1], Abend, bringt nachstehende kurze Notiz, überschrieben: „Muß Baden die Preußen verhalten?"

Zu dieser Frage schreibt der Bürgermeister von Donaueschingen, Landtagsabgeordneter Schön[2], indem er sich gegen das Gerede wendet, wir müßten bei der Ernährung die Preußen mitschleppen: Unser Ländchen Baden, das 38 Prozent seiner ganzen Kulturfläche mit Wald bestanden hat, ist schon wegen dieser Eigenart außerstande, seine Bevölkerung zu ernähren. Ja, wenn die Tannenzapfen Würste wären! Überschußgebiet ist Baden nur in Holz und, wenn die Ernte gut ausfällt, auch in Obst. Auf allen anderen Versorgungsgebieten ist Baden auf Vorräte der anderen, und zwar nicht von dem Tische der Nachbarn im Osten, der Schwaben oder der Bayern, sondern auf den „verrufenen Preußen" angewiesen, der uns Kartoffeln, Korn, Butter, Eier und, es ist nicht zu glauben, auch Schlachtvieh liefert ... So also sieht es mit dem preußischen Mitesser aus, von dem mancher Unvernünftige spricht.

Die Notiz scheint mir recht angebracht für diese Unvernünftigen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 15, eig. Ausf.

[1] Nr. 510 vom 1. Nov. 1918.

[2] Schön, Friedrich Dr. (1876–1942), seit 1904 im bad. Verwaltungsdienst, 1907 kommissarischer

Bürgermeister in Walldürn, seit 1909 Bürgermeister in Donaueschingen, 1920/21 Staatsrat, Direktor des Verbands bad. landwirtschaftlicher Gemeinschaften, NL/DDP, MdL 1915–1925.

1475. Eisendecher an Prinz Max von Baden

Karlsruhe, 8. November 1918

Die Stimmung hier ist andauernd sehr unerfreulich, namentlich gereizt gegen Preußen. Das geht so weit, daß selbst gegen I. K. H. die Großherzogin Luise als Preußin Worte fallen, die von bedenklicher Rohheit und Undankbarkeit zeugen. Die hohe Frau wird auf der Straße kaum noch wie früher gegrüßt, auch bei Lazarettbesuchen bisweilen wenig respektvoll von den Kranken behandelt, wie ich von verschiedenen Seiten höre. I. K. H. ahnt diese traurigen Anzeichen der Verirrung nicht. Ich habe sowohl dem Landesherrn wie der Königin von Schweden darüber Andeutungen gemacht, die offenbar große Überraschung und Bestürzung hervorriefen. Mehr oder minder scheint die badische Bevölkerung doch vom bolschewistischen Geiste etwas angekränkelt, besonders bei den Feldgrauen soll sich eine bedauerliche Lockerung der Disziplin zeigen, die Ordnung wurde aber bisher nicht gestört, und eine Versammlung der Arbeiter der Munitionsfabrik[1] mit nachfolgendem Umzug verlief durchaus ruhig. Es handelte sich um Lohnerhöhung, über die noch verhandelt wird.

Alle Parteien, auch die Sozialdemokraten – aber ohne die „Unabhängigen" –, kündigen zum nächsten Sonntag eine gemeinsame Versammlung an, in der die Parteiführer über die Lage sprechen und eindringlich zur Ruhe und Besonnenheit mahnen wollen.[2]

Die Presse warnt ziemlich allgemein ganz verständig vor Straßenkundgebungen und Demonstrationen gegen die Regierung, die ja bereit sei, der neuen Ordnung im Reiche Rechnung zu tragen. Nur die ganz linksstehenden Blätter verlangen in dieser Richtung ein rascheres Tempo, stellen eine Reihe demokratischer Forderungen und wünschen die baldige Einberufung des Landtags.

Die Vorgänge in Kiel und Hamburg[3] üben leider wohl auch hier eine gewisse Wirkung, die vornehmlich in der zahlreichen sozialdemokratischen Arbeiterschaft Mannheims zu Ruhestörungen führen könnte. Die dort erscheinende „Volksstimme" trägt anscheinend zur Verhetzung der Massen in ihrem blinden, gehässigen Parteieifer wesentlich bei.

Nach fast allseitigem Urteil brauchen wir den Frieden unbedingt, welche Opfer er uns auch auferlegen möge, aber mehr noch kommt es darauf an, jetzt Ruhe und Sicherheit im Innern zu erhalten.

Das muß unsere größte Sorge sein, denn mit der Heimkehr der Armeen stehen uns noch ganz gewaltige Schwierigkeiten bevor. Nur die Bewahrung der Staatsautorität kann uns vor bolschewistischen Zuständen schützen, eine Gefahr, die zweifellos auch den Feinden droht und bei den Verhandlungen auch von ihrer Seite nicht übersehen werden sollte. Die Entente hätte daher allen Anlaß, in den Waffenstillstands- und Friedensbedingungen den Bogen nicht zu überspannen, weil eine gemeinsame Bekämpfung des Umsturzes und der Anarchie für Europa dringend notwendig werden könnte, um das allgemeine Chaos zu verhüten.

Ob die Neuordnung in Baden zu wesentlichen Änderungen im Ministerium führen wird, scheint noch unsicher. Bessere Minister als die Herren v. Bodman, Rheinboldt und Dr. Düringer würden auch die Sozialdemokraten schwerlich finden.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 15, masch. Ausf.

[1] Die Arbeiterversammlung der Karlsruher Waffen- und Munitionswerke erteilte am 7. Nov. 1918 dem Kriegsamt ein Mißtrauensvotum (*Oeftering* S. 60).

[2] Auf Anregung der Berliner „Zentrale für Heimatdienst" kündigte die Karlsruher Presse am 7. Nov. 1918 für den kommenden Sonntag (10. Nov.) Volksversammlungen zur deutschen Einheit an. Als die SPD wegen der Beteiligung eines konservativen Redners fernbleiben wollte, wurde die Kundgebung abgesagt (*Oeftering* S. 64ff.).

[3] Am 7. Nov. 1918 berichtete der bad. Gesandte in Berlin Nieser streng geheim, „daß die revolutionäre Bewegung vorerst noch militärischen Charakter hat und sich im wesentlichen auf den Übergang der militärischen Macht auf die gebildeten Soldatenräte beschränkt; dies gilt insbesondere von Kiel, von Lübeck, Cuxhaven, Altona, Geestemünde und auch im wesentlichen von Hamburg. In Schwerin ist aber die Bewegung bereits auf das Landheer übergegangen, desgleichen in Hannover, wo das Militär versagt hat. Größere Unruhen haben bis jetzt nicht stattgefunden, das geschäftliche und bürgerliche Leben geht vorerst weiter, die Ernährungsmaßnahmen desgleichen. Die Bahnhöfe in Hamburg und Lübeck sind besetzt, der Eisenbahnbetrieb ist aber noch in den Händen der Eisenbahnverwaltung. Der Lübecker Soldatenrat hat Entsendung von Bevollmächtigten zu Verhandlungen verlangt. Die Kasernen sind genommen, die Arrestlokale gestürmt, die Gefangenen befreit. [...]" (GLA 233/34825 fol. 402, masch. Ausf.).

1476. Eisendecher an Prinz Max von Baden

Karlsruhe, 9. November 1918

Wer meinte, die Badener würden politisch klüger sein als andere deutsche Stämme, irrt sich. Die Dinge werden anscheinend hier ebenso nach bolschewistischem Muster verlaufen wie ziemlich überall im Reiche.[1] Arbeiter- und Soldatenräte werden vermutlich die Dynastie, jedenfalls die Regierung zu Fall bringen, ohne daß Abwehrkräfte vorhanden sind, die dagegen einschreiten könnten. An Aufrechterhaltung leidlicher Ordnung möchte ich glauben, aber Zufälligkeiten können auch zu Unruhen führen. Ein Gerücht von der Absetzung des Landesherrn wurde schon gestern verbreitet. Die sozialdemokratische Presse fordert eine schleunige Neuordnung, aber von Republik ist noch nicht die Rede.

Während ich schreibe, beraten die Minister im Generalkommando mit General Isbert über die zu treffenden Maßnahmen gegen Ausschreitungen und zur Sicherheit von Person und Eigentum.

Sowohl die regierenden Herrschaften wie die greise Großherzogin Luise und die Königin von Schweden weilen in der Stadt, schwer erschüttert wie alle nicht parteiverblendeten Bürger durch die Ereignisse und durch die soeben bestätigte Nachricht von der Abdankung S. M. des Kaisers und Königs und dem Verzicht S. K. K. H. des Kronprinzen.[2]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 15, masch. Ausf.

[1] Nieser an Düringer. „Berlin, 9. November 1918. Geheim! [...] Seit heute hat die Bewegung auch auf Berlin übergegriffen. [...] Die Bewegung hat sich im Laufe des Tags weiter ausgedehnt, das Straßenbild ist sehr lebhaft. Feiernde Arbeiter und Soldaten ziehen und fahren bewaffnet mit roten Fahnen durch die Stadt, das gesamte Militär hat sich mit den Aufständischen vereinigt, die Soldaten entfernen ihre Kokarden oder bekommen sie entfernt, das gleiche geschieht mit den Offiziersabzei-

chen. Das Reichsmarineamt ist von den Aufständischen besetzt, der Reichstag ist von ihnen umlagert. Zum Blutvergießen scheint es bis jetzt nicht gekommen zu sein, wenn auch gerüchtweise einzelne anderslautende Vorfälle verbreitet werden, die sich leider bestätigen sollen. Wie ich gedrahtet habe, ist die neue Regierung in Bildung begriffen. Der Abgeordnete Scheidemann hat heute nachmittag, wie die Presse meldet, die Republik verkündet und die Reichskanzlerschaft Eberts. Während heute mittag noch die Bildung der Regierung unter Mitwirkung bürgerlicher Parteien erwogen wurde, scheint heute abend eine radikale Richtung die Oberhand zu haben; das Zusammenarbeiten der Mehrheitssozialisten mit den Unabhängigen, das heute mittag in Erscheinung trat, soll wieder gefährdet sein. Die Ereignisse überstürzen sich, der weitere Verlauf ist noch nicht abzusehen. Mit S. G. H. dem Prinzen Max dürfte auch der Vizekanzler v. Payer aus der Regierung ausscheiden, was sehr zu bedauern ist. Auch das Schicksal des Kriegskabinetts und seiner bürgerlichen Mitglieder ist zweifelhaft. [...]" (GLA 233/34 825 fol. 412, masch. Ausf.).

[2] (*Oeftering* S. 94): „Die Abendzeitungen wurden seit Mittag 4 Uhr verkauft und brachten im Fettdruck die Nachricht von der Abdankung des Kaisers. Sie ging wie ein Lauffeuer von Mund zu Mund und verstärkte die revolutionäre Stimmung der Masse" (Abdankungserklärung gedr. *Ursachen und Folgen* II S. 570; Deutscher Reichsanzeiger, Nr. 267 vom 9. Nov. 1918).

1477. Eisendecher an das Auswärtige Amt

Karlsruhe, 11. November 1918

Seit vorgestern herrscht hier der Soldatenrat; er hat eine provisorische, im wesentlichen sozialdemokratische Regierung mit 10 Ministerien gebildet, die der Landesherr zwar als verfassungsmäßig nicht anzuerkennen vermag, der er aber in Anbetracht der Lage einen Widerspruch nicht entgegensetzen will.[1] Die großherzoglichen Herrschaften und die Königin von Schweden stehen unter dem Schutz des meist aus Soldaten, auch Matrosen der Marine bestehenden Rates, der die Kontrolle der Staats- und städtischen Behörden übernahm. Ruhestörungen ernsterer Art kamen bisher nicht vor. In Autos mit roter Fahne begaben sich Mitglieder des Rates zum stellvertretenden Kommandierenden General, den einzelnen Kommandostellen und Landesbehörden, um den Übergang zur provisorischen Regierung mitzuteilen und Annahme des damit eingetretenen Wechsels zu fordern. Widerstand wird nicht gemeldet. Vorläufig scheinen die bisherigen Behörden weiterzuarbeiten[2], was besonders für die Ernährungsfrage von allergrößter Wichtigkeit ist.

Die Gesandtschaft wurde bisher nicht von Ratsmitgliedern besucht. Ich habe gestern und vorgestern I. K. H. die Großherzogin Luise und die Königin von Schweden mehrfach gesprochen. Alle sind begreiflicherweise tief erschüttert von den Ereignissen.

Die neue, vom Soldatenrat im Benehmen mit dem städtischen Wohlfahrtsausschuß gebildete provisorische Regierung wird in einem Aufruf „An das badische Volk"[3] heute in den Blättern mit Nennung der Ministernamen mitgeteilt. Hiernach ist der sozialdemokratische bisherige Vizepräsident der 2. Kammer Geiß Vorsitzender des neuen Ministeriums, Landtagsabgeordneter und Oberbürgermeister von Konstanz Dietrich[4] Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Landtags- und Reichstagsabgeordneter Haas (Karlsruhe) Minister des Innern (beide letztere der Freisinnigen Volkspartei angehörend), Reichstagsabgeordneter Professor Wirth[5]-Freiburg (Zentrum) Finanzminister. Die übrigen Minister sind meines Wissens Sozialdemokraten.

Die Offiziere werden aufgefordert, ihre Degen abzugeben, Rangabzeichen und Kokarden zu entfernen.

Prinz und Prinzessin Max mit den Kindern und die braunschweigischen Herrschaften trafen gestern abend hier ein. Ich sprach S. G. H. kurz, fand ihn sichtlich gealtert und schwer bedrückt durch die Zukunftsgefahren, denen wir wahrscheinlich entgegengehen.

I. K. H. der Großherzog und die Großherzogin sind noch im Palais; wahrscheinlich soll in einer heute abend einberufenen Versammlung über Monarchie oder Republik entschieden, eventuell der Thronverzicht des Landesherrn verlangt werden. Alsdann wollen alle Herrschaften mit der Königin vielleicht nach Baden übersiedeln.

Gelingt es der provisorischen Regierung, in den alten Bahnen weiterzuarbeiten, besonders die Ernährung zu gewährleisten, so dürften Ordnung und Ruhe gewahrt bleiben, aber nur dann.

Der die wichtigen Nachrichten über die hiesigen Vorgänge enthaltende heutige „Volksfreund“[6] ist angeschlossen, ebenso die Karlsruher Zeitung.[7] Ich darf annehmen, daß die Gesandtschaft einstweilen weiterbesteht und daß ich vorläufig durch Ausharren auf dem Posten dem Vaterlande vielleicht noch nützen kann. Berichte werde ich an das preußische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten richten.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 15, masch. Ausf.

[1] Vgl. *Oeftering* S. 130f.

[2] Weiterarbeit nach den Bestimmungen der provisorischen Regierung ordnete das Ministerium des Innern in einem Telegramm an die bad. Bezirksämter vom 10. Nov. 1918 an (Gedr. *Sammlung* S. 3).

[3] Aufruf vom 10. Nov. 1918 (Gedr. *Sammlung* S. 2f.; *Oeftering* S. 153; *Brandt/Rürup* S. 423f.).

[4] Dietrich, Hermann Robert (1879–1954), Jurist, 1908 Bürgermeister in Kehl, 1911–1918 Oberbürgermeister in Konstanz, NL/DDP, MdL 1911–1921, 1918/19 Minister des Auswärtigen in der bad. vorläufigen Volksregierung, MdR 1919–1933, 1928–1930 Reichsernährungsminister, 1930–1932 Reichswirtschafts- bzw. Reichsfinanzminister, nach 1933 Rechtsanwalt, 1945 Mitbegründer der FDP, 1946/47 Vorsitzender des Bizonen-Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft.

[5] Wirth, Josef Dr. phil (1879–1956), seit 1903 im bad. Schuldienst, 1908 Gymnasialprofessor in Freiburg, Z, MdL 1913–1921, MdR 1914–1933, 1918–1920 bad. Finanzminister, 1920/21 Reichsfinanzminister, 1921/22 Reichskanzler, 1929/30 Reichsminister für die besetzten Gebiete, 1930/31 Reichsminister des Innern, 1933 Emigration.

[6] Nr. 264 vom 11. Nov. 1918.

[7] Nr. 263 vom 10. Nov. 1918.

1478. Eisendecher an das Auswärtige Amt

Karlsruhe, 13. November 1918

Am 11. d. Mts. nach 10 Uhr p. m. erfolgte unter Führung eines angeblich stark angetrunkenen bekannten Hetzers Klumpp[1], der Marineuniform trug, ein Überfall auf das großherzogliche Schloß, das auch aus einem Maschinengewehr beschossen wurde.[2] Die Ratswache zerstreute oder verhaftete dann die Angreifer. Die großherzoglichen Herrschaften und die Königin von Schweden befanden sich sämtlich im Schloß und verließen bald nachher in Autos die Stadt, wohin weiß man nicht. Die greise Großherzogin Luise wurde, wie ich höre, dabei recht unwohl. Vom Gefolge fand angeblich nur noch Oberhofmeister Freiherr v. Göler Platz, keine Damen außer den Kammerfrauen.

Ich und meine Frau hatten die Herrschaften am Abend noch gesprochen, niemand

ahnte damals solchen Überfall, man fühlte sich unter dem zugesagten Schutz des Soldatenrats ziemlich sicher.

Behörden und Presse mahnen dringlichst zur Ruhe und Ordnung. In der Stadt ist heute von Erregung nichts zu bemerken. Alles kommt auf ausreichende Nahrungszufuhr an, auch namentlich für die allmählich zurückkehrenden Truppen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 15, masch. Ausf.

[1] Klumpp, Heinrich (geb. 1871), Anwaltssekretär in Karlsruhe, 1891–1894 Militärdienst in der Reichsmarine, danach Schreiber beim Kreisausschuß Karlsruhe, 1912 selbständiger Rechtsagent, 1914 Haftstrafe wegen Urkundenfälschung, Unterschlagung und Erpressungsversuchs, 1915–1918 Militärdienst; Klumpp zettelte am 11. Nov. 1918 eine Schießerei vor dem Schloß in Karlsruhe an und veranlaßte dadurch den Großherzog, die Stadt zu verlassen. Beim Prozeß wurde wegen Unzurechnungsfähigkeit von einer Strafe abgesehen; danach wieder Sekretär, 1925 Inspektor, 1930 Rechnungsagent bei der Bad. Versicherungsanstalt, nach 1933 im franz. Exil.

[2] Vgl. *Oeftering* S. 182ff.; *Kaller*, passim.

1479. Eisendecher an das Auswärtige Amt

Karlsruhe, 15. November 1918

Die „Karlsruher Zeitung" von heute veröffentlicht die anliegende Erklärung S. K. H. des Großherzogs, betreffend den bedingten Verzicht auf die Ausübung der Regierungsgewalt, sowie die weiter angeschlossene Kundmachung der badischen vorläufigen Volksregierung, die Baden als freie Volksrepublik bezeichnet.[1]

In Berichtigung der Meldung vom 11. d. Mts. – Nr. 112[2] – darf ich hinzufügen, daß der provisorischen Regierung nach ihrer Parteizugehörigkeit folgende Minister angehören:

Von den Mehrheitssozialisten Geiß, Marum, Rückert[3], Stockinger, Martzloff[4]; von den Unabhängigen Sozialisten Schwarz[5] und Brümmer[6]; vom Zentrum Professor Wirth und Stadtrat Trunk; von der Fortschrittlichen Volkspartei Dr. Haas; von der Nationalliberalen Partei Oberbürgermeister Dietrich.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 15, masch. Ausf.

[1] (Karlsruher Zeitung, Nr. 267 vom 15. Nov. 1918). Die vorläufige Volksregierung kündigte für den 5. Jan. 1919 Wahlen zur bad. Nationalversammlung nach dem Verhältniswahlrecht an, die endgültig über die Staatsform entscheiden sollte (Aufrufe gedr. *Oeftering* S. 221; *Ursachen und Folgen* III S. 139f.; *Sammlung* S. 4f.).

[2] Nr. 1477.

[3] Rückert, Leopold (1881–1942), Schlosser in Karlsruhe, seit 1905 Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes, seit 1909 Stadtverordneter, SPD, MdL 1919/20, 1918/19 bad. Verkehrsminister, anschließend bis 1921 bad. Arbeitsminister, 1932 Innenminister.

[4] Martzloff, Philipp (1880–1962), Schneider, seit 1909 Arbeitersekretär in Freiburg, seit 1914 Stadtverordneter, SPD, MdL 1919–1921, 1925–1933, 1918/19 bad. Minister für Übergangswirtschaft.

[5] Schwarz, Adolf (1883–1932), Metallarbeiter in Mannheim, im Nov. 1918 Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats daselbst, USPD, 1918/19 bad. Arbeitsminister, MdR 1920–1924 (seit 1922 wieder SPD).

[6] Brümmer, Hans (1886–1966), Schmied in Mannheim, Sozialdemokrat und Gewerkschafter, im Weltkrieg Landsturmmann, 9. Nov. 1918 Vorsitzender des bad. Landessoldatenrats, USPD, bis

5. Jan. 1919 bad. Minister für Militärwesen, seit 1919 Angestellter des Deutschen Metallarbeitgeberverbandes, MdL 1925–1928 (seit 1922 wieder SPD), 1952–1956 im Vorstand der IG-Metall.

1480. Eisendecher an das Auswärtige Amt

Karlsruhe, 17. November 1918

Die gesamte Presse im Lande wie die Behörden, Parteien und wirtschaftlichen Verbände mahnen dringend, Störungen der Ordnung und Ernährung zu vermeiden, und abgesehen von dem Überfall einiger revolutionärer Raufbolde auf das hiesige Schloß[1] blieb die Ruhe auch ziemlich überall gewahrt. Die neue Regierung sucht mit der weiterarbeitenden Beamtenschaft die Staatsmaschine in Gang zu halten, aber ihre Abhängigkeit von den in fast jeder Stadt gebildeten Soldaten- und Arbeiterräten erschwert ihre Aufgabe erheblich, weil diese Räte oft eigenmächtig vorgehen, dabei keinerlei Erfahrung haben und untereinander nicht immer einig sind. Es fehlt auch bisher an den nötigen Polizeiorganen und militärischen Machtmitteln, die in Fällen wie neulich am Schloß gleich eingreifen können. Man will deshalb eine Bürgerwache organisieren für den allgemeinen Sicherungs- und Ordnungsdienst.

Die Parteien beraten und erlassen Aufrufe zur Unterstützung der Regierung. Oppositionelle Regungen sind kaum zu bemerken, fast die ganze Parteipresse ging sofort ins neue Lager über, auch für den bisherigen Landesherrn erschienen nur einzelne gerechte Artikel. Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängige, die sich bis jetzt heftig bekämpften, scheinen sich auch hier wieder zu vertragen, der „Volksfreund" führt eine recht wenig maßvolle Sprache, und die Mannheimer „Volksstimme" ist mit der gegenwärtigen Demokratisierung noch lange nicht zufrieden.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 15, masch. Ausf.; Marg.: „29./11. R. A. d. Innern".

[1] Vgl. Nr. 1478.

1481. Eisendecher an das Auswärtige Amt

Karlsruhe, 20. November 1918

[...] Hier in meinem amtlichen Wirkungskreis entwickeln sich die Dinge bis jetzt in leidlich maßvoller, ruhiger Weise. Die vorläufige Regierung ist weniger Parteiherrschaft als in Berlin, sie zählt 2 Zentrumsmänner, einen Nationalliberalen und einen Volksparteiler unter ihren 10 Mitgliedern; nur ergeben die etwas unklaren Machtbefugnisse der Arbeiter- und Soldatenräte[1] einerseits und der Regierung andererseits noch mancherlei Schwierigkeiten. Zudem fehlt auch hier eine die öffentliche Ordnung und Sicherheit verbürgende zuverlässige Truppe, die in der Volks- oder Bürgerwehr erst entstehen soll.[2] Diese Wehrleute wären meines Erachtens zweifellos zu vereidigen, auf wen sollen sie aber ihren Eid leisten, und wie soll dieser lauten? Das sind wichtige, naheliegende Fragen, die der schleunigen Lösung bedürfen.

Die bürgerlichen Elemente im Lande fangen langsam an, sich zu rühren, sich gegen eine mögliche Diktatur der Arbeiter- u[nd] Soldatenräte zu wehren. Man bildet Volks-, Bauern- und andere Räte, die auch mitsprechen wollen, aber vielleicht einstweilen die so

notwendige Einigkeit nicht gerade fördern. Maßhalten und Achtung anderer Meinungen bleiben eben auch hier wie überall im Reiche Hauptbedingung für erfolgreiche politische Arbeit, das sind aber Eigenschaften, die den Durchschnittsdeutschen leider einigermaßen abgehen.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Deutschland Nr. 88 Bd. 15 fol. 85, masch. Ausf.

[1] Zur Konstituierung und zu den Maßnahmen der Arbeiter- und Soldatenräte vgl. *Brandt/Rürup*, passim.

[2] Am 12. Nov. 1918 forderten das Ministerium des Innern und das Ministerium für militärische Angelegenheiten die bad. Bezirksämter auf, aus „dem vorhandenen Grundstock an Sicherheitsorganen, an Gendarmerie, Forst- und Grenzschutzpersonal geschlossene Wehrkörper", d. h. eine Volkswehr, zu bilden (Gedr. *Sammlung* S. 4; *Brandt/Rürup* S. 353).

1482. Eisendecher an das Auswärtige Amt

— Karlsruhe, 22. November 1918

Vertraulich! Die großherzoglichen Herrschaften sind mit der Königin von Schweden nach nächtlicher Eisenbahnfahrt, begleitet von 3 Ministern der neuen Regierung, gut beim Grafen Douglas[1] angelangt. Eine Sicherheitswache von 7 Mann fuhr mit und bleibt dem Grafen zur Verfügung.

Schloß Langenstein ist ein alter, interessanter, geräumiger Bau, war während des Krieges Lazarett und liegt in schöner Umgebung ziemlich einsam, fern vom großen Verkehr, im Amtsbezirk Stockach, Poststation Eigeltingen. Erbauer und Besitzer waren die Herren von Langenstein, gegen Ende des 12. Jahrhunderts erstmals urkundlich erwähnt und längst ausgestorben. Dann wechselten die Schloßherren mehrmals, bis der Besitz vom Großherzog Ludwig von Baden[2] angekauft und an die zur Gräfin von Langenstein erhobene Katharina Werner[3] geschenkt wurde, die auch die Mainau 1839 dazuerwarb. Deren Tochter[4] erbte Langenstein und Mainau und heiratete den schwedischen Grafen Douglas.[5] Der jetzige Besitzer Langensteins ist sein Enkel, Sohn des früheren schwedischen Ministers[6], ein hervorragend tüchtiger, tatkräftiger, noch jüngerer Mann mit einer schönen schwedischen Frau und 3 Söhnen.

Beiläufig besaßen die ausgestorbenen Herren von Langenstein auch die Insel Mainau, die sie um 1270 dem Deutschorden schenkten und die 1853 bekanntlich vom Grafen Douglas käuflich auf den Großherzog Friedrich I. von Baden überging. Die Insel mit [!] den Burgen Eberstein und Zwingenberg bilden gegenwärtig den einzigen Privatschloßbesitz der bisher regierenden Linie des Zähringer Hauses; für den Aufenthalt im Winter sind sie alle wenig geeignet.

Die Schlösser in Karlsruhe, Baden, Mannheim, Bruchsal wie die kleinen Palais in Heidelberg, Freiburg und Badenweiler sind Domänen und werden vermutlich Staatseigentum. Angeblich soll die neue Regierung erwägen, das Schloß Baden I. K. H. der Großherzogin Luise zu deren 80. Geburtstag als Geschenk und Wohnsitz anzubieten.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 15, masch. Ausf.

[1] Douglas, Karl Robert Graf v. (geb. 1880).

[2] Ludwig von Baden (1763–1830), Sohn des Markgrafen Karl Friedrich aus erster Ehe mit Caroline von Hessen-Darmstadt, preuß. General, 1818–1830 Großherzog.

[3] Werner, Katharina (1799–1850), Schauspielerin, seit 1827 Gräfin v. Langenstein und Gondelsheim.

[4] Langenstein, Luise Katharina Gräfin v. (1826–1900), seit 1848 verheiratet mit Karl Israel Wilhelm Graf Douglas.

[5] Douglas, Karl Israel Wilhelm v. (1824–1898).

[6] Douglas, Ludwig Wilhelm August Graf v. (1849–1916), 1881–1888 Kammerherr des schwed. Kronprinzen, Md schwed. R (I. K.) 1891–1899, 1901, 1907–1911, 1895–1899 Minister des Auswärtigen.

1483. Eisendecher an das Auswärtige Amt

Karlsruhe, 22. November 1918

Die in der Anlage beigefügten drei Veröffentlichungen badischer Parteiblätter[1] scheinen mir beachtenswert und zur Beurteilung der Lage von Interesse, weil darin zwei der gegenwärtigen Minister, einer dem Zentrum, der andere der Nationalliberalen Partei angehörig, sich darüber aussprechen und der sozialdemokratische „Volksfreund" bekannte kaiserliche Äußerungen für seine Zwecke ausnutzt.

Ich darf als erfreulich hinzufügen, daß hier nunmehr die neue Regierung wirklich regiert, daß eine Verständigung mit dem Soldaten- und Arbeiterrat zustande kam, die diesen hinter die Regierung stellt und letztere als verantwortlich gelten läßt.[2]

Sehr eindringlich warnt fast die gesamte Presse, auch der „Volksfreund" in etwas milderem Ton, vor der Hetzarbeit der Liebknecht-Luxemburg-Gruppe in Berlin, der Ruf ist hier „Los von Berlin" für den Fall, daß dort nicht diesen fanatischen, friedensstörenden Bolschewiken energisch das Handwerk gelegt werde. Selbst eine Zerreißung des Reiches in Nord und Süd gilt als vielleicht unvermeidlich, wenn die Berliner Regierung den Spartakusleuten gegenüber zu milde bleiben sollte.[3]

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 31 Bd. 15, masch. Ausf.; masch. Zusatz: „Unter Rückerbittung dem Herrn Staatssekretär des Innern zur gefälligen Kenntnisnahme ergebenst übersandt. Berlin, den 30. November 1918".

[1] Bad. Beobachter, Nr. 537 vom 19. Nov. 1918; Bad. Presse, Nr. 545 vom 21. Nov. 1918; Volksfreund, Nr. 273 vom 21. Nov. 1918.

[2] Die erste Landesversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Badens in Mannheim (21./22. Nov. 1918) faßte einen dahin gehenden Beschluß (*Brandt/Rürup* S. 19).

[3] Eisendecher berichtete am 5. Dez. 1918 dem Auswärtigen Amt, man verlange dringend, „daß in Baden wie im Reich baldmöglichst die neue Verfassung gesetzliche Verhältnisse schaffe", da „mit Sicherheit darauf zu rechnen" sei, „daß die proklamierte Republik bestehen bleibt. Separatistische Tendenzen bestehen hier kaum, man hält an der Reichseinheit fest, wehrt sich aber lebhaft gegen Übergriffe von Berlin. Der Ruf ‚Los von Berlin' bezieht sich sowohl auf solche Übergriffe wie besonders auch auf die nicht genügend energische Bekämpfung der Terroristengruppe". Eisendecher hatte auch „mehr u[nd] mehr die Empfindung, daß in Teilen des badischen Volks der deutsche vaterländische Geist stark schwindet, daß die Gereiztheit gegen den Norden, speziell Preußen, keineswegs abnimmt u[nd] eine gewisse Gleichgültigkeit herrscht gegenüber dem Reich u[nd] seiner Zukunft. Man hört sogar Äußerungen, daß eine Angliederung Badens an Frankreich erhebliche wirtschaftliche Vorteile bieten könnte. Die Stimmung im Lande scheint mir außerordentlich pessimistisch, u[nd] es fehlt sehr an Vertrauen zur Berliner Zentrale. Dringend wünscht man frühere

Wahlen zur Nationalversammlung, meint auch vielfach, daß die Tagung nicht in Berlin, sondern in einer mitteldeutschen Stadt erfolgen möge" (Ebd., masch. Abschrift). Am 14. Dez. 1918 berichtete Eisendecher: „Die gesamte Presse fordert immer dringender einen früheren Termin für die Wahlen zur Nationalversammlung des Reiches, die womöglich noch in diesem Monat stattfinden sollten, dann würde die vom Reichstagspräsidenten Fehrenbach beabsichtigte Einberufung des Reichstages nicht mehr in Frage kommen. Wenn nicht zwingende Gründe vorliegen, hält man eine solche Berufung ohne Zustimmung der provisorischen Regierung für bedenklich und unerwünscht. [...] Gegen die Spartakusleute und die Sonderpolitik Bayerns erhebt man fortgesetzt scharfe Einsprache" (Ebd., masch. Ausf.).

1484. Eisendecher an das Auswärtige Amt

Karlsruhe, 23. November 1918

Die heutigen Mittagsblätter bringen den völligen Thronverzicht S. K. H. des Großherzogs für sich, den Prinzen Max und dessen Nachkommen. Anschließend daran veröffentlicht die provisorische Regierung eine von allen 10 Ministern unterzeichnete Kundmachung. *Vorlage beider Erklärungen.*[1] In den Kommentaren der Presse wird fast allgemein der Entschluß des Landesherrn dankbar anerkannt, auch seine und seiner Vorfahren Regierungen und das segensreiche Wirken I. K. H. der Großherzogin Luise finden meist leidlich gerechte Würdigung.

Bonn, Archiv Ausw. Amt, Baden Nr. 36 Nr. 1 Bd. 13, masch. Ausf.

[1] Bad. Presse, Nr. 549 vom 23. Nov. 1918 (Gedr. *Sammlung* S. 11 f.).

9a. Flemming an Bismarck

Baden-Baden, 21. Juni 1871

Die in Karlsruhe schwebenden Verhandlungen zur Ausführung der organischen Bestimmungen über das Postwesen in den Artikeln 48–51 der Reichsverfassung und im Punkt 5 des Schlußprotokolls d[e] d[ato] Versailles, den 15. November 1870, werden in einigen Tagen zum Abschluß gelangen. Großherzoglich badischerseits waren zu Bevollmächtigten ernannt: der Direktor der Verkehrsanstalten Zimmer[1], der Ministerialrat Poppen[2], Referent für die Verkehrsangelegenheiten im Handelsministerium, und der Ministerialrat Stösser, Justitiarius desselben Ministeriums. Der Präsident des Handelsministeriums, v. Dusch, war zu seinem lebhaftesten Bedauern durch ein ernstes Augenleiden, welches ihn bereits seit drei Wochen in einem ganz dunklen Zimmer zu verweilen zwingt, verhindert, an den Verhandlungen persönlich teilzunehmen. Doch ließ er sich durch mündliche Referate fortlaufend über den Gang der Verhandlungen informieren, um die erforderlichen Entscheidungen in dieser für das Land und zahlreiche Beamte so wichtigen Angelegenheit mit der nötigen Sicherheit treffen zu können. Im Anfang dieser Woche konnte er den Generalpostdirektor Stephan[3] empfangen, und da sein Gesundheitszustand eine längere Unterredung gestattete, so wurde bei dieser Gelegenheit eine Verständigung dahin erzielt, sofort Schritte vorzubereiten, um das Einverständnis des Großh[erzoglichen] Staatsministeriums und die Genehmigung S. K. H. des Großherzogs zu einer Abtretung der nach Art[ikel] 50 den Einzelregierungen bezüglich der Landespostbeamtenanstellung zustehenden Befugnisse an die Zentralgewalt zu erlangen. H[err] v. Dusch übernahm es, das Votum an das Staatsministerium und den schriftlichen Vortrag an den Großherzog vorbereiten zu lassen, welcher heute zurückerwartet wird und zum 1. Juli nach St. Moritz zu gehen beabsichtigt. In der nächsten Konferenz zwischen unseren u[nd] den badischen Bevollmächtigten an demselben Tage ließ der Präsident des Handelsministeriums dann die Erklärung abgeben, daß die Großh[erzogliche] Reg[ierung] die Abtretung jener Befugnisse an die Reichspostverwaltung in Erwägung nehme und daß darüber eine besondere Konvention zu schließen sein würde, wie bei dem gleichen Vorgange mit Oldenburg. In dem betreffenden Protokolle der Konferenz erscheint demgemäß der Vorschlag als aus der Initiative Badens hervorgegangen, was den Verabredungen zwischen den Herren v. Dusch und Stephan entspricht. Kommt die Konvention zustande, was sich in den nächsten Tagen entscheiden muß, so wird, abgesehen von dem nicht unwichtigen u[nd] vielleicht Nachahmung herbeiführenden Vorgange bezüglich eines so bedeutenden Postgebietes wie Baden, auch eine sehr erhebliche Vereinfachung in den ganzen Verhältnissen erzielt, die amalgamierende Wirkung infolge der Einrangierung der Beamten in den gemeinsamen Reichsetat verstärkt und das Reichsindigenat auch auf dem administrativen Gebiet bezüglich einer zahlreichen Klasse von Staatsangehörigen zur Verwirklichung gebracht. Zugleich wird aus der Durchrangierung und Aufnahme in die allgemeinen Etatklassen und Anciennitätslisten, wie der Generalpostdirektor mir mitteilt, eine bedeutende Verbesserung der Stellung und pekuniären Lage fast des gesamten Personals der bisherigen badischen Postverwaltung, welche über 500 Postanstalten umfaßt, sich ergeben. Dies ist um so erwünschter, als die

Symptome einer Besorgnis und Unruhe, welche diese zahlreichen Beamten über ihr künftiges Los erfüllte, sich bereits ausgebreitet hatten. Auch die demokratische Presse hatte sich der Sache schon zu bemächtigen angefangen und außerdem es an Insinuationen darüber nicht fehlen lassen, daß den badischen Finanzen infolge der Übergabe des Postwesens an das Reich erhebliche Verluste bevorständen. Diesen Ausstreuungen über eine Prägravation Badens wird am besten durch das Resultat der Verhandlungen selbst entgegengewirkt werden, indem es gelungen ist, bezüglich des pekuniär besonders in Betracht kommenden Verhältnisses der hiesigen künftigen Reichspostanstalten zu der Landeseisenbahnverwaltung ein Terrain der Verständigung zwischen den beiderseitigen Bevollmächtigten herzustellen, welches ebensowohl die Verwirklichung der notwendigen Einheitsanforderungen durch Einführung des allgemeinen Staatseisenbahnpostreglements ermöglicht, als andererseits eine empfindliche finanzielle Beschwerung Badens abwendet.

In allen übrigen Punkten, namentlich bezüglich der Trennung der kombinierten Postu[nd] Eisenbahnanstalten, der Übernahme des immobilen und mobilen Postfiskuseigentums, der Postvertragsverhältnisse Badens mit der Schweiz, Württemberg, Bayern, der französischen Ostbahn, den badischen Privatbahnen, den Bodenseedampfschiffahrten usw., ist eine befriedigende Einigung ebenfalls erzielt.

Was über die Absichten der Reichspostverwaltung bezüglich der künftigen organischen Einrichtung hier und da in die Öffentlichkeit gedrungen ist, erfreut sich der Zustimmung. Namentlich hat es auch in den Karlsruher Regierungskreisen einen sehr guten Eindruck gemacht, daß beabsichtigt wird, Ew. D. den Vorschlag zu unterbreiten, mit dem Bezirk der in Konstanz zu errichtenden zweiten Reichsoberpostdirektion das Postgebiet Hohenzollern zu vereinigen, welches jetzt von der Oberpostdirektion in Frankfurt/M. geleitet wird. Vom politischen Standpunkte wird dabei noch hervorgehoben, daß gerade bei den Territorial- und Verkehrsverhältnissen am Bodensee die Errichtung einer unmittelbaren Reichsbehörde von Wichtigkeit sein und außerdem zur Hebung der Bedeutung der althistorischen Stadt Konstanz gegenüber von Friedrichshafen und Lindau, welche vom Reichspostwesen ausgeschlossen sind, beitragen wird.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 51 fol. 57, 63, Reinkonz.; Marg.: „abges. 22./6.71".

[1] Zimmer, Hermann (1814–1893), seit 1830 im bad. Postdienst, 1841 Eisenbahnstationsvorstand in Heidelberg, 1843 Oberpostrat, 1854 Direktor der Verkehrsanstalten, 1866 Geh. Rat, 1876 Ruhestand (AV; PA-GLA).

[2] Poppen, Hermann Friedrich Carl (1821–1877), seit 1846 im bad. Zolldienst, 1849 Hauptzollamtsassistent, 1851 bei der Zolldirektion, 1852 Hauptzollamtskontrolleur, 1853 Hauptzollamtsverwalter, 1855 Oberzollinspektor, 1862 Ministerialrat im Handelsministerium, 1877 Geh. Referendar (AV; PA-GLA).

[3] Stephan, Heinrich (v.) (1831–1897), seit 1849 im preuß. Postdienst, 1863 Oberpostrat, 1865 Vortr. Rat im Generalpostamt, 1870 als „Generalpostdirektor" dessen Leiter, 1876 Generalpostmeister, 1880–1897 Staatssekretär des Reichspostamts.

9b. Flemming an Bismarck

Baden-Baden, 29. Juni 1871

In meinem Bericht vom 21. d. Mts. – Nr. 27[1] – habe ich die Ehre gehabt, Ew. D. unter anderem zu melden, daß zwischen dem Präsidenten des hiesigen Handelsministeriums und dem Generalpostdirektor Stephan Vorbesprechungen zu dem Zweck stattgefunden hätten, um auch die Anstellung der niederen badischen Postbeamten auf die Reichszentralgewalt zu übertragen. Obschon Präsident v. Dusch sich geneigt gezeigt hatte, dieses über die Bestimmung des Artikels 50 der Reichsverfassung hinausgehende Zugeständnis zu machen, war es mir doch von vornherein zweifelhaft, ob dasselbe wirklich zu erreichen sein würde.

Eine Unterhaltung, die ich mit einem der badischen Bevollmächtigten hatte, bestätigte meine Zweifel. Derselbe bemerkte mir, die Großh[erzogliche] Regierung werde kaum anders als unter dem Vorbehalt der Widerruflichkeit auf die Abtretung der in Art[ikel] 50 den Landesregierungen reservierten Befugnis der Anstellung der niederen Postbeamten eingehen, da es sich hier um die Veräußerung eines Hoheitsrechts handele. Ich machte hiervon dem Herrn Generalpostdirektor Mitteilung und erfahre nunmehr von ihm, daß in der Tat noch im letzten Momente in Karlsruhe Bedenken wenigstens gegen die sofortige Abtretung der Anstellungsbefugnis aufgetaucht sind. Diese Bedenken sollen indessen nach Andeutungen, welche Herrn Stephan vertraulich gemacht wurden, nicht materieller Natur sein, sondern im wesentlichen auf dem formellen Grunde beruhen, daß man die ständische Zustimmung nicht glaubt entbehren zu können. Diese letztere aber hofft Herr v. Dusch, wie ich von dem Gene[ral]postdir[ektor] höre, zeitig genug zu erlangen, um noch vor dem 1. Januar 1872 ein besonderes Abkommen schließen zu können. –

Auf die sonstigen Verhandlungen, welche zwischen dem Reich und der badischen Regierung hinsichtlich der Postangelegenheiten geführt werden, hat die in Rede stehende Spezialfrage keinen Einfluß, da sie im Grunde genommen ganz außerhalb derselben liegt.[2]

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 51 fol. 64, eig. Konz.; Marg.: „abges. 30./6.71".

[1] Nr. 9a.

[2] Mit der Vereinbarung vom 6. Juli 1871 wurde das bad. Postwesen zum 1. Jan. 1872 der Reichspostverwaltung unterstellt. Eine Zusatzvereinbarung vom 16. Dez. 1871 regelte das Anstellungsrecht der Landesregierung für die „Unterbediensteten".

11a. Flemming an Bismarck

Baden, 15. Juli 1871

Vertraulich. Ew. D. zeige ich gehorsamst an, daß ich nach Empfang des Telegramms Nr. 2 vom 6. d. Mts. den Präsidenten v. Freydorf mündlich davon in Kenntnis gesetzt habe, daß der von S. K. H. dem Großherzog zum Gesandten in Berlin ausersehene W[irkliche] Geh[eime] Rat Dr. Robert v. Mohl S. M. dem Kaiser wie Ew. D. willkommen sei. Ich habe aber nicht unterlassen, dabei aufgrund des Telegramms auch zu bemerken,

daß die K[aiserlich-]K[önigliche] Regierung den Freiherrn v. Türckheim mit Bedauern verlieren würde, da er sich immer als Freund Preußens bewiesen habe. –

Die Frage der Abberufung v. Türckheims und seiner Ersetzung durch Herrn v. Mohl ist infolgedessen noch einmal in Erwägung gezogen worden, und ich erfahre heute von Präsident v. Freydorf, daß der beabsichtigte Wechsel in der Person des Gesandten nicht stattfinden wird und Geh[eimer] Rat v. Mohl, dem ursprünglichen Plane gemäß, die Stelle des Präsidenten der Oberrechnungskammer erhalten hat. Wenn ich mich nicht sehr täusche, hat zu diesem Beschluß wesentlich der Umstand beigetragen, daß Herr v. Mohl schon in einem Alter steht, welches ihm schwerlich erlauben würde, die Stelle eines Gesandten und Mitgliedes des Bundesrats lange zu bekleiden.[1]

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 51 fol. 80, eig. Konz.; Marg.: „abg. 16./7."

[1] Vgl. Nr. 13.

12a. Neumann an Bismarck

Baden, 6. August 1871

Die mittelst Entschließung des Großherzogs vom 4. Juli auf Dienstag, den 1. August nach Karlsruhe einberufene Generalsynode der evangelischen Kirche Badens wurde am gedachten Tage namens S. K. H. durch den Staatsrat und Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats Dr. Nüßlin feierlich eröffnet.

Die Synode besteht aus 24 geistlichen und 24 weltlichen gewählten Mitgliedern, sieben, welche der Großherzog ernennt, und dem Prälaten der Landeskirche. Die Parteistellung der Mitglieder hat im Vergleich zu 1867 insofern eine Abänderung erfahren, als in der im gedachten Jahre tagenden Generalsynode die liberale Partei auf 13 geistliche und 21 weltliche, also im ganzen auf 34 Stimmen, ohne die vom Großherzog ernannten Mitglieder und die Prälaten, zählen konnte, während bei den diesjährigen Wahlen an die orthodoxe und an eine neugebildete Mittelpartei je vier Stimmen übergegangen sind.

Die letztgenannte Fraktion dürfte jedoch eher der liberalen als der gegnerischen Richtung sich zuneigen. Hierfür spricht wenigstens die Tatsache, daß bei der Präsidentenwahl 36 Stimmen auf den Geheimen Rat Bluntschli fielen, während sein Gegenkandidat, der sehr streng kirchlich gesinnte Oberkirchenrat Mühlhäußer, nur deren 17 erhielt und daß Prälat Holtzmann[1] mit 37 Stimmen gegen Dekan Wagner[2] mit 16 als Vizepräsident aus der Urne hervorging.

Die wichtigsten Vorlagen, welche der Generalsynode zugegangen sind, bestehen in 1) einem Bericht des Evangelischen Oberkirchenrats, 2) einer Vorlage, die allgemeinen kirchlichen Ausgaben und deren Deckungsmittel betreffend, 3) einer Vorlage des Evangelischen Oberkirchenrats über das Kirchenvermögen, 4) einem Gesetzentwurf über die Konfirmationsordnung, 5) einem Gesetzentwurf über die Verfassung der vereinigten protestantischen Kirche, 6) Grundsätzen für die Ausarbeitung einer kirchlichen Prüfungsordnung für die Kandidaten des Kirchendienstes, 7) einem provisorischen kirchlichen Gesetz über kirchliche Trauung und Führung der Kirchenbücher.

Beilage der genannten Schriftstücke.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 51 fol. 83f., eig. Konz.; Marg.: „abges. 7./8.71".

[1] Holtzmann, Karl Julius Dr. theol. h. c. (1804–1877), seit 1824 ev. Geistlicher, 1827 Lehrer am Gymnasium in Karlsruhe, 1834 Gymnasialprofessor, 1847 Pfarrer in Heidelberg, 1848 zugleich Lehrer am Predigerseminar, 1861–1877 Prälat der ev.-prot. Landeskirche Badens und Hausgeistlicher der Großherzoglichen Familie, 1861/1867/1871/1876 Mitglied der Generalsynode.

[2] Wagner, Friedrich Wilhelm Joachim (1817–1879), seit 1841 ev. Geistlicher, 1845 Pfarrer und Diakon in Lahr, seit 1860 Pfarrer, seit 1865 zugleich Dekan, NL, MdL 1850–1863.

12b. Neumann an Bismarck

Baden, 23. August 1871

Unter Bezugnahme auf meinen Bericht Nr. 38 vom 6. d. Mts.[1] beehre ich mich, Ew. D. gehorsamst anzuzeigen, daß die auf den 1. d. Mts. nach Karlsruhe einberufene evangelische Generalsynode vorgestern mit ihrer 16. Sitzung geschlossen worden ist.

Was die Verhandlungen der Synode betrifft, so hat sich bei denselben, wenige, gleich in der ersten Sitzung stattgehabte Zwischenfälle abgerechnet, welche durch einige Mitglieder der streng kirchlichen Partei veranlaßt waren, ein edler Geist der Versöhnlichkeit und gegenseitigen Achtung gezeigt, wodurch die Debatten einen im ganzen sehr günstigen Verlauf nahmen. Der Präsident konnte deshalb in seinen Schlußworten mit vollem Recht die vielfache Übereinstimmung der beiden Richtungen in manchen Beschlüssen und die Selbstverleugnung, welche auf beiden Seiten geübt worden, hervorheben und daran erinnern, daß, wenn auch einzelne Mitglieder in der Theorie die Gleichberechtigung der verschiedenen Richtungen nicht anerkannt hätten, sie es doch in der Praxis in dem gemeinsamen Zusammenwirken getan. Nur in der vorletzten Sitzung gab die oberkirchenrätliche Vorlage über die Militärkirchenordnung Anlaß zu einer längeren Debatte, die mit Annahme des Kommissionsantrags endete, welch' letzterer darauf hinausgeht, die desfallsigen Bemühungen des Oberkirchenrats zu unterstützen und ihm die aus dem Geiste der badischen Kirchenverfassung sich ergebenden Grundsätze für die weiteren Unterhandlungen mit dem Königlichen Kriegsministerium vorzuzeichnen. Außerdem behält sich die Generalsynode ihre verfassungsmäßige Zustimmung zu der Vereinbarung über die militärische Kirchenordnung vor.

Beilage der Karlsruher Zeitung[2] *mit dem Kommissionsantrag und dem Beginn der darüber geführten Debatten.*

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 51 fol. 85f., eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Nr. 12a.

[2] Nr. 203 vom 19. Aug. 1871.

30a. Flemming an das Auswärtige Amt

Karlsruhe, 15. Januar 1873

Die badischen Zeitungen beschäftigen sich lebhaft mit der Besprechung der von der Königl[ichen] Regierung im Hause der Abgeordneten eingebrachten kirchenpolitischen Gesetzentwürfe[1], und je nach der Richtung, die sie vertreten, sprechen sie denselben Lob oder Tadel. Ich füge hier, zur Kennzeichnung des Eindrucks, welchen die g[e]n[annten] Entwürfe und die darauf bezügliche Rede des Ministers Falk[2] auf die ultramontane Partei gemacht haben, einen Artikel des Hauptorgans dieser letzteren, des hier erscheinenden Badischen Beobachters vom heutigen Tage bei. –

In den hiesigen Regierungskreisen sind die erwähnten Gesetzesvorlagen mit Freude begrüßt worden; man bedauert nur, daß es der Königl[ichen] Regierung noch nicht möglich gewesen, auch ein Gesetz über die obligatorische Zivilehe damit zu verbinden. Minister Jolly sagte mir mit Bezug auf die Bestimmungen des Gesetzentwurfs über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen, er beabsichtige im Laufe dieses Jahres, die in Baden bestehenden Konvikte aufzuheben.[3]

Aus Konstanz wird berichtet, daß die Staatsbehörde, um dem zunehmenden agitatorischen Treiben in den ultramontanen Bauernversammlungen zu begegnen, sich bewogen gesehen habe, drei der Hauptredner in einer der letzteren – darunter einen Kaplan und einen Stiftungsverwalter[4] – verhaften zu lassen.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 53 fol. 73, eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Am 22. Nov. 1872 und am 9. Jan. 1873 brachte die preuß. Regierung insgesamt vier Gesetzentwürfe (Gesetz über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen; Gesetz über die kirchliche Disziplinargewalt und die Errichtung des Königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten; Gesetz über die Grenzen des Rechts zum Gebrauche kirchlicher Straf- und Zuchtmittel; Gesetz über den Austritt aus der Kirche) im Abgeordnetenhaus ein, die als „Maigesetze" des Jahres 1873 in Kraft traten.

[2] Falk, Adalbert (1827–1900), 1872–1879 preuß. Kultusminister.

[3] Vgl. Nr. 42, 59, 60.

[4] Josef Karl Edelmann.

43a. Flemming an Bismarck

Karlsruhe, 27. Dezember 1873

Vertraulich. *Erhalt der vertraulichen Depesche Nr. 35 vom 20. d. Mts.* den Briefwechsel zwischen dem Kardinal Antonelli[1] und dem Minister Jolly über die Besetzung des Erzbischöflichen Stuhles in Freiburg betreffend. Ich habe heute dem Minister die von Ew. D. befohlene Mitteilung gemacht und bei dieser Gelegenheit zur Sache folgende auf den Gegenstand bezügliche Einzelheiten von ihm erfahren.

Noch vor dem Eintreffen des Antonellischen Briefes, dessen die Depesche erwähnt, war einer der Freiburger Domkapitulare[2] zu Herrn Jolly gekommen, um ihm im Auftrag des Kapitels zu versichern, dasselbe sei der Regierung gegenüber völlig loyal, aber durch die päpstliche Kurie in seinem Verhalten gebunden. Diese offizielle Mitteilung war aller Wahrscheinlichkeit nach veranlaßt durch die Befürchtung, die Kammer könne die

Dotation des Erzbischofs von Freiburg vom Etat streichen.[3] An sie knüpfte der Domkapitular sodann die angeblich rein persönliche, vermutlich aber den eigentlichen Auftrag enthaltende Bemerkung: Er zweifle nicht, daß, wenn man sich bezüglich der Besetzung des Erzbistums mit dem Päpstlichen Stuhl verständigen wolle, dies gelingen werde, und ließ dabei den Namen des Bischofs von Speyer, Haneberg, fallen. Minister Jolly erwiderte, er seinerseits bezweifle durchaus nicht die Loyalität des Kapitels und lasse es ununtersucht, ob dasselbe aus subjektiven oder objektiven Gründen die Landesgesetze nicht befolge. Persönlich wolle auch er seine Meinung dahin aussprechen, daß, wenn die Form der Unterhandlung immerhin eine schwierige sein würde, man darüber doch hinwegkommen könne; es handele sich vor allem aber darum, daß der zukünftige Erzbischof sich den badischen Landesgesetzen unterwerfe, und werde die Regierung nur einen Kandidaten zulassen, der sich dazu unbedingt verpflichte. Auf diese Erklärung des Ministers entschlüpfte dem Kapitular die naive, sicherlich nicht in seinem Auftrag liegende Äußerung: „Einen solchen Kandidaten finden Sie ja überhaupt nicht".

Bald nachher, gegen Ende November, langte per Post ein rekommandierter, mit einem Privatwappensiegel versehener, italienisch geschriebener Brief Antonellis an Minister Jolly an, der, einen halb offiziellen, halb privaten Charakter tragend, zuvörderst den historischen Verlauf der vergeblichen Versuche zur Besetzung des Freiburger Erzbistums darstellt und dann zu dem Schluß kommt, es bleibe kein anderer Weg übrig, als sich über die Auslegung der Bulle „Ad dominici gregis custodiam" und des Breves „Res sacra" zu verständigen, um die Maßnahmen zu treffen, welche zur Besetzung des Erzbischöflichen Stuhls führen könnten. Der Päpstliche Stuhl werde dazu gern mitwirken.

Darauf erwiderte Minister Jolly vor etwa drei Wochen in einem deutschen, auch mit Privatsiegel verschlossenen Briefe direkt: Das Hindernis der Besetzung liege darin, daß das Kapitel sich weigere, die Liste zu ergänzen. Dies sei nach Ansicht der Regierung eine Verletzung des Landesrechts, welche bestehen bleibe, obschon, wie die historische Einleitung des Antonellischen Briefes dies selbst anführe, das Kapitel auf Weisung aus Rom die Ergänzung ablehne. Er, der Minister, gebe daher der Erwägung Antonellis anheim, ob er die g[e]n[annte] Weisung nicht zurücknehmen wolle.

Hierauf erfolgte vor etwa zehn Tagen eine karge Antwort Antonellis ebenfalls direkt und diesmal mit C.B. gesiegelt, dahin lautend: Er könne zwar die Auffassung der Großherzoglichen Regierung über die Bulle und das Breve nicht teilen, um aber zur Besetzung des Erzbischöflichen Stuhles zu gelangen und um der Regierung Entgegenkommen zu beweisen, solle das Freiburger Domkapitel Befehl erhalten, eine neue ergänzte Liste vorzulegen, und hoffe er – Antonelli –, die Regierung werde es für zweckmäßig erachten, darauf drei Kandidaten stehenzulassen, damit eine freie Wahl möglich sei. In den allerjüngsten Tagen gelangte dann die Anzeige des Domkapitels hierher, es werde demnächst eine neue Liste vorlegen.[4]

Die Absicht des Ministers Jolly ist nun, und er hat mich ersucht, Ew.D. vertraulich davon zu unterrichten, zuerst, sobald die Liste eintrifft, über die darauf befindlichen Persönlichkeiten Erkundigung einzuziehen; demnächst an die der Großherzoglichen Regierung möglich erscheinenden Kandidaten direkt und brieflich die Frage zu richten, ob sie bereit seien, sich allen Landesgesetzen zu unterwerfen und alle diejenigen von der Liste zu streichen, welche diese Frage nicht bejahen; hiernach endlich, der bestehen-

den Vereinbarung gemäß, bei den beteiligten Regierungen von Preußen, Württemberg und Hessen anzufragen, ob sie gegen die hier für das erzbischöfliche Amt als zulässig erkannten Personen Einwendungen zu erheben hätten.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 53 fol. 127, 131, eig. Konz.; Marg.: „abges. 28./12.73".

[1] Antonelli, Giacomo (1806–1876), kath. Geistlicher, seit 1830 im Dienst des Kirchenstaats, 1845 Finanzminister, 1847 Kardinal, März/April 1848 Ministerpräsident, Ende 1848–1876 Kardinalstaatssekretär.

[2] Rudolf Behrle.

[3] Vgl. Nr. 46a.

[4] Nr. 44a, 49 Anm. 3.

44a. Flemming an Bismarck

Karlsruhe, 6. Januar 1874

Vertraulich. *Ew. D. zeige ich an,* daß ich im Sinne der vertraulichen Depesche Nr. 36 vom 30. v. Mts. mit dem Minister Jolly gesprochen und ihm bemerkt habe, daß, falls die Wirkungen der aus Belgien herübergreifenden klerikalen Agitation sich auch in Baden zeigen sollten, Mitteilungen hierüber von der Königlichen Regierung mit Dank empfangen werden würden. Der Minister erwiderte mir, es sei ihm bisher in dieser Beziehung nichts bekannt geworden, er werde aber sein Augenmerk auf die Sache richten und eventuell nicht unterlassen, dem Wunsche Ew. D. nachzukommen.

Bei dieser Gelegenheit erfuhr ich von ihm, daß kürzlich von einem Mitgliede des Freiburger Domkapitels an den im Großherz[o]gl[ichen] Ministerium des Innern angestellten und mit dem Referat in Kirchensachen betrauten Ministerialrat Nokk ein Privatschreiben gelangt sei, womit eine Liste von etwa 12 Kandidaten für die Stelle des Erzbischofs von Freiburg mitgeteilt und die Anfrage gestellt werde, ob resp. welche dieser Personen der Großh[erzoglichen] Regierung genehm sein würden.[1] Er, der Minister, habe durch Herrn Nokk in derselben Form vorläufig erwidern lassen, er müsse sich die nähere Rückäußerung vorbehalten und werde einstweilen Erkundigungen über einzelne der Genannten einziehen.

Herr Jolly teilte mir mit, daß auf der Liste die Bischöfe Haneberg, Hefele und Dinkel[2] sowie der hiesige Dekan Lender ständen und daß es seiner Ansicht nach darauf abgesehen sei, einen Auswärtigen zum Erzbischof zu erhalten. Er beharre nun seinerseits bei dem mir schon zu erkennen gegebenen Grundsatz, „daß seitens der Großherzoglichen Regierung kein Kandidat die Zustimmung erhalten könne, welcher sich den Landesgesetzen nicht unbedingt unterwerfe". Es sei ihm aber äußerst wichtig zu erfahren, ob Ew. D. sich hiermit einverstanden erklärten und ob der gleiche Grundsatz auch in Preußen werde festgehalten werden. Er ersuchte mich daher, Ew. D. um eine hierauf bezügliche Äußerung anzugehen und Hochdieselben zugleich zu bitten, ihm Ihre Meinung in betreff des formellen Verfahrens, das er bezüglich der ganzen Frage dem Kapitel gegenüber einzuhalten gedenke, zu erkennen geben zu wollen.[3] Über diesen letzteren Punkt habe ich in meinem Bericht Nr. 33 vom 27. v. Mts.[4] die Anschauungen des Großherzoglichen Herrn Ministers ausführlich dargelegt.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 54 fol. 3f., eig. Konz.; Marg.: „abges. 7./1.74".

[1] Vgl. Nr. 49 Anm. 3.
[2] Dinkel, Pankraz v. (1811–1894), 1843 Pfarrer in Erlangen, 1858–1894 Bischof von Augsburg.
[3] Nr. 53 Anm. 7.
[4] Nr. 43a.

46a. Flemming an Bismarck

Karlsruhe, 26. Januar 1874

In der heutigen Sitzung der Zweiten Badischen Kammer stand das Budget des Ministeriums des Innern auf der Tagesordnung.

Zu Titel VIII 1. „Katholischer Kultus" hatte die Kommission beantragt, den erzbischöflichen Tischtitel à 13400 Gulden pro 1875 zu streichen und die Großherzogliche Regierung zu ermächtigen, die Einstellung der Zahlung dieser Summe sofort zu verfügen, falls im Jahr 1874 die Vorlage weiterer Vorschlagslisten behufs Besetzung des Erzbischöflichen Stuhls seitens des Freiburger Domkapitels verweigert würde, für den Fall aber, daß im Jahr 1874 eine vorschriftsmäßige Besetzung stattfinden sollte, die Dotation des erzbischöflichen Tisches auch für das Jahr 1875 auszahlen zu lassen.[1]

Minister Jolly erklärte sich, nachdem er mitgeteilt hatte, daß das Domkapitel die demnächstige Vorlegung einer neuen Liste der Regierung bereits angezeigt habe, mit obigen Anträgen einverstanden, und die Kammer nahm dieselben mit allen Stimmen gegen die der ultramontanen Fraktion an.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 54 fol. 25, eig. Konz.; Marg.: „abges. 27./1.74".

[1] Vgl. Nr. 61b, 163, 201a.

57a. Neumann an Bismarck

Baden, 30. Juni 1874

In jüngster Zeit brachten öffentliche Blätter die Mitteilung, daß das Freiburger Domkapitel der badischen Regierung behufs der Wiederbesetzung des dortigen Erzbischöflichen Stuhls eine neue Kandidatenliste präsentiert habe[1], von denen das hiesige Gouvernement jedoch nur 5, worunter die Bischöfe Haneberg und Hefele, angenommen habe.

Infolgedessen nahm ich Veranlassung, mich bei dem Minister Jolly zu erkundigen, ob diese Zeitungsnachrichten auf Wahrheit beruhten, ev[entuell] in welchem Stadium überhaupt die beregte Angelegenheit sich zur Zeit befände. Derselbe erwiderte mir hierauf, daß die in Rede stehende Vorschlagsliste zwar eingereicht, seitens der Großherzoglichen Regierung jedoch noch nichts darauf erfolgt sei.

Jetzt aber, nach Schluß des Landtags, gedenke er, Dr. Jolly, der Sache näherzutreten. Hierbei wiederholte er die bereits gegen den Königlichen Gesandten, Grafen v. Flemming, von ihm getane Äußerung, daß sich die badische Regierung nur für einen solchen

Geistlichen entscheiden werde, welcher die eidliche Verpflichtung einginge, sämtliche die kirchlichen Verhältnisse betreffenden Staatsgesetze unverbrüchlich zu beobachten. Er verhehle sich indessen nicht, daß wohl keiner von allen Präsentierten hierauf eingehen dürfte, und sei in dieser seiner Ansicht, welche er schon immer gehegt, durch eine Bemerkung des Direktor[s] der erzbischöflichen Kanzlei, Dr. Maas, bestärkt worden, welcher in einer vor kurzem stattgefundenen Unterredung über den vorliegenden Gegenstand ihm, dem Minister, erklärt habe, er glaube nicht, daß sich irgend jemand zu dieser geforderten unbedingten Eidesleistung verstehen werde.[2]

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 54 fol. 108 f., eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Nr. 53 Anm. 6.
[2] Nr. 61 a, 61 b.

61 a. Flemming an Bismarck

Baden, 10. September 1874

Vertraulich. Legationsrat v. Neumann *meldete Ew. D. am 30. Juni*[1], daß der Großh[erzoglichen] Regierung seitens des Freiburger Domkapitels eine Liste von Kandidaten für den Erzbischöflichen Stuhl zugestellt worden sei.[2]

Auf dieser Liste befinden sich die Namen Hefele, Haneberg, Dieringer[3], Alzog[4] u[nd] Behrle.

Alzog ist Geistlicher Rat u[nd] Professor der Theologie an der Universität Freiburg, Behrle Mitglied des Domkapitels daselbst. Durch letzteren wurden die vertraulichen Verhandlungen mit dem Ministerium geführt, welche der Aufstellung der Liste vorausgingen und deren ich in früheren Berichten Erwähnung getan habe.[5] Die Regierung betrachtet diese beiden Herr[e]n nicht als ernstgemeinte Kandidaten; sie hat sich zwar nicht gegen sie ausgesprochen, vorderhand aber nur bei den drei zuerst Genannten vertraulich Erkundigung eingezogen, ob sie eventuell bereit sein würden, das erzbischöfliche Amt anzunehmen.

Bischof Hefeles Antwort ist eine absolut ablehnende gewesen, während die von Haneberg und Dieringer gegebene, namentlich die des letzteren, den Weg für weitere Verhandlungen offenlassen.

Inzwischen ist aber das Auftreten Hanebergs bei Gelegenheit der Sedanfeier bekannt geworden, wodurch er sich als getreuen Bundesgenossen des Bischofs Ketteler hingestellt hat. Die Großherzogliche Regierung findet schon darin Grund genug, seiner Kandidatur entgegenzutreten; gleichwohl möchte Minister Jolly ihn noch in die Lage versetzen, sich zu erklären, ob er den Gesetzen der betreffenden Staaten unverbrüchlichen Gehorsam geloben wolle. Versteht er sich hierzu nicht – und es gilt dies als selbstverständlich –, so hat die Regierung doppelten Grund, ihn als unannehmbar zu bezeichnen. Das Vertrauen des Ministers in Dieringer scheint mir ein sehr geringes zu sein.

Vorstehende Notizen sind mir vertraulich mitgeteilt worden.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 54 fol. 129, eig. Konz.; Marg.: „abges. 13./9.74".

[1] Nr. 57a.

[2] Nr. 53 Anm. 6.

[3] Dieringer, Franz Xaver (1811–1876), 1835 Lehrer am Priesterseminar in Freiburg, 1840 in Speyer, 1843 Professor für Dogmatik in Bonn, seit 1853 daneben Domkapitular in Köln, 1870 Entzug der Missio canonica und Übernahme einer Landpfarrei.

[4] Alzog, Johannes Baptista (1808–1878), seit 1834 kath. Geistlicher, 1835 Professor am erzbischöflichen Seminar in Posen, 1844 Seminarregens und Domkapitular in Hildesheim, 1853 o. Professor der Kirchengeschichte und Patrologie in Freiburg, 1869 Konsultor in Rom.

[5] Vgl. Nr. 43a, 44a.

61b. Flemming an Bismarck

Karlsruhe, 24. November 1874

Vertraulich. Nachdem Bischof Hefele seine eventuelle Wahl zum Erzbischof von Freiburg abgelehnt hatte[1], ohne sich dabei auf die Frage des vom Staate geforderten Eides irgendwie einzulassen, ist die Großherzogliche Regierung mit den vier anderen auf der zweiten Liste des Domkapitels befindlichen Kandidaten in Verhandlung getreten. Zunächst wurden mündliche Anfragen an Haneberg und Dieringer gerichtet, und sodann an diese beiden sowohl wie an Alzog u[nd] Behrle amtliche gleichlautende Schreiben gesendet, worin der Minister des Innern sie ersuchte, sich über ihre etwaige Geneigtheit zur Annahme des erzbischöflichen Amts auszusprechen, zugleich aber auch erklärte, daß die Regierung der Wahl ihre Zustimmung nur dann erteilen könne, wenn die Kandidaten eidesstattlich und ohne jeglichen Vorbehalt gelobten, den Gesetzen Badens sowie der übrigen in Betracht kommenden Staaten Gehorsam zu leisten.

Alle vier haben hierauf schriftlich geantwortet, daß sie den verlangten Eid nicht zu leisten vermöchten. Unter den Antworten soll sich die des Bischofs Haneberg durch Schroffheit auszeichnen. In mäßigerem Tone dagegen sollen die Rückäußerungen der drei anderen Herren gehalten sein und unter diesen die Dieringersche den Wunsch ihres Verfassers, den Erzbischöflichen Stuhl zu besteigen, nicht weniger verraten, als dies seine früheren mündlichen Äußerungen getan hatten.

Minister Jolly hat nun dem Freiburger Domkapitel eröffnet, daß die erwähnten vier Kandidaten von der Regierung als Personae minus gratae bezeichnet werden müßten und daß die Kandidatur Hefeles durch dessen Weigerung, das erzbischöfliche Amt anzunehmen, ihre Erledigung fände. Er hat deshalb das Domkapitel aufgefordert, eine neue Liste aufzustellen. Daß dieser Aufforderung entsprochen werden sollte, ist wohl sehr zu bezweifeln. Gewiß aber ist, daß, wenn bis zum Ablauf dieses Jahres die Besetzung des Erzbischöflichen Stuhles in Freiburg nicht erfolgt, die Dotation, welche im Budget für den Erzbischof ausgeworfen ist, vom 1. Januar 1875 ab nicht mehr gezahlt werden wird, weil ihre weitere Zahlung durch Kammerbeschluß von dem Eintreten jener Bedingung abhängig gemacht worden ist.[2]

Beilage eines Artikels der Karlsruher Zeitung[3], welcher von der Regierung inspiriert ist und die jetzige Lage der Angelegenheit kurz darstellt. Was der vorstehende Bericht mehr darüber enthält, hat Minister Jolly die Güte gehabt, mir vertraulich mitzuteilen.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 54 fol. 131, 135, Reinkonz.; Marg.: „abges. 25./11.74".

[1] Nr. 61 a.
[2] Nr. 46 a.
[3] Nr. 275 vom 22. Nov. 1874.

79 a. Flemming an Bülow

Karlsruhe, 30. März 1876

Der Bericht der Budgetkommission über das ordentliche Budget des Großherzoglichen Ministeriums des Innern für die Jahre 1876 und 1877 enthält folgende Notizen, die Altkatholiken in Baden betreffend:

Zur Deckung des Aufwands für die kirchlichen Bedürfnisse derselben hat die Regierung für jedes der genannten Jahre die Summe von 18000 Mark verlangt gegen je 6000 Mark in den Jahren 1874 und 1875. Der Mehrbetrag ist vorzugsweise für Zuschüsse an die zahlreicher gewordenen Gemeinschaften bestimmt.

Es befinden sich gegenwärtig im Großherzogtum 25 staatlich genehmigte altkatholische Kirchspiele. Die staatliche Anerkennung dieser Gemeinschaften erfolgte in der Zeit vom 6. August 1874 bis 14. Oktober 1875, die Zahl der in ihnen wohnenden Altkatholiken kann nicht ganz genau angegeben werden, sie beläuft sich ungefähr auf 14000 Personen. – Außer den staatlich genehmigten Gemeinschaften bestehen Altkatholikenvereine in Karlsruhe, Freiburg, Baden und Mannheim, welche ihre eigenen Geistlichen haben und von denen teilweise auch schon wegen Erlangung der staatlichen Anerkennung Schritte geschehen sind.[1] –

Die Majorität der Budgetkommission hält eine Unterstützung der Altkatholiken aus der Staatskasse für gerechtfertigt und die erste Anforderung der Regierung für begründet, während die Minorität von der Ansicht ausgeht, daß die Altkatholiken als eine ganz abgesonderte Religionsgesellschaft überhaupt keinen Anspruch auf einen Geldbetrag von seiten des Staates haben.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 56 fol. 26, eig. Konz.; Marg.: „abg. eod."

[1] Vgl. Nr. 62.

103 a. Flemming an Bismarck

Karlsruhe, 7. März 1878

Ich habe Ew. D. geehrten Erlaß vom 27. Februar Nr. 62[1], die Frage der Besteuerung des Tabaks betreffend, am 1. d. Mts. erhalten, noch am nämlichen Tage mit dem Minister Turban und dem Präsidenten des badischen Finanzministeriums Herrn Ellstätter über die weiteren Schritte, welche Ew. D. zur Förderung der Angelegenheit zu tun beabsichtigen, gesprochen und tags darauf dem ersteren der beiden Herr[e]n bei erneuter Konversation den Erlaß auch vertraulich zu lesen gegeben.

Herr Turban sagte mir gleich, daß er nicht ohne vorherige Beratung mit seinen Kollegen, namentlich mit dem Chef des Finanzdepartements, und nicht ohne S.K.H. dem Großherzog Vortrag gehalten zu haben, eine bindende Antwort auf die Fragen Ew. D. erteilen könne. Er würde sich aber soviel wie möglich damit beeilen und wolle mich deshalb um eine kurze Frist ersuchen.

Gestern abend kam der Minister dann zu mir, um mir zu sagen, daß die Beratungen stattgefunden und das Ministerium zu einem gemeinsamen Beschluß gekommen sei, welcher auch die Billigung des Großherzogs gefunden habe.[2] Er übergab mir darauf das hier beigefügte Blatt, auf welchem dieser Beschluß, den er mir vorher mündlich dargelegt hatte, formuliert ist. –

Ew.D. wollen daraus geneigtest entnehmen,

1) daß die Großherzogliche Regierung sich mit der Maßregel einer dem Bundesrat im Sinne des Erlasses vom 27. v. Mts. zu machenden Vorlage einverstanden erklärt;

2) daß sie ihr Urteil über die Tunlichkeit der einen oder anderen Besteuerungsform des Tabaks von dem Ergebnisse der vorbereitenden Untersuchungen abhängig macht;

3) daß nach ihrer Auffassung nicht sowohl die völlige Beseitigung der Matrikularbeiträge als vielmehr eine erhebliche Vermehrung der Einnahmen des Reichs als das nächste Ziel der Reichssteuergesetzgebung ins Auge zu fassen ist und

4) daß sie vorzüglichen Wert auf die Beseitigung der bisherigen Beweglichkeit der Matrikularbeiträge legt. –

Anlage

Turban an Flemming

Karlsruhe, 6. März 1878

Die Großherzogliche Regierung befindet sich nicht darüber im Zweifel, daß eine kräftigere steuerliche Ausnützung des Tabaks, in welcher Form sie auch erfolgen möge, zahlreichen Erwerbsklassen, und zwar nach der wirtschaftlichen Entwicklung, welche Tabakproduktion, -handel und -industrie speziell in Baden genommen haben, vorzugsweise badischen Landesteilen empfindliche Schädigungen auferlegen wird.

Indessen verkennt auch die Großh[erzogliche] Badische Regierung nicht, daß eine beträchtliche Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches zu wünschen ist, wenn dabei auch vorausgesehen werden kann, daß die fortschreitende Steigerung der öffentlichen Ausgaben und zumal das Vorbild anderer Staaten immer wieder auf den Vorschlag, gerade aus dem Tabak vorzugsweise die erwünschten höheren Erträge zu erzielen, hinführen wird. Aus Rücksicht auf die hierdurch jeweils beunruhigten und geschädigten wirtschaftlichen Interessen verdient deshalb die Frage, ob und in welcher Form der Tabak in Deutschland einer hohen Steuer unterworfen werden kann, ihrer definitiven Erledigung nähergebracht zu werden. Um eine endgültige Entscheidung zu fördern, erscheint es nun allerdings geeignet, zunächst die tatsächlichen Verhältnisse der Tabakproduktion, des Tabakhandels und der Tabakindustrie einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen, insbesondere die in der einen und ander[e]n Erwerbstätigkeit gebundenen Betriebskapitalien zu ermitteln, die Zahl und Art der darin beschäftigten Personen, ihren gewerblichen Verdienst pp. festzustellen, um demnächst auch die Folgen der Verschiebung ihrer wirtschaftlichen Lage des genaueren würdigen zu können. Eine

Untersuchung in dieser Richtung wird für eine etwaige Verfolgung des Monopolgedankens wie für die allenfallsige Annäherung an die Fabrikatensteuer gleichmäßig von Vorteil sein.

Die Großh[erzogliche] Regierung kann deshalb der Ansicht, dem Reichstag eine Gesetzesvorlage zu machen, um dadurch die gesetzlichen Ermächtigungen und die Geldmittel zur Vorbereitung eines die ausgiebigere Besteuerung des Tabaks bezweckenden Gesetzentwurfs zu erlangen, nur ihre Zustimmung erteilen.

Erst die volle Kenntnis der Ergebnisse der Untersuchung jener tatsächlichen Verhältnisse und der Einblick in die Einzelheiten der anschließenden Gesetzesarbeit wird jedoch die Großh[erzogliche] Regierung in den Stand setzen, sich über die Tunlichkeit der einen oder anderen Besteuerungsform ein Urteil zu bilden. Wenn die Großh[erzogliche] Regierung in diesem Sinne sich der weiteren Verfolgung des Gedankens einer höheren Tabakbesteuerung nicht abgeneigt entgegenstellt, glaubt sie immerhin nicht unerwähnt lassen zu sollen, daß nach ihrer Auffassung nicht gerade die völlige Beseitigung der Matrikularbeiträge als die nächste Aufgabe der steuerlichen Gesetzgebung des Reiches zu betrachten, daß vielmehr wesentlich darauf das Absehen zu richten sei, eine erhebliche Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches herbeizuführen, demnächst aber – und hierauf dürfte im Interesse einer geordneten Verwaltung des Haushalts der Einzelstaaten das hauptsächlichste Gewicht zu legen sein – dafür zu sorgen, daß die bisherige Beweglichkeit der Matrikularbeiträge beseitigt und dieselben auf einen konstanten, wenn auch der jährlichen Bewilligung unterworfenen Betrag ein für allemal fixiert werden.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 58 fol. 5–8, Konz. Abschrift; Marg.: „abges. eod."

[1] Gedr. *Poschinger*, Wirtschaftspolitik I S. 275 ff.
[2] Vgl. Nr. 129 Anm. 3.

103 b. Flemming an Bülow

Karlsruhe, 13. Mai 1878

Erhalt der Depesche Nr. 8. Sie wurde mir am 11. abends in Baden zugestellt, wo ich seit Ankunft I. M. der Kaiserin Wohnung genommen habe. Die Nachricht von dem Attentat[1] war schon in den Nachmittagsstunden durch ein Telegramm S. M. des Kaisers an I. M. gelangt. Das Publikum erhielt durch ein Extrablatt der dortigen Zeitung die erste Kunde davon. Die Gefühle tiefster Entrüstung über die ruchlose Tat und innigster Freude über die Errettung unseres geliebten Kaisers und seiner durchlauchtigsten Tochter wurden überall laut. Aus allen Kreisen strömten die Menschen herbei, um sich bei I. M. der Kaiserin einzuschreiben; vor der Wohnung Allerhöchstderselben wurden Hochs auf S. M. den Kaiser ausgebracht und die Nationalhymne gesungen. Gestern fand in den Kirchen beider Konfessionen feierlicher Dankgottesdienst statt; abends hatte die Bürgerschaft einen Fackelzug veranstaltet, und eine Deputation derselben wurde von I. M. empfangen.

Hier in Karlsruhe wurde ebenfalls Dankgottesdienst in den Stadtkirchen und in der Schloßkirche gehalten. Nach demselben nahm die gesamte Garnison Aufstellung auf dem Marktplatz, und S. K. H. der Großherzog richteten an dieselbe eine Ansprache, in

welcher Höchstderselbe laut der in der hiesigen amtlichen Zeitung enthaltenen Mitteilung „dem Ernst des Augenblicks Ausdruck verlieh und die Truppen ermahnte, das Gefühl der Freude über die glückliche Rettung des Kaisers durch Treue und Hingebung an Allerhöchstdenselben zu bestätigen und sich stets als unerschütterlich treue Verteidiger des Rechtes und der Ehre des Vaterlandes zu bewähren".

Bei mir haben die in Karlsruhe anwesenden Mitglieder des Großherzoglichen Ministeriums und andere höhere badische Beamte sich eingefunden, um ihrer Teilnahme Ausdruck zu geben. Die Nachrichten, welche aus dem Lande eingehen, legen lebendigstes Zeugnis von der Liebe und Verehrung ab, von der allerorten die badische Bevölkerung für S. M. den Kaiser durchdrungen ist, und von dem Dank gegen die Vorsehung, welche die Gefahr von ihm und von der Frau Großherzogin gnädig abgewendet hat. [...]

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 58 fol. 18f., Reinkonz.; Marg.: „abges. 14./5."

[1] Attentatsversuch Max Hödels vom 11. Mai 1878.

123a. Flemming an Bülow

Karlsruhe, 5. Januar 1879

Die Badische Landeszeitung, das Hauptorgan der liberalen und nationalen Partei in Baden, tritt mit Entschiedenheit für die Zollpolitik des Herrn Reichskanzlers in die Schranken. Nachdem sie vor einigen Tagen diese Politik als die den Interessen des deutschen Volkes entsprechende und von letzterem auch verstandene dargestellt hatte, erklärt sie am Schlusse ihres heutigen Leitartikels, welcher sich mit dem an den Bundesrat gerichteten Schreiben S. D. beschäftigt, wörtlich folgendes: „Wir sagen es laut und frei heraus: Wir halten den Vorschlag des Fürsten für das einzige mögliche Hilfsmittel in unserer schweren Not, und wir werden, was an uns ist, tun, um ihm über alle Hindernisse hinweg den Weg zu bahnen".

Ich füge die betreffende Nummer des Blattes hier bei.[1]

Nicht ganz so absolut zustimmend wie die Badische Landeszeitung, aber auch keineswegs ablehnend, verhält sich die „Badische Korrespondenz", das Organ der Führer der Nationalliberalen Partei, zu den Anträgen des Fürsten Bismarck, wie der beiliegende Zeitungsausschnitt ergibt.[2] Ähnliche Ansichten wie die in diesem Artikel niedergelegten werden, wenn ich gelegentliche Äußerungen des Ministers Turban und des Präsidenten Ellstätter nicht ganz unrichtig verstanden habe, von der Großherzoglichen Regierung gehegt. Sie wird dem Grundsatz der Zollpflichtigkeit aller die deutsche Grenze passierenden Waren schwerlich zustimmen, aber nach Kräften die Hand bieten, um dem Reiche durch höhere Verzollung und Besteuerung einzelner Gegenstände höhere Einnahmen zu verschaffen.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 59 fol. 1, eig. Konz.; Marg.: „abges. eod".

[1] Bad. Landeszeitung, Nr. 4 vom 5. Jan. 1879; vgl. Nr. 133.
[2] Nicht vorhanden.

126a. Flemming an Bülow

Karlsruhe, 10. März 1879

Ew. Exz. *meldete ich am 30. November v. J.*, daß Minister Turban auf die vertrauliche Mitteilung des Herrn Reichskanzlers vom 28. desselben Monats – den Entwurf eines Reichseisenbahngesetzes pp. betreffend – sich so bald wie möglich zu äußern vorgenommen hatte. Da er aber gleich hinzufügte, es werde sich während der Tagung der badischen Kammern schwerlich die Zeit dazu gewinnen lassen, so habe ich den Schluß der letzteren abgewartet und auch nach demselben noch einige Tage vergehen lassen, bevor ich auf die Angelegenheit zurückgekommen bin. Ich habe zwar auch heute die verheißene Antwort noch nicht, weiß indessen von Herrn Turban, daß man damit beschäftigt ist.

Als der Minister mir dies ganz kürzlich mitteilte, erwähnte er einer auf Veranlassung des Herrn Reichskanzlers ausgearbeiteten Denkschrift über Herstellung eines allgemeinen Gütertarifs für die deutschen Eisenbahnen, welche hierher mitgeteilt worden sei und welche S. D., bevor sie im Bundesrat als Vorlage zur Beratung gelange, von den Regierungen in einer Vorkonferenz diskutiert sehen möchte. Herr Turban bemerkte mir, daß er geglaubt habe, diese Besprechung solle zwischen den Leitenden Ministern, etwa unter Beiziehung von technischen Räten, in Berlin stattfinden, und sei er bei dem großen Interesse, welches er an der Frage nehme, bereit gewesen, sich dorthin zu begeben. Da aber keine der anderen Regierungen gleicher Ansicht gewesen sei, so habe er seinen Vorsatz aufgegeben und den Generaldirektor Eisenlohr beauftragt, für Baden in der Konferenz zu erscheinen.

Der Minister sprach sich dann gegen mich zur Sache selbst etwa dahin aus: Die Denkschrift, als deren Verfasser der Generalpostmeister Stephan genannt werde, schildere in ganz richtiger und zum Teil drastischer Weise die großen und vielfachen Übelstände, welche die Masse der jetzigen verschiedenen und sich gegenseitig bekämpfenden Tarife erzeuge. Die Großherzogliche Regierung habe diese traurigen Folgen in ihrer eigenen Eisenbahnverwaltung wahrzunehmen Gelegenheit genug gehabt und leide fortwährend darunter. Sie verkenne daher auch die Vorteile und die Zweckmäßigkeit eines allgemeinen gleichen Gütertarifs durchaus nicht, könne vielmehr im Prinzip nur wünschen, daß es gelingen möge, einen solchen zu erzielen. Wie sich dies aber bewirken lassen werde gegenüber den so verschiedenen Interessen der zahlreichen Privateisenbahnen, welche ja von ihren Eigentümern nicht weniger als Industriezweige angesehen und betrieben würden, als dies auf anderen industriellen Gebieten geschehe, darüber vermöge er sich noch kein deutliches Bild zu machen. Jedenfalls seien der Hindernisse und Schwierigkeiten, um zu dem Ziele zu gelangen, außerordentlich viele, und selbst die Interessen, welche sich an die von den einzelnen Staaten gebauten Bahnen knüpften, würden dabei in die Waage fallen müssen.[1]

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 59 fol. 17f., eig. Konz.; Marg.: „abges. eod".

[1] Vgl. Nr. 140a.

126b. Flemming an Bülow

Karlsruhe, 12. März 1879

Als im vorigen Jahre die Frage, in welcher Weise aus dem Tabak größere Einnahmen für das Reich zu gewinnen wären, erörtert wurde, machte die Großherzogliche Regierung ihr Urteil über die Tunlichkeit der einen oder anderen Besteuerungsform dieses Artikels von dem Ergebnisse der vorbereitenden Untersuchungen abhängig, welche der Herr Reichskanzler in seinem hierher gerichteten Erlaß Nr. 62 vom 27. Februar [v.J.] befürwortet hatte. Die formulierte Rückäußerung der Großherzoglichen Regierung auf diesen Erlaß ist von mir mittelst Berichts Nr. 5 vom 7. März 1878[1] eingereicht worden.

Damals sprach sich Minister Turban in der Unterhaltung mit mir ganz bestimmt gegen das Monopol aus und glaubte eher die Einführung einer Fabrikatssteuer, wie sie in den Vereinigten Staaten besteht, unter Modifikationen jedoch, als tunlich bezeichnen zu dürfen, während sein Kollege, der Präsident des Finanzministeriums Ellstätter, die Fabrikatssteuer von vornherein als unmöglich in Deutschland verwarf und, falls überhaupt nur zwischen Monopol und Fabrikatssteuer die Wahl wäre, für ersteres sich entscheiden zu müssen erklärte. Beide Herr[e]n waren aber weder für die eine noch die andere dieser beiden Formen. Präsident Ellstätter gab nur zu, daß das Monopol auf die Länge der Zeit nicht zu umgehen sein werde.

Seitdem ist, wie Minister Turban mir mitgeteilt hat, aufgrund der in den Vereinigten Staaten stattgehabten Enquete von Einführung der Fabrikatssteuer im Deutschen Reiche Abstand genommen und das preußische Ministerium mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs beauftragt worden, welcher den Tabak nach dem Gewicht besteuert. Diese Besteuerungsweise gilt hier, sofern dadurch höhere Einnahmen erzielt werden sollen, als die einzig richtige, da eine Erhöhung der Flächensteuer nach des Großherzoglichen Herrn Ministers Ansicht notwendig ausgeschlossen bleiben muß. Seinen mir jüngst gemachten Äußerungen zufolge handelt es sich aber um die Ziffer der Gewichtssteuer, welche auf den einheimischen Tabak, und die Ziffer des Zolls, welcher auf das auswärtige Produkt gelegt werden soll. Herr Turban hält eine Steuer von 58 Mark, wie sie in dem preußischen Entwurf angeblich aufgenommen worden ist, für zu hoch und bezeichnet 45 Mark pro Zentner als das Maximum, welches der Tabakbau, ohne ruiniert zu werden, im Verhältnis zu dem hier gebilligten Zoll von 70 Mark pro Zentner tragen könne. Der Minister bemerkte mir, gegen eine höhere Steuer als 45 M[ark] würden Baden und Bayern im Bundesrat zu stimmen genötigt, und es scheine ihm sehr zweifelhaft, ob der Reichstag den höheren Satz adoptieren werde, selbst wenn er im Bundesrat die Majorität erhalte.

Vielleicht aber, fügte er hinzu, würde eine Verwerfung der Vorlage dem Herrn Reichskanzler nicht einmal unangenehm sein, weil der Fürst dann mit um so größerem Nachdruck auf sein eigentliches Ziel, das Monopol nämlich, zurückkommen könne.

Der Minister ging dann noch auf die hohe Bedeutung ein, welche Tabakbau, Tabakhandel und Tabakfabrikation für Baden haben, und bezog sich zu diesem Zweck auf die statistischen Ermittlungen, welche der beigefügte Zeitungsausschnitt[2] enthält.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 59 fol. 20f., eig. Konz.; Marg.: „abges. eod".

[1] Nr. 103a.

[2] Zusammenstellung der statistischen Ergebnisse der Reichsenquetekommission über den Tabakhandel und die Tabakfabrikation für 1877 (Karlsruher Zeitung (Beilage), Nr. 58 vom 9. März 1879). Vgl. Nr. 127, 129, 130.

134a. Flemming an Bülow

Karlsruhe, 13. April 1879

Die Wucherfrage, worauf sich der geehrte Erlaß Nr. 63 vom 9. d. Mts. bezieht, hat für das Großherzogtum Baden nicht die schwerwiegende und weitgreifende Bedeutung, welche ihr in dem *hierher mitgeteilten* Bericht des königlichen Gesandten in Dresden[1] *für* die Bevölkerung des Königreichs Sachsen beigemessen wird. Zwar fehlt es auch hierzulande an Wucherern so wenig wie an Opfern derselben. Letztere finden sich namentlich unter den kleinen Bauern des Oberlandes, wie es denn auch bekannt ist, daß gerade in der dortigen Gegend, und speziell in dem Städtchen Müllheim, das Wuchertum sich seit langer Zeit eingenistet hat und daß es von da hauptsächlich seine Fangarme ausstreckt. Auch hört und liest man der Klagen genug über das Unglück, welches der Wucher anrichtet, und über die Lücken einer Gesetzgebung, welche seiner Ausübung nicht nur nicht hinreichend steuert, sondern sie fast ungeahndet hingehen läßt.

Gleichwohl kann nicht behauptet werden, daß das Großherzogtum in besonders hohem Grade von dem Übel heimgesucht sei. Es existieren in Baden über das ganze Land zerstreut eine Menge freiwillig gegründeter Vorschuß- und Kreditkassen von Stiftungen und anderen Anstalten, bei welchen der geldbedürftige solide Einwohner unter nicht gerade drückenden Bedingungen pekuniäre Hilfe findet. Wesentlich durch diese Institute ist ein Überhandnehmen des Wuchers verhütet worden, und hätte der fast durchgängige Wohlstand der badischen Bevölkerung nicht infolge der neuerdings überall gesunkenen wirtschaftlichen Verhältnisse auch seinerseits erhebliche Einbußen zu verzeichnen, hätte sich als Konsequenz hievon das Terrain für wucherische Ausbeutung nicht auch hier ergiebiger gestaltet, so würde der sogenannten Wucherfrage innerhalb des Großherzogtums wahrscheinlich viel weniger Aufmerksamkeit geschenkt werden als es augenblicklich geschieht.

Für unzweifelhaft darf gelten, daß das Verlangen aller Verständigen, welcher politischen Partei sie auch angehören mögen, dahin geht, auf dem Wege der Gesetzgebung, und zwar zunächst der Strafgesetzgebung, dem Unwesen der Wucherer Einhalt getan und die Not und Unerfahrenheit mit wirksamerem Schutz dagegen umgeben zu sehen. Zwei badische Abgeordnete aus verschiedenen Fraktionen haben dafür während der Reichstagsverhandlungen Zeugnis abgelegt, und was den Standpunkt der Großherzoglichen Regierung betrifft, so weiß ich aus dem Munde des Ministers Turban, daß er mit dem von Herrn v. Kleist[2] und Genossen gestellten Antrag auf Ergänzung der einschlagenden Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuchs völlig einverstanden ist, ja, daß er nicht abgeneigt sein würde, in Erwägung zu ziehen, ob sich an eine strafrechtliche Verurteilung wegen Wuchers nicht auch zivilrechtliche Folgen knüpfen ließen; dagegen glaubt er, die von einigen Seiten geforderte Beschränkung des Zinsfußes resp. der Wechselfähigkeit um der mannigfachen und überwiegenden Nachteile willen, die aus einer solchen Maßregel für Handel und Wandel, für die verschiedensten

bürgerlichen Kreise und unter anderem auch gerade für die obenerwähnten so wohltätig wirkenden Institute entstehen müßten, nicht befürworten zu dürfen.

Ich bemerke schließlich noch, daß die badische Regierung eine Statistik des Wuchers nicht besitzt.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 59 fol. 41 f., eig. Konz.; Marg.: „abg. 15./4.79".

[1] Karl Graf v. Dönhoff.

[2] Kleist-Schmenzin, Konrad Graf v. (1839–1900), Rittergutsbesitzer auf Schmenzin, K, MdR 1874–1893.

140a. Flemming an Bülow

Karlsruhe, 11. Juni 1879

Minister Turban benachrichtigt mich soeben, daß er sich noch heute nach Berlin begeben werde. Hauptanlaß seiner Reise dahin ist die bevorstehende Bundesratsverhandlung über den Entwurf eines Eisenbahngütertarifgesetzes.[1] Ich habe Herrn Turban nur noch einen Augenblick sprechen können. Er sagte mir, die Großh[erzogliche] Regierung werde sich mit einer Menge von Bestimmungen des Entwurfs gern einverstanden erklären; derselbe enthalte aber auch einige Artikel, welche für Baden geradezu unannehmbar wären. Dahin gehöre vor allem die Forderung, wonach in Zukunft der Bundesrat die Normaleinheitssätze zu bestimmen haben würde: ein Grundsatz, womit die Selbständigkeit der Einzelregierungen sich überhaupt nicht mehr vereinigen lasse. Dagegen würde er aufs äußerste kämpfen. –

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 59 fol. 65, eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Vgl. Nr. 126a.

141a. Neumann an das Auswärtige Amt

Karlsruhe, 27. Juli 1879

Das Organ der Nationalliberalen, die Badische Landeszeitung, hat sich bereits durch ihre Haltung rücksichtlich der Verhandlungen des Reichstags über den neuen Zolltarif trotz des gegenteiligen Auftretens der nationalliberalen Abgeordneten des Großherzogtums sehr vorteilhaft von fast der gesamten dieser Richtung angehörigen Presse, namentlich derjenigen Norddeutschlands, unterschieden.[1]

Ebenso verdient die Art und Weise, wie sie den seitens der Reichsregierung dem Bundesrat zugegangenen Antrag auf Einführung zweijähriger Budget- resp. vierjähriger Legislaturperioden behandelt, Anerkennung. Ich beehre mich, den betreffenden Artikel, welcher ausführt, daß in dem erwähnten Antrage, abgesehen von anderen praktischen Vorteilen, welche derselbe gewährt, nichts weniger als „eine Verkümmerung der verfassungsmäßigen Rechte des deutschen Volkes, sondern vielmehr eine Festigung und Vertiefung des verfassungsmäßigen und parlamentarischen Lebens zu erblicken sei", hierneben gehorsamst zu überreichen.[2]

Minister Turban, welchem gegenüber ich bei mir sich darbietender Gelegenheit den vorstehenden Gegenstand berührte, sprach ebenfalls seine entschiedene Zustimmung zu der beabsichtigten Reform aus und hob dabei noch hervor, daß alle die ausgesprochenen Befürchtungen, als würden sich an deren Einführung reaktionäre Bestrebungen knüpfen, seiner Ansicht nach entschieden grundlos seien und gar nicht erwähnt zu werden verdienten. Dagegen werde durch diese Reform einem mehr und mehr sich fühlbar machenden Übelstande abgeholfen, indem beim jährlichen Zusammentreten des Reichstags und der dann jedesmal erforderlichen Feststellung des nur auf ein Jahr geltenden Reichshaushalts den Landtagen der Einzelstaaten, zumal viele Abgeordnete gleichzeitig Mitglieder des Reichstags und der Ständeversammlung ihres engeren Vaterlandes wären, es den Partikularstaaten fast unmöglich geworden sei, ihr Budget rechtzeitig festzustellen.

Hier in Baden, fuhr der Minister fort, wäre der Staatshaushalt stets auf zwei Jahre festgestellt worden, und habe man sich unbeschadet der verfassungsmäßigen Rechte des Volkes sehr wohl dabei befunden. Auch hätte letzteres in seiner Gesamtheit niemals eine Veränderung dieser Einrichtung begehrt. Wenn desungeachtet in der Zweiten Kammer einzelne Stimmen für die Errichtung einjähriger Budgetperioden und einer damit im Zusammenhang stehenden jährlichen Berufung des Landtags unter Hinweis auf die desfallsigen Einrichtungen des Reichs laut geworden seien, so hätten diese Stimmen besonders solchen Abgeordneten angehört, welche ihre Befriedigung vornehmlich in einer zweifachen parlamentarischen Tätigkeit fänden. Die Großherzogliche Regierung habe sich jedoch diesen Bestrebungen gegenüber stets ablehnend verhalten, indem ein alljährliches Zusammentreten der Stände den Deputierten nur zu sehr Veranlassung gäbe, sich mehr als dem Wohle des Landes ersprießlich in die eigentlichen Geschäfte der Verwaltung einzumischen.

Herr Turban schloß seine Erörterungen mit der Bemerkung, daß es ihm zur aufrichtigen Befriedigung gereiche, sich in vorliegender Frage mit der Reichsregierung in vollem Einverständnis zu wissen.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 59 fol. 70 f., eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Vgl. Nr. 123 a.

[2] Bad. Landeszeitung, Nr. 168 vom 20. Juli 1879.

157 a. Flemming an das Auswärtige Amt

Karlsruhe, 5. Februar 1880

Aus den Zeitungen habe ich den Gesetzentwurf kennengelernt, welcher das Reichsmilitärgesetz vom 2. Mai 1874 ergänzt resp. abändert und dem Bundesrat zur Beratung vorliegt.[1]

Ich habe eine gestern sich mir bietende Gelegenheit ergriffen, um den Minister Turban zu fragen, ob die Großherzogliche Regierung ihr Votum bezüglich dieses wichtigen Gegenstandes schon festgestellt habe. S. Exz. erwiderte, dies sei bis jetzt nicht der Fall; in der ernsten Lage, worin sich das Ministerium der Kammer gegenüber befinde[2], habe er noch nicht die freie Zeit gefunden, um die Sache mit seinen Kollegen zu besprechen oder

beim Großherzog zum Vortrag zu bringen. Er nehme indessen keinen Anstand, mir seine persönliche Ansicht mitzuteilen. Sie gehe dahin, daß es der Großherzoglichen Reg[ierung] vom politischen als vom militärisch-technischen Standpunkt aus an Anhaltspunkten fehle, welche sie veranlassen könnten, sich gegen den Entwurf zu erklären, und daß man das feste Vertrauen hegen dürfe, daß die Reichsregierung gerade in jetziger Zeit nicht ohne dringende Notwendigkeit Maßregeln in Vorschlag gebracht haben würde, welche den einzelnen Bundesregierungen und Staaten neue bedeutende Opfer auferlegten.

Bezüglich der Haltung der badischen Presse zu der Militärfrage bemerke ich, daß dieselbe mit Ausnahme der im Dienst der Demokratie stehenden Blätter, welche eine entschieden feindliche Sprache führen, und der ultramontanen, welche die Erhöhung des Militäretats mißbilligend bekritteln, im ganzen ruhig über die Vorlage urteilt und sie als eine aus den Verhältnissen sich ergebende, wenn auch nicht erfreuliche notwendige Folge hinnimmt.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 60 fol. 24, eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Das Reichsmilitärgesetz trat am 6. Mai 1880 in Kraft und hob die Heeresstärke auf 427274 Mann an.

[2] Vgl. Nr. 156.

169a. Dönhoff an Bismarck

Karlsruhe, 12. Juni 1880

S. K. H. der Großherzog hat sich in den letzten Tagen nach Schopfheim begeben, um eine dort stattfindende Gewerbeausstellung in Augenschein zu nehmen. Bei Gelegenheit dieses Besuches hat Höchstderselbe sich veranlaßt gefühlt, auf eine vom dortigen Bürgermeister an ihn gerichtete Ansprache zu antworten u[nd] in dieser Antwort über den Standpunkt der jetzigen Regierung zu sprechen u[nd] besonders hervorzuheben, daß dieselbe von den freisinnigen Institutionen nicht abzuweichen oder eine rückläufige Bewegung einzuschlagen gedenke, sondern die gleichen Ziele wie früher, für das Wohl des Landes auf Grundlage der freisinnigen Gesetzgebung zu sorgen, verfolge.

Die ganze badische Presse beschäftigt sich mit dieser Antwort S. K. H. *Beilage der Karlsruher Zeitung*[1] *mit Auszügen der Rede des Großherzogs.*

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 60 fol. 125, eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Nr. 138 vom 12. Juni 1880.

171a. Dönhoff an Bismarck

Karlsruhe, 30. Juni 1880

Ganz vertraulich. *Erhalt Ew. D. ganz vertraulichen Erlasses Nr. 181 vom 23. Juni d. J., die Verbindung der königlichen Missionen bei den deutschen Höfen mit der Tagespresse betreffend.*

In der kurzen Zeit, die ich als interimistischer Geschäftsträger der hiesigen Gesandtschaft vorzustehen die Ehre habe, bin ich zu der Überzeugung gelangt, daß eine direkte Verbindung der Königl[ichen] Gesandtschaft mit der Tagespresse in Rücksicht auf die hiesigen Verhältnisse durchaus unmöglich sein dürfte, ohne fortdauernd der Gefahr ausgesetzt zu sein, gegen die der Sensibilität der Großh[erzoglichen] Regierung gegenüber zu beobachtende Vorsicht zu verstoßen. Karlsruhe ist eine kleine Stadt, in der der Umgang eines jeden beobachtet u[nd] kritisiert wird; der Königl[ich] Preuß[ische] Gesandte aber, als einziger Diplomat in der Stadt, [ist] eine so im Vordergrunde stehende Persönlichkeit, daß seine Schritte der mißtrauischen Beobachtung irgendeines Partikularisten stets ausgesetzt sind.

Graf Flemming scheint meine Ansicht in dieser Beziehung vollständig geteilt zu haben, denn seitdem die Zahlungen von Subventionen an die Badische Landeszeitung u[nd] das Mannheimer Journal aufgehört haben, hat er sich ganz darauf beschränken müssen, durch ihm befreundete u[nd] politisch nahestehende Reichs- u[nd] Landtagsabgeordnete bei gebotener Gelegenheit auf die hiesige Presse einzuwirken.

Eine fortlaufende Verbindung mit der Tagespresse besteht somit hier nicht, es ist aber in der angegebenen Weise u[nd] bei sich bietender Gelegenheit auf die Badische Landeszeitung, das Blatt der Nationalliberalen, auf die Badische Landpost, das Blatt der Konservativen, u[nd] schließlich auch auf die offiziöse Karlsruher Zeitung eingewirkt worden.

Für die Verwertung der dem hohen Erlasse beigelegten Broschüre[1] des Herrn v. Treitschke[2] habe ich Sorge getragen.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 60 fol. 134 f., eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Nicht vorhanden.

[2] Treitschke, Heinrich v. (1834–1896), Historiker und politischer Publizist, 1863 Professor der Staatswissenschaften in Freiburg, 1866 der Geschichte in Kiel, 1867 in Heidelberg, 1874 in Berlin, 1866–1889 Redakteur der Preuß. Jahrbücher, seit 1886 Historiograph des preuß. Staates, NL, dann parteilos, MdR 1871–1884.

188a. Neumann an Bismarck

Karlsruhe, 12. August 1881

Der am 10. August d.J. vom Domkapitel zu Freiburg gewählte Bistumsverweser Orbin ist aus Bruchsal gebürtig und hat nahezu das 75. Lebensjahr vollendet. Seine Weihe zum Priester erfolgte vor mehr als 50 Jahren.[1]

Ich nahm heute Veranlassung, bei dem Minister Turban, welcher gestern abend von seinem Urlaub zurückgekehrt ist, die genannte Wahl zur Sprache zu bringen. Der Minister verhehlte mir seine große Befriedigung nicht, daß dieselbe gerade auf den genannten Geistlichen gefallen sei. Der p. Orbin wäre nämlich unter sämtlichen Domkapitularen in Freiburg derjenige, welchen das Großherzogliche Ministerium am liebsten in seiner jetzigen einflußreichen Stellung sähe. Er sei nicht nur ein Mann von gemäßigter kirchlicher Richtung, sondern von sehr konzilianten Formen. Infolgedessen stehe auch zu erwarten, daß wenn, wie wahrscheinlich, die definitive Besetzung des Erzbischöflichen Stuhls in Freiburg bald in Angriff genommen werden sollte, die Leitung der

betreffenden Verhandlungen auch von seiten der Kirche eine durchaus unparteiische und sachgemäße sein werde. Dafür übrigens, daß der Neugewählte stets in sehr guten Beziehungen zur Staatsregierung gestanden, spräche auch die Tatsache, daß, als es sich 1868 um die Erzbischofswahl für die Oberrheinische Kirchenprovinz gehandelt, er (p. Orbin) der einzige von den dazu vorgeschlagenen Kandidaten gewesen, welcher badischerseits nicht gestrichen worden sei. Selbstredend würde schon damals der gegenwärtige Bistumsverweser in Karlsruhe angenehmer gewesen sein als sein kürzlich verstorbener Vorgänger, welchem, obwohl viel jünger, von der kampflustigen Partei vor jenem der Vorzug gegeben worden. Müsse nun der Umstand, so schloß der Minister, daß die Wahl auf eine so geeignete Persönlichkeit gefallen, schon an sich sehr befriedigen, so sei die Haltung der etwa 200 nach Freiburg zur Beisetzung des Bischofs Kübel gekommenen katholischen Geistlichen, welche sich in weitaus überwiegender Majorität zugunsten Orbins als des zu erwählenden Bistumsverwesers ausgesprochen, doppelt erfreulich. Denn es gestatte dies einen Rückschluß auf die im allgemeinen versöhnliche Haltung des badischen katholischen Klerus.

Meine gegen das Ende unserer Unterredung an ihn gerichtete Frage, ob der nunmehrige Bistumsverweser trotz seiner regierungsfreundlichen Haltung imstande sein werde, sich von der bisher so einflußreichen Kamarilla Maas-Weickum unabhängig zu erhalten, beantwortete der Minister bejahend.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 61 fol. 68 f., eig. Konz.; Marg.: „abges. 13./8."

[1] Vgl. Nr. 200 Anm. 2.

199a. Flemming an Bismarck

Karlsruhe, 26. November 1881

Vertraulich. Die Verhandlungen zwischen der badischen Regierung und der Freiburger Kurie über die Besetzung des dortigen Erzbischöflichen Stuhles waren seit zwei Jahren sistiert. Das letzte Schreiben, womit das Domkapitel eine Liste von Kandidaten vorlegte, blieb von hier unbeantwortet, und die Liste selbst ist seitdem durch den Abgang mehrer[er] darauf befindlicher Persönlichkeiten so reduziert worden, daß sie nicht mehr als brauchbar gelten kann.

Präsident Nokk, der Chef des Justizministeriums, zu dessen Ressort die kirchlichen Angelegenheiten seit der Neuorganisation des Ministeriums gehören, hat nun vor einigen Wochen das Domkapitel aufgefordert, eine neue Liste einzusenden, u[nd] von dem Kapitel ist [um] die Ermächtigung dazu in Rom nachgesucht worden. Letztere ist zwar noch nicht eingetroffen, steht aber, wie der Regierung auf vertraulichem Wege mitgeteilt worden ist, in sicherer Aussicht.

Minister Turban, den ich vor einiger Zeit ersucht hatte, mich en courant der Verhandlungen über diese Angelegenheit zu halten, hat mich von Vorstehendem mit dem Bemerken konfidentiell unterrichtet, daß die Regierung auch schon Kenntnis von einigen auf die Liste kommenden Namen habe, die aber für sie durchaus unannehmbar seien.

Weitere Mitteilungen sind mir von S. Exz. zugesagt.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 61 fol. 125, eig. Konz.

201a. Flemming an Bismarck

Berlin, 5. März 1882

Bei der Beratung, welche in der Zweiten Badischen Kammer über das Budget des Großherzoglichen Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für die Jahre 1882 und 1883 am 2. d. Mts. stattgefunden hat, kam auch die Dotation des Erzbistums Freiburg und der Staatsbeitrag zum sog[enannten] erzbischöflichen Tischtitel wieder zur Sprache. Die letztere Position ist bekanntlich seit 1873 immer nur unter der Voraussetzung gefordert u[nd] bewilligt worden, daß im Laufe der Budgetperiode die ordnungsgemäße Besetzung des Erzbischöflichen Stuhles erfolge.[1] Unter gleichem Vorbehalt hat die Budgetkommission auch die Zahlung der für den erzbischöflichen Tisch ausgeworfene Summe genehmigt.

Demgegenüber wurde von dem Abgeordneten Roßhirt und anderen Mitgliedern der katholischen Fraktion beantragt, die Dotation für den erzbischöflichen Tisch sofort in das Budget mit der Wirkung der Auszahlung der betreffenden Summe einzustellen. Der Präsident des Justizministeriums, Herr Nokk, erklärte in Erwiderung auf die Ausführungen des Antragstellers, die Regierung würde sich mit dem Antrage einverstanden erklären können, wenn derselbe dahin beschränkt würde, daß die Auszahlung erst an den künftigen Erzbischof bei seinem Amtsantritte zu erfolgen habe. In der vorliegenden unbeschränkten Fassung sei derselbe für die Regierung unannehmbar. Präsident Nokk sprach dabei aber die Hoffnung aus, daß die Frage bald aufhören werde, eine theoretische zu sein. Denn im Interesse von Staat u[nd] Kirche sei die baldige Wiederbesetzung des Erzbischöflichen Stuhles geboten: Zwischen der Regierung und dem Domkapitel bestehe in dieser Beziehung völlige Übereinstimmung. Zu der notwendig gewordenen Vorlegung einer neuen Kandidatenliste habe das Kapitel sich von Rom die Ermächtigung erbitten zu müssen geglaubt. Man dürfe erwarten, daß letztere erteilt werden würde.[2] Sobald sie eintreffe, solle die Angelegenheit möglichst rasch dem erwünschten Ziele zugeführt werden.

Nachdem von Mitgliedern der liberalen Partei das Verfahren der Regierung als ein vollkommen richtiges, weil vertragsmäßiges, in Schutz [genommen] worden war, zog Abgeordneter Roßhirt „in Betracht der Erklärung des Präsidenten des Ministeriums der Justiz pp., daß die Besetzung des Erzbischöflichen Stuhles in naher Aussicht stehe und damit die alsbaldige Auszahlung des erzbischöflichen Einkommens nahezu ihren praktischen Wert verliere", sein[en] Antrag zurück.

Beilage der Karlsruher Zeitung[3] *mit Nokks Erklärung.*

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 62 fol. 48, 55, eig. Konz.; Marg.: „in dem Ministerium abgeliefert Berlin 6./3.82".

[1] Vgl. Nr. 46a.
[2] Vgl. Nr. 199a.
[3] Nr. 52/53 vom 2./3. März 1881; Bad. Landeszeitung, Nr. 53 vom 3. März 1881.

214a. Flemming an Bismarck

Karlsruhe, 5. Dezember 1882

Am 2. d. Mts. hat in Mannheim eine seitens der dortigen Handelskammer einberufene Versammlung stattgefunden, in welcher die Frage der Schaffung eines Zentralvereins für die Kolonialbestrebungen in Deutschland, wie er in Frankfurt a/M. geplant ist und nächstens dort zur Diskussion gestellt werden soll, besprochen wurde. Der Präsident der Handelskammer[1] forderte die von allen politischen Parteien beschickte Versammlung auf, sich darüber zu äußern:

1) ob es sich in der Tat empfehlen könne, einen Verein wie den projektierten zu unterstützen, und

2) in welcher Form diese Unterstützung eventuell gewährt werden solle, ob in der eines Zweigvereins oder in der eines selbständigen Vereins. –

Nach längerer Debatte, in der auf die Frage der Gründung von Kolonien selbst nicht näher eingegangen wurde, entschied man sich fast einstimmig für den von einem Mitgliede gestellten Antrag, dahin lautend, daß die Versammlung die Ziele des in Frankfurt zu gründenden deutschen Kolonialvereins sympathisch begrüße und die Mannheimer Handelskammer ersuche, nach Konstituierung desselben weitere Schritte zur Gründung eines Zweigvereins zu tun.

Beilage eines detaillierten Berichts in der heutigen Badischen Landeszeitung.[2]

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 62 fol. 137, eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Wilhelm Kopfer.

[2] Nr. 261 vom 5. Dez. 1882 (Vgl. Nr. 253).

227a. Stumm an Bismarck

Karlsruhe, 27. Januar 1884

Im Lauf der jüngsten Budgetberatungen hat sich in der Zweiten Kammer der Badischen Landstände eine erregte Diskussion über die Reichszollpolitik entsponnen. Obwohl dieselbe weder sachlich Neues noch eine bestimmte Resolution zutage gefördert hat und vielleicht nie von einer Seite bemerkt wurde, für die badische Kammer überhaupt keine Veranlassung vorlag, sich den Kopf des Reichskanzlers darüber zu zerbrechen, ob seine Zollpolitik zu billigen sei oder nicht, so hat doch die seither [in] der Kammer beobachtete Haltung den bemerkenswerten u[nd] erfreulichen Beweis dafür geliefert, daß die Richtigkeit der vom Reich angewendeten wirtschaftlichen Grundsätze immer mehr, und zwar auch von denjenigen gewürdigt wird, die jene Politik seinerzeit am heftigsten bekämpft hatten. Daß aus den Reihen der Liberalen von Leuten wie Kiefer u[nd] Schneider, die im Jahr 1879 den entgegengesetzten Standpunkt verfolgten, jetzt die Vorzüge des Schutzzollsystems öffentlich und auch in Privatgesprächen zugegeben werden[a], erregt Aufsehen. Wie von einem der ultramontanen Abgeordneten ohne Widerspruch konstatiert wurde, ist in der 2. Kammer noch niemals so offen für Schutzzölle eingetreten worden, u[nd] fehlte es nicht an der Bemerkung, daß die Verhandlungen auf die noch immer für freihändlerisch geltende Regierung ihren Eindruck hoffentlich nicht verfehlen werden. –

Auch die von der Mehrzahl, u[nd] zwar den verschiedenen Parteien angehörenden Rednern, befürwortete Erhöhung der Kornzölle glaube ich um so weniger unerwähnt lassen zu sollen, als dieses Postulat nicht in Einklang steht mit den Schlußfolgerungen und dem Ergebnis der von der Regierung kürzlich veranstalteten landwirtschaftlichen Enquete, über die ich unter dem 22. d. Mts. zu berichten die Ehre hatte.[1]

So deutlich auch die Genugtuung an den Tag tritt, welche die Regierung über den Ausfall der letzten Wahlen, über die Befestigung der eigenen Stellung und die unparteiliche Friedfertigkeit der Landesvertreter empfindet, so wird die Großherzogliche Regierung dem in der Kammer hervorgetretenen Umschwung in den wirtschaftlichen Überzeugungen um so mehr Rechnung tragen müssen, als, wie ich höre, jener Umschwung der Stimmung im Lande selbst mindestens entspricht.[2]

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 64 fol. 6 f., eig. Konz.; Marg.: „abges. am 28./1. nach Darmstadt".

[a] Vorlage irrtümlich: wird.

[1] Nr. 227.

[2] Vgl. Nr. 228.

230a. Bülow an Bismarck

Karlsruhe, 11. Juni 1884

Am 8. Juni d. J. hat hierselbst in dem großen Saale der Festhalle im Anschluß an die Versammlungen zu Heidelberg, Neustadt, Berlin und Frankfurt a/M. der Parteitag der Nationalliberalen des Großherzogtums Baden stattgefunden. Derselbe war von etwa 3000 Personen besucht, und fand das Heidelberger Programm[1] einstimmige Annahme.

In den gebildeten Mittelschichten der südwestdeutschen Bevölkerung, in welchen ein gemäßigter Liberalismus meistenteils zu Hause ist, hat die Erkenntnis immer tiefere Wurzeln geschlagen, daß die Fraktionswirtschaft, der Parteiterrorismus und die grundsätzliche Feindseligkeit gegen die Reichspolitik endlich einmal in unserem parlamentarischen Leben auf energische Weise unterdrückt werden müßte. Diese Überzeugung ist es vor allem, welche auf dem Karlsruher Parteitage einen erfreulichen und beredten Ausdruck gefunden hat. Es wurde rückhaltlos bedauert, daß die Nationalliberale Partei zuzeiten die Regierung in wichtigen Fragen nicht unterstützt habe und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß künftighin eine maßvolle Mittelpartei dazu beitragen werde, ohne Parteirücksichten in Treue gegen Kaiser und Reich das nationale Gedeihen des Vaterlandes kräftig zu fördern.

Mit besonderer Genugtuung und Freude wurden die Grüße der „Deutschen Partei Württembergs" entgegengenommen, und ist die Hoffnung nunmehr eine zuversichtlichere geworden, daß die schwäbischen Nachbarn im Verein mit den badischen, hessischen und pfälzischen Gesinnungsgenossen alles versuchen werden, um reichstreue und nationale Wahlen gegen Ultramontane und Demokraten durchzusetzen.

Beilage der Badischen Landeszeitung[2] mit ausführlichen Referaten der auf dem Karlsruher Parteitag gehaltenen Reden.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 64 fol. 71 f., 74, Konz.; Marg.: „abges. 12./6."

[1] Vgl. Nr. 254 Anm. 2.
[2] Nr. 153 vom 9. Juni 1884.

248 a. Eisendecher an Bismarck

Karlsruhe, 19. Dezember 1884

Der Großherzog u[nd] die Frau Großherzogin von Baden haben mir in warmen Worten höchstihre Entrüstung anläßlich der Beratung u[nd] des Beschlusses im Reichstage über die 2. Direktor[en]stelle im Auswärtigen Amt zu erkennen gegeben.[1] S. K. H. sprach sich dabei in besonders scharfer Weise über das Verhalten der Ultramontanen aus, welche anstatt die revolutionären u[nd] demokratischen Elemente zu bekämpfen, diesen stets in die Hände arbeite[ten].

In ganz Baden tritt ein ähnliches Gefühl des Unwillens wegen des Verhaltens der Reichstagsmajorität ebenfalls zutage, u[nd] in Mannheim wie hier in der Residenz sind deshalb Versammlungen abgehalten und Zustimmungsadressen an Ew. D. schon abgesandt od[er] beschlossen worden.

Nur die ultramontane Presse bemüht sich, das Votum der Majorität zu verteidigen u[nd] den überall in Deutschland hervorgerufenen patriotischen Sturm ins Lächerliche zu ziehen. In einer „Vom Rhein" überschriebenen, äußerst gehässigen Korrespondenz des Bad[ischen] Beobachters von heute tischt dieses streitbare Giftblatt seinen Lesern die Nachricht auf, daß das Zentrum die zweite Direktor[en]stelle im A[uswärtigen] A[mt] abgelehnt habe, um der Gefahr eines „erblichen Kanzlertums" vorzubeugen. Der „Beobachter" zieht im übrigen wie gewöhnlich heftig gegen den nationalliberalen Patriotismus zu Felde u[nd] bemerkt dabei, daß ja der nationalliberale Karlsruher Abgeordnete Herr Dr. Arnsperger bei der vielbesprochenen Abstimmung gefehlt habe.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 64 fol. 127, eig. Konz.; Marg.: „abges. 20./12."

[1] Am 15. Dez. 1884 benutzte eine Reichstagsmehrheit (u. a. Linksliberale, Zentrum) die Ablehnung der von Bismarck geforderten Mittel für die Direktorenstelle als Mißtrauensvotum gegen den Kanzler (Sten. Ber. RTG Bd. 79 S. 357ff.).

248 b. Eisendecher an Bismarck

Karlsruhe, 21. Dezember 1884

Nach dem Beispiele Mannheims u[nd] Karlsruhes haben, wie hiesige Zeitungen melden, in den letzten Tagen auch in Heidelberg, Lahr, Offenburg, Wertheim, Schwetzingen u[nd] Pforzheim patriotische Versammlungen stattgefunden, in welchen das Votum der Majorität des Reichstages vom 15. d. Mts.[1] scharf verurteilt u[nd] Zustimmungs- u[nd] Dankesadressen an Ew. D. beschlossen wurden. Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich annehme, daß gewiß drei Viertel der badischen Wähler die in den Adressen ausgedrückten Gefühle teilt: Selbst in den vorwiegend ultramontanen Wahlkreisen werden ähnliche Ansichten laut. So haben Mitglieder der Handelskammer des Kreises Offenburg an ihren dem Zentrum angehörigen Reichstagsabgeordneten Dr. Roßhirt das im Ausschnitt hier

geh[orsamst] beigefügte schriftliche Ersuchen[2] gerichtet, für die Dampfervorlage[3] u[nd] die 2. Direktor[en]stelle im Ausw[ärtigen] Amt einzutreten. Der ultramontane Beobachter[4] läßt sich dazu aus Offenburg schreiben, daß dieses Verlangen ganz den Auffassungen des Dr. Roßhirt entspreche u[nd] daß auch überhaupt die Zustimmung der Zentrumspartei zu den betreffenden Vorlagen wohl keinem Zweifel unterliege.

In derselben Nummer nimmt der Beobachter Gelegenheit, mit gewohnter Bosheit u[nd] Gehässigkeit über die Karlsruher patriotische Versammlung der Nationalliberalen herzuziehen, welche im wesentlichen doch auch ihre Zustimmung zu jenen Vorlagen bekunden wollte.

Über das Verhalten der badischen Abgeordneten bei der Abstimmung über die 2. Direktor[en]stelle im A[uswärtigen] Amt bemerke ich noch folgendes g[anz] gehorsamst: Beurlaubt waren 3 Abgeordnete, 2 Nationalliberale (Arnsperger u[nd] Klumpp), 1 Freisinniger (Pflüger). Unentschuldigt fehlten: 1 Konservativer (v. Göler), 1 Agrarier (v. Hornstein), 1 Ultramontaner (Lender), 1 Wilder (Sander), 1 Demokrat (Kopfer). Gestimmt haben für die Position: 2 Nationalliberale (Noppel u[nd] Krafft, 1 Konservativer (Menzer). Gegen die Position: 3 Zentrumsmitglieder (Dr. Roßhirt, Marbe u[nd] Fr[ei]h[err] v. Buol).

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 64 fol. 128f., eig. Konz.; Marg.: „abges. 22./12."

[1] Vgl. Nr. 248a.
[2] Nicht vorhanden.
[3] Die Regierungsvorlage zur Subventionierung der Postdampflinien in den Kolonien wurde am 16. März 1885 im Reichstag angenommen (Vgl. Nr. 253).
[4] Nicht vorhanden.

248c. Eisendecher an Bismarck

Karlsruhe, 21. Dezember 1884

Ew. D. habe ich die Ehre, in der Anlage den der Konstanzer Zeitung entnommenen Wortlaut[1] einer Eingabe des Bauernvereins Überlingen-Pfullendorf an den Reichstag, betreffend Getreidezölle, ganz gehorsamst vorzulegen.

Die Eingabe, welche, soviel ich weiß, noch in den Gemeinden des ersten badischen Wahlkreises zirkuliert, verbreitet sich über die Ursachen der traurigen Lage der Landwirtschaft und befürwortet die Einführung eines Schutzzolles von 5 bis 6 Mark per Meterzentner Getreide.[2]

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 64 fol. 130, eig. Konz.; Marg.: „abges. 22./12."

[1] Bad Landesbote, Nr. 303 vom 21. Dez. 1884.
[2] Vgl. Nr. 229.

248 d. Eisendecher an Bismarck

Karlsruhe, 30. Dezember 1884

Soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, hat das Reichstagsvotum vom 15. d. Mts.[1] auch im Großherzogtum Baden vielfach eine den Zielen u[nd] Interessen der Reichsregierung günstige Wirkung geübt. Es hat unzweifelhaft zur Stärkung des nationalen Bewußtseins u[nd] der reichstreuen Parteien beigetragen u[nd] die Wähler darüber aufgeklärt, daß die einseitige Fraktionspolitik den nationalen Anforderungen keineswegs entspreche. Auch vielen der ultramontanen Wähler dürfte es klar geworden sein, daß Abstimmungen lediglich im Sinne eines Parteibeschlusses die verfassungsmäßige Freiheit der Meinungsäußerung der Abgeordneten in jedem einzelnen Falle doch wohl in unerlaubter Weise beeinträchtige[n].

Die Folgen u[nd] Wirkungen der erwähnten Abstimmung lassen sich für Baden etwa wie folgt zusammenfassen. Die Großherzogliche Regierung teilt in vollem Maße die in den zahlreichen nationalen u[nd] patriotischen Kundgebungen ausgedrückte Gesinnung. Die Nationalliberale Partei, aus deren Schoße der größte Teil solcher Kundgebungen hervorgegangen ist, entwickelt eine regere reichsfreundliche Tätigkeit als bisher u[nd] nimmt eine Verbesserung der Parteiorganisation u[nd] Bestellung eines erweiterten Parteiausschusses in Aussicht; sie hat zu diesem Zwecke eine Versammlung in Offenburg auf den 4. Jan[uar] anberaumt.[2] Vielleicht wäre es zu wünschen, daß die Organe der Partei sich hie u[nd] da einer größeren Ruhe u[nd] Objektivität befleißigten, um damit ihren Hauptgegnern, den Ultramontanen, weniger Gelegenheit zu noch schärferer Replik zu geben. Die früher bisweilen stark nach links gravitierende Tendenz der Partei ist in neuerer Zeit gar nicht hervorgetreten.

Die Konservativen sind ebenfalls mit dem Ausdruck ihrer reichsfreundlichen u[nd] das Votum vom 15. d. Mts. mißbilligenden Ansichten öffentlich hervorgetreten u[nd] haben damit den Riß, welcher in ihrem früheren Einvernehmen mit der Katholischen Volkspartei namentlich seit der Karlsruher Stichwahl[3] entstanden war, derart erweitert, daß die Trennung wohl als eine definitive angesehen werden kann. Das klerikale Hauptblatt geht ob dieser konservativen Adresse speziell noch deshalb mit Herrn v. Göler heftig ins Gericht, weil dieser namens der ganzen Partei unterzeichnet hatte.

Die Ultramontanen bekunden eine einer besseren Sache würdige Fraktionsdisziplin u[nd] gehen aber mit so übertriebener Gehässigkeit u[nd] Malice in der Presse vor, daß man von den katholischen Wählern sehr schlecht denken müßte, wenn man dabei an ihre ungeteilte Billigung glauben wollte. Viel eher ist anzunehmen, daß die Partei ihrer Sache durch übermäßige u[nd] wenig anständige Preßhetzereien mehr schadet als nützt.

Kundgebungen zugunsten des Reichstagsvotums vom 15. d. Mts. sind anscheinend erfreulicherweise im badischen Lande nicht zu verzeichnen. Der klerikale Beobachter erklärt zwar, daß ihm zahlreiche zustimmende Äußerungen anläßlich seiner strammen Haltung zugegangen seien u[nd] bedankt sich für dieselben, publiziert ist aber deren keine einzige.

Die hiesigen radikalen u[nd] demokratischen Blätter fangen neuerdings an, den Ultramontanen ihre zuzeiten ziemlich latente Gunst wieder mehr zuzuwenden.

Beilage einer Publikation der nationalliberalen Parteileitung; Artikel der Landpost über die Stellung der Konservativen zur Kath[olischen] Volkspartei.[4]

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 64 fol. 132f., eig. Konz.; Marg.: „abges. 31./12."

[1] Vgl. Nr. 248a.
[2] Vgl. Nr. 252, 254, 260.
[3] Nr. 246 Anm. 3, 248.
[4] Nicht vorhanden.

258a. Eisendecher an Bismarck

Karlsruhe, 8. April 1885

Der Evangelische Oberkirchenrat Badens veröffentlicht in dem kirchlichen Gesetz- u[nd] Verordnungsblatt (v[om] 19. v. Mts.) eine Ermahnung betreffend die Beteiligung der Geistlichen am politischen Leben, welche sich an eine ähnliche Auslassung aus dem Jahre 1877 anschließt. Da einzelne Zeitungen von der Sache Notiz nahmen, *lege ich den Wortlaut beider Publikationen bei*[1] *und bemerke,* daß die politische Tätigkeit der protestantischen Geistlichen im Großherzogtum gegenüber der eifrigen Agitation ihrer katholischen Amtsbrüder weniger ins Gewicht fallen dürfte.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 65 fol. 27, eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Frankfurter Journal, Nr. 254 vom 7. April 1885.

268a. Eisendecher an Bismarck

Karlsruhe, 13. Dezember 1885

Geheim. Staatsminister Turban suchte mich heute auf und teilte mir ganz vertraulich über die Branntweinmonopolfrage etwa folgendes mit.

Infolge der geheimen mündlichen Eröffnungen des H[e]r[rn] Finanzministers v. Scholz[1] hat gestern hier eine Staatsministerialsitzung stattgefunden, in welcher beschlossen wurde, die Bereitwilligkeit der Großh[erzoglichen] Reg[ierung] zu Verhandlungen in der genannten Frage in Berlin auszusprechen unter dem Vorbehalte, daß auch Bayern und Württemberg an den Verhandlungen teilnehmen. Für den Fall einer entschiedenen Ablehnung von seiten eines dieser Staaten würde auch Baden zunächst nicht in der Lage sein, der Sache näherzutreten. Anscheinend steht indessen die Eventualität einer Ablehnung weder von Stuttgart noch von München zu erwarten. Die Gr[oßherzogliche] Reg[ierung] nimmt dem Projekte gegenüber durchaus keinen abweisenden Standpunkt ein, sie glaubt aber erwarten zu dürfen, daß in dem betreffenden Gesetzentwurfe die besonderen Verhältnisse der süddeutschen Staaten, speziell Badens, Berücksichtigung finden werden. Die Branntweinproduktion im Großherzogtum beschränkt sich fast durchweg auf den Kleinbetrieb, größere Brennereien wie in Norddeutschland und Preußen gibt es nicht, und der kleine Produzent stellt seinen Branntwein gleich selbst für den Konsum fertig. Für diesen Kleinbetrieb würden also in dem Gesetz billige Erleichterungen vorzuschlagen sein. Ferner sollten nach Ansicht der Gr[oßherzoglichen] Reg[ierung] bei Einführung des Monopols die Verschließ- und Kontrollbestimmungen

wie das Konzessionswesen möglichst den Einzelstaaten überlassen bleiben. Als nächstliegendes und Hauptbedenken bei dem Projekt gilt auch hier ein eventuelles Überhandnehmen des Branntweingenusses, weil das Reich ja naturgemäß ein Interesse daran haben muß, recht viel abzusetzen, in dieser Beziehung sollten daher die Einzelstaaten soweit als tunlich in den Stand gesetzt werden, eine wirksame Kontrolle zu üben.

Ich darf noch g[anz] geh[orsamst] hinzufügen, daß, dem Ersuchen des Herrn Finanzministers entsprechend, der badische Gesandte in Berlin noch keine Weisungen in der Angelegenheit empfangen hat.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 65 fol. 94, 97, Reinkonz.; Marg.: „abges. 14./12."

[1] Scholz, Adolf (v.) (1833–1924), 1871 Vortr. Rat im preuß. Finanzministerium, 1879 Unterstaatssekretär, 1880–1882 Staatssekretär des Reichsschatzamts, 1882–1890 preuß. Finanzminister, K, MdPrAH 1870–1873 (Vgl. Nr. 273 Anm. 2).

268 b. Eisendecher an Bismarck

Karlsruhe, 13. Januar 1886

Vorlage eines Artikels der heutigen Badischen Landeszeitung[1] *über das Branntweinmonopol,* welcher das Projekt in durchaus günstiger Weise beurteilt. Der Schreiber meint auch, daß in dem Gesetzentwurfe die badischen Spezialinteressen ausreichend gewahrt seien und daß die nationalen Parteien allen Grund haben, dem Plane mit Wohlwollen entgegenzukommen. Da bekanntlich die Zweite Badische Kammer zu fast drei Vierteln aus Nationalliberalen besteht, so scheinen die Ausführungen des Hauptorgans der Partei immerhin bemerkenswert.

Die Ultramontanen und Demokraten Badens stehen dem Monopole, wie zu erwarten war, absolut feindlich gegenüber. Nach Ansicht des Berliner Berichterstatters des streitbaren katholischen Beobachters hat das geplante Monopol „einen Umfang, wie selbst Pessimisten nicht befürchteten, und die dem Bundesrate zugegangene Vorlage soll von diskretionären Vollmachten strotzen". Von den klerikalen Führern wird in den von ihnen ins Leben gerufenen Bauernvereinen heftig gegen das Projekt agitiert. Eine Petition des Mittelbadischen Bauernvereins[2] an die Kammer, die von Pfarrer Gerber inspiriert ist, nimmt ohne weiteres an, daß das Monopol die Bauern zugrunde richten werde.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 66 fol. 3, Reinkonz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Nr. 10 vom 13. Jan. 1886.
[2] Vgl. Nr. 273.

268 c. Eisendecher an Bismarck

Karlsruhe, 14. Januar 1886

Infolge Beschlusses des nationalliberalen Parteiausschusses ist die Großherzogliche Regierung soeben in der Zweiten Kammer darüber interpelliert worden, welche Stellung sie zu der an den Bundesrat gelangten Branntweinmonopolvorlage einzunehmen geden-

ke, ob sie die ihr zustehenden Reservatrechte aufzugeben beabsichtige und wie sie in einem solchen Falle die Interessen der badischen Kleinbrenner wahren werde.[1] Die Interpellation fragt ferner an, ob bezüglich der Aufgabe der Reservatrechte eine Vorlage an die Kammer zu erwarten sei. Von seiten der ultramontanen Kammerfraktion gelangte gleichzeitig ein Zettel an den Präsidenten, welcher in allgemeinen kurzen Worten eine Interpellation über denselben Gegenstand in Aussicht stellte.

Minister Turban sagt mir, daß die Großherzogliche Regierung zunächst noch nicht in der Lage sei, die Interpellation zu beantworten, vor allen Dingen lägen die Motive zu dem Monopolgesetzentwurfe hier bis jetzt nicht vor. Er äußerte sich sodann anläßlich der fehlenden Begründung in etwas reservierter, aber sonst günstiger Weise über die Vorlage.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 66 fol. 4, eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Vgl. Nr. 268 d, 272 a, 276 a.

268 d. Eisendecher an Bismarck

Karlsruhe, 20. Januar 1886

Nach Mitteilung des Herrn Turban wird die Beantwortung der Interpellation[1] in der badischen Kammer betr[effend] die Monopolvorlage wahrscheinlich in der nächsten Woche erfolgen. Der Minister beabsichtigt etwa zu sagen, daß die Reg[ierung] dem Projekt in keiner Weise feindlich gegenüberstehe u[nd] daß man ohne Voreingenommenheit auf die Beratung der Sache eingehen werde. Die Regierung verkenne die großen finanziellen u[nd] sonstigen Vorteile des Monopols nicht u[nd] werde die Sonderinteressen des Landes bei den Verhandlungen nach Kräften vertreten; wie diese Spezialinteressen am besten gewahrt blieben, darüber lasse sich vorläufig eine definitive Antwort kaum geben, jedenfalls seien dieselben in der Vorlage u[nd] in deren Begründung bereits in erfreulicher Weise berücksichtigt. Die Gr[oßherzogliche] Regierung halte es für selbstverständlich, daß die Stände über die ev[entuelle] Aufgabe der Reservatrechte sich äußern; sie werde in eine Aufgabe ihrer Rechte unbedenklich einwilligen, wenn der durch die verbündeten Regierungen festgestellte Gesetzentwurf nach ihrer Überzeugung dem Lande wie dem Reiche wesentliche und alle etwaigen Nachteile überwiegende Vorteile zu bringen geeignet sei.

Die badischen Handelskammern sind regierungsseitig aufgefordert worden, sich baldmöglichst zur Sache zu äußern; wie die Zeitungen melden, nimmt der Haupthandelsplatz Mannheim mit Entschiedenheit gegen das Projekt Stellung.[2] Ebenso beschloß eine Versammlung der Karlsruher Wirte, gegen das Monopol zu petitionieren, u[nd] zwar soll dieser Beschluß hauptsächlich infolge einer antimonopolistischen Rede des Redakteurs des demokratischen „Landesboten"[3], der gar nichts in der Versammlung zu suchen hatte, gefaßt worden sein. Minister Turban bemerkte einer Deputation der Wirte, daß seines Erachtens gerade sie bei dem Monopol am besten wegkämen; allerdings könnten sie nicht mehr direkt vom Fabrikanten beziehen, dagegen sei ihnen bei der Monopolverwaltung stets gute Ware zu vernünftigen Preise sicher, u[nd] außerdem seien ja alle Konkurrenten in gleicher Lage.

Die verhältnismäßig geringe Zahl von berufsmäßigen badischen Großbrennern be-

kämpft das Monopol; Herr Turban wird einer für heute angemeldeten Abordnung derselben antworten, daß sie zweifellos auf angemessene Entschädigungen rechnen könnten u[nd] daß die Monopolverwaltung vermutlich auch die vorhandenen Etablissements zum großen Teil übernehmen werde. Eine Äußerung des Zentralausschusses der badischen Landwirtschaftlichen Vereine steht noch aus, man erwartet nach dem Vorgange Württembergs einen zustimmenden Beschluß; der Bezirksverein Heidelberg soll sich bereits in diesem Sinne erklärt haben. Baden besitzt ungefähr 27000 Branntweinbrenner, etwa doppelt soviel als Württemberg u[nd] c[a]. 6000 mehr als das Elsaß. Landwirtschaftliche Großbrennereien gibt es relativ nur wenige.

Die Stimmung in der Landbevölkerung u[nd] bei den sehr zahlreichen Kleinbrennern soll im ganzen eine dem Monopol günstige sein. Der badische Bauer ist ganz befriedigt, wenn er sein Kirschwasser weiterbrennen u[nd] absetzen kann u[nd] ihm dabei die Erträgnisse des Monopols einen Steuererlaß in Aussicht stellen. Anläßlich solcher Anschauungen in den ländlichen Bezirken dürften die Ultramontanen, die vorzugsweise durch die bäuerlichen Elemente zu agitieren pflegen, mit ihrer bisher zur Schau getragenen Monopolfeindschaft in einige Verlegenheit geraten. Sie werden es auch, wie ich höre, bei ihren angekündigten Interpellationsabsichten bewenden lassen u[nd] sich s[einer]z[ei]t wohl mit einer gewissen Reserve gelegentlich der Beantwortung der nationalliberalen Interpellation an der Diskussion beteiligen. – Das anscheinend im letzten Augenblikke gestellte Ansuchen der katholischen Kammerfraktion, die gen[annte] Interpellation mitzuunterschreiben, war von nationalliberaler Seite abgelehnt worden.

Bezüglich der badischen Kleinbrenner bemerke ich hier beiläufig, daß die Kirschenernte u[nd] der sichere Absatz des Kirschbranntweins insofern besondere Bedeutung haben, als der Bauer dafür im Frühsommer sein erstes Geld einnimmt.

Der hiesige nationalliberale Landtagsabgeordnete Schneider entwickelte vorgestern vor einer großen Zahl von Urwählern u[nd] Wahlmännern des Karlsruher Landbezirks u.a. auch seine dem Monopol günstigen Ansichten. Die geh[orsamst] beigeschlossene N[umme]r der Bad[ischen] Landeszeitung[4] enthält sowohl Herrn Schneiders Ausführungen wie den Schluß des Mannheimer Handelskammerberichtes u[nd] eine längere monopolfreundliche Korrespondenz vom Lande, die namentlich die Interessen der Kleinbrenner u[nd] Obstbranntweinproduzenten bespricht.

Das konservative Organ, die „Badische Landpost", tritt gestern u[nd] heute an leitender Stelle in längeren Betrachtungen, deren Fortsetzung folgen soll, ebenfalls für das Projekt in die Schranken. Demokratische u[nd] ultramontane Blätter eifern nach wie vor dagegen. –

Durch die ganze badische Presse wird jetzt die, wie mir scheint, recht nützliche, wenn auch nicht buchstäblich wahre Nachricht verbreitet, daß die Großh[erzogliche] Regierung von vorneherein unbedingt ganz für das Monopol einzutreten beabsichtige. Die Karlsruher Zeitung hat zu dieser Notiz bisher geschwiegen, sich überhaupt zur Sache noch nicht kritisch geäußert. In dem nationalliberalen Hauptblatte, der Landeszeitung, die leider nicht eben glücklich u[nd] geschickt redigiert wird, ist man, wie in anderen so auch in dieser Frage, oft zu heftig u[nd] gereizt u[nd] schießt durch unnötige Provokation der Gegner über das Ziel hinaus.

Die demokratische Agitation hier im Lande gegen die Monopolvorlage scheint namentlich von Frankfurt aus eifrig unterstützt u[nd] geschürt zu werden; nach der Landeszeitung sollen eine Anzahl demokratischer Wanderprediger von Herrn Sonne-

mann zu agitatorischen Zwecken nach Baden instradiert sein. Die der Frankfurter Zeitung aus Karlsruhe telegraphierte Nachricht, daß die Kartoffel- u[nd] Getreide[eig][a]-ner der Pfalz, Badens, Lothringens u[nd] Rheinpreußens sich in einer Zusammenkunft einstimmig gegen das Monopol ausgesprochen hätten, wird von einem Korrespondenten des Frankfurter Journals dahin berichtigt, daß die betreffenden Interessenten lediglich übereingekommen seien, in einer Denkschrift gewisse Abänderungsvorschläge zu dem Entwurfe zu formulieren, damit das Monopol der west- und süddeutschen Landwirtschaft keinen Nachteil bringe.

Von den größeren badischen Grundherren der Ersten Kammer haben sich mehrere mir gegenüber mit großer Lebhaftigkeit zugunsten der Vorlage geäußert.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 66 fol. 5 ff., eig. Konz.; Marg.: „abges. 21./1."

[a] Vorlage unvollständig durch Textverlust.
[1] Vgl. Nr. 268c.
[2] Vgl. Nr. 272a.
[3] Hermann Lippe (Frdl. Auskunft d. StadtA Karlsruhe).
[4] Nr. 15 vom 19. Jan. 1886.

272a. Eisendecher an Bismarck

Karlsruhe, 2. Februar 1886

Ew. D. habe ich die Ehre, in der Anlage zwei mir beachtenswert erscheinende Artikel der Badischen Landeszeitung[1] über das Branntweinmonopol und die badischen Interessen ganz gehorsamst vorzulegen.

Ich darf gleichzeitig melden, daß Staatsminister Turban wahrscheinlich in den nächsten Tagen die das Monopol betreffende Interpellation in der Zweiten Kammer beantworten wird.[2] Die bisher eingelaufenen Gutachten der Handelskammern des Landes sprechen sich, wie vorauszusehen war, größtenteils ungünstig über das Projekt aus.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 66 fol. 8, Reinkonz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Nr. 20 vom 24. Jan. 1886; Nr. 24 vom 29. Jan. 1886.
[2] Vgl. Nr. 276a.

276a. Eisendecher an Bismarck

Karlsruhe, 17. Februar 1886

Vorlage des Referats über die Behandlung der Resolution Kiefer u[nd] Genossen betr[effend] das Branntweinmonopol in der hiesigen Zweiten Kammer.[1]

Die von der katholischen Fraktion beantragte Einschaltung der Worte „Ein Reichsmonopol halten wir für unannehmbar" wurde abgelehnt, ebenso ein von nationalliberalen Abgeordneten vorgeschlagener Zusatz, daß ein Ausspruch der Kammer über den z[ur] Z[ei]t dem Bundesrate vorliegenden Monopolgesetzentwurfe unmöglich sei. Die Resolution Kiefer gelangte schließlich mit großer Mehrheit zur Annahme.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 66 fol. 18, eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] 30. Sitzung II. Kammer vom 16. Febr. 1886, in: Karlsruher Zeitung (Beilage), Nr. 41 vom 18. Febr. 1886.

279a. Eisendecher an Bismarck

Karlsruhe, 30. März 1886

Vorlage eines mir beachtenswert erscheinenden Artikel[s] der heutigen Badischen Landeszeitung[1], *der* die Stimmung der hiesigen Nationalliberalen anläßlich des Scheiterns der Monopolvorlage zum Ausdruck bringt. Ich darf ebenmäßig hinzufügen, daß man zweifellos in Baden das Nichtzustandekommen des Projektes sehr allgemein bedauert.[2]

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 66 fol. 31, Reinkonz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Nr. 75 vom 30. März 1886.
[2] Am 27. März 1886 lehnte der Reichstag das Branntweinmonopol mit 181:3 Stimmen ab.

320a. Eisendecher an Bismarck

Karlsruhe, 24. Dezember 1887

Das 50jährige Priesterjubiläum des Papstes wird hier am 26. d. Mts. in der Festhalle unter reger Beteiligung aus allen Kreisen der katholischen Bevölkerung gemeinsam gefeiert werden. An der Spitze des Festkomitees steht der Generalintendant der Gr[oßherzoglichen] Zivilliste H[er]r v. Regenauer. Nach längeren Bedenken ist auch dem Redakteur des extrem klerikalen Bad[ischen] Beobachters, Dr. Kausen, ein Sitz im Komitee gewährt worden, weil man befürchtete, Kausen würde anderenfalls mit seiner fanatischen Gefolgschaft u[nd] den z[um] Teil unter seinem Einflusse stehenden zahlreichen kath[olischen] Vereinen sich nicht beteiligen u[nd] eine Sonderfeier in Szene setzen. Professor Fr. X. Kraus aus Freiburg wird die Festrede halten.

Im übrigen soll abgesehen von einer Begrüßung durch den Vorsitzenden nicht geredet werden, dagegen kommen durch ein Orchester u[nd] den Kirchenchor mehrere passende Musikstücke u[nd] Gesänge zur Aufführung. *Danach* werden sich die kathol[ischen] Vereine weiter zu einer geselligen Nachfeier zusammenfinden.

Vorlage öffentlicher Bekanntmachungen.[1]

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 68 fol. 74, eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Bad. Beobachter, Nr. 274 vom 4. Dez. 1887; Nr. 289 vom 23. Dez. 1887; Nr. 290 vom 24. Dez. 1887.

373a. Eisendecher an Bismarck

Karlsruhe, 20. März 1889

Vertr[aulich]. Vertrauliche Informationen aus guter Quelle lassen es vermuten, daß man in gewissen freikonservativen u[nd] nationalliberalen Abgeordnetenkreisen Badens dem Gesetzentwurfe über die Alters- u[nd] Invalidenversicherung der Arbeiter nicht das dieser Materie zukommende Interesse entgegenbringt. Wenn auch eine eigentliche Abneigung gegen das Zustandekommen des großartigen Planes kaum vorliegt, so herrscht doch anscheinend stellenweise die Ansicht vor, als solle man in der Sache nur äußerst behutsam u[nd] nach reiflichster längerer Überlegung, vielleicht erst nach ausgiebigeren Erfahrungen vorgehen.

Von einflußreichen Mitgliedern der Gr[oßherzoglichen] Reg[ierung] wird diese mehr od[er] minder hervortretende laue Stimmung lebhaft bedauert: Ihres Erachtens würde es gerade für den gegenwärtigen Reichstag äußerst wertvoll u[nd] wichtig sein, die Fortsetzung des großen Werkes des Schutzes der Arbeiter noch zustande zu bringen. Von oppositioneller Seite könnte anderenfalls dem Reichstage der Vorwurf gemacht werden, daß er außer der Bewilligung der verlangten Mittel für die Armee u[nd] Marine so gut wie nichts Ersprießliches geleistet habe. Die Herren der Reg[ierung] sind deshalb eifrig bemüht, die betr[effenden] Kreise im vorstehenden Sinne zu beeinflussen u[nd] aufzuklären.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 73 fol. 39, eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

427a. Eisendecher an Bismarck

Karlsruhe, 1. März 1890

Wie bereits durch Zeitungstelegramm bekanntgegeben, hat gestern bei den Stichwahlen in Karlsruhe der freisinnige Kandidat Pflüger mit c[a]. 3000, in Mannheim der Sozialdemokrat Dreesbach mit c[a]. 2500 Stimmen Mehrheit gesiegt. Aus dem bis jetzt gemeldeten St[immen]verhältnis der bei der Hauptwahl u[nd] gestern abgegebenen Stimmen scheint hervorzugehen, daß die Zentrumswähler in Mannheim zum großen Teile den Sozialisten gewählt haben müssen. Ebenso wird angenommen, daß heute die Sozialdemokraten in Offenburg trotz der von der Parteileitung empfohlenen Wahlenthaltung vielfach dem ultramontanen Kandidaten ihre Stimme geben werden.

Höchstwahrscheinlich wurden zwischen dem bad[ischen] Zentrum u[nd] der Sozialdemokratischen Partei insgeheim durch sichere Vertrauenspersonen über das gegenseitige Verhalten bei den Stichwahlen Verabredungen getroffen[1]; im Kultusdepartement hat man hierfür indessen vorläufig keinen sicheren Anhalt – vielleicht weil die betreffenden Unterhändler ungemein vorsichtig zu Werke gingen. Öffentlich wird in den ultramontanen Blättern in ziemlich matter u[nd] zahmer Weise gelegentlich gegen die Sozialdemokratie polemisiert.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 75 fol. 71, eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Vgl. Nr. 429.

464a. Eisendecher an Caprivi

Karlsruhe, 19. April 1891

Vertraulich! Verschiedene auch nichtbadische Zeitungen drucken eine den Fürsten Bismarck betreffende Auslassung des klerikalen Freiburger Boten ab, in welcher eine charakteristische Feindschaft gegen Preußen u[nd] das neue Reich hervortritt. Da der süddeutsche, speziell der badische Ultramontanismus tatsächlich vorwiegend den Anschauungen huldigt, wie sie der erwähnte Artikel vertritt, *lege ich diesen bei*[1] *und bemerke dazu*, daß bezüglich des früheren Herrn Reichskanzlers die Ansichten sich in Baden in fast noch schärferen Gegensätzen gegenüberstehen als in anderen Bundesstaaten.

Die sozialistischen, die demokratisch-freisinnigen u[nd] die Zentrumsblätter beurteilen den Fürsten u[nd] sein politisches Werk in den abfälligsten Ausdrücken; insbesondere die sozialdemokratischen Organe überbieten sich in Schmähungen oft rohester Art.

Angesichts solcher vornehmlich von den Feinden der bestehenden politischen Verhältnisse gegen S. D. gerichteten Angriffe nimmt hier die gesamte nationalliberale Presse den Fürsten energisch in Schutz[a], u[nd] der Geburtstag S. D. wurde von den Nationalliberalen hauptsächlich infolge solcher Angriffe der politischen Gegner überall im Lande mit größerer Beteiligung gefeiert, als dies wohl sonst der Fall gewesen wäre.[2] Wie ich vertraulich höre, haben S. K. H. der Großherzog wiederholt die Besorgnis ausgesprochen, daß diese nationalliberalen Kundgebungen den Eindruck einer gewissen Opposition gegen S. M. den Kaiser u[nd] König u[nd] die derzeitige Reichsregierung hervorrufen könnten. Eine irgendwie oppositionelle Tendenz liegt indessen den nationalliberalen Preßurteilen u[nd] Veranstaltungen durchaus fern. Der Herr Präsident des Ministeriums des Inneren bestätigt mir das in bestimmtester Weise; es scheint demselben auch gelungen, die Besorgnisse S. K. H. des Großherzogs in dieser Richtung zu zerstreuen.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 77 fol. 42f., eig. Konz.; Marg.: „abges. 20./4.91".

[a] Ursprüngliche Fassung Eisendechers: „U[nd] daß auch anläßlich der Reichstagskandidatur des Fürsten u[nd] der Wahl im 19. hannoverischen Wahlkreise dieser Parteiantagonismus auf das heftigste zutage tritt".

[1] National-Zeitung, Nr. 239 vom 17. April 1891.

[2] Nr. 433; vgl. Nr. 467.

466a. Eisendecher an Caprivi

Karlsruhe, 6. Mai 1891

E[w.] E[xz.] darf ich ehrerbietigst berichten, daß im ganzen Großherzogtum Baden weder am 1. noch am 3. d. Mts. irgendwelche Störungen der öffentlichen Ordnung u[nd] Sicherheit durch sozialdemokratische Kundgebungen vorgekommen sind. In fast allen größeren Städten des Landes hatten sich am 3. d. Mts. die mehr od[er] minder zahlreichen sozialdemokratischen Elemente zu Ausflügen u[nd] sonstigen Veranstaltungen zusammengefunden, die aber nach den im hiesigen Ministerium des Innern eingegangenen Berichten überall ruhig u[nd] ohne die Notwendigkeit behördlichen Einschreitens verlaufen sind.[1]

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 77 fol. 55, eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Vgl. Nr. 465, 466.

466b. Eisendecher an Caprivi

Karlsruhe, 1. Juni 1891

Während meiner Abwesenheit hat eine größere Anzahl von Landwirten des badischen Bezirkes Adelsheim an den Fürsten Bismarck eine Petition gerichtet, im R[eichs]tage für die Beibehaltung der Getreidezölle u[nd] der Schutzzollpolitik wirken zu wollen.

Da die Sache auch in der Presse erörtert wurde, ließ die Gr[oßherzogliche] Reg[ierung] nähere Erkundigungen über den Ursprung der Bittschrift einziehen. Nach den angestellten Ermittlungen ist dieselbe auf die Initiative des grundherrlichen Rentbeamten Dr. Weiß zurückzuführen, der sich schon längere Zeit mit wirtschaftlichen Dingen beschäftigt [haben] u[nd] auch bereits verschiedentlich (u. a. in den Grenzboten) für die Zollpolitik des früheren Herrn Reichskanzlers eingetreten sein soll. Der Großherzogliche Bezirksbeamte suchte nach Kräften, seinen Einfluß gegen die Petition geltend zu machen, u[nd] machte namentlich auch die Petenten darauf aufmerksam, daß es richtiger sein würde, ihre Bittschrift wenigstens an den eigenen R[eichs]t[ags]abgeordneten Fr[ei]h[errn] v. Buol zu richten.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 77 fol. 69, eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

466c. Eisendecher an Caprivi

Karlsruhe, 5. Juni 1891

E[w.] Exz. Rede über die Getreidezölle im Abg[eordneten]hause[1] ist im Gr[oßherzogtum] Baden bei der großen Mehrheit der Bevölkerung mit lebhafter Befriedigung aufgenommen worden. Nur die sozialistischen u[nd] demokratisch-freisinnigen Organe bekunden z[um] T[eil] in heftigster Weise ihren Unmut u[nd] stellen Teuerung u[nd] Notstand in sichere Aussicht. Das Offenburger sozialdem[okratische] Blatt „Volksfreund"[2] wurde wegen eines Artikels „Die Hungersnot pocht an die Türe" beschlagnahmt. Im ultramont[anen] Lager befindet man sich in einiger Verlegenheit; schon weil E[w.] E[xz.] Erklärung v[on] d[en] Nationalliberalen fast durchweg gebilligt wird, würden die hiesigen Zentrumsführer lieber mit ihren linksliberalen Wahlbrüdern für die Herabsetzung der Kornzölle eintreten, sie sind aber andererseits in der Lage, im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen[3] zunächst vornehmlich auf die Stimmung der ländlichen Wähler Rücksicht nehmen zu müssen. Infolge dieses Zwiespaltes beobachtet die klerikale Presse noch eine gewisse Reserve u[nd] beschränkt sich auf allgemeine Gutheißung der Stetigkeit unserer Zollpolitik.

M[eines] geh[orsamsten] Dafürhaltens wäre auch abgesehen von den handelspolitischen u[nd] wirtschaftlichen Gesichtspunkten, welche für die Beibehaltung der Getreidezölle maßgebend gewesen sind, hier vielleicht noch eine weitere politische Erwägung

mit in Betracht zu nehmen. Bei den in neuerer Zeit sehr eifrigen Bemühungen der Sozialdem[okratischen] Partei, ihren Anhang auf dem Lande zu vermehren, würde eine Verminderung der Zölle u[nd] eine nach derselben etwa eintretende ungünstige Geschäftslage für d[ie] kleineren Landwirte, auch wenn sie mit den Zöllen in keinerlei Zusammenhang stände, den Sozialdemokraten wahrscheinlich die Arbeit erleichtern.

In Mannheim, dem großen Getreidemarkt des Südens, ist man über die Entscheidung der Zollfrage ganz besonders erfreut.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 77 fol. 70, eig. Konz.; Marg.: „abg. 5./6."

[1] Erklärung Caprivis im Preuß. Abgeordnetenhaus vom 1. Juni 1891 (Gedr. *Schultheß* 1891 S. 85–90).

[2] Nr. 66 vom 3. Juni 1891.

[3] Vgl. Nr. 476.

467a. Eisendecher an Caprivi

Karlsruhe, 11. Juni 1891

Vertr[aulich]. Die Polemik des hies[igen] nat[ional]lib[eralen] Hauptblattes, der B[adischen] Land[es]z[eit]t[un]g, gegen das Reg[ierungs]organ, d[ie] K[arlsruher] Z[ei]t[un]g, betr[effend] die Stellung u[nd] Halt[un]g d[er] Nat[ional]lib[eralen] Partei, dauert fort[1] u[nd] findet auch in außerbadischen Zeitungen Beachtung.

Vorlage zweier einschlägiger Auslassungen der Badischen Landeszeitung.[2]

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die derzeitige Handelsvertrags- u[nd] Zollpolitik der Reichsreg[ierung] hier an höchster Stelle wie in den maßgebenden ministeriellen Kreisen durchaus gebilligt wird u[nd] daß infolgedessen die Gr[oßherzogliche] Reg[ierung] den abweichenden Anschauungen eines Teiles der nat[ional]lib[eralen] Presse, welcher mehr od[er] weniger den Standpunkt des früheren Herrn Reichskanzlers vertritt, nicht zustimmen kann. Da nun die immerhin weit verbreitete u[nd] vielgelesene B[adische] Landeszeitung wie einzelne andere nat[ional]lib[erale] Blätter d[es] Landes mit einem starken Prozentsatz der Partei auf diesem Standpunkte stehen, so konnte d[ie] Reg[ierung] auf die Dauer kaum vermeiden, ihre Ansichten öffentlich zu bekennen. Ob das in ganz glücklicher Weise geschehen ist, kann ich nicht entscheiden; vielleicht hätte die K[arlsruher] Z[eit]t[un]g im Hinblick auf die bevorsteh[enden] Ergänzungswahlen zur 2. Kammer besser getan, mit ihrer offenen Stellungnahme noch zu warten. Man muß jetzt besorgen, daß der entstandene Zwiespalt bei der Wahlagitation den Radikalen u[nd] Ultram[ontanen] zugute kommen möchte.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 77 fol. 77, eig. Konz.; Marg.: „abg. eod."

[1] Vgl. Nr. 467.

[2] Nr. 134 vom 10. Juni 1891; Nr. 135 vom 11. Juni 1891.

474a. Eisendecher an Caprivi

Karlsruhe, 22. September 1891

Badische Oppositionsblätter reproduzieren mit Wohlgefallen das von den „Münchener Neuesten Nachrichten" jüngst verbreitete Gerücht von dem angeblich demnächst bevorstehenden Rücktritte des Staatsministers Turban. Das Gerücht ist unwahr. Herr Turban selbst denkt nicht an einen Rücktritt, u[nd] ebensowenig ist es die Absicht S.K.H. des Großherzogs, auf seine ferne[re]n Dienste als Leiter der Reg[ierung] zu verzichten.[1]

Vorlage des in der heutigen Karlsruher Zeitung[2] erschienenen Dementis.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 77 fol. 112, eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Vgl. Nr. 474.
[2] Nr. 259 vom 22. Sept. 1891.

485a. Eisendecher an Caprivi

Karlsruhe, 14. Dezember 1891

Herr Staatsminister Turban bestätigt mir den Eindruck, welchen ich bereits aus den badischen Zeitungen gewonnen hatte, daß man im allgemeinen hierzulande mit dem Inhalte der Handelsverträge[1] ganz zufrieden ist. Die badischen Landwirte meinen, auch bei dem vereinbarten Zollsatze von M[ark] 3.50 noch sehr wohl bestehen zu können, und selbst die Weinbauer[n] scheinen die vermeintliche Schädigung ihrer Interessen nicht allzu ernst zu nehmen. Eine wirkliche und beachtenswerte Opposition gegen die neuen Abmachungen tritt bis jetzt nirgends hervor, höchstens werden in industriellen Kreisen hie und da [Stimmen] laut, welche eine Beeinträchtigung gewisser badischer Industriezweige durch den Vertrag mit der Schweiz besorgen.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 77 fol. 160, Reinkonz.; Marg.: „abges. 15./12.92".

[1] Die Handelsverträge mit Österreich-Ungarn, Italien und Belgien wurden am 18. Dez. 1891 im Reichstag angenommen, derjenige mit der Schweiz am 26. Jan. 1892.

515a. Romberg[1] an Caprivi

Karlsruhe, 26. Juli 1892

Am 24. d. Mts. fand die geplante Kundgebung für den Fürsten Bismarck in Kissingen statt, an welcher sich etwa 3000 Badenser beteiligten. *Beilage der Berichte der Badischen Landeszeitung[2] und der Badischen Presse.*

Wie Ew. pp. bekannt ist, wurde die Kundgebung von hervorragenden Mitgliedern der hiesigen Nationalliberalen Partei nicht gebilligt. Auch hat der Parteivorstand, wie ich höre, offiziell zu derselben nicht Stellung genommen. Der Bankpräsident Eckhard aus Mannheim, welcher die Rede auf den Fürsten hielt, bekannt als einer der ältesten und angesehensten Führer der badischen Nationalliberalen, gehört seit kurzem dem Partei-

vorstand nicht mehr an. Die nationalliberalen Zeitungen, insbesondere die Badische Landeszeitung, welche am meisten für das Zustandekommen der Ovation gewirkt hatte, sind bemüht, dies als eine große patriotische Tat der süddeutschen Stämme darzustellen, welche ohne Unterschied der Partei und ohne jede oppositionelle Absicht der Reichsregierung gegenüber lediglich ihrer Dankbarkeit und Verehrung für den Fürsten Bismarck Ausdruck geben wollten.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 79 fol. 127, eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Romberg, Gisbert Freiherr v. (1866–1939), im Juli 1892 als Legationssekretär an der preuß. Gesandtschaft in Stuttgart. Vertreter Eisendechers, dann Botschaftssekretär in Wien, 1901 erster Sekretär in St. Petersburg, 1905 Generalkonsul, 1909 Gesandter in Sofia, 1910 Vortr. Rat im Ausw. Amt, 1912–1919 Gesandter in Bern.

[2] Nr. 173 vom 26. Juli 1892; vgl. Nr. 515.

520a. Eisendecher an Caprivi

Baden, 7. November 1892

Vertraulich. Die Militärvorlage[1] bietet seit Wochen auch im badischen Lande das Hauptthema für die gesamte Presse. Ich habe eine Berichterstattung über die Äußerungen der verschiedenen Parteiorgane unterlassen, weil dieselben, wie ich glaube, kaum Neues oder Wissenswertes enthalten. Als Resümee kann E[w.] E[xz.] ich nur der Wahrheit gemäß ehrerbietigst melden, daß hier bis jetzt keine Partei ernsthaft für die Vorlage eintritt.

Ein Teil der Nationalliberalen zeigt wohl ein gewisses Entgegenkommen, wünscht aber namhafte Reduktionen in den Forderungen, während Konservative, Freisinn und Demokratie sich gänzlich ablehnend verhalten. Die starke und äußerst rührige Zentrumspartei stand anfangs ebenfalls auf einem durchaus abweisenden Standpunkt, neuerdings beobachten die ultramontanen Zeitungen eine mehr reservierte Haltung. Die Ansichten des Landesherrn über die Vorlage sind mir im einzelnen nicht bekannt, glaube aber bemerkt zu haben, daß Höchstderselbe ein prinzipieller Gegner der zweijährigen Dienstzeit ist. Bei den Wählern herrscht offenbar eine den militärischen Forderungen ungünstige Stimmung.

Was die Beschaffung der nötigen Geldmittel betrifft, so besorgt man hier am meisten eine wesentliche Mehrbelastung des Tabaks und des Bieres[2], durch welche der ganze Süden des Reiches besonders hart getroffen werden würde.

Badische Tabakinteressenten haben sich kürzlich dahin ausgesprochen, daß man höchstens eine mäßige Erhöhung des Tabakzolles allenfalls akzeptieren könne.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 79 fol. 143 f., Reinkonz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Vgl. Nr. 517 Anm. 1; Nr. 535 Anm. 1.

[2] Vgl. Nr. 522 Anm. 1.

532a. Eisendecher an Caprivi

Karlsruhe, 27. März 1893

Vertraulich. Herr v. Brauer hat mir vertraulich mitgeteilt, daß er S.K.H. dem Großherzoge den Major z.D. Freiherrn v. Berckheim zu Weinheim als seinen Nachfolger für Berlin vorgeschlagen und mit höchster Genehmigung zunächst in privater Weise bei demselben angefragt habe, ob er geneigt sei, den Posten als badischer Gesandter am königlichen Hofe zu übernehmen.[1] Herr v. Berckheim ist darauf selbst hierhergekommen und hat unter dem Ausdruck der Dankbarkeit für das ihm bekundete Vertrauen erklärt, er für seine Person würde einem solchen ehrenvollen Rufe gerne folgen, seine Frau[2] sei indessen lange kränklich gewesen, müsse sich schonen und glaube ihre Stellung in Berlin nicht entsprechend ausfüllen zu können, sie hege infolgedessen eine so entschiedene Abneigung gegen seinen Wiedereintritt in irgendwelche amtliche Stellung, daß ihm nichts übrigbleibe, als mit lebhaftem Bedauern auf die ihm zugedachte Ehre zu verzichten.

Minister v. Brauer wird unter solchen Umständen den Ministerialrat und Kammerherrn v. Jagemann für den Posten in Vorschlag bringen und zweifelt nicht, daß sein gnädigster Herr einverstanden sein werde mit dessen Ernennung. Eine Ablehnung seitens desselben soll nicht zu besorgen sein; er gilt für strebsam und besitzt angeblich einen gewissen Ehrgeiz – im guten Sinne. In Hof- und Beamtenkreisen sah man in ihm vielfach den mutmaßlichen Nachfolger des Finanzminister[s] Ellstätter, als von dessen Rücktritt die Rede war; auch Herr v. Jagemann selbst scheint sich wohl in dieser Richtung einige Hoffnungen gemacht zu haben.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 81 fol. 35, Reinkonz.; Marg.: „abges. 28./3.93".

[1] Nr. 530; vgl. Nr. 434.
[2] Adolfine, geb. Freiin Wambolt v. Umbach (1859–1919).

533a. Eisendecher an Caprivi

Karlsruhe, 14. April 1893

Die agrarische Bewegung, wie sie sich im Norden neuerdings zeigt u[nd] speziell im Bunde der Landwirte zum Ausdruck kommt, hat in Baden bisher keine nennenswerte Verbreitung gefunden. Nur die badischen Tabakproduzenten sind mehrfach mit besonderen Wünschen hervorgetreten u[nd] haben auch der letzten großen Versammlung in Speyer[1] zum Teil beigewohnt, wo die Herren Pfälzer in gewohnter Weise den Mund sehr voll nahmen; hoher Zoll u[nd] niedrige Steuer war u[nd] ist die Losung der Tabakpflanzer.

Was die landwirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen betrifft, so liegen dieselben bekanntermaßen hier wesentlich anders als bei uns; der große Grundbesitz beschränkt sich auf einzelne wenige Komplexe, u[nd] fast die gesamte bebaute Boden[fläche][a] ist auf bäuerliche Besitzer verteilt u[nd] wird sehr intensiv bewirtschaftet. Dazu treten bequeme u[nd] vielseitige Verkehrs- u[nd] Transportmittel, gute Straßen u[nd] zahlreiche Eisenbahnen u[nd] eine vorteilhafte Konfiguration des Landesgebietes. Alle diese Dinge sind

geeignet, den Landbauer[n] hier günstiger zu stellen als im Norden u[nd] namentlich im Nordosten d[es] Reiches.

Nun haben hier in den letzten Jahren die Ultramontanen für ihre Sonderzwecke die Gründung von Bauernvereinen mit regstem Eifer u[nd] nicht ohne Erfolg betrieben[2] u[nd] damit dem allg[emeinen] Landwirtschaftlichen Verein u[nd] dessen zahlreichen Zweigvereinen eine gewisse Konkurrenz gemacht. Zwar sind die damit zusammenhängenden klerikalen Bestrebungen auf dem Gebiete des ländlichen Versicherungswesens vorläufig ziemlich kläglich gescheitert[3], es läßt sich aber nicht leugnen, daß die zu zwei Dritteilen katholische Bevölkerung doch den meist von den Landgeistlichen od[er] priesterlichen Reiseagitatoren in die Hand genommenen Werbungen vielfach nicht zu widerstehen vermag u[nd] daß etwa 20 klerikale Bauernvereine mit einer bedeutenden Anzahl von Mitgliedern gegenwärtig bestehen.[4] Der vom Zentrum dabei verfolgte Zweck ist wesentlich ein parteipolitischer, man will die bäuerliche Bevölkerung bei den Wahlen besser in der Hand haben u[nd] sie für die politischen Ziele des Zentrums gefügiger machen; um landwirtschaftliche Dinge handelt es sich dabei weniger, wenngleich die Agitatoren mit den üblichen Phrasen u[nd] Redensarten über Bedrückung der Bauern u[nd] Schädigung ihrer Interessen nicht gespart hatten.

In ähnlicher Weise macht auch die konservative, christlich-soziale u[nd] vorwiegend antisemitische Partei Badens seit einiger Zeit eifrigst Versuche, in ihrem Sinne Bauernvereine ins Leben zu rufen. Ein wirkliches Ergebnis haben indessen die konservativen Herren, welche etwas einseitig u[nd] mit gelegentlichen scharfen Seitenhieben auf die übrigen Parteien vorgehen, nicht aufzuweisen: Ihr schroffes Auftreten wird zunächst höchstwahrscheinlich die Wirkung haben, daß bei etwaigen Neuwahlen die beiden mit nationalliberaler Unterstützung gewählten Abgeord[neten] Menzer u[nd] Graf Douglas ihre Reichstagsmandate verlieren. Die letzteren haben während der Osterferien in ihren Wahlkreisen mehrfach öffentlich gesprochen u[nd] sind weit maßvoller aufgetreten als die Führer der Partei u[nd] deren Presse. In besonderen Zusammenkünften sind sie zugleich bemüht gewesen, für einen Anschluß an den Bund der Landwirte ohne Rücksicht auf die Parteiunterschiede zu werben. Nach den mir zugegangenen Informationen scheinen indessen ihre Bemühungen in dieser Richtung vorläufig keine großen Aussichten zu bieten.[5]

Eingaben oder Vorstellungen aus landwirtschaftlichen Kreisen, Beschlüsse von Interessenten, Versammlungen zugunsten der Beibehaltung der Agrarzölle etc. liegen abgesehen von den Tabakbauern hier bis jetzt kaum vor.

Die sehr gute offizielle landwirtschaftliche Interessenvertretung ist zweifellos in Baden mit ein Hauptgrund für die geringe Beteiligung der Bevölkerung an agrarpolitischen Kundgebungen. Der vor zwei Jahren reorganisierte Landwirtschaftliche Verein zählt derzeit etwa 25000 Mitglieder, die sich auf eine große Menge von Bezirks- u[nd] Ortsvereinen verteilen, außerdem gibt es noch eine große Zahl von Genossenschaften für bestimmte Wirtschaftszweige.[6] Die zentrale Vertretung endlich, der Landwirtschaftsrat, läßt es an vielseitiger Fürsorge u[nd] Erwägung und tunlicher Berücksichtigung aller berechtigten Wünsche nicht fehlen.

Ich werde nicht verfehlen, den Gegenstand im Auge zu behalten u[nd] über die einschlägigen Vorkommnisse geh[orsamst] zu berichten.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 81 fol. 47f., eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[a] Vorlage unklar.

[1] In einer großen Versammlung südwestdeutscher Tabakbauern in Speyer am 3. April 1893 wurde „stürmisch eine Besserung der Verhältnisse des deutschen Tabakbaues gefordert und für den Fall, daß eine solche nicht durch die Gesetzgebung bewirkt würde, gedroht, man wolle dann bei den Wahlen sozialdemokratisch stimmen" (Speierer Anzeiger, Nr. 83 vom 10. April 1893). Den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Clemm habe man „niedergeschrie[e]n, als er den maßlosen Übertreibungen einiger Tabakbauer[n] Tatsachen entgegenhielt" (Speierer Anzeiger, Nr. 87 vom 14. April 1893; frdl. Auskunft d. StadtA Speyer).

[2] Vgl. Nr. 258.

[3] *Aengenheister* S. 16–19.

[4] 1893 existierten 218 Bauernvereine mit 11434 Mitgliedern (Stat. Jahrbuch 39 (1908/09) S. 180).

[5] Vgl. Nr. 526, 545.

[6] Max *Märklin*: Der Landwirtschaftliche Verein im Großherzogtum Baden 1810–1909, Karlsruhe 1909 S. 119ff.

533b. Eisendecher an Caprivi

Karlsruhe, 20. April 1893

Die Nationalliberale Partei Badens fährt fort, in Versammlungen u[nd] in der Presse sehr warm u[nd] eindringlich für eine Verständigung zwischen Regierung u[nd] Reichstag in Sachen der Militärvorlage einzutreten. Ebenso ist die schwache Konservative Partei des Landes neben ihren antisemitischen Hauptbestrebungen bemüht, für die Annahme der Vorlage resp. ein akzeptables Kompromiß zu wirken.

Zentrum u[nd] Freisinn sowie die Demokratie aller Schattierungen beharren dagegen auf ihrem bisherigen schroff abweisenden Standpunkt. Die eifrigsten u[nd] tätigsten Gegner der Vorlage sind die Landtagsabgeordneten Wacker, Muser, Heimburger u[nd] Dreesbach. Ersterer hielt kürzlich in Donaueschingen eine dreistündige politische Rede, in welcher insbesondere die Militärvorlage aufs schärfste verurteilt u[nd] als ganz unnötig u[nd] wirtschaftlich unerträglich hingestellt wurde. Auch hier redete derselbe vorgestern über die Parteiverhältnisse u[nd] berührte den Gegenstand ganz in ähnlichem Sinne. Durch den Major z. D. Platz in Freiburg sind die Donaueschinger Äußerungen des Pfarrers seitdem im dortigen Militärverein einer eingehenden Beleuchtung u[nd] Kritik unterzogen worden. Herr Muser suchte in Engen den energisch für die militärischen Forderungen eintretenden Reichstagsabgeordneten Freiherrn v. Hornstein zu widerlegen. Die Parteiblätter streiten darüber, wer bei dieser Diskussion den Sieg davongetragen habe. Im hiesigen Ministerium des Inneren meint man, Herr[n] v. Hornsteins sachliche u[nd] logische Darlegungen hätten auf die Zuhörer großen Eindruck gemacht.

Die Gr[oßherzogliche] Reg[ierung] ihrerseits versäumt nicht, nach Kräften einer Verständigung das Wort zu reden, sie weist in der Bad[ischen] Korresp[ondenz] auf die verderblichen Folgen einer Ablehnung der Vorlage hin u[nd] scheint sich von einer demnächstigen Auflösung des Reichstages kaum eine Besserung der derzeitigen innerpolitischen Lage zu versprechen.[1]

Meines geh[orsamsten] Dafürhaltens werden von den 14 badischen Reichstagsmitgliedern nur die beiden Konservativen u[nd] der Freiherr v. Hornstein für die Militärvorlage stimmen, alle übrigen dürften nicht mehr zu bekehren sein.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 81 fol. 50f., eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Vgl. Nr. 535.

533c. Eisendecher an Caprivi

Karlsruhe, 20. April 1893

Der Sekretär des Bundes der deutschen Landwirte, Dr. Suchsland[1] aus Berlin, u[nd] der konservative bad[ische] Reichstagsabgeordnete Graf Douglas sprachen kürzlich[2] in einer sehr zahlreich besuchten Versammlung in Neckarbischofsheim bei Heidelberg zugunsten des Bundes der Landwirte. Der erstgenannte Redner kritisierte dabei in ziemlich scharfer Weise die Handelsverträge, das Viehseuchengesetz u[nd] die soziale Gesetzgebung wie überhaupt die Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen Reichsregierung, während Graf Douglas sich speziell der bäuerlichen Interessen annahm u[nd] weitere politische Betrachtungen vermied; derselbe hob ausdrücklich hervor, daß der Bund keine Politik treibe u[nd] dem politischen Parteiwesen fernstehe. Bei den Wahlen sei jeder Kandidat recht, welcher die berechtigten bäuerlichen Wünsche wirksam vertrete. Mit dem Bunde der Landwirte wolle man auch den Landwirtschaftlichen Vereinen im Lande keine Opposition machen, diese letzteren bildeten die geeignete Interessenvertretung bei der badischen Regierung, der neue Bund dagegen solle die Interessen aller deutschen Landwirte bei der Reichsregierung zu wahren suchen. Graf Douglas warnte dann eindringlich vor den sozialdemokratischen Werbungen u[nd] erwähnte die von den Tabakpflanzern in Speyer ausgesprochene Drohung, sozialdemokratisch zu wählen, sofern von seiten der Regierungen keine Hilfe erfolge[3], eine Drohung, die er, Redner, nicht ernst nehmen könne.

Außer den Genannten sprachen noch der Vorstand des Landwirtschaftlichen Vereins[4] u[nd] der Bürgermeister des Orts.[5] Letzterer zollte der bad[ischen] Reg[ierung] warme Anerkennung für ihre Fürsorge für die Landwirtschaft u[nd] feierte den Landesherrn als Beschützer u[nd] Förderer derselben, meinte aber, es müsse noch mehr als bisher geschehen, um den Landwirten aufzuhelfen.

Die im Rathaussaal u[nd] zum größeren Teile auf dem Marktplatze versammelten Zuhörer wurden schließlich durch den im Bezirke ansässigen Gutsbesitzer Wießner[6] aufgefordert, dem Bunde der Landwirte beizutreten.

In verschiedenen nationalliberalen Versammlungen wurde neuerdings hier der Bund der Landwirte von einzelnen Rednern ebenfalls, aber mit dem Zusatze erwähnt, daß derselbe als norddeutsche Interessenvereinigung für badische Verhältnisse nicht passe.[7]

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 81 fol. 52f., eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Suchsland, Heinrich Dr., 1893–1897 Direktor des BdL.
[2] 16. April 1893.
[3] Vgl. Nr. 533a Anm. 1.
[4] Julius Schiek.
[5] Heinrich Neuwirth.
[6] Wießner, Georg, Gutsbesitzer und Bürgermeister in Urphar.
[7] Vgl. Nr. 545.

533 d. Eisendecher an Caprivi

Karlsruhe, 21. April 1893

Der Vorstand des auf Veranlassung u[nd] durch Mitglieder der ultramontanen Partei Badens gegründeten u[nd] bereits weitverbreiteten Badischen Bauernvereins veröffentlicht an der Spitze des heutigen Badischen Beobachters[1] die hier ehrerb[ietigst] beigeschlossene Erklärung über den Standpunkt dieses Vereins gegenüber dem Bunde der Landwirte sowie über des ersteren Ziele u[nd] Bestrebungen.

Die Erklärung ist wahrscheinlich von dem Schriftführer u[nd] Hauptbegründer des Vereins, dem L[and]tagsabgeord[neten] Pfarrer Gerber, verfaßt worden, der zwar dem extremen Flügel der Partei angehört, aber in den letzten Jahren weit gemäßigter u[nd] zurückhaltender auftrat als sein Kollege Wacker.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 81 fol. 54, eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] (Nr. 90 vom 21. April 1893). Der Vorstand des Bad. Bauernvereins begrüßte es, „daß unsere Standesgenossen im Osten des Reiches den hohen Wert einer festen Organisation der Bauern erkannt haben", und erklärte sich bereit, ein Zusammengehen „von Fall zu Fall gewissenhaft zu prüfen", ob es „uns angemessen und dem Interesse unseres Standes nützlich erscheint". Der Bauernverein sei eine feste Organisation, „die sich als gut und segensreich seit einer Reihe von Jahren erwiesen hat, die wir daher schützen und erhalten müssen". „Standesbewußtsein" und Heimatliebe verlangten, „jede fremde Einmischung in unsere eigenen Angelegenheiten mit Entschiedenheit ab[zu]lehnen". Forderungen nach „Schutz der einheimischen Produktion, Entlastung des Grundbesitzes, gerechtere Verteilung der Lasten, Verhinderung des Börsenspiels, insbesondere an der Produktenbörse", Beibehaltung des Identitätsnachweises für Getreide, Abschaffung der Staffeltarife. Statutengemäß „halten wir jede Art von Parteipolitik von der Tätigkeit unseres Vereins ausgeschlossen" und „sind daher auch nicht in der Lage, auf die Wahlen irgendwelchen Einfluß auszuüben"; wir lehnen Bestrebungen ab, „welche dahin zielen, die verfassungsgemäß gewährleisteten Rechte der Krone oder einer Kategorie von Staatsbürgern zu beeinträchtigen. Offenburg, den 11. April 1893. Josef Morgenthaler. J. Schüler. K. Hodapp. Gerber, Schriftführer" (Ebd.). Vgl. Nr. 545.

533 e. Eisendecher an Caprivi

Karlsruhe, 21. April 1893

E[w.] E[xz.] habe ich die Ehre, beifolgend einen Artikel des leitenden Organs der badischen Ultramontanen betr[effend] das Zentrum u[nd] die Militärvorlage pp. zu überreichen.[1]

Der Artikel erwähnt insbesondere die Gerüchte, welche sich auf eine mögliche od[er] wahrscheinliche Spaltung der Zentrumsfraktion anläßlich der Entscheidung über die Vorlage beziehen u[nd] versichert, daß eine solche Spaltung keineswegs bevorstehe. Einzelne Mitglieder der Fraktion könnten immerhin ihre eigenen Wege gehen, das sei wohl möglich, aber von einer namhaften Abschwenkung könne nicht die Rede sein, die Vorlage werde zweifellos im Reichstage weder angenommen noch werde mit Hilfe des Zentrums ein Kompromiß zustande kommen.[2]

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 81 fol. 55, eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Bad. Beobachter, Nr. 90 vom 21. April 1893.
[2] Vgl. Nr. 536.

565a. Eisendecher an Caprivi

Karlsruhe, 9. Dezember 1893

Die Beratung der Anträge u[nd] Interpellationen betr[effend] die Reichssteuerprojekte in der bad[ischen] 2. Kammer hat bereits 2 Sitzungen in Anspruch genommen u[nd] soll am 11. d. Mts. zu Ende geführt werden. Bei dem allgemeineren Interesse, welches diese Beratung bis jetzt bot, darf ich das Referat der K[arlsruher] Z[ei]t[un]g über die beiden Sitzungen schon heute hier g[anz] g[ehorsamst] beifügen[1] u[nd] den Schluß demnächst nachliefern.

Die Großh[erzogliche] Reg[ierung] hatte gegenüber der ziemlich allseitigen Abneigung gegen die geplanten Gesetze keinen leichten Stand, sie mußte angesichts der von den Oppositionsparteien erhobenen Vorwürfe u[nd] Anklagen aus ihrer beabsichtigten Reserve heraustreten u[nd] verteidigte ihre Haltung mit Glück u[nd] Geschick.

Herr Staatsminister Nokk betonte zunächst dem freisinnigen Abgeordneten Muser gegenüber (welcher sich wegen des Ausdrucks, die Militärvorlage sei nicht auf dem geraden Wege der Ehre durchgeführt worden, einen Ordnungsruf zugezogen hatte) die Notwendigkeit der Zustimmung zur Militärvorlage; später begründete der Leiter des Finanzministerium[s] in längerer sachlicher Darlegung die Stellungnahme der Reg[ierung] zur projektierten Wein- u[nd] Tabaksteuer, u[nd] der beifällig aufgenommene klare Vortrag verfehlte offenbar seinen Eindruck auf die Kammer nicht. Die Anträge pp. betrafen vornehmlich diese beiden Steuern, nur von freisinniger Seite wurde auch die Quittungs- u[nd] Frachtbriefsteuer in den Antrag einbezogen. Im Laufe der Verhandlung kamen aber auch andere Gegenstände, wie die oben schon erwähnte Militärvorlage, das Jesuitengesetz, die Reichsfinanzreform überhaupt sowie die sog[enannte] 40 Millionen-Liebesgabe, die Zuckerprämie u[nd] das preußische Defizit zur Sprache.

Zwei Redner, der freisinnig-demokratische Führer Muser u[nd] der rabiate Sozialist u[nd] Atheist Dr. Rüdt, richteten ziemlich heftige Angriffe gegen Preußen, der erstere meinte, die treibende Kraft der Reichsfinanzreform sei das preußische Defizit, u[nd] Rüdt sagte, die preußische Ausbeutung sei unerträglich geworden, u[nd] der weiteren Verpreußung Badens müsse ein Riegel vorgeschoben werden.

Der Präsident bezeichnete die erstere Äußerung Rüdts als unzulässig, u[nd] die nationalliberalen Abgeordneten Fieser u[nd] Kiefer wiesen die preußenfeindlichen Ausfälle energisch zurück. – Herr Fieser sprach in seiner Rede zugleich den Wunsch aus, daß der Kammer die Schriftstücke u[nd] Protokolle des Reichstages sofort nach ihrem Erscheinen zugänglich gemacht würden, welcher Anregung Minister v. Brauer Folge zu geben sich bereit erklärte. Der ultramontane Wortführer u[nd] Demagoge Wacker ging in seinen Äußerungen wie gewöhnlich etwas weit u[nd] erhob heftige Anklagen gegen die hiesige Reg[ierung]. Er hielt sich indessen klüglich in solchen Grenzen, daß der Präsident nicht einzuschreiten brauchte.

Ich beehre mich, schließlich ganz gehorsamst zu bemerken, daß die Gr[oßherzogliche] Reg[ierung] im ganzen von dem bisherigen Verlauf der Beratung nicht unbefrie-

digt ist u[nd] daß sie bei dem bevorstehenden Schluß der Diskussion keine weiteren Zwischenfälle oder besonders beachtenswerte Auslassungen von den noch angemeldeten 11 Rednern erwartet.[2]

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 81 fol. 152f., eig. Konz.; Marg.: „abges. 10./12.93".

[1] 8. Sitzung II. Kammer vom 6. Dez. 1893, in: Karlsruher Zeitung, Nr. 338 vom 8. Dez. 1893.
[2] Vgl. Nr. 566.

578a. Eisendecher an Caprivi

Karlsruhe, 26. Juli 1984

Am vergangenen Sonntag fand in Offenburg eine Konferenz der badischen Sozialdemokratischen Partei statt, in welcher die Meinungsverschiedenheiten der beiden Parteiführer, der Abgeordneten Dreesbach und Dr. Rüdt, zur Sprache gebracht wurden. Beide Herren verteidigten in längeren Reden ihre namentlich in der Ordensfrage divergierenden Ansichten. Bekanntlich hatte Rüdt in dieser Frage mit den Liberalen gestimmt, während Dreesbach und Stegmüller den ultramontanen Standpunkt vertraten.[1]

Die Konferenz gab dem Dr. Rüdt Recht und tadelte seine beiden Kollegen, worauf Dreesbach zornig das Lokal verließ; Stegmüller war nicht erschienen und hatte angeblich geschrieben, daß ihm die Reise zu teuer sei, um sich dem Scherbengericht der Konferenz zu unterwerfen.

Es wurden schließlich zwei Resolutionen, betreffend die notwendige Einigkeit der Partei in der Kammer und betreffend die wünschenswerte Mandatsniederlegung durch den Abgeordneten Stegmüller, angenommen.

Vorlage eines Berichts des Badischen Landesboten.[2]

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 83 fol. 91, Ausf.; Marg.: „abges. eod."

[1] Nr. 576–578; vgl. Nr. 591, 595.
[2] Nr. 170 vom 26. Juli 1894.

589a. Eisendecher an das Auswärtige Amt

Karlsruhe, 16. Januar 1895

Hiesige Regierung kann nach gestriger Beratung, wie ich vertraulich erfahre, der Tabaksteuervorlage[1] nur dann zustimmen, wenn entweder 45 Mark Zoll oder 40 Prozent Steuer für Schneidetabak festgesetzt wird. Angeblich hat Herr Finanzminister Miquel darüber seinem badischen Kollegen bestimmte mündliche Zusagen gemacht.[2] Herr v. Jagemann soll dementsprechend instruiert werden.[3]

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 85 fol. 5, eig. Telegrammkonz.; Marg.: „chiffriert u. abges. eod. 12 Uhr 40 p. m."

[1] Vgl. Nr. 591a Anm. 1.
[2] Vgl. Nr. 590a.

[3] Jagemann an Reck vom 9. Nov. 1894 (Gedr. *Fuchs* III S. 365); Jagemann an Brauer vom 19. Dez. 1894 (Gedr. *Fuchs* III S. 381).

590a. Eisendecher an Hohenlohe-Schillingsfürst

Karlsruhe, 21. Januar 1895[a]

E[w.] D. verfehle ich nicht, ehrerb[ietigst] zu melden, daß mir H[er]r Min[ister] v. Br[auer] vertr[aulich] seine lebhafte Befriedigung über das in der Tabaksteuerfrage erzielte Einverständnis ausdrückte.[1] Der Min[ister] meinte, man sei hier durch die Normierung des Steuersatzes für Rauchtabak auf 40% in der Lage, die Vorlage dem Lande gegenüber zu vertreten, wenngleich man dabei in der Presse u[nd] im Landtage noch auf heftigen Widerstand stoßen werde. Die Gr[oßherzogliche] Reg[ierung] sehe ein, daß Preußen nicht wohl weitergehen könne, u[nd] man sei hier reichstreu genug, um nunmehr im Bundesrat freudig für das Ganze zu stimmen.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 85 fol. 9, eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[a] Vorlage irrtümlich: 1891.

[1] Vgl. Nr. 589a.

591a. Eisendecher an Hohenlohe-Schillingsfürst

Karlsruhe, 5. März 1895

Die Tabakinteressenten im Süden agitieren fortgesetzt mit großer Lebhaftigkeit gegen das projektierte Fabrikatssteuergesetz.[1]

Eine aus Baden u[nd] den Nachbarländern stark besuchte Versammlung hat auch am 3. d. Mts. in Mannheim energisch gegen die Vorlage Front gemacht u[nd] eine Resolution angenommen, welche jede Mehrbelastung des Tabaks als gefährlich, das System der Wertbesteuerung als unvereinbar mit einer gedeihlichen Fortentwicklung des Gewerbes bezeichnet und die Ablehnung der Vorlage dringend befürwortet.

Für alle aufrichtigen, billig denkenden Interessenten kann es nicht zweifelhaft sein, daß das Tabakgewerbe sich den beabsichtigten Änderungen mit der Zeit ebenso anbequemen wird wie früheren Neuerungen. Es wird naturgemäß zunächst eine Übergangsperiode überwunden werden müssen, die für die Fabrikanten Nachteile mit sich bringt, aber von einer unerträglichen dauernden Schädigung des Gewerbes kann ernsthaft nicht die Rede sein. Auch die Drohung freisinniger Blätter, daß mit Annahme der Vorlage 14 Fabriken in u[nd] bei Mannheim geschlossen werden müßten, entspricht sicher nicht der Wahrheit.

Vorlage des Referats über die Mannheimer Versammlung im Badischen Landesboten.[2]

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 85 fol. 15, eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Am 13. Mai wurde die Tabaksteuervorlage im Reichstag in 2. Lesung abgelehnt (*Schultheß* 1895 S. 140).

[2] Nr. 54 vom 5. März 1895.

760a. Eisendecher an Hohenlohe-Schillingsfürst

Karlsruhe, 13. April 1899

Das preußisch-hessische Eisenbahnübereinkommen[1] bildet in der badischen radikalen und ultramontanen Presse fortgesetzt einen Gegenstand heftiger Polemik gegen Preußen. Der demokratische Landesbote brachte am 5. d.Mts. einen langen Artikel unter dem Titel „Preußische Gewaltpolitik", in welchem die Schädigung Badens und die drohende Gefahr einer wirtschaftlichen Vergewaltigung durch Preußen des näheren erörtert werden. Dasselbe Blatt sucht in der folgenden Nummer auch nachzuweisen, daß der projektierte Mittellandkanal lediglich eine preußisch-partikularistische Bedeutung habe.[2]

Die Großherzogliche Regierung gibt eine Benachteiligung der badischen Eisenbahninteressen um etwa 650000 Mark durch die preußisch-hessische Gemeinschaft ohne weiteres zu, weist aber die übertriebene radikale Kritik zurück und steht Preußen gegenüber durchaus auf dem Standpunkt freundschaftlicher Verständigung; sie erkennt an, daß Preußen unter den obwaltenden Umständen und bei Wahrung der eigenen Interessen kaum hätte anders vorgehen können, würde aber auf eine etwaige Aufgabe der badischen Selbständigkeit im Eisenbahnressort auch bei nachweisbarem finanziellen Vorteil nicht eingehen.[3] Die gesamte öffentliche Meinung und alle Parteien halten unbedingt wenigstens einstweilen an der bisherigen selbständigen Verwaltung fest.

Naturgemäß wird die neuerliche Eisenbahndebatte in der württembergischen Kammer in den hiesigen Blättern eifrig, und zwar vorwiegend im partikularistischen Sinne, besprochen, Herr v. Woellwarth[4] findet dabei für seine Anschauungen keine Anhänger. Das konservative Organ, die Bad[ische] Landpost[5], betont am Schlusse einer längeren Auslassung über die Eisenbahnfrage, daß man die Eisenbahnhegemonie Preußens nicht sowohl aus partikularistischem Interesse als wegen der wenig verkehrsfreundlichen preußischen Tarifpolitik bedauern müsse, in Preußen blühe ein „rücksichtsloser Fiskalismus".

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 92 fol. 29f., eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Am 23. Juni 1896 erwarben Preußen und Hessen-Darmstadt die Ludwigsbahn und bildeten eine Eisenbahnbetriebs- und Finanzgemeinschaft (*Schultheß* 1896 S. 99, 133).

[2] Bad. Landesbote, Nr. 79 vom 5. April 1899; Nr. 80 vom 6. April 1899. Vgl. Nr. 756, 769, 794.

[3] Süddeutsche Reichskorrespondenz, Nr. 14 vom 31. März 1899.

[4] Woellwarth-Lauterburg, Georg Freiherr v. (1836–1919), Mdwürtt. I. K. Als Anhänger eines Reichseisenbahnprojekts stellte Woellwarth in der württ. Kammer den Antrag auf Beitritt Württembergs zur preuß.-hess. Eisenbahngemeinschaft (Vgl. Bodman an Brauer vom 7./12. April 1899, gedr. *Fuchs* IV S. 137f., 139f.).

[5] Nr. 79 vom 6. April 1899.

770a. Eisendecher an Hohenlohe-Schillingsfürst

Karlsruhe, 20. September 1899

Die Ernennung der Herr[e]n Präsidenten der b[adischen] Ministerien des Inneren u[nd] der Finanzen, Eisenlohr u[nd] Dr. Buchenberger, zu wirklichen Ministern hat in

erfreulicher Weise gezeigt, daß diese hochverdienten u[nd] fähigen Ressortchefs das volle Vertrauen des Landesherrn besitzen.

Naturgemäß ist die gesamte ultramontan-radikale Opposition, die namentlich dem Herrn Eisenlohr feindlich gegenübersteht u[nd] s[einer]z[ei]t in der Kammer die Komödie des Mißtrauensvotums[1] gegen denselben in Szene setzte, von dessen Beförderung nicht sonderlich erbaut. Die Zentrums- u[nd] Demokratenpresse wird es daher an gehässigen Kritiken nicht fehlen lassen.

Meines Wissens sind bisher in Baden die vier Ressorts der Regierung noch niemals gleichzeitig von Ministern besetzt gewesen.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 92 fol. 66, eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Nr. 717, 718.

786a. Eisendecher an Hohenlohe-Schillingsfürst

Karlsruhe, 2. Februar 1900

Die allgemeine Budgetdebatte in der bad[ischen] Zweiten Kammer wurde ohne besonders bemerkenswerte Zwischenfälle am 29. v. Mts. zu Ende geführt. Gegen den Schluß verschärfte sich der Ton der Beratung etwas, blieb aber doch in den Grenzen sachlicher Erörterung.[1]

Auch die Flottenfrage[2] fand Erwähnung. Man gewann dabei den Eindruck einer gewissen Abnahme des bisherigen schroffen Widerstandes des badischen Ultramontanismus gegen jede Vermehrung unserer maritimen Wehrkraft. Der Zentrumsführer Wacker ließ sich dahin vernehmen, daß dem Deutschen Reich ein möglichst großer Anteil an dem Welthandel gebühren u[nd] auch in Zukunft erhalten werden solle, diesen Interessen müsse eine Machtstellung zur See entsprechen, womit allerdings nicht gesagt sei, daß man nun auch unbesehen jeder Flottenvorlage zustimmen müsse. Das wichtigste Moment bilde die Deckungsfrage, er für seine Person werde diese Frage nicht so leicht nehmen, wie sie augenscheinlich von seiten der Vertreter der Bundesstaaten aufgenommen worden sei.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 94 fol. 75, eig. Konz.; Marg.: „abges. 3./2.00".

[1] Vgl. Nr. 786.
[2] Vgl. Nr. 789 Anm. 6.

786b. Eisendecher an Hohenlohe-Schillingsfürst

Karlsruhe, 25. Februar 1900

Bei Beratung des Budgets des Gr[oßherzoglichen] Finanzministeriums am 22. d. Mts.[1] wurde in der bad[ischen] Zw[eiten] Kammer die Flottenvorlage[2], insbesondere die Deckungsfrage, ziemlich eingehend erörtert.

Der Berichterstatter Abg[eordneter] Gießler (Zentr[um]) bemerkte zunächst, daß es im Falle der Genehmigung der Vorlage wichtig sei, über die Rückwirkung der Kosten auf

die Einzelstaaten ein Urteil zu gewinnen, vom finanziellen Standpunkt sei die Aufbringung der Kosten durch die Einzelstaaten unerwünscht, dieser Weg sei aber immer noch besser als die Einführung indirekter neuer Reichssteuern. Der Vorschlag einer Tabakfabrikatssteuer z. B. sei nicht akzeptabel. Dagegen wäre ein Zuschlag zur Einkommensteuer für die Bundesstaaten eher annehmbar.

Demgegenüber polemisierte der volksparteiliche Führer Muser gegen die geplante Verstärkung der Flotte u[nd] gegen erhöhte Steuern. Er tadelte dabei die Agitation gewisser Flottenfürsprecher, die dem Volke einen Krieg mit England in Aussicht stellten, u[nd] wünschte schließlich die Ansicht des Finanzministers über eine Reichserbschaftssteuer zu hören.

Dr. Buchenberger legte alsdann in gewohnter klarer u[nd] formgewandter Weise die Notwendigkeit der Erweiterung unserer Seemacht sowie die Möglichkeit der Kostenaufbringung dem Hause dar. Eine präzise Antwort auf die Deckungsfrage lehnte er ab, bemerkte aber, daß ein Teil der Kosten vermutlich auf dem Anleiheweg, ein anderer auf die laufenden Einnahmen zu übernehmen sein würde. Selbst wenn man zu dem unerwünschten Mittel der Erhöhung der Matrikularbeiträge schreiten sollte, sei indessen damit noch durchaus keine unerträgliche Situation geschaffen. Der Minister sagte ferner, daß angesichts der finanziellen u[nd] wirtschaftlichen hocherfreulichen Gesamtlage im Reiche die Bundesregierungen mit Recht von der Vorlage besonderer Deckungsprojekte hätten absehen können, es läge kein Bedürfnis vor, Steuern auf Vorrat bewilligen zu lassen. Mit Bezug auf die Kräftigung unserer Seemacht erinnerte Herr Buchenberger an das Wort Schmollers:[3] „Machtförderung ist Wirtschaftsförderung" u[nd] meinte, Schmoller hätte hinzusetzen können, nicht nur Wirtschaftsförderung, sondern auch Förderung der Steuerkraft der Bevölkerung.

Der Zentrumsabg[eordnete] Hug, Präs[ident] d[er] Budgetkommission, dankte dem Minister für seine Ausführungen u[nd] erklärte sich ausdrücklich als Freund einer starken Flotte, machte aber seine Stellungnahme von der Lösung der Deckungsfrage abhängig. Der Sozialdemokrat Fendrich wies darauf hin, daß der württembergische Min[ister] v. Mittnacht einer Beamtendeputation erklärt habe, wenn die Flotte bewilligt werde, könnten die Herren ihre Wünsche auf lange Zeit begraben. Die Sozialdemokratie sage: keinen Mann u[nd] keinen Groschen.

Vorlage des Sitzungsreferats der Karlsruher Zeitung.[4]

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 94 fol. 81 f., eig. Konz.; Marg.: „abges. 26./2.00".

[1] 36. Sitzung II. Kammer vom 22. Febr. 1900.

[2] Vgl. Nr. 789 Anm. 6.

[3] Schmoller, Gustav (1908: v.) (1838–1917), Nationalökonom, 1864 Professor in Halle, 1872 in Straßburg, 1882 in Berlin, 1872 Mitbegründer, ab 1890 Leiter des Vereins für Sozialpolitik, seit 1881 Herausgeber von Schmollers Jahrbuch, 1884 Mitglied des preuß. Staatsrats, MdPrHH seit 1899.

[4] (Beilage), Nr. 56 vom 25. Febr. 1900.

786c. Miquel an Hohenlohe-Schillingsfürst

Karlsruhe, 21. März 1900

In der letzten Sitzung der Zweiten Kammer wies der nat[ional]lib[erale] Abgeordnete Obkircher auf die Gefahren hin, welche die Einwanderung fremder Arbeiter zur Folge habe. Während im Osten Deutschlands die Zahl der slawischen und polnischen Saisonarbeiter stetig wachse, würden in Baden die Italiener nicht nur zu sämtlichen größeren Erdarbeiten herangezogen, sondern ließen sich hier auch mehr und mehr als Berufsarbeiter, als Handwerker, nieder. Diese Bewegung führe zu einer Benachteiligung der deutschen Arbeiter und bringe zudem die Gemeinden in Verlegenheit, sobald die Italiener unterstützungsbedürftig würden, da die letzteren zum größeren Teil nicht im Besitz geeigneter Nachweise über Staats- und Ortsangehörigkeit seien. Ferner gäben die Italiener auch auf dem Gebiete der öffentlichen Sicherheit viel zu Klagen Anlaß. Sie neigten zur Trunksucht, Rauflust und zu Sittlichkeitsvergehen. Diesen Übelständen müsse dadurch ein Ende gemacht werden, daß von ausländischen Arbeitern Leumundszeugnisse und genaue Ausweispapiere verlangt würden. Sei dies nach den bestehenden Verträgen nicht möglich, so solle man den Abschluß eines neuen Vertrages mit Italien vorbereiten, welcher nach Art des deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrages den Behörden ein weitergehendes Recht den Arbeitern gegenüber einräume.

Zu diesem Vorschlage verhielt sich der Minister des Innern ablehnend. Manche Bauten, vor allem die Eisenbahnbauten, so legte er dar, hätten in Baden ohne die Italiener überhaupt nicht ausgeführt werden können, es sei sogar zu bedauern, daß die Italiener sich nicht auch gern zu ländlichen Arbeiten hergäben, da der Arbeitermangel auf dem Lande der Abhilfe bedürfe. Eine Vertragsänderung sei also eher schädlich als nützlich, weil sie die Einwanderung hemmen werde. Es könne genügen, daß die Regierung eine Verfügung erlassen habe, laut welcher diejenigen ausländischen Arbeiter, welche sich eines Vergehens schuldig gemacht haben, sofort ausgewiesen werden müßten.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 94 fol. 93f., eig. Konz.; Marg.: „abges. 22./3.00".

788a. Miquel an Hohenlohe-Schillingsfürst

Karlsruhe, 27. März 1900

Die Stimmung ist hier der Flottenvermehrung dauernd günstig. In den letzten Tagen hat sich geradezu eine Ungeduld bemerkbar gemacht, weil man die Flottenvorlage durch die Verhandlungen über die Lex Heinze und das Fleischbeschaugesetz in den Hintergrund gedrängt glaubte. Über die nachteilige Wirkung, welche in hiesigen Kreisen von der Lex Heinze für die Flottenvorlage befürchtet wurde, ist schon an anderer Stelle gehorsamst Bericht erstattet worden.[1]

Die nationalliberalen Blätter[2] schreiben die Schuld an der Verzögerung dem Zentrum zu. Durch ihren herausfordernden Ton wollen sie dieses aus der Reserve herauslocken und es zwingen, offen Farbe zu bekennen. Das hiesige Zentrumsorgan, der Badische Beobachter[3], geht jedoch hierauf nicht ein, sondern vermeidet es, das Thema näher zu berühren. Seine kurzen Bemerkungen lassen nicht darauf schließen, daß ihm die Begei-

sterung für die Flotte besonders willkommen sei. Der Grund dazu ist ergo nur in der Absicht zu sehen, sich vor Erledigung der Deckungsfrage nicht zu binden.

Der Finanzminister sagte mir, er werde zur Besprechung der Kostendeckung demnächst nach Berlin fahren. Unterdessen versäumen die regierungsfreundlichen Parteien nicht, der[a] Flotte neue Freunde zu gewinnen und dem Reichstage vor Augen zu führen, daß die Mehrheit des Volkes für die Vorlage ist. Es zeigt sich, wie nachhaltig die geschickte Agitation gewirkt hat. Mit einem gewissen Stolz darauf, daß gerade Süddeutschland den Plänen der Reichsregierung großes Verständnis entgegenbringt, wird zu einer Massenpetition zugunsten der Flotte aufgefordert. Die Anregung hierzu geht von München aus. Der Alldeutsche Verband nimmt sich u. a. der Verbreitung der Petition an, welche jedenfalls großen Anklang finden wird.

Am nächsten Sonntag treten hier sämtliche Handelskammern Badens zu einem allgemeinen Handelstage zusammen. Sie wollen sich bei dieser Gelegenheit für die Notwendigkeit der Flottenvermehrung aussprechen und dieser Überzeugung in einem Beschlusse Ausdruck verleihen.

Vorlage von Preßstimmen über die Flottenvorlage.[4]

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 94 fol. 102f., eig. Konz.; Marg.: „abges. 28./3.00".

[a] Vorlage irrtümlich: um der.
[1] Nr. 788; vgl. Nr. 789.
[2] Bad. Presse, Nr. 67 vom 21. März 1900.
[3] Nr. 66 vom 23. März 1900.
[4] Anm. 2, 3; Bad. Landpost, Nr. 68 vom 21. März 1900.

796a. Eisendecher an Hohenlohe-Schillingsfürst

Karlsruhe, 20. Mai 1900

Der demokratische Bad[ische] L[andes]bote brachte am 19. d. Mts. an leitender Stelle den hier geh[orsamst] beigeschlossenen Artikel[1] über die Rheinfahrt der Torpedoboote[2] unter dem der Köln[ischen] V[olks]z[eit]t[un]g entlehnten Titel: „Keine Reklamefahrt".

Der Schreiber wendet sich darin gegen das Zentrum u[nd] meint, alle Phrasen der ultramontanen Blätter könnten dasselbe nicht von dem Vorwurf befreien, daß es mit der Bewilligung der Flotte selbstsüchtige Ziele verfolge. Man wolle von der Reichsreg[ierung] bei den Handelsverträgen[3] eine Erhöhung der Getreidezölle erpressen, die Annahme der Flottenvorlage werde also höhere Brotpreise im Gefolge haben. Dem Zentrum könne man nicht trauen, da seien die ehrlichen Politiker, welche aus Überzeugung jede Vermehrung unserer Wehrkraft bewilligen, doch vorzuziehen.

Durch solche Kritiken erleidet die an u[nd] für sich höchst unlogische Freundschaft der hiesigen Demokratie mit den Ultramontanen einige Einbuße. Auch in Sachen der sog[enannten] Lex Heinze stehen sich diese sonst verbündeten Wahlbrüder feindlich gegenüber.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 94 fol. 135, eig. Konz.; Marg.: „abges. 21./5.00".

[1] Bad. Landesbote, Nr. 116 vom 19. Mai 1900.
[2] Nr. 797, 798.
[3] Vgl. Nr. 811 Anm. 1.

798a. Eisendecher an Hohenlohe-Schillingsfürst

Karlsruhe, 25. Mai 1900

Der heute stattfindenden Ersatzstichwahl im Reichstagswahlkreise Offenburg-Kehl zwischen dem Zentrumskandidaten Landwirt u[nd] Landtagsabgeordneten Schüler u[nd] dem nationalliberalen Landeskommissär G[eheimen] Ob[er]reg[ierungs]r[at] Reinhard sieht man hier mit einiger Spannung u[nd] besonderem Interesse entgegen, weil das Ergebnis in erster Linie von dem Verhalten der sozialdemokratischen Wähler abhängt. Bisher hatte bekanntlich die Sozialdemokratie bei allen Wahlen das Zentrum unterstützt, sobald es sich um Beseitigung eines nationalliberalen Gegners handelte. Jetzt erging indessen von der sozialistischen Parteileitung die direkte Weisung an die Genossen, für den liberalen Bewerber zu stimmen. Das sozialdemokratische Organ motiviert diese Weisung namentlich mit der Haltung des Zentrums in Sachen der sog[enannten] Lex Heinze[1] u[nd] hält mit Vorwürfen gegen die ultramontanen Fanatiker nicht zurück.

Leider ist Geh[eimer] Rat Reinhard seit Wochen krank u[nd] nicht fähig gewesen, selbst im Wahlkreise zu reden. Infolgedessen hält man hier, trotz des erwarteten sozialdemokratischen Stimmenzuwachses, das Wahlresultat noch für recht unsicher.[2]

Einzelne hiesige Politiker vermuten auch, daß die öffentliche an die Genossen ausgegebene Parole vielleicht nicht ernst gemeint sei u[nd] daß unterderhand doch für Schüler agitiert werde. Letzterer hat, wie ich geh[orsamst] bemerke, den Ruf eines durchaus gemäßigten einfachen Landwirtes, der die Verhältnisse über seine engere Heimat hinaus wenig kennt u[nd] politisch im Reichstage jedenfalls keine Rolle spielen würde.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 94 fol. 138, eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Vgl. Nr. 788, 793.
[2] Vgl. Nr. 799.

800a. Eisendecher an Hohenlohe-Schillingsfürst

Karlsruhe, 8. Juni 1900

Die im Reichstage nunmehr erfolgte Annahme der Flottenvorlage ruft hier wie anderswo in allen einsichtsvollen u[nd] nicht parteiblinden Kreisen lebhafteste Befriedigung hervor. Man zollt S. M. dem Kaiser u[nd] Könige wärmsten Dank für die energische und konsequente Initiative, die in erster Linie zur Stärkung unserer maritimen Wehrkraft führte. Auch dem Herrn Staatssekretär d[es] Reichsmarineamt[s] wird für seine erfolgreiche Tätigkeit allseitige Anerkennung zuteil. M[eines] Erachtens unterliegt es keinem Zweifel, daß die im R[eichs]marineamt veröffentlichten od[er] von dort veranlaßten Schriften pp. in weiten Schichten des Volkes einen radikalen Umschwung der Stimmung zugunsten der Marine herbeigeführt haben.[1]

Vorlage eines Leitartikels der Karlsruher Zeitung.[2]

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 94 fol. 143, eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Vgl. Nr. 792 Anm. 4, 5.
[2] Nr. 138 vom 20. Mai 1900.

821a. Eisendecher an Bülow

Baden, 7. Dezember 1900

Am 4. d. Mts. hat der 13. Badische Handelstag, bestehend aus den Vertretern der Handelskammern des Landes, folgende von Mannheim ausgegangene Resolution angenommen:

Der Badische Handelstag, geleitet von der Erkenntnis, daß der erfreuliche wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands im letzten Jahrfünft im wesentlichen den in den Jahren 1892 bis 1894 vom Deutschen Reiche abgeschlossenen Handelsverträgen zu verdanken ist, spricht seine Überzeugung dahin aus, daß eine gleich gedeihliche Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte des deutschen Volkes für die Zukunft nur dann zu erwarten ist, wenn die erfolgreiche Politik langfristiger Handelsverträge mit einer möglichst großen Zahl anderer Kulturstaaten weitergeführt wird. Als ein geeignetes Mittel zur Fortführung der bewährten bisherigen Vertragspolitik vermag der Badische Handelstag die von einigen Seiten empfohlene Errichtung eines Doppeltarifes nicht anzuerkennen; er empfiehlt vielmehr, an der bewährten Grundlage eines einheitlichen Zolltarifes festzuhalten.[1]

Der Badische Handelstag spricht sich gegen die allgemeine Einführung der Verzollung nach dem Nettogewicht, gegen die gesonderte Verzollung der Warenumschließungen, gegen die Beseitigung der zeitweilig zinsfreien Zollkredite und gegen die Erweiterung der Befugnisse des Bundesrates hinsichtlich der Einreihung im Zolltarif nicht aufgeführter Waren unter die ihnen nach Beschaffenheit und Verwendungszweck am nächsten stehenden zollpflichtigen Warenkategorien aus.

Ein Antrag des Konstanzer Handelskammerpräsidenten[2], welcher sich gegen die etwa beabsichtigte Aufhebung des zollfreien Grenzverkehrs richtet, wurde wegen ungenügender Orientierung der meisten Anwesenden zurückgezogen und nicht beraten.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 94 fol. 223, Abschrift; Marg.: „abges. eod."

[1] Karlsruher Zeitung, Nr. 334 vom 5. Dez. 1900.
[2] Ludwig Stromeyer.

826a. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 23. März 1901

Obgleich in Baden über den neuen Zolltarif, speziell die Getreidezölle, noch gar nichts bekannt ist[1], agitieren im ganzen Lande Sozialdemokraten u[nd] Demokraten eifrig gegen den sogenannten Brotwucher.[2] In zahlreichen Protestversammlungen wird jede Erhöhung der Zölle auf Brotgetreide scharf bekämpft u[nd] als eine grausame Schädi-

gung des armen Mannes gebrandmarkt. Zentrum u[nd] Konservative stehen zu dieser Agitation ziemlich geschlossen im Gegensatz, während bei der Nationalliberalen Partei die Ansichten geteilt sind. Die Leitung u[nd] die Mehrheit der Partei hält eine mäßige Erhöhung im Interesse der Landwirtschaft für geboten, dagegen haben sich fast alle Handelskammern, die einen sehr erheblichen Prozentsatz von liberalen Mitgliedern aufweisen, gegen erhöhte Getreidezölle ausgesprochen.[3]

Gestern fand hier die erste auch von nationalliberalen Politikern mitberufene, aber vorwiegend von Sozialisten u[nd] Volksparteilern besuchte Versammlung statt, in welcher der bayerische Abgeordnete u[nd] Professor Dr. Günther[4] u[nd] der Redakteur u[nd] Assessor v. Gerlach[5] über Handelsverträge u[nd] Brotverteuerung längere Reden hielten u[nd] den agrarischen Ansprüchen scharf entgegentraten. Den Vorsitz führte der bekannte demokratische Stadtrat u[nd] Rechtsanwalt Dr. Weill.

Sofern der zu erwartende Zeitungsbericht über die Erörterungen pp. Interesse bietet, werde ich denselben vorlegen.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 96 fol. 40, eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Vgl. Nr. 833.
[2] Nr. 825.
[3] Vgl. Nr. 821 a.
[4] Günther, Adam Wilhelm Siegmund Dr. (1848–1923), Mathematiker und Geograph, MdR 1878–1884, Mdbayer. II.K., 1886 Professor für Geographie an der TH München, 1901 Mitbegründer der Dt. Gesellschaft für Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften.
[5] Gerlach, Hellmuth v. (1866–1935), Publizist, 1896 Mitbegründer des Nationalsozialen Vereins, FrVg, MdR 1903–1907, 1918/19 Unterstaatssekretär im preuß. Innenministerium, Gründungsmitglied der Dt. Friedensgesellschaft, Herausgeber der „Welt am Montag".

826 b. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 1. Mai 1901

In den letzten Tagen meiner Abwesenheit von hier hat die Frage der Verlegung des Karlsruher Bahnhofes Anlaß zu einem Rücktrittsgesuch des Ministers v. Brauer gegeben. Eine Abordnung der Bürgervereine, welche gegen die bereits vor Jahresfrist beschlossene Verlegung beim Minister vorstellig wurde u[nd] von diesem einen ablehnenden Bescheid erhielt, veröffentlichte demnächst einen Bericht über ihre spätere Audienz[1] bei S. K. H. dem Großherzog, aus dem man entnehmen mußte, daß die Ansichten des Landesherrn in der Frage mit denen des Ministers nicht übereinstimmten. Infolgedessen bot letzterer seinen Rücktritt an. Nachdem sodann in der K[arlsruher] Z[ei]t[un]g[2] jener Bericht der Abordnung offiziös als inkorrekt bezeichnet worden war, bestand Herr v. Brauer nicht weiter auf seiner Entlassung. Die Herren der Abordnung erklären aber nunmehr öffentlich, daß ihre erste Darstellung der Audienz durchaus der Wahrheit entspreche u[nd] insbesondere die Äußerungen S. K. H. des Großherzogs damals vollkommen richtig wiedergegeben seien. Der drohende Konflikt scheint daher indes noch nicht beseitigt.

Es wäre außerordentlich bedauerlich, wenn diese absolut unpolitische u[nd] lediglich lokale Angelegenheit doch noch den Rücktritt des hochverdienten u[nd] schwer zu ersetzenden Ministers v. Brauer herbeiführen sollte.[3]

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 96 fol. 47, eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Audienz vom 27. April 1901.
[2] Nr. 117 vom 30. April 1901.
[3] Bad. Presse, Nr. 101 vom 1. Mai 1901; vgl. Nr. 826c.

826c. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 2. Mai 1901

S.K.H. der Gr[oßherzog] hat durch den Vorstand d[es] Geh[eimen] Kabinetts dem Sprecher der Abordnung der Bürgervereine[1] schreiben lassen, daß er den in der Presse veröffentlichten Bericht betreffend höchstseine Äußerungen über die Bahnhofsfrage bei der der Abordnung erteilten Audienz als zutreffend u[nd] sinngemäß nicht anerkennen könne.[2]

Damit ist wohl die partielle Ministerkrisis beseitigt[3], wenn auch der Sturm in den Zeitungen noch eine Weile fortdauern wird. Nicht ganz mit Unrecht führt der Schwäbische Merkur aus, daß Herr v. Brauer vielleicht etwas zu schroff u[nd] hartnäckig an seinem Standpunkt festhalte, durch seine Haltung sei der Landesherr in eine einigermaßen peinliche Lage gekommen, der Sieg sei damit doch zu teuer erkauft.

Ich finde solche Anschauung hier vielfach vertreten, man könnte sehr wohl die Frage der Verlegung des Bahnhofs nochmals nachprüfen, um so mehr als eigentlich nur die Sozialdemokratische Partei mit wahrhaft fanatischem Eifer für die Verlegung agitiert, während die bürgerlichen Elemente vorwiegend die Höherlegung des jetzigen Bahnhofes befürworten.

Die Aufbauschung der Sache zu einer Haupt- u[nd] Staatsaktion wäre gewiß besser vermieden worden.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 96 fol. 50, eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Rechtsanwalt Ludwig Schneider.
[2] Schreiben v. Babos an Schneider vom 1. Mai 1901 (Zuerst gedr. Karlsruher Zeitung, Nr. 119 vom 2. Mai 1901; entnommen aus Bad. Presse, Nr. 103 vom 3. Mai 1901).
[3] Vgl. Nr. 826b.

826d. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 8. Mai 1901

Der preußische Ministerwechsel[1] regt hier niemanden sonderlich auf, aber alle einigermaßen politisch urteilsfähigen Leute erblicken zweifellos in den von E[w.] E[xz.] durchgesetzten Maßnahmen eine erfreuliche Klärung der innerpolitischen Lage.

Daß es in den Reihen der radikalen Opposition an kritischen Erörterungen nicht fehlt, ist nur natürlich. Die Demokratie beklagt vornehmlich die Fortdauer des bisherigen konservativen Regiments in Preußen, sie hätte liberalere, neue Minister lieber gesehen. Das badische Hauptzentrumsblatt meint am Schlusse einer längeren Betrachtung, man könne mit Ruhe u[nd] Gelassenheit der kommenden Dinge harren. Von klerikaler Seite

wird im übrigen mit Bedauern festgestellt, daß nur ein pr[eußischer] Minister katholisch sei.

In der Presse u[nd] der öffentlichen Meinung tritt fast allgemein eine wenig freundliche Stimmung für den scheidenden Herrn Finanzminister hervor, man erkennt zwar seine hohen Verdienste an, Herr v. Miquel hat sich indessen hier im Süden offenbar nie wirkliche Sympathien zu erwerben vermocht.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 96 fol. 55, eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Am 6. Mai 1901 löste v. Podbielski den Freiherrn Erich v. Hammerstein-Loxten als Landwirtschaftsminister ab; von Brefeld übernahm nun Möller das Handelsministerium, während der bisherige Innenminister Freiherr Georg v. Rheinbaben an Miquels Stelle das Finanzressort leitete und Freiherr Hans v. Hammerstein-Loxten zum neuen Innenminister ernannt wurde.

852a. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 2. Februar 1902[a]

S. K. H. der Gr[oßherzog] v[on] Baden hat mit mir in letzter Zeit mehrfach über die angeblich deutscherseits geplante Anlage von Befestigungen auf den Tüllinger Höhen bei Basel gesprochen u[nd] die Ansicht geäußert, es sei vielleicht in Anbetracht der in der Schweiz dadurch hervorgerufenen Beunruhigung besser, einen solchen Plan vorläufig nicht zur Ausführung zu bringen. Der Hohe Herr meinte, seines Erachtens bestehe in absehbarer Zeit kaum die Gefahr eines französischen Angriffs in der Richtung u[nd] auf dem Wege der Baseler Rheinübergänge, also unter Verletzung der schweizerischen Neutralität, u[nd] andererseits sei es doch ungemein wichtig, die guten nachbarlichen Beziehungen mit der Schweiz möglichst zu erhalten. Er habe die Besorgnis, daß die Sympathien in der Schweiz sich mehr Frankreich zuwenden möchten, wenn wir in der angedeuteten Weise wirklich vorgehen sollten.

Ich konnte S. K. H. auf diese Äußerungen nur antworten, daß mir über die betreffenden Befestigungsabsichten Näheres nicht bekannt sei. Bei der letzten Erwähnung des Gegenstandes erlaubte ich mir, auch auf die kürzlich veröffentliche Darlegung des bekannten schweizerischen Obersten Wille hinzuweisen, der die Befürchtungen seiner Landsleute als unbegründet bezeichnet.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 98 fol. 74, eig. Konz.; Marg.: „abges. 3./2.02".

[a] Vorlage irrtümlich: 1901.

985a. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 24. Januar 1906

Die Karlsruher Zentrumspartei wird den bevorstehenden Geburtstag S. M. d[es] K[aisers] u[nd] K[önigs] diesmal entgegen dem bisherigen Brauch gesondert feiern, sich also an der üblichen allgemeinen Feier der gesamten Bürgerschaft nicht beteiligen.

Die örtliche Parteileitung teilt das in einem in der Presse veröffentlichten Briefe dem

Oberbürgermeister unter der Begründung mit, daß das feindliche Verhalten der Liberalen[1] solchen Schritt notwendig mache.

Das überall als wenig berechtigt angesehene Verhalten des Zentrums erregt unliebsames Aufsehen.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 105 fol. 17, eig. Konz., Marg.: „abges. eod."

[1] Vgl. Nr. 979, 986.

1028a. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 15. Januar 1907

Die Zentrumspresse in Baden wetteifert mit den sozialdemokratischen Blättern in gemeiner Verunglimpfung des gesamten Liberalismus und der Regierungen. Beide großen Parteien arbeiten indessen mit soviel Lügen u[nd] übertreiben in Ton u[nd] Sprache so unklug, daß die Wirkung vielfach ausbleiben muß. Herr Geistl[icher] Rat Wacker, der alle Fäden der Agitation in der Hand hält, soll an Gesichtsrose erkrankt sein, der hiesige Korrespondent des „Schwäbischen Merkur" meint dazu, das ganze Zentrum kranke offenbar auch, und zwar an schwarzer Galle, in nächster Zeit würden wohl auch die „Röteln" hinzutreten.

Sehr verständigerweise hatte die Regierung durch den Staatsminister die Beamtenschaft in einem kurzen Erlaß dringend ermahnt, vollzählig ihr Wahlrecht auszuüben.[1] Der „Beobachter" gerät darüber in die lächerlichste Wut, während das Blatt selbst alle Tage die Katholiken unter heftiger Beschimpfung der Gegner an die Wahlpflicht erinnert.

Der Karlsruher Kandidat des Zentrums, Landgerichtsrat Schmidt, hielt vor kurzem hier in einer Versammlung eine Rede, die an unwahren Behauptungen u[nd] fanatischer Parteiblindheit Unglaubliches leistete, mit Recht rügte die K[arlsruher] Z[ei]t[un]g solch unlauteren Wahlkampf in einem sachgemäßen Leitartikel.[2]

Leider bleibt das Verhalten der vereinigten Konservativen, Bündler u[nd] Antisemiten kurzsichtig u[nd] unerfreulich. Nur in einem Wahlkreise (Lahr) werden sie für den demokratischen Bewerber Heimburger eintreten, aber durch Aufstellung einer gänzlich aussichtslosen Sonderkandidatur in Karlsruhe verhelfen sie womöglich noch dem Sozialdemokraten zum Siege[3], u[nd] in Freiburg vertritt der konservative Führer Herr v. Stockhorner die Ansicht, daß der christliche Glaube die Partei eher an die Seite des Zentrums als zu den Liberalen führen müsse.

Spaltungen im Zentrumslager stehen in Baden kaum in Aussicht, Wacker übt eine derartig strenge Gewaltherrschaft in der Partei, daß niemand zu widersprechen wagt. Selbst adelige Herren wie Gr[a]f Bodman, v. Stotzingen u[nd] andere finden nicht den Mut, dem Parteityrann[en] den Gehorsam zu kündigen.

Bei der vorgestrigen Feier des 75jährigen Bestehens des Karlsruher Gewerbevereins nahm S. K. H. der Großherzog Anlaß, in einer längeren Ansprache die politische Lage zu streifen u[nd] in dringlicher Weise darauf hinzuweisen, daß nationale Gesinnung das Haupterfordernis sei, es gelte, das zu erhalten, was geschaffen worden sei, das könne man nur, wenn die Treue fortbestehe für des Reiches Wohl, Größe u[nd] Ehre.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 107 fol. 5f., eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Nr. 1026 Anlage.
[2] Vgl. Bad. Presse, Nr. 17 vom 11. Jan. 1907; Karlsruher Zeitung, Nr. 11 vom 12. Jan. 1907.
[3] Vgl. Nr. 1028, 1029.

1029a. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 23. Januar 1907

Der Landgerichtsdirektor Fr[ei]h[err] Rüdt v. Collenberg, welcher hier als einer der Leiter der sogenannten Konservativen Partei (Deutsch-Konservative, Christlich-Soziale, Bund der Landwirte, Mittelstandsvereinigung und Deutschsoziale) fungiert, behauptete, die konservativen Wähler seien ohne einen eigenen Kandidaten überhaupt nicht zum Wählen zu bringen, deshalb habe man einen solchen aufstellen müssen. Wenn das zutrifft, was ich bestreiten möchte, so sind die Leute eben nicht richtig geleitet und informiert. Die Führer mußten im vorliegenden Falle unbedingt von einer Sonderkandidatur absehen u[nd] energisch für den Liberalen eintreten, ihre Haltung kommt jetzt lediglich dem Sozialdemokraten zugute.

Herr v. Rüdt sagt, in der Stichwahl werde man geschlossen für den liberalen Bewerber stimmen, aber wenn dieser gar nicht in der Stichwahl erscheint, so tragen lediglich die konservativen Gruppen die Schuld. Sobald die Kandidatur Leutwein scheiterte, war es Pflicht der Konservativen, mit den Liberalen zu gehen.[1] Ich habe das dem Herrn v. Rüdt sehr deutlich vorgehalten.

Den mir heute zugegangenen Wahlaufruf der „Vereinigten nationalen Parteien" darf ich hier geh[orsamst] anschließen.[2]

Zentrum u[nd] Sozialdemokratie agitieren inzwischen in der schamlosesten Weise mit allen erdenklichen lügnerischen Behauptungen. Die katholischen Geistlichen bewahren nach den trüben Erfahrungen bei der letzten Landtagswahl[3] zwar persönlich mehr Zurückhaltung, dagegen ziehen die Mesner u[nd] klerikale Vertrauensleute in ihrem Auftrage von Haus zu Haus u[nd] bearbeiten die Wähler.

Den mir u[nd] meinem einen Diener wie dem Geh[eimen] Hofrat Wiedemann und dessen Sohn im Kuvert mit Wahlzettel durch einen Boten unter die Eingangstür geschobenen Wahlaufruf der Sozialdemokratie *lege ich ebenfalls vor.*[4]

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 107 fol. 15, eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Vgl. Nr. 1028a, 1029.
[2] Gedr. Bad. Landeszeitung, Nr. 35 vom 22. Jan. 1907.
[3] Landtagswahl 1905 (Vgl. Nr. 979, 986, 1036).
[4] Gedr. Volksfreund, Nr. 17 vom 21. Jan. 1907.

1035a. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 17. März 1907

Vorlage des Gesetzes betreffend die badische Landwirtschaftskammer vom 28. September v. J. sowie die zugehörige Wahlordnung vom 8. Januar d. J.[1]

Die Wahlen sollen am 6. April stattfinden; in den Parteien und in der Presse beschäftigt man sich bereits eifrig mit den Vorbereitungen, auch sind die Namen der meisten Kandidaten schon bekannt. Außerbadische größere Blätter wie die Kölnische und die Münchener Allgemeine Zeitung äußern sich ebenfalls zur Sache, bei der die Parteipolitik sehr wesentlich mitspielt und geheime direkte Wahlen für die Land- und Forstwirtschaft treibende Bevölkerung erstmals zur Anwendung kommen.

In der Kammer stimmte das Zentrum geschlossen gegen das Gesetz, trotzdem entfaltet es jetzt mit Hilfe der zahlreichen katholischen Bauernvereine eine fieberhafte Tätigkeit, um seinen Kandidaten zum Siege zu verhelfen. Bündler und Konservative treten in etwa der Hälfte der Wahlbezirke mit eigenen Bewerbern auf, in den übrigen Bezirken sind sie angeblich eher geneigt, das Zentrum als die Liberalen zu unterstützen. Die Stärke der letzteren liegt namentlich in den über das ganze Land verbreiteten [Land-]wirtschaftlichen Vereinen und Genossenschaften. Die Sozialdemokratie bildete im Landtage einen Teil der Mehrheit für das Gesetz; bei den Wahlen kommen die „Genossen" wegen der vorzugsweise ländlichen Wählerschaften weniger in Betracht. Nach den bisher im Großherzoglichen Ministerium des Inneren vorliegenden Berichten scheint eine der Regierung erwünschte liberale Majorität in der Landwirtschaftskammer ziemlich gesichert.[2]

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 107 fol. 74 f., eig. Konz.; Marg.: „abges. 18./3.07".

[1] GVOBl. Nr. XL vom 12. Okt. 1906; Nr. IV vom 2. Febr. 1907.

[2] Von den 42 Mitgliedern der Landwirtschaftskammer wurden 28 Personen in ebensovielen Wahlkreisen gewählt, 10 von land- und forstwirtschaftlichen Verbänden und 4 von der Forst- und Domänendirektion bestimmt. Wahlberechtigt waren Eigentümer, Nutznießer und Pächter land- und forstwirtschaftlich hauptberuflich genutzter Grundstücke. Von 129123 Wahlberechtigten gaben 64607 ihre Stimme ab, davon 22983 (35,7%) für den Landwirtschaftlichen Verein, 33276 (51,6%) für den Bauernverein und 1984 (3,1%) für den BdL (Vgl. Stat. Jahrbuch 37 (1908/09) S. 171).

1062a. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 7. Februar 1908

Nachdem die badische Landwirtschaftskammer in der vorigen Woche ihr Einverständnis mit einer höheren Tabakbesteuerung erklärt hatte, ist gleichzeitig von einer zahlreich besuchten Versammlung von Tabakbauern u[nd]-interessenten in Hochstetten folgende Resolution einstimmig zur Annahme gelangt:

„Die in Hochstetten versammelten Tabakbauer der Bezirke Karlsruhe, Bruchsal u[nd] Rastatt erklären ihr volles Einverständnis mit der in Aussicht stehenden Zigarrenbanderole[n]steuer, da sie keinen Nachteil für den Tabakarbeiter darin sehen, für den Landwirt aber einen großen Vorteil in der Wertsteuer auf Zigarren erblicken; denn die bessere

Qualität der einheimischen Tabake wird beim Verkauf nach Einführung der Zigarrenbanderole[n]steuer mehr wie bisher berücksichtigt werden müssen".

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 109 fol. 133, eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

1092a. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 2. November 1908

Die Veröffentlichung kaiserlicher Äußerungen im „Daily Telegraph"[1] und die demnächstige Erklärung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung"[2] machen auch hier außerordentliches Aufsehen. Man faßt die Vorgänge sehr erregt auf, und in der Presse wie in Kreisen der Regierung herrscht eine ganz ungewöhnliche Erregung. Die Tageszeitungen üben heftigste Kritik, die sich namentlich gegen Ew. D. und gegen das Auswärtige Amt richtet, weil angenommen wird, daß unser allergnädigster Herr den Inhalt des englischen Manuskripts ohne genaue Prüfung weitergegeben habe, um zunächst eine gutachtliche Äußerung abzuwarten.

Auf eine Vorlage von Preßberichten glaube ich verzichten zu dürfen, möchte nur als kurzes Resümee daraus folgendes gehorsamst melden.

Die Kritiken sind großenteils stark übertrieben, leidenschaftlich und unvornehm. Zu Anfang wurde heftig gegen das sogenannte persönliche Regiment polemisiert, weil man zunächst glaubte, daß die Publikation des „Daily Telegraph" ohne Vorfrage bei Ew. D. erfolgt sei. Als dann die freimütige Erklärung[3] erschien, fand diese leider wenig Anerkennung, namentlich die hiesigen Organe des Zentrums und der Demokraten griffen Ew. D. in der schärfsten Weise an. Trotz dieser maßlosen Angriffe habe ich den Eindruck, daß die öffentliche Meinung hier den eventuellen Rücktritt Ew. D. keineswegs gutheißen würde, man ist im Gegenteil S. M. dem Kaiser für die Ablehnung des Entlassungsgesuches dankbar, denn alle halbwege verständigen Politiker müssen begreifen, daß Ew. D. Einsicht und Erfahrung als Leiter der Reichspolitik zur Zeit nicht entbehrt werden kann, daß eine Kanzlerkrisis im höchsten Grade unerwünscht sein würde[4]; das gibt sogar der klerikale „Beobachter" zu, der im übrigen Ew. D. mit gehässigem Hohn überschüttet.

Nicht zu verkennen ist die hier allgemein hervortretende Besorgnis, daß unsere Stellung in der Welt und unsere Vertrauenswürdigkeit gegenüber anderen Mächten durch den unglücklichen Vorgang bedenklich geschädigt sei und daß es schwer sein werde, das verlorene Terrain wiederzugewinnen.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 109 fol. 447f., eig. Konz.; Marg.: „abges. 3./11.08".

[1] 28. Okt. 1908.

[2] 29. Okt. 1908 (Abdruck und Übersetzung in: *Bülow* II S. 352).

[3] Amtliche Erklärung des Reichskanzlers vom 31. Okt. 1908 im „Reichsanzeiger" und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", worin er seinen Abschied anbot.

[4] Am 31. Okt. 1908 berichtete der bad. Gesandte in Berlin Berckheim an Minister Marschall, Staatssekretär Schoen habe ihm bestätigt, daß „ein bedauerliches Versehen des Auswärtigen Amts vorliege. Die veröffentlichte Zusammenstellung der Kaiseräußerungen trägt die Unterschrift des Reichskanzlers, und zwar aus Norderney. Er hat den Inhalt gar nicht gelesen, sondern sich auf zwei Unterschriften, wahrscheinlich des Unterstaatssekretärs und des betreffenden Dezernenten,

verlassen". Beide hatten angenommen, „daß sie nur über den tatsächlichen Inhalt, nicht aber über die Opportunität der Veröffentlichung sich zu äußern hätten, da das letztere Sache des Kanzlers wäre". Die Hauptsache bleibe jedoch, „daß die Person S.M. des Kaisers ausgeschaltet und die Fiktion einer doppelten Politik beseitigt erscheint. Es wird natürlich nunmehr ein Ansturm auf das Auswärtige Amt erfolgen, den dieses bzw. der Kanzler über sich ergehen lassen muß". Möglich wäre aber auch, „daß die ganze Darstellung eine neue, vom Fürsten Bülow erfundene Art der Deckung S.M. des Kaisers sein könnte. Ich möchte es aber beinahe bezweifeln; denn der Vorgang, wie er von Herrn v. Schoen geschildert wurde, trägt bei der unglaublichen augenblicklichen Überlastung des Auswärtigen Amts zu sehr den Stempel der Wahrscheinlichkeit" (GLA 233/34813, masch. Ausf.; Marg.: „E.1./11.08 11½ vorm.; von S.K.H. zurück 6./11.; vom Zirkel im St.M. zurück 9./11."). Berckheim ergänzte am 2. Nov. 1908 geheim, das Auswärtige Amt bzw. Reichskanzler Bülow hätten „eine denkbarst schlechte Presse. Aber auch das große Publikum ist hier in allen seinen Schichten tief erregt, und zwar richtet sich der allgemeine Unwille mehr oder minder verblümt gegen die Person des Monarchen, der selbst merkwürdigerweise den tiefen Ernst der Situation nicht verstehen will oder jedenfalls so tut". So habe er vorgestern v. Schoen gesagt: „Er sei nur froh, daß nun die gewohnte allgemeine Kritik sich nicht mehr mit ihm befasse, sondern sich gegen das Auswärtige Amt richten werde; die Herrn sollten nur sehen, wie sie damit fertig würden! Und dann gehen S.M. unbekümmert wieder für die nächsten 10 Tage auf Jagd nach Österreich und Donaueschingen!" Bethmann Hollweg „findet, daß solange das Deutsche Reich besteht, es keine derartige moralische Niederlage wie die jetzige noch erlitten habe. Die maßgebenden Persönlichkeiten seien sich aber darüber einig, daß Fürst Bülow z u r Z e i t unbedingt auf seinem Posten ausharren müsse, schon der allgemeinen europäischen Konstellation wegen; für eine längere Dauer dürfte es aber wohl kaum mehr sein" (GLA 233/24813, eig. Ausf.; Marg.: „E. 3./11.08; von S.K.H. zurück 6./11.; vom Zirkel in St.M. zurück 9./11.").

1092b. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 6. November 1908

Die Erregung über die vom Daily Telegraph veröffentlichten kaiserlichen Äußerungen scheint sich hier erfreulicherweise etwas zu legen.[1] Mehr u[nd] mehr bricht sich auch die Erkenntnis Bahn, daß E[w.] D. mit der offenen Darlegung der Wahrheit[2] doch das Rechte getroffen u[nd] so S.M. d[en] K[aiser] u[nd] K[önig] vor ungerechten Angriffen in vornehmster Selbstverleugnung bewahrt haben; hie u[nd] da hegt man freilich dabei immer noch den Verdacht, daß die Erklärung der Wahrheit nicht ganz entspreche u[nd] n u r erfolgt sei, um unserem allergn[ädigsten] Herrn die Verantwortung abzunehmen.

Die weitere Klärung der Vorgänge wird sich ja im Reichstage ergeben.[3] Namentlich wünscht man zu erfahren, ob die Preßnachricht zutrifft, nach welcher der Daily Telegraph nur abgerissene Teile eines größeren Manuskriptes ohne Erlaubnis des Verfassers publizierte, ob etwa dieses ganze Manuskript zur Prüfung vorlag u[nd] wer dessen Inhalt prüfte.

Der anfänglich verbreitete Eindruck, daß das engl[ische] Blatt od[er] der Einsender[4] wirklich geglaubt haben könnte, mit der Publikation den deutsch-englischen Beziehungen zu nützen, ist hier so gut wie ganz geschwunden. Die öffentliche Meinung neigt zu der Annahme, daß der zur Zeit noch unbekannte Einsender sich der unheilvollen Wirkung seiner Enthüllung wohlbewußt war. Die Tagesblätter fahren inzwischen fort, die Angelegenheit kritisch u[nd] leider oft in recht gehässigem Ton zu erörtern. Beinahe alle Preßartikel der letzten Tage wenden sich wiederum vorwiegend wie zuerst gegen das sogenannte persönliche Regiment. Man bezeichnet es als unabweislich, daß mit dem

gegenwärtigen System gebrochen werde; es sei Pflicht der Regierung wie des Reichstages, die Vermeidung solcher Geschehnisse in Zukunft sicherzustellen. Unbedingt müsse S.M. mehr Vorsicht u[nd] Reserve in den Äußerungen Ausländern gegenüber walten lassen, so könne es nicht weitergehen. Radikale Zeitungen empfehlen in dieser Beziehung natürlich die franz[ösische] parlamentarische Regierungsform als einzig wirksames u[nd] erfolgversprechendes Mittel.[5]

Darüber, daß E[w.] D. auf dem hohen, verantwortlichen Posten zum Wohle des Ganzen noch ausharren müssen, ist hier jetzt so ziemlich alle Welt einig. Nur extreme Zentrumsfanatiker wollen E[w.] D. baldmöglichst beseitigt wissen. Man hofft auch zuversichtlich, daß es E[w.] D. gelingen werde, im Reichstage bei einigermaßen sachlicher Haltung der Parteien eine wesentliche Beruhigung der Gemüter herbeizuführen.

Über die wohlmeinenden Absichten unseres allergn[ädigsten] Herrn bei Gesprächen, wie sie vom Daily Telegraph verkündet wurden, herrscht kein Zweifel, man meint aber, S.M. sollten stets mit möglichen Indiskretionen rechnen u[nd] besonders Nichtdeutschen gegenüber nur das sagen, was auch vor der Öffentlichkeit zu verantworten sei. Ich kann nicht verhehlen, daß die Urteile über das allverehrte Oberhaupt des Reiches in dieser Hinsicht bisweilen äußerst scharf lauten.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 109 fol. 449f.; eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Nr. 1094, 1096.
[2] Nr. 1092a Anm. 3.
[3] Reichstagsdebatte vom 10./11. Nov. 1908 (Sten. Ber. RTG Bd. 233 S. 5373ff.).
[4] Stewart-Wortley, Edward James Sir (1857–1934), engl. Gutsbesitzer, Oberst, Freund des Deutschen Kaisers.
[5] Nr. 1099.

1103a. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 19. Dezember 1908

Das Strebelwerk in Mannheim beschäftigt c[a.] 6–700 Metallarbeiter u[nd] erzielte seit seinem etwa sechsjährigen Bestehen durch ein wichtiges Patentverfahren große Erfolge, es konnte deshalb den Arbeitern ausnahmsweise hohe Löhne zahlen. Da im Januar der Schutz des Patentes abläuft u[nd] andere Betriebseinrichtungen nötig wurden, war die Fabrikleitung gezwungen, um weiterzubestehen, die Löhne zu kürzen. Das veranlaßte die durch gewissenlose Hetzer aufgereizten Arbeiter, im September einen Lohnkampf zu beginnen, der trotz sehr weitgehenden Entgegenkommens der Arbeitgeber noch andauert. Auch die bis vor wenigen Tagen noch in Aussicht stehende Einigung durch Vermittlung des Oberbürgermeisters[1] u[nd] des Fabrikinspektors[2] scheint endgültig gescheitert.

Da nun der gesamte Metallarbeiterverband mit den Streikenden des Strebelwerkes gewissermaßen gemeinsame Sache macht, sind die größten Fabriken der Metallbranche in Mitleidenschaft gezogen u[nd] gezwungen, das Strebelwerk zu unterstützen; es handelt sich also um die Aussperrung von etwa 14000 organisierten Metallarbeitern in Mannheim u[nd] Umgebung. Kündigung zum 1. Januar ist bereits erfolgt, u[nd] wenn nicht bis dahin eine Verständigung doch noch zustande kommt, werden c[a.] 60000

Menschen mitten im Winter ihren Lebensunterhalt verlieren. Eindringlichst hatten die Arbeiterführer versucht, die Streikenden von dem Ernst der Lage zu überzeugen u[nd] sie ermahnt, die durchaus gerechten Bedingungen der Arbeitgeber anzunehmen, in zwei gestern u[nd] vorgestern berufenen turbulenten Versammlungen wurden aber die guten Ratschläge verhöhnt u[nd] Fortsetzung des Widerstandes mit c[a.] 400 gegen 30 Stimmen beschlossen. Demgemäß erging nach Ablauf der von den Fabrikleitungen gesetzten Frist die Kündigung.

Die Arbeiter u[nd] deren Führer im Mannheimer Industriegebiete galten bisher beinahe durchweg als Sozialdemokraten, indessen hat sich dort neuerdings allmählig eine Gruppe von anarchistischen Hetzern gebildet, die sog[enannte] „Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften", auch unter dem Namen „Lokalisten" bekannt. Auf diese terroristischen Agitatoren wird die Verblendung u[nd] der Widerstand der Arbeiter in erster Linie zurückgeführt. Sie verteilten Flugblätter in den Versammlungen u[nd] bezeichneten darin die zum Frieden mahnenden sozialdemokratischen Arbeiterführer als Volksverräter u[nd] Schwächlinge. Der Einfluß der letzteren auf die Arbeiterschaft scheint offenbar unter solchen Umständen bedenklich zu schwinden.

Die Lage wird von der Reg[ierung] wie in der Presse[3] sehr ernst beurteilt. Minister v. Bodman gibt sich alle Mühe, versöhnend zu wirken, die Hoffnungen auf Beilegung des Streites bleiben aber einstweilen leider recht gering.[4]

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 109 fol. 485 f., eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Otto Beck.
[2] Karl Bittmann.
[3] Bad. Landeszeitung, Nr. 590 vom 18. Dez. 1908; Bad. Presse, Nr. 589 vom 18. Dez. 1908.
[4] Vgl. Nr. 1105 a.

1105 a. Eisendecher an Bülow

Karlsruhe, 26. Dezember 1908

Vorlage einer in der Karlsruher Zeitung[1] *erschienenen Korrespondenz über das Ende des Metallarbeiterstreiks in Mannheim.*

Der Verband der Industriellen hat nach Besprechung mit dem Oberbürgermeister aufgrund der Einigungsbedingungen die Wiedereinstellung der Arbeiter des Strebelwerkes eingeleitet u[nd] die bereits verkündete Aussperrung aufgehoben. Die verhetzten Arbeiter scheinen sich der Entscheidung des Gesamtvorstandes des Deutschen Metallarbeiterverbandes ohne weiteren Widerstand fügen zu wollen.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 109 fol. 496, eig. Konz.; Marg.: „abges. 27./12.08".

[1] Nr. 397 vom 25. Dez. 1908; vgl. Nr. 1103 a.

1221 a. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 2. März 1911

Vorlage der Karlsruher Zeitung[1] *mit einer Übersicht über den badischen Staatshaushalt.*

Nach der Zusammenstellung erwartet man einen günstigen Abschluß der Eisenbahnbetriebsrechnung, es bleibt indessen immer noch fraglich, ob die erhöhten Einnahmen für Verzinsung und Schuldentilgung ausreichen werden.

Erheblich zurückgegangen sind die Erträgnisse sowohl der direkten wie der indirekten Steuern, sie haben die Voranschläge nicht erreicht, während sie in früheren Jahren gegen diese stets ein namhaftes Plus ergaben. Zum Teil wird das auf die vorsichtigere Veranschlagung zurückgeführt.

Nach vorläufiger Berechnung ergibt sich für das Jahr 1910 im ordentlichen und außerordentlichen Etat zusammen ein Fehlbetrag von rund etwa einer Million Mark. Der Bericht mahnt schließlich zu größter Vorsicht und zu sparsamster Wirtschaftsführung.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 114 fol. 36, eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Nr. 61 vom 2. März 1911.

1274 a. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 16. Juni 1912

Vertraulich. Der demokratische Bad[ische] Landesbote[1] gestrigen Datums veröffentlicht den Hauptinhalt eines Artikels aus dem Zentrumsblatt „Freiburger Tagespost", dem Spezialorgan des Geistl[ichen] Rates Wacker, über die angeblich erschütterte Stellung des Ministers v. Bodman. Vermutlich hat der streitbare Zentrumsführer den Artikel selbst geschrieben, er ist bezeichnend für die Preßarbeit gegen den Minister, u[nd] man muß leider zugeben, daß die Insinuationen insofern ein Körnchen Wahrheit enthalten, als zwischen dem Landesherrn u[nd] Herrn v. B[odman] bisweilen kleine Differenzen vorkommen. Der Staatsminister bedauert das aufrichtig u[nd] sucht stets nach Kräften vermittelnd zu wirken; er würde, wie er mir vertr[aulich] versichert, auch seinerseits nicht im Amte bleiben, wenn S. K. H. der Gr[oßherzog] dem ungemein fähigen, pflichttreuen Kollegen sein Vertrauen entziehen u[nd] ihn ersetzen wollte.[2]

Vorlage des Artikels.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 115 fol. 257, eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Nr. 137 vom 15. Juni 1912.
[2] Vgl. Nr. 1282, 1284.

1313 a. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 29. Juli 1913

Wie schon oft diesseits berichtet, führte die blinde Angst der Mehrheit der badischen Nationalliberalen vor einer Zentrumsherrschaft zur Großblocktaktik.[1]

Vom bekannten hiesigen Mitarbeiter des „Schwäbischen Merkur" wurde diese Taktik stets maßvoll u[nd] vornehm bekämpft. Dr. Ammon verteidigt nun im anliegenden, wie mir scheint beachtenswerten längeren Artikel[2] seinen Standpunkt u[nd] sucht unter richtiger Darlegung der Verhältnisse nochmals klar nachzuweisen, daß die liberale Angst unbegründet u[nd] der Großblock zweifellos ein bedenklicher Fehler ist.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 116 fol. 84, eig. Konz.; Marg.: „abges. eod."

[1] Vgl. Nr. 1311, 1313, 1314.

[2] Schwäb. Merkur, Nr. 346 vom 29. Juli 1913.

1323 a. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 5. Dezember 1913

Vertraulich. S. M. der Kaiser u[nd] König waren bei dem etwa dreistündigen Aufenthalt in Baden vorgestern anscheinend in heiterer Stimmung. Der allerhöchste Besuch am Tage des 75. Geburtstages I. K. H. der Großherzogin Luise hat die hiesigen Herrschaften sehr erfreut und ist im ganzen Lande dankbar begrüßt worden.

Ich habe S. M. nicht gesprochen, mich nur an der Bahn bei Ankunft u[nd] Abfahrt kurz melden können.

Nach vertraulichen Andeutungen sowohl S. K. H. des Großherzogs wie der Großherzogin Luise soll unser allergnädigster Herr die bedenklichen Vorgänge in Zabern[1] vornehmlich der dortigen Bevölkerung zur Last legen und die militärischen Maßnahmen im allgemeinen für gerechtfertigt halten, auch eventuell ein noch schärferes militärisches Vorgehen in Aussicht nehmen. Das erweckt bei den höchsten Herrschaften hier offenbar einige Besorgnis, denn fast die ganze öffentliche Meinung und Presse im Norden wie im Süden scheint diese Auffassung nicht zu teilen; es wäre also ein ernster Konflikt zwischen Militär und Zivil im Reichslande zu befürchten, der doch unter allen Umständen verhütet werden sollte. Zweifellos ist auf beiden Seiten gefehlt worden, und man kann es nur bedauern, daß nicht gleich zu Anfang ein Weg gefunden wurde, die erregten Bewohner des sonst angeblich deutschfreundlichen Städtchens etwas zu beruhigen.

Nun, inzwischen liegen die Berichte vor über die sehr unerfreuliche Debatte im Reichstage.[2] Ew. Exz. haben wie immer vornehm, gerecht und objektiv gesprochen, möchte die Wirkung schließlich nicht ausbleiben und die schädliche Nervosität und Gereiztheit auf beiden Seiten allmählich schwinden. Die Sache ist zweifellos ungemein ernst, der Streit muß unbedingt befriedigend für beide Teile geschlichtet werden, wenn nicht zur Freude unseres westlichen Nachbarn schwere Schäden für das Reich entstehen sollen.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 116 fol. 115, Konz.; Marg.: „Konzept nach Reinschrift. Ab 5./12.13 eingeschr."

[1] Zusammenstöße zwischen dem preuß. Militär und der elsässischen Bevölkerung in Zabern Ende Nov. 1913.

[2] Reichstagsdebatte vom 3./4. Dez. 1913 (Sten. Ber. RTG Bd. 291 S. 6140ff.), in der die Reichstagsmehrheit dem Reichskanzler das Mißtrauen aussprach.

1323b. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 6. Dezember 1913

Vertraulich. I.K.H. die Großherzogin Luise gab mir gestern abend Kenntnis von einem aus Stuttgart soeben eingegangenen Telegramm S.M. des Kaisers, welches neben herzlichen Abschiedsworten das Ergebnis der Besprechungen mit E[w.] E[xz.] und dem Grafen Wedel[1] in Donaueschingen enthielt.[2] Die hohe Frau wie auch der Großherzog waren außerordentlich dankbar für die Mitteilung, denn sie bedeutete eine anscheinend befriedigende Beilegung des Konfliktes anläßlich der Vorgänge in Zabern. S.M. sagten in dem Telegramm, daß im vollen Einverständnis mit Ew. Exz. im Beisein des Statthalters und des Generals v. Deimling die Verlegung der beiden Bataillone von Zabern nach Bitsch beschlossen worden sei.

Noch am Nachmittage, als die Großherzogin mit der Königin von Schweden vor höchstderen Rückreise nach Stockholm zum Tee in die Gesandtschaft kamen, äußerten beide Herrschaften noch einige Besorgnis, ob es gelingen werde, in Donaueschingen eine Lösung der schwierigen Lage herbeizuführen und weitere ernste Folgen zu verhüten.

Inzwischen brachten dann die Abendblätter die wie mir scheint sehr zu begrüßende Entscheidung unseres allergnädigsten Herrn, die hoffentlich im ganzen Reich verstanden und dankbar gewürdigt werden wird. Die Reichstagsdebatte vom 3. d.Mts.[3] und E[w.] E[xz.] Rede findet hier in der radikalen und Zentrumspresse eine ganz einseitige, durchaus ungerechte Beurteilung. Vernünftiges berichten darüber die nationalliberalen Organe. Das Regierungsblatt, die „Karlsruher Zeitung"[4], bringt die hier gehorsamst angeschlossene Kritik der „Leipziger Neuesten Nachrichten" zum Abdruck, die in sehr scharfen Worten dem Reichstage und den Tadlern die Wahrheit sagt.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 116 fol. 116, Konz.; Marg.: „Konzept nach Reinschrift. Ab 6./12.13 eingeschr."

[1] Wedel, Karl Graf (Fürst) v. (1842–1919), zunächst preuß. Offizier, 1878–1886 Militärattaché in Wien, nach Übertritt in den ausw. Dienst 1892 Gesandter in Stockholm, 1894 Generaladjutant Kaiser Wilhelms II., 1897 als General der Kavallerie Militärgouverneur von Berlin, 1899 Botschafter in Rom, 1902 in Wien, 1907–1914 Statthalter in Elsaß-Lothringen.

[2] Nach der Reichstagsdebatte begab sich Bethmann Hollweg zum Kaiser nach Donaueschingen, wo am 5. Dez. 1913 die Verlegung der Truppen aus Zabern sowie die beschleunigte Durchführung der Kriegsgerichtsverfahren zur Klärung der Rechts- und Verantwortlichkeitsfragen beschlossen wurde.

[3] Nr. 1323a Anm. 2.

[4] Nr. 334 vom 6. Dez. 1913.

1323c. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 7. Dezember 1913

Ew. Exz. darf ich den heutigen Leitartikel der „Karlsruher Zeitung“[1] hierneben gehorsamst vorlegen, der den Fall Zabern[2] u[nd] dessen Erörterung im Reichstage bespricht. Die Ausführungen kann man wohl im allgemeinen als zutreffend anerkennen, sie sind wenigstens maßvoll u[nd] sachlich, suchen gerecht zu urteilen.

Die Reden der Abgeordneten Fehrenbach[3] und v. Calker[4] erfahren in den badischen Parteiblättern ziemlich uneingeschränktes Lob. Ersterer genießt im Lande als gemäßigter Zentrumsmann und vortrefflicher Redner großes Ansehen auch bei den politischen Gegnern.

General v. Deimling hat den Ruf eines schneidigen Draufgängers u[nd] ist in gewisser Weise populär, aber als er zu der verantwortlichen Stellung in Straßburg ausersehen wurde, erhoben sich hier doch manche Bedenken. Als Divisionär in Freiburg[5] hielt er dort anläßlich einer patriotischen Feier eine Rede, die S.K.H. den Großherzog sehr ernstlich verstimmte.

Allseitig wird hier bedauert, daß S.M. der Kaiser während der Vorgänge in Zabern in Donaueschingen weilte. Man hat die Empfindung, daß bei Anwesenheit des allergnädigsten Herrn in Berlin oder Potsdam gleich zu Anfang von militärischer Seite wirksam eingeschritten worden wäre, um damit weiteres Unheil zu verhüten.

Ich möchte beiläufig auch bemerken, daß die erneuten hohen Schulden des Fürsten zu Fürstenberg – angeblich 18 Millionen – hierzulande viel und kritisch besprochen werden.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 116 fol. 117, Konz.; Marg.: „Konzept nach Reinschrift. Ab 7./12.13 eingeschr.“

[1] Nr. 335 vom 7. Dez. 1913.

[2] Vgl. Nr. 1323a, 1323b, 1324, 1324a, 1325a.

[3] Rede teilw. gedr. *Kremer*, Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht S. 104–111.

[4] Calker, Fritz van (1864–1957), Strafrechtslehrer, 1896–1918 Professor in Straßburg, 1920 an der TH München, NL, MdR 1912–1918. Rede vgl. Nr. 1323a Anm. 2.

[5] Als Generalleutnant befehligte Deimling von 1910 bis 1913 die 29. Infanterie-Division in Freiburg.

1324a. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 15. Januar 1914

Die Zabern-Vorgänge und -Urteile beschäftigen hier dauernd fast mehr die öffentliche Meinung als die Landtagsverhandlungen und innerpolitischen Verhältnisse. Man urteilt vorwiegend abfällig über das nunmehr rechtskräftig gewordene freisprechende Erkenntnis gegen die Offiziere. Das erste Urteil[1] wurde allgemein als reichlich scharf angesehen, aber der völlige Freispruch[2] erscheint der Presse beinahe aller Parteien wie auch dem größten Teil der zivilen Bevölkerung offenbar nicht angebracht. Zentrum, Liberale u[nd] Radikale stimmen darin überein, und die wenigen ganz vom Zentrum abhängigen Konservativen, die vielleicht anderer Meinung sind, kommen überhaupt kaum zu Wort.

In Offizierskreisen herrscht begreiflicherweise die größte Befriedigung, sie kommt bei

den jüngeren Herren oft in recht drastischer Weise zum Ausdruck. Die Folge ist ein scharfer Gegensatz der Auffassung zwischen Zivil und Militär in Sachen Zabern, wie solcher wohl ziemlich überall leider hervortritt. Er geht hier so weit, daß eine sonst ganz vernünftig liberale Zeitung, das „Karlsruher Tageblatt", wegen gewisser kritischer Äußerungen von einigen Regimentern boykottiert und abbestellt wurde. Der Redakteur[3] ist beiläufig Preuße, er beklagte sich bei mir, ich konnte ihm indessen nicht helfen, da der Kommandierende General die Maßregel für berechtigt hält.

Der bekannte Mannheimer Sozialistenführer Dr. Frank brachte in der Zweiten Kammer namens seiner Fraktion eine Interpellation[4] ein, betreffend die kriegsgerichtlichen Urteile, deren Wortlaut ich anschließen darf. Ebenso erlaube ich mir, einen charakteristischen Artikel des führenden badischen Zentrumsorgans[5] und als Gegenstück einen solchen des Regierungsblattes[6] über Zabern gehorsamst beizufügen.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 118 fol. 1f., Konz.; Marg.: „abges. am 16./1.1914".

[1] Am 19. Dez. 1913 wurde Leutnant v. Forstner wegen eines Säbelhiebs gegen einen Demonstranten zu 43 Tagen Gefängnis verurteilt, am 10. Jan. 1914 im Berufungsverfahren jedoch freigesprochen.

[2] Im Hauptverfahren gegen den Obersten v. Reuter und den Leutnant Schad entschied das Kriegsgericht auf Freispruch.

[3] Gustav Reppert (Frdl. Auskunft d. StadtA Karlsruhe).

[4] Nr. 1326 Anm. 4.

[5] Bad. Beobachter, Nr. 15 vom 15. Jan. 1914.

[6] Karlsruher Zeitung Nr. 16 vom 11. Jan. 1914.

1325a. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 26. Januar 1914

E[w.] Exz. Ausführungen im Reichstage[1] betreffend Zabern finden hier ziemlich allgemein lebhafte Anerkennung u[nd] Zustimmung. Bei Hofe, in Kreisen der Regierung wie in der nicht grundsätzlich dem nationalen Empfinden unzugänglichen Presse herrscht darüber die gleiche Meinung, daß die Rede in hohem Maße nützlich gewirkt hat u[nd] geeignet ist, die erregten Gemüter wesentlich zu beruhigen. Man hat Zabern grundsätzlich satt u[nd] gewinnt auch im einseitig oppositionellen Lager mehr und mehr Vertrauen zu E[w.] Exz. gewissenhafter, gerechter Erkenntnis des Möglichen und Notwendigen. Dabei wird aber immer noch die Befürchtung laut, daß die sogenannte Militärpartei in Berlin allzusehr den schneidigen Standpunkt des fortiter in re vertrete, ohne das im Reichslande wie überhaupt im Süden nicht zu entbehrende suaviter in modo, und daß diese Partei zur Zeit an Einfluß überwiege.

Zabern ist, wie E[w.] Exz. sagten, ein Einzelfall, der zu einem Schlusse auf die übrige Bevölkerung nicht berechtigt, wenngleich französisches Geld und hetzerische Zeitungen manches Unheil stiften. Zivil und Militär müssen u[nd] werden bei gegenseitiger Achtung u[nd] Rücksicht miteinander in Frieden auskommen – nicht nur im Elsaß. Wir haben hier im Grunde ähnliche Verhältnisse, preußische Truppen, vorwiegend preußische Offiziere u[nd] eine Militärkonvention, die ohne taktvollste Handhabung leicht unerwünschte Gegensätze schaffen könnte. Fälle wie in Zabern wären gar nicht so ganz

ausgeschlossen, sollen sogar schon vorgekommen, aber durch das vortreffliche Einvernehmen der Zivil- u[nd] Militärbehörden im stillen erledigt worden sein. Das war in Zabern wohl auch möglich, mit beiderseitigem guten Willen u[nd] bei rechtzeitiger persönlicher Aussprache hätte es nicht so weit kommen dürfen. Jetzt im Elsaß mit großer Strenge u[nd] Schärfe vorzugehen u[nd] das ganze Land für Zabern zu strafen, wäre meines bescheidenen Erachtens ein Fehler, die Ansicht ist vorherrschend hier in Baden, nur im Offizierskorps fordert man heftig die schneidige Methode, da fehlt aber meist die politische Erfahrung.

Möchte es S.M. u[nd] Ew. Exz. vereint gelingen, des Zwiespaltes u[nd] der geschaffenen unerfreulichen Lage weiter Herr zu werden.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 118 fol. 7, Konz.; Marg.: „abges. am 26. 1. 1914".

[1] In der Reichstagssitzung vom 23. Jan. 1914 (Sten. Ber. RTG Bd. 292 S. 6729ff.) rechtfertigte Bethmann Hollweg die Anwendung der preuß. Kabinettsordre von 1820 (Nr. 1326 Anm. 5).

1325b. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 28. Januar 1914

Der Geburtstag S.M. des K[aisers] u[nd] K[önigs] bewies aufs neue, vielleicht noch mehr als sonst, wie warm die Herzen hier für unseren allergnädigsten Herrn schlagen. Aus allen Reden bei den verschiedenen Feiern u[nd] aus den Leitartikeln der Zeitungen gewinnt man den Eindruck treuester Anhänglichkeit u[nd] aufrichtigster Dankbarkeit. Gerade in diesen politisch immerhin etwas erregten Zeiten blickt alle Welt empor zum Kaiser als dem Hort der Einigkeit u[nd] Sicherheit des Reiches. In den Ansprachen wie in der gesamten Presse tritt das überall hervor; man ist namentlich dankbar für das ureigenste große Werk S.M., die Schaffung unserer Wehrmacht zur See und für die Erhaltung des Friedens. Schwerlich wäre es gelungen, den Krieg zu vermeiden, ohne unsere starke Rüstung zu Wasser u[nd] zu Lande, für solche haben der kaiserliche Herr unentwegt gesorgt u[nd] damit die unvergleichliche wirtschaftliche Entwicklung des geeinten Reiches überhaupt ermöglicht.

In besonders warmen Worten gab I.K.H. die Großherzogin Luise mir gegenüber dieser Empfindung mit treuesten Wünschen für S.M. Ausdruck. Ich durfte den Abend des 26. bei der hohen, in politischen Dingen so feinfühlenden Frau zubringen, mich dann auch gestern melden und bin heute abend nochmals befohlen. Die Liebe und Verehrung der Großherzogin für den Kaiser ist unbegrenzt und wahrhaft rührend, das fühlen wohl auch unser allergnädigster Herr.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 118 fol. 8, Konz.; Marg.: „abges. am 28. 1. 14".

1346a. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 27. August 1914

Die Haltung der gesamten Presse hier ist im ganzen würdig u[nd] verständig, alle Parteigegensätze sind verschwunden, u[nd] völlige patriotische Einigkeit herrscht allerorten.[1] Das wäre ohne den großen Krieg nie erreicht worden, man kann also in gewisser Weise unseren zahlreichen Gegnern dankbar sein, sie haben uns fest zusammengeschmiedet.

Einzelne Blätter neigen vielleicht zu etwas übertriebener Siegesfreude u[nd] zu allzu heftigem Tadel der feindlichen Nationen; in dieser Richtung sollte man Maß halten, namentlich auch deren Armeen nicht als minderwertig darstellen, damit verkleinern wir nur die eigenen großartigen Erfolge.

An mahnenden Stimmen in solchem Sinne fehlt es nicht. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß man kaltes Blut bewahren, nur den amtlichen Nachrichten glauben u[nd] keine sensationellen Gerüchte verbreiten sollte.

So geriet gestern die halbe Stadt in große freudige Erregung infolge der angeblichen Niederlage einer britischen Division u[nd] der Gefangennahme des ganzen Stabes. Das Gerücht wurde bis jetzt nicht bestätigt, es entstand anscheinend durch ein Telegramm des Grafen Berckheim an S. K. H. den Großherzog.

Die allgemeine Erbitterung gegen England tritt hier überhaupt besonders hervor. Das kann man verstehen, indessen muß doch wohl unterschieden werden zwischen der gegenwärtigen Regierung u[nd] dem britischen Volk, das m[eines] E[rachtens] in seiner Mehrheit die Kriegserklärung scharf verurteilt. Zudem sind zweifellos die Engländer als Kriegführende immer noch die anständigsten unter unseren Feinden, u[nd] wer weiß, wie bald wir in Zukunft doch wieder aufeinander angewiesen sein werden. [...]

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 118 fol. 185, eig. Konz.; Marg.: „abges. 27.8.14".

[1] Vgl. Nr. 1349.

1349a. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 13. Oktober 1914

Die *am 5. d. Mts.* hierher mitgeteilte Ansprache des Herrn Präsidenten des Reichsbankdirektoriums[1] über die Finanz- und Wirtschaftslage wird heute in der K[arlsruher] Z[ei]t[un]g[2] mit dem Bemerken abgedruckt, daß weitere Verbreitung erwünscht sei.

Zweifellos werden die erfreulichen wichtigen Darlegungen in den meisten größeren Zeitungen des Landes Aufnahme und starken Widerhall finden.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse im Großherzogtum sind bis jetzt durchaus befriedigend. Die im ganzen mittelgute Ernte konnte rechtzeitig eingebracht werden, u[nd] Handel u[nd] Industrie haben durch den Krieg vorläufig wenig gelitten. Nur in Pforzheim sind die hochentwickelten Bijouteriefabriken stark geschädigt worden, sie be-

schäftigten c[a.] 30 000 Arbeiter, die jetzt zum allergrößten Teil feiern müssen. Man sucht nach Möglichkeit zu helfen, hat eine sog[enannte] Kriegsbank gegründet u[nd] Maßnahmen getroffen, daß eine Reihe von Firmen wieder arbeiten kann.

Das Steigen der Getreidepreise wird vielleicht zu einer Festsetzung von Höchstpreisen führen. Die Weinernte ist qualitativ gut, aber an Quantität geringer als in den letzten Jahren.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 118 fol. 208, eig. Konz.; Marg.: „ab 13. 10. 14".

[1] Havenstein, Rudolf (1857–1923), seit 1890 im preuß. Finanzministerium, 1900 Präsident der preuß. Seehandlung, 1908–1923 Präsident des Reichsbankdirektoriums.

[2] Nr. 280 vom 13. Okt. 1914.

1355a. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 2. Januar 1915

Die Wende des schicksalsschweren Jahres ist hier still ohne Feier, aber in allgemeiner freudiger Zuversicht auf die Kraft u[nd] Stärke des festgeeinten Vaterlandes vorübergegangen. Presse und Stimmung der Bevölkerung zeigten sich würdig und erfüllt von echtem Nationalgefühl und begeisterter Liebe für Kaiser u[nd] Reich.

S. K. H. der Großherzog hatten den sonst üblichen feierlichen Neujahrsempfang in einfacherer Weise angeordnet.

Entgegennahme von Neujahrswünschen des Großherzogs und der Großherzogin Luise.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 119 fol. 2, eig. Konz.; Marg.: „abges. 2./1.15".

1355b. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 15. Januar 1915

Minister v. Bodman sagt mir im Vertrauen, daß die Erhebungen über die Vorräte im Reiche an Nahrungs- u[nd] Futtermitteln ein erheblich weniger gutes Resultat ergeben hätten als man erwartete. Die betreffenden Ressortminister der Bundesstaaten seien daher ersucht worden, am 19. d. Mts. in Berlin zusammenzutreffen, um über die Maßnahmen zweckmäßiger Verteilung u[nd] sparsamer Wirtschaft zu beraten u[nd] zu beschließen.[1]

Ich habe hier den Eindruck gewonnen, daß die durchaus notwendige Sparsamkeit mit Vorräten, deren Zufuhr uns so gut wie abgeschnitten ist, der Bevölkerung nur schwer beigebracht werden kann. Trotz aller Mahnungen herrscht bei den Händlern, Bäckern u[nd] Konsumenten wenig Empfindung für das wichtige Haushalten mit solchen Vorräten.

Auch für die Armee im Felde hat man in mancher Beziehung vielleicht bisweilen des Guten zuviel getan, so schreibt z. B. ein bad[ischer] Tierarzt von der Front, die Pferde seien oft mit Hafer geradezu überfüttert worden u[nd] vielfach deshalb erkrankt.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 119 fol. 14, eig. Konz.; Marg.: „abges. 15./ 1.15".

[1] Am 21. Jan. 1915 erließ der Bundesrat eine Bekanntmachung über das Verfüttern von Roggen, Weizen, Hafer, Mehl und Brot (gedr. *Schultheß* 1915 I S. 12).

1360a. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 2. Juni 1915

In Baden sind gegenwärtig noch zahlreiche Italiener, teils Arbeiter, teils Handeltreibende. Die Leute wollen meist lieber hierbleiben u[nd] nicht in ihre Heimat zurückkehren. Manche wünschen, womöglich die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben.[1]

Größere Arbeiterkolonien befinden sich noch im Murgtale, wo sie beim jüngst vollendeten Bahnbau Beschäftigung fanden, u[nd] weiter am Oberrhein bei den dort entstehenden Strombauten u[nd] Wasserkraftanlagen.

Genauere Listen dieser Italiener gibt es anscheinend nicht, der Referent im Min[isterium] des Inneren will aber anregen, daß solche von den Bezirksämtern eingefordert werden.

Der sogenannte Pendelverkehr an der Grenze zwischen Baden u[nd] der Schweiz ist den Italienern nicht mehr gestattet. Der einzige in Baden tätige italienische Konsul[2], welcher in Mannheim wohnte, wurde nach dem Kriegsausbruch von einem Beamten des Ministeriums bis München geleitet.

Vor dem Geschäft eines hiesigen italienischen Frucht- u[nd] Gemüsehändlers erfolgte kürzlich eine kleine, ganz unerhebliche Demonstration, die sofort auf vernünftigen Zuspruch ihr Ende fand. Sonst hört man nichts von etwaigen Ausschreitungen gegen die Italiener im Lande.[3]

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 119 fol. 70, eig. Konz.; Marg.: „ab 2.6.15".

[1] Am 23. Mai 1915 erklärte Italien Österreich-Ungarn den Krieg.
[2] Carlo Nagar.
[3] Vgl. Nr. 1363b.

1363a. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 1. Juli 1915

Ganz Baden hat durch den gestern erfolgten Tod des Kultus- u[nd] Unterrichtsministers Dr. Böhm einen schweren Verlust erlitten. Er starb nach achttägiger Erkrankung an den Folgen einer bösartigen Angina – erst 54 Jahre alt. Es wird nicht leicht sein, den hervorragend tüchtigen, ungemein fleißigen u[nd] liebenswürdigen Verstorbenen zu ersetzen.[1] Ich habe Dr. Böhm stets sehr hochgeschätzt, auch schon vor seiner Ministerzeit, u[nd] verliere mit ihm einen aufrichtigen Freund. S. K. H. den Gr[oßherzog] u[nd] besonders den Prinzen Max, der mit dem Verewigten eng befreundet war, wird der traurige Todesfall tief schmerzlich berühren.

Vorlage eines Berichts der Badischen Presse[2] über den Verstorbenen.

Sowohl das Zentrum[3] wie die Sozialdemokratie u[nd] die Volkspartei standen ihm zeitweise scharf feindlich gegenüber.

Er war Katholik u[nd] mit der Tochter des bekannten altkatholischen liberalen Führers Fieser verheiratet. Die Kinder wurden evangelisch erzogen. Ein Sohn steht als Kriegsfreiwilliger im Felde. Trotz dieser eigenartigen konfessionellen Verhältnisse in der Familie u[nd] obgleich der Verewigte ohne den Empfang der Sterbesakramente entschlief, wird der katholische Stadtpfarrer die Einsegnung nach römischem Ritus vornehmen; es genügte ihm die Versicherung, daß der Verstorbene den Trost der Kirche nicht zurückgewiesen habe.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 119 fol. 87, eig. Konz.; Marg.: „ab 1. 7. 1915".

[1] Vgl. Nr. 1365.
[2] Nr. 298 vom 30. Juni 1915.
[3] Vgl. Nr. 1227.

1363 b. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 7. Juli 1915

Das Großherzoglich Badische Ministerium des Innern hatte unterm 5. v. Mts. die unterstellten Großh[erzoglichen] Bezirksämter aufgefordert zu berichten, ob aus Anlaß des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen mit Italien Beschädigungen des Eigentums italienischer Staatsangehöriger oder Belästigungen solcher Personen im Großherzogtum vorgekommen sind; ferner, in welchem Umfang ungefähr seit dem genannten Zeitpunkt Italiener aus Baden heimgereist sind und ob sich unter den Zurückgebliebenen in größerer Anzahl Personen im wehrpflichtigen Alter befinden.[1]

Die hierauf erstatteten Berichte stellte mir heute das genannte Ministerium zur Einsichtnahme zur Verfügung.

Hiernach sind Beschädigungen italienischen Eigentums oder Belästigungen von Italienern mit Ausnahme von zwei Einzelfällen nicht vorgekommen. Nur in Emmendingen wurde das Firmenschild einer Italienerin durch 17jährige Burschen in jugendlichem Übermut demoliert und in Tiefenstein der italienische Steinbruchbesitzer August Mazzucco[2] von einem auf Urlaub weilenden Landsturmmann mit der Faust ins Gesicht geschlagen und 2 Tage darauf von demselben nochmals angegriffen.

Aus Baden abgereiste Italiener sind 709 gemeldet. Diese kehrten aber nicht alle nach ihrer Heimat zurück, sondern viele begaben sich nach der Schweiz, um dort den Verlauf des Krieges abzuwarten. Eine Kriegsbegeisterung wurde bei ihnen nicht bemerkt, oft ist als Grund der Abreise Furcht vor Internierung in Deutschland angegeben. An Wehrpflichtigen im Alter vom 17. bis 45. Lebensjahre wurden 1000 Italiener und an sonstigen im Gr[oßherzogtum] wohnenden italienischen Staatsangehörigen 1384 festgestellt. Letztere Zahl ist aber vermutlich zu niedrig, denn in vielen bezirksamtlichen Berichten sind nur die Wehrpflichtigen erwähnt, außerdem steht der Bericht des Gr[oßherzoglichen] Bezirksamts Lahr noch aus. Die Zurückgebliebenen zeigen keinerlei deutschfeindliche Gesinnung. Im Gegenteil, sie sind mit dem Vorgehen ihrer Regierung nicht einverstanden, weigern sich auch, soweit sie militärpflichtig sind, der Einberufung in den italienischen Heeresdienst Folge zu leisten. Unter Verwünschungen gegen Italiens ungerechtes

Eingreifen in den Krieg vernichteten sie vielfach ihre Gestellungsbefehle, einige meldeten sich sogar für den deutschen Heeresdienst. Viele Italiener sind mit deutschen Frauen verheiratet, haben hier eine zweite Heimat gefunden und stellten bereits Anträge um Aufnahme in den hiesigen Staatsverband.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 119 fol. 129, masch. Konz.; Marg.: „ab 7./ 7.15".

[1] Vgl. Nr. 1360a.

[2] Mazzucco, Johann August (geb. 1889), Steinbruchbesitzer in Tiefenstein/Rüßwihl (Frdl. Auskunft d. Bürgermeisteramts Albbruck).

1365a. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 29. Juli 1915

Die Preissteigerungen für Nahrungsmittel, die unsere Landwirtschaft in genügender Menge erzeugt, sind unberechtigt u[nd] werden von der Bevölkerung allmählig sehr bitter empfunden. An einzelnen Orten sollen dieserhalb während der täglichen Marktstunden bereits Störungen der öffentlichen Ordnung vorgekommen sein. Man wird also staatlicherseits doch wohl einschreiten u[nd], wie für eine Reihe von Nahrungsmitteln schon geschehen, auch für weitere Preisfestsetzungen sorgen müssen.

Vorlage eines Artikels der Badischen Landeszeitung[1] über diese Teuerungsverhältnisse.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 119 fol. 152,eig. Konz.; Marg.: „ab 29. 7. 15".

[1] Nr. 345 vom 28. Juli 1915; vgl. Nr. 1368, 1369.

1365b. Eisendecher an Bethmann Hollweg

Karlsruhe, 5. August 1915

Der „Badische Beobachter"[1], führendes Organ des Zentrums, rügt in dem angeschlossenen Leitartikel die Störung des sogenannten Burgfriedens durch konservative und nationalliberale Äußerungen. Die Mahnung verdient auch hier Beherzigung. Im sozialdemokratischen „Volksfreund" kritisierte der Abgeordnete Kolb scharf das Agrariertum, die rheinische Versammlung der Nationalliberalen und die dortigen Ausführungen Bassermanns. Der fromme, aber stets etwas giftige Redakteur der „Süddeutschen Konservativen Korrespondenz", Röder, zieht deshalb wiederum heftig gegen Kolb zu Felde. –

Alle derartigen Preßstreitereien über politische Fragen sind zweifellos zur Zeit von Übel und besser zu vermeiden. Besonders muß man dringend wünschen, wie im „Beobachter" ausgeführt, daß Erörterungen über den Frieden u[nd] dessen Bedingungen auch weiter unterbleiben. Die sehr deutliche Abfertigung des Artikels der „Nationalliberalen Korrespondenz" durch das Mannheimer Genossenblatt („Volksstimme") scheint deshalb nicht unberechtigt.

ZStA Merseburg, 2.4.16 Gesandtschaft Karlsruhe Nr. 119 fol. 158, masch. Konz.; Marg.: „ab 5./ 8.15".

[1] Nr. 354 vom 4. Aug. 1915.

1900	Jan.	22	Jagemann an Brauer	Nr. 785	Anm. 2	S. 3
	März	19	Hohenlohe-Schillingsfürst an Eisendecher	Nr. 790	Anm. 1	S. 9
	Okt.	24	Eisendecher an Bülow	Nr. 809	Anm. 2	S. 25
	Dez.	6	Pfordten an das Bayerische Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußern	Nr. 805	Anm. 2	S. 23
1901	Mai	5	Bülow an Eisendecher	Nr. 827	Anm. 1	S. 39f.
	Juli	3	Bülow an Brauer	Nr. 829	Anm. 4	S. 42f.
1902	Jan.	18	Bülow an Eisendecher	Nr. 851	Anm. 1	S. 59
	Febr.	14	Kultusminister Studt an Eisendecher	Nr. 854	Anm. 2	S. 61
	Febr.	24	Buch an Kultusminister Studt	Nr. 854	Anm. 2	S. 61
	Okt.	25	Eisendecher an Bülow	Nr. 863	Anm. 1	S. 68
1903	Febr.	28	Jagemann an Brauer	Nr. 951	Anm. 3	S. 142
	Dez.	6	Staatssekretär des Auswärtigen Richthofen an Eisendecher	Nr. 900	Anm. 1	S. 100
1904	Febr.	26	Bülow an Eisendecher	Nr. 908	Anm. 2	S. 108
	März	12	Bülow an Eisendecher	Nr. 917	Anm. 2	S. 116f.
	April	8	Eisendecher an Bülow	Nr. 920	Anm. 2	S. 119
	Juni	12	Eisendecher an Bülow	Nr. 925	Anm. 2	S. 123
	Juli	14	Eisendecher an das Auswärtige Amt	Nr. 927	Anm. 1	S. 124
	Aug.	23	Unterstaatssekretär Mühlberg an Bülow	Nr. 929	Anm. 3	S. 126
	Sept.	8	Eisendecher an Bülow	Nr. 930	Anm. 4	S. 127
	Sept.	9	Staatssekretär des Innern Posadowsky an Bülow	Nr. 929	Anm. 3	S. 126f.
	Okt.	21	Eisendecher an Bülow	Nr. 1095	Anm. 2	S. 258
1905	März	13	Berckheim an Marschall	Nr. 947	Anm. 1	S. 139
	Okt.	14	Eisendecher an Bülow	Nr. 959	Anm. 5	S. 149
1906	Jan.	10	Eisendecher an Bülow	Nr. 1095	Anm. 3	S. 258
	Sept.	16	Bülow an Eisendecher	Nr. 1013	Anm. 2	S. 188
	Okt.	9	Eisendecher an Bülow	Nr. 993	Anm. 2	S. 172
	Nov.	13	Bülow an Eisendecher	Nr. 1023	Anm. 1	S. 194
	Dez.	18	Auswärtiges Amt an Eisendecher	Nr. 1082	Anm. 1	S. 246
	Dez.	22	Bülow an Eisendecher	Nr. 1026	Anm. 1	S. 200f.
1907	Jan.	22	Marschall an Eisendecher	Nr. 1082	Anm. 3	S. 246
	Febr.	15	Auswärtiges Amt an Eisendecher	Nr. 1082	Anm. 2	S. 246
	Febr.	23	Eisendecher an Bülow	Nr. 1033	Anm. 4	S. 208
	März	25	Auswärtiges Amt an Eisendecher	Nr. 1037	Anm. 4	S. 210
	April	24	Eisendecher an Marschall	Nr. 1023	Anm. 2	S. 194
1908	Okt.	31	General Huene an Wilhelm II.	Nr. 1092	Anm. 2	S. 254
	Okt.	31	Berckheim an Marschall	Nr. 1092a	Anm. 4	S. 717f.
	Nov.	2	Berckheim an Marschall	Nr. 1092a	Anm. 4	S. 718
	Nov.	9	Eisendecher an Bülow	Nr. 1095	Anm. 1	S. 257
	Nov.	16	Eisendecher an Marschall	Nr. 1082	Anm. 4	S. 246
	Dez.	21	Eisendecher an Bülow	Nr. 1103	Anm. 4	S. 265
1909	März	22	Berckheim an Marschall	Nr. 1117	Anm. 1	S. 276
	Sept.	14	Eisendecher an Bethmann Hollweg	Nr. 1122	Anm. 2	S. 282

	Okt.	9	Bethmann Hollweg an Eisendecher	Nr. 1124	Anm. 1	S. 284 f.
	Okt.	24	Nieser an Marschall	Nr. 1127	Anm. 2	S. 287
	Dez.	1	Bethmann Hollweg an Staatssekretär Schoen	Nr. 1140	Anm. 2	S. 300
	Dez.	4	Staatssekretär Schoen an Eisendecher	Nr. 1139	Anm. 2	S. 298 f.
	Dez.	4	Staatssekretär Schoen an Eisendecher und Nieser	Nr. 1140	Anm. 5	S. 300 f.
	Dez.	7	Bethmann Hollweg an Eisendecher	Nr. 1140	Anm. 4	S. 300
	Dez.	9	Bethmann Hollweg an Eisendecher	Nr. 1141	Anm. 1	S. 302
	Dez.	21	Kaiser Wilhelm II. an Großherzog Friedrich II.	Nr. 1144	Anm. 1	S. 306
1910	Jan.	19	Moy an das Bayerische Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußern	Nr. 1146	Anm. 3	S. 308
	Jan.	19	Moy an das Bayerische Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußern	Nr. 1149	Anm. 1	S. 311
	Jan.	28	Bethmann Hollweg an Eisendecher	Nr. 1156	Anm. 5	S. 317
	Jan.	31	Oberbürgermeister Siegrist an Marschall	Nr. 1162	Anm. 3	S. 322
	Febr.	5	Nieser an Marschall	Nr. 1163	Anm. 3	S. 324
	Febr.	7	Kammerstenograph Frey an Großherzog Friedrich II.	Nr. 1162	Anm. 4	S. 322
	Febr.	13	Bethmann Hollweg an Eisendecher	Nr. 1166	Anm. 1	S. 326
	Febr.	15	Eisendecher an Bethmann Hollweg	Nr. 1164	Anm. 1	S. 325
	Febr.	22	Auswärtiges Amt an Eisendecher	Nr. 1170	Anm. 1	S. 329
	Mai	2	Eisendecher an Bethmann Hollweg	Nr. 1176	Anm. 1	S. 335
	Juni	30	Moy an das Bayerische Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußern	Nr. 1183	Anm. 1	S. 342
	Juli	7	Moy an das Bayerische Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußern	Nr. 1183	Anm. 1	S. 342
	Aug.	12	Ministerialdirektor Rheinboldt an Ministerialdirektor Kühn	Nr. 1180	Anm. 1	S. 338 f.
	Okt.	7	LaRoche-Starkenfels an Unterstaatssekretär Wahnschaffe	Nr. 1180	Anm. 3	S. 339
1911	Jan.	4	Eisendecher an Bethmann Hollweg	Nr. 1236	Anm. 3	S. 385 f.
	Febr.	16	Wedell an Eisendecher	Nr. 1221	Anm. 1	S. 374
	März	20	Berckheim an Kiderlen-Waechter	Nr. 1218	Anm. 1	S. 371
	April	2	Moy an das Bayerische Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußern	Nr. 1227	Anm. 2	S. 378
	April	20	Eisendecher an Bethmann Hollweg	Nr. 1167	Anm. 2	S. 327

	Mai	24	Moy an das Bayerische Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußern	Nr. 1227	Anm. 2	S. 378
	Juni	17	Auswärtiges Amt an Eisendecher	Nr. 1232	Anm. 1	S. 381
	Sept.	29	Bethmann Hollweg an Eisendecher	Nr. 1236	Anm. 1	S. 385
1912	Jan.	31	Berckheim an Dusch	Nr. 1260	Anm. 1	S. 401
	Febr.	11	Eisendecher an Bethmann Hollweg	Nr. 1252	Anm. 2	S. 396
	Febr.	11	Berckheim an Dusch	Nr. 1260	Anm. 1	S. 401
	Juni	5	Eisendecher an Bethmann Hollweg	Nr. 1233	Anm. 1	S. 383
	Juli	26	Eisendecher an Bethmann Hollweg	Nr. 1284	Anm. 1	S. 418 f.
	Aug.	17	Bodman an Eisendecher	Nr. 1284	Anm. 1	S. 419
	Okt.	24	Eisendecher an Bethmann Hollweg	Nr. 1286	Anm. 1	S. 420
	Dez.	11	Notiz des Kultusministers Böhm an Eisendecher	Nr. 1291	Anm. 3	S. 423
	Dez.	12	Eisendecher an Bethmann Hollweg	Nr. 1291	Anm. 4	S. 423
	Dez.	23	Bethmann Hollweg an Eisendecher	Nr. 1296	Anm. 1	S. 426 ff.
1913	Jan.	14	Moy an Hertling	Nr. 1299	Anm. 3	S. 429
	Jan.	14	Moy an Hertling	Nr. 1300	Anm. 1	S. 430
	Jan.	30	Berckheim an Dusch	Nr. 1305	Anm. 2	S. 435
	Febr.	4	Eisendecher an Bethmann Hollweg	Nr. 1304	Anm. 2	S. 433
	Febr.	13	Berckheim an Dusch	Nr. 1305	Anm. 2	S. 435
	Febr.	17	Hertling an Moy	Nr. 1299	Anm. 3	S. 429
	Febr.	17	Hertling an Moy	Nr. 1300	Anm. 1	S. 430
1914	Febr.	5	Moy an das Bayerische Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußern	Nr. 1325	Anm. 3	S. 448
	Juni	6	Mühlberg an Bethmann Hollweg	Nr. 1335	Anm. 6	S. 454 f.
	Sept.	18	Nieser an Dusch	Nr. 1348	Anm. 1	S. 464
	Okt.	29	Eisendecher an Bethmann Hollweg	Nr. 1351	Anm. 3	S. 466
	Nov.	6	Nieser an Bodman	Nr. 1354	Anm. 1	S. 467
	Nov.	9	Bodman an Nieser	Nr. 1354	Anm. 1	S. 467 f.
	Nov.	12	Amtsvorstand Schaible an Bodman	Nr. 1354	Anm. 1	S. 468
	Dez.	4	Dusch an Bodman	Nr. 1354	Anm. 1	S. 468
	Dez.	5	Nieser an Bodman	Nr. 1354	Anm. 1	S. 468
1915	Febr.	19	Moy an das Bayerische Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußern	Nr. 1379	Anm. 2	S. 489
	Febr.	23	Eisendecher an Bethmann Hollweg	Nr. 1360	Anm. 3	S. 471
	Nov.	9	Denkschrift des großherzoglichen Generaladjutanten General Dürr an Dusch	Nr. 1379	Anm. 2	S. 489 f.
1916	März	30	Moy an das Bayerische Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußern	Nr. 1367	Anm. 2	S. 476

	Juli	4	Moy an das Bayerische Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußern	Nr. 1367	Anm. 2	S. 476
	Juli	15	Stellvertretendes Generalkommando des XIV. Armeekorps an das Kriegspresseamt	Nr. 1377	Anm. 2	S. 488
	Aug.	9	Bethmann Hollweg an Lyncker	Nr. 1379	Anm. 2	S. 489
	Aug.	12	Lyncker an Bethmann Hollweg	Nr. 1382	Anm. 3	S. 492
	Aug.	28	Bethmann Hollweg an Eisendecher	Nr. 1382	Anm. 1	S. 492
	Nov.	9	Eisendecher an Bethmann Hollweg	Nr. 1386	Anm. 2	S. 496
	Nov.	30	Eisendecher an Bethmann Hollweg	Nr. 1386	Anm. 2	S. 496
1917	Juni	17	Eisendecher an Bethmann Hollweg	Nr. 1409	Anm. 2	S. 521
	Juli	18	Eisendecher an Michaelis	Nr. 1412	Anm. 3	S. 527
	Aug.	24	Eisendecher an Michaelis	Nr. 1419	Anm. 4	S. 535
	Sept.	2	Stellvertretendes Generalkommando des XIV. Armeekorps an das Kriegsamt	Nr. 1421	Anm. 1	S. 542
	Nov.	5	Eisendecher an Hertling	Nr. 1431	Anm. 4	S. 561
	Nov.	20	Eisendecher an Hertling	Nr. 1431	Anm. 7	S. 561
1918	Okt.	6	Stellvertretendes Generalkommando des XIV. Armeekorps an das Kriegsamt	Nr. 1467	Anm. 3	S. 633
	Nov.	7	Nieser an Düringer	Nr. 1475	Anm. 3	S. 647
	Nov.	9	Nieser an Düringer	Nr. 1476	Anm. 1	S. 647f.
	Dez.	5	Eisendecher an das Auswärtige Amt	Nr. 1483	Anm. 3	S. 653
	Dez.	14	Eisendecher an das Auswärtige Amt	Nr. 1483	Anm. 3	S. 653f.

BERICHTIGUNG (Teil 1)

S. 9	FDP	lies: Freie Demokratische Partei Deutschlands
S. 279 (letzte Zeile)	Dr. Bieko	lies: Dr. Rieks
S. 280 (Anm. 6)	Bieko, Altkatholik in Heidelberg	lies: Rieks, Franz Johannes Dr. theol. h.c. (geb. 1843), seit 1871 kath. Geistlicher, 1871–1874 Religionslehrer in Colmar und Altkirch/Elsaß, 1874 Übertritt zum Altkatholizismus und bis 1887 Pfarrer und Publizist in Heidelberg, 1888 Eintritt in die ev. Landeskirche Preußens, 1888–1892 Redakteur und Hilfsseelsorger im „Evangelischen Verein für kirchliche Zwecke" in Berlin, seit 1892 ev. Geistlicher in Olvenstedt/Provinz Sachsen (Frdl. Auskunft d. Evangelischen Zentralarchivs Berlin).
S. 498 (Anm. 1)	FDP	lies: FVP
S. 744 (1897 Dez. 20) und (1898 Jan. 5)	Eisendecher an Hohenlohe-Schillingsfürst Eisendecher an Hohenlohe-Schillingsfürst	
	Nr. 959 Anm. 3 S. 148 (Teil 2)	lies: S. 149 (Teil 2)

ISNB 3-17-011037-3